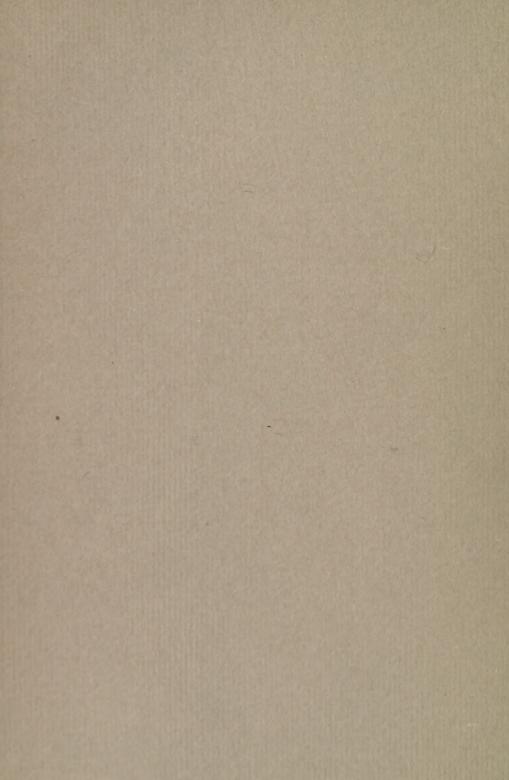
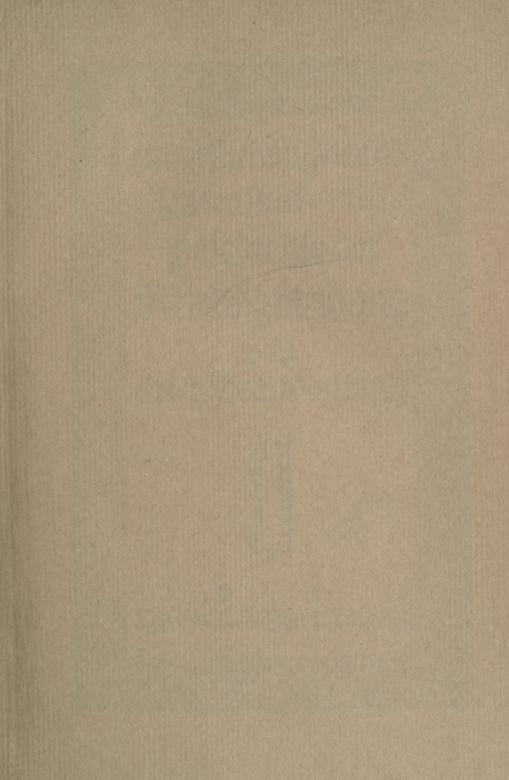
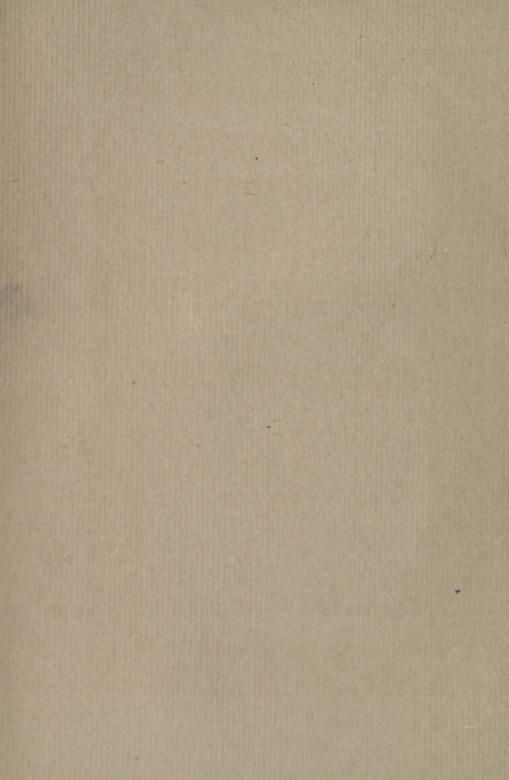


DESCRIPTION OF THE PART OF THE

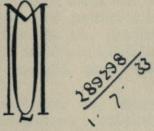
F



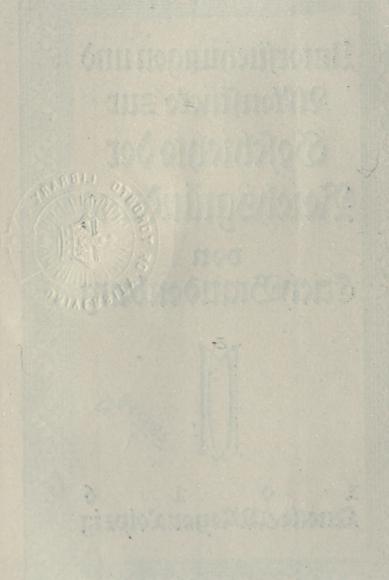








1 o 1 o Quelle E.Meyer. Leipzig



Printed in Germany

## Worwort.

Die drei in diesem Bande vereinigten Untersuchungen wollen einige noch ungelöfte Fragen aus ber Geschichte ber Reichsgrundung fritisch ers örtern und badurch mitarbeiten an ber herstellung eines gesicherten Rundamentes für die bifforische Erfenntnis dieser großen Beit. Gine jufammenfaffende Darftellung habe ich in bem gleichzeitig erscheinenden Buche über die Reichsgrundung ju geben versucht. Ich fonnte für diese Untersuchungen bisher ungedruckte Materialien verwerten, und spreche allen, die mir beren Benugung ermöglicht haben, an dieser Stelle meinen berglichen Dant aus. Gang besonders brangt es mich, der Tochter Ludolf Camphausens, Frau Prafidentin Gunther in Coln, das für ju banten, daß fie mir den Rachlaß ihres Baters aus den Jahren 1848 und 1849 gur Berfügung gestellt hat. Dur baburch ift es mir möglich gewesen, manche Probleme Diefer entscheidungsvollen Jahre von einer neuen Seite ber ju beleuchten. Ich habe die wichtigften diefer Aftenftude im Anhang ju ber erften Abhandlung diefes Buches abs gedruckt. Die Driginale befinden fich gegenwärtig im Stadtarchiv ju Coln, dem die Befigerin fie aberwiesen hat. herr Direktor hansen mar fo liebenswürdig, mir mabrend bes Druds mehrere Stude jum 3mede nochmaliger Bergleichung ju überlaffen, wofür ich auch ihm meinen Dank ausspreche.

Das Manustript wurde bereits Ende 1913 abgeschlossen, der Druck im Sommer 1914 beendet; der Ausbruch des Weltkrieges hat die Aussgabe des Buches dis jest verzögert. Die während des Druckes erschienene Literatur konnte nicht mehr berücksichtigt werden.

Erich Grandenburg.

to the control of the

## Inhalt.

## Preusen und die deutsche Revolution.

1. Rapitel.

Friedrich Bilbelm IV. und bie Dentidrift bes Generals von

Friedrich Wilhelm IV. - Radowig - Erfte Reformplane - Dentschrift

Radowis vom 20. November 1847 .. .. .. ..

Geite

3-16

ju Offerreich — Berhältnis jur öffentlichen Meinung — Grundgedanken der Bundesreform — Stellung des Königs dagu.	
2. Kapitel.	
Die beutsche Politik Preußens bis zum 19. März	17—5
3. Kapitel.	
Bom 19. Marg bis gum Zusammentritt des Frankfurter Parlas ments	57—9
König und Ministerium — heinrich von Arnims Denkschrift — Umritt und Proflamation vom 21. März — Max von Sagern in Berlin — Audienz Sagerns — haltung des Königs — Protofoll vom 23. März — Ende des Kongreßplanes — Ministerium Camphausen — Camphausen	

und die deutsche Frage — Camphausen und der König — Bundestag und Bertrauensmänner — haltung der Regierungen — Berfassungs, entwurf der Siedzehn — Ablehnung durch die Mittelstaaten — haltung Preußens — Friedrich Wilhelm IV. nach den Märztagen — Die Kasmarilla und Nadowiß — Deutsche Pläne des Königs — Der König und die Idee des engeren Bundes — Das Ministerium für den Siedzehners

Geite

entwurf — Provisorische Bundeserekutivbehörde — Ministerrat vom 6. Mai — Forderungen des Königs — Haltung der Minister — Anweisung vom 16. Mai — Preußens Programm vom 19. Mai — Politik des preußischen Ministeriums — König und Ministerium.

#### 4. Rapitel.

Frantfurter Parlament - Streben nach Auflofung Preugens - Preugen und Deutschland - Preugen und die Nationalversammlung - Ende bes Minifteriums Camphaufen - Minifterium Auerswaldebanfemann -Dreußifder Borichlag vom 17. Juli - Scheitern Diefes Borichlags -Das Reichsminifterium - Camphaufen lehnt ben Gintritt ab - Camps baufen Bevollmächtigter bei der Zentralgewalt - Camphaufens Pros gramm - Stellung des Konige bagu - Camphaufens Inftruftion -Dlane bes Ronigs im Juli - Lage in Frantfurt Ende Juli - Der Ronig in Roln - Stillftand von Malmo - Campbaufens Stellung gur Bers fammlung - Minifterium Pfuel/Eichmann - Graf Donhoff - Preugische Borfdlage - Gelbitherrlichteit ber Zentralgewalt - Camphaufen und bas Ministerium - Berufung des Grafen Brandenburg - Berlegung ber preußischen Rationalversammlung - Deutsche Plane bes Ronigs im November - Preugen ruft die Silfe der Zentralgewalt an - Sendung Baffermanns nach Berlin — Befchluffe der Frankfurter Nationalvers sammlung - Sendung Simsons und hergenhahns - Entstehung des Oftronierungsplanes - Reife Gagerns nach Berlin - Gagern und ber Ronig - Gagerne Erfolge - Entichluß gur Oftropierung - Bedeutung ber Oftronierung.

#### 5. Rapitel.

Der König und das Ministerium Brandenburg — Berhandlungen mit den süddeutschen Staaten — Camphausens Denkschrift vom 14. Dezems ber — Programm von Kremsier — Erste Sendung des Grasen Brühl nach Olmüß — Schwarzenbergs Denkschrift vom 13. Dezember — Preußische Denkschrift vom 19. Dezember — Erwartungen der Minister — Mündliche Aufträge des Königs — Ihre Ausnuhung durch Schwarzens berg — Eigenhändige Denkschrift des Königs vom 4. Januar — Erwides rung Schwarzenbergs — Schwarzenbergs Denkschrift vom 17. Januar — Wirtung dieser Borgänge auf Camphausen — Camphausens Entlassungsgesuch und Neise nach Berlin — Entwurf der Zirkularnote — Camphausen in Berlin — Stellung des Grasen Brandenburg — Der König und Graf Brandenburg — Wirtung der österreichischen Denkschrift — Konserenz vom 20. Januar — Der König genehmigt die Zirkularnote — Vorbehalt des Königs — Wirkung der Zirkularnote in Wien — Auffassung des Grasen Bernstorff.

Inhalt.

Seite

6. Kapitel. Reicheverfassung und Raiferwahl .. .. .. .. .. 185-205 Gagerns Berhandlungen mit Ofterreich - Erfte Lefung ber Reichsvers fassung - Camphaufens Gesichtspuntte - Rollettiverflarung ber 29 Res gierungen - Gegenbemühungen Schmerlings - Gruppierung ber Staaten - Das Mahlgefet - Reuer Rampf swiften Ronig und Minis fterium - Stury Bulows - Graf Arnim Minifter bes Auswartigen -Perfonliche Politit bes Ronigs - Gegenfage im Ministerium - Ofters reichische Berfassung - Der Belderiche Antrag - Bollenbung ber Bers fassung und Raiferwahl - Camphausens Ratichlage. 7. Kapitel. Unterredung bes Konigs mit Protesch - Seine Briefe an Arndt und Bederath - Der Ronig und Die Paulstirche - Geine Außerungen ju Protesch - Ronig und Ministerium - Des Ronige Entwurf ju einer Unts wort - Rritit der Kamarilla - Kronrat vom 2. April - Entwurf des Ministeriums - Erflärung bes Konigs im Kronrat - Feststellung ber Antwort - Audieng vom 3. April - Birfularnote vom 3. April - Plane ber Minifter - Beratung mit Camphausen - Camphausens Aftionsplan - Camphaufens Dentschrift vom 11. April - Instruttion für Camphaufen - Plan bes Reichsministeriums - Note ber 28 Regierungen vom 14. April - Camphausens Note vom 17. April - Lage der vier Ronigs

Rationalversammlung - Politit Camphaufens - Der Ronig und bas

Ministerium - Der Konig und bas fonstitutionelle Syftem.

reiche - haltung Friedrich Bilhelms - Ginmifchung der preußischen

## Gismarck und Napoleon III. 1863—1866.

#### 1. Rapitel.

Die frangofische Attenpublitation — Frantreich und Preußen vor 1863 — Auftauchen der Schleswigeholfteinischen Frage — Ziele der frangofischen

Politit — Bundnisvorschlag Rapoleons — Preußens Bundnis mit Ofters reich; Bismards Ziele; Bismard und bas öfterreichische Bundnis; sein Urteil über Rapoleon; Bismard und bas tonservative Prinzip — Ziele König Wilhelms; Bismard und König Wilhelm; Widerstände in der Umgebung bes Königs — Graf Golg.

#### 2. Rapitel.

Preußen und Frankreich bis jum Bertrag von Saftein .... 416—433 Bündnisvorschläge Rapoleons — Graf Golp rat jur Annahme — Biss mard lehnt ab — Gründe der Ablehnung — Rapoleons hintergedanken — Reue französische Anträge Anfang 1865 — Abermalige Ablehnung — Bismards Unterredung mit Benedetti 6. Mai 1865 — Bismard lehnt jum drittenmal einen Bertrag ab — Bismard verweist auf außers deutsche Kompensationen — Ministerrat in Regensburg; Anweisung für Golb — Golb handelt gegen seine Instruktion — Rüchbick.

#### 3. Kapitel.

#### 4. Rapitel.

Dismard und Manteuffel — Ministerrat vom 28. Februar 1866 — Briefs wechsel zwischen König Wilhelm und Napoleon — Napoleon fordert zum erstenmal offen deutsches Gebiet — Zurüdweisung dieser Forderung — Biss mard stellt die deutsche Frage in den Bordergrund — Antrag auf Bundess resorm — Napoleon und die Bundestesorm — Ofterreich bietet Benetien an — Rapoleon und Osterreich — Napoleons wohlwollende Neutralität.

Droupn de Lbuns -- Rapoleon und die Kompensationsfrage — Rapoleons Politit — Bismard und König Wilhelm — Bismard und Goly — Bis; marcs Politit.

Geite

## Die preußische Politik im Jahre 1866.

#### r. Kapitel.

Bismard und die deutsche Frage bis jur Schlacht bei Koniggras 481-525 Bismard und die deutsche Frage 1848 - Bismard und die Verfassung ber Paulstirche - Bismard will bie beutsche Ginheit gegenüber bem Auss land — Bismard und die Unionsverfassung — Die Olmübrede — Bis; mard und die deutsche Frage 1848-1850 - Bismards Stellung ju ben Planen von Camphausen und Radowig — Bismard und der Bundestag - Bismard und die Mittelftaaten - Bismard und das deutsche Bolt -Gein Parlamenteplan - Bufammenfaffung feiner Frankfurter Erfah. rungen - Ratichlage aus Petersburg - Dentschrift von Baden: Baden 1861 - Bismard als Ministerprafibent - Bismards Reformprogramm von 1863 - Bismard und Offerreich 1864 - Lattifche Rudfichten - Bis. mard und ber Liberalismus - Das allgemeine Bablrecht - Rudficht auf Frantreich - Entichluß jur Beschräntung auf Nordbeutschland -Der Bermittelungeversuch Antone von Gableng - Die Gefamteinigung bleibt lettes Ziel — Reformplan vom 10. Juni 1866 — Weiterer deutscher und engerer norddeutscher Bund - Billigung bes Reformplanes durch Rapoleon - Bedeutung des Reformplanes - Möglichkeiten beim Auss bruch des Rrieges.

#### 2. Rapitel.

Die französische Einmischung und ihre Wirtung bis zum 10. Juli 526—557

Wirtung der preußischen Siege — Stellung Rapoleons — Gefährlichs
feit der französischen Vermittlung — Niederschrift König Wilhelms vom
5. Juli — Ursprüngliche Absichten Bismards — Annahme der Vermitts
lung — Sendung des Prinzen Reuß nach Paris — Lelegramm an Golg
vom 8. Juli — Erlaß vom 9. Juli — Zusahtelegramm vom 10. Juli —
Erlaß an Redern 10. Juli — Bismards damaliger Plan.

#### 3. Rapitel.

#### 4. Rapitel.

#### 5. Rapitel.

#### 6. Rapitel.

Die Tefffellung ber Friedensbedingungen .. .. .. .. .. 606-661 Bismards Ergablung - Forderungen Konig Bilhelms - Bismards Teles gramm vom 15. Juli — Bismards Telegramm vom 16. Juli — Teles gramm nach Petersburg 16. Juli - Der Konig und Bismard 16. Juli -Bismarde Telegramm vom 17. Juli — Eintreffen der frangöfischen Fries densgrundlagen - Bismards Entwurf einer Untwort - Biderftreben des Ronigs - Bergtung in Bismards 3immer 18. Juli - Tragweite der Entscheidung - Rudtehr bes Pringen Reuß aus Paris - Reue Rache richten aus Paris - Entidluß jum Separatfrieden mit Offerreich 19. Juli - Rudtebr Benedettis aus Dien - Benedetti fordert Baffenrube und ben Empfang öfterreichifcher Bertreter - Telegramm an Gols 20. Juli - Borausgegangene Distuffionen - Teilnahme bes Kronpringen -Entidluß jur Baffenrube und Berhandlung — Krage des Umfanges der Annerionen — Berhalten bes Grafen Golb — Napoleon bewilligt die Annexionen — Berhandlungen in Nitolsburg — Entwurf des Pralis minarfriedens - Bismards Deutschrift 24. Juli - Ranbentscheidung bes Konigs - Einwirfung des Kronpringen - Abschluß des Praliminars friedens - Gefichtspuntte Ronig Wilhelms - Gegensat zwischen dem Ronig und Bismard.

### 7. Rapitel.

#### 8. Rapitel.

Inhalt.

 $_{\rm XI}$ 

Geite

und Preufen mahrend bes Feldjugs - Der Kongrefplan - Gendung Manteuffels nach Petersburg.

9. Kapitel.
Die Bertrage mit ben fubbeutichen Staaten und bie frangofifche
Rompensationsforderung
Besprechungen in Rifolsburg — Berträge mit Württemberg und Baben — Das Schutz und Trutbündnis und sein Zusammenhang mit Rapoleons Kompensationsforberung — Berhandlungen und Bertrag mit Hessens Darmstadt — Berhandlungen mit Bapern — Reue französische Kompens sationsforderung — Abschluß mit Bapern — Mitbesit der Burg von Rürnberg — Ergebnis.
Register



# Preußen und die deutsche Revolution



#### 1. Rapitel.

## Friedrich Milhelm IV. und die Benkschrift des Generals Radowitz vom 20. November 1847.

Mie König Friedrich Wilhelm IV. die Berfassungsfragen vom Stands puntte seiner romantischen Weltanschauung aus beurteilte, so wollte er auch das deutsche Problem in diesem Geifte lofen. Deutsches Wesen und deutsche Eigenart zu pflegen, erschien ihm ftets als die felbstverständliche Pflicht jedes herrschers eines deutschen Staates und war ihm zugleich ein tief empfundenes persönliches herzensbedürfnis. Auch das stand ihm schon bei seinem Regierungsantritt fest, daß zur Bemahrung deutscher Gelbs ständigkeit und Macht der 1815 geschaffene deutsche Staatenbund naments lich in Zeiten einer von auswärts brobenden Gefahr nicht ausreichen werde. Befanntlich hat er schon im Juli 1840 Metternich gegenüber aus: gesprochen, daß die herstellung "einer schwungreichen Ginigfeit und Ginheit im herzen Europas" ein Bedürfnis für das gemeinsame Baterland fei.1 hierbei gedachte er, wie immer, anzuknupfen an das Bestehende und historisch Gewordene; der Bund follte reformiert, und die Einheit Deutschlands mos möglich durch die Erneuerung des feit einem Menschenalter rubenden Raisers tums auch nach außenhin glänzend zur Unschauung gebracht werden. Dabei war aber für ihn, wie für so viele feiner abnlich denkenden Zeitgenoffen diese nationale Aufgabe nur ein Teil einer viel größeren universalen; nicht nur um Deutschlands, sondern ebenso sehr um Europas und um der chrifts lichen Kultur willen wünschte er die Wiederherstellung des alten Raisertums. Satte boch die römische Raiserwürde früher einen ausgesprochen univer: falen Charafter gehabt; und auch nachdem die herrschaft über Italien langft verloren gegangen war, hatte sich die Erinnerung daran, daß der römische Kaiser eigentlich der herr der gesamten abendländischen Christenheit gewesen war, noch insoweit erhalten, daß man ihm wenigstens den ersten Rang unter allen europäischen herrschern jugestand. Friedrich Wilhelm hat im herbst 1848 in seinen Unterredungen mit seinem Freunde Radowis ausdrücklich

<sup>1</sup> Metternichs Nachgelass. Papiere 6, 442. — Bgl. über die nationalen Bestrebungen bes Königs vor 1848 besonders F. Rachfahl, Deutschland, König Friedrich Wilhelm IV. und die Berliner Märzrevolution S. 29f.

<sup>2</sup> C. P. haffel, Josef v. Radowis 1, 75f.

die Ernenerung dieser römischen Kaiserwürde als sein Ideal bezeichnet; auch Italien sollte womöglich in den Reichsverband mit hineingezogen werden, und selbst für den Papst, den er sich wohl als den Repräsentanten der geistzlichen Sinheit des Abendlandes dachte, sollte in diesem neuen Reichsverbande Platz sein. Die Kaisertrone sollte wie in den letzten Jahrhunderten vor dem Zusammenbruche des alten Reiches der Herrscher Ssterreichs tragen; er selbst wollte sich diesem freiwillig unterordnen. Der Kern dieses Reiches sollte das erneuerte und gekräftigte Deutschland sein; seine Kräfte sollten zugleich zur Wahrung der bestehenden Rechtsordnung und des Völkerzstriedens in ganz Europa dienen. Erst dadurch erhielten nach des Königs Weinung die nationalen Bestrebungen ihre sittliche und religiöse Rechtzsertigung.

Man erkennt ohne weiteres, wie weit ab diese Jdeale von dem nationalen Egoismus lagen, der die Grundlage aller modernen Großstaaten und schließlich des neuen Deutschland geworden ist. Es gab für Friedrich Wilhelm stets weit höhere und erhabenere Ziele als die Befriedigung des nationalen Machtstrebens; nur so weit es diesen diente oder doch wenigstens mit ihnen verträglich war, konnte er es als berechtigt ansehen.

Ebenfo war es auch für ihn erft eine Frage zweiten Ranges, ob bei einer folden Ordnung der Dinge nicht das befondere Interesse des preußischen Staates ju fury tommen tonne. Allerdings tonnte von der herfiellung eines ftarten Raifertums auch Preugen insofern Rupen haben, als ihm badurch eine Garantie für die friedliche Entfaltung feiner inneren Rrafte geboten wurde. Aber auf der anderen Seite konnte durch ein öfferreichisches Raisertum die Gelbftandigfeit Preugens als Grogmacht und fein Ansehen nach außen bin in bedenklicher Beise beeinträchtigt werden, und gwar um so mehr, mit je stärteren Rechten die faiferliche Gewalt ausgestattet war. Es findet fich tein Ungeichen davon, daß den König diese Möglichkeit beun: ruhigt habe. Bielmehr icheute er vor einer gemiffen Unterordnung Preugens unter die alte deutsche Bormacht durchaus nicht jurud und war fest davon überzeugt, daß nur ein festes Bufammenhalten Offerreichs und Preugens die geplante Reform und überhaupt eine feste Bereinigung Deutschlands ermöglichen tonne. Für jeden praftischen Schritt jur Berbefferung der deutschen Ginrichtungen suchte er baber junachft die Mitwirfung Ofterreichs ju erlangen. Aber Metternich wich junachft allen Unregungen und Bors fellungen mit jenen böflichen aber zu nichts verpflichtenden Redensarten

uf diefen engen Jusammenhang zwischen des Konigs nationalen Motiven und alls gemeinen fittlichreligidsen Momenten, die aus der Stimmung der Befreiungsfriege und der Alteren Romantit flammten, hat Friedrich Meinede, Weltburgertum und Nationalftaat, 2. Aufl. S. 264 f. besouders energisch hingewiesen.

5

ans, in denen er Meister war. Jahrelang ließ sich der preußische König auf diese Beise hinhalten, ohne seinem Ziele auch nur um einen Schritt näher zu kommen.

Friedrich Wilhelms eigentlicher Vertrauter in den deutschen Fragen wurde allmählich Joseph von Radowig. 1 Rur drei Jahre junger als der König und unter bem Ginfluß ber gleichen geistigen Strömungen aufgewachsen wie dieser, teilte Radowig durchaus seine driftlichethische Beurteilung politischer Fragen und seine ideale Begeisterung für die Größe und herrliche feit des deutschen Gesamtvaterlandes. Aber er besaß einen schärferen Blick für die Realitäten des politischen Lebens als sein königlicher Freund und auch eine ftartere Unpaffungsfähigfeit an die tatfächlichen Wandlungen ber Dinge. Wie er einer ber erften beutschen Staatsmanner gewesen ift, ber die Bedeutung der sozialen Frage für den Staat erfaßte und die Macht ber Monarchie dem Liberalismus gegenüber auf die arbeitenden Rlaffen begründen wollte2, wie er später dafür eintrat, daß die Regierung sich im Parlamente eine Partei ichaffen muffe, um auf biefem wichtigen Boden bas Feld nicht von vornherein den Gegnern ju überlaffen, fo faßte er auch die bentiche Frage viel mehr als der Konig unter dem Gefichtspunkte auf, welche Lösung benn gurgeit praftisch erreichbar fei. Und obwohl er von Ges burt fein Preuße war, sondern als Sprößling eines ungarischen Geschlechtes auf braunschweigischem Boden das Licht der Welt erblickt hatte, und erft ziemlich spät nach einer wenig erfreulichen Tätigkeit in furheffischen Diensten in Preußen eine heimat gefunden hatte, war er doch manchmal ffarter als sein herr geneigt, das preußische Machtinteresse zu betonen und zu verfechten. Schon in einer Aufzeichnung aus dem Jahre 18393 hat er gefagt: "Das entschiedene Ziel der preußischen Politit muß die Erlangung und Erhaltung einer unzweifelhaften Segemonie in Deutschland fein." Preußen sei vor allen Dingen ein deutscher Staat; daber muffe seine Politik eine deutsche sein; daber durfe aber auch in der inneren und außeren Politik der übrigen Einzelstaaten und im deutschen öffentlichen Leben überhaupt nichts geschehen, ohne daß Preußens Stimme dabei gehört und beachtet worden fei. Allerdings follte diese hegemonie nicht fo fart ausgeprägt fein, daß sie die Selbständigkeit der fleineren Staaten bedrohe; diese sollten viels mehr das Gefühl haben, daß fie an Preugen jederzeit einen festen Rüchalt befigen wurden. Preugen muffe daher ftets bestrebt fein, voran ju fchreiten,

<sup>1</sup> Bgl. über die Entwidlung feiner Anschauungen das angeführte Bert von haffel und beffen Fortsetzung durch F. Deinede, Radowip und die deutsche Revolution, bef. S. 33 f.

<sup>3</sup> Bgl. bef. haffel 418, 427, 441 f. u. d. Ich finde das realpolitische Moment in Radowig bei Meinede noch nicht genügend betont.

<sup>3</sup> Gef. Schriften 4, 97f.

6 Radowiy.

wo es sich um Deutschlands geistiges oder materielles Wohl handle und alle Einrichtungen befördern, die zur hebung des Gemeinschaftsgefühles dienen könnten.

Offenbar hat also Radowitz zunächst mehr an eine moralische Führerschaft als an feste Verfassungsformen gedacht; aber schon eine solche tatsächlich leitende Stellung Preußens in Deutschland war doch nur schwer vereinbar mit einem österreichischen Raisertum, wie es Friedrich Wilhelm erträumte. Ich sinde nicht, daß Radowitz sich über diese Gedanken seines Freundes jemals zustimmend geäußert habe, so wenig wie der König vor 1848 je ein Wort wie "Degemonie Preußens" in den Rund genommen haben würde.

Für Nadowiß ergab sich aus seiner Grundanschauung ein wesentlich anderes Verhältnis zu Osterreich. Er betrachtet es ohne innere Sympathie; er ist überzeugt, daß man in Wien alles tun wird, um eine Steigerung der Lebenstraft des Bundes oder eine bessere Befriedigung der nationalen Bedürfnisse zu verhindern<sup>3</sup>; Osterreichs Interessen liegen nach seiner Meisnung ganz überwiegend im Orient und in Italien, nicht in Deutschland.<sup>4</sup> Wolle man mit den notwendigen Reformen warten, die Osterreich sie aus freiem Entschlusse gut heiße, so werde niemals etwas zustande kommen.

Daher dringt Nadowiß, als er vom Könige gleich nach dessen Regierungs; antritt um Rat gefragt wird, darauf, daß Preußen zwar für die notwendigen Resormen Scherreichs Zustimmung zunächst zu gewinnen suchen, aber auch teinen Zweisel darüber lassen müsse, daß es ohne Rücklicht auf den Kaiser; staat vorgehen werde, wenn dieser seine Mitwirkung ablehnen sollte. Wenn Preußen das tut, was die ganze Nation erwartet und begehrt, wird Herreich teinen Widerstand wagen. In diesem Sinne sprach er schon im Oktober 1840 zu Wetternich, als er zu einer Vereinbarung über gemeinsame Verzteidigungsmaßregeln nach Wien geschickt war. Er wiederholte es in seiner Denkschrift über die Notwendigkeit eines gemeinsamen deutschen Eisenbahns

haffel 295f. schwächt m. E. die Tragweite biefer Außerungen gu fehr ab. Bgl. auch bie abnlichen Gedanten in Radowinens Selbstbiographie (Haffel 66; diefer Teil ift ebenfalls 2839 geschrieben).

<sup>\*</sup> Radowih schildert in der Selbstbiographie (a. a. D. 75f., geschrieben wohl 1841) das beutsche Programm des Königs und bemerkt, man tonne seiner Gedankenwelt "Bewunderung nicht versagen". Ich glaube aus der Art, wie er sie darstellt, erhebliche Zweifel an der Aussscheit der toniglichen Gedanken herauszuhören. Jedenfalls werden sie nicht ausdrücklich gebilligt. Auch wenn Radowih (a. a. D. 74) vom "preußischedeutschen Interesse" spricht, flingt hindurch, daß er mehr vom preußischen Standpunkt aus die deutschen Interessen bes urteilt. Bgl. auch a. a. D. 104.

<sup>\*</sup> Gelbftbiographie a. a. D. 66.

<sup>.</sup> a. a. D. 87.

Daffel z, 83.

<sup>1</sup> a. a. D. 1, 319.

fystems im Jahre 1843. Preußen, das war seine Moinung, sollte in diesem Falle allein seine Anträge direkt bei der Bundesversammlung stellen und ihre Annahme auch gegen Herreichs Widerstreben durchzutämpfen suchen, unterstützt von der öffentlichen Meinung, die man durch Bekanntgabe der gestellten Anträge gewinnen musse.

Auch in der Frage, welche Reformen denn notwendig seien, hatte er sich fruh ein eigenes Urteil gebildet. In feinen Aufzeichnungen und Schriften von 1842 und 1843 faßt er es dahin jusammen3: Der Bund muffe ges fräftigt werden durch eine Ausgestaltung der Bebrverfassung mit regel mäßigen Inspektionen und gemeinsamen übungen; ferner burch Bers besterung des Rechtsschutes, indem die Bundesversammlung jugleich als eine Art von oberstem Bundesgericht bei Streitigkeiten von Privatpersonen ober Ständeversammlungen mit ihren Regierungen fungiere; ferner durch Ausdehnung des Zollvereins auf das gange Bundesgebiet unter Einfügung in deffen Verfaffung, Schaffung eines allgemeinen Gifenbahnsnftems, Reges lung der Schiffahrt und Kolonisation, volle Einheit in Müngen, Magen und Gewichten, und gleichartige Ordnung der heimatsverhaltniffe; endlich ein gemeinsames burgerliches und Strafgesethuch, gemeinsame Bertretung gegenüber dem Ausland, gemeinsame Aufbringung der jur Erfüllung der Bundesaufgaben nötigen Geldmittel. Alles das waren flare, greifbare, den praftischen Bedürfnissen angepaßte Borschläge, weit entfernt von den nebelhaften Idealen des Konigs. Radowis will den Bund zu einer nus lichen nationalen Einrichtung machen, nicht das alte heilige Römische Reich wiederherstellen; teine Anderung der Verfassung des Bundes plant er, nur eine Ausdehnung seiner Wirtsamteit; indem Preugen diese anregt und durchsett, wird es von selbst die tatfächlich führende Macht im Bunde werden.

Dem Könige mag das alles sehr nüchtern und höchstens als eine bes scheidene Einleitung zur Ausführung der Gedanken, die ihn bewegten, ers schienen sein. Immerhin fand er in Nadowiß einen Wann, der wenigstens etwas zur Belebung des deutschen Gefühles tun wollte; und zwar, was ihm besonders wichtig war, ohne zugleich den liberalen Forderungen Zusgeständnisse zu machen. In diesem Sinne wird man es verstehen können, daß er bei ihren Unterredungen den Plänen des Freundes zustimmte, und daß er ihn am 29. September 1847 nach der Offenburger Demokratens versammlung beaustragte, seine Gedanken über Bundesresorm<sup>1</sup> genauer schriftlich zu formulieren.

<sup>1</sup> I, 385.

<sup>2</sup> So schon 1843 a. a. D. 385; ferner 6. Mary 1844 395f., 13. Juni 1847 441.

<sup>3</sup> Selbstbiographie 1, 104. Gang abnlich in seiner größeren Schrift aus dem Fruhjahr 1843 a. a. D. 384.

Radowit tam diefem Befehle nach; junachft legte er in einem fürzeren Schreiben vom 12. Oftober feine Plane nochmals bar2: Rur auf dem Ges biete der deutschen Politif find für den Ronig große und friedliche Erobes rungen möglich, nur hier find jest noch die Bundesgenoffen gu finden, deren er bedarf. Der erfte Schritt muß darin bestehen, daß in Wien möglichft deutlich ertlart wird, Preußen werde fich nicht langer hinhalten laffen. Der nationale Gedante, einer "der machtigften Sebel der Gegenwart", fei bereits ju einer gefährlichen Waffe in der hand der Umfturgvartei geworden, weil die Regierungen ihn nicht rechtzeitig zu würdigen und seine berechtigten Forderungen ju erfüllen vermocht hatten. Man muffe versuchen, ihr biefe Baffe zu entwinden, zugleich aber die rechtliche Gelbständigkeit der Einzels ftaaten unangetaftet laffen. Ein Rongreß ber Minister aller deutschen Staaten muffe gusammentreten, um die notigen Dagregeln zu vereinbaren. Bolle Offerreich dagn die Initiative ergreifen, so werde Preußen ihm gern den Bortritt laffen, fonft aber felbft vorgeben. Der Entschluß dazu fei un: abanderlich gefaßt. Sollte die Bundesversammlung, an die fich Preugen im Fall einer öfferreichischen Ablehnung junachst wenden werde, infolge bes von Wien aus etwa geleifteten Widerstandes die gestellten Untrage ablehnen, fo werde der Konig "feine Berpflichtungen gegen die formale Bundesgemeinschaft als erfüllt erachten", feinen Ständen und der Offente lichkeit den Stand der Dinge darlegen und feine Ziele auf dem Wege von Spezialvereinen nach Analogie bes Bollvereins zu erreichen suchen.

Die Forderungen selbst, die zu stellen sind, entsprechen seinen früher entwidelten Gedanken. Kommt es zum Kongreß, so muß nur die prinzipielle Einführung der neuen Institutionen beschlossen, die genaue Ausgestaltung der Einzelheiten aber besonderen Kommissionen des Bundestages überslassen werden, die durch Sachverständige zu verstärken sind.

Radowis wurde nach Einsendung dieses Entwurfes nach Berlin gerufen, und hier fand am 14. November unter dem Borsit des Königs ein Ministers tat statt, an dem er teilnahm. Seine Plane stießen namentlich bei dem Minister v. Canipa auf lebhaften Widerspruch; Radowis führte ihn auf

<sup>1</sup> Möglicherweise ging auch icon ber preußische Antrag vom 13. Sept. 1847 auf Beröffents lidung ber Bundestagsprototolle (Daffel 1, 463) auf die Einwirtung von Radowig jurud.

haffel 1, 452f.

<sup>&</sup>quot; haffel z, 459f.

<sup>\*</sup> Eanis hat nach Rachfahl (hift. Bierteljahrsschrift 6, 366) auch feinerfeits einen Reforms plan entworfen, von dem wir bisber nur den Auszug Rofers (hift. 3. 83, 49) fennen. Nach Rofer war es die für Radowig am 19. Nov. aufgesette Instruction, nach der er sich richten sollte, wenn es in Wien zur Behandlung der deutschen Frage tomme. Ohne Kenntnis des Wortlauts last sich über das Berhältnis der darin enthaltenen Gedanken zu den Ideen des Ronigs nichts sagen. Dasselbe Schriftstad benutzte wohl haffel 1, 462.

eine "ihm unbewußte Anechtung unter Wien" zurück. Der König scheint die Aussührung dieser Vorschläge tropdem gutgeheißen zu haben; doch war es wohl ein Zugeständnis an die widerstrebenden Minister, daß sie bis nach Erledigung der damals besonders dringenden schweizer Angelegen; beiten zurückgestellt und Nadowiß mit der Ausarbeitung einer noch aussühr; licheren Denkschrift beauftragt wurde. Am 20. November war auch diese fertig.

Diese große Denkschrift, die seit lange befannt ift, bat in der neueren Lites ratur eine fehr verschiedene Beurteilung gefunden. Rachfahl ift der Ansicht, daß die Befolgung der darin enthaltenen Ratichläge eine langsame aber fichere hinausbrängung Offerreichs aus Deutschland gur Folge gehabt haben wurde: wenn auch der König und Radowis dies vielleicht nicht bes wußt gewollt hatten, so sei es doch bei der tatfachlichen Lage der Dinge die notwendige Konsequeng davon gewesen.2 Meinede hingegen glaubt, daß das Ziel, welches Radowis verfolgte, naturgemäß unflar und verschwommen sein mußte, weil es der romantischen Weltanschauung entstammte, daß aber die Mittel gu feiner Erreichung mit "bemerfenswerter Rüchternheit" erwogen seien. Er fieht in dieser Berbindung swischen einem ideologischen Biel und einer realpolitischen Tattit einen Widerspruch, der dem gangen Plane etwas Unflares gebe.3 Saffel gibt ju, daß die Durchführung des von Radowiß entworfenen Programms zu einer allmählichen Auflösung ber Bundesverfaffung und gur Errichtung eines engeren Bundes unter Preugens hegemonie hatte führen tonnen, bestreitet aber, daß dem Ber: fasser der Dentschrift diese Entwicklung als bewußtes Ziel vorgeschwebt habe.4

Die Denkschrift ist zweifellos nur eine konsequente Weiterbildung der seit einem Jahrzehnt von Nadowiß vertretenen Gedanken, die zugleich auss führlicher begründet werden. Abweichungen von seinen früheren Vorsschlägen sinde ich nur darin, daß er die Vereinheitlichung des gesamten bürgerlichen Nechtes fallen läßt und sich mit der Gemeinsamkeit von Strafsrecht, Strasversahren, handels, und Wechselrecht begnügen, ferner daß er nicht mehr den Bundestag als oberste richterliche Instanz ausbilden, sondern ein besonderes Bundesgericht ins Leben rusen will, das zugleich die letzte Entscheidung in Presprozessen haben soll. Auch die Art des Vorgehens — zuerst Versuch, Österreich zu gewinnen, bei dessen Ablehnung selbständiges Vorgehen beim Bundestage unter Appell an die öffentliche Weinung, beim

<sup>1</sup> Gedr. Radowit, Gef. Schriften 3, 314f.

<sup>2</sup> Rachfahl a. a. D. 36f.

<sup>3</sup> Meinede, Radowig 54 unter Berichtigung feines früheren Urteils (hift. 3. 89, 29f.)

<sup>4</sup> haffel, Radowig 1, 549. Ubrigens behauptet Rachfahl das lettere auch nicht bestimmt, sondern läßt die Möglichteit ju (S. 36), daß dem Rönige und Radowig die, wie er meint, notwendige Konfequenz des eingeschlagenen Weges nicht jum Bewußtsein gefommen sei.

Mißlingen auch dieses Versuches endlich Abschluß von Spezialvereinen mit den einzelnen dazu geneigten Staaten — ist genau dieselbe, die er immer gefordert hat. Dies ist insofern wichtig, als daraus ohne weiteres folgt, daß es nicht etwa das starte Anschwellen der populären Einheitsbewegung im Jahre 1847 gewesen sein kann, was Nadowiß zur Ausstellung seines Programms veranlaßte.

Zweifellos scheint mir, daß nach dem Wortlaute seiner verschiedenen Auf: geichnungen und Dentschriften, benen seine intimeren Außerungen nirgends widersprechen, Radowis felbst die Begründung eines engeren deutschen Bundesstaates unter Preußen mit Ausschluß Offerreichs nicht als die note wendige Folge bes von ihm empfohlenen Vorgehens betrachtet bat. mißtraute Sfterreichs Bereitwilligfeit jum Gingeben auf das Reformpros gramm, teils weil nach seinem Urteil Metternichs Staatstunst fich in bem ideenlosen Festhalten am gerade Bestehenden erschöpfte1, teils weil er glaubte, daß Ofterreich durch feine ihm wichtigeren außerdeutschen Intereffen zu ftart in Anspruch genommen werde, um die Notwendigkeit folder Ginrichtungen für Deutschland als unbedingt maßgebend für die eigene Politif anzuers fennen. Wenn er in der Dentschrift fagt, daß auch Biterreich die Reformen wollen mußte, falls es fich jur Einsicht in sein wahres Wohl erheben könnte, fo meinte er bas gewiß völlig ernft; wurde in Deutschland burch Befriedis gung der bringenoften nationalen Bedürfniffe die Rube bergeftellt und weitergehenden Bestrebungen der Boden entzogen, so wurden für Biterreich Die Gefahren vermindert, die ein voller Gieg des Nationalitätspringips in beffen bemotratischer Ausprägung für seine ftaatliche Einheit haben mußte.2 Er wollte gwar Offerreich, wenn diefes Schwierigfeiten mache, momentan fich felbst überlaffen, ohne die Wiener Regierung vorgeben, ihr die Reformen durch Bundesbeschluß aufnötigen, oder Spezialvereine schließen, an denen fie feinen Teil hattes; aber diefes Borgeben follte die Sache nur in Fluß

Bgl. bas Urteil in feiner Gelbftbiographie, Saffel 1, 88.

Rachfahl 45 erblidt barin eine absichtliche ober unabsichtliche Bertennung des mabren öfferreichischen Staatsinteresses durch Radowip. Dies ware nur richtig, wenn sein Plan wirflich die hinausdrängung Offerreichs aus Deutschland zur unvermeiblichen Konfequenz gehabt hatte. Bgl. hierüber unten.

Derartiger Spezialvereine tonnten mehrere nebeneinander geschlossen werden, z. B. einer für Rriegswesen, einer für Rechts, und Gerichtseinheit, einer für Bollwesen (der schon bestand); fle tonnten ganz verschiedenen Umfang haben, je nachdem einzelne Regierungen dem einen beitraten, dem andern nicht. Dies vertennt Rachfahl; er glaubt, Radowih habe einen alle Staaten außer Offerreich umfassenden Bund mit großer Kompetenz und starter Zentralgewalt schaffen wollen und dann Offerreich den — natürlich unmöglichen — Beitritt feeistellen (S. 50, 55). Jeder dieser verschiedenen Spezialvereine sollte vielmehr seine Wirtssamteit erft dann auf den Bund übertragen, wenn er alle Staaten umfaßte, auch Offerreich.

bringen. Die sachliche Notwendigkeit größerer Einigung sollte allmählich allen zum Bewußtsein kommen und sie zur freiwilligen vollen Annahme des Programms bestimmen. Das Ziel war nicht die Begründung eines neuen Bundes ohne Osterreich neben dem bestehenden Bunde oder an seiner Stelle, sondern dessen Erhaltung und gründliche Reform, wozu alles übrige nur als Mittel gedacht war.

Immerhin wird man Rachfahl fo viel jugestehen muffen, daß die Aus: führung diefes Programms Preugens Ginflug im Bunde gegenüber Ofters reich gesteigert haben murbe, daß daber die Möglichkeit vorlag, eine ber artige Politit fonne unter Umftanden jum Bruche mit dem Raiferftaat und zu beffen voller Ausschließung aus der engeren deutschen Gemeinschaft führen. Die Möglichfeit, nicht aber bie Notwendigfeit. Wenn in Wien eine andere Richtung wie die von Metternich bisher vertretene jur herrschaft fam, war eine Beteiligung Ofterreichs an diefen Reformen nicht ausges fchloffen. Solange feine fester organisierte Zentralgewalt geschaffen murbe - und das forderte ja Radowis nicht -, folange Bfterreichs Einfluß in der Bundesversammlung demjenigen Preugens überlegen blieb, war es für ben Wiener hof nicht unmöglich, eine größere Ausdehnung ber Bundes, fompeteng juzugestehen. Es tonnte dort fehr wohl die Erwägung den Aus: fchlag geben, daß es beffer fei, diese Reformen jugulaffen, als Preugen auf ben Weg ber Spezialvereine zu brangen. Rur wenn es hierzu tam, bestand eine größere Gefahr ber allmählichen Ausschließung Offerreichs vom ges meinsamen beutschen Staatsleben.

Ich möchte auf Erund der sonst vorliegenden Außerungen von Nadowig annehmen<sup>1</sup>, daß dieser es für wahrscheinlich gehalten hat, Osterreich werde, wiewohl ungern, nachgeben, und es werde daher nicht nötig sein, zu jenen Spezialvereinen seine Zustucht zu nehmen. Immerhin wollte er gewiß äußerstenfalls davor nicht zurückscheuen; die Sache Preußens und Deutschelands stand ihm zu hoch, um sie einem, wie er glaubte, auf irriger Einschäung der eigenen Interessen beruhenden Widerspruche Osterreich zu opfern. Er wollte also nicht Osterreich aus dem Bunde drängen und dies nur durch eine vorangehende Scheinbefragung der Wiener Negierung masstieren; sondern er wollte Osterreich zum Nitgehen fortreißen und nur äußersstenfalls lieber vorläusig auf dessen Teilnahme verzichten, als das ganze Neformwerf aufgeben.

Es wurde schon vorhin betont, daß für Radowit das preußische Interesse stärker ins Gewicht fiel als für den König. Aber auch dies darf man nicht so verstehen, als habe er Preußen auf Rosten Österreichs und der übrigen

<sup>1 3.</sup> B. Bericht v. 6. Mart 1844 (haffel 1, 395 f.).

deutschen Staaten eine reale, in Verfassungsparagraphen und Verwaltungs, befugnissen sichtbar zutage tretende Vormachtstellung schaffen wollen. Seine Meinung war vielmehr, daß Preußen selbst zu seiner Sicherheit und seinem Aufblühen der engen wirtschaftlichen und geistigen Verbindung mit dem übrigen Deutschland bedürfe<sup>1</sup>, und daß es für die Erreichung einer solchen engeren Verschmelzung selbst Opfer bringen müsse. Ein solches Opfer war doch unzweiselhaft der Verzicht auf den unter preußischer Führung stehenden Zollverein und die Unterwerfung der Wirtschaftspolitif des eigenen Staates unter die Wehrheitsbeschlüsse des Bundestages, in dem Preußen eine im Verhältnis zu seiner Größe und Macht völlig unzureichende Stimmen; zahl besaß.

Unter den Mitteln, die Radowiß für den Notfall gur Erreichung feines Bieles anwenden wollte, bedarf noch das Bundnis mit der öffentlichen Meinung Deutschlands, mit "dem befferen Geifte ber Ration" einer ges naueren Betrachtung. Rachfahl erfennt darin die Absicht, die fich immer lebs haft regende tonstitutionellenationale Strömung ju einem Druck auf die übrigen Regierungen im Sinne preußischer Machtsteigerung auszunuten. 36 halte das für eine Vertennung feiner mahren Meinung. Radowit fühlte fich, ebenfo wie ber Ronig, in einem unüberbrudbaren Gegenfat gu den liberalen und demofratischen Anschauungen, die ihnen als im innersten Rern irreligios und baber verwerflich erschienen; er wurde es fur fundhaft gehalten haben, fich mit ihnen gegen die von Gott eingesetten Obrigfeiten ju verbinden. Wenn er vom "befferen Geifte der Nation" fprach, fo meinte er gewiß nicht folche Bestrebungen, wie sie später in der Paulstirche hervors traten ober ichon damals auf dem füddeutschen Demofratentage verfündigt wurden. Der nationale Gedante war vielmehr nach feinem Urteil bei Uns bangern aller Stamme, Ronfessionen und Parteien verbreitet, und gerade beshalb wollte er an ihn anfnupfen, um die Gegenfate zu überwinden.3

Dagn tommt noch als ein mehr perfonliches Rebenmotiv, daß Radowig glaubte, fein Konig und Freund werde dauernden Ruhm und größere Popularität im eigenen Lande erlangen tonnen, wenn er die nationalen Bedürfniffe zu befriedigen versiehe (haffel 1, 135).

Diese Anschauung Spbels und Treitsches bleibt m. E. gegenüber den Einwänden Rachfahls zu Recht bestehen. Radowig verurteilte den Zollverein als eine zwar begreissiche aber bestagenswerte Erscheinung (Ges. Schr. 3, 316). Rachfahl (42) übersieht, daß die Entscheidung durch Rajoritätsbeschlüsse, mochte sie auch im Sinne der Zentralisation ein Fortschritt sein, nicht im Interesse Preußens lag, solange es jederzeit überstimmt werden konnte. Hat doch Bismard immer gerade dagegen am schärssen angetämpst, daß man Preußen durch Rehrheitsbeschlüsse des Bundes vergewaltige. Auch ist es nicht richtig (S. 44), daß die Abernahme des Zollvereins durch den Bund, da Osterreich nie habe beitreten können, Aberhaupt einen engeren Bund begründet haben würde. Solange Osterreich dem Zollverein micht beitrat, blied dieser ein Spezialverein, und war eben nicht Bundessache.

Bef. Cor. 3, 319.

Er hielt ihn nicht nur fur durchaus vereinbar mit konservativer und legie tintistischer Gesinnung, sondern er hielt es für eine Rlugheitspflicht aller Konfervativen, diefen nationalen Bestrebungen entgegenzukommen, damit nicht fie als deren prinzipielle Gegner, und infolgedeffen die Liberalen und Demofraten als die einzigen erschienen, von denen für ihre Berwirflichung etwas ju hoffen fei. Gerade fie follten jur Unterftugung aufgerufen und mit ihrer hilfe das verwirklicht werden, mas ohne Beseitigung der geheiligten Grundlagen der bestehenden Ordnung im Sinne der nationalen Bestrebungen ausführbar erschien; den Gegnern, die sich für ihre umfturglerischen Plane des erhabenen Gedankens der Nationalität als eines Aushängeschildes bedienten und viele damit irre machten, sollte so diese Baffe aus der hand geschlagen werden. 1 Daß Radowit an ein Bundnis mit den Liberalen? unmöglich gedacht haben fann, geht ichon daraus hervor, daß er deren Sauptforderung, das gemeinsame beutsche Parlament, nicht jugesteben wollte. Niemals würden fie in der Zuziehung von Sachverständigen zu den Kommissionsberatungen des Bundestages, die er vorschlug, einen Ersat dafür gesehen und ihm auf solche Bedingungen hin ihre Unterstützung ges mährt haben.

So bleibt also als Kernpunkt seiner Gedanken übrig, daß der Bund reformiert werden soll ohne Antastung seiner Organisations durch die Ersweiterung seiner Kompetenz auf alle Angelegenheiten, die im Interesse eines kräftigen nationalen Lebens gemeinsam sein müssen<sup>4</sup>; daß dies womöglich in Übereinstimmung mit Österreich sofort für den Gesamtbund, nur im Notfalle vorläusig durch Spezialvereine unter den zustimmenden Regierungen

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bgl. die Außerungen von 1841 in der Selbstbiographie (haffel 1, 89) über den "wahrs haft geistigen Sinn" in den nationalen Bestrebungen und die Beimischung vieles Trüben durch die "demagogischen Umtriebe". Bgl. eben S. 134.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Das scheint Rachfahl anzunehmen, wenn er sagt (S. 33 u. 51), der König habe sich nach der Ansicht von Radowig mit der "populären Bewegung" verbinden sollen, die nach S. 53 wesentlich identisch ist mit den liberal gesinnten Elementen, in denen die Jdee der Bolksfouveränität lebte (was auch nicht zutrifft). Rachfahl meint, Radowig habe nicht erkannt, daß das Bündnis dieser Elemente nur um einen Preis zu haben gewesen wäre, den weder er noch der König zahlen wollten. Radowig wußte aber ganz genau, was jene verlangten, und wollte sie bekämpfen, indem er ihnen den nationalen Wind aus den Segeln nahm, wie er ja deutlich genug sagt.

<sup>3</sup> Rachfahl sucht (S. 48) zu beweisen, daß die Anderung der Organisation die notwendige Folge der Aussührung des Radowisschen Programms hatte sein mussen; er tommt dazu nur, weil er den Grundgedanken von Radowis misversieht.

<sup>4</sup> Bor einer Beschränkung der Souveränität der Einzelstaaten im Interesse des Bundes schrecke er um so weniger zurück, als er deren Souveränität für eine reine Usurpation hielt; gebraucht er doch dafür das gleiche Bort, wie später Bismard: "Souveränitätsschwindel" (Ges. Schr. 3, 315 u. 327).

durchgesetst werden soll; das lette Ziel bleibt immer, die Rompetenz dieser Spezialvereine später wieder auf den Gesamtbund zu übertragen, sobald alle Staaten sich von der Notwendigseit der Resormen überzeugt haben werden. Dies Programm ist in sich geschlassen und durchaus nicht unklar. Es konnte freilich unter Umständen zu einer engeren Vereinigung der deutzschen Staaten außer Össerreich führen, wenn man sich in Wien rein negativ verhielt; aber auch dann ohne eine gründliche Umgestaltung kaum zu einer herrschenden Stellung Preußens im engeren Deutschland, sondern höchstens zu einem tatsächlichen Übergewicht, wie es durch die weit geringere Macht aller übrigen Staaten gegeben war. Ob Össerreich es dazu treiben werde, darauf wollte Radowig es ankommen lassen. Mehr kann man meines Erachtens nicht sagen.

Waren nun aber diese Gedanken von Radowis auch die des Königs? Dies wird<sup>2</sup>, soviel ich sehe, allgemein geglaubt. In der Lat hat ja der König die Denkschrift genehmigt, und wenn der General nicht sofort die Erlaubnis erhielt, auf Grund dieses Programms mit Wetternich zu verhandeln, so lag das nach seiner eigenen Ansicht nur an dem Widerstreben der Winister<sup>3</sup>, dem der König zunächst Rechnung trug, weil im Augenblick dringendere Fragen vorlagen, deren Erledigung den Borrang haben sollte.

Aber bei einem Herrscher wie Friedrich Wilhelm kann die bloße Genehmis gung einer ihm vorgelegten Denkschrift keineswegs als Beweis dafür dienen, daß er deren Inhalt wirklich innerlich billigte. Wie oft hat er vorher und nachher seinen Natgebern die Genehmigung zu Maßregeln erteilt, die er selbst für falsch hielt, aber von deren Ausführung er andere Wirkungen erwartete, als die, welche sie in Anregung brachten! Wie lange haben später Vunsen und selbst Camphausen geglaubt, daß er mit ihnen in wesentlichen Punkten einig sei, während sich später zeigt, daß er es nicht war! Und sogar die Brüder Gerlach haben ähnliche Erfahrungen mit ihm machen müssen. Leopold v. Gerlach hat mit Necht betont, daß es in des Königs Art lag, bei seinen Dienern wenig danach zu fragen, ob sie innerlich mit ihm einz verstanden seien; er traute seiner geistigen Überlegenheit und seiner königs lichen Autorität so viel zu, daß er glaubte, ihren Handlungen jeden Augens

<sup>1</sup> Bgl. hierzu feine Außerung aus dem Jahre 1852. Gef. Schriften 2, 34, haffel 1, 549 u. Meinede 55.

<sup>\*</sup> Meinede außert fich hierüber nicht deutlich; er icheint (Radowis 57f.), wenn er die Urfache des Miglingens jum großen Teil in der Perfonlichteit des Königs fucht, mehr an Schwäche und Bestimmbarteit durch die Umgebung, als einen inneren Diffens zwischen ihm und Radowis zu benten.

Madomin flagt in feinem Briefe vom 28. Mary 1848 an den Konig (haffel 1, 575) baraber, daß feine Dentschrift drei Monate unerwogen im Ministerium liegen geblieben fei.

blid halt gebieten zu können, wenn sie über das, was er selbst wollte, hinaus, zugehen im Begriffe ftanden.

Gewiß wurde Friedrich Wilhelm Radowis nicht seine Genehmigung erteilt haben, wenn er beffen Bestrebungen gang migbilligt batte; aber bentbar bleibt es, bag er die barin enthaltenen Möglichkeiten, vor benen sein Freund nicht zurudschreckte und die auch er gewiß nicht übersehen haben wird2, doch mit anderen Augen betrachtete. Run wissen wir aus anderen gleichzeitigen vertraulichen Außerungen des Königs, daß er jede Trennung Offerreichs von dem übrigen Deutschland als das größte Unglud ansah. Ift es da mahrscheinlich, daß er völlig einverstanden gewesen sei mit einer Tattit, die doch schließlich zu einer folden Trennung führen tonnte, wenn auch nicht mußte? Ich glaube vielmehr, daß Friedrich Wilhelm einvers ftanden damit war, daß etwas im Sinne der Einigung geschehen muffe, fowohl aus nationaler Empfindung beraus wie aus der Erwägung, daß nur durch Befriedigung berechtigter Forderungen den Ungufriedenen die Baffen entwunden werden tonnten; daß er auch nichts dagegen hatte, wenn Radowis mit dem fortwährend ausweichenden Metternich energisch redete und ihm mit der Möglichkeit eines selbständigen preußischen Borgebens ohne weitere Rücksicht auf Offerreich brobte. Bielleicht gelang es auf diese Art wirklich, das ersehnte gemeinsame Borgeben beider Großmächte zu ers reichen.3 Db er aber wirklich entschlossen war, wenn Bfterreich hartnädig blieb, allein an den Bundestag ju geben und die Offentlichkeit ju alarmieren oder gar die angefündigten Spezialvereine zu schließen, möchte ich bezweifeln. Er wird fich gefagt haben: damit droben fann man ja, um Offerreich vor: warts zu bringen; es ift auch gut, wenn Radowit felbst in der Lage ift, auf die königliche Billiaung des gangen Programms hinzuweisen, damit seine

<sup>1</sup> Zu ähnlichen Schluffen führen die Bemertungen, die Radowiß selbst schon 1841 über das Berhältnis des Königs zu seinen Dienern machte (Selbstbiographie bei haffel 1, 75).

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Sicher hat sie Canit bemerkt und wohl gerade deshalb, weil möglicherweise ein Zwiespalt mit Österreich daraus erfolgen konnte, war er gegen den Plan von Radowit. In der Insstruktion, die er am 19. November Radowit nach Wien mitgab, gestattete er diesem nur die deutsche Frage nebenbei und ganz im allgemeinen zu berühren und wies ihn ausdrücklich an, den Grundsatz sesszuch festzuhalten: keine Spaltung zwischen Preußen und Österreich! (Hassel 1, 463).

<sup>3</sup> In diesem Sinne schrieb der König schon am 17. Januar 1841, als es sich um die Fragen der Kriegsverfassung handelte: "Will Ofterreich nicht die Einleitungen treffen, so wird Preußen (Deutschlands rechter Urm) mit gutem Beispiel vorangehen" (hafsel 1, 332). Auch damals aber beabsichtigte er feine Trennung von Ofterreich; denn schon am 24. Januar schrieb er unter Berufung auf ein Promemoria des Barons v. Werther: "Lehteres hat Recht, jede Spaltung zwischen Wien und Eöln a. d. Spree für eine Europäische Calamität zu halten" (S. 333).

Drohungen ernst genommen werden. Nütt das nichts, so fann ich mir die Sache immer noch überlegen; ich bin ja der König und fann dem Eifer meiner Diener jederzeit wieder halt gebieten, wenn es mir nötig erscheint.

Ich behaupte nicht, daß er wirklich genau fo gedacht habe; aber die Moge lichfeit ift nicht auszuschließen. Liegt die Sache aber fo, bann fann man aus der Genehmigung der Denkschrift nicht einmal folgern, daß auch der Konig ebenfo wie Radowit eine zeitweise Trennung von Offerreich ernftlich ins Auge gefaßt babe.2 Noch viel weniger berechtigt find wir, aus dieser einen Tatsache der Genehmigung zu folgen, daß sein eigentliches lettes Biel Die Berdrangung Offerreiche aus Deutschland und die herstellung eines enges ren Bundes unter Preugens Suhrung im Einverftandnis mit der liberalen Strömung gewesen sei. Das läßt fich ja nicht einmal für den Berfaffer ber Dentschrift beweisen. Dag der Ronig selbst seinen früher und spater so oft ausgesprochenen Grundfagen eine furge Zeit lang völlig untreu geworden fein mußte, wenn er damals folche Gedanten gehegt hatte, hat Meinede mit Recht betont. Auch gibt es ja ein icharfes und ausdrückliches Zeugnis gerade aus diefer Zeit und aus feinem eigenen Munde, daß er eine berartige Politif völlig migbillige, in feinen befannten Bemerfungen ju ber Dente schrift bes Fürsten Karl von Leiningen. Rachfahl sucht es möglichst zu ente fraften; er meint, man muffe entweder einen vollständigen Gefinnungs: wechsel bei dem Könige vom September bis November 1847 annehmen, ober biefe Außerungen als einen Berfuch Friedrich Wilhelms auffaffen, feine Plane vorläufig noch ju verbergen und abzuleugnen, bis fie jur Aus: führung reif seien.3 Derartige Dinge tommen gewiß baufig genug in der Diplomatie aller Zeiten vor; aber man muß doch in jedem einzelnen Falle Grunde haben, die eine bewußte Täuschung mahrscheinlich machen. Rachs fahl tann aber nur feine Interpretation ber Dentschrift von Radowis dafür ins Reld führen; und biefes Argument fällt in fich jufammen, wenn diefe Auslegung irrig ift.

<sup>1</sup> Auch Leopold v. Gerlach war, als die Schrift von Radowit im Sommer 1848 im Drud erschien, der Meinung, daß die eigentlichen Absichten des Königs von denen des Generals verschieden und von diesem verkannt worden seien. "Radowit hat die Apologie der Politik Friedrich Wilhelms IV. in den deutschen Sachen geschrieben, der ich deshalb nicht justimme, weil sie von einer falschen Basis ausgeht und eine Richtung anerkennt, in die der König gewissermaßen hineingetrieben ist" (Denkw. 1, 165).

<sup>3 36</sup> tann also die Dentschrift nicht mit Rachfahl (37) als ein "untrügliches Zeugnis für den damaligen Stand der preußischen Politit", sondern nur als ein solches für die perfonstichen Anschauungen des Generals ansehen.

<sup>\*</sup> Radfahl 35 fpricht fich nicht gang deutlich darüber aus, welche diefer beiden Erflarungen er felbft vorzieht. Der Gefinnungswechfel ift m. E. dadurch ausgeschloffen, daß der Ronig nachweisbar auch fpater immer an feiner alten Borftellung festgehalten hat.

#### 2. Rapitel.

## Die deutsche Politik Preufzens bis zum 19. Marz.

Die Absicht von Radowis war im herbst 1847 gewesen, durch Erfüllung der berechtigten nationalen Forderungen den Versechtern liberaler und demokratischer Ideen eines ihrer zugkräftigsten Schlagworte zu nehmen. Er wollte die Rompetenz des Bundes erweitert, seine Verfassung aber ers halten sehen, mit Össerreich, wenn dieses nur wolle, enge Fühlung halten, das Verlangen nach einer Vertretung des deutschen Volkes bei der Zentrals gewalt aber zurückweisen und dafür nur von den Regierungen ausgewählte Sachverständige zu den Kommissionsberatungen zuziehen.

Ob sich ein erheblicher Teil der Nation dadurch würde haben zustrieden; stellen lassen, wenn es sofort zur vollen Ausführung seines Programms gekommen wäre, wird nie entschieden werden können. Für wahrscheinlich halte ich es nicht. Der Kardinalsehler lag nicht in der zu geringen Kompetenz, sondern in der unzweckmäßigen Organisation des Bundes, und daran wollte

sondern in der unzweckmäßigen Organisation des Bundes, und daran wollte Radowiß nichts ändern. Aber er kam nicht einmal dazu, den Bersuch zu machen; Monate lang blieb seine Denkschrift unbeachtet liegen, obwohl der König sie gebilligt hatte, weil die Minister, besonders Canig, dem ganzen Plane abgeneigt waren und andere Kragen in den Vordergrund schoben.

Seit dem herbst 1847 erhoben die süddeutschen Liberalen und Raditalen laut und gemeinsam den Ruf nach einem deutschen Parlament. Sie wollten die Reform des Bundes von der anderen Seite her beginnen, zuerst seine Verfassung durch Einfügung eines starten populären Elementes ändern; die Rompetenzerweiterung sollte mit deren hilfe und unter deren Orucke nachfolgen. In das offizielle politische Leben trat dieser Gedanke durch den bekannten Antrag, den Friedrich Bassermann am 12. Februar 1848 in der zweiten badischen Kammer stellte, und der die Umwandlung Deutschlands aus einem Staatenbunde in einen Bundesstaat verlangte, in dem die Geschgebung über die gemeinsamen Angelegenheiten von dem Bundestage zusammen mit einer von den Rammern der Einzelstaaten gewählten Verzetung der Gesamtbevölkerung Deutschlands ausgeübt werden sollte. Schon in der badischen Rammer selbst ging man über diesen vorsichtigen

<sup>1</sup> Es ift aus feiner Denkschrift nicht einmal deutlich zu erfeben, ob er die Beschlußfassung nach einfacher Mehrheit für die Zukunft durchgängig eingeführt sehen oder sie nur bei der Abstimmung über die augenblicklichen Anträge ausnahmsweise angewandt wissen wollte.

Branbenburg, Unterfuchungen.

Antrag hinaus, indem man eine weitere Ausdehnung der Bundestompetenz, ein auf Zeit gewähltes einheitliches Bundesoberhaupt, verantwortliche Reichsminister und direkte Wahl des Parlamentes durch die Bevölkerung verlangte. Unter dem Eindruck der Revolutionen in Italien und Franksreich gewannen diese Ideen immer mehr an Boden, und am 28. Februar beantragte Heinrich von Gagern in der hessischen Rammer die Wahl eines provisorischen Bundesoberhauptes aus der Zahl der deutschen Fürsten und die Berufung eines Bundesparlamentes, gewählt nach den Formen des repräsentativen Systems. Auch Gagern betonte, daß er seine Anträge im konservativen Interesse stelle, um durch die Befriedigung der berechtigten Forderungen zu verhindern, daß radikalere Bestrebungen Boden fänden; aber es lag darin doch schon ein stärkeres Entgegenkommen gegen die pospulären Wünsche, als in dem Borschlage Bassermanns.

Die Nachricht von der wachsenden Erregung in Deutschland veranlaßte auch den König von Preußen, auf die Reformpläne des vorigen Herbstes zurückzutommen.<sup>2</sup> Wollte man selbst etwas schaffen, was den nationalen Bedürfnissen genugtat, ohne den Liberalen Zugeständnisse zu machen, so war es jest die höchste Zeit. Der preußische Bundestagsgesandte berichtete von der Angst der kleineren Staaten vor der herandrohenden Bewegung; man erhosse nur von Preußen Rettung; einzelne Stimmen verlangten sogar die Berlegung der Bundesversammlung nach Berlin. Andere Rachzichten sagten, man hofse in Süddeutschland, der König werde Ordnung und Gesetzlichkeit aufrechthalten, dazu aber nur imstande sein, wenn er durch Gewährung periodischer Berufung an seinen Bereinigten Landtag beweise, daß er nicht den Absolutismus erhalten, sondern eine regelmäßige Witwirtung der Stände am öffentlichen Leben zugestehen wolle.<sup>3</sup>

In dem Konseil vom 28. Februar<sup>4</sup> befahl der König die sofortige Aufnahme der Berhandlungen mit Österreich auf Grund der Denkschrift von Radowiß; dieser selbst wurde nach Wien gesandt. Er sollte zugleich gemeinsame militärische Borbereitungen gegen einen unter den gegenwärtigen Umständen mögslichen französischen Angriff vorschlagen, und als Preis für Österreichs Beitritt zum Resormprogramm die preußische Garantie für den gesamten österreichis

<sup>1 6.</sup> den von Belder erftatteten Rommiffionsbericht bei Roth u. Merd 1, 58f.

<sup>2</sup> Am 18. Februar bat Canit im Auftrage des Ronigs Radowit, seine Rovemberdents schrift nochmals einzusenden, da das früher eingelieferte Exemplar nicht wiederzufinden sei (Paffel 1, 481).

<sup>\*</sup> C. Die Auszuge aus Donhoffs Berichten bei Rofer, Friedrich Bilhelm IV. am Borabend ber Margrevolution, bift. Zeiticht. 83, 58 ff. u. Rachfah I, bift. Btifchr. 6, 372f.

<sup>\*</sup> über eine vorhergehende Beratung vom 21. oder 22. Februar f. haffel 1, 481 und Lofer 51. Die Dentidrift murbe befprochen und junachft den Reffortministern jur Begutsachtung abergeben,

schen Besitzstand einschließlich der am meisten bedrohten italienischen Provinzen andieten. Der Zweck seiner Sendung blieb immer, Herreich und Preußen zu festem Widerstande gegen die auch Deutschland bedrohenden revolutionären Tendenzen zusammenzuschließen und diesen jeden Schein von Berechtigung durch freiwillige Gewährung der wirklich notwendigen Reformen zu nehmen.

Es gab unter den preußischen Staatsmannern jedoch damals ichon einige, die einen anderen Weg für richtiger hielten. Zu ihnen gehörte in erster Linie ber Bundestagsgefandte Graf Donhoff. Schon im September 1847, als noch fein unmittelbar bringender Anlag vorlag, hatte er in einer Dents schrift2 seine Meinung dargelegt und begründet. Er hielt es nur dann für möglich, ju einer wirklichen Reform des Bundes ju tommen, wenn man fich fofort und entschieden von Offerreich trenne. Der Raiferftaat, als ein überwiegend undeutscher Staat, tonne nicht an der Spipe des deutschen Bundes bleiben, sobald dieser eine wirkliche faatliche Wirksamkeit auf natios naler Grundlage entfalten folle. Rur durch Appell an die Offentlichkeit und den Abschluß von Spezialvereinen nach dem Vorbilde des Zollvereins sei eine Reform erreichbar. Es sei zu erwarten, daß Sfterreich fich im Prinzip dagegen verwahren, sich aber prattifch eine Reugestaltung der Berfassung gefallen lassen werde; es gleiche darin der katholischen Kirche, die auch nie prinzipielle Zugeständnisse mache, sich aber praftisch oft in das Unvermeide liche füge. Falls Ofterreich damit einverstanden mare, die Gefchäftsleitung im Bunde tatfächlich an Preußen zu überlaffen und fich mit dem bloßen Ehrenvorsibe zu begnügen, fonne man alles durch den Bundestag machen; da diese Aussicht aber sehr unsicher sei, bleibe es ratsamer, den Weg der Spezialvereinigungen fofort und energisch, junachst in der Frage der Bere stellung eines befferen Preggesetes, ju betreten.

Rein äußerlich betrachtet, war der Vorschlag Dönhoffs von dem des Generals v. Radowiß nur wenig verschieden; aber wenn auch einige ähnliche Maßregeln empfohlen wurden — Anrusung der öffentlichen Meinung und Abschluß von Spezialvereinen —, so war doch offenbar die Tendenz beider Programme eine ganz verschiedene. Dönhoff betrachtet Österreich als den natürlichen Gegner aller Bestrebungen, die auf ein gemeinsames inneres deutsches Staatsleben hinzielen. Er verwirft jeden Versuch der Verständigung mit ihm als aussichtslos und hat nur die hoffnung, daß man sich in Wien schließlich in das Unvermeidliche fügen werde. Er will die Mittel sofort ans

<sup>1</sup> Haffel 1, 482 u. Kofer 51f. Schon am 21. Februar hatte Preußen in Wien mitteilen lassen, daß es sich keine die bestehende Verfassung verlegenden Jusagen abdrängen lassen werde und festes Zusammenhalten aller deutschen Staaten gegen die Nevolution für nötig erachte (Koser 51).

<sup>2</sup> G. Beilage I.

wenden, die Radowit nur äußerstenfalls gebrauchen will, und um die er sos wohl wie der König herumzukommen hoffen, wenn sie mit ihrer Anwendung drohen. Dönhoff will in der Tat Preußen dauernd die leitende Stellung im engeren Deutschland sichern und nur eine lockere Berbindung mit Herreich aufsrechterhalten; sein Programm läuft auf die Begründung des engeren Bundes innerhalb des weiteren hinaus; er hat wirklich von Anfang an die Gedanken vertreten, die Rachfahl dem Könige und Radowit mit Unrecht zuschreibt.

Bon einer Teilnahme ber Bevölkerung an der Regierung des Bundes ift in dieser Dentschrift noch nicht die Rede. Auch als die Revolutionsgefahr naber rudt, tritt Donhoff gwar fraftig dafür ein, daß Preußen anftatt Biters reich das Steuer der deutschen Politit ergreife, daß es die Offentlichkeit der Bundestagsverhandlungen fordere und den fuddeutschen Staaten den ers febnten festen Rudhalt gewähre - aber von einer Boltsvertretung am Bunde spricht er auch ba noch nicht. Erft am 28. Februar findet fich in seinen Berichten eine Andeutung Dieser Art, indem er gegen die damals geplante Ernennung von Radowit jum Bundestagsgefandten das Bes benten erhebt, dieser gelte für ultramontan und für antikonstitutionell, und daher werde seine Entsendung nach Frankfurt das Verhältnis Preußens gur nationaldeutschen Richtung verfälschen.2 Um Tage darauf — nach dem Befanntwerden des Sieges ber Nevolution in Varis und des Gagernichen Antrages — sagt er zuerst offen, das allgemeine Verlangen gehe auf engere nationale Berschmeljung unter Ginfügung freier Institutionen und fragt an, ob der König im Pringip damit einverstanden sei.3

Aus den Mitteilungen von Koser und Nachfahl weiß man, daß Dönhoff auf eigene Faust am Bundestage, wo er in Abwesenheit des österreichischen Gesandten das Prästdium führte, im Sinne der von ihm befürworteten Politik vorging; öffentliche Erklärungen und einzelne Beschlüsse des Bundesstages sollten der Nation zeigen, daß man in Frankfurt die Bedürfnisse der Zeit erkannt habe und sie auf dem Wege der ordentlichen Bundesgesetzgebung nach Möglichkeit befriedigen wolle. Ausdrücklich schrieb er am 6. März nach Berlin, daß ein volkstümliches und freisinniges Vorgehen, ein offenes Bekenntnis zum konstitutionellen System nach seiner Ansicht die einzige Möglichkeit biete, dem Umsichgreifen republikanischer Ideen halt zu gebieten. Immer wieder warnt er davor, Rücksicht auf Österreich zu nehmen; jedes Zusammengehen mit Wien werde Preußen in der öffentlichen Meinung

<sup>1</sup> Radfahl beurteilt bift. Btifchr. 6, S. 372f. die Politit Donhoffs richtig, behauptet aber ohne Brund, daß die "leitenden Rreife Preugene" mit ihm einig gewesen seien.

<sup>2</sup> Rofer 78, Rachfahl Sift. Biffche. 6, 380.

<sup>2</sup> Rofer 39f., vgl. Rachfahl a. a. D. 381.

<sup>&</sup>amp; Rofer 60.

schaben und es in den Ruf bringen, daß es reaktionäre Maßregeln plane. Mit seiner Billigung beschloß die Bundesversammlung, jedem Staat die Sewährung von Preßfreiheit zu gestatten, sowie einen Ausschuß zur Revision der Verfassung einzusehen und zu dessen Beratungen Vertrauensmänner aus dem Volk zuzuziehen. Ebenso stimmte er dem badischen Antrage, eine Nationalvertretung beim Bunde zu bilden, die von den einzelstaatlichen Rammern zu wählen sei, rüchaltloß bei. Er glaubte noch am 10. März, daß mit diesem Zugeständnis auszukommen sei; ein aus Volkswahlen hervorgehendes deutsches Parlament werde wahrscheinlich die Republik proklamieren und dürse daher nicht zugestanden werden. Vesonders warnt er vor Anwendung gewaltsamer Maßregeln, die den süddeutschen Fürsten leicht ihre Throne kosten könnten.

Es ist somit völlig flar, daß Dönhoff sein schon früher aufgestelltes Ziel, Preußen an die Spige des engeren Deutschland zu bringen, jeht durch ein Bündnis mit den Liberalen erreichen wollte, und daß er glaubte, diese würden mit einem derartigen Bereinigten Landtage für Deutschland neben dem Bundestage zufrieden sein.

Es fragt fich, ob Donhoff mit seinen Berichten und Natschlägen in Berlin Billis gung gefunden und die Maßregeln seiner Regierung entscheidend beeinflußt hat.

Zweifellos standen der König und der eigentlich leitende Minister des Auswärtigen, Canity, als sie am 1. März Radowity nach Wien schickten, diesen Gedankengängen noch sehr fern. Nicht gegen, sondern mit Österreich wollten sie vorgehen; die ganze Volksbewegung, mochte sie liberale oder demokratische Tendenzen verfolgen, betrachteten sie als Feind, gegen den sich alle deutsche Regierungen unter Führung der Großmächte zusammensschließen müßten; die Organisation des Bundes wollten sie nicht verändern und kein weiteres Zugeständnis an die Forderungen der Opposition machen, als Offentlichkeit der Verhandlungen und Zuziehung von Sachverständigen zu gutachtlichen Außerungen bei den Rommissonsverhandlungen. Dem Zaren schrieb der König, die Sendung des Generals v. Radowitz solle den Demagogen die Wasse der beutschen Nationalität entreißen. Verschiedene deutsche Fürsten, die am 2. März in Berlin um den König versammelt waren, gaben sich hier gegenseitig das Wort, gegenüber der Revolution sest, pu bleiben<sup>4</sup>; bei ihren Vesprechungen muß bereits die Frage erwogen sein,

<sup>1</sup> Rofer 62.

<sup>- 2 11.</sup> Mart, Rofer a. a. D.

<sup>3</sup> Am 29. Februar, f. Kofer 52.

<sup>4</sup> Ht. Abolf v. Naffau an Pring Wilhelm 11. Marg 1848 (Paftor, M. v. Sagern 458). — Bgl. auch die Anregung zu einer berartigen Aufforderung an alle Fürsten in dem Preußischen Erlaß nach Wien v. 21. Februar, Koser 51.

ob nicht der preußische Herrscher in dieser gefährlichen Lage eine Art von Diktatur übernehmen solle, um so ein gemeinsames und kräftiges Handeln aller Regierungen zu ermöglichen; aber Friedrich Wilhelm erklärte ganz im Sinne seiner so oft ausgesprochenen Überzeugungen, "daß er nicht ohne Österreich an die Spize Deutschlands sich stellen wolle". Wenn Canix am 3. März an Radowiz den Besehl sandte, die Verhandlungen in Wien mögslichst zu beschleunigen und auf sofortiges Jusammentreten des geplanten Rongresses in Frankfurt zu dringen², so zeugt dies wohl davon, daß man in Berlin die Lage als gefährlich ansah und schnelles Handeln für nötig hielt, läßt aber noch auf keine Veränderung der bisher innegehaltenen Richtung schließen.

Drei Tage später, am 6. März, schloß der König die Tagung der in Berlin versammelten vereinigten Ausschüsse mit einer Nede<sup>3</sup>, in der er die früher begehrte Periodizität dem Bereinigten Landtag gewährte und zugleich auf die Sefahren hinwies, mit denen Deutschland von Frankreich her und durch das übergreifen der revolutionären Tendenzen auf das eigene Gebiet bestroht sei; nur eine Kräftigung des deutschen Bundes und festes Zusammenssehen der Bölker mit ihren Fürsten könne Schuß dagegen gewähren.

In diefer Rede erblidt Rachfahl4 den ersten öffentlichen Schritt Preugens in einer gang neuen Richtung. Durch diefes Zugeftandnis an die liberalen Ideen habe man nicht nur die besonneneren Clemente für die Regierung gegen die Raditalen gewinnen, sondern sich vor allen Dingen ihr Bündnis gegen Ofterreich fichern, und fich fo eine Waffe gegen den Raiferstaat jum Rampfe um die Borberrschaft in Deutschland schmieden wollen. In Bahr: beit hatte ber Ronig den Entschluß, dem Bereinigten Landtage bas Recht auf periodifche Einberufung ju gemähren, langft gefaßt; er hatte mit feiner Befanntgabe nur gezogert, bis die Ausschuffe feine Borlagen erledigt hatten; er wollte den Schein vermeiden, als habe er fich dies Zugeftandnis durch die im vorigen Sommer erfolgte Ablehnung feiner damaligen Geldfordes rungen abzwingen laffen; ba die Ausschüsse zusammengetreten waren und ju des Königs Zufriedenheit gearbeitet hatten, ichien der Beweis erbracht, baß fich die Bertreter ber Stande in den Willen des Konige gefügt und auch ohne Erfüllung ihrer Forderung fich in die ihnen angewiesene Rolle gefunden hatten; nunmehr ericbien die Gemahrung der Periodigität als ein freies Geschent ber toniglichen Suld, bas ohne jede außere Notigung gegeben werde. In der Rede felbst beruft sich der König darauf, mehrere

<sup>1</sup> Di. Abolf von Raffau a. a. D. 458.

<sup>&</sup>quot; Radfahl, hift. Biffchr. 6, 376 A.

Bolff, Berliner Revolutionschronit 1, 10f.

Deutschland ufm. 82.

ber Anwesenden wüßten ja aus seinem Munde, daß er diesen Entschluß längst gefaßt habe; ein Zweifel an der Richtigkeit dieser Erklärung erscheint mir ausgeschlossen.

Die Berichte preußischer Bertreter im Guden, die darauf hinwiesen, daß bas Bertrauen ju Preußen von seiner flaren Abtehr vom Absolutismus burch Gemährung ber Rechte einer Bolfsvertretung an den Bereinigten Landtag abhänge2, mögen ja dazu beigetragen haben, daß der Entschluß gerade in diesem Augenblide öffentlich fundgegeben wurde; sicher ift nicht einmal das. Der gange Ton der Rede zeigt deutlich, daß der König noch immer auf dem Gedanken beharrte, welcher der Sendung von Radowig augrunde lag: Zusammenhalten aller Regierungen und der gutgefinnten Elemente der Bevölferung gegen die Revolution und Kräftigung des Bundes burch Ausbehnung seiner Wirtsamkeit. Der Wortlaut bietet nicht die ges ringfte Sandhabe, nur eine antiofferreichische Tendenz berauszulefen. Rache fahl gibt aber auch felbst zu, daß die Magregel für den 3wed, dem sie nach feiner Meinung vorwiegend dienen follte, nämlich die Gewinnung der popularen Strömung jum Bunde gegen Sferreich, gang ungeeignet ges wesen sei. "Sie vermochte ihm die Popularität, deren sein deutscher Ehrgeis bedurfte, nicht zu verschaffen."3 Um so weniger liegt eine Rötigung zu der Unnahme vor, daß sie diesem Zwede habe dienen follen. In Wahrheit zeigt diese Thronrede den König ganz im Vollgefühl patriarchalischer Sicher: heit und Macht; er tut, was er für richtig hält, ohne sich darum zu fümmern, ob die Parteien, deren Bestrebungen er als gottlos und verwerflich ansieht, damit zufrieden sein werden oder nicht.

Die nächste authentische Außerung Friedrich Wilhelms liegt uns vor in seinem eigenhändigen Briefe an Radowiß vom 10. März. Er hatte inzwischen aus Wien die Nachricht erhalten<sup>4</sup>, daß Metternich nach einigem Zögern auf den preußischen Kongreßvorschlag eingegangen sei; auf seinen Wunsch hatte Radowiß zugestanden, daß als Versammlungsort nicht Franksfurt, sondern Dresden gewählt werde; außerdem hatte der Staatskanzler eine Konferenz der Botschafter Herreichs, Preußens, Rußlands und Engslands unter Juziehung von Vertretern des deutschen Bundes in London in Anregung gedracht, die gemeinsame Schritte gegen etwaige französische Ansgriffsgelüste verabreden sollte. Nach dem Eintressen der Rachrichten von den Fortschritten der Revolution in Süddeutschland verabredeten Metternich und Radowiß am 7. März noch, daß der Dresdener Kongreß bereits am

<sup>1</sup> Bgl. auch Treitschte, Deutsche Geschichte 5, 646f.

<sup>2</sup> Uber Donhoff f. oben; Bericht Bodelbergs aus Darmftadt v. 1. Mary, Rofer 57.

<sup>3</sup> a. a. D. 83.

<sup>4</sup> Uber die Bereinbarungen vom 5. und 7. Mary haffel 1, 486f., ferner Rofer 56f.

25. März (anstatt am 30., wie zuerst beabsichtigt war) zusammentreten solle, daß die Sitzungen des Bundestages in die Bundeskestung Mainz zu verlegen seien, und daß sämtliche deutsche Regierungen ausgefordert werden müßten, sofort ihre Infanterie auf Kriegsfuß zu bringen, um gemeinsame triegerische Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung einzuleiten. Alle diese Berabredungen waren dem Könige am 10. März bekannt.

Ebenso hatte er natürlich damals Kenntnis vom Siege der Revolution und der Bildung konstitutioneller Regierungen in Baden, beiden hessen und Rassau, von den Beschlüssen der in heidelberg am 5. März tagenden Bersammlung der 51 Mitglieder süddentscher Parlamente, in denen eine nach der Boltszahl gewählte deutsche Rationalvertretung gefordert wurde<sup>3</sup>, endlich von der öffentlichen Kundgebung König Ludwigs I. von Bayern vom 6. März, in welcher dieser für die Berusung eines deutschen Parla; mentes einzutreten versprach.<sup>4</sup>

Den unmittelbaren Anlaß zu jenem Schreiben an Radowiss bildete ein Hilferuf des Königs von Württemberg, der ebenfalls von der Opposition hart bedrängt wurde und eben im Begriffe stand, deren Hauptsorderungen zu bewilligen und ein liberales Ministerium zu berusen. Offenbar noch bevor er sich dazu entschloß, ließ er durch ein Mitglied seiner Familie dem preußischen Könige mitteilen, daß er zum äußersten Widerstande entschlossen sei, seine Truppen konzentrieren und sich im Rotfalle mit ihnen in die Festung Ulm zurücziehen wolle, um hier preußische hilfe abzuwarten. Friedrich Wilhelm entnahm ans dieser Mitteilung einen neuen Antrieb, auch seinerseits militärische Vorbereitungen zu tressen, einen Teil seines Heeres auf Kriegsstärte zu sehen und bei Österreich auf Anordnung der gleichen Maßregel und auf schnelle Verabredungen über gemeinsames Vorgehen zur Bändigung der Revolution in Deutschland zu dringen. Auch den russischen Köpse etwas abzutühlen. Sobald der vereinbarte Kongreß

haffel 1, 489. — Offerreich erließ die Einladung jum Kongreß ohne Angabe eines bestimmten Termins ichon am 7. Marg; ben 25. Marg gab es in einer neuen Zirkularnote vom 8. Marg an (Roth u. Merd 1, 106 u. 108).

Der Brief des Königs vom zo. Marg fest die Kenntnis der Berabredungen vom 7. Marg voraus, da er von der Boraussehung ausgeht, daß der Bundestag nach Mainz verlegt werden soll.

<sup>.</sup> G. Roth u. Merd 1, 103.

Berade diese Aundgebung wirtte auch auf Radowis hochft deprimierend; man muffe nun erwarten, bag auch von den Fürsten selbst auf dem Kongresse berartige Ideen vors gebracht werden wurden (Brief an den Konig v. 8. Mart, haffel z, 491).

<sup>&</sup>quot; Bortlich bei Saffel 1, 492f.

Der Bar hatte bereits Unfang Mary feine Reigung ju fofortigem militarifchem Ein,

ausammengetreten sei, sollte ein suddeutsches heer unter dem Oberbefehl Bürttemberge und ein mitteldeutsches unter preußischem Rommando ges bildet werden; eine gemeinsame Kundgebung der deutschen Regierungen follte jeden Angriff auf die Souveranitat des Bundes als hochverrat brande marten und zugleich "die heidelberger Teutschparlamenter und die Chefs ber babischen, darmstädtischen, nassauischen etc. Bewegung in die Reichse Dberacht" erflären. In Maing fei eventuell ber Belagerungeguffand gu proflamieren und der dorthin verlegte Bundestag wieder in ein befferes Fahrwaffer zu lenken. Nadowit erhielt ben Auftrag, Offerreich für fofortige gemeinsame Einbringung dieser Borschlage auf dem Kongreß zu gewinnen. Ferner stimmte ber König bem Metternichschen Gedanten einer europäischen Bereinbarung gegen frangofische Friedensstörungen lebhaft ju; die Londoner Botschaftertonfereng muffe im engften Einvernehmen mit dem Dresdener Kongreß vorgehen; "London muß Dresden ftarten und die Tollhäusler in Deutschland gur Befinnung, die Berrater gur Flucht und gum Berftummen bringen". In Preußen, so schließt der König, stehe noch alles gut, vor Adressen werde er sich nicht beugen. Bedenken macht ihm nur der Umstand, daß fo viele süddeutsche Fürsten das Versprechen gegeben haben, für den Zus sammentritt eines deutschen Parlamentes wirken zu wollen. Er bittet Radowis um seine Meinung barüber, ob man ihnen ihre Lage nicht baburch erleichtern könne, daß man eine aus vier Rurien bestehende Standever; sammlung neben dem souveranen Bundestage von Zeit ju Zeit jusammen: treten laffe. Er halt aber diese Frage für so nebenfächlich, daß es ihm als genügend erscheint, wenn der Dresdener Kongreß sie vorläufig bespreche und weitere Erwägungen auf eine neue Konferenz verschiebe. Und er fügt noch ausdrüdlich hinzu: "Doch glauben Sie und der Fürst ja nicht, daß ich darauf jett besonderen Wert lege. Aber Truppen sammeln! um bald mit der Teutschen Revolution aus dem Bag zu sprechen!"

Man sieht aus diesem Schreiben mit voller Deutlichseit, daß der König auch jest an ein Bündnis mit der liberalen Bewegung gegen Österreich und die Mittelstaaten nicht im geringsten dentt. Selbst die durchaus gesmäßigten heidelberger Beschlüsse betrachtet er als Erzeugnisse der Revoslution, auch die liberalen Führer der Kammermehrheiten in den Mittelsstaaten erscheinen ihm als reif für die "Oberacht". Sein Programm ist die Revolution mit Wassengewalt niederwersen, und im sesten Sinversnehmen mit Österreich und den übrigen Regierungen die früheren Reforms vorschläge durch die Konserenz zum Beschluß erheben zu lassen. Den Gedanken eines deutschen Parlaments aus Volkswahlen lehnt er überhaupt ab; eine

greifen in Deutschland, falls die Revolution dort flege, dem preußischen Gefandten zu erstennen gegeben (f. Rochows Bericht v. 4. Marg bei Kofer 54.)

nach Kurien beratende deutsche Ständeversammlung<sup>1</sup>, deren Kompetenz er sich offenbar sehr gering vorstellt, hält er für denkbar, aber ihre Einrichtung nicht für dringend. Dieses halbe Zugeständnis — das einzige, womit er über den Rahmen des bisherigen Reformprogramms einen Schritt hinaus; geht — will er nicht machen, um die Liberalen zu gewinnen, wozu es auch gar nicht geeignet gewesen wäre, sondern nur, um den deutschen Fürsten die Möglichkeit zu gewähren, von ihren in der Not gemachten Zusagen ohne Wortbruch möglichst wieder loszukommen.

Unmöglich fann alfo, wie Rachfahl meint, am 8. oder 9. März in Berlin ein völliger Systemwechsel, eine Benutung der revolutionaren Bewegung jur Begrundung der preußischen Segemonie, und, um dies zu ermöglichen, der volle Abergang Preußens felbst jum tonstitutionellen System beschloffen worden sein. Rachfahl ftust seine Behauptung auf die Angaben Leopold v. Gerlachs und des Ministers v. Bodelschwingh. Gerlach berichtet, daß am 8. Mary ber König beim Dee recht schweigsam gewesen sei und fügt hingu: "Die schwere Zeit lastete wohl schon auf dem herrn, besonders das Gefühl des Unterliegens unter dem von ihm verabscheuten Konstitutionalis: mus. Er hatte ja damals denfelben ichon Bodelichwingh fonzediert, und man muß anerkennen, daß der Widerstand dagegen nicht leicht mar."2 Bodelschwingh fagt in einem Schreiben vom 30. Mary 1848, daß er bereits acht Tage vor dem Eintreffen der Rachricht von der Wiener Revolution, alfo vor dem 15. Märg, den Ronig querft mit der Idee vertraut gemacht habe, daß eine Konstitution nicht zu umgeben sei, und daß er zugleich betont habe, es mußten andere Manner an die Spipe der Geschäfte gestellt werden, wenn ber Ronig auf diefen Gedanten eingebe.3

Die betreffende Aufzeichnung Gerlachs ist, wie Nachfahl selbst zugibt, teine gleichzeitige Eintragung, sondern erst etwa vier Wochen später gesschrieben. Angenommen selbst, daß Gerlach dabei turze Notizen über die Borgänge der einzelnen Tage als Borlage benutzte und nicht nur nach dem Gedächtnisse erzählte, so zeigt doch der Wortlaut deutlich, daß er zu der berichteten Tatsache (der Schweigsamkeit des Königs am 8. März) eine nachträgliche Deutung hinzufügt, die sich ihm beim Nückblicke auf das inszwischen Durchlebte als wahrscheinlich ergibt. Auch die in positiverer Form gemachte Angabe, daß der König damals schon den Konstitutionalismus an Bodelschwingh konzediert habe, kann man wegen ihrer engen Verbindung mit der Vermutung Gerlachs siber die am 8. März Friedrich Wilhelm bes herrschenden Gefühle nicht als Teil einer etwa zugrunde liegenden gleichs

Die vier Rurien follen mobl Mediatifierte, Adel, Burger und Bauern fein.

<sup>&</sup>quot; Denfwarbigt. 1, 127.

<sup>.</sup> b. Dieft, Erlebniffe 1848 C. 16.

zeitigen Notiz, sondern nur als Teil der später angestellten Nesterion aufs fassen. Es ist daher durchaus nicht ausgeschlossen, daß Gerlachs Angabe auf späterem Hörensagen oder nachträglichen Schlüssen beruht, die unrichtig sein konnten. Sie würde für sich allein nichts beweisen.

Bodelschwingh gibt kein gant genaues Datum für sein Gespräch mit dem Könige an; man kann nur sagen, daß es etwa um den 7. oder 8. Märt stattgefunden haben wird. Er sagt aber auch nicht, daß der König damals seinen Gedanken tugestimmt habe, sondern nur, daß er tum ersten Male mit ihnen vertraut gemacht worden sei. Bodelschwinghs Plan ging, wie er selbst gesagt hat, dahin, daß der König die Gesetzgebung und das Besstenerungsrecht mit den Ständen teilen, die Erekutivgewalt aber behalten und durch ein der Krone und den Ständen verantwortliches Ministerium ausüben lassen solle.

Es folgt also aus diesen Notizen durchaus nicht, daß der König damals eine Reform im Sinne Bodelschwinghs bereits gutgeheißen oder gar Maßeregeln zu ihrer Verwirklichung getroffen habe. Fand jene Unterredung wirklich am 8. März vor dem von Gerlach erwähnten schweigsamen Lees abend statt, so mochte Friedrich Wilhelm vielleicht wirklich bedrückt sein durch den Gedanken, daß einer seiner vornehmsten Natgeber ihm Schritte empfahl, die er selbst für unheilvoll hielt; aber es ließe sich die weitere Folges rung Gerlachs, daß er damals schon bereit gewesen sei, diese Schritte wirklich zu tun, in keiner Weise begründen.

Die Frage, ob der König am 8. März bereits im Prinzip den Konstixtutionalismus anerkannt hatte<sup>1</sup>, ob dieser Tag daher als "Geburtstag der konstitutionellen Monarchie in Preußen" angesehen werden muß, ist auch für die Beurteilung seiner Stellung zur deutschen Frage wichtig. Denn nach Rachsahls weiteren Ausführungen soll dieser Entschluß ihm aufgedrängt worden sein durch die Erkenntnis, daß er nur, wenn er in Preußen konssitutioneller Herrscher werde, für die liberale Bewegung in Deutschland, die er benußen wollte, bündnissähig sei. Daher liege in der prinzipiellen Entscheidung über den Konstitutionalismus ein sicheres Anzeichen dafür vor, daß damals bereits eine entscheidende Wendung in der deutschen Politik beschlossen gewesen sei.

Auch für diesen Zusammenhang dient ein Wort Gerlachs<sup>2</sup> als Anhalts; punkt. Am 13. April 1848 hatte der General eine Besprechung mit dem Könige, in deren Berlauf der lettere seine Nachgiebigkeit gegenüber dem Liberalismus entschuldigte. "Der Konstitutionalismus habe wegen Deutsch; land anerkannt werden müssen, und habe er dabei auf ausdrücklichen Rat

<sup>1</sup> Rachfahl 85, 86.

<sup>2</sup> Gerlach 1, 151.

feiner Minister, von denen er Bodelschwingh und Canit befonders nannte, gehandelt." Muffen aber diese Worte fo ausgelegt werden, daß Friedrich Wilhelm den Konstitutionalismus' anerfannt habe, um dadurch bundnis; fähig für die Liberalen zu werden und mit ihrer Silfe an die Spige Deutsche lands ju fommen? Eine derartige Politik hat ber König, wie wir noch genauer feben werden, immer von der hand gewiesen; er wußte, daß auch Gerlach fie nicht billigen fonnte; und er follte ihm gegenüber ein Bestreben dieser Art als Rechtfertigung seiner handlungsweise haben geltend machen wollen? Ich glaube, man muß nach einer anderen Deutung diefer von Gerlach ja offenbar in ftarter Berfürzung wiedergegebenen foniglichen Worte fuchen. Und eine folche bietet fich, gerade wenn man den 10. Märg berude fichtigt, gang gwanglos dar. Friedrich Wilhelm will offenbar fagen, es sei unmöglich gewesen, den tonstitutionellen Forderungen in Dreußen noch auszuweichen, nachdem die übrigen beutschen Fürsten eine Erweiterung der parlamentarischen Rechte in ihren Staaten, ja fogar die Berufung eines beutschen Parlamentes jugestanden hatten; Preußen wurde die Sube lung mit ihnen verloren haben, wenn es auf dem Standpunft voller Abs lebnung geblieben mare. Ram es insbesondere gur Berufung eines aus ben einzelstaatlichen Ständeversammlungen gebildeten beutschen Varlamentes, fo tonnten die Bertreter des preußischen Bereinigten Landtages nur dann als gleichberechtigte Mitglieder Aufnahme finden, wenn diefer Landtag wenigstens im großen und gangen die gleichen Rechte wie die übrigen Stande befaß. Bir werden diefen Gedanten bei ben preußischen Staatsmannern tatfächlich begegnen, wenn auch erft zu einem etwas fpateren Zeitpuntte; auf diesen Zusammenhang mochte ich Gerlachs Worte beziehen, nicht auf ben angeblichen Beschluß vom 8. Marg.

Aus diesen Erwägungen ergibt sich, daß der König am 10. Märt, als er jenen Brief an Radowiß schrieb, sein altes Programm in der deutschen Frage noch festhielt2; es liegt auch tein Zeichen dafür vor, daß er damals

" Es liegt burchaus fein Grund por, von einem beflandigen Schwanten bes Ronigs in

<sup>&#</sup>x27;Es ließe sich auch wohl die Frage aufwerfen, was Gerlach resp. der König hier unter "Konstitutionalismus" verstanden haben. Bielen galt schon das Borhandensein irgend, einer periodisch tagenden Boltsvertretung als Kennzeichen des Konstitutionalismus; in diesem Sinne wäre schon die Gewährung der Periodizität an den Bereinigten Landtag ein Abergang zum Konstitutionalismus gewesen. So sast das Bort, was für den Gesbrauch in diesem Kreise nicht ohne Bedeutung ist, auch Stahl auf, wenn er sagt, daß er sich "zum neuern fländischen, sohin konstitutionellen Spstem" betenne. (Das monarch. Prinzip S. 43, erschienen 1845; ähnlich Einl. S. V). Die Ausführungen von Koser (Jux Charasteristit des Berein. Landtags in d. Festsche. f. Schmoller 1908 S. 287 f.) haben mich nicht davon überzeugen können, daß vor der Märzevolution wirklich ein allgemein gleichartig verstandener Begriff des "Konstitutionalismus" bestanden habe.

schon eine neue Erweiterung der Nechte seines Landtages ins Auge gefaßt habe, obwohl Bodelschwingh zweifellos darauf gedrungen hat. Und auch Canit äußerte sich an demselben Tage höchst abfällig über das Gesindel, das die süddeutschen Nevolutionen gemacht habe und von den Liberalen benuft werde, sowie über die Schwäche der dortigen Negierungen, denen man wieder Mut einslößen musse, um sie von weiteren Konzessionen zurückzuhalten.

Bon dem folgenden Tage liegt und eine andere hochst mertwürdige Außerung von Canis vor. Er ichreibt nämlich an Radowis2, und gwar unter ausbrüdlicher Berufung auf eine tonigliche Ermächtigung, die Rache richten aus Italien hatten ihn auf den Gedanken gebracht, ob die öffers reichische Regierung nicht den Bersuch machen tonne, "die Lombardei moralisch ju erobern", den dort herrschenden Grimm ju entwaffnen durch Gewährung einer Konstitution; diese konne nicht als abgedrungenes Zugeständnis er: scheinen, da die Armee schlagfertig und unbesiegt dastebe. "Nirgends tann man por der Ibee einer Konstitution weniger erschrecken als in Wien, wo die lombardische eiserne Rrone mit der des hl. Stephan, der bohmischen und der öfterreichischen ein gemeinsames Bentrum finden. Mit der Aufs hebung des Gegensates absoluter und fonstitutioneller Monarchie murde die Stellung Ofterreichs in Italien bedeutend verandert, der faiferliche Abler fonnte seine Schwingen wieder frei entfalten, Frieden stiften und nötigens falls ihn erzwingen." Etwaige begreifliche Bedenten mußten gegenüber ber großen Aufgabe, die Welt in ihre Fugen wieder einzurichten, gurudtreten; Radowig moge fondieren, ob diefer Gedante gute Auf: nahme finde.

Schon Koser hat dieses Schreiben dahin ausgelegt, daß Canit hier mit Zustimmung des Königs "zugunsten des konstitutionellen Systems eine Lanze eingelegt" habe. Nachfahl hält den Nat nicht für ernst gemeint, sondern für eine Berlegenheitsphrase; man habe sich in Berlin bereits entzschlossen gehabt, das frühere Programm aufzugeben, sich nicht nur von Österreich zu trennen, sondern es wenigstens indirekt zu bekämpfen im Bunde mit einem deutschen Parlament; man habe sich gescheut, dies einzugestehen und daher der Wiener Negierung den unausführbaren Rat gezgeben, dasselbe zu tun, was Preußen eben vorbereitete, und ebenfalls das konstitutionelle System anzunehmen.

biesen Lagen zu reden, wie es zulett wieder hanfen in seiner sonst sehr lehrreichen Abs handlung über "Friedrich Bilhelm IV. und das liberale Märzministerium" (Bestd. 3. 32, 10 u. 13) tut. Er hat sich zu start von Rachfahls Ausführungen beeinflussen lassen.

<sup>1</sup> An Radowis 10. März, s. Hassel 1, 492.

<sup>2 11.</sup> Mary Rofer 68, vgl. haffel 1, 503.

Diefe Auslegung ware nur dann überhaupt möglich, wenn man in Berlin bamals wirklich der Berufung eines deutschen Parlaments juguftimmen und dem Bereinigten Landtage größere parlamentarische Rechte guzugefteben entschlossen gemefen mare. Dies ift aber nicht ermiefen, und mir merden noch seben, daß es tatfächlich nicht der Fall gewesen sein tann. Ich verstebe ben Brief anders. Es fieht meines Erachtens gar nichts darin von einer Berfaffung für Gefamt, Diterreich, fondern von einer folchen für die itas lienischen Gebiete, insbesondere die Lombardei. Wie hatte eine Gesamts verfassung beruhigend auf Italien wirten tonnen? Canip meint, wenn ber Raifer feinen italienischen Untertanen einen gesetymäßigen Unteil an ber Leitung ihrer eigenen Geschide gewähre, tonne ihr Anschluß an die italienische Revolutionsbewegung verhindert werden. In diefem Bufammenhange gewinnen auch die weiteren Ausführungen einen Ginn, die fonft wie gwede lofer Sohn flingen wurden: die Gewährung einer Konstitution an die itas lienischen gander tonne um fo weniger Beforgnis erweden, meint Canis, da ja doch die so sehr verschiedenen Kronlander ihr gemeinsames Zentrum immer in Wien finden mußten, b. b. in der Person des Monarchen, da eben ein gemeinsames Parlament aus Ungarn, Deutschen, Slawen und Italienern ihm gang undentbar erscheint.1 Ift diefe Auslegung richtig, fo läßt fich daraus für die Plane, welche die preußische Politif in diesem Augens blide verfolgte, gar nichts schließen.2

Aber noch an dem gleichen Tage gab der König dem Minister v. Thile den Befehl, mit Bodelschwingh und Caniß über die Abkassung einer Prosstamation an das preußische Volk in Beratung zu treten, welche die Antswort auf alle bisher in Adressen und Petitionen lautgewordene Forderungen enthalten sollte; ferner erklärte er die Vorbereitung einer Ansprache an das deutsche Volk für nötig. Über den sachlichen Inhalt, den diese Kundsgebungen haben sollten, enthalten die kurzen Zeilen Friedrich Wilhelms nichts. Daß er aber von dem engen Zusammenhange der deutschen und der preußischen Verfassungsfrage überzeugt war, geht aus der Nebeneinandersstellung der beiden geplanten Proklamationen doch wohl hervor. Am Abend

Dies hat Canig in einer anderen Dentschrift selbst ausgeführt; Rachfahl, hift. Btischr. 6, 524 Anm. 1, findet darin einen Widerspruch zu den Worten unseres Briefes; dieser vers schwindet, sobald man meine Auslegung annimmt.

<sup>&</sup>quot; Radfahl nimmt an, daß Canit bei Absendung dieses Briefes bereits das Schreiben Max v. Gagerns vom 9. Marg in Sanden gehabt habe und somit über die Bereitwilligkeit der subdeutschen Sofe, fich der preußischen Führung unterzuordnen, orientiert gewesen sei. Dies trifft jedoch nicht zu. Der Brief Gagerns traf, wie Canit in feiner jest im Wortlaut worliegenden Antwort sagt, erst am 12. Marg morgens in Berlin ein (f. Pastor, M. v. Gagern C. 458).

<sup>&</sup>quot; Rofer 66.

des gleichen Tages erklärte der König dem General v. Gerlach, daß er die Einberufung des Bereinigten Landtags für nötig halte, "indem er den revolutionären Staaten und der freien Presse gegenüber nicht glaubte, sich ohne ein solches Mittel halten zu können".

Was mag ihn zu dem Plane derartiger öffentlicher Kundgebungen und der Berufung seiner Stände bewogen haben? Soweit wir es zu übersehen vermögen, waren ihm seit dem vorigen Tage Nachrichten von entscheidender Bedeutung nicht zugekommen. Gerlach erwähnt, daß unmittelbar vor ihm der eben aus Paris zurückgekehrte Gesandte Heinrich v. Arnim beim Könige gewesen sei, und meint, daß dieser ihn ängstlich gemacht habe; er scheint den Entschluß zur Landtagsberufung auf die Eindrücke zurückzuführen, die diese Unterredung bei seinem Herrn zurückgelassen hatte. Auch der Auftrag an Thile ist abends erteilt, vielleicht nach jenen Gesprächen; denn der König sagt, daß er zwar am Morgen schon die Wöglichkeit einer Proklamation angedeutet habe, aber erst durch "das Nachdenken dieses Tages" zu dem Entschluß gekommen sei, den Gedanken wirklich auszusühren.

Heinrich v. Arnim war in der Lage, über die Pariser Vorgänge und die süddeutschen Stimmungen aus eigener Kenntnis zu berichten. Er war ganz wie Dönhoff überzeugt davon, daß Preußen diese Gelegenheit bes nußen müsse, um die Führung in Deutschland zu ergreisen. Er ist es ja auch später gewesen, der den König zur Annahme der deutschen Farben, zur Proslamation und zu dem Umritt des 21. März bestimmt hat. In seiner politischen Deutschrift vom 17. März, auf die später noch zurüczuschmmen sein wird, hat er bereits die gleichen Gedanken entwickelt. Möglich, daß er sie schon am 11. dem Könige vorgetragen, vielleicht auch auf eine Prostlamation gedrungen hat; daraus folgt aber noch nicht, daß Friedrich Wilhelm, wenn er auch diesen Gedanken aufgriff, einer solchen Kundgebung den Inhalt habe geben wollen, den Arnim wünschte.

Ohne Kenntnis des Inhaltes, den die Proflamation haben sollte, wird man aber schwerlich entscheiden können, ob damit eine Anderung des bis; herigen Systems eingeleitet werden sollte oder nicht. Nun liegt ja die Ansnahme nahe, daß die Kundgebung, die drei Tage später wirklich erging, das Patent vom 14. März, schon damals so, wie es später herauskam, vom Könige geplant gewesen sei. Aber ist das wirklich so sicher? Wäre es nicht ebenso gut denkbar, daß man damals an eine Proflamation ganz anderer Art gedacht habe? Wir sind, glaube ich, in der Lage, hierüber aus den vorsliegenden Quellen ziemlich sichere Auskunft zu erhalten, wenn wir sie richtig zu deuten wissen.

<sup>1</sup> Gerlach 1, 130. Es bleibt, da auch dies der späteren Aufzeichnung aus dem April ans gehört, wieder zweifelhaft, ob der General fich der Worte des Königs ganz genau erinnerte.

Uns liegen nämlich zwei fehr intereffante Briefe von Canis vor, die beide vom 12. Mary datiert find. Der eine ift an Radowis gerichtet und bildet die Erwiderung auf deffen Bericht vom 10. Mary, wonach jest in Wien volle Einigung über den Dresdener Kongreß erzielt, eine formliche Punts tation darüber abgeschlossen und die Beröffentlichung gleichlautender Runds gebungen Offerreichs und Preugens für den 15. Marg verabredet mar. Canis billigt bies alles; er spricht fodann seinen Zweifel aus, ob die suds deutschen Regierungen bei ihrer farten Abhängigfeit von der Voltsftimmung ihrer gander noch murden teilnehmen fonnen, und ermahnt, daß ber Ronig perfonlich die Beratungen ju eröffnen gedente; er werde dabei feinen Ents folug aussprechen, "die Sache Deutschlands mit der eigenen ju identifis gieren" und Deutschland mit aller Macht gegen Angriffe von außen und gegen die Anarchie im Inneren ju beschüten. In einer eigenhandigen Rache schrift teilt er Radowis mit, daß der Entschluß gur Berufung des Ber: einigten Landtages gefaßt fei; man werde das auch in Wien zwedmäßig finden; "wir brauchen ihn wegen der eventuellen Rriegstoften, und für Deutschland ift er nütlich als Gegengewicht gegen republikanischen Unfug und gegen das deutsche Parlament". Rach einer icharfen Rritit der letten Bundestagsbeschluffe, die dem Sinne der an Graf Donhoff ergangenen Instruktionen nicht entsprächen, fagt ber Minister gulett, daß der Ronia ber Revolution in Guddeutschland, wenn fie bort Boden gewinne, fcharf ju leibe gehen wolle und ju diesem Zwede auch einen Aufruf "an alle ehrs lichen Leute in Deutschland" plane. In Wien werde man das nicht miß: beuten; "benn wenn wir die Sabne Deutschlands in die Sand nehmen und das Schwert gieben, fo ift es ebenfo für Ofterreich als für uns".

Bevor wir aber aus diesem Schreiben die naheliegenden Schlüsse ziehen, müssen wir und dem zweiten erwähnten Briefe zuwenden, weil dieser ans geblich in unüberbrückbarem Gegensaße dazu stehen und seine Glaubwürdigs feit zweiselhaft erscheinen lassen soll. Er ist an den nassauischen Legationes rat Mar v. Gagern gerichtet2, und wir müssen, um in seiner Auslegung nicht zu irren, etwas weiter ausholen.

Dieser war bekanntlich nach dem Siege der Revolution in Nassau auf seinen eigenen Bunsch mit einer Gesandtschaft an die süddeutschen höfe beauftragt worden. Der Zweck seiner Sendung sollte es sein, die herrscher von hessens Darmstadt, Baden, Bürttemberg und eventuell Bayern zu gemeinsamem Vorgehen zu bestimmen, und zwar in dem Sinne, daß man durch Eingehen auf die nationalen Forderungen die Sympathie der Mittels

<sup>&#</sup>x27; Aussubrlicher Auszug bei haffel 1, 503f; einzelne Stellen bei Rofer 67 u. 76 (Die lettere, die offenbar in den Anfang des Schreibens gehört, fehlt bei haffel).

<sup>.</sup> Jest vollftandig gedrudt bei Paftor 458.

flaffen gewinnen wollte, um mit ihrer hilfe die Bauern und Arbeiter nieders halten zu fonnen. Bunachst follten fich die füddeutschen Staaten, etwa unter ber Rübrung des Rönigs von Burttemberg fest gusammenschließen: spater follten die deutschen Fürsten eine angemessene Stellung in einem Pairs; hause finden; daß daneben ein aus Wahlen hervorgebendes Unterhaus fteben muffe, fette er als felbstverftandlich voraus.1 Geine von ihm felbst verfaßte Instruftion Schrieb ihm vor, junachst eine gemeinsame Beratung und Leitung ju vereinbaren, unter dem Borbehalt, daß fpater, wenn der Bund dauernd werde, eine wechselnde Leitung an die Stelle gu treten habe. Mit den Führern der liberalen Bewegung, insbesondere den in heidelberg gewählten Bertrauensmännern, follte er fich in Berbindung feben und ihr Einverständnis dafür zu erlangen suchen, daß wenn die Regierungen die Berufung eines deutschen Parlamentes in die Sand nahmen, ihnen alles weitere überlaffen werde. Das fünftige Parlament follte entweder dem bestehenden Bundestage jugeordnet, oder, wenn dies feinen Anklang finde, aus einem von den Einzellandtagen zu mahlenden Unterhaufe und einem aus den Fürsten und Mediatisierten bestehenden Oberhause jusammens gesett werden. Für den Fall eines auswärtigen Angriffs ober einer repus blitanischen Schilderhebung sollte einem deutschen Fürsten die militärische Diftatur übertragen werden. Db auch nach Befeitigung derartiger momens taner Gefahren eine einheitliche Spipe des Bundes vorhanden sein follte. darüber schweigt die Instruktion2; nach dem früheren Briefe wird man annehmen durfen, daß an eine wechselnde Oberleitung gedacht mar.

Mit diesen Aufträgen hatte Max v. Gagern am 7. März seine Reise ans getreten; in Darmstadt hatte er Zustimmung gefunden; nur den letzen Punkt, die vorübergehende Diktatur, fand man bedenklich. Man kam überein, ihn bei den weiteren Berhandlungen vorläusig fortzulassen<sup>3</sup>; zur Unterstützung der übrigen Borschläge wurde von hessischer Seite Graf Lehrz bach Gagern zugeordnet. Vermutlich war es eine Folge der Darmstädter Besprechungen, daß Gagern jetzt die Frage auswarf, ob es nicht ratsam sei, die Höse von Wien und Berlin von dem Gegenstande der Mission in

<sup>1</sup> Sagern an H. Adolf, 5. März, bei Pastor 183. Die Mitteilungen Pastors haben erst über den Ursprung und anfänglichen Zwed der Sagernschen Mission volle Klarheit gegeben. Die älteren Darstellungen lassen die Gründung eines engeren Bundes mit preußischer Spitze gleich anfangs zu start in den Vordergrund treten, während dieser Sedanke erst in Stuttgart ernsthaft erwogen wurde.

<sup>&</sup>quot; Inftruttion v. 7. Mary bei Paftor 185.

<sup>3</sup> heinrich v. Sagern an Graf Lehrbach, 8. Mars, Paftor 453; M. v. Gagern an Sz. Abolf, 8. Mars, a. a. D. 454. In den Außerungen des heffischen Erbgroßherzogs trat die Abneigung der kleineren Staaten gegen den alten Bund start hervor, deffen gedeihliche Entwicklung die Königreiche aus Egoismus gehindert hatten.

Branbenburg, Untersuchungen.

Kenntnis zu setzen; anfangs war dies offenbar nicht beabsichtigt gewesen; benn Sagern glaubte sich seinem Herzoge gegenüber entschuldigen zu müssen, daß er dem preußischen Sesandten in Darmstadt, herrn v. Bockelberg, Mitteilung davon gemacht habe.

Um 8. Mary fuhr Gagern nach heidelberg, um mit den Führern der Liberalen Rublung ju nehmen. Bon bier aus ichrieb er am 9. Mart an den Pringen Friedrich von Burttemberg2, um durch ihn den Stuttgarter hof auf feine Borichlage vorbereiten zu laffen; die deutschen Fürsten mußten fich jest an die Spite der Nation ftellen und die von einzelnen ichon vers fprochene Berufung eines deutschen Parlamentes felbft betreiben. Preugen und felbft Offerreich durfe man nicht umgehen, aber erft an fie herantreten, wenn man unter fich über einige Sauptzuge ber fünftigen Geftaltung ber Dinge einig geworden sei. Gleichzeitig schrieb er aber doch schon jest einen Privatbrief an den Minister v. Canit, damit dieser nicht etwa durch die Berichte bes Gefandten v. Bodelberg, der fich wenig entgegenkommend ausgesprochen hatte, von vornberein gegen ben gangen Plan eingenommen werde. Als fein hauptziel bezeichnete er's die schnelle Berufung eines deutschen Parlaments, worin für die fud, und westdeutschen Staaten die einzige Möglichkeit der Rettung liege. Man wolle Preußen nicht umgeben, aber man muffe fchnell handeln, um nicht überrannt zu werden. "Die Idee des beutschen Parlamente ift gang unfertig, verzweifelt, fast unlösbar; aber es genugt ber gute Wille, bie Bereitwilligfeit ju jedem Opfer." Gei im Norden die Stimmung beffer, fo verlange man nichts befferes, als daß fie fich nach Guden verbreite und das fleuerlose Schiff der fuddeutschen Regies rungen in einen ficheren Safen bringe. Canit moge bem Ronige vorftellen, daß er alle retten tonne, wenn er Rheinland und Beftfalen fowie feinen übrigen Provingen "diefelben deutschen Waffen, die eifernen und die geiftigen, gabe, benen wir und anvertraut haben". Bielleicht habe der Ronig icon getan, mas man hoffe; fonst moge er sich schnell dazu entschließen und über Stuttgart nach Munchen und weiter einen Mann fenden, der feine Ges banten und Entschluffe tenne, "einen Mann, ber und entgegentomme".

Dies war der Brief, den Canit am 12. März morgens erhielt und ben er noch am gleichen Tage beantwortete. Die deutsche Idee, sagte er, sei von den Aufrührern als Aushängeschild ergriffen worden; sie bewege auch den König seit lange, und, wenn die Welt ruhig geblieben wäre, würde er mit

<sup>&</sup>quot; Sagern an St. Abolf 8. Mart, Paftor 454.

<sup>·</sup> Paftor 435.

Bertlich bei Paftor 202f.

<sup>\*</sup> Die Antwort jest im Bortlaut bei Paftor 458; ein Stud daraus im Leben des Gen. g. v. Sagern S. 706.

positiven Vorschlägen ju ihrer Erfüllung hervorgetreten fein, freilich mit anderen, wie man fie jest mache. Ein deutsches Parlament ohne eine das neben febende Regierung wurde eine fonstituierende Nationalversammlung für Deutschland fein; weder die Erifteng der bisherigen Bundesbehörden. noch eine felbständige Wirtsamfeit der ju Recht bestehenden Regierungen und Stande ber Einzelftaaten wurde daneben bentbar fein. Daber muffe man nicht mit ber Einberufung eines folchen Parlamentes, fondern mit einer Berftandigung der Regierungen unter fich beginnen, wozu Preugen bereits die Initiative ergriffen habe. Der vom König angeregte Kongreß werbe gwar als reaftionar verschrien, biete aber die einzige Möglichkeit, auf legalem Bege aus dem Chaos herauszufommen. "Rongreß und Parlas ment find nicht contraria, aber ein Parlament ohne ein Saupt ware ein monstrum." Die bisherigen Borichlage für die Zusammensehung des Parlamentes weift Canit als unausführbar jurud. Der Bundese tag fonne nicht das Oberhaus abgeben, weil an Inftruttionen gebundene Gefandte darin fagen; ein aus Wahlen der Bevolferung hervorgehendes Unterhaus sei undenkbar, "bevor nicht alle jest existierende ständische Organisation vertilgt ift". Das sei nicht durchzuführen; eine so wichtige Institution muffe auf gefunderen Grundlagen ruben. Preugen werde nicht bagegen sein, daß auch diese Frage von den Regierungen erwogen werde, und fei nicht gegen eine vernünftige Freiheit Deutschlands. Man hoffe, hier dem Revolutionstaumel auch ferner widerstehen und für die Auss breitung einer befferen Stimmung nach Suddeutschland wirten gu tonnen; bem Könige werde es hoffentlich nicht unmöglich gemacht werden, "die Entwicklung unferer inneren Berhältniffe mit fanfter Sand gu leiten". Er fchließt mit den Worten: "Roch find unfere geistigen und eisernen Waffen nicht abgestumpft, noch haben wir den Ropf und den Mut nicht verloren."

Man hat nun, wie schon angedeutet, zwischen diesen beiden am 12. März geschriebenen Briefen des Ministers unlösbare Widersprüche sinden wollen. Rachfahl glaubt sie nur dadurch erklären zu können, daß Canic seine wahre Absicht, auf ein deutsches Parlament und einen Bundesstaat mit preußischer Hegemonie einzugehen, vor Österreich habe verheimlichen wollen und des; wegen seinen Wiener Vertreter, Radowich, über seine Pläne mit Vorbedacht getäuscht, ihn fortgesetzt "düpiert" habe. Hassel neigt mehr dazu, Unklarheit und Schwanken in den preußischen Regierungskreisen für die Widersprüche verantwortlich zu machen.

In Wahrheit ist aber gar fein Widerspruch vorhanden. Der Brief an Gagern bedeutet, wenn man seinen ganzen Inhalt und Ton erwägt, uns zweifelhaft nicht eine Annahme, sondern eine höstliche Ablehnung der nass sauischen Vorschläge. Canig hält an dem bisherigen Programm fest: die

Regierungen haben allein zu entscheiden, wie Deutschland fünftig gestaltet werden foll; daber ift der Rongreß notwendig. Er halt Dreugen fur fart genug, um mit feinen alten, erprobten geistigen und eisernen Baffen Orde nung ju ichaffen und burchjuseben, mas es will, ohne ber von Gagern empfohlenen neuen Waffen, b. h. bes Bundes mit den Liberalen unter Unnahme der Parlamentsidee, ju bedürfen. Er weift allerdinge den Gedanten einer fünftigen Bolfsvertretung am Bunde nicht völlig gurud; aber biefe foll auf ständischer Grundlage ruben und erft erwogen und geschaffen werden, nachdem die Regierungen über die fünftige Gestaltung der Bundeserefutive gewalt einig geworden find. Den Gedanten, mit der Berufung eines Parlas mentes den Anfang zu machen, lehnt er als geradezu verderblich entschieden ab. Er bewegt fich in bezug auf das Parlament genau in den gleichen Gedankengangen, wie Friedrich Wilhelm IV. in feinem Schreiben an Rado; wis vom 10. Marg. Deutlicher konnte er fich kaum aussprechen, da ja auch ber Gagerniche Borichlag febr unflar und verschwommen war. Bezeichnete Gagern boch felbst die Parlamentsidee als völlig unreif; man fühlte sich in Preußen noch viel zu sicher, um sich auf ein derartiges hochst unsicheres Erperiment einzulaffen. Ein Angebot ber preugischen Segemonie in dem fünftigen Bundesstaate mar überhaupt nicht erfolgt', nicht einmal die provisorische Diftatur war Preugen in jenem Programm jugedacht; es fann also auch nicht die Aussicht auf die Erlangung dieser Stellung mit hilfe ber süddeutschen Regierungen das Motiv für den angeblichen, tats fächlich aber gar nicht vorhandenen Wechsel in den Zielen der preußischen Politik gewesen sein.2

Mit dem richtig verstandenen Briefe an Sagern steht das Schreiben an Radowiß in vollkommenem Einklang. Gerade die Ratlosigkeit der süds westdeutschen Regierungen und ihre Bereitwilligkeit, der populären Strömung weit entgegenzukommen, wie sie Caniß aus dem Briefe und dem Pros gramm Sagerns kennen gelernt hatte, wird ihn zu dem Zweifel veranlaßt haben, ob diese Regierungen den Kongreß überhaupt noch würden beschicken wollen. Um so mehr mußte Preußen nach seiner und des Königs Ansicht sest bleiben und den Schuß der legitimen Ordnung mit allen Mitteln in die

Der vom König von Burttemberg nach Berlin mit befonderen Auftragen am 10. Marg abgeschidte Bolfgang Rengel war am 12. wohl noch nicht dort empfangen worden.

<sup>\*</sup> Allerdings ift nach der Angabe von Rofer (S. 67) am 11. März ein Bericht des preußischen Gesandten in Stuttgart eingetroffen, worin die Außerung eines württem, bergischen Ministers zitiert war, Preußen möge sich zur Nettung des monarchischen Prinzips an die Spige der Bewegung stellen. Aber darin tonnte eher eine Aufforderung erblickt werden, die Führung im Rampfe gegen die revolutionären Tendenzen zu übernehmen; auch war daraus nicht zu ersehen, ob der König von Bürttemberg diese Ansicht eines seiner Rinister teile, und noch weniger, ob andere Staaten ähnlich dächten wie Württemberg.

Sand nehmen. Daß man den Bereinigten gandtag berufen wollte, um für den Fall friegerischer Verwickelungen sofort die nötigen finanziellen Bewilligungen erhalten ju tonnen, und daß man ihn als Gegengewicht gegen ein etwa von den Liberalen gusammen mit den süddentschen Regies rungen berufenes deutsches Parlament glaubte gebrauchen gu tonnen, ift völlig einleuchtend. Rührt doch Canis in dem Briefe an Gagern aus, daß mit einem folchen konstituierenden Parlament die Wirtsamkeit der legalen Bolfsvertretungen in den Einzelstaaten unvereinbar fei; er glaubte natürlich, daß dies auch der preußische Landtag sofort ertennen und die Regierung gegen derartige Ansprüche einer außerpreußischen Gewalt unterstüßen werde. Bielleicht hatten auch die dunklen Andeutungen Gagerns, daß der Ronig die konstitutionellen Rechte den Landtagen seiner einzelnen Provinzen ges währen möge, schon bei bem Minifter bas Gefühl erwedt, bag man im Interesse bes Deutschtums die preußische Staatseinheit gerftoren wolle; auch dagegen fonnte er in bem Bereinigten Landtag einen Bundesgenoffen ju finden hoffen. Die Digbilligung der letten Bundestagsbeschluffe und bes Berhaltens bes Grafen Donhoff entsprach durchaus den Gesinnungen, die ihn und den König erfüllten. Und es liegt durchaus fein Grund vor, an der Aufrichtigfeit feiner letten Worte gu zweifeln, daß Offerreich einsehen muffe, Preugen handle auch in feinem Intereffe mit, wenn es etwa im Drang der Ereigniffe fich genötigt feben follte, felbständig einen Aufruf an die Bes völkerung gang Deutschlands ju richten oder außerhalb seines eigenen Staats: gebietes Magregeln jur Erhaltung ber Ordnung ju treffen. Bare Canit allerdings damals, wie Rachfahl fälschlich annimmt, entschlossen gewesen, im Bunde mit einem deutschen Parlament und an der Spise der fich ans Schließenden Fürsten eine Berfassung durchzuseten, die Biterreich fattisch aus Deutschland hinausbrängen follte, bann waren folche Außerungen nur als Täuschungsversuche zu verstehen; höchst merkwürdig bliebe es freilich auch dann, daß der Minister nicht nur den Wiener hof, sondern auch den eigenen Gefandten ju täuschen versucht hatte, anstatt diesem ju sagen: Preußen wird jest zwar eine neue, Offerreich feindliche Politik einschlagen; es fommt aber barauf an, hiervon in Wien nichts merten gu laffen. Und ebenso sonderbar mare es, wenn Canin geglaubt hatte, daß die geplante Schwentung burch folche Mittelchen Sfterreich auch nur auf furze Zeit hatte verheimlicht werden fonnen.

Sind aber die Angaben des Ministers in dem Briese an Radowis durch; aus als ernst gemeint zu betrachten, so können wir aus ihnen Aufschluß über jene beiden Maßregeln erhalten, die schon am 11. März beschlossen waren, über deren Sinn wir aber bisher keine sichere Runde erlangen konnten. Die Motive für die Berufung des Vereinigten Landtages sind die in dem

Briefe angegebenen; wir haben sie schon genauer erörtert. Die Proklas mationen an das preußische und deutsche Bolf aber sollten alle ehrlichen Leute in Deutschland zum Anschluß an die legitimen Regierungen und zum Bertrauen auf die von ihnen geplanten Reformen ermahnen, möglichers weise auch bewassnetes Einschreiten des Königs gegen die Revolution ans drohen. Eine Konzession an die Liberalen sollten sie also gewiß nicht sein.

Eine eigene Außerung des Königs vom 12. März besitzen wir nicht. Wir hören nur, daß Bodelschwingh einen neuen Vortrag im Sinne seiner alten Forderungen hielt, deren Erfüllung zur Nettung Preußens und Deutsche lands nötig sei; ob der König sich zustimmend, ausweichend oder ablehnend dazu geäußert hat, erfahren wir nicht.

Bom 13. Marg liegen uns zwei einander ergangende Depefchen von Canit an die Gefandten in München und Stuttgart vor.2 Sie halten ebens falls burchaus an dem bisherigen Programm feft. Der Parlamentegedante, für den die beiden größten süddeutschen Regierungen sich ja bereits auss gesprochen hatten, wird nicht unbedingt gurudgewiesen, aber es wird betont, daß er vor feiner Ausführung von den Regierungen geprüft und zu diefem 3mede auf dem geplanten Rongreß genau beraten werden muffe. Dann werde fich zeigen, mas daran ausführbar fei. Canip legt Wert darauf, ju betonen, es folle auf dem Kongreß völlig freie Diskuffion herrichen, teine Möglichkeit von vornherein ausgeschlossen sein; offenbar lag ihm baran, bie fubdeutschen Staaten junachft einmal jur Beschidung ber Bersammlung ju bringen. Aber barüber fann meines Erachtens bei Beachtung aller feiner bisherigen Außerungen fein Zweifel fein, daß fein Ziel blieb, dort den ichon von der Revolution überrannten Regierungen den Ruden wieder ju ffarten, fie vom Bunde mit den Liberalen ju lofen und fie ju überzeugen, daß eine Boltsvertretung für Deutschland nur auf ftandischer Grundlage möglich fei, und erft zu einem fpateren Zeitpuntte, nachdem die Regierungen über die einzuführenden Reformen völlig einig geworden feien, berufen werden burfe. Gerade deshalb will er auch die weitere Beratung der Reformfragen bem Bundestage entziehen, der fich schon viel zu fehr ins populare Fahrs maffer hat treiben laffen. In einer vertraulichen Bufatbepefche an ben

Bodelschwingh an ben König, 17. (nicht 15.) Mary bei Die st 49f. Dazu Roser 66f. Ich tann nicht mit Roser aus diesem Briefe folgern, daß der König das Programm Bodelsschwinghs damals prinzipiell gebilligt habe. Wenn Bodelschwingh fagt, er habe am 12. den König auf die Notwendigteit jener Maßregeln "aufmertsam gemacht", und fortfährt: "Ich habe seitdem diese Notwendigteit dreifach erkannt", so würde ich daraus eher schließen, daß er damals den König nicht überzeugt hatte und deshalb nun mit neuen Erfahrungen und Argumenten anrückte.

Bachfahl, hift. Beifche. 6, 509f. u. 511f.

Münchener Gesandten teilt er diesem zu seiner Information mit, daß ein Beharren Bayerns auf einem Bundesparlament im bisherigen Sinne zur Begründung eines süddeutschen Sonderbundes, also gerade zur Zerreißung Deutschlands führen tönne; mit anderen Worten, Preußen wird den süds deutschen Staaten auf ihrem Wege teinesfalls folgen, sondern lieber, als daß es die sofortige Berufung eines Parlamentes aus Voltswahlen zugibt, den Süden sich selbst überlassen und mit den gleichgesinnten norddeutschen Staaten in seinem Sinne eine Verständigung erstreben. Auch in seiner Anweisung nach Stuttgart spricht er davon, daß eventuell für eine "Gesmeinschaft mehrerer Staaten" eine Vereinbarung der Regierungen angestrebt werden solle, eben für den Fall, daß die Süddeutschen an ihrem Parlamentssplan festhalten.<sup>1</sup>

Alle diese Außerungen greifen genau ineinander und zeigen aufs deuts lichfte, daß die Grundgedanken der preugischen Politik bis jum 13. Marg immer dieselben geblieben find2: die Regierungen muffen durch festes Bus sammenhalten ber Revolution einen Damm entgegenbauen, selbst ents icheiden, welche Reformen für den Bund nötig find, und wenn fie eine Boltsvertretung für ratfam erachten, diese erft fpater nach Bollendung der neuen Verfaffung und auf ftanbifcher Grundlage ins Leben rufen; nur in diesem einen Puntte, den man in Berlin aber nicht für besonders wichtig hielt und nur aufnahm, um den Zusagen der suddeutschen Sofe äußerlich Rechnung zu tragen, wich man von dem Ende Februar mit Rados wit besprochenen Programm ab. Von einem Bunde mit der Voltsbewegung, oder auch nur von ihrer Ausnubung zu einem Druck auf die kleineren Res gierungen ift feine Rede, von einer Erweiterung der Rompetenzen des eigenen Landtages auch nicht. Die Ideen Donhoffs und Bodelschwinghs haben noch feine Statte bei dem Ronige und Canit gefunden; ihre gange hoffnung ruht auf dem Fürstenkongreß, den sie eifrig betreiben3 und auf dem Busammens geben mit Bferreich und ben übrigen noch nicht revolutionierten Staaten.

¹ Bielleicht wurde man in diesen Erwägungen über die Möglichkeit einer Trennung bestärkt durch einen Bericht von Radowig vom 11. März, der am 13. ankam, worin dieser meint, die revolutionierten höfe würden wahrscheinlich auf dem Kongreß unannehmbare Forderungen stellen und den alten Bund ganz beseitigen wollen. Radowig meinte, man dürfe darauf höchstens im äußersten Falle eingehen, wenn alle anderen Mittel erschöpft seien (Rachfahl, hift. Btische, 6, 377 Anm.; vgl. Meinede 64 Anm. 2).

a Auch Meinede hat fich von Rachfahl ju ftart beeinfluffen laffen, wenn er (Radowig 64f.) fagt, daß man feit dem ro. März in Berlin ju lavieren begonnen habe, und den Lodungen ber füddeutschen Regierungen gefolgt fei, ohne Radowig barüber ju orientieren.

<sup>3</sup> Daher weift Canin auch die von dem Gefandten in Dresden gemeldeten Bedenken der fachlichen Regierung gegen die Abhaltung des Kongresses in ihrer hauptstadt jurud und befiehlt am 13. Marg die sofortige Bersendung der Ginladungen (f. Rachfahl a. a. D. 512f.).

Auch am 14. März hat Canit noch Maßregeln ergriffen, die in derselben Richtung wirten sollten. Er sprach Dönhoff die Mißbilligung des Bundes, beschlusses über die Zuziehung von Bertrauensmännern zu seinen Ber; sassungsberatungen aus!; so ängstlich wollte man jedes populäre Element sernhalten, bis alles durch die Regierungen selbst endgültig sestgessellt sei; er betonte, daß der Kongreß die nötigen Reformen beraten solle und erwähnte nur, daß der König an eine zeitweilige Berlegung auch des Bundestages nach Dresden dente. Es war dabei wohl weniger die Rücksicht maßgebend, die bisherige oberste Behörde von den Beratungen über Deutschlands Zutunft nicht völlig auszuschließen, als der Wunsch, sie aus dem Gebiete zu entsernen, "in dem der insurrektionelle Geist tätig ist".

Am 14. März geschah aber auch von seiten des Königs ein Schritt, der in der neueren Literatur sehr verschieden beurteilt worden ist. An diesem Tage wurde das Patent wegen Einberufung des Vereinigten Landtages unterzeichnet und veröffentlicht.<sup>2</sup> Friedrich Wilhelm verfündigte darin zus nächst, daß er zusammen mit Österreich den Kongreß einberufen habe und mit allen Kräften dahin wirten werde, daß seine Beratungen zu "einer wirklichen Regeneration des deutschen Bundes" führten, damit "das deutsche Bolt, in ihm wahrhaft vereinigt, durch freie Institutionen geträftigt, nicht minder aber auch gegen die Gefahren des Umsturzes und der Anarchie geschützt" seine gebührende Stellung in Europa erhalte. Durch diese Ressormen würden aber jedenfalls Maßregeln für Preußen bedingt, zu deren Ausführung er der Mitwirtung seiner Stände bedürfe. Alls Termin für den Zusammentritt des Landtages wurde schließlich der 27. April bestimmt.

Zieht man allein den Wortlaut dieser Urfunde in Betracht, so scheint darin, was Deutschland betrifft, von keinem anderen Programm als dem Radowißischen die Rede zu sein; die Kräftigung des Bundes durch freie Institutionen würde dann auf die nachträglich hinzugefügte Einrichtung einer ständisch gegliederten Bolksvertretung zu beziehen sein. Die für

<sup>14.</sup> Marz Rachfahl 507 Unm. Donhoff hatte inzwischen schon mitteilen mussen, daß Ofterreich und Preußen die Reformberatungen einem Kongreß übertragen wollten; der Bundestag beschloß auf diese Mitteilung am 13. März, die Aussührung seines früheren Beschlusses über eigene Beratungen unter Zuziehung von Vertrauensmännern vorläufig zu suspendieren (Noth u. Merch 1, 123). — Auch in Wien misbilligte man aus denselben Gründen wie in Berlin den Bundesbeschluß vom 10. März und entsandte sofort den Grafen Colloredo zur übernahme des Präsidiums an Donhoffs Stelle (Bericht von Radowig 12. März, pr. 14. März, Rachfahl 522, Hassel 497). Man braucht hierin an sich noch teineswegs ein Zeichen des Mißtrauens oder der Feindseligteit gegen Preußen zu sehen; wußte man doch in Wien, daß auch die preußische Regierung das Vorgehen des Bundestages und ihres eigenen Gesandten mißbillige.

<sup>&</sup>quot; Moth u. Merd 1, 138.

Preußen durch die deutschen Reformen notwendig werdenden Maßregeln würden im Sinne der früheren Außerungen von Canih als Geldbewillis gungen für etwa notwendig werdende friegerische Operationen und eventuell die Vornahme der Wahl von Mitgliedern der fünstigen deutschen Ständes versammlung sein können. Aus dem Wortlaut heraus würde man kaum auf den Gedanken geraten können, daß mit diesen dunklen Andeutungen gemeint sei, der König halte für Preußen eine erhebliche Veränderung der bisherigen Versassung, eine starke Erweiterung der Rechte des Landtages für notwendig, damit dieses in dem neuen Deutschland seine Stellung behaupten könne.

Nun hat aber der Minister v. Bodelschwingh in einer im November 1848 niedergeschriebenen Notig1 ausdrudlich behauptet, es sei bereits vor der Beröffentlichung diefes Patentes der Entschluß gefaßt gewesen, eine Bere faffung auf den feit lange von ihm befürworteten Grundlagen2 ju geben. Deren genauere Ausgestaltung habe eben mit bem Bereinigten Landtage beraten werden follen. Bu einer Borbesprechung über den neuen "Bers fassungsentwurf" habe man gleichzeitig die einflugreichsten Mitglieder bes Landtages zu sofortigem Erscheinen in Berlin eingeladen. In der Tat liegen zwei derartige von Bobelschwingh verfönlich ausgegangene Eine ladungen vom 14. Märg vor, die an Georg v. Binde und Ludolf Campe hausen gerichtet find.3 In ihnen ift davon die Rede, daß große Reformen für Preußen notwendig seien, um die Sympathie Deutschlands ju gewinnen und beffen Auflösung ju verhuten. Es durfte baher nicht ju bestreiten fein, daß Bodelschwingh schon am 14. März den Worten des Patentes die Aus: legung gab, die er später öffentlich wiederholte. Wir wiffen nicht, ob er das Patent verfaßt hat, wie das spätere vom 18. Marg, oder wieweit seine Mitarbeit daran gegangen sein mag. Db aber auch ber Konig den gleichen Sinn mit diesen Worten verband, ob er wirklich mit Bodelschwingh schon einen derartigen "Berfassungsentwurf" vereinbart hatte, als er das Patent erließ, scheint mir doch noch recht zweifelhaft.

An demselben Tage empfing nämlich Friedrich Wilhelm eine Deputation der Berliner Bürgerschaft, die ihn bat, an der Wiedergeburt des deutschen Vaterlandes mitzuwirken, und zu diesem Zweck sofort den Vereinigten Landtag zu berufen und die preußische Verfassung endgültig zu vollenden; dazu sei eine volkstümliche Vertretung des Landes, Einkammerspstem und

<sup>1</sup> v. Dieft 27f.; sie war veranlaßt durch das Erscheinen von h. Leos Signatura tomporis.

<sup>\*</sup> Teilung des Gesetzebungs; und Besteuerungsrechtes zwischen König und Standen, Ausübung der Bollziehungsgewalt durch ein "der Krone und den Standen für die hands habung der Gesetze verantwortliches Ministerium".

<sup>\*</sup> v. Diest 48f., Brandenburg, Briefw. Friedrich Wilhelms IV. mit Camphausen 221f.

beschließendes Votum in den wichtigsten Fragen des Staatslebens, Gleich, stellung aller religiösen Bekenntnisse und Einführung von Geschworenen; gerichten notwendig. Der König gab zur Antwort, das Berufungspatent für den Landtag sei bereits vollzogen; er werde den Ständen entgegentreten mit seiner alten Losung: "Freie Völker, freie Fürsten". Auf die übrigen Bitten könne er nicht näher eingehen, da sie nur durch den Landtag ihre Lösung sinden könnten. Nur das müsse er betonen, daß Verfassungen nicht so schnell und mit einem Male gemacht werden könnten; es bedürse dazu reisslicher Erwägung und allmählichen Vorgehens; auch dürse die alte deutsche Gliederung nach Ständen und der Einstuß des Bestiges bei der Zusammensetzung der Volksvertretung nicht außer acht gelassen werden.

Das alles klingt doch keineswegs so, als habe der König bereits, wie Bodelschwingh sagt, einen fertigen "Verfassungsentwurf" in Bereitschaft gehabt, um ihn dem Landtage vorzulegen. Wohl zeigt er sich geneigt, einzelne Fragen dieser Art mit den Ständen zu beraten; aber nach wie vor will er keine von der Bevölkerung ohne Rücksicht auf die ständische Gliederung gewählte Volksvertretung, will er nur einen langsamen, allmählichen Ausbau der bestehenden Verfassung. Wäre der König wirklich zu den von Bodelsschwingh schon längst so eistig empfohlenen Maßregeln bereits entschlossen gewesen, so hätte nichts näher gelegen, als dies der Deputation zu sagen. Das Versprechen, dem Landtage beschließende Stimme in Gesetzgebung und Besteuerung zu geben und die Ministerverantwortlichkeit einzussühren, würde auf die erregte Stimmung der Hauptstadt und des Landes zweisellos ganz anders gewirtt haben wie die vieldeutigen und ausweichenden Redenssatten jener Antwort.

Erwägt man dies, so scheint doch folgende Deutung am nächsten zu liegen: Bodelschwingh muß in der Tat geglaubt haben, daß er den Widerstand des Königs gegen seine Pläne schon vollständig bestegt habe, aber es wird ihm gegangen sein, wie es den Ratgebern Friedrich Wilhelms so oft ging: er nahm das Ermatten seines Widerspruchs, das Gewährenlassen für Zusstimmung. Der Rönig wird zugegeben haben, daß über einen Ausbau der Berfassung mit den Ständen verhandelt werden möge; ohne das wären des Ministers Worte und Handlungen nicht verständlich; aber er war weit entfernt von der Annahme des ganzen Programms, das jener ihm vorlegte; vielleicht hoffte er, daß sich bis zum Zusammentritt des Landtages manches ändern, daß in dessen Reihen selbst die Pläne Bodelschwinghs keine uns geteilte Zustimmung sinden würden. Dann ist es begreislich, daß er eine slare Kundgebung seiner Reformabsichten vermied, um sich nicht im voraus sestzulegen. Wäre er aber zu einer gründlichen Berfassungsresorm wirklich entschlossen. Wäre er aber zu einer gründlichen Berfassungsresorm wirklich entschlossen gewesen und hätte er gar durch diese Resorm seine Popularität

in Deutschland steigern und die Führung der konstitutionellen Staaten ergreifen wollen, dann wäre es ein diesem Zwecke wenig entsprechendes Mittel gewesen, in so unbestimmten Andeutungen zu reden, die viel eher ein Widersstreben gegen die Bünsche der Liberalen durchschimmern ließen als ein freis williges Eingehen darauf; dann hätte vielmehr dieser Zweck nur erreicht werden können durch eine klare und öffentliche Verkündigung des neuen Programms.

Für die Interpretation des Patentes vom 14. Mary ift ferner noch von Bichtigkeit das Rundschreiben, welches Canis bei Übersendung dieses Aftens studes an die preußischen Gesandten beifügte. Es ift zwar vom 16. Marz datiert, aber, wie schon Rachfahl betont hat, offenbar am 14. abends oder 15. fruh aufgesett: das Eintreffen der Nachrichten vom Ausbruch der Wiener Revolution verzögerte die Absendung und nötigte zu einer nachträglichen Ergangung, auf die wir noch gurudtommen. hier intereffiert uns nur der erfte, vor dem Eintreffen jener Rachricht verfaßte Teil.1 Darin wird junachft der Inhalt des Patentes wiederholt und daran die Folgerung gefnüpft. daß es falfch fei, dem preußischen Kabinett reaktionäre Tendenzen jugus schreiben. Es wird, wie schon in früheren Erlaffen, verfichert, daß alle attuellen Fragen, auch die des Parlaments, auf dem Rongreß zu freier und gründlicher Erörterung tommen follten; bort werde fich zeigen, "ob ihre Lösung in den bezeichneten Formen ausführbar ift ober nicht. Wir muffen für jest ihre Ausführbarteit bezweifeln".2 Alfo noch nach Beröffentlichung des Patentes hielt die preußische Regierung den Parlamentsgedanken, wie er von den Liberalen und den süddeutschen Staaten vertreten murbe, für unausführbar; das bestätigt meines Erachtens die oben entwickelte Unficht von der Bedeutung des Patentes, mahrend es mit Rachfahls Deutung schlechterdings unvereinbar ift. Weiter erhellt aus dem Rundschreiben. daß Canik gegenüber den Bunschen nach Beteiligung des deutschen Volkes an der Leitung feiner Gefchide noch immer am liebsten auf dem alten Stands punkt geblieben ware, wonach die Zuziehung von Sachverständigen mit beratender Stimme zu manchen Beratungen des Bundestages volltommen ausreichend sei. Selbst die Möglichkeit der späteren Einberufung einer ftandisch gegliederten deutschen Boltsvertretung, die man doch in Berlin bereits erwogen hatte, erwähnt er nicht. Ebensowenig gibt er den Ber: tretern Preugens im Auslande auch nur den leifeften Winf darüber, daß

<sup>1</sup> Roth u. Merd 1, 142f.

<sup>2</sup> S. die Mitteilungen aus dem Konzept Kofer 72. Merkwürdig ift, daß nach Kofers Angabe der Sat über die Zuziehung von Sachverständigen im Konzept durchstrichen ift, während er in dem Drud des wirklich abgeschickten Zirkulars bei Roth u. Mer d 1, 143, wenn auch, wie es scheint, in etwas veränderter Form, enthalten ist.

mit dem Vereinigten Landtage über die preußische Versassungsfrage bes
raten werden solle. Offenbar waren das eben alles Dinge, die zwar mehrsach
überlegt, von Bodelschwingh und vielleicht auch von anderen energisch vers
fochten, aber, wenn auch nicht direkt verworfen, so doch auch gewiß nicht
definitiv beschlossen und angenommen waren. Daher konnte Canig, der ja
sicher zu den Gegnern dieser Pläne gehörte, darüber schweigen.

Am Worgen des 15. März trafen in Berlin die ersten Rachrichten vom Ausbruch der Wiener Nevolution des 13. März ein. Radowiß meldete, die Regierung werde vermutlich siegreich bleiben; einzelne Personalver; änderungen könnten vielleicht stattsinden, aber auf die Beibehaltung der bisherigen allgemeinen politischen Richtung sei sicher zu rechnen. Metternich sei auch bereit, österreichische Truppen zur Bekämpfung der Revolution in Deutschland zur Verfügung zu stellen, und gedenke 40000 Mann nach Vorarlberg zu senden, die von dort aus leicht nach Württemberg vorrücken könnten. Zugleich empfahl er, wenn es wegen der von den süddeutschen herrschern gemachten Zusagen nicht angehe, die Parlamentsideen ganz zurückzuweisen, so möge man doch vorschlagen, daß in Zukunst den Ständen der Einzelstaaten Einfluß auf die Instruierung der Vundestagsgesandten gewährt werden solle.<sup>2</sup>

Es fragt sich nun, ob diese Runde einen erkennbaren Einfluß auf die preußische Politik ausgeübt hat. Bon keiner Bedeutung ist es, daß am 15. März die zwischen Osterreich und Preußen getrossene Bereinbarung wegen des Kongresses öffentlich bekannt gemacht wurdes; denn dieser Schritt war ja schon seit mehreren Tagen deschlossen und vorbereitet. Wichtiger ist das Schreiben, das Canis bei Abersendung der Wiener Nachrichten an den König gerichtet hat. In Wien, sagt er, wanke auch der Boden, morgen werde man sehen, wie die Dinge sich wenden. "Glücklicherweise haben E. M. gestern bereits ein großes Wort ausgesprochen." Man kann zweiseln, ob das "große Wort" auf die Verufung des Vereinigten Landtages, oder auf die Verheißung freier Institutionen für Deutschland oder auf die Mahnung

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Sang ahnlich spricht sich Canig in dem ebenfalls vom 15. Marz datierten Etlasse an ben preußischen Gesandten in Stuttgart aus, der offenbar noch vor Empfang der Wiener Rachrichten expediert ift (Roser 71, Rachfahl 6, 510). Wenn er das Parlament in der von den Süddeutschen gewünschten Form ablehnt, aber zugleich betont, das dem Parlaments; gedanten zugrunde liegende Prinzip (Beteiligung der Bevöllterung) werde vom Könige seit lange gebilligt, so läßt er, wie in den vorhergehenden Tagen, immer unentschieden, wie er selbst sich die Durchführung dieses Prinzips dentt, ob in der Form einer Ständeversamms lung oder der Zuziehung von Sachverständigen.

<sup>°</sup> G. Rachfahl 6, 522 u. 528f., Saffel 503.

<sup>&</sup>quot; 6. Roth u. Merd 1, 140.

<sup>\*</sup> Rofer 68, Nachfahl a. a D. 7, 196.

zu festem Jusammenhalten von Fürst und Volk gehen soll. Es läßt sich daher auch nicht viel aus diesen Worten über den Eindruck der Wiener Nachrichten herauslesen.

Ausführlicher spricht sich Caniş' in einem Erlaß an Radowiț aus. Der Wiener Ausstand werde hoffentlich leicht zu dämpfen sein, aber damit sei die große Frage nicht gelöst. Es gelte, am Fürstenkongreß auf jeden Fall sestzuhalten, damit die Leitung den Regierungen nicht entgleite; wenn die Abhaltung in Dresden bei der dortigen Regierung Schwierigkeiten sinde, so müsse man ihn nach Potsdam verlegen. Indem er sodann auf das Patent hinweist, fügt er hinzu, es sei notwendig gewesen, die Absicht einer wirklichen Regeneration des Bundes offen auszusprechen, da durch die Haltung und Anträge mancher süddeutscher Staaten und des Bundestages eine einsache Zurückweisung des Parlamentsgedankens nicht mehr tunlich gewesen sei; man würde dadurch Deutschland zerrissen, den ohnehin regen Verdacht, daß der Kongreß reaktionären Plänen dienen solle, verstärft, und so dem Radikalismus in die Hände gearbeitet haben.

Canity vermeidet auch hier jede Erklärung darüber, ob und in welcher Form dem Parlamentsgedanken Rechnung getragen werden soll; nur daß man ihn nicht mehr klar und rund zurückweisen könne, führt er im Tone des Bedauerns aus. Zum ersten Wale aber taucht hier der Gedanke auf, den Rongreß nach Potsdam zu verlegen; es wird dies nicht durch die Rücksicht auf die Wiener Vorgänge, sondern durch die Abneigung der sächsischen Rezgierung motiviert.<sup>2</sup>

Weit interessanter ist ein Erlaß an den Petersburger Gesandten v. Rochow. Darin sagt Canig, angesichts der "veritablen Revolution in Wien" müsse man sich auf Deutschland stügen, nur mit hilfe des Nationalitätsgeistes lasse sich die Ordnung herstellen und die soziale Revolution zurückdämmen. Daher möge auch Rußland Preußen ungehindert die Institutionen ente wickeln lassen, "die in unseren händen ein Element der Stärke zu werden vermögen und uns heute die einzige dauerhafte Stüße, die einzige wahre Bürgschaft für unsere Zukunst bieten". Unzweiselhaft will Canig es mit diesen Aussührungen dem Zaren gegenüber rechtsertigen, daß bei der Neusordnung Deutschlands überhaupt eine Volksvertretung ins Auge gefaßt

<sup>1</sup> Kofer 70; Rachfahl 7, 197.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Entsprechend an den Gefandten in Oresden 15. März: nur wenn die sächsische Regierung teine Bedenken habe, solle der Kongreß in Oresden, sonst in Potsdam kattsinden (Rachfahl 6, 513). In der Lat hatte Sachsen gebeten, von Oresden abzusehen; man hatte aber noch am 14. März diesem Umstande in Berlin teine entscheidende Bedeutung beigelegt. Der Gesandte meldet am 16. sofort zurück, daß Sachsen die Abhaltung in Oresden nicht wünsche (a. a. D.); König Friedrich Angust schlug selbst die Verlegung nach Leplig, Berlin oder Potsdam vor (16. März, Hassel 1, 513).

werden soll. Er wußte genan, daß Nikolaus als eifrigster Vorkämpser legitimistischer und absolutistischer Anschauungen jedes Zugeständnis in dieser Richtung verwerfen würde; deshalb betonte er, daß ein deutsches Parlament, wenn es unter Preußens bestimmender Mitwirtung und nach seinen Plänen, d. h. auf ständischer Grundlage und ohne die Gewalt einer konstituierenden Versammlung, ins Leben trat, ein Element der Stärke und eine Garantie dauernder ruhiger und geordneter Zustände werden könne. Wehr läßt sich meines Erachtens aus diesen, vielleicht auch absichtlich uns bestimmt gehaltenen Wendungen nicht herauslesen.

In dieselbe Richtung weisen die Korrekturen, die Canity auf die Nachrichten aus Wien hin an dem schon entworfenen Rundschreiben an die Gesandtsschaften vornahm. Es wurde der Passus über das deutsche Parlament dahin geändert, daß der Kongreß nun nicht mehr erwägen sollte, ob, sondern wie dieser Gedanke aussührbar sei; die Worte, die des Ministers Zweisel an der Aussührbarkeit im gegenwärtigen Augenblick aussprachen, wurden ganz gesstrichen. Ferner wurde ein zweiter Teil hinzugefügt, der die Folgen des in Wien erfolgten Umschwunges für die Behandlung der deutschen Frage in Bestracht zog. Es liege darin eine Aussordung für Preußen, "sich des gemeinssamen Wohles Deutschlands mit allen materiellen und moralischen Kräften anzunehmen". Alle deutschen Regierungen müßten sich jeht die Hand reichen, der Kongreß jedenfalls stattsinden, aber, da der König sich jeht nicht weit entsernen könne, am besten in Potsdam; der Bundestag müsse für diese Zeit an den Kongreßort verlegt werden.

Wir nehmen also hier zwei Anderungen der leitenden Gesichtspunkte wahr: zunächst wird die Einrichtung einer deutschen Bolksvertretung unter Borsbehalt der Art ihrer Gestaltung im Prinzip zugestanden, mährend sie bisher nur als in Zukunst erwägenswert bezeichnet worden war2; ferner wird die Berlegung des Kongresses von Dresden nach Potsdam vorgeschlagen. Beides haben wir demnach als Ergebnis der Biener Rachrichten anzusehen. Die Frage aber bleibt noch sibrig, weshalb man aus den Biener Vorgängen gerade diese Konsequenzen zog.

<sup>1</sup> Ahnlich fagt Canit in einer Unweifung an den Gefandten in Raffel, die Frage einer Bertretung der Ration am Bundestag folle den Rongreß beschäftigen (16. Mary, Rofer 71).

<sup>\*</sup> Rach fahl beruft sich für die Sinnesänderung von Canit noch auf dessen Brief an Dons hoff vom 17. März (6, 373 Anm. u. 7, 209), woriner diesen zur Teilnahme an den Potsdamer Beratungen auffordert mit dem Zusate, daß er sich dann personlich "über diesenigen Puntte, in welchen unsere Meinungen vielleicht noch voneinander abweichen", näher mit ihm vers fländigen wolle. Hiert aber teineswegs, wie Nach fahl interpretiert, die Konstaties rung, "daß prinzipiell zwischen ihm und Donhoff übereinstimmung in der deutschen Frage herrsche", sondern vielmehr ein höflicher hinweis darauf, daß erhebliche Abweichungen ihrer Unsichen darüber auch jeht noch beständen.

Rachfahl meint, daß die preußische Regierung längst entschlossen gewesen fei, fich von Ofterreich ju trennen und ein fleineres Deutschland unter Preukens Segemonie ju erftreben; fie habe fich aber aus begreiflichen Grunden gefcheut, dies in Wien merten ju laffen und felbft ihren dortigen Gefandten über ihre Plane absichtlich getäuscht. Daber habe ihr die Wiener Revolution, Die Biterreich momentan wenigstens lähmte, nur willtommen fein tonnen; man habe nun von Wien ber feinen ernstlichen Widerstand gegen die eigenen Plane mehr zu befürchten brauchen. Undererfeits habe allerdings die Gefahr bestanden, daß nun auch Offerreich in die Bahnen des Konstitutionalismus einlenfe, dadurch die Sympathien der Guddeutschen gurudgewinne und Preugen an Popularität überflügele. Infofern habe der Sieg der Wiener Revolution Preugen ju ichnellem Sandeln antreiben muffen. Die Bers legung bes Rongreffes nach Potsbam, b. b. in die preugische Machtsphäre, fei als sicheres Zeichen dafür anzusehen, daß man in Berlin nun jede Rudficht auf Ofterreich habe fallen laffen wollen, und daß man jur Ergreifung ber Rührung entschlossen gewesen sei.

Bir haben gesehen, daß die Voraussehungen Rachfahls unzutreffend sind. Preußen wollte vor dem 15. März in erster Linie das monarchische Prinzip in Deutschland gegen die Nevolution verteidigen, zugleich aber die wahren nationalen Bedürsnisse im Sinne des Radowisschen Planes auf legitimem Wege befriedigen; der Gedanke einer preußischen Machtsteigerung war wohl bei einzelnen Diplomaten, nicht aber beim Könige und seinem maßgebenden Minister wirksam gewesen. Es wollte diesen Weg im Einverständnis und unter Beihilfe Österreichs gehen und hoffte, daß die dortige Regierung solgen werde. Aus Rücksicht auf die Zusagen verschiedener Fürsten an ihre Bölker in betreff eines deutschen Parlamentes hatte man sich allmählich mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß ein solches später nach Wieders herstellung geordneter Zustände auf ständischer Grundlage eingerichtet werden könne; es sollte dann ein Gegengewicht gegen den Liberalismus bilden, dessen falschen Freiheitsbegriff im Sinne des Königs durch Ges währung wahrer Freiheit unschädlich machen.

In der Verfolgung dieses Programms wurde Preußen auch nicht aufs gehalten durch das Widerstreben der süddeutschen Regierungen gegen den geplanten Kongreß und ihr Drängen auf sofortige Berufung eines von den einzelstaatlichen Kammern oder gar direkt von der Bevölkerung zu wählenden Parlamentes. Man hoffte sie von der Richtigkeit der eigenen Gesichtspunkte zu überzeugen, wenn es nur gelinge, sie zur Beschickung des Kongresses zu

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bgl. die Außerungen von Saden 10. Märg (pr. 14. Märg) Rachfahl 7, 308, Nassau 11. Märg (Brief des herzogs an Pring Wilhelm) Pastor 456f., Ertlärung Baperns beim Bundestag 13. Märg (Roth u. Merct 1, 123f., 136f.).

bestimmen. Auch die Nachrichten, die über 3wed und Erfolge ber Gagern, ichen Gefandtichaft in Berlin eingingen, fonnten der dortigen Regierung faum einen farten Gindrud machen. Der Brief Gagerns an Canis fonnte nur Bedenfen gegen diefe gange Unternehmung erweden; fur Preugen felbft ichien wenig Borteil dabei heraustommen ju fonnen. Auch das Schreiben des herzogs von Raffau an den Bruder des Königs, das am 13. oder 14. Marg in Berlin angefommen fein wird, verlangte von Preugen in erfter Linie, daß es ein deutsches Parlament gutheiße und fich an die Spipe derjenigen Regierungen ftelle, die ein folches fofort zu berufen bereit feien; darüber, welche Stellung ihm in Bufunft guteil werden folle, enthielt es nur die unbestimmten Borte: "Wie es ju machen ift, was ju geschehen bat, ift natürlich noch nicht zu sagen — ich glaube aber, wir muffen mehr ju einem dem alten deutschen Reiche ähnlichen Verhältnis unter dem Vortritt Preugens jurudfehren mit einer Art Reichstag."1 Bestimmtere Bors schläge für die Reugestaltung Deutschlands wurden der Gefandtschaft erft in Stuttgart durch Ronig Wilhelm von Bürttemberg am 11. Marg gemacht. Dem sofort zu berufenden Varlamente gegenüber follte die Zentralgewalt durch Schaffung einer einheitlichen Spite gestärft werden; um dies ju ers möglichen, ertlärte fich ber Ronig jum Erstaunen Gagerne2 bereit, nicht nur die fattische hegemonie Preugens in bem neuen Bundesftaate angus ertennen, sondern sogar dem preußischen herrscher die deutsche Kaiserwürde erblich ju übertragen. Er fnupfte baran nur die eine Bedingung, daß auch Preußen jum tonflitutionellen Spftem übergeben muffe, indem es feinem Bolte dieselben Rechte und Freiheiten verleihe, welche die suddeutschen Stämme bereits befäßen. Gagern ging auf diefe Lofung bereitwilligft ein3; ob aber auch die übrigen beteiligten Sofe damit einverstanden fein wurden, war durchaus zweifelhaft.4 Db nach Berlin von diefer neuen Wendung der Dinge sofort eine nachricht gefandt wurde, läßt sich bisher nicht fests

<sup>&#</sup>x27; Paffor 457. Sollte Preußen nur jur herftellung biefes Reiches bie Initiative ergreifen ober in ihm eine leitende Stellung erhalten? Beides läßt fich aus den unbestimmten Borten berauslefen.

<sup>\*</sup> Sagern sprach später (Paftor S. 205) von einem "geheimen Judasgedanken" König Wilhelms. Bermutlich meinte er, daß Preußens Eingehen auf diesen Borschlag, wenn es trob der daran geknüpften Bedingung erfolgen sollte, den norddeutschen Staat mit Ofterreich tödlich verfeinden wurde. Seine Absicht wurde dann etwa gewesen sein, durch das Angebot die momentane hilfe Preußens zu erkaufen, in der hoffnung, daß die Zahlung des Kaufspreises später umgangen werden könne.

Dbrigens zweifelte ber Bergog von Maffau, ob Konig Friedrich Bilhelm auf die ges fellte Bedingung eingehen werde (an Gagern 12. Mary, f. Paftor 459).

<sup>\*</sup> Das widerwillige Berhalten des badifchen Teilnehmers der Gefandtschaft in den nächsten Tagen ift vielleicht auf diese in Stuttgart erfolgte Anderung des urfprünglichen Programms gurudzuführen.

stellen; die Berichte des preußischen Gesandten in Stuttgart vom II. März, die am 15. in Berlin eintrafen<sup>1</sup>, enthalten feine genaueren Angaben, sondern melden nur, daß man zunächst eine Berständigung mit Preußen erreichen und sich erst später, wenn es überhaupt geschähe, nach Wien wenden wolle. Am folgenden Tage konnte er hinzufügen, daß der König von Württemberg eingewilligt habe, einen Bertreter zu den Dresdener Konferenzen zu entzsenden. Bermutlich war der zur Unterstützung der Gagernschen Gesandtschaft an den übrigen hösen bestimmte Bevollmächtigte auch zur Teilnahme an dieser Bersammlung außersehen.<sup>2</sup> Auch ein Beglaubigungsschreiben des Nassauer Herzogs für Gagern an Friedrich Wilhelm IV., welches das von seinem Gesandten darzulegende Programm als letzten Rettungsanker für Deutschland pries, enthielt über dessen Inhalt nichts.<sup>3</sup>

Immerhin wird man in Berlin von dem Wunsche der südwestdeutschen Regierungen, mit Preußen engere Fühlung zu suchen, auf irgendeinem Wege wenigstens eine unbestimmte Kunde erhalten haben; wenn Canih am 16. März an Radowih schreibt, in Süddeutschland erkenne man, daß ein Sonderbund nur zur Anarchie führen könne, und beginne einzulenken<sup>4</sup>, so läßt dies versmuten, daß man mehr von jenen Bestrebungen wußte, als in den Berichten Thuns stand. Aber lag darin ein Grund, eine ganz neue Richtung einzusschlagen? Mußte nicht vielmehr das Einlenken dieser anfangs dem Kongreß ungünstig gesinnten Regierungen die Leiter der preußischen Politik in dem Glauben bestärken, daß sie auf dem rechten Wege seien, und daß die anderen endlich ansingen, dies zu begreisen? An sich konnten also die Rachrichten aus dem Südwesten kaum zu neuen Plänen Anlaß geben; aber ihr Eintressen in dem Augenblicke, wo man die Rachricht von der Wiener Revolution erhielt, gab ihnen allerdings eine weitergehende Bedeutung.

Man konnte in Berlin nicht zweifeln, daß die süddeutschen Regierungen die sofortige Berufung eines deutschen Parlamentes und den Übergang aller Einzelstaaten zum konstitutionellen Sostem für notwendig hielten und diese

<sup>1</sup> Machfahl 6, 385 u. 509.

<sup>2</sup> Nach der Annahme des württembergischen Programms gaben die übrigen süd, und westdeutschen Regierungen ihren früheren Widerspruch gegen den Kongreß für turze Zeit auf, da sie sich von Preußen nicht gleich anfangs trennen durften, wenn sie dessen Schutz für den Augenblick und seine Hegemonie für die Dauer wollten.

<sup>3</sup> S. d. Schreiben v. 13. Marz bei Pastor 462. Es ist bezeichnend, daß und in welcher Art sich der Herzog für seinen Anschluß an Preußen bei Österreich zu entschuldigen für nötig hielt; vgl. seine Briefe an Erzhz. Albrecht und Erzhzgn. Sophie von demselben Tage a. a. D. Der Kernpunkt ist, daß man von Österreich feine Anerkennung einer konstitutionellen Berzschung glaubte erwarten zu dürsen; sollte auch Preußen sich dessen weigern, so werde sich ein sädwestdeutscher Sonderbund unter Württembergs Hegemonie bilden.

<sup>4</sup> Radfahl 7, 200.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Bgl. Canip an Donhoff (zweiter Erlaß) 16. Marz, Rachfahl 7, 204f. Brandenburg, Untersuchungen.

Plane auch auf dem Kongreß befürworten würden. Man hatte bisher bes absichtigt, ihnen diese Idee porläufig auszureden und fie bezüglich der Bildung einer beutschen Boltsvertretung auf rubigere Zeiten zu vertröffen. Wenn nun aber Ofterreich, wie es den Unschein hatte, ebenfalls in den Strudel der Revolution geriffen wurde, und wenn die kaiferliche Regierung vielleicht unter dem Drude der eigenen Bevolferung fonstitutionelle Zugeständniffe machte, dann ließ fich nicht nur voraussehen, daß Preugen auf Diterreichs Silfe gur Bändigung der Revolution nicht mehr werde gablen fonnen, fondern man mußte auch befürchten, daß fich das fonstitutionelle Biterreich mit den fons stitutionellen Mittelstaaten zu gemeinsamer Aftion zusammenfinden werde; Dreußen mare dann ifoliert und in eine ichwer zu behauptende Berteidigungs; ftellung fast bem gangen übrigen Deutschland und der Stimmung weiter Boltstreife im eigenen Lande gegenüber gedrängt worden. Die ließ fich das verhindern? Man mußte jest den Suddeutschen und ihren Parlaments, wünschen etwas mehr Entgegenkommen zeigen, mindeftens die sofortige Bes ratung der Parlamentsidee zugestehen. Der Entschluß dazu entsprang alfo nicht ehrgeizigen Planen, sondern ergab sich aus der Lage, in die Preußen durch die schnellen Siege der Revolution in Süddeutschland und namentlich in Wien ges brangt worden war: langfam und gogernd genug ift er gefaßt worden, und der gange weitere Berlauf der Dinge geigt gur Genuge, daß der Ronig felbft und mans che feiner Ratgeber noch immer hofften, es werde gur Berwirklichung des Pars lamentsgedankens schließlich nicht kommen, oder man werde ihn bei der Bers wirklichung so verändern und abschwächen können, daß er ungefährlich bleibe.

Eine Feindseligkeit gegen Ofterreich lag also in diesem Entschlusse nicht; es bleibt noch die Frage übrig, ob wir die Verlegung des Kongresses nach Potsdam wirklich in diesem Sinne deuten mussen.

Rachfahl spricht davon, daß diese Berlegung den Kongreß in die preußische Machtsphäre habe bringen sollen. Machte es aber für die dort zu fassenden Beschlüsse wirklich soviel aus, ob er in Dresden oder in Potsdam tagte? Waren die dorthin entsandten Bertreter nicht in dem einen wie in dem andern Falle abhängig von den Instruktionen ihrer heimischen Austraggeber? Ja, wenn die Fürsten selbst alle in Potsdam erschienen wären! Aber daran dachte doch niemand. Biel mehr als von dem Ort der Beratungen mußte davon abhängen, ob Preußen der Revolution gegenüber aufrecht bleiben würde oder nicht, ob es mit einem bestimmten Programm hervortreten und dies mit

Bgl. den git. Erlaß von Canit an Donhoff v. 16. Mart, den Rach fahl 7, 205 unrichtig interpretiert. Richt, weil Preußen felbst an die Spite der liberalen Bestrebungen treten wollte und in dem liberal gewordenen Ofterreich einen gefährlichen Rivalen um die Boltsgunft fah, blidte Canit mit Beforgnis nach Bien, sondern weil er fürchtete, der verhaften liberalen Strömung schwerer Widerstand leiften zu konnen, wenn auch Ofterreich sich mit ihr verbinde.

Energie verfechten werde, ob endlich Offerreich auch als konstitutioneller Staat mit Deutschland eng werde vereint bleiben wollen oder nicht.

In Wien felbst faßte man die Verlegung nach Potsdam anfangs jedenfalls nicht als Feindseligkeit auf; man gedachte auch dorthin einen Bertreter gu fchicen.1 Den Gedankengang der preußischen Staatsmänner aber wird man fich etwa fo vorstellen dürfen, daß sie glaubten, nach der Riederlage der öfter: reichischen Regierung werde die gange Laft der Berteidigung der alten Orde nung, soweit diese überhaupt noch zu erhalten sei, auf Preugen fallen. Der Rönig wollte baber perfonlich mit den Bertretern der deutschen Staaten reden und ihren Verhandlungen beiwohnen; er glaubte, gerade weil durch das Eine treffen der Wiener Rachrichten die Erregung auch in seinen eigenen Staaten fortwährend stieg, diese nicht mehr verlassen zu tonnen; er wußte, daß eine Gefandtschaft der süddeutschen Sofe zu ihm unterwegs war; mußte es da nicht am einfachsten scheinen, auch die übrigen Vertreter in eine der preußischen Residenzen zu berufen? Schnelligkeit tat vor allen Dingen not; schneller schien ber Kongreß nicht versammelt werden zu können, als auf diese Art.2 Einen Augenblick überlegte man auch in Berlin, ob Sfterreich vielleicht diese Bers legung übelnehmen könne; man fam aber zu dem Ergebnis, auch die dortige Regierung werde einsehen, daß schnelles und einheitliches Sandeln nur fo ju erzielen sei, und daß Preußens Vorgeben auch schließlich Bfterreich zugute

<sup>1</sup> Noch am 21. März hielt man baran fest, wie der Bericht des sächsischen Sesandten in Wien bei Hassel 1555 Anm. 2 zeigt. Das össerreichische Jirkular vom 24. März (Roth u. Mer d S. 159) sagt ausdrücklich, Österreich habe der von Preußen angeregten Verlegung des Kongresses nach Potsdam zugestimmt, und sei nur durch das preußische Patent vom 21. März bewogen worden, seine Beteiligung zu versagen. H. Ernst II. von Coburg (Aus meinem zeben 1, 269) behauptet sogar, daß Graf Colloredo von Wien aus bereits den Auftrag ers halten habe, die Sitzungen in Frankfurt zu schließen und sich selbst nach Potsdam zu bez geben, "wohin der Bundestag temporär verlegt sei". Er beruft sich dabei auf eine (wohl allen Bundestagsgesandten mitgeteilte) Depesche, deren Wortlaut bisher nicht bekannt ges worden ist. Nachfahl 7, 210 zitiert nach unbestimmter Erinnerung einen von ihm eingesehes nen, dann aber aus seinen Erzerpten gestrichenen Bericht von Radowiz vom 20. März, wonach Österreich seine Beteiligung davon abhängig gemacht hätte, daß es nicht überstimmt werden dürse. Auch wenn das richtig ist, hat Österreich sich zu der Verlegung nach Potsdam nicht prinzipiell ablehnend verhalten.

Bgl. Canit an Nadowit 16. März (Nach fahl 7, 200). "Mehr als jemals ift es aber nuns mehr notwendig, die Initiative zu einer Reform zu ergreifen, damit nicht die Projette zu einem deutschen Parlamente, auf revolutionärem Wege vorgebracht, den Beratungen der Regierungen zuvoreilen." Ahnlich an Arnim 16. März a. a. D. Die Beisungen an Dönhoff und Bödelberg (a. a. D. 201 ff.) siehen dazu nicht im Widerspruch; sie betonen nur, daß jest niemand mehr werde sagen können, Preußen handle unter dem Einsuß österreichischer Reaktionsgelüste, und betonen sodann scharf die erhöhte Notwendigkeit für Preußen, sich bes gemeinsamen deutschen Wohles schnell und mit aller Kraft anzunehmen. Man könne dies jest nicht mehr als Selbsssschaft auslegen, da die äußerste Not dränge.

kommen werde. Die Verteidigung der Ordnung und Legitimität stand dem Könige selbst so viel höher als die Fragen politischer Sifersucht und Rivalität, daß er eine ähnliche Sesinnung auch bei anderen als selbstverständlich voraus, zusehen geneigt war. Er war überzeugt, daß alle Herrscher im Grunde dächten wie er und nur augenblicklich nicht die Kraft oder den Mut hätten, dies offen zu sagen; daß sie es ihm aber alle danken würden, wenn er sie von der Herrschaft ihrer Kammern und Hauptstädte befreie und es ihnen ermögliche, auf gute Art von ihren in der Rot gegebenen Zusagen wenigstens bis zu einem gewissen Grade wieder loszukommen.

In der Lat hat also, wie Friedrich Wilhelm damals selbst an den König von Sachsen schrieb<sup>1</sup>, die Nachricht von den Wiener Ereignissen die Verlegung des Kongresses nach Potsdam bewirft; aber diese Maßregel ging nicht aus dem Bestreben hervor, Österreich auszuschließen und zu brüskieren, sondern viels mehr aus dem Bedürfnis, möglichst schnell alle konservativen Kräfte Deutschstands um Preußen zu sammeln, da Österreich leider augenblicklich nicht in der Lage schien, wirtsame hilfe zu leisten. Daran aber hielt man in Berlin durchs aus fest, daß ein solches Vorgehen auch im Interesse Österreichs liege<sup>2</sup>, und fein Anzeichen spricht dafür, daß man bei dieser Gelegenheit den Kaiserstaat seines Einstusses in Deutschland dauernd habe berauben wollen.

Auch das preußische Manifest vom 18. März³, dessen Veröffentlichung dem Ausbruch des Straßenkampses in Berlin vorausging, braucht keineswegs in diesem Sinne gedeutet zu werden. Nachfahl meint freilich, es hänge mit der Verlegung des Kongresses nach Potsdam aufs engste zusammen; beide Maße regeln seien "die ersten offenen Schritte auf der Bahn zur Errichtung des Bundesstaates unter Führung und im Einklang mit den Interessen Preus hend"; eine "latente antiösterreichische Tendenz" liege ihnen zugrunde. Der Gedankengang des Patentes läßt sich kurz so zusammenfassen: Die Wiener Ereignisse haben die Durchführung der längst geplanten Vorschläge Preußens zu einer Regeneration Deutschlands wesentlich erleichtert, aber auch eine Beschleunigung notwendig gemacht. Der König will jetzt vor Deutschlands hoffentlich bald innig vereintem Volke diese Vorschläge öffentlich darlegen.

<sup>1 16.</sup> Mary haffel 1, 513.

<sup>2</sup> Auch Donhoff urteilte (18. Mars Rach fahl 7, 228), Ofterreich, das mahrscheinlich junächst teinen attiven Anteil an den deutschen Berhältniffen werde nehmen können, muffe selbst wunschen, daß Preußen jest die Führung ergreife. Allerdings war nach seiner Meinung der Rongreß jeht überfluffig.

<sup>&</sup>quot; Roth u. Merd 1, 145.

<sup>\*</sup> Madfahl 7, 209.

<sup>&#</sup>x27;In feinem alteren Buche G. 117 meint er fogar, es habe "als eine Art von Rriegs, erflarung gegen Ofterreich wirten" muffen, fei im wefentlichen ein Att der Aggreffion gegen Ofterreich, um diefes "aus der Bormachtstellung in Deutschland zu verdrangen".

Er verlangt Umwandlung Deutschlands aus einem Staatenbund in einen Bundesftaat; bies fann nur durch eine von den Regierungen im Berein mit dem Bolfe ju beschließende Beranderung der Bundesverfaffung ges ichehen. Bu biefem 3mede muß eine aus den Ständen aller deutschen gander gebildete provisorische Bundesteprasentation sofort berufen werden; damit beren Mitglieder ebenbürtig nebeneinander figen, ift eine fonstitutionelle Berfassung aller deutschen Staaten notwendig. Ferner verlangt Preußen eine Reorganisation der Wehrverfassung, über die einiges Nähere gesagt wird, ein deutsches Bundesgericht gur Entscheidung von Streitigkeiten ftaatsrechte lichen Ursprungs, allgemeines beutsches heimatsrecht und volle Freizugigkeit innerhalb Deutschlands, und einen allgemeinen deutschen Zollverein. Bünsche werden von dem, was man verlangt, scharf unterschieden: bie Unterordnung des gefamten deutschen heeres unter einen Bundesfeldheren, die baldige Schöpfung einer deutschen Flotte und Preffreiheit mit gleiche artigen Garantien gegen beren Digbrauch. Auch wunscht Preugen feine biss ber außerhalb des Bundes stehenden nordöstlichen Provinzen in diefen aufe genommen ju feben. Wird dies alles erreicht, fo wird der Friede in Deutsche land felbst bergestellt werden, und Deutschland wird dann fart genug fein, um Europa die Gemahr dauernden Friedens zu bieten. Da zur Durchführung diefes Programms auch Anderungen an der preußischen Berfassung nötig find, hat der König fich entschlossen, den Vereinigten Landtag ichon für den 2. April (anstatt des 27.) ju berufen.

Unschwer erkennt man in den geforderten Reformen für Deutschland das alte Programm von Radowis, auf Grund beffen er in Wien hatte verhandeln follen, wieder. Neu ift nur die Art der Durchführung; man will die Andes rungen der Bundesverfassung nicht mehr allein durch die Regierungen vor: nehmen laffen, fondern eine aus Deputierten ber einzelstaatlichen Stande bestehende Berfammlung dabei mitwirten laffen. Wir haben ja verfolgt, wie man in Berlin allmählich ju biefem Zugeständniffe gedrängt worden ift, und welche Motive bafür maggebend waren. Bon einer Beränderung des Stimmenverhältniffes am Bunde ober einer veranderten Organisation der Erefutivgewalt ift auch jest feine Rede; von der Stellung einer fünftigen Bolferepräsentation neben bem Bundestage wird gar nicht gesprochen, wenn man sich auch wohl gesagt haben wird, daß eine solche nicht mehr zu umgehen fein werde, wenn man bei der Umgestaltung der Berfassung Bertretern der Bevölkerung einmal mitzusprechen gestattet habe. Alle diese Vorschläge waren für Öfterreich nicht in höherem Grade bedenklich als die früher durch Radowig überfandten, deren Unnahme ja das alte Wiener Rabinett jugefagt hatte.

Unter diesen Umftanden wurde das Patent für die von Rachfahl gegebene Auslegung gar teinen Anhaltspunkt bieten, wenn nicht zwei Wendungen

darin vorkamen, die in eine andere Richtung zu weisen scheinen: die Ums wandlung Deutschlands aus einem Staatenbund in einen Bundesftaat und die Erklärung, daß für alle Einzelstaaten nunmehr fonstitutionelle Bers fassungen notwendig feien. In der Tat haben beide Ausdrude in den Bes ratungen, die der Beröffentlichung des Patentes vorausgingen, Bedenfen bervorgerufen. Die Urfunde mar verfaßt von Bodelschwinah, der ja schon feit langerer Zeit auf eine tonstitutionelle Verfassung für Preußen hinarbeitete. Sowohl der Minister v. Thile wie der König selbst nahmen an dieser Be; geichnung Anstoß, mahrend Canis das Wort "Bundesstaat" bemangelte. Schließlich aber genehmigte ber Konig bas gange Aftenftud in ber Raffung. die ihm Bodelschwingh gegeben hatte.1 Diese Entstehungsgeschichte bes Das tentes muß uns bereits mabnen, mit unferen Schluffen aus dem Wortlaut auf die Gesinnungen und Absichten des Rönigs felbst und feiner maßgebenden Rate recht vorsichtig ju fein; denn wir wiffen, daß Friedrich Wilhelm häufig in Momenten der Ungeduld oder des überdruffes an ermudenden Aus; einandersetungen Dinge und Schritte guthieß, die er eigentlich nicht billigte.

Aber davon gang abgeseben muffen wir und doch fragen, ob die Ausbrucke "Bundesstaat" und "tonstitutionelle Verfassung" in der damaligen Zeit einen so eindeutigen und allgemein anerkannten Sinn hatten, daß man aus ihnen weittragende Folgerungen giehen fann. Es ift wohl allgemein befannt, daß bies mit bem Borte "Bundesstaat" nicht ber Fall war. Bohl waren schon vor 1848 verschiedene Bersuche gemacht worden, diesen schwierigen Begriff, über deffen Berechtigung ja noch heute die Juriften freiten, genau ju bes stimmen; aber feiner von ihnen war burchgedrungen. Die Verhandlungen des Frankfurter Parlaments zeigen aufs deutlichste, wie verschieden die Uns schauungen darüber maren, mas ein Bundesstaat eigentlich sei, worin das unterscheidende Mertmal dem Staatenbunde gegenüber liege. Im allges meinen darf man wohl fagen, daß man nur darin einig war, eine engere Berbindung von Staaten, die einseitig nicht losbar war und möglichft viele ges meinsame Institutionen befaß, ale Bundesstaat, eine lofere Bereinigung aber als Staatenbund zu bezeichnen. Und nur in diesem allgemeinen Sinne wird man auch hier bas Wort interpretieren durfen, nicht in irgendeinem technisch genauen Berftande. Die Borte tonnen ichwerlich mehr bedeuten,

Bgl. über die Entstehungsgeschichte des Patentes Leop. v. Gerlach z, 133 u. Barns hagen 4, 298, dazu Rachfahl 113 Anm. Seine Einwendungen gegen die Glaubwürdigkeit dieser Angaben scheinen mir nicht begründet; die Angabe eines falschen Datums (17. anstatt 18. Marz) genügt nicht, um die Unrichtigkeit der sachlichen Angaben, die Gerlach von Canits erhalten hatte, zu beweisen; außerdem gibt Gerlach gar nicht ausdrücklich den 17. März als Tag der Beratung an, sondern sagt nur, der am 17. abends eingetroffene Oberpräsident v. Eichmann habe an der Besprechung teilgenommen.

als daß in Zukunft die Verbindung der deutschen Staaten untereinander eine engere werden solle, als sie bisher gewesen sei; worin diese Ausdehnung der Gemeinsamkeiten bestehen soll, wird dann ja später im einzelnen gesagt. Ein einheitliches Bundesoberhaupt oder auch nur eine straffer organisserte Zentralgewalt wird nicht gefordert, und man darf daher auch nicht annehmen, daß sie mit dem Worte "Bundesstaat" gemeint sei. Es ist daher willkürlich, dies Wort auf die Begründung eines engeren Bundes unter Preußen, dem Hsterreich nicht angehören solle, zu deuten.

Noch klarer ist es, daß die Bezeichnung "fonstitutionelle Verfassung" das mals keine allgemein feststehende Bedeutung hatte. Die einen nannten jeden Staat konstitutionell, in dem irgendeine Art von Volksvertretung neben der Regierung mit irgendwelchen Nechten bestand; andere verstanden darunter das übergewicht der Volksvertretung über die Regierung, oder die Eristenz einer schriftlichen Verfassungsurtunde, oder das Vorhandensein eines aus Urwahlen hervorgegangenen, nicht auf ständischen Unterschieden beruhenden Parlamentes. Hier soll offenbar nur gesagt werden, daß in Zutunft für alle deutschen Staaten irgendeine Art von Volksvertretung mit bestimmt garanstierten Rechten vorhanden sein müsse. Ob das Patent für Preußen nur die Verbriefung der Nechte des Landtages einschließlich der erst jüngst bewilligten Periodizität oder auch eine Erweiterung dieser Rechte und eine Anderung der Jusammensehung des Landtags für notwendig hielt, läßt sich aus diesen Worten gar nicht entnehmen.

Demnach kann man auch aus diesem Aktenstüd weber den Schluß ziehen, daß die preußische Regierung am 18. März zur Begründung eines engeren kleindeutschen Bundes entschlossen gewesen sei, noch daß sie für alle Einzelsstaaten, einschließlich Preußens, Konstitutionen im Sinne der Liberalen (mit aus Urwahlen hervorgegangenen, sich regelmäßig versammelnden Bolksvertretungen von bestimmendem Einfluß) für notwendig gehalten habe.

<sup>1</sup> So Rachfahl 7, 210. Auch Meinede ift geneigt, die Tragweite diefes Ausdruck ju überschähen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Bgl. oben S. 28 Anm. 1. — Der Versuch von han sen (Westbt. 3. 32, 16 f.), das, was der König mit "fonstitutioneller Verfassung" gemeint habe, durch Beziehung auf den tatsächzlichen Inhalt der älteren süddeutschen Verfassungen genauer zu bestimmen, steht und fällt mit der Voraussetzung, die seinem Sedankengange zugrunde liegt, daß die Absicht des Königs gewesen sei, durch diese Erklärung die süddeutschen Regierungen zu gewinnen, und daß er daher den ihnen geläusigen Begriss des Wortes "tonstitutionell" habe zugrunde legen müssen. Ich habe oben ausgeführt, aus welchen Gründen ich diese Voraussetzung nicht für richtig halten kann; daher erscheint mir auch der Schluß nicht zwingend. Auch gegen die Analyse des älteren süddeutschen Verfassungsrechtes bei hansen läßt sich mancherlet eins wenden. Ramentlich übersieht er (S. 21), daß auch in Süddeutschland troß der "konstitution nellen" Verfassungen Abelsvorrechte und Steuerprivilegien bestanden, ja sogar durch die Verfassungen selbst garantiert waren.

Das Patent ging über die in den letten Tagen bereits gemachten Zugeftand: niffe nicht binaus, sondern brachte fie nur gur öffentlichen Kenntnis. Es war fein Aft einer zielbewußt vorwärtsdringenden, das Bundnis'mit dem Libes ralismus oder den füddeutschen Regierungen gegen Offerreich erstrebenden Politik, fondern das lette in einer Reihe von abgedrungenen Zugeffandniffen an die immer mächtiger anschwellende nationale und liberale Bewegung: fie follte das außerste Dag deffen enthalten, was man in Dreußen noch alaubte nachgeben zu fonnen, ohne die beilige Sache der Legitimitat und der monarchischen Autorität der Revolution preiszugeben. Man war überzeugt, daß Offerreich nicht nur das gleiche ohne weiteres jugefteben werde, fondern man fürchtete fogar, daß die dortige Regierung in ihrer augenblicklichen Schwäche vielleicht noch weiter nachgeben werde; und gerade um Deutschland davor zu bewahren, wollte ja der König schnell und im Notfalle allein vor: geben. Bor der Bevolferung der eigenen Sauptstadt, deren Rampfluft und Rampfbereitschaft man entschieden unterschätte, hatte man feine ernftliche Beforanis, wohl aber vor der Ropflosigfeit und Schwäche Biterreichs und der füddeutschen Regierungen und dem dadurch ermöglichten rapiden Anschwellen ber revolutionaren Alut im außerpreußischen Deutschland und den etwaigen Rüdwirfungen auf die westlichen preußischen Provinzen. Man wollte nach wie por die deutschen Regierungen und die gemäßigten Elemente der Bes völterung um das preußische Programm jur gemeinsamen Befämpfung der Revolution sammeln.

Dieser Politik, die vor einigen Wochen mit Entschiedenheit ergriffen viels leicht Aussicht auf Erfolg gehabt hätte, wurde der Boden entzogen durch die Vorgänge des 18. und 19. März in Berlin. Indem das alte Preußen selbst vor der Revolution zusammenbrach, konnte es vor der Hand wenigstens den übrigen Regierungen keine Stütze mehr sein und der Volksbewegung keine Grenze mehr sehen, die sie nicht überschreiten dürfe. Der König mußte froh sein, wenn er nach der Katastrophe vom 19. März in Preußen selbst dem Königtum eine sichere Stellung innerhalb des neuen Staates schaffen konnte, der nun auch hier entstehen mußte.

<sup>1</sup> Ich würde daher nicht mit hansen a. a. D. 16 sagen: "Nur der . . . . Gesichtspunkt, daß Preußen Berfassungsstaat werden musse, um die drängende deutsche Bundesresorm in gesehlichen Bahnen voranzubringen, bestimmte den König" usw., sondern der Gesichtspunkt, daß dies das einzige Mittel sei, Preußen und Deutschland gegenüber der drängenden Boltsbewegung im wesentlichen auf den bisherigen monarchischen Grundlagen zu erhalten. Es herrschte daher auch nicht, wie hansen S. 29 f. meint, im Grunde zwischen ihm und den Deputationen der liberalen Rheinlander "weitgehende übereinstimmung"; die Motive waren grundverschieden. Beit richtiger charakteristert hansen etwas später (S. 64) seine Politik dahin, er habe verhindern wollen, "daß das deutsche Bolt mit den Kräften der nationalen Idee ihn und die anderen Fürsten überwältige".

## 3. Rapitel.

## Wom 19. März bis zum Zusammentritt des Frankfurter (Parlaments.

as wesentliche Ergebnis der Berliner Märzrevolution lag darin, daß ber König, in seinen innersten Gefühlen verlett und im Augenblide gang gerbrochen, sich gezwungen sah, die Macht mit Männern zu teilen, die von gang anderen Gefinnungen bewegt wurden wie er felbft.1 Sein Berhältnis jum Liberalismus blieb innerlich völlig unverändert; er hielt deffen Fordes rungen für unvereinbar mit der von Gott gewollten und historisch entstans benen Staatsordnung; er fah die Unterschiede zwischen ben Radifalen und Liberalen als unwesentlich an und war höchstens geneigt zuzugeben, daß unter den letteren eine erhebliche Angahl im Grunde gutgefinnter Manner seien, die in unfeliger Verblendung über die Konsequenzen ihres Tuns fich zeitweilig von dem Zauber der radifalen Schlagworte hatten beruden laffen. Seine neuen Minister aber waren Liberale aus überzeugung. Gewiß fanden fie auf dem rechten Flügel des Liberalismus; weder Camphausen noch Sanfes mann, oder gar Schwerin und Arnim wollten von der Boltssouveranität, dem allgemeinen gleichen Wahlrecht oder der bedingungslosen Unterordnung der Krone unter das Parlament etwas wissen. Aber sie verlangten unbedingt eine Verfassung, flare Abgrenzung der Rechte des Königs und der Volksvertretung unter möglichster Wahrung ber Gleichberechtigung beiber Inftangen.

Bisher waren in Preußen die Minister nur Vollstrecker der königlichen Befehle gewesen; es galt als selbstverständliche Pflicht für sie, auch persönliche abweichende Überzeugungen zu opfern, wenn der Monarch es verlangte; schon der Wunsch, wegen mangelnder innerer Übereinstimmung mit dem Herrscher das Amt niederzulegen, galt als ein Zeichen unerlaubter Eigenswilligkeit und mangelnder Königstreue. In diesen Borstellungen hatte Friedzich Wilhelm IV. bis zu seinem 54. Lebensjahre sich bewegt; jest plöslich anders zu denken, weil ein, wie er glaubte, von wenigen Böswilligen und

<sup>1</sup> Radowig trifft durchaus den Kern der Sache, wenn er am 23. März seiner Fran schreibt, ber König habe jest einen Weg betreten, der seinen politischen Überzeugungen ganz entgegen sei, und habe sich mit Männern umgeben, die dieser Gesinnung angehörten. Es sei ein uns geheures Opfer, das hoffentlich die Monarchie vor größerem Unglück retten werde (Hassel 1, 521).

Ausländern angezettelter Aufstand siegreich geblieben war, wurde ihm äußerst schwer, ja es war und blieb ihm im Grunde unmöglich.

Seine neuen Minister hingegen fühlten von vornherein eine doppelte Versantwortlichkeit für ihre Handlungen, gegenüber dem Könige auf der einen, der Volksvertretung auf der andern Seite. Sie hielten es zudem für ihr selbstverständliches Recht, nur solche Maßregeln auszuführen, die sie ihrem Gewissen und ihrer politischen Überzeugung nach billigen konnten, und zurückzutreten, sobald entweder der König oder die Mehrheit der Volkspertretung sie an dem verhindern wollten, was sie für nötig hielten, oder sie zu Taten treiben wollten, die ihnen als verkehrt erschienen.

Indem nun der König sich in der Wahl seiner Minister nicht mehr ganz frei sah, indem die Lage nach der Märzrevolution ihn zwang, auf die Stimmung der Bevölterung Rückscht zu nehmen, und indem er sie überhaupt nicht mehr als seine Diener und persönlichen Ratgeber im früheren Sinne betrachten konnte, fühlte er naturgemäß das Bedürsnis, außer ihnen in wichtigen Fragen auch andere Männer zu Rate zu ziehen, mit denen er sich in seiner gesamten Auffassung einig fühlte und zu denen er daher persönliches Vertrauen hatte. So entstand das ministere occulte, die Kamarilla, der Kreis von unverants wortlichen Ratgebern, der sich um die Brüder Gerlach scharte. Nach den Anschauungen der Liberalen war niemand befugt als die Minister, dem Herrscher politische Ratschläge zu erteilen. Der König aber sah es als seine unzulässige Beschräntung seiner persönlichen Freiheit, wenn man von ihm verlangte, politische Fragen nur mit den Ministern zu besprechen.

So traten auch in Preußen die schwierigsten Fragen des konstitutionellen Staatslebens sofort nach der Märzrevolution hervor. Für jeden Entschluß von politischer Tragweite, den früher der König allein zu fassen gehabt hatte, kamen jeht, wenn auch in verschiedenem Grade, vier Faktoren in Betracht: der König, sein Ministerium, die Mehrheit des Parlamentes und die Kamasrilla. Waren sie verschiedener Meinung, so mußte zunächst ein Kampfzwischen ihnen stattsinden, dessen Ausgang nicht von vornherein sicher war, mochte auch dem Könige die ererbte Autorität gegenüber den wechselnden Personen der übrigen Instanzen große Vorteile bieten. Namentlich in den Ansängen des konstitutionellen Lebens, als die neuen Einrichtungen noch im Werden waren und die Abgrenzung der Besugnisse erst praktisch gefunden werden mußte, waren die Reibungen ost besonders hart.

Schon turz vor der eigentlichen Katastrophe hatte der König auf das dringende Berlangen Bodelschwinghs die Berufung eines neuen Minissteriums beschlossen. Man wollte Männer in den Rat des Königs ziehen, die nicht von früher her als unbedingte Anhänger des Absolutismus und des

Altpreußentums befannt waren, aber man dachte damals noch nicht an die Berufung von Rührern der bisberigen liberalen Opposition; man wollte womöglich auch junächst innerhalb des hergebrachten Rreises bei der Auswahl der Perfonlichteiten bleiben; fast nur Männer aus dem Adel, oder folche, bie bereits in höheren Stellen dem Staate gedient hatten, wurden am 18. Märt, in Betracht gezogen.1 Anfangs follte Graf Alvensleben, bann nach deffen Ablehnung der fast ebenso tonservative Graf Arnim Bongens burg Ministerpräsident werden, der bisherige Parifer Gefandte Seinrich v. Arnim Miniffer bes Auswärtigen. Erft bie Borgange bes 19. Mark schwächten das Gelbstbewußtsein und die Willenstraft des Königs derart, daß er fich in den nächsten Tagen immer weiter drangen ließ und schließe lich den nach bisheriger preußischer Tradition unerhörten Schritt tat, mit zwei rheinischen Raufleuten, die im Bereinigten Landtag als Führer der Liberalen hervorgetreten waren, über ihren Gintritt in bas Ministerium gu verhandeln und zulett einem von ihnen fogar das Prafidium zu übertragen. Bevor es aber hierüber zu einer Einigung tam, bestand ein unflarer Zwischens juftand, und niemand wußte recht, wer eigentlich für die Suhrung der Ges schäfte verantwortlich sei. Wer gerade das Ohr des im Augenblicke völlig ratlofen Monarchen gewann, ber tonnte ihn zu folgenschweren Entschluffen hinreißen.

In diesen Tagen gelang es Heinrich v. Arnim, seine neue Stellung dazu zu benußen, um den König in diesenige Richtung zu drängen, die er schon vor dem 18. März als die allein richtige empsohlen hatte. Die schon früher ers wähnte Denkschrift Arnims vom 17. Märze enthält ein vollständiges Pros gramm seiner deutschen Politik; und da er, wie wir sehen werden, hieran auch nach dem Siege der Revolution in allen wesentlichen Punkten sestigehalten hat, so wird es notwendig sein, es etwas näher kennen zu lernen.

Urnim geht von dem Grundgedanken aus, daß dem Nationalitätsprinzip die Zukunft gehöre; wenn die Monarchen ihm nicht Nechnung tragen, so werden sie gestürzt werden, und Deutschland wird ebenso wie Frankreich eine republikanische Ordnung erhalten. Um dies zu vermeiden, muß der König "die billigen und begründeten Forderungen der Stände durch Entwicklung des ständischen Instituts bis zu den natürlichen Grenzen germanischer Freizheit in der Form der Monarchie" gewähren. Dies ist auch immer die Absicht Friedrich Wilhelms gewesen; nur hat er langsam vorgehen wollen, während die jehige Gesahr schnelles Handeln fordert und "das Ziel gleichsam im Fluge

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bgl. die genaue Darstellung der Genesis des Margministeriums bei hansen S. 32ff.

2 Bgl. oben S. 31. Die am 20. Marg gedrucke Denkschrift (Bengte, Flugschriften Rt. 93) scheint sich nur in zwei Exemplaren erhalten zu haben; ich benutte das der Berliner Kgl. Bibliotbek.

erftrebt" werden muß. Dies Ziel aber ift: "Die Einheit Deutschlands mit, durch und in Dreußen, oder mit anderen Worten, die Erweiterung und Er: bebung Preugens gu Deutschland". Diese Einheit ift aber nicht gu verwechseln mit frangofischer Zentralisation; sie muß eine "bobere und innere Einheit fein, die Einheit in der Berschiedenheit, die Einheit mit Freiheit". Bon Offerreich ift für die Erreichung dieses Zieles nichts zu hoffen; es wird nach der unzweifelhaft zu erwartenden Ablöfung feiner undeutschen Provingen nur die zweite Macht in Deutschland fein tonnen. Ebensowenig vom Bundese tag, weil ihm das Bertrauen der Nation fehlt.1 Go wird Preußen ohne fein Butun, fast wider feinen Willen, an die leitende Stelle gedrängt. Bogert es, fo fann ein fleinerer Staat vielleicht zeitweise die Führung in Süddeutschland ergreifen und badurch Spaltung und Unsicherheit hervorrufen, oder es tonnen fich die füddeutschen Staaten als Republifen tonstituieren und unter Frankreichs Schut fiellen. Daber muß der König unverzüglich handeln, und vor allen Dingen feinen Landtag noch für Anfang April einberufen. Der geplante Fürstentongreß muß aufgegeben werden, da seine Anfündigung nur die Befürchtung erregt hat, daß er reaftionaren 3meden bienen foll; auch hat Preugen nach dem Sturze der öfterreichischen Regierung, mit welcher der Rongreß vereinbart worden ift, feine Berpflichtung mehr, an ibm fefte guhalten. Die Stände werden, wenn der Ronig ihnen fein Biel beutlich ver: fündigt, und ihre Mitwirfung ju beffen Erreichung in Unspruch nimmt, zweifellos den weltgeschichtlichen Beruf Preußens ertennen und Regierung nicht die Sande ju binden suchen, sondern sie nach Kräften unterftugen. Sobald ber Konig die Stande mit einer entsprechenden Throns rede eröffnet hat, muß er ein Datent an das gefamte deutsche Bolt erlaffen, baß er für die Tage ber Gefahr beim Reblen jeder anderen bagu geeigneten Macht die Oberleitung übernehme und die Rürsten und Bolfer einlade, Bers treter nach Berlin ju ichiden, um ihn in der Erfüllung feiner Aufgabe gu unterftuben; am beften werde es fein, wenn die Fürsten perfonlich erschienen. Die in Berlin versammelten Bertreter Preugens und der übrigen Staaten werden gang Deutschland repräsentieren; denn "wenn Preugen fich ju Deutschs land erweitern foll, fo muß fein Landtag fich jum deutschen Parlament ers füllen und erheben". Die Deputationen ber übrigen Ständeversammlungen haben an ben Beratungen des Bereinigten Landtages teilzunehmen. Stimmt die Mehrheit biefer Deputationen den Befchluffen des Landtages bei, fo werden fie gefetliche Geltung für gang Deutschland haben; läßt fich auch bei nochmaligem Bericht ber Deputationen an ihre Auftraggeber feine Übereins

Urnims Refpett vor der offentlichen Meinung mar außerordentlich groß. Er fagt (G. 15): "Die politischen Dinge haben feinen anderen Wert, als den, welchen ihnen die offentliche Meinung gibt."

stimmung erzielen — was übrigens nur in unbedeutenderen Fragen zu erzwarten ist —, so gelten die betreffenden Beschlüsse des Bereinigten Landtages nur für Preußen. Erläßt der König eine solche Aufforderung, so wird sich niemand weigern können, ihr Folge zu leisten; "sie würden sich dadurch den größten äußeren und inneren Gesahren aussehen". Die Maßregeln, die auf diesem Bege sosort beschlossen werden müssen, sind: Aufstellung einer starten deutschen Kriegsmacht, öffentliche Erklärung der völligen Neutralität Deutschlands in allen außerdeutschen Fragen, namentlich auch in den Kämpzsen Österreichs gegen seine abgefallenen undeutschen Provinzen, endlich eine Wiederherstellung des Königreichs Polen unter der Bedingung seiner ewigen Neutralität; dies wird England und Frankreich beruhigen und zugleich für Deutschland eine Bormauer gegen Rußland schaffen.

Preußen follte sich an die Spite Deutschlands stellen und die augens blidliche Furcht der Regierungen vor der Boltsbewegung benuten, um fie jur Unterordnung willig zu machen. Dagegen follte für Preußen an dem Bers einigten gandtage festgehalten und fogar die neue Boltsvertretung für Deutschland aus ihm gebildet werden; ob diese junachst zur Abwendung der augenblicklichen Gefahr vorgeschlagene Magregel später zu einer dauernden Einrichtung werden follte, wird in der Dentschrift nicht flar gefagt; Arnim glaubte offenbar, daß fich dies später von felbst ergeben werde. Die Boraus: fetung des gangen Planes mar der Zerfall Ofterreichs und das Berbleiben der deutschen Gebiete des Raiserstaates in einer Preußen untergeordneten Stelle innerhalb des neuen Bundes. Die fünftige Stellung Preußens dachte sich Urnim durchaus als eine herrschende; der Gesamtwille Deutschlands follte wesentlich durch die staatlichen Organe Preußens bestimmt werden: auf diese Art follte sich Preußen zu Deutschland erweitern; nur fur unter: geordnete Fragen ichien ihm das Fortbestehen verschiedenartiger Einrich: tungen in Preußen und den übrigen Gingelftaaten guläffig. Es läßt fich nicht verkennen, daß in der ungenauen Bestimmung dieses Berhältniffes der größte Mangel des Urnimschen Planes lag.

Dem Könige mußte eine Politik, wie Arnim sie vertrat, höchst unsympathisch sein, da sie im letten Grunde darauf hinaus lief, dem Könige von Preußen mit hilse der Revolution eine Oberhoheit über die übrigen deutschen Fürsten gegen deren eigentliche Absicht zu verschaffen. Die nationalen Bes

<sup>1</sup> In einer Anmerkung (S. 19) fagt er, um die etwa auftauchenden kleinlichen Bedenken zu beschwichtigen, moge in dem Patent auch gesagt werden, daß ja nach Beseitigung der Gefahr, wenn Fürsten und Stände dies wünschten, der Gedanke eines nach Frankfurt zu berufenden deutschen Parlamentes in irgendeiner Form wieder aufgenommen werden könne. Sein eigenklicher Plan war dies jedenfalls nicht, wie der Text der Denkschift deutlich zeigt. Sollte die Anmerkung vielleicht nach dem 19. Wärz für den Oruck hinzugefügt sein?

dürfnisse erkannte auch Friedrich Wilhelm als berechtigt an; aber er glaubte sie auf dem Wege des Ausbaues der bestehenden Einrichtungen durch einsträchtiges und freiwilliges Zusammenarbeiten der legitimen Obrigkeiten befriedigen zu können; und niemals würde er das Nationalitätsprinzip mit derselben Schrossheit wie Arnim, der ja selbst vor der Wiederherstellung Polens nicht zurückscheute, als Grundlage einer richtigen preußischen Politik anerkannt haben. Wenn er sich trotzem in den Tagen nach dem 18. März zu Schritten hat drängen lassen, die in der Richtung der Arnimschen Pläne lagen, so zeigt dies nicht, daß er seine Gestinnung geändert hatte, sondern nur, wie gebrochen und ratlos er damals war.

Der erste und wichtigste dieser Schritte war der Umritt mit den deutschen Farben am 21. März. Seine Vorgeschichte ist zwar noch nicht in allen Einzels heiten aufgehellt, aber die wesentlichen Momente lassen sich doch erkennen.

Mitten in den Rämpfen und Aufregungen der entscheidenden Märztage war in Berlin die endgültige Nachricht eingetroffen, daß eine Angahl deutscher Fürsten bereit sei, dem preußischen Ronige die Oberleitung anzubieten. Der Bergog von Raffan hatte felbft in einem Schreiben' dem Ronige das bevor: stehende Eintreffen Mar v. Gagerns angefündigt; diefer felbst scheint von Stuttgart aus ber preußischen Regierung ben erfolgreichen Berlauf feiner Berhandlungen mit Baden und Bürttemberg und die Bereitwilligfeit des Königs von Bürttemberg jur Anerkennung einer erblichen preußischen Reichsvorstandschaft mitgeteilt zu haben.2 Nach langen Bemühungen batte Sagern auch in München ben anfänglichen Biderftand ber regierenden Rreife gegen seinen Plan besiegt — wenigstens schien es fo; am 17. März entschloß fich die banrische Regierung, der Gesandtschaft, die nun ihren Weg nach Dresden und Berlin fortsette, einen Bertrauten beiguordnen, und die Uber: tragung der Leitung an Preußen wenigstens für eine nicht unbedingt gurude juweisende Möglichkeit zu erklaren.3 Um 20. Marg tamen die Gefandten in Dresten an; ihr Erscheinen in Berlin mit einem Angebot aller größeren fude und mittelbeutschen Staaten war alfo jeden Lag zu erwarten. Ebenso war es Urnim befannt, daß die einzige, aber auch unerläßliche Bedingung, die man an Preußen ju ftellen gedente, in einer offenen Erflarung des Ronigs bes fiehe, daß er bereit fei, tonstitutionelle Zugestandniffe gu machen und die angetragene Leitung ju übernehmen. Dies alles entsprach im wefentlichen ber Richtung, die Urnim in den letten Tagen befürwortet hatte, und man verfieht leicht, daß er es für dringend notwendig hielt, eine folche Rundgebung

<sup>1 13.</sup> Mary Paftor 462.

<sup>3</sup> Paftot 229.

Bgl. Die Aufzeichnung ber Gefandten vom 17. Mary bei Paftor 472 und die übrigen bort mitgeteilten Attenflude.

schon vor dem Eintreffen der Gesandtschaft zu veranstalten. Daneben mochte er vielleicht glauben, die gesunkene Popularität des Königs dadurch wieder heben zu können, daß er ihn als Vorkämpfer der deutschen Sache auftreten ließ.

Nicht minder begreiflich ist es, daß der König von dem Verlangen seines Ministers wenig angenehm berührt war. Es wird und von glaubwürdiger Seite berichtet, daß er aus dem Kabinett hinausgestürzt sei, und die im Vorzimmer besindlichen Männer, die ihm näher standen, den früheren Minister v. Thile und den Grafen Stolberg gefragt habe, was er tun solle; da diese ihm aber erwiderten, ein konstitutioneller König dürfe nur von seinen Ministern Rat annehmen, so habe er nachgegeben.

Sobald die Zustimmung bes herrschers erfolgt mar, ließ Arnim ben bevorstehenden Umzug in einem Platate "Un die deutsche Nation" der Berliner Bevölkerung ankundigen. Preugens Friedrich Wilhelm IV., fo bieg es darin, habe sich zur Nettung Deutschlands an die Spipe des Gesamtvaterlandes gestellt; er werde noch heute, mit den altehrwürdigen Farben deutscher Nation geschmudt, unter dem Volt erscheinen. Der Schluffat aber lautete: "beil und Segen dem fonstitutionellen Fürsten, dem Führer des gesamten deutschen Boltes, dem neuen Könige der freien, wiedergeborenen deutschen Nation!" Das Platat trug feine Unterschrift, war aber mit der Firma der Dederschen hofbuchdruckerei verseben3, welche die amtlichen Drucksachen berftellte; man fann wohl nicht zweifeln, daß es von dem Minister v. Arnim herrührte. Daß dem Könige sein Wortlaut nicht vorher bekannt gewesen ift, und daß er namentlich den letten Sat entschieden migbilligte, zeigt sein Berhalten während des Umrittes selbst. Denn so verschieden auch in den Einzelheiten der Wortlaut der Ansprachen angegeben wird, die er während des Zuges gehalten hat, darin stimmen sie alle überein, daß er wiederholt und bestimmt erklärt habe, er wolle feines anderen deutschen Fürsten Rechte tranten, wolle nichts usurpieren, was ihm nicht zukomme und strebe nach keiner Krone und herrschaft. Es lag darin ein deutlicher Protest gegen die letten Worte des Platates und im Grunde gegen die gange Politit, in deren Dienst ihn Urnim stellen wollte.

<sup>1</sup> Rach M. v. Sagerns Diktat für Pastor hat Arnim ihm in der ersten Unterredung selbst gesagt, daß er auf Grund der Nachrichten über den Erfolg der Gesandtschaft den Umritt veranlaßt habe (Pastor 229). Daß er am 20. März seine Denkschrift v. 17. März drucken ließ, wenn auch nur als Mausstript und wohl in wenigen Cremplaren, deutet in dieselbe Richtung; er wollte allen, auf deren Entschlüsse es jest ankam, über sein Programm keinen Zweifel lassen.

<sup>2</sup> Ernft Ludw. v. Gerlach 1, 513.

<sup>3</sup> A. Wolf, Berliner Nevolutionschronit 1, 293.

Etwas vorsichtiger, aber doch in demselben Sinne mar eine amtliche Droe flamation abgefaßt, die des Königs und der Minister Unterschrift trug, und am Nachmittag bes 21. März veröffentlicht wurde. In ihr' wurde ausdruck lich gefagt, daß der Konig nur fur die Tage der Gefahr jum Schut gegen innere und außere Feinde die Leitung Deutschlands übernehme. Aber eine innige Bereinigung der deutschen Fürsten und Bolfer unter einer Leitung wurde auch hier für die Zukunft als notwendig hingestellt, und als der ges eignetste Weg zur Rettung und Beruhigung Deutschlands der Zusammentritt der einzelstaatlichen Stande mit Organen des preußischen Landtages zu einer gemeinschaftlichen Bersammlung bezeichnet. Die so zeitweilig gebildete deutsche Ständeversammlung folle dann weitere Magregeln gur Begründung eines "einigen, nicht einformigen" deutschen Staatswesens, einer "Einheit in ber Bericbiedenheit, einer Einheit mit Freiheit" beraten, fofort aber ein all gemeines, voltstümliches Bundesheer geschaffen und zugleich eine bewaffnete Reutralitäterflärung erlaffen werden. Für alle Staaten fei dabei die Eine führung tonstitutioneller Verfassungen mit Verantwortlichkeit der Minister, Boltstümlichteit der Rechtspflege, Rechtsgleichheit aller religiöfen Betennt: niffe und eine freisinnige Verwaltung felbftverftandliche Voraussetzung.

Abgesehen von den letten Säten, die als Zugeständnisse an die siegreiche Revolution aufzusassen sind, erkennen wir, zum Teil dis auf die einzelnen Redewendungen, das Programm Heinrichs v. Arnim in dieser Proklamation wieder. Sie ist zweisellos von ihm versaßt. Nur einen Punkt seines früheren Planes vermissen wir: Die Wiederherstellung Polens; dagegen wird, wie die gleich zu besprechenden Vorgänge der nächsten Tage deutlich zeigen, der König entschiedenen Einspruch erhoben haben. Die bewassnete Neutralitätserklärung hat Arnim aber hineingebracht; von ihr versprach er sich offenbar nicht nur für die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten, sondern vor allen Dingen auch für die Klärung des Verhältnisses zu Österreich eine ganz besondere Wirkung. Auch der auffallendste und Aussehen erregendste Saß der ganzen Proklamation: "Preußen geht fortan in Deutschland auf" war doch nur eine andere übrigens keineswegs von Arnim selbst erfundenes Formulierung

<sup>1</sup> S. Roth u. Merd 1, 152, Wolf, Revolutionschr. 1, 298 und fonst oft.

<sup>\*</sup> Bgl. hierzu noch die in Beilage 2 abgedrucke Denkschift vom 28. April 1848, deren Autorschaft ich Arnim glaube zuschreiben zu durfen. Dier heißt es, die Neutralitätserklärung werde Ofterreich zu einer Entscheidung darüber zwingen, ob es sich ihr anschließen, d. h. die gewaltsame Wiederunterwerfung seiner außerdeutschen Gebiete aufgeben und dann der zweite deutsche Staat werden, oder sich ihr widersehn und damit aus der deutschen Gemein, schaft ausscheiden wolle. Sonst werde diese Entscheidung erft durch die Aufrollung der Obers hauptsfrage herbeigeführt werden; es sei aber viel günstiger, es durch die Neutralitätsfrage zu bewirken.

<sup>3</sup> S. Meinede, Beltburgertum' G. 349f.

feiner früheren Gedanken. Ein Bergicht auf die fernere Selbständigkeit und Eigenart Preußens sollte damit nur insoweit ausgesprochen werden, als auch Die übrigen Staaten bas gleiche Opfer bringen und fich mit Preußen unter ber Führung von deffen Konig und Standen ju einem neuen größeren Reiche verschmelten murben. Es bedeutete, wie die Gegner dieser Plane sofort gang richtig erkannten, tatfächlich nichts anderes wie das Aufgeben der fleineren Staaten in Preugen1; benn es follten ja sowohl Preugen wie die fleineren Staaten Deutschlands als Gebilde von politischer Bedeutung verschwinden und einem einheitlichen deutschen Gesamtstaate Plat machen, innerhalb beffen fie nur als mit weitgehender Autonomie ausgestattete Berwaltungseinheiten hätten weiterbestehen können. Dies alles lag nun zwar in den Wünschen heinrichs v. Arnim, aber nicht in den Absichten des Ronigs. Benn es über: haupt zweifelhaft fein tonnte, daß Friedrich Wilhelm eine folche Politif inner: lich nie gebilligt hat, fo wurde doch die Erläuterung, die er wenige Tage fpater den füddeutschen Gefandten und seinem neuen Ministerprafidenten über den Sinn ber Proflamation gegeben bat, jeden derartigen Zweifel beseitigen muffen. Denn er fpricht bier mit besonderer Betonung den Willen aus, Preußen in seiner historischen Eigenart zu erhalten und bezeichnet es lediglich als feine Absicht, die Rrafte Preugens dem größeren deutschen Baterlande für die Zeit der Gefahr jur Berfügung ju ftellen.2

Dem Könige ist also die Zustimmung zu der Proklamation des 21. März von seinen Ministern gegen seine eigentliche Überzeugung abgerungen worden. Auch die gleichzeitig erlassenen Kundgebungen, welche die Anlegung der deutschen Kokarde für die preußischen Truppen und die künstige Vereidigung des preußischen Heeres auf die deutsche Reichsverfassung zum Gegenstande hatten, werden auf das Drängen der Minister und namentlich Arnims zurückzuführen sein, während der König in seiner gänzlichen Gebrochenheit und Hilflosisseit sich die Zustimmung zu diesen Maßregeln widerstrebend entzreißen ließ.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> S. d. Brief Kg. Friedr. Augusts von Sachfen an Friedr. Wihelm IV. v. 24. Marg bei Saffel 1, 524.

Aber seine Außerungen zu den Gesandten f. Näheres unten S. 67. Brief an Camp, hausen v. 28. März Brandenburg, Briefw. Friedr. Bilhelms IV. m. Camphausen S. 20 f.

<sup>3</sup> Auch Rachfahl, Deutschland usw. S. 288f. verschließt sich nicht ber Erkenntnis, daß ber König nach dem 19. März start deprimiert und fremden Einstüssen besonders zugänglich war; aber er hält trogdem daran fest, daß eine erhebliche Anderung seiner Politik nicht stattgefunden habe. Höchstens, daß er in dieser Depression auf die populäre Bewegung größere hoffnung gesett und sich von ihr weiter habe führen lassen, als den preußischen Interessen entsprochen habe. Später (hist. Btisch. 7, 223 Anm.) erläutert Rachfahl dies noch dahin, der König habe gehofft, die anschwellende populäre Bewegung werde die Fürsten von neuem zwingen, bei ihm hilfe zu suchen, und so die Seschäfte Preußens besorgen. Aber nichts berechtigt uns

Noch am Nachmittage des 21. März traf Mar v. Gagern aus Dresben in Berlin ein. Er begab fich fofort ju Arnim und gewann aus zwei Unter: redungen mit ihm den Eindrud, daß die preußische Regierung mit den Abs fichten der Gefandtichaft volltommen einverstanden fei. Gagern war über jeugt, daß man ein berartiges Entgegentommen in Berlin nicht gefunden haben wurde, wenn am 19. Mary die Truppen siegreich geblieben waren. Er glaubte, daß die Eriffeng des altpreußischen Staates mit den Märztagen abs gefchloffen fei, und daß in dem neuen Deutschland die acht preußischen Dros vingen mit etwa benselben Rechten wie die übrigen Einzelstaaten ausgestattet werden, daß namentlich ihre Provinzialftande die gleichen Befugniffe wie die einzelstaatlichen Landtage erhalten mußten. Der Unterschied zwischen ihnen und den übrigen Einzelstaaten würde dann nur noch darin bestanden haben, daß diese einen besonderen Berwaltungschef mit den außeren Attributen eines fouveranen Kürsten an der Spite behalten, jene aber unmittelbar unter dem Reichsoberhaupt geffanden hatten. Er hat mit diefen Gedanten auch Urnim gegenüber nicht zurückgehalten; wir wissen nicht, ob Urnim ihnen zugestimmt hat, oder ob er gar ichon vor der Abfassung der Proflamation vom 21. Märg von ihnen unterrichtet gewesen ift. Wenn Preugen in Deutschland aufgeben follte, so ließ fich ja gegen eine Gestaltung der Dinge, wie Gagern fie im Auge hatte, swar noch manches einwenden, aber im Prinzip konnte er sie annehmen.

ju der Annahme, daß der König selbst in diesen Tagen auf eine Bewegung, die er innerlichst verabscheute, politische hoffnungen gesetzt habe. Seine Minister taten es und rissen ihn zu Schritten fort, die er nacher stets tief bedauert hat. Auch hansen a. a. d. 33 f. beachtet dies zu wenig, so daß auch bei ihm die dem Könige abgedrungenen Julassungen als aus seinem Willen und bestimmten Aberlegungen hervorgegangene Utte erscheinen. Auch hier urteilt Radowip volltommen richtig, wenn er schreibt (an seine Frau 24. März, hassel 1, 522), er ertenne in der Proslamation den ersten Utt der Arnimschen Regierung; "tugleich gibt mir dieser hergang den Maßstab für den gegenwärtigen Justand des Königs, mit dessen innerster Aberzeugung und disherigem Leben dieses rasende Unternehmen in volltommenstem Widerspruch steht". — Später hat der König diesen 21. März den unglädlichsten Tag seines Lebens genannt (Gerlach 1, 289). Er empfand diesen Umritt, der ihn öffentlich zum Verzbündeten der Revolution stempelte, also schwerer als die persönliche Demütigung des 19. März.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Reinedes (Weltbürgertum<sup>2</sup> 351) Formulierung, daß nach Arnims Meinung die nots wendige Berschmelzung Preußens mit Deutschland vom preußischen, nach der Meinung der Süddeutschen vom deutschen Zentrum ausgehen sollte, scheint mir nicht den Kern der Sache zu treffen. Denn der Einfluß des preußischen Landtages wäre vielleicht gründlicher beseitigt worden, wenn man ihn durch hinzutritt der übrigen deutschen Abgeordneten zum deutschen Parlament erweitert hätte, als wenn man neben und über ihn ein neues deutsches Parlament setzeitert hätte, als wenn man neben und über ihn ein neues deutsches Parlament setze. Als der wesentliche Unterschied zwischen Arnim und Gagern erscheint mir vielz mehr, daß nach ersterem auch die übrigen Staaten genau so viel zugunsten Deutschlands opfern sollten wie Preußen, nach Gagerns Meinung aber Preußen dasür, daß sein König an die Spitze des Reiches gelange, mehr opfern sollte als die übrigen, nämlich seine staatliche Einheit überhaupt, auch für diesenigen Gebiete, die den übrigen Einzelstaaten überlassen blieben.

Mit befonderer Freude vernahm Arnim, daß auch die Gesandten Darmstadts, Badens, Württembergs und Baperns bereits in Dresden seien; er forderte Gagern auf, sie möglichst schnell nach Berlin zu holen, damit man bindende Berabredungen mit ihnen treffen könne.

Sagern reiste am 22. März nach Dresden zurück und bewog wenigstens den darmstädtischen und den württembergischen Bertreter, ihn sofort nach Berlin zu begleiten. Um folgenden Tage hatten die drei Gesandten eine Audienz bei dem Könige selbst, über welche jest die Berichte von zwei Teilenehmern vorliegen.<sup>2</sup>

Die Gesandten fanden den König außerordentlich abgespannt und fast ratiod; er sagte, er wolle alles tun, was man von ihm verlange und bitte nur um einen guten Rat. Ausdrücklich erklärte er auch ihnen gegenüber, daß er mit seiner Proklamation niemals die Absicht habe ausdrücken wollen, das Recht irgendeines deutschen Fürsten zu kränken. "Ich strebe nach keiner Krone, der goldene Reif soll nie meine Stirne schmücken; wird, soll diese Krone, Deutschlands Krone, erstehen, so muß sie Osterreichs Herrscher zieren, und mit Freuden will ich das silberne Waschbecken dem Kaiser bei seiner Krönung halten." Auch hier legte er Wert darauf, festzustellen, daß nach seiner Ansicht die deutschen Farben nicht die ruhmvollen Farben Preußens verdrängen, sons dern nur von allen deutschen Einzelstaaten neben den eigenen Farben als Zeichen ihrer Zugehörigkeit zu einem größeren Ganzen angenommen werden sollten.

Die Gefandten fühlten sich von dieser Auslegung, in der sie einen Rückug, ein Zeichen der Mutlosigkeit erblicken zu müssen glaubten, wenig befriedigt. Hingegen verlangten sie ihrerseits nähere Erläuterungen über einen anderen Sah der Proflamation, der ihnen recht bedenklich erschien. Sie sahen in dem Vorschlage, daß die Landtage der Einzelstaaten zu dem Vereinigten Landtage Preußens hinzugezogen werden und mit diesem zusammen die für eine größere Einigung Deutschlands nötigen Maßregeln beraten sollten, einen Versuch, dem preußischen Staate eine herrschende Stellung in dem neuen Deutschland zu geben; der Schwerpunkt für die provisorische, und damit auch für die definitive Gestaltung Deutschlands wäre nach Berlin verlegt worden. Der darmstädtische Gesandte erklärte unter Zustimmung der übrigen, daß sich nach seiner Meinung seine Regierung nicht zu einer derartigen Beschickung des preußischen Reichstages verstehen würde. Der König zeigte sich darauf

<sup>1</sup> Bgl. die beiden Briefe von Mar v. Gagern an heinr. v. Gagern v. 22. Mart, Paftor 226 u. 230, ein späteres Dittat M. v. Gagerns a. a. D. 229, h. v. Arnim an Gagern 21. Mart a. a. D. 474.

<sup>2</sup> Des Darmftädtischen Bertreters Grafen Lehrbach und Mar v. Gagerns bei Paftor 231 u. 233.

sofort bereit, diesen Gedanken fallen zu lassen; es ist ihm gewiß nicht schwer geworden, da das Ganze nicht sein, sondern Arnims Plan war.

Auch die auswärtige Politik wurde in dieser Andienz berührt, und zwar von Max v. Gagern selbst. Dieser ergriff nämlich die Gelegenheit, um dem Könige zu sagen, daß nach seiner Meinung nur ein großer Krieg gegen Ruße land der neuen Regierung allgemeine Popularität geben und Deutschland vor der Auflösung bewahren könne. Der König war anfangs ganz erstaunt; als aber Gagern auf seiner Idee beharrte, rief er aus: "Nie und nimmermehr, bei Gott, werde ich den Degen gegen Rußland ziehen!"

hier jum erstenmale feit dem 19. Mary wagte es der Ronig, feine eigene perfonliche überzeugung dem Andrangen der entgegengefetten Bunfche und Tendengen flar und icharf entgegenzustellen. Denn hier wurden ebenfo febr feine politischen Pringipien berührt, die ibn ja ftete auf ein Zusammengeben mit den konfervativen Mächten Rugland und Ofterreich hingewiefen hatten, wie seine perfonlichen und verwandtschaftlichen Gefühle. Bei dem großen Respett, den er ftete vor feinem Schwager, dem Zaren, begte, und bei der traditionellen Freundschaft, welche feit der Zeit der Befreiungsfriege die Sofe von Berlin und Petersburg verband, mußte er es geradezu als eine perfonliche Beleidigung auffassen, daß man ihm einen Rrieg gegen Rugland jumutete, noch dazu ohne irgendeinen stichhaltigen Grund. Der tiefe grundfägliche Gegenfat, in dem er fich ju dem gangen Gedankenkreife Gagerns und feiner Gefinnungsgenoffen befand, und den die Minister fich ju überbrucken bes mühten, wurde bligartig erhellt durch diefes Zwiegespräch. Für den Konig war der weit gefährlichere Feind Frankreich und das Prinzip der Revolution, für Gagern aber Rugland und das Pringip des Absolutismus. Wenn irgend etwas, fo mußte gerade biefe Zumutung in bem Ronige die Überzeugung bervorrufen, daß er fich den Bundesgenoffen, die fich ihm anboten, nicht ans vertrauen durfe, ohne ju einem Opfer aller feiner Überzeugungen und ber Intereffen feines Landes, wie er fie auffaßte, gezwungen zu werden. Wir sehen hier deutlich, wie es um den Ronig stand. Er gab nach, soweit es sich um Dinge handelte, die fpater anders gedeutet oder rudgangig gemacht werden konnten; aber er wehrte fich auch jest verzweifelt, wenn man uns widerrufliche Tatsachen schaffen wollte, die ihn auch in Zufunft gehindert batten, die Bahn ju verlaffen, in die er jest gedrangt murde. Er wollte fich weder als deutschen Ronig bezeichnen noch in einen Rrieg gegen Rugland brangen laffen. Seine Ratgeber mußten fpuren, bag er den Rampf auf jede

Er hatte dies schon am 22. fruh Urnim gegenüber ausgesprochen (Paftor 229f.). Ob Urnim biefen Rat, wie Pastor meint, gut aufgenommen habe, geht aus den Quellen nicht bervor. Seine eigenen Außerungen aus dieser Zeit laffen nicht darauf schließen, daß er einen Arieg gegen Rufland wirklich gewünscht habe. Bgl. auch Beilage Rr. 2.

Gefahr gegen sie und ihre Anhänger vorziehen werde, wenn sie auf solchen Forderungen beständen.

hatte fo die Audiens einen für beide Teile wenig befriedigenden Verlauf genommen, fo führten auch die Verhandlungen der Gefandten mit Arnim über die weitere geschäftliche Behandlung der süddeutschen Borschläge am 23. März zu feinem wirklich greifbaren Ergebnis. Außer den drei schon erwähnten Gefandten nahmen auch noch die Vertreter Badens und Sachsens an diesen Besprechungen teil, jedoch mit der Erklärung, daß sie ohne Bollmacht ju irgendwelchen endgültigen Abmachungen seien. Das Ergebnis wurde in einem Prototoll gufammengefaßt. Man formulierte1 darin feche Fragen, beren Beantwortung vor dem Zusammentritt eines deutschen Parlamentes er: forderlich fei. Sie betrafen die Notwendigkeit eines Oberhauptes, eines Obers hauses aus ben Bundesgliedern oder ihren Delegierten, die Zusammensebung des Unterhauses, die Abgrenzung der Rompetenz der Bundesgewalt gegenüber den Regierungen der Einzelstaaten2; endlich wurde die Frage aufgeworfen, ob die lette Entscheidung über die dem Parlamente vorzuschlagenden Reformen bem Bundestage unter Zugiehung von Vertrauensmännern im Sinne bes früher sufpendierten Bundesbeschluffes gufteben folle, vorbehaltlich der Geneh: migung durch die gesetzgebenden Faktoren der Einzelstaaten. In dem Runds schreiben, durch welches Preugen den übrigen deutschen Staaten von diefen Beratungen Nachricht gab3, lefen wir, daß die Bevollmächtigten von Burts temberg, heffen und Raffau sich vollkommen zustimmend auf diese Fragen geaußert hatten. Diefer Ausbrud ift ziemlich unflar; offenbar behielten fich auch diese Gesandten eine bindende Erflärung bis ju dem Zeitpunkte vor, wo der Berfaffungsentwurf vom Bundestage und den Bertrauensmannern redigiert fein werde.4 Im gangen bemertt man, daß die Bereitwilligfeit, ben preußischen König durch Opfer ju gewinnen, bedeutend geringer geworden war; fehr begreiflich, denn es war fehr fraglich, ob er nach den Vorgangen vom 19. Mary ben erhofften Schutz gegen weitergehende Forderungen ber Revolution noch werde gewähren tonnen.

<sup>1</sup> Rach Paffor 237 ruhrte die Formulierung von Gagern her. haffel (1, 523) fagt (ob nach den Berichten des fächfischen Bertreters?), daß Arnim die Grundzüge vorgelegt habe.

<sup>2</sup> In dem Sinne, daß heerwesen, Gesetzebung über heimatwesen, Staatsbürgerrecht, Ges richtsverfahren, Strafrecht und handelsrecht, Entscheidung von Streitigfeiten der Bundess glieder untereinander oder mit ihren Ständen, Wirtschafts und Zollpolitif, endlich Berstretung der gemeinsamen Interessen gegenüber dem Auslande Sache des Bundes sein solle.

<sup>3</sup> Bom 25. März, Roth u. Merd 1, 171f.

<sup>4</sup> Ausdrücklich fagt haffel 1, 524, daß ein folder Borbehalt gemacht worden fet, gibt aber feine Quelle nicht an. Sachsen hat nachträglich seine Zustimmung erklärt (f. d. preuß. Note an Sachsen v. 14. Mai bei Roth u. Merck 1, 452).

Bas Dreußen selbst betrifft, so erklärte sich dieses unter Berufung auf die Patente vom 18. und 21. März bereit, auf die Bildung eines Bundesstaates mit einem Oberhaupte an der Spike einzugehen; es willigte in eine gemeins fame Behrverfaffung unter Aufftellung eines Bundesfeldheren, ein Bundes gericht, gemeinsames heimatsrecht, wirtschaftliche Einheit, gleiches Sandels recht und schlug noch ein gemeinsames Prefigeset vor, damit "dem Migbrauche der Preffreiheit in gang Deutschland durch gleiche Garantien gewehrt werde". Aber die Zusammensehung des Ober, und Unterhauses, die Gemeinsamkeit des Gerichtsverfahrens und Strafrechtes, über die Einrichtung einer gemeins famen Bertretung im Auslande außerte es fich nicht. Als den gegebenen Beg jur Verwirklichung der Reformen bezeichnete Vreußen eine .. im Vereine der Regierungen mit dem Bolfe auszuführende Reorganisation der Bundes, verfassung, welcher eine unverzüglich zu berufende vorläufige Bundes, Repräsentation aus den Ständen aller deutschen gander vorausgeben muß". Der den Ständen vorzulegende Entwurf follte von der Bundesversammlung unter Zugiehung von Vertrauensmännern festgestellt werden. 1 Auch Preußen hatte sich also keineswegs unzweideutig über alle in Betracht kommenden Puntte geäußert. Namentlich war die entscheidende Frage, wer denn das Dberhaupt des neuen Bundes fein folle, in Berlin offenbar gang in den hintergrund geschoben worden; ber Konig ließ auch in dem Rundschreiben vom 25. Märg nochmals versichern, daß er feine Usurvation beabsichtige, daß er alfo aus der vorläufigen Abernahme der Leitung in der Zeit der Gefahr teine Unsprüche auf den dauernden Besit der Oberhauptswürde ableiten wolle.

Ich lasse es dahingestellt, was geschehen sein würde, wenn der König ein anderer Mann gewesen wäre, wie er wirklich war, wenn er also energisch zus

Der Gebante, ben auf Befehl ber Grogmachte suspendierten Bundestagebeschluß vom 10. Marg über die Bugiebung von 17 Bertrauensmannern wieder aufleben gu laffen, mar ben preußischen Miniftern wohl durch die Berichte Donhoffe (f. Rachfahl 7, 230f.) nahegelegt worden. Bielleicht mußte man auch icon, bag Bapern am 22. Marg einen entsprechenden Antrag in Frantfurt gestellt hatte. - 3ch tann Rachfahl (7, 233 f.) nicht justimmen, wenn er meint, in diefen Beratungen bes 23. Mary fei ber Gedante aufgegeben worden, dem Parlament mit einem von den Regierungen vereinbarten festen Reformprogramm gegens übergutreten. Diefen Gebanten bat man ja bis jum Bufammentritt bes Parlaments forts mabrend, wenn auch vergeblich, ju verwirflichen gefucht. Das preußifche Mundichreiben vom 25. Mary bezeichnet ausbrudlich die Entfendung der Bertrauensmänner nach Frantfurt als bas nadfte Erfordernis, beren Aufgabe boch gerade die Ausarbeitung eines folden Ents wurfes fein follte. Auch ber von Rachfahl für feine Anficht gitierte Gat aus bem Schreiben Friedrich Wilhelms an Camphaufen vom 30. Mary beweist dafür nichts; es wird darin nur gefagt, bag bas fünftige beutiche Parlament nach ben in Berlin getroffenen Berabredungen von ben Gingellandtagen gemablt merben folle; Die Frage aber, ob die Initiative diefem Parlament ju überlaffen ober ben Regierungen ju mabren fei, wird gar nicht berührt.

gegriffen, die Oberhauptswurde "usurpiert" und unter dem Jugeständnis fonstitutioneller Einrichtungen an die Einzelregierungen und an das deutsche Bolf die Aufforderung gerichtet hatte, ihn als Leiter der deutschen Angelegen: beiten anzuerkennen. Aber es läßt fich nicht verkennen, daß auch bei bem besten Willen des preußischen herrschers nach der Riederlage des Königtums am 19. Mary, nach dem Übergang Offerreichs jum Konstitutionalismus und ber Unmelbung feines entschiedenen Widerspruchs gegen eine auch nur geits weilige Reichsvorstandschaft Preugens, bei dem Schwinden der Furcht vor neuen gewaltsamen Erhebungen der Maffen und vor einem frangofischen Uns griff die Durchführung einer solchen Politit fehr viel schwieriger gewesen sein wurde als etwa gur Zeit der Absendung Gagerns oder der Stuttgarter Besprechungen. Und vor allen Dingen wollte der König eine solche Politik nicht: feine Minister konnten ihn, wie wir faben, bart bis an die Grenze treiben, aber nicht bis ju dem entscheidenden Schritte felbft. Insofern die Gagerniche Mission bezwecht hatte, an dem tonstitutionellen Könige Preußens einen festen halt gegenüber der Revolution zu finden und ihn durch das Angebot der führenden Stellung in Deutschland dafür ju gewinnen, war fie gescheitert. Db sich aus den unverbindlichen Borbesprechungen und Er: flärungen vom 23. Märt später noch etwas Greifbares ergeben werde, fonnte erft die Zufunft lebren.

Auch der Plan des Potsdamer Rongresses wurde nunmehr aufgegeben; nicht etwa deshalb, weil man jeht in Berlin auf eine Einigung der Fürsten über die Erundzüge der neuen Verfassung teinen Wert mehr gelegt und sich ganz der populären Strömung anvertraut habe. Derartige Gedanken konnten zwar bei Arnim wenigstens im Prinzip Billigung sinden, aber niemals beim Könige. Der Rongreß scheiterte einsach daran, daß ihn jeht niemand mehr beschicken wollte. Dönhoss berichtete fortwährend von dem Widerstreben der kleineren Staaten², Bayern hatte bereits am 17. März seine Ablehnung erklären lassen³; die Hansestädte hatten am 20. März beim Bundestage die sofortige Einberusung der 17 Vertrauens; männer und den Beginn der Reformberatungen in Frankfurt beantragt²; die in Verlin anwesenden süddeutschen Vertreter ließen keinen Zweisel darüber, daß sie diesen Weg als den allein richtigen ansähen. Db man auf Herreich

<sup>1</sup> So Rachfahl; vgl. bagu oben S. 70 Anm. 1.

<sup>2 17.</sup> Märg, Rachfahl 7, 226f., 18. Märg 228, 19. Märg 229, befonders 20. Märg 228.

<sup>3</sup> Rachfahl 6, 514.

<sup>4</sup> Roth u. Merd 1, 150.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Am 23. März sprach Bayern von neuem den dringenden Wunsch nach Ausführung des früheren Beschlusses über die Vertrauensmänner in Frankfurt aus, und Württemberg, Baden, hessen, Braunschweig und Rassau schlossen sich an. Roth u. Merc 1, 158.

noch rechnen könne, war immerhin schon unsicher, wenn die scharfe Absage aus Wien auch erft am 24. Marg erfolgte. Unter diefen Umftanden glaubten die Leiter der preußischen Politik, daß eher bei einer Beratung in Frankfurt unter Bugiebung von Bertrauensmannern eine Ginigung über die mefents lichsten Puntte der Verfassung zu erzielen sein werde1, als auf einem nur von wenigen Rleinstaaten beschickten Kongreß in Potsdam. Noch in einem Briefe an den König von Sachsen vom 23. Mary scheint Friedrich Wilhelm an dem alten Gedanten festzuhalten2; in den Ronferengen am Abend des 23. gab Urnim bereits die Ertlärung ab, daß Preußen auf die Beratung in Frantfurt eingehen und fofort einen Bertrauensmann entsenden werde. Unmittelbar darauf erging entsprechende Beisung an den preußischen Bundestaass gefandten; icon am 25. Mary beantragte diefer jusammen mit dem öfter: reichischen Bertreter die sofortige Einberufung der Bertrauensmanner.3 Babrend man früher alle darauf abzielenden Untrage durch überweisung an ben Ausschuß unschäblich gemacht hatte, schritt man jest sofort gur Abstime mung und nahm den Untrag an. Mit größter Schnelligfeit famen die Res gierungen dem Beschlusse nach; bereits am 29. März waren so viele der ers nannten Bertrauensmanner in Frankfurt eingetroffen, daß die Bundes, versammlung eine Kommission jur Beratung ber Verfassungsfrage mit ihnen wählen fonnte.4

Inzwischen hatten sich in Berlin die Verhältnisse geklärt. Camphausen hatte nach längerem Zögern seinen Eintritt in das Ministerium zugesagt und nach dem Rückritte des Erasen Arnim das Präsidium übernommen; obwohl heinrich v. Arnim auch unter ihm Minister des Auswärtigen blieb, konnte er doch nicht mehr in der bisherigen Art ungehindert auf den König einzwirten. Der leitende Staatsmann konnte sich von dem Einfluß auf die wichztigste aller schwebenden Fragen, die deutsche, nicht ausschließen lassen, und war hierzu um so weniger geneigt, als ihm die deutsche Frage selbst herzenszsache war. Er hatte sich schon vor seinem Eintritt in das Ministerium ein ungefähres Bild davon zu machen versucht, was jeht werden müsse und könne. Seine wesentlichsten Erundgedanken lassen sich aus den vorliegenden brieslichen Außerungen deutlich erkennen.

Auch Camphausen war der Aberzeugung, daß der König von Preußen an die Spipe Deutschlands treten muffe; auch er hielt dies nur dann für möglich,

Donhoff beantragte am 22. Mary, daß er ju einem berartigen Untrage ermächtigt werden moge (Rachfahl 7, 230f.).

<sup>3</sup> haffel 1, 524. Sachfen hatte fich nach bem Sturg ber alten Minifter barum bemubt, bag ber Rongreß boch in Dresben gehalten werbe (a. a. D. 523).

<sup>.</sup> Roth u. Merd 1, 166.

<sup>\*</sup> Moth u. Merd 1, 179.

wenn er jugleich seinem eigenen Lande eine den Forderungen der gemäßigten Liberalen entsprechende Berfassung gewähre. Er meinte aber, daß man die Dberhauptsfrage nicht zu ausschließlich betonen und vorläufig von dem Raisertitel gar nicht sprechen burfe; junachst burfe man fogar eine tollegiale Bundesbehörde, an der mehrere Staaten Unteil hatten, entftehen laffen, wenn nur ber Konig von Preußen darin eine feiner Macht angemeffene Stellung und außerdem den heerbefehl über famtliche deutsche Truppen erhalte1; das weitere glaubte er offenbar ruhig der Zufunft überlaffen ju tonnen. Ferner fand es ihm fest, daß die Initiative jur Reform der Bundesverfaffung von den Fürsten ausgehen muffe, daß der ju berufenden Boltsvertretung nur eine mitwirtende Stimme babei eingeraumt werden durfe, und daß die Regierungen auf jeden Fall über gemeinsame Borschläge vor bem Zusammentritt bes Parlamentes einig werden mußten. Überlaffe man die Initiative einer aus allgemeinen Boltswahlen hervorgegangenen Bers fammlung, fo wurde die Proflamierung der Republit das mahricheinliche Ergebnis fein. Daber wollte er am liebsten, daß ber Ronig fich perfonlich nach Frankfurt begebe und bort gusammen mit den Fürsten unter Beirat einer Bersammlung von Boltsvertretern die Berfassung feststelle. Sollte fich bort eine Volksvertretung ohne Berufung der Regierungen bilden, fo durfe diese nicht anerkannt, sondern muffe durch ein auf legitimem Wege berufenes Parlament gesprengt werden. Un der Ginbeziehung Sferreichs in bas neue Reich hielt er junächst noch fest; er war aber ber Meinung, daß Preußen für die Anwesenheit einer möglichst großen Bahl von preußisch gefinnten Abgeordneten in Frankfurt forgen muffe, damit man auch an Stimmengahl ben Sfterreichern überlegen fei; überhaupt durfe man fich durch ben Wiberstand Offerreichs an ber Erreichung bes gestedten Zieles nicht hindern laffen. Preußen follte auch nach feiner Unficht den Drud der allgemeinen Bolfsstimmung benuten, um die Regierungen jum Eingeben auf eine gründliche Reform zu bewegen. Un ein völliges Aufgeben Preußens in dem neuen Deutschland hat er nie gedacht; seinen vorher und nachher oft genug ausgesprochenen Gefinnungen nach war er viel zu fehr Preuße, um dies wünschen ju fonnen.

Gewiß bildeten diese Anschauungen noch fein zusammenhängendes und bis in alle Einzelheiten durchdachtes Programm einer deutschen Politik Preußens. Man sieht nicht deutlich, ob Camphausen damals geglaubt hat, Herreich werde sich eine Stellung Preußens an der Spige des neuen Reiches, oder wenigstens an der Spige des Reichsheeres, gutwillig gefallen lassen,

<sup>1</sup> Bgl. bef. f. Brief v. 19. Märg an f. Bruder Otto bei Cafpary 175f.; sonft überhaupt die dort S. 168f. ausgezogenen Korrespondenzen mit den Ergänzungen bei Brandenburg, Briefw. Fr. Wilhelms IV. mit Camphausen 14f. u. 221f.

oder was nach seiner Meinung geschehen sollte, wenn dies etwa nicht ber Kall fei; vermutlich glaubte er, wie fo viele, daß Sfterreich auseinanderfallen und der deutsche Teil allein nicht die Macht haben werde, fich zu widerseten. Aber fo viel läßt fich fagen, daß feine Gedanten von denen heinrichs v. Arnim in entscheidenden Punkten erheblich abwichen und dem Konige bedeutend some pathischer sein mußten als die seines auswärtigen Ministers. Die ffartere Erhaltung der preußischen Eigenart, das Berbleiben Offerreichs im Bunde, die Feststellung der neuen Verfassung durch die Fürsten unter nachträglicher Genehmigung einer Bolfsvertretung, das waren die Dunfte, in denen er mit feinem neuen Ministerpräsidenten übereinstimmen tonnte. Ich habe an anderer Stelle darauf hingewiesen, daß ein Zusammenarbeiten Friedrich Wilhelms IV. mit dem von ihm perfönlich so verschiedenen und politisch liberal gesinnten Camphausen in der inneren Politif nur deshalb möglich gewesen ift, weil beide in den damals entscheidenden Punkten - ber Bes hauptung der Staatsautorität gegenüber dem Willen der Massen, und der Aberleitung in das neue System auf gesehmäßigem Wege - einig waren.1 Ahnlich lag es in der deutschen Frage. Die Übereinstimmung in einer Reihe von wichtigen Punften ermöglichte es dem Ronig, ju Camphausen auch bei der Behandlung diefer Angelegenheit mehr Bertrauen gu faffen, als er es ju heinrich v. Arnim und feinen Gefinnungsgenoffen gehabt hat.

Allerdings blieben auch hier schwerwiegende Differenzen bestehen. Den Abergang zum konstitutionellen System in Preußen selbst, den Camphausen für die unerläßliche Vorbedingung einer erfolgreichen deutschen Politik hielt, hatte der König zwar zugestanden, aber doch nur notgedrungen und mit dem hintergedanten, möglichst viel von dem alten absolutistischen und ständischen Wesen in die neue Ordnung der Dinge hinüber zu retten.<sup>2</sup> Die Benutzung der Volksbewegung zu einem Oruck auf die Regierungen der Einzelstaaten, ohne die nach Camphausens Meinung ebenfalls nichts zu erreichen war, widerstrebte der ganzen Anschauungsweise des Königs durchaus. Endlich konnte auch das Endziel Camphausens, die Oberhauptswürde für den König von Preußen, nicht auf den Beifall Friedrich Wilhelms rechnen, solange dieser in dem össerreichischen Kaisertum die von der Geschichte vorgeschriebene

<sup>1</sup> Briefw. G. 218.

<sup>3</sup> hierauf tommen doch schließlich auch die Aussührungen hansens a. a. D. S. 59ff. bef. 65 hinaus. Er zeigt sehr gut, daß der König niemals das parlamentarische System hat annehmen wollen, betont aber nicht genügend, daß er im Grunde auch nach wie vor teine Boltswahlen, sondern Stände wollte. Er hielt auch das für tonstitutionell, weil man unter diesem Bort eben so ziemlich alles verstehen konnte. Ich möchte aber die Märzverheißungen nicht mit hansen 63 als tattische Schachzüge des Königs, sondern, wie schon oben ausgeführt, als Taten seines Ministeriums, das er in seiner damaligen Gebrochenheit gewähren ließ, ansehen.

kösung der deutschen Frage sah; nur bis zur ersten Etappe des Weges, der Übertragung des Oberbesehls über das deutsche Heer an Preußen, konnten sie hier wirklich zusammengehen. Von diesen Gegensäßen war, wie sich später gezeigt hat, der zweite der tiesste und schließlich entscheidende.

Indem Camphausen als Ministerpräsident die Berantwortung für die Gesamtrichtung der preußischen Politik übernahm, in der wichtigsten aller brennenden Fragen, der deutschen, aber weder mit dem Könige noch mit dem Minister des Auswärtigen ganz einig war, wurde die Schwierigkeit immer größer, einheitlich gedachte und konsequent durchgeführte Maßregeln gerade auf diesem Gebiete zu ergreisen. Die einzelnen Räder griffen an der entzscheidenden Stelle nicht richtig ineinander; ihre Reibungen und gegenseitigen hemmungen hinderten jede energische Aktion und verurteilten den preußischen Staat in diesen entscheidenden Bochen zu einer Politik des Zögerns und Abwartens.

Durch den Verzicht auf den Potsdamer Fürstenkongreß und die Unnahme des Bundesbeschlusses über die Entsendung von 17 Bertrauensmännern nach Frankfurt war der Schwerpunkt für die Lösung der deutschen Frage gue nächst wieder an den Sis der Bundesversammlung verlegt worden. War man in Berlin auch nach wie vor überzeugt, daß unbedingt eine Einigung der Regierungen über die fünftige Verfassung vor dem Zusammentritte des Parlamentes erfolgen muffe, so war doch die Aufgabe, diese Einigung berbeis juführen, junachst der Bundesversammlung und ben Bertrauensmännern jugeschoben worden. Es erschien so gerechtfertigt und war außerdem am bequemften, abzuwarten, was aus deren Arbeiten für ein Ergebnis hervor: gehen werde. Der Bundestag felbst fummerte sich, obwohl er eine Rome mission von 7 Mitgliedern gur gemeinsamen Beratung mit den Vertrauens, mannern erwählte1, fast gar nicht um den sachlichen Inhalt der Besprechungen. Den Vertrauensmännern allein fiel die Entscheidung über die Gestaltung des Entwurfes ju. Daneben wuchs fortwährend der Ginflug des feit dem 31. März in Frankfurt tagenden Vorparlamentes. Deffen Beschluffe murden manchmal in einer fast drohenden Form der Bundesversammlung gur Kennts nis gebracht. Es ift ja bekannt, daß sich diese bezüglich des Wahlrechtes jum beutschen Parlament dem Willen des Vorparlamentes nicht zu widerseben wagte, obwohl fie felbst furz vorber einen gang anderen Wahlmodus be: schlossen und den Regierungen als Richtschnur mitgeteilt hatte. Es kann daher nicht wunder nehmen, daß auch die Bertrauensmänner von dem im Bor; parlamente herrschenden Geiste nicht unbeeinflußt blieben. hier aber mar

<sup>1 29.</sup> März Roth u. Mer & 1, 179. Schon in der Sigung vom 30. März beschloß der Bundestag, "die Initiative mit vollem Bertrauen in die hande dieser Ranner zu legen" (eb. 186).

man entschieden dafür, daß nur das fünftige Parlament unter Ausschluß jeder Mitwirfung der Regierungen über die Zukunft Deutschlands entsscheiden solle. Über die Gestaltung der künftigen Verfassung gelangte man zwar zu keinen Beschlüssen; aber unter den vertretenen Ansichten war dies jenige, die im Geiste des Sagernschen Programms auf einen start zentralisserten Bundesstaat mit einheitlicher Spige hinausging, noch die gemäßigteste. Eine unitarische Strömung war durchaus vorherrschend.

Je mehr aber den einzelnen Regierungen flar wurde, daß der Bundestag und die Bertrauensmänner immer ftarter in die vom Vorparlament vor gezeichnete Richtung einlenkten, besto bedenklicher wurde es ihnen, ob aus biefen Beratungen ein für sie annehmbarer Berfassungsentwurf hervorgeben werde. Un fich war bei den Regierungen der größeren Staaten wenig Reigung vorhanden, auf die Bildung einer farten Zentralgewalt einzugeben, naments lich wenn diese etwa in die Sand Preugens gelegt werden follte. Bfterreich protestierte sofort gegen die Proflamation vom 21. Marz und zeigte eine Zeitlang Luft, felbft die Führung ju übernehmen1; nur durch die junehmende Berwirrung im eigenen Lande murbe es baran verhindert. Bapern und Sachsen2 waren damals zwar bereit gewesen, Diplomatie und heerwesen, Birtschafte, und Zollpolitif, die Gestaltung des Rechtes und die Entscheidung aller faatsrechtlichen Streitigkeiten dem Bunde ju überlaffen; aber Banern bestand darauf, daß die Gesamtheit der Bundesfürsten als Rollettive Souves ran die Zentralgewalt ausüben muffe; und Sachsen wollte, mabrend es die Frage nach der besten Organisation der Bundesgewalt damals noch vor: sichtig offen ließ, doch ausdrücklich festgestellt seben, daß nur die allgemeinen Grundfage der Bermaltung auf den vom Bunde ju übernehmenden Ges bieten durch diesen vorgeschrieben werden dürften, mahrend deren Aus: führung ben Gingelftaaten ju überlaffen fei. Rur wenige Rleinstaaten, wie Braunschweig und heffens Darmftadt, sprachen fich auch nach dem 21. Marg noch offen für eine von Preußen geleitete Zentralgewalt aus.3

Der Berfassungsentwurf der 17 Bertrauensmänner, im wesentlichen das Bert Dahlmanns, wurde am 22. April fertiggefiellt und alsbald dem

Bgl. die Ertlarung v. 21. Marg Roth n. Merd 1, 159. Berichte Arnime v. 25. und 27. Marg, Rofer 83.

Die bayerifche Instruction für den Vertrauensmann v. 24. Marz Noth u. Merd 1, 161; bie sächsiche v. 27. Marz, meines Wissens bisher unbefannt, abschriftlich in Camphausens Rachlas. Sanz unbestimmt war die Instruction Hannovers v. 24. Marz, Noth u. Merd 2, 163 f., vgl. die ausweichende Untwort an Preußen eb. 1, 176.

Braunschweig 22. Mary; Darmftadt 24. Mary f. Roth u. Merd 1, 156 u. Paftor 242. Daß auch Raffan noch berfelben Unficht war, geht aus ber Ernennung Mar v. Gagerns jum Bertrauensmann hervor.

Bundestage und den einzelnen Regierungen mitgeteilt. Aurz darauf wurde er auch gemäß einem Beschlusse der Vertrauensmänner, gegen den der Bundestag keine Einwendung erhob, der Offentlichkeit übergeben.

Er2 sprach sich befanntlich mit aller Entschiedenheit für ein erbliches Reichsoberhaupt aus, das den Titel deutscher Raiser führen, seinen Sit gu Frankfurt a. M. haben und seine Rechte durch ein verantwortliches Reichs; ministerium ausüben sollte. Reben ihm ein Dberhaus, bestehend aus den regierenden Rürsten, Bertretern ber vier freien Städte, endlich aus Reichse raten, jur Salfte von den Regierungen, jur Salfte von den Standen ber Einzelstaaten auf 12 Jahre ernannt. Das Unterhaus follte auf 6 Jahre bireft von der Bevölferung gewählt werden, und zwar fo, daß jeder volljährige selbständige Staatsangehörige das Wahlrecht besite. Bei der Reststellung des Budgets war dem Unterhause die entscheidende Stimme jugedacht, im übrigen war an der Gleichberechtigung beider Sauser und des Raisers in der Gesetzgebung festgehalten. Endlich war noch ein Reichsgericht vor: gefeben gur Entscheidung verfaffungerechtlicher Streitigkeiten im Reiche und den Einzelstaaten; ferner wurden den Bürgern aller Staaten die üblichen Freiheitsrechte von seiten des Reiches garantiert. Das Reichsoberhaupt, die Minister und Beamten, sowie das Reichsheer sollten auf die Reichsverfassung vereidigt werden; deren Abanderung follte nur möglich fein, wenn in jedem Saufe, bei Anwesenheit von mindestens brei Biertel der Mitglieder, drei Biertel der Anwesenden dafür stimmten und das Reichsoberhaupt einverstanden sei.

Alles beruhte auf der stillschweigenden Voraussetzung, daß Herreich aus dem deutschen Bunde ausscheiden, und der König von Preußen als Kaiser an dessen Spite treten werde. Rur dann, oder wenn Herreichs staatliche Einzheit wirklich völlig in Trümmer gegangen wäre, hätten die darin enthaltenen Bestimmungen überhaupt zur Ausschlung kommen können. Es ist dazher verständlich, daß der österreichische Vertreter am Bundestage sich sofort sehr scharf über den Entwurf aussprach und ihn als eine Chimäre bezeichnete; lieber werde Österreich seinen Schwerpunkt nach Pest verlegen und sich auf die slawischen Völkerschaften stüßen, als sich einem preußischen Kaiser unterordnen. Die Wiener Regierung ließ ebenfalls keinen Zweisel daran, daß sie eine Verhandlung auf solchen Erundlagen unbedingt abzlehnen müsse und überhaupt keine Verfassung anerkennen werde, die über den Rahmen eines losen Staatenbundes hinausgehe. Auch Bapern und einige

<sup>1</sup> Roth u. Merd 1, 330, vgl. 332 u. 369.

<sup>2</sup> Um 27. April wurde er dem Bundestage vorgelegt; oft gedrudt, j. B. Roth u. Merd 370f., Dahl manns Kl. Schriften 378f.

<sup>3</sup> Ofterr. Erffarung v. 21. April, Roth u. Mer d 1, 316, Außerung Colleredos v. 27. April Saffel 1, 561 u. Meinede, Radowis 84.

andere der größeren Staaten, die bei der Ausführung des Entwurfes in eine von Preugen völlig abhängige Stellung ju geraten fürchteten, fprachen ente weder direft ihre Ablehnung aus oder fnupften doch ihre pringivielle Bus stimmung an Bedingungen, welche die Grundgedanken des Entwurfes ver nichteten.1 Forderungen wie die Ginraumung des Rechtes gu einer eigenen diplomatischen Bertretung oder die Ernennung der militärischen Befehls: haber oder die Ausführung aller von den Reichsgewalten beschlossenen Make regeln durch die Einzelstaaten oder wie die Beschränfung der Reichstompeteng auf das Strafrecht, den Prozeß und bestimmte Teile des bürgerlichen Rechtes ließen sich noch als mögliche Beränderungen innerhalb des von den 17 Ber: trauensmännern gespannten Rahmens anbringen. Aber der entscheidende Punkt war die Organisation der Reichsgewalt. Und hier verhielten fich die meiften Regierungen dem Plane Dahlmanns gegenüber völlig ablehnend. Bayern wollte das Direttorium des Bundes alle 6 Jahre wechseln laffen oder es dauernd in die hand von drei Regierungen (natürlich Bfterreich, Preugen und Banern) legen; neben dem Direftorium follte ein Reichstag, bestehend aus ernannten Regierungsbevollmächtigten, und ein Nationalparlament fiehen, beffen Oberhaus aus den erften Rammern der Einzelstaaten gebildet. beffen Unterhaus aber dirett von der Bevölterung gewählt werden follte. hannover und Sachsen verlangten, daß die Dberhauptswürde alle 5 Jahre zwischen dem Raifer von Sfterreich und den 5 Königen wechseln solle, und daß bas Oberhaus lediglich aus von den Regierungen ernannten Bertretern bestehen dürfe.2

Namentlich das erstere Verlangen läßt uns einen Blick tun in die Motive der mittleren Staaten. Sie widerstrebten nicht so sehr der Einrichtung einer sich innerhalb bestimmter Schranken haltenden einheitlichen Zentrals gewalt, als der Übertragung dauernder Befugnisse dieser Art an eine einszelne Opnastie. Hannover, Sachsen und die übrigen wurden ja durch den

Der bayerische Ministerrat lehnte den Entwurf am 2. Mai schroff ab (haffel 561); hannover formulierte seine Abanderungsvorschläge in einer Note v. 6. Mai (Noth u. Mer ct., 433 f.) und einem ergänzenden Zirkular v. 14. Mai (eb. 437 f.); Sachsen in einer Note an Preußen v. 12. Mai (eb. 444 f.) auf Grund eines Ministerrats v. 8. Mai (hassel 562). Bayern versandte Anfang Mai einen aussührlichen Gegenentwurf (Noth u. Mer ct., 385 bis 421). In den Erläuterungen dazu wurde der Plan der 17 geradezu als Versuch zur Errichtung einer Despotie des künftigen Kaisers unter Vernichtung der Rechte der einzelnen Boltsstämme und Fürsten bezeichnet; diese würden zu Stlaven des Kaisers herabsinten. Man glaubt die Sprache der Fürsten des 16. Jahrhunderts zu hören, die für die deutsche Libertät gegen die "viehische Servitut" des Kaisers zu kämpfen erklärten.

Ahnliche Gesinnung außerten hessen, Cassel und Medlenburg, Schwerin; für den Ents wurf der 17 sprachen fich Sachsen, Meimar, Altenburg, Braunschweig, Oldenburg u. Schwarzs burg, Condershausen aus (hannov. Reffript v. 16. Mai, Roth u. Merd 1, 442 u. Protot. d. Bundestags v. 17. Mai, eb. 455f.).

regelmäßigen Bechsel der Oberhauptswürde dem Neiche gegenüber an sich nicht besser gestellt, als wenn die Zentralgewalt in der Hand eines erblichen Herrschers ruhte, sobald die Besugnisse dieser Gewalt die gleichen blieben. Aber ihre Opnastien hätten an Ansehen gegenüber der faiserlichen verlieren, zu ihr in ein dauerndes Abhängigkeitsverhältnis treten müssen. Es war dem nach nicht so sehr das einzelstaatliche, wie das dynastische Interesse, welches sich der von Dahlmann und seinen Mitarbeitern vorgeschlagenen Lösung widersetze.

So stellte sich, während die Wahlen zur Nationalversammlung stattfanden, bereits mit voller Deutlichteit heraus, daß es unmöglich sein werde, den Entwurf der 17 als gemeinsamen Vorschlag der deutschen Regierungen dem Parlament vorzulegen. Ebenso undenkbar aber mußte es erscheinen, in der turzen verbleibenden Zwischenzeit etwa eine Einigung über ein anderes Verzsassungsprojekt herbeizusühren. Weder die Übertragung dieser Aufgabe an den Bundestag, noch eine Erneuerung des früheren Kongreßplanes, noch eine diplomatische Verhandlung der einzelnen Regierungen untereinander bot Aussicht auf Erfolg. Man wird sagen dürsen, daß es nur dann möglich gezwesen wäre, vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung einen von allen Regierungen, vielleicht mit Ausnahme Herreichs, gebilligten Verzsassungsentwurf zustande zu bringen, wenn die preußische Regierung genau gewußt hätte, was sie wollte und mit dem stärksen Nachdruck auf der Annahme ihres Planes durch die übrigen Regierungen bestanden hätte.

In Preußen aber wurde gerade durch den Dahlmannschen Entwurf die tiefgreifende Meinungsverschiedenheit zwischen dem König und dem Minissterium über die Grundlagen, auf denen die neue Verfassung zu errichten sei, allen zum Bewußtsein gebracht. Vorhanden war sie ja längst gewesen; aber man hatte den heiklen Punkt möglichst lange unberührt gelassen.

Der König hatte sich nach dem Abstauen der eigentlichen Revolutions, bewegung von der ersten Überraschung allmählich erholt. Es war ihm zum Bewußtsein gekommen, daß die Treue seines Heeres unerschüttert sei, daß ein großer Teil seines Bolkes, namentlich in den östlichen Provinzen, auf die Märzerrungenschaften wenig Wert legte und jedenfalls keine Neigung habe, zu ihrer Verteidigung die Wassen gegen ihn zu ergreisen. In Potsdam, wohin er seine Nesidenz verlegt hatte, fühlte er sich vor der Wiederholung solcher Szenen, wie er sie in Berlin erlebt hatte, sicher; und bald begann er mit dem Gedanken einer gewaltsamen Unterwerfung der Hauptstadt zu spielen. Immer mehr befestigte sich in ihm die Überzeugung, daß die ganze Revolution nur das Wert einiger Bösewichter ausländischer Hertunft gewesen sei, während das preußische Bolt nach wie vor lediglich auf seinen König blicke und von

ihm eine Entscheidung darüber erwarte, was nun geschehen solle. Man darf wohl behaupten, daß der König, wenn er sich nicht unmittelbar nach dem 19. März zu so bestimmten öffentlichen Bersprechungen sowohl über die Umsgestaltung der Bersassung Preußens wie die Begründung einer neuen Ordsnung der Dinge in Deutschland hätte fortreißen lassen, schon jetzt auf seinen geliebten Bereinigten Landtag und auf seine deutschen Reformpläne aus dem Anfang des Jahres zurückgegriffen haben würde. Daran hinderte ihn aber das gegebene Bort, das zu brechen ihm sein Gewissen verbot, ebenso sehr wie die Schen vor einem entscheidenden Entschlusse und vor der Herausbeschwörung eines neuen Kampses, in dem Bürgerblut vergossen werden mußte. Denn so zäh der König in seinen Überzeugungen war, so wenig lag es doch in seiner Art, sie mit rücksichtsloser Energie im günstigen Augenblicke zur Geltung zu bringen; er hosste immer, durch Lavieren, Berhinderung entscheidender Maßzegeln und ähnliche Mittel Zeit zu gewinnen, bis seine Ratgeber und sein Bolt eingesehen haben würden, daß er recht habe.

Auch in der deutschen Frage mußte diese veränderte Stellung des Königs sich geltend machen. Wir wissen bereits, daß er von seinem neuen Minister, präsidenten eine abschwächende Erläuterung des Patentes vom 21. März verlangte und erhielt; am 2. April wurde ein in diesem Sinne gehaltener Bericht des Staatsministeriums an den König nebst dessen zustimmender Antwort veröffentlicht. hatte jenes Patent im Sinne seines Urhebers ein Bekenntnis zum Prinzip der deutschen Einheit, eine Kriegserklärung an die Souveränität der Einzelstaaten und ein Manisest des Königs von Preußen zur Ergreifung der obersten Gewalt in Deutschland sein sollen, so wurde es jeht zu einer harmlosen Mahnung zur Einigkeit in dieser schweren Zeit und dem Angebote der guten Dienste Preußens zu ihrer Erhaltung umgedeutet. Man muß darin einen persönlichen Erfolg des Königs und den Beginn seiner Emanzipation von der Bormundschaft des Märzministeriums erblicken.

Auch begann der König jest wieder einen Rüchalt an dem Rate Gleich; gesinnter zu finden, der ihm in den schweren Märztagen so empfindlich gesehlt hatte. Bereits Ende März taten sich General v. Gerlach, General v. Rauch und einige andere Männer, die dem Könige immer nahegestanden hatten, zu einer Art Seheimbund zusammen, in der ausgesprochenen Absicht, ein uns verantwortliches Gegenministerium zu bilden und den König in seinem Widerstande gegen die Märzminister zu stärten.<sup>2</sup> Sie machten sich also los von der anfänglichen Scheu, als unverantwortliche Ratgeber neben den offiziellen Ministern zu fungieren. Anfangs vermieden sie es noch, dem

<sup>1</sup> C. oben C. 65. Der Ronig an Camphaufen 28. Mary (Brandenburg 20f.); die Erstlarung v. 2. April, Roth u. Merd 1, 154.

<sup>&</sup>quot; 2. v. Berlach 1, 150.

Rönige ungefragt ihre Meinung zu sagen; wenn sie aber gefragt wurden, brängten sie ihn zu energischeren Schritten<sup>1</sup>; und bald versuchten sie, selbst die Richtung der preußischen Politik zu bestimmen. Noch aber wandte sich der Rönig, wenn er den Nat eines wirklichen Freundes und Gesinnungsgenossen haben wollte, lieber an Radowiß, der nach seiner Rückfehr von Wien sofort seine Entlassung aus dem Staatsdienste erbeten hatte und auf seine Güter gegangen war. Nadowiß vermied es zwar ängstlich, den König persönlich aufzusuchen, um ihm keine Ungelegenheiten zu bereiten, teilte ihm aber briefz lich seine Ansichten und Ratschläge mit.<sup>2</sup>

Die deutsche Frage wurde dabei zwar nur gelegentlich kurz gestreist3; aber aus einzelnen Andeutungen und dem ganzen Zusammenhange der Sedanken von Radowiß läßt sich schließen, daß er auch für den neu zu bildenden Bundes, staat eine den Bünschen der Liberalen entsprechende Verfassung als notzwendig ansah, und auf deren allmähliche Verbesserung durch die mit der Zeit erstarkenden konservativen Elemente seine hossnung für die Zukunst sehte. Bestimmtere Vorschläge für die Lösung der einzelnen Probleme, die Gestaltung der Erekutivgewalt, das Verhältnis zu Hierreich und ähnliches, kann der Rönig aber von Radowiß schwerlich erhalten haben. Auch mit der Ramarilla befand er sich in diesen Wochen keineswegs in Übereinstimmung über die leitenden Gesichtspunkte4; die Außerungen, die wir aus dieser Zeit von ihm haben, sind sein ausschließliches geistiges Eigentum.

Schon der süddeutschen Gesandtschaft gegenüber hatte er sich für ein öster; reichisches Kaisertum ausgesprochen.<sup>5</sup> Wenige Tage später tat er Gerlach gegenüber eine Außerung, wonach Österreich die kaiserliche Würde in Deutsch; land erhalten, Preußen aber Reichsfeldherr werden sollte.<sup>6</sup> Mehrere Wochen darauf hat er in einem Briefe an Metternich und in einem vertraulichen Schreiben an alle deutschen Souveräne, veranlaßt durch einen Vorschlag des englischen Prinzgemahls, auch seine eigenen Gedanken ausführlicher dargelegt.<sup>7</sup>

<sup>1</sup> Bgl. d. Brief Leopold v. Gerlachs an f. Bruder v. 16. April bei E. L. v. Gerlach 1, 525.

<sup>2</sup> Briefwechsel v. 28. Mary bis 26. April bei haffel 1, 528f. u. 574f.

<sup>3</sup> Radowig mißbilligte ausbrücklich das Patent vom 21. März, weil es zur Trennung von Öfterreich führe, und sprach seinen Zweifel aus, daß man auf diesem Bege zu einem greifbaren Ergebnis gelangen werde (28. März u. 7. April). hingegen billigt er das Eintreten Preußens für Schleswig: Polstein gegen Dänemark, weil man sich in dieser Frage nicht mit der allges meinen Stimme in Widerspruch seben dürfe (13. April).

<sup>4</sup> G. Gerlach 1, 155.

<sup>5</sup> S. oben S. 67.

<sup>6</sup> Gerlach 1, 150.

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> An Metternich 18. April, Metternichs Rachgel. Pap. 7, 607; das vertrauliche Runds ichreiben vom 18. April bei Ernst II., 1, 276f. ift identisch mit dem bei Springer, Dahls

Auch hier erscheint als Grundlage die Erneuerung des heiligen Römischen Reiches deutscher Nation; der österreichische herrscher mit dem erblichen Titel eines Römischen Raisers soll als Ehrenhaupt an der Spike stehen; gewisse "bezeichnende Ehren" follten ihm vorbehalten fein. Innerhalb diefes großen Rompleres follten aber die deutschen Staaten außer Ofterreich zu einem bes fonderen deutschen Reiche vereinigt werden. Un deffen Spipe denkt fich Friedrich Wilhelm einen auf Lebenszeit von den fünf Königen, als Nache folger der alten Rurfürsten1 gewählten deutschen Ronig; die Buftimmung der übrigen deutschen Fürsten und des Römischen Raisers zu seiner Wahl soll zwar eingeholt werden, aber nur formeller Natur fein2; Afflamation des Bolfes, Salbung und Rronung durch einen fatholischen ober protestantischen Erge bifchof follen dem Gewählten die rechte Weihe geben. Ihm gur Seite ein Aurftentag, nach Rurien gegliedert wie der alte Reichstag; bei allen wichtigen Entscheidungen foll er mit dem Ronige jufammenwirten.3 Ferner ein Reichs, tag, bestebend aus zwei Sausern; das Oberhaus bildet der Kürstentag, dem für diese Funktion die Saupter der früher mediatisierten Sauser angegliedert werden; im Unterhause fiben von der Bevölkerung gewählte Abgeordnete; am beffen wurden als Bahlforper einerseits die alten Reichsritter und der übrige Abel, andererseits die Städte und Landgemeinden fungieren.4 In friegerischen oder rebellischen Zeiten sei dem deutschen Könige diftatorische Gewalt einzuräumen, mahrend er fonft durch drei dem Reichstage verants wortliche Minister für Auswärtiges, Rrieg und Sandel seine Befugnisse aus: juüben habe.5 Auf diese Art konne man die begründeten Boltswünsche bes friedigen und doch Offerreich bei dem Reiche erhalten.

mann 1, 225f. abgedrudten Schreiben an Dahlmann; der Konig hatte diefem nur ein Exemplar bes Rundschreibens gur Kenntnisnahme zugehen laffen.

Bleich barauf fpricht er jedoch bavon (S. 227), daß die Großherzoge bei bem Wahlatt in bem gleichen Raume mit ben Konigen tagen follen.

<sup>2</sup> Ein bevollmächtigter Erzherzog foll die Bestätigung "in derfelben Minute" vollziehen, muß alfo Bollmacht haben, jede Bahl, auf wen sie auch falle, gutzubeißen.

Da ber König fich über bie Befugniffe bes Fürstentages nicht naber ausspricht, muß man wohl annehmen, daß er den Anschauungen des Prinzen Albert zustimmt, wonach er in der Gesetzebung und bei der Ernennung der Minister unter dem Borfit des Bundesobers hauptes die entscheidenden Beschlusse zu fassen haben sollte.

<sup>\*</sup> Roch lieber ware dem Könige offenbar ein von beiden Kammern der einzelnen Ständes versammlungen aus deren Mitte erwählter Ausschuß gewesen, da er zu diesem Borschlage des Prinzen Albert ...optume" an den Rand geschrieben hat. Bei näherem Rachdenken erschien ihm dies aber wohl als unerreichbar.

In dem Schreiben an Metternich wird noch gefagt, Friedrich Wilhelm felbst wolle nicht Oberhaupt des engeren Bundes sein, sein Ehrgeiz gehe vielmehr dahin, Erzseldherr des Meiches zu werden. In dem Briefe vom 24. April ist von einem folchen Erzseldherrn nicht ausbrüdlich die Nede; aber der König hatte den Gedanken doch nicht fallen gelassen.

Nachdem dann der König den Verfassungsentwurf der 17 und ein ers läuterndes Schreiben Dahlmanns dazu erhalten hatte, formulierte er feine Unschauungen nochmals in etwas anderer Beife. Das erbliche Raisertum Offerreichs foll jest nicht mehr eine bloge Ehrenstellung fein, sondern eine wirkliche Regierungsgewalt involvieren, die durch ein verantwortliches Minis fterium auszuüben fei.2 Wenn dies durch verantwortliche Reichsminister geschieht, die vom Kürstenrat und Parlament ebenso oder ftarter abhängig find als vom Raifer, fo erblict er hierin feine Gefahr für Preugen. Das deutsche Königtum läßt er fallen. In dem Oberhause dürfen neben den Fürsten und Mediatisierten vielleicht noch von ben Ständen gewählte ober beffer von den Fürsten ernannte Mitglieder figen. Über diefe Grundzüge muffen sich alle Regierungen vor Zusammentritt des konstituierenden Parlamentes einigen; diesem ift nur die Bestimmung über die Zusammene settung des Unterhauses selbständig zu überlassen. Endlich foll das gesamte Reich eingeteilt werden in 14 Wehrherzogtumer; vier davon liegen in der hand Bferreichs und unterfteben nur dem Rommando des Raifers; vier in der hand Preußens und gehorchen nur dem Könige von Preußen; von den feche übrigen führt in zweien Banern, in je einem Bürttemberg, Sachsen, Sannover und Seffen das Rommando, mahrend die fleineren Staaten der eigenen Militärhoheit verlustig geben. Un der Spipe diefer feche Bergoge tumer steht ein Reichserbfeldherr; dieses Amt reflamiert der König erblich für Preußen, "aber nicht als conditio sine qua non". Auf keinen Fall will er das preußische Seer einem fremden Kommando unterstellt seben. Die Art. wie er fich bie Stellung des Erbfeldheren dentt, hat er in einem Briefe an Rönig Friedrich August von Sachsen näher erläutert.3 hiernach sollte er im Frieden ein Inspektionsrecht, im Rriege die Ernennung der Feldheren haben. fonst aber feine direft militärische Gewalt, die vielmehr den Wehrherzogen auftand. Er follte bem Raifer den Lehnseid ichworen, und die Bergoge follten berechtigt fein, ihm den Gehorfam zu verweigern, wenn er diefen verlete und fein Umt zu dnuastischen Zweden migbrauche.

Jest ist also das erbliche Reichserzseldherrnamt an die Stelle des deutschen Wahlkönigtums für das engere Reich getreten. Die von Dahlmann in seinem vorausgegangenen Schreiben gegen eine Wahl des Oberhauptes auch auf Lebenszeit geltend gemachten Gründe haben den König davon überzeugt, daß sein früherer Gedanke unpraktisch ist; auch in der Zusammensehung des

<sup>1</sup> An Dahlmann 3. Mai, Springer 2, 240.

<sup>2</sup> Infolge des Einwandes von Dahlmann, daß Offerreich fich mit einer blogen Chrens stellung niemals begnügen werde.

<sup>&</sup>quot; Es find daraus nur die Rotizen befannt, die Meinede 86f. aus einem Erzerpt haffels anführt.

Oberhauses sucht er dem Entwurfe entgegenzukommen. Ganz entschieden besteht er aber darauf, daß die Entscheidung darüber und über die Oberhaupts; würde von den Regierungen allein, und zwar vor dem Zusammentritt des Parlamentes in Frankfurt, zu treffen ist.

Auch die späteren Borfiellungen Dahlmanns, die por allen Dingen die Unmöglichkeit für Offerreich, an die Svipe eines wirklichen deutschen Nationals staates zu treten und den geschichtlichen Beruf Preugens zu dieser Aufgabe betonten, vermochten den König nicht irre zu machen. Rur so viel gestand er au1, daß für ihn die Notwendigfeit eintreten murde, die Dberhauptsmurde augunehmen, wenn Sierreich felbst es ablehnen follte, sich durch ihre Une nahme enger mit Deutschland zu verbinden. Aber auch dann bleiben für ihn amei Borbehalte bestehen; wenn nicht die übrigen Kürsten ihn freiwillig gu diefer Burde berufen, sondern das Bolf im Gegensat zu den Kürsten, so muß er ablehnen; und auch im ersteren Falle wird er nie den Kaisertitel so ente weiben, daß er ihn auf den nach Gferreichs Ausscheiden verbleibenden Reft von Deutschland anwendet, sondern er wird sich dann Ronig der Deutschen nennen. Das Beffere aber, bas einzige, was Deutschland bie Erfüllung feiner historischen Aufgabe ermöglicht, bas Bollwert gegen ben Despotismus im Often und die Revolution im Westen ju sein2, ift das große Siebzigmillionens reich mit dem öfterreichischen Erbkaiser und dem Könige von Preußen als dem erblichen Reichsfeldheren für das engere Deutschland an der Spige.3

Der Sedanke einer Machterweiterung Preußens spielt in diesen Gedanken gar keine Rolle. Wohl will er seines Staates bisherige Machtstellung und Selbständigkeit wenigstens in militärischer Beziehung wahren; dieser Wunsch im Verein mit der Notwendigkeit eines einheitlich geleiteten und organisserten

<sup>1</sup> Bgl. f. Briefe an Dahlmann v. 4. u. 15. Mai, Springer 2, 242 u. 247.

<sup>2</sup> Dieselbe Bendung schon in seinem Schreiben an Camphausen v. 28. Marz. Sie zeigt, wie dem Könige die deutsche Frage zugleich, wenn auch nicht ausschließlich eine europäische und ihre kösung durch seine Geschichtsphilosophie gefordert war. Ugl. Meinede, Rados wiß 87.

Durchaus untlar bleibt, ob der König sich wirklich vorgestellt hat, daß Ungarn und Nordsitalien mit zu dem "Römischen Reiche" gehören sollten. Die Außerungen in seinem letten Briefe an Dahlmann scheinen dies vorauszusehen; daß Österreich nur 4 Wehrherzogtümer erhalten soll, ebensoviel wie Preußen, spricht dagegen. Ebenso der Umstand, daß nach dem Berzicht auf ein besonderes deutsches Königreich ein Parlament nur für das gefamte Reich eristieren soll; oder sollte er wirklich an die Aufnahme ungarischer Magnaten in das Oberzhaus, ungarischer, kroatischer, italienischer Abgeordneter in das Unterhaus gedacht haben? Jeder Bersuch, sich das ganze Projett ausgeführt zu denken, führt zu solchen Unmöglichteiten und Widersprüchen.

<sup>\*</sup> In diefem Puntte weiche ich gang von Rachfahls Deutung und auch noch um eine Maance von Meinedes geiftvoller Analyse ab, ba diefer doch eine "hegemonische Untersftedmung" annimmt.

Bundesheeres, die er anerkennt, führt naturgemäß zu dem Gedanken des preußischen Bundesfeldherrntums. Aber dies und ebenso die unter Umsständen unvermeidliche Annahme der kleindeutschen "Schmerzenskrone" ersscheint ihm nur im Licht eines Opfers, das Preußen dem Gesamtvaterlande zu bringen hat, nicht als ein Ziel, das im Interesse der Machterhöhung Preußens mit voller Kraft zu erstreben ist. Daß in der Anerkennung eines durch verantwortliche Reichsminister über Deutschland regierenden österzreichischen Kaisers die Großmachtstellung Preußens ernstlich gefährdet worden wäre, troß seines Erbseldherrnamtes, wird nicht zu bestreiten sein; und daß eine Erbseldherrnwürde mit solchen Einschränkungen, wie er sie vorschlug, keine militärische Hegemonie Preußens begründet hätte, ist ebensfalls klar.

So wenig durchdacht und fo fart von romantischem Rebel umhüllt diese Plane auch waren, so zeigen sie doch mit Deutlichkeit neben der Festhaltung alter Lieblingsgedanken eine erhebliche Wandlung in Friedrich Wilhelms Unschauungen. Auch er war in dem Bestreben, Bfterreich bei Deutschland ju erhalten, und doch eine Reform zustandezubringen, die dem Einheitsbedürfnisse des deutschen Voltes genüge, auf das einzige Austunftsmittel geführt worden, das fich hier überhaupt barbot, auf die Begründung eines engeren innerhalb eines weiteren Bundes. Es war, wenn auch in anderer und noch jaghafterer Formulierung, der gleiche Grundgedanke, von dem die Reforme plane der Gagernschen Brüder ausgingen.1 Allerdings war der größte Unterschied der, daß der König in dem weiteren Bunde den eigentlichen Ges samtstaat mit dem Raiser an der Spige, in dem engeren nur eine Aus; sonderung eines Teiles für bestimmte, porwiegend militärische Aufgaben sahe, während die Bruder Gagern in dem engeren Bunde das eigentliche Reich, und in den deutscheöfferreichischen Ländern ein lose angegliedertes Außengebiet erblickten. Die Volksvertretung war jenen als Einheitsklammer wichtig und unentbehrlich, dem Könige eine ziemlich nebenfächliche Zugabe ohne bestime menden Ginflug. Immerhin bedeutete es eine unzweifelhafte Unnaberung an ihren Standpuntt, daß der Rönig wenigstens unter Umständen, wiewohl ungern, eine volle Absonderung von Sfterreich, und ein fleindeutsches Reich als mögliche Eventualität ins Auge faßte.

<sup>1</sup> Schon Dönhoff hatte ja diesen Gedanken dem Könige mehrmals nahegelegt; dann war er im Gagernschen Kreise mehrfach erörtert worden; auch die Jdee, Offerreich mit einer Ehrensstellung abzufinden, stammt von dort, wurde aber vom Könige nur vorübergehend ergriffen, und, wie ich oben gezeigt habe, schnell wieder aufgegeben.

<sup>2</sup> Namentlich in der letten Fassung seines Planes, wo der Erifeldherr das einzige vers fassungsmäßige Organ des engeren Bundes gewesen ware, ein Parlament nur für den Gessamtbund vorgesehen war.

Daß die Pläne des Königs in dieser Form praktisch aussührbar gewesen seien, wird niemand behaupten wollen; er selbst freilich hielt sie dafür und verlangte von seinen Ministern, daß sie eine offizielle Verhandlung darüber mit den übrigen Regierungen eröffnen sollten, damit noch vor dem Zussammentritt der Rationalversammlung eine Einigung darüber erzielt werde. Diese hatten freilich einen ganz anderen Utionsplan entworfen.

Ende April beriet das preußische Ministerium über den Entwurf der 17 und beschloß, ihm im Prinzip zuzustimmen. Er enthalte ja im wesentlichen das gleiche, was man bereits im März mit den süddeutschen Vertretern vereinbart habe: ein einheitliches Oberhaupt, ein Oberhaus, bestehend aus den Fürsten oder ihren Vertretern¹, ein vom Volf gewähltes Unterhaus; Rompetenz des Bundes für Heerwesen und die deutsche Gesamtinteressen berührende Gesetzgebung, ein oberstes Bundesgericht und eine gemeinsame Vertretung gegenüber dem Ausland. Daher soll der Bundestagsgesandte ermächtigt werden, den Entwurf als Grundlage der weiteren Beratungen anzunehmen. Dabei wolle aber Preußen von anderen Regierungen etwa im Interesse größerer Selbständigkeit der Einzelstaaten vorzuschlagende Anderungen seineswegs von der Hand weisen, sosern sie das oberste Ziel, die Einheit und Stärte Deutschlands, nicht gefährdeten.

Eine entsprechende Anweisung erging am 1. Mai an den Grafen Dönhoff. Ob sie dem Könige vor der Absendung vorgelegt und von ihm ausdrücklich genehmigt worden ist, erscheint mir sehr zweiselhaft.<sup>2</sup> Die Absicht der Minister war sicherlich, daß Preußen durch prinzipielle Anersennung des Entwurfs einen Druck auf die kleineren Staaten ausüben, sie zu ähnlichen Erklärungen fortreißen und ihnen die Zustimmung durch den Borbehalt einiger Modissistionen zu ihren Gunsten erleichtern sollte. Allerdings wäre durch diesen Zusah beim Gelingen des ganzen Planes ein sehr unklarer Justand herbeisgeführt worden, da es ja gerade darauf ankam, welche Beränderungen noch mit dem obersten Zwecke der Verfassung verträglich seien. Immerhin, wenn wirklich im Prinzip alle zustimmten, war im Moment für Preußen viel gewonnen.

Bar aber daran überhaupt zu denken? Man kann nicht glauben, daß den Ministern das Mundschreiben ihres Königs an die übrigen deutschen Fürsten

Dies ftand allerdings nicht in bem Entwurf, der vielmehr ein aus den Fürsten und von ben Standen der Einzelstaaten gemablten Bertretern bestehendes Oberhaus vorfab.

Meinede 85 behauptet es. In dem Attenftud felbst, das in Beilage 3 im Wortlaut mitgeteilt wird, fleht nichts davon; vielmehr erflärt das Ministerium nur, der König habe durch seine Kundgebungen im Marz bereits die gleichen Grundzüge einer fünftigen deutschen Berfassung anerkannt. Diese Wendung scheint mir eher dagegen als dafür zu sprechen, daß jest seine ausbrudliche Zustimmung zu dieser Anweisung eingeholt fei.

damals unbekannt gewesen sei, das so ganz andere Forderungen aussiellte. Vielleicht gedachten sie auch ihn mitzureißen, wenn sie ihm sagen könnten, die anderen Regierungen stimmen zu; also darf Preußen nicht selbst zurück weisen, was sie ihm gewähren wollen. Aber sie mußten doch auch die enteschiedene Abneigung der größeren Mittelstaaten gegen eine dauernde Reichse vorstandschaft des Königs von Preußen schon erkannt haben, und konnten sich sagen, daß deren Herrscher im Besitz jenes königlichen Rundschreibens an den Ernst der preußischen Zustimmung zum Entwurf schwerlich glauben würden.

Mögen sie nun aber diese naheliegenden Bedenken übersehen oder als unserheblich betrachtet haben, jedenfalls hatte ihr Schritt nicht den gewünschten Erfolg. Graf Dönhoff selbst warnte davor, daß Preußen schon jest sich offen für den Entwurf ausspreche, obwohl er ja selbst die gleichen Ziele wie die Minister erstrebte, und Dahlmann gab ihm recht. Sie befürchteten, daß ein solcher Schritt die übrigen nicht mitreißen, sondern zu scharfen Gegenfunds gebungen veranlassen werde; wenn dann Preußen den Entwurf fallen ließ, hatte es eine ebenso empsindliche Niederlage erlitten, wie mit dem Umritt des 21. März. Dönhoff schlug vielmehr vor, erst die Erklärungen anderer Regierungen abzuwarten.

Gleichzeitig trat nun der König in den ersten Maitagen mit dem Berlangen, seinen Reichsplan zur offiziellen Verhandlung zu bringen, an das Ministerium heran; die Minister erwiderten ihm am 4. Mai, daß besonders der Vorschlag zu einem österreichischen Erbkaisertum, wahrscheinlich aber auch noch manches andere in des Königs Plänen, gegen ihr Gewissen gehe, und sie diese Wünsche nicht vertreten könnten.<sup>2</sup>

Da über Dönhoffs Vorschlag, die offizielle Erklärung in Frankfurt aufzusschieben, eine Entscheidung getroffen werden mußte, trat das Ministerium am 6. Mai zu einer neuen Beratung über die deutsche Frage zusammen.

hier lag außerdem ein soeben vom Bundestage gefaßter Beschluß vor, wonach möglichst schnell eine aktionsfähigere Bundeserkutivbehörde als der Bundestag ins Leben gerufen werden sollte. Zu diesem Zweck wollte man der Bundesversammlung drei außerordentliche Bevollmächtigte "anschließen", den ersten sollte Ofterreich, den zweiten Preußen, den dritten alle übrigen Regierungen aus drei von Bayern vorzuschlagenden Kandidaten ernennen.

<sup>1</sup> Meinede 85 nach ben Berichten Donhoffs v. 4. u. 6. Mai.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Der König an Camphausen 6. Mai, s. Brandenburg, Briefw. S. 63. Ich hatte aus diesem und dem Schreiben Arnims vom 7. Mai (a. a. D. S. 228) geschlossen, daß am 4. Mai ein Ministerrat unter dem Vorsig des Königs stattgefunden habe. Meinedes (S. 85) Angaben aus den Atten, wonach der Ministerrat erst am 6. Mai stattfand (wohl ohne perssönliches Beisein des Königs?), zwingen aber dazu, die Angaben des Briefes auf die schriftliche Erklärung des Ministeriums vom 4. Mai zu beziehen, die Meinede S. 92 erwähnt.

Sie sollten die diplomatische Vertretung und die oberfte Militargewalt bes Bundes bis jur Schaffung einer definitiven Zentralgewalt übernehmen und bei der Feststellung der neuen Verfassung als Vermittler gwischen den einzelnen Regierungen und swischen diesen und dem Parlamente fungieren. In eiligen Fällen durften fie allein auf eigene Berantwortung, fonst "nach dem Rate der Bundesversammlung" handeln. Daß es außerordentlich wichtig für die Regierungen gewesen ware, eine fraftige Vertretung neben der Nationalvers sammlung zu haben, ift ja ohne weiteres flar; weit beffer als der schwerfällige und unpopulare Bundestag hatte fie unannehmbaren Befchluffen der Bolts: vertretung gegenüber die Ginwande der Regierungen gur Geltung bringen und vor allen Dingen verhindern tonnen, daß das Parlament felbft die am Boden ichleifenden Zugel der Bundeseretutivgewalt ergreife. hatte es langer Beratungen bedurft, bevor fich der Bundestag auf Grund eines badischen Untrages am 3. Mai über diesen Beschluß einigte; benn ben mittleren Staaten ericbien ichon eine provisorische Erefutivbehörde, in der nicht jeder von ihnen eine Stimme hatte, als höchst bedenklich.1

So hatte der preußische Ministerrat am 6. Mai über die beiden damals weitaus wichtigsten Fragen zu entscheiden: ob Preußen an Dahlmanns Entswurf als Grundlage der definitiven Verfassung festhalten, und ob es sich dem früher betämpften Bundestagsbeschlusse über die sofortige Errichtung einer provisorischen Bundesezekutivgewalt unterwerfen solle.

Die Mehrheit sprach sich für eine Bejahung beider Fragen aus. Allerdings sollte dem Bunsche Donhoffs gemäß die Zustimmung zu dem Entwurf, die man prinzipiell aufrechterhielt, noch nicht öffentlich erklärt, sondern die Außerungen anderer Regierungen abgewartet werden.<sup>2</sup> Diese Beschlüsse wurden dem Könige mit der Bitte um seine Genehmigung schriftlich mitgeteilt.

Friedrich Wilhelm fah alfo von feinem Ministerium den eigenen Bers fassungsplan scharf jurudgewiesen und Preußens Eintreten für einen von

Der babische Antrag vom 18. April, der übrigens die Erekutivgewalt zwar in derselben Zusammensehung, aber aus der Mitte des Bundestages heraus bilden wollte (f. Roth u. Merd 1, 291), war zunächst an den Revisionsausschuß verwiesen worden. Der Bundestag versuchte dann selbst die Erekutive in die Hand zu nehmen (a. a. D. 294 f.). Preußen wies gegen den Bunsch Arnims seinen Bertreter an, gegen den badischen Antrag und für die schnelle Bahl eines preußischen Bundesseldherrn zu stimmen (22. April, Hassel 561). Hannover verlangte Anteil an der neuen Behorde (Noth u. Merd 1, 325 f.) und beantragte hald darauf ihre Berkärkung auf 7 Mitglieder (a. a. D. 486). Jedoch wurde dieser Antrag schon im Ausschuß abgelehnt. Beschluß v. 3. Mai a. a. D. 489 f. Auch der Fünfzigerausschuß hatte auf die Bahl einer Dreimännerbehörde gedrungen, wollte aber selbst dabei mitwirken und den Gewählten keinen Anteil am Berkassungswert zugestehen. Man war daher hier über den Bundesbeschluß sehr ungehalten (a. a. D. 478 u. 507).

<sup>&</sup>quot; Anmeifung an Donhoff v. 6. Dai, f. Meinede 85.

ihm in den wesentlichsten Punkten mißbilligten Entwurf gefordert. Gewiß würde er am liebsten die Minister, die ihm in einer Lebensfrage für seinen Staat eine Politik aufnötigen wollten, die er für unheilvoll hielt, schon jest entlassen haben. Aber hier machten sich nun zum erstenmale die Folgen davon geltend, daß Preußen den Übergang zum konstitutionellen Staate im Prinzip vollzogen hatte und in der Praxis zu vollziehen im Begriffe stand; das Parlament trat, obwohl es noch gar nicht versammelt war, als mitbestims mender Faktor für die Gesamtpolitik hervor.

Die Eröffnung der preußischen Nationalversammlung nahte heran, und dieser glaubte der König nur mit einem liberalen Ministerium gegenübertreten zu können. So blieb nichts übrig, als wenigstens so lange, wie er diese Männer nicht entbehren konnte, auf die Ausführung seiner eigenen Pläne zu verzichten. Als er die Erklärung der Minister vom 4. Mai ershalten hatte, schrieb er sofort an Dahlmann<sup>1</sup>, er lehne jede Berantwortung ab für das Unheil, das nun über Deutschland kommen werde; er habe alles getan, was in seinen Kräften stehe, um das Berderben abzuwenden; da er aber das Ministerium für den Landtag brauche, ziehe er sich nunmehr ganz in seine "Geburtss und Berufstrolle als König von Preußen und aus der des treu meinenden und begeisterten teutschen Fürsten zurück". Ganz ähnlich schrieb er etwas später an Camphausen selbst, er habe seit jener Erklärung dem Minisserium die Führung der deutschen Angelegnheit "ganz ohne mich und aus eigene Verantwortung vor Gott und der Geschichte gestatten müssen".

Lag aber darin, daß er seinen Ministern nun freie Hand ließ, nicht auch schon eine Genehmigung des Entwurfes der 17? Der König hat sein Urteil darüber gewiß nicht geändert, und die Ramarilla bestärkte ihn in seiner Absneigung. Wenn er trothem zuließ, daß Preußen durch seine verantwortlichen Minister den Entwurf für eine annehmbare Grundlage weiterer Berhandslungen erklärte, so mochte er sich damit trössen, daß Anderungen vorbehalten waren und daß diese sehr weitgehend sein konnten; ferner damit, daß dieser Entschluß zunächst geheimgehalten werden sollte und angesichts des zu erswartenden Widerspruchs der übrigen Staaten wahrscheinlich doch noch zurückz genommen werden müsse. Er glaubte, die Minister würden sich bei dem Versuche, ihre Politik durchzusühren, selbst von deren Unmöglichkeit übers

<sup>1 4.</sup> Mai, Springer 2, 243.

<sup>2 16.</sup> Mai, Brandenburg 88. Wann der König seinen Ministern diese Bollmacht ges geben hat, ob gleich nach Empfang des Schreibens vom 4. Mai oder erst nach dem 6. Mai, wird nicht gang klar; vermutlich doch gleichzeitig mit Absendung des Briefes an Dahlmann.

<sup>3</sup> L. v. Gerlach (5. Mai) 1, 157. Er nennt ben Entwurf findisch, halt Offerreichs Widers fand für sicher und sieht eine Blamage Preußens voraus. Ein Erbfaiser ohne Land als Bundespensionar sei der Gipfel der Absurdität.

zeugen. Aber dies Verfahren hatte doch recht bedenkliche Folgen. Zunächst wurde auf diese Art eine Einigung aller Regierungen vor dem Zusammenstritt des Parlaments, die der König so dringend wünschte, zur Unmöglichseit; ferner aber mußten die einander widersprechenden Außerungen des Königs und des Ministeriums überall, wo man davon erfuhr, die Vorstellung erswecken, daß Preußen selbst nicht wisse, was es wolle.

Der König suchte, da er dies wohl empfand, die ihm abgedrungene Genehmigung dadurch wieder illusorisch zu machen und bindende Maßregeln im Sinne der Minister zu verhindern, daß er zwei Bedingungen daran knüpste: es sollte vor jeder weiteren Verhandlung eine Verständigung mit Osterreich herbeigeführt, und es sollte darauf bestanden werden, daß die Zussammensetzung des künstigen Oberhauses von den Regierungen desinitiv vor dem Zusammentritt des Parlamentes sestgestellt werde, ohne daß diesem eine Abänderung daran gestattet würde. Es läßt sich nicht leugnen, daß Arnim darin mit Recht eine Zurücknahme der gegebenen Zustimmung erblicken konnte. Daß Ossereich den Siebzehnerentwurf auch nur zur Grundlage weiterer Verhandlungen zu nehmen ablehnte, hatte es deutlich genug erklärt; und daß man dem künstigen Parlament nicht werde verbieten können, sich auch mit der Zusammensetzung des Oberhauses zu befassen, ohne in einen unausgleichbaren Konslitt mit ihm zu geraten, lag auf der Hand.

Gleichzeitig drang der König lebhaft auf die sofortige Einsetzung einer provisorischen Erekutivgewalt durch die Regierungen. Schon am 5. Mai bat er Camphausen dringend, den fortwährenden Bersuchen des Fünfzigeraus; schusses, selbst als provisorische Regierung aufzutreten, energischen Widerstand zu leisten.<sup>2</sup> Aber der positive Vorschlag, den er selbst machte, drei deutsche Prinzen, darunter seinen noch in England weilenden Bruder, nach Franksurt zu entsenden, stieß wieder auf Bedenken bei den Ministern, namentlich bei Herrn v. Arnim.<sup>3</sup> Er war nämlich der Meinung, daß nach dem Wortlaut des Vundesbeschlusses nicht die Absicht bestehe, drei Prinzen in das Komitee zu entsenden, sondern drei Beamte etwa von gleichem oder höherem Range als die bisherigen Bundestagsgesandten.<sup>4</sup> In seiner Anweisung an den Bers

<sup>1</sup> An Camphaufen 6. Mai; Arnim an d. König 7. Mai mit deffen Nandbemerkungen f. oben. Ahnlich schon in dem Briefe an Dahlmann vom 3. Mai.

<sup>5.</sup> Mai, Brandenburg 56.

<sup>3</sup> Urnim an den Ronig 7. Mai, Brandenburg 229f.

Den Borfchlag jur Entsendung von Prinzen hatte zuerst Sachsen-Meiningen in einer Mote vom 30. April gemacht (Roth u. Merd 1, 480). Das preußische Ministerium hatte barauf erwidert, daß es diesen Borschlag im jegigen Moment für ungeeignet halte (4. Mai, eb. 482). Ofterreich soll (nach den Randbemertungen des Königs zu Arnims Brief vom 7. Mai s. oben) für die Bildung der Zentralbehörde aus 3 Prinzen gewesen sein; Bapern schlug am 17. Mai den fleineren Staaten drei Minister zur Auswahl vor (a. a. D. 505).

treter in Frankfurt vom 7. Mai sprach er zunächst nur Preußens Zustimmung zur Einsehung des Triumvirates im allgemeinen aus, ohne auf die Personens frage einzugehen; er ließ aber dem Könige gegenüber durchblicken, daß er um seine Entlassung bitten werde, wenn dieser auf seinem Willen bestehe. Auch in dieser Frage fügte sich das Ministerium dem Willen des Königs nicht.

Man würde fich aber doch täuschen, wenn man annehmen wollte, daß diese Auseinandersetung auf die Minister gar feinen Gindrud gemacht habe. Dagegen fprechen die Schritte der nachsten Bochen, soweit fie bieber bekannt geworden find. Um 14. Mai erteilte das Ministerium auf die oben erwähnte fächfische Rote über den Siebzehnerentwurf eine fehr mertwürdige Antwort.1 Es lehnte eine flare Stellungnahme ju dem Entwurf und ben fachfischen Abanderungsvorschlägen ab, da fich erft im Berlaufe der Beratungen in der Rationalversammlung das Urteil der einzelnen Regierungen darüber flären werde, fofern überhaupt der Entwurf "bei den gemeinsamen Beratungen wegen des deutschen Verfassungswertes jur Grundlage und jum Ausgangse puntte gewählt werden follte". Für jest tonne Preugen ihm nur fo welt jus ftimmen, als er fich mit ben Abmachungen vom 23. März bede, benen ja auch Sachsen beigetreten sei. Im Ginne diefer Berabredungen glaube Preugen fich mit benjenigen "Beschränkungen und sonstigen Modalitäten", welche die fächfische Rote anrege, schon jest einverstanden erklären gu tonnen. Bedentt man, daß Sachsen den Wechfel der Oberhauptswürde in bestimmter Reihens folge vorgeschlagen hatte, so erscheint diese preußische Erklärung fast rätselhaft. Man fprach feine Zweifel aus, ob der Entwurf den Beratungen überhaupt jugrunde ju legen fei, obwohl man ihn eben noch offiziell im Prinzip anges nommen hatte; und man erflärte fich einverstanden mit einer Geftaltung der Bentralgewalt, die im schroffften Gegensatz zu dem Grundgedanken des Ente wurfes fand. Zugleich verzichtete man endgültig auf eine Berftandigung der Regierungen untereinander vor dem Zusammentritt der Versammlung.

Einiges Licht fällt aber auf diese Stellungnahme der Minister, wenn wir die Anweisungen mit heranziehen, die Mitte Mai dem preußischen Bundesstagsgesandten herrn v. Usedom, der eben an Dönhoffs Stelle getreten war, gegeben worden sind.

Dem Gesandten wurde nämlich für den Fall, daß die Nationalversammlung das im Siedzehnerentwurf vorgeschlagene erbliche Raisertum augenblicklich für unaussührbar erachten sollte, die Ermächtigung erteilt, sich auch mit einer anderen Gestaltung der Zentralgewalt einverstanden zu erklären, nämlich mit der Errichtung eines dauernden Triumvirats. Diesem hätten der Raiser von Herreich und der König von Preußen als erbliche Mitglieder anzugehören,

<sup>1</sup> Roth u. Merd 1, 451. Schon Meinede S. 85 Unm. hat fury darauf hingewiesen, bag biefe Rote bie früheren Erflärungen der Regierung wesentlich abschwächt.

während der dritte Teilnehmer von den übrigen Bundesfürsten auf Lebenszeit zu wählen sei. Es wurde dem Gesandten ferner anheimgestellt, sich vor einer Kundgebung in diesem Sinne durch den österreichischen Berztreter in Frankfurt die Gewisheit zu verschaffen, daß man in Wien hierauf einzugehen und dem so zu schaffenden Bundesstaat die Kompeztenzen einzuräumen gewillt sei, die ihm Preußen und andere Staaten zuzugestehen bereit seien.

Man ersieht hieraus, daß den Ministern die Ausführbarkeit des Dahle mannichen Planes in dem entscheidenden Sauptpuntte fehr zweifelhaft ges worden war, obgleich fie ein preußisches Erbkaisertum nach wie vor als die beste Lösung ansahen. Sie fürchteten, es werde in der Nationalversammlung nicht durchzubringen fein. Indem fie nun vor Befanntgabe ihrer neuen Abs fichten das Einverftandnis Offerreichs ju gewinnen bemüht waren, wollten sie einem Lieblingsgedanken des Königs Rechnung tragen; und indem sie ein Triumvirat als dauernde Form der Zentralgewalt in Vorschlag brachten, fnüpften fie an den Bundestagsbeschluß über die provisorische Gestaltung diefer Gewalt an. Freilich unterschied fich ihr Projekt von jenem dadurch, daß drei regierende Fürsten an die Spipe gestellt werden sollten. Bei der Aus: führung dieses Gedankens ware Preugen einer Behörde in weitgehendem Mage unterworfen worden, auf deren Beschluffe es feinen maggebenden Gine fluß befaß, da es von den beiden anderen Teilnehmern stets überstimmt werden konnte. Gewiß wird auch noch der weitere Gedanke dahintergeffanden haben, daß Bfterreich die verlangte Ertlärung mahrscheinlich ablehnen, und dadurch eine für Preußens Plane gunstigere Situation in Frankfurt schaffen werde. Auch war die vorherige Befragung Biferreichs und der Zeitpunkt, an dem Preußens neuer Borichlag den übrigen Mächten und der Nationals versammlung mitgeteilt werden follte, gang dem Ermessen des Bundese tagsgefandten überlaffen.

Camphausen übersandte diese Instruktion dem Könige<sup>2</sup> zur Genehmigung mit der Bemerkung, man glaube seinen Ideen damit im allgemeinen entssprochen zu haben, "indem Österreich ein ehrenvolles Anerdieten gemacht, und für den Fall Österreich dennoch ablehnt, eine anderweite Gestaltung Deutschlands ohne Österreich nicht präjudiziert wird". Friedrich Wilhelm gab aber keine klare Zustimmung, sondern verwies nur im allgemeinen darauf, daß er ja dem Ministerium die Führung der deutschen Angelegenheiten völlig überlassen habe. Aber er fügte hinzu, daß es nach seiner Meinung ein schwerer Fehler sei, die Gestaltung der Zentralgewalt — ob Erbtaisertum oder Triums

<sup>1</sup> Infte. f. Ufedom v. 16. Mai f. Brandenburg 87.

<sup>&</sup>quot; 16. Mai, Brandenburg 86.

virat — davon abhängig zu machen, wie die Nationalversammlung sich dazu stellen werde.

Camphausen hatte zunächst die Absicht gehabt, die der König lebhaft billigte, zur Eröffnung der Nationalversammlung persönlich nach Frankfurt zu reisen, um die dortige Stimmung kennen zu lernen und Preußens Interessen von vornherein kräftig wahrzunehmen. Die Mehrheit des Ministeriums sprach sich dagegen aus, und Camphausen fügte sich gegen seine eigene Überzeugung, um nicht in diesem wichtigen Augenblicke eine Ministerkrise herbeizusühren.<sup>2</sup> Anstatt dessen beschloß man, Usedom noch eine genauere Anweisung für sein Verhalten zu geben; sie wurde von Camphausen selbst entworfen<sup>3</sup> und lehrt uns das Programm des Ministeriums im Augenblick des Zusammentritts der Nationalversammlung kennen.

hier wird gunachft betont, daß es Sache der Regierungen fei, über die fünfe tige Bundesverfassung das Nabere festzuseben; der Bundestag habe fie ju beschließen, die verfassungemäßigen Gewalten der Einzelstaaten hatten fie ju genehmigen. Der Frankfurter Nationalversammlung tonne daher eine fonstituierende Gewalt nicht guerfannt werden; fie fei felbst feine Ginheit, ba fie nicht von einem schon vorhandenen Gesamtvolte, sondern von den Bewohnern verschiedener Staaten, die erft eine Einheit werden wollten, gewählt fei. Sie habe weder von den Wählern, noch von den Regierungen das Mandat, durch Mehrheitsbeschluffe für alle Teile Deutschlands bindende Ordnungen ju schaffen. Die Versammlung solle sich ,nicht etwa durch die Borftellung einer fingierten, jurgeit nicht vorhandenen Ginheit" ju Befchluffen verleiten laffen, die ihre Rompeteng überschritten. Gin berartiges Berhalten werde nur der republikanischen Partei Borfchub leiften; diefe Gefahr fei größer als die, daß etwa die Regierungen durch die Bersammlung überwältigt werden fonnten. Sie moge fich daber junachft mit einzelnen ber Ginheit, namentlich der wirtschaftlichen Ginheit, dienenden Magregeln beschäftigen; inzwischen könnten die Regierungen unter fich einig werden und dann eine Bereinbarung mit ber Bersammlung anstreben.4 Ingwischen könne auch die Bersammlung selbst mehr und mehr jur beschlußfähigen Ginheit werden, und gwar "burch eigenen Willen und burch die nötigen Erläuterungen von feiten der Regierungen über den Umfang des Mandats der Abgeordneten".

<sup>1 16.</sup> Mai, Brandenburg 88f.

<sup>2</sup> Bgl. die obengit. Briefe v. 16. Mai und Camphaufen an den Konig 17. Mai, a. a. D. 90.

<sup>3</sup> Bom 19. Mai. Abgedruckt mit den Abweichungen von Camphausens Konzept Beis lage 4; benutt bei Meinede 94.

<sup>\*</sup> Es erwedt doch eine unrichtige Borstellung, wenn Meinede 94 in der Inhaltsangabe bieses Attenstüdes bemerkt: "Wenn das Verfassungswert im ganzen auch scheitere, so sei boch zu hoffen, daß es dann wenigstens noch zu einer Verständigung über einzelne Puntte

Bersuchen wir zunächst den Grundgedanken dieses mehr theoretischen Teiles der Anweisung zu erfassen. Anfangs scheint es, als wolle Camphausen das Parlament nur als eine Stätte betrachten, wo alle Stämme Deutschlands durch ihre erwählten Bertreter frei ihre Meinung äußern sollten, um so den Regierungen Material für ihre frei zu fassenden Entschließungen zu geben. Dann aber wird ihr, wenn sie wirklich zur Einheit geworden sei, doch ein Recht weitergehender Mitwirtung in Aussicht gestellt; die Bereinbarung, wird gesagt, sei nicht so zu denken, "als ob die beiden Paciscenten völlig frei wären, den Bertrag abzuschließen oder nicht abzuschließen", sondern es müsse dabei das Bewußtsein vorherrschen, "daß durch unvorsichtiges Widerstreben oder unzeitiges Zaudern dem einen Paciscenten eine überwiegende Macht geschaffen werden kann".

Diefer icheinbare Widerspruch loft fich aber, wenn man den Ginn diefer Ausführungen im gangen betrachtet. Camphaufen will, daß die Berfammlung fich junachft mit Einzelfragen beschäftige, um ben Regierungen Beit ju geben jur Aufftellung eines gemeinsamen Entwurfs. Die Regierungen muffen einig werden; denn bringen fie feinen folden Entwurf guftande, fo geben fie der Berfammlung das moralische Recht, ihrerseits die Initiative zu ergreifen. Liegt aber ein fertiger Entwurf der Regierungen vor, fo wird das Parlament ihn nicht ablehnen fonnen, ohne die Berantwortung für das Scheitern des gangen Einigungswertes auf fich ju laben. In berfelben Lage werden die Regierungen sein, wenn das Parlament zuerst einen fertigen Entwurf zus standebringt. Camphausen erfennt also von Anfang an deutlich, daß bers jenige Teil einen großen Borfprung haben wird, ber zuerft mit einem fertigen Berfaffungsplan hervortreten tann. Er will daher die Berfammlung vers hindern, diesen Borteil ju gewinnen, indem er fie vorläufig auf Einzels beratungen beschräntt; jugleich sollen aber die Regierungen miffen, daß das Parlament schließlich boch ben Vorsprung gewinnen wird, wenn sie fich nicht beeilen. Die brohende Gefahr einer vom Parlament ottropierten Verfaffung foll die Regierungen gwingen, einig zu werden. Ift dies geschehen, so tann die Mitwirtung des Parlaments auf ein geringes Maß beschräntt werden; man fann ihm die Berfaffung jur Beratung vorlegen, fleine Beränderungen im einzelnen, die es etwa wünscht, jugesteben, darf ihm aber das Recht ju Beränderung der grundlegenden Bestimmungen nicht gewähren. In diefem

von nationaler Bedeutung zwischen Regierungen und Parlament tommen werde". Das sagt die Instruktion nicht, und es kann auch nicht aus ihr gefolgert werden, daß dies die Ansicht der Minister gewesen sei, wie meine Analyse im Text des näheren ergibt. Das Minisskerium hielt durchaus an dem Ziel einer vereinbarten Gesamtverfassung fest und wollte nur vorläufig, als Borbereitung dazu, sowohl die Versammlung wie die Regierungen zur Bers fländigung über einzelne wichtige Puntte veranlassen.

Sinne fann alsdann durch einheitlichen Beschluß der Regierungen bas Mans bat der Bersammlung festgesetst werden.

Alles kam also darauf hinaus, daß die Versammlung start genug sein müsse, daß die Regierungen durch die Furcht vor ihr zu einer Einigung getrieben würden, aber nicht start genug, um wirklich gegen den Willen der Regierungen die entscheidende Stellung einzunehmen. Für Preußen ergab Camphausens Plan den Vorteil, daß es durch den Hinweis auf die sonst drohende Gesahr einer Übermacht des Parlamentes die übrigen Regierungen zum Anschluß an seine Vorschläge zu bringen versuchen konnte; mißlang dies, so blieb immer noch der allerdings viel bedenklichere Weg gangbar, sich mit der Mehrheit der Nationalversammlung gegen die widerstrebenden Staaten zu verbünden. Hierbei waren jedoch zwei sehr unsichere Größen mit in Rechnung gestellt; es war äußerst fraglich, ob die Versammlung wirklich so lange zögern werde, bis die Verhandlungen der Regierungen untereinander ein bestimmtes Resulztat ergeben hätten; und es war mindestens nicht sicher, ob die preußische Regierung selbst ein bestimmtes Ziel längere Zeit hindurch zu verfolgen imzstande sein werde.

Dieses Ziel suchte allerdings der zweite Teil der Anweisung an Usedom genauer zu bezeichnen. Den Dahlmannschen Entwurf, den Preußen als Erundslage anzunehmen bereit gewesen sei, hätten inzwischen die meisten Regierungen abgelehnt; man werde daher zunächst abzuwarten haben, was diese anstatt dessen vorschlagen würden.

Der Gesandte sei ermächtigt, das Triumvirat in der schon früher bezeich, neten Form als eine für Preußen annehmbare kösung zu bezeichnen. Es solle dies aber nur ein Anerbieten sein für den Fall, daß Österreich mit seinen deutschen Gedieten dem Bunde beitrete; sobald es sich dessen werde eine Einigung Deutschlag als nicht gemacht angesehen werden. Preußen werde eine Einigung Deutschlands ohne Österreich so lange betämpfen, wie noch Aussicht auf einen Beitritt Österreichs vorhanden sei. Über die Zusammensehung des Oberhauses könne Preußen sich erst äußern, wenn feststehe, ob zwischen dem Oberhaupt und diesem noch ein Fürstenrat stehen solle oder nicht, und wie weit überhaupt die Kompetenz des Reiches gehen solle; die Zusammensehung des Unterhauses

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In Camphausens Konzept war ursprünglich eine etwas veränderte Zusammensehung des Triumvirats (Wahl des dritten Teilnehmers auf 2 Jahre abwechselnd durch die nords beutschen und süddeutschen Fürsten) vorgesehen und der Beitritt Österreichs mit seinen beutschen Besthungen als Voraussehung jeder Verhandlung bezeichnet worden. Ob man daraus einen prinzipiellen Gegensah zu der Meinung seiner Kollegen in der österreichischen Frage folgern darf, scheint mir zweiselhaft. Er könnte die bestimmtere Fassung auch gewählt haben, um bei dem Könige den Urzwohn nicht austommen zu lassen, daß die Vefragung Österreichs überhaupt nicht ernst gemeint sei.

fönne "zum großen Teile" den Beschlüssen der Frankfurter Versammlung überlassen bleiben.

Aus den Bemerkungen über die Bundeskompetenz sei nur hervorgehoben, daß die militärische Oberhoheit der Zentralgewalt auf die Feststellung der leitenden Grundsätze und die Ernennung der oberen Besehlshaber bis zum Divisionär herunter beschränkt sein sollte; in der Regel sollten dem Reiche an eigenen Einnahmen die Grenzzölle zur Verfügung stehen, nur im Falle eines Reichstrieges die Erhebung direkter Reichssteuern zulässig sein. Was an Hoheitsrechten dem Reiche nicht ausdrücklich zugewiesen sei, habe den Einzelsstaaten zu verbleiben.

Auch in dieser Instruktion nimmt man deutlich das Bestreben der Minister wahr, den Bünschen des Königs Rechnung zu tragen, soweit es mit ihren eigenen Grundüberzeugungen vereindar erschien. Namentlich darin, daß die eigentlich entscheidende Rolle den Regierungen vordehalten werden sollte, und in der Rücksicht auf die Teilnahme Osterreichs tritt dies hervor. Es ließ sich ja nicht leugnen, daß, wenn Osterreich in den geplanten Bundesstaat einbezogen wurde, ein einheitliches Oberhaupt undentbar und die Trias immer noch das verhältnismäßig Beste war. Aber aus der ganzen Fassung des Attensstückes leuchtet doch deutlich genug die Hoffnung hervor, daß Osterreich das darin liegende Angebot ablehnen werde. In diesem Falle will man an den Borschlag des Triumvirats nicht mehr gebunden sein und behält sich stillsschweigend vor, auf den Dahlmannschen Plan einer erblichen Oberhauptsswürde zurückzusommen.

Hierin liegt meines Erachtens der Schlüssel für das Verständnis der ganzen Instruktion. Die beiden Anweisungen vom 16. und 19. Mai stellen einen Versuch des Ministeriums dar, den König mit seinen eigenen Wassen zu schlagen, seine Pläne durch scheinbares Eingehen auf sie zum Scheitern zu bringen. Man will ihm den Gefallen tun, zunächst einen Versuch zur Geswinnung Osterreichs zu machen, will zu diesem Zwecke die einheitliche, erbliche Zentralgewalt scheinbar preisgeben, um, wenn Österreich auch dann ablehnt, sagen zu können, es bleibt kein anderer Ausweg als das kleinere Deutschland mit Preußen an der Spize. Für diesen Fall hatte sich ja der König, wenn auch widerstrebend genug, zur Annahme der Oberhauptswürde bereit erklärt; es galt ihm selbst die Überzeugung beizubringen, daß die Zwangslage, der er zu entgehen hoffte, unausweichlich gegeben sei. Denn das Ministerium brauchte ja nicht nur sein passives Geschehenlassen, sondern seine aktive Mitzwirtung, wenn etwas zustandetommen sollte, und mußte daher versuchen, die Bedingungen zu schaffen, unter denen diese allein zu haben war. Diese Ans

Diefer Paffus erinnert befonders deutlich an die Ausführungen des Ronigs, f. o. S. 83.

weisungen waren auf den König berechnet, ihr lettes Ziel trot aller scheinbar anders lautenden Wendungen das fleindeutsche Reich unter Preugens Führung. Mur fo verfteht man es auch, wie ein Mann von der preugischen Gefinnung Camphausens für das Triumvirat eintreten fonnte, deffen Bus ftandekommen die Mediatisierung Preugens bedeutet haben würde. Er wollte es nie im Ernfte ins Leben rufen, sondern dieser Borfchlag follte nur ein Schachtug, eine tattische Wendung fein, um den eigenen König zu überzeugen, daß felbft derartige Jugeftandniffe Ofterreich nicht wurden bestimmen tonnen, fich einer nicht von ihm allein geleiteten Bundeszentralgewalt unterzuordnen. Rur fo wird es auch erffarlich, wie fast gleichzeitig Sachsen gegenüber auch bas Bechseln der Oberhauptswürde als annehmbar bezeichnet werden konnte. Alle diese Möglichkeiten bildeten eben keine Lösung, die das Ministerium ernfte lich für Preußen annehmen wollte; sie wurden nur bilatorisch behandelt, als möglich jugegeben, um junachst einmal eine flare Abfage Offerreichs ju propozieren. Daneben spielte allerdings, wie die Instruktion deutlich zeigt, ber Bunich, dem Bormurfe verwerflichen preußischen Chrgeizes zu entgeben, eine nicht unerhebliche Rolle. Man hielt es noch nicht für moralisch erlaubt und politisch flug, wenn ein Staat sein Streben nach Machtvergrößerung offen zeige; man wollte den bei den Ministern ohne Zweifel vorhandenen preußischen Egoismus mit dem Feigenblatt feuscher Burudhaltung verhüllen und fich scheinbar gur Ergreifung ber Führung nötigen laffen. Aber auch biers bei war wiederum die Rücksicht auf die Anschauungen des Konigs mitwirkend; für eine offene Machtpolitit Preugens hatte man nie hoffen tonnen, ihn ju gewinnen.

Es war gewiß eine sehr komplizierte Politik, welche das Ministerium hiermit einleitete. Herreich sollte selbst durch die geforderte Erklärung die Möglichkeit für das verabscheute kleindeutsche Neich schaffen, der König gegen seinen innersten Wunsch bewogen werden, an dessen Spize zu treten; der National, versammlung sollte die entscheidende Stimme genommen, und doch sollte sie erhalten und zum Oruck auf die übrigen Negierungen benutzt werden.

Weinede, Radowiß 95 f. meint, es habe der Gedanke eine besondere Rolle gespielt, wenn das hauptziel nicht zu erreichen sei, sich mit kleinen Anderungen der bestehenden Bundes, verfassung zu begnügen. Ich glaube nicht, daß dies jemals Camphausens Meinung war. Er schätzte der nationalen Bewegung viel zu hoch ein, als daß er jeht schon an ein Scheitern des Verfassungswerkes geglaubt hätte; hat er doch noch im April 1849, wo die Machtverhältnisse schon ganz anders lagen, eine Lossagung von dem Einheitsz gedanken als sehr gefährlich für Preußen angesehen. Auch die Kritik Meinedes an diesem Programm halte ich nicht für berechtigt, soweit sie Camphausen tressen kann; die hegemonischen Absichten wurden nicht jeht verkündigt, sondern waren im Moment höchster Erregung am 21. März ausgesprochen worden; Camphausen fand sie vor wie die anderen Märzverheißungen.

Selbst bei der größten persönlichen Geschicklichkeit hätte nur ein Staatsmann, dessen Stellung so gefestigt war, daß sie dem Könige und dem preußischen wie dem deutschen Parlamente gegenüber dauernd behauptet werden konnte, sie durchführen können. Aber bald sollte sich zeigen, wie sehr dem Märze ministerium die innere Einheit und die Bedingungen für einen sicheren Forte bestand mangelten.

Benn auch die Borgange, die fich im April und Mai im Schofe der preus Bifchen Regierung abspielten, mit Silfe des bisher befannten Materials nicht vollftandig flargestellt werden fonnen, so ift doch so viel völlig deutlich, daß der Konig und fein Ministerium gang verschiedene Dinge wollten. Jener eine Erneuerung des heiligen Romischen Reiches in etwas modernisierter Form unter Offerreichs Raifertum, womöglich mit einem rein militärischen engeren Busammenfchluß des übrigen Deutschland unter dem Konige von Preußen als Erzfeldheren; Diefes ein fleindeutsches Reich mit preußischer Spige und parlamentarischen Institutionen, wobei nur entweder eine völlige Abtrennung Deutsche Offerreichs vom habsburgischen Gesamtstaate oder eine gang lodere Berbindung Deutschlands mit diefem Gefamtftaate denfbar ges blieben ware. Jener eine Oftropierung ber wefentlichften Teile ber fünftigen beutschen Berfaffung durch die Regierungen; dieses eine Bereinbarung ber gangen neuen Staatsordnung swischen ben Regierungen und dem Darlas ment. Die Minifter vertraten in dem ersteren Punft die Interessen bes preußischen Staates gegenüber ben perfonlichen Gefühlen bes gerade res gierenden preußischen Königs; in dem letteren vertrat Friedrich Wilhelm IV. die hergebrachte patriarchalisch-autofratische Anschauung des Altpreugentums. mabrend die liberaletonstitutionelle Aberzeugung der Minister, wenn fie ju voller Geltung gelangte, manche Gefahren für die Gelbftandigfeit und Bes schlossenheit bes preußischen Staates in fich barg. Gut national glaubten beide Teile ju fein. Aber nach dem Empfinden des Königs war die haupts fache für ein nationales Staatswesen, daß es alle Boltsgenoffen, wenn auch in loferen Formen, umfpanne, und er wurde schließlich lieber Millionen Stammfrember einbezogen, als einen erheblichen Bruchteil bes beutschen Boltes braugen gelaffen haben. Das Minifterium legte ben hauptwert auf ein national geschlossenes und durch möglichst fart entwidelte gemeinfame und voltstumliche Inftitutionen fest gufammens gehaltenes Staatswesen und wollte beffen Begrundung, wenn es nicht anders fein tonne, auch durch ben Bergicht auf einen Teil altdeutschen Bodens und Blutes ertaufen.

Die Gegenfage waren im Grunde stets unüberbrüdbar, und wurden auch von beiden Seiten von Anfang an start empfunden; trogdem hielt man aber hüben wie drüben für möglich, den anderen Teil doch noch überzeugen oder

wenigstens zum Nachgeben bringen zu können. In diesen Maitagen sehen wir die beiden Richtungen innerhalb der preußischen Regierung, deren Kampf sich schon im März deutlich angekündigt hatte, bereits Brust an Brust hart mitzeinander ringen; aber jede schreckt noch vor Anwendung der äußersten Kamps; mittel zurück. Indem der König scheinbar ganz nachgibt, tritt er doch in Wahrzheit nur einen Schrift zurück, um aufzuatmen und die Gegner Fehler machen zu lassen; indem die Minister den Sieg in händen zu haben glauben, wagen sie es doch nicht, ihn rücksichtslos zu benußen, weil sie die Schwäche ihrer Position nur zu gut fühlen.

## 4. Rapitel.

## Yom Zusammentritt des Frankfurter Parlaments bis zu der Krisis im November.

Die Berhandlungen des Frankfurter Parlamentes nahmen von Anfang an eine gang andere Richtung, wie es der Rönig und das Ministerium gewünscht und erwartet hatten. Wir brauchen uns nur zu erinnern, eine wie bescheidene Rolle Friedrich Wilhelm IV. Dieser Versammlung bei der Bes grundung der neuen deutschen Verfassung jugedacht hatte, und wie eifrig auch Camphausen und seine Rollegen ihr den tonstituierenden Charafter bes ftritten batten, um ihre Enttauschung über ben Berlauf der Dinge ju vers fleben. Roch in der Instruktion vom 19. Mai hatte das Ministerium voraus, gesett, die Versammlung werde durch eine Botschaft des Bundestages eröffnet werden; diefer follte also als Bertreter der sämtlichen deutschen Regierungen fofort ber Berfammlung gegenüber die Stellung einnehmen, bie in einem fonftitutionellen Einzelstaat die Regierung der Bolfsvertretung gegenüber zu haben vflegt. Der Bundestag entsprach dieser Erwartung nicht. sondern beschräntte fich darauf, die Versammlung durch ein höfliches Schreiben ju begrüßen und ihr beil und Segen ju munichen.1 Es ift meines Wiffens bisher nicht befannt geworden, worauf die Erwartung der preugischen Mis nifter berubte, und aus welchen Grunden der Bundestag fich ju einem abs weichenden Verfahren entschlossen bat. Schon durch diefes Vorgeben mußte bei ben Abgeordneten bas Gefühl erwedt werden, es fiehe ihnen gar feine wirkliche Gesamtvertretung der Regierungen gegenüber, und es läge die volle Berantwortlichteit für das ju schaffende Berfaffungewert auf ihnen allein.

Die einzelnen handlungen des Parlaments in den nächsten Wochen sind bekannt genug; ich kann mich hier mit einem kurzen hinweise auf die wichtigssten begnügen. Die Erklärung des Präsidenten von Gagern, welche die Bollmacht der Versammlung, die Verfassung allein zu schaffen, von der Souveranität der Nation ableitete<sup>2</sup>; der Beschluß, welcher schon im voraus

<sup>&#</sup>x27; Schreiben v. 17. Dai, Roth u. Merd 1, 525.

a Es lag darin weniger ein theoretifches Betenntnis zu der Lehre von der Boltssouves ranitat, als die Aberzeugung von der Unmöglichteit, auf anderem Wege zum Ziele zu tommen. Auch Camphausen, der für die Boltssouveranitat nie zu haben war, hat von der damaligen Lage gesagt, die Regierungen hatten, indem fie selbst einen Verfassungsentwurf nicht vorlegten, fliuschweigend zum Parlament gesagt: "Wir tonnen zur deutschen Berfassung nichts beis

alle Einzelbestimmungen der deutschen Verfassungen kassierte, die der künftigen Sesamtverfassung widersprechen würden; die Einsetzung einer provissorischen Zentralgewalt für Deutschland ohne vorherige Zustimmung der Regierungen; die Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser; die Aufforderung an sämtliche deutsche Truppenteile, ihm zu huldigen — das alles waren Maßregeln, die in der gleichen Richtung lagen. Riemand konnte darüber im Zweisel sein, daß die Versammlung den deutschen Einzelstaaten teine entscheidende Mitwirtung, sondern nur eine beratende Stimme bei dem Versassungswerte zubilligen wolle, und daß sie sich selbst und die durch Verzmittlung eines verantwortlichen Ministeriums von ihr maßgebend beeinsstußte provisorische Zentralgewalt als die eigentlich ausschlaggebende Instanz im deutschen Staatsleben ansah.

Wenn heinrich v. Gagern dem preugischen Gefandten fagte, daß er und feine Gefinnungsgenoffen tropbem an ihrem alten Ziele, der Begründung eines engeren Bundes unter preugischem Erbfaisertum, festhielten, und daß die Bahl eines öfferreichischen Prinzen jum Reichsverweser nur dazu dienen folle, die deutschen Staaten an das Vorhandensein eines monarchischen Dberhauptes ju gewöhnen', fo fprach er damit gewiß die Meinung vieler, vielleicht der Mehrzahl der Abgeordneten aus. Aber es läßt sich nicht vers tennen, daß es für Preugen eine fehr unfichere Spekulation gewesen ware, wenn es jur Startung der junachft in öfterreichischen Sanden befindlichen Bentralgewalt beigetragen hatte in der hoffnung, fpater felbst die Berfügung darüber zu erhalten. Und außerdem war es ja noch die Frage, welche Bes dingungen die Mehrheit des Varlaments an das preugische Erbfaisertum fnüpfen, ob fie auch jest noch die Auflösung der preußischen Staatseinheit als Gegengabe fordern wurde. Friedrich Meinede hat querft auf diefe Bestrebungen energisch bingewiesen und ift ihrem Ursprung und ihrer psnchos logischen Begründung mit feinem Spürfinn nachgegangen. Die Zeugniffe, die er anführt, laffen feinen Zweifel daran, daß Männer wie Dronsen, Stodmar und Rumelin diese Gedanken ernstlich gehegt und jum Teil auch für fie Propaganda gemacht haben. In dem von Stodmar entworfenen, von Rümelin aufgenommenen Plane, Preußen in ein unmittelbares Reichsland ohne eigenes Parlament, Diplomatie und heer zu verwandeln, fanden fie ihren prägnantesten Ausdrud.2 Indessen läßt sich wohl die Frage aufwerfen, ob er die Bedeutung dieser Tendenzen innerhalb der Versammlung und ihren Eins

bringen, macht sie allein". "Entschuldbar", urteilt er, "war es unter diesen Umständen, daß die Bersammlung sagte, wir allein wollen die Bersassung machen" (f. Beilage 31 Ar. 6). Bgl. auch das Urteil von Radowis, Meinede 106.

<sup>1</sup> Bericht Usedoms v. 21. Juni, Meinede 124.

<sup>2</sup> Bgl. die Belege bei Meinede, Beltburgertum2, G. 358f. u. 374f.

fluß auf den weiteren Gang der Dinge nicht doch überschätt hat. Sollten fich nicht auch folche Abgeordnete, die Preußens Auflösung theoretisch für die allein richtige Lösung bielten, doch gefagt haben, daß an eine praktifche Ausführung folder Ideen gar nicht zu denten fei, folange noch ein ftartes preußisches Selbft: gefühl eriftiere?1 Es ift gewiß richtig, daß man im Sommer 1848, namentlich nach der Anerkennung des öfterreichischen Reichsverwesers, die Lebenstraft bes preußischen Staates in Frankfurt ju gering eingeschätt hat2; aber man murde doch durch die Tatsachen bald zu einer richtigeren Meinung gebracht. namentlich feitdem die Verfammlung in der Frage des Waffenstillstandes mit Danemart vor dem entschiedenen Willen der preußischen Regierung hatte jurudweichen muffen. Als damals jum erstenmale prattifch die Frage gestellt wurde, wer ftarter fei, das Parlament oder die preußische Regierung, da erwies fich alsbald die Aberlegenheit der letteren. Und nur die Waffen öfterreichischer und preußischer Truppen vermochten die Berfammlung felbft vor den über ihr schwächliches Burudweichen tobenden demotratischen Gles menten ju retten. Konnte man Preugens Silfe entbehren, wenn die Ber: faffung fertig mar, und es fich darum handelte, fie durchzuführen gegen alle, benen fie ju weit oder nicht weit genug geben werde? Die Frankfurter Mehr beit mar tatfachlich gar nicht in der Lage, dem preugifchen Staate folde Bes dingungen vorschreiben zu konnen; sie brauchte ihn nötiger, als er sie; und das Bewußtsein hiervon begann sich nach den verhängnisvollen September: tagen auch in Frankfurt felbst Bahn zu brechen.

Es ist zuzugeben, daß es auch nach dem September immer noch einzelne Abgeordnete gegeben hat, die für ein Aufgehen Preußens in Deutschland waren; aber wieviel mögen ihrer noch gewesen sein? Unter den liberalen Abgeordneten aus Preußen selbst haben diese Pläne von Anfang an wenig Anhänger gehabt; selbst unter den Rheinländern, den Neupreußen, denen man es doch am ehesten zutrauen könnte, haben höchstens einzelne zeitweise Geschmack daran gefunden. Die ganze Jdee wurde wesentlich von einigen unitarisch gesinnten Abgeordneten der mittleren und kleineren Staaten verstreten; auch die Brüder Gagern selbst entstammten ja diesen Kreisen.

Bei den preußischen Staatsmännern, soweit fie fich diefen Gedanten übers haupt näherten, nahmen diefe boch eine erheblich andere Gestalt an. Wir

Abnlich urteilt auch Unfcug, Preug. Berfaffung 1, 49 f.

<sup>2</sup> Dgl. die Berichte Ufedoms v. 22. u. 24. Juni b. Meinede, Radowit 121f.

Ginen Antlang daran findet man z. B. in dem Briefe Bederaths an feine Frau vom 14. Juli (Roln. 3tg. 1872 7. Jan.): Camphaufen weigere fich, "den für Preußen schmerzlichen, aber unvermeiblichen Abergang aus der Stellung einer Grofmacht in diejenige hinübers zuleiten, die der König selbst im Patent vom 21. März mit den Worten bezeichnet hat: "Preußen geht fortan in Deutschland auf".

erinnern und, daß heinrich v. Urnim Preußen nur unter der Boraussehung in Deutschland aufgeben laffen wollte, daß auch die übrigen Staaten in gleichem Mage ihre Gelbständigfeit opferten, und daß er fogar bas deutsche Parlament sich ursprünglich als einen durch die außerpreußischen Abgeorde neten verstärften preußischen Landtag gedacht hatte. Ihm schwebte offenbar ein Reich vor, das seinen Mittelpunkt in der preußischen hauptstadt haben follte; die preußischen Staatsorgane wurden dann zu Reichsorganen er: weitert worden sein, soweit die betreffenden Angelegenheiten in die Kompes teng des Reiches fielen. In ähnlichen Borftellungen bewegte fich auch Bunfen!, beffen Bunfch es war, daß die preußischen Gefandtschaften im Auslande ju Reichsgesandtschaften werden sollten, während das preußische diplomatische Korps durch die Aufnahme geeigneter Clemente aus der fleinstaatlichen Diplomatie verstärft werden muffe. In ähnlicher Beife follte das preußische heer jum Reichsbeer erweitert werden. Bunfen unterschied fich jedoch darin von Arnim, daß er es nicht für möglich hielt, Deutschland von Berlin aus ju regieren, sondern den Sip der Reichsregierung nach Frankfurt oder an einen ähnlich gelegenen Ort verlegt wissen wollte. Auch wenn er später unter bem Ginflusse Stodmars ben Gedanken aufnahm, bag Preußen unmittele bares Reichsland werden folle, wollte er doch an einem befonderen Parlament für Preußen, bestehend aus den preußischen Mitgliedern des Reichsparlas mentes und an der Gelbständigfeit der preußischen Staatsverwaltung fest: halten; er meinte, daß der fünftige Raiser als Ronig von Preugen fogar bei der Ernennung der in Preußen fungierenden Reichsbeamten nicht an die Buftimmung der übrigen Fürsten gebunden sein durfe, die er für das übrige Reich für notwendig bielt.

Im allgemeinen wird man sagen können, daß auch unter den Frankfurter Abgeordneten nicht der extreme Plan einer Zerschlagung oder Auflösung Preußens vorherrschend war, sondern viel stärker der Gedanke vertreten wurde, daß das preußische Kaisertum nicht gleichbedeutend sein dürse mit einer Unterordnung der übrigen Staaten unter Preußen. Die vom Raiser geleitete Reichsgewalt und die vom Könige von Preußen geleitete preußische Staatsgewalt sollten nicht zusammenfallen; das Reichsministerium sollte aus anderen Personen bestehen wie das preußische Staatsministerium; der Sis der Reichsregierung sollte nicht die preußische Hauptstadt sein. Es läßt sich gewiß nicht verkennen, daß auch hierin noch eine starke Zumutung an den weitaus größten der rein deutschen Staaten lag, und daß es sehr fraglich gewesen wäre, ob die unvermeidlichen Reibungen zwischen der Reichsgewalt und der preußischen Regierung durch die Tatsache, daß an der Spite beider der

<sup>1</sup> Bgl. Rippold, Bunsen Bd. 2 passim; Ulbricht, Bunsen u. d. deutsche Einheits, bewegung.

gleiche Monarch fand, in genugender Beife hatten gemildert und ausges glichen werden fonnen. Denn es galt ben Bortampfern des nationalen Gedanfens damals als ausgemacht, daß das Ministerium in weitgehender Abhangigfeit von der Mehrheit des Parlamentes fiehen muffe; und es ließ fich in feiner Beife eine Garantie dafür finden, daß die Mehrheit des deutschen und des preußischen Parlamentes ftets die gleiche politische Zusammensehung aufweisen murden; selbst dann, wenn das preußische Parlament aus den preußischen Mitgliedern der Reichsversammlung bestanden hatte, ware eine verschiedene Mehrheitsbildung in beiden fehr wohl denkbar gewesen. Dann aber batte fich der Raiser in der Notwendigkeit gesehen, im Reiche ein Minis fterium von anderer, vielleicht entgegengesetter Richtung ju haben, wie in Breufen, und die Aufgabe, beide miteinander in Ginflang gu halten, ware faft unerfüllbar gewesen. Man tröftete sich in Frankfurt wohl im wesentlichen mit der hoffnung, daß dieser theoretisch mögliche Gegensas praktisch nicht gubäufig in Erscheinung treten werde, und daß die Dinge in Preugen sich alle mablich fo entwideln wurden, daß eine weitgehende Angleichung an die im Reiche bestehenden Berhaltniffe eintrete. Auch dies hatte im gewissen Sinne einen Bergicht auf die hergebrachte Eigenart des preußischen Staates bedeutet. Namentlich, da in Preugen aller Boraussicht nach der Adel seine bifforisch erwachsene Machtstellung auch unter ben neuen Verhältniffen gu behaupten versucht haben wurde, mahrend im Reiche Parlament und Minis fterinm zweifellos einen überwiegend bürgerlichen Charafter getragen haben würden. Daraus erflärt fich der teils instinktive, teils bewußte Gegensat der: jenigen Schichten, die bisher in Preußen regiert hatten, auch gegen eine bers artige Reugestaltung Deutschlands; und es ift bezeichnend, daß die haupts vertreter einer beutschen Politit innerhalb ber preußischen Regierung bie burgerlichen, westdeutschen Staatsmanner gewesen sind, die durch die Res volution ju Ginfluß gelangt waren.

Immerhin waren dies Gefahren, die in weiter Zukunft lagen; Preußen hatte sie wohl auf sich nehmen können, in der Hoffnung, schließlich doch durch die Stellung und Wirksamkeit seines Monarchen die diplomatische und milistärische Verfügung über die Kräfte des übrigen Deutschland zu erhalten, während jeder Versuch einer Auflösung des preußischen Staates die unbesdingte Feindschaft der in ihm groß gewordenen und mit ihm verwachsenen Elemente hervorrusen mußte.

Als eine für den Augenblick weit bedenklichere Erscheinung mußte man in Berlin das unzweideutige Streben der Nationalversammlung betrachten, nicht nur die kleineren Höfe, sondern auch die preußische Regierung von jedem entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung des Verfassungswertes auszusschließen. Auch diejenigen preußischen Staatsmänner, die ein preußisches

Raisertum wünschten, mußten daran sesthalten, daß Preußen bei der Formus lierung der Bedingungen, unter denen es zustandekommen sollte, ein ents scheidendes Wort mitzusprechen habe. I Junächst freilich war man in Berlin durch die Machtansprüche der Versammlung so überrascht und durch die Uns möglichkeit, mit den übrigen Regierungen zu einer Verständigung zu gelangen, so bedrückt, daß man sich zu entscheidenden Gegenmaßregeln nicht aufraffen konnte. Dazu kam, daß nach dem Jusammentritt der preußischen Nationals versammlung am 22. Mai und dem Beginn der Beratungen über die neue preußische Versassung diese innere Angelegenheit, die sich zunächst als die dringendere darstellte, alle Ausmertsamkeit und Arbeitskraft der Minister in Anspruch nahm.

Bekanntlich tam es auch in dieser Frage zu den heftigsten Reibungen awischen König und Ministerium. Friedrich Wilhelm war entsett über ben Berfassungsentwurf, den seine Minister dem Parlamente vorlegen wollten und schließlich, nachdem sie ihm eine bedingte Zustimmung muhfam abges rungen hatten, auch wirklich vorlegten. Seinem Freunde Radowiß hat der König damals geschrieben, er habe sich vergeblich bemüht, den allergröbsten Unflat daraus ju entfernen, und geglaubt, in der entscheidenden Sigung vor Schmerg, Rranfung und Indignation fferben gu muffen. Er bat ibn fogar, öffentlich gegen diesen Wisch das Wort zu ergreifen und ihn mit den Waffen der Satire und beiliger Entruftung ju geißeln.2 Er hatte von Anfang an die Aberzeugung, daß bei der Stimmung der Mehrheit der Berliner Ber: sammlung eine Einigung zwischen ihm und ihr unmöglich sein werde und wünschte einen Anlag berbei, um offen mit ihr brechen und die Diktatur ergreifen gu tonnen. Im fillen hoffte er noch immer, daß es möglich fein werde, auf den Bereinigten Landtag jurudjugreifen und die Ideen durchjus führen, an deren Berwirklichung ihn der Ausbruch der Märzrevolution gehindert hatte.3

Bei diesem völligen Mangel an innerer Abereinstimmung zwischen den leitenden Faktoren sielen die Versuche der preußischen Regierung, die Besgründung einer provisorischen Zentralgewalt durch das Frankfurter Parlasment zu verhindern und eine solche noch jeht durch die Regierungen ins Leben rusen zu lassen, recht kläglich zu Voden; der Gegensatz zwischen König

<sup>1</sup> Stockmar betonte damals (an Bunsen 16. Aug., Rippold 2, 461), man könne Preußen nichts bieten, weil man ja gar nicht wisse, was es eigentlich verlange. Man darf aber doch nicht übersehen, daß damals bestimmte Forderungen Preußens eher die Wirkung gehabt haben würden, die im Bollgefühl ihrer Macht stehende Versammlung zu reizen und zu einer scharfen Ablehnung zu provozieren.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> 21. Mai f. Meinede, Radowig 174; vgl. Brandenburg, Briefw. S. 100 ff. Der Berfaffungsentwurf mit den Randbemerkungen des Königs bei Anfchüt a. a. D. 1, 596 f.

<sup>3</sup> Brief an Radowis v. 19. Juni, Meinede 172.

und Ministerium wirtte auch bier verderblich. Bahrend bas lettere bem Bundestagsgefandten befahl, gegen die Bahl eines Reichsverwesers gu arbeiten und während Sansemann perfonlich noch immer für die Ginsebung eines Triumpirates eintrat und die preugischen Abgeordneten ermahnte. dafür zu wirken, da Preußen die Mahl eines Reichsverwesers nicht bulben fonne1, hatte der Konig felbft ichon eine andere Stellung eingenommen. Ihm mußte ja nach seiner gangen Unschauungsweise die Mahl eines öfterreichischen Pringen durchaus inmpathisch fein, ja beinahe als eine Borftufe gur Er: reichung seiner eigenen Ziele erscheinen; so unangenehm es ihm auch fein mochte, daß diese Wahl schließlich von der Nationalversammlung aus eigener Machtvollfommenheit vollzogen wurde, so wenig hatte er in der Sache felbit dagegen einzuwenden. Seinen Freunden Gerlach und Radowit ließ er darüber feinen Zweifel, und der lettere, der ja felbst Abgeordneter in Frants furt war, fühlte fich dadurch vollständig in seinem Gewissen beruhigt, als er für den Erzherzog stimmte. Auch das Ministerium gab im letten Augenblice nach, indem es den Bundestagsgefandten verftandigte, daß Preugen im äußersten Notfall den Erzherzog anerkennen werde.2

Und hierzu tam nun noch, daß fich gerade in diefen Tagen in Berlin ein Bechsel vollzog. Der Anstoß dazu ging nicht vom Könige aus; denn fo sehr er vieles migbilligte, was das Ministerium Camphausen getan hatte, fo glaubte er doch ein liberales Rabinett vorläufig noch nicht entbehren zu können; solange das aber nicht der Fall war, mußte es höchst zweifelhaft ers scheinen, ob sich geeignetere und dem Könige persönlich angenehmere Männer wurden finden laffen. Bielmehr bildefe den Unlag der Umftand, daß Camps hausen bei einer Abstimmung im preußischen Parlament in der Minderheit blieb und es nun nicht mehr für möglich hielt, eine ihn dauernd unterftüßende Mehrheit in der Versammlung ju finden; war das aber nicht der Fall, so hatte er feine Aussicht, die Aufgabe zu lofen, zu der er berufen war, nämlich die neue preugische Berfaffung durch Bereinbarung gwischen Konig und Rationalversammlung guffande gu bringen. Der König versuchte gwar, ibn im Amte festzuhalten; aber Camphausen war perfönlich der unerquidlichen Aufgabe langft überdruffig; fein Ministerium hatte nie eine wirkliche politische Einheit gebildet und war ichon feit Wochen in einem inneren Bersebungs projesse begriffen; Schwerin und Arnim wollten feinesfalls weiter Minister

<sup>1 21.</sup> Juni, f. Bergengran, Sanfemann 563.

Bgl. über dies alles Meinede, Radowih 120f. Die Anweifung an Ufedom erging am 24. Juni, als Camphaufen bereits entlaffen, Auerswald noch nicht angelangt war; der damals auf wenige Tage das Auswärtige Departement leitende Herr v. Schleinih hat sie abgesandt. Man möchte fast vermuten, daß es ohne Einverständnis mit Hansemann auf Grund von Bunschen des Königs geschehen sei.

bleiben, und Camphausen vermochte trop aller Bemühungen feine Männer zu finden, die unter seiner Leitung die Regierung übernehmen wollten.

Das neue Ministerium gehörte im allgemeinen der gleichen Richtung an; namentlich schien Sansemann, der Finanzminister blieb und der eigentlich leitende Geift auch unter dem Prafidium des herrn v. Auerswald war, der berufene Fortsetzer der bisherigen Traditionen zu sein. Aber dies in der größten Gile mühlam zusammengestellte Kabinett war noch viel weniger eine politische Einheit wie das Camphausens. Biele der Minister saben sich über: baupt jum erstenmale, als sie ju ihrer ersten Sigung jusammentraten.2 Der Ronig feinerseits hatte Camphausen gesagt, daß er, wenn diefer auf feiner Entlassung bestehe, nicht weiter links, sondern weiter rechts in der Auswahl seiner Ratgeber greifen werde; das war auch gewiß sein inniger Bunsch; er wollte es aber junächst doch noch einmal mit der Fortsetzung der bisherigen Richtung versuchen, bevor er ben entscheidenden Schritt nach der rechten Seite bin tue. Allerdings enttäuschte ihn Sansemanns Berhalten insofern, als diefer fich in der Auswahl feiner Mitarbeiter, die er meift aus den Mitgliedern der Nationalversammlung nahm, und in der Forderung durchgreifender wirtschaftlicher und fommunaler Reformen sehr viel raditaler zeigte als Campe hausen. Der König hat sogar baran gedacht, ihn sofort wieder zu entlassen und durch Georg v. Vinde ju erseben, ber fich aber versagte.

In der deutschen Frage gedachte das Ministerium Auerswald zunächst nicht von dem Wege abzuweichen, den Camphausen gegangen war. herr v. Arnim, dessen persönliches Verhältnis zum Könige schon lange ein sehr schlechtes gewesen war, und der sich auch wohl mit Camphausen nicht immer ganz versstanden hatte, war noch in den letzten Tagen des alten Ministeriums durch Alexander v. Schleinig ersetzt worden; dieser sollte auf ausdrücklichen Wunsch des Königs auch in das neue Rabinett übertreten, schied aber noch vor dessen endgültiger Konstituierung aus; der Ministerpräsident v. Auerswald übersnahm nun selbst die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, zu denen auch die deutsche Frage gerechnet wurde; er hatte aber nur wenig Zeit dafür übrig, und die wirkliche Führung der Geschäfte siel dem Unterstaatssetzetär Grasen Bülow zu. Dieser war ein Mann von ebensogut preußischer, wie deutscher

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bgl. hierüber Brandenburg, Briefw. S. 173 f. Die Aufzeichnung von El. Th. Perthes, ber damals meiningischer Bundestagsgefandter war, bei D. Perthes, Bundestag und Deutsche Nationalversammlung (Frankf. hift. Stud. 7) S. 101 f. bietet eine anschauliche Schilderung der in Berlin damals herrschenden Berwirrung, jedoch mit starken überstreibungen und Einseitigkeiten; von wem Perthes seine Nachrichten hatte, wissen wir nicht.

<sup>2</sup> Bgl. Bergengrün, hansemann 491f.

<sup>3</sup> hansemann wich allerdings von Camphausen insofern ab, als er ein preußisches Obers haupt nicht nur für den Augenblick, sondern überhaupt für undenkbar hielt. Aber sein Gins fluß auf die auswärtige Politik scheint sehr gering gewesen zu sein.

Gesinnung; unter dem Ministerium Camphausens war er ins Amt getreten und hatte die wichtigsten Anweisungen an den Bundestagsgesandten selbst mit ausarbeiten helsen; in seiner Person lag die beste Garantie dafür, daß man die bisherige deutsche Politik fortsehen werde.

Die Bahl des Reichsverwesers mußte das neue Ministerium naturlich anerfennen, da es durch die letten Afte feiner Borganger gebunden mar. Immerbin fügte Auerswald die Bermahrung hingu, daß aus der Annahme diefer die Kompetent des Parlamentes überschreitenden Magregel weitere Ronfequengen für die Bufunft nicht gezogen werden dürften. Der bedeutfamfte Schritt der neuen Machthaber bestand aber in dem Borschlage an die übrigen Regierungen, dem Reichsverweser ein von den Einzelstaaten gebildetes Bentralorgan an die Seite zu ftellen. Die Bevollmächtigten bei der provisorischen Bentralgewalt in Frankfurt follten eine tollegiale Behörde bilden, um den Reichsverweser zu beraten und als vermittelnde Inftang zwischen ihm und den einzelnen Regierungen zu dienen. In diesem Rollegium follten Offerreich und Preugen je drei Stimmen, Banern eine Stimme gu führen haben, mahrend die übrigen Staaten gufammen vier Stimmen erhalten follten; beren Bers teilung war fo gebacht, daß die thüringischen und mitteldeutschen Rleinstaaten jusammen mit dem Königreich Sachsen, Baden und hohenzollern zusammen mit Burttemberg, die nordweftdeutschen Rleinstaaten gusammen mit Sans nover, endlich heffen, Raffau und Frankfurt gufammen je eine Stimme führen follten. Den Borfit in diesem Rollegium nahm Preugen für fich in Unspruch, ba ja Bsterreich den Reichsverweser gestellt habe.1

Die preußischen Borichlage vom 17. Juli f. Roth u. Merd 2, 6f. Das begleitende Birfular mit ber Forberung bes preußischen Borfibes f. Beilage 5. Gine ausführliche Bes grundung ber Borfcblage arbeitete Geheimrat Rofentrang aus. Er bemübte fich zu beweifen. daß die vorgefchlagene Beborbe den nationalen Bedurfniffen am beffen entfpreche. Bon Intereffe ift feine Motiverung bes preußischen Borfipes : "Der Staatenrat tritt als Collegium in Frankfurt a. M. jusammen. Soll auch durch ihn die Einheit Deutschlands jur Bahrheit werden, fo wird es, des Gleichgewichts halber, ba der Reichsverwefer dem Raiferlich Ofters reicifden haufe angehort, zwedmäßig fein, bag in ihm Preugen proviforifd den Bors fin führt. Diefer Borfchlag ift von Preugen teine Unmagung, fondern einfache Roths wendigfeit, benn es ift einmal berjenige Staat, ber am gefdidteften baju ericheint. Geine Grengen geben ihm ju Franfreich und Rugland wie ju allen deutschen Staaten ein unmittels bares Berhaltnis. Seine Befdichte ift mit ber ber fleinen beutiden Staaten auf bas innigfte verwebt. Durch den Bollverein ift es mit den meiften derfelben fcon feit langerer Beit materiell verbunden. Durch Preugens Gauen ftromen die großeren Dafferadern Deutschlands, bie ihm jur Rords und Offee eine mertantile Beziehung geben. Deutscher und in fich gleichs maßiger, ale bie Ofterreichifche Staatengruppe, farter, ale bie einzelnen ber übrigen beutichen Ctaaten, tann es jum Soun ber beutichen Intereffen tampfbereiter fein, ale irgend einer ber anderen beutiden Staaten. Preufen wird fich baber ber aus ber Lage ber Dinge ihm gus madfenden Obliegenheit nicht entgieben durfen, einen Borfit ju übernehmen, ju beffen

Dieser Vorschlag war von dem Ministerium gewiß sehr ernst gemeint und entsprach seinen Überzeugungen; noch ein Jahr später hat Hansemann gesagt, die ganze deutsche Sache würde einen anderen Verlauf genommen haben, wenn dieser Plan zur Ausführung gelangt wäre. Uber es lag darin — bes wußt oder undewußt — doch auch eine Nachgiedigkeit gegen die Wünsche des Königs, der ja nicht nur die sofortige Vegründung einer die Regierungen vertretenden Instanz in Frankfurt wünschte, sondern auch eine Vevorzugung der größeren Staaten, die zunächst dei der Königswahl und dem Heerwesen in Erscheinung treten sollte.

In Wahrheit mare durch die Verwirflichung dieses Vorschlages neben der gegen den Willen der Einzelstaaten ins leben gerufenen provisorischen Bentralgewalt eine zweite unter Preugens Ginfluß fiebende Bentralbeborde geschaffen worden, die jene erste hatte beaufsichtigen und lahmlegen konnen. Man begreift es baber burchaus, daß der neue Reichsminister des Auss wärtigen, herr v. Schmerling, fich lebhaft gegen die Zusammenfassung der Regierungsbevollmächtigten zu einem beschließenden Kollegium verwahrte, "weil sie mit der gebieten den Stellung unvereinbar sei, welche die Zentralges walt den Einzelregierungen gegenüber einnehmen wolle und muffe". Ahnlich sprach fich heinrich v. Gagern als Präsident der Nationalversammlung aus. Aber auch bei ben übrigen Einzelstaaten fand ber preußische Plan wenig Unflang. Biterreich erhob zwar teine fachlichen Ginwande, weigerte fich aber, an vertraulichen Beratungen über die Berwirklichung der Borschläge teils gunehmen. Bayern und Sachsen wollten den Großmächten nur je zwei auftatt brei Stimmen jugestehen, Baden und heffen Darmstadt verlangten eine eigene Stimme, Rurheffen die dauernde Führung der Stimme der letten Rurie und die Zustimmung des Reichsverwesers; Oldenburg antwortete gang ausweichend, und die fleineren Staaten, soweit fie fich überhaupt außerten, hegten begreiflicherweise eine lebhafte Abneigung gegen die Kurieneinteilung, die sie von jedem Einfluß auf das Verfassungswert ausgeschlossen haben würde.6

Dieser Plan konnte also als gescheitert betrachtet werden; aber zugleich schien sich eine neue Möglichkeit zu bieten, den preußischen Einfluß bei der

Führung es ungesucht alle Bedingungen in fich vereint. Ein Riftrauen gegen Preußen ware hierin ein Riftrauen Deutschlands gegen sich selbst."

<sup>2</sup> Bergengrün, hansemann 570f.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Die Angabe von Perthes (a. a. D. 145), daß dieser Borschlag "ohne Borbes reitung und ohne tiesere Absicht und Aberlegung wie ein Einfall hervorgetreten" sei, scheint mir nicht ohne weiteres glaubhaft. Richtiger ist seine Bemerkung, daß er auch für Preußen selbst in mancher Hinsicht bedenklich gewesen sei; dies teilt er mit den sämtlichen Entwürsen des Königs.

<sup>\*</sup> Bgl. die Abersicht der Antworten, die Camphausen am 31. Juli mitgeteilt wurde, in Beilage 7.

provisorischen Zentralgewalt in gebührendem Maße zur Geltung zu bringen. Der Reichsverweser sollte ja seine Befugnisse durch ein verantwortliches Ministerium ausüben. Da lag nun der Gedanke nahe, Preußen dadurch einen Ersat für die ihm vorläusig entgangene Oberhauptswürde zu gewähren, daß man das Präsidium und die wichtigsen Possen im Reichsministerium preußischen Staatsmännern anvertraue. Eine solche Aussicht hatte für viele Preußen' und zeitweise auch für den König selbst viel Berlockendes. Schien es doch, als werde auf diese Art die wirkliche Macht tatsächlich in die Sände Preußens gelegt. Wer aber so dachte, übersah dabei, daß die preußischen Minister jeden Augenblick durch ein Mißtrauensvotum des Parlamentes aus ihren Stellungen verdrängt werden konnten'; und ferner, daß die Zentrals gewalt, wenn sie eine wirkliche Regierung in Deutschland ausüben wolle, notzwendig gerade mit den größeren Einzelstaaten in Konstist geraten mußte; und in welche Lage hätten dann die preußischen Reichsminister der preußischen Regierung gegenüber kommen müssen?

Diese Schwierigkeiten waren aber zunächst nur wenigen zum Bewußtsein gekommen, und gerade die eifrigsten Anhänger Preußens richteten ihre Blicke auf Camphausen, dessen Kraft durch seinen Rückritt von der Leitung des preußischen Ministeriums eben freigeworden war. Als Vertreter des gesmäßigten Liberalismus, als Rheinländer und als ein Mann, der in die Absichten des preußischen Königs eingeweiht sein mußte, erschien er als besonders geeignet für die Stellung des leitenden Reichsministers.

Camphausen selbst trug wenig Verlangen nach der Übernahme eines neuen verantwortungsreichen und schwierigen Postens; aber sein Gefühl für die deutsche Sache trieb ihn doch dazu, sich der Aufgabe nicht von vornherein zu entziehen, nachdem der Neichsverweser sich, gewiß nicht ganz leichten Herzens, dazu entschlossen hatte, ihm das Präsidium und das Auswärtige anzubieten. Die preußischen Minister und der König selbst ließen ihn wissen, daß sie dringend wünschten, er möge die Stellung annehmen.

Camphausen begab sich Anfang Juli nach Frankfurt, um sich perfonlich von der Lage der Dinge zu überzeugen. Aus seinen Unterredungen mit dem Erzherzog selbst und einer Anzahl einflußreicher Parlamentarier schöpfte er die Gewisheit, daß er die Erwartungen nicht werde erfüllen können, die man

<sup>&#</sup>x27;hochst charafteristisch sind in dieser Beziehung die Außerungen des früheren Marz, ministers v. Arnim gegenüber Perthes Ende Juli (f. Perthes a. a. D. 152 f.). Er trat für möglichste Stärfung der Zentralgewalt, obwohl sie jeht in Ofterreichs handen liege, ein, sogar für eine direkte Unterordnung Preußens, da bei der definitiven her, stellung der Dinge doch niemand Preußen im Ernst ihren Besty streitig machen konne.

Dies verfennt Balentin, Fürft Rarl v. Leiningen G. 115f., der meint, daß Preugen, inbem es biefe Ministerfiellen fich entgeben ließ, eine große Gelegenheit verfaumt habe.

<sup>.</sup> C. Brandenburg, Briefw. 185f. u. 243f.

auf ihn fette. Der Reichsverweser ermutigte ihn durchaus nicht. Er war fury por seiner Bahl von dem schwachsinnigen Raifer Ferdinand mit der Regentschaft in Siterreich betraut worden, und wenn auch die Vermutung, die man damals äußern hörte, daß er fehr gern dauernd die Regierung Bfter: reichs und Deutschlands in seiner hand vereinigen wurde, sicher unrichtig war, fo glaubten doch, wie und Camphaufen ausdrücklich berichtet, damals in Frankfurt die meisten, man werde ihn wenigstens jum ersten Kaiser des neuen Reiches mählen muffen und erft etwa nach seinem Lode auf ein preußis sches Oberhaupt gurudgreifen können.2 Aber auch davon abgesehen, konnte ber Erzberzog ichon im öfterreichischen Interesse nicht wünschen, einen Mann wie Camphausen an der Spite seines Ministeriums zu sehen. Auf der anderen Seite fürchtete Camphausen von der Mehrheit des Parlamentes, die noch gang im Gefühle ihrer unbeschränkten Macht fand, Magregeln, benen Preußen sich nicht werde fügen fonnen, und schließlich eine unannehmbare Berfassung. Sprach man doch ihm gegenüber offen bavon, daß nun sofort alle preußischen Festungen der Reichsgewalt übergeben werden, die Truppen ihr Treue ichwören, die preußischen Gefandtschaften im Auslande gurude gezogen werden müßten.3 Als überzeugter Preuße glaubte Camphausen unter diesen Umftänden sofort in Ronflift mit der Mehrheit geraten zu muffen und lehnte daher den Eintritt in das Reichsministerium ab.4

Der König machte ihm darüber schwere Vorwürfe. Weshalb mag er wohl so großen Wert darauf gelegt haben, gerade Camphausen an dieser Stelle zu sehen, da er doch genau genug wissen mußte, daß dieser in der deutschen Politik andere Ziele versolge wie er? Sagte er doch Ende Juli zu Gerlach: "Mein vorisges Ministerium hat mich wollen zu einer Reichstrone treiben, während ich nie an Usurpation gedacht habe." Wollte er vielleicht der liberalen Mehrsheit des Frankfurter Parlaments einen liberalen preußischen Bertreter gegenüberstellen, damit sich alle Welt davon überzeugen könne, daß die Verssammlung sich selbst mit diesem nicht würde einigen können? Das würde ungefähr seinem Verfahren gegenüber der preußischen Nationalversammlung

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bgl. Bernstorffs Urteil in seinem Bericht vom 16. August (Ringhoffer S. 62f.), das aber nur auf hörensagen beruhte. Über Erzherzog Johanns Persönlichkeit und Stellung in Frankfurt vgl. besonders G. Küngel, D. Reichsverweser Erzhz. Johann u. Fürst Karl Leiningen in 3. f. G. d. Oberrh. N. F. 20, 283 f. und A. Schlossar, Ungedr. Briefe bes Erzherzogs Johann aus Frankfurt a. M. Deutsche Revue Bd. 35, I und II.

<sup>2</sup> Camphausens Bericht v. 14. Dez. (Beilage Nr. 31 Abs. 3.)

<sup>3</sup> Camphausen in Beilage 31 Abf. 3.

<sup>4</sup> Gang irreführend ift es, wenn Friedjung, Offerreich 1848—60, Bd. 1, 120 u. 167, behauptet, Camphaufen habe abgelehnt, "weil er einem öfterreichischen Reichsverweser nicht zur Seite stehen mochte".

<sup>&</sup>quot; Gerlach 1, 181.

und den Ratschlägen seines Freundes Nadowis entsprochen haben. Mag nun aber dies Motiv mitgewirft haben oder nicht, fo hoffte er jedenfalls, daß Camphaufens Ginfluß imftande fein werde, die Zentralgewalt und bas Darlament von für Dreugen unangenehmen Magregeln gurudzuhalten: er war ja felbft einer von benen, die eine Sicherung gegen die Machtanfpruche Frankfurts in der Befegung des Ministeriums durch Dreugen erblicken. In bem Reichsverweser fab er einen Berbundeten gegen die Unspruche ber Demofratie und des Unitarismus. In feinem Briefe an Camphaufen' erflart er, daß er "gewissen auflosenden Anforderungen des neusteutschen Befens an Preugen" feines Fingers breit weichen werde, und daß er im Rotfall gur Anwendung von Gewalt entschlossen sei. Lasse man es so weit tommen, so werde ein furchtbarer Bürgerfrieg die Folge sein. Vielleicht aber werde es bem Erzbergog, wenn er Camphaufen an feiner Seite habe, doch gelingen, den ersten Ansturm "des neusteutschen Wahnsinns" jurudzuschlagen und fo die Einzelregierungen der Notwendigfeit zu überheben, felbft mit energischen Maßregeln gegen das Parlament vorzugehen.

Wir wissen, aus welchen Gründen Camphausen diese hoffnungen nicht teilen und in einem von der Mehrheit der Paulskirche abhängigen Minissterium kein Bollwerk für Preußen oder die übrigen Einzelstaaten sehen konnte. Aber er antwortete auf den Appell des Königs an seine persönliche Freundschaft und sein preußisches Gefühl mit dem überraschenden Anerbieten, daß er ansstatt der ausgeschlagenen Stelle den Posten eines preußischen Bevollmächtigsten bei der provisorischen Zentralgewalt zu übernehmen bereit sei.<sup>2</sup>

Auch dieser Schritt ist nicht ohne weiteres verständlich. Einem Manne von dem Unabhängigkeitssinne und der Uneigennütigkeit Camphausens konnte eine solche Stellung nur dann als verlockend erscheinen, wenn er es wirklich für möglich hielt, in ihr etwas Positives zu schaffen. Er muß also doch eine Verständigung zwischen Berlin und Frankfurt für möglich und seine Person für geeignet gehalten haben, sie herbeizuführen. In der Tat war das seine Meinung, und er hat uns selbst den Feldzugsplan mehrsach entwickelt, nach dem er zu verfahren gedachte.

Die Boraussetzung, von der er ausging, war, daß die Mehrheit der Verssammlung allmählich einsehen werde, wie machtlos sie ohne Preußens hilfe sei, und daß sie sich daher mit der Zeit bereit finden lassen werde, sowohl in bezug auf den materiellen Inhalt der Verfassung wie auf die Art ihres Zustandesommens den preußischen Forderungen Rechnung zu tragen. Einen

<sup>16.</sup> Juli, Brandenburg 185.

<sup>18.</sup> Juli, a. a. D. 189.

<sup>&</sup>quot; Um ausführlichften in feinem bis jum Juli jurudgreifenden Berichte vom 14. Dezember f. Beilage 31.

Prinzipienstreit darüber, ob die Versammlung zur alleinigen Feststellung der Verfassung berechtigt oder auf die Zustimmung der Regierungen angewiesen sei, gedachte er als unfruchtbar möglichst zu vermeiden; vielmehr sollte Preußen mit der Mehrheit der Paulstirche unter der hand über die Gestaltung der Verfassung einig werden, so daß dann seiner sormellen Zustimmung zu der in Frankfurt beschlossenen Verfassung teine hindernisse im Wege gesstanden hätten.

Die Abgrenzung der Rompetenzen zwischen Reich und Einzelstaaten hielt er nicht für allzu schwierig und war bereit, den letzteren eine möglichst weitzgehende Selbständigkeit zu lassen, soweit es irgend mit der Erfüllung der Aufgaben des Gesamtstaates vereindar sei. Was aber die fünstige Zentralzgewalt anging, so war er nach wie vor der Meinung, daß diese, wenn Deutsche Herreich im Bunde bleibe, nur als mehrtöpsiges Direktorium ausgestaltet werden könne, in dem Preußen jedenfalls einen dauernden Sig und einen angemessenen Einsluß haben müsse. Es war ihm aber nicht zweiselhaft, daß diese kösung weder das deutsche Nationalgefühl ganz befriedigen werde, weil eine solche mehrköpsige Zentralbehörde zu einheitlichem und kräftigem Handeln wenig geeignet war, noch im Interesse Preußens liege, weil stets die Gesahr bestand, daß Preußen innerhalb des Direktoriums überstimmt und in wichztigen Fragen vergewaltigt werden könne.

Daher galt ihm ein engerer Bundesstaat ohne die österreichischen Gebiete als das erstrebenswertere Ziel. In diesem aber sollte Preußen unter allen Umständen die leitende Stellung haben. Es erschien ihm dabei als weniger wichtig, ob dem Könige von Preußen allein die erbliche Oberhauptswürde übertragen oder gar der Kaisertitel beigelegt werde; er bezweiselte, ob dies jeht schon erreichdar sei; sondern das wichtigste war nach seiner Meinung, daß Preußen innerhalb der neuen Zentralgewalt, wenn man auch die anderen Staaten an dieser teilnehmen lasse, die tatsächlich ausschlaggebende und leitende Stellung erhalte. Ließ sich mehr erreichen, desto besser; dies aber war das Minimum, das nach seiner Meinung zu erreichen war und erreicht werden sollte.

Als den richtigen Weg zur Erreichung dieses Zieles sah Camphausen es an, die natürliche Schwerkraft der Machtverhältnisse wirken zu lassen. Preußen sollte selbst möglichst wenig vorschlagen und fordern, sondern abwarten, was die anderen ihm bieten würden. Er hoffte, daß Österreich durch den Gang der Beratungen in der Paulstirche sich veranlaßt sehen werde, selbst zu erklären, daß es einem Reiche, wie es dort beabsichtigt werde, nicht angehören könne; er glaubte ferner, daß die Verhandlungen des Parlamentes mit dem Angebot der Oberhauptswürde an den König von Preußen endigen würden, und zwar mit einer Verfassung, die unter Preußens stiller Mitarbeit sestgessellt und

daher annehmbar sei. Er glaubte endlich, daß die übrigen Staaten außer Ssterreich sich untereinander über keinen Gegenvorschlag würden einigen können und daß sie daher, ob gern oder ungern, sich würden fügen müssen, wenn sie Preußen und Frankfurt einig sähen. Es werde dazu gar keiner offenen Orohungen oder Einschüchterungen seitens Preußens bedürfen, sondern Preußen werde nur zu erklären brauchen, daß es bereit sei, auf das Angebot ans Frankfurt einzugehen, falls die übrigen Staaten zustimmten. Sollten dann die größeren Staaten sich weigern, was kaum zu befürchten sei, so würde jedenfalls die Einigung an ihnen, und nicht an Preußen gescheitert sein. Ob seine Gedanken, was für den Fall dieses Scheiterns noch im preußischen und deutschen Interesse geschehen könne, damals schon festere Gestalt erlangt hatten, lasse ich dahingestellt.

Man wird nicht leugnen fonnen, daß dieses Programm wohldurchdacht und auf flarer Erfenntnis der vorhandenen Machtfaktoren aufgebaut mar: nur ein Rebler fedte von vornberein in Camphausens Berechnungen, der allerdings fo bedeutend war, daß er das gange Resultat in Frage ftellte. Sein ganger Plan hatte nur gelingen fonnen, wenn ber Ronig felbst ihn aus innerer Aberzeugung gebilligt und fich mit ganger Kraft für feine Berwirklichung eins gefest hatte. Run beruhte aber Camphaufens Politit im letten Grunde auf ber Erfenntnis, daß die größeren deutschen Staaten freiwillig die notwendigen Opfer für die Einheit nicht bringen wurden, daß fie aber gu ichwach feien, um ihre Abneigung einem Bundniffe gwischen Dreugen und dem vom Bolte gewählten Parlament gegenüber behaupten ju fonnen; die Furcht vor der Boltsftimmung und vor Preugen follte fle jur Abtretung von Soheiterechten an die Reichsgewalt zwingen, die fie fonft verweigert haben wurden. Das war aber in den Augen Friedrich Wilhelms nichts anderes als ein Bündnis Preugens mit der Revolution gegen die legitimen Obrigfeiten von Gottes Enaden. Gang abgeseben von der Ausführbarteit dieses Planes, mußte er bem Ronige als ein Frevel gegen Gott erscheinen, und er wurde nie geglaubt haben, daß ein Reich Bestand haben tonne, welches durch so verwerfliche Mittel und auf fo ungefundem Grunde erbaut fei.

hat nun Camphausen diese Gesinnung des Königs nicht gekannt? Daran ist nicht zu zweiseln. Er war drei Monate sein Ministerpräsident gewesen und hatte sast täglich im brieflichen und mündlichen Meinungsaustausch mit ihm gestanden; er kannte alle die Gedanken, die der König im Mai über die Neusgestaltung Deutschlands ausgesprochen hatte; er wußte auch, daß Friedrich Wilhelm die Kaiserkrone niemals annehmen werde. In diesem letzteren Punkte glaubte er dadurch Abhilse schaffen zu können, daß man auf den Kaisertitel für das Reichsoberhaupt verzichte; aber dadurch wurde der tiesere innere Gegensaß zwischen dem, was er wollte, und dem, was der König für

sittlich und politisch erlaubt hielt, nicht beseitigt. Dies wird Camphausen auch faum für möglich gehalten haben; wohl aber hatte er mahrend feiner Ministerlaufbahn die Erfahrung gemacht, daß der Ronig, wenn man ihm scharfen Widerstand leistete, schließlich geschehen ließ, was die Minister wollten, namentlich wenn diese von der Mehrheit der Rammer gestütt wurden. Bahrscheinlich hat er geglaubt, ihn auch jur Annahme der Dberhaupts: wurde gegen feine eigentliche innere Absicht zwingen zu tonnen. Wenn es gelang, den König junächst dabei festzuhalten, daß er sich in die beutsche Politif nicht einmische und seine Minister gewähren laffe, bann fonnte die Sache so weit gefördert werden, daß ihm schließlich, wenn alles fertig war, nur noch die Möglichfeit blieb, entweder das ihm Ges botene anzunehmen, ober im offenfundigften Widerspruch mit den Gefühlen bes beutschen Boltes und mit ben Interessen des preußischen Staates felbst burch seine Ablehnung bas Einheitswert jum Scheitern ju bringen. Sobald es nur noch auf ein Ja oder Rein ankam und die Entscheidung für das Nein zugleich die schwerste Verantwortung dem Könige aufgeladen haben wurde, ließ sich vielleicht hoffen, daß die theoretischen Bedenten gegen die Unnahme einer aus der Revolution hervorgegangenen Stellung gurudtreten würden, namentlich wenn Ministerium und Kammermehrheit in fester übers einstimmung ihre Mitwirfung ju einer berartigen gerftorenden Politit ver: weigerten. Wir wiffen heute, daß Camphausen fich hierin verrechnet bat, allerdings auch deswegen, weil andere Teile seines Planes nicht gang pros grammäßig jur Ausführung famen, weil vor allen Dingen die Verfaffung schließlich wesentlich anders aussiel, wie er sie gestaltet zu sehen wünschte. Aber wir muffen uns, um die Möglichkeit feines Jrrtums ju verfteben, vor Augen halten, daß er seine Erfahrungen mit dem Ronige in der Zeit gleich nach der Märgrevolution gemacht hatte, wo Friedrich Wilhelms Gelbfibes wußtsein und Entschlußtraft am geringften, seine Neigung, um des Friedens mit den Ministern und der Rammer willen nachzugeben, am größten war. Er konnte nicht voraus wissen, welche Ereignisse in Preugen vor der Bollens dung des deutschen Verfassungswertes eintreten, wie sie das Selbstbewuftsein bes Rönigs steigern und damit die gange Situation verandern wurden.

Für die Entwicklung der preußischen Politik in den nächsten Monaten war die Berufung Camphausens zum Bevollmächtigten in Frankfurt von entsscheidender Bedeutung. Da sowohl das gegenwärtige Ministerium wie die beiden folgenden in sich selbst gespalten, durch die unmittelbar drängenden innerpreußischen Angelegenheiten vollständig in Anspruch genommen und ohne ein eigenes festes Programm für die Behandlung der deutschen Frage waren, so geriet die Leitung der deutschen Politik vollständig unter seinen Einfluß. Sobald er erfahren hatte, daß man sein Angebot in Berlin ans

nehmen wolle, eilte er dorthin. Unter seiner Mitwirfung und zweisellos nach seinen eigenen Bunschen und Angaben wurde die Instruktion festgestellt, die ihm mitgegeben wurde. Wenn sich später Differenzen zeigten, genügte, wie wir sehen werden, sein Erscheinen in Berlin, oder im äußersten Falle die Drohung, daß er seine Entlassung nehmen werde, um die Regierung von dem Verlassen der von ihm vorgezeichneten Bahn abzuhalten.

Seine schriftliche Instruktion<sup>1</sup>, die in den mündlichen Beratungen näher erläutert wurde, unterschied zwischen der Haltung, die Preußen während des jest bestehenden Provisoriums gegenüber der Zentralgewalt und der Nationalversammlung einzunehmen habe, und der Mitwirkung bei der Festsstellung der künftigen Verfassung.

In ersterer Beziehung wurde der Erundsat aufgestellt, daß der Neichse verweser feine anderen Besugnisse habe, wie der alte Bundestag, und daß er für jede darüber hinausgehende Maßregel der freiwilligen Zustimmung der einzelnen Regierungen bedürfe. Ebenso sollte der Nationalversammlung das Recht zu einer gesetzgeberischen Tätigteit schon während des Provisoriums nicht bestritten werden; aber auch hier sollte Preußen seine Anertennung der erlassenen Bestimmungen davon abhängig machen, daß sie wirklich durch das gemeinsame deutsche Interesse erfordert seien und den preußischen Interessen nicht widersprächen; auch dies sei jedesmal auf dem Wege bessonderer Bereindarung festzustellen. Reinessalls könne Preußen während des Provisoriums auf eine selbständige Vertretung im Auslande oder die freie Verfügung über sein heerwesen zugunsten der Zentralgewalt verzichten.

Die künftige Verfassung werde Gültigkeit erst erlangen können, wenn sie von den Regierungen gutgeheißen sei. Preußen sei bereit, an der Begründung eines Bundesstaates mitzuwirken, wenn dabei die Rechte der Einzelstaaten möglichst gewahrt und Preußen der ihm gebührende Einsuß auf die oberste Leitung gewährleistet werde. Der Gesandte habe daher der Nationalverssammlung möglichstes Entgegenkommen zu zeigen, aber auch deutlich erstennen zu lassen, daß man ein gleiches Entgegenkommen von jener Seite erwarte. Falls Preußen ein entsprechender Anteil an der Führung der gesmeinsamen Angelegenheiten eingeräumt werde, sei es bereit, der fünstigen dessinitiven Zentralgewalt die Vertretung Deutschlands gegenüber dem Ausslande, einen bedeutenden Einfluß auf die Gestaltung des Heerwesens und die Einrichtung einer gemeinschaftlichen Zollverwaltung zuzugestehen. Mündlich wurde dazu erläutert, daß Preußen die ausübende Gewalt nicht für sich allein begehre, aber einen seiner Größe entsprechenden Anteil daran fordere.

<sup>1</sup> Bom 30. Juli, f. Beilage 6; die mundlichen Abmachungen in dem git. Bericht vom 14. Dez. Beil, 31.

Innerhalb der durch diese Instruktion gezogenen Grenzen erhielt Camps hausen Bollmacht, nach Gutbefinden zu handeln. Wiederum wurde mündlich hinzugefügt, daß er vor allen Dingen sein Augenmert darauf zu richten habe, daß ein Bruch zwischen Frankfurt und Berlin vermieden werde. Das Personal der bisherigen Bundestagsgesandtschaft und einige besondere Mitarbeiter wurden ihm zur Verfügung gestellt und die preußischen Gesandtschaften im Ausslande angewiesen, ihm wichtige Nachrichten auf direktem Wege zugehen zu lassen.

Die man fieht, hat Camphausen bas Ministerium damit auf die Politit festgelegt, die er selbst als Minister getrieben hatte und auch jest für die richtige hielt. Aber auch mit dem Könige hat er eine eingehende Unterredung ges habt. Diefer hatte inzwischen seine Gedanten über die Reugestaltung Deutsche lands abermals in einer ausführlichen Dentschrift niedergelegt, über die wir bisher nur wenige Ungaben besigen.2 Schon diese aber zeigen uns deutlich, daß sich seine Gesichtspunfte seit dem Mai nicht wesentlich verändert hatten. Zunächst hielt er daran fest, daß die deutschen Fürsten fich allein im rechtlichen Befit aller Regierungsrechte befänden, alfo auch teine Beränderung ohne ihre Buftimmung Gultigfeit erlangen fonne, und mahrend des Proviforiums nichts ohne ihre Einwilligung angeordnet werden durfe. Go weit mar der König also völlig mit seinen Ministern einig. Dann aber sprach er von neuem bestimmt den Gedanken aus, den wir schon aus dem Frühling kennen, daß icon während des Provisoriums ein Fürstenrat' gebildet werden muffe, ber im Namen der Regierungen mit der Nationalversammlung über die Ber; fassung zu verhandeln habe, und daß gleichzeitig neben das Parlament schon jest ein Staatenhaus gesett werden muffe, welches die Befchluffe der Pauls: firche zu revidieren habe. Erft wenn beide Saufer über die Verfassung einig geworden feien, murde der Ministerrat das entscheidende Bort darüber gu sprechen haben. Ob er hier auch dem Gedanken Ausbruck gegeben hat, in dem befinitiven Bundesstaate das Unterhaus nicht aus den Bahlen der Bevoltes rung, sondern aus den zweiten Rammern der Einzelstaaten hervorgehen zu laffen, muß zweifelhaft bleiben.4 Gelbstverständlich wird auch von der Ein:

<sup>1</sup> In dem Begleitschreiben des Ministerprafidenten bei übersendung der Bollmacht, 29. Juli.

<sup>2</sup> Gerlach 1, 179, vgl. 181.

<sup>3</sup> Db er diesen sich schon als ein Rollegium der Könige bachte, wie im herbst, läßt sich aus den bisher vorliegenden Nachrichten nicht feststellen. Wenn etwa der vor Camphausens Eintreffen gemachte Vorschlag eines Bevollmächtigtentollegiums (f. oben S. 108 f.) auf seine Einwirtung zurückgehen sollte, so wurde sich daraus ergeben, daß er schon damals die kleineren Staaten von der entscheidenden Nitwirtung am Verfassungswert habe ausschließen und auf die Geltendmachung ihrer Wünsche im Staatenhause verweisen wollen.

<sup>4</sup> In diesem Sinne hatte er fich am 13. Juli Radowig gegenüber geaußert. Meinede 86 u. 90.

beziehung Ssterreichs die Nebe gewesen sein; denn kurz darauf äußerte er zu Bunsen<sup>1</sup>, er wolle der deutschen Sache treu bleiben, sich aber weder vor der Demokratie noch vor dem provisorischen Neichsminiskerium beugen. "Die Krone Deutschlands wolle er nicht. Nie habe er daran gedacht; sie gebühre Hierreich, aber die Sache der deutschen Fürsten sei die seinige."

Ms Camphausen zu ihm kam, wurde er direkt vor die Frage gestellt, ob er für die sofortige Einrichtung eines provisorischen Fürstenrates und Staaten, hauses eintreten wolle. Er lehnte dies jedoch bestimmt ab.2 Immerhin konnte er nach dieser Unterredung nicht wohl im Zweifel sein, daß der König andere Ziele verfolge als er.3 Da er aber der Zustimmung des Ministeriums zu seiner Politik sicher zu sein glaubte, ließ er sich dadurch nicht ansechten.

Die Instruktion enthält, auch wenn man die mündlichen Erläuterungen hinzunimmt, nichts Bestimmtes über das Verhältnis zu Österreich und über die genauere Gestaltung der künftigen Zentralgewalt. Es muß dahingestellt bleiben, ob Camphausen dem Ministerium gegenüber sein letztes Ziel, den kleindeutschen Bundesstaat unter preußischer Oberleitung, in diesen Untersredungen vollständig enthüllt und auch dafür dessen Billigung erlangt hat, oder ob er zunächst nur möglichst freie hand für seine abwartende Politit und für eine engere Fühlungnahme mit der Frankfurter Wehrheit haben wollte und sich das hervortreten mit seinen Vorschlägen über die Gestaltung der Zentralgewalt für den Zeitpunkt vorbehielt, wo durch bestimmte Veschlässe Parlamentes und vielleicht auch schon durch Erklärungen einzelner Resgierungen eine sessere Unterlage für praktische Entschlässe gegeben sein würde.

<sup>1</sup> Rippold 2, 458 (4. Anguft). Ahnlich lautet, was Sig. Ernft II. von Coburg damals erfuhr (Aus m. Leben 2, 305).

<sup>2</sup> Camphaufen an Graf Bulow 26. Dez., Cafpary 272. In feiner Inftruttion blieb als ein Reft bes nun aufgegebenen Planes eines Bevollmächtigtentollegiums, ber wenigstens bis zu einem gewiffen Grade ben Bunfchen bes Königs entsprach, nur die Ermächtigung zurud, sich mit ben Bevollmächtigten anderer Staaten, die dazu geneigt fein möchten, über eine gemeinfame Bahrnehmung ihrer Interessen zu verftändigen.

<sup>&</sup>quot;Unter den Bertrauten des Königs waren die Meinungen geteilt. Gerlach (1, 186 vgl. 181) war ein erbitterter Gegner der ministeriellen Politif und neigte damals zu Gewaltmaßstegeln und zur Rüdtehr zum alten Bunde unter einigen Modistationen. Oder der König sollte abwarten, bis ein unzweiselhafter Angriff auf seine Unabhängigkeit und seine monarchischen Rechte erfolge und sich dann energisch zur Wehre sehen. Radowih hingegen war in Frankfurt zu der Überzeugung gelangt, daß der engere Bund unter Preußen bei Aufrechterhaltung eines dauernden Schutz und Truthbündnisses mit Osterreich die einzig mögliche Lösung sei, und daß man mit der Paulskirche troh ihrer Souveränitätsgelüsse einig zu werden suchen müsse. Er unterschied sich nur darin von Camphausen, daß er es — und zwar mit Recht — damals nicht für möglich hielt, mit Friedrich Wilhelm IV. eine solche Politik durchzussühren; man habe nirgends Bertrauen zu ihm. Daß bei den Gesinnungen des Königs dieser Mangel an Bertrauen wohlbegründet war, wußte er natürlich auch, wenn er es auch nicht offen sagte (Meinede 201, 106, 134).

Camphausen begann feine Arbeit in Frankfurt unter recht ungunftigen Berhältniffen. Bei ber Schwäche bes Berliner Ministeriums und ber Abe neigung bes Königs gegen wesentliche Puntte seines Programms mußte er ftets barauf gefaßt fein, daß ein innerer Umschwung in Preugen ihm die Bafis für feine gange Tatigfeit entziehen tonne. In Frantfurt betrachtete man ihn seit der Ablehnung des Eintrittes in das Reichsministerium mit Mißtrauen und fab vielfach in ihm einen Bertreter des preußischen Partie fularismus. Die Mehrheit der Nationalversammlung und die Zentralgewalt befanden fich in jener felbstherrlichen Stimmung gegenüber den Gingelstaaten, die Bunfen als Reichsterrorismus bezeichnet hat. Sein Ziel mar nun, die Bentralgewalt von übergriffen abzuhalten, fie aber boch nicht fo weit ju schwächen, daß sie den Einzelstaaten gegenüber völlig wirfungslos werde; sie follte im Interesse der deutschen Einheit fraftig genug bleiben, daß es sich später verlohne, ihre Befugniffe auf eine neue unter Preugens Leitung stehende Behörde ju übertragen. Und ebenfo follte die Nationalversammlung zwar in bestimmte Schranken eingeschlossen, aber doch in ihrem Ansehen erhalten werden.

Anfangs konnte Camphausen zu einer ruhigen Tätigkeit noch nicht ges langen. Erst unmittelbar nach seinem Eintressen in Frankfurt wurde das Neichsminiskerium endgültig gebildet; an seine Spize trat der liberal und unitarisch gesinnte Fürst Karl von Leiningen, der zwar den König von Preußen für den gegebenen zukünstigen Beherrscher des neuen Neiches hielt, aber zunächst Preußen ebenso wie alle übrigen Einzelstaaten der Neichszgewalt unterwerfen und von der Festsellung der Verfassung ausschließen wollte. Er konnte es durchaus nicht begreifen, daß man in Verlin nicht darauf eingehen wollte, der Zentralgewalt so weitgehende Nechte einzus räumen, bevor man wußte, welche Stellung Preußen künstig in ihr eins nehmen werde.

Dann kam die Kunde, daß der König sich entschlossen habe, zu dem bevorzstehenden Dombaufeste nach Köln zu fahren. Dorthin begaben sich auch der Reichsverweser, die Reichsminister und viele Abgeordnete; auch Camphausen selbst mußte dort erscheinen. Hier war es, wo der König zu heinrich v. Sagern die bekannten Worte sprach: Die Nationalversammlung möge nicht vergessen, daß es noch Fürsten in Deutschland gebe, und daß er einer von ihnen sei. Wie wir aus Friedrich Wilhelms Umgebung erfahren, war man hier von

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Balentin S. 116f. betont zwar gegen Sy bel mit Necht, daß keiningen kein prinzipieller Gegner Preußens gewesen sei, berücksichtigt aber nicht, daß sein Streben, alle Einzelstaaten zunächst der provisorischen Zentralgewalt zu unterwerfen, von Preußen als Feindseligkeit betrachtet werden mußte, solange seine Stellung in der künftigen Zentralgewalt nicht gesichert und das Ende des Provisoriums nicht abzusehen war.

dem Ergebnis der Neise überrascht und befriedigt. Mamentlich die ensthusiastische Aufnahme, die der König bei der Bevölkerung des Rheinlandes gefunden hatte, und die im vollen Widerspruch zu den Vorstellungen stand, die man sich von der demokratischen Sesinnung und den Abfallsgelüsten der Rheinländer gemacht hatte, gab den Anlaß zu diesem Urteil. Friedrich Wilhelm tehrte mit neugestärktem Selbstbewußtsein in seine Hauptstadt zurück; war er schon lange überzeugt gewesen, daß die Masse der Bevölkerung in den östlichen Provinzen weit mehr an der Person des Monarchen hänge, als an den Verfassungsforderungen der Liberalen, so schien es nun, daß dies auch im Westen nicht anders sei. Ein Ausdruck dieses Selbstbewußtseins waren ja auch die oben zitierten Worte.

Aber auch die Abgeordneten und Neichsminister waren nicht ganz unzus frieden mit der Begegnung. Hatte doch der König sie nicht nur persönlich liebenswürdig und ehrenvoll behandelt, sondern auch wiederholt gesagt, daß er alles, was in seinen Kräften siehe, tun wolle, um zur Begründung der deutschen Einheit mitzuwirken. Sie glaubten daraus schließen zu dürsen, daß er sich am Ende doch nicht versagen werde, wenn die entscheidende Frage an ihn herantrete.2

Nach der Rückehr aus Köln beteiligte sich Camphausen zunächst an den Bersuchen, die Bevollmächtigten der Einzelstaaten doch noch zu einer gemeinssamen Tätigteit zusammenzuschließen. Es handelte sich dabei allerdings nicht

<sup>1</sup> Rippold, Bunsen 2, 464f.; Gerlach 1, 185. Ahnlich Geheimrat Costenoble an Otto Camphausen 23. August: "Zu meiner Freude ersehe ich aus Ihrem Briefe, daß die Zusammen, kunft unseres Königs mit den Frankfurter herren in Köln auf letztere und namentlich auf Gagern einen für unsere Interessen günstigen Eindruck gemacht hat; ich war davon im voraus auf das lebhafteste überzeugt. Was aber meine Erwartungen weit übertroffen hat, ist der herzliche und glänzende Empfang, welcher dem Könige auf der ganzen Reise hin und zurück und besonders in Köln zuteil geworden ist. herr v. Auerswald ist, wie Sie sich denken können, ebenfalls sehr befriedigt zurückgekehrt. Auch von der Besprechung, die in Brühl mit einigen Reichsministern über die deutschen Berhältnisse stattgefunden hat, glaubt er einen guten Ersolg hossen zu können. Er rühmt vorzugsweise den Beistand, welchen ihm Ihr Herr Bruder bei dieser Gelegenheit geleistet habe."

<sup>2</sup> Auch Bunsen (2, 466) hatte am 15. August den Eindruck, des Königs Widerstreben sei geringer geworden, "obwohl er immer (und mit Recht) beteuert, er habe die Krone nie anges strebt, noch strebe er sie jest an". Bunsen glaubte hier in seiner sanguinischen Art offenbar zu sehr, was er wünschte. Auch die Außerungen des Königs über das Stockmarsche Pros gramm (S. 468) können keineswegs als Zustimmung dazu aufgefaßt werden, obwohl Bunsen sie so deutete. Die von Meinede (Weltbürgertum<sup>2</sup>, 362 u. 403) mitgeteilte Kandbemerkung des Königs dazu zeigt m. E. evident, daß er troß der Lodung, die für ihn in dem Verschwinden eines besonderen preußischen Parlamentes und der Bildung eines Oberhauses aus der alten Reichsaristokratie lag, auf den ganzen Plan nicht eingehen wollte. Ebenso die unerfüllbare Forderung, der Untrag zur übernahme der Vorstandschaft müsse von den Fürsten unterstützt werden (Bunsen 2, 471).

um den früher erwogenen Plan, ein nur aus ben Bertretern der größten Staaten bestehendes ftandiges Rollegium ju bilden, fondern um gemeinsame einzelne Schritte aller Bevollmächtigten. Auch diese Versuche stießen auf den schroffen Widerstand des Reichsministeriums, das sich in einem Rundschreiben vom 30. August jede follettive Attion der Bevollmächtigten verbat und ihnen in Erinnerung brachte, daß fie von jeder aktiven Mitwirkung bei dem Bere fassungswerte ausgeschlossen seien. 1 Eropbem haben noch Anfang September Beratungen der Regierungsvertreter unter fich ftattgefunden. Man verlangte hier von Camphausen, daß er Preugens Programm genau barlege; ente sprechend dem in seiner Instruktion niedergelegten Operationsplan ging er barauf jedoch nicht ein, sondern bemerkte nur im allgemeinen, daß Preußens pringipieller Standpunkt genügend bekannt fei, und daß die mittleren und fleineren Staaten junächst die Aufgabe hatten, fich darüber ju verständigen, welche Stellung sie Vreußen in dem fünftigen Bundesstaate einraumen und welche Rechte sie für sich behalten wollten.2 Weitere allgemeine Konferenzen dieser Art scheinen dann bis jum Februar 1849 nicht mehr stattgefunden au haben.

Seit Anfang September nahm dann die Schleswigeholsteinische Frage vorwiegend das Interesse in Anspruch. Preugen war ja unter dem frischen Eindruck der Märzereignisse lebhaft für die Schleswigeholsteiner eingetreten; preußische Truppen hatten ben Kampf gegen Danemart fiegreich begonnen, ber preußische General Wrangel hatte den Feldzug geleitet. Demgemäß hatte die Zentralgewalt, welche bei ihrer Gründung diese Verhältnisse vorfand, der preußischen Regierung die Vollmacht erteilt, in diesem Konflitt im Namen Deutschlands zu handeln, allerdings in der Boraussebung, daß sie hierbei im engsten Einvernehmen mit dem Reichsministerium vorgeben werde. Run entschloß sich aber ber König, eine veränderte Richtung einzuschlagen und anstatt nach voller Ausnuhung des erfochtenen Sieges nach einer friedlichen Berftandigung mit Danemart ju ftreben; teils feine Abneigung, rebellischen Untertanen gegen ihren legitimen Herrscher zu helfen, teils die Rücksicht auf mögliche Berwicklungen mit Rugland und England fpielten dabei die ente scheidende Rolle. Da er auf die Zustimmung der Zentralgewalt hierbei nicht rechnen konnte, ging er auf eigene Sand vor, ohne beren Genehmigung ein: zuholen oder deren Vorschriften als bindend zu betrachten. Camphausen hat fich redlich Muhe gegeben, die Saltung seiner Regierung der immer ftarter anwachsenden Erregung unter den Reichsministern und Abgeordneten gegens über zu verteidigen. Er tat es nicht ohne inneres Widerstreben, da er sich nicht

<sup>1</sup> Roth u. Merd 2, 11. Bgl. Balentin 123f.

<sup>2</sup> Bericht Camphausens v. 14. Dez. Beil, 31.

verhehlte, daß von preußischer Seite manche Fehler in der Behandlung dieser Angelegenheit begangen seien. Zur Entscheidung kam es erst am 5. September, als die Versammlung es ablehnte, den von Preußen eigenmächtig abgeschloss senen, für die Schleswigsholskeiner nach ihrer Ansicht zu ungünstigen Wassensstüllstand von Walmö zu genehmigen und das Reichsministerium beauftragte, für die Sistierung aller zur Ausführung des Stillstandes notwendigen Waßeregeln zu sorgen. Da das Winisterium des Fürsten Leiningen diesen Beschluß mißbilligte und teine Wöglichteit sah, dem erteilten Austrage nachzutommen, so trat es zurück; verschiedene Witglieder der Wehrheit versuchten aber versgeblich, ein neues Winisterium zu bilden, und schließlich sah sich das Parlament genötigt, im Gegensah zu seinem früheren Beschlusse den Wassenstillstand doch zu genehmigen (16. September). An die Spize des Reichsministestiums aber trat nun, da Fürst Leiningen sich weigerte, der Österreicher v. Schmerling.

Bahrend der Krifis hatte Camphausen dem Ministerium dringend ges raten, die Berfammlung nicht unnötig zu reigen. Er hoffte von Anfang an, daß es schließlich doch zur Genehmigung des Waffenstillstandes tommen werde und daß Preußen es daher nicht nötig haben werde, mit der Nationalver: sammlung offen ju brechen. Für den Fall, daß das Parlament auf feinem querft gefaßten Beschluffe verharren wurde, sah allerdings auch er feine andere Möglichkeit und billigte es daber, daß die Minister alle Vorbereitungen gu entscheibenden Magnahmen trafen. Um so überraschter war er, als einige diefer Maßregeln, wie der Rücktritt des preußischen Generals Wrangel vom Rommando ber gegen Danemart operierenden Truppen, bereits ausgeführt wurden, bevor die Nationalversammlung ihre definitive Stellung genommen hatte. Auch hörte er, daß man von Berlin aus Bapern aufgefordert habe, ber Nationalversammlung nicht zu gehorchen, wenn diese etwa beschließen follte, banrifche Truppen in Bewegung gu fegen. 1 Rach Camphausens Deis nung batten berartige Mitteilungen erft gemacht werden follen, wenn die Berfammlung den Baffenstillstand wirtlich verworfen batte. Er fürchtete,

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bapern hatte während ber Krisis die Zentralgewalt seines Gehorsams und seiner Untersstühnng versichert (8. Sept., f. Roth u. Merd 2, 13), um sie gegen die preußischen Ansprüche ju ftarten. Räheres über die baprische Politit ist noch nicht betannt. Camphausen schrieb barüber am 23. Sept. noch dem Grafen Bernstorff: "Ich verhehle nicht, daß das Austreten Baperns während der Bermittlungen, womit ich hier umgeben war, mich schwer berührte; doch habe ich nach Berlin nur das Fattische mitgeteilt und hinzugefügt, daß ich mich des Kommentars enthalte — auch später angezeigt, daß Graf Bray versicherte, unter seinem Ministerium werde tein Mann die nördliche Grenze seindlich gegen Preußen überschreiten. Ich sende Ihnen Abschrift des Briefes von Bray und meiner Antwort, mit der man in Berlin sehr einverstanden gewesen zu sein scheint." Die beiden erwähnten Attenstüde habe ich leider nicht gefunden.

diese Schritte würden in Frankfurt bekannt werden und seine Stellung so erschüttern, daß er nichts mehr wirken könne.1

Ratürlich blieb aus ben Berhandlungen über ben Malmoer Stillffand ein hober Grad von Bitterfeit bei ber Mehrheit gurud. Auf ber anderen Seite hatte aber ber von den Demofraten gegen die Nationalversammlung wegen ihres ichwächlichen Zurudweichens vor Preugen in Szene gefette Aufstand, der nur durch vreußische und österreichische Truppen niedergeworfen werden fonnte, die Folge, daß die gemäßigten Elemente fich immer icharfer ihres Gegensates zu der Linken bewußt wurden und erkannten, daß fie ohne die Unterftubung der Regierungen der Tyrannei des Pobels machtlos preise gegeben sein wurden. Gewiß haben diese Ereignisse auf viele andere den gleichen Eindruck hervorgebracht wie auf Camphaufen felbst, der damals schrieb: "Man fann fich nicht langer darüber täuschen, daß, wenn die Leute fiegten, wir am Abend fämtlich maffafriert wurden. 3ch hatte nicht geglaubt, daß wir dem Terrorismus fo nahe ständen."2 Aber man fonnte fich boch in Frankfurt von der Borftellung nicht losmachen, daß Preußens Gelbs ftanbigfeit in engere Schranten eingeschlossen werden muffe. Camphausen empfand dies fehr deutlich und wußte auch recht gut, daß er felbft der Dehrheit jest als ein Stockpreuße galt, von dem für die deutschen Interessen und für die Ziele der Bersammlung nichts Erhebliches zu erwarten sei; machte doch Gagern einen Bersuch, burch ben Grafen Schwerin und herrn v. Stodmar3 eine direfte Berbindung mit der Berliner Regierung hinter feinem Ruden angutnüpfen, weil er bei den Ministern ein größeres Dag von Entgegens tommen glaubte vorausseten zu durfen, als bei ihrem Frantfurter Bertreter. Camphaufen ließ durch feinen Bruder Otto, der fich damals in Berlin aufhielt, bem Minister mitteilen, daß er fofort seine Entlassung einreichen werbe, wenn man sich dort mit diesen Mannern in Unterhandlung einlasse. Es war ja auch völlig flar, daß man fich in Frankfurt um ihn gar nicht mehr gekummert

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> An f. Bruder Otto 18. Sept., f. Cafpary 255. Zu ergänzen ist dort an Stelle der Punkte: "Statt die Entscheidung in der Nationalversammlung und die Maßregeln, die ich nötig erachtete, so einzuleiten, daß sie im Falle der Berwerfung augenblicklich ausgeführt werden konnten, hat es so gehandelt, als ob die Verwerfung gewiß wäre. Konnte denn mit dem Rücktritt von Brangel nicht gewartet werden, bis der Telegraph die Anzeige der Verzwerfung gebracht hätte? Und nun gar usw." Und weiter unten: "Ob ich wirklich zum Angrisst wegen der össerreichischen Verhältnisse schweite, hängt von der Komposition des Ministeriums und von einer etwaigen Verständigung mit demselben ab."

<sup>2</sup> Un f. Bruder Sept. 19. f. Caspary 256. Noch am 18. Sept. hatte er sich seinem Bruder gegenüber sehr optimistisch geäußert und gemeint, es sei kein genügender Grund vorhanden, österreichische und preußische Truppen aus Mainz kommen zu lassen. — Ahnlich urteilte M. v. Gagern (Paftor 286).

<sup>\*</sup> Stodmar follte nach Gerlach 1, 186 dem Konige Borfchlage wegen ber Eliminierung Offerreichs machen.

haben würde, wenn man auf anderem Bege eine direkte Berbindung mit Berlin hatte eröffnen fonnen.

Serade in den Tagen, als diese Mahnung in die Hauptstadt gelangte, herrschte dort in den oberen Regionen wieder volle Verwirrung. Man war mitten in einer neuen Ministertrisse, die durch das Votum der preußischen Nationalversammlung zugunsten des bekannten Steinschen Untrages hers vorgerusen worden war. Das Ministerium Auerswaldshansemann, das sich ausdrücklich gegen den Antrag ausgesprochen hatte, reichte sofort seine Ents lassung ein, und der König bemühte sich nun längere Zeit vergebens, neue verantwortliche Natgeber zu sinden.

Die Rrifis dauerte fast den gangen September über. Borübergebend wurde dabei schon an die Auflösung der Rationalversammlung und die Ottropierung einer Verfassung gedacht.2 Aber zulest entschloß sich der König doch zu einem dritten Bersuch mit einem der liberalen Parteiführer und ließ herrn v. Bederath aus Frankfurt nach Berlin tommen. Programm, welches er ihm vorlegte und das im wesentlichen auf einer ener, gifden Behauptung der Rechte der Krone gegenüber dem Parlament und der Gelbständigfeit Dreußens gegenüber der Paulstirche beruhte, fand bei diesem teinen Beifall. Nach Bederathe Aufzeichnung' hat der Ronig zwar gefagt, daß er sein Versprechen einer Verfassung aufrecht erhalten wolle, aber gar fein hehl daraus gemacht, daß er den gangen Ronstitutionalismus nach wie por mit tiefster Abneigung betrachte und höchstens als ein notwendiges übel ansehe. "Millionen Preußen wurden die Verfundigung des Absolutismus mit wahnsinniger Freude begrüßen." Solche Außerungen mußten einen fo liberal gesinnten Mann wie Bederath natürlich ju ber Aberzeugung bringen, daß er unter diesem Konige die Leitung der Regierung nicht übernehmen tonne. Sein eigenes Programm wollte ben Ronig verpflichten, in Preugen mefentliche Forderungen des Parlamentes ju erfüllen, für Deutschland jest ichon die provisorische Zentralgewalt als übergeordnete Inflang anguertennen und im voraus die in Frankfurt festzustellende Bers faffung gutzuheißen. Dies alles war dem Ronige unmöglich. Rach dem Scheitern dieser und einiger anderer Rombinationen griff man endlich ju bem Mittel, ein reines Beamtenministerium ohne bestimmte politische Farbe ju ernennen; an die Spige wurde der General v. Pfuel gestellt, die eigentliche Seele des neuen Rabinetts aber mar der bisherige Oberprafident der Rheins proving, herr v. Eichmann (21. September).

Es ift befannt, daß die innere Politit des Ministeriums Pfuel fich im

<sup>1 3</sup>mei Briefe an f. Bruder Gept. 19. f. Cafpary 256 u. Bellage 9.

B. Unichut, Berfaffungeurt. f. b. Preug. Ctaat 1, 46f.

<sup>&</sup>quot; Aufg. vom 16./17. Sept. Mitgeteilt von J. hanfen, Weftbt. 3tfct. 32, 71f.

wefentlichen auf ein schwächliches Abwarten gegenüber den weiteren Schritten ber Berliner Nationalversammlung beschränkte. Auch in der deutschen Politik nehmen wir feine eigene Initiative des Ministeriums mahr. Das Ministerium bes Auswärtigen murde dem Grafen Donhoff anvertraut, dem früheren Bundestagsgesandten, ber uns bereits als Berteidiger des Gedankens der preußischen Segemonie befannt ift. Es ließ sich also erwarten, daß, soweit sein Einfluß reichte, an der bisherigen Richtung nichts geandert werden wurde. Sein Borganger Auerswald hatte noch unmittelbar vor seinem Abgange bem Gesandten in Wien, Grafen Bernstorff, die volle Zustimmung des Minis steriums zu den von ihm entwidelten Grundfagen ausgesprochen. Diese gingen babin, daß Offerreich aus Deutschland ausscheiden und Preußen an bessen Spite treten musse, und daß man sich zu huten habe, der provisos rischen Zentralgewalt bedeutendere Rechte einzuräumen, bevor man nicht ficher sei, welche Stellung dem eigenen Staate bei der definitiven Gestaltung Deutschlands zufallen solle.1 Dies wird auch den Anschauungen des Grafen Donhoff entsprochen haben und war mit den Gesichtspunkten, die Campe hausen vertrat, durchaus im Einflang.

Auch Camphausen war während der Ministerkriss von Berlin aus um seine Ansicht und seinen Rat gefragt worden, namentlich auch darüber, ob nicht einer der preußischen Abgeordneten in Frankfurt bereit sein würde, das Staatsruder zu ergreisen.<sup>2</sup> Er hatte es abgelehnt, ohne genauere Kennt; nis der augenblicklichen Berliner Verhältnisse einen Rat zu geben, da er aus der Ferne nicht beurteilen könne, ob es gefährlicher sei, ein Ministerium aus der äußersten Linken der Berliner Versammlung zu nehmen, das in kurzer Zeit abwirtschaften werde, oder ein Kabinett im Gegensaße zu der Nationalz versammlung zu bilden. Es kam ihm wohl der Gedanke, ob man nicht die Versammlung wegen Unfreiheit der Beratungen an einen anderen Ort verzlegen solle; aber er zog es schließlich vor, ihn für sich zu behalten und nicht

<sup>1</sup> Berichte Bernftorffe u. Antwort Auerswalds v. 5. Sept. bei Ringhoffer, Im Rampf um Preugens Ehre, 68.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Geheimrat Costenoble an Camphausen 7. Sept.: "Das Ministerium will nach dieser Niederlage abtreten. Wo aber ein anderes hernehmen? Grabow ist vergeblich dazu aufsgesordert worden. herr v. Auerswald — in dessen Auftrag ich diese Zeilen schreibe — läßt E. E. um Ihren Rat bitten, namentlich darüber, ob nicht in Frankfurt einer unserer preußisschen Abgeordneten — vielleicht v. Beckerath, der ja sein Reichs/Porteseuille abgegeben hat — geneigt und imstande sein möchte, hier das Ruder zu ergreisen? Unsere Lage ist wirklich äußerst kritisch: zu den schlimmen Verwicklungen des dänischen Wassenstillstandes nun noch dieser Konslitt mit unserer nach Souveränität strebenden Rationalversammlung! Was soll der König da tun? Was soll man ihm raten? Für die Ruhe in Verlin befürchtet man heute nichts, während sie im Falle eines parlamentarischen Sieges des Misnisteriums unsehlbar ernstlich gestört wäre. Gott besser diese verzweiselten Zustände!" Vgl. Caspary 253.

nach Berlin mitzuteilen. Auch sein Bruder Otto war unter den Minister; fandidaten, lehnte aber schließlich seinen Eintritt in das Ministerium Pfuel ab. Camphausen selbst dachte zunächst daran, dem neuen Ministerium seine Entlassung anzubieten, um durch die Antwort Sewisheit zu erhalten, ob man die von ihm innegehaltene Nichtung in Berlin noch jetzt billige; er sah aber schließlich davon ab, vermutlich weil ihm die Berufung des Grafen Dönhoff zum Minister des Auswärtigen eine genügende Garantie zu bieten schien.

Dönhoff gab sofort mündlich die Erklärung, daß er hinter Camphausens Rücken mit Frankfurt nicht verhandeln werdes und eröffnete neben der amt; lichen eine private Rorrespondenz mit ihm. Schon als er ihm die Übernahme des Ministeriums mitteilte, fügte er hinzu, er habe aus einem eben eingelausenen Berichte des Gesandten ersehen, daß von seiten des Reichs, ministeriums ein Verbot aller demokratischen Vereine für ganz Deutschland geplant werde, und sei mit dieser Absicht vollkommen einverstanden. Zusgleich machte er den höchst überraschenden Vorschlag, daß auf die Verslegung des Parlamentes von Frankfurt nach einem mehr im Mittelpunkte Deutschlands gelegenen und weniger erponierten Ort hingewirkt werden möge; Preußen werde sehr gerne Ersurt zu diesem Zwecke zur Versügung stellen, und der König habe sich persönlich mit diesem Gedanken sehr einversstanden erklärt. Der Zentralgewalt gegenüber möge Camphausen betonen, daß Preußen den höchsten Wert darauf lege, sie gegen revolutionäre Umtriebe zu schützen und bereit sei, ihr zu diesem Zwecke militärische Kräfte zur Vers

<sup>1</sup> An Coftenoble Sept, 9, f. Beilage 8. Die oben ermahnten Gage find im Konzept burchftrichen.

<sup>2</sup> Ausführliche Berichte Ottos an f. Bruder murden am 17., 19. u. 22. Sept. abgeschidt. Bgl. Cafpary 254f. Wenn Bederath Ministerprafibent werbe, war Otto Camphausen als Finanzminister, zeitweise auch Mevissen als Minister des Auswärtigen in Aussicht genommen; jedoch erklärte Otto, neben dem lehteren nicht eintreten zu wollen. Ferner dachte man noch an Beseler.

Die Absicht, seine Entlassung dem neuen Ministerium anheimzustellen, sprach er am 21. Sept. seinem Bruder aus, fügte aber hinzu, er wolle erst die nächste Post abwarten. Ein kurzes undat. Konzept des Entlassungsgesuches ist vorhanden; es begründet das Gesuch damit, daß Camphausen sich der Abereinstimmung mit den Absichten des neuen Kabinetts nicht versichert halten dürfe. Am 24. Sept. schrieb er dem Bruder, daß er sich nach gewissen, hafter Prüfung des ministeriellen Programms nicht für berechtigt gehalten habe, es abzusenden. Dies zur Berichtigung der Angabe bei Caspary 258.

<sup>\*</sup> Otto an Ludolf Camphausen 22. Sept., Caspary 257. Graf Schwerin und Stodmar werließen Anfang Ottober Berlin mit der Information, "daß weder der König noch die Regierung mit der Zentralgewalt brechen wollen, daß man gegenteils aufrichtig bemüht ift, sie zu unterflügen, wo es irgend und soweit es irgend geschehen kann" (Oberstl. Fischer an Camphausen 2. Ott.).

fügung zu stellen, aber auch darauf rechnen muffe, daß sie stets das engste Einvernehmen mit Berlin erhalte.

Diese Mitteilungen zeigen boch, daß man in Berlin die nach der Nieder, werfung des Septemberaufftandes eingetretene Situation fart verfannte. Man glaubte offenbar, die provisorische Zentralgewalt und die Mehrheit des Parlamentes felbst seien burch die bisherigen Erfahrungen fo eingeschüchtert, daß fie jest ohne weiteres bereit fein wurden, fich Preugen in die Urme ju werfen. Aber in Frankfurt war gang im Gegenteil burch ben Sieg über bie Revolution das Selbstgefühl erheblich gestiegen, während man Preußen als durch die Ministertrifis fehr geschwächt anfah. Gemäß den Beschlussen der Rationalversammlung erklärte bie Zentralgewalt, daß alle in Frankfurt beschlossenen Reichsgesetze von fämtlichen Regierungen der Einzelstaaten uns weigerlich zu publizieren und anzuerkennen seien.2 Sie nahm also das Recht in Anspruch, jeden Teil des in den Einzelstaaten geltenden Rechtes ohne vorherige Berftandigung mit diesen außer Rraft ju segen oder ju verandern und rief hierdurch fofort ben lebhaftesten Widerspruch ber größeren Staaten, namentlich Offerreichs, Preugens und hannovers hervor.3 Rurge Zeit darauf begann die Zentralgewalt mit der Entsendung von Reichstommissaren in die einzelnen Teile Deutschlands und legte diesen das Recht zum Eingreifen in die Berhaltniffe der Ginzelstaaten bei. Ferner schuf man jest besondere Gefandtschaften des Reiches bei verschiedenen auswärtigen Sofen und vers fuchte fo, die diplomatische Bertretung an Stelle der Einzelstaaten ju über: nehmen.4 Alle diese Magregeln zeigten aufs deutlichste, daß sich die Zentral: gewalt nach wie vor als die wirkliche Regierung Deutschlands ansah und die Einzelstaaten als Untertanen, die jedem ihrer Befehle ohne Widerspruch ju gehorden hatten; es war immer noch berfelbe "Reichsterrorismus", ben Bunsen schon im Sommer beflagt hatte.

Camphausen, der die in Frankfurt herrschende Strömung besser kannte, riet denn auch entschieden von solchen Bersuchen ab, wie Graf Dönhoff sie ihm nahe gelegt hatte. Er meinte, wenn man auf eine Berlegung des Parlas mentes nach Erfurt ernstlich hinarbeite, so werde dies nur die Folge haben,

<sup>1</sup> Graf Donhoff an Camphausen 21. Sept. Beilage 10.

<sup>2</sup> Gefet v. 27. Sept., Roth u. Merd 2, 42.

² a. a. D. 43 ff.

<sup>4</sup> Bunsens Plan war umgekehrt gewesen, daß den preußischen Gesandten die Wahrnehs mung der gesamtdeutschen Interessen übertragen werden solle. In der nächsten Zeit fanden verschiedene Verhandlungen zwischen der Zentralgewalt und Berlin über die Frage statt, ob nicht in Einzelfällen der preußische Gesandte auch Vollmachten vom Neichsverweser erhalten sollte, z. B. Bunsen in London, v. Könne in Washington. In Berlin lehnte man dies nicht prinzipiell ab, sondern behielt sich nur für jeden Fall die Zustimmung vor (Oberstlt. Fischer an Camphausen 2. Oft.).

daß der Erzherzog Johann seinen alten Gedanken, die Versammlung vielmehr nach Regensburg zu verlegen, wieder aufnehmen und vielleicht durchsehen werde.

Einen weiteren Grund jum Widerspruch gegen die Politif der Regierung fand Camphausen barin, daß das Ministerium die Absicht außerte, einen Rongreß zu unterftußen, der über die italienischen Angelegenheiten beraten und namentlich die öfterreichische Stellung in Oberitalien fichern sollte. Bon diefer Absicht, die natürlich in Frankfurt höchst unangenehm berühren mußte, weil man bier die auswärtige Politif als eine Sache ber Zentralgewalt bes tractete, war Camphausen nicht im voraus unterrichtet worden und hatte baber auf Befragen der Reichsminister Austunfte erteilt, die später burch das Berhalten der Regierung desavouiert wurden. Er hielt es mit Recht für unmöglich, feine Stellung in der gewünschten Beife auszufüllen, wenn fich in Frankfurt die Meinung bilden konne, daß er felbst über die Absichten seiner Regierung nicht genügend informiert sei. Auch meinte er aus dem einseitigen Vorgeben Preugens schließen ju muffen, daß man in Berlin feinen Wert mehr auf ein Zusammengeben mit Frankfurt lege und bas Bertrauen auf das Zustandekommen des Einigungswertes ganglich ver: loren habe.2 Obwohl Donhoff fich damit entschuldigte, daß die von Campe hausen gerügte Unterlassung bereits vor seinem Amtsantritte begangen worden fei und von neuem feinen Bunfch betonte, im engsten Einvernehmen mit der Zentralgewalt zu handeln3, beschloß Camphausen doch, selbst nach Berlin ju reifen, um fich perfonlich von der Gefinnung der Minister ju übers geugen und eventuell um seinen Abschied zu bitten. Er wird darin noch bes ftartt worden sein durch eine andere Außerung Donhoffs; dieser hatte ihn ausdrudlich um ein schriftliches oder womöglich mundliches Gutachten über die beiden wichtigsten junachft ju lofenden Fragen gebeten, nämlich über die Regelung der einzelstaatlichen Mitwirfung beim Zustandefommen der Reichsverfaffung und die fünftige Stellung Offerreichs jur deutschen Einheit. Bon ihrer Beantwortung muffe auch die Gestaltung der definis tiven Zentralgewalt abhängig gemacht werden. Camphaufen traf in Berlin am 10. Ottober ein und gewann in wiederholten Konferengen mit den Mini: ftern die Aberzeugung, daß es doch möglich fein werde, fie in der bisherigen Bahn ju erhalten; er entschloß fich baber, noch weiter im Amte ju bleiben.4

<sup>&#</sup>x27; Camphausen an Donhoff 24. Sept. Beilage 14. — Daß der Reichsverweser eine Ber, legung der Bersammlung nach Regensburg oder sogar nach Bien muniche, hatte Bernstorff bereits am 16. August aus Wien berichtet (Ringhoffer 63).

<sup>&</sup>quot; Un Donhoff Dtt. 4. Beilage 15.

Donhoff an Camphaufen Ott. 6. Beilage 16.

<sup>&</sup>quot; Un Deto Camphaufen II. Dft. f. Cafpary 261.

Wir wissen nicht, ob Camphausen bei seiner Anwesenheit in Berlin auch icon von den neuen Schwierigteiten etwas erfahren bat, die fich dort ergeben hatten. Das Ministerium Pfuel hatte von Anfang an nach der Meinung des Königs und der Kamarilla ein viel zu großes Entgegenkommen gegen die demofratische Mehrheit der Berliner Nationalversammlung gezeigt. Schon wenige Tage nach Pfuels Ernennung sah sich Friedrich Wilhelm im Bereine mit seinen unverantwortlichen Ratgebern nach den Versonen für ein neues Rabinett um.1 Aber teils der Mangel geeigneter und zur Übernahme des schwierigen Postens bereitwilliger Perfonlichkeiten, teils die Abneigung, so schnell schon wieder seine Ratgeber zu wechseln, teils die Unvollständigkeit der militärischen Magnahmen hielten den Rönig in den nächsten Wochen noch von entscheidenden Schritten gurud. Er war jest endgültig gu der Abers zeugung gefommen, daß jede Nachgiebigkeit gegen die Verfammlung deren Unsprüche nur fleigere, und war entschlossen, in sein neues Ministerium nur folche Männer aufzunehmen, die den Kampf gegen das Parlament und den Berliner Pobel, der es beherrschte, mit aller Energie und nötigenfalls unter Unwendung von Gewalt durchzuführen bereit seien. Schon Mitte September war General Brangel jum Oberstommandierenden in den Marten ernannt worden, und allmählich wurde eine berartige Truppengahl in ber Räbe von Berlin zusammengezogen, daß man für den Fall eines neuen Stragenkampfes auf den Sieg rechnen zu fonnen glaubte. Als das Ministerium Pfuel auch in den Fragen der Abschaffung der Lodesstrafe, der Aufhebung der Patris monialgerichtsbarfeit und der Jagdrechte der Gutsberren zur Nachgiebigfeit riet und felbst aus der Streichung der Worte: "Von Gottes Gnaden" aus bem foniglichen Titel durch die Versammlung feinen Anlag ju einer ents schiedenen Erflärung nahm, gelangte ber Konig endlich ju bem befinitiven Entschlusse, den er ichon lange erwogen und bis jest immer wieder hinaus; geschoben hatte. Auch den geeigneten Mann für die Ausführung seiner Plane hatte die Ramarilla inzwischen gefunden; es war Graf Brandenburg, bisher Rommandierender General in Schlessen, ein ruhiger und entschlossener Soldat, ber bereit war, sich mit seiner gangen Perfonlichkeit für die Erhaltung der foniglichen Autorität einzusegen. Bereits feit Mitte Ottober wurde mit ihm über die Neubildung eines Ministeriums verhandelt; gerade mahrend Campe hausen in Berlin war, reifte Leopold v. Gerlach zwischen Berlin und Breslau bin und ber, um alles Rabere ju vereinbaren; am 17. Oftober hatte Graf Brandenburg die erste Audienz beim Könige.2 Man wurde hier im wesente lichen einig, und Schwierigkeiten machte nur noch die Frage, ob ein Teil der bisherigen Minister mit Brandenburg zusammen weiter im Amte bleiben

<sup>1</sup> Bgl. Leop. v. Gerlach 1, 205 ff.

<sup>2 2.</sup> v. Gerlach 1, 220f.

solle, oder ob es besser sei, ein vollständig neues Rabinett zu bilden. Da die Minister fich entschieden weigerten, den Grafen Brandenburg in ihrer Mitte aufzunehmen, fo entschied man fich für die lettere Alternative. Am 1. No: vember erfolgte die Ernennung Brandenburgs jum Minifferprafidenten: Die alten Minister sollten jedoch bis gur vollständigen Bildung bes neuen Ministeriums noch provisorisch im Amte bleiben. Den Protest der Nationals versammlung gegen ein Kabinett, welches nicht das Vertrauen der Mehrheit befibe, wies der Ronig befanntlich jurud, und bis jum 6. November mar das neue Ministerium im wefentlichen fertig. Außer dem Grafen Brandenbura felbst war die bedeutendste Perfonlichteit darin der Minister des Innern, Freiherr Otto v. Manteuffel, ein Bureaufrat der alten Schule, der die liberalen Gedanken mit dem größten Migtrauen betrachtete, und ein übers gengter Altpreuße, der von einer deutschen Ginheit, wenn fie Dreußen Opfer auferlege, nichts wiffen wollte. Für das Auswärtige fonnte man feinen geeigneten Randidaten finden, nachdem Graf Bernftorff in Wien das ihm angebotene Portefeuille abgelehnt hatte; fo mußte ber Unterftaatsfefretar Graf Bulow, der ichon unter Auerswald die eigentliche Ruhrung der Ges schäfte gehabt hatte und auch unter Donhoff im Amte geblieben mar, die interimistische Leitung dieses Ministeriums übernehmen und hat sie mahrend ber entscheidungsvollen nachsten Monate behalten. Graf Donhoff machte noch am 6. November abende Camphaufen von der mutmaklichen Zusammens segung des neuen Kabinetts Mitteilung und sprach ihm seine Aberzeugung ans, daß es jest in Berlin zu einem ernften Konflift zwischen Regierung und Parlament tommen muffe; er hielt es nicht für zweifelhaft, daß die Regierung ben Sieg davontragen werde, fürchtete aber, daß man nach dem Siege nicht Maß zu halten verstehen würde.1

Mit der Ernennung des Ministerimus Brandenburg trat ein entschiedener Umschwung in der inneren preußischen Politik ein. Die Zeit der Nachgiebigkeit gegenüber der Nationalversammlung war nun endgültig vorüber; der Plan, sie zu vertagen und aus Berlin in eine ruhigere Provinzstadt zu verlegen, war von Ansang an gefaßt worden und wurde bekanntlich in den nächsten Tagen ausgeführt. Brangel sand beim Einrücken in Berlin keinen nennens, werten Widerstand, und die Bersuche der zersprengten Versammlung, weiter zu tagen und das Bolk zur Steuerverweigerung auszurusen, blieben ohne Ersolg. Der König und seine Ratgeber hatten sich nicht getäuscht, wenn sie annahmen, daß in der großen Masse der Bevölkerung das Interesse an der Tätigkeit der Versammlung bereits erlahmt sei und man vor allen Dingen Herstellung der Ordnung und eines gesicherten Nechtszustandes wünsche.

<sup>1</sup> Graf Donhoff an Camphaufen 6. Rov. Beilage 15.

Die große Frage war nun, ob sich ein gleicher Umschwung auch in der beutschen Politik vollziehen werde. Bereits bei der erften Audienz des Grafen Brandenburg hatte der König nach dem Zeugnisse Gerlache ihm seine alten Gedanken mit einigen Modifikationen von neuem entwickelt: Königskols legium2, Fürstenhaus, Wehrherzogtumer, Stellung Preugens als Erbfeld, berr. Es war also in den Bunschen des Königs seit dem Fruhjahr teine wesentliche Anderung eingetreten; wohl aber war er entschlossen, seine Uns schauungen jest wieder zu ffarferer Geltung zu bringen. Bis jest hatte er daran festaebalten, die Kührung der deutschen Angelegenheiten seinen Ministern gu überlaffen; jest hatte er wieder das Gefühl, ein Ministerium neben fich gu haben, das nicht von dem Willen der Berfammlung, sondern von seinem eigenen abhänge, und damit war für ihn der Zeitpunkt gekommen, auch in der deutschen Frage wieder eigene Politik zu machen.3 Wir wissen nicht, wie Graf Brandenburg sich ju diesem Teile des königlichen Programms gestellt hat; vermutlich hatte er sich gerade über diesen Punkt noch teine eigenen Gedanken gemacht, da ja vorläufig die innerpreußischen Angelegens heiten und namentlich der Kampf gegen die Ansprüche der Berliner Nationals versammlung durchaus im Vordergrunde ftanden. Sehr viel mußte natürlich darauf ankommen, wem die Leitung des auswärtigen Ministeriums zufallen werde; und wenn Graf Brandenburg gerade für dieses Reffort feinen Minister fand, so lag das vielleicht gerade mit daran, daß niemand gewillt war, sich für diese Plane des Königs einzuseben.

Camphausen hatte nicht ohne schwere Bedenken die Berufung des Grafen Brandenburg und die von der neuen Regierung geplanten Maßregeln vers nommen. Wir wissen, daß er bereits Mitte Oktober selbst die Berlegung

<sup>1</sup> I, 220f.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Hier tritt zum erstenmale ganz unzweifelhaft der Gedanke auf, die Teilnahme an der obersten beschließenden Behörde wenigstens während des Provisoriums den 6 Königen allein vorzubehalten. Bgl. oben S. 117, Anm. 3 u. Meine de, Radowiß 196. Vielleicht verdankte er seine Aufnahme in das Programm des Königs dem Umstande, daß die Herrscher der Mittelsstaaten, mit denen er unausgesetzt persönlich korrespondierte, sehr lebhaft dasur eingetreten waren. Diese griffen die in Friedrich Wilhelms Maiprogramm schon enthaltene Bevorzugung der Kursürsten auf und gestalteten sie in ihrem Interesse um. über die lebhafte Erörterung dieses Gedankens in Bapern schon im Juli vgl. Bluntschli an Fürst Leiningen 23. Juli, bei Küngel 3. f. S. d. Oberrh. R. F. 20, 323. Beachtenswert ist auch, daß Bapern schon Ansang August den übrigen Vorschläge gemacht hat "über heranziehung und Vereinigung der kleineren Länder mit den größeren"; es stieß damals auf Widerspruch bei Hannover. (Ausseichnung von Perthes 1.—4. August a. a. D. Rachtrag.)

<sup>\*</sup> Shon vor der Berufung Pfuels hatte der König zu Bederath geäußert: "Er habe seit 6 Monaten seine Souveränität den Ministern in Kommission gegeben; das solle nun anders werden" (Westidt. 3tfchr. 32, 71). Um so mehr war er enttäuscht, als das Ministerium Pfuel ihm in allen entscheidenden Fragen Widerstand leistete.

der Berliner Versammlung erwogen hatte.1 Insofern konnte er also auch jett nicht viel dagegen einzuwenden haben; aber ihm ichien der Zeitpunkt für den Bruch nicht gludlich gewählt2, und außerdem hatte er ju ben Mannern, die der Ronig jest auf die bochften Voffen gestellt batte, fein rechtes Bertrauen; er fürchtete von ihnen, ahnlich wie Graf Donhoff, daß fie ibren Sieg, wenn nicht zur vollen herstellung des Abfolutismus in Preußen. fo doch zu einer allzu ftarten Ginschränfung der parlamentarischen Rechte, und por allen Dingen jum offenen Bruch mit der Paulsfirche benugen würden; badurch ware aber nach feiner Unficht jede hoffnung auf eine größere Einigung Deutschlands vernichtet worden. Die neuen Minister bemühten fich eifrig, ihn über diese Puntte zu beruhigen; sowohl Graf Brandens burg felbft, wie Graf Bulow gaben ihm brieflich die bestimmte Ber: ficherung, daß feine reaftionare Politif beabsichtigt fei, daß man die früher gegebenen Bersprechungen des Königs als bindend anerkenne und daß man auf ein friedliches Zusammenwirten mit der provisorischen Zentralgewalt und der Nationalversammlung den höchsten Bert lege.3 Ja, es wurde ihm fogar mehrmals ber Bunfch geaußert, er moge bahin wirfen, daß die Bentralgewalt eine ausdrudliche Billigung ber Magnahmen des Ronigs ausspreche, das Berhalten der Berliner Rationalversammlung migbillige und eine eventuelle Auflösung berfelben im voraus gutheiße.4 Auch ber Ronig felbft und der Ministerprafident wandten fich brieflich an den Reichss verwefers, um eine derartige Erflarung berbeiguführen. Sie alle empfanden bas bringende Bedürfnis, auf diese Art ein Gegengewicht gegen die Une popularität der eben vollzogenen handlungen zu gewinnen. Es war das erfte und einzige Mal, daß Preußen einen Dienft von der Zentralgewalt begehrte, und daher auch der einzige Augenblid, in dem eine wirkliche Berftandigung gwifchen Berlin und Frankfurt möglich gewesen ware, wenn man in Frankfurt die Situation vollständig begriffen und staats: mannische Ginsicht genug gehabt hatte, die erbetene Silfe der preußischen

<sup>1 6.</sup> oben 6. 125.

<sup>8</sup> Camphausen an Bulow Rov. 13. Beilage 18.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Graf Bulow an Camphausen Rov. 8. Beilage 16; Graf Brandenburg an Camphausen Rov. 12. Beilage 17 (er versichert, daß "weder die Krone noch ihre Ratgeber auch nur den Gedanken antikonstitutioneller Gelüste hegen"). Mündlich fügte Graf Brandenburg noch hinzu, "er und die übrigen Mitglieder des Ministeriums wurden nur die zur Wieders eröffnung der Berfammlung in Brandenburg im Amte bleiben und dann einem neuen volksetamlicheren Ministerium Plat machen" (v. Kampt an Camphausen undat. c. Nov. 11).

<sup>4</sup> Balow an Camphaufen 12. Nov. Beilage 17a; 13. Nov. Beilage 19; 15. Nov. Beilage 20 (wo ermahnt wird, daß Graf Brandenburg felbft in diefem Sinne an Camphaufen ges fcheieben babe).

<sup>6.</sup> Oberfilmt. Fischer an Camphansen 25. Mov. Cafpary 265.

Regierung zu gewähren, ohne Bedingungen zu stellen, die diese nicht zugestehen konnte.

Schon auf die Nachricht von der Zusammensetzung des neuen Ministeriums bin, die man als Reichen des beabsichtigten Bruches auffaßte, also vor den entscheidenden Ereignissen in Berlin und vor dem Gintreffen des Silferufes der preußischen Regierung, hatte das Reichsministerium am 8. November eines feiner Mitglieder, den Unterstaatsfetretar Baffermann, als Reiches tommiffar nach Berlin entfandt. Die genaueren Aufträge, die er erhalten hat, waren bisher nicht befannt, erhellen aber aus einem Berichte, den Graf Bulow unmittelbar nach Baffermanns Abreife an Camphaufen gefandt bat.1 Danach hatte er vier Forderungen zu ftellen: Preugen follte fich dem Unspruche der Zentralgewalt wegen der Publikation und Anerkennung der Reichsgesetze fügen; es sollte die Restsetzung der Demarkationslinie in Posen2 den Reichskommiffaren und die Vertretung der allgemeinen volitischen Inters effen Deutschlands den von der Zentralgewalt ernannten Reichsgesandten überlassen. Es sollte endlich gusichern, daß die Reichsverfassung so anges nommen werden wurde, wie sie aus den handen des Frankfurter Varlas mente hervorgeben werde. Außerdem follte Baffermann jedenfalls in den Streitigfeiten gwifchen Regierung und Bolfsvertretung vermittelnd mirten: welche Schärfe diese erreichen wurden, ließ sich ja bei seiner Absendung noch nicht voraussehen. Jedenfalls sieht man aus diesen Forderungen, daß die Zentralgewalt die Gunft der Lage bis aufs außerste auszunußen gedachte; man hatte offenbar bei der Absendung Baffermanns die Borftellung, als ware die Berliner Regierung völlig rate und hilflos und könne nur durch die Zentralgewalt gerettet werden; nur unter dieser Voraussetzung hatten folche Forderungen überhaupt einen Sinn. Go lagen die Dinge aber in Wirklichkeit gar nicht.

Als der Reichstommisser ankam, war der entscheidende Schlag gegen die Versammlung eben gefallen; die Regierung fand auch im Lande nirgends erheblichen Widerstand, und die öffentliche Meinung begann sich auch ohne Zutun der Franksurter ihr zuzuneigen. Das hatte man freilich ankangs auch in Berlin nicht mit Sicherheit voraussehen können, und daher hätte man eine Unterstützung durch die Zentralgewalt gern gesehen; aber je mehr die Situation sich klärte, desso beutlicher zeigte es sich, daß es doch ein recht bedenklicher Schritt gewesen war, sich nach Franksurt zu wenden, bevor man erprobt hatte, ob man nicht ganz auf eigenen Füßen werde siehen können.

<sup>1</sup> Balow an Camphausen Rov. 15. Beilage 20.

<sup>3</sup> In biefer Frage hatte die Berliner Nationalversammlung einen den früheren Fests setzungen des Frankfurter Parlaments widersprechenden Beschluß gefaßt, f. Meinede, Weltbürgertum 368.

hatte das preußische Ministerium die Forderungen, die Baffermann über, brachte, bewilligt, so würde es sich der Zentralgewalt und der Paulstirche auf Gnade und Ungnade ausgeliefert haben; es wurde der provisorischen Res gierung die bisber stets bestrittene unbeschränkte Obergewalt über die Einzels staaten jugestanden und fich felbst von jedem Ginfluß auf die definitive Bes staltung der fünftigen Berfassung ausgeschlossen haben. Obwohl dies auf der Sand ju liegen scheint, ift es doch jedenfalls nicht von allen Mitgliedern der preußischen Regierung so empfunden worden. Graf Bulow bedauerte es außerordentlich, daß man Baffermann nicht "vollständiger befriedigt" ents laffen habe. Rur in Pofen hatte man eine Mitwirfung des Reichs; kommissars neben einem preußischen Kommissar zugelassen. Die übrigen Punfte, Schreibt Bulow, "hat man gwar nicht abgelehnt, aber, sich ftubend auf die Unmöglichkeit, in der Aufregung des Augenblicks darüber beraten und beschließen zu konnen, bilatorisch geantwortet". Er selbst mar der Deis nung, daß man auch die übrigen Puntte, wenigstens der Sauptsache nach, hatte jugesteben follen, da man die gegenwärtige Rriffs nur mit hilfe der Bentralgewalt fiegreich durchmachen tonne. Er habe dafür gefämpft, aber nur erreicht, daß man fie nicht unbedingt abgewiesen habe. Er begrundete feine Stellungnahme damit, daß es fich nach feiner überzeugung jest um den Entscheidungstampf zwischen Monarchie und Republik handle und daß die Monarchie verloren fei, wenn die preußische Regierung unterliege. Daber muffe fie jede Silfe, die fich biete, annehmen, und durfe die wichtige moralische Unterftugung durch Frankfurt nicht von der hand weisen. Wir wissen nicht, ob Graf Bulow mit diefer Auffassung der Sachlage im Ministerium allein gestanden hat; begreiflich aber ift, daß diese Stellungnahme ihm das heftigste und bauernde Miftrauen des Königs juzog; die perfonlichen Anschauungen Friedrich Wilhelms, von benen aus eine derartige Politit als abfolut vers werflich erscheinen mußte, bedten fich bier einmal mit ben Lebensintereffen Preußens.

Noch während seines Aufenthaltes in Berlin erhielt Bassermann von dem Reichsministerium, das inzwischen die Ereignisse vom 9. November erfahren hatte, einen weiteren Auftrag nachgesandt; er sollte nämlich auf die Ersnennung eines volkstümlicheren Ministeriums und die Zurückverlegung der Bersammlung nach Berlin, sobald dort die nötige Beruhigung eingetreten sei, hinwirten. Er mußte sich jedoch in Berlin überzeugen, daß man hierauf nicht eingehen werde; außerdem fühlte er sich persönlich durch das revolutionäre Gebaren des Numpsparlamentes zurückgestoßen und geneigt, der Negierung recht zu geben; daher verweigerte er die Ausführung der neuen Instruktionen,

b. Mrneth, Schmerling 248.

fehrte sofort jurud und reichte seine Entlassung als Unterstaatssekretär ein. Er verließ Berlin in der festen Absicht, bei dem Reichsministerium und in der Paulskirche für eine entschiedene Erklärung zugunsten der preußischen Resgierung einzutreten.

hier hatten ichon vor feiner Rudfehr die Debatten über die preußische Frage begonnen. Um 14. November wurde entsprechend dem Bunsche des Reichsministeriums beschlossen, daß die preußische Regierung die Berlegung ihres Varlamentes nach Brandenburg sobald wie möglich jurudjunehmen und in Berlin für die genügende Sicherheit der Beratungen Sorge zu tragen habe. Gleichzeitig murde dem Ronige auferlegt, ein Ministerium zu berufen, welches das Vertrauen des Landes genieße. Darin lag also wohl eine halbe Billigung ber Berlegung bes Parlaments, aber jugleich eine Berurteilung ber entscheibenden Maßregel des Königs und eine farte Einmischung in die inneren Berhältnisse Preußens. Camphausen, der am Tage darauf den Bersuch machte, das Reichsministerium doch noch zu einer die preußische Regierung unzweideutiger unterftübenden Rundgebung zu bestimmen, erhielt gur Antwort, daß man dem Reichstommiffar Baffermann, der mit Ine ftruttionen versehen und durch die Beschluffe des Parlamentes gedecht sei, nicht vorgreifen tonne. Er fühlte fich begreiflicherweise gedemütigt, so als Bittsteller bei der Zentralgewalt erscheinen und fich obendrein abweisen laffen zu muffen. "Ich bin tief befümmert", schrieb er nach Berlin.1

Diefer erfte Befchluß ber Rationalversammlung war zu einer Zeit gefaßt worden, als die Steuerverweigerung burch das Berliner Rumpfparlament noch nicht erfolgt war. Das Befanntwerden dieser neuen Tatsache und das Eintreffen von Deputationen der verschiedenen Parteien der Berliner Bers sammlung, die so auch ihrerseits Frantfurt als Schiederichter anrief, führte ju einer zweiten, febr erregten Berhandlung in der Paulsfirche. hier schilderte Baffermann feine Berliner Eindrude in den ichwärzeften Farben und machte fein Sehl daraus, daß nach seiner Meinung die preußische Regierung in der Berlegung das einzig richtige Mittel gewählt habe, um bas Parlament von der herrschaft der Berliner Strafen, Demagogie ju bes freien. Auf einen großen Teil der Abgeordneten machten diese Aus: führungen einen farten Eindruck; aber man hielt es mit der Ehre der Berfammlung nicht für vereinbar, ben früher gefagten Befchlug gurude junehmen; so gelangte man ju der halbheit, am 20. November unter Aufrechterhaltung der früheren Rundgebung die Steuerverweigerung als rechtswidrig und die Staatsgefellschaft gefährdend für null und nichtig ju ers flaren; jugleich murde dem preußischen Volte gegen jede Beeintrachtigung ber

<sup>1</sup> An Balow, 16. November, Beilage 21.

ihm gewährten und verheißenen Rechte der Schut der Nationalversamms lung zugesichert. Wan mutete also dem Könige einen Wechsel seiner Minister und die Zurückverlegung der Versammlung nach Berlin zu, während man von dem Parlamente das Zugeständnis verlangte, daß seine nach der Vertagung gesaßten Beschlüsse feinen geseslichen Boden hätten. War es an sich schon wenig wahrscheinlich, daß einer der beiden streitenden Teile sich mit dieser Lösung zufrieden geben werde, so wurde für den König jedes Entgegenkommen fast zur Unmöglichkeit gemacht durch die herrissiche Art, in welcher der Reichsverweser durch eine Proklamation vom 21. Nos vember den Beschluß der Versammlung bekanntmachte, dessen Bollstreckung durch die Reichsgewalt in Aussicht stellte, und seine Kundgebung unter Umgehung der Zentralregierung direkt an die preußischen Oberpräsidenten versandte.

Bahrend Baffermanns Aufenthalt in Berlin war - offenbar als er die Annahme der fünftigen Reichsverfassung jur Sprache brachte - von den preußischen Ministern der Bunsch geaußert worden, über die Stellung, die man Preußen für die Zufunft jugedacht habe, genauer unterrichtet ju werden. Es war anfangs in Aussicht genommen worden, daß Baffermann felbst nach Einholung neuer Instruktionen jurudtommen und die Verhands lungen über diesen Puntt weiterführen solle.1 Da dieser aber inzwischen ans dem Reichsministerium ausgeschieden war, weil er weder die Bens tralgewalt noch das Parlament jum offenen Eintreten für die preus Bische Regierung hatte bewegen tonnen, so wollte er sich auch an den Berhandlungen mit Preugen nicht weiter beteiligen.2 Das Reichsminis sterium entschloß fich daber, zwei andere Rommiffare, die den Stands puntt ber Mehrheit billigten, nach Berlin zu entsenden, obwohl fie nicht Mitglieder ber Zentralregierung waren, nämlich die Abgeordneten Sims fon und hergenhahn. Sie follten sowohl beim Könige wie bei dem preußischen Parlament auf die Annahme der Frantfurter Beschluffe hinwirten und jugleich eine Erflärung ju erlangen suchen, daß Preugen bie in Frankfurt zu beschließende Berfassung annehmen werde.3 Daß fie von ihren Gesinnungsgenossen den speziellen Auftrag erhalten haben, fich darüber ju vergewiffern, ob der Konig von Preugen evens tuell auch die Raifertrone annehmen werdes, versieht sich eigentlich von felbft; benn bas mußte man ja vor allen Dingen wiffen.

<sup>1</sup> v. Arneth 251; bagu bie Korrespondeng gwifchen Bulow u. Camphaufen Beilage Br. 23 u. 25.

<sup>1</sup> S. Bellage 25.

<sup>&</sup>quot; Simfon 132f. u. 143f.

<sup>&</sup>quot; Mrneth 281.

Am 20. November trafen die beiden neuen Kommissare in Berlin ein. Als sie am folgenden Tage eine Konferenz mit den preußischen Ministern hatten, brachten sie ihre Zumutungen vor, stießen aber auf entschiedene Ablehnung. Zugleich ersuhren sie hier von dem Grafen Brandenburg, daß man ernstlich den Gedanken erwäge, das preußische Parlament ganz aufzulösen und vor den Neuwahlen eine Verfassung durch königliche Verordnung zu oftropieren. Sie waren von dieser Andeutung so überrascht und entsetz, daß sie beschlossen, das bedeutendsse Mitglied der Frankfurter Mehrheit, heinrich v. Gagern, zu ihrer Unterstützung herbeizuholen.

Der Gedante, eine Verfassung für Preußen zu oftronieren2, mar bereits im September vor der Berufung des Ministeriums Pfuel von Gerlach, Bismard und Edwin von Manteuffel erwogen und von letterem dem Könige vorgetragen worden. Friedrich Wilhelm hat ihn damals grunde fählich gebilligt, schließlich aber doch nicht daran festgehalten, dem neuen Ministerium, wie er anfangs wollte, seine Ausführung zur Pflicht zu machen.3 Vielleicht war es schon damals nicht gelungen, sich über den Inhalt der ju oftronierenden Berfassung ju verständigen, jumal so schnell, wie es die augenblickliche Lage erfordert hatte. Jest aber fam das Ministerium, wie es scheint, aus eigener Initiative, auf den Ges banten jurud. Als man begann, fich ben Feldjugsplan genauer ju übers legen, mußte man ja notwendigerweise auf die Frage stoßen, was geschehen folle, wenn die Mehrheit der Nationalversammlung sich zwar zum bezeiche neten Termin in Brandenburg einfinde, aber in ihrer demofratischen Riche tung beharre und ihre letten Berfassungsbeschlusse aufrechterhalte; es schien dann nur die Auflösung übrig zu bleiben.4 Wie aber sollte es werden, wenn die Mehrheit überhaupt nicht nach Brandenburg fam? Mit einer nicht bes schlußfähigen Versammlung konnte man nicht weiter verhandeln; man mußte entweder die Stellvertreter einberufen, die für den Fall der zeitweisen Berhins derung der Abgeordneten überall gleichzeitig mit diesen selbst gewählt waren, ober man mußte auch dann die Versammlung auflösen und Neuwahlen ans ordnen. Der erstere Weg war in seiner rechtlichen Bulaffigfeit sehr zweifelhaft;

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bgl. hierüber Meinede, Beltburgertum<sup>2</sup> 387 f. nach einem bisher unveröffentlichten Erlaß Bulows an Camphaufen v. 22. November.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Die Entstehungsgeschichte der Oftropierungsibee verfolgt eingehend Meinede 400ff. Wichtige Ergänzungen bietet Anschüß Berfassurt. f. d. Preuß. Staat x, 45 ff. Ich tann aus dem Camphausenschen Nachlaß im folgenden einige weitere Ergänzungen bieten.

<sup>3</sup> G. Anschüt 47.

<sup>4</sup> Bülow an Camphausen 12. Nov. s. Beil. 17 a. — Bgl. auch die Erörterung der vers schiedenen Möglichkeiten in der kurzen dem König übersandten Denkschrift des Prinzen Johann von Sachsen v. 28. Nov. (Briefw. zw. Kg. Johann u. Friedr. Wilh. IV. S. 207).

edenfalls wurde der Regierung ein folches Verfahren als ein neuer Gewalt: ftreich ausgelegt worden fein; der zweite Weg war langwierig und in feinem Er: folge unficher. Wochen mußten darüber vergeben, bis das neugewählte Pars lament jusammentreten und die Beratung über die Verfassung von neuem beginnen fonnte. Damit war die Bahrscheinlichkeit gegeben, daß die Frankfurter Rationalversammlung, die seit Ende Ottober eifrig über die Reichsverfaffung beriet, mit ihrem Berte früher fertig werden konne als die preußische. Da man befürchten mußte, daß die Frankfurter Verfassung so ausfallen werde. daß Preußen fie nicht ohne weiteres annehmen tonne, fo entstand badurch Die Gefahr, daß in diesem fritischen Zeitpunfte in Preugen noch die gleiche Uneinigfeit swischen Regierung und Boltsvertretung und die gleiche Uns ficherheit über das Mag der beiderseitigen Rechte bestehen werde, wie in den vergangenen Monaten. Dies ichien fich vermeiden zu laffen, wenn man mit ber Auflösung und dem Ausschreiben der Reuwahlen zugleich eine Bers fassung publizierte und diese so lange provisorisch in Wirtsamfeit feste, bis fie im Einverständnis mit dem neuen Parlamente nochmals durchberaten und revidiert worden fei. Allerdings erschien es den Ministern in diesem Kalle als notwendig, daß die Verfassung einen liberalen Inhalt habe und die Erfüllung der vom Könige im Mary gegebenen Berheißungen enthalte; nur fo fonnte man dem Borwurfe entgehen, daß man die Berfprechungen bes Konigs gebrochen habe und jum Abfolutismus jurudfteuere. Gelang biefer Plan, fo fand Preußen wenigstens mit einer vorläufig anerkannten Berfassung und mit der Fähigkeit festen Auftretens nach außen den Möglichs feiten gegenüber, die fich aus den Beschlüssen der Paulsfirche ergeben konnten. Daß dies munichenswert fei, ließ fich um fo weniger vertennen, als gerade in der letten Zeit Bfterreich durch die Riederwerfung des Ottoberaufftandes in Wien und die Berlegung des Reichstages nach Kremfier außerordentlich an Rraft gewonnen hatte; es ließ fich baber erwarten, daß man nun auch von Wien aus versuchen werde, auf die Reugestaltung der deutschen Bers hältniffe einen entscheidenden Ginfluß zu gewinnen. Blieb Preußen durch innere Rampfe gerriffen, fo mußte es dem neuerftartten Offerreich gegenüber in Nachteil geraten.1

Minister auf Ottropierung einer liberalen Berfassung tamen, und es bedreiflich zu machen, wie die Minister auf Ottropierung einer liberalen Berfassung tamen, und es bedarf dazu m. E. nicht des doch recht weit hergeholten Bersuches von Meinede (S. 415 f.), einen Einfluß der tatholischen Elemente durch das Medium des Ministers Rintelen nachzuweisen. Waren solche Einflusse — was durchaus unbewiesen ist — wirklich im Spiel, so tonnen sie nur ganz setundar mitgewirtt haben. Daß der Inhalt der Verfassung liberal sein musse, wenn überhaupt ottropsiert werde, war durch die moralische Berpstichtung zur Erfüllung der Märzverheißungen gesgeben, wie Meinede selbst mit Recht betont. Man wollte zeigen, daß die Ottropierung kein Staatsstreich mit reaktionärer Tendenz, sondern ein Alt der Rotwehr sei gegenüber einer

Ließen sich so die Vorteile einer Oftronierung nicht verkennen, so sprachen boch auch manche Bedenken dagegen. Schon allein die Tatsache, daß man bas wiederholt gnerkannte Pringip der Bereinbarung verließ und durch eine seitigen Willensatt der Regierung eine Verfassung gab, mar geeignet, viele liberale Elemente der Opposition in die Arme zu treiben. Aber auch wenn man glaubte, die gemäßigter Denfenden durch den Inhalt der Berfaffung beruhigen und sie die unrechtmäßige Entstehung vergessen machen zu können, fo blieb ein noch viel ftarterer Gegengrund bestehen: das heftige Wider: ftreben des Königs felbst gegen diese Lösung. Er hatte wohl weniger gegen das Oftropieren an sich Bedenken, als gegen den liberalen Inhalt der ges planten Berfassung. Bogu hatte er feine liberalen Minister entlaffen und Männer, die seiner Gesinnung naber fanden, in seinen Rat berufen, wenn er nun einer Berfaffung feine Zustimmung geben, ja fie felbst aus scheinbar freiem Entschluß verfündigen follte, beren Bestimmungen seiner gangen Unschauungsweise durchaus widersprachen? Sobald er erfuhr, daß der Bere fassungsentwurf der Minister sich aufs engste an den in der aufgeloften Nationalversammlung beratenen Entwurf anlehnte, und nur die vom Könige als gang unannehmbar bezeichneten Puntte daraus entfernt waren, sprach er sich, von der Ramarilla und Radowis eifrig unterftüst, entschieden gegen den gangen Plan aus.

Man begreift es unter diesen Umständen, daß innerhald des Ministeriums die Frage immer von neuem erwogen wurde, und daß man hier mehrsach schwankte, ob unter diesen Umständen der ganze Gedanke ausführbar sei, oder ob man ihn fallen lassen müsse. Das erste Austauchen des Oktronierungs; planes nehmen wir wahr in einem Schreiben des Grasen Bülow an Camp; hausen vom 12. November. Er schreibt: "Kann man eine provisorische Bersassung oktronieren, auch wenn sie die liberalste ist?" Man sieht daraus, daß der Gedanke nicht erst durch die Steuerverweigerung hervorgerusen worden ist, sondern schon durch die Erwägung der Möglichkeiten, die nach der Bertagung des Parlamentes überhaupt gegeben waren; und man erztennt serner, daß von Ansang an ein liberaler Inhalt der Bersassung als notwendiges Gegengewicht gegen die Tatsache der Oktronierung für notzwendig gehalten wurde.

Drei Tage später äußert sich Bulow etwas ausführlicher: "Eine Auflösung mußte jedenfalls mit Ottropierung einer provisorischen Charte verbunden,

Versammlung, mit der eine Einigung unmöglich war, und einer Gesamtlage, die schnelle Erledigung der Frage forderte.

Beilage 17a — Barnhagen hatte alfo recht, wenn er in feinen Tagebüchern am 13. Nov. bereits bemerkt, daß ein folches Berfahren erwogen werde (f. Meinede 400).

Meinede 429f. halt bies für möglich.

und diese mußte von der allerliberalften Urt fein. Auch dann hat die Daße regel noch große Bedenfen." Wieder drei Tage fpater icheint die Stimmung eine andere geworden ju fein; benn er fchreibt: "Ich glaube E. E. mit Bes stimmtheit fagen ju tonnen, daß die Idee der Oftropierung einer Berfaffung, die in den letten Tagen lebhaft angeregt war, für jett beseitigt ift." Der volle moralische Sieg der Regierung mache es unnötig, "ein dernier moyen gu benuten, bas mit großen Gefahren begleitet fein wurde. Es ift richtiger, jest auf die Rebler ber Gegner ju rechnen und fie ju benuten".1 Daß ber Gedante tropbem nicht gang aufgegeben war, wenn auch noch fein bestimmter Entschluß zu seiner Berwirklichung vorlag, fieht man aus ben Mitteilungen der Minister an die Reichstommissare in der Besprechung des 21. November. Freilich konnten diese nach dem, was ihnen gefagt wurde, faum abnen, daß damals bereits der vollständige Entwurf der ju oftrons ierenden Berfaffung ausgearbeitet war; am 20. November hatte ber Ronig ibn bereits in Sanden und übte eine fehr icharfe Rritif daran.2 Wir wiffen nicht, wann er ihm übergeben worden ift, und es ift febr wohl denkbar, daß dies schon vor dem 18. November geschehen war, und daß gerade der Widers fpruch des Konigs das Ministerium an der Ausführbarkeit des Planes irre gemacht hatte. Als man den Reichstommiffaren einige Stunden nach der Sigung erflarte, ber Gedante fei völlig aufgegeben3, drudte man fich jedens falls bestimmter aus, als ber mahren Sachlage entsprach4; man hatte gefeben, wie sehr sie durch die gegebene Andeutung erschreckt worden waren und wollte fie junachft beruhigen.

Die Bestürzung der Reichstommissare ist sehr begreiflich. Sie sollten auf die Entlassung des Grafen Brandenburg und die Zurückverlegung des Parlamentes nach Berlin dringen; anstatt dessen würde durch das ihnen in Aussicht gestellte Verfahren die disherige Versammlung überhaupt bes seitigt und das Ministerium mindestens die nach erfolgter Neuwahl in seiner Stellung gesichert worden sein. Außerdem mußte schon die bloße Latsache des Ottropierens die preußische Regierung in den Ruf der reattionären Ges sinnung bringen; da aber die Partei in Frankfurt, die für Preußens Führung in Deutschland einzutreten bereit war, aus Liberalen bestand, so schien es nicht unmöglich, daß manche ihrer Mitglieder stußig werden, viels leicht zu den Gegnern abschwenken und dadurch die Chancen einer solchen Lössung vermindern würden. Gerade für die Freunde Preußens in Franks

<sup>1</sup> Beilage 20 11. 23.

<sup>1 2.</sup> v. Berlach 1, 245.

<sup>&</sup>quot; Simfon 140 M. 2.

<sup>\*</sup> Meinede 390 gitiert einen Erlag an Camphaufen v. 22. Rovember, in dem die Ottropies rung noch als eine mögliche, aber teineswegs beschloffene Austunft hingestellt wird.

furt schien also die Oftropierung eine Gefährdung ihrer ganzen Politik zu bedeuten. Endlich war es, wie wir wissen, den Männern der Paulsstirche überhaupt nicht recht, wenn die Einzelstaaten sich Verfassungen gaben, bevor die Gesamtverfassung Deutschlands definitiv festgestellt sei; die Schwierigkeit, beide in Einklang miteinander zu bringen, wurde dann ers heblich größer.

Auf den Ruf Simsons eilte Gagern sofort nach Berlin, ohne amtlichen Auftrag, aber mit Borwiffen bes Reichsverwesers und der Nationalver: sammlung; am 25. November abends traf er ein.1 Er hatte hier mehrere eingehende Besprechungen, sowohl mit den Ministern wie mit dem Könige selbst; seine Absicht war, nicht nur die augenblicklich schwebenden Einzelfragen einer Löfung näher zu führen2, fondern vor allen Dingen Gewißheit darüber ju erlangen, wie sich Preußen ju dem Werke der Paulstirche stellen werde, wenn dieses so ausfalle, wie die Mehrheit es wunschte, b. b. im Sinne einer engeren Verbindung des außeröfterreichischen Deutschland unter der Füh: rung Preugens. Es ift möglich, daß er felbst und einzelne seiner Freunde damit noch den weiteren Gedanken verbanden, die Übernahme der Obers leitung durch den König von Preußen werde erleichtert werden, wenn Preußen überhaupt fein eigenes Parlament erhalte, sondern nur seine alten provinzials ftandischen Einrichtungen bewahre. Er mochte hoffen, den König für diesen Gedanken zu gewinnen, wie es im Sommer ichon Bunsen versucht hatte3. indem man ihn mit der Aussicht foderte, so auf die einfachfte Beise bas uns

<sup>1</sup> Oberstitn. Fischer an Camphausen 26. Nov., Caspary 266. Die Worte "aus eigener Initiative, nicht gefandt" stehen nicht in dem Briefe, sondern sind Zusat der Bearbeiterin. Dagegen wird noch gesagt, daß Sagern vor seiner Abreise nach Potsdam keinen der Minister aufgesucht habe. Dann werden die Verhandlungen Simsons und hergenhahns mit Grabow geschildert, die ohne positives Ergebnis blieben. Bgl. ferner S. 143 Anm. 3.

<sup>2</sup> Offenbar würde man sich in Frankfurt jest auch mit einer teilweisen Modifikation des Ministeriums begnügt haben; namentlich wünschte man das Verschwinden Manteuffels, an dessen Stelle man herrn v. Vinde zu bringen dachte. Camphausen scheint diese Lösung befürwortet zu haben; er schiedte kurz vor Sagerns Abreise seinen Vertrauten, den Obersiltn. Fischer, nach Berlin, um mit den leitenden Perfonlichteiten Fühlung zu nehmen. S. Auszuge ans dessen Berichten, Caspary 265 f. Vinde traf mit Sagern gleichzeitig in Berlin ein. Vgl. Simson, Erinnerungen 134.

<sup>\*</sup> S. oben S. 120 Anm. 2. Ich glaube nicht, daß der König damals ober jeht ernstlich daran gedacht hat, Preußen ohne eigenes Sesamtparlament zu lassen. Die Außerungen, die Reine de 405s. anführt, beweisen doch nur, daß er auf die Ausbildung der lotalen Selbstverwaltung (natürlich auf aristotratischer Grundlage) immer besonderen Wert legte. Selbst wenn er am 5. Dezember noch äußerte, er habe eigentlich auf die Provinzialstände zurückgreisen wollen, so läßt sich — namentlich bei der Wiedergabe dieser Worte aus dem Gedächtnis — feineswegs solgern, daß er die Bereinigung dieser Stände zum Bereinigten Landtag nicht habe sessshaten wollen. Das wäre ihm wohl das liebste gewesen. So faßt es auch Weine de selbst auf. Wäre denn das aber tein Zentralparlament für Preußen gewesen?

bequeme preußische Parlament ganz los zu werden. Man hätte auf diese Art die Frage, ob eine Verfassung für Preußen zu oktropieren sei oder nicht und welches ihr Inhalt sein solle, ganz umgehen können; man hätte einfach das Parlament auf unbestimmte Zeit vertagt und zunächst abgewartet, ob und in welcher Form die deutsche Gesamtverfassung zustande komme.

Wir haben fein Zeugnis dafür, daß Heinrich v. Gagern diese Gedanken dem Könige oder den Ministern gegenüber in Berlin wirklich zur Sprache gebracht hat. Sicher ist nur, daß er dem König unter Ausgebot seiner ganzen Beredsamkeit die Zusage abzugewinnen versucht hat, daß dieser die Kaiserskrone annehmen werde, wenn sie ihm von Frankfurt aus angedoten werde. Es ist völlig ausgeschlossen, daß der König irgendeine Zusage in dieser Richstung gegeben oder auch nur Hoffnung auf eine Annahme der Krone gemacht hat. Nicht nur alle seine früheren Außerungen, sondern auch vor allen Dingen sein bekannter, etwa 14 Tage nach der Unterredung geschriebener Brief an Bunsen<sup>3</sup> und seine Außerungen gegenüber Simson am 17. Dezember<sup>4</sup> beweisen das. Er gestand der Paulstirche niemals das Recht zu, einen Kaiser zu wählen, sondern nur den deutschen Fürsten; und er wollte auch von diesen eine Wahl nur dann annehmen, wenn sie völlig frei ohne physischen Zwang

¹ Bgl. hierüber die Ausführungen von Meinede, Weltbürgertum², 389 ff. Ich gestehe indes, daß ich nicht überzeugt bin, daß Sagerns Außerungen so gedeutet werden müssen. Die Absicht der Oktropierung konnte er im Interesse der deutschen Sache auch deshalb verurteilen, weil sie die Beibehaltung des Ministeriums Brandenburg, also offenen Segensah Preußens zu den Beschlüssen der Nationalversammlung und damit Sinken der Chancen des Erbkaiserplanes bedeutete. Den Inhalt der Berkassung konnte er — ebenfalls im deutschen Interesse — deshalb misbilligen, weil sie ihm zu viel gewährte und die kleineren Regierungen zwang, um ihrer Popularität willen mindestens das zleiche zu geben, was er namentlich in betress des Wahlrechtes als ein "Rational/Unglüd" ansah (vgl. s. Brief an Simson v. 14. Dez., Simson 147.) Anschüß, Preuß. Verfassung 1, 50 f. charatterissert Meine des Vermutung als "eine geistvolle Hypothese, deren Richtigkeit nicht erwiesen, deren Ausstellung aber auch durch keine sachliche Notwendigkeit geboten ist". Das ist etwas zu scharf ausgedrück, da immerhin einige Quellenzeugnisse darauf hins deuten, daß Gagern damals noch solche Gedanken hegte.

<sup>\*</sup> Rach der ersten Unterredung mit dem König vom 26. November äußerte Sagern selbst, er habe bis dahin noch nichts ausgerichtet (Oberstltn. Fischer 27. Nov., Caspary 267); nach der zweiten vom 27. November, er habe die Phantasien des Königs nicht beseitigen tonnen (Caspary 268. Diese Stelle ist aus einem weiteren Briefe v. 28. Nov.). Ganz übereinsstlimmend sind die Außerungen bei Gerlach 1, 254f. Die Königin schrieb sofort an ihre Schwester, die Erzberzogin Sophie, daß der König alle Unerbietungen der Kaiserkrone und der hegemonie in Deutschland zurückgewiesen habe. Gerlach 1, 272. Wgl. auch Simson 136.

<sup>3</sup> Rante S. B. 50, 498; gang abnlich an Radowit 23. Des., Meinede 197.

Er nannte bas Wert ber Nationalversammlung einen Sput, ein Luftichlog und er, flarte, bag er nie feine Buftimmung ju einer Berfaffung geben werde, die Ofterreich aussichließe (Simfon 152).

ober moralischen Druck von ihnen vollzogen werde. Er wollte unter feinen Umftanden eine Buftimmung ber Fürsten, die durch die Furcht vor der Revolution erzwungen sei, wie sie ihm Gagern als mahrscheinlich hinstellte, als vollwertig betrachten. Wenn Gagern aus diesen Unterredungen bennoch ben Eindruck mitnahm, "daß man fich douce violence gefallen läßt, wenn fie eintritt, und fich bemnächst beeifern wird, die Ginstimmung der toniglichen Bettern ju erlangen", fo hat er fich eben getäuscht und zwar in beinahe unbegreiflicher Beise getäuscht, was sich nur dadurch einigermaßen erklaren läßt, daß an diefer Frage das Gelingen des gangen Wertes bing, mit dem er perfonlich aufs engste verwachsen war; hatte er jugestehen muffen, daß feine Aussicht auf die Annahme der Krone durch den König vorhanden sei, fo hatte er alle Bemühungen in Frankfurt einstellen und nebst seinen Ges sinnungsgenoffen fein Mandat niederlegen fonnen; barum wollte er es nicht glauben, daß so etwas möglich sei und flammerte sich trop aller gegene teiligen Außerungen des Königs an die hoffnung, daß Friedrich Wilhelm im letten entscheidenden Momente doch noch seine Meinung andern werbe.

Jedenfalls hat sich Gagern ganz entschieden gegen eine oftropierte Versfassung ausgesprochen und sich die zuletzt eifrig bemüht, die Entlassung des Grasen Brandendurg zu erreichen oder ihn selbst zum Rücktritt zu bewegen2; die Minister scheinen auch ihn dilatorisch behandelt zu haben, indem sie erstlärten, daß die Sache ja noch gar nicht sest beschlossen sei. In Wahrheit hat aber doch sein Austreten in Berlin zusammen mit dem herrischen Eingreisen des Neichsverwesers die innere Krisse entschieden und zwar in dem Sinne, den die Franksurter nicht wünschten. Wahrscheinlich hat das Ministerium erst jest, wo die Selbständigkeit Preußens unmittelbar bedroht schien, seine letzten Bedenken gegen die Oktropierung endgültig überwunden; und es kann wohl teinem Zweisel unterliegen, daß der König, als er sich schließlich, wenngleich mit äußerstem Widerstreben und unter schweren Gewissensbissen, dem Willen seiner Minister in der Oktropierungsfrage fügte3, dies in allererster Linie

Dbersitn. Fischer 28. Nov. s. Caspary 268. Abrigens fahrt Fischer fort: "Dessens ungeachtet verzweifelt er fast, weil das hiesige Ministerium nicht weichen will, indem man es auch nicht entläßt". Er wolle morgen noch einen letten Bersuch machen, denn er glaube, wenn er nach Frankfurt zurücklehre, ohne die Beränderung des Ministeriums erreicht zu haben, so werde die disherige Mehrheit zerfallen, der Bruch mit Preußen unverzweicht, die Zentralgewalt gesprengt und Süddeutschland der Anarchie preisgegeben werden. Fischer hielt diese Befürchtungen zwar für übertrieben, glaubte aber doch, daß die Chancen für Preußen sinten würden.

<sup>\*</sup> Er suchte fibrigens die Minister erft auf, nachdem er feine drei Audienzen beim Könige ges habt hatte und von diefem die Entlassung nicht hatte erreichen können (Oberftleutnant Fischer an Camphausen 29. Nov.).

<sup>3</sup> Um 26. Nov. abends meldet Oberfiltn. Fischer (Cafpary 266), daß die Minister jum Oftropieren entschlossen sein, wenn die Versammlung beschluffähig und widerspenftig sei;

deshalb getan hat, weil die Zentralgewalt von ihm die Entlassung seiner Minister verlangt hatte, und er nach außen hin nicht den Anschein erwecken wollte, als leiste er diesem Besehle Folge. Dhne diese Einwirtung von außen hätte er das Ministerium vielleicht entlassen; jeht aber glaubte er es im Interesse der Stellung Preußens gegenüber der Zentralgewalt im Amte erhalten zu müssen; und da die Minister ohne die Genehmigung der oftropierten Verfassung nicht bleiben wollten, mußte er ihnen dieses Zusgeständnis machen.

erscheine sie in ungenügender Zahl, wolle man die Stellvertreter einberufen. "Eine teilweise Modifitation des Ministeriums würde natürlich diese Ansicht ändern." — Noch am 28. Nov. hat sich der König auch Simson und hergenhahn gegenüber entschieden gegen die Oktronierung ausgesprochen, wie Oberstlen. Fischer am 28. meldete. Am 29. November und 1. Dezember weiß Oberstlen. Fischer an Camphausen über einen Feldzugsplan der Minister zu berichten, der auf Bertagung (bei Nichtbeschlußfähigkeit) oder Weiterverhandeln mit der Brandenburger Bersammlung unter bestimmten Bedingungen hinausläuft, aber nichts von der Oktronierung enthält. Bielleicht ließ man ihn aber absichtlich im Dunkeln.

- Dberfileutnant Fifcher batte, wohl am 25. November, eine Mudien; beim Ronige und fand ibn erregt über die Proflamation bes Reichsverwefers. Er wies barauf bin, bag bie Ibee eines Eingreifens der Reichsgewalt vom Rönige felbst und dem Grafen Brandenburg in Frankfurt angeregt fei, erhielt aber jur Antwort, dann fei diefe Anregung migverftanden worden. S. Fifcher an Camphaufen 25. Rov. abende, Audj. Cafparn 265f. Der dort erwähnte "Korrefpondent" ift ber Ronig, wie aus bem Busammenhange und Fifchere weiteren Berichten erhellt. Bes anglich des Reichsverwefere wird gefagt: "Er (ber Ronig) habe ferner gebeten, ber Ergbergog moge ja auf feinem Poften aushalten; man bedurfe feiner dort fur den Augenblid und auf langere Beit noch bringend, weil die Beit nur imftande fei, bas leichte Brett bes Proviforiums, aber nicht ben großen Bau des Definitivums ju tragen; daß, um biefen guftande ju bringen, es notwendig fei, ein Staatenhaus neben bem Boltshaufe in ber Paulstirche tagen und beide fic vereinigen ju laffen." - Begen ber Entlaffung bes Minifteriums, meint Fifcher, werbe es icharfe Rampfe geben; Frantfurt icheine fein ichwerftes Gefchub (Gagern) aufgufabren, ba die Borftellungen Simfons und hergenhahns wirtungslos geblieben feien. Er habe verfucht, bem Grafen Brandenburg flatzumachen, bag man nicht vorzeitig mit Frantfurt brechen barfe, und daß Gagern "ein anftandiger Mann fei, von guten Abfichten far uns"; man muffe ihm möglichft entgegentommen. Er habe bei ihm noch nicht erreichen tonnen, "fich von Manteuffel ju trennen". Bon ber Berufung Bindes icheine Brandenburg nicht vorher unterrichtet worden gu fein. - In einer zweiten Audieng am 30. Rov. entwidelte der Ronig Fifcher gegenüber feine Ideen über die Berfaffung gang in der alten Urt (Cafparp 267; bas Bruchftud ift aus einem Brief v. 30. Nov. abends).
- \* Auch die Minister selbst hatten anfangs ernstlich daran gedacht, sobald die Verfassung verkündet sei, jurückziteren und volkstümlicheren Männern Plat zu machen (f. Meinecke 400 Anm. u. oben S. 132 Anm. 3.). Erst durch die Proflamation der Reichsgewalt scheint auch bei ihnen der Entschluß, weiter im Amt zu bleiben, bewirkt worden zu sein. Bei Anschüt 52 f. tritt der Einstuß dieser Einmischung der Reichsgewalt gegenüber den innerprensischen Motiven doch zu sehr zurück.
- Der Ronig notifigierte bem Reichsverwefer feine Beigerung durch ein febr hoflich abgefastes perfonlices Schreiben v. 2. Deg., das er durch den Udjutanten v. Boddien

Der weitere Verlauf der Dinge in Preußen braucht hier nur furz berührt zu werden. Die Versammlung kam in der Tat in Brandenburg nicht in beschlußfähiger Anzahl zusammen und wurde, nachdem man einige Tage lang vergeblich auf die sehlenden Abgeordneten gewartet hatte, aufgelöst; unmittelbar darauf erfolgte am 5. Dezember die Verkündigung der oktronzierten Versassung und zwar im wesentlichen in der Form, die das Ministerium beantragt hatte; allerdings wurden in einzelnen Punkten die Einwände des Königs noch berücksichtigt.

Mit diesem Ereignisse fand die eigentliche Nevolutionsperiode für Preußen ihren Abschluß; denn die Gültigkeit der neuen Berfassung wurde von der neugewählten Bolksvertretung nicht in Zweisel gezogen, und es handelte sich bei allen weiteren Beratungen nur noch darum, ob sie definitiv in Geltung bleiben solle, oder welche Anderungen an ihr notwendig seien. Preußen stand also mit einer anerkannten Berfassung, mit verhältnismäßig geordneten inneren Zuständen, mit der Möglichkeit, seinen Willen auch nach außen hin einheitlich zur Geltung zu bringen, der Frankfurter Nationalversammlung gegenüber.<sup>2</sup> Es bedurfte fortan in seinen inneren Angelegenheiten keiner hilfe mehr aus Frankfurt.

Ist damit aber die Bedeutung dieses Ereignisses schon erschöpfend ges würdigt? Meinede schreibt ihm eine noch größere Tragweite zu. Er meint, daß mit dieser Verfassung "ein Keil zwischen Preußen und Deutschland getrieben", das Gelingen des deutschen Verfassungswertes wesentlich ersschwert worden sei.<sup>3</sup> Es hängt dies mit seiner Überschätzung der Macht jener Strömungen zusammen, die Preußens staatliche Fortexistenz beseitigen wollten. Aber selbst wenn wir annehmen, daß die Jahl der Abgeordneten, die Preußen lieber ohne eine eigene Verfassung gesehen hätten, erheblich

überbringen ließ (f. Beilage 26). Damals war alfo die Entscheidung bereits im Pringip gefallen.

Die endgültige Beschlußfassung erfolgte im Ministerrat vom 4. Dezember. — Es läßt sich wohl die Frage auswerfen, ob die damalige Situation zur Oftropierung überhaupt und zu einer Verfassung mit derartigem Inhalt wirklich notigte (vgl. Meinede 431f.). Des Königs erster Eindruck, daß dies nach mauvaise soi rieche, war gewiß berechtigt; denn nies mand unter ihren Urhebern wollte die Verfassung, so wie sie war, wirklich ehrlich halten oder zu dauernder Geltung tommen lassen. über Hansemanns vergebliche Versuche, im letzten Augenblick bessend einzugreisen, s. Vergengrün 584f. u. Beilage 28. Allerdings hatte er wenig Erund, sich auf Kossen der jestigen Minister zu loben, wie er es hier tut.

a Camphausen war darauf bedacht, auch die militärische Leistungsfähigteit Preußens ben Gegnern bei jeder Gelegenheit vor Augen zu stellen. Er wünschte daher, daß Preußen der Reichsgewalt für den Bedarföfall Truppen in beliebiger Jahl zur Berfügung stelle, um zu zeigen, "daß nach wie vor die Zentralgewalt nicht und zu stützen, sondern sich auf und zu stügen hat" (an Gen. v. hirschfeld 27. Nov., vgl. Caspary 266f.).

<sup>3</sup> Beltbürgertum 399f.

größer gewesen sei, als sie aller Wahrscheinlichkeit nach war, so wurde dies boch noch nicht zu einem folden Schlusse berechtigen. Denn auch für sie war die Auflösung Preußens wohl ein Bunsch, aber nicht eine unerläßliche Bedingung für das Zuftandekommen der Einigung. Außerdem war Dreußen auch por dem 5. Dezember niemals fo ichwach, daß es fich einer folden Bes dingung batte fügen muffen. Und der Rönig war niemals bereit, fich die Raisertrone burch den Bergicht auf die preußische Staatseinheit zu ertaufen. Wir nehmen denn auch fein Anzeichen dafür mahr, daß die Mehrheit durch die Oftropierung an dem Plane des preußischen Erbfaisertums irre geworden ware; sie fand sich vielmehr mit der vollzogenen Tatsache ab und konnte dies um so eber, da die oftronierte Berfassung ausdrücklich sagte, daß der fünftigen deutschen Gesamtverfassung widersprechende Bestimmungen spater beseitigt werden sollten. Gerade deshalb glaubte Rurft Schwarzenberg in ihrer Bertundung die indirette Erflarung feben ju muffen, daß Preugen die aus den Beratungen der Vaulstirche hervorgehende deutsche Verfassung annehmen wolle.

Bir werden also eine wesenkliche Erschwerung des Werkes der Nationals versammlung in der Tat des 5. Dezember nicht erblicken können. Wohl aber bedeutete sie den Abschluß jener Verschiebung der Machtverhältnisse, die mit dem Wassenstillstand von Nalmö begonnen hatte. Preußen hatte die Einmischungsversuche der Zentralgewalt in seine inneren Verhältnisse selbst in der bedenklichen Lage, in der es sich eine Zeitlang befand, erfolgreich abzuwehren vermocht. Es hatte gezeigt, daß es selbst der Paulstirche nicht mehr bedürfe, während diese mehr als je auf die hilfe Preußens angewiesen war, wenn sie ihr Ziel erreichen wollte.

Die Neichstommissare blieben übrigens noch bis Mitte Dezember in Berlin. In einer Audienz vom 29. November versuchten sie den König zum Nachgeben in der Frage der Publikation der Neichsgesehr und des Ersahes der preußischen durch Neichsgesandte zu bewegen (Balow an Camphausen 13. Dez. Beil. 29). hergenhahn reiste am 14. Dez. ab (Beil. 33), Simson erst am 18., nachdem er am 17. noch einmal Audienz beim Könige gehabt hatte (Simson 150s. vgl. Beil. 37).

## 5. Rapitel.

## Die Verhandlungen mit Österreich und die Zirkulardepesche vom 23. Januar.

Während die Regierung des Grafen Brandenburg zunächst im allgemeinen an der Politik der früheren Ministerien in der deutschen Frage festhielt, bereitete sich hinter ihrem Rücken ein eigentümliches Zwischenspiel vor, dessen Regisseur der König selbst war.

Wir erinnern uns, daß Friedrich Wilhelm dem Grafen Brandenburg, als er ihn zum erstenmal empfing, sein Programm für die Neugestaltung Deutsche lands gang in der alten Beise entwidelt hatte. Als er am 8. November dem neuen Ministerium sein Regierungsprogramm Schriftlich vorlegte, begnügte er fich in der deutschen Sache die nächsten notwendigen Schritte zu bezeichnen. Diese waren: die sofortige Begründung eines Königstollegiums und eines Oberhauses. Im Königstollegium sollten die 6 Könige mit 12 bis 14 Stime men vertreten sein; es sollte sofort neben den Reichsverweser treten und vorläufig in erster Linie die Aufgabe haben, die vom Parlament beschlossene Reichsverfastung zu prufen und über ihre Annahme ober Berwerfung zu entscheiden. Das Oberhaus, bestehend aus von den Fürsten der Einzelstaaten ernannten Mitgliedern, follte neben der Paulsfirche die zweite Inftang bei der Resssellung der Reichsverfassung bilden. Über die fünftige definitive Gestaltung der Dinge enthielt dies Programm nur den Sat: "Ich strebe nicht nach der Reichsfrone, und würde sie mir angeboten, was ich bestimmt nicht glaube, so nehme ich dieselbe nicht an." Um für die Einigung der größeren Staaten über die Korm ihrer Mitwirfung bei der Verfassungsberatung Zeit ju gewinnen und die Nationalversammlung allmählich geneigt ju machen, ihre Macht mit einem Staatenhause und dem Königstollegium zu teilen, hielt er außerdem eine möglichst lange Ausdehnung des Provisoriums für nötig.1

Gegen die Ablehnung der Kaiserfrone erhob damals der Thronfolger, Pring Wilhelm, Bedenfen, indem er namentlich darauf hinwies, daß die

<sup>1</sup> In diesem Sinne außerte er sich Ende November gegenüber dem Obersilen. Fischer (f. oben S. 144, Unm. 1) und später in den Berhandlungen mit Offerreich. Fischer glaubte mit Unrecht, diesen Bunsch des Königs auf seine Unentschlossenheit gurücksühren zu muffen, die ihn dazu treibe, den Augenblid der Entscheidung möglichst lange hinauszuschieben.

Aberlassung der Kaiserkrone an Ssterreich leicht zu einer Mediatisserung Preußens führen könne. Der König wollte davon nichts wissen; er meinte, Preußen sei auch unter dem alten Kaisertum mächtig geworden und gesblieben, vergaß aber, daß dieses alte Schattenkaisertum die Zersplitterung Deutschlands überhaupt nicht hatte verhindern können, und daß der Gegenswart mit der Erneuerung einer solchen Einrichtung durchaus nicht gedient gewesen wäre.

Die Frage mar nun, ob das Ministerium sowohl das Endziel des Königs wie feine Plane über die nachsten Schritte billige und zu ihrer Ausführung die Sand bieten werde. Die Minifter werden fich faum darüber getäuscht haben, daß der Berfuch, der Paulstirche vor Bollendung der Berfaffung und als gleichberechtigten Faftor bei beren herstellung ein aus Bevollmächtigten ber Fürsten bestehendes Oberhaus an die Seite ju stellen und jugleich die Bentralgewalt durch das Konigstollegium fattifch beifeite zu drangen, jum fofortigen Bruch mit Frankfurt hatte führen muffen. Damit ware jugleich jede Aussicht auf bas Zustandetommen der deutschen Einheit in irgendeiner Form unmöglich geworden. Das Ministerium hatte mit ber feit bem Fruhjahr befolgten Politit vollständig brechen muffen. Wir wiffen bereits, daß Graf Bulow ein entschiedener Gegner folder Plane mar und bas Einvernehmen mit Frankfurt, folange es irgend angangig war, bes mahren wollte. In derfelben Richtung bewegten fich die dringenden Ratschläge Camphaufens. Unter diefen Umftanden tonnte fich auch Graf Brandenburg nicht entschließen, auf die Bunsche bes Ronigs einzugeben.2 Schon im November begann Friedrich Wilhelm darüber ju flagen, daß auch mit feinen neuen Ministern in der deutschen Frage nichts Nechtes anzufangen sei3; er mußte allmählich die hoffnung aufgeben, fie ju feinen Gesichtspuntten ju betehren. Aber im Gegensat zu seiner früheren Saltung wollte er fich jest nicht wieder gang von der Leitung gurudziehen; das rafche Bormartsfchreiten ber Berfaffungeberatungen in Frantfurt ichien ihm Gegenmaßregeln gu erfordern. Bollten feine Minister fle nicht in die Bege leiten, fo blieb noch bie Möglichkeit übrig, fich über ihre Ropfe hinweg dirett mit ben übrigen Burften Deutschlands, vor allen Dingen mit Ofterreich und ben Konige reichen ju verftandigen; und biefen Berfuch bat ber Konig jest gemacht.

Schon in den letten Bochen vor der Berufung des Ministeriums Brandens burg hatte er in seinem perfonlichen Briefwechsel mit anderen deutschen

<sup>1 2.</sup> b. Berlach 1, 239.

Dberfilin. Fifcher gewann Ende Rovember ben Eindrud, daß die Minister alles tun wurden, um die Belleitäten wegen vorzeitiger Organisation des Bundesstaates und des Farkenrates totzumachen (an Camphausen z. Dez.).

<sup>1 2.</sup> b. Gerlach 1, 250.

Fürsten die deutsche Frage berührt; einige derartige Außerungen, die er im September dem Könige Mar von Banern gegenüber getan bat, find bavon befannt geworden.1 Die füddeutschen hofe hatten das bringendste Interesse baran, ein Bundnis swischen Preugen und der Paulstirche, das sie um ihre Souveranität zu bringen drohte, zu verhindern. Dazu mar das beste Mittel, den König in seinen Planen, deren Ausführung jum Bruche mit Frankfurt führen mußte, ju bestärten und ihn womöglich in bindender Form auf dies Programm festzulegen.2 Anfang November verständigten fich der König von Bürttemberg und der Ronig von Banern über ein derartiges Borgeben; durch den Agenten Rlindworth setten sie sich direkt mit Friedrich Wilhelm in Berbindung3, mahrend gleichzeitig offiziell durch den baprifchen Gefandten der preußischen Regierung ein entsprechender Vorschlag gemacht murbe (22. November).4 Die Regierungen follten fich verpflichten, die Berfaffung der Paulstirche por der Unnahme einer gemeinsamen Prufung zu unter: werfen; die oberste Reichsgewalt sollte in Zutunft von einem Direktorium von drei Mitgliedern ausgeübt werden, von denen eines Offerreich, eines Preugen, eines Bapern, oder im Ralle, daß Offerreich nicht beitrete, eines Preugen, eines Bapern, eines die übrigen Könige ju ernennen hatten; ber Borfit im Direttorium follte in bestimmter Reihenfolge wechseln. Reben dem Direktorium follte ein aus Bertretern der Regierungen bes stehendes Staatenhaus stehen und als Unterhaus wohl eine Boltsver: tretung. Bur Durchführung dieses Planes und jur Abwehr jeder weiters gebenden Beschränfung ihrer Kronrechte sollten die Könige von Preußen, Bayern und Bürttemberg ein formliches Bundnis Schließen. Die Minister erklärten sich dagegen, auf einen derartigen Vorschlag einzugehen, weil auf diese Art Preußen in der fünftigen Zentralgewalt nicht diejenige Stellung gesichert werde, auf die es nach feiner Große und Bedeutung innerhalb Deutschlands Anspruch habe. Der König fonnte die Berechtigung dieses Einwandes nicht gang in Abrede ftellen, und fo wurde Banern geantwortet, daß Preußen eine Berständigung über die definitive Form der fünftigen Bentralgewalt jurgeit noch für verfrüht erachte.

<sup>1 6.</sup> heigel in Allg. Dt. Biogr. 21, 44f.

<sup>2</sup> Nach einer Angabe Camphausens (Beilage 31 Abs. 10) hatte der König von Sapern schon nach dem Abschluß des Stillstandes von Malmö perfönlich an den Grafen Dönhoff geschrieben und auf eine Berständigung der deutschen Regierungen untereinander gedrungen; dieser hatte ihn jedoch nur aufgefordert, seinen Bevollmächtigten in Frankfurt mit Jusstruktion zu derartigen Berhandlungen mit Camphausen und den übrigen einzelstaatlichen Bertretern zu versehen.

<sup>3</sup> S. Meinede, Radowig 196, dagu Bulow an Camphaufen 8. Deg. Cafpary 268 f.

<sup>.</sup> b. Sybel 1, 258. Das Datum ber preußischen Antwort wird leiber nicht angegeben.

Sanz im Einklang damit sagte Camphausen den Bevollmächtigten von Hannover und Sachsen, die auch an ihn mit ähnlichen Wünschen heranstraten, in Frankfurt: Preußen verwerse jede Erekutivgewalt, an der es nicht selbst teilnehme, verlange sie aber nicht für sich allein; die übrigen vier Königsreiche möchten sich unter sich einigen und dann gemeinsam Preußen ihre Vorschläge unterbreiten; dann werde der Zeitpunkt gekommen sein, sich darüber zu erklären. Könnten sie sich untereinander nicht verständigen, bevor in der Paulskirche die Verfassung fertiggestellt sei, so könne niemand versbürgen, was dann geschehen werde, wenn etwa Preußen die erbliche Obershauptswürde angeboten werden sollte.

Im Sinne des Konigs waren diese Antworten jedenfalls nicht; wir wiffen ja aus feinem Programm vom 8. November, daß er den Zeitpunft für eine dirette Berftändigung swischen Preußen und den übrigen Einzelftaaten langft für getommen erachtete; und wir wissen auch, daß er es durchaus migbilligte, burch eine nur wenig verstedte Drohung, wie sie in Camphausens Worten lag, die übrigen Fürsten ju Angeboten ju brangen, die fie freiwillig nicht gemacht haben würden. Er würde wahrscheinlich entsett gewesen sein, wenn er Worte gelesen hatte, wie die, welche Camphausen in einem feiner Privats briefe an den Grafen Bulow gebrauchte2: "Uns beißt die Versammlung nicht mehr. Das ware icon, wenn wir fie jest degradieren follten, damit fie Wittelsbach oder hannover oder Sachsen nicht beiße. Es fann noch etwas aus der Sache werden; wird aber nichts daraus, fo foll die deutsche Einheit scheitern an Bayern oder hannover oder Sachsen, an allen anderen, nur nicht an Dreußen; bis jum letten Augenblide können und wollen wir fagen: Un und liegt es nicht, wir find bereit. Man ift noch nicht Raifer von Deutsche land, weil Frankfurt die Rrone anbietet, aber wir konnen durch die Offerte nur gewinnen, nicht verlieren." Das Ministerium aber stellte fich im wefents lichen auf Camphausens Standpuntt.3

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Camphausen an Bülow 2. Dezember, Caspary 268 (die dort weggelassenen Worte lauten: "Sagen die fünf Staaten, so soll es sein, so seigen sie ihren Willen durch; verständigt Ihr Euch nicht mit Preußen vorher, so tann niemand verbürgen, was nacher geschieht") und 14. Dezember Beilage 31. Rach letterem Bericht hatte die Besprechung am 20. oder 21. Rovember stattgefunden. Den bald darauf vom bayrischen Bevollmächtigten gemachten Borschlag, er möge selbst eine Konferenz der fünf königlichen Bertreter einberusen und leiten, wies Camphausen zurüd, da er ja gerade daran seschalten wollte, daß die übrigen erst unter sich einig werden müßten, bevor Preußen mit ihnen verhandeln könne.

<sup>16.</sup> Dezember, Cafpary 271 (mit falfchem Datum).

Braf Bulow schrieb am 8. Dez. an Camphausen (ber Sah fehlt Caspary 269): "Ich bin ebenso durchweg mit Ihnen einverstanden über die Stellung, die wir hinsichtlich der Trias den anderen höfen gegenüber einzunehmen haben; wir mussen herren der Situation bleiben."

Die königlichen Regierungen beruhigten sich jedoch bei der erhaltenen Abweisung nicht. Bußte boch der Ronig von Bagern aus den brieflichen Außerungen Friedrich Wilhelms sicher, daß dieser perfönlich eine andere Stellung zu der Sache einnahm wie seine Minister; da lag der Gedanke nabe genug, durch eine perfonliche Berhandlung von Fürst ju Fürst ein anderes Ergebnis zu erreichen. Roch Ende November erschien im besonderen Auftrage des Königs Max Pring Rarl von Banern in Berlin. Nach Campe hausens Bermutung! war feine Reise veranlagt durch diejenige Sagerns: in der Tat ift es ja sehr begreiflich, daß der mehrtägige Aufenthalt des Führers der Erbkaiserpartei in Berlin und seine drei langen Audienzen beim Könige die Aufmertsamteit ber übrigen beutschen Sofe in hohem Grade erregen mußten. Man wollte wohl erfunden, ob dort irgendein beimlicher Patt zustande gekommen sei, und womöglich den König zu einer gegen Franks furt gerichteten Magregel bewegen. Aus Gerlachs Aufzeichnungen erfahren wir, daß um dieselbe Zeit auch ein wurttembergischer Pring, mahrscheinlich in der gleichen Absicht, in Potsdam weilte.2 Welche Auftrage fie im eine gelnen gehabt haben, ift bisher unbefannt3; wir wiffen nur, daß der Konia noch am 9. Dezember mit Gerlach und Rauch über "einen mit Banern und Bürttemberg abzuschließenden Separatvertrag zur Sicherung der landes; herrlichen Rechte gegen die Paulsfirche" sprach und über ben Widerspruch feiner beiden Bertrauten gegen diefen Gedanken unwillig mar.4 Erft am 13. Dezember tonnte Graf Bulow an Camphaufen berichten, daß es ihm gelungen fei, den Agenten Klindworth aus Potsbam fortzuschaffen; aber er fügte bingu, daß damit noch feineswegs Rube eingetreten fei, fondern er täglich von Potsbam aus mit dem Verlangen geplagt werde, eine Bers ftändigung mit den übrigen Regierungen herbeizuführen.5 Banern habe ben offiziellen Austausch schriftlicher Erflärungen beantragt, des Inhalts. "daß fortan den Beschluffen der Frankfurter Nationalversammlung und ber Zentralgewalt gegenüber von Seite der deutschen Regierungen nicht mehr einseitig und ohne vorherige gegenseitige Verständigung gehandelt

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> An Eraf Bülow 2. Dez., Cafparn 268. Er warnt natürlich dringend vor bindenden Außerungen. "Ich bin noch der Meinung wie am 30. Oftober: Preußen hat sich nicht mit Bapern zu verständigen, sondern Bapern hat zu seinen wahrscheinlich ungemessenen Fordezungen die Zustimmung von hannover, Sachsen und Württemberg zu erwirken, und dann erklären wir uns."

<sup>2</sup> Gerlach 1, 257, 259.

<sup>3</sup> Am 23. Nov. äußerte der König, "er hatte die Zusicherungen von Bayern, Württemberg, Hannover und Sachsen; ließe man diese herren im Stich, so mußten sie sich von Frankfurt alles gefallen lassen". Gerlach 1, 250.

<sup>4</sup> Gerlach 1, 260.

<sup>5</sup> Graf Balow an Camphaufen Dei. 13. Beil. 29.

werde". Graf Bülow erklärte, daß er darin nur Versuche erblide "sich aus Preußen einen Schild zu machen, um dahinter gegen Frankfurt und gegen uns selbst zu operieren" und daß er den heftigsten Widerstand leiste; er werde seine Enklassung nehmen, wenn man in dieser Beziehung Juges ständnisse mache1; da aber der König, durch "die baprischen Einstüsse ganz eingenommen", eine wahre Leidenschaft darauf habe, sich selbst zu ruinieren, so habe er einen sehr schweren Stand; mehrfach rief er Camphausens hilfe in diesem Kampfe an.2

Diefer gogerte nicht, soviel an ihm lag, ju tun. In einer ausführlichen, jum Bortrag beim Ronige bestimmten Dentschrift legte er am 14. Dezember die bisher von Preugen befolgte Politit und die nach seiner Meinung jest erforderlichen Maßregeln bar.3 Preußen — bas war der Rern feiner Ausführungen — muß die provisorische Zentralgewalt und die Paulstirche, deren Macht für den eigenen Staat jest nicht mehr gefährlich werden tann, praftisch soviel wie möglich fraftigen und ftuben, da bei ihrem Fortfallen der einzelstaatliche Partifularismus derart erstarten wurde, "daß die hoffs nung auf ein einiges, monarchisches Deutschland scheitere". Gine wirkliche Einigung tonne aber nur bas engere Deutschland umfaffen, ba Sfterreich tatfächlich feine Ablösung bereits vollzogen habe. Es beständen jest nur noch zwei Möglichkeiten: entweder scheitere die gange Einheitsbewegung, oder es entstehe ein engerer Bundesstaat unter der Leitung Preugens. Nur Preugen fonne diese Einheit schaffen, und es brauche dazu auch jest nichts weiter zu tun, als die natürliche Schwerfraft seiner tatfächlichen Stellung in Deutschland wirfen zu laffen; es konne noch immer erwarten, was ihm angeboten werde und muffe fich nur huten, den Ginflug der Nationalversammlung weiter ju schwächen, weil dieser jugunften Preugens und der Einheit wirte. Wenn man bann noch einen weiteren Bund mit Bfterreich herfielle, fo tonne niemand mit Necht von einem Ausschluß Offerreichs aus Deutschland reden; auf feinen Fall durfe man aber Offerreich das Recht einraumen, den engeren Zusammenschluß der übrigen Staaten zu verhindern, obwohl einige Bendungen in den jungften öfferreichischen Erflarungen den Berdacht er: weden tonnten, daß man in Bien hierauf ausgehe. Der Eintritt Offerreichs in den engeren Bund habe nur fo lange als möglich betrachtet werden fonnen, als es den Anschein gehabt habe, daß Ungarn und die italienischen Pros

Braf Balow an Camphaufen 8. Des., Cafpary 268f.

Der Schluß bes obigen Briefes (bei Cafparn fortgelaffen) lautet: "Stehen Sie mir bei burch eine Depefche gegen die vorwaltenden verderblichen Belüffe, fich von den Kabinetten gegen Frankfurt in bindende Berabredungen hineinintriguieren ju laffen. Sagen Sie, daß von Klindworthe Sendung etwas verlaute und knupfen Sie daran an." Bgl. ferner Beil. 29.

Beilage 31.

vingen sich dauernd von dem deutschen Offerreich trennen würden; jest, wo diese Gefahr vorüber sei und Sferreichellngarn sich enger gusammenschließen wolle als je vorher, sei damit nicht mehr zu rechnen. Da also Preußens Butunft auf einem Bege liege, ben Offerreich nicht mitgehen tonne, fo muffe man auf eine Bereinbarung gemeinsamer Schritte mit dem Raiserstaate vollständig verzichten, die Ablösung Sferreichs nicht hindern, aber alles vermeiben, was ihm ju einem berechtigten Proteste Unlag geben tonne. Was endlich die im engeren Bunde zu schaffende Zentralgewalt angehe, so empfahl Camphaufen, jede Initiative ju vermeiben und gemeinsame Borfchlage ber übrigen Staaten ju fordern. Gollten diefe gemacht und für Preugen ans nehmbar befunden werden, bann fei es Zeit, mit diefen Staaten gemeinfam ber Nationalversammlung schärfer entgegengutreten, aber auch nur bann; daß eine folche Verständigung gelingen werde, sei jedoch höchst unwahrscheins lich. Da ein einheitliches Oberhaupt jeder anderen köfung weit vorzugiehen fei, habe Preugen fein Intereffe baran, daß eine Bereinbarung mit ben übrigen Regierungen guftande fomme, bevor ein Befchluß der Nationals versammlung erfolgt sei. Falle dieser, wie es höchst mahrscheinlich sei, im Sinne einer erblichen preußischen Oberhauptswürde aus, dann werde es fich geigen, "ob und wieviele deutsche Bundesfürsten ihre freie Bustimmung entgegenzubringen fich beeilen, und G. M. der Ronig werden alsdann dens jenigen Entschluß fassen können, wozu Sie die Motive in Ihrem herzen, in bem Ruhm des Saufes Sobenzollern, in dem historischen Berufe Preußens, in dem Berlangen des Landes und in den hoffnungen Deutschlands finden werden".

Es waren die alten, in Wort und Tat bisher immer vertretenen Ansschauungen, die Camphausen hier noch einmal flar und wirksam zusammensfaßte. Unterstützt durch seinen Bericht, dessen Berlesung der König ohne offenen Widerspruch anhörte, vermochte das Ministerium, zumal da es in dieser Frage die Kamarilla auf seiner Seite hatte, bindende Abmachungen mit den süddeutschen Königreichen zu verhindern. Um so eisriger aber bestand der König darauf, daß man wenigstens mit Sserreich eine Verständigung versuche, zumal da hier eine entscheidende Veränderung in der obersten Leitung vor sich gegangen war, die den Zeitpunkt zur Anknüpfung neuer Verhandlungen als besonders geeignet erscheinen ließ.

Schon während des Kampfes gegen die empörte Hauptstadt Wien hatte man sich in Österreich entschlossen, an die Spitze des Ministeriums den Fürsten Felix Schwarzenberg zu berufen, einen Mann von brutaler Energie, streng absolutistischer Überzeugung und rein österreichischer Gesinnung, ohne alle deutschnationalen Belleitäten. Am 20. November wurde seine Ernennung befannt gegeben, und eine Woche später trat er mit einer großen programs

matischen Erflärung über die fünftige innere und auswärtige Politif bes Kaiserstaats vor den Neichstag. In bezug auf die deutsche Frage sprach er fich in diefer Rundgebung dahin aus, daß Ofterreichs Fortbestand in feiner staatlichen Einheit ein beutsches wie europäisches Bedürfnis sei; weder eine Zerreißung noch eine Schwächung bes öfterreichischenngarischen Staates tonne im Interesse Deutschlands liegen. Man werde daber die Entwicklung des noch nicht vollendeten Umgestaltungsprozesses in Deutschland abwarten. "Erft wenn das verifingte Biferreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt find, wird es möglich fein, ihre gegenseitigen Beziehungen ftaatlich zu bestimmen. Bis dahin wird Ofterreich fortfahren, feine Bundespflichten treulich ju erfüllen." In einem Erlaß an ben offers reichischen Bevollmächtigten bei der Zentralgewalt wurden diese vieldeutigen Borte dahin erläutert, daß Bfterreich weit entfernt fei, fich Deutschland ents fremden zu wollen, sondern bereit sei, mit der Zentralgewalt Sand in Sand su geben, ohne der Entwicklung der beiderseitigen inneren Buftande in irgende einer Beise vorzugreifen. Das Reichsministerium tonne baber auf Bferreichs Bereitwilligfeit zu gemeinsamem handeln rechnen, ebenso wie der Raiserstaat ein vertrauensvolles Entgegenkommen und Berüchfichtigung der eigentums lichen Verhältnisse der Monarchie von ihm erwarte.

Wir werden später von der Aufnahme und Deutung zu sprechen haben, die dieses Programm in Frankfurt fand. Positive Vorschläge für die Zustunft enthielt es jedenfalls nicht und ließ mit Deutlichkeit nur das eine erstennen, daß Osterreich seine deutschen Gebiete einem Bundesstaate mit starter Zentralgewalt und weitgehendem-Gesetzgebungsrechte nicht eingliedern lassen, zunächst aber abwarten wolle, was aus den Beratungen der Paulsstirche hervorgehen werde, und sich für die Zutunft die Freiheit seiner Entsschlüsse vorbehalte.

Benige Tage später, am 2. Dezember, erfolgte die Abdankung des geistes, schwachen Kaisers Ferdinand zugunsten seines jungen Nessen Franz Josef. Mit der Darbringung der üblichen Glückwänsche zu seiner Thronbesteigung beauftragte man in Berlin den jüngeren Bruder des Königs, den Prinzen Karl, und gab ihm den Grasen Brühl als Begleiter mit. Wollte man mit der neuen österreichischen Regierung in vertrauliche Beratungen eintreten, so war dies ohne Zweisel der geeignetste Zeitpunkt, sie zu eröffnen; daher drang der König aufs bestimmteste darauf, daß diesen Abgesandten eine entsprechende Anweisung mitgegeben werde. Die Minister sträubten sich lange gegen diese Zumutung, die ihrer bisherigen Politit durchaus entgegenlies; aber sie vermochten diesmal ihren Willen nicht durchzusehen. In der Verlegenheit,

<sup>1 6.</sup> Gerlad 1, 260 1. 6. Det.

ob sie wegen bieses Punktes von neuem mit ihrer Entlassung drohen oder, soweit es irgend möglich schien, nachgeben sollten, kamen sie auf den Gesdanken, es sei doch eigenklich ungefährlich, wenn man ohne die eigene Meisnung genauer zu formulieren, Herreich zu einer Präzisserung seiner Anssichten veranlasse, ja es könne sogar unter Umständen Vorteil bringen. So, meinte Graf Bülow, könne er des Königs Pläne "praktisch tot machen", während ein bloßer Widerspruch dagegen nur den Erfolg haben werde, daß man ihn durch eine gefügigere Persönlichkeit erseze. Ergebe sich aber die Unsannehmbarkeit der österreichischen Vorschläge für Preußen, so hosste man auch den König überzeugen zu können, daß man ohne Kücksicht auf Sterzreich vorgehen müsse. Friedrich Wilhelm selbst wollte allerdings weiter gehen und gleich mit positiven Vorschlägen für gemeinsames Handeln an Schwarzens berg herantreten; hiergegen aber wehrten sich die Minister auss entschiedenste und, wie sie glaubten, mit Erfolg.

Das Ergebnis dieser Beratungen war eine Dentschrift, die dem Grafen Brühl bei seiner Abreise nach Olmus mitgegeben wurde.3 Sie ging davon aus, daß der von der Paulstirche ju erwartende Verfaffungsentwurf für die Regierungen mahrscheinlich nicht annehmbar sein werde, und daß es daher wünschenswert erscheine, daß die Regierungen für den Zeitpunkt seines Zustandekommens ein gemeinschaftliches Borgeben verabredeten. Abnliche Unregungen anderer Regierungen habe Preugen bisher gurudgewiesen, weil es ohne Bfterreich nicht habe handeln wollen und auf die Teilnahme Bfter: reichs an dem deutschen Staatenbunde den höchsten Wert lege. Nur als eine traurige Notwendigfeit wurde es die Absonderung Bferreichs hinnehmen, wenn beffen eigener Wille fie herbeiführe. Man hoffe aber, daß dies zu ver: meiden sein werde und gehe im Gegensat zu den gentralistischen Bestrebungen ber Paulsfirche von der Unficht aus, daß die Gefamtverfassung Deutschlands fo gestaltet werden muffe, daß Ssterreich die Teilnahme möglich bleibe. Nur auf dem Wege freier Bereinbarung unter den Regierungen tonne und durfe diese Verfassung zustande kommen. Die preußische Regierung "hat niemals dem Bestreben Raum gegeben, die Versammlung in Frankfurt als Mittel ju benuten, um den übrigen Staaten Deutschlands irgend etwas im preußis

<sup>1</sup> Graf Bulow an Camphausen 30. Dez. Beil. 40.

a Bulow an Camphausen Dez. 8. (Casparn 268): "Der Pring Karl geht nach Olmütz zur Beglüdwünschung. Wir werden und bei dieser Gelegenheit über Ofterreichs Absichten in der deutschen Frage zu informieren suchen durch Graf Brühl, der den Prinzen begleitet und ein verständiger Mann ist. Der König wollte weiter gehen; ich halte ihn, soviel ich kann, zurud."

<sup>\*</sup> Beilage 27; bisher hatte man nur die kurgen Rotizen bei Sybel 1, 267 f. u. Frieds jung 1, 173.

schen Interesse aufzudrängen, so nabe ihr dieser Gedanke auch oft gelegt worden ist".

Mit diesen Worten verleugnete die Regierung eigentlich ihre gange bis: berige Politit, wie fie unter Camphaufens Ginfluß im Sommer festgeftellt und bisher eingehalten worden war; denn deren innerster Rernpunkt war die Benutung des Frankfurter Parlaments zu einem Drud auf die übrigen Staaten gemefen, und ihre ftillschweigende Voraussehung hatte der Ausschluß Offerreichs aus dem ju begrundenden engeren Bundesstaate gebildet. Indem Graf Bulow fich so weit von der auch von ihm gebilligten Richtlinie durch ben perfonlichen Ginfluß bes Königs abdrängen ließ, hatte er eigentlich tonsequenterweise die Frankfurter Versammlung für überflüssig erklaren muffen. Soweit aber wollte er nun auch wieder nicht gehen. Bielmehr heißt es in der Denkschrift weiter, es liege fein Grund vor, sich der Paulskirche jest, wo fie mit der Beratung der Berfaffung bald fertig ju werden icheine, feindlich gegenüber ju ftellen. Dadurch wurde man fie nur ju radifaleren Beschlüssen treiben, was im Interesse ber Regierungen nicht wünschenswert fei. Man muffe vielmehr abwarten, was fie befchließen werde. Dagegen sei es aut, wenn Sferreich und Preußen fich vertraulich über einige leitende Pringipien der fünftigen Berfaffung verftandigten, für die man dann auch die übrigen Regierungen ju gewinnen versuchen konne. Ofterreich moge daber feine Unfichten über feine fünftige Stellung zu Deutschland und über die deutschen Angelegenheiten im allgemeinen an Preußen mitteilen. Der wefentliche Zwed diefer Ausführungen blieb immer, bestimmte Außerungen Offerreichs über feine Absichten hervorzuloden.

Fürst Schwarzenberg ging bereitwillig auf diese Anregung ein. Österreich, so bemerkte er in seiner Erwiderung<sup>1</sup>, habe keinen Grund zu der Annahme gegeben, daß es sich an dem Wiederausbau des gemeinsamen deutschen Baterlandes nicht zu beteiligen wünsche. Die Schwierigkeit liege aber darin, daß die öffentliche Meinung des Kaiserstaates eine dessen Einheit und Macht sichernde Verfassung verlange. Osterreich müsse es daher ablehnen, sich in zwei verschieden organisserte Teile zerreißen zu lassen, indem seine deutschen Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung der Reichsgewalt unterstellt würden, die übrigen nicht. Möge aber auch "die Veteiligung Osterreichs an dem neuen deutschen Verfassungswerke eine engere oder eine weitere sein", jedenfalls werde Deutschland an dem neugeborenen Kaiserreiche seinen natürslichsten und treuesten Vundesgenossen haben.

Darin ftimmte der Fürft mit Prengen überein, daß die von Frankfurt gu erwartende Berfaffung mahricheinlich für jeden deutschen Fürsten unans

<sup>1</sup> Bom 13. Dezember, Beilage 30. Bgl. Gpbel 1, 267; Friedjung 1, 493 f.

nehmbar fein werde. Sollte fie wider Erwarten von den übrigen Staaten ans genommen werden, fo wurde dies mabricheinlich den völligen Austritt Offer: reichs aus dem Bunde jur Folge haben. Er halte es für das beffe, wenn junächst bis jur Bollendung der Berfassungsberatung Dfterreich und Preußen Die Reichsgewalt in der Aufrechterhaltung des Friedens in Deutschland wirtsam unterftugten und überhaupt die Autorität des Reichsverwesers fräftigten, folange beffen Regierung die Schranken ihrer Rompeteng nicht überschreite. Sferreich und Preugen gemeinsam hatten ihn burch ihre Ratschläge auf dem richtigen Wege zu erhalten. Sei dann die Verfaffung fertig, fo werde man fie nicht annehmen, und möglichst viele Regierungen ju einer entsprechenden Erklärung ju gewinnen suchen; man werde fich dabei einfach darauf ftupen fonnen, daß durch ben Bundesbefchlug, ber das Parlament einberufen habe, den Regierungen das Recht der Mitwirtung ausdrudlich vorbehalten fei. Zugleich mußten aber die beiden Großmächte dann ihrerseits einen Berfassungsentwurf vorlegen, über bessen Grundlagen alfo vorher eine Berftandigung nötig fei. Darin fei von der Idee eines Bundesstaates als für Deutschland unausführbar ganglich abzusehen und die Erneuerung des alten Staatenbundes mit einer ftarteren Zentralgewalt ins Auge ju faffen. Reben ihr muffe als reprafentatives Element eine Bers fammlung fiehen, die aus Abgeordneten der Fürsten unter Zuziehung gewähle ter Mitglieder gufammengufegen fei. Bum Schuge der materiellen Intereffen, jur Berteidigung des Bundesgebietes, "endlich für alles, mas unter den Deutschen aller Stämme bas Gefühl ber Gemeinsamkeit zu erhalten geeignet fein tann", mußten organische Einrichtungen geschaffen werden. Gine auf folden Grundlagen ruhende Verfaffung werde ficherlich fo viel Beifall finden, baß es der Nationalversammlung schwer werden wurde, ihre Zustimmung dazu zu versagen.

Seien Herreich und Preußen über diese Erundzüge einig geworden, so müßten im tiefsten Geheimnis auch gegenüber dem Reichsverweser und unter Ausschluß des gewöhnlichen gesandtschaftlichen Berkehrsweges Bershandlungen mit den übrigen höfen über deren Zustimmung angeknüpft werden, und zwar zunächst mit Bapern; Osterreich und Preußen hätten sich dabei in zweckmäßiger Weise in die Bearbeitung der einzelnen höfe zu teilen. Sei dies geschehen, so würden von den Regierungen ernannte Sachversständige "aus dem staatsrechtlichen und parlamentarischen Fache" den Entswurf im einzelnen auszuarbeiten haben, der nach erfolgter Zustimmung der Regierungen dem Parlamente vorzulegen sei. Sollte vorher etwa in Südswessdeutschland ein Ausstaal ausbrechen, so müßte dieser durch die vom Bunde auszubietenden Kräfte der Einzelstaaten niedergeworsen werden. Auch Osterreich sei bereit, sich an dieser Ausgabe, wenn auch nur symbolisch, durch

Entsendung einer Truppenabteilung zu beteiligen. Mit einer Mahnung zur Gile, da feine Zeit zu verlieren sei, schloß diese öfterreichische Dentschrift.

Es ift bereits von Friedjung' mit Recht barauf aufmertfam gemacht worden, daß Enbel diefes Aftenftud unrichtig interpretiert hat, indem er daraus den Schluß gieht, daß Schwarzenberg ichon jest den Gintritt Gefamts Sferreichs in den Bund verlangt habe. Dies fieht tatfachlich nicht barin.2 Aberhaupt vermied es Schwarzenberg, bei aller icheinbaren Pragifion feiner Formulierungen, ein flares Bild ber fünftigen Verfaffung, wie er fie fich bachte, ju geben. Das Entscheidende blieb ja immer die Bus sammensegung ber Zentralgewalt, und barüber ging er mit völligem Stillschweigen hinweg. Im übrigen geben seine Ausführungen von der Möglichkeit einer doppelten Lösung aus: Entweder die übrigen deutschen Regierungen fonstituieren fich als Bundesstaat mit einer mehr oder weniger gentralifischen Berfassung; dann bleibt Bferreich außerhalb diefer Bers einigung, tritt aber ju ihr in bas Berhaltnis eines treuen Berbundeten; oder aber die Berfassung wird so gestaltet, daß ein loser Staatenbund ente fteht, der Sfterreich an einem engen faatlichen Zusammenschluß aller seiner Gebiete nicht verhindert; bann bleibt es mit feinen jum alten deutschen Bunde gehörigen Gebieten auch Mitglied diefes neuen Bundes. Schwarzens berg läßt feinen Zweifel barüber, bag er bie lettere Löfung bei weitem pors gieht und gibt die Mittel an, wie man ju ihr gelangen fonne. Er umgeht jedoch die Frage, wie einem folden Staatenbunde ein festerer Busammenhalt als dem alten deutschen Bunde gegeben werden tonne, ohne die ju ihm gehörigen Teile Ofterreichs an ber engen Berschmelzung mit beffen außers beutschen Gebieten zu verhindern. Bei jedem Berfuch, eine folche Berfaffung im einzelnen zu formulieren, hatte die Unmöglichkeit, auf diefem Wege gu einer sowohl das deutsche Nationalgefühl wie das öfferreichische Staats: bedürfnis befriedigenden Löfung ju gelangen, fofort hervortreten muffen. Deshalb verschob Schwarzenberg dies alles auf die Zufunft und richtete fein Augenmert nur darauf, junachft Preugen und dann die übrigen Regierungen ju Abmachungen ju gewinnen, die fie mit bem eigentlichen Gegner ber öfterreichischen Plane, ber Mehrheit ber Paulstirche, unheilbar verfeinden mußten und baber geeignet waren, bas Buftandetommen eines engeren Bundesstaates ju hintertreiben. Man fieht alfo deutlich, daß die Mögliche feit des engeren und weiteren Bundes, obwohl fie nicht ausdrüdlich von der

B Bfterreich 1848-1860, Bb. 1, 493f.

Bohl aber hat Schwarzenberg dem Grafen Brühl gegenüber mündlich ähnliche Ideen geäußert, f. Gerlach 1, 262 (3. 22. Dez.) u. 269 (7. Jan. 49), und es wäre immerhin möglich, baß Spbel durch die Kenntnis von Brühls Bericht zu feiner Interpretation der Denkschrift gelangt wäre.

hand gewiesen wird, praktisch ausgeschlossen werden soll. Schwarzenbergs eigentliches Ziel ist unverkennbar die Rückehr zum alten deutschen Bunde mit einigen unwesentlichen Beränderungen in seiner Verfassung. Darauf deutet auch der am Schluß der Denkschrift in beiläusiger Form angebrachte Sat hin, daß der im Jahre 1815 geschlossene Bund bisher in legaler Weise nicht aufgelöst worden sei und bis zur völligen Vereinbarung über einen neuen Bund fortbestehe. Diese eigentlichen Ziele waren aber geschickt verhüllt, um zunächst Preußen auf einen Weg zu loden, von dem aus es zu einer Verzständigung mit der Vaulskirche den Rückweg nicht mehr werde sinden können.

Als Antwort auf diese öfterreichischen Vorschläge wurde in Berlin ein neues Memorandum entworfen.2 Es begann zwar mit dem Ausbruck des Einverständnisses in den wichtigsten Puntten; aber gleich zu Anfang wurde einschränkend hinzugefügt, daß die Art, wie Schwarzenberg das von den Regierungen selbst berufene Frankfurter Varlament zu behandeln gedenke, nicht den Beifall Preußens habe; diese Bersammlung "hat ein unleugbares Recht darauf, daß die Regierungen sich mit ihr zu verständigen suchen", wenn man auch ihren Unspruch auf alleinige Feststellung der Verfassung aufs entschiedenste gurudweisen muffe. Wolle man aber eine Bereinbarung und nicht einen offenen Konflitt mit ihr, so sei es ratsam, ihr die Bunsche der Regierungen vor Vollendung des Verfassungswertes gur Berudsichtigung bei ihren Beratungen mitzuteilen, zumal da alle Rachrichten barauf bin: benteten, daß die Mehrheit eine folche Berftandigung nicht gurudweisen werde. Daher muffe ein Organ geschaffen werden, welches diese Bermittlung in offizieller Beife ju übernehmen geeignet fei, und zwar in der Form eines provisorischen Staatenhauses, bestehend aus etwa 90 Bertretern der Regies rungen nach ber Bevölkerungszahl der einzelnen Staaten. Diese Körperschaft würde dann den Entwurf der Nationalversammlung zu prüfen haben. Ferner muffe man während des Provisoriums der Zentralgewalt ein Fürsten: follegium an die Seite ftellen, welches junachft aus Vertretern ber 6 Ronige zu bestehen hatte. Zusammen mit dem Reichsverweser murde diese Behörde

<sup>1</sup> Ich weiche in dieser Beziehung von dem Urteil Friedjungs 1, 173 ab, der glaubt, baß Schwarzenberg nur deshalb so allgemeine Wendungen gebrauche, weil er selbst noch gar keinen bestimmten Plan gehabt habe. Allerdings hatte er keinen Plan für die Rengestaltung Deutschlands; aber er wußte doch recht gut, was er wollte: Zurud zum alten Bunde.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Bom 19. Dezember, f. Beilage 34. Die in bem urfprünglichen Tert vorgenommenen nachträglichen Anderungen scheinen mir auf Bünsche bes Königs zurüczugehen. Keinesfalls kann davon die Rede sein, daß diese Denkschrift der Unzufriedenheit des Königs mit Schwarzzenbergs Vorschlägen ihren Ursprung verdanke, wie Sybel 1, 268 f. meint. Der König war mit Schwarzenberg gar nicht unzufrieden, sondern nur das Ministerium. Das Memorandum selbst nennt Graf Bülow "das mühsame Resultat vieler Meinungsdifferenzen und Konzessischen nach beiben Seiten hin" (an Bernstorff 20. Dez., Kinghoffer 80).

einen leitenden Einfluß auf die Verfassungsberatung in beiden häusern in Anspruch zu nehmen haben; auch für die Erhaltung des inneren Friedens und für die Beeinflussung der Zentralgewalt im Sinne der Einzelregierungen könne sie benutt werden. Dieser Vorschlag habe den großen Vorteil, daß er die Aussicht biete, von der Versammlung auf friedlichem Wege ange; nommen zu werden. Man müsse sofort nach Beendigung der ersten Lesung des Versassungsentwurfes damit hervortreten, aber schon jest in Frankfurt auf das Bevorstehen dieses Ereignisses hinweisen lassen. Würde diese Zusmutung von der Versammlung zurückgewiesen, so würden die Regierungen die Verechtigung haben zu sagen, daß sie alles, was in ihren Kräften siehe, zur herbeiführung der Einheit getan hätten, und nicht sie die Verantwortung für das Scheitern der Versassung tresse.

Auch über die Gestaltung der künftigen definitiven Verfassung sei Preußen mit Ssterreich in wesentlichen Punkten einig; man müsse an den alten Bund anknüpsen und im Interesse der Einbeziehung Ssterreichs an einer loseren Ronstruktion des Bundes festhalten. Ob die Zentralgewalt als Direktorium einzurichten, oder eine einheitliche Oberleitung vorzuziehen sei, wolle man zunächst dahingestellt sein lassen; innerhalb der zu schaffenden Volksverstretung halte man ein besonderes Staatenhaus für angemessen, neben dem allerdings eine aus allgemeinen Wahlen hervorgehende, das ganze deutsche Volk repräsentierende Versammlung unentbehrlich sei; eine bloße Zuziehung einzelner aus Wahlen hervorgegangener Elemente erscheine der öffentlichen Meinung gegenüber nicht ausreichend. Einer der wesentlichsten Punkte werde die Vereinheitlichung der materiellen Interessen seine sachgemäße Organisation des Heerwesens.

Jum Schluß spricht das Memorandum die Überzeugung aus, daß Ssterreich, gerade weil es den berechtigten Wünschen seiner Bevölkerung nach stärkerer Einheit in sich selbst Rechnung tragen müsse, für seine zum deutschen Bunde gehörigen Gebiete nicht den gleichen Grad von Einheitlichkeit des Wirtschaftslebens, der Gesetzgebung und des Heerwesens werde ertragen können, den das übrige Deutschland wünsche. Es werde daher das beste sein, wenn die Bestimmungen des alten Bundes für das bisherige Bundesgebiet ausrechterhalten blieben, während das außerösterreichische Deutschland sich innerhalb desselben als ein engerer Verband konstituiere. Hierzu könne Preußen seine Mitwirtung nicht versagen und zweiste nicht, daß sich die Formel sinden lassen werde, "unter welcher das Verhältnis dieses engeren zu dem weiteren Bundesverbande auf eine beiden Teilen gleich förderliche Weise geordnet werden könne".

<sup>\*</sup> v. Sybel 269 fcmacht biefe Ansführungen der Dentfdrift, die doch wefentlich find, viel ju febr ab. Bgl. anch das Begleitfcreiben an Bernftorff v. 21. Dez. bei Friedjung 1, 495.

So entgegenkommend in der Korm auch diese preußische Erklarung mar, fo ließ sich boch ber sachliche Gegensat nicht verleugnen. Preußen befannte fich hier jum erstenmale in offizieller Form auch Offerreich gegenüber zu dem Gedanken des engeren und weiteren Bundes, der fich, wie wir wiffen, schon feit dem Frühjahr allen Unhangern der deutschen Einheit in fleigendem Dage als die einzig mögliche Lösung aufgedrängt hatte. Es verlangte von Diter: reich, daß es dem engeren Zusammenschlusse des übrigen Deutschland sich nicht widersete, und wollte sich den Weg zu einer friedlichen Verständigung mit der Mehrheit der Paulsfirche nicht verschließen laffen. Das Ministerium fprach in diefen Puntten gang im Geifte von Camphaufens Dentschrift, die es eben erhalten hatte; aber in der Forderung eines provisorischen Königs: follegiums und Staatenhauses war es durchaus von der bisherigen Politik abgewichen und hatte den Bunichen des Rönigs nachgegeben. Man glaubte wohl, daß die Erflärung über den engeren und weiteren Bund, mochte fie nun von Sferreich zustimmend oder ablehnend beantwortet werden, ein weiteres Zusammengehen unmöglich machen werde; im ersteren Falle schied ja Biferreich freiwillig aus dem engeren Bunde und konnte also deffen Ber: fassung nicht mitbestimmen wollen; im zweiten aber ergab sich eine fo große Divergeng der Grundanschauungen, daß daneben alles übrige nebenfache lich erscheinen mußte.

Die preußischen Minister gaben sich daher dem angenehmen Glauben hin, daß jeht der Gegensaß, der zwischen Olmüß und Berlin in bezug auf die deutsche Frage bestand, vollkommen flar zutage treten werde, und daß infolges dessen selbst der König einsehen müsse, daß eine Verständigung sich nicht erzielen lasse. Sie ahnten nicht, daß der Überbringer ihrer offiziellen Dentsschriften, dem sie vollkommenes Vertrauen schenkten, gleichzeitig von dem Könige Aufträge völlig anderen Inhaltes erhalten hatte und über diese hinter ihrem Rücken mit dem Fürsten Schwarzenberg verhandelte.

Graf Brühl hatte schon bei seiner ersten Sendung nach Olmütz vom Könige persönliche Informationen empfangen, und wir werden nicht irren in der Annahme, daß bereits hier das hauptgewicht auf die sofortige Begründung

Namentlich die privaten Erläuterungen Graf Bulows (an Bernstorff 20. Dez., Ring, hoffer 80) zeigen, welchen Wert das Ministerium gerade auf den engeren Bund unter Preußens Führung legte. Auch Friedjung übersieht den springenden Punkt, wenn er den Schriftenwechsel dahin resumiert: "Also: Offerreich hat ein Verhältnis in der Analogie des bisherigen Staatenbundes (Bundesakte von 1815) vorgeschlagen, und Preußen ist damit einverstanden."

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bgl. namentlich Graf Bülow an Camphausen Dez. 30 Beil. 40. Er glaubt jest in der Lage zu sein, des Königs Plane nach und nach tot zu machen, da die start prinzipielle Versschiedenheit zwischen den preußischen und österreichischen Aschauungn deutlich hervors getreten sei.

des Königskollegiums neben der provisorischen Neichsgewalt gelegt und zugleich die Beibehaltung dieser Einrichtung in der definitiven Verfassung empsohlen wurde. Das jehige Provisorium müsse man möglichst verlängern, nm die Zeit für die in aller Stille zu betreibende Verständigung unter den sechs Königen zu gewinnen; etwaiger Widerstand gegen deren Abmachungen sollte durch ihre vereinigten Truppen niedergeschlagen werden. An die Offentlichkeit sollten diese Veschlüsse erst treten, wenn die Verfassung der Paulstirche fertig sei. Die kleineren Staaten sollten nicht mediatissert werden, sondern im Innern ihre Selbständigkeit behalten und in der fünstigen Verstassung im Staatenhause ihre Vertretung sinden.

Obwohl fich diese persönlichen Außerungen des Königs in ihren negativen Teilen mit der ersten offiziellen Denkschrift des Ministeriums berührten, fo wichen fie doch der gangen Tendeng nach erheblich von ihnen ab, indem hier positive Vorschläge gemacht wurden, die mit der Errichtung eines neuen Bundes unter Preugens Führung unvereinbar erfchienen, mahrend die Minister dies junachst vermeiden und nur Ofterreichs Unsichten hervorloden wollten.2 Schwarzenberg mußte diese Mitteilungen fast wie eine Erlösung begrüßen. Mit schwerer Sorge hatte er die Oftronierung einer liberalen Berfaffung in Preugen gefehen und machte Bernstorff gegenüber fein Sehl darans, daß er hierin nur den Bersuch erbliden fonne, Popularität in Deutschland ju gewinnen und für eine preugische Raiferwahl Stimmung ju machen.3 Er hatte fich, wie es scheint, schon fast in den Gedanten gefunden, daß die Ronstitulerung eines engeren Reiches unter Preußen nicht mehr zu bindern fei; jest auf einmal erfuhr er, daß der Konig felbit, deffen ablehnende Außerungen ihm vorher wohl als fluge Zurudhaltung erschienen waren, diese Losung nicht wolle und bereit sei, fich binter dem Ruden seiner Minister mit Offerreich ju verftandigen. Es scheint, daß er erft jest ben Gedanken fallen ließ, auf das weitere Bundesverhaltnis für Bferreich einzugeben,

Daß Graf Brühl münbliche Berhandlungen ichon bei seiner ersten Sendung geführt hat, geht aus Gerlachs Angaben zum 22. Dez. (1, 262) hervor; ebenso aus Schwarzenbergs Brief v. 16. Dez. (Friedjung 1, 173 Anm.). Run wird man aber nicht wohl zweiseln können, daß der Inhalt seiner Informationen identisch war mit dem, was der König gleichzeitig mündlich durch den Grafen Oriola an Bernstorsf mitteilen ließ (s. dessen Auszeichnung, Ringhoffer 77; das Datum muß falsch sein und wohl 8. Dez. heißen, da nach dem Bericht vom 9. Dez. Bernstorsf bereits im Besth dieser Informationen war). Bernstorsf gegenüber erklärte sich Schwarzenberg bereit, weitere Borschläge mit einem Bertrauensmann des Königs zu besprechen. (Bericht v. 9. Dez. a. a. D. 78.)

<sup>2 3</sup>ch mochte befonders darauf hinweisen, daß auch in der zweiten ministeriellen Dent, schrift vom 19. Dez. Königstollegium und Staatenhaus nur für das Provisorium in Unregung gebracht werden, nicht aber für die definitive Berfassung, da sie in dieser Form weder für den engeren noch für den weiteren Bund geeignet erscheinen tonnten.

Bericht Bernftorffe 9. Det., Minghoffer 78.

ben er Ende November offenbar ernstlich erwogen hatte. Sehr geschickt benutzte er seine Kenntnis der Anschauungen des Königs in der Denkschrift vom 13. Dezember. Namentlich die Bestimmungen über den Zeitpunkt für das öffentliche Hervortreten (nämlich nach Beendigung der Verfassungsberatung), über das tiese Seheimnis der Verhandlungen und über die Niederwerfung eines sich etwa regenden Widerstandes mit Wassengewalt unter geringer Beteiligung Herreichs waren jenen Mitteilungen entnommen. Es war ein außerordentlich seines Spiel, daß er den Argumenten der preußischen Minister die Argumente ihres eigenen Königs entgegenstellte; er konnte so mit Sicherheit erwarten, daß seine Erwiderung zu lebhasten Auseinanders setzungen zwischen dem Herrscher und seinen Ratgebern sühren und die preußissche Aktion lähmen würde.

Das Ministerium, von diesen Zusammenhängen nichts ahnend<sup>1</sup>, betraute den Grasen Brühl auch mit der Überbringung des zweiten Memorandums vom 19. Dezember<sup>2</sup>, und zum zweiten Male wiederholte sich das frühere Spiel. Der Graf erhielt wieder vom Könige mündliche Informationen<sup>3</sup>; und während jene offizielle Denkschrift von der Voraussehung ausging, daß Herreich das Recht des übrigen Deutschland auf die Bildung eines engeren Bundes anzuerkennen habe, ermächtigten jene mündlichen Austräge den Grasen, sich mit dem Fürsten Schwarzenberg auf Grund der früheren Bes

Der König hatte den Ministern natürlich seine Ibeen ebenfalls vorgetragen; aber sie wußten offenbar junächst nicht, daß er sie troß ihres Widerspruchs auf vertraulichem Wege in Olmütz jur Kenntnis gebracht hatte. Daß sie Befürchtungen in dieser Richtung hegten, zeigt Bulows Brief an Ef. Bernstorff v. 8. Dez., er möge auch nach Olmütz gehen und dafür sorgen, daß nicht auf mündliche Befehle des Königs hin ein Stüd Kabinettspolitik gemacht werbe. (Ringhoffer 76.)

<sup>2</sup> Anfangs wollte der König mit der neuen Sendung den früheren Minister Grafen Canip beauftragen. Die Minister verhinderten dies mit Mühe und glaubten einen großen Erfolg damit errungen zu haben, daß wieder Graf Brühl geschickt wurde. (Bülow an Camphausen 23. Dez. Beilage 36; an Bernstorff 20. Dez., Ringhoffer 80.)

<sup>\*</sup> Meinede, Radowig 203, erwähnt eine Dentschrift bes Königs v. 21. Dezember, von der sonst nichts befannt ist, ohne seine Quelle anzugeben. Danach hat er damals für die befinitive Berfassung verlangt: 1. einen Bundesstaat mit Königstollegium, 2. einen deutschen Staatenbund einschließlich Deutsch-Herreichs, 3. einen großen Reichsbund mit Gesamts hstereich. Diese Gedanken stammten, wie Meinede nachweist, von Radowig. Ferner habe sich der König in dieser Schrift gegen eine gewaltsame Niederwerfung Franksutts ausgesprochen, da es dann zu einer ausschließlichen Fürstenherrschaft, aber nicht zur Einheit kommen werde. Es würde sehr erwünscht sein, den Mortlaut dieser Dentschrift zu kennen; vermutlich war es ein Stück der dem Grasen Brühl für seine zweite Reise vom Könige erteilten Anweisung. Jedenfalls handelt es sich hier nur um einen vorübergehend austauchenden Gedanken, der dem König im harten Widerstreit mit seinem Ministerium über die Zulässisteit eines engeren Bundes ohne Osterreich einen Augenblick lang Aussicht auf Annahme zu bieten schien. Bereits in der Dentschrift vom 4. Januar ist er wieder ausgegeben (s. unten S. 165 Anm. 2).

fprechung in ein genaueres Einvernehmen über eine Bfterreich einschließende Rombination zu setzen. Sie einigten sich denn auch darüber, daß im Unschluß an die Organisation des Königskollegiums Deutschland fünftig in sechs Rreise gerfallen solle, innerhalb deren der heerbefehl je einem der sechs Ronige austehen follte: Schwarzenberg fügte noch ben Gedanten einer Bereinigung ber Parlamente innerhalb diefer Rreife hingu, was eine völlige Mediatifierung der Rleinstaaten bedeutet batte. Ein Staatenhaus erflarte er für überflussig - ein neuer Schlag gegen die Rleinstaaten - und ebenso eine aus allges meinen Bahlen hervorgehende Bolfsvertretung am Bunde; es werde genügen, wenn von den Ständen der feche Rreise gewählte Bertreter neben bas Direktorium traten. Graf Brühl war mit dem allen einverstanden und gab dem Rürsten selbst den Gedanten an die Sand, dem Ronige alle diese Einrichtungen dadurch noch schmachafter ju machen, daß man für die ju schaffenden Rreise den aus seinen früheren Planen entnommenen Namen Reichswehrherzogfümer mable und die Könige als freisausschreibende Fürsten bezeichne.1

Wie man sieht, enthielten diese Borschläge im wesentlichen nicht die Gebanten Schwarzenbergs, sondern eine, freilich im öfferreichischen Sinne auss gestaltete Beiterbildung der Ideen Friedrich Bilhelms IV. Nur die ftartere Einschränfung der Gelbständigfeit der Rleinstaaten und der Borfchlag, ben ber Fürst im Gespräch mit Bernftorff machte, die Nationalversammlung felbft mit Gewalt auseinanderzusprengen, waren fein geiftiges Eigentum. Der König hatte militärische Kräfte nur jum Rampfe gegen etwa ausbrechende nene revolutionare Erhebungen bereitstellen wollen. In den amtlichen Bertehr tamen fle jedoch alle als öfterreichische Borichlage, und gwar dadurch, daß der Aurst diese Gedanken dem Grafen Bernstorff gegenüber ausführlich entwidelte, zwar mit ber turgen Andeutung, daß er auch mit dem Grafen Brühl barüber gesprochen habe, aber ohne ju fagen, daß fie ihm burch diefen vom Konige nahegelegt worden feien. Er fügte hingu, daß Bferreich nicht nur in den weiteren, sondern auch in den engeren Bund einzutreten gedenke, und daß ein einheitliches Oberhaupt undentbar fei.2 Bum zweitenmal hielt er alfo bem preußischen Ministerium die Bunsche bes preußischen Ronigs in der Form öfterreichifcher Unträge entgegen. Als Graf Bruhl am r. Januar

<sup>1</sup> Friedjung 1, 176, wohl nach dem Briefe Schwarzenberge v. 2. Jan., aus bem in der Unm. eine Stelle gitiert wird.

<sup>2</sup> v. Sphel 1, 270. Bernstorffs Bericht v. 27. Dez., Ausz. Ringhoffer 82f. Nach seiner Angabe hatte Schwarzenberg turz vorher von Bapern und Wärttemberg die dringende Bitte um Schutz gegen die Absichten Preugens und der Nationalversammlung erhalten. Nach Bernstorffs Bericht wollte übrigens Schwarzenberg für die definitive Verfassung das Kanigstollegium nicht beibehalten, sondern durch ein Direktorium von Dreien unter öfter, reichischem Borsty ersehn.

nach fast 14 tägigem Aufenthalt aus Olmüt wieder abreiste, äußerte sich Schwarzenberg dem österreichischen Vertreter in Berlin gegenüber höchst erfreut über die erreichten Erfolge; allerdings täuschte er sich nicht darüber, daß das Ministerium und die kleineren Staaten der Verwirklichung dieser Pläne noch schwere hindernisse in den Weg legen würden und sprach seinen Zweisel aus, ob es gelingen werde, diese zu überwinden. Man hat durchaus den Eindruck, daß es ihm weniger auf die Ausführung dieser Pläne ankam, als darauf, den Gegensahzwischen König und Ministerium in Berlinzuschüren und Preußen mit seinen natürlichen Verbündeten, der Frankfurter Mehrheit und den kleineren Staaten, zu verseinden.

Indessen kannte er doch die Gedankenwelt Friedrich Wilhelms IV. nicht genau genug, um die Wirfung feiner Borfchläge gang richtig vorausberechnen ju fonnen. Im allgemeinen war der Konig natürlich außerst erfreut über bas Entgegenkommen, bas feine Gedanken bei dem öfferreichischen Minister gefunden hatten, aber die Feindseligfeit gegen die Rechte der fleineren Souverane vermochte er seiner gangen politischen Weltanschauung nach nicht ju teilen. Much ging ihm des Fürsten Absicht einer Zersprengung des Parlas mentes zu weit, da er dies, wenn es innerhalb seiner Kompetenzen bleibe, als legitim betrachtete und nur seine zu weit gehenden Souveranitätsgelufte befämpfen wollte. Unmittelbar nach bem Eintreffen Brühls entwarf er eine eigenhandige Dentschrift, in der er seine Stellung genauer barlegte.2 Rur Sferreich und Preugen gemeinsam als die größten Mächte könnten Deutsche land von der revolutionaren Schande des Jahres 1848 reinigen und die Grundfage bes gottlichen und menfchlichen Rechtes bort gur Geltung bringen. hierzu bedürfe es nach seiner Meinung vor allen Dingen der Zeit, und diese folle durch die Verlängerung und neue Organisation des Provisoriums gewonnen werden. Daber sei die Ginsebung des Königstollegiums das bringendste; aber auch das Staatenhaus sei wichtig, weil dadurch der Reichs, verweser und die Nationalversammlung leichter bewogen werden fonnten, ihre Zustimmung zu geben. Die Verschmelzung der Parlamente innerhalb ber einzelnen Rreife erflärte er für schwierig, weil fie an Mediatifierung ftreife. Dagegen sei die Einrichtung ber Reichswehrherzogtumer nur heilfam. Einrichtung eines Staatenhauses bringe ferner noch den Vorteil, daß man bei geeigneter Zusammensetzung desselben durch das Zentralparlament die Berfassungen der Einzelstaaten revidieren lassen konne, damit alles Revos lutionare aus ihnen entfernt wurde. Für die definitive Verfaffung brachte der König ein Unterhaus, gewählt von den Einzellandtagen nach Ständen

<sup>1</sup> Schwarzenberg an Trautmannsdorf 2. Januar, Friedjung 1, 176f.

<sup>2</sup> Um 4. Januar; teilweife im Wortlaut nebst Schwarzenbergs 3wischenbemerkungen gegenüber bem Grafen Brühl (offenbar nach bessen Bericht) bei v. Sybel 1, 272 f.

und Klassen, ein Oberhaus aus Vertretern der kleineren Fürsten, den Media; tisserten und Delegierten der ersten Kammern, endlich als exekutive Behörde das Königskollegium in Vorschlag. Die Vestimmung über das nähere Verhältnis Herreichs zu dem übrigen Deutschland und zu Preußen wollte er vertrauensvoll in die Hand von Konferenzen legen, die möglichst bald beginnen sollten.

Mit diefer toniglichen Dentschrift ausgerüftet, trat Graf Brühl am 5. Januar 1849 jum drittenmal die Reise nach Olmut an, diesmal, wie es scheint, ohne einen offiziellen Auftrag der Minister. Diefen mar die Dentschrift zwar vor der Absendung mitgeteilt worden2; von ihren Einwendungen hat aber der Ronig nur eine berücksichtigt; er ftrich einen ursprünglich geplanten Schluße fat: "Über dem Gangen ftande Romische Raiserliche Majestat".3 Sie suchten burch eine Unweisung an den Grafen Bernstorff dem Eindruck der Denkschrift entgegenzuwirken, indem sie nochmals die volle Gleichberechtigung zwischen Offerreich und Preugen und das Recht des letteren jur Begründung eines engeren Bundes unter feiner Leitung als Vorbedingung gemeinsamen handelns hinstellten.4 Dem Grafen Bruhl banden fie auf die Seele, daß er das Memorandum, bessen formelle Unterzeichnung durch den Rönig sie muhfam verhindert hatten, nicht aus der hand geben durfe. Sie wollten aufs ftrengfte daran fesigehalten wiffen, daß diefes Schriftstud als eine rein perfonliche Meinungsäußerung des herrschers zu betrachten sei und auf die offiziellen, zwischen beiden Staaten schwebenden Berhandlungen feinen Eine fluß haben dürfe.5

Fürst Schwarzenberg fühlte fich nicht veranlaßt, diesem Bestreben der preußischen Minister entgegenzukommen, sondern beschloß, an die für Biters

<sup>1</sup> Meinede, Radowit, 204 Anm. wirft Sybel vor, diefer habe völlig vertannt, daß ber tönigliche Plan für das Definitivum auf das engere Deutschland ohne Österreich bes rechnet sei. Leider liegt ja nicht der volle Wortlaut der Denkschrift vor, und ich weiß nicht, ob Meinede ihn tennt. Wenn der Auszug des lehteren Leils bei Sybel auch nur einigers maßen zuverlässig ist, muß es sich um das weitere Deutschland handeln, da von "Beibehaltung des Königscollegii" die Rede ist. Im provisorischen Königstolleg sollte doch zweifellos auch Osterreich seinen Plat haben; wurde dies beibehalten, so kann hier nicht an eine Behörde und einen Staat ohne Osterreich gedacht sein.

Bulow an Bernftorff Jan. 6. u. 8., Ringhoffer 91f.

<sup>3</sup> Im Gesprach mit Gerlach rebete aber ber Konig am 7. Januar wieder von ber Ers neuerung ber Romischen Kaiserwurde und dem preußischen Erzfeldherrnamt (Gerlach 1, 269). Die Streichung bedeutete also feineswegs eine Aufgabe ber Jdee selbft.

<sup>.</sup> S. b. gitierten Brief bes Grafen Balow.

Benn der König am 7. Januar ju Gerlach äußert (a. a. D.), seine Minister seien mit ihm völlig einverstanden und "bis jeht auch folgsam" gewesen, so tann sich dies nur darauf beziehen, daß sie bie vertrauliche Mitteilung an Schwarzenberg überhaupt zugelassen hatten; baß sie Plane des Königs sachlich gebilligt haben tonnten, ift völlig ausgeschlossen.

reich viel gunftigeren Anregungen des Königs anzuknupfen und auf die frühere Denkschrift ber Minister gar nicht weiter einzugehen. Er entwickelte feine eigene Meinung zuerft in mundlichen Bemertungen dem Grafen Brubl, als dieser ihm die Denkschrift vorlas. Darauf, ob die Frankfurter Bers sammlung die gemachten Borschläge gutheißen werde oder nicht, meinte er, fomme es gar nicht an; man muffe nur 40000 Mann bereit halten, um eventuellen Aufständen gewachsen zu sein; das Kommando werde am besten ber König von Bürttemberg erhalten.1 Mit ber Paulsfirche muffe man gar nicht verhandeln, sondern nur mit dem Reichsverweser, der tros feiner perfönlichen Schwäche vorläufig beizubehalten sei. Die Mediatisierung der fleinen Fürsten erschien ihm nach wie vor wünschenswert; nur wollte er eine Vergrößerung Banerns feinesfalls jugeben. Auf das Staatenhaus legte er noch immer feinen Wert, da man doch nicht genug zuverläffige Leute habe, um seine Beschlusse mit Sicherheit dirigieren zu konnen, und ba sich die Revision der einzelnen Berfassungen viel besser durch Anwendung milis tärischer Gewalt erreichen lasse.

Erst nach Brühls Abreise faßte Schwarzenberg den Entschluß, die königliche Meinungsäußerung jum Gegenstand amtlicher Verhandlung ju machen und fie in einer eigenen Denkschrifte gu beantworten, mahrend er die amtliche Mitteilung der preußischen Regierung vom 19. Dezember einfach ignorierte. Er rechtfertigte bier die Mediatifierung ber fleinen Fürsten mit ihrer tats fächlichen Ohnmacht, die sie sonst zu sicherem Untergange durch die Revolus tion verurteile. Die Mehrheit der Nationalversammlung, Gagern an der Spipe, wolle nichts anderes, als auch Preugen der Revolution dienstbar machen und diese über gang Deutschland verbreiten.3 Schon deshalb fonne man die Schickfale Deutschlands von den Beschluffen dieser "von der flagranten Revolution erzeugten Berfammlung" nicht abhängig machen. Sollte die Mehrheit noch zu der Erkenntnis kommen, daß Sfterreich und Preußen nicht tot, sondern ju neuer Lebenstraft erwacht seien, so sei vielleicht eine Ber: ftändigung mit ihr möglich, aber man muffe auch für den schlimmeren Fall geruftet fein. In bezug auf die fünftige Gestaltung Deutschlands führte Schwarzenberg aus, daß das nach Einheit ringende Nationalgefühl volls ftändig nur auf dem Wege der Revolution durch die Begründung der Einheitsrepublik befriedigt werden könne, teilweise und annähernd aber "burch eine Gruppierung der vielen fleinen und fleinften Staaten und Ges

<sup>1</sup> Dieser hatte selbst in Bien den Borfchlag dazu gemacht, f. Gerlach 1, 271.

<sup>2</sup> Bom 17. Januar Beilage 41.

<sup>3</sup> Es klingt beinahe, als habe Schwarzenberg die Briefe des Königs an Bunfen vom 13. Dez. und an den Grafen Brandenburg vom 19. Januar gelesen. Man fieht, wie genau er durch Bruhl über des Königs Auffassung unterrichtet war.

biete Deutschlands in größere Staatenforper, jufammengehalten durch eine fraftige Zentralgewalt". Rur das lettere tonne in Frage tommen; dabei follten die den feche Rreisen einzuordnenden fleineren Fürsten durch moge lichfte Babrung ihrer Sobeiterechte geschont werden; es sei jedoch militärische Berschmelzung, gemeinsame oberfte Justigpflege und eine gemeinsame Bolts: vertretung innerhalb jedes Rreifes munichenswert. Benn der Ronig gegen die Berichmelzung des Parlamente Bedenten habe, fo tonne man davon porläufig absehen und fie dem Laufe der naturgemäßen Entwidlung übers Das Recht der diplomatischen Bertretung mußten alle Staaten behalten. Über die Form der Zentralgewalt laffe fich jest noch nichts fagen; vorläufig tomme es auf die Ausgestaltung des Provisoriums an, und zwar junachst barauf, bem Reichsverweser ein Ronigstollegium an die Geite ju stellen; auf das Staatenhaus moge ber Konig vorläufig verzichten. Dagegen sei eine Art von Volksvertretung, gewählt aus den Reprasentationsförpern ber Rreise, ins Leben ju rufen. Das Konigsfollegium sei sofort ju bilben und burch bas Reichsministerium bem Parlamente ber 3med feiner Tätigfeit mitzuteilen.1 Sollte fich die Versammlung weigern, die Mitwirfung des Ronigstollegiums anzuerkennen und follten fich Aufftande erheben, fo feien 40000 Mann unter dem Rommando des Königs von Bürttemberg bereit ju halten. Preußen follte davon 20000 ftellen, Banern und Bürttemberg je 10000; Offerreich fei bereit, fich burch Entfendung von einigen taufend Mann nach Mainz zur Verstärfung ber Bundesgarnison zu beteiligen. Die Denkschrift schließt mit der Feststellung, daß also vorläufig nichts weiter ju tun fei, als Truppen bereitzustellen, Die Verständigung mit den toniglichen Sofen berbeiguführen und dann das Konigstollegium ins Leben zu rufen. Um besten werde ein preußischer Diplomat nach Olmus tommen, um von bier aus jufammen mit bem von Offerreich bereits bestimmten Gefandten die Mundreife an die Sofe angutreten. Banern und Bürttemberg feien bereits von dieser Ansicht der faiserlichen Regierung verständigt worden.

In der Lat würden diese Maßregeln vollständig ausgereicht haben, um einen Bürgertrieg in Deutschland zu entfesseln und im Falle eines Sieges der größeren Regierungen jeden Bersuch zu einer Einigung Deutschlands aus der Welt zu schaffen.

Der Fürst begleitete diese Dentschrift, die er zuerft dem Könige dirett und bann durch den öfterreichischen Botschafter in Berlin auch dem Ministerium

<sup>1</sup> Ein Entwurf gu ber an bas Reichsministerium gu richtenden Erflarung wurde gleich beigefügt, f. Beilage 4x.

Braf Bulow urteilte mit Recht (Beilage 48): "Sie gingen auf nichts geringeres hinaus, als auf entschiebene Kontres Revolution in Deutschland jugunften bes alten Bundes." Bgl. f. Brief an Bernftorff v. 23. Jan., Ringhoffer 93.

überreichen ließ, noch mit einem privaten Schreiben an den Grafen Brühl. Darin hieß es, Österreich strebe nicht danach, sich an die Spiße von ganz Deutschland zu stellen, werde aber im Notfalle, um nicht mit dem übrigen Deutschland zugrunde zu gehen, "sich auf sich selbst zurücziehen in sein Schneckenhaus". Bapern und Württemberg würden eventuell einen Rheins bund stiften unter Frankreich. Ferner war hier die Zusammensehung des "Kronkollegiums" noch dahin erläutert, daß jeder der sechs königlichen Berstreter eine Stimme haben solle.

Am 19. Januar trafen diese Erklärungen Schwarzenbergs in Berlin ein; aber bereits vorher war hier ein heftiger Kampf entbrannt, der noch nicht ganz entschieden war, und auf dessen Ausgang sie eine bedeutende Wirkung geübt haben.

Schon die erften Undeutungen des Grafen Bulow, daß man mit Ofterreich in einen vertraulichen Meinungsaustausch, wenn auch in der besten und harmlosesten Absicht, eingetreten sei, hatten Camphausens lebhaftes Diße trauen erwedt. Sah er doch alle Früchte seiner bisherigen Arbeit burch einen berartigen Schritt gefährdet. Eben jest begann in Frankfurt die preußische Partei jur Macht nicht nur im Parlament, sondern auch im Reichsministerium ju tommen. Das Programm des Fürsten Schwarzenberg war hier überall in dem Sinne gedeutet worden, daß Sfterreich an der Verfaffung des übrigen Deutschland teinen Unteil nehmen wolle2; die öfterreichisch gefinnten Abe geordneten und Reichsminister hatten demgegenüber einen um fo schwereren Stand, als auch vertrauliche Mitteilungen bes Fürsten Schwarzenberg an den Bevollmächtigten bei der Zentralgewalt zu bestätigen schienen, daß die neue Regierung des Kaiferstaates wenig Wert auf eine enge Berbindung mit dem neuen Deutschland lege. Auch die Erschießung Blums, die unter Nichtachtung des Reichsgesetes über die Immunitat der Abgeordneten er: folgt war, die Berweigerung eines Beitrages jur Begründung einer deutschen Kriegsmarine und die Ablehnung einer gemeinsamen Bechselordnung murben in diesem Sinne gebeutet. Gemäß einem Beschluffe seiner Rollegen mußte herr von Schmerling aus dem Ministerium weichen, und an seiner

<sup>1</sup> Deffen voller Wortlaut lag mir nicht vor, fondern nur die an Camphausen übersandten tritifchen Bemerkungen des Grafen Bulow, die einige Sabe daraus anführen. S. Beil. 43.

<sup>\*</sup> S. Camphausens Bericht v. 14. Dez. Beil. 31. Auch der österreichische Bevollmächtigte v. Menshengen befürwortete, daß Österreich auf diese Grundlage eingehen möge, s. v. 3 wies dinede Südenhorst, Otsch. Gesch. i. 19. Jh. 2, 475. Wenn man in den Wiener Regierungs, treisen ernstlich an eine solche Möglichkeit gedacht hat (vgl. die v. Friedzung 1, 169 darüber zusammengestellten Zeugnisse), so ist es doch wohl immer nur unter der Voraussetzung geschehen, daß man den engeren Zusammenschluß des übrigen Deutschland nicht werde hindern können. Sobald dies wieder möglich erschien (nach den Eröffnungen des Erafen Brühl), ließ man diesen Gedanken desinitiv fallen.

Stelle murde der Führer der Erbfaiferpartei, Beinrich v. Gagern, Reichs; ministerpräsident. Er legte den größten Wert darauf, im Einvernehmen mit der preußischen Regierung und Camphausen zu handeln und sprach die hoffnung aus, daß es gelingen werde, die Bedenken und Bunfche Preugens gegen die Berfaffung bei der zweiten Lefung derfelben in weit; gebendem Mage zu berücksichtigen. Die Politik Camphausens ichien ihrem Biele naber als je, und in diesem Augenblide begann die Regierung in Berlin, die fich bisher gang im Einflang mit ihm befunden hatte, dem Drucke des Königs nachzugeben und mit Offerreich zu verhandeln. Unfangs erfuhr er nichts Genaueres darüber; aber, daß man in Berlin einen neuen Rurs ju fteuern beginne, mußte ihm eine Dentschrift über die deutsche Frage zeigen, die ihm Graf Bulow am 23. Dezember überfandte.1 Aus ihr ging hervor, daß sich die Minister für den Plan des Königs, neben die provisorische Zentral: gewalt sofort ein provisorisches Königstollegium und Staatenhaus zu ftellen, hatten gewinnen laffen. Graf Bülow wußte wohl, daß man damit von der bisherigen Politif abwich. Er entschuldigte fich Camphausen gegenüber förmlich damit, daß er "dem Drange, daß etwas geschehen solle und muffe", nicht absolut habe widerstehen können, auch sei er "bis auf einen gewissen Puntt felbst der Meinung, daß eine Initiative diefer Art nutlich fein tonne; wenigstens fann man daraus die Beruhigung schöpfen, seinerseits rechtzeitig ben Weg der Berständigung betreten ju haben".2 Zugleich bat er Campe haufen, diefer moge ihm feine etwaigen Bedenten offen mitteilen. Offenbar war es ihm doch nicht recht wohl bei der Sache, wenn er auch die gange Trage weite der Magregel, die bei tonsequenter Durchführung jum Bruch mit der Paulstirche führen mußte, nicht begriff. Man hat den Eindruck, daß ihm eine entschiedene Gegenäußerung des Frankfurter Bevollmächtigten nicht unwilltommen gewesen ware, weil er fie dem Ronige und dem Ministerium hatte vorlegen und mit ihrer Silfe beide umzustimmen versuchen tonnen. Als ben geeigneten Zeitpuntt jum hervortreten mit ben preußischen Bors Schlägen bezeichnete er die Beendigung der erften Lefung der Berfaffung; jedoch ermächtigte er Camphausen, die Sache bereits vorher vertraulich mit Gagern zu besprechen und beffen Meinung barüber einzuholen.3

Gleichzeitig trat aber noch eine andere Differenz hervor. Die Nationals versammlung hatte nach Beendigung ihrer Beratungen über die Grundrechte des deutschen Boltes angeordnet, daß diese Grundrechte, obwohl sie einen

Beilage Rr. 35.

Braf Bulow an Camphaufen 23. Des., Beilage 36. Er bemerkt noch, baß auch ber Reichstommiffar Simfon ben Schritt nicht fur unbedingt verwerflich halte, falls man bas bei im Einvernehmen mit Gagern vorgebe.

<sup>.</sup> Erlaß an Camphaufen 23. Des. Beil. 35.

Teil der fünftigen Verfassung darstellten, doch schon jeht vor Vollendung des Sanzen gesondert publiziert werden und sofort in allen Einzelstaaten Sescheskraft erhalten sollten. Österreich und verschiedene andere Einzelstaaten weigerten sich, diesem Beschlusse nachzukommen, da sie zur Sültigkeit jedes Teiles der Verfassung, also auch der Erundrechte, die Zustimmung der Regiezungen für nötig erklärten. Sehr viel mußte auf die Haltung Preußens anzkommen. Und da nun in den Grundrechten, von einzelnen Punkten abzgesehen, sachlich nicht viel anderes stand, als was auch durch die preußische Verfassung vom 5. Dezember gewährleistet war, so trat Camphausen auf den Wunsch Sagerns lebhaft dasür ein, daß Preußen der Versammlung entgegenkommen und die Grundrechte sofort publizieren möge. Man verzsprach sich davon einen großen Eindruck und eine starte Zunahme der Anzhänger Preußens. Das Meinisterium entschied sich jedoch nach eingehender Erwägung aus den gleichen prinzipiellen Bedenken wie die meisten übrigen Staaten dasür, die Publikation abzulehnen.

Schon nach der Übersendung des Memorandums vom 23. Dezember hatte Camphausen erklärt, daß er für das provisorische Staatenhaus und Königsfollegium jest so wenig wie im Juli zu haben sei. Er wolle zwar noch genauere Nachrichten über die "lebensgefährlichen" Berhandlungen mit Sferreich abwarten; "allein, fügte er bingu, ich fürchte es ift ber Zeitpuntt gekommen, meine Wirtsamkeit in der deutschen Angelegenheit zu beenden".2 Benige Tage später meldete er, er habe vertraulich mit Gagern geredet, und dieser habe ihm erklärt, daß er sich einem solchen Plane mit aller Kraft widerseben werde und es als absolut unmöglich betrachte, ihn in der Nationals versammlung zur Annahme zu bringen.3 Ganz besonders befremdet fühlte er sich dadurch, daß in der Dentschrift über die definitive Gestaltung der Reichsgewalt gar nichts gesagt war. In der unbegrenzten Ausdehnung des Provisoriums erblickte er eine Verlängerung des öfterreichischen Eine flusses auf die Zentralgewalt, die nicht im Interesse Preußens liegen könne. Außerdem meinte er, wenn es möglich fei, fich über die Zusammensehung eines provisorischen Regierungsorganes und Staatenhauses zu einigen, bann muffe man ebenfogut über die definitive Gestaltung dieser Körperschaften schon jest einig werden konnen; in diesem Falle habe es aber wieder feinen 3wed, das Provisorium zu verlängern, sondern die Regierungen könnten dann mit ihrem gemeinsamen Plane ber Nationalversammlung gegenübertreten.

Die Unzufriedenheit Camphausens mit der neuen Wendung der minisfteriellen Politik steigerte sich nach dem Empfang des Beschlusses über die

<sup>1</sup> Balow an Camphanfen 27. Deg. Beil. 37.

<sup>2</sup> Un Graf Bulow 26. Det., Cafpary 272 (ohne Datum).

Bericht v. 28. Deg. Beil. 39.

Erundrechte so, daß er sein Entlassungsgesuch einreichte. Eraf Bülow bes schwor ihn aber, nicht in diesem Augenblide vom Plaze zu weichen, wo man Hoffnung habe, die fast diktatorisch hervortretenden Plane des Königs durch scheinbares Eingehen darauf zum Scheitern zu bringen. Camphausen selbst hatte sich inzwischen überlegt, wie weit man in der vom Könige gewünschten Richtung gehen könne, ohne die bisherige Politik in ihren Erundgedanken zu verlassen; ein gewisses Entgegenkommen schien ihm möglich; er erbot sich, vor der Entscheidung über sein Gesuch zu einer mündlichen Besprechung nach Berlin zu kommen. Auch der König selbst hatte auf die Nachricht von Camphausens Absicht den Bunsch nach einer persönlichen Aussprache geäußert<sup>4</sup>; so reiste dieser alsbald nach Berlin ab, wo er am 9. Januar eintrass. Dorthin war auf besonderen Bunsch des Königs auch dessen Freund Bunsen aus London entboten worden; es ließ sich also voraussssehen, daß hier eine große prinzipielle Erörterung der deutschen Frage und eine wichtige Entscheidung stattsinden werde.

Camphausen ging wohl vorbereitet zu dieser Konferenz. Aus den letten Borgängen hatte auch er, wie schon bemerkt, den Schluß gezogen, daß es jett nicht mehr notwendig sei, in einer lediglich abwartenden Stellung zu verharren, sondern daß Preußen den Plänen Herreichs und zugleich der Paulskirche gegenüber eine bestimmtere Stellung einnehmen könne. Nach seiner Ansicht sollte zu diesem Zwecke eine Zirkularnote an sämtliche deutsche Regierungen erlassen werden, zu der er einen vollständigen Entwurf vorlegte. Det Grundgedanke war, daß Preußen zwar das Berbleiben Herreichs in dem deutschen Bunde lebhaft wünsche, aber bei der von Herreich selbst deutlich ausgesprochenen Absicht, seine Staatseinheit nicht auszugeben, und bei dem unzweiselhaften Berlangen der übrigen Teile des deutschen Bolkes nach einem straffer organisserten Bundesstaat, sein anderes Mittel zur Ersreichung dieses Zweckes sehe als die Begründung eines engeren und weiteren

Bericht v. 29. Dez., Cafpary 273. Es muß bort heißen: "schon bei Empfang meines Berichtes vom 14. Dezember nicht schwankend gewesen sein. Vielleicht hatte ich daher ers warten dürfen, früher eine Außerung über die Absichten der Regierung hinsichtlich der Publikation der Grundrechte zu erhalten, um danach meine Erklärungen zu bemessen und das weder notwendige noch nügliche öffentliche Hervortreten eines Dissenses zwischen der Agl. Regierung und ihrem Bevollmächtigten vermeiden zu können."

<sup>\*</sup> Graf Balow an Camphaufen 30. Des. Beil. 40.

<sup>\*</sup> Camphaufen an Graf Balow 1. Jan. 49, Cafpary 274.

<sup>.</sup> Bulow an Camphaufen 3. Jan., Cafpary 278.

Dtto an Elife Camphausen 10. Januar (ben. Cafpary 279 mit falfchem Datum 6. Januar).

<sup>6.</sup> Beilage 44. Die Zweifel, die Meinede außert, ob die Zirfularnote vom 23. Jan. von Camphausen verfaßt fei, erledigen fich durch die Tatfache, daß das vollständige Konzept von feiner hand vorliegt.

Bundes. Wenn Sferreich der Zentralregierung des engeren Bundes in bezug auf die auswärtige Politik, die wirtschaftlichen Angelegenheiten, die Gefetgebung und die Finangen nicht die gleichen Rechte einräumen tonne und wolle wie die übrigen Staaten, fo fonne es auch nicht die gleichen Rechte innerhalb der Regierung des engeren Bundes und die gleiche Vertretung innerhalb feines Parlamentes verlangen, da diefe nur durch gleichzeitige Übernahme der entsprechenden Pflichten gerechtfertigt werden fonnten. Cbensomenig fonne es aber beanspruchen, daß das übrige Deutschland aus Rudficht auf die befonderen Berhältniffe Bfterreiche auf eine engere Einigung verzichte und einfach zum alten Bunde gurudkehre. Die Berfaffung dieses engeren Bundes muffe vielmehr durch Bereinbarung gwischen der gu diefem Zwecke berufenen Nationalversammlung und sämtlichen an dem Bunde teilnehmenden Regierungen festgestellt werden. Genauere Borschläge hierüber su machen sei nicht Preußens Sache; ba biefes in bem engeren Bunde bei weitem das mächtigste Mitglied sein werde, fo fei es berechtigt, ju erwarten, daß die übrigen Staaten ihm wegen der oberen Leitung Borschläge machten; ber König behalte fich über diese freien Entschluß vor und raume dasselbe Recht jedem anderen Bundesgliede ein; jedoch erfläre er nochmals, daß er feine Burde in Deutschland übernehmen werbe als mit Zustimmung ber betreffenden Fürsten und Regierungen. Über die Bedenten und Anderungs, vorschläge, ju benen ber aus der ersten Lefung der Nationalversammlung bervorgehende Entwurf den Regierungen Unlag bieten fonne, möchten fich diefe durch ihre Bevollmächtigten bei der Zentralgewalt mit dem Vertreter Preußens in Frankfurt in Verbindung feten, ber mit den nötigen Bolls machten verfeben fei, auf eine Berftandigung darüber binguwirten. Insbes fondere werde Preußen "gerne allem entgegenfommen, was ohne Gefährs dung des Zwedes die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der einzelnen Staaten ju mahren und ju befordern geeignet icheine".

Camphausens Vorschlag stand im schärssten Gegensatz zu den Bünschen bes Königs. Er wollte feine Verständigung mit Ssterreich, sondern mit der Nationalversammlung; jeder Prinzipienstreit über die Vereinbarungsfrage sollte dabei nach wie vor vermieden werden. Er wollte feine Teilnahme Ssterreichs am engeren Bunde, und daher auch feinen Anteil Ssterreichs an der Feststellung von dessen Verfassung. Er wollte fein provisorisches Königs; follegium, in dem Preußen stets in der Minorität sein würde<sup>1</sup>, und fein Staatenhaus zur Veratung der Verfassung, sondern Vereinbarung zwischen der Versammlung und allen, auch den kleineren Regierungen durch Verzmittlung der Bevollmächtigten in Frankfurt. Das war insofern besonders

<sup>2</sup> Bgl. f. Bericht v. 2. Februar Beil. 54.

wichtig, als dadurch der Schwerpunft der Berhandlungen über die deutsche Frage von Berlin nach Frankfurt verlegt wurde oder, mit anderen Worten, als diese Berhandlungen dem Einflusse des Rönigs und des zwar wohl; gesinnten, aber dem Drangen von oben ber gegenüber schwachen Ministes riums entzogen und ausschließlich in Camphausens hand gelegt murden.1 Gelang es ihm, mit den übrigen Bevollmächtigten oder wenigstens einer erheblichen Angahl von ihnen über die wichtigsten Puntte einig zu werden, bann mußte es sowohl der Regierung in Berlin wie der Mehrheit der Paulstirche schwer werden, sich gegen deren Annahme zu fträuben. Nur eine Konsequeng aus diesen Voraussetzungen vermißt man, nämlich die sofortige Abberufung oder Ausscheidung der österreichischen Abgeordneten aus dem Varlament, die natürlich bei der Verfassung des engeren Bundes ebensowenig mitzusprechen ein Recht gehabt hatten, wie die öfferreichische Regierung. Indeffen murbe ein folches Berlangen berartiges Auffeben erregt und in der Berfammlung felbft ju fo schwierigen Debatten geführt haben, daß Camphaufen ichon aus diefem Grunde von der Stellung einer folden Forderung absehen mußte.

In Berlin wird es ihm nicht schwer geworden sein, das volle Einverständnis Bülows zu gewinnen. Schwerer gelang es ihm bei den übrigen Ministern2; aber die schwerste Aufgabe war, den König selbst dahin zu bringen, daß er seine Berhandlungen mit Österreich abbreche und eine Maßregel zulasse, die allem widersprach, was er mit dem Fürsten Schwarzenberg geplant und zum Teil schon vereinbart hatte.

Camphausen selbst hat zweimal Gelegenheit gehabt, dem Könige seine Pläne ausführlich zu entwickeln, konnte aber weder eine bestimmte Billigung noch eine klare Zurückweisung seiner Vorschläge erlangen. Er fand starke Unterstützung bei Bunsen, der den König in diesen Tagen fortgesetzt persönlich auf stärkste bearbeitete. Gleich nach seiner Ankunft hatte er eine ausführliche

<sup>1</sup> Ausgeschloffen hiervon follte nur die Oberhauptsfrage fein, insofern hier ein perfonlicher Entschluß bes Königs erforderlich fein werbe. (Bericht v. 31. Januar Beil. 52.)

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Es liegen über diese Besprechungen Briefe Ottos an Elise Camphausen vom 10., 12., 14., 16. und 17. Januar vor, aus denen Caspary S. 280s. einige Mitteilungen gibt. Das nach wurde am 10. Januar mit den einzelnen Ministern konferiert; am 11. morgens hatte Camphausen eine dreistündige Audienz beim König in Charlottenburg; am 13. und am 14. abends fanden Sigungen des Ministeriums unter Camphausens Teilnahme statt, am 16. nachmittags war er zum zweitenmal beim Könige in Charlottenburg; am 17. abends verließ er Berlin. Aber den Inhalt der Besprechungen selbst enthalten diese Briefe nichts. Gerlack erfuhr am 12. Januar (indirest durch Manteussel), daß im Ministerium Zwiespalt herrsche; v. d. Hendt und wahrscheinlich auch Balow seine auf Camphausens und Bunsens Seite, Graf Brandenburg ebenfalls "durch die Gloriole der Kaiserkrone verwirrt gemacht". Er hosste von Brühls Nachrichten eine gute Wirtung, "indem man sich doch jeht nicht wieder von Ossenschussen Skerreich trennen könnte" (x, 272).

Aussprache mit Camphausen und erklärte ihm seine Zustimmung zu dem Grundgedanken der Zirkularnote; dagegen bat er ihn, in der Frage der Publikation der Grundrechte nachzugeben<sup>1</sup>; das wollte dieser allerdings nicht tun, scheint sich aber schließlich mit einer dilatorischen Behandlung eins verstanden erklärt zu haben. In Frankfurt sagte er, er habe noch keine Entzscheidung darüber in Berlin erreichen können.<sup>2</sup> In der Form wurde Campzhausens Entwurf durch die Minister und Bunsen etwas gemildert, namentlich an den Stellen, welche bekonten, daß Österreich kein Recht habe, an den Beratungen über die Verfassung des engeren Bundes teilzunehmen; auch wurde der Passus gestrichen, der besagte, daß Preußen als größter Staat des engeren Bundes die gemeinsamen Vorschläge der kleineren erwarten dürse; aber der Kern und die Tendenz des Schreibens blieben unverändert.

Noch wußte man nicht, ob es möglich sein würde, den anfangs sehr lebe haften Widerstand des Königs zu besiegen, als Camphausen am 17. Januar abends abreiste. Er beharrte auf seinem Rückrittsgesuch, da er die Überzeus gung gewonnen hatte, daß der König die Zirkularnote und die darin emps sohlene Politik nicht genehmigen werde<sup>3</sup>, und da er auch des Ministers präsidenten keineswegs vollständig sicher war.

Graf Brandenburg hatte offenbar anfangs den Bunichen des Königs ziemlich sympathisch gegenüber gestanden und war an sich, den preußischen Traditionen aus der Zeit der Befreiungstriege entsprechend, weit geneigter, mit Bfterreich gusammenzugeben, als mit bem Frankfurter Parlament. Starte Sympathien für die deutsche Sache hatte er überhaupt nicht, mohl aber ein lebendiges Gefühl für die Machtstellung Preußens. Und hier war nun auch der Punkt, wo sich seine Wege schließlich von denen des Königs trennen mußten. Nach der Vertündigung des Programms von Kremfier war er der Meinung gewesen, wie Camphausen und fo viele andere, daß Ofter: reich nun felbst erflärt habe, es wolle an dem engeren Bunde nicht teilnehmen. Unter diefer Voraussehung ichien es ihm eine felbstverständliche Forderung, daß Preußen an deffen Spite treten muffe, etwa mit einem Rate der Ronige neben fich. Mitte Dezember hatte er noch einem Mitgliede der Paulsfirche gegenüber geaußert, für diese Lösung hoffe er auch den Konig ju gewinnen, wenn die Zustimmung der übrigen Fürsten ohne Unwendung von Gewalt zu erlangen sei; freilich hatte er auch Zweifel, ob ein einfaches Votum ber Rationalversammlung genügend sein werde, die Kürsten zur Unterwerfung

<sup>1</sup> Bunfen an Camphausen 17. Januar Beil. 42.

<sup>2</sup> Auch die preußische Antwort an hannover v. 8. Febr. trug einen bilatorischen Charafter (Roth u. Werd 2, 177).

<sup>3</sup> Otto an Elife Camphaufen 17. Jan. abends; Camphaufen an Pringeffin Augusta 21. Jan., Cafparn 282f.

ju bringen. Gang wie Camphausen wollte er damals einen Pringipienftreit vermeiden und durch enge Fühlung mit Gagern und feiner Partei ein praftisch annehmbares Resultat erzielen.1 Auch er fann also auf die Ber: handlungen mit Sferreich nur mit ahnlichen Absichten wie Graf Bulow eingegangen sein. Die erften Berichte des Grafen Bruhl über Schwarzen, bergs Antwort auf des Königs Dentschrift scheinen ihn etwas schwankend gemacht zu haben, ob man nicht doch vielleicht beffer mit Offerreich gebe: benn am 12. Januar außerte er ju Gerlache, die Staatsgruppen Schwarzen, bergs tamen ja im wefentlichen auf die Wehrherzogtumer des Ronigs hinaus. nur seien fie insofern vorzuziehen, als Preugen ichon jest eine Art Oberhoheit über einige norddeutsche Rleinstaaten, wie Medlenburg, Unhalt und Naffau. erhalte; das sei nicht von der hand zu weisen, da der Rönig die Raiserfrone ja nicht wolle. Er dachte also offenbar, es sei beffer, ben fleinen greifbaren Borteil für Preußen mitzunehmen, den der öfterreichische Borichlag biete. da aus allen weitergehenden Planen voraussichtlich doch nichts werden würde.3 Die Sigungen vom 13. und 14. Januar und die Argumente Camps hausens und Bunfens icheinen aber doch nicht ohne Eindruck auf ihn ges blieben ju fein; benn am 15. Januar sagte er ju Gerlach, diefer moge in feinen Mitteilungen an den Großherzog von Medlenburg über die deutschen Sachen vorfichtig fein, "ba die Übereinstimmung mit Bfferreich gwar im allgemeinen, aber noch nicht im besonderen feststände". Diese Worte flingen schon bedenklicher; aber bis jum 19. Januar muß Graf Brandenburg fich gang jum übertritt ins andere Lager entschlossen und dies auch dem Ronige bereits mitgeteilt haben, weil fonst der Brief, den Friedrich Wilhelm ihm an diefem Tage ichrieb, nicht verständlich fein wurde.

Auf den König selbst hatten die von Graf Brühl überbrachten Außerungen Schwarzenbergs zunächst feinen ungünstigen Eindruck gemacht. Er war, wie er am 12. Januar zu Gerlach sagte, bereit, um der Einigkeit mit Osterreich willen auf das Staatenhaus zu verzichten, obwohl dies eigentlich gegen seine Überzeugung sei. Nur die angepriesenen Gewaltmaßregeln gesielen ihm nicht; sie erweckten den Eindruck der Siegestrunkenheit, meinte er, "denn hierbei sei mit Bajonetten nicht auszukommen". Auch habe Preußen augenblicklich gar nicht 20000 Mann verfügbar. Gerlach hatte nach dieser Unterredung den Eindruck, daß der König die noch vorhandenen Meinungss

Bericht eines Frantfurter Abgeordneten v. Mitte Dezember bei Simfon 157f.

<sup>2</sup> Gerlach 1, 273, vgl. 271. Graf Bruhl mar eben eingetroffen und hatte die bei Spbel mitgeteilten Bemertungen Schwarzenbergs ju bes Konigs Dentschrift mitgebracht.

Bgl. auch die bei Meinede 224 gitierten Borte aus feinem Briefe vom 24. Januar: Die Militartonventionen feien die haupfache; "alles andere ift Komodie".

<sup>4</sup> a. a. D. I, 273.

verschiedenheiten zurücktellen und den sofortigen Zusammentritt des Kronstollegiums verlangen werde. Er selbst erhielt den Auftrag, dem Großherzog von Mecklendurg, zu dem er eben reisen sollte, in diesem Sinne zu berichten. In dem Schreiben, das er zu überdringen hatte, heißt es geradezu: "Herreich und ich sind einig, und wir werden bald entscheidende Schritte in Frankfurt vornehmen." Auch von der römischen Kaisertrone sprach der König damals wieder; es müsse doch noch dahin kommen, wenn Herreich mit seinem ganzen Gediet dem Bunde erst beigetreten sei; das Kaisertum sei zwar ein Nebelgebilde, habe aber doch eine große Realität. Indem der König in solchen Gedanken befangen war, mußte ihm die Absicht der Zirkularnote, Osterreich aus dem engeren Bunde fernzuhalten und eine Verständigung mit den kleineren Staaten und der Paulskirche anzuskreben, als völlig verzfehrt erscheinen"; und als sein Ministerpräsident sich diesen Ansichten zuneigte, bielt er es für seine Pflicht, ihm ernstlich mahnend ins Gewissen zu reden.

Er warnte ihn<sup>4</sup> vor den Ratschlägen des Grasen Bülow, die darauf hinaus, gingen, Preußen von Österreich zu trennen und es dadurch zur Anerkennung der in der Paulskirche verkörperten Revolution zu zwingen. Die von Bülow besürwortete Zirkularnote "ist der Ruck, der uns in den Dreck hineinführt, darum Borsicht in der Sache". Lieber wolle er abdanken, als sich auf den Weg schleppen lassen, der zur Erhebung Preußens über Deutschland durch ein Bündnis mit der Revolution führen solle. Es komme vielmehr auf die schnelle Wiedererhebung der Obrigkeit in Deutschland an; Gras Brandenburg habe diese in Preußen durchgeführt, er müsse es nun auch in Deutschland tun, und dazu seien die zunächst erforderlichen Maßregeln Einsehung des Rönigskollegiums, Berufung von Konserenzen über die definitive Verfassung und Unterhandlung mit den deutschen Fürsten über die militärische und politische Kreiseinteilung.

Jedes Wort dieses Briefes zeigt, wieviel näher der König den Ansichten Schwarzenbergs als denen Camphausens stand; genau das, was er als das größte Unglück, ja Verbrechen bezeichnete, war die Absicht Camphausens und der Sinn und Zweck der Zirkularnote.

Graf Brandenburg beantwortete dieses Schreiben am Morgen des 20. Januar<sup>5</sup> in dem Sinne, daß er mit Rücksicht auf die Märzverheißungen und auf den bevorstehenden Zusammentritt der neugewählten Kammern für

<sup>1</sup> Berlach 1, 271.

<sup>5</sup> hirschfeld, Friedr. Frang II., 1, 290.

<sup>3</sup> Bgl. auch Gerlach 1, 282.

<sup>4</sup> Der König an Graf Brandenburg 19. Jan., v. Petersdorff, Friedr. Wilhelm IV., S. 127f.

<sup>5</sup> Nur ein Bruchftud daraus bei Gerlach 1, 278.

Branbenburg, Unterfuchungen.

die Absendung der Zirkularnote sei. Offenbar hatten Camphausen und Bunsen ihn darauf hingewiesen, daß eine Politik im Sinne des Königs wahrscheinlich zu einem Konstikt mit der Kammer führen werde, während man dieser doch zur definitiven Vollendung der preußischen Verfassung dringend bedürse. Ob er in diesem Briese auch auf das Verhältnis zu Österzreich noch näher eingegangen ist, läßt sich nicht sagen, da wir nur ein Bruchzsück davon kennen. Wohl aber hat er unmittelbar nach dessen Absendung Gerlach gegenüber sich recht bitter über Österreichs Verhalten geäußert. Er klagte, daß der König über sein Ministerium hinweg mit Wien verhandelt hätte<sup>1</sup>, daß Schwarzenberg seinen Gedanken mit den Wehrherzogtümern völlig verändert und eine Mediatisserung der kleineren Staaten daraus gemacht habe. "Wenn dies aber zustande käme, so stände Preußen in Deutschzland vier kompakten Ländermassen gegenüber, was seine Lage offenbar verschlimmere." Außerdem tadelte er, daß Österreich nicht auch hessen dem preußischen Einstukkreise überlassen habe.

Diese Außerungen klingen wesentlich anders wie diejenigen, die er wenige Tage früher getan hatte. Dies wird verständlich, wenn wir berüchsichtigen, daß am 19. Januar die Denkschrift des Aurften Schwarzenberg vom 17. und sein Brief an den Grafen Brubl eingegangen waren. Offenbar bat ichon die turge und schroffe Zusammenfassung der österreichischen Borschläge, wie fie hier vorlag, auf die Minister abschreckender gewirft als die früher vom Grafen Bruhl überbrachten Notigen. Dagu tam, daß in dem Begleitschreiben ausdrudlich gefagt war, daß Preugen in dem Ronigstollegium nur eine Stimme unter fechfen haben folle. Auch daß der Rurft der Nationalvers sammlung überhaupt jede Mitwirtung bei der Festsebung der neuen Ber: fassung versagen wollte, tonnte Graf Brandenburg ebensowenig wie der Ronig felbst billigen, weil ja boch die deutschen Staaten fie felbst berufen und ihr die Aufgabe, eine Berfaffung mit den Regierungen zu vereinbaren, übers tragen hatten. Endlich mußte die einseitig von öfferreichischer Seite vors genommene Mitteilung bes gangen Planes an Bayern und Bürttemberg, in einer Urt, als ob über beffen Ausführung bereits volle Ginigung mit Preugen erzielt fei, ale eine ftarte Rudfichtelofigfeit ericheinen. Ebenfo bedenklich aber war auch, was nicht darin ftand. Kein Wort über die fünftige

Die Minister waren besonders emport über das Berlaffen des amtlichen Beges (f. Ringhoffer 93); nach ihrer Unsicht war Preußens lette offizielle Außerung die Dentschrift vom 19. Dezember, und auf diese hatte Offerreich antworten muffen; anstatt beffen ignorierte Schwarzenberg diese Dentschrift völlig und antwortete amtlich auf eine Privatarbeit des Konigs, die ihm auf vertraulichem Bege mitgeteilt war.

Die Angabe Sybels (1, 270), wonach Schwarzenberg dem Grafen Bernftorff gegens aber auch Rurheffen unter den Preugen anzugliedernden Staaten genannt haben foll, scheint nicht forrett ju fein.

Stellung Herreichs zu Deutschland, über die Zusammensetzung der definistiven Zentralgewalt, nur sehr unbefriedigende Andeutungen über die Einstichtung der Volksvertretung. Alles dies zusammen erweckte in dem Ministers präsidenten das Gefühl, Herreich sei übermütig geworden, während es doch der Aufstände in Italien und Ungarn noch nicht herr geworden sei und im Innern seiner känder eigentlich schlechter dassehe als Preußen. Die Folgerung war nicht abzuweisen, daß dieser Übermut eine unmittelbare Folge des von Preußen seit dem Dezember gezeigten Entgegenkommens sei.

Der König hatte die beiden von Wien eingegangenen Aftenstücke auch seinem Freunde Bunsen zur Lektüre gegeben; dieser hatte sie einer äußerst scharfen Kritik unterworfen, und es erschien auf jeden Fall notwendig, die gesamte neue Lage noch einmal ausführlich zu besprechen. So fand am Nachmittag des 20. Januar in Charlottenburg jene Konferenz zwischen dem König, dem Grafen Brandenburg und Bunsen statt, die uns der letztere in seinen Erinnerungen so anschaulich geschildert hat.

Als man an die entscheidende Frage fam, ob das Königstollegium, auf welches Ofterreich und der Ronig hinsteuerten, einberufen werden solle oder nicht, holte fich Friedrich Wilhelm zu seiner Unterftützung noch den im Bors gimmer wartenden Adjutanten, Grafen Canis, herein; aber Bunfen, und offenbar auch Graf Brandenburg, blieben babei, daß nur ein weiteres Bund, nis mit Bfterreich möglich fei und innerhalb des engeren Bundes den Rönigen feine Borgugsstellung eingeräumt werden durfe. Als Bunfen feinen Bortrag darüber beendigt hatte, fragte der Ronig: "Bas denn verlangen Sie?" "Nichts als daß Eure Majestät genehmigen, daß die Zirkularnote abgeht; fie ift notwendig und ffort das Verhaltnis ju Sfterreich nicht." "Saben Sie fie gelefen?" "Natürlich, jedes Wort erwogen." "Billigen Sie fie?" "Durchs and." "Nun" (ju Graf Brandenburg gewandt) "fo laffen Sie fie abgeben; nur daß deshalb die Verhandlungen mit Sferreich nicht abgebrochen werden."2 Bunfen ergahlt weiter, daß der Ronig darauf hinaus gegangen fei und die Burudbleibenden fich verwundert angesehen hatten. Schlieglich habe Graf Brandenburg gefagt: "Des herrn Ropf ift anders organisiert als der eines anderen Menschen; weshalb hat er fich so lange gesträubt und weshalb unmittelbar hinterher auf einmal nachgegeben?"

Das Verhalten des Rönigs war doch nicht fo gang unbegreiflich, wie es bem Grafen Brandenburg erschien. Er hatte selbstverständlich seine Ansichten,

<sup>1</sup> S. Rippold, Bunfen 2, 485f. Bgl. Bunfene Dentschrift vom 13. Januar über die öfterreichischen Borfchlage a. a. D. 522f.

<sup>2</sup> Mit Bunfens Ergablung stimmen nicht gang die unten angeführten Außerungen des Grafen Bulow in feinen Briefen an Camphaufen, worin er sich das hauptverdienst an der Umstimmung des Königs zuschreibt: f. Beilage 45.

wie er fie noch am Tage guvor in seinem Schreiben an ben Minister: präsidenten entwickelt hatte, auch jest nicht geandert. Er konnte aber seinen Ministern das eine nicht bestreiten, daß die volle Einigfeit gwischen ihm und Offerreich, von der er bereits gesprochen hatte und die ja die Boraussebung jeder prattischen Magregel in seinem Sinne bilden mußte, tatfächlich noch nicht erzielt war. Seine Minister im Verein mit Camphausen und Bunsen boten ihm ein wohldurchdachtes, ohne jede Gefahr für Preugen durchführ; bares Programm dar; auf der anderen Seite, mit der er lieber gegangen ware, batte man sein eigenes Programm nur jum Teil angenommen und mit Zusäten verseben, die bei einer Abertragung in die Praris, wie auch er fich faum verhehlen tonnte1, ju schweren Berwicklungen und Gefahren für Preußen und zu einer völlig anderen Gestaltung Deutschlands führen fonnten, wie der König sie erträumte und wünschte. Namentlich die Ber: fprengung der Nationalversammlung, die Gleichstellung aller Könige in bem geplanten Rollegium und die Fortlaffung des Staatenhauses war durchaus nicht nach seinem Sinne.2

Erwägt man dies, so wird auch die Bedeutung der von Bunsen berichteten letten Worte des Königs klar: "Rur daß deshalb die Verhandlungen mit Osterreich nicht abgebrochen werden." Man sieht aus ihnen, daß Friedrich Wilhelm an der Möglichkeit einer Verständigung mit Schwarzenberg zwar noch festhielt; da sie aber noch nicht erzielt war, und er daher dem Ansturm seiner Ratgeber selbst kein festes Programm, für das die Mitwirkung Österzreichs gesichert gewesen wäre, entgegenzustellen hatte, so beschloß er, ihnen noch einmal freie Hand zu lassen; aber er wollte zugleich auf seinem Wege weitergehen, den er für den allein richtigen hielt, und zweiselte nicht daran, daß die Minister dies siber kurz oder lang einsehen würden. Außerdem mußte ja die österreichische Regierung, wenn trot der Absendung der Zirkularznote mit ihr im Sinne der königlichen Vorschläge weiter verhandelt wurde, merken, daß alles nicht so schlimm gemeint sei und der König im Stillen noch immer auf ihrer Seite siehe.

Alles dies würde das Nachgeben des Königs auch dann schon einigermaßen motiviert erscheinen lassen<sup>3</sup>, wenn die Dinge sich wirklich ganz so abgespielt hätten, wie es Bunsen erzählt. Dies fann aber schwerlich der Fall gewesen

Graf Balow fagt (23. Januar an Camphaufen): "Das Ertreme felbst diefer Borfchlage bat mir genunt, sie ablehnen und den unferigen durchbringen gu tonnen" (Beil. 48).

<sup>2</sup> Bgl. befonders f. Brief an den König von Mürttemberg v. 26. Januar bei Meinede 204 Anm., wo er ausbrüdlich erklärt, nicht davon abgehen zu können, daß das Stimmver, hältnis innerhalb des Königskollegs nach der tatfächlichen Macht geregelt werde.

Briedfung 1, 180 führt ebenfalls die Genehmigung auf einen jahen Stimmunges wechsel bes Ronigs jurud. Auch Meinede 204f. tommt im Grunde auf dasselbe hinaus,

sein; benn wir wissen aus bestimmten Außerungen des Königs selbst, die durch das Verhalten der Minister bestätigt werden, daß der Borbehalt, den er zugunsten Sperreichs machte, viel klarer und unzweideutiger formuliert war, als es nach Bunsens Angaben scheint. Er verlangte nämlich, daß die Zirkularnote zunächst nur nach Wien mitgeteilt, und erst, wenn sie die Zusstimmung Sperreichs gefunden habe, womöglich als gemeinsame Kundgebung Ofterreichs und Preußens an die übrigen Höse verschickt werde. Es versteht sich von selbst, daß Herreich seine Zustimmung nicht gegeben hätte und die Versendung der Note dann unterblieben wäre.

Das Ministerium entschloß sich, über diesen Vorbehalt des Königs stills schweigend hinwegzugehen. Nur insofern genügte Eraf Bülow formell dem Wunsche seines Monarchen, als er die Note zunächst nach Wien und erst zwei Tage später, aber bevor noch eine Nückäußerung hatte eintressen tönnen, an die übrigen Regierungen schickte. Er war sich volltommen dessen bewußt, daß er damit nicht im Sinne des Königs handele; denn er schrieb an Camps hausen, er tue dies mehr oder weniger "invito rege".2

Graf Bülow war froh, die königliche Zustimmung überhaupt in irgendeiner Form erhalten zu haben und wollte sich den errungenen Vorteil nicht wieder entreißen lassen. Darüber täuschte er sich keinen Augenblick, daß der Rampf mit dem Könige damit nicht zu Ende sei; denn, bemerkt er selbst, der König "gibt seine Ideen nicht auf, wenngleich er für den Augenblick zuläßt, daß Entgegengesetzes geschehe". Ja, er sorgte dafür, daß gegen allen diplos matischen Gebrauch die Rote sosort in den Zeitungen veröffentlicht wurde; sie wurde dadurch, wie der österreichische Gesandte in Berlin nicht unrichtig

nur daß er eine starte Einwirkung der von Radowit gegebenen Ratschläge annimmt. Daß auch diese dazu beigetragen haben, den Widerstand des Königs zu erschättern, will ich nicht bestreiten; für entscheidend tann ich sie nicht ansehen, um so weniger, als sie dem Könige längst bekannt waren, bevor der plötzliche Wechsel eintrat. Reinesfalls war der König innerlich schwankend geworden oder von den Argumenten seiner Freunde bestochen, wie Meine de andeutet. ("Mährend sein äußeres Ohr taub schien für seine Freunde, die ihn für Frankfurt zu gewinnen suchten, neigte er sein inneres Ohr ihnen schon zu.")

<sup>1</sup> S. Bericht des Barons Profesch v. 17. März, Friedjung 1, 501; Gerlach 1, 280, 282f.; danach hat Graf Brandenburg dies auch gar nicht bestritten; er entschuldigte das Berfahren des Ministeriums damit, daß man so habe handeln müssen, "wenn man überhaupt etwas hätte tun wollen". Dazu stimmt auch aufs beste des Königs Brief an den Prinzen Albert v. 13. Februar (Meinede 206), wo er versichert, daß er die mühsam von ihm selbst eingeleitete Herstellung der Eintracht mit Herreich durch die Zirkularnote nicht habe ges fährden wollen.

<sup>23.</sup> Januar; f. Beil. 48. Das wird bestätigt durch die fritischen Randbemerkungen Friedrich Wilhelms zu Beil. 46. Aus ihnen geht hervor, daß der König nach wie vor die soffortige Einrichtung des Königskollegiums als die einzig richtige Maßregel betrachtete.

bemerkte<sup>1</sup>, zu einer Proklamation an das deutsche Bolt und zu einer Proposation gegen Herreich gestempelt. Camphausen wurde natürlich sofort von dem Geschehenen benachrichtigt.<sup>2</sup> Er fand sich, nachdem das Ministerium die Absendung der Note durchgeseth hatte, moralisch verpflichtet, im Amte zu bleiben, und zog sein Entlassungsgesuch zurück.<sup>3</sup>

Gleichkeitig mit der Rote sandte Graf Bulow eine gange Reihe von Er; laffen an den Grafen Bernftorff nach Wiens; er teilte ihm mit, daß die Regierung nach wie vor an dem Gedanken des engeren und weiteren Bundes und an der Bereinbarung der Berfassung zwischen den Regierungen und der Rationalversammlung festbalte; Schwarzenbergs Plane für die fofortige Einrichtung des Königstollegiums, die Schaffung der seche Reichstreise und Die Bereitstellung militärischer Machtmittel lehne Preußen ab, hoffe aber trobs bem mit Offerreich in gutem Einvernehmen zu bleiben. Die Birfularnote tonne insofern nichts Berletendes für die öfterreichische Regierung haben, als fie nur die Anschauungen enthalte, die bereits durch das Memorandum vom 13. Dezember in Wien befannt gegeben worden seien. Man habe ja gerne mit der faiserlichen Regierung gemeinsam handeln wollen; nachdem fich aber herausgestellt habe, daß diese jur Erreichung des gemeinsamen 3wedes fo gang andere Mittel für richtig halte wie Preugen, habe man fich entschließen muffen, allein vorzugeben, zumal durch die jegigen Borfchlage ber ichließlichen Lösung ber schwebenden Fragen in feiner Beise vorgegriffen, fondern nur die Anbahnung einer Berständigung darüber versucht werde. Man erwarte nun bald Offerreichs eigene Meinung über seine fünftige Stellung im Bunde gu erfahren.

Fürst Schwarzenberg war, wie man leicht begreift, ebenso enttäuscht wie erbost, als er diese Nachrichten erhielt. Er hatte zwar, wie wir wissen, sein Spiel noch nicht ganz für gewonnen gehalten, aber doch geglaubt, mit hilfe des Königs selbst schon ein erhebliches Stück weiter gekommen zu sein, als es wirklich der Fall war. In einem geheimen Erlaß an seinen Berliner

Braf Trautmanneborf an Schwarzenberg, 29. Jan. u. 1. Febr. Friedjung 1, 182f.

<sup>3</sup> Balow an Camphaufen Jan. 21. u. 23. Beil. 45 u. 48.

<sup>.</sup> Un Graf Bulow Jan. 27 Beil. 49.

Drei am 21. Januar f. Beil. 46, 47. Ein weiterer Erlaß v. 23. Januar teilte mit, daß bie öfferreichische Denischrift jest auch amtlich durch den öfferreichischen Gefandten übergeben sei und daber amtlich besprochen werden tonne. Die dagegen geltend zu machenden Gründe kenne Bernftorst bereits aus den früheren Anweisungen. Da man in Berlin nicht zweiste, daß F. Schwarzenberg sich über die kunftige Stellung Offerreich innerhalb des deutschen Bundes bereits eine klare Ansicht gebildet habe, so sehe man vertrauensvoll einer Außerung darüber und entsprechender Instruierung des öfterreichischen Bevollmächtigten in Frankfurt entgegen.

<sup>&</sup>quot; Um 20. Jan. fprach er Schmerling die hoffnung aus, feine Borfchlage vom 17. wurden in Berlin angenommen werden (Friedjung 1, 179).

Gefandten' erging er fich in heftigen Außerungen über die perfonliche Schwäche und Unguverläffigfeit bes Königs; niemand fonne wiffen, ob diefer fich troß aller anders lautenden großen Worte nicht schließlich doch zur Unnahme der Raisertrone treiben lassen werde; Biterreich, fügte er hinzu, wurde fich niemals bas Recht, die erfte Macht in Deutschland zu sein, nehmen laffen. Graf Bernstorff, ber den Standpuntt des Ministeriums vollständig billigte und nur febr ungern auf eine Besprechung ber toniglichen Plane mit bem Fürsten eingegangen war, berichtete mit einer gewissen Schabenfreude2, daß er auf eine recht üble Laune des Fürsten Schwarzenberg gefaßt gewesen sei; "daher war es mir auch recht lieb, ihm die oftensiblen Aftenstüde zuerft nach Olmus schiden und so den ersten Ausbruch dieser Laune ein wenig verrauchen lassen zu können". Als er ihn dann verfönlich sprach, tat er sein möglichstes, ihn ju beruhigen und den Vorwurf des Fürsten ju widerlegen, daß Preußen mit diesem Schritte Bfterreich in unverantwortlicher Beise im Stiche gelassen habe. Der Graf tonnte es fich nicht verfagen, dabei einige scharfe Worte über die frummen Bege der Rabinettspolitik, die ju nichts führen könnten, als die Sachen zu verwickeln und zu verzögern, einfließen zu lassen.3 Die interes fantefte Wendung nahm das Gefpräch, als Bernftorff bemertte, daß Offerreich offenbar eine engere Berbindung, als fie in dem alten Staatenbund bes ftanden habe, gar nicht muniche; Schwarzenberg erwiderte fofort, daß er einer folden engeren Berbindung durchaus nicht entgegen fei; darauf replie gierte der Gefandte, daß er diefes jum erstenmale vom Rürften ausgesprochene Zugeftandnis afzeptiere. Nun wurde Schwarzenberg flutig und meinte, daß man anfangs für Offerreich einige Ausnahmen jugeben tonne, daß es jedoch mit der Zeit nachfolgen werde. Mit Recht bemerkt Bernstorff in seinem Bericht, daß hierin die Abneigung gegen ein ohne Offerreich gu schließendes engeres Bundnis wieder hervorgetreten sei; immerhin ift es febr bemerkenswert, daß Schwarzenberg noch jest - oder jest wieder - wenigstens für die nächste Zeit, bis sich in Ofterreich die Berhältnisse anders gestaltet hatten, eine engere Bereinigung ber übrigen Staaten und eine Ausnahmes stellung Ofterreichs als möglich jugab. Zwar suchte er dem Gefandten möge lichst Angst zu machen; Preußen murde sich mit der Revolution verbunden und die Laft der Durchführung der neuen Verfassung allein auf seine Schultern laden, aber Bernftorff bemühte fich, "die dufteren Unfichten des Fürften gu

<sup>1 24.</sup> Januar f. Friedjung 1, 181.

<sup>2</sup> Bericht v. 30. Jan. Beil. 50; dagu vertrauliches Begleitschreiben an Bulow, Beil. 51.

<sup>3</sup> Nebenbei bemerte ich, daß Meine des (Radowig 201) Behauptung, Schwarzenberg und Bernstorff seien über das Gruppenspstem einig geworden, auf teinen Zeitpunkt der Bershandlungen zutrifft. Bernstorffs Berichte zeigen, wie wenig er diese Gedanken billigte und wie nahe er den Anschauungen der Minister stand.

bekämpsen" und sprach die Überzeugung aus, daß es auf friedlichem Wege gelingen werde, zu dem gewünschten Ergebnis zu kommen. Seinen perstönlichen Eindruck faßte er dahin zusammen, daß die Erklärung, der König lege keinen Wert auf die Raiserwürde, den Herreichern die Pille etwas versüßt habe. Nach seiner Meinung, fügte er hinzu, komme es mehr auf das Wesen der Macht an, als auf den Namen, unter dem sie ausgeübt werde. "Allerdings werden die anderen Staaten und Stämme gerade eine derartige Beränderung des Titels wünschen, um deutsch zu bleiben und nicht preußisch zu heißen." Es war derselbe Gedanke, der später Vismark für das Raisertum gewann und den er dem König Ludwig II. von Bayern gegenüber zur Geltung brachte. Im Grunde war ja auch Camphausen der Überzeugung, daß der Titel mit der Zeit der Macht nachfolgen werde, wenn man ihn auch zunächst verschmähe.

## 6. Rapitel.

## Reichsverfassung und Kaiserwaßl.

In Frankfurt nahm ingwischen die Beratung über die Reichsverfaffung ihren Gang, unterbrochen nur bin und wieder durch bas Sineinspielen der öfterreichischen Frage. Befanntlich hatte Gagern, unmittelbar nachbem er Reichsministerpräsident geworden war, von der Nationalversammlung die Ermächtigung verlangt, mit Bfterreich, das nach bem Programm von Kremffer gwar in einem dauernden Unionsverhältnis gu Deutschland fieben, aber an der Verfassung des engeren Bundes nicht teilnehmen wolle, auf gefandtschaftlichem Wege in Verhandlung über seine Bundespflichten und Rechte zu treten; die Verfassung des engeren Bundes fonne jedoch nicht Gegenstand der Unterhandlung mit Diterreich sein. 1 Noch bevor der Ausschuß, ben die Versammlung jur Beratung dieses Antrages niedersette, ju einem Entschluß gelangt war, traf in Frankfurt ein Schreiben Schwarzenbergs ein, welches gegen die Auffassung seiner in Kremsier gesprochenen Worte ents schiedenen Protest erhob.2 Durch herrn von Schmerling, der sich nach der Niederlegung feines Ministeriums nach Wien begeben hatte, mar Schwarzen: berg über die Lage der Dinge in Frankfurt, die ihm bisher ziemlich fremd und bei seiner ganzen Bewertung der Versammlung auch wohl ziemlich gleiche gültig gemesen mar, erft genauer unterrichtet worden. Da er die Brauchbarkeit Schmerlings fofort erfannte und beffen Erfahrungen auf teine beffere Urt für Bferreich glaubte nusbar machen zu tonnen, fo bot er ihm die Ernennung jum faiferlichen Bevollmächtigten bei der Zentralgewalt an, und diefer ging barauf ein. Er felbst ahnte damals noch nicht, wohin Rurst Schwarzenberg feuerte, sondern hielt einen auf freiheitlichen Grundlagen ruhenden deutschen Gefamtstaat unter Teilnahme Deutsche Bfterreichs für möglich, wenn es gelinge, in der Zentralregierung Biterreich ben maggebenden Ginfluß gu sichern. So tehrte Schmerling, der ja auch innerhalb des Reichsministeriums Die öfterreichischen Interessen immer mit großer Geschicklichkeit mahrzunehmen verstanden hatte, jest als offizieller Bertreter des Kaiserstaates nach Frankfurt aurück.3

<sup>1 18.</sup> Dez. Roth u. Merd 2, 74.

<sup>2 28.</sup> Dej. a. a. D. 2, 77.

<sup>3</sup> Bgl. Arneth, Schmerling S. 282f.; Friedjung 1, 170f.

Die Bermahrung, welche Schwarzenberg gegen das Gagerniche Programm einlegte, tam im wesentlichen barauf hinaus, daß Sfterreich por ber Bolls endung der Berfassung gar nicht fagen fonne, ob es an dem ju bes grundenden neuen Bunde teilnehmen wolle oder nicht, da es ja noch gar nicht feststehe, wie diese beschaffen fein werde. Bunächst musse es sich als Mitglied des Bundes betrachten und, da es ja einen Bevolls mächtigten bei ber Zentralgewalt, wie alle übrigen Staaten, habe, einen diplomatischen Bertehr durch besondere Gefandte ablehnen. In der Tat wich Gagern einen Schritt gurud, indem er feinen Untrag dabin abanderte. baß er autorifiert werden moge, "ju geeigneter Zeit und in geeigneter Beise mit der Regierung des öfterreichischen Raiserreiches namens der Zentrals gewalt über bas Berhältnis Offerreichs zu Deutschland in Verhandlung zu treten".1 In diefer Form wurde die gewünschte Ermächtigung ihm am 13. Januar 1849 von der Nationalversammlung erteilt, und wenige Tage spater richtete Gagern eine Note an herrn v. Schmerling2, worin er die Notwendigfeit betonte, daß nicht nur bei der Zentralgemalt ein Bevolls mächtigter Offerreichs beglaubigt fei, fondern daß auch in Bien ein Vertreter ber Zentralgewalt mit dem Range eines Gefandten fich ftandig aufhalte, damit man über die dortigen Borgange schnell und fortlaufend unterrichtet sei.

Diefe Auseinandersehungen waren deswegen von befonderer Bichtigfeit, weil fie Gagern Beranlaffung gaben, noch einmal in ziemlich schroffer Form den Grundsat auszusprechen, daß die fünftige Berfassung Deutschlands von ber Nationalversammlung allein festzustellen sei, und nicht in derselben Beife, wie dies bei den Berfassungen der Einzelstaaten der Fall gewesen sei, der Bereinbarung swiften Regierung und Bolfevertretung unterliegen fonne; ber einfache Grund bafür liege barin, daß die Regierungen, wie fie vor dem Busammentreten der Versammlung unter fich über einen gemeinsamen Entwurf nicht hatten einig werden tonnen, auch jest teine Ginigfeit über die Berfassung erzielen wurden, daß also auf diesem Bege gar nichts zustande fommen fonne. Dagegen wolle man ju einer Berftandigung mit ben Regierungen (im Gegensat jur Bereinbarung) gern die Sand bieten, indem man die Buniche ber einzelnen Regierungen vor der definitiven Bollendung der Berfaffung anhöre und soweit irgend möglich berücksichtige. Durch diese unter den gegenseitigen Machtverhaltniffen fehr wenig anges meffene Betonung ber abfoluten Machtvolltommenheit der Berfammlung erregte Gagern von neuem den Born Konig Friedrich Wilhelme IV.3 und bestätigte in beffen Augen die Behauptung des Fürsten Schwarzenberg, daß

<sup>5</sup> Schreiben an den Ausschuß v. 5. Januar, Roth u. Merd 2, 79.

<sup>1 22.</sup> Januar, a. a. D. 2, 83.

Bgl. seine Randbemertung ju Beilage 46.

die Nationalversammlung die verkörperte Nevolution sei. Er erschwerte es dadurch Camphausen außerordentlich, seiner Absicht gemäß den Prinzipiensstreit ganz und gar zu ignorieren und auf eine praktische Verständigung über die einzelnen Punkte der Verkassung hinzuwirken.

Um 26. Januar war die Beratung über die hauptpunkte der Verfassung beendigt, wenn fich die erfte Lesung auch noch einige Tage langer bingog. Der Entwurf, wie er hier vorläufig fertiggestellt war1, entsprach im wesents lichen den Bunichen der erbfaiserlichen Partei, wich aber noch in einigen bedeutsamen Dunkten von der später beschlossenen Berfassung ab. Er fab bereits das Kaisertum eines regierenden deutschen Aursten vor, ließ es aber noch unentschieden, ob dieser erblich, lebenslänglich oder auf begrenzte Zeit gewählt werden folle. Für die gewöhnlichen Afte der Gefengebung wurde ihm awar nur ein suspensives Beto, für Berfassungsänderungen aber das absolute Beto eingeräumt. Ihm gur Seite follte ein Reichstat fieben, in den jeder Staat ein Mitglied, nur die vier freien Stadte gusammen eins, entfenden follten; ihm war eine begutachtende Stellung namentlich bei der Borbereis tung der Gesetze jugedacht. Den Ginzelstaaten sollte das Recht der eigenen Diplomatischen Bertretung und einer selbständigen auswärtigen Volitit, die Regelung des Wirtschaftslebens und jum großen Teile auch die Berfügung über das heer entzogen werden; denn alle Truppen follten dem Raifer den Kahneneid ichwören und famtliche Generale von der Reichsgewalt ernannt werden. Endlich follte das Reich seinen Wirfungstreis gegenüber den Einzelstaaten jederzeit auf dem Wege der gewöhnlichen Gesetzebung beliebig erweitern fonnen.

Camphausen bemühte sich nun, die zweite Lesung der Verfassung möge lichst lange hinauszuschieben, damit die Bevollmächtigten der einzelnen Regierungen Zeit behielten, sich über die etwa vorzuschlagenden Abanderungen untereinander zu verständigen.

Die kleineren Staaten gingen fast ausnahmslos auf den von Preußen in der Zirkularnote gemachten Borschlag ein<sup>3</sup>, und es mußte nun Camphausens Aufgabe sein, mit ihnen gemeinsame Anderungsvorschläge zu vereinbaren. Die Gesichtspunkte, nach denen er hierbei zu verfahren gedachte, hat er der Regierung in einem eingehenden Bericht vom 5. Februar dar; gelegt.<sup>4</sup> Er entwicklt hier, daß der Wirksamkeit des an Stelle oder innerhalb des alten Staatenbundes neu zu begründenden Bundesstaates jedenfalls

<sup>1</sup> Drud der Fassung erster Lesung bei Roth u. Merd 2, 198f.

<sup>\*</sup> Bericht v. 31. Januar Beil. 52.

<sup>\*</sup> Sachsen antwortete ausweichend, man muffe erft Dferreichs Stellungnahme tennen (10. Febr. Roth u. Merd 2, 273).

<sup>4</sup> Beilage 55.

die auswärtige Politik, die Sandelspolitik und die Seerführung überlaffen werden muffe. Preugen habe eine entscheidende Stellung in der Zentrals gewalt zu beanspruchen, weil es auf seine besondere Vertretung im Auslande nur dann vergichten fonne, wenn "der Souveran in Preugen auch Souveran im Reiche fei". Diefe Beteiligung Preugens an der Leitung durfe auch nicht zeitweise, etwa durch einen Wechsel in bestimmter Reihenfolge, ausgeschaltet werden. Preußen tonne ein Aquivalent für die Opfer an Gelbftandigfeit. die es bringen muffe, nur darin finden, daß es diefe Opfer im wefentlichen fich selbst bringe. Stebe aber Preußen an der Spite der Zentralgemalt, so liege es im preußischen Interesse, deren Befugnisse möglichst weit auszus behnen. Sobald der Bundesstaat eine ju schwache Organisation besite, habe es feinen 3med für Preugen, an seine Spite ju treten. Wenn Preugen alfo darauf eingehe, die Befugnisse der Reichsgewalt zugunsten der Einzelstaaten bis zu einem gemiffen Grade einzuschränten, fo fei dies als eine Ronzession an die fleineren Staaten zu betrachten, und jedenfalls durfe man in diefer Richtung nicht zu weit gehen. Dies empfehle fich auch noch deshalb, weil der Bundesstaat in der geplanten Ausdehnung leicht an dem Widerspruch oder der Nichtbeteiligung der Königreiche scheitern tonne. In diesem Falle muffe aber Preugen die Möglichkeit behalten, "die Schirmherrschaft über die fein Staatsgebiet umgebenden und trennenden fleineren gander ju übernehmen". Bei Berhandlungen mit diesen werde man natürlich an die Frankfurter Ber; fassung, die für das gange Deutschland berechnet sei, nicht mehr gebunden sein; habe man aber in den jegigen Berhandlungen den fleineren Staaten weits gebende Zugeständnisse gemacht, so werde man später faum in der Lage sein, hohere Unforderungen ju ftellen, ohne ihrem Widerfpruch ju begegnen.

Camphausen richtete also seinen Blid bereits ziemlich weit in die Zukunft und bemühte sich, für den Fall des Scheiterns des eigentlichen Einheitswerkes seiner Regierung wenigstens die günstigen Chancen für eine Erweiterung der preußischen Machtstellung möglichst zu erhalten. Es gelang ihm in langen und mühsamen Verhandlungen, die hier nicht im einzelnen verfolgt werden können<sup>1</sup>, eine Verständigung mit 28 anderen Regierungen zu erzielen; in zwei gemeinsamen Kollektiverklärungen legten sie der Zentralgewalt ihre Bedenken und Abänderungsvorschläge zu dem Entwurf der Neichsverfassung vor.<sup>2</sup> Von einer Außerung über den Umfang des künstigen Bundesgebietes

Befonders justatten tam es Camphausen, daß die kleineren Staaten von den öfferreichisschen Mediatisterungsplänen wußten, mabrend sie in der preußischen Zirkularnote ihr volles Necht der Mitwirkung bei Feststellung der Verfassung gewahrt fanden (an Graf Bulow 2. Jebr. Beil. 54).

<sup>2</sup> Erfte Erffarung v. Preugen und 26 anderen Regierungen, benen fich nachträglich beide Schwarzburg anschlossen, v. 23. Febr. Roth u. Merd 2, 299 (dagu Conderwünsche einzelner

und über die Organisation der fünftigen Zentralgewalt wurde dabei aus dem Grunde abgesehen, weil diese beiden Dunkte fich erft erörtern laffen murden, wenn es feststehe, welche Staaten die Verfassung annehmen und damit dem neuen Bunde freiwillig beitreten wurden.1 Die Bemerfungen richteten fich also wesentlich auf die Frage, welcher Umfang der Kompetenz des Reiches gegeben werden, und welches Dag von Gelbständigkeit den Einzelstaaten verbleiben solle. Die allgemeine Tendenz ging dahin, die Rechte der Einzele staaten ftarfer zu betonen. Dies tam icon außerlich dadurch zum Ausdruck, daß die Bezeichnungen Reich und Reichsgewalt durch Bundesstaat und Bundesgewalt erfett werden follten. Im Interesse des Unfehens der Regierungen im eigenen Lande wurde verlangt, daß die Ausführung von der Zentralgewalt angeordneter Magregeln möglichst den einzels staatlichen Organen ju überlaffen fei. Ferner wurde den Einzelftaaten das Recht gewahrt, Ronfuln im Auslande anzustellen und sich durch einen Bevollmächtigten bei der Zentralgewalt vertreten zu lassen. In bezug auf das heerwesen sollte der Bundesgewalt nur im Falle des Arieges ein unbes schränttes Verfügungsrecht zustehen; im Frieden follte fie nur die allgemeine Gesetgebung über das heerwesen und die Kontrolle über die Durchführung ihrer Unordnungen vermittels regelmäßiger Inspektionen ausüben; ber Eid der Treue follte dem Bundesoberhaupte und der Bundesverfassung nur von den Korvstommandeuren und von denjenigen boberen Offizieren geleistet werden, deren Ernennung der Bundesgewalt vorbehalten war; nur Die Befehlshaber folder Truppenabteilungen, die aus Rontingenten mehrerer Staaten jusammengesett feien, follten von der Zentralregierung ernannt werden. Auch die Gefetgebung über den Schiffahrtsbetrieb follte auf die: ienigen Wasserstraßen beschräntt sein, welche das Gebiet mehrerer deutscher Staaten berührten. Die Befugnis der Reichsgewalt, selbst Gifenbahnen und Landstraßen zu bauen und das deutsche Postwesen für Rechnung des Bundes ju übernehmen, follte gestrichen werden?; ebenfo das Recht jur Erhebung felbständiger Steuern; wo die eigenen Einnahmen des Bundes nicht aus: reichten, follten nur Matrifularbeitrage von den Einzelstaaten erhoben werden dürfen. Bezüglich der Vertretung im Staatenhaus schlugen die Regies

beteiligter Staaten 316f.). Zweite Erklärung v. Preußen und 27 anderen Regierungen (Sachsen:Weimar war hinzugetreten, Anhalt:Dessau und Röthen nicht beteiligt) v. 1. März a. a. D. 342f. Die Abänderungsvorschläge sind bei den einzelnen Artikeln der endgülstigen Verfassung abgedruckt in der neuen Ausaabe von L. Berg sträßer, D. Berf. d. Deutschen Reiches v. J. 1849. Bonn 1913.

<sup>1</sup> Bericht Camphausens v. 5. Febr. Beilage 54 gu § 30.

<sup>2</sup> Bgl. Camphausens interessante Begrundung dieses Anderungsvorschlages in Beil. 57. Er fürchtet von der Abernahme tofispieliger Betriebe auf das Reich ein startes Anwachsen der Reichssteuern, damit auch der Zentralisation und Annäherung an den Einheitsstaat.

rungen eine etwas veranderte Einteilung vor, damit auch dem fleinften Staate wenigstens ein Bertreter gemahrleiftet werbe. Gang befonders wichtig war die Forderung, daß fur die Erlaffung, Auslegung, Aufbebung oder Abanderung von Bundesgeseten die Übereinstimmung des Bundes, oberhauptes, bes Staaten, und bes Boltshaufes erforderlich fein, bem Dbers haupte also ein absolutes Beto auch in der Gesetzebung zustehen follte. Als wünschenswert wurde es bezeichnet, die Dauer der Finangperiode von einem auf drei Jahre ju verlangern. Die Bestimmungen über die Immunitat ber Abgeordneten follten berartig eingeschränft werden, daß eine Strafverfolgung wegen Beleidigungen und Berleumdungen möglich bleibe. Ferner wurde noch eine Ginschränfung der Rompeteng des Reichsgerichtes bei der Ente scheidung über Thronfolge, Regierungsfähigkeit und Regentschaft vorges Schlagen und ber Bunich ausgesprochen, bem Reichstate einen Ginfluß auf die Organisation und die Busammensetzung des Gerichtes einzuräumen. Auch wünschte man von deffen Kompetenz die Annahme von Rlagen einzelner Staatsbürger gegen die Regierungen wegen Verletung ber Bers fassung ausgeschlossen zu seben. Dem Reichstat follte bas Buftimmungs recht ju Berfassungeanderungen und die oben ichon erwähnte Mitwirtung in Sachen des Reichsgerichtes gegeben und das Stimmrecht nach Maggabe ber Große und Bedeutung ber einzelnen Staaten abgeftuft werden; eine Erweiterung der Reichstompeteng follte nur auf dem Bege der Verfaffungs anderung möglich fein.

Diese Abanderungsvorschläge, die mit unwesentlichen Anderungen durch, weg auf den Anträgen Camphausens beruhten<sup>1</sup>, verlangten von der Nationalversammlung nichts Unmögliches und hielten sich in mäßigen Grenzen. Die wichtigsten waren ohne Zweisel diejenigen, welche das absolute Beto des Neichsoberhauptes und die Bergrößerung der Rompetenzen des Neichstates betrasen. Es muß als ein großer Erfolg Camphausens betrachtet werden, daß es ihm gelang, sast sämtliche Negierungen mit Ausnahme Osterreichs und der vier übrigen Königreiche auf eine derartige Erklärung zu vereinigen. Eine Zeitlang hatte er Sorge, ob man ihm nicht von Berlin aus Schwierigteiten machen und weitergehende Anderungen der Bersfassung verlangen werde; aber zu seiner großen Genugtuung erklärte sich das Ministerium mit den von ihm vertretenen Gesichtspunkten einversstanden<sup>2</sup> und ermöglichte es ihm so, jene Kollektiverklärungen zustande zu bringen.

<sup>1</sup> Dies geht aus einem Bergleich feiner Berichte nach Berlin mit den Borfchlagen ber Rote beutlich hervor.

Bf. Bulow an Camphaufen 15. Febr. u. 16. Febr. (Bell. 64 u. 65). Erlaß v. 16. Febr. Roth u. Merd 2, 292. Bulow mar in der Beurteilung der einzelnen Berfaffungebestims

Diese Berhandlungen erfüllten den gangen Monat Februar. Bahrend berfelben Zeit bemühte fich herr v. Schmerling aufs eifrigste, gwischen Ofterreich und den vier übrigen Konigreichen ebenfalls eine Berftandigung über gemeinsame Vorschläge herbeiguführen. Auch von Wien aus murben entsprechende Schritte bei den foniglichen Sofen getan.1 Auf Schmerlings Bunfch, der von der großen Mehrzahl der öfterreichischen Abegordneten in Frankfurt lebhaft unterftupt wurde, follte Fürst Schwarzenberg erklaren, daß Sferreich einem Bunde beitreten wolle, in dem die Leitung der auswärtigen Politik, des Kriegswesens und des Wirtschaftslebens einer Zentralgewalt überlaffen fei, die in ihren Magregeln an die Mitwirtung eines Staatens hauses und eines Boltshauses gebunden fein solle. Der Unterschied zu dem Berfassungsentwurf der Mehrheit sollte also nicht in der Abgrenzung der Rompeteng von Reich und Einzelstaaten und in der Stellung des Parlamentes, fondern lediglich in der Zusammensetzung der Zentralgewalt liegen. Immer wieder bemühte fich Schmerling, der Wiener Regierung vorzustellen, daß dies ohne Bedenken geschehen könne, wenn die Zentralbehörde den öfterreichie ichen Interessen gemäß zusammengesett sei, und daß es andererseits nots wendig fei, diese Bereitwilligkeit auszusprechen, wenn man nicht alle Snme pathien in Deutschland verlieren und den Gegnern direft in die Sande arbeiten wolle. Er und feine Freunde hielten es fogar nicht für unmöglich, baß Wien zum Sis der Regierung bestimmt werden fonne.2 Aber Schwarzens berg bachte nicht baran, die beutschen Gebiete Offerreichs einer fremben Gewalt, auch wenn es felbst an ihr beteiligt fei, ober gar ber Gefetgebung eines jum größten Teile aus Richtofterreichern bestehenden Varlamentes ju unterwerfen. Er verstand sich nur zu einer Rundgebung3, in der betont wurde, daß Bferreich fich von dem geplanten Verfassungswerte nicht aus: schließen, sondern ernstlich daran mitarbeiten wolle, "vorausgesett, daß es

mungen und der Taktik ganz von Camphausen abhängig, und gab wieder seinerseits im Minisskerium den Ton in diesen Fragen an, s. Beilage 61 u. 62. Er legte von Anfang an großen Wert darauf, daß Preußen in enger Fühlung mit dem Reichsministerium, besonders mit Gagern bleibe (an Camphausen 1. Februar Beil. 53). — Die Genehmigung zu der Abers gabe der zweiten Rollektivnote erhielt Camphausen am 26. Februar (an Otto Camphausen 26. Febr.). Er schrieb: "Ich din darüber überglücklich; denn meine Lage, wenn ich nach Berführung der Regierungen sie auf halbem Wege im Stich lassen mußte, war wahrhaft scheußlich." Abrigens war er entschlossen, unter Umständen auf eigene Gesahr zu handeln, vgl. s. Brief an v. d. heydt v. 13. Febr. Beilage 62.

<sup>1</sup> Um 5. Februar wurde Graf Rechberg als Spezialgesandter nach Stuttgart und Runchen, Baron Brenner nach Dresden und hannover geschickt. (Bulow an Camphausen 9. Febr. Beilage 59.)

<sup>\*</sup> S. Friedjung 1, 186f. und die Berichte Schmerlings a. a. D. 496f.

<sup>3</sup> Erlaß an Schmerling v. 4. Febr. Roth n. Merd 2, 262.

fich hier um Ginigung, nicht um gangliche Umschmelzung der bestehenden Berhältniffe handele, um Bahrung der verschiedenen lebensträftigen orgas nifchen Glieder Deutschlands, und nicht um beren Aufhebung und Ber: nichtung". Beitere Außerungen über die Unficht des Wiener hofes murden erft für die Zeit in Aussicht gestellt, wenn die Berfassungsberatung vollständig beendigt fei. Auch die übrigen foniglichen Sofe versuchte Schwarzenberg ju bestimmen, daß sie jede bindende Außerung bis nach Beendigung der zweiten Lesung verschöben, d. h. bis zu dem Zeitpuntt, wo jedes Berlangen nach durchgreifenden Anderungen jum Bruch mit der Nationalversammlung führen mußte. Ausbrudlich wurde nur die von Gagern vertretene Idee eines engeren Bundesstaates verworfen, weil sie weder den historisch er: wachsenen Berhältniffen Deutschlands, noch der besonderen Stellung Biters reichs Rechnung trage und gur Ausschließung Diferreichs, gur Verftummelung Deutschlands und jur Schwächung beider führen muffe. Ferner wurde angedeutet, daß Ofterreich die Einbeziehung feiner nichtdeutschen Gebiete in den Bund als erwünscht ansehe und jum Schluß sehr bestimmt aus: gesprochen, daß der Raiser von Sfterreich sich niemals einer Zentralgewalt unterwerfen werde, die von einem anderen deutschen Fürsten gehandhabt merbe.

Schmerling selbst hatte bereits einen Plan für die Gestaltung der Zentralges walt entworfen. Danach sollte ein Direktorium von sieben Mitgliedern an der Spise Deutschlands siehen; in ihm sollten Österreich und Preußen je drei, die übrigen Staaten zusammen fünf Stimmen haben. Hierfür gewann er auch die Zustimmung einer größeren Unzahl von österreichischen und süddeutschen Abgeordneten; jedoch wurde wohl auf ihren Bunsch die Bevorzugung der beiden Großmächte etwas eingeschräntt, indem jeder von ihnen nur zwei ansstatt der ursprünglich vorgesehenen drei Stimmen zugebilligt wurden. Nach langem Zögern ließ sich Schwarzenberg dazu herbei, durch eine Note vom 27. Februar Schmerling zu ermächtigen, daß er auf Grund dieser Borschläge mit den Bevollmächtigten anderer Staaten in Verhandlung treten und einen Gegenentwurf zu dem betressenden Artitel des Verfassungsentwurfes aufsstellen möge; jedoch behielt sich die Regierung dessen endgültige Genehmigung vor. In der Tat arbeitete Schmerling einen derartigen Entwurf aus, in

<sup>&#</sup>x27; Er entwidelte ihn icon Anfang Februar im Privatgefprach Camphaufen gegenüber, f. beffen Bericht v. a. Febr. Beil. 53.

Die Zusammensehung des Direktoriums erinnert auffallend an den im Juli von der preus bischen Regierung für das Bevollmächtigtentollegium aufgestellten Plan (f. oben S. 104 f.). Bielleicht wollte Schmerling absichtlich an eine früher von Preußen selbst befürwortete Kombination anknüpfen.

<sup>&</sup>quot; Auch bas war icon im Juli von den Mittelftaaten verlangt worden.

<sup>6</sup> Roth u. Merd 2, 430f.

welchem die Führung der Stimmen, abgesehen von Osterreich und Preußen, den größten Staaten innerhalb der fünf Gruppen vorbehalten wurde. In einem Punkte wich er jedoch von dem ihm mitgeteilten Wunsche seiner Resgierung eigenmächtig ab; das Präsidium in dieser Behörde wollte er nicht ausschließlich Osterreich vorbehalten sondern zwischen Osterreich und Preußen abwechseln lassen. Er berichtete nach Wien, daß ohne ein solches Zugeständnis keiner der übrigen Staaten für den Entwurf zu haben sein werde. In diesem Entwurf erhielt er die Zustimmung der Bevollmächtigten der vier Königreiche.

Aber alle diese Bemühungen Schmerlings waren vergeblich. Denn mah: rend Schwarzenberg ibn rubig arbeiten ließ, um Zeit zu gewinnen, bereitete er mit seinen Kollegen den großen Staatsstreich in Offerreich vor, der eine völlig neue Lage schuf. Vorläufig schien es, als ob das Vorgehen Preußens und der Rleinstaaten die Situation wesentlich geflärt habe; indem sich die fleineren Staaten an Preußen, die Königreiche an Offerreich anschlossen, trat jugleich aufs deutlichste hervor, daß jedes Streben nach einem straffer organisierten Bundesstaate nur in der Gestalt des engeren Bundes unter Preugens Führung Erfüllung finden tonne, mahrend biejenigen Staaten, die von ihren Souveranitätsrechten gar nichts oder möglichst wenig opfern und feine einheitliche Zentralgewalt ins leben treten laffen wollten, ihren Rüchalt bei dem Raiferstaate suchen mußten. Zweifelhaft blieb nur, ob nicht noch manche von den fleineren Staaten, wenn die Bolfsbewegung und bas Frankfurter Parlament an Macht verloren, auf die andere Seite übertreten würden.3 Auch war es nicht gang ausgeschlossen, daß im umgefehrten Kalle. wenn die Volksbewegung anhielt und das Varlament seine Macht behauptete. noch einige von den Königreichen sich dem Plane des engeren Bundes fügen

<sup>1</sup> Erflarung vom 8. Mary a. a. D. 433f. (von der öfferreichifden Regierung offenbar nicht vorher genehmigt); dazu Schmerlinge Bericht bei Friedjung 1, 499.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> In einer Sihung aller Bevollmächtigten am 8. März ertlärte Schmerling, der Entwurf "sei das Ergebnis der Beratung und übereinstimmenden Genehmigung der toniglichen Höse, mit Ausnahme jedoch Preußens". Die Vertreter der übrigen Königreiche ergriffen nicht das Wort (Mosle an Camphausen 9. März Beil. 69 u. Telegr. d. Legationstates v. Kamph an Camphausen v. 9. März, Casparn 302). Bapern war übrigens noch am 28. Februar für ein Volkshaus neben Direktorium und Staatenhaus eingetreten (Roth und Merck 2, 361f.).

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Die Motive der einzelnen Staaten waren sehr verschieden; bei Baden spielte der Bunsch, nicht schlechter gestellt zu werden als Bürttemberg, eine wesentliche Rolle und machte es zum Segner des österreichischen Eruppenspstems (f. Roth n. Merd 2, 269 d. badische Erstärung v. 19. Februar, u. Minister v. Dusch an Camphausen, Caspary 301 und Campshausens Bericht v. 9. Febr. Beil. 57). Für alle kleineren Staaten war die Befürchtung, zugunsten der Mittelstaaten mediatisiert zu werden, ein starter Antrieb (Mosse an Campshausen Beil. 69).

würden; hannover und Württemberg hielten sich in ihren Erklärungen von Anfang an die Möglichkeit offen, die preußische Oberhauptswürde doch noch anzuertennen, und in Sachsen vermied man ebenfalls eine kategosrische Absage. Aur Bayern sprach unzweideutig die Absücht aus, einem kleindeutschen Reiche nicht beizutreten und scheute sich sogar nicht, die hilfe des Auslandes anzurusen4, für den Fall, daß ein Zwang geübt werden solle.

Mit diesen Erfolgen hatte aber auch die Politik Camphausens ihren Sohes punkt erreicht; unmittelbar darauf traten Zwischenfälle ein, die es immer zweifelhafter erscheinen ließen, ob er sein Ziel wirklich erreichen werde.

Rach der Bollendung der ersten Lesung der Berfassung mußte die Ratio; nalversammlung ihre eigentliche Tätigkeit unterbrechen, um den Regies rungen Zeit jur Verständigung und jur Außerung ihrer Buniche ju laffen, bevor die zweite Lefung beginne. Bahrend diefer Paufe nahm man bas Bahlgeset für den fünftigen Reichstag in Beratung.5 Rach den Gefins nungen der Mehrheit, die er genugend ju fennen glaubte, nahm Campe hausen an, daß dies Geset ein eingeschränttes Bahlrecht, vermutlich auf einen Zensus begründet, schaffen werde. Er fette auf einen derartigen Beschluß große hoffnungen; denn da der allgemeine Grundsat festgestellt war, daß die Bestimmungen der einzelnen Landesverfassungen denen der Reichsverfassung nicht widersprechen dürften, meinte er hiervon auch eine analoge Unwendung auf das Wahlgefet machen ju tonnen. Es wurde alfo möglich gewesen sein, die bemotratischer gestalteten Bahlgesete ber Einzels staaten, insbesondere auch das mit der Verfassung zugleich oftropierte preus Bifche Bahlgefet, das auf dem allgemeinen Bahlrecht beruhte, als dem Reichss wahlgesete widersprechend außer Kraft zu seten und auch hier ein beschränktes

<sup>1</sup> Ertlärungen v. 7. u. 9. Marg a. a. D. 408 u. 416; hannover vermied jede Außerung fiber das Oberhaupt, und schloß fich im übrigen ber Kollettiverklärung mit geringen Bors behalten an.

<sup>24.</sup> Febr. u. 4. Marg a. a. D. 417 u. 419; Burttemberg erflarte fich für ein Direktorium nur, falls Ofterreich im Bunde bleibe, was allerdings munichenswert sei; sei aber deffen Abtrennung nicht zu verhindern, so ziehe man ein preußisches Kaisertum der Trennung von Nord und Sud vor.

<sup>\* 23.</sup> Febr. a. a. D. 389. Die endgültige Außerung fiber die Dberhauptefrage wurde verfcoben, bis das Berhaltnis Offerreichs jum Bunde geflart fei.

<sup>&#</sup>x27; Erflärung v. 16. Febr. a. a. D. 359. Inftruttion fur Baron Cetto in London v. Des. 1848 a. a. D. 193f.

<sup>\*</sup> Unfangs wollte die Nechte dies nicht tun, weil sie fürchtete, bei der augenblidlichen Stimmung teine Beschränkungen des Bahlrechts durchbringen zu können (Camphausens Bericht v. 9. Jebr. Beil. 58). — Bulow drang energisch auf Berlängerung der Pause zwischen beiden Lesungen, weil in einer kurzen Frist eine Anmaßung gegenüber den Regierungen liege (Beil. 64).

Wahlrecht einzuführen. In diesem Falle würde König Friedrich Wilhelm, dem gerade das allgemeine Wahlrecht als ein schwerer Fehler erschien, von der Uns nahme der Reichsverfassung einen direkten Ruben für seinen eigenen Staat ges habt haben, den er sonst auf legalem Wege nicht leicht zu erreichen vermocht hätte.

Aber alle diese hoffnungen wurden schwer enttäuscht. Je deutlicher die öfterreichischen Abgeordneten erfannten, daß die Erbfaiserpartei ihr Biel wenigstens innerhalb der Versammlung wahrscheinlich erreichen werde, desto eifriger spähten sie nach Mitteln aus, um das definitive Zustandekommen des engeren Bundesstaates unter Preugen auf andere Beife zu verhindern. Ihr Bestreben richtete sich daher, wie später bei der zweiten Lesung deutlich hervors trat, immer energischer darauf, folche Bestimmungen in die Verfassung hineinzubringen, die dem Konige von Preugen, deffen Gefinnungen ja gur Genüge befannt maren, die Annahme ber Oberhauptswürde unmöglich machen follten. Bon benfelben Erwägungen ließen sie sich auch bei der Abstimmung über das Wahlgesetz leiten. Dazu tam, daß alle demotratisch gefinnten Elemente naturgemäß für bas allgemeine Bahlrecht eintraten. Als dritter Bundesgenosse trat die katholische Partei im Parlament hervor, die ebenfalls im wesentlichen durch die Abneigung gegen ein preußisches, ober wie man fagte, protestantisches Raisertum, bestimmt murbe. Go fam es, daß bei der entscheidenden Abstimmung der das Wahlrecht wesentlich beschränkende Vorschlag der Verfassungstommission abgelehnt und das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht für das Volkshaus beschlossen wurde. Daß hierin eine fehr große Erschwerung für die Durchführung des bisherigen Planes lag, erfannten Camphausen und die Minister sofort.2

Inzwischen aber hatten sich in Berlin Ereignisse vollzogen, die mindestens ebenso verhängnisvoll für das Gelingen der eingeleiteten Aktion waren. Als die Berichte des Grafen Bernstorff über die Aufnahme der Zirkularnote in Wien eintrasen, brach, wie Graf Bülow an Camphausen schrieb<sup>3</sup>, ein wahrer Sturm los. Der König war außer sich<sup>4</sup>, daß man seinem Wunsche entgegen die Rote sofort an alle Regierungen abgesandt und sogar an die Öffentlichkeit gebracht hatte, ohne vorher die Gegenäußerung Össerreichs abzuwarten.<sup>5</sup> Er faßte dies als einen direkten Ungehorsam gegen seinen

<sup>1</sup> Camphausens Bericht v. 31. Januar Beil. 52.

<sup>2</sup> Graf Bulow bemerkte auf die telegraphische Nachricht hin: "Wieder eine Junfon dabin" (Beil. 66).

<sup>3 8.</sup> Febr. Beil. 56.

<sup>4</sup> Schon vorher außerte er sich grollend zu Oberstleutnant Fischer und zeigte Reigung zu neuen bireften Berhandlungen mit Olmut. (G. beffen Brief an Camphausen v. 29. Jan., Cafparn 289.)

<sup>6</sup> Es war nicht die "Reue", wie Meinede 206 meint, die ben Konig padte, fondern der Born, daß man feinen wohlbefannten Intentionen entgegen gehandelt habe.

ansdrudlichen Befehl auf und als einen bewußten Berfuch der Minister, den Bruch mit Ofterreich herbeiguführen1, und machte den Grafen Bulow perfonlich bafür verantwortlich. In einem am 5. Februar unter feinem Borfit flattfindenden Ministerrat, der über fünf Stunden dauerte, trat ber Ronig von neuem für enges Zusammenhalten mit Ofterreich ein, erhob gegen Bulow die schwersten Anklagen und verlangte von dem Ministerium. daß es beren Berechtigung anerkenne, Bulow preisgebe und eine formliche Entschuldigung nach Bien durch einen außerordentlichen Gesandten richte. Auch die sofortige Berufung des Königstollegiums und die Zusammenziehung von Truppen forderte er. Das Ministerium lehnte diese Zumutungen entschieden ab. In dem Ronigstollegium werde bei ber Gefinnung der foniglichen Sofe Preugen fets in der Minoritat fein; Bulow burfe man schon beshalb nicht fallen laffen, weil man dadurch in ein schiefes Licht gegens über Offerreich und ben übrigen Staaten fomme.2 Auch werde man eine berartige Politik vor der demnächst zusammentretenden Rammer nicht verantworten tonnen.3 In einer Dentschrift legten die Minister dem Ronig von neuem dar, daß fie auf seine Bunsche nicht eingehen könnten und an der bisherigen Politik festzuhalten gedachten. Der Ronig war aufs außerste gefrantt; er erklarte ihnen, daß er sich nach diesen Borgangen wieder völlig von der auswärtigen Politik gurudgiehen muffe, aber auch feine Berants wortung für ihre weiteren Schritte tragen wolle.4 Mit feinen Bertrauten erwog er damals ben Gedanten, in eigenhandigen Briefen an famtliche Fürsten Deutschlands diefen mitzuteilen, daß er zwar notgedrungen seine Minister ihren Beg geben laffe, daß aber ihre Politik nicht die feine fei und er nichts damit zu tun haben wolle. Db es hierzu wirklich gekommen ift. wissen wir nicht; indessen erfahren wir, daß er den Grafen Brühl noch einmal an den öfterreichischen Sof geschickt hat, vermutlich doch, um mündliche Eröffnungen ähnlicher Art dorthin ju überbringen.6 Die Bedenken seiner

<sup>1</sup> Gerlach 1, 284. E. L. v. Gerlach 2, 37; der Ronig fagte am 2. Februar von den Die niftern: "Sie wiffen, daß ich fie nicht entbehren tann."

Bgl. Gerlach 1, 287 f, 289. Die Minister teilten ihre Beschlusse dem König am 6. Febr. mit (Balow an Camphausen 8. Febr. Beil. 56). Bgl. auch Balow an Bernstorff 9. Febr., Ringhoffer 95 f.

<sup>&</sup>quot; Meinede 206 nach bem Protofoll.

<sup>&#</sup>x27; In einem Brief an die Minister, mohl am II. Februar; den Anlag bildete der Zusammen, tritt ber Rammern. C. Gerlach z, 292.

<sup>&</sup>quot;Außerung bes Konige ju Canit, f. Gerlach 1, 291. Bgl. an Bunfen 11. Februar Rante S. B. 49, 513. Der Konig von Burttemberg fcrieb perfonlich an ibn im Sinne ber bfterreichifchen Borfchlage (vgl. Beilage 61).

Dtto Camphausen horte von Oberfleutnant Fischer, "daß Eraf Brubl vor einigen Tagen wieder die befannte Reise unternommen habe" (an Ludolf 25. Februar).

Minister gegen Berhandlungen dieser Art führte er auf ihr "wahnsinniges Mißtrauen gegen Hsterreich" zurück.

Der Zorn des Königs ist vollständig begreiflich. Er fühlte sich Osterreich gegenüber persönlich bloßgestellt; dort wußte man, welche Unsichten er vertreten hatte, und mußte aus dem Versahren der Minister den Schluß ziehen, daß er nicht die nötige Energie besitze, um seine Gedanken im eigenen Hause zur Geltung zu bringen. In der Lat war Fürst Schwarzenberg, wie seine Briefe an den Gesandten in Berlin deutlich zeigen, durch diese Vorsgänge von der Schwäche und Unzuverlässissische Königs völlig überzeugt und redete von ihm in sast verächtlichen Ausdrücken.

Friedrich Wilhelm mußte fich aber fagen, daß er mit blogem Stillschweigen ju den weiteren Taten seiner Minister nicht ju dem erwünschten Resultate ges langen könne, und daß er schließlich doch die Konsequenzen aus den hande lungen seiner Regierung mitzutragen haben werde. Dazu tam, daß die Ras marilla ihn in dem Gedanken bestärkte, er durfe sich das Verfahren des Grafen Bülow nicht gefallen laffen und muffe dafür sorgen, daß das Ministes rium des Auswärtigen in die hand eines zuverläffigeren Mannes gelegt werde. Einen folden glaubte man in der Perfon des Grafen von Arnim, früheren Gefandten in Wien, gefunden ju haben, ber als ein Freund Diterreichs bekannt war.2 Der König ging auf diesen Gedanken ein und gab bei jeder Gelegenheit zu erkennen, daß er den Grafen Bulow als seinen perfonlichen Gegner betrachte.3 Solche Zustände waren natürlich auf die Dauer unhaltbar4 und mußten die übrigen Minister vor die Frage stellen, ob fie den Grafen so weit beden wollten, daß sie ihre Entlassung forderten, wenn der Ronig sein Verhalten ihm gegenüber nicht andere, oder ob sie versuchen wollten, den Frieden mit dem Könige durch die Opferung Bulows zu erkaufen. Sie entschlossen sich nach langem Zögern, in der Versonalfrage nachzugebens, hielten aber sachlich an der bisherigen Politik fest. Um 22. Februar wurde Graf Arnim jum Minister des Auswärtigen ernannt, mahrend Graf Bulow

<sup>1</sup> S. d. git. Brief Bulows an Bernstorff v. 9. Febr.

<sup>2</sup> Schon Ende Januar empfahl die Kamarilla Arnims oder Canigs Ernennung, Gerlach 1, 280; dann schwantte man aber wieder, ob es nicht doch besser sei, Bulow ju halten, da Graf Arnim "bequem und egoistisch sei", Bulow aber rechtlich, unterrichtet und einsichtsvoll (Gerlach 1, 290).

<sup>3</sup> Differengen in Personals und Formfragen tamen noch hinzu, f. Gerlach 1, 288. — Bon einem fortwährenden Schwanken oder einem hilflosen hins und hertaumeln des Königs tann man hier schlechterdings nicht reden, wie es Meinede 207 tut.

<sup>\*</sup> Shon am 14. Februar schreibt Bunfen an Camphausen: "Die Sachen stehen hier sehr ernst... Ihre Anwesenheit hier ist dringend notwendig, sonst geht die deutsche Sache schief und manches andere wohl auch", s. Beil. 63.

<sup>5</sup> S. Bulow an Camphaufen 22. Febr. Beil. 66.

zwar in seiner Stellung als Unterstaatssekretär verblieb, aber von allem Einfluß auf die Leitung der deutschen Angelegenheiten ausgeschlossen wurde. Er siel, wie er selbst sagte, als "eine Hetatombe für Herreich".

Dies war nun insofern von großer Bedeutung, als gerade Graf Bülow es gewesen war, der innerhalb des Ministeriums die Ideen Camphausens energisch vertreten¹ und diesen selbst durch eine neben der amtlichen fortlausend gesührte private Korrespondenz über alle wichtigeren Vorgänge in Berlin auf dem Lausenden erhalten hatte. Camphausen sagte sich sofort, daß in der Berufung Arnims eine große Erschwerung seiner Aufgabe liege, und dachte daran, auf der Stelle nach Berlin zu eilen, da er in die erste Kammer gewählt war, um an der Adressebatte teilzunehmen und womöglich Arnim sofort wieder zu beseitigen. In der ersten Erregung urteilte er sogar: "Es ist nun wohl unvermeidlich, sofort das ganze Ministerium über Bord zu werfen. Ein vollendeterer Wahnsinn als die Ernennung Arnims zwei Tage vor Zusammentritt der Kammern ist nicht wohl zu denken."

Indessen schien vorläufig kein Systemwechsel einzutreten. Roch vor Arnims Ernennung hatte man eine ausweichende Antwort auf die österreichische Rote vom 4. Februar gegeben. Der neue Ministers, völlig unbekannt mit den Borgängen der letten Monate, mußte sich in seinen neuen Wirkungskreis erst hineinarbeiten und konnte hierbei doch den Rat und die Sachkenntnis des Grafen Bülow nicht entbehren. Auch sah er ein, daß die einmal ergriffene Maßregel sich nicht ohne weiteres zurücknehmen lasse, und daß man vorläufig versuchen müsse, wie weit man auf dem einmal betretenen Wege kommen könne. Dennoch betrachteten Camphausen und seine Gesinnungsgenossen

Dunsen fagt 12. Febr. (Beil. 61): "Das hiesige Ministerium ift schwarzweiß bis auf Bulow, Kuhne und Rintelen"; 15. Febr. (Beil. 63): "Graf Bulow ift vortrefflich".

<sup>2</sup> Ludolf an Otto Camphaufen 26. Febr.

Dtto Camphaufen, ber als Abgeordneter in die zweite Kammer gewählt war, suchte unmittelbar nach Arnims Ernennung den Grafen Brandenburg auf und erhielt die bestimmte Bersicherung, daß nur ein Personenwechsel eingetreten sei und man "fest bei dem Wege, welcher durch die Zirtularnote vorgezeichnet worden, beharren werde" (Otto an Ludolf Camphausen 24. Febr.). Ahnlich Graf Bülow an Camphausen Jebr. 28, Beil. 67; er fürchtete nur Ibgern und Unsicherheit.

<sup>\*</sup> Bunfen an Camphaufen 15. Febr. Beil. 63.

S. Deto Camphausens Urteil über ihn im Brief v. 25. (nicht 24.) Februar, Caspary 298. Es beißt dort noch: "Zunächst verriet er eine große Unwissenheit über den Stand der Dinge. . . . Ob man bei Graf Arnim überhaupt von einer Politik sprechen kann, ist mir zweiselhast; sollte die Frage zu bejahen sein, so befolgt er eine österreichische Politik, und wirst Du schwerlich mit ihm gehen können. Mache in Frankfurt sertig, was Deine Instruktionen gestatten, dann komme hierher." — Minister v. d. Hendt, ben Otto ebenfalls interpellierte, gestand, von Arnims politischer Bergangenheit nichts gewußt zu haben; doch habe das Ministerium vom Grafen Brandenburg die bestimmte Zusicherung verlangt und erhalten, daß kein Systemwechsel beabsichtigt sei (an Ludolf 26. Febr.).

ihn natürlich als einen heimlichen Gegner und trugen sich mit der Hoffnung, ihn bald wieder stürzen zu können. Hierzu sollte der Zusammentritt des inzwischen neu gewählten Landtages die Gelegenheit bieten. Man hoffte, daß hier die große Mehrheit der Abgeordneten für eine Politik sein werde, die Preußen an die Spise des engeren Deutschland bringen wolle; und man war der Meinung, daß wenn dies unzweideutig hervortrete, ein Minister des Auswärtigen sich nicht lange werde halten können, der eine andere Richtung verfolge. Denn die Regierung mußte doch versuchen, mit der neuen Bolksz vertretung über die endgültige Gestaltung der Verfassung einig zu werden, und würde voraussischtlich nicht gleich wieder an eine Auflösung denken, wenn sich eine Meinungsverschiedenheit über die deutsche Frage ergebe.

Auf der anderen Seite empfand der König die Berufung Arnims als einen perfonlichen Gieg und machte baraus auch dem neuernannten öffers reichischen Vertreter, Baron v. Profesche Dften, gegenüber fein Sehl. In den schärfften Ausdruden sprach er zu ihm von der Berwerflichkeit der Politik. die Bülow getrieben habe3, und erklärte, daß er noch jest seine Vorschläge vom 4. Januar für gut und ausführbar halte, freilich ohne die Anderungen Schwarzenberge, und daß er das fefte Zusammengeben Bfterreiche und Preugens als absolut notwendig ansehe4; ferner betonte er immer wieder, daß er vom Frankfurter Varlament die Oberhauptswürde nicht annehmen werde; hatte er schon früher die Kaisertrone, die diese Bersammlung etwa bieten werde, als einen Reif aus Dred und Letten gebaden bezeichnet, so scheute er sich jest nicht, fie Protesch gegenüber bireft eine "Schweintrone" ju nennen. Ebenso bat er in seinen Briefen an Bunsen immer wieder betont, daß er die Krone nicht annehmen werde, wenn sie ihm angeboten werden sollte, und daß es ihm nicht auf eine Machtvergrößerung Preugens, sondern auf die Rettung Europas vor der herrschaft der Anarchie und dem Siege des revolutionaren Pringips antomme. Es set eine Wahl zu treffen wie 1813, wo man auch im Bunde mit Frankreich Preußen auf Rosten Ruglands habe vergrößern konnen, es aber vorgezogen habe, die gemeinsamen Intereffen Europas gegen Napoleon ju verteidigen.5 Selbstverständlich hat er auch dem

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Ludolf an Otto Camphausen 28. Februar: "Die Grundlage ift dann (nach Übergabe der zweiten Kollektivnote) so fest, daß der neue Herr sie binnen 8 Tagen schwerlich zerstört; und viel mehr braucht Ihr wohl nicht, um ihn abzusehen."

<sup>2</sup> Diese hoffnung sprach Camphausen schon am 11. Febr. dem Grafen Bulow aus (Beilage 60). "Mit dem Zusammentritt der Kammern in Berlin hören die Phantasien auf." Ebenso Bunsen (an Camphausen 11, u. 12. Febr. Beil. 61).

<sup>3</sup> Am 16. Marg, f. Protesche Bericht v. 17. Marg, Friedjung 1, 500f.

<sup>4</sup> In biefem Zusammenhange dachte er daran, Radowig ins Ministerium gu berufen und als Unterhandler nach Wien gu schieden, f. Meinede 216f.

<sup>5</sup> Namentlich 16. Januar, 11. Februar, 14. Märg; Rante, G. B. 49, 501 u. 513 f.

neuen Minister des Auswärtigen gegenüber, den er endlich einmal wieder als seinen Minister glaubte betrachten zu können, aus diesen Auschauungen fein hehl gemacht.

Das Ministerium befand fich also in einer recht schwierigen Lage. Auf der einen Seite branate der König immer von neuem auf das Zusammengeben mit Offerreich und den übrigen deutschen Fürsten und ließ feinen Zweifel darüber, daß er schließlich, wenn die personliche Entscheidung an ihn berans treten werde, die gange von bem Ministerium bisher befolgte Politit, selbst wenn fie bis dabin erfolgreich gewesen sein sollte, doch jum Scheitern bringen werde; auf der anderen hatte man durch die Absendung der Zirkularnote und die an Camphausen erteilte Ermächtigung jur Abgabe der Rollektiverklärung in Krantfurt Bervflichtungen auf sich genommen, die sich nicht ableugnen ließen, und deren Konsequengen man nun wohl oder übel ziehen mußte. Datu fam die Rudficht auf die Stimmung der Landtagsmehrheit, die durche aus für die bisherige Politik war2, und die man aus den bereits angeführten Grunden nicht glaubte außer acht laffen ju durfen. Über die perfonlichen Anschauungen der einzelnen Minister sind wir noch immer nicht so genau unterrichtet, daß sich darüber etwas gang Bestimmtes fagen ließe. Aber fo viel icheint boch aus dem gangen weiteren Berhalten bes Grafen Brandenburg bervorzugeben, daß auch er mit Camphausen wenigstens in der Befampfung ber Plane des Königs und bem Streben nach einer Berffarfung ber preus Bifden Machtstellung einig war. Der Borbehalt, den er machte, man durfe nur so weit geben, daß Ofterreich nicht jum Kriege getrieben werde3, war auch durchaus im Sinne Camphausens. Ginem inneren Rriege jogen fie das Scheitern ber Einheit vor, nur burfe bie Schuld baran nicht Preußen treffen. Dagegen durfte es zweifelhaft fein, ob Manteuffel diefe Gefinnung teilte; feinesfalls mar dies bei Arnim ber Fall. Die Minifter v. b. hendt und Rintelen fanden ber nationalen Bewegung mit noch ftarteren Sompathien gegenüber als Graf Brandenburg, der fie doch wefentlich als ein Mittel

<sup>1</sup> Ahnlich sprach er sich auch Anfang Marz dem Abg. v. Sauden gegenüber aus, s. Gerlach I, 304. Graf Brandenburg war unwillig, daß der König bei jeder Gelegenheit seinen Entsschluß äußere; die Sache musse viel diskreter behandelt werden. Seine Aussührungen machten auf Gerlach einen derartigen Eindruck, daß er dem König in einem Schreiben v. 14. März mehr Zurückhaltung empfahl (a. a. D. 305). — Auch in dieser Beziehung hatte Camphausen auf die Minister eingewirkt, indem er berichtete, daß die Kolportierung bestimmter Außerungen des Königs über die Richtannahme der Krone ihm seine Arbeit in Frankfurt erschwere (Bericht v. 31. Januar Beil. 52).

Bobelidwingh, murben Mitte Marg vom Ronig empfangen und rieten ihm dringend gur Annahme ber Krone (Gerlad z, 307).

Bf. Brandenburg an den Konig 4. Mary, Deinede 220.

zur Machtsteigerung Preußens ansah. Auf jeden Fall erschien es Camp, hausen dringend notwendig, wieder persönlich auf das Ministerium einzus wirken. Am 5. März kam er in Berlin an, um dort seinen Sit in der ersten Kammer einzunehmen.

Während seiner Abwesenheit von Frankfurt wurde von Wien aus der entscheidende Schlag geführt. Um 7. März wurde das öfterreichische Parlament aufgelöft und von Schwarzenberg eine neue Gesamtverfaffung für Sferreichellnaarn oftropiert, die gang von dem Grundgedanken der Einheit des Kaiserstaates beherrscht war und es gang unmöglich machte, ben deutscheösterreichischen Gebieten jest noch eine Sonderstellung zu geben, bie ihnen die gleichzeitige Zugehörigkeit zu einem beutschen Bundesstaate gestattet hatte. Für das Verhaltnis Ofterreichs zu Deutschland gab es jest nur noch zwei Möglichkeiten: Entweder mußte der Gefamtstaat in den Bund aufgenommen werden, oder es durfte nur ein fo lofes Bundes, verhältnis in Deutschland bestehen, daß die Zugehörigkeit der deutsche österreichischen Gebiete jum Bunde mit der Ginheit der Gesamtmonarchie verträglich blieb. In teinem diefer beiden Fälle konnte der deutsche Bund, so wie es Schmerling und die öfferreichischen Abgeordneten in ber Paulstirche wünschten, auf einer wirklich volkstümlichen Grundlage errichtet werden. Denn im ersten Falle hatten im Parlament des Gesamts reiches Magnaren, Slaven und Italiener mit vertreten fein muffen, mas gerade die Bortampfer des nationalen Gedankens in Deutschland scharf jurudgewiesen haben wurden; im zweiten Falle aber hatte Dierreich dem Bunde überhaupt feine gesetzgebende Gewalt einräumen tonnen, und ware daher ein Varlament ganglich überflüffig gewesen.

Fürst Schwarzenberg teilte die neue Verfassung am 9. März nach Frankfurt mit und erklärte zugleich mit größter Bestimmtheit, daß Österreich keine Verfassung Deutschlands anerkennen werde, die mit dem neuen Staatssgrundgesetz unverträglich sei. Uber alles andere sprach er sich nur in dunklen Andeutungen aus; jedoch ließ sich erkennen, daß er für den deutschen Bund ein aus Volkswahlen hervorgehendes Parlament überhaupt nicht wünsche,

<sup>1</sup> Rach Gerlachs Meinung (1, 306) waren v. d. hendt und Rintelen "gang in den Anssichten der Paulstirche".

<sup>2</sup> Noth u. Werd 2, 437 f. In der neueren Literatur wird im Anschluß an Sybel 1, 297 f. überall angenommen, daß Schwarzenberg bestimmt den Eintritt Gesamts Sserreichs in den deutschen Bund verlangt habe. Soviel ich sehe, ist dies nicht der Fall gewesen; der Fürst ließ die Möglichkeit für Deutsch, dierreich, einem lose organisserten deutschen Bunde ohne Parlas ment beizutreten, absichtlich offen. Richtig ist nur, daß man in Frankfurt, wo man eine derartige Lösung unter allen Umständen verwarf, diese Andeutungen überhörte und aus der starken Betonung der österreichischen Einheit schloß, nun könne also der Kaiserstaat nur noch als Sanzes dem Bunde beitreten.

sondern nur eine Versammlung von Delegierten der einzelstaatlichen Stände, die von den Landtagen nach dem uns von früher befannten Gruppensystem gewählt werden sollten.

Schmerling und feine Gefinnungegenoffen wurden durch den Empfang diefer Rachricht außerst schmerglich berührt. Eben hatten sie muhfam ihren Gegenentwurf über die Busammensegung der fünftigen Bentralgewalt vollendet und befannt gegeben1; diefer mar jest durch Schwarzenberge Erflärungen glatt verleugnet worden. Sie faben die Sache Offerreichs als verloren, die Trennung von Deutschland als unvermeidlich an; Schmerling reichte fofort feine Entlaffung ein; er war bei allem öfferreichischem Patriotiss mus ein aut deutschaesinnter Mann, und hatte bisber ehrlich an die Mögliche feit eines ftarten deutschen Reiches mit Ginschluß Deutsche fterreichs ges glaubt. Ebenso schwer enttäuscht wie er waren die öfterreichischen Abge: ordneten im Parlament und die gange großdeutsche Partei. Ihre Stimmung fand ben entschiedensten Ausdruck in dem bekannten Antrage Belders, man folle diese öfterreichische Erklärung damit beantworten, daß man sofort die gange Berfassung mit den Abanderungen, die der Ausschuß nach erneuter Beratung noch beantragt hatte, ohne weitere Einzelberatung in einer einzigen Abstimmung annehme, jugleich bas Bahlgeset unter Einfügung ber öffentlichen Stimmabgabe endgültig befchließe, und fofort den Ronig von Preußen jum deutschen Raifer mable.2 Da die Abanderungsantrage bes Ausschusses die wesentlichsten in der Rollektivnote ausgesprochenen Buniche ber Regierungen berücksichtigten, namentlich das absolute Beto des Reichsoberhauptes für die Gesetzebung vorsahen und zugleich die Erblichkeit ber Oberhauptswürde im Saufe des ju mahlenden Fürften aussprachen2, fo ware mit der Unnahme dieses Untrages eine Lage geschaffen worden, die von ber brei Bochen fpater eintretenden wesentlich verschieden war; es hatten bann gegen die Berfassung viele Bedenten nicht geltend gemacht werden fonnen, die später von den Gegnern besonders eifrig hervorgehoben wurden. Noch gunfliger für ein Gelingen des gangen Wertes wurde ohne Zweifel die Uns nahme eines von Radowit eingebrachten Amendements gewesen sein, wonach die Berfassung in der beantragten Form nebft dem Bablgesete beschlossen, die Babl des Oberhauptes aber bis nach erfolgter Erflärung der Regierungen verschoben werden follte. Aber beide Antrage wurden abgelehnt

<sup>1</sup> G. oben G. 184.

<sup>9</sup> S. die Borichläge des Ausschuffes auf die einzelnen Paragraphen verteilt bei Bergfträßer a. a. D. — Gegenüber der Kollektiverklärung hielt man an den Beziehnungen "Reich" und "Kaiser" fest, ebenso an der Besugnis zur Abernahme des Postwesens, an der Erhebung von Reichssteuern, wenigstens in außerordentlichen Fällen, und an der Beschräntung des Reichstates auf beratende Besugnisse.

und Fortsetzung der Einzelabstimmung, wenn auch ohne weitere Debatte, beschlossen.

hier wiederholte fich nun dasselbe Schauspiel, das wir schon bei der Bes ratung des Wahlgesehes fennen gelernt haben. Siterreicher, Großbeutsche, Ratholiten und Demofraten ichlossen sich jusammen, um die Beränderungs: antrage der Regierungen abzulehnen und die Berfassung für den Ronig von Dreußen möglichst unannehmbar zu gestalten. Die Erbfaifervartei konnte nicht mit Sicherheit auf die Annahme des erblichen Raisertums rechnen, wenn es ihr nicht gelang, die Roalition der Gegner ju fprengen; fo tam es, daß man ben Antrag einer Gruppe von Demofraten nicht von der hand zu weisen wagte, die fich erbot, für das erbliche Raisertum gu stimmen, wenn die Erbe faiserpartei bas suspensive Beto, selbst bei Verfassungeanderungen, und bas allgemeine Wahlrecht zugestehe und sich verpflichte, die vom Parlament bes schlossene Verfassung als endgültig, also nicht der Zustimmung der Fürsten bedürftig, ju betrachten. Erst nachdem eine Reihe der namhaftesten Führer ber preußischen Partei eine dahingehende Erflärung unterzeichnet hatte, fam es zu der entscheidenden Abstimmung. Das erbliche Raisertum wurde mit einer Mehrheit von 4 Stimmen angenommen. Darauf erfolgte sofort die zweite Lefung des Wahlgesetes, die deffen unveränderte Unnahme eine schließlich des allgemeinen Wahlrechtes ergab, und endlich am 28. März die Kaiserwahl, wobei Friedrich Wilhelm IV. von 290 Stimmen gewählt wurde, während fich die 248 Gegner der Abstimmung enthielten. erklärte die Versammlung sich für permanent, bis die Verfassung ins Leben getreten fein werbe.

Damit war nun der entscheidende Augenblick gekommen, wo es sich zeigen mußte, ob das Ministerium in Berlin noch einmal start genug sein werde, dem Widerstreben des Königs gegenüber seinen Willen durchzusehen. Camps hausen war nicht mehr dort; schon Mitte März war er, vermutlich auf die Runde von der Einbringung des Welckerschen Antrages, nach Franksurt zurückgeeilt. Was er diesmal in Berlin gewirft, welche Eindrücke er von dort mitgenommen hat, läßt sich leider nicht feststellen. In Franksurt war er geradezu entseht über die sich seigernde Wut des Parteikampses, der alle bisherigen Jusammenhänge sprengte und die schärfsten prinzipiellen Gegner zusammenführte. Die demokratischen Veränderungen der Verfassung und des Wahlgesehes erfüllten ihn mit Erbitterung und hossnungslosissteitz; denn wie sollte es möglich sein, den König und die preußische Regierung zur Annahme einer solchen Verfassung, oder die Versammlung zu deren nachs träglicher Anderung zu bewegen?

<sup>1</sup> Für den Mary bietet Camphausens Nachlaß auffallend wenig Material.

<sup>2</sup> Camphaufen an feinen Bruder 28. Mary f. Beilage 70.

In den Berichten, die er unmittelbar nach der Raiserwahl nach Berlin fandte1, empfahl er, der Ronig moge fich bereit erflaren, die Dberhauptsmurbe, jedoch ohne den Raisertitel, unter der Bedingung anzunehmen, daß die übrigen Regierungen ihre Zustimmung dazu geben wurden; er betonte aus: drudlich, daß eine bloß aufschiebende Antwort ihm nicht richtig erscheine, fondern daß die Bereitwilligkeit des Konigs, an die Spipe eines Bundes, ftaates ju treten, flar ertennbar fein muffe. hinfichtlich ber Berfaffung munichte er awar eine Prufung vorbehalten zu sehen, aber in einer Form, aus der auf die Erreichung des Zieles ju schließen sei. Damit war wohl ges meint, daß ausdrudlich gefagt werden follte, die Berfassung muffe von dem Umfang des Bundesstaates wesentlich abhängen; der erste ordentliche Reichstag bes neuen Bundes werde fie mit Zugrundelegung des Werkes der Paulsfirche unter Berudsichtigung des veranderten Gebietes und ber Abanderungsvorschläge der Regierungen festzustellen haben.2 In einem zweiten Berichte fügte er noch den Rat hinzu, man moge fich mit einigen Mitgliedern der beiden Rammern in Berbindung feben; offen, bar munichte er, daß die Rammern durch gleichzeitige Erflärungen im Sinne der von ihm befürworteten Politit das Ministerium unterftugen und ihm eine Rudenbedung gegen den vorauszusehenden Widerspruch des Königs gewähren sollten. Wenn eine erhebliche Angahl beutscher Staaten die Bahl anerkenne3, fo follte der Ronig deren vorläufige Unnahme erklären und die Bahlen für das erfte Parlament des Bundesstaates sofort

Die Berichte vom 29. u. 30. Mary finden fich leider in Camphaufens Nachlag nicht vor, fonbern nur eine von ihm felbft etwas fpater niebergefdriebene Sfige bes Inhalts. Sie lautet: "29. Mary Empfohlen, hinfichtlich ber Dberhauptefrage nicht dabei fieben ju bleiben, bag ber Ronig fich aussprechen werde, nachdem die Regierungen über feine Bahl fich erflart haben wurden, fondern fich ju erflaren, bag ber Ronig bereit fei, an die Spipe eines Bundes, ftaates ju treten. hinfichtlich ber Berfaffung fei nicht ausreichend, die Prufung vorzubehalten; eine Initiative fei ju ergreifen und ber Deputation eine Erflärung ju geben, aus welcher auf die Erreichung des Zieles zu schließen sei. - 30. Marg Primo loco fich mit einigen Mitgliedern ber beiben Rammern ju verftandigen. Stigte bes fpater artifulierten Borfchlags. Eventuell vorläufige Annahme und Bahl nach bem Berfaffungs Bahlgefete. 2. Bahl burch bie 2 Rammern jum Bollshaus." In ihrer tnappen Faffung ift diefe Stige nicht überall gang verftandlich. Zweifelhaft bleibt, mas mit bem "fpater artifulierten Borfchlag" gemeint ift; vielleicht icon ber Plan vom zz. April? (f. unten S. 225). Roch buntler find Die letten Borte, ba die Bahl nach dem Frantfurter Bahlgefet (für den erften Reichstag des Bundes, flaates) die Bahl burd bie Rammern ber beteiligten Staaten auszuschließen fcheint; vielleicht liegt ein Schreibfebler por far: Staatenbaus; bann murbe es bedeuten, bag bie beiben preus fifden Rammern fofort die Bahl ber preußifden Mitglieder bes Staatenhaufes vollziehen follten.

<sup>2</sup> So fast wenigstens Sybel 1, 306, der ben Bericht vor fich gehabt hat, feinen Inhalt gufammen; ebenfo Otto Camphaufen an f. Bruder 2. April. Beil. 71 a.

<sup>&</sup>quot; Co beute ich bas Bort "eventuell" in ber Aufzeichnung jum 30. Marg.

vollziehen lassen. Das Wesentliche an seinen Ratschlägen war die Trennung der Oberhauptse von der Verfassungsfrage. Die Oberhauptswahl sollte der König bedingungsweise annehmen und dadurch bestimmt zu erkennen geben, daß sein Ziel der Bundesstaat mit preußischer Spize sei, unter Ausschluß Osterreichs und im Notfall auch unter Ausschluß der übrigen Staaten, welche die Kaiserwahl nicht anerkennen würden. Die Verfassungsfrage sollte vertagt werden, die der Umfang des zu begründenden Bundesstaates sessssen. In diesem Sinne empfahl er auch seinem Bruder in der zweiten Kammer zu wirken.

Die Aussichten des Zustandetommens einer wirklichen deutschen Einigung beurteilte Camphausen, nachdem die Verfassung so anders ausgefallen war, wie er wünschte, ziemlich pessimistisch. Denn es mußte recht fraglich er: scheinen, ob das Parlament seine Aufgabe als vollendet ansehen und ruhig auseinandergeben werde, wenn nur ein auf bestimmte Teile Deutsche lands beschränkter Bundesstaat zustandetomme und die Entscheidung über beffen Berfassung einer anderen Bersammlung vorbehalten bleibe. ebenso ungewiß war es, ob eine erhebliche Zahl von Regierungen die Dberhauptswahl anerkennen werde, ohne genau zu wissen, wie die fünftige Berfassung des Bundesstaates beschaffen sein werde. Es tam ihm wesentlich darauf an, daß in diesem Falle die Berantwortung nicht auf Preußen, sondern auf die ablehnenden Königreiche falle. Aber er glaubte, daß ein die kleineren Staaten umfaffender engerer Bund bei entschiedenem Borgeben Preugens jus ftande ju bringen sein werde. Wir wiffen, daß er diese Möglichkeit seit Anfang Februar nicht aus dem Auge verloren hatte2; schon por der Kaisermahl, als er fah, welche Wendung die Verfaffungsberatung nahm, hatte er begonnen, mit den Vertretern der fleineren Staaten darüber zu verhandeln3 und ihnen den Abschluß von Militärkonventionen zu empfehlen. Sein Vorgehen war am 24. März ausbrudlich von ber Regierung gebilligt worden. Es hatte bei tonsequenter Fortsetzung jum militärischen Kommando Preußens über ben größten Teil der norddeutschen Streitfrafte führen tonnen. Bunachst aber galt es, zu versuchen, ob nicht doch das höhere nationale Ziel schon jest erreichbar sei.

<sup>1 31.</sup> Marg: "In Euch in den beiden Rammern beruht jest Preugens und Deutschlands Geschid". Bgl. Cafparn 307.

<sup>2</sup> S. oben S. 188.

<sup>3</sup> S. Beilage 70. Bgl. Meinede 213. Der dort zitierte Bericht vom 24. März hat sich in Camphausens Nachlaß nicht gefunden. Borhanden ist jedoch der von Major hontheim ausgearbeitete Entwurf zu einer Militärkonvention zwischen Preußen und 26 kleineren Staaten, datiert vom 22. März, mit eigenhb. Bemerkungen Camphausens und einem kurzen Botum des Kriegsministers von Strotha.

## 7. Rapifel.

## Die Ablehnung der Kaiserkrone.

Die Oftropierung der österreichischen Versassung, die den Beratungen in Frankfurt eine so entscheidende Wendung gab, mußte auch in Berlin zu ersneuter Prüfung der deutschen Frage drängen. Für die Politik der Minister bedeutete sie zweisellos eine große Erleichterung; sie schien ihnen den Weg zu ihrem Ziele freizumachen. Da jest Österreich sich als Einheitsstaat konstituiert hatte und seinen deutschen Gebieten ausdrücklich jede Sonderstellung versweigerte, war an deren Einbeziehung in einen deutschen Bund, der sestere Formen auswies als derjenige von 1815, nicht mehr zu denken. Österreich hatte damit auch nach der Meinung der Minister erklärt, daß es an der geplanten Reugestaltung Deutschlands nicht teilnehmen wolle; es hatte ohne jeden Zwang von außen, und ohne das Ergebnis der Franksurter Beratungen abzuwarten, sich selbst von Deutschland getrennt. Damit war aber die Voraussehung eingetreten, unter der ja auch der König schon im Mai 1848 die Übernahme der Oberhauptswürde über das engere Deutschland für möglich, ja sogar für seine Psiicht erklärt hatte.

Friedrich Wilhelm konnte die Berechtigung solcher Schlußfolgerungen nicht in Abrede stellen. Als er am 16. März mit dem österreichischen Gesandten eine lange Unterredung hatte, sagte er ihm2: "Preußen wolle im Bunde nur das, was Osterreich nicht auf sich nehmen könne." Und weiter: "Er wolle kein gespaltenes Deutschland; aber wenn Osterreich nicht eintreten könne, so werde sich das übrige Deutschland zulest zum Ganzen konstituieren, und Preußen habe darin eine Bedeutung, die es von sich nicht weisen könne." Wenn er sich auch gleichzeitig nochmals auss schärfste gegen die Annahme einer etwa von Frankfurt angebotenen Kaiserkrone aussprach, und noch einmal betonte, die römische Kaiserwürde gehöre Osterreich, so ging doch aus diesen Worten deutlich hervor, daß er eine sührende Stellung in dem engeren Deutschland ohne den Kaisertitel jest nicht mehr unbedingt zurückweisen werde, selbstverständlich unter der Boraussezung, daß sie ihm nicht einseitig von der Nationalversammlung, sondern von den Fürsten unter Zustimmung des Parlamentes angeboten werde. Lieber wäre es ihm allers

<sup>60</sup> urteilte auch Radowis, f. Meinede 210f.

Bericht v. Protefd 17. Dary, Friedjung 1, 500.

bings auch jest noch gewesen, wenn Hsterreich irgendeine Form hätte finden können, um doch in engster Verbindung mit Deutschland zu bleiben. Dann sollte sein Herrscher als Römischer Kaiser "nur die Obmacht, das Recht über Krieg und Frieden, die allgemeinen obersten Rechte" haben. "Das beschränkte und lähmte ihn nicht als Kaiser von Hsterreich." Er hielt also eine derartige enge Verbindung mit dem jest geeinten österreichischen Gesamtstaate unter einem Kömischen Kaiser für verträglich mit der Verfassung von Kremsier, für verträglich, so muß man doch wohl ergänzen, auch mit der Selbständigkeit und Großmachtstellung Preußens. Aber auch in diesem Falle erstärte er wenigsstens eine militärische Einigung des engeren Deutschland unter dem preußischen Erbseldherrn für notwendig. Man erkennt deutlich, daß den König seine alten Ideen nach wie vor beherrschen; diese Außerungen aus dem März 1849 knüpsen unmittelbar an diesenigen aus dem Mai 1848 an, als sei inzwischen überhaupt gar nichts geschehen.

Baron v. Protesch erfannte aus diefer Unterredung fofort, worin für den Ronig der entscheidende Puntt lag. Gewinne er die Überzeugung, daß Ofters reich auf den Gedanken eines großen mitteleuropäischen Reiches mit dem Römischen Raiser an der Spipe eingehen wolle, so werde er fich an Ofterreich anschließen und jede ihm jugedachte Befugnis im engeren Deutschland, abs gesehen von einer besseren militärischen Einigung, von sich weisen; muffe er fich dagegen überzeugen, daß Offerreich gang für fich bleiben wolle, fo werde er notgebrungen auf einen fleindeutschen Bundesstaat mit Preugen an der Svipe eingehen, wenn die freiwillige Zustimmung der Fürsten und Ofterreichs bagu gu gewinnen ware. Der Gefandte legte daher den größten Wert darauf, festzustellen, daß die Bestimmungen der öfterreichischen Berfassung und die nach Frankfurt gerichtete Erklärung Schwarzenbergs feineswegs fo aufgefaßt ju werden brauchten, wie man es dort getan habe. Ein Berhaltnis ju Deutsche land, wie es unter dem alten Bunde bestanden habe, sei auch jest noch möglich. Endlich aber fpielte er noch einen weiteren ftarten Trumpf gegen ben Ronig aus; er bestritt, daß es ju einer Ginigung der übrigen deutschen Staaten unter Preußen tommen werbe, wenn Offerreich außerhalb des Bundes bleibe; vielmehr werde fich dann der Guden vom Norden trennen, ein gespaltenes Deutschland, eine Schmach vor Europa, werde entstehen. "Der Ronig war febr ergriffen", fügt Protesch hinzu. In der Tat mußte es für Friedrich Wilhelm ein neues schweres Gewissensbedenken schaffen, wenn er durch seine Saltung unter Umftanden eine Dreiteilung Deutschlands herbeiführen fonnte, anstatt ber Einigung und Kräftigung, die auch er bringend wunschte.

Dazu kam nun der Eindruck des Welckerschen Antrages in Frankfurt. Durch dessen Annahme als Antwort auf die österreichische Note vom 9. März würde die Kaiserwahl geradezu zu einer Demonstration gegen Sserreich geworden sein. Der König wollte in dem Falle, daß sie erfolge, eine Depustation, die man etwa an ihn entsenden würde, überhaupt nicht nach Berlin kommen lassen. Er ließ nochmals durch den Grasen Arnim dem österreichischen Gesandten sagen, daß er die Krone nicht annehmen werde; es müsse "eine nicht verletzende Formel der Ablehnung gefunden werden"; aber er werde sagen, "daß er die Krone aus solcher Hand nicht nehme und mit den Regies rungen die Oberhauptsfrage berate". Ganz beruhigend flang auch das noch nicht, denn aus der Beratung mit den übrigen Fürsten konnte ja die Ansnahme der Oberhauptswürde, wenn auch ohne Kaisertitel, hervorgehen. Baron Protesch hätte es am liebsten gesehen, wenn der König den Frankfurtern gesagt hätte, er wolle die weiteren Schritte mit Österreich beraten; aber dies wagte selbst Gras Arnim ihm nicht zu versprechen.

Inzwischen bedrängte man den König von Frankfurt aus immer entschies dener, daß er im Kalle der Wahl die Krone annehmen moge. 3wei Manner, die seinem herzen nahe ftanden, wandten sich mit flebentlichen Briefen an ihn, Ernft Morig Urndt und Bederath. Die Erwiderungen des Roniges gipfeln in der Feststellung, daß, gang abgesehen von der Zwedmäßigkeit oder Rots wendigkeit eines engeren deutschen Bundes, jedenfalls die Frankfurter Bersammlung nicht das Necht habe, über die Raisertrone zu verfügen und aus eigener Machtvolltommenheit eine Verfassung zu geben. Der Rat der Ronige und Fürsten Deutschlands habe nach tausendjährigem herkommen bem beiligen Reich feinen Ronig ju furen und die Bahl dem Bolf gur Bes ffatigung vorzulegen. Rur wenn dies geschehen sei, konne er überhaupt antworten auf ein solches Angebot. - Doch ach! so fieht es nicht! Auf eine Botschaft, wie fie mir aus Frankfurt brobt, geziemt mir bas Schweigen. Ich darf und werde nicht antworten, um Männer, die ich ehre und liebe, ..... nicht zu beleidigen." Das Ding, bas ihm geboten werden folle, fei feine Krone, sondern bas eiserne Salsband einer Rnechtschaft, durch die er der Revolution leibeigen gemacht werden folle. Solange die Versammlung in Arantfurt ohne die gesebmäßigen Obrigkeiten Deutschlands sich das Recht an derartigen Befchluffen anmaße, fiehe fie unter dem Spiegel des Revolutions, stromes und habe nichts ju bieten, was reine Sande berühren durften.

Der Schmut des Jahres 1848, der nach des Königs Ansicht die Krone und die Berfassung verunzierte, wurde aber durch die Beratungen der folgenden Tage nicht geringer, sondern wuchs noch mehr an. Wir wissen ja, daß die

Bericht v. Protesch 21. Mary, Friedjung 1, 503.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ob Graf Brandenburg ihm diese Forderung wirklich, wie er berichtete, "gesprächsweise zugestanden" hatte, lasse ich dahingestellt. Bielleicht hatte er doch nur vermieden, energisch zu widersprechen.

<sup>&</sup>quot; Un Mendt 18. Mary; an Bederath 20. Mary f. Branbenburg 249f.

Streichung des Reichsrates und die Einführung des suspensiven Betos auch für Berfassungeanderungen den unitarischen und demofratischen Charafter der Verfassung noch verstärfte. Um so heftiger mußte auch der Abschen des Königs por diesem Werte und seinen Urhebern werden. Die größte Unverschämtheit lag aber nach seiner Auffassung darin, daß die Bersammlung ihre Berfassung für endgültig ertlärte und sie als Reichsgeset verfünden ließ, bevor auch nur eine Regierung ihre Zustimmung gegeben hatte. Dies alles fonnte ihn nur in der Überzeugung bestärten, daß der revolutionare Beift innerhalb ber Versammlung ben vollen Sieg davongetragen habe, und daß daher eine Berftändigung mit ihr unmöglich fei. hatte er früher ein gewalts sames Einschreiten gegen die Paulstirche abgelehnt und ihr wenigstens ein Recht der Mitwirtung zugestehen wollen, so begann er sie jest als eine Feindin aller Ordnung und des monarchischen Pringips zu betrachten. Wenn er in dieser Zeit immer wieder betonte, daß er jest vor allen Dingen ein Mandat von den übrigen Fürsten munsche, um die provisorische Gewalt zu übernehmen und in Deutschland Ordnung ju machen, und wenn er sogar durch Briefe an verschiedene Fürsten eine derartige Vollmacht zu erlangen versuchte1, so wollte er gewiß nicht nur die an einzelnen Stellen ichon hervortretenden, aber noch unbedeutenden tatfächlichen Rubestörungen befämpfen, sondern auch die Berfammlung felbft. Denn wenn diese gegen den Willen der Fürsten auf ihrer Verfaffung beharrte, so blieb ihr ja fein anderer Ausweg mehr, als ju beren Berwirklichung die Bolter gegen die Fürsten aufzurufen.

Noch am 28. März abends traf in Berlin die telegraphische Nachricht von der Kaiserwahl ein. Der König ersuchte sogleich den Grafen Arnim, nach Frankfurt zu telegraphieren, daß man keine Deputation senden möge, da er sie nicht empfangen werde<sup>2</sup>; es scheint aber nicht, daß dieser dem Besehl entsprochen hat. Der österreichische Gesandte war abends in einer großen Gesellschaft beim Minister von Manteussel und hatte den Eindruck, daß die Mehrzahl der Anwesenden für die Annahme der Wahl sei; nur darüber schien ihm eine Meinungsverschiedenheit zu bestehen, ob man dem Könige zu einer unbedingten oder bedingten Jusage raten solle.<sup>3</sup>

Um folgenden Tage sprach er den König selbst. Dieser begann die Untershaltung sofort mit der Versicherung, daß er die Krone nicht annehmen werde.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bgl. Meinede 224; der Wortlaut dieser Briefe ift leider nicht bekannt. Bgl. Sybel 1, 305. Auch an den König von Sachsen hatte er in diesem Sinne geschrieben, s. deffen Ants wort v. 12. April, Briefw. Kg. Johanns mit Friedr. Wilhelm IV. usw. S. 244f.

<sup>2</sup> Meinede 217.

Bericht von Protesch 29. Mary, Friedjung 1, 504.

<sup>4</sup> Zweiter Bericht vom 29. März, a. a. D. 504f. — Es fei hier noch bemerkt, daß man in Wien eine, wenn auch bedingte, Unnahme der Krone als fehr gefährlich für Offerreichs Intereffen anfah. Schon die Berichte des Barons Protesch verraten zwischen den Zeilen

Branbenburg, Antersuchungen.

"Sein Gefühl mare, gar nicht zu antworten, aber die Minister maren nicht Diefer Unficht und fagen eben über die Formulierung berfelben jufammen. Er fürchte, fich mit allen ju überwerfen, soweit stunde seine Unsicht von der ibrigen ab. Bulett bleibe freilich feine Verson und feine Ehre noch übrig, und diese nicht ju opfern, sei er entschlossen. Gemissen Rotwendigkeiten wurde er fich nicht entziehen, g. B. einem Schutverhaltniffe, das wieder die milie tarifche Berichmelgung ber 28 fleineren Staaten, die ihn bestürmten, gur Folge haben fonnte, jur Schirmung derfelben und gang Deutschlands gegen die Revolution. Das sei unabweisbar, gebe aus der Natur der Dinge bervor. Aber die Bermerfung der an die Krone gehängten Bedingungen sei er mit feinen Ministern einig. Die Krone selbst aus folder Sand zu nehmen, wurde eine Abicheulichteit fein und Offerreich gerechten Grund felbft zu einem Kriege, wenn nicht heute oder morgen, fo doch bei nächster Gelegenheit geben. Er erfenne nur den deutschen Fürsten das Recht zu, einen Raifer zu mablen - das fei ein altes Recht -, aber felbst aus ihrer hand wurde er die Rrone nicht nehmen, wohl aber mitstimmen für den Raiser von Bfterreich." Der Ronig trat bann für die sofortige Berufung eines Fürstentongresses ein, ber die Gestaltung Deutschlands, ohne die fleineren Fürsten zu mediatis fieren, mit dem Parlament vereinbaren muffe. Mehrmals wiederholte er: "Wenn mir tein anderer Weg bleibt, um meine Ehre ju retten, fo abs digiere ich."1

An diesen Außerungen, die ja im allgemeinen den uns hinlänglich bestannten Gedankengängen Friedrich Wilhelms entsprechen, ist nur eines aufsfallend, nämlich seine Bereitwilligkeit, auf eine militärische Verschmelzung der 28 Kleinstaaten mit Preußen einzugehen. Es scheint dies ein Zugeständnis an die Wünsche des Grafen Brandenburg zu sein, die ja wesentlich auf die Verfügung über die militärischen Machtmittel der kleineren norddeutschen Staaten gerichtet waren. Vielleicht hat auch Prinz Wilhelm in demselben Sinne gewirft. Sie werden, ebenso wie Camphausen, dem Könige vorgessiellt haben, daß man diese niemals wiederkehrende Gelegenheit nicht vorsübergehen lassen dürfe, ohne wenigstens einen greifbaren Vorteil für Preußen

biese Auffassung. Roch beutlicher Schwarzenbergs Außerungen zu Bernstorff (f. bessen Bericht v. 31. Marz, Ringhoffer 99). Nach des Gesandten Meinung war der Fürst, um den König vom Bunde mit Frankfurt abzuhalten, bereit, Preußen jede Forderung in bezug auf seine kanftige Stellung in Deutschland zuzugestehen (also wohl auch Gleichberechtigung in der Leitung des Bundes, heerbefehl mindestens in Norddeutschland), wenn nur ein einheitliches Oberhaupt mit einem aus Boltswahlen hervorgehenden Parlament und verantwortlichen Ministern vermieden werde.

Ahnlich hatte er fich ichon Mitte Mary ju Gerlach geaußert, f. 1, 308. Auch ein. Brief an ben Ronig von Bapern aus Diefer Zeit (v. Spbel 1, 305) enthielt abnliche Außes rungen.

zu gewinnen. Der König konnte hierauf eingehen, ohne seinem Grunds gedanken untreu zu werden, da er ja die Stellung eines Reichserzsfeldherrn für sich schon früher beansprucht hatte. Im allgemeinen aber hielt er auch jest an seinen alten Planen mit gewohnter Zähigkeit fest.

Schon diese Nachrichten lassen erkennen, daß der König mit seinen Ministern über das zu beobachtende Versahren keineswegs einig war, sondern vielmehr einen starten Widerspruch gegen seine Absichten von ihnen befürchtete. Auch Ludwig v. Gerlach gegenüber äußerte er die Absicht, abzudanken, wenn man versuchen sollte, ihn zur Annahme des Frankfurter Angedotes zu zwingen, und klagte über seine Minister, die ihn "als das einzige Regierungsimpediment" betrachteten. Gerlach bezeichnet die Situation als äußerst ängstlich. Erwägt man dies, so wird man doch etwas stutzig, ob die Darstellung Sybels, nach der König und Ministerium in voller Übereinstimmung handelten, richtig sein kann. Man wird vielmehr geneigt sein, zu vermuten, daß diese Meinungs; verschiedenheiten ohne einen neuen heftigen Kamps zwischen ihnen nicht haben ausgeglichen werden können.

Am Abend des 1. April fand, wie Protesch ersuhr<sup>4</sup>, eine Beratung der Minister statt, in der sich die Herren v. d. Hendt, Rintelen und Raabe für die unbedingte Annahme, die übrigen Minister für die bedingte Annahme der Krone aussprachen. Eine Einigung wurde offenbar nicht erzielt, da der König noch abends den Grafen Brandenburg holen ließ und von ihm bis zum 2. April vormittags 10 Uhr ein bestimmtes Votum des Ministeriums und den Entwurf zu einer Erklärung für die Kammer verlangte.

In denselben Stunden, wo die Minister über eine Antwort berieten, bes sprach sich der König mit der Kamarilla, die diesmal vollzählig versammelt war, über denselben Gegenstand. Er hatte selbst den Entwurf zu einer Antwort aufgesetzt, den er seinen Freunden vorlegte. Es wird notwendig sein, seinen Wortlaut hier zu wiederholen.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Ein Mann wie Bismard würde in dieser Lage wohl in Wien direkt gesagt haben: Frants furt dietet uns die Kaiserkrone; was dietet Jhr, wenn ich sie ablehne? Sine derartige Politik, die Bernstorss Berichte direkt nahelegten (f. Ringhoffer a. a. D.), hätte wahrscheinlich zur Begründung einer dem norddeutschen Bunde ähnlichen Formation geführt. Für Friedrich Wilhelm kam sie nicht in Frage, da er schon hierin ein durch das Bündnis mit der Nevolution erprestes Zugeständnis gesehen haben würde. Über seine Stellung zu einer Machtvers größerung Preußens überhaupt s. unten S. 240 f.

<sup>2</sup> Bgl. auch Protesch Bericht v. 1. April (Aus d. Briefen d. Grafen v. Protesch Dften 22f.).

<sup>3</sup> E. E. v. Gerlach 2, 43, 44. — Damit hangt auch fein Versuch zusammen, seinen Freund Radowit im entscheidenden Augenblick in das Ministerium einzuschieben, f. Meinecke 217.

<sup>4</sup> Bericht v. 2. April, Friediung 1, 506.

<sup>5</sup> v. Poschinger, Unter Friedr. Wilhelm IV. 1, 89.

"Meine herren! Die Botschaft, deren Träger Sie heut sind, hat Mich tief im Innersten erschüttert. Sie hat Meinen Blid auf den König der Könige und, so gestärtt, in Mein Gewissen gelenkt und auf Meine heiligen, unanstassbaren Pflichten als König Meines Volks und als einer der großen Fürsten Teutschlands. Solch ein Blid, Meine herren, macht das Auge klar und das herz groß.

Als König von Preußen bin ich Teutschlands Schwerdt; als alter und mächtiger Fürst des Reichs bin Ich der Bruder Meiner Mitfürsten, der Beschüßer derer unter ihnen, die Meinen Schuß anrusen, und verpflichtet, das Meine redlich und mutig zu tun, ein Wahrer und Förderer alles heiligen Nechtes sowie der Ehre und der Bedeutung des teutschen Namens zu sein.

Das unermeßliche Opfer, welches die teutsche Nationalversammlung von Mir fordert, kann Ich nur dann bringen, wenn die Mir gemachten Beschingungen, eine Königliche Würdigung der Umstände und die Formen, unter welchen es gefordert wird, mit Meinem Gewissen, Meinen Überszeugungen und Meinen angebornen Pflichten stimmen. Ihnen, Meine Herren, geben vielfache öffentliche Aussprüche Meiner Regierung und die eigenen Worte Meiner Thronrede bei Eröffnung des gegenwärtigen preußisschen Landtages schon einen Maßstad Meiner künftigen Entschlüsse. Ich kann aber in einem Punkte Ihnen gegenüber heute deutlicher sein.

Ganz abgesehen von meiner Person, ganz abgesehen von der Frage über Annehmen und Ablehnen, darf, kann und werde ich keine Wahl zum Haupte teutscher Nation zu Necht beständig anerkennen als die, welche auf einem ordentlichen Fürstentage und nach tausendjährigem, geheiligtem Herkommen und Necht, unter Leitung der großen Fürsten des Neichs, folglich unter Meiner eigenen, freien Mitwirkung geschieht und durch teutsche Nation bestettigt ist.

Ich sprech' es aus, Meine Herren — Ich freue Mich des günstigen Zussammentreffens der Umstände, die Mir heut gestatten und gebieten, eine so schwerwiegende und ergreisende Botschaft wie die Ihrige weder abzulehnen noch anzunehmen, weder die edlen Hoffnungen wahrhaft teutscher Herzen zu brechen, noch den Frieden des Vaterlandes und das gute Vernehmen mit meinen Brudersürsten und treuen Bundesgenossen zu gefährden.

Deffen aber möge Teutschland gewiß sein, und das verkünden Sie, Meine Herren, in allen seinen Gauen: Bedarf es unsers alten Sieges/Schwerdtes gegen innre und äußre Feinde, so laß Ich Mich nicht rufen und nicht wählen, sondern gehe getrost den Weg Preußens, Hohenzollerns und der teutschen Ehr' und Treue."

Die Kamarilla' war mit diesem Entwurfe im allgemeinen einverstanden, nur an einem Puntte nahm fle Anstoß; es war dies der Sab, daß der König

<sup>1</sup> Dgl. ben Bericht 2. v. Berlache 1, 309f. u. E. L. v. Berlache 2, 44f.

feine Bahl annehmen werde, als die auf einem ordentlichen Fürstentage nach tausendiährigem herkommen vollzogen und burch die deutsche Nation bes ftatigt fei. Bu naberer Erlauterung feiner Meinung gedrängt, fagte ber Ronig, er wolle natürlich nicht jedem beutschen Fürsten bas gleiche Gewicht bei der Wahl einräumen; ihm tomme es vielmehr darauf an, daß die Nach: folger der alten Rurfürsten die Wahl vollzögen, und er machte die acht Fürsten namhaft, die als folche zu betrachten feien. Weiter befragt, mas er unter der Zustimmung deutscher Nation verstehe, bezog er sich auf die Aktlamation bes Volfes, die für die Raiserwahlen des Mittelalters bezeugt sei; an die Stelle des Bolfes sei jest die Frankfurter Nationalversammlung getreten. Den Einwendungen seiner Freunde trug der König schließlich insoweit Reche nung, daß er als mögliche Bariante eine von Ludwig v. Gerlach vorgeschlagene Fassung an den Rand schrieb, die lautete, er werde nur eine Wahl annehmen, "welche unter der Mitwirfung aller teutschen Fürsten, Meiner eigenen nicht ausgeschlossen, und freien Städte justande fommt, welche der gegenwärtige Zustand von Teutschland nicht minder als alte teutsche herkommen for: bert". Es follte der Mitwirfung der Nationalversammlung bei der Wahl also überhaupt nicht mehr gedacht werden.

Als den Kern des königlichen Entwurfes muß man die Erklärung ansehen, daß er das Angebot weder ablehnen noch annehmen könne, da das Recht zur Wahl nicht der Nationalversammlung, sondern nur den Fürsten zustehe. Die ersten Säße mit der besonderen Betonung, daß die Annahme einer solchen Würde in jedem Falle ein Opfer für ihn sei, sollten andeuten, daß er auch bei einer rechtmäßig erfolgten Wahl noch Bedenken tragen würde, sie anzunehmen und daß hierfür die besonderen Bedingungen, die etwa daran geknüpft würden, und die ganze Lage der Umstände entscheidend sein müßten. Das Ganze war also eine Zurückweisung in der denkbar schrofssen Form; denn der König bestritt der Versammlung ausdrücklich das Recht zur Wahl und folgerte daraus, daß das abgegebene Votum überhaupt keinen Anlaß zu irgendeiner Erklärung biete.

Um Vormittag des 2. April erschien der Ministerpräsident in der Sitzung beider Kammern und gab dort eine Erklärung ab, die offenbar am Abend vorher vom Ministerium festgestellt und morgens früh dem Könige vorgelegt worden war. Sie gipfelte darin, daß die Regierung in dem Beschluß der Nationalversammlung einen wesenklichen Fortschritt erblicke und alles auf; bieten werde, um das erstrebte, jeht nahe gerückte Ziel bald ganz zu erreichen.

Die "hoffnungsvolle Barme", die Meinede 217 an dem Entwurf mahrzunehmen glaubt, vermag ich nicht darin zu entdeden. Auch von einer "Zwiespältigkeit" des Königs kann man m. E. nicht reden. Er wußte ganz genau, was er wollte, stieß aber auf den Biders stand seiner Minister.

Ihrem früheren Standpunkte gemäß halte sie dafür, "daß dieser Beschluß nur für diejenigen deutschen Regierungen gültig und verbind, lich ist, welche demselben aus freier Entschließung beistimmen; die Regie, rung wird ihrerseits nichts unversucht lassen, ein Einverständnis darüber zu fördern".

Obwohl in diesen Worten eine ausbrückliche Mitteilung barüber, mas ber König zu tun beabsichtige, sorgsam vermieden wurde, so konnten sie doch faum anders gedeutet werden, als daß die Regierung ihrerseits bereit sei, den Frantfurter Beschluffen wenigstens im großen und gangen beiguftimmen und ihren Ginfluß auf andere Regierungen in dem Sinne anzuwenden, daß auch diefe ihre Zustimmung erklaren mochten. Man ersieht baraus, in welcher Stimmung und mit welchen Absichten die Minister in die entscheis bende Beratung mit dem Könige eintraten, die noch an demselben Tage1 in einem unter Friedrich Wilhelms Borfit abgehaltenen Kronrat ftattfand. Enbel, der das Protofoll eingesehen hat, berichtet nur furg2, daß die bier vorliegenden Antrage Camphaufens dem Ronige und den Miniffern als ju weitgebend erschienen seien, da der Konig jeden Druck auf die Fürsten habe vermeiden wollen. Rach seiner Angabe wurde hier "dem Monarchen der Entwurf der Antwort an die Frankfurter Raifer, Deputation vorgelegt und von ihm mit fachlich bedeutungslosen Anderungen genehmigt". Es wurde alfo hier der Beratung offenbar nicht der oben erwähnte Entwurf des Königs, sondern ein anderer von den Ministern aufgestellter Entwurf zugrunde gelegt, den wir bisher nicht besiten; da aber nach Sybels Angabe nur unbedeutende Anderungen an ihm vorgenommen fein follen, fo liegt der Schluß nabe, daß er mit der tatfächlich an die Deputation gegebenen Antwort im großen und gangen übereingestimmt habe.

In der Tat beruht diese Antwort in ihren wesentlichen Teilen nicht auf dem Entwurse des Königs. Aus diesem sind nur in etwas veränderter Fassung der erste und der lette Absat herübergenommen. Wir werden also berechtigt sein, anzunehmen, daß der mittlere Hauptteil aus dem Entwurse der Minister stammt, und daß die hinzusügung jener Absäte am Ansang und am Ende einige der von Sybel erwähnten unwesentlichen Anderungen sind. Ob an ihrer Stelle in dem Entwurse der Minister etwas anderes gesstanden hat, oder ob noch weitere Anderungen daran vorgenommen worden sind, können wir nicht mit Sicherheit sesssssen. Indessen lohnt es sich immers

Die Stunde des Kronrats gibt Spbel nicht an. Da aber die Sigung der Kammern schon um 20 Uhr vormittags begann (Sten. Ber. S. 346) und die Erflärung des Grafen Brandens burg ziemlich zu Anfang abgegeben wurde, ift nicht daran zu denken, daß der Kronrat etwa vorher flattgefunden haben konnte.

<sup>1 1, 306</sup>f.

hin, die Antwort ohne jene vom Könige herrührenden Teile sich einmal genauer anzusehen. Sie lautet:

"In dem Beschluß der deutschen Nationalversammlung, welchen Sie mir überbringen, erkenne ich die Stimme der Vertreter des deutschen Volkes. Dieser Auf gibt Mir ein Anrecht, dessen Wertz Ich zu schäßen weiß. Er fordert, wenn ich ihm folge, unermeßliche Opfer von Mir. Er legt Mir die schwersten Pflichten auf. Die deutsche Nationalverssammlung hat auf Mich vor allen gezählt, wo es gilt, Deutschlands Einheit und Kraft zu gründen. Ich ehre ihr Vertrauen, sprechen Sie ihr meinen Dank dafür aus. Ich bin bereit, durch die Tat zu beweisen, daß die Männer sich nicht geirrt haben, welche ihre Zuversicht auf Meine Hingebung, auf Meine Treue, auf Meine Liebe zum gemeinsamen deutschen Vaterlande stüßen."

Bis hierher erweden diese Sate den Eindruck, als werde eine, wenn auch vielleicht bedingte Annahme des Angebotes folgen. Run aber wechselt plöglich der Ton:

"Aber Ich würde Ihr Vertrauen nicht rechtfertigen, Ich würde dem Sinne des deutschen Bolkes nicht entsprechen, Ich würde Deutschlands Einheit nicht aufrichten, wollte Ich, mit Verletzung heiliger Rechte und Meiner früheren ausdrücklichen und feierlichen Versicherungen ohne das freie Einsverständnis der gekrönten häupter, der Fürsten und der freien Städte Deutschlands, eine Entschließung fassen, welche für sie und für die von ihnen regierten deutschen Stämme die entscheidendsten Folgen haben muß. An den Regierungen der einzelnen deutschen Staaten wird es daher jetzt sein, in gemeinsamer Beratung zu prüsen, ob die Mir zugedachten Rechte Mich in den Stand sehen würden, mit starter hand, wie ein solcher Beruf es von Mir fordert, die Geschicke des großen deutschen Vaterlandes zu leiten und die Hossmungen seiner Völker zu erfüllen."

Zweifellos hat es von Anfang an in der Absicht der Minister gelegen, die Zustimmung der deutschen Fürsten in irgendeiner Form vorzubehalten. Aber die Art, in der es hier geschieht, der Unterschied, der zwischen den gekrönten Häuptern und den übrigen Fürsten gemacht wird, die Forderung, daß ihre Zustimmung in gemeinsamer Beratung erfolgen müsse, also nicht von jedem Fürsten einzeln gegeben werden könne — alles das entspringt so offenkundig den Anschauungen des Königs, daß ich Bedenken tragen möchte, diesen ganzen Absah ohne weiteres in seiner jezigen Fassung als einen Bestandteil des ministeriellen Entwurses anzusehen. Hier werden mindestens Korrekturen auf Berlangen des Königs angebracht worden sein.

So bleibt als einziger, mit Sicherheit nachweisbarer Bestandteil des Ents wurfes der Minister jener oben abgedruckte Passus übrig, der ein starkes

Entgegenkommen gegen die Nationalversammlung zeigt, aus ihrem Beschlusse ein Anrecht auf die Oberhauptswürde herleitet und den Anschein erweckt, als solle eine bedingte Annahme folgen.

Run haben wir aber noch eine andere Angabe über die ursprünglich geplante Antwort; Baron Profesch meldet nämlich am 2. April1, der Ronig werde sagen: "Er habe mit Freude und mit Dantgefühl für die Bers treter des deutschen Bolkes den Entschluß vernommen, ihn als Obers haupt an die Spite Deutschlands zu stellen. Er nehme es an; aber die Nationalversammlung muffe ihm, der ein großes Opfer bringe, jus gestehen, seinem Gewissen zu genügen, und sein stets ausgesprochenes Bort ju lofen, die Annahme mit den deutschen Fürsten ju vereins baren." Protesch fann diese Nachricht doch wohl nur aus dem Minis sterium, wenn auch vielleicht auf einem nicht gang offiziellen Wege erhalten haben; er ift so genau orientiert über die Abstimmung des vorhergebenden Abends und fogar über die Stunden der Zusammenfünfte, daß man nur an eine authentische Information benten tann. Da nun seine Angabe so genau übereinstimmt mit bem, was wir aus bem und befannten Bruchftud des ministeriellen Entwurfes und den sonstigen Nachrichten als die Absicht der Minister glaubten erschließen ju tonnen, so ift die Vermutung vielleicht nicht ju fuhn, daß dem Baron Profesch der Entwurf des Ministeriums vor der Genehmigung durch den Ronig bekannt geworden fei und als Quelle für feine Angaben gedient habe.

Selbst wenn aber dies nicht zutreffen sollte, und wenn jener Entwurf nicht ausdrücklich die Annahme der Oberhauptswürde unter Borbehalt nachsträglicher Zustimmung der Fürsten enthalten haben sollte, so liegt doch so viel am Tage, daß der von den Ministern in die königliche Antwort hineinsgebrachte Absah dessen eigentlicher Anschauung völlig widersprach, indem er den Beschluß der Bersammlung ganz anders bewertete, wie es der König in seinen privaten Außerungen und in seinen eigenen Entwürsen getan hatte. Es ist ferner klar, daß der König hier nicht, wie es seine eigentliche Absücht gewesen war, eine Antwort aus prinzipiellen Gründen verweigerte, sondern daß er sie nur ausschob, dis ein Botum der übrigen Fürsten vorliegen werde, und daß seine Worte daher auch in dieser Form noch, obwohl eine ausschrückliche Erklärung dieser Art sehlte, als eine bedingte Annahme aussgelegt werden konnten.

Sybel halt nun eine folche Deutung für ausgeschloffen durch die Rede, die der König nach Beendigung der Beratung hielt und die er aus dem Pros

a. a. D. 507.

Der Ronig felbft blieb freilich der Anficht, daß feine eigentliche Meinung auch jest noch in der Antwort enthalten fei und durch das "hoffleid", das fle angezogen habe, deutlich

tofoll mitteilt. Was aber sagte der König hier? Ich muß wörtlich mitteilen, was uns Sybel' darüber berichtet:

- "I. Bor allen Dingen sei zu streben, durch Beratung mit den deutschen Fürsten, einschließlich Osterreichs, der Neugestaltung Deutschlands eine sichere Grundlage zu geben, dabei zu dem von ihm beabsichtigten deutschen Bundesstaat die Zustimmung Osterreichs, obgleich dasselbe daran nicht teilnehmen könne, zu erlangen, und dessen Berhältnis zu dem das ganze bisherige Bundesgebiet umfassenden Staatenbunde festzustellen.
- 2. Die Vildung des deutschen Bundesstaates, wie sie in Frankfurt aufz gefaßt ist, kann nicht gelingen, wenn sich ihr die deutschen Könige entziehen. Sollten sich nur die Rleinstaaten dazu entschließen, so würde ein solcher Verein nicht als der angestrebte Bundesstaat betrachtet und organisiert werden können.
- 3. Dann gestaltete sich das Verhältnis der Aleinstaaten zu Preußen wesent; lich als ein Schutzverhältnis, und es würde die von Camphausen zu Frant; furt in diesem Sinne eingeleitete Unterhandlung mit Nachdruck zu Ende zu führen sein.
- 4. Die Annahme des Kaisertitels halte ich unter allen Umständen für uns angemessen."

Also auch nach der Ansicht des Königs war das Zustandekommen des engeren Bundes, natürlich mit Preußen als Oberhaupt, auch nach Erteis lung seiner Antwort noch denkbar, falls die Zustimmung aller Fürsten erfolge, Österreich definitiv ausscheide und freiwillig die Bildung eines solchen Bundesstaates zugestehe.<sup>2</sup> Dies waren die Bedingungen, bei deren Erfüllung seine aufschiedende Antwort zu einer Zusage werden sollte.

hindurchscheine, wie sein Brief an Bunsen vom 7. April (Ranke a. a. D. 518f.) zeigt. Nur weil er dieser Ansicht war, konnte er der Fassung der Minister schließlich zusstimmen. Merkwürdigerweise sah auch L. v. Gerlach (2, 45), der sonst so scharfsichtig in Prinzipienstragen war, in der Antwort einen Sieg der Absichten des Königs und der Kamarilla. Auch dies wird nur verständlich, wenn man erwägt, daß die Minister auf bedingte Annahme der Oberhauptswürde gedrungen haben, und daher eine Fassung, die dies wenigstens vermied, von den Gegnern als Sieg empfunden werden konnte. Hinz gegen bedauerte König Friedrich August von Sachsen (12. April s. oben S. 209 Anm. 1), daß die Antwort nicht "entschiedener gegen das Prinzip gerichtet" gewesen sei. Allerdings hatte auch er den dem Könige "eigenen Kern aus der ministeriellen Hülle herauserkannt".

1 1,307. Die Wiedergabe icheint nicht überall wortgetren gu fein, fondern, wie bei Spbel haufig, eine Mischung von Auszug und Zitat, ohne daß man genau erkennen kann, wo bas eine aufhört und bas andere anfangt.

2 In diesem Sinne fasse ich auch seine Worte in einem aus diesen Tagen stammenden Briefe an den König von Sachsen auf, die dieser in seiner Antwort (f. oben S. 209 Anm. 1) zitiert: "daß die Möglichkeit eintreten könne, wo er sich gezwungen sehen werde, die Erblichkeit anz zunehmen". Es ist hier weniger ein äußerer Zwang gemeint, als die durch Ofterreichs freis

Bir dürfen aus den vorhandenen Quellen wohl den Schluß gieben, daß in dem Kronrat vom 2. April tatfächlich ein äußerst beftiger Kampf swischen dem Ronig und seinen Ministern über die Fassung der Antwort stattgefunden bat.1 Der Rönig ift von seiner ursprünglichen Absicht, den Frankfurtern ju fagen, fie batten gar nicht bas Recht, ihm etwas anzubieten und er fonne ihnen deshalb auch gar feine Antwort geben, durch die Minister abgedrängt worden und bat ichließlich seine Zustimmung zu einer aufschiebenden Untwort gegeben, bie nach feinen eigenen erlauternden Bemerfungen am Schluß der Sigung unter Umständen jur Konsequeng der Annahme führen konnte. Es soll natürlich nicht bestritten werden, daß der König fest überzeugt war, die übrigen Ronige und Offerreich wurde ihre freiwillige Bustimmung gu bem engeren Bunde unter Preugen niemals geben, und daß er baber glaubte, feinen Ministern bieses Zugeständins machen ju fonnen, ohne Gefahr, beim Borte genommen zu werden. Auch mag ihm die Aufnahme des letten Sates aus feinem eigenen Entwurfe mit feiner verstedten Drohung gegen die inneren Feinde die Zustimmung erleichtert haben. Aber das schafft die Tatsache nicht aus der Welt, daß er von seinen Ministern dabin gebracht worden ift, eine Antwort ju geben, die er eigentlich nicht geben wollte, und daß diese allen Grund hatten, fich noch einmal als Sieger ju fühlen. So versteht man es auch, daß Graf Brandenburg am Abend diefes 2. April zwei Mitgliedern der Raiserdeputation, den Abgeordneten Beseler und Rießer, sagen konne, der Konig werde die Oberhauptswurde in Erwartung der Zustimmung der übrigen Regierungen annehmen.2

Aber die Borgeschichte dieser Antwort ist mit dem, was wir berichtet haben, noch nicht völlig abgeschlossen. Aus der Erklärung des Grafen Brandenburg in den Kammern vom 2. April ersah Graf Alvensleben, daß darin gar nicht von der Frankfurter Verfassung die Rede sei, die doch in keinem Falle, so wie sie liege, angenommen werden könne. Er ging zum Grafen Branden,

williges Ausscheiden herbeigeführte Rotlage, die ihm im Ginne feiner früheren Erflarungen die Pflicht auflegen wurde, die Führung des übrigen Deutschland ju übernehmen. Die Deutung, die Konig Friedrich August den Worten gab, wurde dann nicht gang gutreffen.

Dtto Camphausen schrieb seinem Bruder am 2. April: "Bie ich fonfidentiell weiß, hat das Ministerium Brandenburg mit dem Rudtritt droben muffen. Dagegen nimmt ber Mann Deiner Freundin (Pring Bilhelm) entschieden für die dentsche Sache Partei. Schade ift es doch, daß Du nicht bier bist."

<sup>\*</sup> Bgl. Befeler, Erlebtes 89; Sybels Meinung (1, 307 Anm.), daß ein Migverständnis vorliegen muffe, da Graf Brandenburg sich so unmöglich ausgesprochen haben tönne, tann ich hiernach nicht teilen. hingegen wird B. Simfons Vermutung (179) richtig sein, Graf Brandenburg habe unterlassen mitzuteilen, daß man den Kaisertitel unter allen Umständen abweisen werde. Sollte er für möglich gehalten haben, daß der König schließlich auch darin noch nachgeben werde, und daß man daher besser tue, diese Frage ganz unerwähnt zu lassen?

burg und auch wohl zum Könige selbst und brachte es dahin, daß im letzten Augenblick noch ein weiterer Zusatz in die Rede eingeschoben wurde, der den Borbehalt machte, daß auch zu prüsen sein werde, "ob die Verfassung dem Einzelnen wie dem Ganzen frommt".<sup>1</sup> Wenn hiermit auch nur ausdrücklich etwas ausgesprochen wurde, was stillschweigend schon in der ganzen Fassung der Antwort lag, und wenn auch der Vorbehalt der Prüsung noch keine Ablehnung der Frankfurter Verfassung bedeutete, so lag doch in der Einzsügung dieses Satzes zweisellos etwas Verletzendes für die Nationalverzsammlung, und indem die Minister sie zuließen, gaben sie den Gegnern ihrer Pläne eine neue Handhabe.

Am Mittag des 3. April wurde die Deputation in seierlicher Audienz vom Rönige empfangen. Der hof hatte große Gala angelegt, und sämtlichen Prinzen war das Erscheinen befohlen worden. Der österreichische Gesandte bemerkt dies in seinem Berichte mit sichtlichem Mißsallen, weil hierdurch der ganze Akt zu einer seierlichen Staatsaktion gestempelt wurde. Auch dies kann nicht im Sinne des Königs gewesen sein, der ja die Deputierten beinahe nur als eine Anzahl von Privatleuten ansah, die ihm eine Bitte vortragen wollten; wohl aber entsprach es der Politik des Ministeriums, dem also der König auch hierin nachgegeben hat.<sup>2</sup>

Der König verlas die Antwort vom Throne aus und entließ dann die Versammlung. Zunächst herrschte allgemeine Verwirrung, und es wurden die verschiedensten Ansichten über die Bedeutung der Antwort ausgessprochen. Die Prinzessin von Preußen äußerte lebhaft die Meinung, daß der König eine bedingte Annahme der Krone ausgesprochen habe.<sup>3</sup> Die Deputierten selbst waren aber nicht dieser Ansicht. Der Präsident der

<sup>1</sup> Gerlach 1, 310f. E. L. v. Gerlach 2, 46. Die Aufnahme der Borte scheint endgültig beschloffen zu sein, als der König am Abend des 2. April noch einmal beim Grafen Brandens burg war (vgl. Gerlach 1, 313). Meinecke 218 stellt eine besondere Untersuchung hierüber in Aussicht.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Woher Meinede 218 die Angabe hat, daß der König unmittelbar vor der Audienz dem Erafen Brandenburg unter Tränen um den Hals gefallen sei und an Einsügung eines die Deputation ermutigenden Zusahes gedacht habe, weiß ich nicht. Wenn eine derartige Szene stattgesunden hat, würde eher zu vermuten sein, daß Eraf Brandenburg den ermustigenden Passus gewünscht, und der König ihn, wenngleich unter Tränen, verweigert habe. Man müßte, um hierüber urteilen zu können, den Wortlaut der von Meinede benutzen Duelle kennen. Sein Urteil, daß wesentlich eine ungeschickte Fassung dessen, was man sagen wollte, den schlechten Eindruck der Antwort verschuldet habe (S. 219), halte ich nicht für richtig. Bon Ungeschicklichkeit kann hier keine Rede sein; die Antwort war eben ein schwer errungenes Kompromiß zwischen verschiedenen Absichten der Mitarbeiter, und daraus erklären sich alle Widersprüche und Unklarheiten.

<sup>2</sup> Auch Baron Protesch faßte (an f. Frau 4. April Briefe S. 24) die Antwort des Königs als bedingte Annahme auf.

Nationalversammlung, der im Namen der Deputation das Wort geführt hatte, Eduard Simfon, berichtet in feinen Erinnerungen, daß über ben Sinn der Antwort niemand habe im Zweifel fein konnen, der fie nicht bloß gelesen, sondern aus dem Munde des Königs gehört habe; denn er habe namentlich den letten Abfat in einem fo drohenden Tone gesprochen, daß man über seine mabre Meinung nicht habe im Unklaren fein konnen.1 Der Ronig fuchte offenbar auf diefe Art die Zugeftandniffe, die er feinen Miniftern hatte machen muffen, soweit es ging, wieder abzuschwächen. Die Deputation hat befannts lich geglaubt, ihrer Unschauung einen offiziellen Ausdruck geben zu muffen, indem fie dem Ministerprasidenten schriftlich erflärte, sie muffe die Antwort des Ronigs als eine Ablehnung betrachten, weil die Gultigfeit der Berfaffung, auf Grund beren die Raisertrone angeboten sei, darin bestritten werde.2 Sie fouf burch diese Erflärung freilich noch feinen unwiderruflichen Bruch, weil fie nicht bevollmächtigt mar, ber Entscheidung der Nationalversammlung porquareifen und den Vorbehalt der Prüfung ichon als eine Nichtannahme ber Berfassung auszulegen.3 Aber es war febr fraglich, ob die Stimmung in Frantfurt eine andere fein wurde.

Noch fomplizierter wurde die Lage dadurch, daß die Regierung an dem Tage nach Erteilung der Antwort eine Zirkularnote an die sämtlichen übrigen Regierungen erließ, die mit ihr nicht in Einklang zu bringen war. Sie geht davon aus, daß der König seine Bereitwilligkeit erklärt habe, an die Spiße Deutschlands zu treten unter dem Vorbehalt, daß die Verfassung im Wege der Vereinbarung festgestellt werden müsse, "und daß die getrossene Wahl nur durch das freie Einverständnis der Regierungen zur vollen Rechtsgültigkeit geslangen" könne. Nur um den Schein eines indirekten Zwanges zu vermeiden, habe der König nicht ausdrücklich gesagt, daß er die Wahl unter Vorbehalt oder unter der Voraussehung des nachfolgenden Einverständnisses der übrigen Resgierungen annehme. Zugleich wurde mitgeteilt, daß er bereit sei, auf Antrag

bimfon 187. Bgl. des Konige Brief an Bunfen v. 8. April (Rante 519), der Simfons Eindrud bestätigt.

banfen 5. April bei Cafpary 308.

Bgl. Ludolf an Otto Camphausen 5. und 6. April Beilage 72.

<sup>4</sup> Roth u. Merd 2, 458f. Die Note ist swar vom 3. April datiert, vielleicht auch am Abend dieses Tages vom Ministerium beschlossen, vom König aber erst am 4. April genehmigt; die Ausseichnung Leop. v. Gerlachs (1, 310f.) bezieht sich, obwohl am 6. April eingetragen, auf drei Tage, wie der Inhalt ergibt; die Begegnung mit Brandenburg, der vom Könige sommt, muß also auf den 4. April bezogen werden. Der Bericht von Protesch (Fried jung 1, 507) muß vom 5., nicht vom 4. April datiert sein, da erst am 5. die dort erwähnte Berlefung der Rote in den Kammern stattfand. Die Deputation erhielt die Note am 5. April, Simson 1966. Gagern fannte den Inhalt (wohl durch eine telegraphische Mitteilung), aber nicht den Bottlaut am 5. April, s. seinen Brief an Simson von diesem Tage a. a. D. 197.

der übrigen Staaten und unter Zustimmung der Nationalversammlung die provisorische Leitung Deutschlands zu übernehmen, falls der Reichs; verweser auf seiner bereits ausgesprochenen Absicht verharre, seine Würde niederzulegen. Endlich sei der König entschlossen, an die Spitze eines deutschen Bundesstaates zu treten, der aus den sich freiwillig anschließenden Staaten bestehen solle. Alle Regierungen wurden aufgefordert, binnen 14 Tagen einen Vertreter nach Frankfurt zu schicken, der zu einer genaueren Erklärung darüber ermächtigt sei, ob und unter welchen Bedingungen sie einem solchen Bundesstaate beitreten wollten, insbesondere, welche Veränderungen sie an der Verfassung für nötig hielten, und wie sie sich das Verhältnis zu den außerhalb des Bundesstaates bleibenden deutschen Staaten dächten. Hierbei sei davon auszugehen, daß das alte Bundesverhältnis für alle sortbestehen und lediglich den neuen Verhältnissen anzupassen sein würde.

Die Ausführungen dieses Rundschreibens deckten sich fast genau mit dem, was Camphausen der Deputation zu antworten empsohlen hatte. Die Deutung, die hier der königlichen Rede gegeben wurde, entsprach den Bünschen des Ministeriums, nicht aber den Ansichten des Königs selbst. Der österreichische Gesandte bemerkte sosort, daß hierdurch die Birkung der Rede wieder ausgehoben werde. Auch Otto Camphausen empfand den starken Biderspruch zwischen der Note und der königlichen Antwort; er schried seinem Bruder, daß er mit dem Inhalt der Note in der Hauptsache einversstanden sei, und daß "in deren Sinne der König sich nur gleich hätte aussprechen sollen". Andererseits war der König natürlich unzusrieden; als sie ihm vorzgelegt wurde, bemerkte er zu den Ministern: "Sie steigen schon wieder eine Stuse hinunter, da solge ich nicht."

In der Tat ließ die Rote gar feine andere Deutung zu, als daß Preußen entschlossen sei, auf jeden Fall innerhalb des weiteren Bundes einen unter

<sup>1</sup> Merkwürdigerweise ist das Konzept von Manteussel entworfen (s. Poschinger 1, 91). Es sehlt darin der Passus, in dem der König sich zur sofortigen Übernahme der provisorischen Zentralgewalt bereit erklärt; er wurde vielleicht auf Wunsch des Königs selbst eingefügt, der ja hierauf besonderen Wert legte, wenn auch aus ganz anderen Motiven. Ferner steht im Konzept, der König sei bereit, an die Spitze eines deutschen Bundesstaates zu treten, in der Aussertigung, er sei dazu entschlossen. Diese nicht unwichtige Rüance wird wohl bei der Beratung im Ministerium angebracht worden sein. Sie verwandelte das Angebot in eine Drohung. Die übrigen Abweichungen sind belanglos.

<sup>2</sup> In dem git. Bericht vom 5. (4.) April.

<sup>3</sup> An Ludolf Camphausen 5. April. Die Inkongruenz zwischen beiden Kundgebungen betonte auch der König von Sachsen in seinem Briefe vom 12. April; ganz mit Recht sah er in der Zirkularnote ein Zurückgreifen auf "die unglückseligen Ideen vom 23. Januar". Er fügt hinzu, er wisse sehr wohl, "daß die Ansichten Deines Ministeriums nicht die Deinigen sind". Ebenso empfand sie, in freudiger Erregung, Gagern (an Simson 5. April, Simson 198).

<sup>&</sup>quot; Gerlach I, 311.

seiner Rührung fiehenden engeren Bundesstaat, fei es von größerem ober fleinerem Umfange, ju begründen. Durch die Stellung der furgen Frift von 14 Lagen und die Forderung einer bestimmten Erklärung von fämtlichen Regierungen, murde ein ftarter Drud auf deren Entschließungen ausgeübt. Die Lage war also nach bem 4. April verwickelter als je. Selbst wenn es ben Bemühungen des Ministeriums gelang, von allen Regierungen außer Siter, reich die Bustimmung jum Gintritt in den engeren Bund ju erreichen, fo blieb immer noch die Frage, ob fie fich über die Veranderungen, die an der Berfaffung nötig seien, jest leichter als früher untereinander wurden einigen fonnen, und ob die Nationalversammlung solchen gemeinsamen Berandes rungsvorschlägen ihre Zustimmung geben werde. Satte doch ein großer Teil ihrer Mitglieder fich vor den entscheidenden Abstimmungen verpflichtet, bas baraus hervorgehende Ergebnis als ein definitives zu betrachten. Es war also bringend notwendig, daß die Minister, wenn sie überhaupt zu einem Ergebnis gelangen wollten, sich einen neuen, wohl überlegten Aftionsplan schufen. Sie waren barüber einig, daß man mit der Paulstirche brechen und das Mandat der preußischen Abgeordneten für erloschen erklären muffe, wenn die Nationalversammlung jede Abanderung der Berfassung verweigere. Burde man dann in Frankfurt gur Wahl eines anderen Dberhauptes ichreiten, so werde Preußen dieses nicht anerkennen. Aber das waren nur negative Entschlüsse. Biel schwerer war zu fagen, was nun positiv zu geschehen habe. Indem man dies überlegte, empfand man deutlich, daß man ohne den Mann, der ja die eigentliche Seele der bisherigen Politik gewesen war, auch jest nicht weiter vorwärts kommen könne und berief am 6. April Camphausen teles graphisch nach Berlin.

Die Zeit bis zu seiner Ankunft füllte das Staatsminisserium durch eine eingehende Beratung der Frankfurter Verfassung aus; man versuchte festzussellen, welche Anderungen unbedingt gefordert werden müßten. Man nahm zunächst die Grundrechte vor und kam zu dem Entschlusse, von uns bedeutenderen Veränderungen abgesehen, den Fortfall des Sates "Der Adel als Stand ist abgeschafft" zu verlangen, die Aufhebung der Todesstrafe zu beanstanden, für die christlichen Rirchen die in der preußischen Verfassung eingeräumte Stellung zu wahren, endlich die Gewährung freien Unterrichts auf allen öffentlichen Unterrichtsanstalten an Unbemittelte<sup>2</sup> zu streichen. Bezüglich des Wahlgesetzs war man der Weinung, daß eine weitergehende Veschräntung des aktiven Wahlrechtes notwendig sei, und daß die öffentliche Abstimmung an Stelle der geheimen treten müsse; ferner fand man eine

<sup>1</sup> Protofoll b. Sipung v. 6. April Beil. 75.

B Protofoll vom 6. April Beil. 75.

herabsetung der Diaten und eine Einschränkung für die Portofreiheit der Abgeordneten münschenswert.

Camphausen war mit dem Geschehenen wenig zusrieden. "Der eingeschlagene Weg", schrieb er seinem Bruder, "ist auch ein Weg, und wer weiß, ob mit mäßigem oder vielmehr unmäßigem Glück er nicht zum Ziele führt; doch bin ich froh, daß ich die Verantwortung nicht dafür zu tragen habe." Zwei Tage später fügte er hinzu, die Antwort des Königs erscheine ihm schlimmer und widerwärtiger, je länger er darüber nachdenke; er wisse nicht, wie man diesen faux pas wieder gutmachen wolle und sei höchst entmutigt; mit dem Zirzkular an die deutschen Regierungen scheine sie ihm nicht recht vereindar; er wisse nicht, was man eigentlich in Berlin wolle.

Auf den Ruf des Ministeriums reiste er fofort nach Berlin; seit dem 9. April nahm er an den Beratungen teil, und man begann nun die eigentliche Verfassung einer fritischen Betrachtung zu unterziehen. Ich hebe aus den Beschlüssen' nur das wichtigste hervor. Die Bereidigung ber Truppen auf das Reichsoberhaupt und die Berfaffung follte wege fallen; nur die von der Zentralgewalt direft ernannten Befehlshaber durften einen folden Eid leisten. Die Bestimmungen, die dem Reich die Befugnis jur Abernahme ber Poftverwaltung und jur Anlegung von Telegraphen: linien zusprachen, sollten aufrechterhalten werden, obwohl sie in der früheren Rollettivnote beanstandet waren, da sie unter der Boraussetzung, daß Preußen an die Spite des Bundesstaates trete, bessen Interessen entsprächen. Die Erblichkeit der Oberhauptswürde muffe auch auf männliche Kollateralen ausgedehnt werdens; der Raisertitel sei ju streichen. Das absolute Beto bei gewöhnlichen Gefeten und Verfassungeanderungen muffe unter allen Um: ftänden für das Reichsoberhaupt gefordert werden. Die Wiedereinführung bes in der zweiten Lesung gestrichenen Reichsrates sei wünschenswert, weil fie den größeren Staaten den Beitritt erleichtere. Weiter fand man gegen die Verfassung nichts Erhebliches einzuwenden.

Das Protofoll der Sitzung vom 9. April ist meines Erachtens der stärkste Beweis dafür, daß das Ministerium mit vollem Ernste auf die Begründung eines Bundesstaates mit Preußen an der Spitze auch nach der Antwort des Königs an die Deputation weiter hinarbeiten wollte. Indem man die Beränderungen der Verfassung auf ein möglichst geringes Maß beschränkte, wollte man ein Einverständnis mit dem gemäßigten Teile des Frankfurter

<sup>1</sup> Prototoll d. Sigung v. 7. April Beil. 76.

<sup>2 3.</sup> April, Caspary 308.

<sup>3</sup> Un Otto Camphausen 5. u. 6. April f. Beil. 72.

<sup>4</sup> Protofoll d. Sigung v. 9. April Beil. 80.

Baturlich mit Rudficht darauf, daß Friedrich Bilbelm finderlos war.

Parlamentes ermöglichen; auch trug man nicht das geringste Bedenken, die Selbständigkeit der übrigen Bundesglieder mehr zu beschränken, sobald Preußen die Oberhauptswürde erhalte; sogar den Neichstat ließ man nur mit einem gewissen Bedauern zu, da er die Stellung des Oberhauptes nicht zu stärken geeignet sei.<sup>1</sup>

Um folgenden Tage erhielt Camphausen Gelegenheit, seine Ansichten über das jest zu beobachtende Verfahren vorzutragen.2 Eine weitere Verhandlung mit der Nationalversammlung über die Berfassung hielt er für nublos. Man muffe fich junachst darauf beschränten, von den Regierungen bestimmte Antworten auf die Rote vom 3. April einzufordern und zwar lediglich auf die Frage, ob fie bereit feien, in einen Bundesstaat, an deffen Spipe der Konig von Preußen als Oberhaupt fiebe, einzutreten. Sollten fich mehrere Regierungen weigern, diese Erklärung ju geben, wie dies ju erwarten sei, fo wurde fich damit jede weitere Beratung über die Frankfurter Verfaffung erübrigen, weil diese ja für gang Deutschland berechnet gewesen sei. Vielmehr werde der Konig, sobald die Ablehnung einzelner Staaten vorliege, ju ers flaren haben, daß er nunmehr sein am 3. April ausgesprochenes Unerbieten surudnehme, daß aber an ihm nicht die Schuld liege, wenn die deutsche Einheit nicht zustande gefommen sei. Alsdann sei mit denjenigen Regierungen, die fich dazu bereit erklärt hatten, in Berhandlung über die Berfaffung des engeren Bundesstaates ju treten; hierbei fonne man die Frankfurter Bers fassung jugrunde legen. Wenn aber ein Ergebnis erreicht werden folle, fo muffe sofort ein Organ mit dem Rechte gur definitiven Reststellung ber Bers fassung geschaffen werden; hierzu eigne fich am besten ein Voltshaus, bestehend aus denjenigen Abgeordneten des Frankfurter Parlaments, die den beis tretenden Staaten angehörten; daneben ein Staatenhaus, jufammengefest nach den Borfchlägen der Frankfurter Berfaffung; für die übereinstimmenden Befchluffe diefer beiden Saufer muffe nur die Zustimmung des Ronigs von Preußen vorbehalten werden. Auf das Staatenhaus tonne jedoch auch versichtet werden.

Camphausen wollte also die Einzelstaaten außer Preußen von jedem bestimmenden Ginfluß auf die fünftige Berfassung ausschließen; was das Parlament und der Rönig von Preußen gemeinsam beschließen würden,

Dies hervortreten des spezifisch preußischegemonischen Gesichtspunttes nahmen wir schon bei Camphausen in dem Augenblide mahr, wo man auf einen Bund rechnen mußte, der außer Preußen nur fleinere Staaten umfassen sollte. Graf Brandenburg wird damit sehr einverstanden gewesen fein.

<sup>\*</sup> Prototoll b. Sigung v. 10. April, f. Beil. 81. Die Dentschrift vom 11. April (Rr. 82) war offenbar eine erweiterte schriftliche Ausarbeitung feines Botums und wurde bann eine fach als Instruction far ibn benutt.

follten sie einfach annehmen. Es ließ sich voraussehen, daß dann die Bersfassung des Bundesstaates ungefähr der Frankfurter Verfassung einschließs lich der jest vom preußischen Ministerium für notwendig erklärten Andes rungen entsprechen werde. Mit den außerhalb des engeren Bundes bleis benden Staaten, auch mit Osterreich, sollte alsbald über die Ausgestaltung des alten auf der Bundesakte von 1815 beruhenden Bundesverhältnisses in Verhandlungen eingetreten werden.

Das von Camphausen vorgeschlagene Verfahren war zwar einfach, aber gegenüber den Einzelstaaten recht gewaltsam, und hatte außerdem die Aufslösung der Frankfurter Versammlung in ihrem bisherigen Bestande und das Festhalten der kleineren Regierungen an dem engeren Bunde, auch nachdem die Nationalversammlung verschwunden sei, zur Vorauszsehung. Man sollte denken, daß den Ministern dabei von Ansang an das Bedenken hätte kommen müssen, ob der König und die übrigen Rezgierungen zu einem derartigen Versahren zu gewinnen sein würden. Man scheint aber nach dem Siege vom 3. April sich so sicher gefühlt zu haben, daß niemand diese Frage auswarf. Wenigstens bemerkt das Protokoll am Schlusse nur lakonisch: "Die Mitglieder des Staatsministeriums erklärten sich mit den Ansichten des Wirklichen Geheimen Rates Camphausen im wesentlichen einverstanden."

Camphausen arbeitete, um auch die genauere Durchführung seines Planes festzulegen, eine Dentschrift aus, die am II. April dem Ministerium übergeben wurde.2 Darin wurde noch ftarfer betont, daß es für Dreußen darauf ankomme, dem deutschen Bolke zu beweisen, daß, wenn das Werk ber deutschen Einigung scheitere, dies nicht infolge des Widerstrebens von Preußen, sondern ungeachtet seiner fortwährend betätigten Bereitwilligfeit geschehe. Es wurde ferner in Aussicht genommen, daß — eventuell nach vorgängiger Sondierung einzelner befreundeter Regierungen — der König eine Berordnung erlassen werde, wonach die Frankfurter Berfassung einem Bolks: und Staatenhause, in der und befannten Zusammensegung aus den beis tretenden Staaten gewählt, vorzulegen fei. Als Termin für den Zusammens tritt wurde der gr. Mai, als Ort Beimar oder Gotha in Aussicht genommen. Die Einzelstaaten follten in diesem Parlament durch Rommissare vertreten fein, die der König auf Grund gemeinsamer Borfchlage der Regierungen, falls folde erfolgten, zu ernennen habe. Diese Kommissare würden das Recht haben, Anderungen der Verfassung vorzuschlagen, und zwar nur solche, für

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Der oldenburgische Bevollmächtigte machte von Frankfurt aus Camphausen darauf ausmerksam, daß wahrscheinlich weder die Regierungen noch die Abgeordneten auf sein Projekt eingehen würden (8. April s. Beil. 78).

<sup>2</sup> Beilage 82.

Branbenburg, Antersuchungen.

die sich außer Preußen die Hälfte der übrigen Staaten, nach der Bes völkerung gerechnet, ausgesprochen hätten. Wenn beide Häuser verschiedener Ansicht seien, so habe in gemeinsamer Situng die Mehrheit zu entscheiden. Für die so festgestellte Verfassung wurde nur die Zustimmung des Königs von Preußen vorbehalten und dem Parlamente ausdrücklich untersagt, vor erfolgter Vollziehung der Verfassung irgendeinen anderen Gegenstand in Veratung zu nehmen. Die Regierungen, welche die Wahlen zu diesem Parlasmente vollziehen ließen, würden durch diesen Akt anerkennen, daß sie das ihnen zustehende Recht der Genehmigung dem König von Preußen überstragen hätten.

Sei diese Berordnung ergangen, so sollte bis zum 6. Mai abgewartet werden, welche Regierungen die Wahlen vornehmen lassen würden; sei dies eine für den erstrebten Zweck nicht ausreichende Zahl, so müsse die Verordnung zurückgenommen werden. Für die Zwischenzeit werde Preußen den Staaten, die ihre Bereitwilligseit zum Anschluß erklärt hätten, ein Schuß, und Truß, bündnis anbieten.

Camphausen selbst fügt hinzu, daß der von ihm empfohlene Weg viel größere Aussicht auf Erfolg gehabt haben würde, wenn das moralische Gewicht der Raiserwahl stärfer ausgenust worden wäre. Aber auch jest verspreche er noch Erfolg, weil sich jeder Staat scheuen werde, ein klares Nein auszusprechen. Der preußischen Rammer dürfe die Verordnung nicht vorher vorgelegt, sondern nur zur Kenntnisnahme mitgeteilt werden. Zugleich müsse ihr klar gemacht werden, daß eine Verfassung für den engeren Bund niemals zustande kommen könne, wenn den Volksvertretungen der Einzelsstaaten das Recht eingeräumt werde, dabei mitzusprechen; auch die preußische Rammer dürfe daher diesen Anspruch nicht erheben, weil sie sonst den Rammern jedes anderen Einzelstaates das Recht geben würde, die gleiche Forderung zu stellen.

Daß eine der Regierungen dem Könige von Preußen die Vollmacht vers weigern werde, im Namen aller die Verfassung zu sanktionieren, glaubte Camphausen nicht, da sie ja bereit gewesen seien, zugunsten der Frankfurter Versammlung auf ihr Mitbestimmungsrecht zu verzichten, und da sie sowohl durch ihre Kommissare als durch ihre Vertreter im Staatenhaus Einstuß zu üben vermöchten; auch könne Preußen ihnen möglichstes Entgegenkommen für etwaige besondere Wänsche in Aussicht siellen. Seinen Vorschlag, den übrigen Staaten bis zur Vollendung der Verfassung ein Vündnis anzubieten,

<sup>2</sup> Am zo. April hatte Camphaufen, wie oben bemertt, noch die Möglichteit erwogen, das Staatenhaus gang fortgulaffen. Davon ift in diefer Dentschrift nicht mehr die Rede; er wird eingesehen haben, daß zu diefer vollftändigen Ausschaltung der Einzelregierungen weder biefe felbft noch der Ronig die hand geboten haben wurden.

motivierte er damit, daß dann wenigstens voraussichtlich im Falle des Scheisterns aller anderen Bestrebungen dieses Bündnis bestehen bleiben, und Preußen das militärische Kommando über die zwischen seine Gebiete eins gesprengten kleineren Staaten sichern werde. Es werde am besten sein, diese Berträge mit jedem Staate einzeln abzuschließen, weil sie bei den kleineren Staaten andere Bedingungen enthalten müßten, als bei den größeren.

Sobald sich einigermaßen übersehen lasse, welchen Umfang der engere Bund erhalten werde, schlug Camphausen weiter vor, möge Preußen Osterreich und die übrigen außenstehenden Staaten auffordern, auf Grund der Bundesatte von 1815 den Bundestag wieder zu beschicken, entweder in Frankfurt, oder an einem anderen Ort. Ob hier auch die mit Preußen verbündeten Resgierungen durch eigene Gesandte erscheinen oder durch Preußen vertreten werden sollten, müsse von den Ereignissen abhängen. Der neue Bundestag würde dann darüber zu beschließen haben, welche Anderungen an der Bundessatte durch die inzwischen eingetretenen Ereignisse, namentlich die Schöpfung einer provisorischen Zentralgewalt, den Erlaß einer Gesamtverfassung für Österreichsungarn und den Abschluß eines engeren Bundes unter preußischer Führung notwendig geworden seinen. Er zweiselte nicht, daß es leicht sein werde, über das künstige Zentralorgan des Bundes eine Verständigung zu erzielen, "sobald Österreich bereit ist, einigermaßen billige Grundlagen anzunehmen".

Ganz diesen eigenen Wünschen Camphausens gemäß, wurde seine Insstruktion abgefaßt.¹ Der Zeitpunkt, wann er mit den in Aussicht genommenen Erklärungen gegenüber der Nationalversammlung und den Bevollmächtigten der anderen Regierungen hervortreten wolle, wurde ganz in sein Belieben gestellt. Sobald seine Anzeige, daß dies geschehen sei, in Berlin eintresse, sollte die in Aussicht genommene königliche Berordnung erscheinen und durch eine Zirkularnote allen deutschen Regierungen mitgeteilt und erläutert werden; auch würde alsdann das Schutz und Trutbündnis in Vorschlag gebracht werden; es wurde dabei erwähnt, daß Berhandlungen über eine Militärkonvention mit Mecklenburg, den thüringischen Staaten und Braunsschweig bereits im Gange seien.

Der Sinn dieser Abmachungen und Vollmachten war, wie dies auch noch ausdrücklich in dem Schlußsaße der Instruktion ausgesprochen wurde, daß die Ausführung der nächsten Schritte ausschließlich in Camphausens hand liegen sollte, während er dafür die Gewißheit erhielt, daß, sobald er gehandelt habe,

Die Denkschrift vom 11. April wurde durch einige Beglassungen und Jufage, die den Kern der Sache nicht berührten, in eine Instruktion für Camphausen umgewandelt. Er selbst beforgte dies noch vor seiner Abreise und überließ dem Grafen Arnim nur die formelle Aussfertigung, die am 15. April erfolgte.

die Negierung in Berlin sofort mit den notwendigen, ergänzenden Maß, regeln folgen werde. So lange, bis mindestens eine der größeren Regies rungen eine dirette Ablehnung der Oberhauptswahl ausgesprochen habe, sollte jeder Schritt von preußischer Seite unterbleiben. So reiste Camphausen mit der Hossung ab, daß sich, wenn auch nicht die Einigung des außerösterreichisschen Deutschland, so doch noch ein Bundesstaat von geringerem Umfange erreichen lassen werde, und daß, wenn auch dies scheitere, Preußen wenigstens eine Machtseigerung durch den heerbefehl über die kleineren norddeutschen Staaten davontragen werde. Aber in seiner Abwesenheit hatten sich in Frankfurt Vorgänge abgespielt, die wieder hindernd eingriffen.

Die Nationalversammlung war nämlich keineswegs der Meinung, daß ihre Wirksamkeit als beendet zu betrachten sei, falls der König von Preußen die Krone ablehne. Da unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Kaiserwahl Ssterreich das Mandat seiner Abgeordneten für erloschen erklärt und sie aus Franksurt abgerusen hatte<sup>1</sup>, und da die meisten von ihnen diesem Besehle Folge geleistet hatten, so konnte die zurückbleibende Mehrheit der Versammslung mit einem gewissen Rechte geltend machen, daß er gerade denjenigen Teil von Deutschland vertrete, der den engeren Bund bilden solle. Allerdings ließ sich von der anderen Seite mit der gleichen Beweiskraft deduzieren, daß die um eine so wesentliche Zahl von Abgeordneten verminderte Versammlung gar nicht mehr mit der im Frühjahr 1848 gewählten identisch und überhaupt nicht berechtigt sei, das deutsche Volk zu vertreten.

Much die leitenden Staatsmanner im Reichsministerium suchten fich jest barüber flar zu werden, was denn überhaupt noch geschehen könne, um zu einer Einigung ju gelangen. Der Reichsverweser hatte anfangs fofort abs danken wollen, mar aber auf die bringenden Mahnungen Schwarzenbergs geblieben, bamit die provisorische Zentralgewalt nicht in Preußens Sande falle. Dann dachte er daran, fein Ministerium gu wechfeln2, fah aber schließlich auch hiervon ab, da er fonft die Mehrheit der Versammlung gegen fich gehabt hatte. Go blieb heinrich von Gagern auch weiter an der Spige ber Reiches regierung. Er ftellte fich auf den Standpunkt, daß die Antwort des Konigs nicht als eine Ablehnung, sondern nur als ein vorläufiger Aufschub betrachtet werden muffe. Man habe daber jedenfalls abzuwarten, was Preußen inners halb der von ihm felbst gesetzten Frist von 14 Tagen durch Verhandlungen mit ben übrigen Staaten guftande bringen werde. Liefen innerhalb diefer Beit auch nur von einem Teile der Regierungen Antworten ein, welche die Unnahme ber Berfaffung und ber Raiferwahl erflärten, fo fei ber Bundesftaat als unter den justimmenden Regierungen juftande gefommen ju betrachten

<sup>&#</sup>x27; Etlag vom 5. Upril, Roth und Merd 2, 453.

<sup>.</sup> Camphaufen an f. Bruder 6. April Beil. 72; vgl. ferner Beil. 77.

und das weitere - namentlich also eine eventuelle Anderung der Verfassung und eine herangiehung der vorläufig nicht eintretenden Staaten - fei der Butunft ju überlaffen. Zwischen dem Bundesstaate und den nicht beitretenden beutschen Staaten follte bas alte Bundesverhältnis, aber unter entsprechender Einschränkung der Bundeskompeteng, bestehen bleiben. Die Boraussehung hierfür war freilich, daß auch Preußen junachst die Verfassung in ihrer jegigen Geftalt als rechtsgültig und bindend anerkennen muffe.2 Gagern täuschte fich durchaus, wenn er glaubte, dies von Preugen erreichen zu konnen; mochten auch er und viele seiner Freunde immer wieder versichern, bag zweifellos das erfte Reichsparlament, welches auf Grund der Verfassung in bem engeren Bundesstaate gewählt werde, alle gewünschten Revisionen der Berfassung beschließen werde, so blieb doch diese Aussicht immer unsicher und verfette den König von Preugen in die unangenehme Lage, eine Berfaffung, mit der er keinesfalls Kaifer sein wollte, doch scheinbar anzunehmen und sich ihr vorläufig zu unterwerfen. Gagern verwarf den Plan Camphausens, den ihm dieser vor feiner Abreise bereits mitgeteilt hatte, deshalb, weil er jum Konflift mit der Nationalversammlung und unter Umständen zu deren ges waltsamer Zersprengung führen muffe, und badurch alle populären Leidens schaften gegen Preußen und die übrigen Regierungen von neuem erregt werden wurden. Er blieb bei der Berfolgung feines eigenen Gedanfens und schuf dadurch eine neue große Schwierigfeit.

Denn sicherlich ist es nicht ohne Gagerns Einwirkung geschehen, daß am 14. April durch die Bevollmächtigten von 28 Regierungen — im wesentlichen denselben, die sich früher zu der Rollektiverklärung mit Preußen zusammens getan hatten — eine gemeinsame Note übergeben wurde<sup>3</sup>, worin sie erklärten, ihre Regierungen hätten mit Befriedigung vernommen, daß der König von Preußen als Oberhaupt an die Spize des engeren Bundes treten wolle. Es verdiene die höchste Anerkennung, daß er sich vor einer definitiven Erklärung der Justimmung der übrigen Staaten versichern wolle. Sie seien in der Lage, im Namen der von ihnen vertretenen Regierungen, deren volles Eins

<sup>1</sup> Bezüglich Herreichs entwicklte v. Bederath seine Anschauungen in einer interessanten Dentschrift, die ich Beil. 73 mitteile. Es wäre danach die Rompetenz des weiteren Bundes auf die Berwaltung der Bundessessung nund die Beradredung gleichartiger gesetzischer und handelspolitischer Maßregeln beschränkt worden. In der — dann recht bedeutungslos gewordenen — Bundesversammlung sollte aber nicht der engere Bund als Canzes, sondern nach wie vor die einzelnen Staaten vertreten sein, um deren Selbständigkeitsgefühl zu schonen. Die Schwäche dieser Gedanken lag darin, daß ein weiterer Bund ohne gemeinsame auswärtige Politik (aber mit gemeinsamen Festungen!) zerrissen werden mußte, sobald seine Glieder bei ausbrechenden Konflikten in verschiedenen Lagern standen.

<sup>2</sup> S. Beilage 77.

<sup>3</sup> Roth u. Merd 2, 480.

verständnis mit der erfolgten Wahl zu erklären, und obwohl die Reichs; verfassung, wie sie aus der zweiten Lesung hervorgegangen sei, nicht allen ihren Wünschen entspreche, glaubten sie doch im Interesse des Zustandes kommens der Einheit ihre Bedenken zurückstellen und diese Verfassung ans erkennen zu sollen; sie hossten, daß auch Preußen dies tun werde, und setzen voraus, daß dann auch diesenigen deutschen Regierungen, die sich bisher noch nicht geäußert hätten, sich anschließen würden.

Unverfennbar bewegte fich biefe Erflarung im Rahmen bes von Gagern aufgestellten Programms. Es bedurfte nur noch ber Erflarung Preugens, daß es die Verfassung anerkenne, so war der Bundesstaat mit vorläufigem Ausschluß Offerreichs, Banerns, Württembergs, Sachsens und hannovers fertig.1 Der Fehler war eben nur, daß eine folche Erflärung Preugens unter feinen Umftanden zu erwarten war. Daher bedauerte es Camphaufen außers ordentlich, daß dieser Schritt während seiner Abwesenheit geschehen war. Ware er dort gewesen, so hatte er zweifellos alles getan, um dies zu verhindern. In Abwesenheit der Rage aber, so schrieb er feinem Bruder, hatten nun die Mäuse auf dem Tische getangt.2 In Berlin erfuhr man bereits am nächsten Tage, was geschehen sei, und das Ministerium trat sofort darüber in Beratung, ob hierdurch eine Anderung bes bisherigen Vorgehens erforderlich werde. Man tam ju bem Ergebnis, daß man an der Vereinbarung der Verfaffung swifchen Bolt und Regierungen festhalten und die Frankfurter Berfaffung nicht ohne weiteres annehmen wolle. Indem Graf Urnim dies an Camps hausen mitteilte3, fügte er hingu: "Wahrscheinlich werden viele Regierungen von den jett abgegebenen Erklärungen abgehen und fich unserer Anficht ans Schließen. Ich habe aber boch nicht viel hoffnung, daß der engere Bund in dem Umfange wird guftande fommen, wie wir es wunfchen muffen."

Camphausen teilte diese pessimistische Auffassung noch nicht ganz. Ja, es scheint fast, als sei gerade jett noch einmal die hoffnung in ihm erwacht, mehr zu erreichen, als am 11. April möglich schien. Er machte die

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Allerdings ließ die Fassung des letten Sates der Kollektionote, indem sie den Beitritt aller Regierungen außer Ofterreich als eine Boraussetzung bezeichnete, von der man ausgebe, dem Zweisel Raum, ob sich die 28 höfe gebunden erachten würden, wenn diese Voraussetzung sich nicht erfülle. Baden behielt sich für diesen Fall ausdrücklich freie hand vor (11. April, Roth u. Merd 2, 478); die dortige Regierung teilte Samphausen am 16. April mit, daß ihr Bertreter die Kollektionote ohne vorherige Sinholung der Ermächtigung dazu unterzeichnet habe, und daß die Regierung vollständig an ihrem Standpunkt vom 11. April sestbalte (Sigenb. Rotiz Camphausens).

<sup>&</sup>quot; Un f. Bruder 17. April, Cafpary 312. Dort fehlt folgender Sat: "Da ift denn freilich auf eine große Rachfolge für mein Projekt nicht mehr zu rechnen, felbft wenn die dortigen Rammern ibm zuftimmten."

B 15. Mpril Beil. 83.

Regierung barauf aufmertfam, daß die Zustimmung von 28 Staaten ben Vorbehalt des Königs wegen Prufung und Unnahme der Verfassung durch Die Regierungen teilweise erledigt habe, und daß dadurch auch Preußen in seinem Widerstande gegen die Verfassung geschwächt sei. Auch ihn reizte offenbar die Aussicht, daß der König von Preußen jest durch ein einziges Wort den Bundesstaat unter Teilnahme von wenigstens 29 Regierungen auf der Grundlage einer jedenfalls leicht zu verändernden Berfaffung ins leben rufen tonne; und es bestand immerhin die Möglichkeit, daß auch die brei fleineren Königreiche sich noch anschließen würden. Falls dies geschehe, werde man, meinte er, allerdings einen anderen Beg einschlagen muffen.2 Jedens falls hielt er die Position Preußens für unangreifbar, solange es selbst vers meibe, eine bestimmte Erflarung über die Berfaffung abzugeben, bevor nicht alle übrigen Staaten fich barüber ausgesprochen hatten, und behielt immer fest das eine Ziel im Auge, daß, wenn die Einheit diesmal scheitere, fie nicht an Preußen scheitern solle. In einer Note an das Reichsministerium vom 17. April fiellte er fest, daß mehrere der größeren Staaten Deutschlands ihr Einverständnis mit den Beschluffen der Nationalversammlung bis jest nicht zu erkennen gegeben hatten, und daß daher augenblicklich die Borbes dingung ju einem definitiven Entschluß des Konigs von Preußen noch nicht gegeben sei. Die preußische Regierung werde daher, obwohl die 14 Tage. Die sie als Frift gesett habe, verstrichen seien, noch eine furze Zeit abwarten. bevor sie diesem Schweigen einzelner Regierungen die Deutung gebe, daß diese ihre Zustimmung verweigern wollten. Mit dieser Rote wollte er einen Drud auf die vier foniglichen Regierungen im Sinne einer balbigen Außerung ausüben. Auch die Rationalversammlung fah ein, daß es die beste Lösung ber Schwierigkeiten fein werde, wenn man biefe Regierungen gwinge, Karbe gu bekennen; man ging mit dem Gedanken um, befondere Rommissare in diese Staaten ju fenden, um durch fie eine endaultige Antwort einfordern ju laffen.3

Die vier Königreiche befanden fich in der Tat in einer wenig beneidens, werten Lage. In Württemberg drohten die Kammern dem Könige mit der

Derichte v. 17., 19. u. 22. April s. Beilage 84, 85 u. 87. Außerdem findet sich folgende eigenhändige Stizze zu einem Bericht vom 15. April: "Ich sende Abschrift meiner auf die Kollettiverklärung erteilten Antwort ein und mache ausmerksam auf 3 Punkte: 1. Daß die Berfassung nur, soweit die 28 Regierungen betroffen sind, als eine vereinbarte anzusehen sei. 2. Daß der in der Antwortstede des Königs gestellte Borbehalt gemeinsamer Beratung und Prüfung seitens der 28 Regierungen erledigt sei. 3. Daß Preußen in seinem Widerstande gegen die Verfassung geschwächt sei."

<sup>2</sup> Es machte ihn auch etwas stutig, daß die Bevollmächtigten der fleineren Staaten auf seine Andeutungen, für die Zwischenzeit bis zur befinitiven Neuordnung Deutschlands werde für sie ein Schutz und Trutbundnis mit Preugen nüblich fein, gar nicht eingingen.

Bericht Camphausens v. 22. April, Beil. 87.

Einsetzung einer Regentschaft, wenn er nicht sofort die Reicheverfassung an: ertenne; in Banern gaben fich in den frantischen und pfälzischen Gebietsteilen die lebhaftesten Sympathien für die Berfassung fund; in Sachsen drohte der offene Aufruhr wegen der Bogerungen der Regierung, und diese mußte sich bilfesuchend nach Frankfurt und Berlin wenden; in Sannover drangten ebenfalls die Rammern auf eine gustimmende Erflärung, und die Regierung fucte angftlich nach irgendeinem Ausweg, ber ihr bas Entschlüpfen ermöge liche.1 Auf tatfräftige Silfe Biterreichs war nicht zu rechnen, ba diefes nach ben letten Siegen der aufffandischen Ungarn genug mit den eigenen Uns gelegenheiten zu tun hatte. Bon Tag zu Tag wurde es schwieriger, fich bes Undrängens der populären Strömung ju erwehren, und lange fonnten fie alle nicht mehr zögern. Ihre einzige hoffnung war, daß schließlich doch noch von Berlin aus eine unzweideutige Ablehnung erfolgen werde, bevor fie felbft an sprechen genötigt wurden.2 Reine von ihnen hat vor dem 21. April eine offizielle Erflärung gegeben; wohl aber werden fie auf vertraulichem Wege ihre Notlage nach Berlin mitgeteilt haben, um fich zu vergewissern, ob es wirklich Die Abficht des Ronigs fei, fie auf diese Art gur Anerkennung feiner Obers bauptswürde gegen ihren Willen zu zwingen.3

Der König hatte seit dem 3. April geschwiegen und seine Minister arbeiten lassen. Wir hören wohl, daß er auf Verhandlungen mit Österreich, auf Beschickung der größeren höfe durch Spezialgesandte gedrungen habe<sup>4</sup>; aber er fügte sich, als die Minister das alles ablehnten. Wir wissen, daß er die Bedingungen, die er gestellt hatte, für unerfüllbar hielt. Als er von dem Beharren der kleinen Regierungen bet der Verfassung hörte, war er außer sich, daß seine Minister nichts täten; das sei der Fluch des Konstitutionalismus, daß sie mehr Rücksicht auf die Kammermehrheit nähmen als auf ihn. Denn es schien ja jest fast so, als ob dem Ministerium gelingen würde, durch bloßes Abwarten die Zustimmung sämtlicher Regierungen, abgesehen von Östers

<sup>1</sup> Camphaufen äußerte in feinem Bericht vom 16. April (Beil. 84) die Bermutung, daß die hofe von Bürttemberg, Sachsen und hannover unter dem Drud ihrer Kammern wahrscheinlich in nächster Zeit Reichsverfassung und Raiferwahl anerkennen wurden.

<sup>2</sup> Ronig Friedrich August von Sachsen ertlarte in feinem mehrfach gitierten Briefe vom ra. April offen, daß es den mittleren Regierungen nicht möglich sei, mit Frankfurt zu brechen, solange Preugen mit feiner Ansicht jurudhalte.

Bgl. Spbel 1, 314f. Dagu der ofter gitterte Brief des Konigs von Sachsen v. 12. April. Man fieht daraus, daß die Fürsten den Konig auch bei seinem monarchischen Selbstbewußtsein pacten, indem fie ihm gang offen sagten, von ihm selbst glaube man ja alles Gute, aber er sei ja leider nicht imftande, seine Minister im Gehorsam zu halten und deren unheilvolle Politik zu bindern.

<sup>.</sup> Gerlad 1, 313. C. 2. v. Gerlach 2, 49.

Berlad 1, 314.

reicht, ju erlangen; aber ebenfo ficher war es auch, daß diese Zustimmung jedenfalls bei den vier Königen nur eine durch die Furcht vor der Revolution abgezwungene fein wurde. Der Ronig hatte ichon bei feinen Unterredungen mit Gagern im November und in feinen Briefen an Bunfen nicht ben ges ringsten Zweifel darüber gelassen, daß er eine folche erzwungene Zustimmung nicht als vollgültig betrachten wolle und fonne. Es erschien ihm geradezu als erprefferisch, daß seine Regierung gogerte, die armen Ronige aus ihrer Rotlage ju befreien. Jedes neue Ereignis bestärtte ibn in feinen Befürch; tungen. Bunachft die Erklärung jener 28 Regierungen, daß fie die Berfaffung unverändert annähmen; wenn Preugen dagu fcwieg, fo fchien die Deutung febr naheliegend, daß es diefen Schritt billige und geneigt fei, den engeren Bundesftaat auf Grund biefer Berfaffung ins Leben gu rufen. Der Konig wünschte eine kategorische Antwort, welche die "wahrscheinlich notwendig werdende noch kategorischere an die Paulskirche" vorbereiten solle.2 Anstatt dessen erfolgte die Note Camphausens, die den gogernden Regierungen die Piftole auf die Bruft fette. Dazu fam endlich das Borgehen der preußischen zweiten Rammer, die eben über einen Untrag beriet, der den Konig gur Uns nahme der Dberhauptswurde und der Berfaffung auffordern, ja diese trot ber mangelnden Zustimmung ber größeren Regierungen für rechtegültig und allgemein verbindlich erklären follte.3 Auf diese Aktion der Bolksvers tretung fette Camphausen große hoffnung; man wollte dadurch den Konig einschüchtern, das Ministerium bei der Stange halten und womöglich den

Diterreich hatte sofort nach Empfang der Antwort vom 3. April dem Könige gedankt für die "laute Betätigung der Erundsätze des Rechts" aus seinem Munde, zugleich aber erklärt, daß es an dem alten Bunde festhalte und die verlodende Aussicht hinzugefügt, daß es den beiden Großmächten, sobald sie unter sich einig seien, ein Leichtes sein werde, die nötigen Reformen durchzusehen (Erlaß v. 5. April Beil. 74). — Nach Empfang der Jirfularnote v. 3. April änderte allerdings Schwarzenberg seinen Ton; er erklärte, daß Offerreich sich einer von einem anderen deutschen Fürsten geleiteten Zentralgewalt nie untersordnen werde, die Nationalversammlung als nicht mehr existierend betrachte und gegen alle aus den Verhandlungen Preußens mit einzelnen Regierungen etwa hervorgehenden Besschlässe im voraus protestiere (Note v. 8. April, Roth u. Merd 2, 475 s.).

<sup>&</sup>quot; Un Arnim 17. April, Meinede 226.

<sup>3</sup> Schon unmittelbar nach dem Befanntwerden der Antwort vom 3. April seizte in der Kammer eine heftige Agitation für eine neue Abresse an den König ein, die ihn zu einem anderen Berhalten auffordern sollte. Binde wollte den Antrag einbringen, Otto Camphausen arbeitete scharf dagegen, weil er fürchtete, man werde den König dadurch zur Abdankung treiben (an s. Bruder 5. April. In dem Auszuge Caspary 309 muß es heißen: "daß nur wenige die Tragweite einer solchen zweiten Adresse übersahen und sich vergegenwärtigten, wie im glüdlichsten Falle die Abdikation des Königs unvermeiblich gewesen wäre"). Die andere Möglichkeit einer neuen Kammerauflösung scheint er gar nicht in Betracht gezogen zu haben; so sehr überschätzte die Kammer immer noch ihre tatsächliche Macht.

Grafen Arnim aus seinem Amte entfernen; war es doch gerade Otto Camp, hausen, der in der zweiten Rammer den Grafen aufs heftigste angriff und ihn als einen Mann bezeichnete, dessen Amtsführung die Kammer nur mit dem größten Mißtrauen betrachten könne.

Aber gerade diese Einmischung der Kammer scheint auch das Ministerium zum entscheidenden Entschluß gebracht zu haben. Schon am 16. April weiß Ludwig v. Gerlach von Unstimmigkeiten zu berichten, die innnerhalb des Ministeriums wegen der deutschen Politik beständen.<sup>1</sup> Manche Mitglieder des Ministeriums waren offendar durch die Kollektiverklärung der 28 Resgierungen an der Möglichkeit irre geworden, den bisherigen Weg weiter zu versfolgen; denn er schien jest zur vorläusigen Annahme der Reichsverfassung mit allen ihren bedenklichen Bestimmungen führen zu müssen, die man doch unter allen Umständen hatte vermeiden wollen. Andererseits erregte die Neigung des Grafen Arnim zu weitgehendem Entgegenkommen gegen Österreich bei seinen Kollegen die schwersten Bedenken<sup>2</sup>; die Auseinandersezungen wurden so heftig, daß Graf Arnim sich gezwungen sah, sein Entlassungsgesuch einzureichen und die übrigen Minister dessen Annahme ausdrücklich besürworteten. Der König, der in Arnim seinen eigenklichen Bertrauensmann sah, war entsest über die Aussicht, ihn zu verlieren, und neue heftige Kämpse schienen unvermeidlich.

Wenn man in diefer Lage fragte, was denn der bisherige Ratgeber des Ministeriums in den beutschen Fragen ju tun empfehle, so tonnte man aus Camphausens Berichten auch nur entnehmen, daß er feine anderen Möglichs feiten fab, als entweder mit der Paulsfirche offen zu brechen, auf die Gefahr einer neuen Revolution und eines Bürgerfrieges bin, und mit dem mabre scheinlichen Ergebnis, daß alle Einheitsbestrebungen scheitern würden, ober die Verfaffung unter dem Vorbehalt späterer Revision anzunehmen. Camps bausen trat jest für bas lettere ein, ba ihm der erstere Weg noch bedenklicher erschien. Auch ber Bersuch bes Reichsministeriums, durch die Entsendung Bederaths nach Berlin ben Konig und die preugische Regierung für bie Annahme der Verfassung unter Vorbehalt der Revision auf einem nur von ben beitretenden Staaten beschidten Reichstage ju gewinnen, blieb ohne Erfolg. Der Konig fagte, man mute ihm ju, es ju machen, wie der Prophet Daniel, und in die Lowengrube ju fleigen in der hoffnung, daß Gott ibn erretten werde; er fet aber nicht ber Prophet Daniel und wurde glauben, Gott zu versuchen, wenn er fo handle.3 Auch die Minister waren nicht geneigt,

<sup>1</sup> C. 2. v. Berlach 2, 51.

<sup>9 6.</sup> Meinede 220f.

<sup>\*</sup> Go refumiert der Ronig felbft feine Antwort an Bederath (an Camphaufen 30. April, Brandenburg 201). — Wenn Bederath glaubte, auf den Ronig Eindrud gemacht gu haben (Spbel 1, 313), fo irrte er fich.

ben Natschlägen Camphausens und Bederaths zu folgen; sie wollten lieber versuchen, ob nicht troß des Bruches mit der Versammlung der innere Krieg vermieden und wenigstens der zuletz schon vorwiegend ins Auge gefaßte kleinere Bund zwischen Preußen und den angrenzenden Staaten ins Leben gerusen werden könne. Das Orängen auf Annahme der Versassung ging in der zweiten Kammer hauptsächlich von der äußersten Linken aus, also gerade von den Männern, welche die Minister nicht nur als ihre persönlichen Gegner, sondern auch als die Feinde der Monarchie und jeder gesunden Entwicklung der inneren Verhältnisse des eigenen Staates betrachteten. Außerdem wußten sie, daß sie den König zum Nachgeben gerade in diesem Punkte niemals würden bringen können.

Als nun Graf Brandenburg aus dem Verlaufe der Debatten zu erkennen glaubte, daß der Antrag Rodbertus die Mehrheit gewinnen werde, weil selbst viele der gemäßigten Liberalen, um nicht alle Hoffnung auf eine deutsche Einigung zu vernichten, dafür einzutreten bereit waren, da schlug er selbst dem Könige vor, die Regierung solle diese Rundgebung nicht abwarten, sondern noch vor der Abstimmung eine unzweideutige Erklärung abgeben.<sup>2</sup> Dem Könige konnte nichts lieber sein; er gab sofort seine Genehmigung, und am 21. April erfolgte in der zweiten Kammer die bestimmte Erklärung des Minisserpräsidenten, daß Preußen die in Frankfurt beschlossene Verfassung ohne Veränderungen auf keinen Fall annehmen könne. Dem Könige war ein Stein vom Herzen gefallen. "Ich danke Gott auf den Knien für Vranden, burgs heutige Erklärung", schrieb er an Manteussel.<sup>3</sup> Er sah darin mit Recht

<sup>1</sup> Eine starte Lodung in dieser Richtung lag in den Nachrichten, die Bernstorff das mals aus Wien sandte (18. April Ringhoffer 101); Osterreich, meinte er, werde jest bereit sein, einen engeren Bund der norddeutschen Staaten mit Preußen zuzus lassen und dafür die süddeutschen Staaten in einen ähnlichen Sonderbund mit Osters reich ziehen unter Aufrechterhaltung der alten Bundesgemeinschaft. War das, vom preußischen Standpunkt aus betrachtet, nicht mindestens ebensoviel, wie ein Zusammens gehen mit der Paulökirche hoffen ließ? Und man blied dabei im Einvernehmen mit Osserreich, das der König immer dringender verlangte, man war an keine Verfassung und keine Volksvertreter gebunden. Man hätte schließlich sogar den drängenden preus sischen Kammern gegenüber auf die für Preußen errungenen Vorteile hinweisen können. Freilich war die Aussicht unsicher, und wir können nicht sagen, wieweit sie die Ents schlässe der Minister mit bestimmt hat.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> 20. April, f. Meinede 227. Der Wortlaut ift leider nicht bekannt. Es wird noch nicht gang klar, ob diesem Briefe ein erneutes Drängen des Königs vorausgegangen ist; man möchte es aber glauben. Die Sesichtspunkte des Königs sinden sich besonders deutlich in dem Erlaß Arnims an Camphausen v. 24. April Beil. 90. Bei längerem Zaudern, sagte er, habe Preußen der Borwurf treffen können, "daß es das Schrechild der Revolution als einen moralischen Zwang über die widerstrebenden Regierungen hätten benußen wollen, um dies selben zur Annahme der preußischen Oberhoheit zu bewegen".

<sup>\*</sup> v. Pofchinger, Unter Friedr. Wilhelm IV. 1, 96.

den endgültigen, schwer errungenen Sieg seiner perfönlichen Politik gegenüber derjenigen des Ministeriums.

Rur Camphaufen war die Radricht von diefer Erflärung ein Schlag aus beiterem himmel. Er fab bamit ben gangen Plan, den er vor wenigen Tagen mit den Ministern so ausführlich besprochen und vereinbart hatte, als ums gestoßen an1: er fühlte sich perfonlich bloggestellt, weil er in Frankfurt immer wieder gesagt hatte, der König werde sich nicht außern, bevor es feststehe, ob die vier übrigen Königreiche in den Bundesstaat eintreten wollten oder nicht. Er fab alle feine Bemühungen, Preugen von der Berantwortung für bas Scheitern der Ginbeit zu entlassen, vernichtet. Er bat sofort telegraphisch um feine Entlassung2 und motivierte fie in einem ausführlichen Bericht an das Ministerium3, worin er sich besonders darüber beflagte, daß man ihm die Absicht, eine derartige Ertlärung abzugeben, nicht vorher mitgeteilt habe, da fie doch ohne Zweifel schon einige Zeit vor der Abgabe erwogen und fests gestellt sei. Obwohl sein Freund von der Sendt ihn beschwor, in diesem Augenblid nicht jurudjutreten und ihm die Berficherung gab, man werde weiter in seinem Sinne handeln', tonnte er sich nicht entschließen, von seiner Absicht abzugehen. Mit Bitterfeit fritifierte er in seiner Antworts das Bers balten des Ministeriums, es "vernichtet alle meine Bestrebungen und ents hebt die Konigreiche aller Sorgen. München, Stuttgart, Dresden, Sannover, besonders aber Wien fonnen illuminieren!" Die beiden Bege, die jest noch möglich seien - freie Verhandlungen unter ben höfen nach vorheriger Berfprengung ber Nationalversammlung ober Unnahme ber Berfaffung unter Borbehalt der Revision - habe -er von Anfang an widerratene und tonne auf ihnen nicht mitgeben; er muffe es folden Leuten, die das mit einverstanden seien, überlassen, die dann erforderlichen neuen Daße

<sup>1</sup> Minister v. Arnim berief sich ihm gegenüber darauf (Erlaß v. 24. April Beil. 90), daß er selbst in seinem Bericht vom 17. den bisherigen Beg als nicht mehr gangdar bezeichnet habe. Dies traf insofern zu, als es sich um die Einigung mit den beitretenden Regierungen über die notwendigen Anderungen der Berfassung handelte; aber Camphausen hatte insofern recht, als teine Notigung vorlag, auch den weiteren Teil seines Planes aufzugeben, wonach die widerstrebenden Mittelstaaten gezwungen werden sollten, zuerst zu sprechen und die Berantwortung für das Scheitern der Einigung, die ihnen von Rechts wegen zusiel, auch vor der Offentlichteit auf sich zu nehmen.

<sup>2 22.</sup> April Beil. 86.

<sup>3 22.</sup> Mpril Beil. 87.

<sup>&#</sup>x27; Telegr. v. 23. Upril Beil. 88.

<sup>3 24.</sup> April Beil. 89.

Den ersten verwarf er auch jeht noch, mahrend er ben zweiten durch feine Darlegungen seit bem 17. Upril felbst empfohlen hatte; er wollte aber auch diese Politit nicht selbst verstreten, sondern dies den Mannern überlassen, bie gleich anfangs dafür eingetreten waren, wahrend er noch eine andere Lösung erstrebte.

regeln vorzubereiten und auszuführen. Er habe niemals geglaubt, sagte er in seinem letzten Bericht<sup>1</sup>, daß die Fürsten sich freiwillig um der Einheit willen einem Bundesoberhaupte unterordnen würden; wenn man den Druck der Volksstimmung nicht habe benutzen wollen, hätte man von Anfang an die Politik anders einrichten müssen. Damit bezrührte Camphausen selbst die Ursache, weshalb seine Politik trot aller anfänglichen Erfolge schließlich scheiterte. Er handelte in der Annahme, daß der König wohl oder übel die Anwendung dieses Druckes gegen seine widerstrebenden fürstlichen Rollegen zulassen und sanktionieren werde; aber er konnte dessen niemals sicher sein; im entscheidenden Augenblicke, als er den sorgsam vorbereiteten hebel benutzen wollte, um seinen Zweck zu erreichen, schlug ihm der eigene König den Eriss aus der hand.

Das Ringen mar zu Ende; aber man begreift, daß sowohl Camphausen wie der Ronig das Bedürfnis fühlten, fich über die inneren Grunde ihres Auseinandergebens noch einmal auszusprechen. Camphausen motivierte auch dem Ronige felbst gegenüber seinen Rudtritt brieflich; Friedrich Wilhelm antwortete mit dem Ausbruck bes Bedauerns, daß er nicht im Amte bleiben wolle, fügte aber hingu, daß er ihn feit brei Monaten migverstanden haben muffe, oder daß er "ben fo oft und fo lebhaft besprochenen Grundfagen unferes vereinten Wirfens untreu geworden fei". Camphaufens Rat fomme doch barauf hinaus, daß er, ber König, sich, wenn auch nur momentan, dem Gögen der Volkssouveranitat beugen solle. Camphausen erwiderte darauf, daß dies ein Irrtum fei. Er habe wohl dazu geraten, die tatfächliche moralische Macht, welche die Nationalversammlung befessen habe, zu bes nuten, nicht aber ben von ihr erhobenen Anspruch, daß fie die Bertreterin bes souveranen Bolfes sei, anzuertennen; er habe es für richtig gehalten, von dem Pringipienstreit abzusehen und das Geschent zu nehmen, obwohl die Danaer es gebracht hatten.2 Daß er dem Ronige damit etwas jumutete, was diefer seiner gangen Weltanschauung nach nicht tun fonnte, scheint er auch jest nicht mit voller Deutlichkeit empfunden zu haben.

Der Ausgang der Sache war nun bekanntlich so, wie er nicht anders sein konnte. Die vier Königreiche atmeten erleichtert auf; größtenteils traten sie nun auch mit einer offenen Ablehnung der Verfassung hervor, wobei sie sich darauf berusen konnten, daß ja ohnehin nie etwas daraus hätte werden können, weil Preußen die Verfassung nicht anerkennen wolle. Anders handelte der König von Württemberg, indem er jest, wo keine Gesahr mehr bestand, daß die Sache zur Aussührung kommen könne, um die öffentliche Meinung seines Landes zu befriedigen, eine unbedingte Anerkennung der

<sup>27.</sup> April Beil. 91.

Briefe v. 22. u. 30. April u. 7. Mai f. Brandenburg, Briefw. 196f.

Reichsverfassung und der Raiserwahl aussprach. Preußen rief seine Ver: treter aus Frankfurt ab, die Nationalversammlung wurde, als fie fich ber Auflösung widersette, aus Frankfurt verjagt und schließlich mit Gewalt auseinandergesprengt; die revolutionaren Bewegungen, die Camphausen und viele andere gefürchtet hatten, brachen gwar in Guddeutschland und Sachfen aus, murden aber von preugischen Truppen ohne allgu große Mühe niedergeworfen; und ber Ronig begann nun den Versuch, die Neuordnung Deutschlands auf seinem Bege, auf dem der Berständigung mit den übrigen Fürsten, berbeiguführen. Er übernahm dabei das querft von Gagern aufges ftellte, dann im preußischen Ginne von Camphausen und Bunfen um: gestaltete Endziel des engeren Bundes im weiteren. Die Magregeln, welche er und Radowis im Laufe ihrer Bestrebungen jur Begrundung der Union ergriffen, fnupften an die gulett von Camphausen entwidelten Gedanten an. Allerdings wollten fie den Bundesftaat nur dann, wenn er das gange außeröfferreichische Deutschland umfaffe und wenigstens im Dringip ein benticher Bund bleibe; eine bloge Segemonie Preugens über die fleineren Staaten, die Camphausen als lette Position, wenn mehr nicht zu haben set, festhalten wollte, ericbien ihnen als verwerflich. Aber der grundlegende Unterschied war und blieb, daß der Drud, den die vom gangen deutschen Bolte gewählte Berfammlung durch ihre bloße Erifteng und ihre Befchluffe ausgeübt hatte, jest nicht mehr mitwirfte; benn bas Erfurter Parlament war doch nur ein schwächliches Surrogat. Go fehlte ihnen das einzige Mittel, beffen Benutung ben Widerstand ber größeren Einzelstaaten ohne Anwendung offener Gewalt hatte brechen tonnen.

#### Schluß.

Die gesamte neuere Forschung ift barin einig, daß bas Berhalten Friedrich Bilhelms IV. gegenüber der deutschen Frage mahrend des Revolutions, jahres ein außerordentlich unsicheres und schwankendes gewesen sei. Die einen dies mehr auf perfonliche Schwäche und Unentschlossenheit, die anderen auf das Vorhandensein verschiedener einander widerstreitender Motive in seiner Bruft gurudführen, macht babei nur einen geringen Unters Sch hoffe durch meine Ausführungen den Beweis erbracht ju haben, daß diese Borftellung falsch ift. Der König hat weber in seinen Grundans schauungen über die Reugestaltung Deutschlands, noch in seinem Entschlusse, aus der hand der Revolution feine Krone und feine Machtsteigerung für sich und seinen Staat anzunehmen, jemals einen Augenblid geschwankt. Bon den immer wiederholten Berficherungen im Mary, daß er an feine Usurpation bente, daß er Offerreich an die Spite Deutschlands gestellt zu seben munsche, führt eine ununterbrochene Reihe übereinstimmender Außerungen bis in die entscheidenden Stunden im April 1849. Sie find so flar und unzweis deutig, daß ein Migverständnis vollkommen ausgeschlossen ift. Und es liegt auch nicht eine einzige perfonliche Rundgebung des Königs vor, die ein Schwanten oder eine innere Unficherheit befundete.

Wie sieht es denn aber, wird man fragen, mit dem latenten deutschen Gedanken des Königs, von dem Bismarck spricht, oder der hegemonischen Unterströmung in seinen Wünschen, die Meinecke annimmt? War wirklich von alledem gar nichts vorhanden? Wollte er nicht im Grunde doch König von Deutschland werden, nur durch die Fürsten, anstatt durch das Volk, wie Ranke meint?

Zweifellos hatte der deutsche Gedanke einen starken Einfluß auf den König; er war auch nicht nur latent vorhanden, sondern wurde bei jeder Gelegenheit von ihm offen und deutlich ausgesprochen. Aber dieser deutsche Gedanke war weder der, welcher die Männer der Paulskirche beherrschte, noch der, welchem Bismarck zum Siege verhalf. Er war zwar — darüber sind ja alle einig — umhüllt vom Nebel der Romantik und eingeschränkt durch universalissische Ideen; aber, wenn auch die Ausstellung klar umrissener Verfassungspläne nicht Friedrich Wilhelms Sache war, so läßt sich doch ein fester Kern bestimmter Vorstellungen bei ihm wahrnehmen. Sein oberstes Ziel war immer, daß das deutsche Volk eine seiner Größe und seinem Werte

entsprechende außere Stellung in der Welt einnehmen solle. Dies ichien ihm im wesentlichen erreicht, wenn Deutschland vor jeder fremden Einmischung gesichert sei, und wenn sein Berricher wie in alten Zeiten ben erften Rang in der Christenheit einnehme. hierzu bedurfte es nach seiner Meinung vor allen Dingen der Einigfeit swifchen Offerreich und Preugen und der Ers neuerung der alten Römischen Raiferwurde, sowie einer befferen militärischen Organisation, die gegen Angriffe von außen ber den genügenden Schut Alles andere, namentlich die Begründung eines gemeinsamen inneren Staatslebens, erschien ihm burchaus nebenfächlich; ja er hielt es gerade für echt deutsch, daß jeder Teil des großen Baterlandes eine möglichst felbständige Sondererifteng führe, und betrachtete alle Bestrebungen mit Abichen, Die eine ftarfere Zentralisation des Staatslebens nach frangofischem Borbilde jum Ziele hatten. Sobald es flar murde, daß fich die Abfichten ber Paulsfirche gang mefentlich auf ein gemeinsames inneres Staatsleben richteten, verließen fie nach des Konigs Meinung nicht nur das Gebiet des für Deutschland Erreichbaren, sondern auch das Gebiet des Erwünschten und wurden im Rerne undeutsch, weil sie die große historische Tradition des beutschen Bolfes verleugneten und etwas erftrebten, mas feiner Eigenart widerspreche.

Sein beutscher Gedante hatte baber auch nichts ju tun mit dem Streben nach einer hegemonie Preugens, ja er fand damit durchaus im Biderspruch, weil diese notwendig die Trennung von Sserreich, damit die Schwächung bes nationalen Gangen und ben Berluft des ersten Ranges in der Christenheit für den deutschen herrscher bedeutet haben wurde. Auch das Streben nach einer preußischen Segemonie mußte in diesem Zusammenhang als undeutsch und verwerflich erscheinen; gerade der deutsche Gedante gebot ihm, mit Sterreich jusammenzugeben, folange nur die geringste Aussicht bestebe, es im beutschen Staatsverbande zu erhalten. Gewiß wollte er feinem Staate die ererbte Stellung innerhalb Deutschlands bewahren und ihn nicht herabs bruden laffen, aber er wollte ihn auch nicht auf Roften der übrigen bereichern. Er war überzeugt, daß die Berwirflichung bes beutschen Gedankens von Preugen, wie von allen anderen Staaten, Opfer fordere, nicht aber Gewinn verheiße. Daher tonnte die Frage, ob überhaupt eine Machtsteigerung für Preußen ju erftreben fei, für ihn erft auftauchen, wenn die deutsche Einheit, wie er fie verftand, als gescheitert betrachtet werden mußte. Dann, wenn man diese hoffnung begraben mußte, tonnte Preugen fich bie Frage vorlegen, was es etwa in der gegenwärtigen Lage, jest auf sich gestellt, in feinem eigenen Intereffe tun tonne. Dann, aber auch nur bann, burfte vielleicht auch perfonlicher Chrgeis fich regen.

Briedrich Wilhelm war eine reiche und tompligierte Ratur, und fo fehr

fein Geift auf das Gefühlsmäßige, Religiofe und Afthetische gestimmt war, so würde man ihn boch verkennen, wenn man annahme, daß unter ben Motiven, die ihn bewegten, nicht auch der Ehrgeiz eine Rolle gespielt habe. Aber auch die Formen, in denen diefer Ehrgeig fich außerte, find von feiner gangen Weltanschauung nicht zu trennen. Es wurde ihn mit bem hochsten Stolze erfüllt haben, für Deutschland etwas leiften, es beschüßen zu tonnen gegen die furchtbarfte Gefahr, die es für ihn in der Welt gab, gegen die herrschaft des fündhaften und die Seele verderbenden Pringips der Revos lution; oder an der Spite der ihm freiwillig folgenden Fürsten und Bolter auszuziehen jum Schute bes nationalen Bodens gegen einen auswärtigen Feind. Gerade diese Borftellung hat bei einem fo untriegerischen Fürsten wie Kriedrich Wilhelm etwas Sonderbares; aber sie hat ihn ohne Zweifel gereixt. Als geradezu fündhaft aber würde es ihm erschienen sein, ehrgeizigen Gelüften nachzugeben, wenn er dabei feine deutschen Ideale und seine Ubers zeugungen von dem, mas gut und recht fei, hatte opfern muffen. Die Schranten feines Ehrgeizes waren ihm gegeben durch feine Überzeugung, daß die Rechte der übrigen deutschen Fürsten genau so gut von Gott verlieben und unverletlich seien wie seine eigenen, und daß est unedel und verwerflich fei, die Interessen des großen Gesamtvaterlandes dem Streben nach eigener Macht zu opfern.

Roch ein anderes Gefühl wirkte ehrgeizigen Motiven bei ihm entgegen. Er war sich durchaus bewußt, daß er der Aufgabe persönlich nicht gewachsen sei, in einer Zeit großer Kämpfe und grundstürzender Veränderungen alles an alles zu sehen, um sich und seinem Staate den größtmöglichen Gewinn zu sichern. Wenn er in seiner letzten Unterredung mit Beckerath selbst das Vild König Friedrichs des Großen herausbeschwor und resigniert hinzusetze: "Ich bin kein großer Regent", so sprach er in dieser Stunde lebhafter Erregung nur etwas aus, was er gewiß oft genug in der Stille gefühlt hatte. Er hielt sich nicht für berechtigt, den ihm anvertrauten Staat, "diese herrliche Schöpfung Gottes durch die Geschichte" der Gesahr eines Kampses auf Leben und Tod unter seiner Führung auszuseben.

Noch ein Wort ist nötig über sein Verhältnis zur Frankfurter National, versammlung. Auch hier muß zunächst daran erinnert werden, daß sein oberstes Ziel immer blieb, die Revolution zu bekämpfen und die von Gott eingesetzten Autoritäten zu schüßen. Eine parlamentarische Versammlung gehörte auch für ihn zu den legitimen, des göttlichen Segens teilhaftigen Einrichtungen, wenn sie auf rechtmäßigem Wege durch die Monarchen besrusen oder durch eine lange historische Entwicklung geschaffen war, wie in England, und wenn sie sich innerhalb der ihr angewiesenen Schranken hielt. Sie wurde aber zu einer revolutionären Macht, wenn sie Besugnisse nicht von

den legitimen Obrigfeiten, sondern von dem Willen des Bolfes ableitete und fich Rechte anmaßte, die ihr nicht gutamen. Bon diesem Gefichtspuntte aus war bas Frankfurter Parlament junachft eine burchaus legitime Inftang, berufen durch die deutschen Fürsten und ihr gesehmäßiges Draan, den Bundestag, um eine Berfaffung mit ihnen ju vereinbaren. Gie mar aber "in die revolutionare Saat geschoffen" von dem Augenblick an, wo fie sich gleich nach ihrem Zusammentritt auf das Pringip der Bolfsouveranität ju ftuben, fich als die alleinige Beauftragte bes gesamten deutschen Boltes ju betrachten, und den deutschen Fürsten als gebietende Obrigkeit gegenüber, gutreten begann. Das war nach des Konigs Unsicht eine Usurpation, die ebenso wider Gott und Recht war wie die andere Usurpation, die ihm manche feiner Ratgeber auf Roffen der deutschen Fürsten gumuteten. Für ihn war daber ein Friede und ein Zusammenarbeiten mit dieser Versammlung nur möglich, wenn fie ihren Irrtum einsah und fich wieder in die Schranken gurudigg, die ihrem Wirken durch die Regierungen von Anfang an gefebt worden waren. Solange er dies hoffen fonnte, wollte er die Versammlung nicht fallen laffen. Denn auch er wußte, daß die deutschen Regierungen felbst zu den verhältnismäßig geringen Dufern, die er im Interesse ber Gefamtheit für notwendig hielt, fich nicht verstehen würden, wenn fie nicht wüßten, daß sie auf die Mitwirtung der Versammlung angewiesen seien und fich mit ihr verständigen mußten. Er wollte und wunschte, daß die Stimme bes beutschen Boltes burch diese Versammlung, die ja ju diesem Zwecke ins Leben gerufen war, recht laut und vernehmlich an das Dhr der Fürften bringen moge; er wunschte auch, bag fie beren Entschluß beeinfluffen und egoistische Bedenken übertonen moge; aber ein freier Entschluß follte es bleiben; und niemals durfte fich die Bersammlung anmaßen, den Fürsten Gesethe vorzuschreiben ober ihnen gar ein Oberhaupt zu seten, weil sie bagu nach seiner Meinung nicht das geringste Recht hatte. Er wollte noch weniger, daß fie gegen den Ungehorfam der Fürsten deren Bolfer in die Schranten rufe ober burch Drohungen diefer Urt unfreiwillige Zugeständniffe von ihnen erpresse.

Alle diese Anschanungen standen in dem Geiste des Königs in enger Bersbindung miteinander; bei Konstitten der einzelnen Motive aber entschied immer das oberste und lette Prinzip, daß die Pflicht aller Obrigseit der Schutz der Autorität und des Rechtes gegen Willfür und Anarchie sei. Die Ehre der eigenen Nation, die Macht des eigenen Staates, die Befriedigung persönlicher Bünsche des Herrschers konnten nur in Betracht kommen, soweit sie mit diesem obersten Grundsate verträglich waren.

Steht aber fo die Einheitlichkeit der Gedankenwelt des Ronigs und die Einheitlichkeit seiner Gesinnung in der deutschen Frage auch mahrend des

Nevolutionsjahres fest, so wird doch deshalb niemand behaupten wollen, daß auch die preußische Politif während dieser Zeit eine konsequente und einheitliche gewesen sei. Denn die Politik wurde seit der Märzrevolution nicht mehr von dem Könige allein geleitet; die persönlichen Anschauungen der Minister und die Rücksicht, die sie auf die Mehrheit des preußischen Landtages nehmen zu müssen glaubten, waren ebenso wichtige Faktoren geworden, wie der Wille des Königs. Die Schwankungen und Wendungen, die wir in der preußischen Politik während dieses Jahres wahrnehmen, sind nicht ein Erzgebnis der Schwäche und Unentschlossenheit Friedrich Wilhelms, sondern ein Ergebnis der noch unsertigen neuen politischen Einrichtungen, die Preußen durch die Märzrevolution erhalten hatte.

Die Minister trieben seit den Märztagen eine andere Politik wie der Konig. Ich habe nachzuweisen gesucht, daß auch diese Politit von festen und flaren Gefichtspuntten geleitet mar. Der treibende Geift für die ministerielle Politit war Camphausen, der erft als Ministerprasident, dann als Bevollmächtigter in Frantfurt das Programm dafür entworfen, und soweit seine Rrafte reichten, durchgeführt hat. Wenn die Minister in Berlin mankend murden und den perfonlichen Ginfluffen des Konigs nachzugeben drohten, fette er fich mit aller Rraft dafür ein, fie wieder in das vorgezeichnete Geleise ju ichieben. So eilte er in den schwierigsten Momenten, dem Juli und Sepe tember 1848, dem Januar, März und April 1849 felbst nach Berlin und rang mit dem Könige um die Seelen der Minister. Seine Politit aber mar swar auch deutsch, aber in anderem Sinne wie die des Königs. Für ihn war ein gemeinsames inneres Staatsleben auf parlamentarischer Grundlage ein wefentliches Stud der deutschen Einheit und Größe; Recht und Birtschaft follten ebenso wie Diplomatie und heerwesen Sache der Gesamtheit sein und ben Einzelstaaten nur verbleiben, mas die Gesamtnation nicht berühre. Seine Politit war aber auch viel ftarter preußisch gefärbt als die des Königs. Sie beruhte auf der Überzeugung, daß die preußische hegemonie über Rleine beutschland im letten Grunde auch den mahren Interessen Deutschlands am besten und allein entspreche. Zugleich behielt er immer die Möglichkeit im Auge, daß die deutsche Einheit auch in dieser Beschränkung vielleicht scheitern tonne, und war für diesen Kall bereit und entschlossen, nur die preußischen Interessen zu Rate zu ziehen und Preußen so viel Macht in Deutschland zu verschaffen, als fich ohne offenen Bruch des Rechts und ohne offenen Krieg erreichen laffe. hier lag zweifellos die größte Schmache feiner Politit; benn, wer so Großes erreichen will, darf auch vor dem offenen Rampf mit den Waffen physischer Gewalt, wenn anders nicht zum Ziele zu gelangen ift, nicht gurudschreden. Er war ferner bereit, die Silfe der Revolution sowohl für die Gründung der deutschen Einheit wie für die Machtvergrößerung Preußens

anzunehmen, allerdings in der bestimmten Überzeugung, daß gerade die Berstärfung Preußens in Deutschland das sicherste Mittel sein werde, die Revolution nachträglich zu bändigen und unschädlich zu machen. Gegenüber dem Könige, der die Zukunst in "traumhaften Bildern" sah, und die politischen Gegensäße in den Kamps des guten und bösen Prinzips, das Ringen zwischen Drmuzd und Ahriman umdeutete, war Camphausen der ruhig abwägende und nüchtern rechnende Realpolitiser; im Bergleich mit Bismarck allerdings war auch er noch ein Kind des alten idealistischen Deutschland, weil er an den Sieg der vernünstigen Idee durch die ihr innewohnende moralische Kraft glaubte und nicht der Meinung war, daß große Fragen nur durch Blut und Eisen entschieden werden könnten. Seine Einigkeit mit dem Könige war von Ansang an nur eine scheindare; sie konnte nur bestehen, solange es ungewiß blieb, wie weit die Frankfurter Versammlung in ihren Veschlüssen gehen werde, und wieviele Zugeständnisse die deutschen Fürsten in scheinbarer Freiwilligsteit machen würden.

Alle Schwankungen der preußischen Politik erklären sich restlos aus dem Rampf dieser beiden verschiedenen Richtungen. Die von Camphausen bes gonnene und geleitete Politik, der das Ministerium im allgemeinen folgte, und die persönliche Politik des Königs mußten bei jeder entscheidenden Wendung in den deutschen Angelegenheiten seindlich auseinanderstößen. Wehrmals warf Camphausen die vom Könige schwankend gemachten Minister mit Erfolg in die alte Richtung zurück; am 3. April erfochten sie noch einen halben Sieg; zuletzt aber setzte der König seinen Willen durch. Mit der größten Zähigkeit hat er an seiner Politik sessengen und sie über alle Schwierigkeiten hinweg schließlich zur Geltung gebracht.

Aus der Beachtung dieses Zusammenhanges ergibt sich aber auch, daß diesen Ereignissen noch eine weitere sehr erhebliche Bedeutung für die Entswicklung des inneren preußischen Berfassungslebens und damit indirekt des späteren deutschen Berfassungslebens innewohnt. Indem der König in dieser damals entscheidenden Frage seinen Willen gegenüber den Ministern und der Rammermehrheit durchsetze, fand der Kampf um die Suprematie zwischen Königtum und Parlament, der seit dem Ausbruch der Revolution geführt worden war, erst seinen Abschluß. Die ersten drei Ministerien nach den Märzstagen waren übereinstimmend der Ansicht gewesen, daß in einem konstistutionellen Staate gegen den Willen der Rammermehrheit nicht regiert werden könne. Der König hatte zwar dieses Prinzip niemals ausdrücklich anerkannt, aber auch jeden offenen Konslitt vermieden, und wenn neue Minister zu berusen waren, nicht zu solchen Männern zu greisen gewagt, von denen er wußte, daß die Kammermehrheit ihnen seindlich gegenübertreten werde. Sein Streben ging dahin, die Verfassung, die er nun einmal vers

sprochen hatte, womöglich auf friedlichem Wege zustande zu bringen. Daraus ergab sich für ihn die schwierige Lage, daß er seinen Ministern häusig in solchen Fragen nachgeben mußte, wo er es eigentlich nicht glaubte verantworten zu können. Solange diese die Mehrheit für sich hatten und ihm einigermaßen Garantien dafür zu bieten schienen, daß sie ihren Einsluß auf das Parlament benußen würden, um eine für das Königtum annehmbare Verfassung zusstande zu bringen, konnte er sich nicht entschließen, sie wegen einzelner Meisnungsverschiedenheiten, auch wenn sie wichtige Fragen betrafen, zu entlassen, zumal da es sehr schwer war, geeignete Ersahmänner zu sinden. In dieser Lage erfand er, von Radowiß in diesem Gedanken bestärtt, ein besonderes System, das er für konstitutionell ausgab.

Er gestand seinen Ministern das Recht zu, ihre von der seinen abweichende Meinung ihm gegenüber mit aller Scharfe gu vertreten. Finde eine Ginigung nicht ftatt, und laffe fich die in Frage stehende Magregel nicht aufschieben, fo habe er die Bahl, ob er fich dem Willen seiner Minister fügen, oder diese entlaffen wolle. Wenn er aber das lettere nicht fonne - fei es, weil er unter ben vorliegenden Umftanden einen Konflitt mit der Parlamentsmehrheit zu vermeiden muniche, oder weil er feine besseren Nachfolger miffe — und wenn ihm doch fein Gewissen verbiete, ihre Vorschläge gutzuheißen, so bleibe ihm noch ein lettes übrig. Er könne dann vor Mit; und Nachwelt feierlich er; flären, daß er die Politif seiner Minister für verderblich und verwerflich halte, daß er mit ihr nichts zu tun haben wolle, daß er fie aber gemähren laffen muffe, weil er fie augenblidlich nicht entbehren tonne. Dabei tonne er fich porbehalten, wenn die Lage fich andere, mit seiner perfonlichen Ansicht wieder bervorzutreten, die inzwischen getroffenen Magnahmen seiner Regierung ju besavouieren und da wieder anzuknüpfen, wo die Dinge bei feinem Rücktritt von den Geschäften gestanden hatten. Wenn er sich so auf einige Zeit in den Schmollwinfel jurudjog, nannte er bas fich effazieren; gelegentlich fpricht er auch von einer "zeitweiligen Verfinsterung des toniglichen Amtes" und broht seinen Ministern an, daß er sie wieder eintreten lassen werde.

Man würde dem geistreichen Fürsten unrecht tun, wenn man glauben wollte, er habe dies System für gut oder nühlich angesehen. Er hielt es für unsinnig, aber für konstitutionell, was ja in seinen Augen kein Widerspruch war. Ja er glaubte vielleicht, daß gerade eine strenge Befolgung dieses Systems geeignet sei, die verblendete Menschheit möglichst schnell über die Sinnlosigkeit des Konstitutionalismus aufzuklären.

In Wahrheit war dieses ganze System nur ein Erzeugnis der unklaren und schwierigen Lage, in der sich der König befand. Man muß dabei in Bestracht ziehen, daß die Nationalversammlung, mit der er es zu tun hatte, kein Parlament im gewöhnlichen Sinne, sondern eine konstituierende Versamms lung war, welche die Berfassung erft schaffen sollte; und mochte er auch pers fonlich überzeugt fein, daß er fich durch ihre Berufung feiner toniglichen Gewalt bis jur Vollendung der Verfassung nicht begeben habe, daß er daber auch jederzeit in der Lage fei, fie vor Bollendung ihres Werkes aufzulofen, fo mußte er boch, daß ein großer Teil seines Bolfes und fogar feiner eigenen Beamten Diese Meinung nicht teilten, daß man eine folche Auflösung als Rudtebr jum Abfolutismus, als Bruch des gegebenen Bortes verschreien werde, und daß vielleicht ein neuer innerer Rampf baraus hervorgeben tonne. Der Bunich, bies ju vermeiben, ließ ibn bis an die außerfte Grenze ber Nachaiebigfeit geben, die ihm seiner innersten Überzeugung nach möglich war, und ließ ihn auch diefes sonderbare Spfiem tonftitutioneller Regierung entwideln. Es bedarf teiner Ausführung, daß mit diefem Berfahren eine einheitliche und fonsequente Politit nicht geführt werden fonnte, daß der Ronig die Außens welt und fein eigenes Bolt irre führte, wenn er die Minister unter feiner Autorität und mit feiner icheinbaren Billigung Sandlungen vollziehen ließ, beren Konsequengen nicht anzuerkennen er sich vorbehielt; daß er endlich die Manner felbit, die er auf die höchsten Doffen bes Staates gestellt hatte, in eine febr fcwierige Lage brachte. Aber er wußte feinen anderen Ausweg.

In diefer Lage trat nun icheinbar eine Anderung ein durch die Berufung bes Ministeriums Brandenburg und die Auflösung ber fonstituierenden Nationalversammlung. Aber es zeigte fich febr bald, daß auch die neuen Minister nicht bloß auf den Ronig, sondern auch auf die Stimmung der Bevölferung und des neuen Varlamentes Rudficht nehmen wollten. wenig Respekt Graf Brandenburg an-fich vor einer Boltsvertretung und beren Mehrheit haben mochte, fo fühlte er fich doch verpflichtet, die Bers fassung, die durch ein feierliches Bersprechen bes Ronigs verheißen war, befinitiv austande zu bringen und hielt dies ohne die Zustimmung der Kams mern für unmöglich. Dazu tam, daß die Bunfche des Ronigs nach bes Grafen perfonlicher Uberzeugung häufig mit bem Staateintereffe nicht vereinbar waren und er es für seine Aufgabe hielt, dies auch gegen den Monarchen zu verteidigen. Go erflart es fich, daß er einmal fagen tonnte, er begreife gar nicht, wie sich mit einem Könige wie Friedrich Wilhelm IV. anders als tonstitutionell regieren laffe. Er empfand felbft, daß man ohne bas Gegengewicht ber Rammern den Konig nicht in ber Bahn erhalten tonne, die bas Staatsintereffe vorschreibe.

So tam es, daß der König auch zu diesem Ministerium, das ihn von der Knechtschaft der Nationalversammlung befreit hatte, in ein ganz ähn, liches Berhältnis geriet, wie zu seinen früheren Natgebern. Er konnte sich im Grunde niemals von der Borstellung des absoluten herrschers loss machen, daß die Minister seine persönlichen Diener seien und seine Befehle

einfach zu befolgen hätten, nicht nur ohne Rücksicht auf Volksstimmungen und Rammermehrheiten, sondern auch ohne Rücksicht auf ihre persönliche Aberzeugung von dem, was für den Staat notwendig und nühlich sei. Das glaubte er besser zu verstehen; Intelligenz und Ideen hatte er selbst genug und brauchte nur aussührende Organe für die langweiligen Details. Wir haben ja gesehen, wie gerade die deutsche Politik des Ministeriums Brandenburg den persönlichen Wünschen des Königs in ihrer Erundtendenz durchaus zuwiderlief, und zu welchen Auseinandersehungen dies führte. Nur der Umstand, daß die Kammern auch in der deutschen Frage die Minister noch viel weiter treiben wollten, als sie zu gehen bereit waren, nämlich zur Anerkennung der Frankfurter Verfassung, nicht bloß der Oberhauptswahl, veranlaßte den Grafen Brandenburg dazu, sich von der Mehrheit loszusagen und zwang ihn so, des Stützpunktes von der parlamentarischen Seite her beraubt, sich dem Willen des Königs zu fügen.

Erft die Auflösung auch dieses Parlamentes und die Oftronierung eines neuen Wahlgesetzes, die darauf folgte, entschied den Rampf zwischen Rönig und Volksvertretung und damit auch den zwischen Konig und Ministerium befinitiv jugunsten des ersteren. Erft feit diefer Zeit waren die Minister wieder in erfter Linie und fast ausschließlich Diener des Königs, erft seit dieser Zeit war es entschieden, daß das parlamentarische System, das im Frühjahr 1848 auch für Preugen fast unvermeidlich ichien, bort feine Geltung erlangt habe. Bon diesem Gesichtspunkte aus betrachtet sind die Kampfe um die Unnahme ober Ablehnung der Kaiserkrone zugleich ein wichtiger Markstein in der inneren Entwidlung bes preußischen Staates gewesen. Man sollte, wenn man Friedrich Wilhelm IV. ber Schwäche und Unentschlossenheit zeiht, nicht vergessen, daß er durch das gabe Festhalten an feinen Anschauungen und Rechten in beiden Fragen die Lösung herbeigeführt hat, die er wollte, und daß sein anfängliches Zögern und hinausschieben der Entscheidung es ihm ermöglicht hat, für diese Auseinandersetzung einen Zeitpunkt ju mablen, der für die kösung dieser Fragen in seinem Sinne gunftig war.

#### Beilagen.1

I. Der Preußische Bundestagsgesandte Graf Donhoff an das Staatsminifterium.

Ropie.

1847 September Ende.2

Es sind seit dem Bestehen des Bundes schon so viel vergebliche Versuche von Preußen gemacht worden, Össerreich zu einer gemeinschaftlichen Aktivierung des Bundes zu vermögen, daß nach den disherigen Erfolgen dieser Bemühungen zu urteilen, eine Erneuerung und Fortsehung derselben kaum irgend befriedigendere Resultate erwarten läßt. Im Gegenteil es sind viele nühliche und nötige Maßregeln teils verschoben und ausgehalten, teils ganz verhindert und faussiert worden, das durch, daß man sie von der Mitwirtung Össerreichs abhängig machte, eine Mitwirtung, die östers nach langen Verhandlungen nach Verlin hin teilweise zugesagt wurde, in der Regel nachber aber doch in Frankfurt unterblied oder in einer Weise interpretiert wurde, daß sie den ursprünglich beabsichtigten Zweck nicht förderte.

Der Grundtypus der Mehrzahl der wichtigeren Bundestagsverhandlungen läßt sich in der Lat dahin definieren: "Bergebliches Besteben Preußens, die Bundes, Berhältnisse auf der nationalen Basis zu entwickln und sehr erfolgreiches Streben Osterreichs, dies zu verhindern." hierin liegt auch zum größten Leil die Erslärung, warum Osterreich am Bunde immer siegreich blied und stets die Mehrheit für sich hatte. Denn es ist leichter zu verhindern als zustande zu bringen, und man hat unter 38 Nummern stets eher gewonnenes Spiel, wenn man der natürlichen vis inertiae huldigt als wenn man zum handeln antreibt, wenn man auf wirkliche oder vermeintliche Schwierigseiten ausmerssam macht, als wenn man zu deren Aberwältigung und Beseitigung auffordert. Hieraus erslärt sich zur Genüge, warum Preußen troß aller Bemühungen so wenig am Bunde durchgesetzt hat und sich meistens mit den bloß negativen Borteilen der Bundesversassung — der Berzhinderung des Auseinandersallens der deutschen Staaten und ihres Anschlusses aus Ausland — begnügen mußte.

Dagegen hat die Erfahrung gelehrt, daß da, wo Preußen durch felbständiges, von Osterreich unabhängiges Vorgehen, sei es allein, sei es durch gemeinschaftliche Berabredung mit einzelnen andern deutschen Staaten die Initiative ergriffen hat, Ersprießliches gewirkt und erreicht worden ist. So ist der Zollverein, so die Mung-

<sup>1</sup> Aus dem Raclag Ludolf Camphaufens, der jest im historifden Archiv der Stadt Roll aufbewahrt wird.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Aufschrift Donhoffs: Promemoria, von dem Preußischen Bundestagsgesandten Ende September 1847 nach Berlin eingereicht. — Diese Abschrift übersandte Donhoff an Campshausen aus Königsberg, 1849 März 19., jur Benutung bei den in Berlin bevorstehenden Beratungen. "Es ist", schrieb er, "das Kesultat mehrjähriger Erfahrungen am Bundestage, und es tann auch heute noch als Material zur Beurteilung der gegenwärtigen Konstellation in Deutschland dienen. Möge man jeht in Berlin nicht, wie während des 33 jährigen Besselchend des Bundes preußische und deutsche Interessen der Politik Ofterreichs unterordnen. Eine Gelegenheit, wie die jehige, kehrt wohl nicht wieder. Hoffentlich werden E. E. Einflußauf die zu nehmenden Entschlässe üben."

vereine, so die Regelung der heimatsverhältnisse und eine Menge anderer, ges meinnühiger und nationaler Einrichtungen erlangt, die seit lange wesentlichen Nupen stiften und ohne allen Zweifel heute noch nicht und vielleicht niemals zustande gekommen sein würden, wenn man sie von den Berhandlungen am Bundestage,

d. h. von der Mitwirtung Offerreichs hatte abhängig machen wollen.

Es ist traurig, daß auf diese Weise die wesentlichsten Stadien des nationalen Fortschritts, der inneren Konsolidation, Verschmelzung und Kräftigung Deutschlands in gewisser Art neben und außerhalb der Bundesverfassung haben durchz gemacht werden müssen, allein niemand ist hieran weniger schuld als Preußen, und wenn es nun einmal das Partifular/Intevesse derjenigen Macht ist, welche den Vorzsts am Bunde und somit die Geschäftsleitung und Initiative hat, dies alles nicht auf dem Bundeswege zu fördern, so scheint das kein hinlänglicher Grund für Preußen sein zu dürsen, daß nicht fortgefahren werde, es auf anderen Wegen zu fördern. Tatsächlich werden dieselben Zwecke denn doch erreicht, und prinzipiell wird die dermalige Verwaltung Osterreichs doch niemals zum Nachgeben zu bringen sein. Es sindet sierin eine gewisse Analogie mit der römischen Kirche statt, die das Prinzip auch niemals aufgibt, faktisch sich aber oft mit vieler Geschmeidigkeit in das Unverweidliche fügt.

Es läßt fich auf diese Weise ein Grad der Entwidlung und des Fortschritts in vielen wichtigen nationalen Angelegenheiten als sehr wahrscheinlich denken, der, wollte man die Mitwirfung Offerreiche dabei jur Vorbedingung machen, gewiß niemals verwirklicht werden wurde. Wie jest g. B. befondere Berhandlungen in Leipzig und Dresden wegen eines gemeinschaftlichen Bechfelrechts und wegen allgemeiner deutscher Vostverbesserungen bevorstehen, so wird Vreußen viels leicht nach und nach noch andere allgemeine nationale Interessen auf diese Weise zu fördern versuchen muffen. Gelbft bei Angelegenheiten, hinfichtlich derer bundes: gefetliche Berabredungen eriftieren, wie die Preffreiheit und die Offentlichfeit der Bundestagsverhandlungen, läßt fich fehr wohl ein felbständiges Vorgeben Preußens auf der Basis seiner eigenen Interessen denten, Die ja sehr viel mehr mit den deutschenationalen identisch find, als die Interessen Offerreichs, das zum bei weitem größten Teil feine deutsche Macht ift. Go bindert t. B. feine bundesgesets liche Bestimmung Preugen, den Unträgen und Borichlägen, welche es beim Bunde ju machen beabsichtigt, die größtmöglichfte Offentlichfeit ju geben und baburch feinen foberalen und nationalen Bemühungen bas moralifche Gewicht ber öffent: lichen Meinung bingugufügen. — Bürttemberg hat diefes Mittel, auf die Tätigfeit

ber Bundesversammlung zu wirken, schon ergriffen.

Bas die Angelegenheiten der Preffe betrifft, so ift es jedenfalls ratlich, sich diefers halb junächst mit denjenigen deutschen Regierungen, welche ähnliche Absichten wie Preußen haben, separatim ju verständigen. hierher gehoren besonders Sachfen, Bürttemberg, Baden, Erogherzogtum Seffen, Weimar usw. Erst wenn mit diesen Staaten ein Einverständnis über die fünftige Behandlung der Presse voraus, gegangen ift, wird hierin am Bunde mit Aussicht auf praktischen Erfolg vor: gegangen werden konnen; bis dahin ift das gewichtigste Argument der Gegner der Aufhebung der Zensur, daß selbst diejenigen Stagten, welche die Zensur durch Res preffiomagregeln erfett gu feben wunschen, untereinander felbst über die Modalitäten biefer lettern noch verschiedner Meinung find. Auch hier wird der Entwicklungs, gang der des Zollvereins sein muffen, deffen Zwecke, solange man fie für alle beutsche Bundesstaaten gleichzeitig am Bundestage erstrebte, fich als vollig uns erreichbar berausstellten, bagegen burch all mabliche Unterhandlungen mit ein: gelnen deutschen Staaten fo rasch sich verwirklichten, daß nunmehr die Segnungen Dieses Bereins fich über mehr als zwei Dritteile Deutschlands erstreden und in manchen Beziehungen die nationalen Intereffen vollständiger repräfentieren als ber Bund felbft. Gewiß weniastens verdient er nicht die Bergleichung mit bem

Schweizer Sonderbund, die össerreichische Organe aufstellen; denn der Zollverein beruht auf nationalen Sympathien und wünscht nichts mehr, als Verschmelzung mit den noch nicht zu ihm gehörigen deutschen Ländern, während der Schweizer Sonderbund auf Zwietracht und Spannung beruht. Jener beruht auf der Idee der allgemeinen nationalen Verschwisterung, dieser auf der Basis des Zerwürfnisses,

bes Streits und ber Feindschaft.

Offerreich wird bagegen die Bafis ber beutschenationalen Berichmelaung niemals als für fich im Pringip maggebend anertennen. Man nennt bas in Bien eine Berflachung ber Individualität der verschiedenen beutschen Stamme. Die öffer, reichische Gesamtmonarchie hat nicht bloß deutschenationale Interessen zu vers treten, im Gegenteil, Die überwiegende Mehrheit ihrer Angehörigen ift der deutschen Rationalität fremd, und es widerstrebt baber ihrem eigenen innern Befen, Die deutschenationalen Interessen vorwaltend und ausschließlich an die Spige gu ftellen. Dies aber ift gerabe ber Standpuntt bes beutschen Bundes, und bierin liegt ber innere Widerfpruch der Stellung Offerreichs als Borfigender im Bunde, hierin ber eigentliche Grund, warum es die Aufgabe diefer Stellung niemals volls ftandig lofen wird, ja bis auf einen gewiffen Grad nicht lofen fann. Keine Art von Befprechungen, von Konferengen und von Kongreffen werden hierin eine wefents liche Anderung berbeiguführen imftande fein. Alles was in diefer hinficht durch die Ministerialkonferenzen von 1819 und 1820, von 1834 und durch so viele dirette Berhandlungen gwischen Berlin und Bien und die ununterbrochenen Bemühungen ber verschiedenen Bundestagsgefandten Preugens bei dem Raiferlich Offerreichischen Prafidialgefandten versucht worden ift, hat fich in der hauptsache erfolglos bewiefen; Offerreichs vermanente Tenbeng, Die Tatigfeit bes Bunbes eber gu bemmen, ale an forbern, bat immer wieder die Oberhand gewonnen, und es ift um fo weniger angunehmen, daß auf die Manner, die an der Spige ber öfferreichifden Berwaltung fteben, burch neue Befprechungen jest befriedigendere Refultate als fruber ju ers langen fein werden, als fie feitbem noch mehr in Jahren vorgerudt und daher vers anderten Unfichten nur noch unjuganglicher geworben find, und nicht am Ende ibrer Laufbahn noch ihr Snitem werben wechseln wollen.

3 wei Auswege bieten fich unter diefen Umftanden bar: der eine ift der unwahr: fceinlichere und hangt nicht von Preugen ab; es ift ber, daß Ofterreich die Gefchafts leitung am Bunde fillichweigend tatfächlich an Preugen überläßt, und fich mehr mit bem blogen Chrenvorfis begnügt; ber andere ift ber ficherere und von Preugen allein abhängige; es ift ber, auf andern als den bundestäglichen Begen die nationalen Intereffen ju fordern und ben Impuls hierzu je nach den eigenen Bedürfniffen und Notwendigfeiten entweder bloß durch das eigene Beifpiel oder burch Bers ftanbigung und Ginigung mit den gleichgefinnten einzelnen anderen deutschen Bundesstaaten ju geben, und, wie es hinsichtlich des Zollvereins ufw. gefchehen ift, ohne Mitwirtung Offerreichs vorzugehen. Die Bervollfommnung der deutschen Buffande wird bann nicht immer gleichzeitig in allen beutschen Bunbesffaaten eintreten, allein fie wird ohne Zweifel in ben meiften berfelben fruber ftattfinden, als wenn man die vorgängige Zustimmung und Mitwirfung aller divergierenden Bundesstaaten dazu hatte abwarten muffen. Es ware für die Mehrzahl unbillig, ja unter Umftanden bedenflich, jeden Fortschritt und jede Entwidlung von der Sinnesanderung und bem Spftemwechfel auch bes letten widerftrebenden Bundes,

staats absolut abhängig zu machen.

Es versteht sich übrigens, daß von dem Augenblid an, wo die gegenwärtige oder eine andere österreichische Berwaltung sich wieder auf die gleiche Linie mit Preußen hinsichtlich einer wahrhaft nationalen und fördernden Behandlung der deutschen Angelegenheit stellt, dann auch Preußen wieder den Bundestag als das geeignetste Organ der gemeinschaftlichen Aktion beider Mächte zu diesem Zwede betrachten

mirb.

# 2. Denkschrift [heinrichs von Arnim?].1 Ropie.

Berlin 1848 April 28.

Deutschland ift bisher fast immer die Bahlftatt gewesen, auf der die großen Kriege Europas ausgetämpft wurden. Bum großen Teil ift das für die frühere Zeit, wo die Rriege meift bynastischen oder territorialen Interessen der Fürsten und Sofe bienten, auf Schuld ber bisherigen Schwäche Deutschlands ju schieben, welches ia auch als Raiserreich julest nur ein Staatenbund war; ein solcher ift an und für fich wenig geeignet, jur Offenfive ju greifen; Die Defenfive aber, wenn fie nicht Berteidigung einer als Pringip bingestellten Reutralitat ift, führt von felbft bagu, ben Rrieg im eigenen Lande führen gu muffen. Bie ftart aber auch Deutsche land werden moge, feine Lage swiften ben beiden großen Salften Europas, welche augleich zwei große Pringipien vertreten, wird es demfelben Schidfal aussehen, wenn es nicht eine feste Basis aufstellt für seine handlungsweise im Fall eines Ronflitts Diefer Pringipien. Go oft es durch eine Alliang mit irgendeiner der Grogmachte Europas an dem Kampfe, sei es der Interessen, sei es der Prinzipien teilnehmen wollte, wurde es ohne allen Zweifel von dieser Macht wieder dazu gemißbraucht werden, das Reld jum Ausfechten ihrer Rämpfe abzugeben; Ruflands und Franks reichs heere wurden fich nicht auf polnischem sondern auf beutschem Boden bes gegnen, und England tonnte leicht ein gang befonderes Intereffe baran haben, in Deutschland wiederum einen Stuppuntt für seine tontinentale Politit ju finden und ibm Subfidien bafur gu bieten, bag es Englands Intereffe auf bem Kontinent verteibige - b. h., wie die Erfahrung gezeigt hat, den Rrieg auf feinem Boben führen laffe. Alles dies wird von vornherein abgeschnitten, wenn bas Bundes, gebiet für neutral, für beilig und unverleylich erflart, und als Pringip aufgestellt wird, bag die Bundestruppen nur jum Schut besfelben, ober jur Babrung beuts icher Gesamtintereffen verwandt werben durfen.

Die Betrachtungen, welche die Neutralitätserklärung der Schweiz und Belgiens herbeiführten und den Mächten genehm machten, finden wohl in größerem Maßsstabe ihre Anwendung auf Deutschland, das die Berbindungswege Europas inne hat, wie die Schweiz die Berbindungswege der Alpen, und zwischen Wests und Osseuropa liegt, wie Belgien zwischen Frankreich und seinen bisherigen Gegnern. Aber ein ungeheurer Unterschied ist der: daß diese kleinen Staaten für neutral erklärt wurden, während Deutschland sich selbst für neutral erklärt; daß die Respektierung jener Neutralität also von der sehr zweiselhaften Achtung anderer vor den Berträgen oder von dem ebenfalls sehr ungewissen Gleichgewicht der sich im Schach haltenden Mächte abhing, die Respektierung der Reutralität Deutschlands aber nur von Deutschland selbst. Die Reutralität einer großen Macht ist immer selbswessanden eine bewassnete, sie sie die Anhe der Krast, nicht die Untätigkeit der Schwäche. Die Neustralität der Schweiz und Belgiens war gewissernaßen ein Geschent des Friedens, das die anderen Mächte diesen Ländern machten; die Neutralität Deutschlands wird

<sup>1</sup> Aber den Berfasser dieses Aktenstückes fand ich in den Papieren aus Campausens Rachslaß keine Andeutung. Da es aus Berlin datiert ist, werden wir ihn in den preußischen Resgierungskreisen zu suchen haben. Nun gehört der Gedanke einer Neutralitätserklärung des deutschen Gedietes zu den Lieblingsideen heinrichs v. Arnim, der bereits in seiner im März verössenlichten Flugschrift (s. oben S. 59 f.) dafür eintritt und auch in dem Patent vom 21. März, das bekanntlich unter seinem maßgedenden Einstusse entstand, diesem Bunsche Ausdruck gibt. Auch die Ausstürungen über das fünftige Verhältenis zu Österreich derfiren sich sehr nahe mit Arnims in der erwähnten Broschüte entwiedlten Gedanken; auch in dieser wird gesagt, daß Österreich durch die Ausschiedung seiner undeutschen Provinzen zwar wieder eine rein deutsche Racht werden, dann aber nur die zweite Racht in Deutschland sein könne, fast wörtlich wie in unserem Altenstück. Ich vernute daher, daß Arnim der Verfasser gewesen ist; jedenfalls muß das Attenstück aus Kreisen stammen, die seinen Anschauungen nahestanden.

ein Geschenk des Friedens sein, das Deutschland den übrigen europäischen Mächten macht, denen es dadurch den Krieg in vielen Fällen unmöglich macht; jene Reuxtralität war ein Prinzip fremder Politik, die unsrige wird das Prinzip unster eigenen Politik sein. Es geziemt Deutschland in dem Augenblick, wo es sich neu konstituiert, das künstig leitende Prinzip seiner Politik offen auszusprechen; dies kann kein anderes, als das Prinzip des Friedens, d. h. der Neutralität sein. Dadurch, daß es dasselbe zuerst für sich selbst annimmt, und sein Gebiet für unverleslich erklärt, wird es am ersten den Krieden in die allgemeine europäische Politik einführen.

Unter dem Schut dieser Neutralität wird auch die noch nicht einmal junge Marine

Deutschlands am besten heranwachsen können.

Der Einfluß Deutschlands auf die großen Fragen europäischer Politik, in denen es mitzusprechen berusen ist, wird dadurch nicht verhindert; es entgeht dadurch nur dem hineinziehen in die kleinen Vorbereitungen derselben, durch welches so oft gerade die rechte Stellung zu den Fragen selbst im entscheidenden Woment präsjudiziert und verdorben wird. Un vielen Fragen dieser Urt konnte Deutschland nur als Vundesgenosse, d. h. als Diener fremder Politik, Unteil nehmen, und jeder Gedanke daran soll von vornherein abgewiesen werden; wo es aber wirklich eigene

Intereffen hat, wird benfelben ichon Rechnung getragen werden.

Die großen Fragen der wahrhaft europäischen Politik aber, die Orientalische Frage zum Beispiel, gehören wesentlich zum Interesse Deutschlands. Da wird ihm gerade seine neutrale Stellung das Amt eines Schiedsrichters zuweisen; es wird diesem Amte den gehörigen Nachdruck zu geben wissen; und wenn es durch die einsstimmige Erklärung aller deutschen Regierungen und Völker: daß ein höchstes und wesentliches Lebensinteresse vorliege, veranlaßt wird, aus seiner Neutralität hervorzutreten, so wird dies nicht allein allgemein als gerechtsertigt anerkannt werden, es wird dann auch die Entscheidung in seiner Hand liegen.

Außer diesen allgemeinen Betrachtungen find in diesem Augenblide noch folgende Erwägungen zu berücksichtigen, welche gerade jeht für eine baldige Neutralitäts:

erflärung sprechen:

- I. Außland rüstet seit geraumer Zeit und stellt gewaltige Truppenmassen an den Grenzen Deutschlands auf; auf der anderen Seite zieht auch Frankreich an verschiedenen Punkten nicht unbedeutende Heere zusammen. Es wird dem gegenüber unmittelbar notwendig werden, auch in Deutschland an den Grenzen, oder wenigsstens nicht allzuweit von den Grenzen, bedeutendere Truppenausstellungen zu bilden und sich zum Arieg gerüstet zu zeigen. Ein Zeigen des Arieges führt leicht zum Ariege; Rüstungen sehen die Aussicht, vermutungsweise die Absicht zum Ariege voraus; und Deutschland könnte dadurch leicht unmittelbar und auf eine uns bequeme und unangenehme Weise in den Fall kommen, sich sier die Richtung seiner Ariegsküstungen erklären zu müssen, d. h. also, Partei zu nehmen. Wenn aber mit diesen Kriegsküstungen zugleich die Neutralitätserklärung seierlich aussgesprochen wird, so ist damit auch nach allen Seiten hin die Gewisheit gegeben, daß sie nur zum Schutz der Brenze dienen werden. Es ist gewis bester, dies im voraus ein sür allemal ausgesprochen zu haben, als es erst in jedem einzelnen Falle zu erklären.
- 2. Der Deutsche Bund kann nur durch eine solche Neutralitätserklärung von vornherein der Gefahr entgehen, einerseits in die Kämpse Österreichs zur Erhaltung seiner außerdeutschen Nebenländer, andererseits in eine aktive Teilnahme am Berssuch einer Wiederherstellung Polens hineingezogen zu werden; für beide Zwecke darf kein deutsches Blut fließen. Ofterreichs Bundeskontingent wird schon jeht zum Teil zu jenem Zweck verwendet; deutsche Kräfte werden für Interessen, die Deutschland, als solchem, ganz fern liegen, geopfert; das darf nicht sein; und es läßt sich nur durch eine solche feierliche Ertlärung des Bundes abschneiden, daß deutsche Truppen nur zum Schuß des neutralen und unverletzlichen Bundesgebietes

verwendet werden follen, oder jum Schut deutscher Gesamtintereffen, wie und wo diefelben auch angegriffen werden möchten, innerhalb oder außerhalb der unmittels

baren Bundesgrenze, ju Lande oder jur Gee.

3. Die polnische Frage wird von doppelter Bichtigfeit, wenn, mas febr moalich ift, und von vielen für febr mabricheinlich gehalten wird, in Frankreich ein folcher Umschwung der Dinge eintreten follte, daß die dortige Regierung fich genotigt fabe, ben Polen geradegu burch einen Angriffstrieg gegen Rugland ju Silfe ju tommen, ober wenigstens fich ben Anschein davon ju geben, indem fie ben Durchs jug eines Truppenforps durch Deutschland begehrte. Die verderblich aber ber Einmarich ober Durchmarich frangofischer, republifanischer Truppen in Deutsche land mare, wie febr er die an vielen Stellen schlummernden, ober gar machen, republikanischen Gelüste wieder anreigen murde, das bedarf wohl keiner weiteren Ausführung. In welche Berlegenheit aber die Berweigerung eines solchen Durche marsches uns seben könnte, nicht allein dem Auslande gegenüber, sondern wie heftig man und im Inlande felbft gleich der Ruffenfreundschaft und des Berrates an ber polnischen Sache beschuldigen wurde — das ift auch flar. Eine vorhergegangene Neutralitätserflärung oder eine ichon bestehende Reutralität, und wenn sie auch nur einen Monat bestanden hatte, murbe uns nach beiden Geiten hin fichern; fie wurde und erlauben, Frankreich gegenüber ju fagen: wir muffen gegen euch vers fahren, wie wir gegen Rugland verfahren wurden, wenn es die Republit angreifen wollte; - und dem Inlande gegenüber: wir halten nur fest an dem großen Prins tipe des Friedens, das ihr felbst feierlich fanktioniert habt, und welches ihr unmags lich gleich wieder brechen fonnt. Wie die Bolter und die Menfchen find, murde die Berufung auf ein folches fanttioniertes Pringip die Anwendung auf den einzelnen Fall fehr erleichtern. Es wird uns auch ju einem fraftigen Ginschreiten gegen bie Freischaren an ber ruffischen Grenze ermächtigen, wenn ein folches notig werden sollte.

Ans diefen Gründen muß gang Deutschland die baldige Erflärung der Neutralität wünschen, um nicht von den Ereignissen überstürzt zu werden, ehe es die Basis

feiner neuen Politit festgestellt bat.

Aber für Preugen tommt noch ein anderer Grund bingu, welcher ihm die Bes foleunigung diefer Frage bochft dringlich macht. Es ift nämlich die ficherfte Urt, um Ofterreich ju einer Entscheidung und Erflarung über feine Stels lung ju Deutschland ju brangen. Die Stellung Preugens und Die Stellung Ofterreichs bedingen fich gemiffermaßen gegenseitig; barum muß Preugen alles baran liegen, daß Ofterreichs Stellung flar hervortrete, wenn das deutsche Parlas ment in Frankfurt jufammen tommt. Noch ift Offerreiche Stellung eine halbe, unentschiedene; es schwebt swiften seinen flawischen und beutschen Elementen, awischen einer beutschen und einer europäischen Macht. Die Reutralitätserklärung wird es gwingen, fich gu entscheiben; ihr muß es gunachft die Bermendung feines Bundestontingents ju außerdeutschen 3meden, und damit mahrscheinlich einen großen Teil feiner außerdeutschen Provingen, feiner Rebenlander, jum Opfer bringen, wenn es fich rein und offen bem Deutschen Bunde hingeben will. Es tann, indem es fich an Diefer Reutralität beteiligt, feine andere Politif mehr haben, als die deutsche: will es neben und außer Deutschland noch eine Großmacht bilden, so fann es ber Reutralität nicht beitreten, aber auch ihrer felbft und ihres Schupes nicht teilhaftig werden. Jedenfalls also muß es bei diefer Gelegenheit mahlen; und was es auch mählen moge, es kommt alles darauf an, daß es jest mähle, damit der neue deutsche Reichstag, die beschließende Bersammlung in Frankfurt wiffe, was Deutschland an Offerreich haben wird. Es mag in Offerreichs jegigem Interesse liegen, zu zaudern, abzuwarten, eine halbe Stellung beizubehalten; — in Deutschlands Intereffe liegt bas gang gewiß nicht. Dies tann seine neue Bundes, verfaffung nur gestalten, wenn es weiß, wie Offerreich steht. — Auch in Preugens

Intereffe liegt es nicht. Ihm fann der Bund erft Gerechtigfeit widerfahren laffen, wenn Bfterreichs Stellung entichieden ift. Benn Bfterreich fich fur Deutschland entscheibet - als rein beutsche Dacht, fann es nur die zweite Macht fein, baran wird niemand zweifeln; es gewinnt zu einigem Erfat ben vollen Bundesichut für feine deutschen und halbdeutschen Bundeslander; wie fehr auch diefe bedroht find. follte es nicht verkennen. — Will es aber mit seiner eigenen Politik neben Deutsche land fieben, fo ift nicht nur Preugen unbeftritten Die erfte Dacht in Deutschland, sondern es gibt bann nicht einmal eine zweite Macht neben ihm. Daß dies bald gewußt werbe, daß es bei der Entscheidung über Deutschlands fünftige Berfassung gewußt werde, ift fur Preußen, wie fur Deutschland gleich notwendig. Der Untrag au einer Reutralitätserflärung wird diese Entscheidung berbeiführen. Gefchieht es nicht auf diese Beife, fo wird fich die Entscheidung junachft an die Frage um das Oberhaupt fnupfen, und es braucht wohl nicht erft bemertt ju werden, wie unendlich viel beffer es ift, wenn die Entscheidung, wenn ein etwaiger Bruch auf die Frage der Neutralität bin erfolgt, als über jene andere; ja wie wichtig, wie notwendig es ift, daß diese Entscheidung erfolgt fei, ebe die Frage um das Oberhaupt praftisch wird.

Auch könnte der Moment kaum günstiger sein. Rußland und Frankreich haben erklärt, sie wollen nicht offensiv verfahren; sie können in Deutschlands Neutralität nur eine Sanktion des von ihnen selbst ausgesprochenen Prinzips und eine Bürgsschaft gegen einen Angriff sehen, den keines von beiden zu wünschen hat. Daß Engs

land den Frieden will um jeden Preis, ift wohl nicht zu bezweifeln.

Bei den ausländischen Erofmächten haben wir also wohl ebenso wenig den Willen wie das Recht vorauszusehen, irgendeinen Einwand gegen die Neutralitätserklärung des Deutschen Bundes zu erheben. In diesem Augenblicke — denn was in nicht langer Zeit für Forderungen an uns gemacht werden könnten zu halben oder vollen Allianzen, denen wir uns ohne ein sestes Prinzip schwerlich ganz entziehen könnten, das ist oben angedeutet; besteht die Neutralität aber einmal als anerkannt und angenommen, so wird sie sich auch schon geltend zu machen wissen.

Innerhalb Deutschlands mochte fich, Ofterreich ausgenommen, welches noch ein Interesse daran hat, Deutschland in seine außerdeutschen Berwirrungen hinein, augieben, wohl schwerlich ein ernfter Widerstand gegen ein solches Prinzip erheben.

Aber einem Einwurf werden wir freilich zu begegnen haben: bag es dem Deutschen Bunde schlecht anstehe, in einem Augenblid die Neutralität zu erklären, wo er fens feits ber Bunbesgrenge Rrieg führt, und feineswegs gesonnen ift, Diefen Krieg aufrugeben. - Aber ber Unlag biefes Rrieges und fein Beginn, ja feine Saupts entscheidung liegen ja doch jedenfalls vor der Reutralitätserklärung; und ba nies mand baran benten wird, biefer eine rudwirtende Rraft beigulegen, fo tann auch nicht baran gedacht werden, die notwendigen Folgen des ichon Geschehenen abs gufchneiden. Auch darf man behaupten, daß diefer Rrieg in Schleswig, ja über Schleswig hinaus, nicht einmal dem Pringip ber Neutralität widerspricht. Denn er ift von unferer Seite niemals als ein Angriffsfrieg angefehen worden; er ift unternommen jum Schut ber Rechte eines Bundeslandes, das in Realunion mit Schleswig fand, nicht jum Wiedergewinn eines gandes, bas nur in jufälliger Perfonalunion mit bem Souveran eines Bundeslandes gestanden hatte. Der Fall Schleswigs ift alfo ein gang anderer, als wenn wir Offerreich belfen wollten, Die Lombardel wiederzuerobern, die in teinerlei faaterechtlicher Berbindung mit bem beutichen Ofterreich fleht, mabrend Schleswig anertannt in einer folden flaats, rechtlichen Berbindung mit holftein und dadurch mit gang Deutschland fand. Benn die Schweig, von Piemont ober Savopen angegriffen, ben geschlagenen Beind bis Chambern verfolgt, um ihn bort jum Frieden und jur Anerfennung und Achtung ihrer Meutralität ju gwingen - ober wenn Belgien in gleichem Falle bie Franzofen bis Varis gurudichlagen tonnte: durfte das vollerrechtlich als freiwillige

Berletung ihrer eigenen Neutralität gelten? - In ahnlicher Beife, wurde unfere Neutralität uns hindern, die uns angreifenden Frangofen bis über Det hinaus

und weiter zu verfolgen?

Aber wenn wir in einer Allians Auflands oder Englands gegen Paris jogen, oder wenn wir in die vielleicht bald auftauchende Frage einer Standinavischen Union und mifchend, im Intereffe Schwedens ober Danemarts Jutland befegten, bann erft hatten wir die Reutralität aufgehoben. Wenn wir aber jest Jutland besehen, um Repressalien gegen Danemart ju üben und durch ein folches Unters pfand Schadenersat für die angriffsweise geschehene Wegnahme unserer Schiffe und Die Berlegung unseres Sandels ju fichern: fo ift das nur Notwehr, welche das Pringip der Reutralität nicht aufhebt.

Diese Neutralität also ware, im Interesse Preußens und gang Deutschlands, rasch und feierlich vom Bundestage auszusprechen, und alle deutschen Staaten, Preußen poran, hätten ebenfo feierlich zu erklären, daß sie um ihretwillen und vor ihr, infolge des Bundeswillens, von allen eigenen, bisherigen Alliangen gurudtraten. Der Deutsche Reichstag wurde einer folden Erflärung feine nachträgliche Buftimmung

wohl nicht verfagen.

a. Anweisung der preußischen Regierung an den Bundestags, gefandten. Kopie. Ben. Meinede, Radowig 85. (Berlin 1848 Mai 1.)1

Die Königliche Regierung nimmt feinen Anstand, fich im allgemeinen mit ben Grundzügen des von den 17 Mannern des Vertrauens für die neue Verfaffung

Deutschlands vorgelegten Entwurfes einverstanden zu erflären.

Indem sie sich vollkommen bewußt ist, daß jeder deutsche Staat, der sich diesen Grundzügen anschließt, bestehende Rechte feiner Souveranitat aufgeben muß, tann fie um fo weniger Bedenken tragen, dies für Preugen anguerkennen und folde Rechte jum Opfer ju bringen, als G. M. der Ronig Gelbst bereits die Umwandlung Deutschlands in einen Bundesstaat gefordert hat, und als fie jugleich dies für den Willen des gangen preußischen Boltes zu halten berechtigt ift.

Preußen fann den wesentlichen Inhalt des Entwurfes nur ansehen als die nots wendigen Folgerungen aus den Grundlagen, über die es fich ichon ju Ende vorigen Monats mit den Abgeordneten von Barttemberg, Großherzogtum heffen und Naffan verftändigt hatte, und mit denen fich nachträglich Ronigreich Sachsen, Baden und Sachsen-Meiningen einverstanden gezeigt haben. Die Ansichten trafen

damals zusammen in der Notwendigkeit:

einer einheitlichen Leitung unter einem Oberhaupte, eines Oberhauses, in dem die Fürsten oder ihre Abgeordnete Sit und Stimme hätten; eines Unterhauses von Boltsvertretern im Berhaltniffe von je einem Abgeordneten auf 100 000 Einwohner;

der Kompetenz dieser Bundesgewalten in bezug auf heerwesen und Bolts: bewaffnung und auf Gesetzebung über alle Gesamtintereffen Deutschlands;

ber Errichtung eines unabhängigen oberften Bundesgerichtes. endlich einer gemeinschaftlichen auswärtigen Bertretung.

2 Gemeint ift das Prototoll vom 23. Mary f. oben G. 69.

Die mir vorliegende Abschrift, die Camphaufen bei seiner Ernennung jum Bevollmachs tigten mitgegeben murde, ift undatiert. Der Paffus, ber von den Abmachungen bes 23. Mars fpricht und fagt, fie batte am Ende bes vorigen Monats flattgefunden, lagt auf eine Ubs fassung noch im April schließen. Da aber Meinede a. a. D., der ohne Zweifel das gleiche Aftenftud im Driginal oder Rongept vor fich gehabt hat, als Datum der Abfendung ben 1. Mai angibt, wird man die Abfaffung Ende April, Die erft nach Beratungen im Minifterium erfolgte Absendung auf den 1. Mai anzusepen haben.

Alle diese Puntte findet Preußen in dem Entwurfe als dessen wefentliche Bestand, teile wieder und tann daher keinen Anstand nehmen, sich demselben in diesen seinen Grundzügen anzuschließen und ihn demnach als Grundlage der weiteren Beratung anzunehmen.

In Frage fann dabei gestellt werden, ob die Natur eines Bundesstaates not; wendigerweise ein so weit gehendes Aufgeben der besonderen Souveranetätsrechte

bedinge, als es der Entwurf anspricht.

Es ift zu erwarten, daß die mächtigeren wie die minder mächtigen Bundesstaaten sich um so bereitwilliger der Gesamtheit hingeben werden, je weniger sie Anlaß zu der Besorgnis haben können, daß ihre Eigentümlichkeit und Selbsiständigkeit über den notwendigen Zwed der Einheit und Stärke Deutschlands hinaus geschmälert zu werden Gefahr liefen.

Indem daher Preußen die Grundlagen des Entwurfes annimmt, foll damit keineswegs ausgesprochen sein, daß es nicht auch auf Borschläge einzugehen bereit sei, welche seitens anderer Regierungen gemacht werden könnten, insofern nur der

gemeinsam zu erftrebende 3med badurch zu erreichen ift.

In diesem Sinne ist der Gesandte ermächtigt in die Beratung einzugehen, und wird er für den Zeitpunkt der Eröffnung derselben mit hinreichender Instruktion versehen sein.

4. Erlaß an den Bundestagsgefandten v. Ufedom. Ropie und Konzept Camphausens dazu. Ben. Meinede 94.

Berlin 1848. Mai 19.

In dem Augenblide, wo Ew. Hochwohlgeboren den gegenwärtigen Erlaß empfangen, wird die Eröffnung der Verhandlungen der Deutschen National/Versamms lung zu Frankfurt a. M. durch eine unpräjudizierliche Botschaft von Bundes wegen bereits vollzogen sein. Es' ist daher an der Zeit, Sie von den Ansichten der Regierung des Königs über die Umgestaltung der bisherigen Verfassung des Deutschen Bundes unter den heut vorliegenden Verhältnissen, soweit es durch die Instruktion vom 16. d. M. nicht bereits geschehen ist und aus der Ferne bei dem täglichen Wechsel der Dinge tunlich erscheint, zu Ihrer gefälligen Nachachtung bei der Lösung der Ihnen in Beziehung auf das Deutsche Verfassungswert gestellten wichtigen Aufgabe

naber in Renntnis ju feben.

Es bedarf hierzu nicht erst einer Darlegung der Erund ansicht der Regierung, nachdem solche in den Königl. Befanntmachungen vom 18. und 21. März d. J., sowie in den wenige Tage später, am 23. März, mit den Abgeordneten mehrerer süds deutscher Bundesstaaten getroffenen Berabredungen, worüber Ew. Hochwohlg. Amtsvorgänger mittelst Erlasses vom 24. des nämlichen Monats die erste Mitzteilung, sowie fast gleichzeitig allen Deutschen Regierungen von mir gemacht wurde, flar und bestimmt ausgesprochen worden sind. Hiernach betrachtet Preußen ein einiges Deutsches Reich unter einem Oberhaupte mit Erhaltung möglich sier Selbständigteit der Einzelstaaten als das für das dauernde Wohl Deutschs lands wünschenswerteste Ziel; während zugleich auch schon über den Weg, auf welchem am angemessensten und natürlichsten zu diesem Ziele zu gelangen ist, Ans deutungen gegeben sind, die ich hier zuvörderst näher aussühren zu müssen glaube.

<sup>1</sup> In Camphaufens Entwurf: Nachdem die seitherige Absicht der Preußischen Regierung, den Borsthenden des Ministerrats am 13. nach Frankfurt abreisen zu lassen, um in den Tagen vor und nach dem 18. Mai daselbst anwesend zu sein, wegen überwiegender Rücksichten nicht hat ausgeführt werden können, wird es erforderlich, über den zur Erzielung eines gedethlichen Resultats einzuschlagenden Weg die Unsichten der Regierung, soviel es aus der Ferne und bei dem täglichen Wechsel der Dinge tunlich ist, darzulegen. Dann wie im Texte.

Schon die Allerh. Befanntmachung vom 18. März stellt es als Erundsatz auf, daß die Reorganisation der Bundesverfassung nur im Bereine der Fürsten (resp. Regierungen) mit dem Bolke zustande kommen könne, und daß demnach eine vorläusige Bundes-Repräsentation aus allen deutschen Ländern gebildet und unverzüglich berusen werden müsse. Hiermit stimmt der fünste Punkt der oben erwähnten Berabredungen überein, wonach die definitive Beschlußnahme über jene in den vorhergehenden Punkten bezeichnete Reorganisation auf dem bisherigen Bundestage zu Frankfurt a. M. als dessen letter Ukt vorbehaltlich der Genehmigung der bestehenden versassungsmäßigen Gewalten in den Bundesstaaten — also zus

nächst durch die Regierungen - erfolgen foll.

Als Bundes/Revräsentation aus dem Volke hat die Deutsche National/Vers sammlung nunmehr neben dem Bundestage ihre Stellung eingenommen; ich sage ausbrudlich neben bemfelben und nicht ihm gegenüber. Es wurde feine eigens tümlichen Bedenken haben, von vornherein zwischen dem Bundestage, also den Regierungen, und der National/Versammlung einen Gegensat hervorzurufen, und dadurch die lettere von der Aufgabe abzulenten, welche ihr felbst zu lofen obliegt, nämlich erft eine Einheit zu werden. Eine konstituierende Bersamms lung in bem gewöhnlichen Sinne bes Bortes fann und foll fie nicht fein, benn gu ihr hat nicht etwa ein bereits zur Einheit gediehenes großes Bolf feine Abgeordneten entfendet, fondern es ftehen in ihr tatfächlich noch getrennte Boltsftamme neben einander, die sich erft vereinigen follen, und die einen überwiegenden Einfluß auf ihre betreffenden Regierungen auch erft ausüben tonnen, nachdem fle fich geeinigt haben. Richt nur die österreichische, die banerische Regierung und andere, sons bern auch die öfferreichischen, die banrifchen ufw. Abgeordneten werden fich ber Ertlärung weigern, daß fie fich je dem durch Majorität gefaßten Befchluffe ber Bers sammlung unterwerfen wollen. Wie sie zu einer solchen Erklärung die Zustimmung ihrer Regierungen nicht besitzen, so besitzen sie dazu auch kein Mandat ihrer Wähler und fonnen es nicht übernehmen, namens ber letteren für die Ausführung ber Befchluffe der Verfammlung Gewähr zu leiften. Daß das Bahlgefen die Bahl aus gang Deutschland juließ, daß alfo die öfterreichischen, banrifchen, preußischen Abgeordneten nicht notwendig Offerreicher, Bagern, Preugen gu fein brauchen, hat hierin eine wesentliche Anderung nicht bewirft. Es ift wichtig für die Nationals versammlung, daß fie über diese ihre eigentumliche Stellung bald jur Selbfis ertenntnis gelange, und fich nicht etwa durch die Borfiellung einer fingierten, in der Wirklichkeit jur Zeit nicht vorhandenen Einheit verleiten laffe, mit Majoritats: befoliffen ju beginnen, die möglicherweife Rraft genug hatten die geseblichen Ges walten zu schwächen, während bald nachher Beschlüffe anderer Art sich als unmöglich und unwirtsam erweisen wurden. So wie es beshalb barauf antommt, babin gu wirten, daß die Nationalversammlung die in ihrem Schoffe annoch bestehende Spals tung anerkenne, fo ift jugleich bahin ju ftreben, daß fie baraus fur fich ben Beruf und die Pflicht herleite, ju der größeren Ginheit ju gelangen. Ronnten die Regies rungen fich nicht einigen und schwände der Nationalversammlung die hoffnung, fich zu der in ihrem eigenen Schoffe noch mangelnden Einheit zu erheben, so würde badurch in beiden Källen der republikanischen Vartei in Deutschland ein großer Vors schub geleistet werden, und diese Gefahr ift unstreitig größer als diejenige, daß die bestehenden Gewalten durch die Berfammlung überwältigt werden fonnten. Wenn hingegen die lettere vorläufig an einzelnen Zweigen des gemeinschaftlichen deutschen Interesses g. B. hinsichtlich der Ginführung gleicher Munge, gleichen Gewichts, Bechselrechts, allgemeiner Bollverfassung usw. mit dem Versuche der Einigung, das heißt: mit bem vorgangigen Befchluffe aller, fich ber Mas joritat ju unterwerfen, ihr Wert beginnt; fo befindet fie fich auf einem ges funden Wege und erleichtert es dadurch den Regierungen, denselben Weg zu bes treten, nämlich auch ihrerseits fich über einzelne Duntte ber Berfaffung zu einigen und so in die Lage zu kommen, den jest bestrittenen Standpunkt unbestritten eins zunehmen; ich meine den Standpunkt der Vereinbarung über eine neue Deutsche Bundesversassung zwischen den Regierungen und der Nationalversammlung, einer Vereinbarung, welche man sich nur nicht so zu denken hat, als ob die beiden Pazisszenten völlig frei wären, den Vertrag abzuschließen oder nicht abzuschließen, sondern vielmehr einer Vereinbarung, auf welche mit dem Bewußtsein eingegangen werden muß, daß durch unvorsichtiges Widerstreben oder unzeitiges Zaudern dem einen

Pazistenten eine überwiegende Macht geschafft werden kann.
Nach dem Vorstehenden ist es also die Sache der Regierungen resp. des Bundes, tages, in Ermangelung der Möglichkeit einer Einigung über die ganze Bundes, versassung sich über einzelne Punkte zu vereinigen, welche sie der Autonomie der Nationalversammlung zu übergeden oder ihr vorzuschlagen hätten; Sache der Abgeordneten zur Nationalversammlung aber ist est Erstens sich selbst und der Bersammlung klar zu machen, daß dieselbe noch kein beschlußfähiger Körper ist, weil sich in ihr die einzelnen deutschen Volkskämme noch kast ebenso einander gegenzübersehen wie unabhängige Regierungen; — zweitens dahin zu wirken, daß die Versammlung durch eigenen Willen und durch die nötigen Erläuterungen von seiten der Regierungen über den Umfang des Mandats der Abgeordneten zus nächst in einzelnen Punkten und sodann allmählich immer mehr und mehr beschlußs fähig werde.

Ich wende mich nunmehr zu demjenigen, was der Bundestag und die Nationals versammlung in materieller hinsicht als gemeinschaftliches Ziel zu erstreben haben.

Daß der Nationalversammlung nicht ein von den deutschen Regierungen vers einbarter Berfassungsentwurf vorgelegt werden fann, haben wir, — abgesehen von der Gefahr des Gegensahes, welcher gleich von vornherein dadurch hervors

gerufen werden wurde, - gewiß zu betlagen.

Bas Preugen betrifft, fo murbe die Konigliche Regierung im Ginklange mit ihrer oben erwähnten ichon im Märg d. J. festgestellten Grundansicht den von den fiebens gehn Bertrauensmännern ausgegangenen Berfassungsentwurf in seinen wesents lichen Puntten gur Grundlage für die weiteren Behandlungen annehmen konnen, wenn auch die anderen beutiden Regierungen baju geneigt waren. Da es fich aber. wie Em. ufm. miffen, aus offiziellen und nichtoffiziellen Mitteilungen unvertennbar berausgestellt hat, daß eine solche Reigung gar nicht, oder wenigstens nicht allgemein vorwaltet, so hat die Königliche Regierung in diefer wichtigen Angelegenheit um fo weniger die Initiative ergriffen, als fie fich ber Mahrnehmung nicht zu verschließen vermag, bag ihre Borichlage und Augerungen in den übrigen Bundesstaaten nicht mit bem Bertrauen und ber Unparteilichfeit aufgenommen und beurteilt werben, worauf Preugen nach Maggabe beffen, was es für Deutschland war, ift, und fünftig fein tann, Anspruch machen barf. Auch jest wird fie es gern feben, daß andere mit ihren Borfchlagen jur herbeiführung der Ginheit Deutschlands vortreten; fie wird bereitwillig ju allem die Sand bieten, was nach ihrer Uberzeugung dabin führen tann, und fich gestatten, auf diejenigen Puntte aufmertfam zu machen, welche ihr au jenem Zwede nicht geeignet ericeinen burften, überhaupt aber auch ihre Deis nungeaußerung nicht jurudhalten, dieselbe vielmehr positiv mit Offenheit darlegen.

Dier fahrt Camphausens Entwurf fort: Rach den vorhin erwähnten Mitteilungen muß auf die hoffnung eines einheitlichen, deutschen Neiches mit einem erblichen Oberhaupte versichtet werden; es bleibt hiernach die Aufgabe, fich unter anderen Formen dem Ziele möglichst un nahern, ohne einem Staate ein Abergewicht einzuraumen, welches wahrscheinlich besanstandet werden würde. Als unerlästliche Grundlage aller Borschläge und Plane sieht die Preustische Regierung an, daß Ofterreich mit seinen deutschen Staaten, Bohmen eingeschlossen, am Bunde festbalte, und sie muß es ablehnen, auf Beratungen einzugehen, welche nicht

In diesem Sinne ist es Ew. usw. Ermessen durch die Instruktion vom 16. d. M. zwar anheimgestellt worden, auf eine Erklärung seitens der k. k. österreichischen Regies rung anzutragen. Sie sind aber zugleich ermächtigt worden, wenn es nötig scheinen sollte, preußischerseits mit Erklärungen, das Neichsoberhaupt betressend, hervors zutreten, hinsichtlich deren ich nachträglich bemerke, daß sie als eine vorzüglich zur Herbeisührung des Beitritts Österreichs mit Einschluß Böhmens gemachte Anserbietung darzustellen, und als nicht gemacht anzusehen sind, wenn sie jenen Beitritt nicht zur Folge hätten. Jeden Vorschlag einer Einigung Deutschlands ohne Östers reich wird die Regierung so lange bekämpsen müssen, als nicht österreichischerseits die Aussicht auf eine dem allgemeinen deutschen Interesse entsprechende Einigung

völlig verschlossen wird.

Die Zusammensetzung des nach den Berliner Verabredungen vom 23. März d. J. im deutschen Parlamente zu bildenden Oberhauses hängt hauptsächlich davon ab, welchen größeren oder geringeren Anklang die von Bapern bevorwortete Idee einer direkten Teilnahme der einzelnen deutschen Regierungen an den Regierungszgeschäften des Neiches in Frankfurt sinden wird. Eine aus fünf Gliedern (Reichszehaupt, Ministerium, Reichstag, Oberhaust und Unterhaus) bestehende Reichsz Negierungsgewalt würde eine andere Einrichtung in Jusammensehung des Oberhausts nötig machen, als eine viergliederige. Und scheint jene baperische Idee nicht praktisch und durchaus lähmend für die Staatsmaschine. Müßte ihr einigerzmaßen nachgegeben werden, so ließe sich vielleicht eine Art von Staatsrat, unter dem Namen Neichsrat ersinden und ins Leben führen. Bestimmte Außerungen über das Oberhaus möchten zur Zeit unsverseits noch zu vermeiden sein, denn bevor nicht einigermaßen übersehen werden fann, wie weit die Besugnisse der Reichszgewalt überhaupt reichen sollen, wird es immer schwer halten, entschiedene Borschläge über die Stellung und Zusammensehung des Oberhauses zu machen.

Dagegen dürften die Bestimmungen über das Unterhaus — die zweite ober Boltstammer — wenige Schwierigfeiten darbieten und zum großen Teile den

Beschlüffen der Nationalversammlung überlaffen werden tonnen.

Bon den Hauptgegenständen der der Neichsgewalt einzuräumenden Rompestenz will ich mit einstweiliger Übergehung der Bertretung Deutschlands im Ausslande und der Bestellung eines Bundess oder Reichsgerichtes, worüber erhebliche Meinungsverschiedenheiten nicht obwalten dürften, — hierfür jeht nur das Bunsbesheerwesen, — die Finanzen und die Gesetzebung ins Auge fassen.

Unfer Grundfat, daß die Selbständigkeit der einzelnen Bundesstaaten nur insoweit zu beschränken sein wird, als es die Einheit Deutschlands erfordert, kann auch auf die Feststellung der Rechte des Reichs: oder Bundesoberhauptes — mag dasselbe in einer Person oder aus mehreren bestehen — im Bereiche des Bundes; heerwesens in folgender Urt eine konfequente Anwendung sinden. Dem gedachten

diesen Ausgangspunkt haben. In den folgenden Andeutungen ist davon ausgegangen. Reichsoberhaupt. Das Reichsoberhaupt besteht aus drei Mitgliedern, zwei erblichen und einem wählbaren. Die erblichen sind der Kaiser von Österreich und der König von Preußen. Das wählbare wird erwählt für die Dauer von zwei Jahren abwechselnd einmal von Bapern, Württemberg und Baden, darauf von den übrigen deutschen Staaten, indem Bestimmungen getrossen werden, wer das Ernennungsrecht haben soll für den Fall, die Wähler sich in der vorausbestimmten Frist nicht geeinigt haben. Der Wahlmodus ist näher zu vereinbaren. Die drei Mitglieder fungieren persönlich, wenn sie sich an dem Regierungssische besinden. Für den Fall der Abwesenheit haben sie einen Vertreter zu bestellen, welcher alle den Vertrestenen zustehenden Regierungsrechte ohne Ausnahme und ohne Einholung von Instruktionen oder Vollmachten sie eingelne Fälle zu üben hat. Die mangelnde Einheit dieses dreissechen Oberhauptes, welches seine Entscheidungen durch Stimmenmehrheit zu tressen hat, wird ergänzt durch ein verantwortliches Ministerium nach konstitutionellen Grundsähen, auf dessen Anträge das Oberhaupt seine zussimmennde oder ablehnende Erklärung, gleich einem alleins sehenden Könige oder Kaiser, zu geben hat.

Oberhaupte gebührt die Aufsicht über die Aufrechthaltung aller Grundfäge in bezug auf Behrpflicht, numerische Stärke, Ausbildung und Kriegsbereitschaft ber Wehrkraft.

Für alle Unordnungen, um diese Grundfage innerhalb der einzelnen Staaten jur Ausführung zu bringen, findet eine Beschränkung der Gelbitändigkeit bieser

letteren nicht fatt.

Die Einwirfung des Reichsoberhauptes auf die Ernennung der Truppens befehlshaber der Landmacht beginnt erst bei der Bildung solcher Reichswehren, die für den allgemeinen Reichsheerdienst aufgeboten werden können, d. h. bei der Berbindung der tattischen Einheiten der verschiedenen Wassengattungen zu gemeinsschaftlicher Eliederung, mithin bei der Ernennung der Divisionsbefehlshaber; denn die Division ist die erste Form, in welcher die verbundenen Wassen zu gemeinschaftslichem handeln auftreten. Die Souveräne der betreffenden Staaten haben das Recht des Vorschlages; die Entscheidung über den Vorschlag — die wirkliche Ersnennung — erfolgt durch das Reichsoberhaupt.

Die Ernennung der Befehlshaber mehrerer zu einem Ganzen verbundenen Divis fionen fieht dem Reichsoberhaupte, unabhängig von diesfälligen Borfchlägen der

einzelnen Souverane ju.

Alle Festungen Deutschlands sind als gemeinsame Reichswehren, mithin als Bundesfestungen anzusehen. Die Kommandanten, Ingenieure und Artilleries offiziere vom Plaze werden auf den Borschlag der betreffenden Souverane durch das Reichsoberhaupt ernannt; mährend die Ernennung des Unterstades der Festungen den einzelnen Staaten überlassen bleiben kann.

Die deutsche Kriegsflotte ift eine für die Gesamtheit des deutschen Bundesstaates zu bildende gemeinsame Reichswehr, weshalb auch die Ernennung aller Offiziere

derselben dem Reichsoberhaupt anheim fällt.

Die gewöhnlichen Einnahmen bes Neiches fließen aus den Grenzzöllen, welche unmittelbar zu dessen Kassen erhoben, und aus denen den Einzelregierungen die Normalkosten ihrer Kontingente überwiesen werden. Ein einheitliches Zollspstem ist für Deutschland unbedingte Notwendigkeit, und die preußische Regierung nimmt ihrerseits nicht Anstand, die Zollverwaltung an Reichsbeamte übergehen zu lassen. Zur Ausübung des Rechtes der direkten Besteuerung ist die Reichsgewalt (Obershaupt, Ministerium und Parlament) nur in Fällen eines ausgebrochenen Reichsstrieges und für dessen Dauer befugt.

In Ansehung der Reichs, oder Bundesgesetzgebung muß der Erundsatz gelten, daß den Einzelstaaten alles verbleibt, was der Reichsgewalt nicht ausdrücklich überwiesen ist, und es wird zu den wichtigeren, bei dem Verfassungswerte zu lösenden Aufgaben gehören, daß man in diesen Beziehungen die Grenzlinien scharf abstede, damit nicht die Selbständigkeit der einzelnen Bundesstaaten von der Ges

famtheit ohne Rot beschräntt werden tonne.

Ich überlasse es Ew. Hochwohlgeboren, die im Obigen niedergelegten Grundsche und Ansichten namens der diesseitigen Regierung sowohl in der Bundesversamms lung, als bei einzelnen zur Nationalversammlung gehörigen Abgeordneten im geeigneten Momente zur Erreichung unseres Zwedes geltend zu machen und sehe über die Art und Weise, wie solches geschehen wird, und über den Erfolg Ihrer entsprechenden Wirtsamseit Ihren Berichten mit hohem Interesse entzegen. Auf ets waige Ansragen über Zweisel und Bedenken, welche Sie bei der Behandlung einzels ner Puntte etwa noch haben könnten, werden Sie mit möglichster Beeilung von mir Bescheid erhalten.

ges. Arnim.

5. Zirfular ber Preußischen Regierung an ihre Gefandtichaften bei ben beutichen Regierungen.

Ropie.

Berlin 1848. Juli 17.

Nachdem S. K. h. der Erzherzog Johann von Offerreich am 12. d. M. das Ihm übertragene Umt eines provisorischen Neichsverwesers für Deutschland in Frankfurt a. M. feierlich übernommen, und die Bundesversammlung ihre discherige Gewalt in seine Hände niedergelegt hat, ist es von hoher Michtigkeit, daß nach der im § 14 des Beschusses der deutschen Nationalversammlung vom 28. v. M. ente haltenen Bestimmung zur herstellung der notwendigen Verdindung zwischen der durch den gedachten Neichsverweser auszuübenden provisorischen Zentralgewalt und den deutschen Bundesregierungen, in Frankfurt a. M. baldigst der Zusammentritt der Bevollmächtigten stattsinde, mit denen diese Gewalt sich in Beziehung auf die Vollziehungsmaßregeln ins Einvernehmen zu sehen haben wird.

Um diesem Einvernehmen in den, die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt bestreffenden gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation den im Interesse der Gesamtheit wie der Einzelstaaten zu wünschenden Erfolg zu sichern, bedarf es eines steten Zusammenwirkens solcher Bevollmächtigten und der Ubereinstimmung ihres Handelns, sowohl ihren Kommittenten, als der provisorischen Zentralgewalt gegenüber, welcher ohne Zweisel selbst daran gelegen sein wird, bei dem Geschäftse vertehre zwischen ihr und den Bevollmächtigten zu dessen Erleichterung und Försderung nicht mit jedem einzelnen für sich, sondern mit der Gesamtheit derselben zu

verhandeln.

hieraus folgt einerseits, daß die Bevollmächtigten notwendig in den Fall kommen werden, sich untereinander zur Bildung einer organisch verbundenen Gesamtheit, eines Körpers, eines Kollegiums zu vereinigen, andererseits, daß ein solches Organ der deutschen Regierungen durch die Art seiner Zusammensehung und seinen numes rischen Umfang nicht etwa die Erreichung des Zweckes erschweren und insbesondere einem raschen Geschäftsbetriebe nicht hinderlich werden dürse. Zusammengeseht aus einer Anzahl von Bevollmächtigten, welche der Zahl der bisherigen Bundestagssgesandten gleich käme, würde dasselbe auch in anderer hinsicht nur allzuleicht Ansstehn, Mißtranen erregen und die Besorgnis wecken, als wolle man den

Bundestag in einer anderen Gestalt wieder aufleben laffen.

Muß hiernach die Zahl der Bevollmächtigten nach Möglichkeit beschränkt werden, darf sie — wie es hier als notwendig anerkannt wird — im äußersten Falle nicht über elf, in der Regel nicht über sieben hinausgehen: so liegt darin für die meisten deutschen Regierungen zugleich die Aufforderung und die Notwendigkeit sich zum Behufe gemeinschaftlicher Bertretung durch einen Bevollmächtigten einem anderen größeren deutschen Staate, welchem sie durch Nachdarschaft und Gleichartigkeit der Interessen näher verdunden sind, anzuschließen und mit demselben in denjenigen Källen, wo es auf Beschlußtassungen in gemeinsamen Angelegenheiten ankommt, eine Stimme zu sühren. Was die Bertreilung der Stimmen für derartige Beschlußtassungen betrisst, so wird sie billigerweise, wie in plono der bisherigen Bundest versammlung nach dem Naßsabe, welchen die Leistungen der betressenden Staaten für die Gesamtheit — sei es an Militärkontingenten, sei es an Geldbeiträgen — darbieten, mithin nach dem Bevölterungsmaßstabe, erfolgen müssen.

Aus den obigen Erwägungen sind die Borschläge hervorgegangen, welche Ew.... in metallographierten Beilagen hier angeschlossen sinden.\(^1\) Sie können als Grunds züge zu einer, in dieser Angelegenheit zwischen den deutschen Regierungen zu treffens den Vereindarung dienen, odwohl sie manche, durch eine solche Vereindarung zu bestimmende Vunkte, namentlich die Krage wegen des Vorsibes bei den Verhands

<sup>1</sup> Sedr. Roth u. Merd 2, 6ff.

lungen des fraglichen Rollegiums, absichtlich unberührt lassen. Daß dieser Borsit jest, wenn diese provisorische Einrichtung zuerst ins Leben tritt, Preußen überstragen werde, wird um so billiger sein, als der Reichsverweser dem Kaiserlich östersreichischen Hause angehört. Die näheren Bestimmungen hierüber, wie über die anderen hierher gehörigen noch offenen Fragen mögen weiterer Verständigung

beim Zusammentritte der Bevollmächtigten vorbehalten bleiben.

Von viel größerer und augenblicklicherer Wichtigkeit ist es dagegen, daß die Res gierungen Deutschlands durch einen Schritt, wie der ist, welchen wir jest vorschlagen, den Beweis ihres Einverständnisses und ihrer Bereitschaft zum einmütigen Justammenwirten ohne Verzug an den Tag legen. Es ist für die gegenwärtige Gestaltung der Verhältnisse Deutschlands von größter Wichtigkeit, daß der Meinung tatssächlich begegnet werde, als rechtfertige der Mangel an Einvernehmen unter den Regierungen selbst die möglichste Ausschließung ihrer Mitwirkung von der Behandslung der großen gemeinsamen Angelegenheiten.

Bur Einleitung der gewünschten Bereinbarung wollen Em. . . . die gedachten Borschläge nunmehr unverzüglich zur Kennenis der Regierung bringen, bei welcher Sie beglaubigt sind, deren Annahme mit geeigneter Benutung und Geltende machung der oben dargelegten Motive angelegentlich bevorworten, ebenso angelegentlich aber auch darauf hinwirten, daß schleunigst eine bestimmte Erklärung über jene Borschläge erfolge, und diese Erklärung binnen fürzester Frist hierber ges

langen laffen.

Bir durfen hoffen, daß feine beutsche Regierung das Gewicht der mannigfachen gemeinsamen Interessen, welche eine rasche Berständigung über unfere Borschläge unter den obwaltenden Umständen dringend erheischen, verkennen und denselben in der hauptsache ihre Zustimmung versagen werde.

#### 6. Inftruftion bes Ministeriums für Camphaufen. Ropie.

Berlin 1848. Juli 30.

Nachdem S. M. der König E. E. zu Seinem Bevollmächtigten bei der provisiorischen Zentralgewalt in Frankfurt zu ernennen geruht haben, liegt es dem Staatsminisserium ob, sich über die Ansichten und Grundsäte auszusprechen, welche es in der Behandlung der deutschen Angelegenheiten zu befolgen gedenkt, und durch welche Ihre Stellung und Ihr Verfahren der Zentralgewalt gegenüber wird bedingt sein, in der Überzeugung, daß es notwendig ist, von vornherein eine klare und gesicherte Stellung einzunehmen und sich über die leitenden Gesichtsspunkte, wie über die Erenzen unseres Handelns zu verständigen.

Die Königliche Regierung ift bereit, ihre volle und fraftige Unterfithung und Mitwirtung benjenigen Magregeln juguwenden, welche bagu beitragen fonnen.

Die tgl. Ernennung und Bollmacht hatte der Ministerpräsident ihm bereits am 29. Juli übersandt und in einem Begleitschreiben die nötigen hilfsträfte zur Berfügung gestellt. (Auszüge daraus f. Caspary 243.) Die Bollmacht (vom 29. Juli, Sanssouci) betraut Camphausen im Bertrauen auf seine echt deutsche Sesnnung mit herstellung der Berbindung, welche im Sinne des § 14 des Beschlusses der Nationalversammlung vom 28. Juni zwischen dem Reichsverweser und der Preußischen Regierung zu eröffnen sei. Er habe sich demgemäß über alle diesem Beschlusse und deren Ausführung durch die Preußische Regierung, soweit tunlich, zu verständigen und deren Ausführung durch die Preußische Regierung, soweit tunlich, zu vermitteln. Innerhalb der Grenzen seiner Bollmacht und Instruction habe er nach Guesinden zu handeln, könne sich auch durch einen anderen vertreten lassen. Bas er innerhalb dieser Grenzen erkläre oder unterschreibe, verspreche der König auf sein Konigliches Wort zu genehmigen. Die Casparn S. 243 unten gegebene von Camphausen selbst berrührende Jusammensassung seiner Instruction stammt nicht aus dieser Zeit, sondern ist dem Bericht vom 14. Dez. 1848 entnommen, s. unten Beilage 31.

bas Band der Einigkeit und des gemeinsamen handelns zwischen den einzelnen beutschen Staaten fester zu knüpfen, und sie zu dem einigen Bundesstaate zu verstinden, in welchem ein jedes Glied mit dem vollen Schuße seiner Rechte und Intersessen zugleich die ihm gebührende Teilnahme an dem gemeinsamen handeln finden, und das volle Gewicht seiner eigentümlichen Kraft in die Wagschale des Ganzen legen könne. Sie wird es sich daher angelegen sein lassen, von ihrer Seite die Einigkeit und das Einverständnis mit der Zentralgewalt und der Nationalversammlung durch freundliches Entgegenkommen nach Kräften zu erhalten und wird, soweit es an ihr liegt, alles vermeiden, was zu Mißverständnissen oder zur Uneinigkeit führen könnte. Sie erwartet dagegen von der anderen Seite ein gleiches Entgegenkommen und eine entsprechende besonnene Rückschnahme auf die besonderen Interessen und

die politische Stellung Preußens.
In bezug auf die fünftige definitive Feststellung der Verfassung Deutschlands muß die Regierung S. M. des Königs vor allem an dem Grundsaße sesstalten, daß solche nur mit Zustimmung der Regierungen erzielt und zu rechtlicher Seltung erhoben werden kann. Für jeht handelt es sich nur noch um die Beziehungen der einzelnen Regierungen zu der provisorischen Zentralgewalt, zu welcher dieselben jedenfalls noch eine andere Stellung einnehmen, als sie es bei definitiv geregelter Versassung zu einer zentralen Behörde tun werden. Bei dieser definitiven Gestaltung der deutschen Versassung muß Preußen, welches auch die bestimmte Form sein möge, unter der sich die gemeinsame Regierung darstelle, den Anspruch erheben, in

berselben denjenigen Einfluß und denjenigen Anteil an der Führung der gemeins samen Angelegenheiten zu erhalten, welcher seiner wirklichen Macht, als ein ors ganisches Ganzes, und seiner bisherigen Stellung in dem europäischen Staatens

instem entspricht.

Nur unter der Voraussehung, daß Preußen diese Stellung eingeräumt werde, würde das Staatsministerium S. M. dem Könige raten können, die Unabhängigs keit der Souveränetät in der Weise zu limitieren, daß in der Jukunft und bei der definitiven Gesamtversassung eine gemeinsame Vertretung des ganzen Deutschlands dem Auslande gegenüber stattsinde, daß der definitiven Zentralgewalt ein bedeutens der Einsluß auf die Gestaltung des gesamten Heerwesens eingeräumt, und daß bei Annahme eines gemeinschaftlichen Grenzzollspstems ein gemeinsame Verwaltung, und möglicherweise eine gemeinsame Vereinnahmung der Zollrevenüen eintrete.

Was nun aber bis dahin die Behandlung des jest zunächst vorliegenden provis forischen Zustandes betrifft, so ist die Königliche Regierung überzeugt, daß sowohl die Pflicht gegen das eigene preußische Bolt als die Rücksicht auf den wahren Ruben des gesamten beutschen Baterlandes es erfordere, bag Dreugen feine ftaatliche Gelbs ftändigkeit und seine bisherige anerkannte und einflußreiche Stellung unter den europäischen Mächten nicht unbedingt an eine noch nicht gestaltete Gegenwart und an eine noch ungewiffe Zukunft aufgebe. Es wurde fich durch das Aufgeben seiner Gelbständigkeit die Möglichkeit abschneiden, auf die Gestaltung der Butunft eine juwirfen, und fich willenlos dem überliefern, was von anderen Seiten her über basselbe verhängt werden möchte; es wurde die ihm jest innewohnende Rraft, beren Deutschland in biefem Augenblid mehr als je bedarf, ichwächen und paras Infferen, und dadurch Deutschland bes Armes berauben, burch welchen es fart und geachtet fein fann. Die Königliche Regierung fann fich baher bie Organe ihres banbelns nach außen hin nicht nehmen laffen; fie muß mahrend ber Zeit des Provis foriums jedenfalls ihre felbständige Bertretung im Auslande, neben der von der Bentralgewalt anguordnenden Bertretung Deutschlands, beibehalten, weil fie nur durch diese ihre auf Verträgen beruhenden Beziehungen mit den fremden Mächten fortführen und benselben gegenüber diejenige Wirtsamfeit und benjenigen Einfluß ausüben fann, welchen fie fur die gemeinsamen Intereffen Deutschlands geltend gu maden und badurch die beutschen Gefandtichaften gu unterftußen jederzeit bereit

ifi. Ebensowenig fann sie den heerbefehl und die handhabung des gesamten heers wesens des Preußischen Staates aus den händen geben; durch Eingriffe in die militärischen Sinrichtungen könnten dieselben nur desorganisiert und gerade für die Verteidigung Deutschlands unbrauchbar gemacht werden. Dabei versieht es sich von selbst, daß die Königliche Regierung die nach bundesmäßiger Verpflichtung zu siellenden Kontingente für Bundeszwede jederzeit der Oberleitung des Reichss

verwesers jur Disposition stellen wird.

Die Königliche Regierung halt überhaupt an dem Grundsatz fest, daß, nachdem die Bundesversammlung ihre Funktionen seierlich auf den Erzherzog-Reichsvers weser übertragen hat, demselben unmittelbar alle diesenigen Besugnisse zusiehen, welche die Bundesversammlung besaß, gemäß der Bundesakte und der Wiener Schlußakte. In diesem Sinne hat dieselbe auch die Attributionen anerkannt, welche der provisorischen Zentralgewalt durch die Beschlüsse der Nationalversamms lung vom 28. Juni d. J. übertragen worden sind. Ihren Verpsichtungen wird sie in dieser Beziehung getreulich nachkommen. Was aber über diese Besugnisse hinaus liegt, das will sie keineswegs abweisen, kann dasselbe aber nur, ebenso wie die praktische Aussührung jener Beschlüsse, als Gegenstand der Vereinbarung zwischen ihr und der Zentralgewalt ansehen, welche auf dem Wege freundlicher Verständisgung ohne Zweisel zu erreichen sein wird, soweit es sich um das wirkliche deutsche Interesse handelt. Ihr Bevollmächtigter wird demnach, indem er zu jeder innerhalb jener Vundespslichten liegenden Forderung ihre Zustimmung erklärt, zugleich zu einer solchen Verständigung die hand bieten und dieselbe möglichst zu erreichen suchen

Die Königliche Regierung wird daneben sehr geneigt sein, auch während des Provisoriums materielle Verbesserungen zu befördern. Dahin gehören gleiche Grenzzölle, Gleichheit von Münze, Maß, Gewicht, Wechselrecht, handelsrecht, Nies

berlaffungerecht, Berffartung bes heeres.

In bezug auf handelsangelegenheiten ist die nächste und wichtigste Aufgabe die, die Grundlage zu gewinnen, um die Anwendung eines gemeinsamen Tarifs möglich zu machen. Die Königliche Regierung hat hierüber feine bestimmten Forderungen zu stellen, sondern erwartet, daß ihr Bevollmächtigter der Zeit gemäß handle und dem wirklich vorhandenen Bedürfnis Rechnung trage; sie verlangt weder vorzugssweise Ermäßigung der Schutzölle noch vorzugsweise höhere Zölle, Prämien und Differentialzölle, sondern die hauptsache ist ihr nur, daß wirklich ein gemeinschafts

licher Tarif angenommen werbe.

Außer den Handelsangelegenheiten sind schon jeht mehrkache Bersuche gemacht, mittelst der Nationalversammlung auch außer der eigentlichen Begründung der künftigen Berfassung andere innere Angelegenheiten zu regeln und gemeinsame Gessehe für ganz Deutschland zu erlassen. Es kann nicht im Interesse der Regierung liegen, weder die Besteiedigung wirklich dringender Bedürsnisse zu verschieben, noch durch ein passives Abwarten sich eventuell in den Fall zu segen, einem Beschlusse, der wirkliche Interessen verletzte, Widerstand leisten zu müssen. Dielmehr ist es die Absicht der Königlichen Regierung, in die Berhandlungen über die Regulierung solcher inneren Berhältnisse einzugehen, auf dieselben einzuwirfen und sehlt, wo es tunlichst ist, die Initiative zu ergreisen, und durch ihr Organ bei der Zentralzgewalt und mittelst derselben in der Nationalversammlung die betressenden Fragen in Anregung zu bringen, die Interessen ihres Landes zu verteidigen und ihre Wünsche geltend zu machen. Es werden aber in der Regel allgemeine, für alle deutschen Staaten zu erlassende Gesehe auch nur die allgemeinen und höchsten Prinzipien enthalzten können, deren Anwendung sich nach den lotalen Berhältnissen modifizieren wird.

In diesem Sinne die Anfichten und Absichten ber Koniglichen Regierung bei ber Zentralgewalt zu vertreten und möglichft zur Geltung zu bringen, ift die Aufgabe,

welche bes Konigs Majeftat mit vollem Bertrauen in E. E. Sande legt.

## 7. Ministerpräsident v. Auerswald an Camphausen. Rovie.

Berlin 1848. Juli 31.

In der beigefügten Abersicht finden E. E. diesenigen Erklärungen nach ihrem wesentlichen Inhalte zusammengestellt, welche über die denfelben bekannten diess seitigen Borschläge

wegen Bildung eines provisorischen Rates von Staatenbevollmächtigten für

die Verhandlungen mit der provisorischen Zentralgewalt,

infolge der dieserhalb auf diplomatischem Bege ergangenen Mitteilungen an die beutschen Regierungen, von den letteren teils mittelbar, teils unmittelbar bis jett

abgegeben worden find.

Nach der sich daraus ergebenden Art und Weise, wie jene Vorschläge von den betreffenden Regierungen aufgenommen sind, dürfen wir wohl nicht mehr ers warten, daß der in denselben dargelegte und durch die Königlichen Gesandtschaften nach Maßgabe der Zirkulardepesche vom 17. v. M. näher motivierte Plan noch zur Ausführung kommen werde.

haben wir demnach den Versuch einer Vereinbarung unter fämtlichen deutschen Regierungen in betreff ihrer mit der provisorischen Zentralgewalt zu verhandelnden gemeinsamen Angelegenheiten als mißlungen zu betrachten, so werden sich doch die nach Frankfurt a. M. zu der Zentralgewalt abgeordneten Bevollmächtigten einszelner, durch gemeinsame Interessen miteinander näher verbundenen Staaten, über einverkändliche Wahrnehmung solcher Interessen vereinigen können.

über einverständliche Wahrnehmung solcher Interessen vereinigen können.
E. E. stelle ich daher ergebenst anheim, zu dergleichen Verständigungen, wo sich Gelegenheit und entgegenkommende Vereitwilligkeit dazu zeigt, gefälligst die Hände bieten und denjenigen Staatenbevollmächtigten, welche Ihnen in dieser Beziehung Vertrauen zu erkennen geben, und bei deren Rabinetten Sie den Wunsch einer eine verständlichen Behandlung der deutschen Angelegenheiten mit dem unsrigen vorsausseien, mit gleichem Vertrauen entgegen zu kommen.

Ich behalte mir vor E. E. von den Verständigungen, welche hier in gleicher Beife

fattfinden möchten, in fortlaufender Kenntnis zu erhalten.

#### Aberficht.

Sferreich. Wegen Abwefenheit des Ministers Freiherrn von Wessenberg von Wien hat noch teine bestimmte Erklärung erteilt werden können. Das Resultat einer diesfälligen Bessprechung im Ministerrate, wovon der herr Gesandte aber nur außeramtlich Kenntnis erhalten, geht dahin, daß man sich österreichischerseits mit den hauptpunkten der Vorschläge wohl einverstanden erklären dürfte, in keinem Falle aber sich dazu verstehen wird, zum Iwed der Verständigung über deren Ausschlung einen Beauftragten nach Berlin zu senden.

Bagern. Nachdem fich der herr Minister Graf v. Bray auf die erste Mittellung der Borfcläge gegen den diesseitigen herrn Gefandten gurudweifend und in sehr gereizter Stimmung über dieselben mundlich ausgesprochen — weil man Bagern in dem zu bildenden Rate nur eine Stimme zugeteilt und keinen bagrischerseits mit zu vertretenden kleineren Staat überwiesen habe — wird in einer, infolge Allerhochfter Beschluftnahme erlassenen Note

bom 22. Juli b. J. erflart:

Die Bayerische Regierung erkenne es mit lebhaftem Danke an, daß das Königlich Preußische Kabinett in vorliegender Sache die Initiative ergriffen habe und stimme mit den wesentlichen Grundzügen der Borschläge überein; — ihr Gesandter, Graf Lerchenseld, werde sich alsbald auf seinen Posten nach Berlin begeben, um sie dei den dortigen Bessprechungen der Sache zu vertreten und die wenigen Modifiationen anzuregen, welche ihr wünschenswert und sachsörderlich erschienen. Zu einem entsprechenden Benehmen, wobei jedoch die preußischen Vorschläge wegen des "Vermittlungsörpers" zur Erundlage dienen müßten, sei auch die Bayerische Sesandtschaft am Wiener Hofe angewiesen worden.

<sup>1</sup> Mr. 5.

Königreich Sachfen. Die Königlich Sächfische Regierung erklärt sich mit den Borschlägen im allgemeinen unter der Boraussetzung einverstanden, daß die übrigen deutschen Regierungen ihre Zustimmung nicht versagen. Sie glaubt, daß die genauere Fesissellung einzelner Puntte am füglichsten durch die vereinigten Bevollmächtigten selbst bewirft werden könne; verwahrt sich aber schon jett gegen die vorgeschlagene Stimmenverteilung, wonach Ofterreich und Preußen grundfässich immer die Majorität im Bevollmächtigtenrate haben vürden, und will jedem von beiden Staaten nur zwei Stimmen zugeteilt wissen, wobei freilich den übrigen Staaten zusammen grundfässich immer die Majorität, Ofterreich und Preußen aber, so oft sie aus guten Gründen in einer Unsicht übereinkommen, leicht eine oder mehrere der übrigen Stimmen für dieselbe gewinnen werden.

Aurhessen. Die Aurfürstliche Regierung scheint gegen die Vorschläge nichts anderes zu erinnern zu finden, als daß die permanente Vertretung der siebenten gemischten Staatenseinheit im Bevollmächtigtenrate nicht ihr ausschließlich, sondern gemeinschaftlich mit der Broßherzoglich hessischen Regierung zugeteilt worden ist, und führt zur Begründung ihres Unspruchs auf diese alleinige permanente Vertretung eine Menge von Nomenten an, nach welchen ihr in jeder Beziehung der Vorrang vor dem Großherzogtum heffen gebühren soll.

Großbergogtum heffen. Raffau. Freie Stadt Frankfurt. Bis jum 23. Juli b. 3. hatte fich noch feine ber betreffenden Regierungen ichriftlich über die Borichlage auss gefprocen. Es ift jedoch nur ju mahricheinlich, daß fle diefelben ablehnen werden, im alls gemeinen aus Beforgnis vor ber terroriftifchen Stellung ber Nationalverfammlung und ber von derfelben abhängigen Zentralgewalt, deren Ginfluß junachst ihnen — der geographischen Lage ber betreffenden Staaten wegen — bie Berudfichtigung und Geltendmachung ber wefentlichften Regierungeintereffen fast unmöglich macht. herr von Gagern, in Angelegens beiten, welche fich auf die "beutiche Entwidlung" beziehen, nach wie vor dirigierender Große bergoglich heffischer Minister, perhorresziert als Prafident der Nationalversammlung die tollegialifche Organisation der Staatenvertretung und ihre, fich darin aussprechende, Gelbständigfeit der Zentralgewalt gegenüber. Eventuell wurde die Großbergoglich heffifche Regierung es verfcmahen, gemein ich aftlich und alternierend mit Rurheffen die achte Staas teneinheit zu vertreten und biefe Bertretung für fich allein verlangen. Naffan und Frankfurt fuchen fich aus ben oben angedeuteten Grunden mit dem Großbergogtum beffen möglichft auf einer Linie ju halten und finden fich - was namentlich von Frantfurt gilt bauernden Souveranitatsgeluften baburch verlett, bag Preugen im Bevollmachtigtenrate brei Stimmen führen foll.

Die Fürstlich Schaumburg, Lippesche Regierung macht, ohne die Rotwendigkeit ber vorgeschlagenen Errichtung einer Bertretung der Staaten bei der Zentralgewalt und die Triftigkeit der für die Modalitäten derselben diesseits geltend gemachten Gründe zu verstennen, ihre definitive Erklärung von dem Resultate einer eingeleiteten Kommunikation mit der Königl. Hannoverschen Regierung abhängig und will, wenn dort die wohlmeindende Initias tive Preußens anerkannt wird, sich der vorgeschlagenen Einrichtung vertrauensvoll anschließen.

Bis jum Schluffe der vorstehenden Jusammenstellung fehlen dem Verfasser zu deren Bers vollständigung noch die Erstärungen von Hannover, Bürttemberg, Baden, den Großherzogslichen Regierungen von Medlendurg, Oldenburg, Luremburg und Sachsen, Beimar, der herzoglichen Regierungen von Sachsen und Anhalt, der Fürstlichen Regierungen von Schwarzsburg, hohenzollern, Balbed, Lippe (Detmold) und Reuß, der freien Hansestädte Lübed, Bresmen und Hamburg.

Bon den in Mede flehenden Borfchlägen ebenfalls schon unterrichtet, hatte der Reichsminister bes Innern und der Auswärtigen Angelegenheiten, herr von Schmerling zu Frankfurt a.M. der vorgeschlagenen Staatenvertretung seinen vollsten Beifall insoweit erteilt, als es sich um Medultion der Bertreter auf sieben Bevollmächtige und um Berteilung der zu vertreten, den Staaten in die betreffenden sieben Komplere handelt; dagegen aber die Einschung eines förmlichen Kollegiums mit Absimmung und Beschlußnahme hauptsächlich um deswillen für unzulässig ertlärt, weil sie mit der gebietenden Stellung unvereindar sei, welche die Jentralgewalt — den Landesregierungen gegenüber — einnehmen wolle und müsse.

Beimar. Der Minifter Babborf hat nach Beratung im Ronfeil mundlich erflart, daß er einige Bebenten trage, auf die gemachten Antrage einzugeben; daß er fich, bevor er ants

Der hier beginnende Abschnitt ift von anderer hand nachträglich hinjugefügt, umfaßt also offenbar fpater eingelaufene Antworten.

worten könne, mit den anderen fächsischen Regierungen benehmen muffe, daß aber Beimar sich dem, was beliebt werden möchte, nicht entziehen werde. Das Bedenken schien, nach verstraulichen Außerungen, die Furcht vor dem Eindruck der Maßregel in Frankfurt, die Scheu vor der Unterordnung unter den König von Sachsen und vor dem zu großen übergewicht Offereichs und Preußens. Auch seien die Befugnisse der Zentralgewalt selbst noch zu wenig abgegrenzt, um eine solche Behörde neben sie zu stellen.

Baden. Der Minister von Duich hat erflart, Baden sei mit den preußischen Borfchlägen einverstanden, und bereit, auf Erund derfelben in Berhandlung zu treten; mit Ausnahme eines Punttes: Baden mache nämlich Anspruch auf eine selbständige Stimme und werde dafür gern eine angemeffene Bermehrung der Stimmen Preußens, sowie dessen Prafidium unters

ftügen.

Sannover. Bon Sannover liegen nur vorläufige Außerungen vor; der Königliche Ges sanbte bort schreibt unterm 20. Juli: Eraf Bennigsen scheine, aus früher schon in Berlin geltend gemachten Gründen, Bedenken zu tragen, doch werde Sannover sich wohl schließlich

im wefentlichen mit den diesseitigen Borfchlagen einverstanden erklaren.

Braunschweig. Das Braunschweigsche Ministerium ist damit einverstanden, daß die Regierungsbevollmächtigten ein Kollegium bilden, daß sie nach Mehrheit der Stimmen sich entscheiden, und daß Preußen in diesem Kollegium den Borsts sihrt. Dagegen hält est die Bestimmung, daß die kleineren Staaten ihre Vertretung den größeren delegieren, nicht für angemessen, sondern hält est für geeigneter, daß die bisherigen Bestimmungen über die 17 Stimmen des engeren Nates der Bundesversammlung belbehalten werden. Es würde nur eine höchst dringende Notwendigkeit die kleineren Staaten bewegen können, die Möglichskeit, durch ein Organ ihre Interessen bei der Reichsgewalt direkt zu vertreten, ganz aufzugeben, und sich nicht nur dieser, sondern auch zugleich einem anderen größeren Staat unterzuordnen. Insbesondere würde für Braunschweig die Unterordnung unter Hannover bedenklich sein, wegen der Verschiedenheit der Zolls und Handelsinteressen, und weil eine solche Verbindung der Bevölkerung des Landes höchst unerwünscht sein würde.

Rurheffen. In der Note vom 25. Juli erklart die Rurheffische Regierung, sie sei mit der Notwendigkeit einer Berständigung volltommen einverstanden, und finde es sehr geeignet, daß hierbei der mitgeteilte Entwurf jum Grunde gelegt werde. Nur glaubt sie vorläusig bemerken zu mussen, daß bei der Bestimmung unter IV. 7. Rurhessen sich die erste Stellung in der Kurie würde vorbehalten mussen, welche ihm nach seiner Geschichte und bestehenden Berträgen zukomme, und daß durch den Borschlag unter VIII zu sehr das dieher für das Plenum der Bundesversammlung festgesetze Stimmenverhältins alteriert werde. Auch glaubt sie, daß man nur im Einverständnisse mit der Zentralgewalt eine solche organische Einrichtung schaffen könne, und daher sich darüber mit dem Neichsverweser werde benehmen mussen. Geheime Rat Jordan sei bereits zum diesseitigen Staatenbevollmächtigten ernannt.

Balbed. Die Fürstlich Balbediche Regierung ertlärt in ihrer Rote vom 24. Juli, daß sie mit den Preußischen Borschlägen nicht nur einverstanden sei, sondern auch den Bunsch hege, mit dem Königreich Preußen bei der in Frage stehenden Repräsentation eine Einheit

au bilben.

Oldenburg. Der Großherzog findet die preußischen Borschläge sehr geeignet, in reisliche Erwägung gezogen zu werden; gleichwohl sieht er sich jeht nicht imstande, einen bestimmten Entschlüß darüber zu fassen, um so weniger, da der Oldenburgsche Bevollmächtigte in Frankssurt a. M. schon infolge des Schreibend des Reichsverwefers vom 15. d. M. beauftragt ist, die Beziehungen zu der Zentralgewalt zu vermitteln. Auch seinen die noch in Franksurt ans wesenden Gesandten schon über sehr abweichende, von anderer Seite gemachte Vorschläge in nähere Einigung getreten. Die Großherzogliche Regierung behält sich vor, über die solgens reichen preußischen Borschläge in nähere Verhandlung zu treten. (Note vom 25. Juli.)

Luremburg. Der Agl. Niederländ. Minister d. ausw. Angel. hat dem Gesandten eröffnet, daß der König/Großherzog und herzog mit der Absicht, die die preußischen Borschläge hervors gerufen, und dem Prinzip, auf dem sie beruhen, einverstanden sei, sich aber in betreff der Aussschung noch nicht äußern könne, sondern zuvörderst die weitere Gestaltung der Dinge abswarten und vor allem auch darüber direkt mit dem Reichsverweser Rückprache nehmen lassen wolle.

Lippes Det mold. Det mold bedauert, auf die preußischen Borschläge nicht eingehen zu können, es glaubt die Berückschtigung seiner Interessen nur von einer speziellen Bertretung bei der Zentralgewalt erwarten zu mussen, wonach ja auch die letztere schon den Bunsch auss gedrückt.

Bapern. Bapern ift, nach ben Außerungen bes Ministers, Grafen Bran, gern bereit, Preußen den Borsit in dem Kollegio zu übertragen, hofft aber, daß Preußen und Offerreich sich mit zwei Stimmen begnügen werden. Wenn die Berständigung erzielt sei, werde man am geeignetsten Preußen die desfallsigen Mitteilungen an die deutsche Nationalversammlung aberlassen; man sei einverstanden, daß zu den Bevollmächtigten nicht Mitglieder der biss berigen Bundesbersammlung zu wählen seien.

# 8. Camphaufen an Geheimrat Coftenoble. Eigenhd. Kongept. Ben. Cafpary 253.

Frankfurt 1848. September 9.

Berehrter Freund! Das Resultat der Berhandlung vom 7.1 hat mich ebenso febr überrafcht als niedergeschlagen. Ginen Rat von bier aus zu geben - abgefeben davon, daß er mahrscheinlich gu spat fame - fann ich nicht unternehmen, ohne bie Renntnis ber Berhaltniffe und ber öffentlichen Stimmung, Die fich aus ben Beis tungen und ohne perfonliche Unwesenheit nicht erschöpfend gewinnen läßt. Es gibt bier feine Perfonen, welche vorgeschlagen werden fonnen, um ein neues Dis nifferium zu bilben auf ber Grundlage ber Majoritatsabstimmung vom 7., benn biefe Grundlage ift unannehmbar. Man fann die hoffnung begen, daß auf diefem Bege die Berfammlung felbst innehalten wird, die hoffnung, daß ein Ministerium Balbed, Robbertus ufw. nur furge Zeit regieren murde, weil die Majorität vom 7. nur eine icheinbare, aus einem undauerhaften Busammentreten bes Bentrums und ber Linken entfiandene ift; allein das Erperiment mare febr gefährlich. Db aber ber Widerstand bes Thrones in milber Form julaffig ober noch gefährlicher ware, bas vermag ich von hier aus nicht zu beurteilen. Ubrigens muß ich nach den obe waltenden Umftanden und nach ben Andeutungen in den Zeitungen schließen, daß bei Untunft diefes Briefes langft ein Entschluß gefaßt ift. Ofterreichs Stern fleigt, der preußische fintt; ich bin barüber in Bergweiflung. Dag die Rudwirfung der Berliner Beichluffe viele Stimmen in der Waffenstillstandofrage von und abwendet, muß ich leider befürchten, doch gebe ich den Mut nicht auf und wirke fort, folange es geht.

Sie werden mich ju mahrem Dante verpflichten, wenn Sie mich vertraulich von

ber Entwidlung ber bortigen Buftande unterrichtet halten wollen.

# 9. Ludolf Camphausen an Otto Camphausen. Eigenhd. Konzept. — Auszug Casparn 257.

Frantfurt 1848. Gept. 19.

Es ist mir recht wehmutig, daß nachdem Du mich erst vor wenigen Tagen vers lassen hast, ich Dir nun diese Zeilen durch einen zweiten Getreuen nachsenden muß, der auch schwerlich zurücktehrt. Zu der Isolierung kommt nun aber heute abend noch ein neuer tritischer Fall. Schon in dem heute abgegangenen Briefe deutete ich Dir an, daß die Sendung von Schwerin mir nicht behage; doch schäte ich Schwerin hoch genug, um von ihm zu erwarten, daß er einen meine Stellung vers derbenden Antrag abgelehnt haben wurde. Bedenklicher ist die Nachricht, daß

1 Aber ben befannten Steinschen Untrag.

Dberffleutnant Fifcher.

<sup>2</sup> hier folgte urfprünglich folgender durchstrichene Abfah: "Um an einen andern Weg zu denken, müßte man, wie gesagt, die Berhältnisse kennen: die Stimmung des Königs, den Mut seiner Organe und die Bolkbrichtung. Eine Auflösung würde wahrscheinlich zur Revoslution sühren; ob aber die Weigerung auf Erund der vom Ministerium bestrittenen erektiven Gewalt der Versammlung das Ministerium zu entlassen, ob die Verlegung der Versammlung wegen Unfreiheit der Beratungen aussührbar wäre, ob die jehigen Minister oder ein Teil dersselben, von der Rechten verstärft, an das Unternehmen gehen würden, das wage ich von hier aus nicht zu beutzeilen. Leider ist Preußens Stern am Sinken. Man möchte blutige Tränen darüber weinen."

Stodmar morgen ebenfalls nach Berlin geht. Von Gagern hatte es mir angedeutet; er wollte wissen, was man von Berlin zu erwarten habe; unter anderem wollte er auch wissen, ob er in Berlin persona grata sein werde, und als ich ihm bemerkte, daß ich ihm meine Ansicht darüber wiederholt ausgesprochen, meinte er: Ja "meine" Ansicht. Die Sendung von Stodmar wird die Tendenz haben, einesteils Zussicherungen zu erwirken, andernteils den innersten Kern der preußischen Intentionen zu ermitteln und allenfalls darauf Einstuß zu äußern. Sie ist in zwei Beziehungen gefährlich: Erstens weil Stodmar das persönliche Vertrauen des Königs genießt, der zuweilen in seinen Außerungen mit dem Ministerium nicht übereinstimmt, so daß Stodmar denken könnte, er habe den König, also mehr als ich, der nur das Ministerium habe. Zweitens weil Stodmar Zusicherungen vom Ministerium ershalten könnte, schlimm wenn sie mit dem übereinstimmen, was ich bevorworte, noch schlimmer, wenn sie davon abweichen.

Du weißt, wie ich mit Gagern stehe; er hat meine Avancen freundlich ernst aufgenommen, aber mir bis jest weder Vertrauen gezeigt, noch mich gesucht. Stockmar hat manche ihm von mir gepredigte Ideen als seine eigenen wieders geboren; doch hängt er noch mehr an einem einigen Oberhaupte und sieht in mir nicht Preußens lestes Wort. Wenn diese Wänner in das Ministerium treten mit der Erfahrung, daß sie wichtige Dinge in Berlin ohne mich direkt betreiben können und müssen, ja wenn sie nur hineintreten ohne die Überzeugung, daß sie die Dinge durch mich machen können und müssen, so kann ich hier nichts nügen. Um so unhalts barer wäre meine Stellung, weil ich gerade jest das Odium der Verteidigung einer Sache auf mich lud, worin die Fehler nicht fehlten; so daß ich brauchbar erscheinen würde als Advokat einer zweidentigen Sache, aber nicht brauchbar als Repräsentant

bes hochherzigen in der preußischen Politik.

Man möge Schwerin und Stockmar mit größter Freundlichkeit empfangen und anhören. Aber wenn der König wirklich noch Vertrauen zu mir hat, so wünsche ich, daß er es dem Baron Stockmar zu erkennen gebe und ihn an mich verweise; und wenn das Ministerium meine Dienste fortbenutzen will, so muß es keine Verhandslungen ohne mich eingehen und gerade in dem gegenwärtigen Falle von Gagern und Stockmar fühlen lassen, daß man in Berlin dem Bevollmächtigten vertraut

und nichts hinter feinem Ruden tut.

Ich bin daher fest entschlossen, sofort meine Stelle niederzulegen, wenn heinrichs Gesandte demselben nicht bei ihrer Rückfehr die Gewißheit bringen, daß der Weg nach Berlin über die Mainzer Chausse geht. Fischer hat den Austrag übernommen, das dem Könige und den Ministern zu sagen, und wenn Du dazu die Gelegenheit hast oder nehmen willst, so werde ich Dir sehr dankbar sein, so wie ich auch hoffen darf, daß Du bei Deiner genauen Kenntnis der hiesigen Lage mit mir einverstanden sein wirst. Ich din gewiß gerne bereit, hier fortzuwirten; allein wenn die Leute hier nur einmal erfahren, daß sie mir auf der Nase tanzen dürsen, so din ich eine lächerzliche Figur und kann durch jeden erseht werden. Stockmar würde dazu gerne bereit sein; von Urnim, der heute den ganzen Lag bei ihm war, nicht zu reden.

Daß meine frühere Ansicht über Deine Prädestination in Erfüllung ging, übers raschte mich nicht, doch wäre auch mir für Dich noch lieber das Unterstaatssekrestariat als das Portefeuille. Ob Dir v. d. hendt hienen würde, muß ich bezweifeln.

Meviffen als Auswärtiger mare eine Farce. Gute Racht.

#### 10. Graf Donhoff an Camphausen. Eigenho. Original.

Berlin 1848. September 21.

E. E. habe ich mir nicht versagen wollen, gleich heute selbst ganz ergebenst ans zuzeigen, daß S. M. der König mir die Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten heute zu übertragen geruht haben. — Es ist mir sehr erfreulich,

baburch mit E. E. in nähere Geschäftsbeziehung zu treten und es bleibt mir nur übrig, mich Ihrer geneigten Unterstützung und Gewogenheit zu empfehlen.

E. E. gefällige Schreiben vom 19.1 ergaben, daß bas Reichsminifterium fich mit ber Ibee beschäftigt, alle demofratischen Bereine in gang Deutschland ju verbieten. Man wird diesfeits ein folches Berbot nur fehr gerne feben fonnen; und das Staats: miniflerium ftellt E. E. anheim, falls eine Ginwirfung auf deffen Erlag tunlich ift, Diefelbe eintreten ju laffen. Auch ift bas Staatsministerium von der Ibee aus gegangen, daß vielleicht die Berlegung ber deutschen Nationalversammlung von Frantfurt in einen weniger erponierten, mehr im Centro von Deutschland gelegenen Ort in Frage tommen tonnte; eine folde Berlegung wurde preugifcherfeits nur gerne gefehen werden fonnen und die Rgl. Regierung wurde für diefen Fall Erfurt jur Disposition stellen, mas im Mittelpunkt von Deutschland gelegen, burch Gifens babnen mit allen deutschen gandern verbunden, ausreichenden Schut fur die Bentralgewalt und die nationalversammlung barbietet. Des Ronigs Majeftat haben fich hiermit ausdrudlich dem herrn Minifterprafidenten gegenüber einvers ftanden ertlärt. Abgefeben biervon ift es überhaupt die diesseitige Absicht, die Bene tralgewalt in der dermaligen fritischen Gefahr, in der fie fich befindet, ju ffusen und ichuben. Es find zu diesem Ende an das Rommando des 7. und des 8. Armeeforps burch bas Rriegsministerium entsprechende Beisungen ergangen, und ber Zentrals gewalt moge, wenn tunlich, dabei nahe gelegt werden, wie es in ihrem, im preußischen und im allgemeinen Intereffe der Ordnung und Gefeslichkeit liegt, daß fie fich ftets mit Preußen im regsten Ginvernehmen erhalte.

### 11. Camphanfen an Graf Donhoff. Eigenhd. Konzept.

Frankfurt 1848. September 24.

Bertraulich. E. E. danke ich verbindlichst für die freundliche Mitteilung vom 21.2, und beehre mich darauf zu entgegnen, daß die in meinem Schreiben vom 19. enthaltene Notiz wegen des beim Reichsministerium in Anregung gekommenen Berbots der demokratischen Bereine auf einer von herrn Oberstleutnant Fischer eingezogenen Erkundigungen beruhte, daß man aber einen solchen Sedanken ernst lich nicht gehegt zu haben scheint. Ich möchte meinerseits die hoffnung nicht aufzgeben, daß Deutschland gleich England und Belgien das Bersammlungsrecht erstragen, daß es mit der Repression statt der Prävention ausreichen könne. Auf eine Berlegung der Nationalversammlung hinzuwirken, darf ich nicht empfehlen. Die ernstliche Beratung eines solchen Antrages würde, wenn sie eine Folge hätte, nicht die Berlegung nach Erfurt, sondern die Realisserung eines noch immer vom Neichssperweser gehegten Bunsches herbeisähren, nämlich die Berlegung nach Regenssburg.

E. E. Andeutung zuvorkommend habe ich gleich nach dem Ereignisse vom 18. ben Erzherzog-Reichsverweser besucht und ihn einerseits der frästigsten Unterstützung der preußischen Regierung versichert, andererseits den Bunsch ausgedrückt, daß seine Regierung nunmehr den natürlicheren Beg des einverständlichen Benehmens mit den Einzelregierungen einschlagen möge. Bisher habe sie geglaubt, die Stärtung der Zentralgewalt in der Unterordnung der Landesregierungen suchen zu müssen; sie sei dadurch geschwächt worden. Aräftig könne sie nicht werden trop der Einzels

regierungen, sondern burch fle.

Abrigens ift die Zentralgewalt durch die hiefige Emeute fehr geftarft worden und burch die mahrscheinliche Bestegung des Einfalls in Baden wird fie an Rraft gewinnen.

8 Mr. 10.

<sup>1</sup> Bieber nicht befannt geworben.

12. Camphaufen an Graf Donhoff. Eigenhb. Kongept. Auszug Cafpary 261.

[Frankfurt 1848. Oktober 4.1]

Bertraulich. Das Verfahren, welches nach E. E. vertraulicher Mitteilung vom 1. Oftober' die Kgl. Regierung hinsichtlich der össerreichisch sitalienischen Angelegenheit eingeschlagen hat', sieht nicht in Übereinstimmung mit den Versabredungen, welche ich bei Übernahme der hiesigen Stelle mit dem damaligen Minisserpässchenten und dem damaligen Staatsminisserium getroffen hatte, und nach welchen ich in fortlaufender Kenntnis von der in Verlin befolgten auss wärtigen Politif erhalten werden und von den königlichen Gesandten direkt Abschriften ihrer wichtigeren Depeschen erhalten sollte, deren mir über die Vershandlung wegen Italien weder von Paris noch von London oder Wien zuges gangen sind.

Die allgemeinen Gründe, aus welchen der Bevollmächtigte bei der Zentralgewalt in vollständiger Kenntnis der Beziehungen Preußens zum Auslande erhalten wers den muß, machen sich in dem vorliegenden Falle auch dadurch fühlbar, daß ich nach Inhalt meines Berichtes vom 30. September in die Lage kommen kann, zugeben zu müssen, sowohl, daß ich nicht unterrichtet, als daß ich hinsichtlich meiner Untersstellung über das wahrscheinliche Verfahren der Kgl. Regierung im Irrtume war, ein Zugeständnis, welches den Glauben an den Wert und die Zuverlässigteit meiner

Außerungen zu ichwächen geeignet mare.

Die Politik, derzusolge die Kgl. Regierung eine Inklative ergriffen hat, welche die Zentralgewalt von der Teilnahme an den Verhandlungen über die italienischen Angelegenheiten ausschließen müßte, und wovon man behaupten wird, daß sie nur ergriffen sei, um die Zentralgewalt auszuschließen, din ich außerstande zu vertreten. Man wird von diesem Schritte der Kgl. Regierung, wenn er zur öffentlichen Verhandlung kommt, behaupten, daß Preußen Frankreichs Interesse, welches mit einer beinahe lächerlichen Offenkundigkeit auf die Trennung Deutschlands hinarbeitet, zu dem seinigen mache, daß Preußen Osterreich verleitet habe, die Zentralgewalt zu umgehen, und daß das Streben vorliege, die letztere zu schwächen und herabs zusehen.

Außerdem ift mir der Borfall ein neues Symptom des geringen Bertrauens, welches in Berlin auf den glücklichen Ausgang der Einheitsbestrebungen in Franksfurt a. M. geseht wird, und der Schwierigkeit, die Bedeutung der Nationalversamms

lung für Preußen jur Geltung ju bringen.

Wenngleich ich daher die hoffnung aufgeben muß, ferner hier S. M. dem König und dem Lande Dienste leisten zu können, so werde ich nichtsdestoweniger in Fortsetzung und zum Abschlusse meiner Berichte vom 1. und 3. Oktober schriftlich niederlegen, was nach meiner Ansicht gegenwärtig für Preußen nötig und rätlich ist. Auch will ich nicht ausscheiden, ohne vorher zu einem mündlichen Austausche vorzüglich mit S. E. und dem Herrn Minister des Innern Gelegenheit zu haben. Ich werde zu dem Ende heute und morgen die drinzgendsten Angelegenheiten erledigen und übermorgen nach Berlin abreisen, mit dem Bunsche, daß Sie Sonntag morgen Zeit zu einer Konserenz mit mir finden werden.

2 Bisher unbefannt.

<sup>1</sup> Das Datum erhellt aus Donhoffs Antwort vom 6. Ottober.

<sup>3</sup> Räheres darüber habe ich nicht feststellen können; es handelte sich um die Berufung eines europäischen Kongresses zur Entscheidung der italienischen Fragen, zu dem man auscheinend die Zentralgewalt nicht zuziehen wollte, wie aus Donhoffs Antwort hervorgeht.

4 Bisber unbekannt.

# 13. Graf Donhoff an Camphaufen. Eigenho. Driginal.

Berlin 1848. Oftober 6.

Bertraulich. E. E. vertrauliches Schreiben vom 4. be. ift mir heute jugegangen. Allerdings ift bier Mitte vorigen Monats - vor meinem Eintritt - verabfaumt worden, Gie von der Idee der Teilnahme an der italienischen Ronferen, ju benache richtigen; feitdem werden meine Schreiben vom 2. de. und 4. de. Ihnen jugegangen fein, worin fich die bermalige Sachlage entwidelt findet. Doffentlich ergibt fich daraus felbst für die weniger vertrauungsvollen Mitglieder des Reichsministeriums, daß diesseits teine Absicht vorgelegen hat, die Reichsgewalt zu übergehen; im Gegenteil man wurde fich fehr gerne mit der Zentralgewalt über eine gemeinschafts liche Aftion in diefer Angelegenheit früher verftandigt haben, wenn bas Reichs: ministerium feine Plane in diefer Begiebung ichon früher fundgegeben hatte. Db nunmehr noch eine Konfereng für Die italienischen Angelegenheiten überhaupt gus stande fommt, fieht dabin. Mit dem biefigen Urteil und Bertrauen auf bas Ges lingen der deutschen Einheitsbestrebung hangt jene Angelegenheit in der Tat nicht jufammen. Im Gegenteil, man erfreut fich bier mit ber großten Unerfennung ber energischen Wirtsamfeit ber Zentralgewalt gegen die Anarchie, und alle Syms pathien fleigen bier in demfelben Dage fur die Bentralgewalt, als fie bei den Demos fraten finten. Der entschiedenste Bunfch berricht vor, mit der Zentralgewalt im engsten Einvernehmen zu handeln.

Oberstleutnant Fischer wird E. E. das Nähere hierüber, sowie darüber, was damit jusammenhängt, angetragen haben; er tennt unsere Absichten vollständig, und ich tann nur munschen, daß Sie den Vorschlägen Gehor geben, ju denen er

ermächtigt ift.

Für den Fall, daß E. E. die Idee, auf ein paar Tage herzutommen, was gewiß sehr erwünscht wäre, nicht ausführen sollten, erbitte ich mir auch über einige Puntte schriftlich Ihre Ansicht.

Man icheint in Frankfurt ernftlichft die Abficht der Beichleunigung des Bers fassungewerts zu haben, dabei aber doch auch den Regierungen, wenigstens Preußen,

mehr Teilnahme gestatten zu wollen wie bisher.

Denkt man sich nun diese Teilnahme aber durch ein provisorisches Staatenhaus aben zu lassen, oder durch Mitteilung großer Teile der Verfassung zur Verständis gung, oder indem von hier aus Vorschläge gemacht würden? Erz. Bunsen in seiner neusten Schrift (an den König)\* nehmen die Möglichteit des provisorischen Staatens

hauses an. Das halten E. E. davon?

Mir scheint zunächst die große Präsudizialfrage, wie sich denn Ssterreich zur deutsschen Einheit, zum deutschen Bundesstaat stellt? Es ist schwer, vor Lösung dieser Frage zu einem klaren Plan für alles übrige zu gelangen, und doch wird es nötig werden, sich baldigst mit dieser Frage näher zu beschäftigen, wenn in der Tat in Franksurt die Absicht ist, nun den Kern der Dinge anzusassen, was gewiß sehr wünsschenswert ist. — Bei den Grundrechten wären die Kegierungen als solche am Ende weniger beteiligt. Das Kapitel vom Reich und der Reichsgewalt ist die Lebensfrage für sie, und es wird daher für uns doppelt wichtig, E. E. Ansicht schriftlich und wos möglich mündlich darüber zu vernehmen, um im gehörigen und so nötigen Einversnehmen weiter operieren zu können.

· Bisher unbefannt.

Es ift mohl Bunfens "Zweites Senbidreiben" vom 5. Sept. 1848 (Rippold 2, 510f, ergangt von Ulbricht 67f.) gemeint, bas in der Sat den Borfchlag jur fcnellen Bilbung eines Staatenhauses enthält, allerdings aber nicht an den Konig, sondern an das Parlament gerichtet war.

## 14. Graf Dönhoff an Camphausen. Giaenbb. Driainal.

Berlin 1848. Oftober 19.

Ich schreibe in der Anlage, um deren Beförderung ich bitte, dem Prinzen Adalbert, bag bas Staatsministerium ein fimmig der Ansicht ift:

Die neu zu schaffende Marine muffe "eine einheitliche, rein deutsche, von der

Zentralgewalt abhängige werden".

Das Kriegsministerium hatte anfangs die Idee eines abgesonderten preußisschen Marinefontingents festhalten wollen; was aber unerreichbar ift. Auch habe ich dem Prinzen anheim gestellt, in Zweifelsfällen mit E. E. Rücksprache zu nehmen.

Aus Wien sind die Nachrichten gut: Die Regierung habe 60000 Mann um Wien, und in der Stadt singe man an, den Mut zu verlieren. Außerdem wären auch andere Truppen an der Grenze aufgestellt, um die Ungarn aufzuhalten, falls sie Wien zu hilfe kommen wollten, was jedoch nicht wahrscheinlich ware. Den ans

liegenden Privatbrief lege ich sub petito remissionis bei.

Noffentlich werden die pp. Reichstommissarien teine Mißgriffe machen: in diesem Augenblick ist in Wien die deutsche Partei mehr auf der Seite der Anarchie und der Republik und die slawische auf der Seite der Ordnung und Sesetlichkeit. Jede Eins mischung von seiten der Reichsgewalt kann nur Verlegenheiten bereiten. Hoffents lich wird auch Herr von Schmerling dies einsehen. Die eben eingehenden Rachsrichten vom 17. sagen, daß Wien mehr und mehr eingeschlossen würde, von den Ungarn nichts zu hören sei; und in der Stadt kein Souvernement, indem selbst die Rationalversammlung nicht mehr beschlußskähig.

Unliegend Auszug aus einem Privatschreiben von Lord Palmerfton an Erg. Bunfene, wonach England noch an der Entente ber beiden Mächte festhält, und von

der Konferenz nichts wissen will.

Die vorgestrigen Reibungen zwischen Arbeitern und Bürgern find ohne politischen Charakter, obgleich die linke Seite seither gerne etwas daraus machen möchte. Die Sache hat im Gegenteil gut gewirkt, da die Bürgerwehr zum erstenmal

standgehalten hat, und somit die Arbeiter entmutigt hat.

Die Stellung, die Bapern der Zentralgewalt gegenüber neuerdings wieder einzunehmen scheint, ist bedenklich, weil es offenbar die österreichische Partei in Süde deutschland stärken wird; vielleicht wäre es gut nach München hin einige Beruhigung zu geben, daß wenigstens Preußen nicht beabsichtigt, Bapern von der Teilnahme an der definitiven Zentralgewalt auszuschließen. Was halten E. E. davon? Wie entwickelt sich der Sang dieser Angelegenheit seitdem?

PS. Was hat es für eine Bewandtnis mit der von herrn Schmerling angefüns digten Aufforderung an das Preußische Ministerium, die hiesigen demokratischen Bersammlungen schärfer zu überwachen? hier ist eine solche Aufforderung noch nicht

eingegangen.

### 15. Graf Donhoff an Camphausen.

Eigenho. Original.

Berlin 1848. November 6.

Die h. v. Bonin, Eichmann und ich sind Ihnen sehr dankbar für die offenen und rüchaltlofen vertraulichen Mitteilungen vom 3. d. M.3 — Niemand mehr wie wir selbst haben die Abelstände der hiesigen Berhältnisse namentlich seit Mitte Oktober empfunden, und wir begreifen ganz die Rückwirkung davon auch auf Ihre Stellung.

<sup>1</sup> Liegt nicht bei.
2 Liegt nicht bei.

<sup>3</sup> G. Meinede, Beltburgertum2, 377. Ein Rongept Diefes Schreibens habe ich in Camps haufens Rachlag nicht gefunden.

Brandenburg, Antersuchungen.

Es würde zu weit führen, die Ursachen dieser Abelstände und die Schwierigkeit ihrer Abhilfe hier zu entwickeln. Aberdies kennen Sie ja selbst den Zusammenhang der Sache.

Die hiesige Nationalversammlung verdient leider vollständig die Urteile, die in Frankfurt über sie gefällt werden: sie gravitiert mehr und mehr nach der linken Seite zu, sie hat keinen inneren halt und keine Würde: jedes Ministerium aus ihr selbst könnte so wenig auf eine Majorität rechnen als die außerhalb ihrer gewählten: es wird ein jedes im raschen Wechsel sich abnuhen und aufreiben; ich glaube, es wird über kurz oder lang zum Konssitt kommen mussen; der himmel gebe, daß dann nach dem Siege, den ich für nichts weniger als schwer halte, in allem das richtige Maß gehalten werde.

Graf Brandenburg wird wohl übermorgen mit seinem Ministerio vor die Kammer treten; von den bisherigen Ministern nimmt nur herr von Ladenberg an der neuen Kombination teil: soviel ich weiß, tritt für Eichmann herr von Mansteuffel, für Pfuel General Strotha ein. Für das auswärtige Departement ist meines Wissens noch niemand da; wahrscheinlich wird also wohl interimissisch

Graf von Bulow die Geschäfte führen.

Preußens Bertretung in Frankfurt wird in der nächsten Zeit wenigstens momenstan noch schwieriger werden, und man hat sich Glud zu wünschen, daß sie für diese Zeit in Ihren handen liegt, somit die hoffnung da ift, daß unser Berhältnis zu Frankfurt nicht inzwischen verschoben werde.

Bielleicht ift es gut, ben Vorschlag meines Schreibens vom 3.1 (bie öfferreichischen Angelegenheiten in Beziehung auf den Antrag der hiefigen Nationalversammlung)

einstweilen noch auf sich beruhen zu laffen.

Auch nach der Beendigung unferer jegigen Beziehungen empfehle ich mich Ihrem freundlichen Andenken.

# 16. Graf Bulow an Camphausen.2 Eigenhd. Driginal.

Berlin 1848. November 8, 11½ Uhr abends.

E. E. werden durch den heutigen Staatsanzeiger bereits von der Bildung des neuen Ministerii Kenntnis erhalten haben. Dasselbe wird morgen mit einer Kgl. Botschaft vor die Versammlung treten, welche deren Vertagung dis zum 27. d. M. und Verlegung nach Brandenburg ausspricht.

Ich erhalte den Tert diefer Botschaft soeben und beehre mich denselben E. E. hierbei mitzuteilen, da es mir wichtig erscheint, daß Sie so schleunig als möglich

bavon Renntnis erhalten.

Ich darf noch hinjufügen, daß das neue Ministerium keiner reaktionären Tensbeng Raum geben will, aber auch ebenso fest entschlossen ist, die getroffene wichtige Entschließung mit allen der Regierung zu Gebote stehenden Mitteln aufrecht zu erhalten, die Freiheit der Beratungen wieder herzustellen und Terrorismus und Anarchie zu unterdrücken.

Man erwartet, daß die Rechte und das rechte Bentrum fich der Bertagung fügen werden, die Majorität der Kammer hingegen opponieren, die Beratungen forts

fegen, eventuell fich für fouveran und permanent erflären wird.

1 Bisher unbefannt.

<sup>2</sup> Aus bem Briefwechsel swifden Camphausen und bem Grafen Bulow, ber fich fast vollftändig in Camphausens Rachlaß findet, teile ich hier nur die für die deutsche Frage wichtigen Stude mit, soweit sie nicht bereits ihrem wesentlichen Inhalt nach bei Caspary 264 f. wiedergegeben find.

#### 17. Graf Brandenburg an Camphaufen. Eigenho. Driginal. Musjug Cafparn 263.

Berlin 1848. November 12.

E. E. erlaube ich mir in der Anlage' bie Benachrichtigung, welche ich foeben den Regierungspräfidien jugefertigt habe, in einem Eremplar ju überreichen. Bis jest (71/2 Uhr abends) hat noch fein Konflift in der Stadt fich ereignet, obwohl die Bes vollterung aufgeregt ift. Bon vielen Seiten ift die Erflarung des Belagerunges austandes als das einzige Heilmittel gegen die herrschende Anarchie gern gesehen morben.

Die hier forttagende Fraktion der Nationalversammlung sieht darin freilich den Uns fang des Säbelregiments und der Reaktion; ich hoffe indes, daß die Tatsachen die beste Widerlegung einer folden Unficht bilden werden. Für viel schwieriger und wichtiger als unsere militärische Gegenwart halte ich unsere politische Zufunft. Es burfte aber unmöglich fein, hierüber auch nur eine Bermutung ju begründen; nur bie Berficherung fann ich geben, daß weder die Krone noch ihre Ratgeber auch nur den

Gedanten antitonstitutioneller Gelufte begen. Meinerseits bin ich gern bereit, sobald meine Aufgabe erfüllt sein wird, einem anderen Manne Plat ju machen. Bis babin, daß dies geschehen sein wird, erlauben E. E. mir wohl zuweilen Ihnen eine Rotig über unsere hiefigen Berhaltniffe mits auteilen, wie ich es andererfeits mit verbindlichem Dante anerfennen wurde, wenn Sie, verehrteffer Miniffer, Die Gewogenheit haben wollten, Ihren Rat und Ihre Unfichten, wann Sie es für nüblich halten, mir jugeben ju laffen.2

#### 17a. Graf Bulow an Camphausen. Eigenbb. Driginal. Ben. Cafpary 263.

Berlin 1848. November 12., 10 Uhr abends.

. . . Ich habe, obwohl die Regierung in diefem Konflitt fehr viel gegen fich bat, doch die hoffnung, daß er auch ohne Unwendung großer Gewalt durchgeführt werden wird. Die schwierigsten Fragen liegen in der nächsten Bufunft. Bunachst: was ift mit der Versammlung, auch wenn fle fich ergabe und nach Brandenburg tame, überhaupt noch anzufangen? Kann man mit der Berfammlung, deren Debre heit an den Befchluffen im Schübenhause teilgenommen und jeden fur Dochvers rater erflart hat, der an der Ausführung der Regierungsbefchluffe mitwirfe, übers haupt noch eine Berfaffung pagifgieren? Gine Auflöfung und Neuwahlen wurden das übel nur verschlimmern. Kann man eine provisorische Berfassung oftropieren, auch wenn sie die liberalste ist?

Benn E. E. bem Ministerio fagen konnen, wie man diese Fragen in Frankfurt beurteilt, so werden Sie ihm damit gewiß einen Dienst leisten. Ich habe den Grafen

<sup>1</sup> Liegt bei; enthält Befanntgabe ber Berhangung bes Belagerungszustandes. 2 Unter Camphausens Papieren befindet fich folgendes Konzept zu einer Antwort:

<sup>&</sup>quot;E. E. habe ich noch für Ihre freundliche Mitteilung bei Untritt Ihres Ministeriums, sowie für die mir fpater an wichtigen Lagen gemachten telegraphischen Anzeigen verbindlichen Dant ju fagen. Ich habe bas Dofer, welches Gie burch Ihren Entichlug brachten, in meinem herzen ehrend anerkannt und mich Ihrer Erfolge lebhaft gefreut. Mir ift zwar etwas fcmul jumute megen der Schwierigfeit, mit unferer neuen Berfaffung ju regieren; vielleicht helfen die Ereignisse mit an ihrer Modifitation."

Db und mann diefes Schreiben abgegangen ift, ift nicht erfichtlich; bas Urteil über die neue

Berfaffung scheint auf die Zeit nach dem 5. Dezember hinzudeuten. Der Anfang des Schreibens berichtet über die haltung Berlind bei ber Berfundung des Belagerungszustandes und der Entwaffnung der Burgermehr und hebt hervor, daß revos Intionarer Enthufiasmus nirgends mahrjunehmen fei und fich nirgends ernftlicher Dibers ftand zeige.

Brandenburg vollfommen offen und eingänglich gefunden für die Notwendigkeit, in diefer Krifis mit der Zentralgewalt hand in hand zu gehen, und fich gegenseitig zu stüßen. Er wünscht, daß die lettere ihre Billigung der Maßnahmen der Regierung

aussprechen möchte.

Bassermann hat sich befriedigt geäußert über seine Unterredungen mit dem Könige [und] Gr[af] Br[andenburg]. Er hat dem Präsidenten Unruh und den Mitgliedern seiner Fraktion der Nationalversammlung offen ausgesprochen, daß er ihre Stellung für unberechtigt, revolutionär und unheilvoll halte. Er hat sie ausgesordert, sich zu fügen und nach Brandenburg zu gehen. Unruh soll, incredibile dietu, erwidert haben, es gäbe nur eine Bedingung, unter der sie nach Br[andenburg] gehen würden, nämlich, daß der König abdiziere, der Prinz von Pr[eußen] die Regierung übernehme, und daß dieser alle inzwischen gefaßten Beschlüsse der Versammlung im Schüßenhause sanktioniere!

herr von Schäffer' ift gestern angekommen. Er hat heute Er. Br[andenburg] gesehen und wird morgen zum Könige gehen. Er wird die ersten Tage, in denen ohnehin nicht zu verhandeln wäre, benußen, um sich zu informieren. Ich habe gleich veranlaßt, daß ihm alle Materialien zur Disposition gestellt werden. Bassers mann wird morgen eine Konferenz mit den Ministern haben. Wir werden ihm und

Schäffer in jeder Weise entgegenkommen.

Ich sende E. E. die Proflamation des heutigen Tages. Die Nachrichten, welche man über Unruhen in den Provinzen, namentlich Breslau, verbreitet, sind bis jest durchaus unbegründet.

PS. Mein Brief trägt die Spuren der Eile, ich hatte nur einige Augenblide bis jum Posischluß. herr von Kamph wird morgen noch hierbleiben, um die Ereignisse abzuwarten.

# 18. Camphaufen an Graf Bulow. Eigenhd. Kongept.

Frankfurt a. M. 1848. November 13.

E. Hg. danke ich verbindlichst für die mir über die dortigen Borgänge gemachten Mitteilungen; sie lassen mich nicht ohne Hoffnung, daß das Baterland die ihm drohende Gefahr überwinden werde, wenngleich die Regierung sich für den Erfolg ungünstige Bedingungen ausgesucht und der Versammlung Gelegenheit gegeben hat, sich hoch in den Augen des Boltes zu heben. Reben der tgl. Botschaft war auch Ihre Verscherung, daß das neue Ministerium seinerseits den gegebenen Versheißungen treu anhängt, mir sehr trösslich, und die in diesem Augenblicke sehr spät antommenden Depeschen vom xx. geben mir darüber neue Beruhigung. Leider sind die erneuerten Verhandlungen der opponierenden Abgeordneten bestrübender, indem dieser Teil der Nationalversammlung sich immer mehr die Umstehr erschwert.

Herr von Könnerit hat das auswärtige Ministerium abgelehnt; man hat zuerst in Erwägung genommen, den Fürsten von Solmselich und den Synditus Bants, scheint aber nun noch zu hoffen, herrn von Könnerit zu bewegen. Fürst hohenslohe geht zur Notistation des Neichsverwesers nach Nom und Athen, vielleicht auch nach Florenz.

<sup>1</sup> Frbr. v. Schäffer Bernftein, großberzogl, beffifcher General; vgl. A. D. B. 30, 539. Er sollte als Reichstommiffar bei ber Feststellung ber Demartationslinie zwifchen Deutschen und Polen in Posen mitwirten.

<sup>&</sup>quot; Urfprünglich: ber Meaftion nicht Raum geben will.

# 19. Graf Balow an Camphausen. Eigenho. Original.

Berlin 1848. November 13., abends.

E. E. habe ich nichts Neues von großem Interesse zu melden. Die Stadt ist aufgeregt, aber bis jest kein grober Erzeß, kein Konstitt vorgekommen. Die Abends versammlung der sog. Nationalversammlung im Schüßenhause ist durch milistärische Beseizung des Hauses aufgelöst worden; auch dies ohne Widerstand. Die Stimmung in den Provinzen ist teilweise bedenklich. Man sieht in der Verlegung und Vertagung einen Angriss auf die Volksrechte. Es würde von unberechens darem Werte in bezug auf die Stimmung und Aufklärung der verwirrten Anssichten in den Provinzen sein, wenn die Zentralgewalt sich offen für die Verechtigung der Regierung aussprechen wollte. Können E. E. eine solche Erklärung herbeis führen, so werden Sie dem Lande und der Sache einen großen Dienst leisten. Es müßte aber sogleich geschehen.

In Potsdam gestern Krawalle, heut abend, wie ich eben erfahre, in etwas größerer Ausdehnung wiederholt. Dies beunruhigt mich, da die Garnison dort schwach ist, und ich den moralischen Eindruck fürchte. Es liegt im Plane der hiesigen Demokraten, dort einen Coup auszuführen. Ich schreibe morgen ein mehreres

wegen Baffermann, da mir heute die Zeit fehlt.

# 20. Graf Bulow an Camphausen. Eigenho. Driginal.

Berlin 1848. November 15., abends.

E. E. gutiges Schreiben vom 13.1 habe ich heute abend empfangen und fage bafür meinen verbindlichsten Dant.

Graf Brandenburg richtet heute ein vertrauliches Schreiben an Sie, in welchem er den Bunfch ausspricht, daß eine Außerung der Zentralgewalt zur Auflösung der

hiesigen Versammlung herbeigeführt werden möge.2

Ich glaube, daß man hierin mehr verlangt als Frankfurt leisten kann und will, und vielleicht ist es auch mehr, als man hier durchführen kann. Eine Auflösung müßte jedenfalls mit Oktropierung einer provisorischen Charte verbunden, und diese müßte von der allerliberalsten Art sein. Auch dann hat die Maßregel noch große Bedenken. E. E. werden am besten ermessen, was sich in Frankfurt tun läßt. Ich fürchte, der aufregende Inzident von R. Blums Erekution leistet und schlechte Dienste in Frankfurt. Man wird sie ansehen als eine Antwort auf die Frankfurter Beschlüsse über die Personalunion, und ein solches Motiv wäre jedenfalls ebensoscheht, als die Sache an sich unpolitisch ist.

Da man hier wunscht, mit der Zentralgewalt hand in hand zu gehen, so hatte ich gewünscht, daß man Baffermann vollständiger befriedigt entlaffen hatte. Seine

Desiderata maren in der hauptsache folgende:

1. Unnahme der Forderungen ber Zentralgewalt wegen Publikation der Reichss gefete.

2. Festsetzung der Demarkationslinie in Posen durch die Reichskommissare. 3. Erklärung Preußens, daß es die Vertretung der allgemeinen politischen Inters

effen Deutschlands den Reichsgefandten überlaffe.

4. Zusicherung, daß Preugen die Reichsverfassung so annehmen werde, wie fie aus ben Sanden ber Frankfurter Konstituante tomme.

Begen Pofen ift B. gang befriedigt. Das Ministerium hat sich bereit ertlärt, die Demartationslinie mit dem Reichstommissar festzustellen und Schäfchen Bernstein's

1 Mr. 19.

2 Richt aufgefunden.

b. Schäffer Bernstein, f. oben G. 276 Unm. 1.

wird unverzüglich mit einem preußischen Rommissar (v. Voigte: Reht) nach Posen abgehen. Die übrigen Puntte hat man zwar nicht abgelehnt, aber, sich stützend auf die Unmöglichteit in der Aufregung des Augenblicks darüber beraten und bes

schließen zu konnen, dilatorisch geantwortet.

Meine Meinung ift, bag man in Betracht ber jetigen Rrifis, die, wie ich glaube. nur mit Unterftubung der Zentralgewalt gludlich burchgemacht werden fann. auch auf die übrigen Puntte hate eingehen und darin wenigstens der hauptfache nach hatte befriedigen follen. Ich habe dafür getampft, habe es aber boch nicht weiter bringen tonnen als dahin, daß man wenigstens nicht von der Sand gewiefen und versperrt hat. E. E. wissen, daß ich viel spezifisches Preugentum in mir habe, aber dasfelbe wird vollständig überwogen bei mir durch die Erwägung, daß es fich fest um das Game handelt und nicht um ein Mehr oder Beniger, und daß wir por allem eines großen moralifchen Stuppunftes bedürfen, der nur in Rrantfurt au finden ift. Der Rampf, in den wir eingetreten find, ift der awischen Monarchie und Republit, und er fann nur durchgefochten werden, wenn alle Rampfer für die gute Sache in ein Lager gebracht werden. Des moralischen Stütpunftes bedarf es um so mehr, als der Rampf bis jest nur ein moralischer gewesen ift, und die phys fische Gewalt noch nicht in die Schranfen getreten iff. Unterliegt unfere Regierung in diesem Rampfe, fo sehe ich nicht ein, wie die Monarchie gerettet werden foll, und beshalb begreife ich nicht, daß so viele fich burch Ramen und Rebendinge verblenden laffen und nicht wiffen, auf welche Seite fie fich zu ftellen haben . . . .

### 21. Camphaufen an Bulow. Eigenhd. Kongept.

Frankfurt a. M. 1848. November 16.

E. Hg. schrieb ich gestern nicht, weil Ihrem Wunsche durch meine Briefe vom vorsangegangenen Tage bereits willfahrt worden war. Durch die Beschlüsse der hiesigen Rationalversammlung hatte in Berbindung mit dem glücklichen Umstande, daß Herr Bassermann in Berlin anwesend ist, die Regierung die besten Mittel in Händen, eine össenliche Rundgebung namens der Zentralgewalt herbeizussühren, und ich hosse, daß dieselbe erfolgt sein wird. Das Reichsministerium, zu dem ich mich noch spät gestern abend verfügte, kann nicht wohl seinem Kommissar, der sowohl mit Instruktion versehen als durch die Beschlüsse der Nationalversammlung ges deckt ist, vorgreisen. Nach den Besprechungen, die ich mit verschiedenen Mitgliedern der Nationalversammlung hatte, ist eine nochmalige Erörterung unserer Angelegens heit in der Bersammlung nicht zu veranlassen. Auf die Aufnahme des Ausschusse berichtes in die Zeitungen wird hingewirkt, wie ich voraussetze, auch dort. Viele preußische Abgeordnete wollen eine Aussprache veröffentlichen; ein Schritt, wozu ich nicht raten kann. Die Berliner Briefe sehlen noch. Ich bin tief bekümmert.

### 22. Camphaufen an Graf Balow. Eigenhb. Kongept.

Frankfurt 1848. November 17.

Berehrter herr Graf! Ihre Mitteilungen durch Aurier2 laufen denjenigen ents gegen, womit ich den Ausgang der hiefigen Beratung anzeigte, und ich muß jedens

2 9Bobl Rt. 20.

Der Rest handelt von der Entwidlung der Dinge in Berlin. Die Entwaffnung gehe ruhig vor sich, das Militär gehe mit Auhe und Mäßigung, sogar Höflichkeit dabei vor; der Belagerungszuschand werde milde gehandhabt und falle niemandem lästig als "den Mihlern, sliegenden Buchändlern, Platatversertigern und schlechten Zeitungsschreibern". Auch in den Provinzen sei alles ruhig, im ganzen Osen werde sich keine Hand sitt die Nationalver, sammlung regen, selbst in Schlessen nicht. Endlich mahnt er, die Zentralgewalt möge sich einen sesten Plan für die Behandlung der schleswissischen Angelegenheit machen. "Ich bleibe dabei, daß die Teilung Schleswigs das einzige richtige Auskunstemittel ist."

falls vor wesentlichen neuen Schritten die morgende Post abwarten, um zu entznehmen, welchen Eindruck die hiesige Abstimmung und die Rückehr Bassermanns machen, sowie Nachricht über den Erfolg der dort mutmaßlich mit letzterem statzgehabten Verhandlung. Wegen der hiesigen vorgestrigen Sitzung mache ich noch auf folgendes Verhältnis — geeignet zu öffentlichem Gebrauch — ausmerksam. Auf den Antrag Simsons, zu erklären, daß die preußische Regierung außer ihrem Rechte siehe, wenn sie ohne Übereinstimmung mit der zur Vereindarung der Verzsassung berusenen Nationalversammlung letztere vertagen und ihren Sitz verlegen wolle, haben nur 36 preußische Abgeardnete ja, alle anderen nein geantwortet; die Zahl der letzteren war 125; gesehlt haben 31 Preußen, von denen mutmaßlich 10 oder 11 ja, 20 oder 21 nein geantwortet hätten. Ich habe diese Notiz süchtig aus dem stenographischen Bericht ausgezogen, kann daher nicht für die mathes matische Genauigkeit einstehen.

Den Vorschlag des offiziellen Schreibens' hier einfach zur Annahme zu bringen, ist unmöglich; die in Ihrem Privatschreiben angedeutete Erundlage anzunehmen, so hoffnungslos scheint mir der Zustand doch nicht. Ich habe einige leise Winte fallen lassen; und vielleicht kommt es morgen abend zu einer ernsten Verhandlung. Mehreres fällt zusammen. Erstens erwarte ich, wie gesagt, Nachricht über den Einsdruck der hiesigen Veschüsse. Zweitens ist ein dringlicher Antrag des heute in der Sigung erschienenen Preußen von Rappard auf Zurückberufung Vassermanns, Aufshebung des Velagerungszustandes usw. auf die Lagesordnung für morgen gesbracht. Orittens ist eine neuste Krists eingetreten, die wahrscheinlich v. Sichmersling entsernt. Näheres in einliegendem Vericht. Die Versammlung droht eine starte Bewegung zur Linken zu machen. Nur Mut! Österreich war schon zweimal in schlimmerer Lage als wir jest.

PS. 17. November, Mitternacht: Bassermann gurud. Sein Bericht über die Forderungen ber Linken in Berlin hat die Parteien neuvereinigt. Der Antrag von Rappard wird an den Ausschuß geben."

# 23. Graf Balow an Camphaufen. Eigenho. Original.

Berlin 1848. November 18., abends.

E. E. gütige Zeilen vom 16. habe ich soeben empfangen und mich beeilt, den Ins halt hinsichtlich der Instruktionen Bassermanns dem Grafen Brandenburg mitz zuteilen. Es wird hier viel darauf ankommen, welche Form herr Bsassermann] bei der Auskührung seiner Anträge mählt. Das Gouvernement würde es nicht gern sehen können, wenn er direkt mit der Nationalversammlung verhandeln wollte. Man ist, wie ich glaube, mit Necht der Ansicht, das die Zentralgewalt nur mit der Negierung de puissance de puissance verhandeln kann, nicht mit der Nationalversammlung, welche als selbständige Macht nicht anerkannt werden kann und darf. Zur Stunde habe ich noch keine Nachricht von Bsassermann und kunft.

<sup>1</sup> Bisher unbefannt.

<sup>\*</sup> Gemeint ift wohl die in Rr. 20 gegebene Andeutung über Auflosung und Oftropierung.

<sup>\*</sup> Sten. Ber. 3405.

<sup>4</sup> hieraber ift Raberes, foviel ich febe, nicht befannt.

<sup>\*</sup> Nachschrift mit Bleiftift.

<sup>\*</sup> Mr. 21.

<sup>7</sup> Es folgen wieder Nachrichten über die haltung ber Provingen; die Einberufung der Landwehr gehe ohne Störung vor fich, ber Aufruf jur Steuerverweigerung mache nirgends Eindrud als vielleicht in einigen Teilen Schlessens.

Ich glaube E. E. mit Bestimmtheit sagen zu können, daß die Idee der Oktroierung einer Verfassung, die in den letzten Tage lebhaft angeregt war, für jetzt beseitigt ist. Die Lage der Dinge wendet sich meiner Überzeugung nach immer mehr zu einem vollständigen moralischen Siege der Regierung. Es ist daher keine Veranlassung ein dernier moyen zu benutzen, das mit großen Gesahren begleitet sein würde. Es ist richtiger, jetzt auf die Fehler der Gegner zu rechnen und sie [zu] benutzen. Ich zweisele nicht, daß die Regierung auch den Erfolg mit Mäßigung benutzen wird.

Die haltung des Militärs ift überall musterhaft und über alles kob erhaben. Dienstbravour à toute épreuve und dabei Mäßigung und Rube bei Ausführung

auch ber verbrießlichsten Auftrage.

PS. h. B[affermann] bis jur Stunde nicht hier. 11 Uhr abends.

# 24. Graf Bulow an Camphaufen. Eigenhd. Driginal.

Berlin 1848. November 20., 10 Uhr abends.

E. E. gütiges Schreiben vom 17. b. M. habe ich richtig erhalten. Der ofsizielle Bericht vom 18. und 19. mit dem Bericht über die Sitzung vom 18. ist heute morgen eingetrossen. Bald nachber haben sich auch H. Simson und hergenhahn eingestellt. Es ist eine Konferenz mit den Ministern auf morgen nachmittag verabredet. Mit den personlichen Außerungen beider herrn war man ganz befriedigt. Was das Vermittelungswert selbst betrifft, so wird das schwer sein. Nach der Stellung, die die Fraktion der Nationalversammlung eingenommen hat, ist der Ausgleichungspunkt nicht zu sinden und keine Basis, auf der beide Teile stehen könnten, zu erzblicken. Bassermann hat dies in seinem vortresslichen Vortrage sehr richtig bezeichnet. Seine Venehmen sindet hier die allgemeinste Anerkennung. Ich fühle große personliche Hochachtung vor dem Manne, der seine Stellung so offen und fest nimmt. Er ist in jedem Worte wahr, offen und konsequent und hat hier geradeso gesprochen und gehandelt wie in der Paulskirche.

Unser Zustand ist seit meinem letten Briefe nicht verändert. Im wesentlichen geht alles gut, auch in den Provinzen. Die Steuerverweigerung macht keinen Esset; wo sie partiell einen solchen macht, wird man nachdrücklich remedieren. Die Abgeordneten des linken Zentrums zeigen große Disposition zu kapitulieren. In Breslau ist noch alles ruhig. Es sind 8 Bataillons, 6 Eskadrons, 34 bespannte Gesschütze in der Stadt. Märkische Landwehr wird in den nächsten Tagen nach Schlesien marschieren. In Halberstadt, wo man die Einkleidung der Landwehr hindern wollte, bat General hirscheld ohne Mübe Ordnung gemacht. In Nordhausen

wird vielleicht basselbe notig fein.

In Schleswige Polifiein ist man sehr aufgeregt und beforgt über den Gang der bortigen Angelegenheit. Man bestürmt mich, Preußen möge sich ihrer Sache wieder annehmen. Ich verweise natürlich auf die Reichsgewalt, in der man so lange den Messias gesehen, und auf die man jest schon offen zu schmähen anfängt. Aber es wäre Zeit, daß wegen der Friedensverhandlung etwas geschähe. Die Teilung Schleswigs ist das einzige, vernünftige und haltbare, dahin muß man arbeiten. Jest findet jedermann in den Herzogtümern, daß der Wassenssillstand für dies

felben vorteilhafter als für Dänemart sei, und fürchtet nur ihn zu verlieren!
Es sind hier bis jest 22 500 Stück der gelieferten Baffen wieder abgeliefert.
Die Stadt ist ruhig und der Anblid außerordentlich zum Borteil verändert. Die Fonds sind im Steigen, — wahrscheinlich infolge der Steuerverweigerung!

<sup>1</sup> Mt. 22.

Bieber nicht befannt.

# 25. Camphaufen an Bulow. Gigenhb. Konzept. Angzug Cafpary 264.

1848. November 20.1

Aus E. Hg. geehrten Zeilen vom 18.2 sehe ich mit großer Freude, daß Sie den dermaligen Zustand sehr günstig beurteilen, und daß man überhaupt dort den Dingen kühneren Mutes entgegengeht. Ich will von Herzen hoffen, daß Ihre jetige Auffassung unserer Lage die richtige sei und dann wünschen, daß man handle, als wäre die Gesahr noch eben so groß wie zuvor. Vergessen wir nicht, daß ein Fehler der ausgetretenen Fraktion — die Steuerverweigerung — uns am meisten genützt hat, und daß ein Fehler von der anderen Seite jener Fraktion ebensosehr nüßen könnte. Den vielen Städten, die sich ausgesprochen haben, muß das Zurücktreten erleichtert werden, und auch dafür erachte ich die heutige Ungesehlichkeitsserklärung der Steuerverweigerung wichtig. . . . . . .

Sie wiffen nun, warum Baffermann nicht jurudtam. Es ift ein nobler Bug von

ihm, daß er die Ausführung des Beschlusses weigerte. . . . . . . 3

Das alte Projekt Mar von Gagerns: Preußen an der Spiße und allein, aber ohne allgemeine Stände in Preußen und statt deren Provinzialstände, wird jest auch von Heinrich von Gagern bevorwortet. Die Herren fühlen täglich mehr, daß sie mit der Verfassung eilen müssen, und hier folgen immer wieder von neuem die ernstesten Vorfäße. Auch glaube ich, daß sie jest rascher vorrücken werden.

Von Bunfen war nach unferer Meinung natürlich nicht mehr die Nede. Von Könnes rig\* hat einen Ausstand von 14 Tagen begehrt und wird dann wahrscheinlich eintreten.

### 26. König Friedrich Wilhelm IV. an den Reichsverweser. Kovie.

Potsbam 1848. Dezember 2.

Eurer Raiferlichen Hoheit und Ihrem Ministerto, sowie den Beschlüssen der beutschen Raitonalversammlung zu Frankfurt haben meine Länder und ich selbst viel zu verdanken. Ihre und der Bersammlung seierliche Erklärung wider die hochverräterische Steuerverweigerung, welche eine Fraktion der prorogierten Preußisschen Nationalversammlung sich zu dekretieren unterfangen, hat vielen Schwankens den in meinen Landen die Augen geöffnet und wird auch von der unermeslichen Mehrheit meiner Untertanen, (die mit der Unabhängigkeit meiner Krone ihr eigenes Unsehen und die auf ihnen ruhende alte und erbliche Shre des preußischen Namens identisizieren) freudig begrüßt als die wertvolle Hilse einer befreundeten Macht. Empfangen Ew. Kgl. Hoheit freundlich den Ausdruck meines Dankes dafür.

Auch in dem Rate, "mein Ministerium durch ein volkstümliches zu ersetene", erkenne ich die wohlmeinende Absicht, einem Freunde den für notwendig erachteten und doch immer schwierigen Schritt des Kabinettswechsels zu erleichtern. Durch den erwähnten Rat, dessen Wert ich nicht (wie das bei der Mehrzahl meiner Untertanen

2 Mr. 23.

" Als Minister des Auswärtigen, f. oben Rr. 18.

<sup>1</sup> Nach Notiz Camphausens am 21. morgens 5 Uhr abgegangen.

<sup>3</sup> Im Folgenden berichtet Camphaufen von Bersuchen, durch die Bermittlung Dr. Claeffens Einfluß auf die haltung der Rolnischen Zeitung ju gewinnen.

Den nächsten Brief Camphausens vom 2. Dez. s. seinem wesentlichen Inhalt nach bei Caspary 268 mit den Ergänzungen oben S. 150, Anm. 1 und S. 151, Anm. 1. Aus einem weiteren kurzen Schreiben vom 4. Dez. sei nur folgender Sat angeführt: "Spricht mir das [Reichs.] Ministerium von der österreichischen Rote [vom 28. Kov., s. Roth u. Merck 2, 72], so werde ich mich mit einiger Vorsicht ausdrücken. Gegen Menshengen glandte ich mich um so mehr undefangen und ohne Bedenklichteiten äußern zu müssen, als die Supposition einer Inspirierung des H. v. Nadowis von Berlin aus jedenfalls undegründet ist. — Bülows Brief vom 8. Dez. s. Caspary 268 f. u. o. S. 150, Anm. 3, S. 152 Anm. 2 und S. 155 Anm. 2

ber Rall iff) verfenne, murbe mir gewiß ein bantenswerter Dienft geleiftet morben fein, wenn die Nichtvolfstumlichfeit meines Ministeriums eine Babrheit ware. Sie ift aber die Erfindung berfelben Partei bes Umfurges, welche Die Strafen von Frantfurt, Bien, Berlin, Erfurt, das fubliche Baben und fo viele andere Orte bes ungludlichen, gemeinschaftlichen Baterlandes mit Blut gefärbt hat. Es aibt in meinen ganden, wie überall, wo der gefunde Ginn und die uralte Trene bes Teutiden Boltes, wie bei uns, noch mächtig find, nichts Boltstumlicheres, als bas Bolf von dem Alp der Anarchie, der Gesekesverachtung, der Gottlofiafeit und Affigellofigfeit, von der herrschaft blutdürstiger Rotten zu befreien, und die von Gott eingesette Obrigfeit aus ihrer fiebenmonatlichen Machtlosigfeit wieder in ihr segendreiches Walten einzuseten. Sobald meine Bolfer diese Absicht in meinem Ministerium, und meine eigene Unerschütterlichfeit im Bebarren auf bem betretenen Bege ber mutigen Erfallung meiner heiligen Regentenpflichten erfannt haben, ift die Stimmung fast an allen Orten meiner Monarchie umgeschlagen, und ich glaube E. R. S. verfichern ju fonnen, (und gwar im Gefühle der ftrengften Bahrs beit) daß mein Ministerium binnem furgem feinen treueren Bundesgenoffen seines Strebens haben wird, als mein Bolf.

Die Hauptaufgabe dieses Ministeriums ist zunächst und vor allem die: in meinen Landen die zertretene Ordnung, die Herrschaft des Gesetes und das Gefühl des königl. Daseins und Waltens wiederherzustellen. Ich schmeichle mich des Beifalls E. K. H., wenn ich meinen festen Entschluß ausspreche, mein Ministerium bei diesem glücklich und erfolgreich begonnenen und segensreich fortschreitenden Wirken mit aller meiner Macht unterstützen zu wollen. Ich kann bei dieser Gelegenheit ohne von E. K. H. verkannt, ohne von Ihnen der Selbssüberhebung bezichtigt zu werden, auf die Wichtigkeit aufmerksam machen, welche das in Ordnung und Macht wiederhergestellte Preußen für unser teures, teutsches Vaterland und für Ihre, nie mit genügendem Danke anzuerkennenden Anstrengungen haben muß. Die schwere und gefahrvolle Arbeit, die ich in Gottvertrauen getrost untersnommen habe, und für deren siegreiche Durchführung ich sogar mein Leben zu opfern freudig bereit din, ist sowohl für mein liedes, herrliches Preußen, als für das ganze teutsche Vaterland unternommen. Und das wiederhergestellte Preußen wird sich, mit dem ihm eigentümlichen Mute und mit der alten Energie seiner Treue dem Dienste Deutschlands weihen, wenn Deutschland seiner begebrt.

27. Preußisches Memorandum für Diterreich. Ropie. Ben. Friedinng, Diterreich 1848-60, S. 173.

[1848, Dezember 8. ob. 9.]2

Die Beratungen der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a. M. sind schon so weit gediehen und schreiten jett so rasch fort, daß ein baldiges Zustandes kommen eines Berkassungsentwurfes in Aussicht steht. Zugleich läßt sich aber auch voraussehen, daß derfelbe in der Gestalt, welche die Versammlung ihm geben wird, große Schwierigkeiten für die Regierungen und Einzelstaaten in sich tragen werde. Es ist daher notwendig, sich zu fragen, was geschehen müsse, und welche Stellung man der Versammlung in Frankfurt und dem Resultat ihrer Veratungen gegenüber einnehmen wolle? Und es ist wünschenswert, daß die Regierungen sich über ein einiges und womöglich gemeinschaftliches Handeln verständigen.

Der preußischen Regierung find ichon mehrfach, und noch gang fürzlich, von anderen beutichen Staaten vertrauliche Eröffnungen und Borichlage über diefen

<sup>1</sup> Aber die Mitwirtung Leopold v. Gerlachs bei der Abfaffung diefes Schreibens f. deffen Dentm. 1, 254.

Diefes Remorandum wurde bem Pringen Rarl und bem Grafen Bruhl mitgegeben, als fle jur Begludwunfdung bes neuen Raifers nach Wien gingen.

Gegenstand gemacht worben. Gie bat Anstand genommen, barauf einzugeben, wefentlich mit aus bem Grunde, weil diese Borfchlage jum Teil von der Teilnahme Offerreichs an dem beutschen Staatenbund absehen, und weil Offerreich selbst noch nicht in ber Lage ichien, eine Enticheibung barüber geben gu fonnen. Diefe Aus; folließung Offerreiche, von welcher man jest in Frankfurt als einer Bafis der nächften Gestaltung Deutschlands auszugeben geneigt icheint, wird von einer großen Partei in Deutschland begunstigt als das Mittel, um das Ideal eines mehr einheitlichen und zentralisierten Staates, das ihnen vorschwebt, selbst mit Aufopferung großer und wichtiger Intereffen unter Lofung altehrwürdiger Bande ins leben ju führen. Preufen dagegen fieht in ber Teilnahme Offerreichs an ber Rengestaltung Deutschlands eine Bedingung ber vollftandigen Ente widelung und Kräftigung bes letteren; es wurde eine Absonderung Offerreichs nur als eine traurige Notwendigfeit hinnehmen, wenn die Umftande und Ofterreichs eigener Bille eine folde herbeiführen follten; es ift aber der Überzeugung, und municht, daß auch die Rfl. Dfterreichifche Regierung biefe überzeugung teilen moge, bag eine folde weder ju munichen noch anzustreben fei; es hofft vielmehr, daß auch das übrige Deutschland fich davon überzeugen werde, daß nur eine folche Gestaltung bes Bunbesstaates vorteilhaft und fors berlich sei, an welcher Offerreich teilnehmen tonne.

Die Preußische Regierung ist immer von der Ansicht ausgegangen, und halt dies selbe auch jeht auf das Entschiedenste fest, daß die neue Verfassung Deutschlands nur auf dem Wege der Vereindarung mit und unter den einzelnen Regierungen und durch die freie Zustimmung derselben zustande kommen könne. Sie hat niemals dem Bestreben Raum gegeben, die Versammlung in Frankfurt als Mittel zu bes nuhen, um den übrigen Staaten Deutschlands irgend etwas im preußischen Inters

effe aufzudringen, fo nahe ihr diefer Gedanke auch oft gelegt worden ift.

Aber sie glaubt auch auf der andern Seite nicht, daß es wohlgetan sein würde von den Regierungen, sich der Nationalversammlung seindlich gegenüberzustellen. Um wenigsten möchte dazu jeht der Zeitpunkt gekommen sein, in dem Augenblick, wo dieselbe in der Beratung der Verfassung sich ihrer ursprünglichen Aufgabe wieder mehr zugewandt hat, und ihren Zielpunkt darin zu sinden im Begriff ist. Es erscheint als das Angemessenste, die dortige Entwickung jeht — nachdem man in früheren Stadien, wo es möglich erscheinen konnte, eine Einwirkung zu versuchen, dies unterlassen hat — sich selbst zu überlassen und den Gang abzuwarten, welchen dieser Entwicklungsprozeß in seinem weiteren Verlauf nehmen wird. Ein positives Austreten der Regierungen gegen Frankfurt würde jeht schwerlich noch bestimmend auf die Richtung der Beratungen einwirken können, sondern vielmehr nur zur Folge haben, die Versammlung in eine Opposition hineinzutreiben, welche hervorzurusen nicht im Interesse der deutschen Regierungen liegen kann. Dies ist ein zweiter Erund, aus welchem die preußliche Regierung bisher auf die ihr von anderen Seiten ges machten Vorschläge einzugehen Anstand genommen hat.

Es scheint daher gerade in diesem Augenblick noch nicht angemessen, mit bestimmsten Borschlägen und Verabredungen gegenüber von Frankfurt hervorzutrten. Wohl aber möchte es rätlich sein, sich im vorans vertraulich über leitende Prinzipien zu verständigen; und ehe Preußen sich darüber mit den anderen deutschen Bundess staaten zu einigen versuchen kann, muß es wünschen, die Ansichten der Ksl. Östers reichischen Regierung in bezug auf die Stellung Österreichs sowohl, sowie auf die deutschen Berhältnisse im allgemeinen kennen zu lernen. Denn, indem es an der Aberzeugung festhält, daß die Teilnahme Österreichs eine wesentliche Bedingung der Macht und Eröße Deutschlands sei, muß es wünschen, daß mit Rücksicht hieranf die Bestimmungen über die künstige Gestaltung der zentralen Bundesgewalt

Deutschlands getroffen werden.

## 28. hansemann an Camphaufen. Eigenhb. Original.

Berlin 1848. Dezember 10.

Berehrter Freund! Bei meiner Rückreise von Frankfurt ersuhr ich, in Köln ans kommend, zu meiner großen Freude den Beschluß wegen der Steuerverweigerung. Die augenblicklichen Folgen davon in einigen Städten kamen mir sehr unbedenklich vor im Bergleich zu den guten Früchten, die aus dieser Lollheit der hiesigen Rastionalversammlung entspringen mußten. Mit etwas Energie, die ich dem herrn Cichmann angelegentlichst empfahl, und die er auch anzuwenden völlig bereit war, mußten die hie und da vorkommenden Widersehlichkeiten leicht zu dämpfen sein.

Fast niemals ist die Krone Preußens in einer so glücklichen Lage gewesen, den Staat gründlich zu konsolidieren. Die Ultras der Nationalversammlung hätten, wenn sie Instruktion gehabt hätten, nicht bester versahren können, die Krone zu kräftigen, wie sie versahren haben. Erst der Beschluß wegen der Steuerverweigestung, dann der Aufruf der äußersten Linken und der sogenannten gemäßigten Linken vom 27. November, das viertägige Ausbleiben dieser Herren in Brandensburg, dann das Erscheinen eines großen Teils derselben am 1. Dezember, mit der samdsen Erstärung von Schneider, und ihr Abzug in Masse aus dem Saal, um die Versammlung beschlußunfähig zu machen, — alles dies gab der Krone völlig freie Hand, jede vernünstige konservative Maßregel zu ergreisen. Es wurde ihr dies vollends noch erleichtert durch die am Schluß der Sigung vom 1. Dezember beschlossene Vertagung bis zum 7. Dezember.

Der Berg hat eine Maus geboren, die Schwierigfeit ift momentan geloff, der Folgezeit aber die Lofung ber schwierigsten Frage nicht nur übertragen, sondern auch erschwert worden. Es ist wirklich zum Bedauern, wie unstaatsmännisch die

gange Angelegenheit behandelt worden ift.

Nach meiner Rückfunft hier habe ich mich nicht bei bem Könige melden laffen', um nicht aufdringlich zu erscheinen und nicht zu der Mutmaßung Veranlaffung zu geben, ich fame zu ihm, um Minister zu werben. Dagegen sprach ich am 23. Nos vember den Pringen sowie die Pringeffin von Preugen. Beide traf ich in einer Stimmung, welche ben Ernst ber Dinge febr wohl begreift. Beide erachteten Die Lage für bedenklich; ich ftellte ihnen vor, daß ich die Lage für vortrefflich erachtete, wenn fie nur gut benutt wurde; daß das Minifterium noch nicht abtreten durfe, bis die Versammlung in Brandenburg eröffnet sei, weil fonft dieses Abtreten der Linfen eine Beranlaffung geben konne, gemäßigter b. b. klüger zu werden, wodurch bann die Regierung in eine schlimme Lage gefommen ware, ba doch mit der einmal moralifc verdorbenen Berfammlung eine gute Berfaffung nicht zu vereinbaren fein werde. Ich ftellte vor, wie man eine gute Berfaffung interimistisch würde eins führen können, die das Land gern annehmen würde, wenn sie von Männern gegens gezeichnet mare, zu benen es Bertrauen habe; wie man bas vote universel los; werden, die beiden Kammern gleich jahlreich, eine jede etwa fart 200 Mitglieder bilden könne, wie man das Diätenunwesen auch bei der zweiten Kammer abschaffen fonne, indem man ein Firum am Schluß der Sigungen zur Entschädigung gewähre, wie man endlich alle die schlechtesten Bestimmungen, durch welche das Regieren faft unmöglich werde, aus bem Entwurf ber Berfaffungetommiffion entfernen tonne. Ebenso brang ich auch darauf, daß man die Gelbständigkeit als Bedingung gur Bahlberechtigung, so wie es in Frankfurt beabsichtigt werde, aufnehmen möge.

Am 2. Dezember fprach der Oberprafident von Auerswald den Konig, hatte ihn ebenfalls auf alles das aufmertfam gemacht, was ich früher dem Prinzen von

Preußen vorgetragen hatte.

Die Angabe Bergengrans 584, daß Sanfemann am 24. November dem Konige pers fonlich aber feinen Eindrud aus der Rheinproving berichtet habe, muß also unrichtig fein.

Am 4. Dezember vormittags fuhr ich von hier nach Potsdam, um den Prinzen von Preußen zu sprechen, sowie auch den König, wenn es anginge. Auf der Eisensbahn traf ich die Minister, und auch von der Hendt, dessen Ministerfandidatur bereits verlautbarte. Daß ich den König nicht sprechen konnte, weil die Minister zur Konferenz fuhren, dachte ich mir gleich, setzte aber noch einmal dem Prinzen von Preußen meine Ansicht auseinander, äußerte auf seine Befragung auch die Meinung, daß die Verfammlung schon vor ihrem Wiederzusammentritt aufzulösen sei, daß man aber nicht gleichzeitig die Verfassung geben, sondern sie während einiger Tage noch einer gründlichen Beratung unterziehen möge.

Auf dem Weg nach Potsdam saß ich neben Manteuffel, dem ich meine Ideen über die Bildung der beiden Kammern und über das Wahlgesetz für die zweite auseinandersetze, mit denen er völlig einverstanden gewesen ist: auch ist es seine Meinung gewesen, daß die Verfassung, bevor sie promulgiert werde, noch einer

gründlichen Beratung unterliegen muffe.

Un dem nämlichen 4. Dezember ift von der Hendt jum Minister ernannt, und bie ganze Auflösungs, und Berfassungsfrage bis abend spat jum Befchluß in

Potedam gelangt.

Die Selbständigkeit ist in die Verfassung und auch in das Wahlgeseh übers gegangen. Man hat aber noch nicht den Mut gehabt, sie zu definieren. Manteuffel wurde ihn haben, ob aber auch die Energie und Beharrlichkeit, um die Sache im Rabinett durchzusehen, weiß ich nicht. Meine Ideen über die Definition der Selbs ständigkeit hat er gut aufgenommen und zu den seinigen gemacht.

Manteuffel ift überhaupt der vernünftigste im ganzen Ministerium.

Die Monarchie hat ungeheures Glud gehabt, hat es aber nicht zu benuten verstanden.

hatten Sie und ich, mahrend unserer Ministerverwaltung bas Glud bes Dis

nisteriums Brandenburg gehabt, fo fabe es jest gang anders aus im Land.

Ich habe Ihnen diese Zeilen geschrieben, damit Sie jedenfalls darüber außer Zweifel find, daß ich, soviel an mir gewesen ift, dazu beigetragen habe, daß man nicht solche große Bode schieße, wie geschehen ift, auch damit Sie wissen, wie die Dinge hier in der Abereilung getrieben worden find.

# 28a. Camphaufen an Bulow. Eigenbb. Kongept.

Berlin 1848. Dezember 11.

An das gestern erwähnte Schreiben' war das mündliche durch Boddien dem Neichsverweser ausgedrückte Verlangen der Veröffentlichung geknüpft, und die Andeutung, daß andernfalls die Veröffentlichung dort erfolgen werde. Im Verstrauen befragt habe ich empfohlen die Veröffentlichung zu unterlassen, das mündliche Verlangen des Ambassadeurs nicht zu beantworten und für dessen Anerdieten, eine Antwort des Erzherzogs persönlich nach Potsdam zu bringen, verbindlichst zu danken. Was die Veröffentlichung in Berlin betresse, so werde dieselbe wohl untersbleiben; inzwischen, da von Boddien durch persönliche Konsidenz des Erzherzogs das Schreiben kenne, so sehe ich kein hindernis, daß er seinem Freunde von der Lendt über die eventuelle Publikation seine Ansicht schreibe.

Mein gestriger Antrag auf Mitteilung des Inhalts bezweckt, dem Staatse ministerium eine schickliche Gelegenheit zu verschaffen, auf § 42 der nunmehr gultigen Berfassung zu verweisen und sich die direkten Ambassaden zu ver-

bitten.

<sup>1</sup> Mr. 26.

29. Graf Bulow an Camphaufen. Eigenhot. Driginal. Auszug Cafpary 270.

Berlin 1848. Dezember 13.

E. E. gütiges Schreiben vom 10. d. M. habe ich heute morgen erhalten, und ich beeile mich, Ihnen hierbei zu vertraulicher Kenntnisnahme Abschrift des Schreibens zu senden, welches S. M. der König durch herrn von Boddien an den Erzherzog gesendet hat. Dasselbe bewegt sich in allgemeinen Ausdrücken und ist eigentlich mehr eine Darlegung personlicher Ansichten und Gesinnungen als ein diplomatisches Attensäuf. Zedenfalls ist es als Erwiderung der Problamation eine sehr milde und

versöhnliche Manifestation.

Bas sagen Sie ju Bunsens Schreiben an den Reichsminister bei Rudgabe der Bollmacht? Mir icheint es, daß er anfängt ju radatieren. Er hat die Ginfendueg bierher mit einer feche Bogen langen Depefche begleitet, in welcher er darzulegen fich bemüht, daß die Bevollmächtigung ad hoc gang unannehmbar fei. Das Refümee bavon ift, daß er findet, es fei jest der notwendige Zeitpunkt, um die Zentralgewalt in London gur Anerkennung gu bringen; dann muffe er von ibr beglaubigt werden, nicht allein als Reichsgefandter, fondern als Reichs : Botichafter, um den Rang por allen andern deutschen und nichtbeutschen Gefandten zu haben. Er muffe in den Stand gefett werden, eine glangende Reprafentation Deutschlands bins juftellen ufm., furg er vergift gang und gar, daß er preußifcher Gefandter ift, bag er nichts weiter braucht, als eine Bollmacht, um das Geschäft namens des gesamten Deutschlands ju führen, und daß er nicht dafür bezahlt ift, die Anerkennung der provisorischen Zentralgewalt in kondon zu pressieren. Ich schreibe ihm heute, um ihm hierüber, wenn's möglich ift, aufs richtigere Pferd gu helfen. Ingwischen fest er und in große Verlegenheit — wenn Sie nicht etwa fein Schreiben an das Reichs, ministerium aufgehalten haben. Ich werde in der Sache nichts weiter tun konnen, bevor ich weiß, wie fie bort fieht, und was Sie bort ju tun gedenken. Dich buntt, wir muffen suchen, fie in dem Gange zu erhalten, in dem fie war, nämlich der Bes vollmächtigung ad hoc. Bunfen wird fich wohl befehren. Bo nicht, fo fonnen wir nicht belfen, aber gegen Bunfens Beglaubigung als Reichsgefandter unter Beibehaltung seiner Stellung als preußischer Gefandter werde ich mich immer erflaren. Er murbe und in taufend Berwickelungen bringen.

Den württembergischebayerischen Unterhändler habe ich glüdlich von Potsdam fortgeschafft, aber damit habe ich noch teine Ruhe, und ich werde täglich von Potsdam aus geplagt, daß eine Verständigung der Regierungen über die deutsche Frage zustande gebracht werden müsse. Die bayerische Regierung beantragt offiziell einen Austausch schriftlicher Erklärungen darüber: "daß fortan den Beschlüssen der Frankfurter Nationalversammlung und der Zentralgewalt gegenüber von Seite der deutschen Regierungen nicht mehr einseitig und ohne vorhergegangene gegenseitige Verständigung gehandelt werde". Ich erkläre mich durchaus gegen eine solche Verbindlichteit, aber der Andrang ist so start, daß ich allein nicht werde Widerstand leisten tonnen. Man begreift hier nicht, was eine solche Verpslichtung nach sich zieher. Können E. E. mir nicht von dort aus durch Verichte oder wirksame Diversionen etwas zu hilfe kommen? Besonders dankbar würde ich es auch pers

2 Mr. 26.

<sup>1</sup> Rongept im Rachlaß nicht gefunden.

Berfuche Bunfens, burch seine eigene gleichzeitige Ernennung jum Reichs, gefandten in London seinen Gedanten ber Abertragung der auswärtigen Vertretung des Reiches an die preußischen Gesandtschaften ins prattische Leben einzusühren, vgl. Rippold, Bunsen 2, 482 f. und Ulbricht, Bunsen 83 f. — Camphausen kommt auf diese Angelegenheit in seinem Briefwechsel mit dem Grafen Balow noch mehrmals zurud; ich habe die darauf bezüglichen Stellen fortgelassen.

fönlich anerkennen, wenn Sie mir Ihre Ansicht über die jegige Handhabung der deutschen Angelegenheit einmal ausführlich darlegen wollten. Es kommt darauf an, zwischen der Szylla der Frankfurter unitarischen Machtgebote und der Charybe die der alles zerstörenden Separate und Rabinettspolitik hindurchzusteuern, und diese Aufgabe ist schwer, selbst für stärkere als ich. Bei niemandem werden Sie für guten Rat eine dankbarere Aufnahme finden, als bei mir.

Ich erhalte soeben — abends 8 Uhr — Ihre freundlichen Zeilen vom 11.1 Die birekten Ambassaden sind nicht immer viel wert, besonders aber sollte man solche täppischen Gesellen nicht in die Geschäfte mischen. Ich benütze das Aviso, aber Sie

wiffen, wie schwer es ift, gewiffe herren in der richtigen Linie ju halten.

Simson und hergenhahn sind bei mir gewesen und haben mir gesagt, daß sie wegen der Publikation der Reichsgesetz und wegen der Gesandtschaftsfrage noch Anträge machen und verhandeln wollten. Ich habe gleich bemerkt, daß wir wegen des ersten Punkes bereits eine definitive Erklärung abgegeben hätten. Über den zweiten setze ich die Antwort auf Ihren Bericht vom 21. v. M. unter diesen Umsständen noch aus, aus Courtoisse, weil die herren doch verhandeln wollen, ohne jedoch die Absicht zu haben, im Prinzip etwas auszugeben.

hier ift alles soweit gang ruhig, aber die Buhlerei in bezug auf die Bahlen ift schon sehr tätig in den Provinzen. Abrigens ift der Eindruck der oftropierten Ber-

fassung im gangen überall febr gut und berubigend.

30. Ofterreichisches Memorandum an Preußen. Ropie. Ben. v. Sybel 1, 267f. und Friedjung 1, 493f.

Olmüß 1848. Dezember 13.

Das innigste Einverständnis zwischen Ofterreich und Preußen in bezug auf die beutschen Angelegenheiten ist die einzig mögliche Grundlage eines gedeihlichen Standes dieser letteren und die unumgänglich notwendige Vorbedingung der Ersreichung dessen, was unleugbar der Rationalwunsch der Deutschen ist, nämlich der Gründung eines großen, einigen und mächtigen Deutschlands.

Seit den Margtagen fehlt es an diesem Einverstandnisse, und die traurigen

Früchte dieses Tatbestandes reifen bermalen in Frankfurt.

heute wird eine beffere Richtung der Dinge von Berlin aus angebahnt. Bir freuen uns deffen und geben uns der hoffnung bin, daß es auch heute noch nicht ju fpat und es vielmehr noch an der Zeit ift, durch einträchtiges Wirken ben Wieders aufbau des gemeinsamen Baterlandes nach einem praftischen und den Bedürfs niffen desfelben mahrhaft entsprechenden Plane ju bemirfen. Daß Sfterreich an diesem Wiederaufbau und den Ergebniffen desfelben fich beteiligen zu tonnen ben ernsten Bunsch hegt, - dieses zu bezweifeln ift tein Grund gegeben worden. Andrers seits liegen die Schwierigkeiten, welche für diese unsere Beteiligung aus der feit Mary des Jahres wesentlich veränderten Lage unseres Reiches fich ergeben, zu febr am Tage, um hier besonderer Bevorwortung zu bedürfen. So wie in Deutschland die allgemeine Stimme, fo ftrebt auch, wie es scheint, in dem offerreichischen Raifer: staate die große Mehrzahl der Bewohner desselben nach Konstituierung eines einigen und durch feine Einheit gefrafteten Staates. Diefer öffentlichen Stimmung muß ihrerseits die Regierung um so entschiedener Rechnung tragen. als auch fie das Bedürfnis fühlt, bei Erweiterung in Gleichstellung der Rechte der Nationalitäten das knüpfende Band derfelben in den obersten Regionen durch einheitliche Verfassung, Vertretung und Verwaltung zu verftärten. Eine Beteilis gung an den deutschen Angelegenheiten sonach, welche uns bas burch die Ratur ber Dinge gebotene neue Regierungsfpftem verruden und fibren, welche babin

<sup>1</sup> Mr. 28a,

führen würde, die dermalen zu dem deutschen Bunde gehörenden Teile unseres Reiches in eine unklare Doppelstellung zu versehen oder sie virtuell in ihrer Gesetzgebung und Verwaltung von der hierfüro unzertrennlichen Gemeinschaft mit ihren außerdeutschen Staatsgenossen loszulösen — eine solche Beteiligung würde bei und die öffentliche Stimmung unbedingt verwerfen, und die Regierung würde sich weder den Veruf noch die Macht zutrauen, hierin dem so laut ausgesprochenen Nationalwunsch entgegenzutreten.

Jedenfalls murde aber Deutschland — mag die Beteiligung Offerreichs an dem neuen deutschen Berfassungswerte eine engere oder eine weitere sein — an dem neugeborenen Raiserreiche für ewige Zeiten den natürlichsten wie den treusten Bundesgenossen bestigen; vielmehr an den durch inneren Zusammenhang gestärkten ungeteilten Kräften desselben einen mächtigeren Rüchalt haben, als ihm einzelne, zerklüftete und aus ihrem natürlichen Zusammenhang geriffene Teile des Reiches

jemals würden gewähren können.

Unbedingtes wechfelfeitiges Bertrauen ift die erfte Bedingung des gedeihe lichen Fortganges der eben begonnenen Beratung. Bon felbem geleitet, geben

wir die folgenden Puntte nach Berlin gur Erwägung.

Erstens. Die Berfassung für Deutschland, wie selbe aus den bereits vorsliegenden Borarbeiten der Frankfurter Versammlung hervorgehen wird, ist eine von keinem deutschen Fürsten mit gutem Gewissen anzunehmende, und würde deren Annahme seitens des übrigen Deutschlands nach früheren Vorgängen und Andeutungen wahrscheinlich den völligen Austritt Offerreichs vom Bunde zur Folge haben.

3meitens. Diefes vorausgeschickt, fragt fich, wie fich die hofe von Wien und

Berlin, in Eintracht handelnd, ju benehmen haben wurden.

a) In dem Zwischenraum zwischen heute und dem Tage des Zustandekommens, b. h. nach der ersten Lesung jener zu erwartenden Verfassung in Frankfurt.

b) Gelegentlich dieses Zustandekommens felbst.

c) Rach demfelben?

Drittens. ad a) In dem erstgenannten sichtlich einige Wochen nicht übers fleigenden Zeitraume muffen die beiden hofe vor allem nur das Intereffe im Auge baben, bag in jenem Intervalle der materielle Friede in Deutschland nicht geftort werbe. Der einzig dermalen bundesgesehlich beftebende Suter und Bahrer Diefes Friedens ift der an die Stelle des Bundestages getretene Reichsverweser mit seinem Die Erefutivgewalt des Bundes bildenden Ministerium. Diese Gewalt für die Zeit ihres Bestehens nicht etwa zu modifizieren, - benn hierfür ift die Zeit zu furg wohl aber erftens ju fraftigen, zweitens auf ben rechten Beg gu leiten, - ift die flar vorgezeichnete Aufgabe ber beiden Sofe. Um jene Gewalt ju fraftigen, ift es vonnoten, daß die Bollziehung ihrer Anordnungen - wohlverstanden alss bann, wenn fie innerhalb des Birfungstreifes ihrer Rompeteng als der das laufende Gefcaft des Bundes felbftandig leitenden Bes borbe gelegen find - nirgends einer Schwierigfeit begegne, und hierdurch ihr bas notige Unfeben allenthalben aufrechterhalten werde. - Um fie zu leiten, muffen die beiden hofe barauf bedacht fein, in den vertraulichften formen unaus, gefest und einträchtig der Zentralgewalt die Richtung und den Weg anzudeuten, auf welchem fie nach ber wohlmeinenden Abficht ber Sofe voranzugeben haben wird, mogegen fie hinwiederum auch beren unbedingter Unterftugung gewärtig fein foll.

Biertens, ad b) Die beiden Sofe find darüber einig, daß fie die Berfaffung, wie fie nach ben Borarbeiten der Reichsversammlung zu erwarten ift, nicht ans

nehmen.

Sie werden dahin ftreben — in welcher Art, wird später gesagt werden —, daß eine möglichst große Zahl deutscher Regierungen und jedenfalls die bedeutenderen berfelben sich in dem Prinzipe der Verwerfung der Verfassung mit ihnen vereinigen.

Die Nechtsformel dieser Verwerfung wird die einfache Verufung auf den Vundess beschluß sein, welcher die konstituierende Reichsversammlung in das Leben rief, und welcher hierbei den Regierungen das Necht der Vereinbarung ausdrücklich vorbehielt.

Fünftens. ad c) Mit biefem negativen Aft ber Berwerfung wird aber bie Sache nicht abgetan fein, und es wird bie positive Frage: "was dann weiter?" ju

lösen übrig bleiben.

Deutschland muß neu konstituiert werden; und zwar, wie oben gesagt ward, solange die Möglichkeit hierzu nicht offenbar ausgeschlossen ist, im Wege der Vereinsbarung.

Es ift billig, daß, wenn die Regierungen das von der Reichsversammlung vors gelegte Projekt verwerfen, fie ein anderes, nach ihrer Ansicht besseres, an bessen

Stelle ju feben wiffen.

Damit sie dieses aber tatfächlich können, mussen sie fich früher — und zwar so bald als möglich — und vor allem anderen Skerreich und Preußen — wenigstens über die Grundlagen der nach ihrer Ansicht besten Bundesverfassung einigen. Sechstens. Diese Grundlagen waren, in ihren außersten Umrissen und kurz

angedeutet, etwa die folgenden:

a) Bon der Idee des Bundesstaates, dessen konsequente Durchführung das eigentümliche Leben der einzelnen deutschen Staaten und Bolksstämme versnichten und an manchen Orten Deutschlands einem Miderstreben begegnen würde, das zu allem anderen eher als zur Konsolidierung deutscher Macht und Größe führen könnte, — von dieser Idee müßte man abstrahieren, und wieder zu dem auf die deutschen Verhältnisse allein passenden Begriffe des Staatenbundes zurücktehren, welcher neue Bund sich aber von dem bisher bestandenen dadurch zu unterscheiden hätte, daß er kräftiger gebaut und insbesondere kräftiger gesbandhabt werden müßte, als es jener jemals ward.

b) Die oberfte Leitung bes Bundes mare einer fart zu organisterenden und mit

ausgedehnten Befugniffen zu versehenden Erefutivgewalt zu übertragen.

c) Ihr jur Seite hatte als reprafentatives Element ein Körper ju stehen, der aus ben Abgeordneten der Fürsten unter Beiziehung anderer aus Wahl hervorragender

Mitalieder ju bilben fein murbe.

d) Durch gute organische Einrichtungen wäre für die tunlichste Berschmelzung der materiellen Interessen der deutschen Stämme und Staaten, für die Konzenstrierung der Defensivkräfte des Bundes, soweit sie vonnöten sein wird, um dem Auslande gegenüber Deutschland als Gesamtmacht ehrfurchtgedietend erscheinen zu machen, endlich für alles, was unter den Deutschen aller Stämme das Gefühl der Gemeinsamkeit zu erhalten geeignet sein kann, Sorge zu tragen.

Eine auf solchen Grundlagen gebaute Verfassung, welche dem deutschen Volte die Sicherheit geben würde, daß die Angelegenheiten des gemeinsamen Vaterlandes hinfüro mit starter hand geführt, und dem vereinigten Staatenbunde die ihm in Europa gebührende Stellung gewährleistet sein würde, — eine solche Verfassung würde sicher die große Mehrzahl der Wohldenkenden und der vaterländisch Gessinnten in Deutschland befriedigen, und es der zu ihrer Vereinbarung berufenen Versammlung schwer machen, ihre Mitwirkung zu dem großen Werke zu versagen.

Siebentens. Es ift oben bereits bemerkt, daß zum Gedeihen der Sache ein möglichst schnell zu bewerkstelligendes Einverständins zwischen den bedeutenderen Staaten des Bundes erforderlich sein wird, damit am Tage der Entscheidung mit

einer tunlichst imponierenden Einstimmigkeit aufgetreten werden konnte.

Es ift flar, daß, um den Zwed nicht zu verfehlen, und statt der Erreichung dess selben entschiedene Gefahren in das Leben zu rufen, die Borkehrungen zur Bewerts stelligung jenes Einverständnisses in tiefster Stille und mit einem Geheimnisse (von welchem insbesondere die Zentralgewalt und ihre Organe nicht auszuschließen

waren) getroffen werden mußten. Die Bege der gewöhnlichen Rommunifationen von Rabinett ju Kabinett werden ju diesem Behufe verlaffen werden, und von Kall zu Kall und von Ort zu Ort wird die Behandlungsweise des Geschäftes eine perschiedene fein muffen.

Bor allem wird danach ju ftreben fein, Bapern, welches feinen Bunfch nach Bers ftandigung bereits zu erkennen gegeben hat, auf das Feld des Einverständnisses

swischen Sfierreich und Preugen ju gieben.

Ift biefes gelungen, fo wird man barauf hinarbeiten muffen, in Sannover. Dreeben, Stuttgart, Raffel ufw. burch den Butritt diefer Dofe gu unferem Plane ben Rreis eines gemeinsamen Wirfens ju vergrößern.

Un anderen Orten, g. B. in Darmstadt, Karleruhe usw. ift es zweifelhafter, ob und wie auch bort für den in Rede stehenden Plan ohne Gefahr ber Rompromits

tierung wurde gewirft werden fonnen.

Um besten wurden die betreffenden Infinuationen durch abzusendende vertraute Berfonen - und jur Bereinfachung und Berminderung der Chancen ju ungeitigen Berlautbarungen, nach einer zwedmäßigen Berteilung der Rollen unter den beiden hofen - bergeftalt ju machen fein, daß der jeweilige Abgefandte des einen hofes auch jur Betätigung des volltommenen Einverftandniffes zwischen beiden im Ramen

beider zu sprechen beauftragt und bevollmächtigt wurde.

Achtens. Sobald als die beiden Sofe über die Grundlagen ber Deutschland gu gebenden Berfassung miteinander einig waren, mare ein Busammentritt fachvers ftändiger Männer — gewählt aus vertrauenswerten Notabilitäten aus dem ftaats; rediliden und parlamentarischen Rache - zu veranstalten, welche in aller Stille auf jenen Grundlagen die naberen Bestimmungen ber in Untrag ju bringenden und querft ben Regierungen und fodann ben Bolfevertretern vorzulegenden Bers

faffung gemeinsam ju entwerfen hatten.

Reuntens. Es bliebe schließlich noch ein Fall zu erörtern übrig, und es ware jener, daß in der Zwischenzeit, welche bis jur Rrifis in der Berfassungsfrage noch verlaufen wird, in dem hierzu vorzüglich vorbereiteten Teile Deutschlands, nämlich in den füdweftlichen Gegenden, der offene Aufftand ausbräche, und die Zentrals gewalt ihn zu bewältigen außerstand gefest wurde. In diefem Falle wurde unferes Erachtens nach ben Grundgefeben bes in legaler Beife noch nicht aufgeloften und bis jur Errichtung eines neuen noch fortbestehenden Bundes von 1815 vorans gegangen und die "innere Sicherheit" Deutschlands durch das Zusammenwirken ber von Bundes wegen hierzu aufzubietenden Rrafte gewahrt werden muffen, an welchem Werte fich auch Ofterreich — nach Maßgabe ber ihm im Augenblide der Gefahr ju Gebote febenden Rrafte - und jedenfalls durch irgendeine Abteilung berselben sombolisch beteiligen murbe.

Bei der verhaltnismäßigen Rurge der uns jum handeln übrig bleibenden Zeit, ift bie größte Befdleunigung ber swifden Wien und Berlin gu verabredenden Befchluffe dringendes Bedurfnis, und murde ju deffen Befriedigung die Bes fpredung gwifden mit möglichst ausgedehnten Bollmachten verfebenen Bers

trauenspersonen am fichersten gereichen.

#### gr. Campbaufens Dentidrift. Ropie. Auszug Cafpary 275f.

Frankfurt 1848. Dezember 14.

2. Unlag ber Dentschrift. 2. Instruction im Juli. 3. Lage in Frankfurt Ende Juli. 4. Bildung und Politit des Reichsministeriums. 5. Augenblidliche Lage. 6. Bedeutung der Rationals versammlung. 7. Urfachen der bieberigen preußischen Erfolge. 8. Lehren fur die Butunft. 9. Berhaltnis ju Ofterreich. 10. Das Reichsoberhaupt.

[1] In der zweiten Salfte des Monats Ottober wirtte der Berlauf der Ereigs niffe in Berlin barauf bin, in Frankfurt bas Ansehen ber preußischen Rationals versammlung und ber preußischen Regierung, in natürlicher Folge bavon auch ibres biefigen Bertreters, ju ichwächen, wie ich feinerzeit ben vorigen Miniftern auf privatem Bege mitzuteilen nicht unterlaffen habe.1 Der Reigung, von bier aus unmittelbar einzuschreiten, vermochte ich nur furge Beit einen erfolgreichen Wiberstand entgegenzustellen; es trat bald eine jum heile des Baterlandes furge Periode ein, in der der Staat von Frankfurt aus eine hilfe zu wünschen hatte, die zur Sälfte und nicht ohne läftige Beimischung gewährt wurde; jugleich bangte man bier por ber von Preußen abhängigen eigenen Eriftens, und in dem verzweiflungsvollen Drange nach Taten jur Nettung geschah manches, wozu man sich nicht Zeit nahm, ben Rat bes Bevollmächtigten ber Regierung einzuholen, oder wobei man beffen por Rompromittierung der Zentralgewalt warnende Stimme nicht berücksichtigte. Die Beziehungen verwirrten fich: unmittelbare Gefandtichaften flogen bin und ber, unmittelbare Berhandlungen fanden fatt; beides jum Teile mit überspringung bes Ministeriums und bes Bevollmächtigten, und es bestand die Gefahr, das Snftem gesprengt zu sehen, welches die Königliche Regierung seither mit fester Ronfequeng befolgt hatte. Die Stärfung der Regierungsgewalt in Preugen und die unzweideutige Zustimmung des Bolfes zu der verliehenen Berfassung führen biefe Periode jum Ende, und ber Augenblid, in welchem die Berbindung zwischen der Königlichen Regierung und der Zentralgewalt vielleicht wieder auf den eins facheren Beg fich jurudzieht, fällt jufammen mit einer Fügung ber Begebenheiten, wodurch der Schwerpunkt fur die nachfte Wendung der deutschen Geschichte von Wien über Berlin nach Frankfurt a. M. gewandert ift. Dieses Zusammentreffen veranlaßt mich, zur leichteren Beurteilung bes in dem neuen Abschnitte zu verfolgens ben Weges einige Momente aus dem bisher zurückgelegten hervorzuheben.

[2] Als ich mich im Monat Juli mit dem damaligen Ministerium über die Insftruktionen für den Bevollmächtigten in Frankfurt zu verständigen suchte, wurden

die folgenden Gesichtspunkte als die wesentlichen aufgestellt:

1. Preußen verlangt in der definitiven Verfassung Deutschlands nicht die ause fibende Macht für sich allein, aber es verlangt in der ausübenden Macht den seiner Eroße entsprechenden Anteil.

2. Der Regierung ift bas Recht ber Zustimmung gur Berfassung intatt gu

bewahren.

3. Die Regierung will einer gesethgebenden Lätigkeit der Frankfurter Versammelung mahrend des Provisoriums nicht entgegentreten, dieselbe sogar gewissermaßen

befördern; sie will aber zugleich ihr Zustimmungsrecht gewahrt wissen.

4. Während des Provisoriums fann eine Einmischung der Zentralgewalt in das preußische heerwesen nicht zugegeben werden, und während desselben will Preußen seine völkerrechtliche Stellung als europäische Macht mit selbständiger Bertretung im Auslande nicht verlassen.

5. Das (damals eingeleitete) Projekt einer kollegialischen Vertretung der deutsschen Regierungen der Zentralgewalt gegenüber soll verlassen werden, und der Bevollmächtigte soll isoliert stehend den der preußischen Regierung nach dem Vershältnisse ihrer Macht zukommenden Einfluß erwerben.

6. Bor allen Dingen aber foll ein Bruch swischen Frankfurt und Berlin ver-

mieden werden.

[3] Die Königliche Regierung trat mit dieser Aufgabe in das neue Verhältnis einer Bevollmächtigung bei der provisorischen Zentralgewalt statt einer Gesandtsschaft beim Bundestage, und sie fand eine Lage der Dinge vor, die der Lösung der Aufgabe nicht günstig war. (zu 1) Der Erzherzog Johann war mit der Zusstimmung der Fürsten und unter der Akklamation Deutschlands zum Reichsversweser erwählt worden, und selbst bei solchen einstußreichen Männern in Frankfurt,

<sup>1</sup> Um 3. November f. Meinede, Weltbürgertum2, 377.

die fich vordem mit der größten Entschiedenheit für die politische Notwendigkeit der preußischen Segemonie ausgesprochen hatten, war diefer Gedante fo weit jurudgedrängt, daß fie fich nur noch die Möglichkeit dachten, Preugen werde viels leicht dem jum deutschen Kaiser ju erhebenden Erzherzog Johann nachfolgen können. (ju 2) Die Rationalversammlung, welche mit ber Erflärung ihrer Souveranetat begonnen und diefelbe foeben durch Ernennung des Reichsverwefers und burch Absehung des Bundestages ausgeübt hatte, war durch den gelungenen Bersuch in einen folden Taumel geraten, daß fie jeden Zweifel an ihrer ausschließlichen verfassunggebenden Gewalt als ein Berbrechen gegen die deutsche Ration bes tractete, und daß der nachmalige Minister Sedicher den Erzberzog entichuldigen ju muffen glaubte, weil er zwar das Amt unbedenflich aus den Sanden der Ras tionalversammlung angenommen, aber doch beiläufig auch der Bustimmung der beutiden Fürften gedacht hatte. Rur 31 Stimmen erfannten den Regierungen das Zustimmungerecht jur Berfassung ju. Nicht minder war (ju 3) die Nationals versammlung von ihrer unbeschränkten Gesetgebungsgewalt burchtrungen, und ber verschiedenen Ausschuffe hatte fich ein legislativer Gifer bemeiftert, der fein Gebiet unberührt ließ und der mit Sturmeseile alle befiehenden Buffande in Deutschland umguformen drobte. Bas (ju 4) das beerwesen und die diplomatische Bertretung betrifft, fo hatte ich erft furt juvor den Gintritt in das Reichsminifterium jum Teile aus dem Grunde abgelehnt, weil man von Ubergabe der Festungen, von einem der Zentralgewalt von allen deutschen Truppen zu leistenden Gide träumte, und weil man die Erwirfung der Zurückliehung aller preußischer Gefandten von mir erwartete. Der Ausübung eines verhaltnismäßigen Ginfluffes (ju 5) stand die aus der Nationalversammlung in das Ministerium übergegangene und in ihm verförperte Idee der Souveranetat entgegen, infolge deren es alle deutsche Regierungen gleichmäßig und als untergeordnete Behörden behandeln zu follen sich vervflichtet glaubte.

Lag fohin (zu 6) nach allen Richtungen hin Beranlassung zu Reibungen und nahe Sefahr bes Bruches vor, so mußte zudem sofort der von dem Reichstriegsminister auf den 6. August ausgeschriebenen Huldigung der preußischen Armee die Folges

leiftung verweigert werden.

4] Den Schwierigkeiten, die uns im Beginne der Reichsverweserschaft umgaben, gefellten fich im Berlaufe der Zeit und in der weiteren Entwidlung des eben bes grundeten Buftandes andere bingu. Es mar dem Ergbergog Reichsvermefer auf Das Gefuch um Bezeichnung eines Miniftere ber auswärtigen Ungelegenheiten ablehnend geantwortet worden, und auch fpater hat die Regierung nicht anerfennen wollen, daß ihre Anfpruche als mächtigftes Glied des Bundes durch die Uberlaffung von Ministerportefenilles an preugische Randidaten auszugleichen feien. Diefe Politit, von der wir nur in einem Kalle durch Bezeichnung eines Miniftere fur Die auswärtigen Angelegenheiten mit ungunftigem Erfolge abzuweichen versuchten, und wegen deren wir den bitterften Ladel von einfichtsvollen, erfahrenen Staatsmannern erfahren mußten, hat fich volltommen bewährt. Denn es hat febr wesentlich dagu beigetragen, die Gifersucht gegen Preugen ju mindern, die Anerkennung der Bes deutung und Unentbehrlichfeit Preußens ju erhohen, daß Preußen fich vor aller Mugen mabrend bes Proviforiums der Teilnahme an der ausübenden Gewalt und bes vorwiegenden Ginflusses auf die Leitung der Geschäfte begeben hatte. Begangene Rehler murden und nicht jugeschrieben, fie murden häufig dem beis gemeffen, daß nicht wir die Zügel führten, und in manchem fritischen Augenblide, namentlich in dem Rampfe um den Malmder Baffenflillstand, mochte der Ausgang ein nachteiliger gewefen fein, hatte bas Reichsminifterlum eine aberwiegend preus fifche Farbung gehabt. Much gegenwartig, wo ein Ministerwechfel bevorfteht, wurde ich nicht ratlich halten, bas preußische Element in den Bordergrund treten ju laffen. Benn aber biefe Burudhaltung ibre guten Grunde batte, fo mußte fie

bagegen das Arbeiten mit ber Zentralgewalt, die flete Renntnis der Abfichten und Plane, Die Beforderung munichensmerter, Die Berhinderung nachteiliger Schritte febr erschweren. Satte bas Reichsministerium feine vorwiegend preußische, fo hatte es fatt beffen eine vorwiegend ofterreichische Farbung, und man muß die Gefchids lichkeit wahrhaft bewundern, mit welcher man monatelang alle Angriffe gegen Ofterreich ju verhindern, ju befeitigen oder abjuftumpfen mußte, mahrend Preugen, obwohl jur Zentralgewalt und ju Deutschland in einem unendlich flareren und bins gebenderen Berhältniffe ftebend, unaufhörlichen, oft gefährlichen Ungriffen und Unforderungen ausgesett blieb. Unparteiische Staatsmanner wollen jest in der Leitung ber Angelegenheiten ausschlieflich Die Absichtlichkeit unserer Gegner ers fennen, insbesondere die Berfolgung des Zwedes, einen Bruch mit Preugen vor dem Augenblide herbeiguführen, wo berjenige mit Offerreich unvermeiblich werden mußte; es wurde jedoch unbillig und unrichtig fein, unberudfichtigt ju laffen, daß bas Reichsministerium ein Snstem befolgte, welches mit der damaligen Stimmung ber Nationalversammlung im Einflange fand. Es versuchte die Macht der Zentrals gewalt aufzubauen auf ber gerfiorten Macht ber Partifularftaaten, und baraus ging bas Streben hervor, bas Einvernehmen mit den Regierungsbevollmächtigten ju verhindern, die Beratung mit ihnen ju vermeiben, ihnen nur das Amt der Brief; trager gugugeffeben, und auch bas nur in folden Fallen, wo es nicht bienlicher scheinen murbe, unmittelbar fowohl an die gandesministerien, als an die unters geordneten Landesbehörden ju verfügen. Benn aber auch diefem Streben nicht Die Absicht jum Grunde lag, vorzugsweise ein Einvernehmen zwischen der Zentrals gewalt und Preugen ju verhindern, fo mußte es dagegen allerdinge für Preugen am beschwerlichften werben, weil wir in einem viel größeren Mage als die fleineren Staaten bas Einvernehmen ju munichen, Forderungen ju fellen, ungeziemende Abergriffe und Diggriffe ju verhuten hatten. - Ein Mittel hatte uns ju Gebote gestanden, frubzeitig bas Reichsministerium in engere Schranten ju verweifen, nämlich bas gemeinschaftliche Auftreten aller ober vieler beutscher Regierungs bevollmächtigten. Allein unfer politisches System und das Interesse Deutschlands notigte mich im Gegenteile, ben vielfachen mir in biefem Ginn gemachten Bus mutungen auszuweichen und es in manchen Fällen zu befördern, daß die Zentrals gewalt uns nicht rudfichtsvoller behandle als die anderen. Man spähte nach Rons gefflonen, die Preußen gemacht werden konnten, um fie fofort auch für fich in Uns fpruch ju nehmen. Bur eifervollen Geltendmachung partifularer Gelbftanbigfeit murben fich, von und geführt, viele banbe geboten haben. Dir aber mußten und swar der übergreifenden Macht der Zentralgewalt erwehren, mußten jedoch ebensos sehr darauf wachen, daß nicht an dem erkräftigten Partikularismus der einzelnen Staaten die Macht der Zentralgewalt und mit ihr die hoffnung auf ein einiges, monarchisches Deutschland icheitere. Auf diefem ichmalen Bege ftanden hinderniffe nicht nur hier, sondern auch im Baterlande, wo die Idee eines einigen Deutschlands mit ihren pratischen Folgen nur allmählich in das Bewußtsein eindrang, und wo es einem erregbaren Gelbstgefühle ichwer murde, über die provisorische beutsche Zentralgewalt mit einem öfferreichischen Pringen an der Spige hinauss jubliden und hinter ihr nur die befinitive deutsche Bentralgewalt mit der Prapons berang Preußens zu erfennen.

[5] Wie stehen wir nun heute nach beinahe sechsmonatlichen Schwankungen und Kämpfen zu der Aufgabe, die wir in dem S. Ksl. H. dem Erzherzog Johann von Osterreich zur Obhut übergebenen Deutschland zu lösen uns vorgenommen hatten? Wie stehen wir namentlich zu ihr in Beziehung auf die oben angeführten sechs wesentlichen Punkte? 1. Niemand bestreitet Sr. M. dem Könige von Preußen den Sip in der erekutiven Gewalt; viele wollen sie Ihm allein übertragen. 2. und 3. Das Recht der Justimmung zu Verfassung und Sesen haben wir intakt bewahrt.

4. Eine Einmischung in das heerwesen haben wir nicht geduldet und von unserer

völkerrechtlichen Stellung sind wir nicht gewichen. 5. Reines deutschen Landes unterstützende Mitwirfung haben wir begehrt, die Kälte kalt ertragen und das isos lierte Preußen hat allem Anscheine nach in naher Zeit über das Schicksal Deutschs lands zu entscheiden. 6. Einen Bruch mit Frankfurt aber haben wir vermieden,

und die Bahl unferer Freunde vermehrt.

[6] Der lette Buntt mar von mehrfacher Bichtigfeit. Rur in einem furgen Beit; raum bat die Nationalversammlung eine schaffende Macht von erheblichem Ums fange befeffen; aber immer befaß fie eine große auflofende Macht, die Macht, eine Revolution herbeiguführen durch den Aufruf an das Bolt gur Brechung eines ihr entgegengefesten Biderftandes, und vielleicht befitt fie diefe Racht in vermindertem Umfange noch gegenwärtig. Der bieraus fur uns entspringenden Gefahr zu bes gegnen, mar jedoch nicht unfer einziges Biel; vielmehr hat es Perioden gegeben, in benen wir den Lieblingsfähen ber Nationalversammlung ohne Beforgnis vor großen Störungen in unserem Lande entschiedenen Widerspruch batten entgegens seben durfen. Dir hatten einen zweiten Grund, einen folden entschiedenen Widers spruch zu vermeiden, weil er nämlich eine zahlreiche Nachfolge bei kleineren Res gierungen gefunden, und die auf der öffentlichen Meinung beruhende notwendige Macht der Nationalversammlung gebrochen haben wurde. Benn die Unwendung der irrigen Bolkssouveranetätslehre irgendwo aus praktischen Gründen verteidigt werden tonnte, fo murde bas Berhaltnis und die Aufgabe der Frankfurter Bers fammlung dagu fich darbieten. Denn für fie lag ber flare, allem Bolte verftanbliche Zweifel vor: Die follen wir zu einem Resultate gelangen, wenn wir mit 37 Res gierungen ju verhandeln haben, und wenn jede von ihnen ein Beto einlegen fann? Die Regierungen hatten die Berfammlung berufen, um eine Berfaffung für Deutschland guftande gu bringen; fle waren aber unfahig gewefen, ihr einen gemeins schaftlich beschloffenen Entwurf zur Grundlage bingugeben; fie sprachen ftillschweis gend jur Berfammlung: Bir tonnen jur deutschen Berfaffung nichts beibringen, macht fie allein. Entschuldbar war es unter diefen Umftanden, daß die Bersamms lung fagte, wir allein wollen die Berfaffung machen. Die hoffnungen des deutschen Boltes mandten fich ihr ju, und auch die hoffnungen und Bunfche der preußischen Regierung, welche in ihren Archiven berghohe Zeugniffe von der Schwierigkeit ber Bereinigung von 37 Souveranetaten aufbewahrt, mußten fich wefentlich darauf ftusen, daß der Frantfurter Berfammlung für das Berfaffungewert eine einfluße reiche, wenn nicht eine entscheidende Stimme erhalten bleibe. Die Aufgabe der Bermeidung eines Bruches gestaltete fich daher fo: Bir durften das Recht ber Bus ftimmung ju Berfaffung und Gefeben nicht aufgeben, mußten aber einer öffents lichen Erflärung und einem Pringipienftreite barüber ausweichen und dafür forgen, baß allen biefigen Beschluffen fattisch unsere Zustimmung gegeben werden tonnte. jur Erhaltung und Mehrung des Einflusses und der Macht der Berfammlung. Diefe Bedingungen find erfüllt.

[7] Daß ich einem hohen Staatsministerium mit einiger Aussührlichkeit die seitherige Aufgabe Preußens, ihre Schwierigkeiten und ihre köfung darlegte, hat den Zwed, daran die Frage zu knüpfen, aus welchen Gründen wir erfolgreich waren, um daraus vielleicht einen Leitfaden zu gewinnen für unser Berfahren in der jest

eingetretenen fritischen und entscheidenden Periode.

Zu jenen Gründen gehört nun aus der allerletten Zeit sehr wesentlich die innere Erstartung und Beruhigung des preußischen Staates durch die von den gegens wärtigen Ministern für jeht mit dem glüdlichsten Ersolge ausgeführten Maßregeln. Für den ganzen Zeitraum von Juli dis jeht erkenne ich die Gründe in folgendem: Wir nahmen ein System an, zu welchem wir uns konsequent, ehrlich und aufrichtig bekennen konnten, ohne uns durch Schwankungen, Verschleierungen oder Resers vationen zu schwächen, oder in schiefe Lagen zu bringen. Wir hatten als stärtsten Bundesgenossen die Natur der Dinge für uns: die Lage, die Größe, die Abstammung

ber Bevölferung Preufens, feine Gefchichte, die langiahrige Tendeng der Regierung und des Boltes, fie laffen gegenüber den vielfachen außer, und antideutschen Berwidlungen des diferreichischen Raiferstaates den Schwerpuntt Deutschlands nach Preußen fallen, und wenn er durch tonvulstvifche Ereignisse auf einige Zeit gewalts fam verlegt mar, fo murbe badurch bas Gefen ber Schwere nicht aufgehoben, welches immer wieder in leifem Wirten gur Rudbewegung nach Preugen drangte, fo oft ein fünftliches hindernis befeitigt war. Das Wagnis, Deutschland sechs Monate lang dem hause Ofterreich und einem vorwiegend bfferreichischen Ministerium ju überlaffen, erfolgreich, wenn Deutschland fich burch ben von Preugen gestatteten Berfuch von beffen Bergeblichfeit überzeugte, mar verringert megen ber fur Offers reich bestehenden Unmöglichkeit, dem Drange nach der Ginheit zu folgen, für welche Deutschland sich begeistert hatte. Das Magnis, einer ohne unmittelbare Bertretung der Regierungen tagenden Berfammlung in ihrem Gefetgebungebrange ju folgen und ihr ohne große Gefahr nicht widersprechen ju durfen, war verringert burch Die Fortschritte ber Gesetgebung in Dreugen, Die vieles in fich aufgenommen hatte und auf vieles vorbereitet war, was in anderen deutschen Ländern als völlige und möglicherweise unbequeme Neuerung auftreten mußte; es war verringert dadurch, daß wir hinsichtlich mancher und wichtiger unitarischen Bunsche als Ultras Unitarier an der Spige der Bewegung ftanden. Das perfonliche Birten des Vertreters ber Regierung und der Männer, die ihm als Gehilfen zur Seite fanden, konnte fich auf diefe natürlichen Berhaltniffe fingen. Es war ausführbar, einen politischen Grundgedanten flar und unverrudbar festzuhalten und in den vielfachen Schwins gungen einer an Ereignissen und an Wechseln überreichen Zeit jeden neuen Fall nach dem allgemeinen Plane zu beurteilen und zu behandeln, fo daß nie ein Schrift jurudjutun, fein Bort jurudjunehmen mar. Berden mir, mas die Bergangenheit und an Erfahrung und Lehren gebracht, was wir in ihr bewahrt und erworben, auf die in den Geburtswehen einer Umgestaltung der Weltlage befindliche Gegens wart anwenden tonnen? Ich meine, ja.

[8] Die hiefigen Beratungen find aus dem Reiche der Idee in das Reich der ernstesten, politischen Pravis hineingezogen. Der lange unerwartete Moment der Ablöfung Offerreichs ift in die Gegenwart getreten, und jedermann fühlt, daß die gleichzeitig zur Erörterung kommende Frage nach dem Oberhaupte des Bundes, ftaates mit ber Stellung Bfterreichs in ober ju Deutschland in entscheidendem Zusammenhange fieht. In den Varteien entfaltet fich eine leidenschaftliche Tätias feit; einzelne Rlubs find in der Gefahr fich ju fpalten; in dem Ministerium halt das öfterreichifche Element sich noch frampfhaft fest; der Gegenfabzwischen Nord und Sud wird angeregt; lebhafter noch ber Gegensab zwischen Ratholizismus und Protestans tismus; falfche Gerüchte jur Widerlegung offizieller Erflärungen werden auss gestreut; man sucht unnatürliche Allianzen zwischen ber außersten Rechten und ber Linken ju stiften; daneben sieht man die Fürsten in Deutschland reisen und läßt fich die Reden der Ronige berichten. Es ift erft der fcwache Beginn der großen Entwicklungsperiode, bei der wir angelangt find. Sie fann enden mit dem ganglichen Berfall aller feitherigen Bestrebungen; fie tann auch enden mit der Umgestaltung bes größten Teiles Deutschlands jum einheitlichen Bundesstaate unter Preugens Leitung. Unfer Weg inmitten der fich freuzenden Intereffen fann nach meiner Uns

sicht eben so einfach und gerade sein, wie der bisherige.

Bir muffen die natürliche Schwertraft wirten laffen und ihre Birtfamteit befördern. Nur Preußen vermag in Deutschland die Einheit zu schaffen; tein anderer Staat hat dazu Fähigteit, Kraft und Bedürfnis im gleichen Maße wie wir; es wird unvermeidlich unser Los sein, das letzte Bort zu reden; wir dürfen es erwarten. In der Zwischenzeit muffen wir teinen der Borteile unserer natürlichen Stellung aufgeben, mithin in teinem Falle die Initiative zu einer Bereindarung zwischen deutschen Regierungen nehmen, und wenn wir

gendtigt werden, auf Borfchlage ju antworten, barauf beharren, fie in einer folden Form vorzubringen, daß es nur noch der Zustimmung Preußens bedarf, und daß für den Fall diefer Zustimmung diejenige der andern im voraus gesichert ift. Wir muffen unter allen Umftanden, foweit möglich, den Borteil fefts balten, ben uns ber Einflug und die Macht der Nationalversamms lung ju Frantfurt bietet. Nachdem wir feche Monate hindurch mit eigener Sefahr, mit großer Selbswerleugnung und mit unendlicher Mube die Nationals versammlung als eine beinahe souverane Macht nicht anerkannt, aber jugelaffen haben; nachdem es uns mit aller Unftrengung und Borficht gelungen ift, weber mit ihr zu brechen, noch ihr zu widersprechen, noch ihr ein materielles Recht der Krone ju opfern, so wurden wir es vor der Geschichte und vor dem Lande nicht verants worten tonnen, wollten wir nunmehr ohne die volle Gewißheit eines großen Refule tats ber Berfammlung entgegentreten, ihre Macht gerftoren und auf bas Gewicht vergichten, welches ihre Entscheidung ju unferen Gunften und ju Gunften der deutschen Einheit in die Bagichale werfen wird, während wir uns fagen muffen, daß obne den mitwirtenden Ginfluß der Rationalversammlung, in völlig freier Bereinbarung eine Einigung in Deutschland nicht zustande kommen kann.

[9] Bahrend ich Vorstehendes niederschrieb, ist mir das Schreiben des Ministes riums der auswärtigen Angelegenheiten vom 9. Dezember' zugekommen, welches das Berhältnis Ofterreichs und das fünftige Neichsoberhaupt behandelt; zwei Punkte, über die ich mir noch einige Bemerkungen und Erwägungen erlauben will.

So febr ich damit einverstanden bin, daß Preußen nicht die Aufgabe hat Schritte ju tun, welche die Ausschließung Offerreichs aus Deutschland herbeiführen könnten, ebensosehr wird auch anzuerkennen sein, daß eine Ronstruktion, infolge deren das zum Bundesstaate umgebildete Deutschland mit Offerreich in einen engen, dem Staatens bunde analogen Berein trate, nicht als eine Ausschließung Offerreichs anzusehen mare, und daß, wenn Offerreich in den engeren Bund nicht eintreten fann oder will, Preugen berechtigt und verpflichtet ware, die Zumutung entschieden juruds gumeifen, beshalb auch feinerfeits auf einen engeren Bund mit bem übrigen Deutschland zu verzichten, sowie wir feinerzeit die Jumutung gurudgewiesen haben wurden, auf die Grundung des Bollvereins ju verzichten, weil Sfierreich in denfelben nicht eintreten wollte ober fonnte. — Über die gedachte Konstruktion hat das enge lifde Rabinett fich billigend geaußert, und von öfferreichifden Staatsmannern wird fie bevorwortet, wenngleich fich noch niemand an ben Berfuch ihrer Artifus lierung gewagt hat. Die offerreichische Regierung felbft aber ift weiter gegangen; benn ihrem Programm fann ohne gewaltsame Deutung fein anderer Sinn unters gelegt werden, als daß die offerreichische Regierung für den Kaiferstaat einschließlich ber beutschen Provingen bas Recht ber felbständigen Berjungung in Anfpruch nimmt, und bem übrigen Deutschland das Recht der felbständigen Berjüngung einräumt. Alls eines tatfachlichen Umftandes gedente ich beffen, daß bier viele in der für die Berjungungsperiode verheißenen Erfüllung ber Bundespflichten den Borbehalt argwohnen, nach Aberwindung Ungarns und nach Konfolidierung der inneren Berbaltniffe die Stiftung eines Bundesftaates ohne Ofterreich ju verhindern. Ich habe bagegen zu berichten, daß nach öffentlichen und vertraulichen Mitteilungen bie offerreichische Regierung in fo entschiedener Beife ben Beg ber Lossagung von Deutschland betritt, daß damit die Absicht, die Rechte Offerreichs an Deutschland ju mahren und geltend ju machen, ichwer vereinbar mare. Dabin gehörig führe ich Folgendes an: In der Antwort auf Die Interpellation wegen der Erfchießung Blums wird die Einführung des die Unverletlichfeit der Abgeordneten in Frankfurt ges mahrenden Gefetes geweigert, ohne einen Grund anguführen, weshalb das Gefet nicht bem Reichstage jur Genehmigung für das Bundesgebiet, wie die Bundespflicht

Bisber nicht befaunt.

erfordern würde, vorgelegt wird. Der öfferreichische Bevollmächtigte hat in diesen Lagen dem Reichsministerium angezeigt, daß Österreich einen Beitrag zur deutschen Marine nicht leisten will; er hat demselben gestern ferner anzeigen müssen, daß Österreich das Wechselgesetz nicht einführen wird. Endlich hat das Ministerium sich gegen den österreichischen Bevollmächtigten darüber ausgesprochen, daß es in Verhandlungen mit der Zentralgewalt über die künftige Stellung Österreichs zu Deutschland sich nicht einlassen will. (Ich bemerke beiläufig, daß Trauts mannsdorff diese Schritte kennt, da die lesten Depeschen an Menshengen unter

fliegendem Siegel über Berlin gefommen find.)

Wir haben bier die Notwendigkeit der Bereinigung Deutschlands mit Einschluß Offerreichs lange und standhaft verfochten. Auch hat es eine Zeit gegeben, wo der brobende Berluft Ungarns und Italiens für Offerreich die Möglichkeit des Eintritts in einen Bundesflagt unter Bedingungen in Aussicht fiellte, welche auch Preugen ben Cintritt möglich gemacht hatten. Nachdem aber Offerreich eine noch größere Kongentrierung erstrebt und mahrscheinlich erreicht, als fie im Raiferstaate vor 1848 bestand, ift beffen Gintritt in einen Bundesstaat eine absolute Unmöglichfeit geworden; es ift ihm fogar unmöglich geworden, ju dem alten Staatenbunde jurudjutehren, da die übrigen Glieder desfelben nicht abermals 33 Jahre lang auf die Ausübung der Rechte verzichten würden, welche ihnen der Bundesvertrag eins geräumt hatte. Preußen fann noch hoffen, daß ber fünftige Bundesstaat in ein enges Bundnis mit Offerreich trete, aber unfere Zufunft liegt auf einem Bege, ben Offerreich nicht mit uns geben fann. Praftisch haben wir uns, meines Ers achtens, in feinerlei Bereinbarung mit Ofterreich einzulaffen, Die Entwidelung bes notwendigen Ablöfungsprozesses abzuwarten, und hier bahin zu wirken, baß möglichst Schritte unterbleiben, welche einen Protest Offerreiche rechtfertigen können. Was augenblicklich beabsichtigt wird, erhellt aus dem nachfolgenden Antrage, den bas Ministerium an die Nationalversammlung richten will, an den fich der Eintritt D. von Gagerns in das Ministerium fnupfen foll, und der heute Abend in den Klubs besprochen werden wird.

"In Erwägung, daß nach der Natur der Berbindung Herreichs mit außerdeuts schen ländern und nach den vorliegenden Erklärungen der österreichischen Regierung der Eintritt der deutschöfterreichischen Provinzen in den deutschen Bundesstaat auf den Grund der von der deutschen Nationalversammlung angenommenen Bers

fassungsbestimmungen nicht erwartet werden fann;

In Erwägung, daß das österreichische Ministerium die Ansicht feierlich ausges sprochen hat, es sein die Verfassung Deutschlands und des österreichischen Raisersstaates unabhängig voneinander zu begründen, und erst nachdem beide Staatenstomplere feste Gestalt gewonnen, die Bedingungen des Anschlusses zu verabreden;

In Erwägung jedoch, daß zwar die Berfassung des deutschen Bundesstaates nicht aufgehalten werden darf, daß aber eine gänzlich getrennte Feststellung beider Berfassungen ohne Berständigung über die möglichen Grundlagen des fünftigen Berbandes Offerreichs mit Deutschland diesen Berband selbst und mit ihm die höchsten Interessen der ganzen Nation gefährden könnte;

In Erwägung ferner, daß ein Anlaß jur Berständigung mit Offerreich auch in ber unabweisbaren Notwendigfeit liegt, den Umfang jener Bundespflichten naher zu bestimmen, ju deren Erfüllung Offerreich auch in ben gegenwärtigen Berhälts

nissen sich bereit erklärt hat:

In Erwägung, daß Beratungen mit der öfferreichischen Regierung in den ers wähnten Beziehungen zwedmäßig nur durch die Zentralgewalt gepflogen werden können, das Geseh vom 28. Juni d. J. diesen Fall aber nicht vorgesehen hat;

<sup>1</sup> Graf Trautmannsborff mar ber öfferreichifche Gefanbte in Berlin, Frhr. v. Menss bengen Offerreichs Bevollmächtigter bei ber Zentralgewalt.

beantragt das Reichsministerium bei der Nationalversammlung die Ermächtigung für die provisorische Zentralgewalt, mit der österreichischen Regierung in Bershandlungen zum Zwecke vorbereitender Berständigung über die möglichen Grundslagen der fünftigen Berbindung Österreichs mit Deutschland einzutreten."

[10] In Beziehung auf bas Reichsoberhaupt haben wir feit dem Monat Mai diefes Jahres uns fur das Direktorium von dreien geaußert, und fpater ben beut; ichen Regierungen in unzweideutigster Beife es nabe gelegt, ihre hiefigen Bevolls mächtigten mit Inftruttion jum Berfuche einer Bereinbarung ju verfeben. Schon bei ben in einer Bersammlung der deutschen Bevollmächtigten gemachten Außes rungen, worüber ich am 8. September berichtete" und womit die Ronigliche Res gierung fich unterm 12. September völlig einverstanden erflarte2, hatte ich barauf bingewiesen, daß Preugens Stellung und Forderung flar, und daß es die Aufgabe der mittleren und fleineren Staaten fei, fich unter fich über zu machende Borfcblage ju einigen. In fpaterer Zeit, als nach gludlich bestandenem Rampfe über ben Male moer Baffenftillftand die Bage febr jugunften Dreugens fich neigte, bat G. M. der Ronig von Banern fich unmittelbar an ben bamaligen Minifter ber auswärtigen Angelegenheiten, Grafen von Donhoff, gewandt und ift von diefem geradezu auf: gefordert worden den hiefigen banerifden Bevollmächtigten mit Inftruftion vers feben gu laffen. Alles hat feinen Erfolg gehabt, auch der lette von mir gemachte Schritt nicht, aus dem die Konigliche Sannoveriche Regierung Beranlaffung gu einer Anfrage in Berlin genommen hat. Alls nämlich in der zweiten Salfte des Monats November hier großer Zweifel fiber den Ausgang der Bewegung in Breugen bestand, hielt ich es angemeffen den Bevollmächtigten von Sannover und Sachsen, mit dem Unbeimftellen der weiteren Mitteilung an diejenigen von Bapern und Burttemberg, folgendes ju außern: Die Beratung über das Reichsoberhaupt nahe mit rafchen Schritten heran; ich fei noch immer der im September vorgetragenen Meinung, daß die Nationalversammlung eine Berabredung der Regierungen ober ber wichtigften Regierungen annehmen werbe: Preugens Stellung fei flar: es atzeptiere feine Berfaffung, in beren erefutiver Gewalt nicht Ge. Majeftat ber Ronig Sit habe; die Forderung, alleiniges Oberhaupt ju werden, stelle es nicht auf; auch Preugens Ginfluß, hier einen nachteiligen Befchluß ju verhindern, fei ges sichert; wenn ich mich nicht sehr täusche (es war am 20. ober 21. November), so bereite fich in Preugen ein großer Umschwung ber Stimmung vor, und in gebn Tagen tonne die Regierung ftarter fein, als fie feit Mary gewesen; eine Initiative fonne von und nicht genommen werden, fle fonne aber von Bayern, Bürttemberg, Sannover und Sachsen in ber Art ausgeben, bag von diefen Regierungen, nachdem fle fich geeinigt, und ein gemeinschaftlicher Borfchlag gemacht werde; ich glaube eine foliefliche Pflicht ju erfüllen, indem ich fie auf die Lage aufmertfam mache, benn mas geschehen werde, wenn vor dem Beschlusse der Nationalversammlung eine Ginigung ber Regierungen nicht juffande fomme, und wenn bann eine große Mehrheit der Krone Preußen allein das Regiment antrage, das vermoge nies mand, auch die Regierung nicht, im voraus ju bestimmen. Außer baß der banerifche Bevollmächtigte mir fpater vorfchlug, ich moge eine Befprechung ber fünf Bevollmächtigten veranlaffen und leiten, mas meiner Abficht geradezu ents gegenlief, ift auch bierauf nichts weiter erfolgt, und follte unerwarteterweise bars auf jurudgetommen werden, fo werde ich noch ftrenger als früher die Produttion eines gemeinschaftlichen Borfchlages fordern, und wenn er erfolgt, prajudigierlicher Außerungen mich enthaltend, darüber berichten.

Rach biefen Borgangen wird uns niemals mit Grund ber Borwurf gemacht

Bieber nicht befannt.

Der Antrag wurde in wesentlich veranderter Form am 18. Dez. in der Nationals versammlung eingebracht, gedt. auch Noth u. Merd 2, 74.

werben fonnen, bag wir nicht ben beutschen Regierungen rechtzeitig die Sande gur Berftändigung bargeboten haben, und wir wurden es vielleicht gerechtfertigt halten burfen, in dem jest fo weit vorgerudten Stadium das Abwarten der Meinungs; äußerung der Nationalversammlung zu empfehlen. Inzwischen scheint es mir nicht bedenklich, fich ferner in dem Sinne ju außern, daß Preugen auf gemeinschaftlich gemachte Vorschläge in Unterhandlung einzugehen geneigt sei. Daß sie gemacht werden, daß die übrigen deutschen Regierungen fich einigen, liegt freilich außerhalb der Mabricheinlichkeit; aber wenn fie gemacht wurden, und Preugen fich damit eins verstanden erklären konnte, dann und nur dann wurde der Fall da fein, wo der Nationalversammlung gegenüber aufzutreten, nötigenfalls ihr entgegenzutreten ware. Die Forderung eines gemeinschaftlichen Borfchlages ift auch an fich gerecht und billig: Ohne Offerreich mare Preugen die Salfte des Bundesstaates, und es ift nur naturlich, wenn die Krone Preugen auf die Antrage einzelner antwortet: 3ch frage die andere Sälfte, mas fle mir bietet? Unter jeder Boraussehung icheint auf eine Bereinbarung gegenwärtig nicht eingegangen ju werden fonnen, als insofern fie die Wirfung haben foll und wird, fofort auf friedlichem Bege den Bundesstaat vermöge der Ubereinstimmung der Regierungen mit Sicherheit zu begründen.

Der Plan eines Direftoriums von breien hat hier das Terrain, was ihm ges wonnen war, beinahe vollständig verloren, und es ift allerdings jedermann begreifs lich, daß mit einem einzigen Dberhaupte beffer die Ginheit barguftellen und leichter zu regieren ist. Man darf aber nicht vergessen, daß die Frage so stand, ob ein einziges Dberhaupt ohne ernstlichen Zusammenstoß, ohne Baffengestalt, ohne europäischen Rrieg, ju erlangen, und ob, wenn dies ju verneinen fei, man lieber auf die Einigung verzichten, als die unvollfommene Ginrichtung einer Trias annehmen wolle. Wefentlich hat fich der Stand der Frage noch immer nicht geändert und andernteils durften die Schwierigfeiten der Ausführung in der Borstellung größer ausgemalt werden, als fie in der Birflichfeit unleugbar find. Der Gegenftand hat für den Lag tein vorwiegendes Interesse und ich unterlasse daber, meine Unsichten über die für und etwa annehmbare Form ju entwideln, bin jedoch bereit, wenn es irgend Bert haben follte, diefelben niederzuschreiben. Wie man aber auch über den endlichen Ausgang denke, es scheint selbst unter der Annahme, daß die Trias das Ende fein werde, rätlich, den Ausspruch der Nationalversammlung abzuwarten, ber, wenn er für Ginheit ausfällt, jedenfalls die Wirtung haben mußte, die Bers handlungen über eine andere Form zu erleichtern und manche Ansprüche zu ers mäßigen. Daß bier gegenwärtig die Stimmung vorherrichend für ein einziges Oberhaupt und für die Ubertragung der Burde auf Preugen fich ausspricht, ift einem hohen Staatsministerium befannt. Die Vorarbeit einer Fraktion, welche fich im Augsburger hofe versammelt, schließe ich ergebenst bei; in der weiter nach der Linten gehenden Frattion des Bürttemberger hofes hat fich gestern abend bie überwiegende Majorität ebenfalls für Einheit, Erblichkeit und Preußen erklart. Mahrscheinlichkeit ift sonach vorhanden, daß die Majorität für Preußen stimmen werbe. Doch ift dies bei den wechselnden Ereigniffen und Stimmungen und bei der Tätigfeit ber Gegner feineswegs als ausgemacht anzusehen. Alle Mittel werden benubt, unter ihnen vielfach auch das, die Weigerung Gr. Majestät des Königs als mit Entschiedenheit ausgesprochen, ju berichten. Meines Erachtens werden die Rate der Krone Gr. Majestät empfehlen durfen, die Ereignisse fommen gu lassen. Spricht die Nationalversammlung sich für die Erblichkeit der Burde des Obers hauptes im hause hohenzollern aus, so wird es sich zeigen, welche deutsche Res gierung Widerspruch gegen eine Berfammlung erheben wird, die bisher in vielen Fällen durch die allgemeine Meinung Deutschlands getragen und unwiderstehlich war; es wird fich ferner zeigen, ob und wie viele deutsche Bundesfürsten ihre freie Zustimmung entgegen zu bringen sich beeilen, und Se. Majestät der König werden aledann denjenigen Enischluß fassen können, wozu Sie die Motive in Ihrem bergen,

in bem Ruhm des hauses hohenzollern, in bem historischen Berufe Preugens, in bem Berlangen bes Landes und in ben hoffnungen Deutschlands finden werben.

Wein Bericht hat wider Willen eine unbequeme Länge erreicht; sein Schluß ift furz zu fassen, da ich feine Anträge zu stellen habe. Nahe dem Ende werden die Berhandlungen mehr und mehr nach Berlin gedrängt: Ich hoffe und wünsche, es werde dort nichts geschehen, wodurch ohne vollständige Gegenleistung die Borteile gefährdet wären, welche wir unter schweren Kämpfen und Widerwärtigsteiten teils erhalten, teils erworben haben.

## 32. Camphaufen an Bulow. Eigenbb. Kongept.

Frankfurt 1848. Dezember 14.

Berzeihen Sie die Breite des Striptums, das ich Ihnen heute abend an das Staatsministerium zusandte. Ich hosse, man findet darin einigen Stoff, etwas mehr Ruhe und Zurüchaltung zu empfehlen. Es regnet hier von Leuten, die das Ohr des Königs haben oder haben sollen, und die seine Worte in den Klubs und Wirtshäusern herumtragen. Der Vertraute Radowith predigt den Turnus; der Vertraute Walter predigt Osterreich; der Vertraute Boddien und der Komsmerzien rat Carl predigen, ich weiß nicht was. Bassermann und Gagern sind nicht indiskret gewesen.

Benn Österreich nicht denkt: "Arbeitet nur ruhig fort, Ihr werdet doch nicht einig," so möchte man versucht sein zu glauben, daß es endlich eine offene, rechtliche und billige Politik angenommen habe. Schmerling schreibt Briefe über Briefe an Stadion und erhält, wie es scheint, keine Antwort. An Menshengen, der über die hiesigen Urteile berichtet und dem Fürsten Schwarzenberg gesagt hat, daß er in Frankfurt nur vier Menschen finde, welche das össerreichische Ministerium billigen, ist zur Antwort das Gesuch gerichtet worden, er möge sich doch nur beruhigen."....

# 33. Bulow an Camphanfen. Eigenho. Driginal. Auszug Cafpary 270.

Berlin 1848. Dezember 14.

..... hergenhahn ist heute nach Nassau abgereift, wo er dringend begehrt wurde. Simson hat mich noch nicht weiter interpelliert. Mit Schäffer haben wir das Prototoll über die Demarkationslinie unterzeichnet, und in diesem Punkte ist alles in schönster Ordnung und harmonie.....

preußischen Partei in Frankfurt jest alles möglich sei, daß sie aber aller Direktion von seiten ihrer Regierung entbehrten; sie wollten wissen, wohin lettere wolle, und

wie fie dazu mitwirten follten.

Dies Gefchrei ift fo alt als das Parlament felbft, und Erfahrung lehrt, daß wenn

man den Leuten Direktion ju geben versucht, fie nie danach handeln.

Man hat mir heute die Borarbeit der Kommiffion des Augsburger hofes über bie Oberhauptsfrage mitgeteilt, welches auf einen erblichen Kaifer mit Sig in Erfurt hinausgeht. — Ich halte alle diese Ideen für unausführbar, und kann mich nicht überzeugen, daß auf diesem Wege Kaifer gemacht werden konnen.

1 Mr. 31.

" Personalien.

<sup>2</sup> Dier folgten ursprünglich noch folgende durchstrichene Worte: "Ich bitte Sie, von der hendt von mir ju grußen; er muß helfen, daß uns das Spiel nicht verdorben wird, und er tann es." Dann wird noch über die Bunfensche Angelegenheit (f. Ar. 29) gesprochen. Ebenso in einem weiteren Schreiben Camphausens vom 15. Dez.

<sup>4</sup> Aus Camphaufens Antwort vom 16. Des. f. die von ber deutschen Frage handelns ben Stellen bei Cafpary 271 (mit falfchem Datum 25. Des.).

hier nichts Neues. In Schleswig-holstein sind die Unordnungen zwar beseitigt, und die gesunde Vernunft fängt auch dort an start zu reagieren, aber es ist große Demoralisation zurückgeblieben. Die Regierung hat sich schwach benommen, und durch Kasserung des ersten Kriegsrechts einen großen Fehler begangen. General Bonin hat abgedankt. Vielleicht bewegt man ihn von hier aus zu bleiben. Daß die preußischen Offiziere nicht abgerufen werden, habe ich vermittelt.

PS. Die württembergischen und badenschen Truppen haben sich in Rendsburg febr aut benommen; aber in die schleswigsholsteinischen ist nicht der geringste milis

tärische Sinn hineinzubringen.

34. Preußisches Memorandum für Dierreich. Ropie mit eigenhd. Korretturen des Grafen Balom.

Ben. v. Spbel 1, 269. 1848, Dezember 19.

Die Regierung S.M. des Königs ist auf innigste von der Überzeugung durche drungen, daß ein enges Einverständnis zwischen Preußen und Österreich die Bes dingung für das Heil des gesamten Deutschlands sei, und daß ein Mangel desselben das Vaterland mit den ernstesten Gefahren bedrohe. Sie hat diese Gesinnung durch ihre letzten Schritte betätigt, und freut sich, dieselbe durch das ksl. dierreichische

Rabinett anerkannt und mit gleichem Bertrauen erwidert ju feben.

Sie freut fich um fo mehr, in ben wesentlichsten Puntten mit ber tfl. ofters reichischen Regierung fich schon im Einverständnis zu befinden. Go stimmt fie namentlich darin mit berfelben volltommen überein, daß die preußische so wenig wie andere beutsche Regierungen fich eine Berfaffung Deutschlands von der Frants furter Nationalversammlung einseitig aufdringen oder gleichsam oftropieren laffen, fondern daß die neue Gestaltung Deutschlands nur auf dem Bege der Bereins barung justande tommen konne und durfe, wenn sie irgendwelche Aussicht auf eine den Augenblick überlebende Dauer und auf eine wahrhaft dem Seile Deutschlands förberliche Wirtfamteit darbieten folle; ferner darin, daß eine Rraftigung ber eigents lichen Bundesgewalt durch eine mit hinreichenden Bollmachten ausgestattete Erefus tive bringendes Bedürfnis Deutschlands sei; daß eine Konzentrierung der Defensivs frafte bes Bundes sowohl als die tunlichste Berschmelzung der materiellen Inters effen ber beutschen Stämme und Staaten burch gute organische Einrichtungen anguffreben fei; endlich auch darin, daß bis jur Erreichung bes Definitivums ber einzig dermalen bundesgesetlich bestehende hüter und Wahrer des Friedens in Deutschland, nämlich ber an die Stelle bes Bunbestages getretene Reichsverwefer mit seinem die Erekutivgewalt des Bundes bildenden Ministerium, für die Zeit des Proviforiums fowohl möglichst zu stüßen und zu fraftigen, als eben badurch auch auf die rechten Wege zu leiten und zu erhalten fei.

Bie biefe Aufgaben praftifch ju erreichen feien, wird die nachste Aufgabe ber Berftandigung fein muffen, welche mit Ofterreich fowohl, wie mit den anderen

größeren deutschen Staaten, zu erzielen Preußen gern die hand bietet.

Die erste Frage muß bemnach sein, auf welchem Wege die anerkannt erforderliche Bereindarung zu erreichen sei? Es handelt sich dabei um eine Vereindarung sowohl der Regierungen untereinander, als derselben mit der in Frankfurt tagenden Bersammlung. Diese auf geseslichem Wege durch die Regierungen selbst berusene Bersammlung, welche, wenn auch nicht in absoluter Weise, doch in eminentem Grade die Interessen, die Wünsche und die Stimmung, die Bedürfnisse, und daher in vielen Punkten die berechtigten Forderungen des deutschen Bolkes in seiner Gessamtheit vertritt, hat ein unleugbares Recht darauf, daß die Regierungen sich mit ihr zu verständigen suchen. Wenngleich dieselbe ihr Mandat überschritten und eine

<sup>1</sup> Diese find gesperrt gedrudt und die ursprünglichen Fassungen in ben Unmertungen mitgeteilt.

ausschließliche Berechtigung zur Feststellung der Berfassung in Anspruch genommen hat, so erscheint es doch keineswegs unmöglich, mit derselben noch jest zu einer Berständigung und wirklichen Bereinbarung zu gelangen, sofern nur die geeigneten

Organe dazu geschaffen werden.

Es dürfte sicherer und ruhiger jum Ziele führen, diesen Weg der Bereinbarung schon jeht zu betreten, als den andern einzuschlagen, nach welchem man die Beresammlung das Verfassungswert nach ihrem Sinne vollenden ließe, nach der Bolle endung aber derfelben seitens der Regierungen eine positive Verwerfung und zusgleich einen anderen, zwischen den Regierungen vereinbarten Entwurf entgegenstellte.

Es wurde diese Behandlung der Sache voraussichtlich zu einer Krisis führen, welche den gänzlichen Umsturz der bestehenden Berhältnisse, wenigstens in einem großen Leile Deutschlands, zur Folge haben und die Eristenz mancher Staaten gefährden könnte, welche nicht Stärke genug haben würden, einem so gewaltigen

Stoße zu widerstehen.

Es barf babei nicht übersehen werden, daß es jest an allen Mitteln fehlt, burch bie Zentralgewalt, welche nicht leitet, sondern von der Versammlung dominiert

wird, auf den Gang ber Dinge bestimmend einzuwirken.

Dagegen stimmen alle Nachrichten über den Stand der Meinungen in Frankfurt dahin überein, daß ein großer Leil der Versammlung selbst täglich mehr das Bes dürfnis empfindet, in den Weg der Vereindarung einzulenken, und es ist alle Hoffsnung vorhanden, daß man eine schonende und versöhnliche Jnitiative von seiten der

Regierungen nicht jurudstoßen werde.

Solche Berhandlungen zwischen den Regierungen und der Nationalversammlung sind bisher hauptsächlich durch den zum Teil von den Regierungen selbst verschuldeten Mangel der Organe und durch die unvollfommene Organissierung der provissorischen Zentralgewalt, welche von allem Einfluß auf die Beratung der Berschungsfragen ausgeschlossen gewesen, unmöglich geworden. Es scheint daher zunächst darauf anzukommen, das Provisorium vorläusig so zu organissieren, daß dasselbe die Mittel darbiete, um seitens der Regierungen mit der Berssammlung in Berbindung zu treten und so den Übergang zu einer gesetzlichen Fesissellung des Definitivums zu finden.

Die Mittel dazu wurden nach der Unficht der Rgl. Regierung in folgenden Gins

richtungen gefunden werben:

1. Die unverzügliche Bildung eines provisorischen Staatenhauses, welches als zweite Instanz der Beratungen über die Verfassung neben die Nationalversammelung gestellt würde. Dasselbe würde aus Abgeordneten der Regierungen, deren Zahl sich nach der Bevölkerung der einzelnen zum Bunde gehörenden Staaten bestimmen würde, zu bilden sein. Die Gesantzahl der Mitglieder dieses Hauses würde, da es nur die Abgeordneten der Regierungen enthielte, und das aus Wahlen der Landesvertretungen hervorgehende Element wegbliebe, auf die Hälfte der Zahl, welche der Entwurf der Nationalversammelung angenommen hat, also etwa auf 90 festzustellen sein.

Dieses haus, in welchem die Staaten als organische Sanze ihre Vertretung, und in welcher die eigentümlichen Interessen berselben gegen die der Gesamtheit ihre Ausgleichung fänden, wurde zunächst den von der Nationalversammlung ausgehenden Verfassungsentwurf prüsen und beraten, und geeignet sein, soe wohl den allgemeinen deutschen, als den besonderen Interessen die

gebührende Berudfichtigung ju fichern.

2. Reben die Zentralgewalt wurde dagegen icon mabrend des Provisoriums ein Fürstentollegium aus den bedeutenderen Staaten Deutschlands, d. h. gunachft

Die Sefamtjahl ber Mitglieder biefes Saufes wurde auf (Lude) festjustellen fein.
und babei zweifelsohne ben allfeitigen Intereffen hinreichend Rechnung tragen.

aus den königlichen souveränen häusern, zu stellen sein, in welchem die Fürsten durch sie persönlich vertretende Delegierte zu erscheinen hätten. Daß in Verbindung mit diesem Fürstenkollegium der Zentralgewalt alsdann ein leitender Einstuß auch auf die Verfassungsberatungen in beiden häusern einzuräumen wäre, liegt in der Ratur der Sache und würde entschieden in Anspruch zu nehmen sein.

Zugleich würde durch ein foldes Fürstenkollegium neben dem Reichsverweser ben anderen beiden Erfordernissen genügt, in deren Dringlickeit wir mit dem österereichischen Promemoria vollkommen übereinstimmen, daß die jetige Zentralgewalt auch während des Provisoriums zur Erhaltung des inneren Friedens von Deutsche land gekräftigt und zugleich innerhalb der Grenzen ihrer Kompetenz auf dem rechten

Wege erhalten würde.

genommen zu werden.

Dieser Vorschlag scheint demnach die verschiedensten Borteile nach mehreren Seiten hin zu vereinigen. Er hält sich streng auf dem Boden des Rechts, welchen die Fürsten selbst durch das Eingehen auf die Vereinbarung betreten haben; er bietet die geeigneten Organe zu dieser Vereinbarung, sowohl den Regierungen untereinander, als mit der Nation im ganzen dar; er enthält hinreichende Bürgsschaften, daß alle Interessen vollständig berücksichtigt und gewahrt werden; und was gewiß nicht der mindest praktische Moment ist — er bietet die Aussicht, wenigsstens die Möglichkeit, dar, in Frankfurt von der Versammlung auf friedlichem Wege und ohne Ablösung anderer Elemente als der entschieden revolutionären, ans

Der geeignete Zeitpunft, um mit einem folden Borfdlage gegenüber ber Franks furter Bersammlung hervorzutreten, wurde nach dem Dafürhalten der Rgl. Res gierung derjenige fein, wo die erfte Lefung des Berfaffungsentwurfs in Frankfurt beendigt fein wird. Es ift alsdann notwendig, daß die Regierungen fich erflären, und zugleich wird es erft bann möglich fein, mit einiger Rlarheit zu überfehen, welche Dispositionen in Frankfurt vorherrschen, und wieweit dieselben von der allgemeinen Meinung in Deutschland getragen werden möchten. Es wird indes weder unmöglich noch überflüffig fein, falls diefer Borfchlag die Approbation der befreundeten Regierungen finden follte, icon jest in Frankfurt vorbereitend in diefem Sinne wirten ju laffen, da es fich nicht vertennen läßt, daß gunftige Dispos stionen in dieser Richtung wenigstens bei einem Teile der Versammlung und in der Zentralgewalt felbst vorhanden find. Wir wollen und nicht die Möglichfeit vers hehlen, daß auch dieser Vorschlag durch eine leidenschaftliche Opposition zunichte gemacht werden konnte; aber wenigstens werden dann die Regierungen fich und der Welt sagen können, daß fie alles getan, was in ihren Kräften ftand, um auf dem friedlichen Wege der Berständigung eine dem Bedürfnis des Bolts genügende, praftifche und mahrhafte Einheit Deutschlands ju erzielen, und ein gegründeter Borwurf wird alsbann nicht fie, fondern nur ihre Gegner treffen fonnen.

Sollte dieser Borschlag die Zustimmung der til. österreichischen Regierung finden, so würde es alsdann an der Zeit sein, sich auf vertraulichem Wege des Einverständenisses der übrigen königlichen Sofe Deutschlands zu versichern, damit zu dem oben angedeuteten Zeitpunkte die Bevollmächtigten derselben mit übereinstimmenden Instruktionen versehen sein können, um gemeinschaftlich in Frankfurt die bes

treffenden Erflärungen seitens ihrer hofe abzugeben.

Wenn auf diese Beise die Organe ber Berffandigung und Bereinbarung gesichaffen und mit den Bedingungen, unter welchen die Neugestaltung Deutschlands

<sup>1</sup> die Fürsten entweder perfonlich oder durch sie vertretende Delegierte mit bestimmten Instruttionen.

I liegt in der Natur der Dinge und wurde daher mohl feinen großen Schwierigfeiten unterworfen fein.

auf rechtliche und gesetzliche Weise zustande kommen kann, zugleich die Mittel ges geben sind, alle Interessen und Rechte auf würdige Weise zu vertreten und zu bes friedigen, so wird es möglich sein, der künstigen Versassung Deutschlands eine dauerhafte und dem Gemeinwohl wahrhaft förderliche Grundlage zu geben.

Bas diese lettere, über deren einfache Erundzüge eine Berständigung schon jett einzuleiten munschenswert ist, betrifft, so ist die Kgl. Regierung in den wesents lichsten Puntten mit der k. österreichischen einverstanden. Auch sie geht von der Ansicht aus, daß die Reugestaltung sich an den in seinem Wesen keineswegs aufzgehobenen deutschen Bund anschließen musse, und daß die Teilnahme Österreichs eine Beibehaltung der wesentlichen Verhältnisse des Staatenbundes bedinge. Es wird nicht nötig sein, auf die Feststellung der Unterschiede von Staatenbund und Bundesstaat einzugehen, da eine Diskusson über diese in dem verschiedens artigsten Sinne gebranchten Bezeichnungen zunächt wohl nur eine müßige Terminologie betreffen wärde, und man auch diesseits vollständig die in dem Memorandum ausgesprochene Ansicht teilt, daß der neue Bund fortan kräftiger gebaut und insbesondere kräftiger gehandhabt werden müsse, als es früher geschen; dies praktische Berhältnis ist am Ende daß, woraus es im wesentlichen antommt.

Benn die Denkschrift daher zu diesem Zwede annimmt, daß die oberste Leitung des Bundes einer start zu organisserenden und mit ausgedehnten Besugnissen zu versehenden Erekutivgewalt zu übertragen sei, so ist die Kgl. Regierung damit vollständig einverstanden. Die Urt, wie diese Erekutivgewalt zu organisseren sei, ob für dieselbe, wie vorgeschlagen worden, ein zusammengesetztes Direktosrium einzurichten², oder eine einheitliche Oberleitung, welcher die nötigen Moderamina, sowohl als Garantien für die einzelnen Staaten, als zur Kräftigung für die oberste Landesbehörde selbst, zur Seite zu siellen wären, glaubt sie als eine offene Frage behandeln und der näheren Verständigung und der weiteren Ents

widelung auf dem eben bezeichneten Bege vorbehalten ju muffen.

Nicht minder ift fie damit einverstanden, daß dieser Erekutivgewalt ein repräsens tatives Element gegenüberzustellen ware. Sie halt auch für die definitive Gestaltung ein Staatenhaus, dessen Mitglieder von den einzelnen Regierungen zu ernennen

fein burften, für angemeffen.

Dagegen kann die tgl. Regierung nicht umbin, es als ihre entschiedene Abers zeugung auszusprechen, daß' neben dem Staatenhause auch eine aus alls gemeinen Wahlen hervorgegangene Repräsentation werde bestehen müssen, in welcher die Gesamtheit aller deutschen Boltsstämme ihre Vertretung findet. Die öffentliche Stimme in Deutschland wird sich ohne eine solche Volksvertretung nicht befriedigen lassen; die Zuziehung einzelner aus Wahl hervorgegangener Elemente zu dem aus den Abgeordneten der Fürsten ges bildeten Körper, wie sie das Memorandum andeutet, würde den Forderungen ders selben kein Genüge tun.

Benn diese Grundzüge festgestellt sind, so wird sich die praktische Wirksamkeit des Bundes — auch darin ist man mit dem Memorandum einverstanden — haupts sächlich dadurch bewähren müssen, daß durch gute organische Einrichtungen für die tunlichste Berschmelzung der materiellen Interessen der deutschen Stämme und Staaten, für die Konzentrierung der Defensionsträfte des Bundes, endlich für alles, was unter den Deutschen aller Stämme das Gefühl der Gemeinsamkeit zu

erhalten geeignet fein fann, Gorge getragen werbe.

nod wenig entwidelten Begriffe.

Beife Erlas einzurichten oder eine in festgestellter Beife mechfelnde Dberleitung.

<sup>\*</sup> daß neben bem Staatenhaufe auch ein Boltshaus werde bestehen muffen, welches in seiner aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Zusammensehung die Gesamtheit des beutschen Boltes repräsentiere.

Das Gefühl der Gemeinsamkeit hat fich unter den Deutschen so ftark und in solcher Allgemeinheit ausgesprochen, und dringt mit solchem Ernst namentlich auf die Bers schmelzung der materiellen Interessen, daß es zum Leil für die Staaten Deutsche lands eine Lebensfrage geworden ift, demfelben die Befriedigung nicht gu verfagen. Die Gemeinschaftlichkeit des Zollwefens, des Sandels, und Bechfelrechts, die Eins beit in Munge, Dag und Gewicht, in den Mitteln für den allgemeinen Berfehr, und in möglichster Abereinstimmung in ber allgemeinen Gefengebung find, neben mandem anderen für einen großen Teil Deutschlands bringendes Bedürfnis ges worden, und werden fo unabweislich gefordert, daß dies einer ber wesentlichsten Puntte fein muß, auf welche ber Bund fortan fein Augenmert ju richten haben wird. Ebenso haben gerade die letten Zeiten berausgestellt, wie notwendig eine größere Rongentrierung und badurch ju erreichende Kräftigung der beutschen Behrvers faffung ift: und wenngleich auch hierin gewisse Grengen nicht überschritten werden burfen, um die Gelbständigfeit berjenigen Regierungen ju mahren, welche ber Große ihrer Länder nach überhaupt einen Unfpruch barauf haben fonnen, als felbständige Körper in der heeresverfaffung dagufteben, fo durfte doch eine eingreifende Organis sterung des gefamten deutschen heerwesens unabweislich erscheinen. Dabei ift wohl taum in Abrede zu stellen, daß einzelne deutsche Staaten fich in einem Zustande befinden, der die Gefahren der Anarchie in nabe drohende Aussicht fiellt, fofern nicht gerade burch ein engeres Bufammengieben des Bundesverhaltniffes biefe Gefahr abgewehrt wird. Das Streben nach einer ffarteren beutschen Einheit ift in einem großen Leile Deutschlands gerade durch die Befürchtungen vor dem drobens den Ausbruch der Republik begründet.

Auf der anderen Seite läßt sich nicht verkennen, wie wohlbegründet die Schwierigs keiten sind, welche das Memorandum bei einer Beteiligung Osterreichs an diesen Bestrebungen zu einer größeren und einigeren Berbindung und Durchdringung der deutschen Interessen hervorhebt. Das Streben der größten Mehrzahl der Beswohner der österreichischen Monarchie nach Konstituierung eines einheitlichen und durch seine Einheit gekräftigten Staates muß als ein ebenso berechtigtes anerkannt werden, als das Streben nach einer deutschen Einigung, und es wird gern zusgegeben, daß die österreichische Regierung dieser össentlichen Meinung Rechnung zu tragen nicht umhin kann. Es liegt daher in der Natur der Sache, daß Osterreich nur die zu einer gewissen Grenze auf die eben bezeichnete Gemeinsamkeit der matesriellen Beziehungen und Interessen eingehen kann, und schwerlich in dem vollen Maße, wie es für das übrige Deutschland unabweisliches Bedürfnis ist; und Deutschland kann von Isterreich nicht fordern, daß es seine deutschen Provinzen virtuell in ihrer Gesetzebung und Verwaltung von der hiersüre unzertrennlichen

Gemeinschaft mit ihren außerdeutschen Staatsgenoffen loslofe.

Benn daher für die allgemeinen Berhältnisse Deutschlands und die Stellung Herreichs innerhalb des letzteren nur ein dem bisherigen Staatenbunde analoges Berhältnis maßgebend bleiben kann, so scheint doch nichts im Wege zu stehen, daß das übrige Deutschland in dem Gefühle jener Bedürfnisse sie niemem engeren Berbande konsolidiere, und seine Angelegenheiten in einer Weise ordne, welche diesen Bedürfnissen und den Forderungen der öffentlichen Stimme entspricht. Zu einem solchen engeren Berbande die Hand zu bieten, würde Preußen in Kücksicht auf die wichtigen dabei in Betracht kommenden Interessen Deutschlands nicht allein sich nicht entziehen können, sondern es würde für Pflicht halten müssen, der gedeitzlichen Entwickelung desselben, selbst mit Opfern von seiner Seite, seine Kräfte zu widmen. Die kgl. Regierung zweiselt auch nicht daran, daß sich dei weiterer Berzständigung, sobald dieselbe einmal in der früher bezeichneten Weise in den rechten Weg geleitet sein wird, die Formel sinden lassen werde, unter welcher das Verhältznis dieses engeren zu dem weiteren Bundesverbande auf eine beiden Teilen gleich sörderliche Weise aeordnet werden könne.

# 35. Erlaß an Camphaufen. Ropie.

Berlin 1848. Dezember 23.

Der Eintritt des Freiheren von Sagern in das Neichsministerium als Präsident desselben, zusammenfallend mit der Sinleitung zu Verständigungen mit Österreich und mit den in nächster Aussicht stehenden Beratungen über die künftige definitive Zentralgewalt Deutschlands, bezeichnet vielleicht ein neues Stadium in der Ente wickelung der in Frankfurt konzentrierten Bestrebungen für die Sinigung Deutschlands. Zugleich mehren sich von allen Seiten die Anforderungen der deutschen Sinigestaten zu einer vorgängigen Verständigung der Regierungen untereinander, zum Teil auf eine Weise, welche die Tätigkeit der Nationalversammlung ganz beiseite zu schieben drohen würde.

Die Versammlung selbst ist schon in den Vorberatungen ihrer Ausschüffe in der letten Zeit in ein Schwanken und eine Unsicherheit, ja man kann sagen, eine Zerzissenheit geraten, welche sich freilich voraussehen ließ, welche aber, wenn dieselben Beratungen vor das Plenum der Versammlung kommen, nur noch größer zu werden droht. Dagegen läßt sich auch nicht verkennen, daß wenigstens in einem großen Leile der Versammlung jest mehr als je das Bedürfnis gefühlt wird, festere Anhaltspunkte zu gewinnen, und daß dadurch bei vielen die Neigung geweckt

ift, mehr als früher mit den Regierungen zusammenzugehen.

Unter diesen veränderten Umständen durfte es vielleicht an der Zeit sein, aus der rein abwartenden Stellung, welche Preußen bisher mit dem gunstigsen Ersfolge sich bewahrt hat, mit Vorsicht hinauszutreten, und den Versuch zu machen, eine bestimmtere Einwirtung auf die Gestaltung des Verfassungswerkes auszuüben, und den Bestrebungen für deutsche Einigung eine praktischere Direktion zu geben.

So wenig die Agl. Regierung fich den in Frankfurt vorwaltenden ultraunitarischen Tendengen hat hingeben konnen, fo wenig ift fie auch geneigt, fich auf Partikulars vereinbarungen im entgegengesetten Sinne einzulaffen, beren Gefahren E. E. mit vollem Rechte öfter hervorgehoben haben. Es ift aber gewiß munichenswert, ein Korm zu finden, unter welcher die verschiedenen Regierungen nunmehr sowohl unter einander als mit der Versammlung in direkten Verkehr treten, und auf offene und lonale Beise eine Berftändigung über die widerstreitenden Interessen versuchen tonnten. Es wurde dadurch gerade auf der einen Seite bas partifularififche Streben am besten vor Ausschreitungen bewahrt, und auf den rechten Weg geleitet, indem ihm dadurch die Mittel zur Befriedigung aller mahren Intereffen und zur Wahrung aller Rechte geboten wurden, auf ber anderen Seite wurde dadurch die Berfamms lung ebenfalls auf ben rechten Beg geleitet werden fonnen, ben fie doch einmal wird betreten muffen, wenn eine Reugestaltung Deutschlands wirklich in rechts, gültiger und haltbarer Beife juftande fommen foll. Es scheint kaum noch möglich, die Berfammlung gang fich felbit zu überlaffen, wenn diefelbe nicht in fich zerfallen foll - ein Ereignis, welches nicht als wünschenswert erscheinen fann, wenn man bedenkt, wie notwendig noch die treibende Kraft berfelben ift, damit nur irgend etwas juffande tomme, und welche Krife eintreten mußte, wenn die auf diefelbe gefesten hoffnungen Deutschlands gang getäuscht wurden. Raum minder gefährlich aber erfcheint die Krifis, wenn die Berfammlung ein definitives Resultat erzielte, und die Regierungen in den Fall tamen, die lette feststebende Befchluffaffung nur einfach annehmen oder ablehnen zu tonnen.

Die Rgl. Regierung halt es beshalb jest nicht für unangemeffen, eine gewiffe

Initiative ju ergreifen.

Die Ansichten derfelben und die vorläufigen Borschläge, mit denen wir im geseigneten Zeitpunkte hervortreten würden, finden E. E. in dem beiliegenden Memoire entwidelt.

Wir haben zu gleicher Zeit vertrauliche Schritte getan, um die Ansicht der Kfl. Ssierreichischen Regierung über die darin berührten Puntte kennen zu lernen, und würden im Falle eines Einverständnisses auch bei den anderen königlichen

höfen Deutschlands entsprechende Einleitungen treffen.

Der geeignete Zeitpunkt mit diesen Vorschlägen hervorzutreten, würde die Besendigung der ersten vorläufigen Beratung des Verkassungsentwurfes sein. Es erscheint indes nicht unangemessen, schon jeht ganz vertraulich vorbereitende Schritte zu tun, und ich ersuche daher E. E. den Herrn Ministerpräsidenten Frhrn. v. Gagern das anliegende Memoire ganz vertraulich mitzuteilen, und seine Ansicht dars über entgegenzunehmen.

Sbenfo muniche ich von E. E. baldmöglichst eine eingehende Beurteilung dieser Borschläge zu erhalten, und Ihre Ansicht über den von denselben zu erwartenden

Erfolg zu erfahren.

#### Beilage, Pro Memoria.

Berlin, 23. Dezember 1848.

Die Frage über die dem Deutschen Bunde in seiner Neugestaltung zu gebende Berfassung ist in ein Stadium eingetreten, in welchem es für jede deutsche Regierung unadweisliche Pflicht wird, sich ihre Stellung zu derselben klar zu machen und sich offen darüber auszusprechen. Die zur Vereindarung dieser Verfassung berusene Nationalversammlung nahet sich mit raschen Schritten der Lösung ihrer Ausgade, soweit sie die Beratung dieser Verfassung betrifft. Niemand kann die Tätigkeit verkennen, welche zugleich von den verschiedensten Seiten her entwickelt wird, um den Gang der Ereignisse in dem einen oder dem andern Sinne zu lenken oder auszubeuten: Niemand sich der ängstlichen Spannung entziehen, in welcher ganz Deutschland bald auf die Regierungen der einzelnen Staaten, bald auf die das Gesamtbild der Nation repräsentierende Versammlung blickt.

Unter diesen Umständen und in einem Augenblicke, wo die wichtigsten Fragen der definitiven Beschlußfassung entgegengehen, ist es Pflicht und Sedürsuis, ein Berständnis anzustreben über die Mittel und Wege, durch welche der Übergang von der älteren zu der neueren Verfassung auf geordnete, rechtliche und dadurch Dauer und heilsame Wirtsamfeit verbürgende Weise möglich erhalten und die Umgestaltung vor der Gefahr behütet werden könne, eine neue Umwälzung zu werden. Diesen Übergang zu vermitteln, werden sich die Negierungen und die Nationalversammlung gegenseitig die Hand bieten müssen, wenn etwas Gedeih-

liches geschaffen werden soll.

Über ihren eigenen Standpunkt hat die Preußische Regierung niemals einen Zweifel obwalten lassen. Es ist der der Bereinbarung. Sie felbst vindiziert sich das Recht der freien Zustimmung, und sie muß es folglich auch den übrigen Bundes,

gliedern querfennen.

Diesen Standpunkt wird sie nicht aufgeben, denn sie ist überzeugt, daß nur auf dem Wege des freien Vertrages der neuen deutschen Verfassung das Gepräge des Rechtes aufgedrückt werden könne, welches allein ihre Dauer verbürgt. Sie wünscht die gerechten Ansprüche des deutschen Volkes, denen die Nationalversammelung ihren Ausdruck zu geben berufen ist, vollständig befriedigt zu sehen; sie kann aber auch andererseits nicht anerkennen, daß die Nationalversammlung über das ihr erteilte Mandat hinausgehend, das Necht in Anspruch nehmen könne, die Neusgestaltung Deutschlands mit Ausschließung der Regierungen einseitig und durch ein absolutes Machtgebot zu bestimmen.

Indem sie aber das Prinzip der Vereinbarung in echt deutschem Sine als eine freie und freundliche Verständigung auffaßt, muß sie es als ihre Pflicht ansehen, die hand zu solcher Verständigung zu bieten, und auf die Mittel bedacht zu sein,

wie eine solche erlangt werden moge.

Wenn die Mittel und Organe diefer Verständigung demnach schon in formeller Beziehung Bedürfnis sind, so ist es nicht zu verkennen, daß dies Bedürfnis durch den matezrellen Inhalt der bisherigen Beratungen über die Verfassung noch verstärft wird.

Niemand wird leugnen wollen, daß dieselben in manchen Dunften einen Gang genommen haben, welcher mehr auf einen einheitlich gentralifierten Staat, als auf ben, den deutschen Berhältniffen allein angemeffenen Charafter eines Bundes felbftanbiger Staaten hinausgeht. Benn diefe Richtung weiter verfolgt werden follte, fo lieat die Gefahr flar vor Augen, daß aus den Beratungen der Berfamms lung eine Berfaffung bervorgebe, welche anzunehmen feiner der deutschen Staaten, welche noch auf irgendeine Gelbständigkeit Anspruch zu machen haben, fich bewogen finden fonnte. Beld ein unberechenbares Unheil folder Ausgang aber für Deutsche lands Einigung mit fich bringen mußte, bedarf feiner Ausführung. Gine in diefem Sinne entworfene Berfaffung wurde vielleicht am wenigsten von demjenigen Staate angenommen werden tonnen, welcher unter irgendeiner Form an die Spige ges ftellt werden und dadurch die Laft auf fich nehmen follte, die Durchführung ders felben auf praftischem Bege zu bewirfen. Daß ein mindermächtiger Staat dazu ebensowenig imftande fein wurde, als ein machtigerer den Berfuch wagen durfte, obne feine eigene Stellung in der bedenflichften Beife ju gefährden und fich vielmehr baburch ju ichwächen, ale fich und Deutschland ju ftarten, liegt offen genug gutage.

Belche Gefahren der dieher betretene Weg darbiete, hat sich gerade in der letten Zeit klar genug herausgestellt. Es läßt sich nicht leugnen, daß in der Versammlung selbst nicht weniger, als in den Ausschußberatungen und in den Vorberatungen der Fraktionen, soweit dieselben bekannt geworden, nicht allein Schwanken und Unsicherheit, sondern auch bedenkliche Zerwürfnisse in dem Grade zutage gekommen sind, daß man an das Justandekommen eines gedeistlichen Endresultates ernstlich zu zweiseln berechtigt ist. Wenn die Beratungen über die künstige Oberleitung des Bundes vor das Plexnum der Versammlung kommen, werden höchst wahrscheinlicherweise Gegensähe noch entscheidende Schritte, welche zu oft nur eine angenblickliche Wirkung haben, zu beseitigen. Es ist zu befürchten, daß das Unvorhergesehene in dem letzen Stadium der Entwidlung dieser großen Angelegenheit eine größere Rolle spielen wird, als diezienigen ihm zusallen lassen durchen, denen der Beruf und die Pflicht der Leitung obliegt. Wir alauben, daß diezienigen ihm zusallen lassen dustand von einem aroßen Teile der Versammlung selbst

empfunden wird, und daß daher die Regierungen nur einem von ihr felbst gefühlten Bedürfniffe entgegentommen werden, wenn sie derfelben schon jest gur Berstandis

anna bie Sand bieten.

Es tommt junächst darauf an, die Organe zu sinden, durch welche diese Berständisgung vermittelt werden kann. Diese Organe haben bisher um so mehr gesehlt, als die Zentralgewalt von aller Beziehung zu dem Bersassungswerke durch das Geset vom 28. Mai d. J. ausgeschlossen war. Diesem Mangel abzuhelsen dürste die erste, im gegenwärtigen Augenblick sich aufdrängende Sorge sein. Die Regies rungen müssen nicht in den Fall kommen, die von der Versammlung beratene Versassung einsach nur annehmen oder ablehnen zu müssen, durch welchen schrossen Gegensat ganz Deutschland in die traurigste Verwirrung gestürzt werden würde; sondern es muß die Möglichkeit gegeben werden, vor der definitiven Annahme durch die Versammlung, d. h. also nach der ersten Lesung und Beschlußfassung dieselbe von den Regierungen würdigen zu lassen, die Bedenken derselben entgegenzunehmen und durch eine gegenseitige Verständigung Modistationen herbeizusühren, durch welche die neue Versassung wahrhaft als das organische Wert des gesamten Deutschlands, der Nation wie der Einzelstaaten, der bestehenden Regierungen wie der Völler erscheine.

Um dies zu erreichen, wird es auch bier das Weifeste fein, sich an den im Provissorium gegebenen Zustand anzuschließen, und dieses, flatt es durch übereilte Herbeis

führung eines Definitivums abzufürgen, vielmehr beffer zu organifieren.

Die Rgl. Regierung glaubt die Mittel ju diefer Organisation in folgenden Bore

schlägen zu sehen:

I. Neben die, die Gesamheit der deutschen Nation vertretende Nationalversamme lung mußte icon jest, oder wenigstens ebe von der erften Lefung und Beichluße faffung gur zweiten definitiven übergegangen wird, ein vorläufiges Staatenhaus geftellt werden, welches durch feine Zusammensehung wefentlich die Intereffen und Bedürfnisse der einzelnen Staaten repräsentierte. Dieses Staatenhaus ware von ben einzelnen Regierungen im Berhaltnis ber Bevolferung ihrer Staaten ju beschicken; und es scheint, als wurde dazu die Salfte der von dem Berfaffungs, ausschuß für bas befinitive Staatenhaus in Borichlag gebrachten Mitgliedergahl hinreichend erachtet werden fonnen. Diefes Staatenhaus murde junachft als eine zweite Inftang ber Beratung fich barftellen, und es mare bei feiner Romposition wefentlich darauf ju feben, daß die bedeutenoften, mit den Intereffen und Bedürfe niffen ihr eigenen Staaten am meiften vertrauten Staatsmanner von gereifter Erfahrung in bemfelben Sis und Stimme fanden. Es wurde die von der Nationals versammlung entworfene Verfassung einer erneuten Prufung und Beratung unters gieben, und es fann wohl teinem Zweifel unterworfen fein, daß ein folches Saus ebensofehr dem Bedürfnis der allgemeinen deutschen Einigung, als den berechtigten Anforderungen der Einzelstagten auf Bahrung eines notwendigen Maßes ihrer Selbständigfeit Rechnung tragen werde.

2. Der Zentralgewalt würde ein oberster Reichstat oder Fürstenkollegium zur Seite gestellt, welchem in Verbindung mit ersterer eine Einwirkung auf die Leitung der Verhandlungen, auch in bezug auf das Verfassungswerf zustehen würde. Es würde hierdurch eine jetzt sehr fühlbare Lücke in bezug auf eine Verständigung über die oberste Leitung der Bundesangelegenheiten ausgefüllt und den Regierungen die Möglichkeit gegeben werden, sich sowohl untereinander zu verständigen, als auch dieses Einverständnis bei der Nationalversammlung geltend zu machen. Das Unsehen der Zentralgewalt würde dadurch nur gekräftigt werden können.

Rach ber Unficht der Rgl. Regierung wurde diefes Fürstentollegium gunächst nur aus ben Delegierten ber größten beutschen Fürsten, b. h. ber foniglichen hofe gu bilden sein.

Dies ist der Beg, auf welchem es die Kgl. Regierung für möglich hält, zu einer gedeihlichen Bereinbarung über die deutsche Berfassung zu gelangen. Der Beg, auf welchem disher durch ein einseitiges handeln der Nationalversammlung die Reugestaltung Deutschlands angestrebt worden ist, kann ihrer Überzeugung nach nicht zum Ziele und zulett, bei hartnäckigem Festhalten, nur auf den Beg der Revolution führen, auf welchem alles andere eher, als eine Einigung Deutschlands erreicht werden mag. Andererseits würde ein einseitiges Handeln der Regierungen, zu welchem dieselben nach Erschöpfung aller anderen Mittel hingedrängt werden möchten, nicht minder mit der Sesahr großer Erschütterungen verbunden sein, und demnach schwerlich zu dem Resultate wahrer Einigung und Befriedigung führen, welches die Kgl. Regierung, in Übereinstimmung mit den Wünschen und Bedürfnissen der Nation erreichen zu können aufrichtig wünscht.

36. Graf Balow an Camphaufen. Eigenhd. Driginal. Auszug Cafpary 271 (mit falfchem Datum, Dez. 27).

Berlin 1848. Dezember 23.

E. E. freundliches Schreiben vom 16. habe ich erhalten, und nur der übershäuften Seschäfte halber nicht früher darauf antworten können. Ich danke Ihnen bestens für die so freundlich zugesagte Unterstützung und insbesondere für die Bestichte über die deutsche Angelegenheit, die inzwischen eingegangen sind. Den ersten umfassenden habe ich sogleich dem Könige vorgelegt, und es auch dahin gebracht,

<sup>1</sup> S. Cafparn 271 (bort fälfdlich vom 25. Dez. batiert). - 2 Rr. 31.

daß er sich benfelben gang hat vorlesen lassen. Er hat mir seitdem wenigstens nicht, wie früher öfter, wiederholt, daß wir die ganze Stellung zur Zentralgewalt und zu den deutschen Regierungen verfahren hätten, aus Mangel an Initiative und geshörigem Auftreten, und er schien sich doch etwas davon überzeugt zu haben, daß unsere bisberige erpektative Stellung uns noch nicht ganz ruiniert habe. Desso mehr

brangt er aber darauf, daß jest etwas geschehen muffe.

Die Expedition, welche Sie heute von mir durch Provost erhalten, ist das Resultat vielsacher Diskussionen und einiger Konzessionen von meiner Seite. Ich kann dem Drange, daß etwas geschehen solle und müsse, nicht absolut widerstehen, und bis auf einen gewissen Punkt bin ich selbst der Meinung, daß eine Initiative dieser Art nüblich sein könne, wenigstens kann man daraus die Beruhigung schöpfen, seinersseits rechtzeitig den Weg der Verkändigung betreten zu haben. Selbst Simson sprach mir die Überzeugung aus, daß eine Initiative in diesem Sinne wenigstens nicht ganz hoffnungslos sei und daß, wenn man Gagern dafür gewinnen könne, und die Sache durch ihn angebahnt werde, Möglichkeit des Erfolges vorhanden sei. Ich habe mit ihm eine längere Unterredung über die ganze Lage der Dinge gehabt und ihn ungemein gemäßigt und eingänglich gefunden.

Ich gehe von dem Grundsatze aus:

i. daß die Anmagung der Berfammlung, eine Berfaffung imponieren ju wollen, nicht jugeftanden werden tann.

2. Daß aber vermieden werden muß, dieselbe ju Extremen ju treiben oder, wie

viele wünschen, ju sprengen.

3. Daß auf dem Bege einer Bereinbarung unter den Regierungen ohne die Bersfammlung nichts auszurichten ift, daß also

4. wenn irgend möglich, die Moderamina gefunden werden muffen, um mit der

Versammlung jum Resultate ju gelangen.

Der Borschlag ist wesentlich ein auf Berständigung und Versöhnlichkeit bes gründeter, und für jeden, der nicht in dem Laumel der Souveränetät und Omnis potenz der Versammlung befangen ist, weder verlegend noch unannehmbar. Die Ausführung lege ich möglichst in Ihre hände. haben Sie entschiedene Bedenten, so treten Sie damit hervor. Die Dinge in Frankfurt ändern sich täglich, und den

Moment fonnen Sie dort beffer beurtellen als wir.

Mit der nächsten sicheren Gelegenheit sende ich Ihnen, um Sie von allem au courant zu erhalten, die ganze Korrespondenz zwischen hier und Wien und erbitte mir Ihren Rat. Heute fehlt die Zeit zu den nötigen Abschriften. Um Ihnen zu zeigen, mit welchen Schwierigkeiten ich hier zu kämpfen habe, sage ich nur das, daß ich nur durch Auswand aller Mittel und trot des besten Beistandes seitens des Grafen Brandenburg und der übrigen Minister verhindert habe, daß herr von Casnit, der frühere Minister, nicht in außerordentlicher Sendung nach Olmütz geschicht wurde.

Die schleswigschen Sachen scheinen fich febr zu embrouillieren. Konnen Sie mir nicht baldigft Abschrift ber Depefche fciden, in welcher Palmerfton feine neuften

Vorschläge zur Vermittelung entwidelt hat?

37. Graf Balow an Camphaufen. Eigenhd. Original. Auszug Cafpary 273.

Berlin 1848. Dezember 27., abends.

.... Die Publikation der Grundrechte in der verlangten Art und infolge bes Machtgebotes der Nationalversammlung halt das Staatsministerium eins

Dec. 35.

<sup>6</sup> Camphaufens Antwort vom 26. Deg. faft vollständig Cafpary 272.

stimmig für nicht möglich, weil man baburch jede Selbständigkeit aufgebeu würde. Es wird darüber Sr. Maj. Bortrag gehalten werden und demnächst die Erklärung erfolgen, die ich in der möglichst glimpflichen Weise zu formulieren mir angelegen lassen sein werde. Da sie jedenfalls ablehnend sein wird, so glaube ich nicht, daß

beren Beschleunigung notwendig ober nüglich ift.1

2. In betreff der schleswigschen Angelegenheit erflärt der Kriegsminister, daß er Truppen, welche sogleich für diesen Zweck verwendet werden könnten, nicht dies ponibel habe, da er alles in den Provinzen notwendig brauche, und hier auch nichts entbehrt werden könnte. Überhaupt müssen wir der allgemeinen politischen Lage wegen dringend wünschen, aus der Sache so lange herausbleiben zu können, als irgend möglich ist, und möglichst als letzte Reserve behandelt zu werden. Es ist dies, wie mir scheint, auch im deutschen Interesse. Wöge sich die Zentralgewalt nur nicht durch die Furcht vor der Nationalversammlung bestimmen lassen, unzeitige Schritte zu tun. Wir müssen dies zur äußersten Grenze der Mäßigung gehen und jedenfalls, bevor wir einrücken, abwarten, daß Dänemart in Schleswig eingerückt sei. . . .

### 38. Graf Bulow an Camphaufen. Eigenhb. Driginal. Ben. Cafparp 273.

Berlin 1848. Dezember 28.

E. E. sende ich durch Oberstleutnant Fischer einige Aftenstüde zur vertraulichen Renntnisnahme, welche das Wesentliche der Mitteilungen enthalten, die zwischen uns und dem österreichischen Kabinette in betreff der deutschen Angelegenheit neuerdings stattgefunden haben. Auf das zweite Promemoria erwarten wir kürzlich eine Rückaußerung. Der Weg der Verständigung mußte betreten werden; ob er zum Ziele führen werde, ist mir sehr zweiselhaft. So wie die Sache bisher behandelt ist, glaube ich wenigstens nicht, daß wir uns dadurch schaden können; jedenfalls muß die Situation dadurch klarer werden. Fischer, mit dem ich diese Sachen besprochen habe, wird E. E. mündlich ein Mehreres darüber sagen.

Der König wünscht bringend, Bunsen auf ein paar Tage hier zu haben, und hat ihn herbeschieden. Ich bin nicht dagegen gewesen, weil ich seine Anwesenheit in bezug auf die schleswissche Angelegenheit nühlich sinde. Ich denke mit ihm die Erundlage seiner Instruktionen hier festzulegen und wünsche, daß er dann über Frankfurt gehe, um dort das nötige Einverständnis mit dem Neichsministerium unter Ihrer Mitwirkung zustande zu bringen, so daß wir einen sesten Plan für den Betried der ganzen Angelegenheit gewinnen und sesssellen. Man hat dei dem Könige sehr dagegen gearbeitet, daß Bunsen die Bollmacht annehme, und er bestand darauf, daß man, an Bunsens eigene Einwendungen anknüpfend, die Sache inhibiere. Ich habe das nicht getan und denke, es wird sich dies alles bei Bunsens Anwesenheit wohl ordnen lassen. Inzwischen wäre es wünschenswert, daß wir uns für alle Eventualitäten in Frankfurt eine Türe offen erhalten, durch welche wir im Notfalle Bunsen noch herausziehen können; da er noch Einwen, dungen gemacht hat, auch die Bollmacht in London unzureichend gefunden worden ist, so ist die Sache ia noch nicht fertig.....

### 39. Bericht Camphausens. Abschrift.

Frankfurt 1848. Dezember 28.

Der Plan der Bildung eines provisorischen Staatenhauses und Fürstenrates, welchen E. Sg. mir mittels der geehrten Zuschrift vom 23. übermachen, wurde

Lamphausen beantwortete diese Mitteilung am 29. Dez. mit Einreichung seines Ents lassungsgesuches, das mit unwesentlichen Auslassungen bei Caspary 273 gedruckt ift. Der Schlußsatz oben S. 165, Anm. 1.

1 Rt. 27, 30, 34.

schon bei meiner Unwesenheit in Berlin im Monat Juli vielfach besprochen, und habe ich, gestüht auf die dagegen sprechenden Gründe, damals ehrerbietigst absgelehnt, auf dessen Realisierung hinzuwirten. Noch weit mehr sehe ich mich heute außerstande, dazu die hande zu bieten, und ich werde mir erlauben die Bebenken

vorzutragen, welche ich dagegen zu erheben habe.

Nachdem Preußen die Unzuträglichkeiten einer österreichsischen Zentralgewalt in einem sog. Deutschen Reiche, von welchem Sterreich sich gänzlich ausgeschlossen hatte, sechs Monate lang mit übergroßer Geduld ertragen hat, dürfen wir und Glüd wünschen, dem Zeitpunkte nahezustehen, wo wir wieder den und zustehenden selbständigen Einstuß werden äußern können, es möge nun der Bundesstaat zustande kommen oder nicht. Wir haben eine so gesahrvolle Position annehmen müssen; die Revolution hat und dazu gezwungen. Sie freiwillig und auf künstlichem Wege zu verlängern würde die Selbständigkeit opfern heißen, welche die Regierung zu bewahren berechtigt und verpstichtet ist. Man darf sich nur an die zahlreichen Vorfälle der durchlebten Periode erinnern, von dem Huldigungsbefehl des Reichstriegsministers an die zu der Proslamation, womit S. K. H. der Erzherzog-Reichstriegsministers an die zu der Proslamation, womit S. K. H. der Erzherzog-Reichstriegsministers an der Aussicht, eine neue Lausbahn ähnlicher Art zu eröffnen und großen Ereignissen in einem Justande entgegenzugehen, in welchem wir einen Zeil unserer eigenen Macht fremden Händen überliefert haben,

Gefährlich und unzuläffig für Preußen ist die Berlängerung des Provisoriums, nicht minder bedenklich für die Einigung Deutschlands selbst. Die Schwierigkeit, den Bundesstaat zu begründen nimmt zu, je mehr man der im Frühjahre für diese Idee entstammten Begeisterung zu erkalten, jedem widerstrebenden Elemente zu erstarken Zeit läßt. Der hebel der Nationalversammlung wäre verloren; sie wäre getrieben, während der Prüfung der Verfassung durch das Staatenhaus die Zeit mit der Beratung und Beschließung von Geseen hinzubringen, die überall einen Widers

fand finden murden, der ihr Ansehen vernichten mußte.

Um wenigsten fann einer Berlängerung des Provisoriums in der vorgeschlagenen Art jugeftimmt werden. Sie gibt ber bahinschwindenden Zentralgewalt neues Leben; fie ftellt bem Ergbergog funf Stellvertreter von Ronigen, gewiffermagen fünf Konige, nicht gur Geite, fondern fie stellt dieselben als ein subordiniertes Rollegium unter ibn; fie ichafft ibm burch bas Staatenhaus eine Grundlage und eine Stetigfeit, die febr lange Dauer verheißt; fie fommt dem Intereffe Offerreichs entgegen, räumt ihm Rechte ein, deren es fich freiwillig entäußert hat, und denen feine Pflicht gegenüber fieht, gestattet ihm, ju warten, bis die Zeit gefommen ift, anders zu reden als heute, und läßt ihm wenigstens die Spige Deutschlands, folange Deutschland fich nicht einigen tann, wie es in den letten 33 Jahren der Fall war. Dreußen aber verliert alle Borteile feiner gegenwärtigen Lage; alle Augen, Die jest mit Sehnsucht auf seinen rettenden und schützenden Arm bliden, wenden sich wieder hoffnungsvoll dem Ergherzoge mit feiner Entourage von Aurstenrat, Staatenhaus, Nationalversammlung und Regierungsbevollmächtigten als dem Saupte Deutschlands ju, dem nunmehr für fo lange Dauer die Burbe gesichert ift, daß auch das Ausland ihm williger Anertennung gemährt.

Die tomplizierte Einrichtung würde für die Förderung der Sache selbst, nämlich für die Beendigung des Verfassungswertes völlig nuplos sein. Weder Österreich noch Preußen würde einwilligen zu erklären, daß das, was Nationalversammlung und Staatenhaus übereinstimmend beschließen, in Österreich und Preußen sie Beherrscher von Österreich und Preußen Geseh sein solle. Wir hätten also nur mit dem Staatenhause die langen Versassungsstadien von neuem zu beginnen, um zuleht an dem Puntte anzukommen, woran wir heute siehen, mit dem einzigen Unterschiede, daß wir alsbann einen von fünf Fürsten umgebenen Reichsverweser batten, der füglich vorläufig, und allenfalls auch für immer bleiben könnte.

Sollte es hingegen in der Absicht liegen, dem Staatenhause mehr als eine bestatende Stimme zu geben, also dessen Kompetenz sesszusellen, so würde dazu eine Bereindarung der deutschen Regierungen erforderlich sein, die mehr Zeit in Anspruch nähme, als die Nationalversammlung auf die Beendigung ihrer Ausgabe verswenden wird, und die wahrscheinlich auf ebenso große Schwierigseiten stoßen würde, als eine Bereindarung der Regierungen über die Verfassung selbst. Ein Beispiel hat Preußen davon in dem Schicksale des im Monat Juli gemachten Vorschlages, und die Einteilung der Stimmen würde jetzt keinen geringeren Biderstand erzeugen als damals. E. Hg. deuten zwar an, daß das Staatenhaus nach Verhältnis der Bevölkerung zu beschieden wäre; es ist mir aber unzweiselhaft, daß man auf diesen Vorschlag, der den Kleineren kein Recht als selbständige Staaten einräumt, sondern sie als Regierung in dieselbe Inseriorität der Vertretung nach Köpfen statt nach Staaten versetz, in der sie sich im Volkshause besinden, nicht wohl einzgehen würde. Kann man sich über das Stimmverhältnis in einem Staatenhause von umfangreicher Kompetenz einigen, so kann man sich über das Stimmverhältnis in einem Staatenhause von umfangreicher Kompetenz einigen, so kann man sich über das Stimmverhältnis in einem Staatenhause

felbst einigen, und dann mare letteres vorzuziehen.

Angenommen jedoch, die Regierungen seien über das Staatenhaus zu einer Berständigung gelangt, fo wurde die Nationalversammlung guverläffig ihre Bus stimmung verfagen. Sie konnte in den Zeiten ihrer höchsten Macht durch die berans giehung eines Staatenhauses einen ihrem Einflusse nicht schädlichen Att der Gelbste beschränfung üben; jest wurde fie fich felbit damit ein Unfähigkeitszeugnis aus: juffellen glauben. Die Berfammlung fühlt, daß die feste und dauerhafte Begruns dung einer neuen Berfassung Deutschlands durch fie täglich zweifelhafter wird und wenn die selbstbewußte Erkenntnis fehlt, so fagt ihr der Inftinkt, daß fie gegens wärtig mit den Regierungen im Rampfe darüber ift, wem im Falle des Miglingens die Nation die Schuld beimessen werde, ob der Nationalversammlung oder den Res gierungen. Dag in diefem Kampfe die Nationalversammlung nur bann die Sies gerin fein fann, wenn es ihr gelingt, mit Befeitigung aller Bergogerungsversuche die Berfaffung ohne Rudficht auf ihr Schidfal zu vollenden, und den Regierungen bie Berwerfung ober die Bereinbarung und Beantragung von Modifikationen ju überlaffen, bas weiß und fühlt hier jeder. Die Berfammlung murbe auf die Anforderung, fich ein Staatenhaus jujugesellen, die Antwort geben, daß es weder früher noch jest den Regierungen benommen gewesen sei, eine gemeinschaftliche Ansicht der Versammlung auszudrücken, und daß sie den Regierungen allein übers laffen wolle, die Mittel ju finden und anzuwenden, um rechtzeitig ihre gemeins schaftliche Unsicht festzustellen und kundzugeben.

Benngleich ich aus diesem Grunde an dem Versuche der Errichtung eines Staatenshauses und Fürstenrats mich nicht würde beteiligen können, so habe ich dennoch in verstraulicher Weise mit herrn v. Gagern über die Sache geredet. Derselbe erklärte mir, daß er unter keinen Umständen einen solchen Plan befördern, und sich ihm eintretendensfalls mit aller Kraft widerseten werde; daß er aber außerdem es als eine absolute Unsmöglichkeit betrachte, ihn in der Nationalversammlung zur Unnahme zu bringen.

E. Hg. erwähnen, daß vertrauliche Schritte geschehen seien, um die Ansicht der R. österreichischen Regierung über das erörterte Projekt kennen zu lernen. Da die Außerung der österreichischen Regierung von entscheidender Wichtigkeit sein kann, so bitte ich um deren baldgefällige Mitteilung.

40. Graf Balow an Camphansen. Eigenhd. Original. Auszug Casparn 274.

Berlin 1848. Deg. 30.

E. E. gütiges Schreiben vom 26.1 hat mich etwas erschreckt; ich bin aber überzeugt, daß die Sache nicht so schlimm ist, wie Sie ste ansehen. Die Ideen, mit denen Sie

<sup>1 6.</sup> Cafparn 272.

schon im Monat Juli zu fämpfen hatten, und die jest, weil man mehr Macht zu baben glaubt, noch viel ftarter und in fast diktatorischen Formen beraustreten. muffen praftifch tot gemacht werden, indem man die Unausführbarteit erprobt. Mit der blogen Regation fomme ich nicht durch, ich muß bis auf einen gewissen Bunft eingehen, oder die Sache in willigere bande übergeben laffen. Ich bente, es ist bester, so wie es geschehen ift, ohne sich fompromittiert zu haben, einen Bersuch ju machen und nun fagen ju tonnen, die Sache geht nach feiner Richtung und in teiner Beife, weder in Frankfurt noch in Wien. Letteres ift gang ungweifelbaft. Ich glaube, daß ich jest in eo fein werde, diefe Sache nach und nach tot ju machen, und E. E. heutiger Bericht tommt mir darin trefflich ju hilfe. Ich hoffe fernerbin, auch etwas entschiedenere Unterftugung von feiten des Staatsministerii ju haben, welches bisher auch etwas zu fehr in jener Richtung nachgab. Daß man in Wien ein provisorisches Staatenhaus und Fürstentollegium nicht will, geht schon jest aus Graf Bernftorffe Berichten flar hervor. Das man aber bort will, bamit tommt man noch nicht flar heraus. Meiner Unficht nach ift die prinzipielle Bers ichiedenheit ju groß, als daß man fo leicht ju einer Berffandigung gelangen fonnte. Ingwischen beweisen wir unfern guten Willen und gewinnen Beit. Gie werden aus den burch Fischer erhaltenen Mitteilungen seben, daß wir vorsichtig gewesen find und une nicht die Sande binden.1

Bon Ropenhagen hat man den Baron Karl von Plessen hierher gesendet, um die Liquidation der jütischen Entschädigung zu betreiben, wahrscheinlich aber hat er noch anderes in potto. Er ist heute erst angekommen, und ich habe ihn noch

nicht gesehen.

Bernstorff bestätigte, daß Schmerling als österreichischer Bevollmächtigter nach Frankfurt jurudgefandt werden soll. Er hat einem Ministerrat beigewohnt, in dem die deutsche Sache verhandelt worden ist. Jedenfalls scheint es, als werde man mit Frankfurt auf Berhandlungen eingehen und von dem Programm von Rremster bedeutend nachlassen. Übrigens hat Fürst Schwarzenberg perfonlich die Ansicht, daß man mit den kleinen deutschen Staaten bedeutend aufräumen musse. Für uns indessen haben solche Mediatisterungspläne bedeutende Bedenken.

# 41. Ofterreichische Dentschrift. Abschrift.2 Ben. v. Sybel 1, 287. Friedjung 1, 178 u. 496

Wien 1849. Januar 17.

Das f. f. Kabinett hat von den Mitteilungen, welche der tgl. preuß. Sefandte, Graf v. Bernstorff, demfelben in betreff der deutschen Angelegenheiten im Januar l. J. zu machen im Falle war, mit dem lebhaftesten Interesse Kenntnis genommen. In Erwiderung darauf unterläßt es nicht, mit den nachstehenden Punkten die Faktoren zu bezeichnen, aus welchen sich die weiteren, unten folgenden Anträge von selbst ergeben.

z. Wir find mit dem Könige überzeugt, und werden diese unsere Aberzeugung bis auf das Außerste zu vertreten wissen, daß ein dauerhafter und befriedigender Berfassungsbau nur auf dem Wege der Vereinbarung zwischen den Fürsten und Boltern Deutschlands zustande tommen kann. Wir halten fest an dem Bundess beschlusse vom 30. März v. J. Er gibt den natürlichen und gesestichen Anknüpfungss

puntt für bas fogleich ju besprechende Bereinbarungswert.

2. Wir find ebenso überzeugt von der ganglichen Ohnmacht der Regierungen zweiten und dritten Ranges, durch eigene Kräfte diesem Grundsabe Geltung zu

Lamphausens Antwort v. r. Januar f. Casparp 275. Es muß dort heißen: "Wenn Olmut so untlug ift" (anflatt "in Abung ist"). Billows Erwiderung v. 3. Jan. eb. 278.

Die mir vorliegende Abschrift weist einige turze Bleistiftenotizen am Rande auf, die ein sebr abfälliges Urteil über die Borschläge Schwarzenbergs zum Ausbruck bringen. Da ich nicht habe festsellen tonnen, von wessen hand sie herrühren, habe ich sie hier nicht wiedergegeben.

verschaffen, mit andern Worten, ihre Souveränität der durch das Sagernsche Programm formulierten und in dem Frankfurter Parlamente verkörperten Mevolution gegenüber zu wahren. Rur indem sie sich an die in ihrem Innern wieder befestigten beiden Großstaaten anschließen, nur indem sie Osterreich und Preußen in die Lage sezen, sie zu schüßen, können die deutschen Fürsten dem Schicksale nicht der Mediatisserung, sondern der eigentlichen Aufbedung und Vernichtung ihrer Hoheitsrechte entgehen. Dieses tatsächliche Verhältnis dedarf keines Besweises. Um wenigsten an dem hohen Orte, für welchen diese Zeilen bestimmt sind. In München, in Stuttgart und anderwärts ist man hiervon durchdrungen; die uns von dorther gemachten Mitteilungen sprechen hiersür. Nicht nur die Fürsten Süddeutschlands, auch der größte und achtbarste Leil der Bevölkerungen scheint dies zu fühlen. Hierüber weiter unten noch mehr.

In 3. Allen diesen Befürchtungen, diesen hoffnungen und Bestrebungen gegenüber hat sich ein großer Leil der Frankfurter Versammlung — es kommt hier auf ein paar Stimmen mehr oder weniger nicht an — auf das Feld der Revolution gestellt. Den Rechtsboden haben diesenigen gänzlich verlassen, welche zu herrn v. Gagerns Fahne schwören. Im Widerspruche mit den dort wohl bekannten Gestinnungen des Königs von Preußen nennt die Partei, welche, um mit herrn v. Gagern zu sprechen, die Vereinbarer zuschanden machen will, sich die preußische. Sie will, daß Preußen in Deutschland ausgehe, d. h. daß ganz Deutschland der Revolution

verfalle.

4. Bir geben gerne zu, daß eine achtbare Anzahl der Frankfurter Abgeordneten sich diesen Entwürfen nicht anschließt. Aber von den Wechselfällen einer Abstimmung im Schoße einer von der flagranten Revolution erzeugten Versammlung, in einer Versammlung, deren politischer Takt, deren Rechtsgefühl mindestens problematisch sind, während ihre Übergriffe offenkundig und nie gefährlicher waren, als seit sie durch herrn v. Gagerns Mitteilung vom 5. l. M. an den Ausschuß für Vegutachtung des reichsministeriellen Antrages belangend die österreichische Frage in eine bestimmte Formel gebracht worden, von den Veschlässen einer solchen Verssammlung wollen wir die Schickale Deutschlands nicht abhängig machen.

5. Je mehr man in Frankfurt jur Entscheidung drängt, je dringender stellt fich für die Regierungen der Beginn des Wertes der Vereinbarung, wenn dies möglich

ift, je unabweisbarer stellt er sich dar.

6. Bon zwei Dingen eines. Entweder die Frankfurter Versammlung begreift, daß in Wien nicht mehr die Aula, in Berlin nicht mehr der Lindenklub regiert, daß die deutschen Regierungen, welche im Wärz gelähmt, nicht, wie man in Frankfurt vermeinte, erstorben waren, nunmehr — dant sei es den tapferen Heeren Oftersreichs und Preußens — zur Lebenstraft zurücktehren — oder aber jene Versammlung fährt fort, sich der Wahrheit gestissentlich zu verschließen.

Im ersteren Falle ist eine Verständigung mit dieser Versammlung möglich, im zweiten bleibt nichts übrig als der Kampf, der Kampf auf Lod und Leben mit der Partei des Umsturzes. Erstere Wöglichkeit gerne annehmend, dürfen die Regierungen Deutschlands die zweite Alternative nicht aus den Augen lassen. Sie müssen gerüstet sein auf den schlimmsten — wir wollen hoffen zu vermeidenden — Fall.

Go viel über die Lage des Augenblicks.

Erft in zweiter Linie, d. h. der nachsten Zukunft, aber nicht der unmittelbaren Gegenwart angehörig, erscheint die Frage: Wie foll die kunftige Verfassung Deutschlands sich gestalten?

Obgleich diese Denkschrift nur die dringlichen Punkte besprechen soll, so werden bier boch auch über den zweiten eben genannten Teil unsere Unsichten in nache

stehenden Sähen furz angedeutet.

1. Bir tragen volle Rechnung dem nach Ginheit ringenden Nationalgefühle Deutschlands.

2. Dieses Sefühl, dieses Bedürfnis kann auf zwei Wegen befriedigt werden: vollständig auf dem Wege der folgerichtigen Revolution, deren letter Ausdruck die einheitliche Republik ist, teilweise und annähernd durch eine Gruppierung der vielen kleinen und kleinsten Staaten und Gebiete Deutschlands in größere Staaten:

forper, jusammengehalten durch eine fraftige Zentralgewalt.

3. Den letteren Beg halten wir mit G. M. dem Konige fur ben einzig gang: baren. Mit ben durch den herrn Grafen v. Bruhl mitgeteilten Unfichten stimmen wir, einige unwesentliche Puntte ausgenommen, vollkommen überein. Rreife, bestehend aus der öfterreichischen Monarchie, dem Königreich Preugen und einigen ihm allenfalls beizuordnenden fleinen Staaten, und den vier übrigen Ronigreichen, verstärft durch die andern deutschen gander, wurden, unserer Unficht nach, die fünftige Ginteilung Deutschlands ausmachen. Bei der Bildung diefer Rreise schwebt und als leitender Grundsat vor: möglichste Wahrung der Sobeits: rechte der fich den Ronigen beiordnenden Fürften, oder anders ausgebrudt, Bes schränfung diefer Rechte nur soweit fie jur Erreichung des großen 3medes uns umganglich notig ift. Die von ihnen ju bringenden Opfer laffen fich ausbruden: durch militarische Berschmelzung, durch eine gemeinsame oberfie Juftipflege, durch eine gemeinsame Boltsvertretung innerhalb eines jeden ber feche Kreife. In Burdigung der von G. M. gegen den letten Punft erhobenen Bedenten wird bas faiferliche Rabinett von demfelben abfeben, diefe Berichmeliung (welche übrigens in den deutschen Buftanden nichts Neues mare — Zeuge Die medlenburgischen Großherzogtumer und die anhaltischen Lande, wo eine gemeinsame ftandische Bers tretung bestand) dem Laufe der Zeit und der naturgemäßen Entwicklung überlaffend. Dagegen wurden wir das Recht ber biplomatifchen Bertretung ber einzelnen Staaten nicht beeinträchtigen, und unseren Gesandten bei bem freisausschreibenden Sofe auch bei den beigeordneten Fürstenhäusern beglaubigen.

4. Das Komplement zur Einteilung Deutschlands in sechs Reichskreise ober Reichswehrherzogtümer bildet die Zentralgewalt. Noch ist es nicht möglich, mit einem ausgearbeiteten Plane über deren fünftige Gestaltung hervorzutreten. Dieser fann reisen mit der Zeit und mit den Ereignissen. Dem Wesen nach übereinstimmend mit der tgl. Ansicht wünschen wir vor allem das Provisorium zu erhalten, den Reichsverweser mit den Bevollmächtigten der ersten Fürsten Deutschlands, d. h. der Könige, zu umgeben. Gegen das Staatenhaus kennt der König unsere Bedenken. Wir bitten G. M., die Bildung desselben vor der Land wenigstens fallen zu lassen, denn es wäre uns aus Mangel an geeigneten Männern unmöglich, es zu beschicken. Endlich eine Art von Bolksvertretung, gewählt aus den Repräsentationskörpern

ber Rreise.

Nochmals, die ganze Frage von der definitiven Bildung der Zentralgewalt und der Bertretung am Sipe derfelben durch die Fürsten und Bölfer Deutschlands muß zwischen den beiden großen und den übrigen tgl. Höfen besprochen werden. Borsstehende Andeutungen sollten nur zeigen, wie nahe die Ansichten des tfl. Kabinetts denen Sr. Raj. steben.

Bir tehren nunmehr zu dem eigentlichen Gegenstande diefer Dentschrift zurud. Fast man die in erster Reihe aufgeführten Faktoren zusammen, so beantwortet

fich in Nachstehendem die Frage: Was ift junachft ju tun?

Bir mussen das Bert der Bereinbarung mit der Frankfurter Versammlung sofort beginnen. Hierzu stellt sich als der passendste Beg die unverzügliche Bes schidung der Zentralgewalt durch die sechs Königsboten heraus. Dieselben hätten sofort in Frankfurt zu dem "Kron-Kollegium" zusammenzutreten und der Verssammlung im Bege des Reichsministeriums den Zwed ihrer Sendung zu eröffnen. Wir legen hier den Entwurf ihrer Instruction bei.

Da jedoch mehr als wahrscheinlich ift, daß die revolutionare Fraktion jener Berfammlung diefen erften Schritt der Regierungen, fich auf den Rechtsboden bes

Bundesbeschlusses vom 30. März zu stellen, und ihre gekränkten Souveränitätsrechte wieder in Anspruch zu nehmen, benußen werde, um der bisher mit Worten vollz zogenen Revolution die Weihe der Gewalttat zu verleihen und das Banner der Empörung außerhalb der Paulskirche aufzupslanzen, so ist es nötig, bevor noch die Fürstendoten sich in Frankfurt vereinigen, die zur Unterdrückung ähnlicher Versuche nötigen Streitkräfte in der Nähe von Frankfurt zusammenzuziehen. 40000 Mann, wovon 20000 Preußen, 10000 Bapern und 10000 Württemberger, unter dem Rommando des Königs von Württemberg würden diesem Zwecke am meisten entsprechen. Berusen, die Wonarchie und Deutschland in Italien gegen den auswärtigen Feind und in Ungarn gegen die Bundesgenossen der Frankfurter Linken zu schüßen, vermag Össerreich leider an dieser Konzentrierung keinen seiner Stellung entsprechenden Teil zu nehmen. Doch sind wir bereit, wenigstens als Bezeugung einige Truppen, etwa einige tausend Wann, nach Mainz zur Beresstärtung der dortigen Besatung zu entsenden.

Sind die beiden Kabinette über diese Punkte, die Instruierung der Königsboten, oder mit andern Worten, die von ihnen im Austrage der sechs gekrönten Fürsten Deutschlands an das Reichsministerium zu erlassende Kollektivnote und die militärischen Maßregeln einverstanden, so wird es sich darum handeln, die vier anderen Höse auf vertraulichem Wege zum Beitritt einzuladen. Um besten geschähe dies, unserer Meinung nach, durch gemeinschaftliche Entsendung zweier Bevollmächtigten (der Kaiser hat seinerseits hierzu den bisherigen Gesandten am brasilianischen Hosse, Erasen v. Rechberg, bestimmt) zunächt nach den fgl. Hösen; doch könnten dieselben auch bei den größeren, nicht königlichen Fürstenhäusern vorsprechen, um dort schon die Beiordnung an die Könige und die Wehrkreisbildung anzubahnen. Wir schlagen demnach vor, daß der k. preußscherseits hierzu beaustragte Diplomat sich nach Olmüß verfüge, um von dort gemeinschaftlich mit Erasen v. Rechberg die Kundreise nach München, Stuttgart, Karlsruhe u. s. f. anzutreten.

Ob es nicht angezeigt wäre, daß mittlerweile durch die t. preußische Regierung eine vorläufige Besprechung mit dem t. sächsischen hofe eingeleitet werde, bleibt dem hohen Ermessen Gr. Maj. anheimgestellt. Wir unsererseits haben inzwischen die von den Königen von Bapern und Bürttemberg schon früher ergangenen Anfragen im Sinne der gegenwärtigen Denkschrift zu beantworten keinen Anstand

genommen.

Anlage zu Rr. 41: Ofterreichischer Entwurf einer Rollektivnote der das Königskollegium bildenden Botschafter an das Reichss ministerium.

Als im Frühlinge des verstossenen Jahres das nach größerer politischer Einigung ringende Nationalgefühl der Deutschen in dem Berlangen nach einer zeitgemäßen Umgestaltung der staatlichen Berhältnisse des Baterlandes seinen Ausdruck fand, kamen die Fürsten Deutschlands den Bünschen und Bestrebungen ihrer Bölker mit freudiger Bereitwilligkeit entgegen. — Der Bundestag beschloß am 30. März die Wahlen der Nationalvertreter einzuleiten, welche am Size der damals noch bestehenden Bundesversammlung zusammentreten sollten, um zwischen den Regierungen und dem Bolke das deutsche Berfassungswert zustande zu bringen. Die Wahlen fanden statt, unbeiert und ungehemmt in vollster Freiheit. Bald trat die Nationalversammlung in Frankfurt zusammen und begann das große Wert, dessen Bollendung in turzem zu erwarten sieht. — Nicht ohne Besiegung großer hindernisse, welche teils aus der Natur der Ausgabe entsprangen, teils durch äußere Anlässe gegeben waren, schritten die Beratungen in der Paulstirche fort. — Selbst über den Ausgangspunkt des Wertes erhoben sich Zweisel, indem von einer Seite her, im Widerspruche mit dem tatsächlichen Verhältnisse nicht minder als mit

dem Wortlaute des erwähnten Bundesbeschlusses, ein Teil der Volksvertreter den Grundsatz der Bereinbarung verwarf und die ausschließliche Alleinberechtigung, mit anderen Worten, die unbeschränkte Souveränität für die Nationalversammlung

in Anspruch nahm.

Benn die Fürsten Deutschlands bisher keinen Einspruch erhoben haben gegen Abergriffe, in welchen sie nur ein Verkennen aller tatsächlichen und zu Recht bessehenden Verhältnisse, und, gelängen sie, den Umsturz der geselligen Ordnung in Deutschland, gewahren könnten, so geschah dies in der Hoffnung, daß im Schoße der Versammlung selbst die Mehrzahl über jene Bestrebungen den Stab brechen, daß in jedem Falle die öffentliche Meinung Deutschlands sich auf das Entschiedenste gegen dieselben aussprechen würde.

Fest siehend auf der durch den Bundesbeschluß vom 30. März gegebenen Erunds lage, glaubten die Regierungen den für den Beginn der Bereindarung zwischen ihnen und dem Volke geeigneten Zeitpunkt abwarten zu sollen, um sodann an ein Werk zu schreiten, welches nur durch ein aufrichtiges und vertrauensvolles Entz gegenkommen zu einem gedeihlichen, den gerechten Erwartungen der Bolker Deutsche

lands entsprechenden Ende geführt werden fann. Diefer Zeitpunkt icheint gefommen gu fein.

Infolge einer gemeinschaftlichen Einladung J. M. des Kaisers von Herreich und des Königs von Preußen, vereinigten sich J. M. die Könige von Bapern, von Sachsen, von Dannover und von Bürttemberg mit den beiden genannten Monarchen dahin, daß sie die Unterzeichneten mit dem Auftrage nach dem Sitze der provisorischen Zentralgewalt zu Frankfurt entsendeten, dort als die zum Behuse des Verfassungswertes Bevollmächtigten der großen Fürsten Deutschlands in ein Kollegium zusammenzutreten, und durch die Vermittlung der provisorischen Zentralgewalt mit der Nationalversammlung das Wert der Vereinbarung der fünftigen Verfassung Deutschlands zu beginnen.

Indem die Unterzeichneten sich beehren, im Namen ihrer Regierungen gegenswärtige Kollektiverklärung dem Herrn Präsidenten des Ministeriums der provissorischen Zentralgewalt zu überreichen, mit der Bitte, dieselbe zur Kenntnis der beutschen Nationalversammlung zu bringen, erübrigt ihnen nur die Bemerkung, daß sie auch diesenigen deutschen hohen Regierungen, welche im KronsKollegium keine eigenen Bevollmächtigten haben, kalls dieselben dies wünschen sollten, zu vers

treten ermächtigt find.

# 42. Bunfen an Camphausen. Eigenhb. Driginal.

Berlin 1849. Januar 17.

Sie waren so freundlich, mein verehrter herr Staatsminister, mir zu erlauben, Sie noch gestern abend spät zu besuchen; ich glaubte aber davon keinen Gebrauch machen zu dürfen, da es schon nahe bei zu Uhr war. Ich freue mich aber, daß Sie heute wenigstens noch hier bleiben, weil ich überzeugt bin, Ihr längeres Verweilen bringt Segen.

Graf Bulow hat mir die von Ihnen verfaßte Erflärung' mitgeteilt; ich bin damit gang einverftanden und hoffe nur, daß das übrige diefem entsprechend fein moge.

Ihre Fassung hat mich auf den Gedanken gebracht, daß bei einer folden Ers flarung die Außerung über die Grundrechte am natürlichsten mit der in Aussicht gestellten über die anderen Teile der Reichsverfassung gemeinschaftlich erfolgen burfte.

Erlauben Sie mir, daß ich Ihnen diefe Anficht mit einigen Worten zu begrunden fuche.

Der Entwurf ber Birtularnote f. Dr. 44.

An sich ist nichts seltsamer, als von den Regierungen zu verlangen, sich über die Grundrechte eher zu äußern als über das andere. Denn obwohl die Grundrechte zweimal verlesen sind und beraten, die übrigen Kapitel einmal, so verhehlt sich doch niemand, selbst in Franksurt, daß die Beränderungen bei der zweiten Beratung die Bedenken eher noch vermehrt als vermindert haben. Man legte aber auf die Publizierung der Grundgesetz des halb besonders einen so hohen Wert, weil man wenigstens diesen die Anerkennung sichern wollte, während eine Anerkennung der eigenklichen Reichsversassung in gar weiter Ferne zu siehen schien. Dieser Grund fällt nun weg durch Preußens Erklärung. Warum also jeht eine Ausnahme machen und etwas publizieren, was man doch nicht ganz gutheißen kann? Dessen Ansang man nach Ihrer eigenen Ansicht wegtassen muß, und wobei man wenigstens sich über die Albschaffung der Todesstrasse (worin der König nie willigen wird, und ich glaube mit vollem Rechte) die Entscheidung vorbehalten muß?

Endlich fann man ja auch wohl mit gutem Juge fagen: hinsichtlich der Elemente politischer Freiheit, welche die Erundrechte enthalten, könne niemand bezweiseln, daß Preußen ganz mit der Nationalversammlung übereinstimme, da dieselben ohne Ausnahme, zum Teile wörtlich, mit den entsprechenden Paragraphen der vom Könige verliehenen und vom Lande mit unbezweiselter Zustimmung anzgenommenen Verfassungsurfunde übereinstimmen. Sagt man das, so nimmt man ja damit die Erundrechte selbst im wesentlichen an. Ich gestehe, daß ich auch glaube, die leitenden Männer in Frankfurt selbst erwarten jest nichts anderes. Die Erklärung ändert jedenfalls alles. Heinrich v. Sagern hat mir seine Vereitzwilligkeit sehr bestimmt ausgesprochen, in irgendwelche, als Preis der Annahme geforderten Abänderungen einzelner Paragraphen der Verfassung einzugehen.

Benn Sie diesen Betrachtungen Ihre Zustimmung nicht versagen, so helfen Sie uns, glaube ich, aus einer wahren Verlegenheit und erleichtern zugleich sich selbst die Aussührung der Zusage hinsichtlich der in Aussicht gestellten Erklärungen und Außerungen über das Verfassungswert. Bei der Wichtigkeit der Sache werden Sie mir jedenfalls meine Weitläusigkeit verzeihen. Sie wissen, daß ich in allen anderen Punkten Ihnen beistimme. Gott helfe uns in dieser schweren Krise.

43. Bemerkungen des Grafen Balow über die Denkschrift vom 17. Januar und das Schreiben des Fürsten Schwarzenberg an den Grafen Brühl von demfelben Tage.

Berlin 1849. Januar 20.

I. Die Dentschrift enthält tein Wort über Sterreichs Stellung zu Deutschland. Fürst Schwarzenbergs Brief sagt: "Herreich strebt nicht barnach, sich an die Spige von ganz Deutschland zu stellen, und noch weniger will es einem Leile desselben vorstehen." (Diesisteine spizige Anspielung auf Preußen und Rleindeutschland.) "Im Notfalle" (heißt es dort wieder) "werde Herreich mit Deutschland nicht zugrunde gehen wollen, sondern sich auf sich selbst zurücziehen in sein Schneckenhaus."

II. Die Denkschrift enthält durchaus keine positive Anerkennung irgendeines Prinzips hinsichtlich der Zentralgewalt. Sie sagt: "ohne Revolution sei das Streben nach Einheit nur annähernd durch eine Gruppierung der Staaten in größere Körper zu befriedigen, welche durch eine kräftige Zentralzgewalt zusammengehalten werden." Aber es ist kein Wort gesagt, auf welche Weise sine solche kräftige Zentralzemelt geschessen kann und soll

eine folche fräftige Zentralgewalt geschaffen werden tann und foll.

Dagegen ist die Denkschrift sehr ausführlich und bestimmt über die Art, wie die (ber Zentralgewalt notwendig entgegenwirkende) Kreisgewalt zu fast ausschließe lichem Besitz der Macht erhoben werden konne. Die oberste Kreisgewalt soll gestärkt werden durch militärische Verschmelzung, durch gemeinsame oberste

Justigpflege, durch gemeinsame Volksvertretung. Vom lehteren Puntte sieht man jedoch ab wegen der Bedenken S. M. des Königs! Baden kommt unter Burttemberg, heffen unter hannover usw.

Gine diplomatifche Bertretung bei jedem einzelnen Fürstenhaus im Rreise murde

Ofterreich sich jedoch vorbehalten.

Hinsichtlich der Zentralgewalt soll "der Neichsverweser im Provisorium ers halten und mit den Bevollmächtigten der sechs Könige umgeben werden" (sic!). Diese sollen sich als Souverane konstituieren und jeder mit einer Stimme entsscheiden.

Das Staatenhaus tonnte Offerreich nicht beschiden wegen Mangels an ge-

eigneten Männern. Damit fällt alfo jede nationale Mitwirtung weg.

Ofterreich will für das Definitivum "eine Art von Boltsvertretung,

gewählt aus den Reprafentationsforpern der Rreife".

Borher, "ehe die sechs Königsboten in Frankfurt a. M. sich vereinigen", sollen 40000 Mann unter dem Könige von Württemberg zusammengezogen werden (20000 Preußen, 10000 Bapern, 10000 Württemberger). Dann erst soll die Rollektivnote an die Zentralgewalt übergeben werden. Der preußische Bevolls mächtigte soll über Olmüß mit Graf Nechberg an die deutschen höfe gehen. "In diesem Sinne ist bereits Bapern und Württemberg beschieden."

III. Die Denkschrift erkennt der Nationalversammlung kein eins ziges positives Recht zu und nimmt von ihren bisherigen Bestatungen und Beschlüssen durchaus keine Kenntnis. Herreich stellt

fich auf den Grund des Bundestagebeschlusses vom 30. März 1848.

Der Brief sagt: "Bapern und Württemberg würden einen Rheinbund stiften unter Frankreich." Wir erfahren aus demselben ferner, daß "herr v. Schmerling sich geirrt hat, wenn er gesagt, das österreichische Kabinett habe sein Programm modifiziert. Es weiß jest so wenig als am 27. November, wie es zu Deutschland stehe: aber wissen die übrigen deutschen Fürsten mehr?"

### 44. Entwurf zu der Preußischen Zirfularnote vom 23. Januar 1849. Ronzept von Camphausens Sand.2

Noth u. Merc S. 254 Zeile 24, 25: Anstatt "die deutsche Nation" im Konstept: "das Bolt". S. 255 Zeile 13, 14: Anstatt "daß sie — dieser Hoffnung" im Konzept: "einesteils daß sie nicht erfolglos blieb, andernteils daß die mögs liche Erfolglosszeit". Zeile 17 nach "überlassen" im Konzept: "mehr als ein ans derer der größeren Staaten Deutschlands". S. 256 Zeile 5: Anstatt "der deutsschen Nation" im Konzept: "des deutschen Bolkes". S. 256 Zeile 19 nach "zu kennen" im Konzept folgende durchstrichene Sähe:

"Eine Darlegung ber letteren ift nunmehr erfolgt, und mit Rudficht auf die Erläuterungen, welche das von dem öfferreichischen Ministerium am 27. Nov. dem Reichstage zu Kremster vorgelegte Programm später ergänzt haben, sowie mit Rudsicht auf die vorliegenden Verhältnisse wird als feststehend anzunehmen sein, daß

Erstens die tfl. offerreichische Regierung ben deutschen Bund als fortbestebend

betrachtet.

3meitens Offerreich im Bunde beharren und die ihm gebuhrende Stelle in

bemselben behaupten will.

Drittens Ofterreich die Scheidung des Bundesgebietes von den übrigen Teilen der Monarchie und die Beschräntung der Souveranitätsrechte zugunsten der

Diefe Gage tommen in der Dentschrift nicht vor, muffen alfo dem Briefe des Fürften

Schwarzenberg entnommen fein.

Da die Rote felbst bei Roth u. Merd 2, 253f. gedrudt ift, gebe ich hier nur die fache lich wichtigen Abweichungen, die Camphausens Konzept gegenüber der wirklich abgeschickten Rote ausweist. Das Konzept ist jedenfalls vor dem 17. Januar verfaßt, vgl. Rr. 42. Zentralgewalt bes Bundes nicht in bem Mage eintreten laffen fann noch will, als fie jur Darstellung eines bem Auslande gegenüber zu einem einheitlichen Staate verbundenen politischen Körpers erforderlich waren.

Die Agl. Regierung ift mit dem ersten Puntte völlig einverstanden, und fie hat schon früher Gelegenheit genommen, benfelben Satzu Frankfurt a. M. zu vertreten.

Der zweite Punkt gereicht der Kgl. Regierung zu hoher Befriedigung, und er entspricht vollkommen den Bunschen, welche bahin gerichtet sind, daß das um alle Gebietsteile des deutschen Bundes gezogene unauflösliche Band unversehrt, und daß das mächtigste Glied besselben auf alle Zeiten schügend und geschütt dem

Bereine erhalten bleibe.

hieraus folgt nun mit Begiehung auf den britten Punkt allerdings, daß ber Plan einer Bereinigung aller Staaten bes beutschen Bundes zu einem einheitlichen, nach außen ausschließlich burch beffen Zentralgewalt vertretenen Gangen unaus: führbar ift. Ofterreich selbst wurde nicht begehren, Rechte auszunben, denen nicht bie forrespondierenden Pflichten gegenüberständen; den übrigen deutschen Staaten würde nicht angesonnen werden fonnen, einer aus der Gesamtbevolkerung des Bundes hervorgehenden Bertretung, einer die Angelegenheiten der Gefamtheit leitenden Zentralregierung Rechte in Beziehung auf die auswärtige allgemeine und kommerzielle Politik, auf die Legislation und auf die Finanzwirtschaft eins guräumen, wenn nicht auch bas öfterreichische Bundesgebiet in gleichem Umfange ben Beschluffen der gentralen Gewalten unterworfen mare. Jreig bingegen murbe ber andere Schluß fein, daß mit der Rudfichtnahme auf die eigentumliche gage bes österreichischen Raiserstaates, welche die Rgl. Regierung notwendig erachtet und der Deutschland fich nicht entziehen fann, nun lediglich zu dem alten Staatenbunde ober ju ben wesentlichen Grundlagen besfelben jurudgetehrt, ber von Deutschland mit Begeisterung erfaste Plan einer bundesftaatlichen Berbindung aber ganglich verlassen werden muffe. Bielmehr wird ...

(weiter wie G. 257, 3. 32).

Noth u. Merd S. 258 Zeile 3 nach "in Deutschland" die durchstrichenen Worte "und auch deren Erhöhung".

Roth u. Merd G. 258 Zeile 17 nach "Bundes bestehen":

"Die Rgl. Regierung erachtet sich hiernach durch die jenigen Entschlässe, welche die Ksl. österreichische Regierung rücksichtlich des von der Nationalversammlung zu Frankfurt erstrebten bundes staatlichen Verbandes gefaßt hat oder fassen wird, nicht von der Verpsichtung ents bunden, auf dem durch die Berufung der deutschen Nationalversammlung betrestenen Wege bis an das Ende auszuharren, und sie wird darauf ausharren ohne Nücksicht auf die steigende oder fallende Wahrscheinlichteit des Erfolges."

(Zu dem Ende usw. wie auf S. 258.)

Roth u. Merd S. 258 Beile 23 Kongept: "vor oder mahrend der zweiten Beratung".

Roth u. Merd G. 258 Zeile 30 nach: "übergeben wollen":

"Zur Nechtfertigung dieses Vorschlages werden wenige Bemerkungen genügen: Es sind im Eingange die Gründe angeführt worden, welche dazu mitwirkten, daß die Nationalversammlung in ihrer Wehrheit sich allein das Necht der Feststellung ber beutschen Verfassung zuschrieb. Die meisten deutschen Negierungen usw. wie S. 259 J. 3.

Noth u. Merd G. 259 Beile 5 nach: "nicht geschehen":

Die gesperrten Borte find im Rong. durchstrichen.

<sup>2</sup> Um Rande in Rlammern (fei es mit oder ohne D. fur den Bundesftaat). (Leifer Zweifel an dem Erfolge.)

Brandenburg, Antersuchungen.

"Der Versuch, den hierin liegenden Widerstreit mit der Nationalversammlung jest noch zum Austrage zu bringen, ware wahrscheinlich vergeblich, jedenfalls nuslos, weil einesteils die Regierungen nicht den bisher bewahrten Standpunkt verlassen werden, und weil andernteils auch die das Vereindarungsrecht am entsschiedensten bestreitenden Fraktionen der Nationalversammlung die Herbeisührung einer Abereinstimmung mit den Regierungen als wünschenswert erkennen. Je fester aber ein deutscher Staat" usw. wie S. 259 Z. 11.

Roth u. Merd G. 259 Zeile 20 nach: "Gelegenheit ju geben":

"Benngleich nun, wie bereits bemerkt worden, die Kgl. Regierung nicht glaubt, daß die Erklärungen, welche sie bei fortgesetztem Stillschweigen nach Beendigung der zweiten Beschlußnahme über die Berfassung abzugeben haben möchte, auf ihr den Borwurf, ein etwaiges Mißlingen der erstrebten Einigung zu verschulden, lassen lassen würden, so wünscht sie nicht minder lebhaft, die Bundesgenossen in dem Bersuche, möglichen Schwierigkeiten oder nachteiligen Folgen rechtzeitig vorzubeugen, zu unterstützen und dadurch das Gelingen des Werkes zu befördern. Der hoffnung, daß die namens der Regierungen an die Nationalversammlung zu bringenden Erössnungen in allen oder den meisten Punkten auf Einstimmung zu bernhen könnten, würde kaum Raum zu geben und daher nicht zu empsehlen sein, den Weg einer zu tressenden Bereinbarung unter allen Regierungen einzuschlagen. Großer Sewinn kann aber schon daraus hervorgehen, wenn da, wo Übereinstimmung sehlt, viele oder auch nur einige Staaten sich übereinstimmend aussprechen, und dazu soll diesseits die Hand geboten werden."

Dann an Stelle des ganzen Restes der Note folgender durchstrichene Passus!
"Der Inhalt der dem Bundesstaate zu gebenden Verfassung ist zu dem vorliegenden Zwecke in zwei Teile zu sondern, wovon der erste die obere Leitung des Bundes, der zweite die Vertretung des Volkes und der Staaten und den Umfang

der Bundesgewalt betreffen wird.

hinsichtlich des ersten Punktes wird die Krone Preußen, falls innerhalb des beutschen Staatenbundes ein Bundesstaat ohne Osterreich gegründet wird, dazu die hälfte an Bevölkerung, mehr als die hälfte an Macht und Wehrkraft liefern, und sie befindet [sich] daher in der Lage, wegen der oberen Leitung Vorschläge nicht zu machen, sondern von den die zweite hälfte bildenden Bundesgliedern möglichst gemeinschaftlich zu erwarten. Dahin gehende Eröffnungen wird die Kgl. Regierung gerne in Berlin empfangen. S. M. der König behalten sich Allerhöchstihren freien Entschluß vor, und räumen selbstredend dasselbe Recht jedem Bundesgliede ein. Jur größeren Klarheit mag jedoch hier wiederholt werden, daß S. M. der König keine Würde in Deutschland übernehmen werden, als mit Zustimmung der bes

treffenden Rurften und Regierungen.

Hinsichtlich des zweiten Punktes ist der Bevollmächtigte bei der provisorischen Zentralgewalt zu Frankfurt mit umfassender Instruktion versehen, und es ergeht demnach die ergebenste Einladung an alle diesenigen Regierungen, welche Modissitationen der vorliegenden Verfassungsentwürfe erforderlich erachten, und welche den Bunsch hegen, daß Preußen sich zu einer gemeinsamen Außerung mit ihnen vereinige, durch ihren Bevollmächtigten zu Frankfurt dem diessseitigen die betreffende Eröffnung baldigst zugehen zu lassen. Derselbe ist angewiesen, jede an ihn geslangende Mitteilung forgfältig zu prüsen und da, wo möglich, auf eine schleunige Berständigung hinzuwirken. Insbesondere wird die Kgl. Regierung gerne allem entgegensommen, was ohne Gefährdung des Zwedes die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der einzelnen Staaten zu wahren und zu befördern geeignet scheint."

Er ift offenbar icon mabrend ber Anwefenheit Camphaufens taffiert und durch den fpateren Schluß erfest worden, da diefer am Rande bemerkt hat "Reuer Borfchlag".

# 45. Graf Balow an Camphaufen. Eigenhb. Original.

Berlin 1849. Januar 21. abends.

Vor dem Posischlusse habe ich nur noch eine Minute Zeit, um E. E. zu avertieren, daß es mir nach schwierigen Kämpfen endlich gelungen ist, die Zustimmung des Königs zu der Ihnen bekannten Erklärung zu erringen. Da morgen allgemeiner Wahltag ist, wo niemand etwas anderes tun kann, als wählen, so kann ich die nötigen Expeditionen erst übermorgen schaffen und an E. E. abgehen lassen.

46. Eraf Bulow an Graf Bernstorff. Kopie mit eigenbb. Bleistifthemertungen König Friedrich Wilhelms IV.

Berlin 1849. Januar 21.

E. Hg. letzte Mitteilungen in bezug auf Ihre Verhandlungen mit dem Fürsten Schwarzenberg haben das Rabinett S. M. des Königs in den Stand gesetzt, das Resultat der bisherigen einleitenden Besprechungen vollständig zusammenzufassen, und sowohl die erreichte Verständigung in wesentlichen Punkten, als die noch divergierenden Ansichten zu erwägen und zu würdigen. Inzwischen können wir uns nicht verhehlen, daß die Lage der Dinge, wie sie in den letzten Wochen sich gestellt hat, zu einem besonnenen und festen Handeln mehr und mehr hindrängt, und es namentlich für Preußen zu einer unadweisbaren Pflicht macht, seine Stellung klar und offen auszusprechen. Je mehr wir dazu des Einversändnisses der k. disterreichischen Regierung gewiß sind, um so fruchtbarer wird dies für die Einigung Deutschlands sein; wir würden es aber für bedenklich achten müssen, so lange zurüczuhalten, bis auch in den Punkten, in welchen noch eine Divergenz stattsindet, diese Abereinstimmung erzielt worden sei.

Unfere Mitteilungen an die t. t. öfferreichische Regierung, wie fie in den durch E. pp. geführten Verhandlungen vorliegen, betreffen wefentlich die beiden Saupts

puntte:

1. Die Fesissellung des Erundsages, daß über das Zustandefommen der fünftigen Berfassung zwischen den Regierungen und der Nationalversammlung in Frankfurt eine Berständigung' erreicht werden musse, und die Mittel, durch welche eine solche

Berständigung eingeleitet werden fonne.

2. Die Gestaltung dieser fünftigen Verfassung selbst. In bezug auf dieselbe haben wir es als unsere Aberzeugung ausgesprochen, daß die Stellung Osterreichs im Bunde der deutschen Staaten erhalten werden musse, daß aber Preußen einem engeren Verbande derzenigen deutschen Staaten, welche durch homogenität ihrer politischen und materiellen Interessen dazu berusen und gedrängt werden, sich anzuschließen und denselben zu befördern, undeschadet dieses Bundesverhältnisses mit Osterreich, sich seinerseits nicht würde entziehen können; daß wir eine bloße Rückehr zum Staatenbunde für das übrige Deutschland als eine Unmöglichkeit ansehen, eine umfassende Vertretung der Nation aber neben einer starten Zentralzeretutivgewalt als eine Notwendigseit erachten müßten. Wir haben gewünscht, die Ansichten der k. Regierung in bezug auf diesen engeren Verband, wieweit Osterzreich sich demselben anschließen, oder in welcher Weise es neben demselben seine Stellung nehmen zu können glaube, entgegenzunehmen.

In bezug auf den ersten Punkt haben wir und der Justimmung der k. Regierung zu dem von und aufgestellten Grundsate der Verständigung zu erfreuen gehabt. Uber die einzuschlagenden Mittel, bei denen wir neben den Bevollmächtigten der

<sup>1 &</sup>quot;Darf nie Verständigung genannt werden, da Sagern das Wort jur Unmöglichkeit gemacht hat in seiner Ansprache an die Verfassungskommission vom 5. Januar. Es muß, es darf allein von Vereindarung die Rede sein. F. W."

Aursten ein Staatenhaus, in welchem auch die mittleren und fleineren Regierungen ibre angemeffene Berudfichtigung fanden, für angemeffen erachteten, bat eine

gleiche Übereinstimmung nicht stattgefunden.

In bezug auf den zweiten Duntt, die Gestaltung der fünftigen Berfassung felbit, haben wir mit wahrhafter Genugtuung fo viel nunmehr als feststehend ansehen tonnen, bag Offerreich dem Bunde der deutschen Staaten tren ju bleiben die ente schiebene Abficht hat, wie es dies nunmehr auch in Frantfurt ausgesprochen bat. Aber die baran fich fnupfende Frage wegen der Stellung, welche Offerreich in diefem Bunde gegenüber ber Notwendigfeit, jenem allgemein gefühlten Bedurfnis ber größeren Einigung, beren Anwendung auf Ofterreich in manchen Puntten auf Schwierigfeiten flogen muß, angunehmen gedenft, haben wir bisher vergebens' einer Rudaußerung des Rurften Schwarzenberg entgegengeseben, welches wir um fo mehr bedauern muffen, ale wir biefem Duntte nicht umbin fonnen eine por wiegende Bedeutung beizulegens, und die Lofung diefer Frage in erfter Linie für eine notwendige Bedingung der Berffandigung ju halten. Uber die Frage von ber Bertretung der Nation neben der Zentralbehörde ift eine übereinstimmung, wie E. pp. befannt ift, noch nicht erzielt.

Dagegen hat der Fürst Schwarzenberg ein großes Gewicht auf den von ihm entwidelten Dlan einer Gruppierung ber beutiden Staaten unter porortlicher Stellung ber Ronige in den refp. Rreifen gelegt. Bir haben biefem Borfchlage unfer fehr bestimmten Begrenzungen und Borbehalten, und fofern er in Berbindung mit unferen übrigen Borichlagen über die Gestaltung der deutschen Berhaltniffe ju bringen ware, nicht gang von der hand weisen ju muffen geglaubt, konnen aber Die einseitige und ifolierte Durchführung besfelben, namentlich auch feine Uns wendung auf den gegenwärtigen Augenblid nicht für angemeffen erachten, um fo mehr, als derfelbe nur als Romplement und im Zusammenhange mit dem an und für fich notwendigen, und von dem allgemeinen Bedürfnis wie von der alls gemeinen Stimme unabweisbar geforderten engen Berbande Deutschlands ju benten ift. Diefen letteren werden die deutschen Regierungen als Ziel voranstellen muffen, und die Gruppierung der Staaten innerhalb desfelben wird nur als Mittel und Modus der inneren Organisierung und Entwidlung besselben angeseben

merben bürfen. Bahrend die Berhandlungen mit der t. Regierung bis ju diefem Puntte gedieben find, ift inzwischen der Zeitpunkt der Entscheidung näher herangeruckt, und der Zwed, welchen wir bei unferen Vorschlägen über eine gewiffe Organisierung des Provis foriums im Muge hatten, Beit und Mittel qu einer rubigen und erfcopfenden Behandlung bes Berfaffungewertes ju gewinnen, ift nach ber veränderten Lage

ber Dinge auf jenem Wege nicht mehr zu erreichen.4

Soll ber 3med ber Berftanbigung mit ber Nationalversammlung erreicht werben, fo ift es notwendig, die einleitenden Schritte dagu gu tun, ebe bort entscheidende und ichwer zu andernde Beschluffe gefaßt werben, ober boch bie Beratung bort in ein Stadium gelange, in welchem Die Unforuche ber Berfammlung und ber Res gierungen in einen ichroffen und nicht auf friedlichem Bege ju lofenden Gegenfat treten. Es ift notig, daß die Aufmertfamteit ber Berfammlung ju rechter Zeit auf das wirklich Mögliche und praktisch Ausführbare in ihren Beratungen bins gelenft, und ihr daburch die Gelegenheit gegeben merbe, diejenige Rudficht darauf

<sup>&</sup>quot;fcone" (neben bem gangen Gabe).

<sup>&</sup>quot;natürlich".

<sup>&</sup>quot;viel in wenig gefagt". "Der Zwed ift und war allein auf dem Wege der Organifazion des Reichsproviforii zu erreichen, b. h. indem durch das Ronigs, Collegium bem Frankfurter Proviforium das Saupt gegeben und daburch die jeht noch darniederliegenden Obrigfeiten Teutschlands wieder aufgerichtet und im Proviforio bargeftellt werben. R. D."

zu nehmen, welche das mahrhafte Interesse selbst der deutschen Nation, das sie zu vertreten berufen ist, von ihr fordert. Dies scheint auch in Frankfurt vielseitig anerkannt zu werden; daher die von dort wiederholt und dringend ausgehenden Anforderungen, daß die Regierungen, namentlich die preußische, sich erklären möge.

Richt minder wird dies Bedürfnis von den übrigen deutschen Regierungen gefühlt, zugleich aber auch die Unmöglichkeit, sich einseitig und ohne die Teilnahme Preußens der Versammlung gegenüber erklären zu können. Den fast täglich hierher gelangenden Aufforderungen derselben kann die kgl. Regierung sich nicht länger entziehen, wenn sie nicht sich selbst und den übrigen Regierungen die größten Berslegenheiten bereiten und den Weg der Verständigung endlich ganz unmöglich

machen will.

Die fgl. Regierung hat es demnach für ihre Pflicht halten müssen, den deutschen Regierungen gegenüber sich über ihre Ansicht zu erklären, und dieselben zur Teils nahme an einleitenden Schritten zu einer Verständigung aufzusordern. Wir würden das größte Sewicht darauf gelegt haben, dies gemeinschaftlich mit der k. k. österr. Regierung zu tun; da sie aber der Übereinstimmung mit der letzteren in den Grundssähen gewiß ist, über die wesenklichen Punkte und Modalitäten der Ausführung aber und der näheren Sestaltung noch Differenzen stattsinden, so hat sie das uns aufschiebbare, vom Augenbliche gesorderte Handeln nicht von der weiteren Bershandlung über diese Punkte abhängig machen konnen. Wir beabsschiegen zu diesem Zwecke an die kgl. Sesandten bei den deutschen Hösen das anliegende Zirkular ergehen zu lassen, welches wir mit dem Vertrauen zuerst der k. Regierung mitzteilen, daß dieselbe in unparteiischer Würdigung der Stellung Preußens dem Versscharen der kgl. Regierung und den leitenden Grundsähen, welche in diesem Aktensstücke ausgesprochen sind, Gerechtigkeit widersahren lassen werde.

Es entfernt dasselbe sich nicht von dem Standpuntte, den wir in unseren Mitsteilungen an das t. Kabinett eingenommen haben. E. Hg. werden darin dieselben Wünsche in bezug auf Österreichs Verbleiben im Bunde und dieselbe Ansicht über sein Verhältnis zu den Bedürfnissen des übrigen Deutschlands wiederfinden, welche wir durch E. pp. dem Fürsten Schwarzenberg haben aussprechen lassen. Zugleich wird der letztere nicht vertennen, daß durch diese Behandlung der deutschen Ansgelegenheiten der weiteren Entwicklung derselben und namentlich der Stellung Osterreichs in keiner Weise präjudiziert wird, sondern nur die Mittel und Wege angebahnt werden, auf welchen eine Verständigung am leichtesten zu hoffen ist.

E. pp. wollen das Zirkular dem Fürsten v. Schwarzenberg vorlegen und dems selben den Bunsch des tgl. Kabinetts ausdrücken, daß der tsl. Bevollmächtigte in Frankfurt a. M. mit entsprechenden Instruktionen zur Teilnahme an diesen Besprechungen versehen werde. Der kgl. Bevollmächtigte in Frankfurt a. M. ist von dem Bert, welchen die kgl. Regierung auf die Übereinstimmung mit dem k. Kabinett legt, durchdrungen und angewiesen, sich möglichst in das wünschenswerte Einvernehmen mit seinem österreichischen Rollegen zu sehen.

#### 47. Graf Bulow an Graf Bernstorff. Kopie.

Berlin 1849. Januar 21.

E. Sg. wunsche ich in diesem kritischen Zeitpunkte in ben Stand gu segen, die Lage der Berhandlungen und Berhältnisse vollkommen gu überschauen, und füge beshalb den offiziellen Depeschen noch diese gang vertraulichen Zeilen hingu, benen

<sup>1</sup> Gleichzeitig wurden in einem zweiten offiziellen und zur Befanntgabe an Schwarzenberg bestimmten Erlaß die Grunde ausführlicher erörtert, die für die Abfendung der Zirkularnote bestimmend gewesen seien; sie enthält nichts Neues, sondern führt nur etwas breiter aus, weshalb Preußen auf einen engeren Bund nicht verzichten tonne.

ich Abschrift ber letten burch Bermittlung des Grafen Bruhl hierher an G. M.

ben Konig gelangten Sendung des Fürsten Schwarzenberg beilege.

Bur Erläuterung berfelben habe ich ju bemerten, daß G. M. der Ronig, wie E. pp. bereits befannt ift, durch ben Grafen Bruhl dem Fürsten Schwarzenberg ein furges Erpofé feiner perfonlichen Gedanken über die Urt und Beife, in welcher die deutsche Angelegenheit anzugreifen sein mochte, in nicht offizieller Beise hatte übers geben laffen. Im wesentlichen beruhten auf dieser Auseinandersetung auch meine früheren offiziellen Mitteilungen an E. pp.; einzelne Puntte derfelben waren noch Gegenstand ber Beratung gwifchen G. M. und hochfibrem Staatsministerio. Un biefe vertrauliche Mitteilung G. M. anknupfend, und die durch G. pp. ges pflogenen Unterhandlungen beifeite fegend, hat nun der Gurft die Borfchlage Offerreichs ju unmittelbarem Sandeln naber formuliert, und die beiliegende gebeime Dentidrift nebit dem Entwurfe einer Rollettionote dem letteren durch den Grafen Trautmannsborff übergeben laffen. G. M. ber Ronig baben bem Dinis fterium von diefen beiden Studen Mitteilung ju machen und beffen Unficht über Die Ausführbarteit der darin entwidelten Anfichten ju erfordern geruht. Obgleich nun diefer Gegenstand megen des gang vertraulichen Beges nicht wohl in die of fiziellen Berhandlungen hineingezogen werden fann, fo habe ich es boch für notig gehalten, E. pp. davon vertraulich in Renntnis ju fegen, und Ihnen jugleich Die Grunde anzudeuten, aus welchen bas Minifterium G. M. bem Ronige nicht bat raten tonnen, auf die Borfchlage des Fürsten einzugeben.

So sehr in der Denkschrift des Fürsten vom 17. d. M. das Bestreben anzuerkennen ift, auf die Bunsche und Ansichten S. M. einzugehen, so ist es doch unverkennbar, daß in der Aufnahme der letteven von österreichischer Seite wesentliche Mittels glieder ausgelassen sind, und daß dagegen andere Seiten derselben auf eine Spitze getrieben find, wodurch sie in der praktischen Aussührung einen ganz anderen

Charafter annehmen wurden.

Beides tritt besonders in folgenden Dunften hervor:

Tr. Der König hatte bei der von ihm angedeuteten Organisterung des Provis foriums junachft die Abficht, Zeit für eine besonnene Beratung des Definitivums ju gewinnen, bann aber auch ben Gedanten, burch Diefelbe icon jest ben Ubergang ju bem fünftigen Definitivum anzubahnen. Dazu mare es erforderlich gemefen, baß eine Abereinstimmung in den gegenseitigen Unfichten wenigstens über die wesentlichen Puntte bes letteren erzielt ware. Diese hat bis jest zwischen ber Ansicht Gr. Maf. und bes ofterreichischen Rabinetts noch nicht flattgefunden, weber was Die Organisserung ber Zentralgewalt, noch die Urt ber Bertretung ber Ration betrifft. Über die erstere fehlen und bis jest alle Andeutungen von feiten des Fürsten Schwarzenberg; über die lettere findet, wie E. pp. wiffen, eine wesentliche Divers geng flatt. Es hatte alfo über biefe eigentlich enticheibenden Lebensfragen alles in suspenso gelaffen werden muffen; daß dies aber nicht möglich ift, daß diefer aweifelhafte Buftand nicht allzu lange bauern tann, bedarf teiner weiteren Huds führung. E. pp. werden vielmehr barin mit mir übereinstimmen, daß eine Bers flandigung über die Grundjuge ber fünftigen Berfaffung Deutschlands ein Bes burfnis der nächsten Gegenwart ift und nicht in eine allzu weite Kerne binaus, gefchoben werden barf, wenn nicht der Grundfat felbft der Berftandigung und Bereinbarung mit der Nationalverfammlung vernichtet oder in seiner Ausführung unmöglich werden foll.

2. Der Fürst hat dagegen ganz besonderes Gewicht auf die von ihm vorgesschlagene Gruppierung der kleineren deutschen Staaten gelegt. Die tgl. Regierung hat aber billig Bedenken tragen mussen, mit dieser zweiselhaften, in bestehende Rechte wesentlich eingreisenden und weder den Fürsten, noch den Völkern wills kommenen Raßregel einseitig vorzugehen und mit diesem Teile des ganzen Planes den Ansang zu machen. Es konnte dieselbe leichtlich statt zu einer Organisserung

an einer völligen Desorganisierung der deutschen Berhältnisse führen. Es läßt sich schwerlich sagen, daß das nach einer größeren Einheit strebende Nationalgesühl Deutschlands, welchem Rechnung zu tragen der Fürst sich bereit erklärt, durch diese Gruppierung der kleineren und mittleren Staaten auch nur annähernd befriedigt würde. Vielmehr würde dieselbe — namentlich wenn sie ohne die ergänzenden Organismen der zentralen Bertretung ins Leben träte — nur eine größere Zersspaltung und Zerrissenheit mit sich führen, und die deutsche Nation würde sich zus nächst statt eines einigen Deutschlands in 6 Deutschländer geteilt sinden, welche zu einem organischen Ganzen zu verbinden nach her unendlich viel schwerer sein möchte, als es jest ist. Wan würde darin — und nicht mit Unrecht — nicht eine Vermittlung und Annäherung zum Ziele, sondern eine Eludierung und ein Sinausschieden desselben zu sehen glauben. Es würde dies daher dem eigentlichen Grundsgedanken des Königs wenig entsprechen, nach welchem die Wehrherzogsümer des deutsches Neiches nur in Verbindung mit der ganzen Organisation des letzteren ihre eigentliche Stelle finden können.

3. Es wird E. Hg. nicht entgehen, wie absichtlich in allen von Olmüß hierher gelangten Mitteilungen jede Andeutung über das Berhältnis vermieden ist, in welchem das kfl. Kabinett sich die Möglichkeit eines engeren Berbandes der deutschen Regierungen und die eventuelle Teilnahme Osterreichs an, oder Stellung zu einem solchen denkt. Daß diese Frage aber in erster Linie sieht und einer gleichzeitigen Berständigung mit den übrigen Fragen bedarf, brauche ich E. Hg. nicht erst zu

erwähnen.

Ich habe im Vorstehenden die wesentlichen Divergenzen angedeutet, welche zwischen den Grundanschauungen der von S. M. entwickelten Ansichten und denen des Fürsten Schwarzenberg stattfinden. Dieselben Grundanschauungen werden auch einen wesentlichen Einfluß ausüben auf die Lösung der Frage: was zunächst zu tun sei?

Die Vorschläge des Fürsten Schwarzenberg enthalten zwei Puntte:

1. Die unverzügliche Beschickung der Zentralgewalt durch die 6 Königsboten und die von denselben zu erlassende Erklärung, zu welcher der österreichische Ents wurf vorliegt; und

2. die Zusammenziehung eines Korps von 40000 Mann in der Rabe von

Frankfurt a. M. unter bem Rommando bes Konigs von Burttemberg.

Die erste Frage, die sich bei Erwägung dieser Vorschläge S. M. dem Könige und dem Staatsministerio aufdrängte, mußte die sein, ob dieselben auch wirklich den beabsichtigten Zweck zu erreichen imstande wären?

Diese Frage mußte entschieden verneint werden, sobald man den Zwed einer wirklichen Berständigung ins Auge faßte. Bielmehr wird bei näherer Erwägung wohl niemand in Zweifel sein, daß dieselben nur zu einer vollständigen Auflösung ober gewaltsamen Sprengung der Bersammlung — und mit ihr ohne Zweifel der

Zentralgewalt felbst - führen könnten.

Die peremtorische Erklärung der sechs Bevollmächtigten in Verdindung mit der Ausstellung einer solchen Leeresmacht würde von ganz Deutschland als ein Staats, streich erkannt werden, welcher, als eine entschiedene Kontrerevolution, eben nur der Beginn einer neuen Nevolution wäre. Die sehr aber auch die Versammlung in einzelnen Fällen ihr Mandat überschritten und sich in einem Leile ihrer Mitglieder auf den revolutionären Boden gestellt hat, so würde doch das Nechtsgesühl der ganzen Nation sich gegen eine solche gewaltsame Vernichtung der Versammlung, welche gerade durch die von dem Fürsten selbst angesührten Bundesbeschlüsse auf legalem Boden, unter Mitwirkung sämtlicher, auch der ksl. Negierung ins Leben gerusen ist und in ihrem Bestehen nicht als bloßes Erzeugnis der Nevolution bezeichnet werden kann, mit Necht sträuben. Wenigstens müßten vorher alle anderen Mittel der Verständigung erschöpts sein, und die Versammlung sich in offenen

Widerstreit mit ben Regierungen gesett haben. Diese vorher zu erschöpfenden Mittel ber Berftandigung aber tonnen nicht in bem ichroff auf Die Gvipe ges ftellten Gegenfas der Pringipien, wie er in dem Entwurf des Fürsten Schwarzenberg enthalten ift, gefunden werden, fondern nur in dem ruhigen und besonnenen Aussprechen ber Bebenten und Forderungen der Regierungen, wie die Ral. Res gierung bies in bem Zirfular vorschlägt. Dadurch allein ift die Möglichkeit gegeben, auch die Berfammlung von dem unfruchtbaren Biderftreit der Bringipien meg auf das praftifd Moaliche und Ausführbare bingulenten, und dadurch die Ber; ftandigung möglich ju machen, welche S. M. ber König als oberften Grundfat bingeftellt bat und festhält. Go ficher daber auch anzunehmen ift, daß der Fürst Schwarzenberg in Diesem Grundfas und in Diesem letten 3wed mit G. M. bem Ronige übereinstimmt, fo durfte boch faum ju zweifeln fein, daß derfelbe fich in ber Babl der Mittel, die dazu führen fonnen, auf einen anderen Standpuntt ftelle.

In welcher Lage fich aber nach einer folchen wirklich erfolgten Auflösung ber Berfammlung aledann Preugen gegenüber dem Rollegium der 6 Ronige, nament; lich wenn bies in Berbindung mit ber Durchführung ber vorgeschlagenen Grups pierung gedacht wird, befinden murde, bedarf fur E. Sg. wohl feiner naberen Undeutung, fo wenig wie die folgenschweren Rrifen, welche fich im eigenen Lande wie in gang Deutschland an eine Sprengung ber Berfammlung fnüpfen murben.

Namentlich in letterer Begiehung haben fich aber auch gegen bie praftische Auss führbarteit ber zweiten Magregel erhebliche und nicht zu beseitigende Bebenten erheben muffen: nämlich gegen die Aufstellung eines aus 20000 Preußen, 10000 Bapern und 10000 Barttembergern bestehenden heeres, welche freilich das note wendige Romplement ju der von dem Fürsten Schwarzenberg vorgeschlagenen Erflarung fein mußte, ba bie lettere weit eber ben Rampf als ben Frieden in Aus: ficht fellen wurde. Die Aufftellung eines Korps von 20000 Mann in jener Gegend murde für uns, nach der Dislofation unferer Truppen, und dem dringenden Bes burfnis der Bermenbung derfelben im eigenen Lande, nach verschiedenen Seiten hin mit ben größten Schwierigfeiten verbunden fein und nur durch eine Bugiehung der Landwehr möglich werden, gegen welche wir unter den obwaltenden Umfländen mit Recht großes Bedenfen tragen muffen. Db aber die banerifchen und wurttems bergifchen Streittrafte, auf welche ber Rurft rechnet, imftande fein wurden, bem beabsichtigten 3mede ju entsprechen, muß wenigstens febr zweifelhaft genannt werden. Dag von feiten ber tfl. ofterreichifden Regierung auf teine Beibilfe gu rechnen fei, bat ber Fürst felber erflart; Die Berftartung ber Garnifon von Maing um einige Taufend Mann wurde fcwerlich ein Gewicht in die Bagichale legen. Das Miniflerium hat fich baber nicht in ber Lage feben tonnen, die Frage um die Ausführbarteit einer folden Truppengusammengiehung bejabend zu beantworten.

Diefe prattifche Unmöglichteit wird an fich felbst binreichend fein, ben tfl. Ronfeiles prafidenten von der Schwierigfeit ju überzeugen, die von ihm gemachten Borfchlage . jur Ausführung ju bringen, und daraufhin gemeinfam in ber von ihm angedeuteten Beife vorzugeben.

E. Sa. werben es nicht gerabe angemeffen finden, eine Distuffion mit bem Gurften Schwarzenberg aber Diefe gang vertrauliche Mitteilung hervorzurufen; fofern aber berfelbe biefen Gegenstand berühren follte, fo merben E. Sg. in bem Borftebenden hinreichende Materialien finden, um demfelben gegenüber die Ente ichliegungen S. M. des Ronigs und ber fal. Regierung ju motivieren und ju vertreten.

#### 48. Graf Balow an Camphaufen. Eigenhb. Driginal. Audzug Cafpary 284.

Berlin 1849. Januar 23. abends. E. C. fende ich diefe Zeilen burch herrn v. Bunfen. Er hat mir fehr mefentlichen Beiftand geleiftet in ber beutschen Frage burch tapferes Ginhauen auf die Ihnen befannten Velleitäten und viel dazu beigetragen, daß ich das Zirkular endlich habe in die Welt setzen können. Er wird Ihnen mündlich mitteilen, welche Vorschläge von seiten des Fürsten Schwarzenderg direkt an den König gelangt sind, gleich nach Ihrer Abreise. Sie gingen auf nichts geringeres hinaus als auf eine entsschiedene Kontrerevolution in Deutschland zugunsten des alten Bundes mittelst Einsetzung eines Königskollegiums unter dem Schutze einer Armee von 4000. Das Extreme selbst dieser Vorschläge hat mir genützt, sie ablehnen und den unserigen durchbringen zu können.

Ich habe Bernstorff autorissert, jene Borschläge entschieden abzulehnen und sich auf feine weiteren Berhandlungen auf biefer Basis einzulassen. Dies tue ich mehr ober weniger invito rege, werbe aber baran festhalten, auch mich weiteren gesheimen Sendungen entschieden opponieren — soweit fie zu meiner Kenntnis kommen.

Es stehen mir in dieser hinsicht noch schwere Kämpfe bevor; denn der König gibt seine Ideen nicht auf, wenngleich er für den Augenblick zuläßt, daß Entgegens gesetzes geschehe. In Olmüß wird man sehr desappointiert sein, aber gewiß noch eine große Mine springen lassen.

An den in dem Zirkular ausgesprochenen Grundfägen werde ich unverbrüchlich festhalten. Bor allem rechne ich nun auf Ihre fernere Mitwirkung dort, damit wir die Sache auf den guten Weg bringen und darauf erhalten, soweit unsere Kräfte reichen.

In der schleswigschen Sache hat Bunfen mir versprochen, im genauesten Einversftandnis und Gemeinschaft mit Ihnen zu handeln. Wesentliche Puntte scheinen mir:

1. daß wir den Erundsat der Berbindung Schleswigs mit holstein mindestens auf dem Fuße ante bellum nicht aufgeben und daher

2. auf den Palmerstonschen Borschlag' nur so weit eingehen, als er damit toms

patibel ist.

3. Daß in Frankfurt zur Einsicht und Anerkennung gebracht werde, daß für Holstein ein Mittelzustand gleich dem, wie er für die österreichisch/deutschen Lande sowie für Limburg und Luxemburg unabweislich sein wird, zugelassen werden muß, weil sonst die Bereinigung der Herzogtümer von deutscher Seite unmöglich gemacht und das Problem unlösbar wird.

4. Daß wir als lettes Expedienz die Teilung Schleswigs nicht ganz aufgeben. Ubrigens ist es urgent, daß die Berhandlungen in London so bald als möglich eröffnet werden. Womöglich muß mit dem Reichsministerium eine förmliche Punktation gemacht werden.

Der herzog von Roburg ift hier, um einen gleichen Antrag, wie famtliche fachfische herzöge ihn bereits gemacht haben, perfonlich zu fiellen." Der Rönig hat ihn beute

empfangen; wie er fich perfonlich geaußert hat, weiß ich noch nicht.

Beide Medlenburg stellen Anträge auf die Aufnahme ihres Kontingentes in den preußischen Armeeverband. Wie werden wir diese Sache Frankfurt gegenüber zu behandeln haben? Wir müssen den Anschluß befördern und realisteren, aber einen etwaigen Konstitt mit der Zentralgewalt vermeiden. Es wäre wohl gut, wenn Sie zunächst mit Peucker vertraulich darüber sprächen. Ich schreibe morgen offiziell deshalb.....

Ich halte es für gut, daß unfre Zirkulardepesche so bald als möglich in die

Offentlichkeit langiert werbe.

PS. Die Bahlen der Bahlmanner in Berlin find schlecht — höchstens zu etwas mehr als ein Drittel konservativ — ausgefallen.

1 Bgl. über den englischen Vorschlag vom 12. Dez. 1848 v. Sybel 1, 375.

Der Antrag der thuringischen Fürsten ift ohne Datum gedruckt bei Roth u. Merd 2, 191. Er war wohl vom 14. Januar 1849 datiert, f. Ernst II, Ans meinem Leben 1, 330. Der herzog erwähnt seinen perfonlichen Aufenthalt in Berlin Ende Januar nicht.

# 49. Camphausen an Graf Bulow. Eigenhd. Konzept. Auszug Casparn 285.

Frankfurt 1849. Januar 27.

E. Hg. danke ich verbindlichst für die mir durch herrn Bunsen übersandte Mitsteilung, der gestern morgen die Zirkulardepesche folgte. Sie wird bald in die Zeitungen hinüberlausen und macht, soviel ich die jest wahrnehme, einen eklatanten Eindruck. Gagern erklärte sich ganz zustrieden, und der Bürgermeister Smidt war völlig entzückt; er meinte, est sei der einzig mögliche und einzig richtige Weg und er wisse gar nichts auszusehen. Gagern hat auf Montag sämtliche Bevollmächtigte berusen, um den in der Note empsohlenen Gang mit Bitte um Beschleunigung zu unterstüben. Ob die Nationalversammlung über das für alle Regierungen konservierte Zustimmungsrecht nicht Streit und Zank erheben wird, ist mir zweisels bakt.

in den Zeitungen gestanden, daß die Note Erklärungen nach Berlin einfordere, als Kontremine verlangt haben, daß die öfterreichische Regierung Erklärungen nach Frankfurt einfordere. Er arbeitet auf ein Bevollmächtigtenkollegium hin, worin Preußen die Minorität haben würde. In der Nationalversammlung erzielt seine Partei die Vereitelung der Beschlüsse mit Verleugnung aller bisher befolgten

Grundfate und Abergengungen.

18836 muß die Durchbringung der Zirfularnote dantbar anerkennen, und ebenfo es jugeben, daß Gie mir badurch Berpflichtungen auferlegt haben, benen ich tros ber fatalen Lage, worin ich wegen der Grundrechte verfett bin, Folge ju geben bereit sein werde, wenn die Antwort auf mein Schreiben vom 29. Dezember bagu die Aufforderung enthält. Unfere tonfervativen Freunde, j. B. v. Binde und Schwerin, bleiben hinfichtlich ber 3wedmäßigfeit, die Grundrechte gu publigieren, entschieden bei ihrer fruberen Meinung; Die meinige ift durch die bisberigen Rachrichten über die Bablen in Preußen nichts weniger als geandert; inzwischen habe ich mein Pulver verschoffen und will nicht von neuem anfangen. — Wenn ich aber vorläufig bleibe, fo werden Sie, herr Graf, gewiß den Bunfch billigen, nicht im Untlaren über den Beg der Regierung ju fein, und obwohl ich mehr als vor 14 Eagen hoffen darf, qu'il n'y aura pas deux gouvernements, so wurde ich doch auch jur Sicherung ber übereinstimmung mit bem einen Gouvernement bitten muffen, in genauer fortlaufender Kenntnis von allem erhalten zu werden, mas bort in den beutschen Ungelegenheiten vorgeht ober befannt wird. Bum ficheren Transport geheim ju haltender Dofumente und Berichte wird ohnehin die baus figere Benutung von Felbjagern notig werden, und bier tann ich alle bedents lichen Dinge burchaus geheim bewahren. — Saben Gie eine Idee davon, wie ein Berliner Rorrespondent ber beutschen Zeitung von dem öfferreichischen Borfchlag vom 19. Dezember und von Ihrer Untwort darauf Biffenfchaft baben fonnte?

Begen Medlenburg verhandle ich vorläufig vertraulich mit Peuder. Ich schreibe Ihnen morgen einiges offiziell wegen Sachsens, mag aber die folgende Frage, die Gagern vertraulich an mich richtete, nicht in den Bericht aufnehmen: Benn im Konigreiche Sachsen, wo auf die Armee nicht zu rechnen sein soll, Unruhen ausbrechen, würde Preußen auf Anforderung der Zentralgewalt Truppen hergeben? Da Ofterreich nicht kann, so würde, wenn Preußen refüssierte, nur Bapern übrig bleiben. Sie sagen mir wohl gelegentlich ein Wort

bierüber.1

<sup>1</sup> Bohl gleichzeitig ging das turge bei Cafparn 284 mitgeteilte Schreiben fiber die Grunds rechte ab, ju bem nur ein undatiertes und unvollständiges Kongept vorliegt.

# 50. Bericht bes Grafen Bernftorff. Ropie.

Wien 1849. Januar 30.

E. Habe ich noch über die in meinem gestrigen amtlichen Bericht Rr. 23 erwähnte Unterredung mit dem Fürsten Schwarzenberg in bezug auf die deutsche Berfassungsangelegenheit und die neuesten Entschließungen der Regierung S. M. des Königs in dieser hinsicht vollständigen Bericht zu erstatten.

Die vorauszusehen mar, ift der Eindruck der beiden vertraulichen Depeschen bom 21. d. D., welche ich dem Fürsten nebst dem Entwurf ju der am 23. an fämtliche fal. Miffionen bei ben Bundesregierungen abgegangenen Birkulars depesche bereits einige Tage vorher mit einem entsprechenden Begleitschreiben abersandt hatte, nichts weniger als befriedigend gewesen, und die Quintessenz biefes Eindrucks, wie er fich aus ben Außerungen bes t. Ministerprafibenten gegen mich offenbarte, war, bag wir Offerreich in Diefer wichtigen Frage hatten fiben laffen, daß das einseitige Vorschreiten des tgl. Rabinetts in diefer Angelegenheit ben Mangel an Einverständnis zwischen Ofterreich und Preußen vor aller Welt tonftatieren und den widerstrebenden deutschen Staaten eine willtommene Baffe gegen die Ginigung in die Sande geben, sowie den fremden, diefer Ginigung abs holden Mächten eine freudige Genugtuung gewähren wurde; daß das Beginnen des Verfassungswertes mit dem Aufban des f. g. Bundesstaates oder der engeren Berbindung innerhalb des größeren Bundes das Zustandetommen dieses letteren unendlich erschweren oder unmöglich machen würde, während die vorgängige Gruppierung der fleineren Staaten in die bewußten Staatenkomplere und das gemeinschaftliche feste Auftreten der 6 größeren bofe die Einigung über die Bundes verfassung unendlich erleichtert haben würde; daß endlich es fich in wenigen Wochen zeigen würde, in welchen Zustand von Auflösung Deutschland infolge dieses Mangels an Einverständnis zwischen ben größeren Staaten, namentlich zwischen Bfierreich und Preußen, geraten würde; und daß das Resultat dieses Bustandes bei den brobenden Aussichten von feiten des Auslandes, insbesondere Frankreichs, bochft mahrscheinlich die Bildung eines neuen Rheinbundes sein würde.

Ich glaube mir die vollständige Refavitulation aller der Grunde und Beweise ers sparen und E. pp. damit verschonen zu dürfen, welche ich mich bemüht habe, in einer mehr als anderthalbstündigen Konfereng geltend ju machen, und bas Berfahren ber fal. Regierung, sowohl in formeller hinficht und in bezug auf die dem öffer, reichischen hofe von uns ju schenkenden Rudfichten, als aus ber inneren und uns abweislichen Notwendigfeit wegen der Stellung Preugens in Deutschland und wegen der unleugbaren Dringlichkeit des Augenblick zu rechtfertigen. Doch werde ich die Ehre haben, weiter unten auf die hauptpunkte gurudgukommen. Meine Aberzeugung von der Notwendigkeit jenes Berfahrens stimmt fo vollständig mit ber des fgl. Rabinetts überein, und E. pp. hatten mich fo ausreichend mit Material jur Berteidigung desfelben ju verfeben die Geneigtheit gehabt, daß es mir nicht schwer werden konnte, jene Gründe zu finden, die ich so weit als irgend möglich ers schöpft habe, um den Fürsten, wo nicht von der Zwedmäßigfeit der Entschlusse bes tgl. Rabinetts im öfterreichischen Interesse, boch von ber Redlichkeit und Rons fequeng unferes Verfahrens und von feiner Zwedmäßigkeit im Intereffe Preugens und Deutschlands im allgemeinen zu überzeugen. Fürft Schwarzenberg weiß, und ich habe es ihm mit der wahrhaftesten und aufrichtigsten überzeugung wieders holen konnen, wie es einer der ersten Glaubensartifel meiner politischen Religion ift, wenn ich mich so ausdruden barf, daß Preugen und Offerreich so innig als möglich befreundet und verbündet seien, und daß fie in den deutschen wie in den europäischen Fragen in möglichst engem Einverständnis voranschreiten. Aber ich habe ihm ebenso entschieden wiederholt, was ich ihm von dem Anfang unserer

Berhandlungen an gesagt habe, daß Preußens Standpunkt in Deutschland ein von dem österreichischen verschiedener sei, daß die Regierung des Königs diesen Standpunkt jeht weniger als je verleugnen könne, und daß es ihr ganz unmöglich sei, jenes enge Einverständnis mit Österreich, salls dasselbe unserem Standpunkte keine Rechnung tragen wolle, mit dem Preise des Aufgebens unserer nationalen Politik zu erkaufen. Das Bewußtsein des Fürsten, daß ich aus innerer Überzeugung zu ihm sprach, und jede gegen Österreich seindliche Gesinnung mir persönlich fremd ist, wie ich ihm versichert habe, daß sie dem kgl. Rabinett fremd sei, hat vielleicht wesentlich beigetragen, sein Mißvergnügen über das Fehlschlagen seiner Wünsche und Absichten in betress der Behandlung der deutschen Frage wenigstens in den Außerungen desselben zu mildern; denn er war ansangs nur zu geneigt, die Sache wie einen förmlichen Bruch zwischen uns anzusehen; doch hat es mir natürlich nicht gelingen können, sie ihm an und für sich angenehmer zu machen. Meine Hauptbemühungen habe ich deshalb nur dahin gerichtet:

1. dem Fürsten Schwarzenberg nachzuweisen, daß nicht wir die Verhandlungen abgebrochen und daher Osterreich haben sigen lassen, sondern daß der Fürst mir nach Empfang meiner letten Instruktionen in Olmütz erklärt hat, er könne nicht weiter über die Hauptfrage mit mir unterhandeln, die wir über die von ihm in den Bordergrund gestellte Gruppierungsfrage einig seien, und daß wir daher, da wir in seine desfallsigen Absichten nicht eingehen konnten, an dem Erfolge der weiteren Separatverhandlungen mit Osterreich in dieser Angelegenheit verzweiseln

mußten.

2. Daß wir zwar aus eben diesem Grunde, und weil ein endliches handeln nicht länger aufzuschieben war, formell betrachtet insofern einseitig vorangeschritten sind, als wir die Initiative zur Erklärung gegen die anderen Regierungen über unsere Ansichten allein ergriffen haben, daß wir aber deshalb keineswegs wünschen, einseitig und ohne Einverständins mit Osterreich weiter vorzuschreiten, sondern daß wir im Gegenteil dringend wünschen, in Frankfurt zu diesem Einverständnis mit Osterreich sowohl, wie mit den anderen Bundesstaaten zu gelangen, und deshalb die k. Regierung vor allem anderen gebeten haben, ihren Bevollmächtigten bei der provisorischen Zentralgewalt mit Instruktion zu diesem Zwede zu versehen.

3. Den Fürsten zu beschwören, die Sache weder selbst wie einen Bruch, oder die

3. Den Fürsten zu beschwören, die Sache weder selbst wie einen Bruch, oder die Absicht eines Bruches oder auch nur einer isolierten Politit von unserer Seite anzusehen, noch sie in der Art anderen vorzustellen, sondern im Gegenteil sowohl den deutschen Staaten und der Nationalversammlung wie dem Auslande zu zeigen, daß Österreich und Preußen in den wesentlichsten Grundprinzipien und in der Beschandlungsweise der Verfassungsfrage im allgemeinen und großen einverstanden sind, und daher den herrn v. Schmerling unverzüglich zum Eingehen in die Vers

hanblungen ju instruieren.

4. Dem Fürsten zu zeigen, daß es keineswegs unsere Absicht ift, den Aufbau ber engeren Bereinigung oder des sogen. Bundesstaates zuerst und isoliert vorzunehmen, sondern daß wir dies nur in Verdindung und gleichzeitig mit der Rekonsstruierung des größeren deutschen Bundes tun wollen, welcher in unseren Augen noch zu Recht besteht, und an welchem Ofterreich, unseren Wünschen nach, mins destens in demselben Maße teilnehmen muß, wie es dies bisher getan hat.

5. Ihm ju beweisen, daß gerade die juerft bewertstelligte Gruppierung ober Mediatisterung der kleineren und Kräftigung der größeren Staaten diesen letteren das beste Mittel jum Widerstreben gegen eine ftartere Zentralgewalt und größere Sesamteinigung in die hand geben und ihnen dadurch auch jugleich die Befries digung etwalger Meinbundsgelüste erleichtert haben wurde. Was diese Gelüste betrifft, so habe ich dem t. Konseilsprassdenten gesagt, daß dieselben am besten beseitigt warden, wenn Ofterreich der von dem übrigen Deutschland gewünschten, innigeren Bereinigung zu einem festen Ganzen in politischer und materieller Bes

ziehung nicht hindernd in den Weg träte, und dadurch mit Preußen eng verbündet bliebe und hand in hand ginge. Im Falle eines von dem Fürsten in nicht ferner Zufunft für wahrscheinlich gehaltenen Kriegs gegen Frankreich würde aber auch das sesse Jusammenhalten der beiden deutschen Großmächte und eine Erklärung von ihrer Seite an die rheinbündlerischen Staaten des südlichen Deutschlands, daß derjenige, welcher noch einmal an der deutschen Sache zum Verräter würde, nach dem endlichen Siege derselben unfehlbar seinem Untergange entgegenzusehen habe, sicherlich die beste Wirtung tun.

In bezug auf den ersten und zweiten der obigen Puntte beklagte der Fürst sich besonders darüber, daß die Zirkulardepesche nunmehr bereits abgegangen sei, ehe noch eine Rückäußerung von hier möglich gewesen, und daß daher eine gemeinschafts liche Initiative nicht habe stattsinden können. Daß eine solche auf dieser Grundlage doch niemals zu erreichen gewesen wäre, liegt inzwischen bei der Verschiedenheit der Ausschen flar zutage. Was die Instruierung des k. Bevollmächtigten in Franksfurt betrifft, so habe ich bereits die Ehre gehabt, zu berichten, daß Fürst Schwarzens

berg mir dieselbe bestimmt jugefagt hat.

Bieweit es mir aber überhaupt gelungen ift, ihn zu einem Eingehen in ben von uns nunmehr betretenen Beg zu stimmen, das vermag ich nicht wohl zu beurs teilen, und wird es fich beffer aus den Instruktionen abnehmen laffen, welche von hier aus nach Frankfurt abgehen werden. Zu einiger Beruhigung gereicht es bem Burften jedenfalls, daß in E. pp. Zirkulardepefche das Pringip der Bereinbarung festgehalten ist. Auch hat mir derfelbe auf meine im Laufe der Diskussion gemachte Bemertung, daß Ofterreich offenbar eine engere Berbindung als den bisherigen Staatenbund überhaupt nicht muniche, gefagt, daß er einer folden engeren Bers bindung durchaus nicht entgegen fei; als ich aber erwiderte, bag ich dieses jum erstenmal von ihm ausgesprochene Zugeständins atzeptiere, fügte er hinzu, daß man anfangs für Ofterreich einige Ausnahmen jugeben fonne, daß es jedoch mit ber Zeit nachfolgen werde, und gab fomit wieder die Abneigung gegen ein ohne Offerreich zu schließendes engeres Bundnis zu ertennen. In betreff der anderen widerstrebenden Staaten, wie Bagern, Sannover, Burttemberg und Sachfen, fieht Kürst Schwarzenberg seinen Außerungen zufolge sehr schwarz, und meint, Die von uns angestrebte Einheit Deutschlands konne nur infolge dafelbit flegreich durchgeführter Revolutionen zustande gebracht werden, welche die Könige zwängen, sich der Reichsgewalt gegen ihren Willen unterzuordnen. Auf meine Bemerkung, daß fie teilweise icon jest, wie g. B. in Burttemberg, den einheitlich gefinnten Ministerien und Kammern nicht würden widerstehen können, und daher auch gar nicht imstande gewesen sein murben, die Stellung ber Nationalversammlung gegenüber einzunehmen, welche Fürft Schwarzenberg ihnen habe guteilen wollen, erwiderte er, der König von Württemberg würde das Ministerium Kömer haben wegschiden muffen, und hatte dabei den größten Teil seines Landes für fich gehabt. Auf diefelbe Beife hatte man in den anderen Ländern verfahren und etwaigen Aufruhr mit Baffengewalt unterdruden muffen. Jest wurde nun der Rampf der Parteien j. B. in Banern beginnen, wo eine Salfte des Landes für die deutsche Einheit sei, die andere dagegen, und die Regierungen würden nicht fark genug sein, um der Revolution zu widerstehen, weil sie nicht zusammenhielten und nicht von porneherein eine feste Stellung einnähmen.

Preußen dagegen würde mit der gangen Masse der kleinen Fürsten umgeben sein, welche, selbst zu schwach, sich gegen die Revolution zu schützen, diesen Schutz von ihm verlangen würden; und, anstatt durch sie gestärkt zu werden, würde es in der Rots

wendigfeit fein, diefen Schut allein ju gewähren.

Ich habe mich nur immer wieder bemühen können, diese dusteren Ansichten bes Fürsten zu bekämpfen, und ihn zu überzeugen, daß mehr hoffnung vorhanden sei, die nunmehr seit 10 Monaten dauernde Revolution in Deutschland auf dem von

uns betretenen friedlichen und besonnenen Wege zu Ende zu führen, als auf dem von ihm beabsichtigten Wege der überall durchzuführenden gewaltsamen Reaftion und Kontrerevolution, welche wahrscheinlich nur neue Revolutionen heraufsbeschwören würde.

Bir find ichlieglich gwar anscheinend jeder bei seiner Meinung fteben geblieben, aber fibrigens ohne die geringste Störung bes perfonlichen guten Bernehmens

voneinander geschieden.

#### 51. Graf Bernstorff an Graf Bulow. Amtlicher Andzug. Ben. Caspary 291.

Wien 1849. Januar 30.

Ich war auf gar üble Laune beim Fürsten Schwarzenberg gefaßt. Daber war es mir auch recht lieb, ihm die oftenfiblen Attenfinde querft nach Olmus ichiden und fo den erften Ausbruch jeder Laune ein wenig verrauchen laffen ju fonnen, ebe ich ibn fprach. Das Digvergnugen ift natürlich groß; ich habe aber feinen Bormurf auf uns fiben laffen und fo offen mit ibm über unfere gegenseitige Stellung gesprochen, wie es nur irgend möglich ift. Ich habe ihm auch gezeigt, daß alle die frummen Wege der Rabinettspolitit in ihrem Endrefultate ju nichts führen konnen, ale die Sachen ju verwideln und ju vergagern, und daß fein preußisches Ministerium fünftigbin imstande sein werde, eine andere Politik ju verfolgen und zu vertreten, als eine preußische und deutschenationale und eine mit unserem biftorischen Beruf übereins ftimmende. Rur unter diefer Bedingung fei baher ein gutes Bernehmen gwifchen und und Offerreich fortan möglich; ich glaubte aber auch, daß lesteres fein wirfliches Intereffe haben tonne, diefer unferer Politif in Deutschland entgegengutreten. In dem Grundfage tonnte er mir gar nicht widersprechen, aber in betreff ber Bahl ber Mittel gibt er natürlich nicht ju, bag wir recht haben. Er fpricht außerdem immer unendlich viel von Intriguen gegen uns in Deutschland. Daß wir auf die Raiferwurde als folche keinen Bert legen, verfüßt Offerreich

Daß wir auf die Kaiserwürde als solche keinen Wert legen, versüßt Ssterreich die Pille bedeutend und läßt ihm selbst noch einen Strahl von hoffnung für die Zukunft. Wenn wir das Wesen haben, so können wir auf den Flitter verzichten; aber ich glaube, wenn wirklich ein Bundesstaat mit Preußen an der Spiße zustande kommt, so werden die anderen Staaten und Stämme gerade eine derartige Versänderung des Titels wünschen, um deutsch zu bleiben und nicht preußisch zu heißen. Inzwischen will man in Frankfurt wohl die Entscheidung nur hinausschieben, um noch abzuwarten, da man zu keinem Beschusch kommen können. Wenn wir nur dem Wesen nach an die Spiße kommen, so din ich beruhigt; aber wäre das nicht der Fall, d. h. für das engere Bündnis, so würden wir immer den Kürzesten dabei ziehen, dalwir verhältnismäßig bei weitem das größte Opfer brächten.

## 52. Bericht Camphaufens. Abschrift.

Frankfurt 1849. Januar 31.

In der Konferenz, deren mein Gericht vom 29.1 gedachte, fam zur Sprache, daß ein großer Teil der Nationalversammlung begehre, in kurzer Frist mit der zweiten Lefung der Berfassungsentwürfe zu beginnen, woraus ich Beranlassung genommen habe, nach mehrfachen Richtungen hin für die Ansicht zu wirken, daß die Berssammlung sich und der Sache unendlich schade, wenn sie selbst durch Abereilung der zweiten Beratung es den Regierungen unmöglich, oder beinahe unmöglich mache, sich vorher zu erklären. Es sei unrichtig zu sagen, daß es der Bersammlung an Beschäftigung fehle; sie habe vielmehr einen Gegenstand in Angriff zu nehmen

<sup>1</sup> Dict befannt,

und mit Eründlichkeit zu beraten, der vielleicht wichtiger sei, als das meiste, was sie bisher vollbracht, nämlich das Wahlgeses. Könne die Versammlung ein so konservatives Wahlgeses zustande bringen, daß es außer für das Volkshaus des Reichs für die zweiten Kammern aller deutschen Staaten annehmbar und ans wendbar wäre, so würde sie damit Deutschland einen großen Dienst erweisen, ihr eigenes Ansehen wieder aufrichten und für einige Zeit die demoralisserenden landss mannschaftlichen und konfessionellen Leidenschaften aus ihrem Schoße verbannen. D. v. Schmerling erklärte auf meine Frage, ob er glaube, daß die Leidenschaftlichkeit Abgeordnete verleiten werde, selbst bei Beratung eines Wahlgeseses gegen überszeugung zu sprechen und zu stimmen, daß er dies für seine Partei mit Entschiedenheit verneine.

Wenn aber auch die Versammlung sich noch mit dem Wahlgesetz und anderen Gegenständen beschäftigt, so tann bies boch einesteils nicht für lange Zeit geschehen, und andernieils werden von Tag zu Tage die Berhandlungen mit den Regierungss bevollmächtigten fich mehren, bei welchen zwar vorzugsweise zu fordern ift, daß die betreffenden Bevollmächtigten die Unfichten, Bunfche und Abanderungsvorschlage ihrer Regierungen vorbringen, um ju erwägen, inwiefern wir uns ihnen anschließen können, bei welchen jedoch nicht vermieden werden fann, über viele Punkte, vor und nach vielleicht über alle, diesseits eine positive Ansicht zu außern. Es werden baraus Schwierigfeiten und Berlegenheiten entspringen, ba es megen ber Rurge ber Zeit E. bg. vielleicht unmöglich sein wird, mir über alles die Unsichten der tgl. Regierung rechtzeitig und ausführlich zu eröffnen; daß es über die wesentlichsten Dinge baldigst geschehe, muß ich dagegen bringend munichen, und beehre mich zu dem Ende E. Sg. drei Eremplare ber heute ausgegebenen Jusammenftellung ber von ber Nationalversammlung über die Berfassung in erster Lefung gefaßten Beschlusse ju überreichen, mit ber Bitte, mich aufmerkfam ju machen auf basjenige, was bie tgl. Regierung im eigenen oder im allgemeinen Intereffe beanstandet oder geandert münscht.

Um aber meinerseits zu dem Zwecke mitzuwirken und den Verlauf zu erleichtern und zu beschleunigen, werde ich, soviel tunlich, im voraus meine Ansicht über die anzunehmende Haltung, sowie über die Art und Weise der von uns zu machenden Außerungen E. Hg. vorlegen, damit Sie Gelegenheit nehmen, mir mitzuteilen, inwiesern die tgl. Regierung übereinstimmt, oder inwiesern sie in Waterie oder Form Abweichendes vorzuschreiben hat. Zu demselben Zwecke werde ich fortlausend das Wesentliche der Außerungen und Erklärungen einberichten, wozu, ohne eine spezielle Weisung der Regierung zu besigen, die Verhandlungen mich genötigt

haben werden.

Ich beginne mit der Neichsoberhauptsfrage, hinsichtlich deren der Schluß der Note vom 23. Januar, welcher in der verschiedensten Weise interpretiert wird, mir einen Sturm von Anfragen und Anforderungen zuzieht. Man glaubt, daß Preußen durch die Worte: "Es dürfte wohl eine andere Form" (für das Neichsoberhaupt) "gefunden werden können" — die Verpssichtung übernommen habe, diese andere Form zu bezeichnen und in Vorschlag zu bringen. Dahingegen fürchten einige der kleineren Regierungen, welche sich zugunsten Preußens ausgesprochen haben, daß unsere Erklärung als eine Ablehnung der Oberhauptswürde angesehen werden möge, und sie verlangen Gewißheit zur Nichtschnur für ihr weiteres Verfahren. Demgegenüber würde meinem Verhalten etwa die folgende Basis zu geben sein:

Benngleich die Reichsoberhauptsfrage nach konstitutionellen Erundfäßen ebensfalls im wesentlichen als eine Regierungsangelegenheit zu behandeln ist, so läßt sich doch nicht verkennen, daß sie zugleich mehr als andere die Persönlichkeit des Fürsten berührt, und daß sie daher schwerlich ohne Verhandlungen in unmittels barer Rähe S. M. des Königs zu einem schließlichen Ende geführt werden kann. Die Entscheidung darüber ist allerdings eine Vorfrage für den Verfassungsban,

allein einesteils wird ihre Lofung eine verschiedene fein, je nachdem die Erklarungen Offerreichs bewirken, daß die Idee eines engeren Bereines innerhalb des Bundes festaehalten, oder daß sie verlassen wird, andernteils liegt wenigstens eine zwingende Notwendiafeit ju einer fofortigen öffentlichen Erflärung der Regierungen nicht vor. da die zweite Lefung der drei Abschnitte: das Reich und die Reichsgewalt; der Reichstag; das Reichsgericht beendigt fein muß, bevor der Abschnitt über das Reichsoberhaupt an die Reihe tommt, da ferner die Nationalversammlung selbst über diefen letten Abichnitt noch zu feinem vollständigen Befchlusse gelangt ift. Die preufifche Regierung balt feft an bem Musfpruche, daß Preufen feine ibm angebotene Stellung annehmen werbe, ale mit freier Buftimmung der verbundeten Regierungen: fie balt fest an der Unficht, daß die Errichtung einer neuen beutschen Raiferwurde nicht notwendig, und daß das ausschließliche Unftreben gerade diefer Form bes an und für fich notwendigen Ginbeitepunttes nicht forderlich fei; wenn fie aber andeutete, daß mohl eine andere Form durfte gefunden werden fonnen, fo hat fie bamit weniger die Berpflichtung übernommen, eine folche Form vorzus schlagen, als vielmehr, ober boch auch die Erwartung ausgedrückt, daß fie ihr porgefchlagen werbe. Unter ber Vorausfegung eines Verbandes mit Einschluß Offerreichs hat die Regierung in einem Direktorium von dreien eine nicht unwahrscheinliche Losung erfannt. Auch für einen Berband ohne Ofterreich hat die Res gierung ein Direttorium von breien nicht als unmöglich erachtet, ohne fich im geringsten über die große Mangelhaftigfeit diefer Staatsform gegenüber der Monas ju taufchen, und nur in ber Unterftellung ber Alternative, daß entweder gang auf bas Einigungswert vergichtet, ober in jene mangelhafte Form einges williat werden muffe. Stets aber ift die Regierung für diefe Eventualität von ber Unficht ausgegangen, daß Preugens Unspruch, in der fünftigen Erefutivgewalt des Bundes eine beständige Stelle einzunehmen, von niemandem bestritten werden tonne: bag biefem anerkannten Unfpruche - wenn ein einziges Oberhaupt nicht beliebt werde - berjenige gegenüberfiehe, welchen die übrigen beutichen Staaten, als die andere Salfte des bundesftaatlichen Gebietes umfaffend, in ihrem Intereffe hinfichtlich ihrer unmittelbaren Beteiligung an der Regierungsgewalt zu erheben hatten, daß es daher offenbar deren besondere Angelegenheit fei, eine Berftandigung unter fich ju versuchen. Preugen wird gerne auf die Berhandlung eingehen, wenn auch ein ausführlicher und formlich vereinbarter Borichlag noch nicht vorliegt: aber es muß munichen, bag man wenigstens über einige allgemeine Grundzuge übereingetommen fei. Diefes Berlangen ift um fo mehr begrundet, als Preugen, nachdem es erflärt bat, feine Stellung anzunehmen als mit freier Buffimmung ber verbundeten Regierungen, dadurch auch den verbundeten Regierungen das Recht ber Zustimmung zu berjenigen Stellung, welche irgendeine von ihnen in Deutschland einnehmen foll, zuerfannt und ju bemahren bat. - Uber Staates formen, welche außer der Trias beiläufig jur Beforedung gelangt find, wie j. B. ein Aurstenfollegium neben bem Oberhaupte - ein Reicherat mit einer gewiffen Teilnahme an den Befugnissen der erefutiven Gewalt - ein Direktorium bloß für Die legislativen und ohne Ginfluß auf die eretutiven Befugniffe bes Reichsobers bauptes - ein Bechfel bes Varlamentefibes ufw. wird die Regierung, wenn fie jum Borfchlage gebracht werben, ebenfalls bereitwillig in Beratung treten. Denjenigen Regierungen, welche fich bereits jugunften ber Ubertragung der Reiches oberhauptswürde auf Preugen ausgesprochen, ift ju empfehlen, das Barte der Stellung, worin G. D. ber Ronig fich befinden, nicht außer Augen ju laffen, im übrigen aber ebenfowenig ju vergeffen, daß bas tonftitutionelle Ministerium in ben Ratichlägen, welche es S. M. vorlege und vorlegen werde, vorzugeweise bas Bohl des Landes und Deutschlands zu berückschigen babe. Ein preußischer Minister muffe bie jungeren Bufdriften beutscher Fürsten als einen chrenvollen Beweis ber hochachtung und bes Bertrauens für feinen Monarden bantbar anertennen,

und wenn er auch außerstande sei, zu erklären, welche Natschläge er bei dieser ober jener eintretenden Eventualität zu erteilen beabsichtige, so dürse und müsse et boch darauf ausmerksam machen, daß Preußen, was es für sich in Anspruch nehme, auch den übrigen Verbündeten zugestehe, nämlich das Necht, hinsichtlich des Neichssoberhaupts eine freie, selbständige Weinung zu haben, zu vertreten und bei ihr zu beharren.

Dieses würde, soweit die Ereignisse sich bis heute entwidelt haben, die Unterlage sein, auf welcher zurzeit die Unterredungen über das Reichsoberhaupt sich ohne Präjudiz bewegen konnten. E. hg. werden mich besonders verpflichten, wenn Sie

mir recht bald mitteilen, ob Sie dabei fein Bedenfen finden.

# 53. Graf Balow an Camphaufen. Eigenhd. Driginal.

Berlin 1849. Februar 1.

.... Es ist übrigens seit der Entscheidung in der deutschen Frage nichts Bedeutendes hier vorgekommen, und bisher ist es mir vollkommen gelungen, die eingenommene Stellung gegen Ansechtungen zu behaupten. Auch hier macht unsere Erklärung überall einen guten Eindruck. Nur die Diplomatie schüttelt die Köpfe. Bon den deutschen Gesandten aber werden wir nun bestürmt, uns weiter zu äußern und zu sagen, wie wir den Bundesstaat und die Oberhauptsfrage geregelt wissen wollen. Ich bleibe vorläusig dabei, daß wir nun gesprochen hätten, und die anderen, vor allem aber Osterreich, sich nun auch offen aussprechen möchten. Lange aber ist diese Position nicht haltbar, um so mehr, als wir uns in Frankfurt über die Verfassungssvorlage erklären müssen.

Der Neichsverfassungsentwurf wird im Staatsministerio in Beratung genommen werden mussen. Ich wünsche aber vorerst Ihre Ansichten und Vorschläge zu haben. Ich bitte deshalb, daß Sie uns dieselben baldmöglichst zukommen lassen wollen. Auch darüber, wie Sie den ferneren Sang der Verhandlungen in Frankfurt gehands habt zu wissen wünschen, möchte ich recht bald Ihre Ansicht kennen. Vielleicht können Sie sich darüber mit herrn v. Sagern ins Einvernehmen sehen. Die Zussammenstellung der Frankfurter Verfassungsbeschlüsse, welche zu der Sagernschen Zirkularnote gehört, aber nicht beigefügt war, vermisse ich schwerzlich und hätte sie

gern recht bald.

#### 54. Bericht Camphausens. 2 Ropie.

Frankfurt 1849. Februar 2.

Im Anschlusse an meinen Bericht vom 31. Jan. beehre ich mich heute E. Hg. einige Bemerkungen über die Form der Verhandlungen mit den Regierungssevollmächtigten und über den Weg der Verständigung über gemeinschaftliche Erstärungen vorzutragen. Rachdem der Plan der Bildung eines provisorischen Staatenhauses und Fürstenrates, den E. Hg. mit unterm 23. Dez. mitteilten, rücksichtlich des Staatenhauses als aufgegeben zu betrachten war, blieb er noch hinsichtlich des Fürstens oder Königskollegiums (wovon gedacht war, daß es aus Bevollmächtigten der kgl. Höfe bestehen und unter anderem auf die Verfassungssangelegenheit entscheidend mitwirken solle) zwischen Berlin und Olmüß in einer Verhandlung, welche ich infolge der Vollziehung der Zirkularnote vom 23. Jan. als erledigt ansehen muß. Die letztere fordert alle einzelnen Regierungen auf, sich über gemeinsame Erklärungen mit uns zu verständigen; jener Plan bedingt hins gegen, daß viele einzelne Regierungen aufgefordert werden, ihr Stimmrecht auf einen der kgl. Höfe zu übertragen. Von den beiden Wegen schließt der eine den

<sup>1</sup> Ein ergangendes Privatidreiben von demfelben Tage f. Cafpary 293. Brandenburg, Untersuchungen.

anderen aus, und der erste ist gewählt worden. Neben dieser abschließenden Tatsache wären aber gegen den fraglichen Plan nicht nur mit anderen die in meinem Bestichte vom 28. Dez. gegen das Staatenhaus erhobenen Bedenken geltend zu machen, sondern auch von einem speziell preußischen Standpunkte aus einzuwenden geswesen, daß Preußen in dem Kollegium der sechs Könige bei der Frage, ob ein Bundesstaat geschaffen und wer an dessen Spige treten soll, notwendig in einer Minorität von eins gegen fünf (oder wenn Österreich 4, Preußen 4, Bayern 2, Hannover, Sachsen und Bürttemberg je eine Stimme führten, in einer Minorität von 4 gegen 10) sich besinden, und daß Preußen allen den Regierungen, welche sich zu seinen Sunsten ausgesprochen haben, das Stimmrecht entziehen lassen würde, um es auf diejenigen zu übertragen, welche bis jeht ein bedeutungsvolles Schweisgen beobachteten.

Ahnliches ift nun über ein Projekt zu sagen, welches herr v. Schmerling mir gesprächsweise empfiehlt, nämlich die Bildung eines Kollegiums von Regierungs, bevollmächtigten mit elf nach der Bundeskriegsverfassung zu verteilenden Stimmen. Bon denselben würden sich in den wichtigsten Berfassungsfragen gegen Preußen erklären: das 1., 2. und 3. Armeeforps (Hierreich) mit 3 Stimmen, das 7. Armeeforps (Bapern) mit einer Stimme, für das 8. Armeeforps würde Württemberg die Stimme führen und Baden und Darmstadt paralysteren; im 9. spräche Sachsen mit für Kurhessen und Nassau; im 10. hannover für Braunsschweig, holstein, Medlenburg und die hansestädte; der Bevollmächtigte der Staaten des 11. Armeeforps würde die einzige Stimme sein, auf welche Preußen

rechnen fonnte.

Sollte ein folder Borfdlag auf einem amtlicheren Bege als dem der Ronvers fation an mich gelangen, fo wird junachst die freie Bustimmung aller (also die freiwillige Bergichtleiftung auf bas Stimmrecht feitens berjenigen, benen bie Bergichtleistung jugemutet werben mochte) als unerlägliches Erfordernis aufgestellt werden konnen, dann aber die Frage aufzuwerfen sein, ob man bereit sei, dem ju bilbenden Rollegium das Beschlufrecht über die Berfassungsbestimmungen juguerfennen, berart, daß 1. B. Offerreich fich im voraus binde, wenn etwa die Majorität befchließen follte, das gefamte Deutschland einschließlich des öfterreichischen Bundesgebietes folle einen erblichen Raifer in der Verson des Königs von Preußen erhalten - oder daß Preußen im voraus fich unterwerfe, wenn befchloffen werde, der Raifer von Ofterreich folle erbliches Oberhaupt von Deutschland fein. ift flar, daß weder Ofterreich noch Preugen noch viele der übrigen Regierungen einwilligen werden, einem, wie auch tomponierten Rollegium das Befdlugrecht über die beutsche Berfaffung ju übertragen, b. h. auf ihr Buftimmungerecht ju dem von der Nationalversammlung afgeptierten Berfaffungsentwurfe in der aus den Majoritatsbeschluffen jenes Rollegiums hervorgehenden Faffung gu vergichten. Wenn aber bas Bevollmächtigtenfollegium feine Kompeteng bat, wenn die von ihm durch Mehrheit gefaßten Beschlässe die Minorität nicht binden follen, fo hat es feinen 3wed und feine Bedeutung.

In der Tat ist ein Bevollmächtigtentollegium mit Beschlußrecht über die Bersfassung eine absolute Unmöglichkeit neben dem von Preußen ausgesprochenen und festgehaltenen Grundsate, daß jeder Staat das Necht der Zustimmung zur Bersfassung habe. Mit diesem Grundsate gibt es teinen anderen Beg als den in der Note bezeichneten, daß sich so viele einigen, als sich einigen tönnen. Die Differenzspunkte werden dann klar hervortreten, und es wird sich zeigen, ob man schließlich über sie binaus tann; wie man in Amerika schließlich darüber binaus tam, obschon

nicht fofort alle juftimmten.

Der preußische Bevollmächtigte wird bereit sein muffen, auf derartige Borfcläge über Berhandlungsformen, wenn nicht in Unterhandlungen, doch in Unterhaltungen einzugehen; er wird überhaupt jeden Borfclag einer gemeinsamen

Beratung und Besprechung mit Dank akzeptieren und nach Umständen selbst die Initiative dazu nehmen; aber er wird vorzüglich sein Augenmerk und seine Tätige keit darauf zu richten haben, mit denen ins Einverständnis zu gelangen, die sich Preußen aufrichtig anschließen wollen, und mit ihnen für alle gemeinschaftlichen Besprechungen einen immer dichteren und größeren Kern zu bilden.

In diesem Geifte gebe ich vor, und ich barf E. Sg. vorläufig verfichern, daß

jener Kern bereits in voller Bildung begriffen ift.

# 55. Bericht Camphausens. Ropie.

Frankfurt 1849. Februar 5.

Unter Bezugnahme auf die Berichte vom 31. Januar und 2. Februar beginne ich im Gegenwärtigen einige Bemerkungen über den materiellen Inhalt der in der ersten Lesung beschlossennen Berkassung rücksichtlich der den andern deutschen Resgierungen darüber zu gebenden Erklärungen. Es wird dabei hauptsächlich darauf ankommen, die leitenden Gesichtspunkte festzustellen, welche die Kgl. Regierung zu ihrer Nichtschnur annehmen wird, indem, wenn diese einmal feststehen, alle Zweifel

und Fragen fich mit größerer Leichtigkeit lofen und beantworten laffen.

Will die Kgl. Regierung in Übereinstimmung mit der Proflamation vom 18. März v. J. und mit dem seitdem unausgesetzt befolgten Wege, daß aus dem alten deutschen Staatenbunde ein Bundesstaat hervorgehe, resp. in demselben entsstehe, so knüpfen sich daran Folgen, welche für viele Fragen die Entscheidung in sich tragen, insbesondere darüber Aufschluß geben, inwieweit diese oder jene Bestimmung zu sehr der unitarischen Richtung folge. Die aus dem Wesen des Bundesstaates mit Rücksicht auf die besondere Lage Deutschlands notwendig hervorgehenden Erssordernisse sind für eine parlamentarische Zentralregierung die folgenden Bestugnisse:

1. Die politische Vertretung des Bundes nach außen mit Ausschluß der Vers

tretung ber Einzelstaaten.

2. Die handelseinheit und die handelspolitische Bertretung nach außen.

3. Die Deerführung im Kriege und deshalb die Teilnahme an der Erhaltung und Ausbildung der Wehrfraft im Frieden.

Rann ohne diese brei Bedingungen ein Bundesftaat nicht gedacht werden, fo

folgt daraus in Beziehung auf Preußen:

a) Der König von Preußen muß in der erekutiven Gewalt des Bundesstaates Sit nehmen, weil Preußen auf seine besondere Vertretung im Auslande nur unter der Bedingung verzichten kann, daß der Souveran in Preußen auch Souveran im

Reiche sei.

b) Für Preußens Anteil an der Zentralgewalt ist weder die Form der Lebens, länglicheit, noch die Wahl auf bestimmte Dauer, noch der Turnus, sondern nur die der Erblichteit denkbar, weil Preußen nicht zugeben kann, die auf die Zentrals behörde übergehenden Besugnisse im eigenen Lande, es sei für lange oder für kurze Dauer, von einer Reichsgewalt ausüben zu lassen, zu welcher der König von Preußen nicht gehörte.

o) Der preußische Staat muß ein Aquivalent für die an innerer Selbständigkeit zu bringenden Opfer darin finden, daß er diese Opfer im wesentlichen sich selbst bringt; Preußen an der Spige der Bundesstaaten stehend gedacht, stellt sich einer großen Ausdehnung der Befugnisse der Zentralregierung kein speziell preußis

sches Interesse entgegen.

d) Dagegen wurde Preußen sich nicht dazu versiehen, an die Spise zu treten, wenn der Bundesstaat eine Organisation erhalten sollte, derzufolge die zu enge Begrenzung der Zentralgewalt durch die Autonomie der einzelnen Staaten, die

handhabung eines fraftigen, nach innen und außen Unsehen genießenden Reichss

regiments erschweren ober unmöglich machen wurde.

Ich erlaube mir, zu e und d ein Beispiel anzusühren: Der preußische Staat fand ein Aquivalent für die dem Zollverein an innerer Selbständigkeit gebrachten Opfer darin, daß er diese Opfer im wesenklichen sich selbst brachte; seine Macht, sein Einsluß, sein Reichtum stiegen, und würden noch mehr gestiegen sein, wenn in der Zentralregierung des Zollvereins, dem Bevollmächtigtenkollegium der Berzeinsstaaten, Preußen mit dem ihm zukommenden Gewichte und dem seiner Größe entsprechenden Abstimmungsverhältnisse an der Spige gestanden, und wenn dieses Kollegium größere Besugnisse gehabt hätte. Weil aber der Zollverein eine Organissation erhielt, derzusolge die Zentralregierung durch die Autonomie der einzelnen Staaten zu beschränkt war, besindet sich Preußen in der Lage, nach Ablauf der Berzträge einer Erneuerung derselben auf der bisherigen Grundlage schwerlich zustimmen zu können.

Berden die vorstehenden Sate als richtig erfannt, so führen sie, angewandt auf den junächst vorliegenden, den Umfang der Befugnisse der Zentralregierung feststellenden Teil des Verfassungsentwurfes "Das Neich und die Reichsgewalt" ju

dem Schlusse:

daß wir auf einige Verminderung der Befugnisse der Zentralregierung zwar eingehen können, daß wir aber das Eingehen darauf als eine den anderen Regierungen gemachte Konzession zu betrachten und zu behandeln, und daß wir uns einer zu weitgehenden Beschränkung der Zentralgewalt zu erwehren haben.

Indem mir scheint, daß dieser Schluß als ein leitender Gesichtspunkt festgehalten werden dürfte, würde ich glauben, noch einen zweiten vorschlagen zu können, dahin: daß hinsichtlich der über den Verfassungsentwurf zu gebenden Erklärungen und hinsichtlich unserer Nachgiebigkeit gegen die deskallsigen Wünsche vers bündeter Regierungen eine zu große Angstlichkeit nicht erforderlich sei.

Einmal ift faum anzunehmen, daß die gegenwärtig zu machenden Außerungen fos fort in der Art zu einem unmittelbaren Abschlusse führen werden, daß nicht nötigens falls darauf jurudjutommen wäre; sodann barf von dem justande getommenen Bundesftaate, wenn er nur die wefentlichsten, jur Lebensfahigfeit erforderlichen Elemente in fich aufgenommen hat, wohl erwartet werden, daß er das Untüchtige ausstoßen, das Unvollständige ausbilden werde. hauptfächlich aber ift die in Berlin wiederholt von mir beleuchtete Notwendigfeit durchschlagend, daß unser Weg gleich richtig fein und bleiben muffe, es moge ber Berfuch ber Grundung eines Bundes, staates gelingen oder scheitern. Sowohl für den ersten als für den letten Kall find baldige, von einer möglichst großen Bahl deutscher Regierungen gleichlautend abs gegebene Erflärungen dringend erforderlich, und was insbesondere den Kall des Scheiterns betrifft, fo verbient bafür unter verschiebenen Eventualitäten eine mit vorzüglicher Aufmertfamteit ins Auge gefaßt zu werden: In dem Rampfe, ob in Deutschland ber Staatenbund hergestellt ober ein Bundesftaat gegründet werbe, findet Offerreich ben nachsten und natürlichsten Bundesgenoffen an Bapern, dems nächst an Württemberg, hannover und Sachsen. Möglicherweise kann es fich fo gestalten, daß diefe funf Regierungen fich ju Erflarungen entschließen, woraus mit größerer ober geringerer Rlarbeit zu entnehmen ift, daß fie ben Bundesstaat nicht wollen und die Reorganisierung des Staatenbundes begehren. Dann rudt auf Preugen unmittelbar die praftische Frage ein: Rachdem innerhalb des Staatens bundes der beabsichtigte größere Bundesstaat nicht juftande fommen fann, ift damit die Stiftung jedes engeren politifchen Bereines innerhalb des Baterlandes ausgeschlossen, oder wird Preugen fich vorbehalten, die Schirmherrschaft über die sein Staatsgebiet umgebenden und trennenden fleineren Länder zu übernehmen? Unsweifelhaft dürfen wir diese Frage nicht präjudizieren, muffen vielmehr dabin

streben, daß ihre bejahrende Beantwortung (welche natürlich der selbständigen Entsscheidung der Kgl. Regierung und der selbständigen, von der Einwirtung der Frankfurter Nationalversammlung befreiten Berhandlung mit den betreffenden Regierungen vorbehalten bleibt) durch die vorangegangenen Schritte in Frankfurt nicht erschwert, sondern erleichtert sei. Preußen würde auf ein solches Berhältnis nicht eingehen, als insofern der großen Last, welche es sich damit aufdürden würde, der erforderliche Zuwachs an Einfluß, verbunden mit der gehörigen Freiheit der Bewegung gegenüberstände. Zu dem Ende ist es wünschenswert, daß in der Gesmeinschaftlichkeit der mit jenen Regierungen jest abzugebenden Erklärungen das Maß und die Grundlage zu einer künstigen Vereinbarung in einer später nicht mehr oder schwer zu beschränkenden Ausbehnung gegeben sei, und es können daher zur Herbeisährung der Gemeinschaftlichkeit mit einer möglichst großen Zahl einige Zugeständnisse erforderlich werden.

Bon den sechs Paragraphen, welche den Abschnitt "Das Reich" bilden, werden die §§ 5 und 6 schwerlich zu beanstanden sein. Über die §§ 1-4 dürften die Regies rungsbevollmächtigten eine Erflärung nicht zu machen haben. Dadurch, daß die Birfularnote die Stellung des Oberhauptes von der Einwilligung der verbundeten Regierungen abhängig macht; dadurch, daß fie fillschweigend und ausdrücklich Offerreich bas Recht jugefieht, in den Bundesftaat einzutreten oder nicht eins autreten, bat fie gemiffermaßen allen Gliedern des deutschen Bundes die freie Bes stimmung überlaffen, ob fle jum Bundesstaate, jum Reiche gehören wollen ober nicht. Demgemäß wird, wenn nicht alle Regierungen fich zu einer gemeinsamen Außerung vereinigen, von einem Teile derfelben nicht auszusprechen sein, aus welchem Gebiete bas Deutsche Reich bestehe, weil man dies erft miffen fann, nachdem bas Reich gebildet ift, ober nachdem biejenigen, welche es bilden wollen, ihren Willen ju ertennen gegeben haben. Abgefeben von biefem Grunde icheint es unjulaffig. aber die Offerreich fo nahe berührenden §§ 2 und 3 eine Meinung auszudruden, wenn nicht Offerreich felbst mit einer Ertlärung barüber hervortritt. Db, wenn lets teres geschieht, auch von anderen Regierungen darauf einzugeben ift, läßt fich im poraus nicht beurteilen.

Aus dem 2. Abschnitte "Die Reichsgewalt" wird man den §§ 7-11 juguftimmen haben, ba diefelben als eine notwendige Bedingung des Bundesstaates an fich angesehen werden muffen. In dem ursprünglichen Entwurfe des Berkaffungs, ausschusses lautete ber § 8: Die einzelnen beutschen Regierungen haben nicht bas Recht, ftandige Gefandte zu empfangen oder folche zu halten, mit Ausnahme ihrer Bevollmächtigten beim Reichsoberhaupt. Der Schluffab ift f. 3. abgeworfen worden, und es findet fich nun nur in dem Abichnitte über den Reichstat bie Bestimmung: "Der Reichstat besteht aus ben Bevollmächtigten ber deutschen Staaten." Indem man fich jedoch diefe Bevollmächtigten lediglich als ein, übrigens nur begutachtendes Kollegium gedacht hat, scheint ihr individuelles Auftreten im Namen und aus Auftrag eines einzelnen Staates ausgeschloffen. Bermutlich werden viele Regierungen einen Wert darauf legen, fich bei der Zentralgewalt vertreten laffen ju konnen, und es ift nicht abzusehen, weshalb es ihnen verboten sein follte; man muß vielmehr erwarten, daß der Berkehr zwischen der Zentralgewalt und den Einzelregierungen häufig durch die Anwesenheit eines Bevollmächtigten erleichtert fein wurde. Ich erachte es daher nicht bedenklich, eventuell der Wiederher: stellung des fraglichen Zusates zuzustimmen.

Über den Inhalt der §§ 12—19, welche das Berhältnis der Zentralgewalt zum Bundesheere betreffen, sind mehrfach teils Ansichten der Rgl. Regierung, teils Urteile und Abhandlungen preußischer Fachmänner hierher gelangt, welche zu den von Preußen teils im eigenen Interesse, teils im Interesse der kleineren Staaten zu

beantragenden Anderungen ben Anhalt liefern. Indem ich mich auf dasjenige, mas bisber über ben wichtigen Gegenstand geschrieben und verhandelt worden, lediglich beriebe, versuche ich das Resultat in der nachfolgenden Gegenüberstellung der Varas graphen des Verfassungsentwurfes und der etwa vorzuschlagenden Anderungen1 auszudruden, und fielle deffen Prufung anheim.

§ 12. Im Rriege oder in Fallen notwendiger Sicherheitsmaßregeln im Frieden fieht ber Reichsgewalt die gesamte bewaffnete Macht Deutschlands zur Verfügung.

(Eventuell Beibehaltung ber nebigen Raffung.)

§ 13. Diejenigen Staaten, welche weniger als 250000 Einwohner haben, find burch die Reichsgewalt ju größeren militarifchen Gangen ju vereinigen ober einem angrengenden größeren Staate anguschließen. Uber die Bedingungen folcher Bus fammenlegungen haben fich die betr. Regierungen unter Bermittlung und Genebe

migung der Reichsgewalt zu vereinbaren.

§ 14. Die Reichsgewalt hat in betreff des heerwesens die Gefengebung. Uber eine allgemeine für gang Deutschland gleiche Wehrverfassung ergeht ein besonderes Reichsgeset. Den einzelnen Staaten fieht die Ausbildung ihres Kriegswefens auf Grund der Wehrverfastung ju; die Reichsgewalt überwacht deren Durchführung durch regelmäßige Inspektion.

§ 15. Bleibt, insofern nicht vielseitig barauf gedrungen wird, daß der Eid nur bon dem Rommandanten beim Gintritt in ben Reichsbienft geleiftet werde.

§ 16. Es wird als Zufan ju § 53 erwähnt werden tonnen, daß unter Umftanden nicht das gange Reich, sondern ein einzelnes Land oder einzelne Länder die Rosten ju tragen haben.

§ 17. In § 14 enthalten.

§ 18. Die Besehung der Befehlshaberstellen und die Ernennung der Offiziere jeden Grades ift den betreffenden Landesregierungen überlaffen; nur mo die Rons tingente zweier oder mehrerer Staaten zu größeren Ganzen fombiniert find, ernennt die Reichsgewalt unmittelbar die Befehlshaber diefer größeren Rorper. Für den Rrieg ernennt die Reichsgewalt die tommandierenden Generale der felbständigen Rorps. (Eventuell bag ber General bes Gingelftaates vom Reichsoberhaupte ein besonderes Patent als Reichsgeneral erhalte. Ein Vorschlag von v. Radowit.) § 19. Bleibt; vielleicht mit dem Zusate, daß auch Rüstenverteidigungsanstalten

bas Reich treffe.

Die Bestimmung wegen der Festungen würde dem diesseitigen Interesse und der Lage der Sache mehr entsprechen, wenn fie umgefehrt dabin lautete, daß alle Festungen Reichsfestungen, mithin auch auf Reichstoften ju unterhalten feien, daß bagegen einzelne als jur Reichswehr nicht erforderlich bezeichnet und ausgeschloffen werden tonnten. Go wie wir jedoch jur Zeit der Beratung Diefes Paragraphen erwogen, daß derfelbe die Befugnis laffe, auf dem Bege eines legislativen Befchluffes notigens falls Festungen ju Reichsfestungen ju erklaren, fo durfte auch nunmehr eine Albe anderung in der Berfassung nicht zu beantragen, und die nabere Feststellung der Zutunft vorzubehalten fein.

Die Fortsetzung laffe ich in einigen Lagen folgen.

56. Graf Bulow an Camphaufen, Eigenhd. Driginal. Angjug Cafpary 295.

Berlin 1849. Februar 8.

E. E. gütiges Schreiben vom 3. und 4. b. M. habe ich richtig erhalten und hatte fcon früher wieder etwas von mir horen laffen, wären nicht die letten Lage fo voller geschäfts lider und perfonlider Qualerei für mich gewesen, bag ich nicht dazu fommen fonnte.

Die Saffung des Entwurfs erfter Lefung, die Camphaufen flets mitteilt, ift bier fortgelaffen.

Seit dem Erlaß der Zirkulardepefche vom 23. habe ich von obenher keinen Augen: blid Rube mehr, und nachdem Bernftorffs Bericht über die Aufnahme derfelben in Bien eingegangen (ben ich Ihnen abschriftlich mitteilte), brach ein mahrer Sturm los. Rachbem mit mir die Sache erschöpft war, beriefen S. M. am Montage1 das Staatsministerium, "um vor demfelben seine Politif zu entwickeln und zu rechtfertigen". Wir hatten eine fünfstundige schwere Sigung. Des Königs gange Auseinandersetung war ein langes Plaidoner gegen mich, ober vielmehr eine mise en accusation; die gange Politik Preugens fei ruiniert durch die Zirkularnote, Bruch mit Diterreich unvermeiblich und damit Deutschlands Untergang. Es muffe foaleich umgelenkt, eine außerordentliche Gefandtschaft nach Wien gemacht werden, um den Bruch zu heilen. Ferner, sofortige Einsehung des Konigs-Rollegii, Bus sammenziehen von Truppen, und alles, wie es Ihnen befannt ift. Darin viele für mich perfonlich unangenehme Ausfälle und Diversionen. Ich habe natürlich mein Terrain Ruf für Ruf verteidigt und habe erklärt mit dem, was ich getan, au fieben und gu fallen. Wir wurden damit entlaffen, daß das Staatsminifterium unter fich die Sache beraten und Beschluß fassen — gewissermaßen zwischen S. M. und mir entscheiden folle. Diese Beratung fand vorgestern flatt. Das Staates ministerium hat sich dahin entschieden und zwar einstimmig:

1. daß bei dem in der Zirkulardepesche eingeschlagenen Wege beharrt werden

müsse.

2. Daß ein Schritt gegen Ofterreich, welcher irgendwie als eine Entschuldigung anzusehen wäre, nicht tunlich und zu einer außerordentlichen Sendung keine Bersanlassung sei; daß man indes bei der ferneren Behandlung der Verfassungsfrage Ofterreich seinen guten Willen zu zeigen Gelegenheit haben werde.

3. Daß der Plan des Königstollegit, als für die preußische Politik bedenklich,

unsererseits nicht wieder aufzunehmen und

4. daß eine Truppengusammengiehung nicht ratfam fei.

Sie sehen also, daß meine Kollegen fest mit mir ausgehalten haben. Damit haben Se. Maj. sich nun zwar beruhigt, ich habe mich indes genötigt gesehen, noch einige andere, meine Stellung und Selbständigkeit in Leitung des Departements (die mir von Se. Maj. angesochten wurde) zur Sprache zu bringen und davon mein ferneres Verbleiben in gegenwärtiger Stellung abhängig zu machen. hierüber ist noch lis pendens.

Ich kann nach allem, was ich in den letten Lagen erfahren und was mir widers fahren ist, nicht daran zweiseln, daß man mich aus dem Rabinett herauszumands verleren wünscht, und daß fremde Intrigue sehr dabei tätig ist. Personlich wäre mir nichts erwünschter als einer Last, der ich mich in keiner hinsicht gewachsen fühle, und einer Stellung, die mir auf jede Weise erschwert und verbittert wird, enthoben zu werden, und wenn ich mich ferner in die Schanze schlage, so ist es wahrlich nur

um der Sache willen.

Mit einer Beratung der Verfassungsbeschlässe werden wir uns im Staats, ministerium ungefäumt beschäftigen. Ich bin bei den Vorarbeiten und dankebestens für das von E. E. mir gelieferte Naterial. Mit den Hauptgesichtspunkten, welche Sie entwickelten, bin ich ganz einverstanden. Mir graut aber im voraus vor dem Widerstreit der Unsichten und der Konfusion der Begriffe im Konseil. Ich werde die Sache möglichst beschleunigen, aber wie wird es mit dem Könige gehen?

hierbei sende ich E. E. ein Promemoria (von Stüve2), das mir von hannover aus auf vertraulichem Wege zugekommen ist. Ich vermute, daß man für diesen Plan, der zunächst auf ein provisorisches Staatenhaus hinausgeht, die anderen

1 5. Rebruar.

<sup>2</sup> liegt bei, datiert vom 3. Februar. Daraus find die ausführlichen Stellen bei Cafpary 292f., die von der Berfafferin fälschlich Camphausen zugeschrieben werden, obwohl die dort entwidelten Gedanten mit den seinigen gar nicht zusammenstimmen.

fgl. Höfe zu gewinnen [suchen] und vielleicht mit einer gemeinsamen Position hers vortreten wird. Man wünschte zunächst, daß wir es tun möchten und frug daher verstraulich an. Ich habe es aber abgelehnt, mit Bezug auf die Ihnen ungefähr beskannten Gründe und gemachten Versuche. — Ich habe an und für sich nichts gegen ein provisorisches Staatenhaus; es könnte ein Mittel sein, manches auszugleichen und die Verssammlungs Beschlüsse zu sichten, aber die damit verbundene Verslängerung des Provisorii in infinitum ist für mich Grund zum Verwersen. Wollte man inzwischen eine preußische Reichsverwesung eintreten lassen, so wäre es etwas anderes.

In den Herzogtümern ist die Agitation wieder außerordentlich gewesen. Wie die Danen in Nordschleswig, so treibt in Holstein die deutsche Demokratie ihr Spiel, um einen Friedensbruch herbeizuführen, lediglich, um den Regierungen Verlegens heiten zu bereiten und sie überall zu engagieren. Wenn die Friedensverhandlungen, die nun auf guten Weg kommen, nicht gestört werden sollen, so scheint es mir uns erläßlich, daß die Zentralgewalt mit einem quos ego dazwischen fährt und die Landesversammlung nach haus schäft. . . . . . .

PS. Was der Rurfürst von heffen hier bei hofe intriguiert, weiß ich heute noch nicht. Man fagt es mir julett. Ich hoffe es Ihnen aber bald sagen ju tonnen.

### 57. Bericht Camphaufens. Ropie.

Frankfurt 1849. Februar 9.

Seit meinem Berichte vom 5. Februar haben die Besprechungen über den Inhalt der Berfassung, teils mit den einzelnen, teils mit mehreren unausgesetzten Fortgang gehabt, und bevor ich fortfahre, E. Hg. die weiteren Bemerkungen zu deren Inhalt vorzutragen, will ich mir erlauben, auf einige allgemeine Resultate und Wahrnehmungen, welche sich dabei ergeben haben, aufmerksam zu machen.

Im Sinne des Schluses meines Berichtes bin ich auf mir gewordene Bersanlastung in Konferenzen über den Inhalt der Verfassung eingegangen, an welchen vorläusig teilgenommen haben die Bevollmöchtigten von Darmstadt, Kurhessen, Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig, Meiningen und Lübeck. Diese Konfestenzen sollten keinen offiziellen Charakter, sondern nur den Zweck einer personlichen Berständigung haben; der Kreis ist daher auch mit Rücksicht auf die Personlichen Berständigung haben; der Kreis ist daher auch mit Rücksicht auf die Personlichkeiten gebildet worden, nichtsdestoweniger aber anzunehmen, daß mit Ausnahme Ostersteichs und der kgl. Höse die meisten übrigen deutschen Regierungen sich ihm ansschließen würden. Der Bevollmächtigte Bremens ist abwesend; Frankfurt will sich nicht äußern und sich allem unterwerfen; über die Absichten Hamburgs besteht nicht volle Gewißheit, sowie auch nicht über die Beschlüsse, welche die Riederlande wegen Luremburg fassen werden; Baden ist nach einer mit dem Staatsminister v. Dusch gehabten Unterredung jeht zum Zutritte entschlossen, und mit Rücksicht hierauf bezeichne ich den allgemeinen Eindruck, den die bisherigen Besprechungen auf mich gemacht haben, dahin:

daß, insofern die tgl. Regierung nicht ihrerseits erhebliche Ausstellungen gegen die Entwürfe zur Verfassung zu machen hat, im wesentlichen eine mit der diess seitigen gleichlautende Erklärung von beinahe allen nicht königlichen Regies

rungen ju erreichen fein burfte.

Eine andere Wahrnehmung ift von Bedeutung: bei den meisten Regierungen, welche sich zugunsten der Übertragung der Reichsoberhauptswürde auf Preußen ausgesprochen haben, sieht diesem Entschluß der hingebung an die deutsche Einheit der seite Entschluß zur Seite, daß damit auch die volle Sinheit und Sinheitlichkeit erreicht werden musse. Sie wurden sich widersetzen der Trias, dem Turnus, der Wahl auf Zeit und anderen ähnlichen Kombinationen; sie wurden nicht einwilligen,

daß einer anderen deutschen Regierung neben Preußen eine wesentlich bevorzugte Stellung eingeräumt werde; fie find bereit, feft bei ber Erflarung, daß Preugen erblich an die Spige treten muffe, ju beharren, in ber Erwartung, bag Preugen felbst entschieden auf diesen Weg eingehe, und daß fie für eintretende Eventualitäten auf Preußens Schut rechnen tonnen. Insbesondere hat der badifche Minister v. Dusch — was ich namentlich mit Rudficht auf ben letten Bericht bes fgl. Ges ichaftsträgers in Rarleruhe anführe - mir erflart, bag er mir über bie Stellung Babens eigentlich nur zweierlei zu fagen habe. Erftens, baß Baben binfichtlich bes Inhalts ber deutschen Verfassung demjenigen abhariere, was Preugen erklaren werbe. Zweitens, daß Baden Gut und Blut daran sege, nicht in eine Stellung gebracht zu werben, welche hinter jener eines andern beutschen Staates, alfo j. B. Burttemberge ober Sachfens, jurudftebe. Der Minifter ers wartete, daß der entichloffenen hingebung an Preugen auch der rechte Schus Preußens in bezug auf den zweiten Puntt gegenüberstehen werde. Er behauptete, daß, wenn Anspruche wegen Ranges oder Titels eine Geltung haben sollten, Baden historifch und attenmäßig nachzuweisen vermoge, daß bas Gefchent des Raifers Rapoleon, welches Württemberg erftrebt und angenommen habe, auch dem Kurs fürsten von Baben angeboten gewesen, von ihm aber aus Bescheidenheit abs gelehnt worden sei. Unmittelbar vorher habe Baden als achter, Württemberg als neunter auf der Kurfürstenbant gefessen, und unmittelbar nachher habe im Rheinbunde der König von Bürttemberg das Präsidium des Großherzogs von Baden ju erleiden gehabt. Anfpruche bingegen, die etwa auf größere Macht und Bebeutung begrundet werden follten, murbe eher Baden als Burttemberg machen fonnen, indem ersteres durch intensive Entwidlung und Ausbildung das fleine Minus an Areal und Bevölferung reichlich ersete. Welche Projette auch in nächster Beit auftauchen möchten, Baden hoffe auf Preugen für die Aufrechthaltung ber Gleichmäßigfeit swischen beiben Staaten.

Mein Schreiben vom 5. Februar ichloß mit § 19; ich werbe weiterhin die Paras graphen übergehen, ju benen ich keine Bemerkung ju machen habe, und bei letteren die ftattgehabten Besprechungen bereits berücksichtigen.

§ 23. Die Borte "und deren Ladungen" find ju streichen, damit die Schiffs, abgabe nicht jum Barenzoll ausarte; eine Modifitation, wogegen übrigens ein

Einspruch Samburgs zu erwarten ift.

§ 25. In Abereinstimmung mit den in der diesseitigen Denkschrift über die Besstimmungen, welche rücksichtlich der schiffbaren Flüsse und Wasserstraßen im Deutsschen Reiche zu treffen sein werden (S. 11 Ende und S. 12) ausgesprochenen Ansicht und in Abereinstimmung mit einer hannöverschen Denkschrift würde § 25 durch

folgende Bestimmungen zu erseben fein:

"Die Neichsgewalt allein hat die Gesetzebung über den Schiffahrtsbetrieb und über die Flößerei auf denjenigen Flüssen, Kanälen und Seen, welche mehrere deutsche Staaten in schiffbarem oder slößbarem Zustande durchströmen oder begrenzen. Sie überwacht die Ausstührung der darüber erlassenen Gesetz. Sie hat die Oberaufssicht über die eben bezeichneten Wasserstraßen und über die Mündungen der in diesselben sich ergießenden Nebenstüsse. Es sieht ihr zu, zum Schuße des Neichs oder im Interesse des allgemeinen deutschen Vertehrs die einzelnen Staaten zur gehörigen Erhaltung und Verbesserung der Schiffbarkeit jener Wasserstraßen und Flußmündungen anzuhalten. Die Wahl der Verbesserungsmaßregeln und deren Außssührung verbleibt den einzelnen Staaten. Über die Aufbringung der erforderlichen Mittel ist nach Maßgabe der reichsgesetzlichen Bestimmung (§ 26) zu entscheiden. Alle übrigen Flöße, Kanäle und Seen bleiben der Fürsorge der einzelnen Staaten überlassen."

Die Unterschiede gegen die Fassung des Entwurfs find: schärfere Begrengung der Rompeteng sowohl für die Gesetzgebung als für die Oberaufsicht. Beschränfung auf die Bafferftragen, welche mehrere Staaten durchftromen oder begrengen, mithin Ausschluß ber Privatfluffe. Ausführung von Unterhaltungs, und Berbefferungs, arbeiten burch die Gingelftaaten. - In ben Bereinigten Staaten gilt als Regel, daß die Zentralgewalt das, was fie jur Ausführung anzuordnen hat, durch die eignen Organe ausführe und daß fie dagegen feine Oberaufficht übe über bas, was die Einzelstaaten auszuführen haben. Allerdings ift nicht zu verfennen, daß dadurch die Grenge ber administrativen Kompeteng gwischen Zentral, und Partis fularregierung icharfer gezogen und bag die unbestimmte, behnbare Befugnis ber Oberaufficht vermieden ift. Allein für die monarchischen Berfaffungen Deutsche lands und jur Schonung der aus alter faatlicher Selbffandigfeit entsprungenen Gewohnheiten, Rechte und Ginrichtungen muß die Befchrantung der Wirtfamteit unmittelbarer Reichsbeamten in ben Gingelftaaten empfohlen, und baber eine ers weiterte Befugnis der Oberaufficht als bas fleinere Abel hingenommen werden. Rach der diesseitigen Dentschrift (S. 17) foll die Sorge für die Unterhaltung

Mach der diessettigen Dentschrift (S. 17) soll die Sorge für die Unterhaltung und Berbesserung der Fahrbarkeit der fraglichen Ströme auf das Neich übergehen; dadurch ist nicht ausgeschlossen, daß die Ausführung der deskallsigen Arbeiten durch die Organe der Einzelstaaten erfolge, und für letteren Modus sprechen sich höhere

tgl. Baubeamte mit Entschiedenheit aus.

§ 26. Es wird (von Nassau, Darmstadt, hannover und andern) dringend ges wünscht, daß die Aushebung der Flußzölle nicht vorhergehe der versprochenen Ausgleichung und der Bestimmung und Flüssgnachung der Mittel zur Unterhalstung; wir werden dem zustimmen können. — Die Worte: "Wie und" im driften Absate wären aus vorentwickelten Eründen zu streichen.

§ 27. Der Borfchlag zu einer Anderung ist nachstehend unter den Tert des Entwurfs geschrieben und wird einer besonderen Begründung nicht bedürfen: "Die Hafen, Krahns, Bags, Lagers, Schleusens und dergleichen Gebühren dürfen die zur Unterhaltung derartiger Anstalten nötigen Kossen nicht übersteigen. Sie

unterliegen der Aberwachung der Reichsgewalt."

§ 29. Statt der Fassung des Entwurfs wird vorgeschlagen: Über die Eisenbahnen und deren Betrieb hat die Reichsgewalt die Oberaufsicht, und soweit der Schutz des Reiches oder das Interesse des allgemeinen Berkehrs es erheischen, die Gesetzgebung. Die dahin zu rechnenden Gegenstände werden durch ein Reichsgesetz festgestellt.

§ 30. Eine große Berfammlung, wenn fie die Befugnisse hat, Geldverwendungen für bedeutende Anlagen ju beschließen, wird felten dem barin für fie liegenden Reize ausreichend widerfieben; fie wird es um fo weniger, als unter den Bertretern bon 36 Staaten immer viele fein werden, Die einen Bunfch burchaubringen. und viele, die Nachgiebigfeit genug haben, um eine Raffe zu erleichtern, die von ber Allgemeinheit ju fullen ift. Man bahnt baburch ben Weg erftens ju einer Berwirrung ber Kinangwirtschaft sowohl bes Bunbesstaates, als und noch mehr, ber Einzelstaaten, zweitens zur Umwandlung des Bundesstaates in den Einheits, ftaat; benn in bemfelben Mage, wie die Steuerfrafte junehmend fur die Bundes, faffe in Anspruch genommen werden, muß die Zentralisation fleigen. Alls besons berer Grund ift noch anguführen, daß ungweifelhaft weit mehr preußisches Geld für Reichseisenbahnen gefordert, als Reichsgeld für preußische Eisenbahnen gegeben werden wurde. Schon ber Umffand, daß das übrige beutsche Gebiet in fo viele Staaten gerfallt, lagt vorausfegen, bag baufig eine mehrere Staaten burchichneis bende Gifenbahn, um die baraus entspringenden Schwierigfeiten der Unlage ju überwinden, bem Reide übertragen werben wurde. Es icheint bemnach ans gemeffen, ber Reichsgewalt gwar Die Befugnis ber Bewilligung von Gifenbahn, anlagen, nicht aber biejenige der Erbauung und Erwerbung juzugestehen. Der 5 30 warbe biernach lauten:

"Soweit der Schut des Reiches oder das Interesse des allgemeinen Verfehrs es erheischen, hat die Reichsgewalt das Recht, Sisenbahnanlagen zu bewilligen und

gegen Entschädigung die Gifenbahn zu benuten".

§ 32. Die hinsichtlich der Eisenbahnanlagen geltendgemachten Gründe würden in konsequenter Anwendung dahin führen, dem Neiche auch die Anlage von Landsstraßen und Kanälen, sowie die Schiffbarmachung von Flüssen zu bestreiten. Es wird jedoch lebhaft der Bunsch ausgedrückt, daß hinsichtlich der Kanäle und Flüsse dem Reiche die ausgesprochene Befugnis verbleibe, wobei wohl sofort viele Hossen nungen auf einen Kanal zur Berbindung von Ostse und Nordsee gerichtet sind. Es ist zugleich zu berücksichtigen, daß hinsichtlich der Wasserstraßen das Verhältnis insofern verschieden ist, als das Prinzip der freien Flußschiffahrt den Auswand für die Schiffbarteit der Flüsse dem Reiche bereits zuweist. Ich selle die Prüsung anzheim, und indem ich noch erwähne, daß die sonderbare Bestimmung, welche die Vorlandungen zu Keichsterritorium erheben will, zu streichen ist, wäre mit Rücksicht auf die früheren Bemerkungen zu § 25 die in der bereits angeführten hannöversschen Denkschift vorgeschlagene Fassung des § 32 zu adoptieren:

"Der Reichsgewalt sieht das Necht zu, zum Schuße des Neichs oder im Interesse bes allgemeinen deutschen Berkehrs zu verfügen, daß aus den Mitteln des Neichs Kanäle angelegt, Flüsse schiffbar gemacht oder in ihrer Schiffbarkeit erweitert werden. Die Anordnung der dazu erforderlichen wasserbaulichen Werte erfolgt nach vorgängiger Verständigung mit den beteiligten einzelnen Staaten; diesen bleibt die Ausführung und, auf Rossen des Neiches, die Unterhaltung der neuen

Unlagen überlaffen."

§ 33. Es ift ber Borbehalt auszudrüden, daß ber Wegfall der Binnenzölle abs hängig fein muffe von der vorangegangenen Ausgleichung der inneren Besteuerung. Ich beziehe mich dieserhalb auch auf meinen besonderen, den Gegenstand behans

delnden Bericht vom 6. d. M.

§ 35. Bei der Festsetzung der im § 35 getroffenen Bestimmungen hat die Nastionalversammlung nicht die Absicht gehabt, den Einzelstaaten die Jollverwaltung zu entziehen und sie dem Neiche beizulegen. Jur Abwehr späterer Zweifel und Konsstifte wird daher vorzuziehen sein, die Worte "nach Anordnung" wegzulassen. Preußen an der Spipe der Neichsgewalt würde in einer solchen Abertragung von Berwaltungsbefugnissen siber andere Staaten keinen Borteil, sondern eine Quelle zur Erzeugung von Abneigung und Widerstreben erkennen.

Die Sanfestädte machen für den Fall ihres Einschlusses in die Zolllinie Anspruch auf ein Präzipuum, dessen Fortbestand nach der Fassung von § 35 zweifelhaft wäre, da, wenn etwa das Reichsbudget fünftig den ganzen Ertrag der Reichszölle erreichen sollte, zur Verteilung an die Einzelstaaten nichts übrig bleiben würde. Gegen eine Fassung, welche für den Fall der Bewilligung eines Präzipuums dessen

Kortbestand sichert, wird feine Einwendung zu erheben sein.

§ 40. Die Befugnis des Erlasses allgemeiner Gesetz über das Postwesen scheint die Anführung der Spezialien: Organisation, Tarife, Transit usw. entbehrlich zu machen; auch folgt aus derselben die Befugnis zum Erlasse von Bollzugsverord, nungen, und endlich gehört eine Vorschrift über den Sinn, in welchem die Post einz gerichtet und verwaltet werden soll, nicht in die Verfassung. Demnach würde § 40 zu lauten haben:

"Der Reichsgewalt sieht die Erlassung allgemeiner Gesetze und die Oberaufsicht

über das Postwesen zu."

§ 41. Die Notwendigkeit einer einzigen Vertretung des Bundesstaates nach außen wird auch den ausschließlichen Abschluß von Postverträgen durch die Reichse gewalt bedingen. Der unklare Ausbruck, daß wo Reichspostverträge geschlossen were den, die Verträge mit einzelnen deutschen Postverwaltungen erlöschen, kann natürlich nicht die Bedeutung haben, daß das Reich die von Einzelstaaten gegen

einen fremden Staat eingegangenen Verbindlichkeiten aufheben könne, sondern nur die, daß der Einzelstaat nicht auf die ihm aus einem früheren Vertrage mit einem fremden Staate zustehenden Rechte zurückgehen könne, wenn mit letzterem das Reich einen neuen Vertrag abgeschlossen hätte. Um die Abänderungsvorschläge nicht zu vermehren, wird man auf das Verlangen einer klaren Fassung verzichten können.

Fortsetung vorbehalten.

### 58. Bericht Camphausens. Ropie.

Frankfurt 1849. Februar 9.

E. Hg. werden im Besite der Note der tsl. österreichischen Regierung sein, die mir soeben der österreichische Bevollmächtigte verlesen hat, und deren Abdruck schon heute erfolgen wird. Indem ich mir vorbehalte, bei Erfordern näher darauf einzugehen, knüpfe ich daran für jest nur einige Erwägungen.

- 1. Der Aufforderung der preußischen Regierung, an die Nationalversammlung Erflärungen zwischen der ersten und zweiten Lesung gelangen zu lassen, folgt die öffentlich erflärte Absicht der österreichischen Regierung, erst nach Bollendung der Berfassungsberatung in weitere Verhandlungen eingehen zu wollen. Daß wir und nicht dadurch bewegen lassen dürsen, den vor Deutschland und Europa ges machten Schritt zurückzutun, ist gewiß; vielmehr erfordert es die Würde der Resgierung, nun nur um so mehr zu zeigen, daß Preußen eine selbständige Politik zu befolgen, selbständig zu handeln vermag.
- 2. Die diesseits an die Nationalversammlung zu bringenden Erklärungen sind durch den Schritt Offerreichs wesentlich erleichtert, weil sie nunmehr weniger bindend für die Kgl. Regierung zu sein brauchen. Es sind Vorbehalte unerläßlich wegen der noch unbekannten Vorschläge Offerreichs; außerdem wird der Vorsgang Offerreichs und die Unterhandlung, welche es jeht durch zwei Abgesandte bei den deutschen höfen führen läßt, wahrscheinlich zur Folge haben, daß auch Bayern, Württemberg und Hannover (Sachsen kündigte die Absicht bereits an) der Nationalversammlung zwischen der ersten und zweiten Lesung keine Eröffnung machen, wodurch Preußen um so berechtigter ist, seine Außerungen in einer für mögsliche künstige Verhandlungen nicht streng bindenden Form abzugeben.
- 3. Je weniger die jehigen Außerungen uns nach Lage der Sache für die Zukunft strenge zu verpflichten vermögen, je leichter wird es auch der kgl. Regierung sein, über manche Punkte hinwegzusehen, die in anderem Falle zu Zweiseln und zu sorgsfältiger Erwägung Beranlassung geben würden. Es ist ferner dadurch erleichtert, den großen Zwed, den wir im Auge haben, zu erreichen, nämlich, daß wenn der Plan der Nationalversammlung scheitert, er scheitere ungeachtet der bis zuleht bekundeten Bereitwilligkeit Preußens.

herr von Gagern hat mir jugesagt, in einem Antwortschreiben auf meine Ansträge wegen Berzögerung der zweiten Lesung die Gründe zu entwickeln, aus welchen es ihm nicht gelungen ist, für jest von den verschiedenen Parteien eine über § 19 hinausgehende Bertagung zu erwirten. Der wesentlichste dieser Gründe ist der, daß der konservative Leil der Bersammlung sich nicht entschließen kann, in der jezigen zweideutigen Lage das Wahlgeses vorzunehmen und zu demselben das Wahlrecht mehr beschränkende Bestimmungen vorzuschlagen und durchzubringen. Wichtiger aber als dieser Umstand ist, daß nunmehr nach der össerreichischen Erstlärung die össerreichische Partei nicht mehr das Interesse haben wird, die zweite

<sup>2</sup> Bom 4. Februar f. Roth u. Merd 1, 262.

Lefung ju vergogern, fondern das Intereffe, fie ju befchleunigen, um die Verfolgung

bes von Preußen bevorworteten Beges unmöglich zu machen.

Meine Bemerkungen in dem heute abgehenden Berichte erwähnen § 41; ich laffe unverweilt das Abrige folgen, und werde mich sodann beehren, eine Form für die dem Reichsministerium zu übergebende Erklärung vorzuschlagen.

### 59. Graf Balow an Camphausen. Eigenhb. Driginal.

Berlin 1849. Februar 9.

Heute habe ich von Wien die Nachricht erhalten, daß der Fürst Schwarzenberg den herrn von Würth am 5. nach Frankfurt abgefertigt, zugleich aber den herrn von Rechberg nach Stuttgart und München und den herrn von Brenner nach Oresden und hannover mit Aufträgen gesandt hat. Es ist klar, daß es sich um eine Konspiration gegen uns handelt, aber das spezielle Objekt kenne ich noch nicht.

Man ist gegen uns visage de bois.

Gleichzeitig ist der hiesige sächsische Gesandte nach Dresden berufen, um, wie er sagt, über die Instruktionen für den sächsischen Bevollmächtigten mit zu konferieren, ebenso Graf Lerchenfeld nach München zu gleichem Zwede. Lehterer wird am Sonnstag abend hier abreisen und sagte mir heute, daß er wahrscheinlich nach Frankfurt gesandt werden würde, um dort neben Xylander als bayerischer Bevollmächtigter zu fungieren. Ist das richtig, so bekommen Sie den unzuverlässigsen Menschen und den größten Intriganten, den man Ihnen schicken könnte.

haben Sie ja die Gute, mich so bald als möglich wiffen zu lassen, was Würth gebracht hat, und was Sie über das ganze Treiben erfahren. Ich werde das

felbe tun.

Ferner wollte ich E. E. bitten, mir doch Ihre Ansicht darüber zu sagen, wie Sie die notwendige Außerung in der Thronrede vom Frankfurter Standpunkte aus gefaßt zu sehen wünschen würden. Wie sie vom hiesigen aus zu behandeln, wird man freilich erst dann genau wissen können, wenn das Resultat der Wahlen vollständig bekannt sein wird, und man ungefähr beurteilen kann, welche Verssammlung man vor sich haben wird.

Ich bente, daß man burch offene Ertlärungen bem geheimen Treiben am beften

begegnet.....

PS. Uber bes Rurfürsten Treiben habe ich noch immer tein Licht, es muß febr buntel fein.

# 60. Camphaufen an Graf Bulow. Eigenhd. Kongept. Ben. Cafpary 297.

[1849 Februar 11.]

Berehrter herr Eraf! Für ihre interessanten Mitteilungen vom 8. und 9. danke ich verbindlichst. Mit dem Versuch, Preußen in eine unnatürliche selbstmöderische Politik zu treiben, wird es nun bald nicht viel mehr auf sich haben. Österreich hat ihr das Ziel gesteckt, und mit dem Zusammentritte der Kammern in Berlin hören die Phantassen auf. Die Zurücksührung des Absolutismus — denn das ist des Pudels Kern — ist schon heute viel schwerer geworden, als vor vier Wochen. — Also am 9. hatten Sie die Rote noch nicht. Man muß bald das Austreten nicht mehr Tollstühnheit, sondern Dummheit nennen. Für Genß und Jarde scheint man in Wien noch keinen Ersamann gefunden zu haben, sonst hätten sie nicht so viel Albernheiten in die Welt gesest. Hier wird man wahrscheinlich von der Note keine oder wenige Notiz nehmen und zur zweiten Lesung bald übergehen. Instinationen, die verssucht werden, daß es sehr ernst gemeint sei, sind zum Lachen. Nach der Erklärung der baperischen Kammern würde Schwarzenberg zuerst dem König von Bapern

eine Bundeshilfe von 40 000 Mann ju ichiden haben, um ihm das eigene Land in

Rube gu balten.

Ich werde hier jedenfalls im Geiste unserer Note vorgeben — o'est une affaire d'honneur pour la Prusse, sagte Tallenap! — womöglich ein kleines Ajournement zu erzielen suchen, damit ich dortige Anstände noch empfangen und berücksichtigen kann, und wenn sie zu lange ausbleiben, so — nun das findet sich.

Aus dem Ministerium des Innern (Puttkamer) ist wie ich höre hierher (an D. R. R. Naumann) geschrieben, daß man auf Aussetzung des Einberufungstermins für die Rammern eingehen werde. Vielfach wird der Bunsch für einen Zeitraum von 14 Tagen von hiesigen Abgeordneten ausgedrückt. Über den Vassus

in ber Thronrede nachstens.

Stüve ift niedlich. Fortsetzung bes erzherzoglichen Provisoriums und Gründung bes Staatenbundes, damit der Bundesstaat als unmöglich zu erweisen sei. Wir wollen im Gegenteil damit anfangen, von Osterreich, hannover und anderen erweisen zu lassen, daß der Bundesstaat unmöglich sei, weil sie ihn nicht wollen, und wenn das geschehen ist, so werden wir recht gern zum Staatenbund zurückstehren.

### 61. Bunfen an Camphaufen. Eigenbb. Original.

1849. Februar 11. und 12. Sonntag.

heute nur ein vertrautes Bort. Sie hatten das Richtige auch in diesem Punkt getroffen. Der Schwerpunkt der deutschen Sache ist hier (und zwar nicht in Berlin, sondern in Charlottenburg). Die hiesige Versammlung darf nicht verschoben werden, aber Sie und Vinde müssen hier sein, und in die Adresse einen guten deutschen Paragraphen bringen. Nachher können die Plenarstyungen vertagt werden.

Das Ministerium (wenigstens B[ulow]) ift entschloffen, vorwarts ju geben. Dehr nachstens. Gott bewahre unfer teures Baterland.

Montag früh 12. Februar 1849.

Meine gestrigen Zeilen muß ich heute verstärtend bestätigen. Der Schwerpunkt der deutschen Politit ist in Berlin (und in Charlottenburg) und der einzige Debel liegt in der Bersammlung. Statt sie zu vertagen, sollte man sie beschleunigen, wenn es möglich wäre. In dieser Bersammlung nun muß über die deutsche Frage sogleich eine Kristallisation eintreten, und zwar durch Sie und Binde mit allen Ihren politischen Freunden aus Frankfurt, die gewählt sind oder heute werden. Die Diskussion über die Abresse führt zur deutschen Frage und dadurch zur deutschen Demonstration, welche unbedingt notwendig ist. Das hiesige Ministerium ist im herzen schwarzweiß bis auf Bülow, Kühne und Rintelen; und diese Aussnahmen gelten mit Maßen; nur daß Eraf Bsuow vollkommen die Tragkraft der Zirtularnote einsieht und fest entschlossen ist, danach zu handeln.

Reues ift folgenbes:

r. Das Ministerium wird seine Erklärungen so schnell geben, daß sie Sonnabend ober Sonntag in Franksurt sind. Ich dringe darauf, daß Graf Bülow selbst auf acht Tage hingeht, weiß aber nicht, ob ich es durchsehe. Ich hosse, Ihre Formus lierung tommt noch heute abend spätestens an. Blülow ist von vornherein so gut wie entschlossen, sie anzunehmen, soweit wie nur möglich.

2. Er. Lerchenfeld reift biefen Morgen nach Munchen, um dort Inftruttionen fur die Bereinbarung mit Frankfurt guftande gu bringen! Er hofft, er wird, wenn

<sup>&#</sup>x27; Der frangofifche Gefandte beim Bundestag.

er Montag ober Dienstag in Frankfurt ankommt, nicht zu spät eintreffen. Er wünschte meine Ansicht zu haben über das, was Bayern zu tun habe, und diese Meinung habe ich ihm ohne Bedenken mitgeteilt. Ich zweiste nicht, daß Bayern in die Oberhauptfrage ernsthaft eingeht, weil es muß und weil wir vorgeben.

3. Der König von Bürttemberg hat einen fehr arglistigen Brief an den König geschrieben, der gang öfterreichisch ift. Er möchte gar zu gern Baben fressen.

4. Meine Idee vom Fürstenkollegium findet hier vielen Anklang. Ich bin bei fortgesetztem Nachdenken zu folgenden Modifikationen gekommen, oder vielmehr Beschränkung und besserer Fassung:

a) Der Reichsrat hat nicht die Rriegserflärung gu bestätigen, fondern nur

die Berträge.

b) Er hat nur diejenigen Ernennungen zu bestätigen, die sich nicht auf Preußen beziehen, also nicht die Ernennung preußischer Generale oder übershaupt solcher Reichsbeamten, die in Preußen fungieren. Dies ist eine Anbahnung barauf, daß das preußische Geer Reichsbeer und die in Preußen fungierenden

Beamten Reichsbeamte in einem befonderen Sinne find.

Ich glaube, daß diese beiden Modifikationen Ihnen die Idee näher bringen werden. Die Sache selbst ist sicher notwendig. Sie sehen, wie sehr Osterreich den Berfassungsentwurf angreift, als einen Einheitsstaat begründend. Diesem Borwurfe ist theoretisch unmöglich zu entgehen, ohne eine solche Einrichtung, selbst nach den freiesten amerikanischen Ansichten, praktisch aber werden die Fürsten durch das Bestätigungsrecht gebunden, nicht das Oberhaupt.

5. Als Titel läßt sich hier nichts anderes durchseben (und ich glaube, bei dem all mählichen Bilden des Bundesreiches, welches allein jett möglich ist, überhaupt in Deutschland) als: ErbeReichsverweser oder ErbeBerweser des Reiches. Damit

ist hier alles einverstanden.

6. König und Minister haben gestern genehmigt, daß ich als offiziöser Reichsgesandter nach London gehe; also können die Aussertigungen sogleich vorzgenommen werden. Sie werden die offizielle Mitteilung 24 Stunden später erzhalten; ich sende dies Dienstag früh, und die Depesche an Sie kann erst diesen Abend spät abgehen.

Ich hoffe, h. v. Gagern faßt das klar auf. Der Brief des Reichsverwesers tann so wenig ein eigentliches Beglaubigungsschreiben sein als der Brief, den Lord Cowley von der Königin Viktoria mitgebracht. Er muß diesem so ähnlich sein wie

möglich.

Ich reise morgen (Mittwoch) abend ab, und treffe also Donnerstag abend in Köln ein, und Sonnabend mittag in London. Es genügt, da die Zeit mangeln wird, daß Sieveting mich in Köln treffe, wenn er mit der Instruktion und Kreditiven Freitag abreist; er kommt dann einen Tag nach mir an; im Notfalle genügt auch, daß er Sonnabend abreise, um am Montag mittag in Carlton Terrace zu sein.

Run empfangen Sie noch einmal meinen innigen Dant für die große Gute und Freundlichkeit, mit der Sie mich aufgenommen, und für das Bertrauen, das Sie

mir geschenkt haben. Beides hat mir fehr wohl getan.

PS. ... Es hat hier einige Kabinettöffürme gegeben, allein ich glaube fagen ju fonnen, fie haben fich bedeutend beschwichtigt....

### 62. Camphaufen an von der hendt. Eigenhd. Kongept.

Frankfurt 1849. Febr. 13.

..... Es freut mich, daß das Ministerium hinsichtlich des Beharrens auf dem eingeschlagenen Bege einstimmig war, was nun eine Ehrensache geworden ist. Der alberne hochmut des österreichischen Manifestes leistet uns treffliche Dienste.

Halten Sie fest. Über die Erklärungen rücksichtlich der Verfassung wird es mit dem Könige neue Kämpfe geben. Mir wäre am liebsten eine Autorisation in allgemeinen Ausdrücken; am unangenehmsten das Verlangen bedeutender und prinzipieller Anderungen. Zwischen beiden liegt ein drittes; wenn ich nämlich keine bestimmte Weisungen erhalte, so handele ich auf eigene Gefahr, und Ihr könnt mir nachher den Kopf abschlagen. Seien Sie so gut, das auch herrn Kühne zu sagen.

#### 63. Bunsen an Camphausen. Eigenhd. Original.

Berlin 1849. Februar 14 u. 15.

Ich reise diesen Abend nach Köln; will's Gott, bin ich Sonnabend mittag oder morgen in kondon. Die Sachen stehen hier sehr ern ft. Ich habe Ihnen nur alles zu bestätigen, was ich Ihnen geschrieben. Ihre Anwesenheit hier ist notwendig, sonst geht die deutsche Sache schief, und manches andere wohl auch. Berlin wimmelt

wieder von verdächtigen Demofratengefichtern.

Sollte dem Reichsverweser etwas Menschliches begegnen, so ist nichts anderes zu tun, als die Mittel zu finden, den König zu bewegen, daß er die Erbreichs, verweserschaft annehme. Aber wie das zu machen, weiß ich nicht. Er wird keine Wahl oder Ernennung der Nationalversammlung annehmen, sondern nur der Fürsten, aber der versammelten. Unterdessen hat er sich von allen politischen Angelegenheiten seierlich losgesagt und sie den Ministern übergeben.

§§ 1—3 machen mir viel Sorge. Es scheint mir sehr schlimm, Ofterreich den Borwand zu geben, zu sagen, man werfe es aus dem Bunde. Weshalb bringt Gagern seinen Verbesserungsvorschlag nicht durch? Oder soll er als besonderer Paragraph angehängt werden? Ich meine, es sollte beim Eingange etwas gesagt werden vom Deutschen Bunde als fortbestehend und durch eine neue Bundes, atte zu reorganisserend. Allerdings kann holstein nur einfach dem Neiche zuges

boren; allein Limburg?

Meine Formel über den Neichsrat oder das Fürstenkollegium, ohne welches doch kein Bundesstaat bestehen kann, wie man auch hier zugibt, und ohne welches man den österreichischen Borwurf des hinarbeitens auf den Einheites staat nicht wohl abzuweisen vermag, ist diese: Bestätigung mit zwei Drittel Stims men der Verträge (nicht der Rriegserklärung) und aller derjenigen Ernennungen, welche der Reichsgewalt zustehen und nicht Preußen betreffen (nämlich sowohl im heer als in der Verwaltung). Hierdurch würde die Stellung Preußens als reichsunmittelbaren Landes angebahnt; die Fürsten konnen nicht fordern, unsere eigenen Ernennungen zu bestätigen; sie können nur einen Einfluß fordern auf diejenigen Ernennungen, welche die übrigen känder betreffen. Ich schmeichte mir, daß mit dieser Abänderung die Einrichtung Ihre Villigung haben dürste.

Mein herz ist schwer in Sorgen, aber doch voll Mut, denn ich weiß, daß der Weg, ben wir gehen, der rechte, der einzig rechte ist! Die große politische Frage, das Vershältnis Offerreichs zu Deutschland, wird wegen des gleichen gemeinschaftlichen Interesses sich befriedigend lösen, wenn Deutschland nur erst dasseht! Die gefährliche

Beit ift bie nachfte, bis jum 26. b. D.

Köln, Donnerstag abend.

Biele Sorge macht mir die Nachricht, daß das Wahlgeset doch vor der 2. Lesung beraten werden soll; allerdings war es notwendig, diese 2. Lesung zu verschieben. In Verlin wird Tag und Nacht gearbeitet. Eraf Bülow ist vortrefflich. Man wird Ihnen die letzte Formulierung überlassen, zu meiner großen Freude. Ich hoffe, der Zensus wird im Wahlgeset nicht sehlen, noch die Ermächtigung der Zentralgewalt für das Vereinbarungsrecht. Schleinig meint (wie er mir heute

morgen gesagt), Stüve werde sich halten; im Notfalle löst man die Kammer auf. Den Österreichern hat man sehr lopal geantwortet, man musse mit uns alles beraten und hoffe, die beiden Großmächte werden sich verständigen. Noch einmal zum Schluß: Kommen Sie um Gotteswillen zum 26. Alles hängt davon ab, daß die Parteien sich vernünftig stellen zur deutschen Frage.

# 64. Graf Bulow an Camphanfen. Eigenho. Original.

Berlin 1849. Februar 15.

Mit der Beratung der Verfassungsentwürfe im Staatsministerio sind wir heute ziemlich zu Ende gekommen, und ich werde das Resultat, wenigstens über die ersten Abschnitte, morgen in eine an E. E. zu richtende Instruktion zusammenkassen können. Im wesentlichen ist man ganz einverstanden gewesen mit den von Ihnen gemachten Vorschlägen und entwickelten Ansichten, nur in einigen Punkten sind die hiesigen Forderungen etwas weitergehend. Ich werde die Instruktion so einzichten, daß sie E. E. den nötigen Spielraum läßt. Da es nun aber notwendig ist, daß wir das Sanze mit einer Erklärung begleiten, welche unseren Standpunkt zu dem Verfassungswerke im allgemeinen ausspricht, und diese am besten gesondert von den speziellen Bemerkungen zu dem Entwurfe gegeben wird, so habe ich gestern den Entwurf einer solchen Erklärung redigiert und denselben heute dem Staatsministerio vorgetragen. Ich füge Abschrift dieses Entwurfes hier bei. Das Staatsministerium hat denselben ohne Widerspruch gebilligt, aber, wie

Das Staatsministerium hat benfelben ohne Widerspruch gebilligt, aber, wie natürlich, nötig gefunden, daß derselbe vor dem Abgange S. M. vorgelegt werde. hier könnten nun möglicherweise noch Anstände erhoben werden und Berzögerungen um so eher eintreten, als der König seit gestern unwohl ist und heute zu Bett liegt. Jedenfalls aber glaube ich, daß der Entwurf in seinen wesentlichen Stücken sestz gehalten werden und abgehen wird. E. E. werden nun imstande sein, dem herrn v. Gagern anzukündigen, daß eine Erklärung solchen Inhaltes in einigen Tagen erfolgen werde, und daran die Forderung knüpsen können, daß man nun auch mit

ben Beratungen nicht eher vorgehe, bis man unsere Erklärung bat.

Da aber hierüber vielleicht noch ein paar Tage hingehen können, so gibt meine vertrauliche Mitteilung vielleicht auch die Möglichkeit, daß E. E. mir vor dem Abgange des Entwurfes noch sagen können, ob Sie in demselben etwas Bedenks liches sinden, oder etwas Besentliches vermissen. Ich sende Ihnen zu dem Ende einen Erpressen, den Sie mir schleunigst zurüderpedieren können. In Betracht des cabinet noir in Frankfurt möchte ich diese Mitteilung überdies nicht gerne der Post anvertrauen, und Sie erhalten dabei auch eine Gelegenheit mehr zu sicheren Mits

teilungen.

E. E. gütiges Schreiben vom II. habe ich erhalten. Hannover ist auch noch in einer ofstziellen Mitteilung durch den hiesigen Gesandten mit der Idee eines provissorischen Staatenhauses hervorgetreten, worauf ich ablehnend antworte. Herr v. Brenner hat doch nicht viel mehr gebracht, als die Schwarzenbergsche Note vom 4. Seine mündlichen Aufträge scheinen hauptsächlich dahin gegangen zu sein, unser Abspringen von den Verhandlungen mit Olmütz zu beleuchten, d. h. in möglichstschwarzen Farben darzustellen. In Hannover ist man, wenn auch nicht uns sympathisch doch wenigstens ehrlich gegen uns, indem man uns offen mitteilt, was Herr v. Brenner gesagt und was man ihm geantwortet hat. Benuigsen hat an Vrenner] offen gesagt, daß, wenn man auch nicht mit uns übereinstimmte, man doch auch nichts hinter unserem Rücken tun werde. In Stuttgart und München wird herr v. Rechberg günstigeres Terrain gesunden haben. Die bayerische Regierung stellt zwei Truppenkorps auf, eins in Franken und eins an der südwesslichen Grenze.

<sup>1</sup> Reblt.

Branbenburg, Antersuchungen.

Ein wesenklicher Punkt scheint mir immer noch, daß man die zweite Lesung nicht übereile. Die Regierungen machen sich daraus eine Wasse gegen die Nationals versammlung, und es läßt sich auch nicht leugnen, daß eine große Anmaßung darin liegt, einen so kurzen Präklusivtermin zu stellen und dann gewissermaßen in contumaciam zu versahren. Mir wird es hier alle Lage ins Gesicht geworfen, daß diese Anmaßung der Nationalversammlung nicht zu ertragen sei, daß sie die Versständigung unmöglich mache, und daß wir ihr darin Vorschub leisteteten.

Ich dächte, wenn man wollte, so fande man wohl Futter für den Drachen auf

weitere acht Tage.

Es wird ferner verlangt und läßt sich verlangen, daß die Versammlung nun auch ihrerseits durch einen Beschluß zu erkennen gabe, daß sie den Weg der Verständigung mit den Regierungen ernstlich betreten will, was geschehen könnte, wenn sie die Vermittlung der Zentralgewalt — die eigentlich formell ausgeschlossen ist — annähme, und so das Organ der Verständigung herstellte. Läßt sich das nicht erreichen? Auch die hannöversche Regierung verlangt das. Wahr ist es, daß wir jest in einer nicht günstigen und wenig würdevollen Position zur Nationalversammslung stehen, indem wir Vorschläge machen, die sie vielleicht puro verwirft. Werden Sie einen Sie in der ersten Kammer annehmen? . . . .

PS. Ich glaube nicht, daß man hier auf eine Bertagung der Kammern eingehen fann und wird, außer wenn ein folder Antrag aus den Kammern felbst bervor-

geben sollte — was schwer halten wird. .....

# 65. Graf Bulow an Camphaufen. Eigenhot. Original.

Berlin 1849. Februar 16.

Aber meine Erwartung hinaus habe ich schon heute die Genehmigung des Königs zu der Instruktion erhalten, welche ich gestern E. E. im Entwurfe mitteilte. Ich sende daher heute die Aussertigung durch den Landrat von Schlotheim, sowie auch die Bedenken über die Abschnitte z und 2 des Verfassungsentwurfes. Die Fortssehung folgt morgen oder übermorgen. Ich werde die Hauptinstruktion auch nach Wien mitteilen, damit Sie sehen, daß wir aus unserem Herzen keine Mördergrube machen, und Vernstorff dahin instruieren, in dem Sinne zu Schwsarenberg zu sprechen, daß sie uns zu allem Guten und Villigen bereit sinden würden, sobald sie die häßliche Prätension ablegen wollten, Deutschland nach dem Maße des Vedürfnisses Österreichs den Grad seiner eigenen Entwicklung zumessen zu wollen. Die Instruktionen habe ich so abgefaßt, daß sie E. E. denzenigen Spielraum lassen, welchen die Lage der Umstände und das Ergebnis der Veratungen mit den übrigen Bevollmächtigten erfordern möchten. Auch läßt der Schlußpassus der Hauptsinstruktion Ihnen eine Tür offen, um eventuell ein Wort, was Ihnen bedenklich scheinen sollte, ändern zu können, wenn es absolut notwendig scheinen sollte.

PS. Ich habe nichts bagegen, daß unsere Erflärung in die Offentlichteit gelange, sobald Sie es angemessen finden, doch ift es gut, darüber jedenfalls einige Tage

bingeben ju laffen.

Datauf von Camphausens hand schwer leferliche Notigen für die Beantwortung: "Mitteilung an Gagern, der zufrieden, sowie ich auch. Anzeige, daß ich vorwärts gehe. Dem Staatsministerium werde zumute sein, wie einer accouchierten Frau. Die Nationalversammslung nicht anmaßend, sondern demutig. Unsere Sachen trot allem brillant; nun für uns nächste Gorge: Berwandlung des österreichischen Provisoriums in ein preußische und Besseitigung des Erzherzogs. Wahl angenommen; womöglich an der Abresdebatte teilnehmen, um, wenn erforderlich, die deutsche Politik der Regierung verteidigen zu helfen. Als Ersat Dellus; Sontheim reicht noch aus. Luremburg tritt bei. Telegraph wird Allotria bringen. Bottrag (?) erbeten, 19/2.

66. Graf Bülow an Camphausen. Eigenhd. Driginal. Auszug Caspary 298.

Berlin 1849. Februar 22. abends.

E. E. beeile ich mich zu benachrichtigen, daß S. M. der König durch Kabinettes, order von heute mich von der Leitung des Ministerii der auswärtigen Angelegens heiten entbunden, und den Grafen v. Arnim, früher Gesandten in Wien, zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt hat. Ich habe E. E. schon früher davon in Kenntnis gesetz, welche Gründe mich bewogen hatten, die Ents lassung ans dieser Funktion zu begehren. Obgleich das Staatsministerium, wie Sie wissen, meinen Ansichten in allen den streitigen Punkten beigetreten war, so hat es doch Person und Sache, wie es scheint, nicht erheblich genug gefunden, um eine Kabinettsfrage aus meinem Ausscheiden zu machen. Es hat dazu beigetragen, daß der König die Sache ganz persönlich aufgefaßt und, wie es scheint, der Gegens vorstellungen des Kabinetts ungeachtet seinerseits mein Ausscheiden als das einer mißliedigen und in jeder Beziehung störenden Person verlangt hat. Eraf Brandens burg, der mich sonst immer nach seinen Kräften unterstützt hat, hat endlich langer Bearbeitung und dem Bedürfnis nach Ruhe nachgegeben.

Obwohl ich mir nicht die Bedeutung von 100 Ochsen anmaße, so ist es mir doch ohne Zweifel, daß ich als eine Sekatombe für Ofterreich falle, denn von dem Augens blicke an, wo wir uns von Olmüß losgesagt, haben die Angriffe gegen mich bes gonnen, und man hat mir eine folche Stellung zu machen gesucht, daß mir gar nichts anderes übrig blieb, als mit der Demission herauszurücken. Die Details

erzähle ich Ihnen einmal mündlich.

Die Wahl des Erafen Arnim ist fein gutes Omen für die deutsche Politik. Er ist ganz ancien régime, hat nur von Kabinettspolitik einen Begriff, und ist von der Notwendigkeit des Einverständnisses mit Osterreich à tout prix, wie ich glaube, ganz durchdrungen. Doch traue ich ihm nicht Unverstand noch Mut genug zu, um sich plöglich und a corps perdu in die Konterrevolution zu werfen.

Die telegraphische Depesche über den Ausfall der Abstimmung über das Wahls geset ist erst heute morgen eingetroffen. Wieder eine Junson dahin! — Es erschüttert mich doch etwas, daß man in der dortigen Versammlung nicht auf mehr

tonfervative Elemente gablen tann. Bobin follen wir damit tommen?

Ich freue mich, E. E. als Kollegen in ber ersten Kammer zu begrüßen. Wir werden sehen, welche Politik man uns dann vorsetzen wird. Man wünscht, daß ich als Unterstaatssekretzer ferner fungiere. Ich mache mir aber jedenfalls zur Bedingung, mit der deutschen Politik nichts zu tun zu haben, da meine Ansichten zu divergent sein werden, und ich nicht Instrument fremder Pläne in dieser Sache sein mag.

67. Graf Bulow an Camphanfen. Eigenbb. Driginal. Ben. Cafpary 299.

Berlin 1849. Februar 28.

Ich habe einige Tage geschwiegen, um E. E. sine ira et studio sagen zu können, welchen Gang die Dinge hier im Ministerium nehmen zu wollen scheinen. Heute glaube ich mit einiger Gewißheit prognostizieren zu können, daß eine entschledene Frontveränderung gegen die deutsche Sache nicht eintreten wird, sondern wahrzscheinlich vorerst nur Jögern und Unsicherheit, was freisich auch großen Schaden bringen kann. Einige Tage Beschäftigung mit der Lage der Sache scheint den neuen Chef der Aberzeugung schon ziemlich nahe gebracht zu haben, daß der einz geschlagene Weg nicht ohne die größte Sesahr verlassen werden kann, ja sogar, daß die besolgte Politik (so sehr er auch von vornherein dagegen eingenommen war), doch am Ende eine notwendige gewesen. Auch scheint seine Aberzeugung

von der Notwendigkeit und Möglichkeit der Verständigung mit Öskerreich schon sehr wankend zu werden. Dazu kommt, daß man täglich erwarten muß, daß die Rammer Schach bietet. Jedenfalls wird man vor allem das Votum der Rammern abwarten und die dahin auf dem bisherigen Wege bleiben. Ich glaube deshalb, es ist geraten, daß Sie in Frankfurt so handeln, als sei hier nichts vorgefallen, und im bisherigen Sinne vorwärts gehen.

Bas ich in diesem Augenblicke fürchte, ist, daß man von Olmüß her einen Mann von schwerem Kaliber sende, der den König, Brandenburg und Arnim in die Tasche steckt, und auf geheimem Kabinettswege irgendeinen Hotuspotus macht. Doch werden sich auch dagegen Mittel sinden lassen. Schäffer-Bernstein ist hier in außerordentlicher Sendung von Baden und Hessen, und wird gut wirken. Er hat Bertrauen hier, und seine Worte werden deshalb nicht ganz verloren sein.

Die Danen haben also ben Waffenstillstand gefündigt! - Sie werden hierüber eine etwas schwächliche Inftruftion erhalten haben. Meine Meinung ift, daß auf A notwendig B folge, und daß daher nach erfolgter Ründigung Deutschland vor allen Dingen nach Artifel 2 die Positionen des 26. August' wieder einzunehmen habe. Dun wir es nicht, fo feben wir uns außer fand, den Frieden mit Aussicht auf Erfolg unterhandeln ju tonnen. Danemart hat feine Position jum größten Teil bereits wieder eingenommen. Laffen wir die Bergogtumer ohne Berteidigung, fo ift es gewiß, daß fie am 27. Marg in die herzogtumer einruden, und bann ift ber Krieg unvermeiblich. Man wird hier ungern daran gehen, Truppen gu ftellen, aber wenn es verlangt wird, wird man fich doch nicht entziehen können. Schwäche führt hier am entschiedensten jum Rriege, denn die bisherige Erfahrung zeigt uns, daß Danemart jedes Entgegenkommen und Rachgeben mit vermehrter Unverschämtheit bezahlt. Die Sache ift fehr übel, aber meiner Aberzeugung nach liegt die größere Gefahr auf ber Seite bes Richtstuns. Der Graf Reventlow ift in Kopenhagen schlecht empfangen worden. Einer Deputation sogenannter treuer Schleswiger erflärt der Konig von Danemart: "Um 26. Marg werde er an der Spige feiner Urmee tommen und ihnen Untwort und Befreiung bringen." Jeder Lump in Europa spekuliert auf die Uneinigkeit Deutschlands, und es ift Zeit, bag bem ein Enbe gemacht werbe!

PS. Anliegend ein Auszug aus dem Abtommen mit Frankfurt wegen der Telegraphen, bedürfen Sie mehr, so haben Sie die Güte, es zu fordern.

# 68. Ludolf an Otto Camphausen. Eigenhb. Kongept.

Frankfurt a. M. 1849. Märg 3.

Ich habe heute durch den Telegraphen angefragt, wann die Abressedbatten in der ersten Kammer beginnen und von Arnim die Antwort erhalten, daß sich noch nichts darüber bestimmen lasse, und daß heute die Adressedommission zum ersten, mal zusammengefommen sei. Demnach ist noch etwas Zeit gewonnen. Es kommen hier fortwährend Dinge vor, die ich nicht unerledigt lassen kann, und ich würde weder heute noch morgen reisen können. — Wahre Sorge macht mir das Vershältnis zu Dänemark. Ich befürchte Dummheiten vom Reichsministerium, von Peuder, von Bunsen und von Berlin. Die dortigen Minister scheinen auch in dieser Sache dem bekannten Impulse zu folgen; sie schieden mir Instruktionen, die

Rudennotig Camphaufens für eine Untwort: "Geinen Rudtritt bedauert. Die Sache fei vorübergehend. Er moge die Sand barin halten. Ich tonne noch nicht zu einem Reife,

entschluß tommen von wegen Danemart."

<sup>1</sup> D. h. jur Zeit des Waffenstillstandes von Malmö; Danemart hatte diefen Stillstand am 26. Februar mit vierwöchentlicher Frift für den 26. Marg gefündigt, wozu ihm nach bem Bertrag bas Recht zustand.

Bulow privatim herbe fritisiert. Raum haben die Danen gesagt: für Provisorium mit Kribenspraliminarien, fo ichreit Berlin: für Proviforium mit Friedens praliminarien. Zugleich erflart man, es fei ber Bunfch, an einer etwaigen Bes fegung ber herzogtumer nicht teilzunehmen. Ich bin nun gang einverstanden, daß man bem etwaigen fouque belliqueuse von Peuder einen Zugel anlegt; wenn es aber Ernst ware, daß wir uns von einer notwendig werdenden Befegung auss foließen wollen, bas wäre toll. Es ift ein Kurier an Palmerston gegangen, um von ihm Garantien ju fordern, daß die Danen fille halten. Ich fann es mir faum benten, daß biefe Garantie fo fart geleiftet werden wird, um und der Notwendigfeit ju überheben, die Fortdauer der Waffenruhe auch dadurch ju fichern, daß die Danen einen ihnen an Starte gleichkommenden Gegner fich gegenüber feben. Wenn aber eine Befehung - ich nenne fie eine militarifche Offupation jur Erhaltung bes Friedens - notwendig wird, fo murbe es unfere Position in Deutschland opfern heißen, wollten wir uns davon ausschließen. Es versteht fich im Gegenteil von felbit, daß wir die Sache leiten muffen. Sprich boch mit Griesheim, er moge wachen ob der Ehre Preugens. Im fchlimmften Falle fonntet Ihr das Ministerium interpellieren und fragen, ob am 26. Mary eine den Danen gewachsene Dacht ihnen gegenüberstehen werde.

# 69. Oldenburgischer Bevollmächtigter Moste an Camphausen. Eigenho. Original.

Frankfurt 1849. Märg 9.

In einer gestrigen Versammlung der Regierungsbevollmächtigten hat Herr v. Schmerling die Instruktion seiner Regierung vom 27. v. M., die Sie kennen, wie einen darauf gegründeten Entwurf des Kapitels "Von der Reichstegierung" vorgelesen und mit erläuternden Bemerkungen begleitet.¹ Dieser Entwurf (im wesentlichen das Welckersche Projekt der siebengeteilten Direktorialregierung mit 9 Stimmen und jährlich wechselndem Präsidium zwischen Herreich und Preußen) sei das Ergebnis der Beratung und übereinstimmenden Genehmigung der königelichen Bevollmächtigten, mit Ausnahme jedoch von Preußen, dessen Bevollmächtigten von Bapern, hannover, Sachsen und Württemberg, diesen Entwurf an seinen hof zur Genehmigung abgehen lassen; erfolge diese, so werde er ihn als Gegenprojekt in die Nationalversammlung bringen, und dann auch fernere Erklärungen seiner Regierung über die anderen Rapitel der Verfassung veranlassen. Er habe nicht versehlen wollen, alle Kollegen davon in Kenntnis zu sehen und sei zu abschriftlicher Mitteilung des Entwurfes bereit.

Damit schloß die Sache ab. Da herr Kohlschütter, bei welchem die Versammlung war, schriftlich hatte einladen lassen, so waren wir auf eine Umfrage und Aufforderung zur Erklärung gefaßt, und hatten und wegen einer kurzen, aber bündigen ablehnenden Erwiderung verabredet. Aber es blieb bei Privatgesprächen und Disputen, in welchen dieser Rattenkönig von sieden Prinzen auf dem Thron von Deutschland als der Inbegriff unfreiwilliger politischer Komik, oder (eruster) als die Inthronisserung und Permanenzerklärung der Schwäche, des Zwiespalts und der politischen Intrigue bezeichnet wurde. Nachker im "Englischen hof" war die Sache schon allgemeiner Gegenstand der Unterhaltung; man fragte lachend den Zwillssen, Palästen und Jagdvergnügungen jener sieben faitnéants und fand es unglaublich, daß jemand die ehrliche Meinung haben könne, es werde sich sin solches schwächliches Ungeheuer von Regierung auch nur einige Wochen gegen den demokratischen Zug und die Konventsgelüsse eines Volksbauses unserer

<sup>1</sup> S. Roth u. Merd 2, 430 u. 433.

Zeit halten können. Aber man war überzeugt, Preußen werde uns vor folder Torheit und Gefahr bewahren, um so mehr, als es ja selbst offenbar am schlechtesten dabei fahre, indem es sich selbst, sein heer, seine auswärtigen Beziehungen usw. ganz in die hand dieser vielköpsigen Direktorialregierung legen solle, in welcher Osterreich mit hilfe der ihm ergebenen kleinen Könige stets die Majorität haben werde, während es selbst für seine außerdeutschen Länder und unter deren Firma

sich völlige diplomatische und militärische Unabhängigkeit bewahre.

So ift namentlich mein Rasonnement, und ich vertraue fest auf Preugen, wahrend ich allerdings rund um mich ber Stimmen bore, welche beforgen, bas noch immer in den Banden alter Abhängigfeit, Schwäche und falfch verftandener Pietat befangene Preußen werde am Ende fich felbst und Deutschland aufgeben und nicht den Mut und die Große haben, den einzigen Moment, den Wint ber Gefdichte und feine eigene Aufgabe und Bestimmung ju verfteben und ju ergreifen. Iff es boch gerade wieder wie in ben erften Monaten von 1813, wo man fich oben auch nicht entschließen fonnte, das Große und Rechte ju tun, wo fich aber gluds licherweise Manner fanden, die in die rechte Babn lentten und trieben. Dber beffer noch: es ift wie 1755 minus Friedrich II. Jest wie damals heimliche Berabredungen und Machinationen unter den Kontinentalmächten und einigen deutschen Kurfürsten (nun Zauntonigen) ju Preugens Demutigung, um es an ber Erfullung feiner Aufgabe ju hindern; Offerreich die Seele des Bundes, Rufland gang, Frankreich halb babei, fatt bamals Schweden jest Danemart; und ein Teil des nordlichen Deutschlands, wie im hintergrunde England, einzige Alliierte. Sogar die Dofus mente wurden fich wohl auffinden laffen (wie bamale in Dresben), wenn man fuchen wollte; aber wo ift bas juvortommende Schwert bes großen Friedrich, welches bas fünftliche Mes ber Feinde burchhaut? Und boch, um wieviel bringender und bedeutender find heute die Motive, um wieviel größer der Siegespreis!

In der Nationalversammlung sind Anzeichen der Besserung und des Besinnens. Auch sehr blöde und befangene Augen fangen an das Spiel der Gegner zu durcheschauen. Einige Abstimmungen gestern und heute haben Zwiespalt in der bischerigen Koalition zutage gelegt. Nur den Pessimissen der Linken gefällt das Nattenstönigprojett. Die Weidenbuschspartei wächst langsam; gestern waren 223 Untersschriften. — Der alte Smidt sogar ist jetzt über die österreichischen Absichten und Plane enttäuscht, oder vielmehr, er ertlärt, es zu sein, weil er sindet, das Bremen bei

ber Direttorialregierung ju furg fame.

E. E. haben mir nicht erlaubt, Ihnen zu schreiben. Ich tue es bennoch, weil ich nicht weiß, ob Sie einen Korrespondenten unter den Bevollmächtigten haben, besonders aber, um meinem gepreßten herzen gegen Sie Luft zu machen, welches zittert über das Schickfal unseres gemeinschaftlichen Baterlandes, das in Berlin entschieden werden wird. Glüdlicherweise scheint es, als werde sich die dortige Bersammlung in deutschem Sinne aussprechen. Sie, hochgeehrter herr, werden, ich weiß es, das Ihrige tun, und so habe ich nur noch die Bitte hinzuzusügen, mir meine Gradheit und Sorge nicht als Indistretion auslegen zu wollen.

70. Ludolf an Otto Camphaufen. Eigenhb. Rongept. Auszug Cafpary 305.

Frankfurt 1849. Mary 28.

einem Orte aus, an dem so viel Unvernünftigen geschieht. Der blinde, haltungslofe Rampf der Parteien, worin aller Sittlichteit hohn gesprochen wurde, war grauenhaft anzusehen. Mir selbst ift die Geduld beinahe gesprungen, als ich gestern hörte, daß Schmerling und Bothmer für das suspensive Beto bei Berfassungen gestimmt hatten. Der heutige Att der Kaiserwahl ist wenigstens frei von allem

Berlehenden für den König gewesen. Die Opponenten haben sich des Stimmens enthalten; von den 290 Stimmenden haben alle den König genannt. Bielleicht ist es für die Jufunft und für das Bolt von einiger Wichtigkeit, das die Versamms lung den Ausspruch getan hat; mir hätte es für den Augenblick bester gepaßt, wenn nichts zustande gekommen wäre; der Beschluß der Permanenz hebt mich wenigstens für den Augenblick über die Verlegenheit, was an die Stelle der provisorischen Zentralgewalt zu seben sei.

An den Kammern in Berlin ist es nun, dem Könige jur Seite zu stehen, und ihre Zustimmung zu einer höflich aufschiebenden Antwort zu erkennen zu geben. Zu der bisherigen Stellung ist außer dem vermehrten Gräuel der Berfassung noch hinzugekommen, daß § r ausdrücklich das ganze Bundesgediet einschließt, also auch Ofterreich. Ich habe in den letzten Tagen begonnen, Einleitungen für die Fabrikation des engeren Bundes zu treffen, und auf meinen ersten Bericht darüber vom 24. hat das Ministerium per Telegraph sein volles Einverständnis gemeldet. Freilich war dabei nicht auf den heutigen Ausgang gerechnet.

In ber hiefigen Bevölkerung erregt bas Ebenement eine freudige Aufregung. Schon als gestern die Erblichkeit durchging, flatschten die Galerien. Schmerling foll, wie man mir eben fagt, einen Kurier an ben König abgefandt haben.1...

#### 71. Minister v. Dusch an Camphausen. Eigenhb. Original.

Karlsruhe 1849. April 2.

Mur wenig Worte trot Augen und Argt. Man ift bier im hochften Grade gespannt auf bie Nadrichten von Berlin, und zu erfahren, was die f. preußische Regierung wunscht, daß nun weiter geschehe. Ich bente mir, man wird nicht annehmen wollen und nicht ablehnen können; eine eventuelle bedingte Annahme wird das Ergebnis fein. Möchte die preußische Regierung Mut haben, denn es gilt eine große Sache. Der Mut ichließt die Weisheit nicht aus. Wir werden festhalten an allem, was wir ausgesprochen haben, und, wenn wir dazu veranlagt werden, es wieder aussprechen. Un unferer Ertlarung vom 9. Januar, an unferer Untwort auf die Birfulardepefche vom 23. Januar2, an unseren Erflärungen in ber Rollektivnote, an ber Reichs; verfaffung, die natürlich bei einem engeren Bunde von weniger Staaten vorerft einer Abanderung nach den Berhaltniffen bedürfte. Wir werden feinem "füd, beutschen Bunde" beitreten; wir wollen die beutsche Nationalfache und feine Partifularbunde fordern, aber auf unserer befannten Gleichberechtigung unter allen Umffanden befieben. — Darf ich im Bertrauen noch etwas hinzufügen? Will Preußen fich Sympathien überall erhalten und erwerben, fo ware es gut, ber Ibee, Die man ju verbreiten fucht, entgegenzutreten, als wolle man ben Gig ber Reichsregierung nach Berlin giehen. Richts würde abstoßender für einen großen Teil von Deutschland wirten als ein folder Gedante, und es mare unftreitig die abelfte Politif, die Preußen in der deutschen Sache befolgen konnte.

Ihrer Frau Gemahlin meine innigste Berehrung. Die angerühmte rote Augensfalbe, jest von meinem Arzte gebilligt, ist im Gebrauche, und ich hoffe in einigen Tagen wieder so weit zu sein, daß ich nach Frankfurt kommen kann, wenn es not tut,

und man mir ein freundliches Zeichen dazu gibt.

#### 71a. Otto an Ludolf Camphausen. Eigenhd. Driginal.

Berlin 1849. April 2.

heute fruh hat mir der junge Eichmann Deinen freundlichen Brief vom 30/31. v. M. nebst Anlagen gebracht. Ich habe lettere mit großem Interesse

2 6. Roth u. Merd 2, 179 u. 269.

<sup>1</sup> Ein zweites furges Schreiben von bemfelben Tage f. Cafpary 304 unten.

gelefen und freue mich, daß Du hinsichtlich der Nevision der Verfaffung burch benjenigen Teil der Nationalversammlung, welcher die Bertreter der jum engeren Bundesftaate gufammentretenden Boltsftamme umfaßt, auf einen Gedanten gefommen bift, den Binde und ich hier mehrfach gepredigt haben. Auf unfere Entschließungen, die etwas deutschtumlicher find als Du gewünscht, und burch Bindes ber Berabredung nicht völlig getreue Motivierung bies noch mehr ges worden find, haben Deine Mitteilungen einen Ginfluß nicht mehr üben konnen, da wir bereits gestern Abend in einer febr lebhaften Klubversammlung, bei welcher ich verschiedenen Schwarzweißen febr scharf zu Leibe gegangen bin, unferen Schlachtplan befinitiv festgestellt baben. Bir haben taum hoffen burfen, fur unfere Abreffe ben Gieg ju erringen und wurden eine Riederlage um fo tiefer haben beflagen muffen, als bann mindeftens 30 Mitglieder von unferer Fraktion für ben Abregentwurf ber Linken gestimmt und biefen bennoch nicht burchs gebracht haben wurden, weil die außerfte Linke entichloffen war, ihn ju vers werfen. Unfere Freude war baber nicht gering, als wir gludlich die Majorität erlangt hatten. Go wie die Dinge bier fteben, mußten wir ein entichiedenes Bort dem unentichloffenen und von taufend feindlichen Einfluffen umlagerten Ronig gegens über aussprechen: daß die Baume nicht gleich in ben himmel machsen, bafür ift mehr als genug geforgt. Wie ich tonfidentiell weiß, hat das Ministerium Br. mit bem Rudtritte broben muffen, bagegen nimmt ber Mann Deiner Freuns bin enticieden fur Die deutsche Sache Partei. Schabe ift es boch, bag Du nicht hier bift. Wir haben soeben die Frankfurter Deputierten empfangen und jum hotel du Nord geleitet; es waren sowohl von der Stadt als von der ersten und zweiten Rammer Deputationen anwesend, bei welchen letteren ich natürlich nicht fehlen durfte. Der Jubel am Bahnhof und bis weit in die Stadt hinein war groß genug, im Abrigen ift die haltung der Berliner Bevolferung mehr neus gierig als teilnehmend, und es besteht ein großer Unterschied zwischen bem fühlen April in Berlin und dem heißen Juli in Wien. Billig muß man aber auch jugeben, daß man bas gange Ereignis nur mit einer gemifchten Empfindung begrußen tann. Wer weiß, ob man nicht jum Ablebnen geraten batte, wenn nicht das Ablehnen mindestens ebenfo gefährlich mare als das Unnehmen. Duß man fich aber Gefahren ausseben, so ift es besier, rubmvoll als rubmlose zu bes fteben.

Wir beabsichtigen, den Frankfurtern am Mittwoch ein großes Diner zu geben, sind aber noch in Ungewißheit, auf wann der König die Herren einladen wird. Simson ist unwohl angekommen, hat aber doch seine speeches ganz gut absgehalten. Heute Abend werden wir uns zwanglos bei Mielent in dem großen

Saale vereinigen.

72. Ludolf an Otto Camphaufen. Gigenhb. Rongept. Ausgug Cafpary 310.

Frankfurt 1849. April 5.

häusig machen unangenehme Nachrichten im ersten Augenblide einen heftigen Eindrud, der sich nach 24 Stunden mildert. So ist es mir mit der Antwort des Königs nicht ergangen; sie ist mir stündlich schlimmer und widerwärtiger erschienen. Daß dabei nicht siehen geblieben werden kann, war mir gleich flar; allein, obgleich ich heute aus einer telegraphischen Depesche an den Vizepräsidenten der Nationals versammlung ersah, daß in beiden Kammern Anträge wegen jener Antwort gestellt waren oder bevorstanden, so ist es mir doch nicht flar, wie man aus dem faux pas ungeschunden herauskommen soll, ohne daß die im entschedenden Augenblide sehlende Kraft sich zu entschließen und zu handeln auf den späteren Verlauf nachsteilig einwirke. Ich din höchst entmutigt.

Graf Arnim treibt es ju bunt. Du meintest neulich, man werde wegen ber banifchen Bermidlungen nicht gerne wechseln. Gine größere Konfusion jumege ju bringen, eine ichmachvollere Politit ju treiben ale Urnim in der danischen Same ift gar nicht möglich. Un bem nunmehr mahricheinlich erfolgten Biederausbruche bes Rrieges tragt er baburch große Schuld, daß er die Danen in dem Bahne bestärft hat, Preußen werde feinen Teil nehmen. Bei meiner letten Unwefenheit in Berlin tam wenigstens außer Zweifel, bag ein preußischer General das Roms mando führen und ein preußischer Truppenteil, wenn auch verspätet, marschieren follte. 1 Wenige Tage nach meiner Rudfehr telegraphierte mir v. Arnim auf Grund ber Supposition eines Baffenstillstandes bis jum 15. April, daß die Truppen Rontreordre erhalten hatten, womit das Reichsministerium einverstanden fein werde. Ich telegraphierte jurud, daß ich bem Reichsministerium nicht einmal etwas bavon fagen werbe, und daß ich bringend den ununterbrochenen Marsch beantrage, weil ohne rechtzeitige Besehung ber Positionen ber Ausbruch bes Rrieges gewiß sei. -Un Bunfen gab Urnim Auftrage jur Unterzeichnung und Annahme von Bes bingungen, teils ohne ju wiffen, ob man hier einverstanden fei, teils obwohl er wußte, daß man bier das Gegenteil vorgeschrieben hatte. Diesen Dingen gab er qualeich die gehörige Offentlichkeit, fo daß die Danen annahmen, Preugen gehe nicht mit, und daß alle Diplomaten wußten, Frantfurt giebe rechts und Berlin lints. Bulett foll er noch bem banischen Gefandten gefagt haben, die preußischen Truppen wurden nicht über die Eider geben. Wirflich wird, wenn die Danen am a. angegriffen haben, swar ein preußischer General, aber tein preußischer Goldat auf dem Flede gewesen sein. Much die schmachvollen, durch die Zeitungen befannten folieflichen Bedingungen Danemarts hat Arnim in einer Birtulardepefche nicht ungnnehmbar genannt. Bunfen gab geftern der Bentralgewalt fein Mandat jurud.

6. April.

Seute tenne ich nun den leidenschaftlichen Antraa Bindes: Die Erklarung ber Deputation, des Konigs Antwort fei eine Ablehnung (es ware wohl zu unterfuchen, wer ihr dazu das Mandat gab); das merkwürdige Zirkular an die deutschen Res gierungen. Je m'y perds.

Der Reichsverweser will, wie Euch aus meiner heutigen Depefche mitgeteilt

worden, bas Ministerium wechseln.

Lebe wohl und hilf und vor einer neuen Revolution bemahren.

#### 73. Dentidrift v. Bederaths.

Ropie.

1849. April 5.2

Inwieweit und in welchen Formen tann, wenn alle beutschen Staaten, Ofterreich ausgenommen, fich ju einem Bundesstaat verbinden, bas Bundess

verhaltnis diefer Staaten ju Offerreich fortbestehen? Die politische Reugestaltung Deutschlands barf nicht eine gangliche Trennung Offerreichs von denjenigen Staaten, die den Bundesstaat bilden, jur Folge haben. Offerreich wird, nachdem es die Suprematie in Deutschland eingebunt, nicht auch ben Kaden seiner Geschichte gewaltsam gerreißen, nicht eine Berbindung aufheben

<sup>1</sup> Das Reichsministerium hatte am 3. Märt die Mobilmachung von drei Divisionen gegen Danemart angeordnet. Die Danen eröffneten am 3. April den Rampf von Allen aus gegen die in Schleswig ftebenden beutschen Truppen.

<sup>2</sup> Das Datum nach bem Begleitschreiben v. Bederathe an Camphaufen: "L. Freund! Geftatten Sie mir, daß ich Ihnen in der Anlage meine Gedanken über die Fortbauer bes Bundesverhaltniffes gwifchen ben beutichen Staaten und Offerreich vertraulich mitteile. 5. April 49."

wollen, die ein unveräußerlicher Befit feiner beutschen Landesteile, und ohne die das Abergewicht des beutschen Elements in dem Gesamtstaat auf die Dauer ges fährdet ift. Umgefehrt hat auch Deutschland an ber Aufrechterhaltung bes Bundes, verhaltniffes ju Offerreich ein hohes Intereffe. Auch hier außern die Macht der Jahr, hunderte, die Stammesverwandtschaft ihre Wirfung; noch farter ift vielleicht ber Bug gemeinsamer tonfessioneller Sympathien, und wenn gwischen bem beutschen Bundesftaat und Offerreich eine folde Auseinanderfegung erfolgte, daß bie öfterreicifchen Truppen aus ben beutiden Reffungen abgieben mußten, und beide Teile vollig fremd einander gegenübertraten, fo murbe diese Bendung nicht nur ben Bundesffaat an feiner fubofflichen langgeftredten Grenze militarifch erponieren, ihn in das Magnis einer völlig neuen europäischen Stellung ffürzen, fondern auch in feinem Innern, namentlich im Guben, eine Ungufriedenheit erregen, bie fich unter Umftanden gu einer bedentlichen Garung fleigern tonnte. Wird bagegen gleichzeitig mit bem Bunbesftaat bas Bunbesverhaltnis ju Ofterreich gefichert, fo burfte dies — unterscheidet fich auch die Berbindung nur durch ihre Unauflöslich; feit und ihre organischen Formen von einer gewöhnlichen volferrechtlichen wefentlich dagu beitragen, auch biejenigen Staaten für ben engeren Bund ju ges winnen, die ihm bisher abgeneigt waren. Diefer Erfolg fieht namentlich dann in Aussicht, wenn ber nachstehend bezeichnete Weg eingeschlagen, und ben einzelnen Regierungen, unbeschabet ihrer Unterordnung unter die Reichsgewalt in bem Berhaltnis ju Offerreich eine gewiffe Selbständigkeit eingeräumt wird.

Ich gehe davon aus, daß der Aft der Bundesversammlung, durch welchen sie am 12. Juli v. J. ihre Tätigkeit für beendet erklärte und die Ausstbung ihrer Befugnisse und Verpflichtungen der provisorischen Zentralgewalt übertrug, den Bund selbst nicht aufhob, sondern nur ein neues Organ — und zwar ein provisorisches — an die Stelle des disherigen sehte. Die Wiederherstellung des letteren ward nicht vorbehalten; man sehte voraus, daß die in der Beratung begriffene befinitive Verfassung alle Bundesländer ohne Ausnahme umfassen, und mithin

ein Unlag, ju ber alten form jurudjufehren, fich nicht ergeben murbe.

Benn aber Offerreich, beffen Sonderstellung bie Rationalversammlung aners fannt bat, fich ausschließt, so ist jener Zwed, die Errichtung einer die Bundesatte vollständig erfetenden Gefamtverfaffung, unerreicht geblieben. Das Ergebnis ber Beweaungen der letten Jahre ift vielmehr diefes: Die Staaten, welche den beutschen Bund bilben, haben fich in zwei Teile gerlegt, und jeder derselben bat in feiner inneren Organisation Abanderungen getroffen, die die Bundesatte tans gieren. Offerreich tann aus letterem Grunde fein Widerfpruchsrecht gegen bie Berfaffung Deutschlands herleiten, benn gerade ju biefem 3mede, jur Regeneration ber Bundesverfassung, bat es durch seine Abgeordneten in der Paulstirche mits gewirtt, und daß diefe nicht überall mit ber Mehrheit fimmten, bebt für Offerreich die rechtlichen Folgen seiner Beteiligung nicht auf. Deutschland aber konnte von Offerreich die Unnahme der neuen Reichsverfaffung für die deutscherreichischen Bundeslande verlangen; es tonnte Biberfpruch einlegen gegen die offerreichische Befamtverfaffung, weil fie die Stellung jener Landesteile jum deutschen Bunde alteriert und mithin der Bundesafte — nicht, wie es durch die deutsche Reichs verfaffung gefchab, unter Mitwirtung aller Beteiligten - fondern einseitig beros giert. Der richtige durch die Verhältniffe gebotene Weg ift jedoch der, daß, fo wie Ofterreich die Berfassung bes Bundesstaates als für biefen ju Recht bestebend anzuerfennen bat, Deutschland der bflerreichifchen Gesamtstaateverfaffung nicht entgegentritt, beibe Teile aber bavon ausgeben, bag ber beutiche Bund, ba eine Regeneration feiner Gesamtheit nicht juftande gefommen, nach wie vor als ein unauflöslicher vollerrechtlicher Berein in allen benjenigen Teilen fortbefieht, Die nicht mit ber neuen flaatsrechtlichen Gestaltung Offerreiche und Deutschlands intoms patibel finb.

Wer find aber, wenn der deutsche Bund fortbesteht, nunmehr seine Glieder? Steht der österreichischen Regierung lediglich die deutsche Reichsregierung, und in welchem Stimmenverhältnis gegenüber? Nehmen alle deutschen Regierungen ihren Sig in dem Bundestate nach Maßgabe der Art. 4 und 6 der Bundesatte wieder ein?

Aus staatsrechtlichen und aus politischen Eründen möchte ich die letztere Alters native befürworten. Aus staatsrechtlichen, denn die Bundesgemeinschaft der deutzschen Regierungen mit Herreich war eine unmittelbare, ihre Bevollmächtigten saßen im Bundesrate mit dem Vertreter Herreichs zusammen. Ist nun, wie oben erwähnt, nachdem eine deutsche Gesamtverfassung nicht zustande gesommen, hinsichtlich Herreichs die alte Bundesgemeinschaft bestehen geblieben, so ist sie auch nach wie vor eine unmittelbare, und die Bestimmung des § 7 des Abschnittes von der Reichsgewalt tritt dem nicht entgegen, da Herreich als Ausland in dem eminenten Sinn, der hier gemeint ist, nach allen vorliegenden Verhältnissen nicht betrachtet werden kann.

Die politischen Gründe liegen auf der hand. Gewiß würden Bapern, Sachsen, hannover und Mürttemberg dem Bundesstaate weit eher beizutreten geneigt sein, wenn ihnen auf diese Weise in dem Verhältnis zu hsterreich eine Stellung gesichert wäre, die zwar nur einen geringen politischen Einstuß, aber eine den Einzelstaaten wertvolle Garantie ihrer unverlestlichen Eristenz gewährt. Bedenklich für die Zwede des Bundesstaats könnte der daraus erwachsende politische Einstuß deshalb nicht sein, weil das alte Bundesverhältnis, das ohnehin den mittleren und kleineren Staaten keinen großen Spielraum einräumte, nur insofern wieder auflebt, als es mit der neu errichteten deutschen und österreichischen Verfassung nicht im Widersspruche steht. Eine nähere Untersuchung wird, wenn ich mich nicht ganz täusche, zu dem Ergebnis führen, daß als Bundessache, mithin als Gegenstand der Tätigskeit des Bundesrates, zu betrachten sein würden:

1. Revision der Bundesverfassung auf Grundlage der gegenseitigen Aners fennung der Reichsverfassungen Offerreichs und Deutschlands, resp. Umgestaltung

bes Bundes in eine ewige Union swifden Deutschland und Offerreich.

2. Vollendung und Verwaltung der Bundesfestungen.

3. Liquidation der Bundestriegstoften aus den schleswigedanischen Felde

4. Beratung und Beschlufinahme über die Mittel und Wege zur Verfolgung gemeinsamer Zwede, welche als solche in der revidierten Bundesatte bestehen bleiben resp. festgestellt werden. Dahin können gehören: Anbahnung einer gleiche mäßigen Gesetzebung, einer übereinstimmenden handelspolitif und gemeinsamer

Einrichtungen für Sandel und Gewerbe.

Es ift flar, daß außer ad I und 3, welche jedoch nur transitorische Funktionen betreffen, ein positiver Stoff für die Latigfeit bes Bundes nur ad a in ber Ab, ministration der Bundesfestungen gegeben ift, und daß ad 4, auch wenn ben Reichsregierungen Offerreichs und Deutschlands ein Beto nicht ausbrudlich vorbehalten wird, ein Befchluß nur dann guftande tommen tann, wenn die Intereffen beider Staaten vollständig hand in hand geben, so daß das Ergebnis fein anderes ift als dasjenige, welches unter gewöhnlichen Verhaltniffen burch Gefandtschaften erzielt wird. Aber bennoch ift bie, wenn auch vorerft fast nur formelle, Fortbauer ber Inflitution von unberechenbarem Rugen; fie beruhigt die fuddeutschen Staaten burch die Garantie ihrer Unverleplichkeit über ihre Zufunft, die fie im Bundesstaate gefährdet glauben, und macht fie also zu willigeren Gliedern des letteren; fie läßt Deutschland, ungeachtet der Umgestaltung seiner inneren Berhaltniffe Europa gegenüber in unveränderten politifchen Umriffen erfcheinen, und ift mithin eine Burgichaft für die Erhaltung des Weltfriedens; fie gibt endlich der nationalen Gemeinschaft, welche gwischen Deutschland und Deutsche Bfierreich befieht, eine organische, die Entfremdung verhütende Form, und enthält den Reim ju einer

machtvolleren Gemeinfamteit, in welcher doch vielleicht einft, wenn der jesige Abers gangsprozes vollendet ift, Deutschland und Offerreich auf dem Schauplas der

Geschichte auftreten werden.

Meine Weinung geht also bahin, daß, sobald der Bundesstaat durch die zusstimmenden Erklärungen der deutschen Regierungen gesichert ist, die letzteren unter dem Borsitz eines össerreichischen Präsidialgesandten die dem weiteren Bunde versbleibenden, in obigen 4 Punkten näher bezeichneten Angelegenheiten aus den händen der Zentralgewalt, deren Mandat mit demjenigen der Nationalversamms lung zugleich erlischt, zu übernehmen haben, und daß eine schon jest hierüber mit den Regierungen in geeigneter Weise anzuknüpfende Verhandlung das rasche und vollständige Zustandesommen des Bundesstaats nicht wenig fördern würde.

Dieser Weg erscheint nicht nur als der einfachste, sondern auch als der einzige, der ohne große Erschütterungen zum Ziele führt; den auswärtigen Mächten wird dadurch auch der leiseste Vorwand zur Einmischung benommen, und die gerechten, auf die Errichtung eines Bundesstaates gerichteten Erwartungen Deutschlands gehen ebensosehr in Erfüllung, als den Ansprüchen Hierrichs, wie es sie in dem

Programm von Kremfier felbft formuliert, ein Genuge gefchieht.

#### 74. Erlaß des Fürften Schwarzenberg an Baron Profesch.

Ropie.

Wien 1849. April 5.

Ew. pp. haben uns die Antwort vorgelegt, welche S. M. der König der aus Frankfurt an Ihn entsendeten Deputation der deutschen Nationalversammlung erteilt hat; und wir haben von derselben mit hohem Interesse Kenntnis genommen, welches die laute Betätigung der Erundsäte des Rechtes aus dem Munde eines mit großer Macht ausgerüsteten und zugleich von Rücksichten der mannigsfachsten Urt in Anspruch genommenen Monarchen überall dort erregen muß, wo man in der Heilighaltung jener Erundsähe, für Fürsten wie für Völker, in dieser sturmbewegten Zeit allein noch den Anker der Rettung erblicken kann.

Die Stellung bes Ronigs in ber beutschen Ungelegenheit ift burch jene Erflarung

für den Augenblick flar und deutlich für jedermann bezeichnet.

Die unferige, sowie unfere Unficht über bas, was ju geschehen bat, laft fich in

folgenden Betrachtungen jusammenfaffen:

Daß der Kaiser für seine zum deutschen Bunde gehörenden Staaten in die Berfassung, wie sie seitens der Frankfurter Versammlung entworfen und am 28. März wider alles Recht und Geseh, zum allgemein gelten sollenden Beschluß erhoben worden ist, nicht eingehen kann, dies ergibt sich aus unseren früheren, allgemein gekannten Erklärungen in so entschiedener Weise, daß der Sah weder einer näheren Begründung, noch weitläufigeren Entwidlung hier irgend bedarf.

Ebensowenig tonnen die Abgeordneten österreichischer Länder hinfüro an den Beratungen und Berhandlungen einer Bersammlung teilnehmen, welche, von dem Zwede ihrer ursprünglichen Berufung gänzlich abgehend, sich nach Beendigung des Berfassungswertes und über selbes hinaus, eigenmächtig für permanent erklärt und sonach auf ein gänzlich ungesehliches Feld geseht hat. Jene Abgeordneten werden sonach alsbald den Schauplah ihres bisherigen Wirtens zu verlassen haben.

In den Augen des t. f. hofes bleibt fonach, als Bertreterin und Trägerin des bisherigen deutschen Bundes, einzig und allein die in Frankfurt, unter Abernahme der Geschäfte des vorigen Bundestages in das Leben getretene provisorische

Bentralgewalt jurud.

Se. Kaiferliche hoheit ber Erzherzog Reichsverweser haben zwar unter ben seit kurzem eingetretenen Berhaltniffen ihre Enthebung von dieser Burde begehrt, und S. M. der Kaifer, weit entfernt, diesem gerechten Bunfche des Erzherzogs

entgegenzutreten, haben ihre Bereitwilligkeit erklärt, Sr. Kaiferlichen Hoheit zu bessen Erfüllung behilflich zu sein; nur haben Allerhöchsteleben hieran die Besbingung geknüpft, daß der Reichsverweser auf dem Posten, den ihm das Vertrauen der deutschen Fürsten und des deutschen Volkes übertragen, vorläufig noch aussharre, die über die Handhabung der im Grundsaße noch bestehenden obersten Bundesgewalt irgend anderweit verfügt worden sein wird.

Der Bund von 1815, ein völferrechtlich geschlossener und allseitig bindender Bertrag, besteht für alle seine Teilnehmer so lange, als er nicht durch das freiwillige

Burudtreten der letteren formlich und fattifch aufgeloft ift.

Aber nicht aufgelost sollte der bisherige deutsche Bund, nach der Ansicht der beutschen Fürsten und Regierungen, werden, als sie jum Behufe der Vereinbarung der neuen Verfassung desselben die konstituierende Versammlung nach Frankfurt beriefen fandern nur umgeskaltet und aufgebehnt

beriefen, sondern nur umgestaltet und ausgedehnt.

heute befindet sich Deutschland immer noch in dem Stadium des Aberganges von dem alten Bunde, der allerdings abgeändert, aber nicht vernichtet werden soll, ju dem neuen Bunde, bessen Berfassung von der konstituierenden Bersammslung allerdings entworfen, von den deutschen Regierungen aber noch nirgend

angenommen ift.

Die Erklärung des Königs an die Frankfurter Deputation bahnt nun das weitere Einverständins zwischen den Regierungen über die Frage des in das Lebens tretens jener Verfassung an. Bis jenes Einverständnis aber wirklich erzielt ist, wird noch einige, wenn auch immerhin vielleicht kurze Zeit vergehen, und während berfelben kann der deutsche Bund nicht ohne Leitung, das gemeinsamere Vaters land nicht ohne Zentralgewalt bleiben, die den inneren Frieden handhabe und gegen außen Deutschland würdig vertrete.

In diesem Gefühle und bewegt von jener Anhänglichkeit an die deutsche Sache, die der Kaiser von Seinen Uhnen geerbt hat, und auch in Seinem Leben niemals verleugnen wird, haben S. M. den Erzherzog Johann dringend ersucht, von seinem Posten nicht zu weichen so lange, als nicht in anderweiter gesetzlicher Weise für die

Leitung der Bundesgeschäfte Fürsorge getroffen sein wird.

Se. Majestät legen hierdurch Ihrem erlauchten Oheim ein in jeder Beziehung großes Opfer auf; Sie find aber überzeugt, daß daß Se. Kaiferliche Soheit es gern bringen werden, wenn es sich, wie hier der Fall, wirklich um das Bohl, ja um die Ehre bes, dem Prinzen immer vorzüglich teuer gewesenen deutschen Vaterlandes handelt.

Se. Majestät hegen aber auch, anderseits, die hoffnung und die Erwartung, daß das Berhältnis allenthalben nach seinem mahren Werte gewürdigt und dems

gemäß vorgegangen werden wird.

Eine in das Unbestimmte gehende Berlängerung des gegenwärtigen Zustandes kann so wenig in der Absicht Gr. Majestät liegen, als sie überhaupt den Bedürfnissen

ber Lage angemeffen fein murbe.

Die, wenn auch nur provisorische, Konstituierung eines Bundesdirektoriums, wie selbe selbst in der preußischen Erklärung vom 10. März als nicht unzulässig anerkannt ist, könnte vielleicht dazu geeignet sein, für den Fall, daß die sofortige definitive Regelung des Bundesverhältnisses — die freilich das Wünschenswerteste wäre — heute noch nicht stattsinden könnte, wenigstens vorläusig zu verhindern, daß nicht die gesetzlich, noch durch ein gemeinschaftliches Band umschlungenen Bestandteile Deutschlands faktisch der Wohltaten jenes Bandes beraubt, im Inneren Deutschlands einzelne Gegenden desselben der gräulichsten Anarchie preisgegeben sein und, dem Auslande gegenüber, der deutsche Name zum Spott zu werden Gefahr lause.

Ein foldes Resultat, welches die Seele des Raifers mit dem tiefsten Schmerz erfüllen wurde, wurde auch in dem deutschepatriotischen Gemute des Königs sicher

nur diefelbe bervorbringen.

Es hintanzuhalten, liegt einzig und allein — aber auch dann mit voller Sicher, beit — in den Sanden der beiden Monarchen. Ihr Einverständnis allein kann Deutschland vor dem Chaos und vor der Gefahr ganzlichen Unterganges bewahren.

Borderhand beschränkt sich die Aufgabe Em. pp. darauf, die oben entwicklten Ansichten dem Königlich Preußischen Kabinette zur Erwägung zu geben und darauf zu dringen, daß die dortige Meinung über die Art und Weise, wie die Bundess zentralgewalt weiterhin zu handhaben sei, uns baldigst bekannt gemacht werde.

75. Protofoll aber die Sigung des Preußischen Staatsministeriums. Ropie.

In Segenwart des Ministerprafidenten Grafen von Brandenburg, der Staatsminister von Ladenberg, Frhr. v. Manteuffel, von Trotha, v. d. hepdt, Graf v. Urnim, v. Nabe, des Unterstaatssetretars Grafen v. Bulow und des Geh. Legationstats von Bulow.

Berlin 1849, April 6.

In der heutigen Sigung des Staatsministeriums wurde die deutsche Frage bes

raten und darüber folgendes beschlossen:

1. Wenn die deutsche Nationalversammlung in Franksurt infolge der der Depustation derselben von S. M. dem Könige erteilten Antwort die Vereinbarung über die deutsche Verfassung verweigern und die von ihr bisher behauptete unbedingte Nechtsgültigkeit der von ihr beschlossenen Verfassung, trot den Einsprüchen und Widersprüchen der Regierungen, aufrecht zu erhalten versuchen möchte, so sollen die preußischen Mitglieder der deutschen Nationalversammlung sofort abberufen werden.

2. Sollte die deutsche Nationalversammlung infolge der oben gedachten Antwort S. M. des Königs einen anderen regierenden Fürsten in Deutschland zum Reichss oberhaupt wählen, so wird diesseits die Erklärung abgegeben werden, daß Preußen

fich einem anderen Reichsoberhaupte nicht unterwerfen werde.

3. Bei der Beratung der deutschen Erundrechte wurden folgende Beschlüsse ges faßt: Zu Art. 1, § 6. Die Auswanderungsfreiheit betressend soll als eine deklasalstorische Bemerkung bei den Beratungen in Frankfurt geltend gemacht werden, daß diese Freiheit, wie sich von selbst verstehe, nicht von den Verpflichtungen der Unterstanen gegen den Staat, namentlich von der Wehrpflicht im siehenden heere ents binden dürfe. Zu Art. 11, § 7 der Sah: "der Adel als Stand ist abgeschafft" soll wegfallen.

Gegen den Gab:

"Alle Titel, insoweit fle nicht mit einem Amte verbunden find, find aufgehoben und burfen nie wieder eingeführt werden"

foll fein Biberfpruch erhoben werben.

Dasselbe gilt von dem Sape, wonach fein Staatsangehöriger von einem aus, wartigen Staate einen Orden annehmen darf. Unter auswärtigen Staaten glaubt man, nur nichtbeutsche versiehen zu tonnen.

Bu bem Gage:

"Die öffentlichen Amter find für alle Befähigten gleich zugänglich" foll deklaratorisch bemerkt werden, daß damit die Militärs Bersorgungsberechs tigungen weder aufgehoben noch beschränkt seien, und daß jener Sah nur in diesem Sinne verstanden werden durfe.

Der Gas:

"Die Wehrpflicht ist für alle gleich" läßt die Misdeutung zu, als sei eine Verschiedenheit in der Militärdienstzeit uns zulässig; dieser Risdeutung soll durch eine dellaratorische Bemerkung vorgebeugt werden.

Bu Urt. III, § 9, die Abschaffung der Todesftrafe foll wegfallen.

Bu Art. V, § 17. "Reine Religionsgesellschaft genießt vor anderen Borrechte burch den Staat" wurde bemertt, daß durch diefe Borfchrift der Art. 12 der Preufis ichen Verfassung nicht als abgeändert angesehen werden durfe.

Bu Art. VI. § 27. Die Gemährung freien Unterrichts auf allen öffentlichen

Unterrichtsanstalten an Unbemittelte ift durchaus unannehmbar.

Bu Art. VIII, § 38. Bon der Aufhebung der Fideitommiffe muffen die Fideis tommiffe ber mediatifierten Fürsten ausgenommen werben.

§ 39. Bon der Aufhebung des Lehnsverbandes muffen die Thronlehen, wie in

ber Preußischen Berfaffung, ausgenommen werben.

Bu Urt. IX, § 42. Unter "Ausnahmegerichten", die nach diefem Paras graphen nie stattfinden follen, fonnen nur Gerichte verstanden werden, welche ohne Gefet für einen einzelnen Fall niedergefett fein möchten.

§ 43 fteht im Widerspruch mit Urt. 36 der Preußischen Berfaffung, welcher

lettere aufrecht erhalten werden muß.

Der § 31 der Grundrechte muß auf die §§ 8, 10 und 11 der Grundrechte auss

gedehnt werden.

Die später von der Nationalversammlung ju Frankfurt beschlossenen Ergans

jungen der Grundrechte gaben ju folgenden Befchluffen Beranlaffung:

a) Die in der Preußischen Berfassung Art. 104 vorbehaltene handhabung der Ortes polizei in Städten von wenigstens 30000 Einwohnern muß aufrecht erhalten werden. b) Dasselbe gilt von Urt. 110 der Verfassungeurfunde vom 5. Dezember.

Weiter wurde für heute nichts verhandelt.

ges. Graf Brandenburg, v. Labenberg, v. Manteuffel, v. Strotha. Graf v. Arnim. v. Rabe.

76. Protofoll über die Sigung des Preußischen Staatsminiferiums. Ropie.

In Gegenwart bes Ministerprafibenten Grafen von Brandenburg, bes Staatsminifters v. Ladenberg, Frhr. v. Manteuffel, v. Strotha, v. d. hendt, Grafen v. Arnim und v. Rabe und des Unterstaatsfefretars Grafen v. Bulow.

Berlin 1849. April 7.

In der beutigen Sigung bes Staatsministeriums wurde das Reichsgeset für die

Wahlen jum Boltshause jum Gegenstande der Beratung gemacht.

hinsichtlich der im Artifel 1, §§ 1-4 behandelten attiven Bahlberechtigung war man einstimmig der Meinung, daß eine weiter gehende Beschränkung des Bahlrechts, als folche in dem gedachten Artifel enthalten ift, unerläßlich fei. Aber die deshalb zu machenden Vorschläge murbe die Beratung vorbehalten.

3u Artitel II und III fand fich nichts zu bemerten. 3u Artitel IV fand man die Bestimmung in § 11, daß der Standort der Soldaten und Militärpersonen nur dann als Wohnsit gelten foll, wenn berfelbe feit drei Monaten nicht gewechselt worden ift, unangemeffen, indem barin eine ju große Befchränfung des Wahlrechts der Goldaten liege. Man hielt es demnach für nots wendig, den Standort der Soldaten unbedingt als "iur Bahl berechtigenden Wohnsis" gelten zu laffen.

Bu Artifel V, § 13 wurde die geheime Abstimmung für verwerflich und die offene Abstimmung zu Protofoll, wie sie bei den Beratungen in Frankfurt vorgeschlagen

und mehrfach verteidigt worden ift, für vorzüglicher erachtet.

Bu § 14 fand man das System der diretten Bahlen an sich, jedoch nur unter der Voraussehung offener Abstimmung, unbedenklich, hielt auch die Festhaltung des Erforderniffes der abfoluten Majorität für angemeffen. Im Falle der Annahme ber offenen Abstimmung murbe es möglich fein, die Abstimmung in jeder Kommune vornehmen zu lassen.

Schließlich murde das Reichsgeset über die Tagegelder und Reisegelder der Absgeordneten jum Reichtstage beraten. Das Staatsministerium findet den Diatens sat von sieben Gulden zu hoch und eine Ermäßigung bis auf drei Taler munschenss wert. Diese Ermäßigung soll zur Erwägung gestellt werden.

Ebenso findet das Staatsministerium die unbedingte Portofreiheit für alle Rorrespondengen und Drudfachen unangemeffen und halt es für das Beste, die Portos

freiheit der Abgeordneten aus dem Reichgesete gang zu beseitigen.

Die Berhandlung wurde hiermit geschloffen.

(gez.) Graf von Brandenburg, von Ladenburg, von Manteuffel, von der Septt.
Graf von Arnim, von Rabe.

#### 77. Dentschrift eines Ungenannten.

Frankfurt 1849. April 7.

Der Inhalt der Zirkularnote des Preußischen Ministeriums vom 3. April in betreff der deutschen Berfassungsangelegenheit ift Ihnen jest vollständig

befannt.....

Der Borschlag Preußens, provisorisch die deutsche Zentralgewalt zu übernehmen, kann als totgeboren betrachtet werden. Angenommen, daß der ErzherzogeReichse verweser auf dem Entschlusse, seine Stelle niederzulegen, beharren sollte, — was sehr dahin sieht, da er die Antwort S. M. des Königs von Preußen an die Deputation der Nationalversammlung als eine Ablehnung betrachtet — so wird Preußen voraussichtlich weder einen auf jene Abernahme gerichteten Antrag aller deutschen Regierungen, noch die Zustimmung der Nationalversammlung erlangen; es werden also die Bedingungen nicht eintreten, von welchen es seine Bereitwilligkeit, die Leitung der deutschen Angelegenheiten provisorisch zu übernehmen, abhängig gesmacht hat.

Gehen wir zu den Vorschlägen Preußens über, welche die Erledigung der deutschen Berfassungsangelegenheit selbst zum Gegenstand haben, so ist es von Interesse, die Plane tennen zu lernen, welche die verschiedenen Beteiligten und Parteien an die jüngsten Erklärungen Vreußens wirklich anknüpfen oder anknüpfen könnten,

um jede auf ihre Beise ihre Absichten zu fordern.

Der Ergherzog-Reicheverweser halt, da er die Antwort des Ronigs von Preußen an die Deputation der Nationalversammlung, wie schon oben bemerkt wurde, als eine Ablehnung der angebotenen Oberhauptswürde betrachtet, den Zeitpunft ber Niederlage seines Amtes für weit hinausgerückt, und dagegen den Augenblick für gefommen, sein Ministerium zu ändern. Er hat aber, wie Männer von anerkannter Beobachtungs; und Rombinationsgabe behaupten wollen, auch weitergehende Plane. Die österreichische Partei wird wahrscheinlich in der Nationalversammlung ben Berfuch machen, eine Abanderung ber Bestimmungen der Reicheverfaffung über das Oberhaupt durchzusegen, das einheitliche, erbliche Oberhaupt zu beseitigen, und auf das flebenteilige und neunstimmige Direttorium jurudjutommen. Im übrigen wird diese Partei die Reichsverfassung, wie fie beschlossen ift, fich aneignen. Ginge der Plan durch, fo wurde der Erzherzog fofort als Reprafentant Offerreichs im Direttorium auftreten, und in gang Deutschland neue Bablen ins Boltse und Repräsentantenhaus ausschreiben. Er wurde sich fürs erste auf diese Weise im Befit der Zentralgewalt behaupten und die Reichsgewalt für Offerreich gewonnen baben.

Bas die linke Seite der Nationalversammlung beabsichtigen mag, läßt sich nur aus der allgemeinen Färbung dieser Partei mutmaßen. Das Prinzip der Bolkss souveränetät mit äußerster Konsequenz seschaltend, muß sie die von der Nationals versammlung beschlossene Reichsversassung als unantastbar und teiner Abanderung fähig betrachten. Daß S. M. der König von Preußen die ihm angebotene Kaisers

wurde nicht unbedingt angenommen, ift im Sinne diefer Partei notwendig eine Ablehnung, und da die Verfaffung bestimmt, daß die Burde eines Oberhauptes einem regierenden beutschen Kürften übertragen werden foll, fo murde es gang konsequent sein, wenn sie eine andere Oberhauptswahl verlangte, was denn auch von vielen beforgt wird. Auf diese Weise wäre natürlich nichts Lebensfähiges zu erreichen, da ein deutscher Bundesstaat ohne Preugen an der Spige nicht ausführbarift.

Belden Weg nun fonnen diefen Parteien gegenüber Diejenigen einschlagen, welche ben deutschen Bundesstaat unter dem einheitlichen erblichen Oberhaupt und in der den Verhältniffen nach möglichst großen Ausdehnung wirklich wollen? -

hier fiehen zwei Meinungen einander gegenüber.

Ich beginne mit ber Meinung Camphaufens. Er ift barin mit feiner Regierung einverstanden, daß er die Verfassung nicht will, wie sie nach der Ansicht der Nationals versammlung "endgültig" von diefer beschloffen und verfündet worden ift. Davon ausgehend, daß der Bundesstaat in der von der Nationalversammlung angenoms menen Ausbehnung namentlich mit Ginschluß Ofterreichs, Bagerns und mahr: Scheinlich auch Sachsens nicht juftande fommen tonne und werde, halt er viele Bestimmungen der Berfassung für unausführbar und den Berhältnissen nicht ents fprechend; festhaltend an dem Bereinbarungspringip halt er die Regierungen um fo mehr für berechtigt, die nötig scheinenden Anderungen anzubahnen, als zu dieser Berfaffung Abgeordnete aus Ländern, die dem Bundesftaate nicht beitreten murden, entscheidend mitgewirft hatten. Er gibt alfo seiner Regierung darin gang recht, daß fie die von der Nationalversammlung verkündete Verkasfung nicht unbedingt angenommen habe; er hatte aber gewollt, daß G. M. der König von Preußen die Dberhauptemurbe für Diejenigen Staaten, welche bem Bundesftaat beigutreten erflären würden, sofort angenommen, und die Gründung des Bundesstaates und ber Berfassung desfelben in die hande genommen hatte. Und auf diefen Weg wünscht er auch jest, obgleich ber glüdlichste Moment für eine folche Ginleitung verfäumt worden, noch einzulenten. Preugen muffe Diejenigen Regierungen, Die ben Bundesftaat mit feinem Ronig an ber Spige wollten, auffordern, an einem britten, möglichst in ber Mitte von Deutschland gelegenen Orte - etwa Gotha ober Beimar - eine neue Berfammlung ju beschicken, um die Berfaffung bes Bundesstaates ju beraten. Die Versammlung hatte, nach Maggabe der von der Nationalversammlung beschlossenen Berfassung, aus einem Bolts, und Staaten, hause zu bestehen. Das Boltshaus mußten die bisherigen aus den betreffenden Staaten entsendeten Mitalieder der hiefigen Nationalversammlung bilden, welche die Regierungen von hier ab und an jenen anderen Ort zu berufen hätten. Die Rechtsgültigfeit diefes Berfahrens werde feinem Zweifel unterliegen fonnen, wenn die Ständeversammlungen der einzelnen Staaten die Wahlen in das Staatenhaus vornähmen, morin eine Genehmigung liegen wurde. Die einzelnen Regierungen batten Kommiffarien zu bestellen, um ihre Unsichten bei diefer Berfammlung zu vertreten. Die Beschluffe der letteren unterlagen aber lediglich der Genehmigung des Reichsoberhauptes, Preußens, und die übrigen Regierungen würden von vornherein einzuwilligen haben, daß die Berfassung endgültig und für sie verpflichtend fei, wie fie von diefer Berfammlung unter Genehmigung des Bundes, oberhauptes beschlossen werde. Das Berhältnis des Bundesstaates gegenüber dens jenigen deutschen Staaten, welche fich von diesem felbit ausschlöffen, muffe durch Unterhandlung swischen beiden Gruppen geordnet werden.

Diefer Weg fei der einzige, der noch zu einem Resultate führen konne und mahre scheinlich auch werde; die hiesige Nationalversammlung sei nicht mehr lebensfähig; Die nachsten Lage murden noch mehr als der bisberige Cang der hiefigen Berhand lungen zeigen, daß auf der bier eingeschlagenen Bahn das Biel nicht zu erreichen fei. Darin werde die vollständige Rechtfertigung der Regierungen liegen, die jest einen

anderen, jugleich aber den einzigen noch möglichen Weg einschlügen.

Diefer Anficht gegenüber fieht endlich diejenige Gagerns, welcher für unabweisbar balt, an den Befoluffen der Nationalversammlung und an der verfündeten Reichs. verfaffung festuhalten, und an diefe die weitere Entwidlung der beutschen Un: gelegenheit angufnupfen. Er fieht in den jungfien Erflärungen der preußischen Regierung fein hindernis, vorausgefest, daß Preugen darauf eingehe, die hier beschlossene Berfassung des Bundesstaates anzuerkennen. Die Nationalversamm; lung werde nicht unter ben erfien Gindruden der in Berlin gegebenen Ers flarungen jufammentreten; bei fühler überlegung muffe fie finden, daß ber Ronia von Preugen nur für diejenigen Staaten, welche die Verfaffung anertennen wollten. die Oberhauptswürde habe annehmen fonnen; die Antwort an die Deputation der Nationalversammlung sei feine definitive, sondern nur eine vorläufige. Möge Preußen alfo mit den Regierungen beraten; in der Zirfularnote vom 3. fei der furge Termin von 14 Lagen gesett, um befinitive Erflärungen abzugeben; biefe Frift werde die Nationalversammlung abzuwarten haben. Lägen dann, wie erwartet werden durfe, die Erklärungen einer namhaften Jahl Regierungen vor, daß fie bem Bundesftaate unter ber bier befchloffenen Berfaffung beitreten wollten, fo fomme er unter biefen Regierungen guffande, und bas Weitere fei ber Bufunft au überlaffen.

Sagern hat in dieser seiner Ansicht aufs neue den ruhigen, ungetrübten Blick bewährt, der ihn in entscheidenden Krisen so sehr auszeichnet; der Weg, den er sich vorgezeichnet, ist der einzige, der zu einer Lösung führen kann, und von Camphausens Vorschlägen sollte wenigstens so lange keine Nede sein, als sich der Vorschlag Sagerns nicht als erfolglos, und damit das Werk der Nationalversammlung als vereitelt

erwiesen bat.

Camphausens Ansicht ist wenigstens in der jezigen Lage der Dinge unausführbar; es wird nicht gelingen, einen Teil der Nationalversammlung an einem dritten Orte zu versammeln, und die Stände der einzelnen Staaten, deren Gutheißung erforderlich wäre, werden diese voraussichtlich nicht erteilen. Auch ständen die schwiezrigsten Konslitte mit der Nationalversammlung bevor, Konssitte, die zu der Answendung der äußersten Mittel führen könnten, womit sich die öffentliche Meinung dieser Gegenden nicht versöhnen würde. Endlich hat die Erfahrung bewiesen, daß alle Vereindarungsversammlungen — und eine solche will Camphausen — am Ende zur Ottropierung führen.

Wir werden alfo an Sagerns Ansicht festhalten, und dieselbe von unserem Stands puntt aus möglichst zu befördern suchen mussen; damit sie Erfolg habe, wird freilich erfordert, daß Preußen seine Anstände gegen die beschlossen Berfassung aufgebe

und fich diefe fürs erfte gefallen laffe.

Camphausen ift gestern durch telegraphische Depesche nach Berlin berufen worden und ohne Zweisel bereits dahin abgereist. Gestern abend war er mit dem Reichs, ministerium in Konferenz; man beschäftigte sich mit den hier erörterten Fragen, und ich hoffe, daß Sagerns Entwicklung seiner Ansichten nicht ohne Einfluß auf die seinigen, die freilich sehr tief wurzeln, geblieben ist.

Die Deputation der Nationalversammlung ift noch nicht jurud; fie foll fich unterwege aufgehalten haben und wird dem Bernehmen nach erft morgen erwartet.

#### 78. Moste an Camphaufen. Driginal.

Frankfurt 1849. April 8.

Ihre plobliche Abreise hat mir nicht gestattet, Ihnen nach unserem vorgestrigen Gespräch (mit h. Eigenbrobt und mir) weiteren Bericht zu geben und mir Ihre fernere Ansicht zu erbitten. Gestern mittag hörte ich in Ihrem Sause zu meiner großen Aberraschung, Sie seien nach Berlin abgereift. Möchten Sie und Gutes, Mögliches, Bestimmtes von dort mitbringen!

Sie wünschten, daß H. Eigenbrodt<sup>1</sup> und ich die Ideen, welche Sie uns über den zu ergreifenden Weg mitgeteilt hatten, einmal weiter anklingen lassen möchten bei vertrauten Rollegen. Das ist geschehen, mit aller Vorsicht und Zurüchaltung verzsteht sich. Die Sache scheint den Leuten fremd, überraschend, numöglich. Sie würden weder ihre Regierungen zu Instruktionen in dieser Richtung bewegen, noch den Mut und die Selbständigkeit aufbringen können, auf eigene Faust vorzugehen. Alle südlichen Staaten und Regierungen, Württemberg, Baden, Darmstadt, Rassau, Rurhessen, dann das ganze baperische Franken, die Rheinpfalz, dann die thüringischen känder, und wohl auch Königreich Sachsen sühlen sich durch die Stimmung ihrer Bevölkerungen an die Nationalversammlung und ihre Verfassung gesbunden. Die Bevollmächtigten aus diesen kändern werden, wie man glaubt, hier einfach erklären: sie wollten auf Grund der Verfassung in den Vundesstaat treten, erkennten die Kaiserwahl an und überließen das Verhältnis zu den nicht eintretenden deutschen Kändern fünftiger Unterhandlung mit denselben.

Auch die kleineren norddeutschen Staaten, Medlenburg, Braunschweig, Anhalt, Lippe usw. werden geneigt sein, für eine einfache Annahme unter den drohenden Berhältnissen des Augenblick zu klimmen. Bon vielen Seiten wird mir gesagt: "Bor alle m kommt es zunächst darauf an, sich auf den Erund der vorliegenden Berfassung zu vereinigen; was daran auszusehen und zu ändern ist, daran ist später zu denken. Man muß dem guten Seist der Nation und der Jukunst auch etwas verstrauen. Es ist kein anderer Weg und Punkt der Bereinigung möglich, als Ans

nahme der Verfassung und der Kaiserwürde. Das ist entscheidend.

Auch H. Eigenbrodt notissierte mir gestern abend, nach reislichster Erwägung und vielseitiger Besprechung teile er diese hier allgemein herrschende Ansicht. Die Bewegungen und Intriguen der Feinde seien nur so zu bekämpfen und zu bessiegen. Die Osterreicher, die Ultramontanen, die Partifularisten, die Ultraraditalen rühren sich hier bedeutend; alle sind triumphierend und betrachten Berlin als einen Bundesgenossen. H. v. Schmerling soll gesagt haben: "Aun sei alles gut und auf dem rechten Weg; diplomatische Berhandlungen von 30 Bevollmächtigten der Nationalversammlung gegenüber müßten zum Wirrwarr und zu einer Ostronzierung führen." — Die Erregung der Gemüter ist bei den Mitzliedern der Nationalversammlung sehr groß, und man hört abenteuerliche Pläne aussprechen. Darauf ist nun freilich nicht viel zu geben. Die Sitzung am Mittwoch wird kürmisch sein, doch ist zu erwarten, daß keine extremen Anträge durchgehen. Selbst der gemäßigtere Teil der Linken hat beschlossen, die vierzehn Tage, welche die Zirkularnote Zeit gibt, sich still zu halten und abzuwarten, was die Bevollmächtigten der Regierungen beschließen.

Die herren von der Deputation sind sehr deprimiert von Berlin zurückgekommen, alle aber enischlossen, mit der Bersammlung und ihrer Bersassung zu siehen und zu fallen. Die ganze sog. Kaiserpartei wird für einen Protest bei der Nation und dann für Auflösung simmen, wie man mir sagt, wenn die Regierungen die Berssassung verwersen. "Glauben die Regierungen unter sich selbst und mit der Nation ohne die Nationalversammlung und ihr Werk fertig werden zu konnen, so müssen sie Stribeit, se des versuchen", so sprechen die Ruhigsten. — Ich aber nehme mir die Freiheit, E. E. diese Dinge zu schreiben, weil ich weiß, daß Sie ein Staatsmann

find, der zu sehen wünscht, was da ift.

79. Fürst Schwarzenberg an Baron Profesch. Kopie.

Wien 1849. April 9. Das preußische Kabinett hat in einer am 4. d. M. an den Grafen Bernstorff geriche teten Depesche die Beweggründe auseinander gesetzt, welche S. M. den König zu den

<sup>1</sup> heffens Darmstadts Bertreter bei der Zentralgewalt.

Entschläffen bestimmt haben, von welchen die preußische Birkulardepesche vom 3.

Runde gegeben hat.

Bir sind viel zu billig, um nicht der Macht der Umstände Rechnung zu tragen, aber eben weil wir dies tun, ist es uns unmöglich zu verkennen, wohin eben diese Macht den König und dessen Regierung, zu deren redlichen Absichten wir stets das vollste Vertrauen haben werden, am Ende noch zu führen vermag. Die Bahn, auf welche eine von der preußischen Regierung erkannte Notwendigkeit dieselbe geführt hat, ist eine solche, welcher wir, gleichfalls unter dem Einfluß gebieterischer Rücksichten siehend, nicht zu folgen vermögen.

Obwohl zu unserem Bedauern die Bemühungen der Kaiserlichen Regierung eine Berständigung mit Preußen herbeizuführen ohne Erfolg geblieben sind, hegen wir dennoch die hoffnung, daß die Berschiedenheit der Ansichten und Überzeugungen in bezug auf diese wichtige Frage, die so glücklich bestandenen Bande der Freundschaft zwischen zwei Staaten, die durch so viele gemeinschaftlichen Interessen verbunden

bleiben muffen, nicht zu lockern geeignet fein werden.

Bas wir dazu beitragen fonnen, diese Freundschaft zu mahren, foll gewiß nicht

verabfäumt werden.

80. Protofoll über die Sitzung des Preußischen Staatsministeriums. In Segenwart des Ministerpräsidenten Grafen v. Brandenburg, der Staatsminister v. Las denberg, Frhr. v. Manteussel, v. Strotha, v. d. Hendt, Graf v. Arnim und v. Rabe, des Wirkl. Seh. Rats Camphausen und des Unterstaatssetretärs Grafen v. Bulow.

Berlin 1849, April 9.

In der heutigen Sigung des Staatsministeriums wurde zunächst unter Zuziehung des Unterstaatssefretärs Müller beschlossen, gegen die im Artikel X (früher IX) der deutschen Grundrechte enthaltenen, die Gerichtsbarkeit und Justizverwaltung betreffenden Bestimmungen mit Ausnahme des § 175 von der Militärgerichtsbarkeit, worüber schon im Protokolle vom 6. d. M. das nötige bemerkt ist, keine besonderen Einwendungen zu erheben.

Sodann wurde die in Frankfurt beschloffene Berfaffung durchgenommen, wobei

fich folgendes ju bemerken fand:

1. Man hat sich diesseits früher gegen die Bezeichnung "Deutsches Reich" erklärt und dafür die Beibehaltung des Wortes "Bund" gewünscht. Obwohl dies nicht berücksichtigt ift, so fand man doch feine Veranlassung, jenem Antrage zu inhärieren.

2. Gegen § 2, welcher in Preußen das Verhältnis des polnischen (nicht deutschen) Teils des Großherzogtums Posen betrifft, soll eine Einwendung nicht erhoben werden.

3. Nach der Kollettivnote über den deutschen Verfassungsentwurf sollen nur die von der Reichszentralgewalt ernannten Truppenbefehlshaber die eidliche Verspflichtung der Treue gegen das Reichsoberhaupt übernehmen. Dies ist im § 14 der Verfassung nicht berücksichtigt, indem hiernach die Verpstichtung der Treue gegen das Reichsoberhaupt und die Verfassung in den Fahneneid der Truppen aufsgenommen werden soll. — Es wurde in dieser hinsicht beschlossen, bei dem Verslangen in der Kollettivnote stehen zu bleiben.

4. Die §§ 43 und 51 der Berfassung entsprechen zwar nicht der Kollektivnote, wohl aber unter der Boraussehung, daß Preußen an die Spiße des deutschen Bundesstaates tritt, den diesseitigen Interessen — eine Bemerkung, die überhaupt von sehr vielen, bei der zweiten Lesung der Verfassung nicht berücksichtigten Desis beraten der Kollektivnote gilt. — Zu Einwendungen dagegen ist jeht keine Bers

anlaffung vorbanden.

5. Der § 69 hinsichtlich ber Erblichteit der Neichsoberhauptwürde scheint einer beutlicheren Fassung zu bedürfen, indem die gegenwärtige Fassung Zweifel dars über zuläßt, ob die gedachte Würde sofort auf mannliche Kollateralen vererben würde.

6. Der Raisertitel (§ 70) wurde jedenfalls abzulehnen sein.

7. Gegen § 87 foll fein Einwand erhoben werden.

8. Zu §§ 100 und 101 (Beto) wurde beschlossen, bei der Forderung des absoluten Beto nach der Fassung der Kollektivnote stehen zu bleiben.

9. Gegen die - für unzwedmäßig erachtete - einjährige Finang, und Budgets

periode soll nichts erinnert werden.

10. Der bei der zweiten Lesung der Verfassung weggefallene Reichstat dient zwar nicht zur Stärkung des Reichsoberhauptes, wird aber doch für münschenswert ersachtet, weil ohne eine solche Institution zu besorgen ift, daß die größeren deutschen Staaten dem Bundesstaate nicht beitreten würden.

11. 3u § 196 foll das absolute Beto bei Berfaffungsanderungen als unerläßlich

gefordert werden.

12. Der § 197 (vom Belagerungszustand) erscheint ungenügend und die Beisbehaltung der Erundsäge der diesseitigen Berfassungsurfunde notwendig. Weiter fand sich bei der Verfassung, nachdem die Erundrechte und das Wahlgesetz für das Volkshaus schon am 6. und 7. d. M. geprüft sind, nichts zu bemerken. gez. Eraf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Manteuffel. von der hendt. v. Rabe.

81. Protofoll über die Sigung des Preußischen Staatsministeriums. In Gegenwart des Ministerpräsidenten Grafen v. Brandenburg, der Staatsminister v. Las benberg, Frh. v. Manteuffel, v. Strotha, v. d. hepdt, Graf v. Arnim und v. Rabe und des

Birtl, Gebeimen Rate Camphaufen.

Berlin 1849. April 10.

In der heutigen Sigung des Staatsministeriums wurde die beutsche Frage

wiederholentlich jum Gegenstande der Beratung gemacht.

Der Wirkliche Seheime Rat Camphausen entwickelte zunächst seine Ansichten über das in dieser Angelegenheit zu beobachtende Verfahren. Derselbe hält es für untunlich, mit der deutschen Nationalversammlung über die von ihr beschlossene Verfassung in weitere Unterhandlungen zu treten und glaubt auch, daß sich dies, auch ohne Abweichung von dem, in der Zirkulardepesche vom 3. d. M. eingeschlassene

genen Wege, vermeiben laffen werbe.

Man werbe nämlich, im Verfolg der gedachten Depesche, zunächst von den deutsschen Regierungen eine Erklärung darüber fordern müssen, ob sie bereit seien, in einen Bundesstaat, an dessen Spige der König von Preußen als Oberhaupt stehe, einzutreten. Mit denjenigen Regierungen, welche sich dazu nicht bereit erklären möchten, würde man dann zu weiteren Verhandlungen über die in Frankfurt beschlossene Verfassung keine Veranlassung haben. Sollten, wie zu erwarten sei, mehrere deutsche Regierungen ihre Bereitwilligkeit versagen, so werde dann eine weitere Veratung über den Inhalt der auf ganz Deutschland oder doch auf alle deutschen Staaten berechneten Verfassung unndzig und zwecklos sein.

Man werde hiernächt — wenn die provisorische Übernahme der deutschen Zentrals gewalt von seiten des Königs von Preußen nicht von sämtlichen deutschen Regies rungen beantragt werde — das diesfällige Anerdieten mit der Erklärung zurückzunehmen haben, daß Preußen auch bei dieser Gelegenheit seine Bereitwilligkeit

jur Forderung der deutschen Ginheit unzweideutig dotumentiert habe.

Sodann werde man der deutschen Nationalversammlung die vorbehaltene designitive Erklärung dahin abzugeben haben, daß der König von Preußen, da mehrere deutsche Regierungen ihren Eintritt in den beabsichtigten Bundesstaat verweigert hätten, nunmehr nicht in der Lage sei, das ihm von Frankfurt aus gemachte Unserbieten anzunehmen.

hierauf werde man mit den deutschen Regierungen über die Bildung eines Bundesstaates zwischen den dazu bereitwilligen Staaten in Unterhandlung treten,

dabei die in Frankfurt befchloffene Berfassung gum Grunde legen und jugleich mit benjenigen Staaten, welche bem Bundesftaate nicht beitreten wollen, über die Ers neuerung des durch die deutsche Bundesatte errichteten Staatenbundes, namentlich auch mit Diterreich, Berhandlungen anknupfen muffen. Die Bildung eines Bundes: staates werde aber nur gelingen, wenn man sich entschließe, ein gur endgültigen Feststellung ber Berfassung berufenes Organ zu ichaffen ober ichaffen zu laffen ein Draan, welches aus ben ben Leilnehmern bes beabsichtigten Bundesftaates angehörenden Mitgliedern der deutschen Nationalversammlung, als einem Bolts; baufe und einem nach dem Berfaffungsentwurf zu mahlenden Staatenhaufe oder auch aus einem Boltshause in der angegebenen Form allein bestehen konne, und wobei dann, außer der übereinstimmung der beiden Saufer, die Buftimmung des Konias von Dreußen vorbehalten werden muffe.

Die Mitglieder des Staatsministeriums erklärten fich mit den Ansichten des

Birtlichen Geheimen Rats Camphaufen im wefentlichen einverstanden.

#### 82. Dentschrift Camphausens für bas Minifterium. Konzept.

Berlin 1849, April 11.1

Die Lage der deutschen Angelegenheiten und das Berhältnis Preußens gu ihnen geben in der nachsten Bufunft vielen Eventualitäten entgegen, welche rafche, viel leicht wechselnde Entschluffe der Preußischen Regierung bedingen. — Es liegt nicht in der Absicht, bier alle Eventualitäten im voraus ju erdrtern und das bei deren Eintritt einzuschlagende Berfahren festzustellen; insbesondere foll nicht ins Auge gefaßt werden, mas zu geschehen haben würde, wenn die Abernahme der provis forifden Zentralgewalt durch S. M. ben Konig jur Ausführung fame, ober wenn Die Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. beftige Entschluffe faffen mochte. Es foll nur die Frage beantwortet werden2:

Welchen Beg bat die Ral, Regierung unter den jett vorwaltenden Umffänden mit Rudficht auf die von G. M. dem Ronige ber Deputation der Nationals versammlung gegebene Antwort und mit Rudsicht auf die Zirkulardepesche vom a. April einzuschlagen, um die feit einem Jahre wiederholt und öffentlich übernommene Berpflichtung bes tätigen Bemubens für die Grundung eines

Bundesstaates in Deutschland gu lofen?

Als Bordersas wird angenommen werden muffen, daß diefer Beg nicht ders jenige der Bereinbarung der Regierungen unter fich und mit der Rationalverfamms lung ju Frankfurt a. M. in ihrem gegenwärtigen Bestande fein wird, noch sein kann: Die Entwidlung und Begrundung Dieses Gabes ift in den bisherigen Erörterungen gegeben worden; es wird julaffig fein, lediglich darauf Bejug ju nehmen.3

Unfere nachfte Aufgabe muß es fein, in erneuerter Erftrebung bes Bieles, welches wir feit langer Zeit unausgefest im Auge halten, ber Rationalversammlung, ben beutiden Regierungen und dem deutiden Bolte gur flarften Anichanung ju bringen,

Die Dentidrift ift burch an den Rand gefette Bemertungen Camphaufens in eine

Instruction für ihn umgewandelt worden. Ich gebe diese in den Anmerkungen.

2 Meben dem ersten Absat: "Bei der in der Zirkulardepesche vom 3. d. M. vorbehaltenen Instruction, mit welcher ich E. E. auf den Grund der während Ihrer jungsten hiesigen Anwesenheit und unter Ihrer tätigen Mitwirkung stattgehabten Beratungen und Ents foliegungen bes R. Staate Minifterlums in ber beutiden Ungelegenheit zu verfeben habe, bandelt es fich um die Frage:"

" Am Rande: "Daß biefer Beg berjenige ber Bereinbarung ber Regierungen unter fich und mit ber nationalversammlung in ihrem gegenwärtigen Beftande nicht fein wird, noch fein tann, ift bei ben bieberigen Erorterungen, an benen E. E. teilgenommen hat, mit einer Evideng entwidelt und begrandet worden, die mich in den Stand fest, bier lediglich

barauf Bejug nehmen ju tonnen."

daß, wenn' das Werk der deutschen Einigung scheitern und eine Verständigung mit der deuschen Nationalversammlung über die deutsche Versassung nicht gelingen sollte, dieses unglückliche Refultat nicht infolge der Abgeneigtheit oder des Widersstrebens von Preußen, sondern ungeachtet der fortwährend betätigten Bereits

willigfeit Preußens herbeigeführt fei.

Ju dem Ende hat der Vertreter des Bevollmächtigten bei der Zentralgewalt die Instruktion erhalten, in den vorläufigen Besprechungen mit deutschen Regierungs, bevollmächtigten sich dahin zu äußern, daß die von der Kgl. Regierung in der Zirskulardepesche vom 3. April ergriffene Initiative veranlaßt sei durch ihre Stellung in Deutschland und durch die letzten Beschlüsse der Nationalversammlung zu Frankssturt a. M., daß unter den geforderten Erklärungen des Beitritts zum Bundessstaate zu verstehen seien Erklärungen des Beitritts zu einem solchen Bundessstaate, an dessen Spize die Krone Preußens stehen solle, daß erst nach einer Abgabe einer solchen Erklärung und nur mit denjenigen Regierungen, welche sie abgeben, über die Bedingungen des Beitritts, das heißt über den Inhalt der Verfassung des Bundessstaates, weiter zu verhandeln beabsichtigt werde.

Die mit Gewißheit vorauszusehende Folge dieses Versahrens wird sein, daß mehrere, vielleicht viele deutsche Regierungen die verlangte Erklärung nicht geben. Die Kgl. Regierung würde sich alsdann in der Lage besinden, der Nationalversamms lung zu eröffnen, daß das Einverständnis und die Zustimmung der deutschen Resgierungen, an welche als unerläßliche Bedingung S. M. der König die Unnahme einer neuen Stellung in Deutschland unabänderlich geknüpft habe und knüpfe, nur von einem Teile der deutschen Regierungen erfolgt sei, daß daher S. M. sich außersstande sehe, die Ihm von der Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. zugedachte Oberhauptswürde in dem von ihr vorgeschlagenen Umfange anzunehmen.

Bon der Haltung der Nationalversammlung dis zu dem Tage, wo diese Erössenung zu machen ist, wird der Ton derselben abhangen, wird es auch abhangen müssen, ob ihr Mitteilungen und Andeutungen über die Beschlüsse Preußens hinssichtlich der Bildung eines engeren Bundesstaates durch die dazu geneigten Staaten zu machen sein werden, endlich ob es versucht werden soll, von ihr einen diese Beschlüsse begünstigenden Ausspruch zu erwirken. — Der Wahrheit aber wird sich weder die Nationalversammlung noch die Welt verschließen können, daß von einer ganz Deutschland vertretenden Versammlung bindende Beschlüsse, denen nicht das gesamte vertretene Gebiet, sondern nur ein Teil desselben unterworfen wäre, nicht gefaßt werden können. — Hat die Nationalversammlung nicht die Mittel und den Willen, die von ihr beschlossene Versassung sür Deutschland ins Leben zu führen, muß sie die Tatsache, daß es nicht geschehen kann, anerkennen, so hört ihre Wirksamskeit auf; ihre Ausgabe ist zu Ende.

bier eingefügt am Nande: "haben wir und die weltere eventuelle Aufgabe zu stellen, in erneuerter Erstrebung des Zieles, welches wir seit langer Zeit unausgesett im Auge halten, der Nationalversammlung, den beutschen Regierungen und dem deutschen Bolte zur klarsten Aus

schauung ju bringen, daß" usw.

<sup>1</sup> Um Rande (anstatt alles Vorhergehenden): "In Erwägung der Möglichkeit des Falles, bag bas Wert" usw.

<sup>3</sup> Am Nande hinzugefügt: "Wenn inzwischen die meisten deutschen Regierungen zur Ansnahme der in Frankfurt beschlossenen Verfassung und zur Anerkennung der Sr. Maj. dem Könige angebotenen Oberhauptswürde sich schon bereit erklärt haben, so wird es E. E. nicht entgehen, daß diese Erklärungen auf der Voraussehung beruhen, es werde ein ganz Deutschland, allenfalls mit Ausschluß der R. R. Erblande umfassender deutscher Bundesstaat zustande kommen. Da indessen diese Voraussehung wahrscheinlich nicht zutressen dürfte, so wird es nötig sein, die Bevollmächtigten der deutschen Regierungen zu einer bestimmten Erklärung darüber auszusorden, ob sie einem Bundesstaate, an dessen Spitze die Krone Preußens siehen wird, auch dann beizutreten bereit sein werden, wenn sich außer Osterreich noch einer oder der andere deutsche Staat davon ausschließen sollte."

Damit beginnt aber erst die Wirksamkeit und die eigentliche Aufgabe der Preußisschen Regierung, welche, insoweit sie sich bereit erklärt hat, die Gründung eines engeren Vereins deutscher Staaten innerhalb des Bundesgebiets zu versuchen, bei diesem Beschlusse bereits voraussehen konnte und mußte, daß darüber mit einer ein größeres Gebiet vertretenden Versammlung nicht endgültig vereinbart werden könne.

Bur Beurteilung und jur Feststellung des von Preußen einzuschlagenden Verfahrens wird es vor allem erforderlich sein, die eigentliche und wesentliche Schwierigteit, welche, um das ziel zu erreichen, überwunden werden muß, scharf in das Auge zu fassen. Diese Schwierigkeit besteht darin, einen Weg zu sinden, auf welchem viele unabhängige Staaten, die ihre Unabhängigkeit zugunsten gemeinschaftlicher Interessen beschränken sollen, zu einer Vereindarung gelangen müssen, in anderen Worten ein Organ herzustellen, welches endgültig über die Bundesverfassung der zu verbündenden Staaten zu beschließen hat. — Und dieser Schwierigkeit ist der Bundesstaat im Jahre 1815 gescheitert, selbst der Staatendund ist nur unter dem Orucke drohender Kriegsgefahr zustande gekommen; diese Schwierigkeit hat die Rationalversammlung durch die sich selbst beigemessene Souveränetät zu heben gesucht; an dieser Schwierigkeit sehen wir auch heute.

Ein solches Organ nun aus den Regierungen allein in der Art zu bilden, daß eine Stimmenverteilung nach Verhältnis der Größe der Staaten einträte und

das fo gebildete Rollegium endgültig ju befchließen hatte,

wurde, abgesehen von der Unausführbarfeit aus Gründen der inneren Politik, schon deshalb unausführbar sein, weil eben die Bereinbarung über das Berhältnis der Stimmenzahl der verschiedenen Staaten wahrscheinlich niemals zustande kommen wurde.

In² bem nachfolgenden Borschlage ist versucht, viele hebel zur Aberwindung der Schwierigkeit, nämlich zur herstellung eines mit endgültiger Beschlußfähigkeit verssehenen Organs zusammenwirken zu lassen: die gleichzeitige Teilnahme der Resgierungen und der Repräsentation des Bolkes; den Anschluß an diesenige Erundslage, welche durch die in Frankfurt beschlossene Berkassung gegeben ist; die Annahme des in derselben vorgeschlagenen Modus zur Zusammensehung eines Staatenhauses, die heranziehung der Mitglieder der Nationalversammlung, die nötigende Macht, welche ein entschenes Borangehen der preußischen Regierung ausüben wird; das Interesse der Selbsterhaltung in den kleineren Staaten; die Nötigung, worin die Regierungen versest werden, sofort entweder zu folgen oder sich entschieden auszuschließen usw.

Der Borschlag selbst ift folgender:

Nachdem festgestellt ift, daß mehrere beutsche Regierungen ber in Frankfurt bes schlossenen Berkassung nicht beitreten, erläßt S. M. der König ein Statut ohne Borlage an die Preußischen Rammern, eine Berordnung, welche nach einer die Notswendigkeit der Maßregel kurz begründenden Einleitung bestimmt:

1. Die von der Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. beschlossene Bers fassung wird einem Bolts und Staatenhause aus denjenigen deutschen Ländern, welche in einen Bundesstaat mit der Krone Preußens an der Spige einzutreten

beabsichtigen, jur Beratung und Beschlugnahme vorgelegt.

2. Das Boltshaus besteht aus ben Mitgliedern der Nationalversammlung zu Frankfurt a. M., welche von denjenigen Ländern, die in den Bundesstaat eintreten wollen, entsendet werden.

Der folgende San bis "getommen" ift eingeklammert, alfo in die Instruktion nicht aufs genommen.

Der Abfah (bis: "ift folgender") ift von Camphaufen eingeflammert und am Rande durch folgende Borte erfett: "So hoch wir die Schwierigkeit der Sache auch aufchlagen, fo scheint und doch folgende Behandlung der Sache Elemente in sich zu vereinigen, welche die hoffnung begründen, daß dieselbe Eingang und Zustimmung finden werde."

3. Für solche Mitglieder, welche zu erscheinen verhindert sind, oder ablehnen, treten Ersahwahlen in der Art ein, wie sie bisher zum Ersahe austretender Mitglieder für die Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. stattgefunden haben.

4. Das Staatenhaus wird nach den Bestimmungen der von der Rationalver;

sammlung zu Frankfurt a. M. beschlossenen Verfassung zusammengesett.

5. Bolt, und Staatenhaus treten am 31. Mai in Beimar oder Gotha jus

sammen.

6. Das Volkshaus hat das Reglement der Nationalversammlung zu Frankfurt anzunehmen; das Staatenhaus entwirft selbst seine Geschäftsordnung und erwählt seinen Vorsibenden.

7. Die Regierungen werden im Bolks, und im Staatenhause durch Kommissare vertreten, welche S. M. der König ernennen wird auf den gemeinschaftlichen Bors

schlag der Regierungen, insofern ein solcher erfolgt.

8. Die zur Aneignung der in Frankfurt a. M. beschlossenen Verfassung für das kleinere Gebiet erforderlichen Modifikationen werden von den Regierungskoms missaren in beiden häusern vorgeschlagen und begründet.

9. Nur folde Modifitationen werden als gemeinschaftlich beantragte in Bors folge gebracht, für welche außer Preußen die halfte der übrigen Staaten, nach ber

Bevölkerung gerechnet, sich ausgesprochen hat.

10. In Ermangelung einer Unterstützung in diesem Umfange bleibt die bes treffende Bestimmung der mehrgedachten Verfassung Erundlage der Beratung und Beschluftnahme.

11. Wenn die Entschlüsse beider Sauser voneinander abweichen, und die Verseinigung vergeblich versucht worden ift, so treten dieselben zu einer gemeinschafts

lichen Sitzung zusammen, in welcher die Majorität entscheidet.

12. Die aus den Entschlüffen des Volts, und Staatenhauses hervorgehende Verfassung ift nach erhaltener Sanktion S. M. des Königs für die betreffenden Staaten verbindlich und endgültig.

13. Bis zur erfolgten Vollziehung der Verfassung ist die Beratung und Beschluße nahme über dieselbe das einzige und ausschließliche Geschäft der beiden häuser.

14. Diejenigen Regierungen, welche sich an der Vorberatung über die Verfassung beteiligen, welche Abgeordnete zum Volkshause senden, und deren Volksverstretungen nach Maßgabe von § 88 der von der Nationalversammlung zu Franksfurt a. M. beschlossenen Verfassung Mitglieder zum Staatenhause erwählen, erstennen durch diese Handlungen an, daß sie zur Ausübung des ihnen zustehenden Rechts der Genehmigung der Verfassung S. M. den König ermächtigt haben.

15. Die Mitteilungen über die vollzogenen Bahlen jum Staatenhause muffen

spätestens am 6. Mai an die Kgl. Regierung zu Berlin gelangt sein.

16. Für den Fall, daß alsdann nur eine für den Zwed nicht ausreichende Zahl beutscher Regierungen beigetreten wäre, wird die Zurüdnahme der Verordnung

vorbehalten.

17. Für die Zwischenzeit bis zur Vollziehung der Verfassung und bis zur volls endeten Revision der Verfassung des gesamten deutschen Bundes wird Preußen bereit sein, mit den sich ihm anschließenden Staaten auf Erund und in besonderer Anwendung des 11. Artikels der Wiener Bundesakte ein Schutz und Trutz bündnis abzuschließen.

Man wird sich keinen Augenblick darüber täuschen dürsen, daß der Erfolg des vorsiehend entwickelten Vorschlages bei weitem uicht in dem Maße als gesichert angesehen werden kann, als es der Fall sein würde, wenn das moralische Gewicht, welches die Wahl der Nationalversammlung in den Augen des Volkes und der Resgierungen S. M. dem Könige verlieh, unangegriffen und ungeschmälert hätte ers

halten werden können. — Nichtsdestoweniger darf man hoffen, daß auch unter den nunmehr eingetretenen geanderten Umftanden eine frifche entschiedene Initiative ihre Wirfung außern werde. - Es ift fiets ein großer Unterschied barin ju erfennen, ob ein Plan als Projett der angfilichen Deliberation, der Prufung und der Erhebung von Bedenken jeglicher Art übergeben, oder ob nur das freigelaffen wird, der abs geschlossenen Lat das entschiedene Rein gegenüber ju fiellen; jumal wenn, wie bier, diejenigen, die nein fagen, die gange Berantwortlichkeit ju tragen haben, mabrend die preugische Regierung, wenn nein gesagt wird, der beutigen Lage der Dinge gegenüber, nichts verloren, sondern mahrscheinlich gewonnen hat.1 — Von entscheidender Bichtigfeit wird es fein, wie in diefer Alternative die preußischen Rammern fich nehmen: Es ift vorgeschlagen, daß ihnen die Berordnung nicht ju einer vorangebenden Beratung und Befchlufinahme vorgelegt werde; vielmehr wird bas Ministerium fich barauf befchranten durfen, diefelbe nach beren Erlaffe ju ihrer Renntnis ju bringen mit einer Erlauterung, worin darauf Bezug ju nehmen ware, daß es bei der ermangelnden allfeitigen Zustimmung der deutschen Regierungen unmöglich geworden fei, mit der Berfammlung in Frankfurt a. M. Bereinbarung ju treffen über eine Berfaffung für einen fleineren Teil Deutsch; lands, und unguläffig für den fleineren Teil, eine Berfaffung als unbedingt gultig ju erfennen, welche von den Bertretern des Gangen befchloffen worden, mit dem eigentumlichen Umftande, daß beinahe unmittelbar nach gefaßtem Befchluffe die Bertreter eines großen Landes jurudberufen worden feien; daß es demnach für Preußen gegolten habe, irgendeinen Weg zu bezeichnen, welcher als notwendige Vordedingung die Eigenschaft haben muffe, den beteiligten ländern und dem Bolte die volle Gemigheit zu geben, daß auf diesem Bege, insofern er betreten werde, die Ers reichung des Zieles völlig zweifellos fei. — Der Königlichen Regierung fei durch den Artifel III. ber Berfaffung die Befugnis erteilt worden, der beutschen Berfaffung ohne Rudfrage bei den Rammern jugustimmen und wenn Zweifel darüber erhoben werden follten, ob ihr diese Befugnis auch für die Verfassung eines Bundesstaates von geringerem Umfange justehe, so moge nicht unberücksichtigt bleiben, daß beide Rammern in ihren Adressen die Regierung ermuntert, ja aufgefordert hatten, auf einen Bundesstaat bingumirten, dem einzelne Staaten Deutschlands nicht beitreten warden. So wie aber die Bereinigung nicht zustande fommen konnte, wenn jede Regierung am Schluffe aller Berhandlungen bas Recht bes Beto für fich in Uns fpruch nehme, fo tonne fle auch nicht zustande tommen, wenn die Volksvertretung jedes einzelnen Staates für fich das Recht der nachträglichen Prüfung und Bers werfung in Anfpruch nehme. — Burde ein foldes Begehren von feiten der Vreußischen Rammern gestellt, fo wurden fie darin natürlich bei allen Rammern der übrigen Staaten Nachfolge finden und damit ein Werf unmöglich machen, für deffen Sinaus, führung fle fich wiederholt mit Barme ausgesprochen hatten.

Sollten bennoch die preußischen Kammern die Wahl zum Staatenhaus versweigern, so wäre dies allerdings für die Regierung eine beklagenswerte Riederlage, allein ganz gewiß nicht eine solche, wegen deren sich die öffentliche Meinung zum Nachteile der Regierung aussprechen würde. — Sind hingegen die preußischen Kammern zur Bollziehung der Wahl bereit, so wird darin ein bedeutender Sporn zur Nachfolge in den übrigen deutschen Kammern liegen, die ihrerseits in die Lage kommen, entweder ja zu sagen, oder Ansprüche zu erheben, die nach den nunmehr klar vorliegenden Erfahrungen die Bildung eines Bundesstaates unmöglich machen.

Ein anderer wichtiger Punkt ist die Abertragung des Sanktionsrechtes seitens der betreffenden Regierungen auf S. M. den König von Preußen. — Man wird ihnen bemerken dürfen, daß diejenigen, die schon jest für eine Übertragung der Raisers

Bon hier an bis jum Trennungsftrich ift alles eingeklammert, alfo in die Inftruktion nicht aufgenommen.

würde auf den König sich aussprechen, diejenigen, die schon jest auf ihr Sankionsrecht zugunsten der Nationalversammlung in Frankfurt a. M. verzichtet hätten, ein viel geringeres Opfer bringen würden, durch den Berzicht zugunsten S. M. des Königs und in bezug auf eine Verfassung, bei deren Feststellung sie erstens im Staaten, hause, zweitens durch die Kommissare in beiden häusern und drittens bei der Vorzberatung der vorzuschlagenden Modisstationen wirksam vertreten seien. — Es wird bei der deskallsigen Eröffnung zugleich angedeutet werden können, daß wenn auch nach der Verordnung Modisstationen nur dann als gemeinschaftliche vorgeschlagen werden sollten, wenn außer Preußen die Hälfte der übrigen Staaten, nach der Bevölkerung gerechnet, sich dafür ausspreche, doch vertraut werden dürse, daß Preußen hinsichtlich solcher Anordnungen, die es selbst nicht zu bevorworten wünsche, sich nachgiebig zeigen werde, wenn die überwiegende Mehrzahl der übrigen Staaten dieselben wünschen sollten.

Findet<sup>1</sup> der vorgeschlagene Plan Zustimmung, so wird behufs der Ausführung Folgendes zu geschehen baben:

1 Der gange folgende Teil der Dentschrift bis "Anschlusse bewirten" ift in der Instruktion

durch folgende Fassung erfett.

"E. E. werden demnach hierdurch ermächtigt, nach Ihrem Wiedereintreffen in Frankfurt zunächst mit einigen dortigen Vertretern der bedeutenderen deutschen Regierungen über die oben bezeichnete Behandlung der Sache vertrauliche Rücksprache zu nehmen und sodann, wenn sie deren Zustimmung findet, nach Maßgabe der ihnen mitzuteilenden Erklärungen der verschiedenen Regierungen über Raiserwahl und Verfassung der Rationalversammlung, sei es durch das Reichsministerium, sei es auf andere angemessen Beise, nach Lage der Umstände die entsprechende Eröffnung zu machen. Sowie E. E. durch diese Ermächtigung sowohl für die dort von Ihnen abzugebenden Erklärungen, als insbesondere für die Verhandlungen mit den Bevollmächtigten der anderen Staaten überhaupt ein angemessener Spielraum belassen wird, so bleibt es auch Ihrem Ermessen anheimgestellt, den Zeitpunkt zu wählen, den Sie, um solche zu machen, für geeignet erachten.

Sobald Ihre Anzeige darfiber, daß diese Eröffnung stattgefunden hat, hierher gelangt, wird das beabsichtigte Allerh. Patent hier erscheinen und darüber sowohl an die hiesigen Kammern als auch an die deutschen Regierungen die erforderliche Mitteilung ergehen.

Den beteiligten beutschen Regierungen wird burch die, wiederum in ber Form einer Birs fulardepefche ihnen ju machende Mitteilung junachft ebenfalls von dem ergangenen Allerh. Patente, in Begleitung der nötigen Erläuterung Kenntnis ju geben und bei diefer Erläuterung befonders auf die oben unter 7 und 8, sowie unter 12 und 17 aufgeführten Bestimmungen Bedacht ju nehmen, insbesondere eine nachträgliche nahere Bestimmung des Ortes und der Beit für ben Bufammentritt der Regierungebevollmächtigten jur Borberatung über die gemeinschaftlich vorzuschlagenden Modifikationen der von der Frankfurter Nationalversamms lung beschlossenen Verfassung darin vorzubehalten, und diejenige Bestimmung, wonach G. M. dem Konige das Recht übertragen wird, Die aus den Beschluffen des Bolts, und Staas tenhauses hervorgehende Berfassung behufs ihrer Berbindlichkeit und Endgültigkeit für die betreffenden Staaten ju fanttionieren, burch Geltendmachung aller dafür fprechenden Grunde ju rechtfertigen fein. Nicht minder wichtig erscheint es, bei biefer Gelegenheit auch auf das baldige Zustandetommen der am Schluffe des Patents in Aussicht gestellten Schusund Trupbundniffe mit den an Preugen fich anschließenden Staaten hinzuwirken, damit gegen ben Schut, den Preugen ihnen gemahrt, die gesteigerte Wehrtraft berfelben bei ber badurch berguftellenden Berbindung gwifchen bem Offen und Beften Deutschlands gur diesfeitigen Berfügung bleibe.

E. E. werden mit mir darüber einverstanden sein, daß es angemessener und leichter ist, die deskallsigen Verträge, wie es schon mit den beiden Großt. Medlenburgschen Regierungen der Fall gewesen ist, einzeln als kollektiv in Frankfurt a. M. abzuschließen, weil sie bei kleinen Staaten andere Bedingungen enthalten mussen, als bei größeren. Die zu Frankfurt a. M. vereinigten Vevollmächtigten der verschiedenen Staaten sind überdied nicht in dem Umfange mit Institutionen versehen und haben zu ihren Regierungen auch nicht diesenige Stellung inne, daß man hossen durfte, durch dortse Verhandlungen mit ihnen zu einem raschen Ers

1. Entwurf einer Berordnung des oben angegebenen Inhalts;

2. Entwurf einer die Mitteilung an die Rammern begleitenden Denfschrift;

3. Entwurf einer Mitteilung an die Regierungen in dem eben angedeuteten Sinne, mit dem Borbehalte Art und Zeit des Jusammentritts der Bevolls

mächtigten jur Borberatung der Modifitationen naher ju bestimmen;

4. Autorisation des Bevollmächtigten bei der Zentralgewalt nach Maßgabe der ihm mitzuteilenden Erflärungen der verschiedenen Regierungen über Kaiserwahl und Berfassung dem Reichsministerium die oben angedeutete Eröffnung nach Lage der Umstände zu machen, entweder schon am 17. definitiv, oder mit Berlängerung der Frisk für die definitive Erflärung bis etwa zum 25.

Es muß fodann noch entschieden werden, ob der Bevollmächtigte nach seiner Rüdkehr in Frankfurt mit einigen Bertretern der wichtigeren Regierungen Rücks sprache vflegen und ob der wirkliche Erlaß der Berordnung bis zu dem Berichte

darüber ausgesett bleiben foll.

Begen des in dem Borichlage ju einer Berordnung in Aussicht gestellten Bund, niffes mit den fich und anschließenden Staaten ift zu erwähnen, daß diefer Punkt nicht ber mindest wichtige ift, weil die Bendung der Dinge fo fein fann, daß wir nur diefes Bundnis justande bringen, damit aber erreichen, daß gegen den Schut, den wir gemahren, die gefteigerte Wehrtraft der betreffenden, die Berbindung gwifchen dem Dften und Beften Preugens herftellenden Staaten ju unferer Berfugung bleibt. Es scheint angemessener und leichter, die desfallsigen Berträge einzeln als kollektiv abzuschließen, weil fie bei fleinen Staaten andere Bedingungen enthalten muffen, als bei größeren. — Sodann mare der Abichluß in einer Rollefivatte nur in Frants furt a. M. ju bemirten, wo aber die Bevollmächtigten ber verschiedenen Staaten nicht in bem Umfange mit Inftruttionen verfeben find, noch biejenige Stellung ju ihren Regierungen innehaben, um durch Berhandlungen mit ihnen auf einen raschen Erfolg hoffen ju durfen. Bon Berlin aus wird daher die Initiative ju ju folden Bertragen vorläufig am füglichften, wie bereits gefchehen, in ber Form von Militartonventionen, genommen werden muffen. Der Bevollmächtigte in Frankfurt kann seinerseits mit einigen Bevollmächtigten der benachbarten bedeutens deren Regierungen einleitende Berhandlungen eröffnen und vielleicht mit Ratis fitationsvorbehalt Abschlüsse bewirken.

'Endlich ift des Punttes ad 3 der Zirfulardepefche vom 3. April zu erwähnen, welche Erklärungen fordert über das Berhältnis der zu einem Bundesstaate zus sammentretenden zu den außerhalb desselben verbleibenden deutschen Staaten.

Es werden die Schritte zur Regulierung dieses Verhältnisses erst dann mit Sichers heit geschehen können, wenn sich einigermaßen übersehen läßt, ob der von uns vors geschlagene Weg adoptiert und in welchem Umfange er adoptiert wird. — Treten uns viele Regierungen bei, so dürfte die Initiative und vielleicht auch die Leitung der Verhandlungen mit den übrigen Staaten mehr oder minder aussschließlich auf Preußen übergehen. Es scheint dafür maßgebend, daß die Bundessafte von 1815 und die Wiener Schlußafte von 1820 von den Kontrahenten freiwillig erheblich alteriert worden sind. Sie sind alteriert erstens durch die von den Res

folge zu gelangen. Die Initiative zu berartigen Berträgen wird daher von hier aus, und vorläufig am füglichken in der bereits angewendeten Beise, nämlich in der Form von Militärkonventionen, genommen werden mussen; wozu ich, soweit es schon geschehen ist, die erforderlichen Einleitungen, und namentlich zunächst in Beziehung auf die thüringischen Staaten und auf Braunschweig zu tressen, im Begriff bin. hierdurch soll sedoch E. E. ges fällige fördernde Wirksamteit hinsichtlich dieses Punktes keineswega ausgeschlosen sein, viels mehr ersuche ich Sie, auch Ihrerseits, soweit Sie die vorwaltenden Umstände für geeignet sinden, einleitende Berhandlungen mit einigen Bevollmächtigten der benachbarten bedeutens deren Regierungen für den fraglichen Iwed eröffnen zu wollen."

gierungen genehmigte Gründung der Zentralgewalt, zweitens durch die Bers faffung, welche die Raiferlich Ofterreichische Regierung für den Gefamtstaat erlaffen hat; fie konnen brittens möglicherweise einer Revision bedürfen, wegen der Bers bindung, in die Preußen eventuell mit anderen deutschen Staaten eingehen wird. Indem ferner die Offerreichische Regierung das Mandat des Ergherzoge, Reichsver: wefere durch die Burudberufung der öfterreichischen Abgeordneten aufgehoben bat, indem dadurch, unabhängig von der mahrscheinlich bevorstehenden Auflösung der Nationalversammlung, jede deutsche Regierung in die ihr als unabhängigem Staate an ber Gemeinschaft bes beutschen Bundes guftehenden Rechte gurudtritt, fo wird bald der Zeitpunkt erscheinen, wo wir die Ofterreichische Regierung sowie die übrigen deutschen Regierungen aufzufordern haben, zur Wahrnehmung ihrer Rechte im Bunde einen Bevollmächtigten an den Sig des ehemaligen Bundestages ober vielleicht nach einem anderen Orte abzuordnen, sowie dies unsererseits auch ges schehen werde. Db biejenigen beutschen Staaten, welche sich uns enger anschließen, fich ebenfalls felbständig ober burch uns vertreten laffen, wird von den Ereigniffen abhangen. Sämtliche Bevollmächtigte werden die Aufgabe und Inftruttion haben muffen, an ber Refonstruftion bes beutschen Bundes mit Rudficht auf die oben ans geführten Punfte ju arbeiten. Gine Bereinbarung mit Ofterreich über das fünftige Bentralorgan des Bundes wird nicht ichwierig fein, sobald Sfterreich bereit ift, einigermaßen billige Grundlagen anzunehmen.1

#### 83. Graf Arnim an Camphaufen.

Original.

Berlin 1849. April 15.

E. E. erhalten heute die Instruktion in der deutschen Frage. Sie ist mit einigen Abanderungen und Zusätzen nach dem von Ihnen abgefaßten Promemoria absgefaßt.

E. E. erhalten auch einen Abrif der von den Regierungen eingegangenen Ants

worten auf die Zirkulardepesche.

Sehr unerwartet ist es uns, daß die Bevollmächtigten in Frankfurt, wie herr v. Ramph berichtet hat, sich für Annahme der von der Nationalversammlung anzenommenen Verfassung erklären. Wir haben heute im Staatsministerium diese Wendung der Dinge aussührlich besprochen, wir blieben aber dabei, daß wir auf Grund unserer früheren bestimmten Erklärungen und des Bundestagsbeschlusses vom 30. März v. J., durch welchen die Wahlen zur Nationalversammlung anzeordnet wurden, und der ausspricht, daß diese Versammlung zusammentreten solle, um zwischen den Regierungen und dem Volke das deutsche Verfassungs; wert zustande zu bringen, wir blieben dabei, sage ich, daß wir die Verfassung puro nicht annehmen, sondern sie mit den Regierungen und der Versammlung beraten wissen wollen. Wahrscheinlich werden viele Regierungen von den jest abgegebenen Erklärungen abgehen und sich unserer Ansicht auschließen. Ich habe aber doch nicht viel hossnung, daß der engere Bund in dem Umfange wird zustande kommen, wie wir es wünschen müssen.

E. E. bitte ich nochmals mit herrn v. Gagern und General Peuder recht eine bringlich über die Schleswigsche Sache zu sprechen, ihnen ernstlich die Gefahr eines Einrückens in Jütland wegen der daraus folgenden Verwicklung mit Schweden,

<sup>1</sup> In der Instruktion folgen noch die folgenden Worte: "Unter Aufstellung der obigen von E. E. bereits als richtig anerkannten Gesichtspunkte legt die Regierung S. M. des Königs die Leitung der vorliegenden wichtigen Angelegenheit mit dem Bertrauen in Ihre hande, daß Sie dieselbe hiernach, wenn die Gewalt der Ereignisse nicht mit unübersteiglichen hinderenissen entgegentritt, mit gewohnter umsichtiger Tätigkeit zum gewünschten Ziele führen werden."

Rußland und auch mit Frankreich (das sehr dänisch gesinnt ist) vorzustellen. Ferner diesen herren zu sagen, wie dringend es ist, den Frieden mit Dänemark zustande zu bringen, daß daher die Berhandlungen in London wieder aufzunehmen sind. Nach allen Nachrichten scheint es, daß Dänemark die angenommene Basis nicht abweisen wird, sondern, da sie früher angenommen war, ferner auf Grund derzselben wird unterhandeln. Es dürste also nicht so schwer sein, sich zu verständigen und zum Abschluß zu gelangen. Das Neichsministerium wird deskalls jemand nach London schieden müssen.

Wie übrigens das Neichsministerlum mit uns verfährt, geht wiederum aus dem Umfiande hervor, daß es genehmigt hat, daß Lübed und Wismar die dänischen Schiffe anlaufen lassen könne, um die Post nach Segeberg zu bringen. Daher sind diese beiden hafen auch nicht blockiert. hatte man nicht ebensogut Stettin diesen

Borteil gewähren fonnen?

Die hiesigen Demokraten sind mit denen in Frankfurt und dem südlichen Deutschland in Berkehr und beabsichtigen, nächstens loszubrechen. Wir haben also immer Sturm zu erwarten. Für hier fürchte ich trot der schlechten Gesinnung der Zweiten Rammer nichts, aber im südlichen Deutschland wird die Sache leicht gefährlich werden können.

# 84. Bericht Camphaufens. Eigenbb. Rongept.

Frankfurt 1849. 16. u. 17. April.

Daß die Schwingungen der Revolution noch nicht beendigt find, daß fie vielmehr in einem gefährlichen, große Borficht erheifchenden Grade fortdauern, davon haben die letten Tage einen schlagenden Beweis geliefert, indem sie denjenigen Gang, für den die Rgl. Regierung erft am 12. April fich nach ernfilicher Erwägung entscheiden burfte, ale bedenflich und einer neuen Prufung bedurftig ericheinen laffen. Die bier berrichende Aufregung der Gemuter wurde ich nicht als ein wichtiges Moment anerkennen; allein daß 28 Regierungen einesteils ber Dahl G. M. des Ronigs austimmen, andernteils die Bereinbarung über die Berfassung durch beren Uns nahme vollziehen und fich gegen Berhandlungen über beren Inhalt erflaren, ift von bedeutendem Ginfluffe. Es ift inebefondere, wie ich den flüchtigen Bemerkungen von gestern' hingufüge, von Einfluß auf den von der Rgl. Regierung angenommenen Plan. Bei bemfelben mar von ber Unterftellung ausgegangen, bag viele Regie; rungen mit Gifer bie Gelegenheit ergreifen wurden, auf bem von und vorgus ichlagenden Wege gunftige Modifitationen der Berfaffung zu erzielen. Run aber haben bereits 28 von ihnen fich den Weg versperrt und fich gewissermaßen unwiders ruflich an die Berfassung, so wie sie ift, gebunden. Zwar schließt die Erklärung bes sondere Berbandlungen, für den Kall andere beutiche Regierungen ben Beitritt weigern wurden, nicht geradegu aus; aber wenn wir am 12. April mit Gewisheit vorauszusehen glaubten, daß vielleicht viele, jedenfalls mehrere Regierungen die Erflärung ihres Beitritts ju einem Bundesstaate mit Preugen an der Spige nicht geben murben, fo ift heute auch diefe Gewißheit ichon hochft ichmantend geworden. Denn die Berhandlungen in ben fachfischen und warttembergischen Rammern

2 3u dem Bericht vom 15. April findet fich das Kongept nicht in Camphaufens Rachs

laß, fonbern nur folgenbe turje Stige:

<sup>&</sup>quot;15. April. Ich sende Abschrift meiner auf die Kollettiverklärung erteilten Antwort ein und mache aufmerkam auf 3 Punkte: 1. Daß die Verfassung nun, soweit die 28 Regierungen betroffen sind, als eine vereinbarte anzusehen sei. 2. Daß der in der Antswortstrede des Königs gestellte Borbehalt gemeinsamer Veratung und Prüfung seitens der 28 Regierungen erledigt sei. 3. Daß Preußen in seinem Widerstande gegen die Verfassung geschwächt sei."

bürften fehr mahrscheinlich die Zustimmung dieser höfe zu der Verfassung mit Eine folug des für diefelbe erwählten Oberhauptes jur Folge haben, und in diefem Falle durfte hannover fich schwerlich ausschließen, so daß das einzige Konigrich Bapern jurudbliebe. Dann aber mochte man es nicht mehr magen durfen, den in der Dents fdrift vom 12. April entwickelten Borfchlag ju empfehlen. Wir murden befürchten muffen, daß niemand und folge, weil viele Regierungen, viele Standefammern und alle demofratischen Elemente bas Interesse hatten, es nicht zu tun, sowie auch nach einer mir gewordenen vertraulichen Mitteilung ichon jest festufieben icheint, daß die dortige zweite Rammer in ihrer Majoritat dem Plane der Regierung ents ichiebenen Widerstand entgegenfeben murbe. Bon anderer Seite mare aber auch bie Position Preugens eine unendlich verschiedene, wenn anstatt ber Deputation einer Nationalversammlung, die G. M. auf Grund einer noch von feiner Regierung anerkannten Berfaffung die Dberhauptsmurde anbot, die freien Städte, die Kurffen und drei Konige Deutschlands auf Grund einer von ihnen angenommenen, alfo nach dem Grundfate der Bereinbarung juffande gefommenen Berfaffung G. M. den König als ihren erblichen Oberherren anerkennen wollen.

Um die fernere Entwiklung der Berhältnisse in Sachsen, Württemberg, hannos ver und Bayern noch vor unserem letten Entschlusse eine kurze Zeit abwarten zu können, werde ich eine vorläusige Erklärung in dem gestern angedeuteten Sinne abgeben und den Inhalt durch den Telegraphen berichten. Die Regierungsbevolls mächtigten, welche sich kollektiv ausgesprochen haben, gehen von ihrem eingenoms menen Standpunkte nicht ab. Bei mehreren von ihnen habe ich darauf hingedeutet, daß die deutschen Angelegenheiten sich sehr verwirren könnten, und daß es alsdann nühlich sein könne, vorher irgendeine Verabredung mit Preußen getroffen zu haben. Auf diese Andeutung wurde jedoch von keiner Seite eingegangen. — Über die Ersklärung von Baden. Es würde uns auf dem beabsichtigten Wege wahrscheinlich

nicht folgen.

# 85. Bericht Camphanfens. Eigenhd. Auszug.

Frankfurt 1849. April 18 n. 19.

Aber die Unterredung mit Wagdorf und v. Schent: Es scheine eine gerechte For berung, daß G. M. ju miffen begehre, welches bas Reich fei, an beffen Spipe Sie treten follen, und daß die Fürsten fich barüber aussprechen, ob fie G. M. den Konig jum Oberhaupte verlangen. Die preußische Regierung tonne mit Recht ihre Ers flarung über die Verfassung abhängig machen von der Erflarung über die S. M. darin jugedachte Stellung seitens berjenigen Staaten, für welche die Berfaffung entworfen fei. Die die Regierung fich aussprechen werde, wenn die Tatsache vor: liege, daß einzelne deutsche Fürsten mit der S. M. zugedachten Stellung nicht einverstanden seien, darüber wolle ich mich für jest nicht äußern. — Die Beratung hinterließ bei mir den Eindrud, daß wie ich bereits in meinem Berichte vom 16./17. andeutete, die Regierungsbevollmächtigten fest entschlossen sind, von dem eingenommenen Standpunkte nicht zu weichen und die Gefahr ber Nichtannahme ber Verfassung lediglich auf Preußen und die übrigen nicht annehmenden Staaten ju malgen. Sie werden erwarten, baburch einen jur Unnahme führenden Ginfluß auf Preußen und die drei toniglichen Sofe ju außern, und es icheint fogar, daß gegen einen Bund, der fich bloß auf die Regierungen der Rollektiverklärung und Preugen beschränken würde, Abneigung und Mißtrauen aufsteigt. Wiederholte Außerung Badens. — Alle diefe Berhältniffe drängen Preußen nach einem Puntte bin, wo ihm nicht viel anderes übrig bleiben wurde, als Ja oder Rein ju fagen. Benn, wie man hier erwartet, heute ober morgen die Bustimmung des Konigs von Burttemberg eintrafe, fo wurde einige Bafis für weitere Entichluffe gegeben fein.

# 86. Camphausen an Graf Brandenburg. Lelegramm.

Frankfurt 1849. April 22.

Die heute morgen angefommene Erklärung des Ministeriums in der gestrigen Sigung der zweiten Kammer bedingt meinen unmittelbaren Rücktritt. Ich zeige E. E. dies vorläufig an, und werde mich in heute abend abgehenden Depeschen, denen ich womöglich ein Schreiben an S. M. beifüge, näher außern.

### 87. Bericht Camphausens. Ropie und eigenhd. unvollständiges Kongept.

Frankfurt 1849. April 22.

Bei meiner jungften Unwesenheit in Berlin hatte ich mehrfach Beranlaffung bie Bedenken hervorzuheben, welche dagegen bestanden, vorzeitig und am unrechten Orte Modifitationen ber von der Nationalversammlung beschloffenen Berfaffung anguregen. Es waren hauptfächlich zwei Gefichtspunkte leitend. Erftens, daß Preugen fortgefest den Bundesftaat in Deutschland ju erftreben, besonders aber To ju handeln habe, daß das eventuelle Scheitern desfelben niemals und von niemanden Preugen ichuld gegeben werden fonne. Alle meine Schritte und Sand, lungen feit neun Monaten find auf diefes Ziel gerichtet gewesen. Zweitens, daß es unmöglich fei, mit der Nationalversammlung in ihrem gegenwärtigen Bestande eine Bereinbarung über erhebliche Modifikationen der Berkasfung zu treffen. Unter den Gründen für diese Unmöglichkeit stand mit in erster Reihe, daß die Regierungen unter fich über die der Nationalversammlung gemeinschaftlich vorzuschlagenden Modifitationen nicht einig werden wurden, und daß, wenn die eine diefe, die andere jene Modifitation vorschlage, dadurch der Nationalversammlung eine Entscheidung überwiesen mare, welche in den Augen bes gangen Boltes notwendig als eine end; gultige ericheinen wurde. Dem ift nun noch bingugetreten, daß viele Regierungen erklärt haben, Modifikationen überhaupt nicht vorschlagen zu wollen.1

Um den genannten beiden Gesichtspunkten zu entsprechen und dennoch einige wünschenswerte Modisitationen der hier angenommenen Verfassung herbeizuführen, wurde ein Weg beraten und beschlossen, der unter Vermeidung der Verhandlung mit der Nationalversammlung die Erreichung des Zieles in Aussicht stellte. Dersselbe erwies sich hauptsächlich infolge eines beinahe gleichzeitig eingetretenen, unserwarteten Ereignisses (der Anerkennung der Verfassung durch 28 Negierungen) unbrauchdar; es war aber auch eine ausdrückliche Vorbedingung des Projektes gewesen, daß dessen Ausführung nicht begonnen werden solle, als nachdem sest gestellt sei, daß mehrere deutsche Regierungen der in Frankfurt beschlossenen Verfassung nicht beitreten wurden, so daß also ein Schritt Preußens neben der Nationalversammlung oder gegen sie, oder ein direkter Widersspruch unterblieb, solange nicht vorlag, daß die beschlossen Verfassung wegen der Weigerung verschiedener Regierungen unausführbar sei. In gleichem Sinne wurde bereits am 10. April mit Genehmigung des Staatsministeriums der Wirschauptse bereits am 50. April mit Genehmigung des Staatsministeriums der Wirschauptse

Das Konzept enthielt hier noch folgenden Zusat: "Märe aber auch ein gemeinschaftlicher Borschlag der Negierungen möglich, so würde die Bersammlung, insosern er nicht von allen ausginge, zur Beschussnahme darüber inkompetent, sie würde durch ihren Grundsat, wonach die Bersassung zu Necht besteht und also auch nur nach den in der Verfassung vorgeschriedenen Formen abgeändert werden kann, gebunden, und außerdem in ihrer jetzigen Zusammenzehung, Etellung und Stimmung zu keiner Modistation zu bewegen sein. Es müßten auch in der lehteren Beziehung außerordentliche Anderungen eintreten, damit es möglich würde, auf dem Bege der Bereindarung irgendein Resultat zu erzielen."

und der Verfassungsfrage festgehalten und eine Erklärung über lettere ausgefett bleiben konnte.

Unter den geänderten Umständen blieb ich daher dem Geiste und den Worten der beschlossenen Instruktion gant getreu, als ich die E. E. mitgeteilte Erklärung vom 17. d. M. gab, in derselben die Erledigung der Oberhauptsfrage vor Ersledigung der Versassenschungsfrage als notwendig andeutete, die Unverdindlichkeit der bisherigen Zustimmungserklärungen hervorhob und auf die Notwendigkeit einer

vorhergehenden Erklärung der Königlichen Regierungen verwies.

Preußen befand sich dadurch in einer unangreifbaren Stellung, in einer Stellung, welche ihm die vollste Freiheit für seine Entschlüsse bewahrte. Das Ministerium konnte jede Interpellation, jeden Angriss in den Kammern damit zurückweisen, daß die Borbedingung wegen der Wahl des Königs erledigt sein müsse, daß zur Beurteilung der Verfassung die Kenntnis des Staatsgebietes unerläßlich sei. Es blieb ihm ebensowohl frei je nach dem Gange der Ereignisse auch vor Erledigung jener Vorbedingung die Stellung zu verlassen und entscheidende Beschlüsse zu fassen, sowie den dazu geeigneten Zeitpunkt zu wählen. Man begann bereits hier einzusehen, daß Preußen nicht aus dieser Stellung hinausgedrängt werden könne, wenn es nicht wolle; die Zeitungen milderten die Heftigseit ihrer Angrisse, und die Mitglieder der Nationalversammlung beschäftigten sich mit dem Plane, Depustationen in die vier Königreiche zu entsenden, um positive Erklärungen der bestressenden Regierungen zu erwirken.

Bei dieser Lage der Dinge war es mir unerwartet, daß in der Situng der ersten Kammer vom 20. das Ministerium eine entschiedene Erstärung binnen wenigen Tagen verhieß, und ich erlaubte mir deshalb gestern telegraphisch um eine Erstäuterung zu bitten, welche ich nun heute morgen durch Mitteilung der Erstärung des herrn Ministerpräsidenten in der gestrigen Situng der zweiten Kammer empfange, dahin gehend, daß die Regierung S. M. des Königs die in Frankfurt beschlossene Verfassung ohne Veränderungen nicht annehmen wird.

Da der Untrag des Abgeordneten Rodbertus und die daraus hervorgegangenen Untrage der Komiffion in feiner Beife eine Adtigung für die Königl. Regierung enthielten, fich über die Annahme oder Berwerfung der Berfaffung ichon jest aus: jufprechen, fo find mir die Grunde unbefannt, welche die Regierung bewogen haben, so bald nach der mir unterm 15. d. M. jugefertigten, reiflich beratenen Instruktion die leitende Idee derselben ju verlassen. Es bedarf auch nicht der Kenntnis dieser Grunde, um die Folgen der Erklärung zu ermessen. Diefelbe setzt junachst die Nationalversammlung in die Lage, von ihrem Standpunkte aus mit vollem Rechte das auszusprechen, mas ihre Deputation vor der Abreise von Berlin mit Unrecht ausgesprochen hat, daß nämlich S. M. der König die Bahl als Obers haupt abgelehnt hat. In der Antwortsrede G. M. waren nur Zweifel angedeutet, welche möglicherweise zu einer Verwerfung der Verfassung, aber ebensowohl zu beren Annahme führen fonnten. Die Erflärung des herrn Ministerpräfidenten beutet nicht mehr Zweifel an; fie befagt positiv, daß die Berfassung ohne Abandes rungen nicht zur Annahme empfohlen werden konne, und insofern die Nationals versammlung die Annahme der Bahl und die Annahme der Verfassung als uns trennbar ansah, wird sie nunmehr mit der Berfassung auch die Wahl als abgelehnt ansehen burfen.

Der hier eingenommene Standpunkt, wonach die Verfassungsfrage erst nach der Zustimmung der deutschen Fürsten zu der Wahl S. M. des Königs zur Erledigung zu kommen hatte, ist in der Erklärung der Königl. Regierung ignoriert und verslassen. Es verschwindet die Notwendigkeit für die Versammlung, jene Zustimmung von den Königlichen höfen zu fordern, und wenn sie dennoch gefordert würde, so wäre die Antwort einfach die, da Preußen, welches zugleich der größte Staat und das designierte Oberhaupt sei, die Verfassung nicht annehme, so sehle ihnen jede

Beranlassung, sich darüber zu äußern, ob sie angenommen haben würden, wenn Preußen angenommen hätte. Die Abänderungen, welche Preußen verlange, seien ihnen nicht bekannt; wenn, wie sie wünschten, die Nationalversammlung sich entschließe, auf Abänderungen einzugehen, so würden sie sich ihrerseits erlauben, die ihnen angemessen scheinenden Modistationen vorzuschlagen. — Der vorteilhafte Standpunkt, auf dem gestern Preußen sich befand, ist heute derjenige der vier Königlichen Höse; sie können nicht zu einer Erklärung gedrängt werden, bevor Preußen sich definitiv erklärt hat. Das konstant erstrebte und vor der Gefährdung geschützte Ziel, daß wenn die Sache scheitere, sie nicht an Preußen scheitere, ist versloren, denn wenn sie nunmehr zugrunde gehen sollte, so wird man nicht auf Sachsen, Hannover, Bürttemberg oder Bayern, sondern lediglich auf Preußen die Steine werfen.

Die Schwierigkeiten der heutigen Lage können, soviel ich zu beurteilen vermag, nur zu zwei Resultaten führen. Entweder muß die Nationalversammlung aufsgelöst werden und alles zerfällt, oder Preußen akzeptiert die Verkassung mit dem Vorbehalte der Revision auf dem ersten Reichstage. In beiden Fällen wünsche ich nicht weiter mitzuwirten; in dem ersten nicht, weil ich die von mir nicht geschaffene Position zu vertreten ablehnen müßte, und weil es für die alsdann ersorderlichen Naßnahmen an disponiblen Kräften nicht sehlt; in dem zweiten nicht, weil alsdann die Ausführung den Männern zukommt, welche ursprünglich dazu geraten

haben.

E. E. wollen entschuldigen, daß ich mit einiger Ausführlichkeit die Auffassung darlegte, aus welcher die heute morgen S. E. dem Ministerpräsidenten herrn Grafen v. Brandenburg gemachte Mitteilung meines Rücktrittes hervorging. E. E. ersuche ich ergebenst, meine Demission bei S. M. zu bewirken. Ich werde suchen, in den allernächsten Tagen die laufenden Angelegenheiten so weit zu ersledigen, daß ich meine Bertretung dem Legationsrat v. Kamph übertragen fann.

### 88. v. d. hendt an Camphaufen. Telegramm.

Berlin 1849. April 23.

Es ist vielleicht unnötig, darauf aufmertsam zu machen, daß bei der aufgestragenen Mitteilung die Absicht nicht dahin ging, die Ertlärung von vorgestern buchstäblich mitzuteilen, sondern im Sinne derfelben eine vorläufige Mitteilung

zu machen.

Des Grafen Mrnim.

Berlassen Sie, ich beschwöre Sie, in diesem Augenblick nicht Ihren Possen. Wir haben ja heute in Übereinstimmung mit Ihren Vorschlägen gehandelt. Die gestrige Einberufung steht mit dem von Ihnen gewünschten Entlassungsgesuch' in Versbindung, das von allen Kollegen neuerdings unterstützt ist. Im schlimmsten Falle warten Sie jedenfalls Ihren Nachfolger ab, und machen Sie dafür Vorschläge.

89. Camphaufen an v. d. Sendt. Ropie und unvollftändiges eigenhb. Ronzept.

Frankfurt 1849. April 24.

Lieber Freund! Daß Sie mir vorwerfen, ich verlaffe meinen Poften, obichon bas Ministerium in Abereinstimmung mit mir gehandelt habe, ift graufam und

<sup>&#</sup>x27; Im Konzept war ein etwas anderer Schluß durch folgende Sage angedeutet: "Der Weg ber Oftropierung ift aus Gründen des Rechtes und der Politik sowohl, als wegen Unmögslichkeit der Ausführung außer Frage. Der Weg der Verfassungsrevision unter den in E. E. Schreiben vom 15. bezeichneten Formen ist aus den in meinen vorigen Berichten angeführten Gründen unmöglich geworden."

nicht gerecht. Neun Monate lang habe ich, oft in Angft und Roten, den Bruch zwischen Berlin und Frantfurt zu verhuten gesucht und mich für drei aufeinander folgende Ministerien als das geplagte Mittelglied swifchen zwei sich reibenden Machten gebrauchen laffen - bann mit fleigender, bann mit fallender hoffnung immer mit dem Streben, daß im Falle der Erfolglofigfeit das Wert nicht an Preußen zugrunde gehe, daß nicht die öffentliche Stimme wegen ber getäuschten hoffnungen des Baterlandes gegen Preußen fich richte. Die Position, oft gefährdet, war es neuerdings durch das, was sich mit der Deputation begeben hatte, und durch die Zirkulardepesche vom 3. April. Wir kamen überein, daß unser Verfahren barauf begründet werden muffe, die anderen Regierungen ju einer erften Erflärung ju gwingen, und - lefen Sie die ersten Seiten meiner Dentschrift nach - wollten ben vorgeschlagenen Weg erft dann betreten, wenn jene Erflärung negativ erfolgt fein werde. Nach Frantfurt gurudgetommen, baben die Ereigniffe den beabsichtigten Beg unpraftitabel gemacht; unser querft einquschlagendes Verfahren wird badurch nicht alteriert. Ich paffe die unerwarteten Umftande hinein und erreiche, daß bereits die Forberungen von Berlin fich nach anderen Refidengen wenden. Die Rationals versammlung fieht im Begriffe, ju beschließen, Bapern, Barttemberg, Sachsen, hannover, und freilich auch, jur Erklärung aufzufordern. Ich hatte ihr einfach fagen tonnen, wir faben, daß fie das bisberige Stillfcmeigen ber toniglichen Sofe noch nicht als Ablehnung betrachten wolle, und baten um Mitteilung der verlangten Erflärungen, fobald fie eingegangen feien, um bann unferen Entichluß fundzugeben, den wir in der Zwischenzeit vorbereiten fonnten. Da, ploplich und ohne alle Beranlaffung, ertlärt bas Ministerium, wir nehmen die Berfaffung ohne Beränderungen nicht an; es wirft die eben erft angenommene Grundlage weg. vernichtet alle meine Bestrebungen und enthebt die Konigreiche aller Sorge. Muns chen, Stuttgart, Dresden, Sannover, befonders aber Bien fonnen illuminieren.1

#### 90. Graf Arnim an Camphaufen.

Ropie.

Berlin 1849. April 24.

Aus E. E. heute eingegangenem geehrtem Bericht vom 22. d. M. erfehe ich mit dem größten Bedauern, daß Sie mit dem Schritte, welchen das Königliche Staats; ministerium durch die am 21. in der zweiten Kammer abgegebene Erklärung hat tun zu müssen geglaubt, sich nicht einverstanden erklären können und durch denselben die Stellung Preußens wesentlich gefährdet erachten.

Ich mag mit indes die hoffnung nicht verfagen, daß E. E. bei näherer Erswägung die dringenden Gründe nicht verkennen werden, welche das Ministerium zu jenem Schritte veranlassen mußten. Daß es denselben nur nach reiflicher und gründlicher Prüfung der ganzen Lage der Dinge getan, bedarf nicht erst der Besmerkung. Auch die Mitteilungen des Neichssinanzministers, herrn v. Beckerath, haben dabei die sorgsamste und eingehendste Berücksichtigung gefunden.

Daß der Weg, welchen die mit E. E. beratenen Instruktionen vom 15. d. M. ins Auge faßten, nicht mehr vollständig einzuhalten war, deuten E. E. selbst an. Die vorteilhafte Stellung, welche die Kgl. Regierung dadurch für Preußen zu gewinnen hoffte, war in diesem Umfange nicht mehr zu erreichen; wir mußten vielmehr befürchten, von allen Seiten den Vorwurf der Unsicherheit und unaufzrichtigen Politik zu erleiden.

Bor allem aber war die Rgl. Regierung verpflichtet, sich bem eigenen gande gegenüber ohne Rudhalt zu erklaren. Die in der Zirkularnote vom 3. d. M. von

<sup>1</sup> Im Konzept fleht noch der Sag: Bas meinen Nachfolger betrifft, so vermute ich, Sie können vorläufig herrn v. Kampt die Geschäfte übertragen, da die eigentliche Entscheidung nun wohl von dem Ministerium in Berlin getroffen werden muß.

ihr selbst gestellte Frist war abgelausen. Die in der ersten Kammer teils schon gestellten, teils angekündigten Anträge, die bevorstehende Debatte über den Rodsbertußschen Antrag in der zweiten Kammer machten es dem Ministerium unmöglich, länger in einer schweigenden und abwartenden Stellung zu verharren. Namentlich hatte der letztere Antrag, auch in der durch die Kommission modissierten Form, durch sein bestimmtes Oringen auf die Annahme der Verfassung, eine bestimmte Ertlärung unausweichlich provoziert. Daß die Kgl. Regierung aber diese Annahme für unmöglich hielt, war ein von Ansang an für und sessstenung aber diese Annahme für unmöglich hielt, war ein von Ansang an für und sessstenung aber diese Annahme Kammern darüber nicht länger in Ungewisseit lassen zu dürsen. Sin längeres Idgern würde die Borausssetzung begründet haben, daß Preußen bereit sein könne, auf die Verfassung einzugehen, und nur die Ertlärungen über die Oberhauptsstrage abwarte, um sich mit dieser Verfassung definitiv an die Svibe zu stellen.

Diefer Boraussehung durften wir nicht Raum geben.

Much läßt fich wohl nicht vertennen, daß die übrigen beutschen Regierungen ein Recht Darauf batten, eine unzweideutige Ertlarung Preugens über Diefen Duntt an fordern. Es läßt fich fogar mit Sicherheit annehmen, daß von den übrigen Ral. Regierungen feine Erflärungen eingegangen fein wurden, bis Preußen fich über den Puntt der Berfassung ausgesprochen haben wurde. Wir hatten teine Mittel, fie jur Abgabe dieser Erklärungen ju veranlassen, wenn nicht die Eins wirfungen ber Revolution, beren Begunftigung von Frankfurt aus nur ju febr ju beforgen war, angewandt werden follten. Es fand ju befürchten, daß die Regierungen durch die wachsende Aufregung und die Anarchie im eigenen Lande ju einer unfreiwilligen Erflärung gezwungen worden waren. Dies fonnten wir, abgefeben von dem Unrecht, auch im eigenen Intereffe Preugens nicht munichen; ja, wir durften es darauf nicht antommen laffen. Wir waren badurch doch nur aulett in die gage gefommen, allein und felbständig dasfelbe fagen ju muffen, was wir jest gefagt, nämlich: daß wir die Berfaffung nicht annehmen fonnten. Dir mußten es fur murdiger und der Stellung Preugens angemeffener halten, offen mit unferen Unsichten hervorzutreten.

Es wird auch jest, falls die weiteren Bemühungen der Agl. Regierung nicht zu einem Ziele führen sollten, Preußen nicht der Borwurf gemacht werden können, daß das Werk der deutschen Einheit an seinem Widerstreben gescheitert sei. Die Agl. Regierung hat sowohl mit der Nationalversammlung als mit den übrigen Regierungen den Weg der Berständigung so wiederholt versucht und sich noch in diesem Augenblicke so bereit dazu gezeigt, daß ihr die Schuld nicht beigemessen werden kann. Wohl aber hätte und, wenn wir länger gezaudert hätten, der Borswurf tressen können, daß wir das Schreckbild der Revolution als einen moralischen Zwang über die widerstrebenden Regierungen hätten benutsen wollen, um dieselben

jur Unnahme der preußischen Oberhoheit ju bewegen.

Ich darf nicht zweiseln, daß diese Erwägungen auch bei E. E. nicht unberücksichtigt bleiben werden. Wenn auch die Umstände einen veränderten Gang nötig gemacht haben, so darf das Ministerium sich doch das Zeugnis geben, den wesentlichen, schon früher aufgestellten Grundsäpen auch jeht treu geblieben zu sein. Ich brauche es daher E. E. nicht erst auszusprechen, wie großen Wert dasselbe auf die forts dauernde Mitwirtung E. E. bei dem schwierigen Werte der Verständigung und der Förderung der deutschen Einheit legen würde; und nur mit tiesem Bedauern habe ich den von Ihnen ausgedrücken Wunsch der Enthedung von Ihrem Posten entgegennehmen können. Ich habe indes nicht versehlen dürsen, denselben S. M. dem Könige vorzusegen. Ich darf jedenfalls voraussehen, daß E. E. bis zur Entsscheidung S. M. und zur eventuellen Ernennung eines Vertreters Ihr Amt in gewohnter Weise fortsühren werden. Der Augenblick ist so wichtig und dringend, daß E. E. gewiß nicht jest sich dem Dienst des Vaterlandes entziehen werden.

### 191. Bericht Camphaufens. Rovie.

Frankfurt 1849. April 27.

E. E. beehre ich mich auf die geschätzte Zuschrift vom 24. d. M. zu erwidern, daß nach meinem ergebensten Dafürhalten in dem gegenwärtigen Augenblide meine Bertretung durch den Legationsrat v. Kamph, der schon früher bei längerer Abswesenheit die Geschäfte versah, keinem erheblichen Bedenken unterliegt. Zu den Berhandlungen mit den Bevollmächtigten der deutschen Regierungen, welche die Berfassung annahmen, ist, wie ich E. E. wiederholt anzeigte, die Gelegenheit, selbst die Möglichkeit nicht vorhanden. Mehrere Bevollmächtigte sind bereits absgereist. Diesen Regierungen ist Württemberg gewissernwen beigetreten; Bayern hat die Berhandlung abgelehnt; Sachsen und Hannover, wenn sie sich dazu herbeis lassen, werden sich nach Berlin wenden. Die Erössnungen, welche Preußen der Nationalversammlung zu machen hat, müssen in Berlin sestgestellt werden, und da ein langer Ausschald zu machen hat, müssen in Berlin sestgestellt werden, und da ein langer Ausschald zu machen hat, müssen in Berlin sestgestellt werden, und da ein langer Unsschalb derselben nunmehr kaum tunlich wäre, ich aber der übersreicher nicht würde sein können, so ist es nüglich, bald ein anderes Organ dafür zu haben. Unter diesen Umständen dürsten E. E. nichts dagegen einwenden, daß ich wenn nicht schon früher Ersaß eingetrossen ist, am 1. Mai mich beurlaube.

E. E. bin ich ju Dant verpflichtet fur die geneigte Mitteilung ber Erwägungen, aus welchen bas Minifterium einen veranderten Gang notig erachtete. Es haben Diefelben ein unzweifelhaftes Gewicht, wenn man fich fart genug fühlt, ben Rampf mit der Revolution dem Frieden unter Zugeständnissen vorzuziehen. Zugleich liegt soviel Großmut in dem Entschlusse, die anderen Regierungen vor einem moralischen Zwange ju schützen, daß E. E. entschuldigen werden, wenn ich bem Drange nachgebe gu rechtfertigen, weshalb ich diefes Gefühl nicht teilte. Ich habe niemals annehmen durfen, daß die deutschen Fürsten sich völlig freiwillig und lediglich um des Zwedes der Einheit willen einem Bundesoberhaupte unterordnen würben. Auch wir haben uns unter phofischem und moralischem Zwange bem Erzbergog Johann unterordnet, und es icheint mir, daß die Abficht, in der Stunde der Entscheidung andere Regierungen von dem Ginflusse der Boltsstimme ju bes freien und auf unfere natürlichen ober erworbenen Borteile zu verzichten, ichon vorlängst eine andere haltung, der Zentralgewalt und den Regierungen gegenüber, hätte veranlaffen muffen. Abgefeben hiervon hatten alle beutschen Regierungen fich ebensowohl wie Preußen über zwei Duntte zu erflaren, erftens über bas Obers haupt, zweitens über die Verfaffung. Über den erften Punkt konnte Preußen fich schidlicherweise nicht eher annehmend aussprechen, bis er angeboten war; den anderen Regierungen ftand es frei, und ju fagen: bas Oberhaupt nehmen wir an, allein wir wunschen diese und jene Abanderung der Berfaffung. Wir wiffen aber febr wohl, daß für die vier Konigreiche die geringeren Schwierigkeiten in dem Ins halte ber Berfaffung lagen, die Sauptschwierigfeit dagegen darin, daß fie den Ronig von Preußen nicht als alleiniges Oberhaupt anertennen wollten; fie haben es langft direft und indireft deutlich genug zu erfennen gegeben; und nachdem trot aller Gegenbestrebungen der Ronig jum alleinigen Dberhaupte ermählt mar, ichien es mir ein billiges Berlangen, daß das, was alle Welt wußte, auch vor aller Welt befannt und dadurch Preußens Stellung der Nationalversammlung und dem deutschen Bolke gegenüber erleichtert werde. Ich vermag nicht zuzugeben, daß wir 3. B. gegen die hannöversche Regierung, die uns noch jüngst in einer Reihe von Fragen durchbliden ließ, daß ihr eine Beschränfung ber Gelbständigfeit wie im alten Staatenbunde zu weit gebe, eine Pflicht ber Großmut zu üben und dem Ronige Ernst August zu ersparen hatten, öffentlich zu wiederholen, was er oft geäußert haben soll, daß er sich von Preußen nicht mediatisseren lasse.

Unfer befonderes Recht dazu gestattete dem Lande und den Kammern zu ers

flären, daß die Bedenken gegen die Verkassung von einer anderen Natur und von einem anderen Umfange sein würden, wenn sie für Preußen und 5 Millionen, oder für Preußen und 10 oder für Preußen und 15 Millionen gelten solle, und daß die Regierung nicht erforderlich noch angemessen sinde, schon jeht anzugeben, was sie in jeder dieser verschiedenen Eventualitäten zu tun gedenke, daß sie vielmehr warten werde, bis eine derselben entweder durch ausdrückliche Erklärung oder durch Stillschweigen eingetreten sei.

Als eine Unmöglichkeit habe ich zwar die Annahme der hiesigen Verfassung nicht angesehen; allein ich war mit dem Ministerium vollkommen einverstanden, daß deren Modisitation erstrebt werden müsse, und das Ministerium war mit mir eins verstanden, daß zu ihrer leichteren Erlangung nicht in den Vordergrund treten müsse, die Verfassung sei unausführbar, weil Preußen nicht wolle; daß vielmehr in den Vordergrund treten müsse, sie sei unausführbar, auch wenn Preußen

wolle.

Im übrigen bestanden die von E. E. gegen die Verzögerung einer die Verfassung verwerfenden Erklärung angeführten Gründe schon zur Zeit meiner Answesenheit in Berlin, und hätte der Entschluß ihnen Folge zu geben vorgelegen, so hatte uns ein Plan nicht zu beschäftigen, welchem das entgegengesetzte Versahren zugrunde lag; es hätten alsdann die Beratungen einen anderen Inhalt haben, eine andere Richtung nehmen müssen, und vielleicht einen anderen Ausgang nehmen können.

Bie nunmehr die Sachen liegen und bei der Notwendigkeit für die Regierung wichtige Beschlässe zu fassen und auszuführen, ist die Vermeidung jeder Abweichung zwischen den Schritten in Berlin und Frankfurt und die volle Harmonie der Resgierung mit ihren Organen unentbehrlich, und auch aus diesem Grunde wäre mein ferneres Verbleiben im Amte bedenklich gewesen.

# Bismarck und Napoleon III. 1863–1866



#### 1. Rapitel.

#### (Preusen und Frankreich zu Geginn des Schleswig-Holsteis nischen Konfliktes.

Die Rücksicht auf Frankreich hat in der gesamten Politik Vismarcks vor 1870 und namentlich in der Zeit des großen deutschen Krieges eine so entscheidende Rolle gespielt, daß ohne die Kenntnis der preußischefranzösischen Beziehungen die Geschichte dieser Jahre gar nicht dargestellt werden kann. Was wir bisher darüber wußten, verdankten wir — abgesehen von einigen nicht unbedingt zuverlässigen Memoirenwerken — im wesentlichen den Mitzteilungen, die Heinrich von Sybel in seinem großen Werke aus den Akten gemacht hat.

Eine vollständigere Kenntnis scheint uns die breitangelegte französische Aktenpublikation über die Vorgeschichte des Krieges von 1870 in Aussicht zu skellen. Sie greift die Anfang November 1863 zurück und reicht die jeht die zum 8. Mai 1866. Wenn auch andere Dinge, wie die französische italienische Septemberkonvention von 1864 und die rumänische Frage mit darin vorkommen, so siehen doch die deutschen Fragen ganz beherrschend im Mittelpunkt des Werkes.

In reichster Fülle werden hier die Aften des Pariser Auswärtigen Amtes vor uns ausgebreitet. Acht Bände sind angefüllt mit disher 2236 Aftens stüden, die bald im Auszug, bald im Bortlaut mitgeteilt werden. In bunter Fülle wechseln die Berichte der französischen Bertreter in Berlin, Wien, London, Petersburg, Kopenhagen, Stockholm, Rom, Turin, Madrid und an den kleinen deutschen hösen mit den Anweisungen und Anfragen des Minissers Drounn de Lhuns. Man erblickt das ganze Getriebe des auswärtis gen Dienstes Napoleons III. in unablässiger, wenn auch nicht immer fruchts barer Arbeit vor sich, man erlebt jeden Moment mit, man sieht die gleichen Ereignisse sich widerspiegeln in den Köpfen der verschiedensten Individualitäten und hört alle Kombinationen durchsprechen, die sich daran knüpfen lassen. Es gibt nichts Ahnliches für die Geschichte des letzen Jahrhunderts.

Dennoch hat diese Publikation unter den deutschen Gelehrten, die sich näher mit ihr beschäftigt haben, Enttäuschung hervorgerufen und ziemlich

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Les origines diplomatiques de la guerre de 1870—1871. Recueil de documents publié par le ministère des affaires étrangères. B. 1—8. 1909—14. Die brei ersten Bande sind auch in brauchbarer deutscher Abersehung erschienen.

scharfe Kritik erfahren. Und mit Necht. Denn man hat bei der Durch, arbeitung dieser Aktenmassen siets das Gefühl, daß man nur das Außerliche, Offizielle erfährt, und daß die wirklich treibenden Kräfte der französischen Politik darin nicht zum Ausdruck kommen. Alles, was das Auge des Besobachters hier im Vordergrund der politischen Bühne im hellen Lichte wahrsnimmt, bleibt unverständlich, ohne rechten Zusammenhang und Sinn; man ahnt, daß sich gleichzeitig in dem in tieses Dunkel gehüllten hintergrunde andere Vorgänge abspielen und daß dies die entscheidenden sind; nur geslegentlich greift aus dem Dunkel heraus die hand des eigentlichen Regisseurs, des Kaiser Napoleon selbst, in das Vordergrundskreiben hinein und lenkt die Hauptpersonen durch ihren Wink in eine andere Richtung.

Die Herausgeber haben mitgeteilt, was ihnen erreichbar war, aber sie konnten nicht mehr geben als sie hatten.<sup>2</sup> Der Kaiser machte seine Politik im mündlichen Gespräch mit den fremden Gesandten und leitete seinen aus, wärtigen Minister, wo es ihm nötig schien, durch persönliche, ebenfalls münd, lich gegebene Direktiven. Akten darüber gibt es nicht in Paris. Will man Aufschlüsse über seine Politik haben, so muß man zu den Berichten der fremden Gesandten greisen, die das Ohr des Herrschers hatten; diese aber ruhen meist noch verschlossen in den Archiven der anderen europäischen Großmächte, und nur Sybels Mitteilungen aus den Berichten des Grasen v. d. Gols und die italienischen Publikationen lassen uns erkennen, daß hier, nicht in den Akten des Pariser auswärtigen Amtes der Schlüssel für das Verständnis der französischen Politik zu suchen ist.

Immerhin lohnt es sich, die Frage zu stellen, was sich aus dieser neuen Publikation für die Geschichte der prußischesfranzösischen Beziehungen geswinnen läßt. Es ist mir gestattet worden, wenigstens einige Stücke aus der von Sybel benutten Korrespondenz zwischen Bismarck und der Pariser Botsschaft zur Kontrolle heranzuziehen.

Für die frangofische Politit gab es in bezug auf die deutschen Berhältniffe längst einige bestimmte Traditionen, von denen sich der einzelne Staatsmann nur schwer losmachen konnte, und die es zunächst kurz zu erfassen gilt.

Schon als sich in den Jahren von 1848—1850 in Deutschland ein einheits liches Staatswesen auf nationaler Grundlage bilden zu wollen schien, sah sich die Regierung Napoleons, des damaligen Präsidenten der Republik, vers

<sup>1</sup> Bgl. befonders &. Salomon in Sift. Btifchr. 14, 396 f. Aber die drei erften Bande.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Die Privatbriefe der Botschafter befinden sich im allgemeinen nicht bei den Atten; es ift als ein glüdlicher Zufall zu betrachten, daß die Konzepte zu Benedettis Privatbriefen an Drouyn sich größtenteils im Archiv der französischen Botschaft in Berlin vorgefunden haben. Dagegen sehlen die Privatbriefe Tallenrands und Gramonts an den Minister. Aber auch sie würden die französische Politik kaum klarer enthüllen, als die offiziellen Dokumente.

<sup>3 36</sup> gitiere die darin enthaltenen Altenflude ohne weitere Quellenangabe nach der Rummer.

anlaßt, zu dieser Möglichkeit Stellung zu nehmen. Sie betrachtete diese Frage zunächst unter dem Gesichtspunkte ihrer traditionellen Feindschaft gegen Österreich und dessen Borherrschaft in Italien. Schon die Regierung des Julikönigtums hat danach gestrebt, die habsburgische Machtstellung in Italien möglichst einzuschränken. Napoleon setzte diese Politik nur fort; es war keinese wegs in erster Linie gefühlsmäßige Schwärmerei auf Grund der alten Bassens brüderschaft aus seiner Jugendzeit, was ihn auf die Seite der nationals italienischen Bestrebungen trieb, wenn diese auch gelegentlich mitgesprochen haben mag. Galt aber Österreich als Frankreichs natürlicher Gegner, so fragte es sich, wie man diesen Staat am wirksamsten bekämpfen könne.

Ofterreichs Machtstellung in Italien wie in Deutschland beruhte auf dem Rüchalt, den es im Bunde mit Rugland und Preugen und in der Berfügung über die Machtmittel des deutschen Bundes hatte. Das Bundnis der Ofte mächte war an sich in Frankreich verhaßt, weil es an die Zeit der Freiheits: friege und des Parifer Friedens erinnerte. Solange es fortbestand und nicht ju erschüttern war, konnte Frankreich nur durch engen Anschluß an England feine Stellung zu verbeffern suchen. Noch erwünschter ware es ihm freilich gewesen, Rugland und Preugen von Sferreich ju trennen, ba von England boch eine ausgiebige Unterftützung in fontinentalen Fragen schwerlich ju erwarten war. Gine folche Sprengung ber "Beiligen Alliang" ichien möglich, als die preußische Politik durch ihr Streben nach Segemonie in Deutschland in Gegenfan ju Offerreich geriet. Die Regierung des Prafidenten unterftutte daher die Unionspolitik Preußens und erstrebte zu der norddeutschen Macht, wenn diese durch das Gelingen ihrer Plane ftarter und machtiger werde, ein intimes Berhältnis, um fo die Erneuerung des Bundes der Offmächte für immer zu verhindern.1 Über die naheliegenden Bedenken, die sich gegen eine führende Stellung Preußens in Deutschland vom frangofischen Standpunkt aus geltend machen ließen, troffete man fich in Paris damals mit dem Ges banten, daß die Machtvergrößerung Preugens niemals für Frantreich gefähr: liche Dimensionen annehmen fonne.2 Aber auch eine andere Möglichkeit wurde erwogen, als Napoleon damals durch Perfigny in Berlin über ein engeres Einvernehmen verhandeln ließ; man fonnte, wenn Dreußen erheblich gewinne, für Frankreich eine Rompensation beanspruchen. Man verlangte nicht geradezu preußisches Gebiet, aber die linterheinischen Besitzungen der füddeutschen Staaten, insbesondere der südliche Teil der banrischen Pfalz mit Landau, murden als geeignete Entschädigungsobiette bezeichnet.3

<sup>1</sup> Bgl darüber jest Meinede, Radowig, 254 f. nach den Berichten des Grafen hatfelb.

<sup>2</sup> A. a. D. 256. (hapfelds Bericht v. 28. Aug. 1849.)

<sup>3</sup> A. a. D. 464 f. Außer den übrigen mindestens dronologisch zweifelhaften Angaben kommt besonders der Bericht hatfelds v. 17. Juni 1850 in Betracht.

So traten bereits in den Jahren 1849 und 1850 einige Gesichtspunkte hervor, die bis 1866 für die französische Politik gegenüber Deutschland leitend geblieben sind. Preußen sollte Österreich gegenüber verstärkt und von der Allianz der Ostmächte gelöst werden; es durfte jedoch nur so weit verstärkt werden, daß seine Macht für Frankreich nicht gefährlich werden könne; und es sollte Frankreichs Unterstützung durch überlassung von nichtpreußischen Teilen des linken Rheinufers bezahlen.

Das Scheitern der preußischen Unionspolitif und der erneute enge Anschluß Preußens an Össerreich und Rußland nach dem Vertrag von Olmüß entzog allen diesen Plänen zunächst die Grundlage. Frankreich suchte nach der Herzstellung des Kaisertums möglichst nahe Fühlung mit England und ersocht ges meinsam mit dem Inselreiche, dem italienischen Schüßling Sardinien und der Türkei im Krimkriege seine großen Erfolge über Rußland. Indem es gelang, Osserreich und Preußen von der Unterstützung Rußlands abzuhalten, ja die erstere Macht zu direkten Feindseligkeiten gegen das Zarenreich zu bestimmen, wurde der Bund der Ossmächte tatsächlich zersprengt, das bereits seit 1849 erstrebte Ziel also auf anderem Wege erreicht. Rußlands nie wieder zu besschwichtigendes Mißtrauen gegen Osserreich schien jede Wiederherstellung der alten, für Frankreich so ungünstigen Konstellation auf absehbare Zeit auszuschließen.

Erst dadurch wurde es Napoleon möglich, den Krieg gegen Herreich im Bunde mit Sardinien siegreich durchzusühren und die kombardei dem Kaisersstaat zu entreißen. Preußens drohendes Auftreten zwang ihn damals, sich mit diesem halben Ergebnis zu begnügen. Aber unmittelbar nach dem Friesdensschluß begann er von neuem sich Preußen zu nähern; dem Prinzsregenten Wilhelm legte er wiederholt nahe, daß er auf Frankreich zählen könne, wenn er seine Nacht in Deutschland auf Kosten Herreichs und der Mittelsstaaten vergrößern wolle. Aber der Regent, dem Napoleon und das resvolutionäre Frankreich stets unsympatisch waren, blieb allen Lockungen gegensäber unzugänglich und betonte bei jeder Gelegenheit, daß er niemals ein Stüd deutschen Bodens in fremde Hände kommen lassen werde, solange er es verhindern könne. Napoleon hatte 1859 erkannt, daß es ihm nicht möglich sein werde, Osterreich ganz aus Italien zu vertreiben, solange er nicht Preußens sicher sei; er mußte aber vorläusig auf die Gewinnung des norddeutschen Staates verzichten und abwarten, wie sich die Lage weiter gestalten werde.

Daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen den deutschen Großmächten über die militärische Neform des Bundes und Ofterreichs Versuch, auf dem Frankfurter Fürstentag eine Gesamtreform des Bundes im Gegensatz zu Preußen durchzusehen, das Verhältnis zwischen beiden verschlechterte, konnte man in Paris nur gern sehen. Ebenso glaubte man in der Berufung des

Herrn von Vismarck zum auswärtigen Minister ein günstiges Ereignis erz blicken zu können; denn Bismarck galt den Eingeweihten schon damals als Segner Osterreichs, Vorkämpfer der preußischen Hegemonie und Freund einer französischen Allianz. Schon als Bundestagsgesandter hatte er mehrsach Sez legenheit gehabt, den Kaiser Napolon zu sprechen und seine Sesichtspunkte kennen zu lernen; während der wenigen Monate seiner Pariser Botschafterzeit hatte er die dortigen Verhältnisse noch genauer studieren können; und stets hatte er selbst dabei geäußert, daß nach seiner Ansicht die Interessen Preußens und Frankreichs ein Zusammengehen erforderten.

Junächst gab es allerdings zwischen ihm und Napoleon einen frästigen Zussammenstoß, als Frankreich im Einvernehmen mit England und Österreich die ausständischen Polen gegen Rußland zu unterstützen versuchte, während Preußen mit voller Energie auf die Seite des Zaren trat. Der ganze Versuch mißlang; aber Napoleon schried sein Scheitern weniger Rußland und Preußen zu, als den unzuverlässigen Bundesgenossen, die ihn im Stich gelassen hatten, als es Ernst werden sollte. So ging aus dieser polnischen Verwicklung eine starke Entsremdung zwischen Frankreich auf der einen, England und Österzreich auf der anderen Seite hervor. Auch in Italien war England der Politik Napoleons hindernd in den Weg getreten, indem es gegen seinen Wunsch den Anschluß Säditaliens an das sardinische Königreich unterstützt hatte. So fand sich Kaiser Napoleon ziemlich isoliert; sah er sich nach neuen Verbündeten um, so mußte sich sein Blick zunächst wieder auf Preußen richten.

Dies war im wesentlichen die Situation als durch den Beschluß der Bundeserefution gegen Holstein und durch den Lod Friedrichs VII. von Dänemark die schleswigsholsteinische Frage in den Brennpunkt des Insteresses trat.

Für Frankreich war an sich das Schicksal dieser entlegenen Gebiete, über deren verworrene Rechtsverhältnisse nur höchst unbestimmte Borstellungen in Paris vorhanden waren, höchst gleichgültig. Man war entschlossen, sich auf keinen Fall ihretwegen in Unkossen zu stürzen. England hätte nur zu gern den Dänen kräftigen Schutz gegen die deutschen Mächte gewährt, wollte sich aber ohne Unterstützung durch eine kontinentale Großmacht in einen ernsthaften Kampf nicht einlassen, und drängte Frankreich immer von neuem zur Mitzwirtung. Aber die französische Regierung lehnte die aktive Teilnahme am Kampse von vornherein bestimmt ab und hielt dadurch auch England von

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bgl. über Bismards frühere Beziehungen mit Napoleon die tüchtige Arbeit von F. Frahm, Bismards Stellung zu Frankreich bis zum 4. Juli 1866 (reicht aber nur bis 1859), Rieler Diff. 1911, sowie die Fortsetzung dieser Studien Frahms in der hift. Utsischt. 15 (1912) und 16 (1913).

jedem friegerischen Vorgehen zurück. Napoleon freute sich über die Verlegens heit des Inselreichs, das gern eingreisen wollte und es allein nicht wagte, und sah darin eine Vergeltung für Englands Verhalten in der polnischen und italienischen Frage. Er war aber vor allen Dingen der Meinung, daß ein solcher Kampf für Frankreich viel gefährlicher sei als für England, während er ihm keinen greifbaren Vorteil im Fall des Sieges gewähre. Auch im Interesse der kolonialen Erpansion Frankreichs und seiner Stellung im Mittelmeer sah der Kaiser es durchaus nicht ungern, wenn neben der größten Seemacht Europas sich kleine selbständige Kriegsmarinen in der Nords und Ostsee bildeten, und begünstigte gerade von diesem Gesichtspunkt aus auch die Vildung einer preußische Seemacht.

Würde man den ofsiziellen Rundgebungen des Pariser Auswärtigen Amtes vollen Glauben schenken, so hätte Frankreich vom Ausbruch des Konfliktes an bis in den Frühling 1866 hinein fortwährend die gleiche völlig uneigennüßige und von großen Prinzipien geleitete Politik getrieben. Immer wieder vers

<sup>1</sup> Lord Russel und Lord Clarendon gestanden im Juni 1864 dem schwedischen Gesandten, daß England, nur von Schweden unterstütt, Dänemark nicht helsen könne, weil es keine auszeichende Landarmee besitze und den Handel Deutschlands nicht ernstlich schädigen könne, solange diesem der Wegüber Frankreich frei bleibe (Ber. Fourniers, Mitte Juni Nr. 633). Troße dem ermutigten die britischen Vertreter noch Ende Juni Dänemark zum Widerstand, indem sie aktive Hisse nießen seinen Augenblich über die Ungefährlichkeit der englischen Drohungen, solange dieses allein blieb; er meinte zu Talleprand, "den Gefallen, eine Armee auszuschiffen, würde England uns schwerlich tun" (Ver. v. 18. Juni Nr. 668; vgl. Gramonts Ver. v. 3. Juli Nr. 711). Um so mehr mußte er darauf bedacht sein, troß des Bündnisses mit Österreich die guten Beziehungen zu Frankreich zu erhalten, damit dieses nicht Englands seindliche Absichten durch seine Untersstügung ausssührbar mache.

<sup>2</sup> Graf Goly sagt in seinem Bericht vom 1. Febr. 1864: Des Kaisers haltung beruhe "sum Teil auf dem persönlichen Gefühl der Schadenfreude über die Berlegenheiten Engslands und insbesondere Lord Russells. Zahlreiche Symptome beweisen, daß man mit Ungeduld den Sturz dieses Ministers erwartet, über den sich der Kaiser beschweren zu können glaubt". Da aber mit Rußland zur Zeit eine engere Bersändigung unmöglich sein, wolle er auch nicht vollständig mit England brechen, und werde vielleicht seine Haltung andern, wenn dort ein anderes Ministerium ans Auder tomme, eventuell auf Kossen Preußens. — Bismard benutze jede Gelegenheit, um Frankreichs Mißtrauen gegen England wachzurufen. Charatteristisch ist seine Außerung zu Gramont: "Frankreich wisse je recht gut, daß England es im gegebenen Augenblick selbst mitten in einer gemeinsame Attion im Stich lassen werde, sobald die Borteile des Ergebnisses nicht mehr im Berhältnis zu seinen Opfern ständen oder sein Anteil an Ruhm und Beute seinen Erwartungen nicht entspreche." (Ber. Gramonts 28. Aug. 1864, Nr. 814.)

Bgl. die Außerungen Rapoleons selbst über die viel größere Gefahr, die für Frankreich mit einem solchen Unternehmen verbunden sei als für England bei Sybel 3, 220. Ferner Droupn an den Fürsten de la Lour 10. Juni Rr. 640.

<sup>\*</sup> Bgl. j. B. Droupn an Benedetti 14. April 1865, Mr. 1348.

fündigte herr Droupn de Lhuns seinen Vertretern und Agenten, daß die Res gierung des Kaisers nur den Frieden wolle und die Beachtung des großen Grundsaßes, den sie zum Leitstern der eigenen Politik gemacht habe, des Prinzips der Selbstbestimmung der Völker. Möge also Schleswig dänisch bleiben, soweit es von Dänen bewohnt sei, deutsch, soweit die Bevölkerung deutsch sei, möge man dem Volke dieser Länder in irgendeiner Form Gelegenzheit geben, sich selbsk über sein künstiges Schicksal auszusprechen. Selbsk im Falle eines Krieges zwischen den beiden deutschen Großmächten, so erklärte Droupn de Lhuns immer wieder, werde Frankreich sich jeder aktiven Einzmischung enthalten; man werde alles vermeiden, was das berechtigte Natios nalgefühl der Deutschen reizen könne. Sollte allerdings ein solcher Krieg größere Dimensionen annehmen und zu erheblichen Machtverschiedungen führen, so daß die Interessen Frankreichs dadurch berührt würden, so müsse halten.

Alles dies klang außerordentlich harmlos, uneigennüßig und selbstversständlich. Aber es war doch die Frage, wann man den Moment für gekommen erachten werde, in dem Frankreichs Interessen als bedroht anzusehen seine. Bürde z. B. schon die Einverleibung Schleswigsholsteins in Preußen als eine derartige Verschiebung des europäischen Eleichgewichts betrachtet werden müssen? Oder eine Reform des deutschen Bundes, die Preußen allein oder Preußen im Norden und Österreich im Süden die Versügung über die deutsschen Streitkräfte gebe? Oder nur eine Ausdehnung des preußischen Ses bietes durch direkte Einverleibung bisher selbständiger deutscher Staaten? Ebenso blieb es durchaus unklar, durch welche Mittel Frankreich, falls es seine Interessen als verletzt betrachten müsse, diese zu wahren beabsichtige; ob es etwa eine entsprechende Vergrößerung des eigenen Gebietes verlangen werde und auf wessen?

Diese Fragen mußte sich die preußische Regierung während der ganzen Dauer des schleswigsholsteinischen Konstittes immer wieder vorlegen, und ebenso haben sich die Diplomaten Österreichs und der kleineren deutschen Staasten eifrig mit ihrer Lösung beschäftigt. Die Pariser Regierung hat niemals eine klare Antwort darauf gegeben; ihre auswärtigen Vertreter, sogar die Botschafter in Berlin und Wien, scheinen darüber ebensowenig etwas Genaueres erfahren zu haben, wie die Öffentlichkeit. In Deutschland war die Anschauung sehr weit verbreitet, daß Napoleon bei jeder Veränderung des augenblicklichen Besitzstandes einen Teil des linken Rheinusers für Frankreich in Anspruch nehmen werde. Die diplomatischen Agenten des Kaisers hatten öfter von ders

<sup>1 3.</sup> B. Droupn an Gramont 5. Dez. 1864, Nr. 1087.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Drounn an de La Tour 21. Jan. 64 (Nr. 104).

artigen Gerüchten zu melden; aber niemals erhielten sie eine Antwort, die auf die Gesinnung der eigenen Regierung hätte schließen lassen.

Man könnte vielleicht fragen, ob der Raiser überhaupt einen bestimmten Plan gehabt habe. Droupn de Lhups hat bei einer früheren Gelegenheit ein; mal dem österreichischen Botschafter gegenüber geäußert, man spreche immer von den tiesen Plänen des Kaisers; in Wahrheit habe Napoleon gar keine Tiese, sondern nur eine Oberstäche, die sich ohne Unterlaß wandle. Sollte das auch in bezug auf die deutsche Frage der Fall gewesen sein?

heinrich von Sybel hat bekanntlich die Meinung ausgesprochen, Nas poleon habe einen Rrieg gwifchen ben deutschen Mächten eifrig gewünscht, weil er dabei eigene Borteile ju erlangen hoffte.2 Er habe Preußen ju einer Ers oberungspolitif in Schleswigeholftein ermutigt, weil er an diefer Frage den Rrieg habe entgunden wollen. Preugen, das er für den schwächeren Teil hielt, follte von Italien unterftust werden, bas Ergebnis die Eroberung Benetiens für Italien, Schleswigeholsteins und der führenden Stellung in Norde beutschland für Preugen sein. Dann wurden die beiden deutschen Rivalen gleich fart und gegen einander auf Frankreichs hilfe angewiesen sein. Als Lohn für seine Unterftupung habe ihm Preugen Teile des linken Rheinufers verschaffen oder wenigstens deren Befetung julaffen follen. Diefe Ziele habe er für erreichbar gehalten, ohne daß Franfreich felbft in den Kampf eingreife; benn wenn die beiden Gegner vom langen Ringen erschöpft feien, werde bas bloße Wort des mächtigen Nachbarftaates genügen, um deffen Bunfche gur Erfüllung zu bringen. Da die Dinge anders gefommen find, wie Napoleon es, wenn diese Bermutungen gutreffen, erwartet bat, und da er also feinen eigentlichen Plan nicht hat gur Ausführung bringen fonnen, fo lagt fich natürlich ein zwingender Beweis für ihre Richtigkeit nicht führen; aber die in ber neuen frangofischen Beröffentlichung enthaltenen Rachrichten find doch ges eignet, fie ju fingen und ju ergangen.

Es entsprach nur den bisherigen Traditionen, wenn man in Paris darauf ausging, jede engere Verbindung der deutschen Großmächte untereinander zu verhindern. Daher suchte Napoleon gleich nach dem Tode des dänischen Königs in der Frage der Herzogtümer Fühlung mit Preußen zu gewinnen und eine gemeinsame Aktion aller deutschen Staaten zu hintertreiben. Sein Lieb:

<sup>1</sup> Bericht bes Fürften Metternich, mitget. aus ben Papieren bes Grafen Karolpi, Dt. Rebne 38. 1, 282.

<sup>3</sup> Außer in seinem großen Werte, über die Begründung des Reiches, auch in dem Auffage Aber Rapoleon III. in seinen Rleinen historischen Schriften Bd. 3, S. 535 f., der manche genauere Einzelheiten aus den Atten bringt. — Friedzungs Auffassung in seinem "Kampf um die Borberrschaft in Deutschland" weicht in dieser Beziehung von derjenigen Spbels nicht wesentlich ab.

lingsgedanke mar es bekanntlich, daß ein großer europäischer Kongreß gleiche zeitig alle schwebenden Fragen, namentlich die polnische, schleswig-holsteinische und venetianische, regeln und eine neue Abstedung der Grengen nach dem Rationalitätspringip vornehmen follte. Diefer Plan icheiterte jedoch am Die berfpruch aller übrigen Großmächte, von benen nur Preugen eine bedingte Buffimmung gab. Sobald ber Raifer erfannte, daß hieraus nichts werden fonne, bot er in einer Unterredung mit dem Grafen Golg Preußen ein forme liches Bundnis für alle Eventualitäten an.1 Er fprach fich über die Bedinguns gen dieses Bündnisses nicht genauer aus. Aber die Außerungen, die er zwei Tage früher, als er noch auf den Kongreß hoffte, ju Golt getan hatte und die Sprache seines Ministers? liegen faum einen Zweifel baran, daß er als die Grundlage des Einverständnisses die Berbindung des deutschen Teiles von Schleswigeholftein mit Preugen und die Unterordnung der fleineren Rache barftaaten unter die norddeutsche Grogmacht betrachte. Graf Golb erflärte fich im Pringip mit einem Bundnis einverstanden und ließ es nur zweifelhaft, ob seine Regierung schon im gegenwärtigen Zeitpunft auf bestimmte Abs machungen eingeben werde; er für feine Person sprach sich babin aus, daß man in Schleswigeholftein jedenfalls bas Nationalitätsprinzip zum Ause gangepunkt nehmen muffe, das bier mit dem positiven Recht völlig übereins ftimme. "Auf die Gefahr bin", fagte er nach feinem Berichte3, "die frühere Res gierung Preußens zu tadeln, konne ich den europäischen Mächten das Recht nicht zugestehen, eine gesetliche Erbfolgeordnung, welche bem betreffenden Bolte wert fei, über ben Saufen zu werfen." Er wollte alfo auf ein Bundnis eingehen; aber beffen Grundlage follte nicht die Unnerion ber Bergogtumer, fondern die Errichtung eines felbständigen Staates unter bem Pringen von Angustenburg sein. König Wilhelm lehnte damals den Abschluß irgende eines Bundniffes ab und fprach fich febr erftaunt darüber aus, daß Graf Golb, ohne eine Autorisation dazu ju besiten, eine derartige Möglichkeit über: haupt entgegenkommend erörtert habe.

Bas kann man aus diesem Berhalten des Kaisers schließen? Er wollte uns zweifelhaft Preußen dazu ermuntern, nach der Annexion der Herzogtümer zu streben. Welches Interesse konnte er daran haben, Preußen diese Machtvers

<sup>1</sup> Bgl. hieraber Sybel 3, 166 f.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Sybel a. a. D. Danach wäre der Gedanke einer Teilung Schleswigs nach den Natios nalitäten zuerst von Golg im Gespräch mit Droupn de Lhuns angeregt, von diesem aber sofort aufgegriffen worden. Der Gedanke selbst war bekanntlich viel älter und schon 1848 unter den möglichen Lösungen häusig erörtert worden. Rapoleon hatte sich längst vorher auch Bismarck gegenüber für diesen, seiner politischen Grundanschauung entsprechenden Gesbanken ausgesprochen. Bgl. Bernstorff an Bismarck 21. Febr. 1862, Bismarck/Jahrbuch 6, 128; 16. Juni und 18. Juli 1862 a. o. D. 147, 157.

<sup>3</sup> Bertraulicher Bericht des Grafen Goly vom 25. November 1863.

größerung zu wünschen? Tat er es nur, um die Entstehung einer preußischen Marine zu ermöglichen, die er als Gegengewicht gegen die englische für erwünscht hielt? Man wird schwerlich behaupten können, daß dies zur Erstärung seines Berhaltens genüge. Viel wahrscheinlicher bleibt es doch, daß Napoleon sich von Anfang an gesagt hat, Österreich werde eine solche Machts vergrößerung Preußens niemals gutwillig zugeben, und die Herzogtümer würden daher zum Zankapfel zwischen den beiden deutschen Mächten werden müssen, sobald Preußen ernstliche Versuche in dieser Richtung mache. Seine ganze Stellung zu der schleswigsholsteinischen Frage wird also in der Tat von dem Bunsche diktiert gewesen sein, Österreich und Preußen miteinander zu verseinden und Preußen näher an Frankreich heranzuziehen.

Aber Preußen wich der Versuchung aus; anstatt mit Frankreich, verband es fich damals aufs engfte mit Dferreich jum gemeinsamen Rampfe gegen Danes mark. In Paris war man bavon äußerst unangenehm berührt. Man fonnte es nicht recht begreifen, weshalb fich Offerreich auf einen Feldzug im fernen Rorden einlaffe, der ihm niemals direften Borteil bringen, fondern bochftens bie preußischen Intereffen fordern konne, wenn es nicht eine bestimmte Gegens leiftung Preugens, etwa die Garantie feiner außerdeutschen Besitzungen. bafür jugesichert erhalten habe.1 Bon preußischer2, wie von österreichischer Seite3 murde jedoch die Erifteng eines berartigen Garantievertrages burchaus in Abrede gestellt; es ift auch zweifellos tein derartiges Abkommen geschlossen worden. Bismard hat einmal gefagt, wenn Preugen fich auf einen folchen Bertrag einlaffe, fo murbe es einem Manne gleichen, ber fein ganges Eigentum in einen Roffer gepadt habe und den Schluffel dazu einem andern übergebe.4 Offerreich hatte ja in diefem Falle, sobald ihm die Gelegenheit gunffig erschien, einen Rrieg mit Italien provozieren tonnen, und Preugen mare genotigtiges wefen, ba in einem folden Kampfe Frankreich zweifellos auf Italiens Seite getreten ware, feine gange Erifteng ohne Aussicht auf eigenen Gewinn aufe Spiel ju fegen. Tropbem tauchten immer wieder folche Bermutungen auf, 1. B. ale man erfuhr, daß Bfterreich durch Entsendung einer Flotte

Ber. von Forthe Rouen aus Dresden 16. Jan. 1864, Nr. 87. Er berief fich auf angebliche Mitteilungen Rechbergs an einen deutschen Diplomaten. Droupn befahl sofort Talleprand, festustellen, was an diesen Berichten Wahres sei (23. Jan., Nr. 114).

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Tel. Bismards an Goly 27. u. 29. Jan. 1864, Bericht v. Goly 28. Jan., Bismards Erflärung an Talleprand f. deff. Ber. v. 31. Jan., Nr. 152. Wiederholt im April 1865 f. Benedettis Ber. v. 5. April, Nr. 1336.

Durch Metternich in Paris f. Droupns Aundschreiben v. 15. Febr., Ar. 206; ebenso burch Rechberg selbst (Droupn an F. de la Tour 8. Mai Ar. 313) und später durch Graf. Mensborff (Ber. Gramonts v. 22. Jan. 1865, Ar. 1205).

<sup>6</sup> Ber. Benedettis v. 9. April 1865, Rr. 1341.

in die Nords und Offfee die Aftion der Landheere zu unterftützen bes absichtige.

Aber auch wenn ein förmlicher Vertrag dieser Art nicht bestand, genügte bereits die Tatsache eines engen Einvernehmens und gemeinsamen Vorgehens der beiden deutschen Mächte überhaupt, um den Kaiser zu beunruhigen.<sup>2</sup> Er fürchtete, wenn das Einvernehmen dauernd fortbestehe, eine Vermins derung des französischen Einslusses auf die kleineren deutschen Staaten. Bessonders unangenehm mußte ihm dies natürlich sein, wenn er selbst Erobes rungsabsichten hatte, wenn er Preußen zum Kriege gegen Österreich treiben wollte, sei es auch nur, um den Italienern Venetien zu verschaffen<sup>3</sup>, und sie dadurch von Kom abzulenken, das er ihnen aus Rücksicht auf die Klerikalen Frankreichs nicht überlassen konnte.

Weshalb aber war Preußen gegenüber dem vorteilhaften Angebot Nas poleons so zurüchaltend? Richtete sich nicht Bismarck Politik schon damals auf ähnliche Ziele und wäre es nicht flüger gewesen, sich Napoleons hilfe zu sichern, als das Bündnis mit Österreich zu schließen? Erkannte man in Berlin die Gefahren, die in Napoleons hintergedanken lagen, und scheute man sich deshalb, auf seine Locungen einzugehen? Oder waren noch andere Motive dabei im Spiel?

In der Schleswigeholsteinischen Frage hat Bismard nach seinen eigenen

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Droupn an Gramont 9. Mai 1864, Ar. 506.

<sup>2</sup> Ber, bes Grafen Golg vom 1. Febr. 1864: Napoleon fei außerst gufrieden mit ber Stellung. bie ihm durch bie Entwicklung ber ichleswigsholfteinischen Angelegenheit zugefallen fei; er wünsche fich felbit Glud, daß er burch feine Saltung alle Berdachtigungen widerlegt und ber Belt den Beweis feiner Uneigennütigfeit und Friedensliebe gegeben habe. Nur die Unnabes rung Preugens an Offerreich entspreche ben Bunfchen bes Kaifers nicht. "Die Urt und Beife, wie er fich gegen h. Drounn de khuns über die ihm jugegangene Nachricht von einer preußischerseits gemährten Garantie der außerhalb des Bundes belegenen Provingen Offerreichs geaußert bat, zeigt, daß der Raifer nach wie vor die Eventualität von Beränderungen biefes Befigftandes im Auge hat, indem er fich fonft nicht durch eine folche Garantie verlett fühlen und dieselbe nicht als feiner freundschaftlichen Gesinnungen gegen Preugen wenig entsprechend erachten könnte." Auch habe Napoleon geaußert, eine folche Garantie wurde ein "immenfer Preis" für Schleswigs holftein fein. Auch eine Ansprache Raifer Bilhelms an ein burchmarschierendes offerreichisches Regiment habe ihn peinlich berührt. Ebenfo wies Tallenrand bereits in feinem Berichte vom 31. Januar 1864 (Rr. 152) darauf bin, daß beide Machte, folange fie verbundet blieben, auch ohne formlichen Garantievertrag beftrebt fein mußten, fich gegenseitig gegen jebe Schwächung ju ichuten. Die Gefahr für Frankreich werde erft befeitigt fein, wenn fie wieder in ihre alte politische Gegnerschaft jurudgefallen seien.

<sup>\*</sup> Allerdings versicherte Napoleon selbst dem Fürsten Metternich bestimmt, er wolle in Italien nur den status quo erhalten, gute Beziehungen zwischen Ofterreich und dem Turiner Hofe befördern helfen und die Lösung der venetianischen Frage nur auf dem Wege friedlicher Berständigung oder der Kompensation (wobei er an die Donaufürstentümer für Österreich dachte), nie aber auf dem der Gewalt erstreben (Aufz. Metternichs 1. Dez. 1864 Nr. 1074).

wiederholten Ergählungen von Anfang an die preußische Annexion ins Auge gefaßt. Er mußte, daß die Belaffung der herzogtumer unter danifcher herrs schaft, auch wenn sie mit noch so viel Garantien im Interesse der deutschen Bevölferung verbunden fei, in gang Deutschland als Verrat an der nationalen Sache ausgelegt werden wurde; und er mußte ebenfo genau, daß die Bes grundung eines neuen felbständigen Mittelftaates für Preußen fein Vorteil, fondern ein Nachteil sein werde; es wurde seiner gangen politischen Auffassung widersprochen haben, für die Erreichung eines folden Resultates Preugens Rrafte einzusegen oder gar Opfer an Gut und Blut ju bringen.1 Die Unnerion mar aber nie mehr zu erreichen, fobald man die Gelbständige feit der herzogtumer und die Thronbesteigung eines der deutschen Pratens benten zugelaffen hatte. Man konnte zu ihr nur gelangen, wenn man den Konig von Danemart als allein berechtigten Landesherrn anerkannte, ihm wegen der Richterfüllung der den deutschen Großmächten gegenüber einges gangnen Berpflichtungen den Rrieg erklärte und fich die herzogtumer von ihm abtreten ließ. Diese Erwägungen nötigten Bismard, an der Rechtsgültigfeit des Londoner Prototolls und der danischen Erbfolge festzuhalten, im schroff; ften Gegensat zu der gefamten öffentlichen Meinung Deutschlands und zu ben Unsichten des eigenen Königs. Gewiß hat er von Anfang an die Möglichkeit mit in Betracht gezogen, daß infolge des Ginschreitens der übrigen europais schen Machte oder des Widerstrebens König Wilhelms die Unnerion nicht ju erreichen fein werde, und er hat für diefen Fall die Einsehung eines felbs ffandigen herzogs ins Auge gefaßt, aber nur unter der Bedingung, daß er eine Anzahl wichtiger Hoheitsrechte an Preußen abtrete; und immer blieb ihm dies ein Notbehelf, auf den er nur eingehen wollte, wenn sein eigentliches Ziel schlechterdings nicht zu erreichen sei.

Bismard ergählt in seinen Gebanken und Erinnerungen bekanntlich2, daß er die letten Ziele seiner Politik unmittelbar nach dem Tode König Fried; richs VII. in einem Ministerrat unter Vorsit des Königs dargelegt habe, daß sie mit allgemeinem Erstaunen und Unwillen aufgenommen worden seien, und daß der König sogar die Tilgung seiner Außerungen aus dem Protokoll gewünscht habe. Sybel weiß von diesen Vorgängen nichts. Man wird diese Erzählung

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Schon im Jan. 1864 erklärte er Lalleyrand auf eine sondierende Frage, daß Preußen eigene Borteile aus dem Rampse davonzutragen hosse (Ber. v. 26. Jan. Rr. 129). Ganz bes sonders deutlich sprach er sich Ansang Februar aus (Ber. v. 9. Febr. Rr. 186), und bezeichnete nur die "Uninteressiertheit" seines Königs als hindernis für eine tonsequente Durchführung der auf Annerion gerichteten Politik. Es sinden sich freilich auch andere Außerungen, die Preußens volle Uneigennüßigkeit betonen, wie in Talleyrands Bericht vom 6. April Rr. 408. Sie dienten entweder taktischen Zweden oder entsprangen der Erkenntnis, daß der Botschafter in Rapoleons Absildten nicht völlig eingeweiht sei.

<sup>\* 8</sup>b. a. 8f.

Bismarcks wohl auf den Ministerrat vom 16. November 1863 beziehen müssen, über den Sybel' kurz berichtet, ohne diese Darlegungen Bismarcks zu erwähnen; wenigstens ist von einem anderen Ministerrate unter Teilnahme des Königs im November und Dezember bisher nichts bekannt geworden. Höchstwahrscheinlich ist es Sybel nicht gestattet worden, die betreffenden Stellen des Protokolls mitzuteilen; sicher ist jedenfalls, daß der König vor dem 1. Dezember von Bismarcks eigentlicher Absicht vollständig unterrichtet worden ist; denn er verbot ihm damals, bei den bevorstehenden Diskussionen im Landtag in dem Sinne zu sprechen, "daß Ihnen ein selbständiges Holstein aus gewissen Gründen nicht angenehm sei".<sup>2</sup> Daß Preußen die Wassen nicht niederlegen werde, ohne eigene Vorteile erzielt zu haben, hat Bismarck dann im Januar 1864 dem französsschen Botschafter klar ausgesprochen.

Napoleon hatte schon in früheren Jahren Bismard mehrmals darauf hins gewiesen, daß die Erwerbung der Herzogtümer für Preußen wünschenswert sei. Es wird sich niemals feststellen lassen, inwieweit diese Lodungen Bismards eigene Pläne beeinflußt haben. Vermutlich würde er auch von selbst auf diese Lösung verfallen sein; aber es war doch nicht ohne Bedeutung für ihn, daß er die Stimmung in Paris dafür günstig wußte. Jedenfalls bildete dieser Gedante seit dem November 1863 den leitenden Gesichtspunkt seiner Politik und wurde nur aus taktischen Rücksichten, wenn die Schwierigkeiten sich allzusehr zu häusen schienen, zeitweise in den Hintergrund gedrängt.

War aber Bismarcks Ziel die Annerion, so ergibt sich darans meines Erzachtens ohne weiteres die Lösung der oft aufgeworsenen Frage, welche Abssichten er mit dem österreichischen Bündnis verfolgt habe. Es wäre außersordenslich naiv gewesen, wenn Bismarck auch nur einen Augenblick geglaubt hätte, daß Österreich eine derartige Machterweiterung Preußens, wie sie in der Erwerbung der Herzogtsmer lag, freiwillig zulassen werde. Eine Gegenzleistung von solchem Werte für Österreich, daß es sie als ein wirkliches Aquisvalent hätten ansehen können, war schlechterdings nicht auszusinden; preußissche Gebietsabtretungen hätte der König nie zugestanden; eine Garantie für Venetien konnte Preußen aus den schon früher angeführten Gründen ohne

<sup>1 3, 170</sup> f.

<sup>2</sup> Anhang ju Bismards Ged. u. Erinn. 1, 85.

<sup>3</sup> Vgl. Frahm a. a. D. und Salomon hist. Btischr. 14, 399.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Der Herzog v. Gramont melbete schon am 20. Mai 1864 aus Wien, daß Eraf Rechberg jeder Lösung zustimmen werde, außer einer wirklichen oder versteckten preußischen Unnexion (Nr. 556). — Allerdings scheinen Bismarcks Außerungen zu Talleprand im Mai über ein entgegenkommendes Verhalten Biegelebens gegenüber dem Unnexionsgedanken und über seine bisherigen Hoffnungen auf Osterreich (Ber. v. 25. Mai Nr. 575) darauf hinzus beuten, daß er selbst eine Zustimmung Osterreichs zu der preußischen Unnexion für denkbar gehalten habe. Indessen muß man bedenken, daß es ihm damals darauf ans

schwere Gefährdung seiner eigenen Interessen nicht übernehmen; mit einer blogen Geldentschädigung aber wurde Offerreich nicht gufrieden gewesen sein. Es fann einem Manne von dem Scharfblid Bismards unmöglich zweifelhaft gewesen sein, daß die Unnerion nur durch einen siegreichen Rrieg gegen Biters reich berbeigeführt werden fonne. Ebenfo flar ift aber auch, daß er diefen Bus sammenbang bem Rönig und allen tonservativen Elementen in Preußen gegenüber möglichst verbergen, ja unter Umftanden bestreiten mußte. Sätten fie ihn erfannt, fo murben fie nicht den Schluß daraus gezogen haben, daß biefer Rrieg geführt werden muffe, fondern fie wurden vielmehr gefolgert haben, da das Streben nach Unnerion jum Rriege mit Sfterreich führt, fo muß von vornherein darauf verzichtet werden. Ebenfo mußte Offerreich felbft in dem Glauben erhalten werden, daß eine friedliche Berffandigung mit Preußen über die Schleswigeholsteinische Frage möglich sei; benn Bismarck gange Tattit in den erften Stadien der schleswigsholfteinischen Frage lief ja barauf hinaus, Offerreich an der Seite Preugens fo lange festzuhalten, wie der Rampf gegen Danemark bauere, um badurch gegen eine Ginmischung ber übrigen Großmächte gefichert und gegen einen etwaigen Bund Bfterreichs mit den deutschen Mittelstaaten und der öffentlichen Meinung Deutschlands gegen Preußen gedectt ju fein.

Berücksichtigt man dies alles, so gelangt man zu dem Ergebnis, daß Bis; mard das Bündnis mit Österreich nur als ein vorübergehendes hilfsmittel betrachtet hat, daß er von Anfang an nicht nur mit seiner Auflösung gerechnet hat, sondern damit, daß aus dem augenblicklichen Zusammengehen der offene Rampf mit Notwendigkeit hervorgehen werde. Wenn er in seinen Gedanken und Erinnerungen sagt, er habe damals wirklich den ernstlichen Versuch machen wollen, ob es nicht möglich sei, im engsten Einvernehmen mit Osterreich Deutschland zu regieren, so wird man darin eine nachträgliche Resserion erblicken müssen, die dem Bestreben entsprang, seine später

tam, ben Franzosen zu sagen, daß man nicht auf sie allein angewiesen sei, wenn man die Herzogtumer gewinnen wolle. Die Enttäuschung über Ofterreichs unerwartete Schwenstung nach der Ablehnung der Personalunion durch Danemart, wovon der erwähnte Brief meldet, wird sich wohl weniger auf Osterreichs Opposition gegen den Annexionsplan, als auf seine Zustimmung gerade zu der augustendurgischen Kandidatur bezogen haben. Gerade von Wien aus war diese bisher am eifrigsten betämpft worden; sie war aber zugleich sur Bismards Plane die gefährlichste, weil der König ihr innerlich zuneigte. — Dingegen möchte ich es nicht zu ernst nehmen, daß Bismard im Frühling 1865 Benedetti gegenüber darauf hinwies, daß selbst eine Annexion mit voller Zustimmmung und Dilfe Osterreichs für Preußen wenig Berlodendes habe, weil sie zu leicht zu einem Kriege gegen Frantreich sühren könne, während bei einer Annexion im Einverständnis mit Frantreich Osterreich nicht wagen werde, zu den Wassen zu greisen. Die Absicht dieser Mitteilungen ist zu deutlich (Ber. Benedettis v. 9. April 1865 Rr. 1341).

seit 1879 befolgte Politik schon möglichst weit in die Vergangenheit gurucke guverlegen.

Diese Auffassung wird nicht nur bestätigt durch die intimen Außerungen Bismards aus jener Zeit, namentlich den bekannten Brief an Golp2, worin er das Bündnis mit Sfterreich als vorübergebend bezeichnet und nur den Beitpunft, an welchem es geloft werden muffe, unbestimmt lagt, fondern auch durch die neuen Nachrichten, die uns die frangofische Attenpublikation gebracht hat. Gang besonders wichtig ift in diefer Beziehung feine Unter: redung mit dem Baron Tallenrand vom 13. Januar 1864.3 Er sprach hier von einem inneren deutschen Kriege als einer historischen Notwendigkeit, die alle hundert Jahre tommen muffe, da Deutschland in jedem Jahrhundert einmal Die Uhr seines Geschickes richtig zu ftellen habe. Man könnte ia sagen, daß Bis: mard vielleicht die Absicht gehabt habe, den frangofischen Staatsmann über seine eigentlichen Ziele zu tauschen, um ihm die hoffnung auf den in Paris so eifrig berbeigesehnten Bruch swischen beiben beutschen Grogmächten nicht ju rauben; diese Deutung scheint mir aber dadurch ausgeschloffen, daß Biss mark die gleiche Unsicht bereits Jahre hindurch immer vertreten, und sie bes fanntlich als Gefandter in Frankfurt seinem vorgesetzen Minister gegenüber mit fast genau den gleichen Worten jum Ausbrud gebracht4 hat. Nicht lange barauf sagte Bismard im Laufe eines Gesprächs mit dem italienischen Ges fandten, man habe fich Offerreich nur als helfer auf Zeit genommen; als Launan darauf fragte: "Umsonst?" erwiderte er: "Es arbeitet pour le roi de Prusse."5

Ware aber die Annexion der herzogtumer nicht leichter im Bunde mit Frankreich durchzusehen gewesen, das sie begünstigte? Warum wählte Biss mark für die erste Strecke seines Weges einen Genossen, den er später doch wieder zur Seite stoßen mußte?

Sewiß traute auch er dem Kaiser Napoleon nicht und trug Bedenken, sich Schulter an Schulter mit ihm dem übrigen Europa gegenüberzustellen auf die Gefahr hin, im entscheidenden Augenblick im Stiche gelassen zu werden. Er

<sup>1</sup> Bgl. hierüber die Ausführungen von E. Mards, Fürst Bismards Gebanken und Erinnes rungen S. 81 f., benen ich mich völlig anschließe.

<sup>2</sup> Geb. u. Erinn. 2, 1f. (24. Dez. 1863).

<sup>3</sup> Bericht v. 17. Jan. Rr. 90.

Auferungen zu Karolyi im November 1862, also vor dem Auftauchen der Herzogtümerfrage, über die jest Karolyis eigener Bericht vorliegt (Dt. Revue 38 IV, S. 36 f.). Denn auch hier knüpft Bismard das ehrliche Zusammengehen an Bedingungen, deren Erfüllung er selbst nicht für möglich hält, nämlich die Überlassung der hegemonie in Norddeutschland an Preußen und die Berlegung des Schwerpunktes der habs; burgischen Monarchie nach Ungarn.

<sup>5</sup> Bericht Tallenrands v. 31. Jan. 1864 (Dr. 152).

wollte ihn für seine Zwecke benutzen, sich aber nicht von ihm benutzen lassen. Er hätte sich durch ein offnes Bündnis mit Frankreich die Möglichkeit abges schnitten, später gegen Napoleon an die nationalen Empfindungen des deutsschen Volkes zu appellieren, wenn der Kaiser eine zu hohe Rechnung für seine Dienste präsentiere; er hätte sich dem gefährlichen Verbündeten auf Gnade und Ungnade ausgeliesert. Noch stärker aber war die Abneigung König Wilshelms gegen eine derartige Politik, und wir werden noch zu beobachten haben, wie sehr Vismarck mit den Gesinnungen seines Herrn rechnen mußte.

Aber auch wenn er ein festes Bundnis nicht für nühlich hielt, mußte die Frage, wie sich Frankreich im Falle des Eintretens größerer Verwicklungen verhalten werde, für ihn von maßgebender Bedeutung sein.

Sybel ift geneigt ju glauben, daß Bismard über das, was er von Raifer Napoleon ju erwarten hatte, vor dem Beginn des Krieges niemals recht ins Rlare getommen fei und daß feine verschiedenen Bersuche, durch Golt dirett mit dem Raifer gu verhandeln und feine beiden Reifen nach Franfreich im herbst 1864 und im herbst 1865 den 3wed verfolgt hatten, diese ihm noch mangelnde Rlarheit zu gewinnen. Ich fann diese Meinung nicht teilen. Bis: mark batte sich schon, als er 1856 jum erstenmal versönlich mit Napoleon jus fammentraf, eine bestimmte Vorstellung über deffen Perfonlichfeit und Politik gebildet, die fich fpater nur in unwesentlichen Puntten geandert hat. Er er: fannte damals bereits, daß es dem Raifer auf die Trennung Preugens von Ofterreich antomme, daß er eine Startung der preußischen Seemacht gegen: über England und der preußischen Landmacht gegenüber Diferreich als im Intereffe Frankreichs liegend ansehe, und daß er es im Interesse feiner Stels lung in Frankreich nicht glaubte unterlassen zu dürfen, als Gegenleistung eine Gebietsvergrößerung auf Roffen Deutschlands zu fordern.1 Außerdem aber hatte er hier die Aberzeugung gewonnen, bas Navoleon feineswegs fo flug und willensträftig fei, wie man im allgemeinen von ihm glaubte, sondern daß eine gewisse Beichheit in seinem Befen, die er als Gutmutigkeit bezeichnete, ihn vor großen und gefährlichen Entschlussen gurudschreden lasse.2 Aus diesen Beobachtungen ergab fich für ihn der Schluß, daß es für Preugen vorteilhaft sei, mit dem Raiser politische Geschäfte zu machen. Er gedachte die für eine Machtsteigerung Preußens gunftigen Gefinnungen Napoleons auszunuben,

<sup>1</sup> Gegenüber Talleprand bemertte Bismard, als er von der Möglichkeit einer Unnerion Schleswigsholfteins sprach, als etwas ganz Selbstverständliches, der König wisse, daß andere Mächte einer prenßischen Gebietsvergrößerung nicht ohne Kompensation zustimmen würden (Bericht v. 9. Febr. 1864 Rr. 186). — Bgl. ferner seine Aandbemerfungen zu dem Briefe des Grafen Golz vom Dez. 1863 Bismard/Jahrbuch 5, 239 f. Dazu Fester, Biarrit (Dt. Rundsschau 113, 220 f.).

<sup>2</sup> Bgl. die Bufammenstellung bei Frahm, Sift. Btifchr. 15, 342f.

ihm aber den Preis, den er dafür erwartete, nicht zu bezahlen, und er traute es sich durchaus zu, den Raiser in dieser Weise überlisten zu können.

Daran, dem Kaiser ein Stück deutschen kandes zu überlassen, hat auch Bissmarch im Ernste gewiß nie gedacht. Es war nicht nur die unbedingte Zurücksweisung, die König Wilhelm allen derartigen Zumutungen entgegensetze, was ihn bestimmte, sondern ebensosehr auch sein eigenes nationales Gefühl. An einer späteren Stelle dieses Buches soll gezeigt werden, daß die weitversbreitete Vorstellung, wonach Vismarch vor 1866 nur preußisch und gar nicht deutsch empfunden haben soll, unrichtig ist. Wenn er aber diese Wünsche Frankreichs kannte und tropdem die hilfe des mächtigen Nachbarreiches geswinnen wollte, so blieb kein andere Weg übrig, als bei den Franzosen zunächst wenigstens die hoffnung bestehen zu lassen, daß man ihnen entgegenkommen werde. Wir werden weiterhin zu beobachten Gelegenheit haben, in welcher Weise er dabei vorging.

Bismard war also bereits beim Ausbruch der schleswigsholsteinischen Kriss im Prinzip nicht abgeneigt, mit Frankreich Fühlung zu halten2; er wollte jedoch kein offenes Bündnis mit Napoleon schließen, um nicht in Abhängigkeit von ihm zu geraten; und er mußte hierin doppelt vorsichtig sein, da er des Kaisers Gelüste nach deutschen Gebieten kannte und sie weder begünstigen noch offen zurückweisen wollte. Sobald man sich näher mit Frankreich einließ, war eine ebenso vorsichtige wie verschlagene Politik notwendig, wenn man nicht selbst schließlich der Onpierte sein wollte. Würde es möglich sein, hierfür den alten König mit seiner geraden und edlen Art zu gewinnen? Jedenfalls nicht, sos lange es noch andere Möglichkeiten für Prenßen gab.

Bismark wußte, daß König Wilhelm ebenso aufrichtig ein Zusammens gehen mit Napoleon verabscheute wie ein gutes Einvernehmen mit Österz reich wünschte, und den Frieden mit dem Kaiserstaat so lange bewahren wollte, wie es irgend mit Ehren geschehen könne. So entschloß sich Bismarck zum Bündnis mit Österreich, in der Absücht, es auszunußen, aber wieder abzusschütteln, sobald es den preußischen Interessen hinderlich werde. Er entschloß sich dazu weniger aus Mißtrauen gegen Napoleon als aus Rücksicht auf König Wilhelm. Hätte dieser freilich die Konsequenzen von Bismarcks Politik von Ansang an klar durchschaut, so würde er sich zweisellos schon damals von

Dies hat zuerst Max Lenz, Gesch. Bismards (3. Aufl.), 88 f. u. 139 f. energisch betont. Ahnlich urteilen in dieser Beziehung auch Fester und Frahm, wenn sie auch über den Zeits punkt, an dem Bismard die Unmöglichkeit einer wirklichen Verständigung mit Napoleon ers kannte, anderer Meinung sind.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Schon am 16. Jan. 1864 fagt er zu Talleprand: "Wenn die Lage verwickelt werden follte, könnten wir uns gegenseitig sehr nühlich sein" (Ber. Talleprands v. 17. Jan., Nr. 90). Im herbst 1864 hätte er gern eine Zusammenkunft zwischen König Wilhelm und Napoleon zusstande gebracht (f. Nr. 758. 767); der Kaiser lehnte jedoch ab (Nr. 772).

ihm getrennt haben. Er hoffte ernstlich, daß aus der Waffenbrüderschaft gegen Danemart ein dauerndes gutes Einvernehmen mit Hierreich hervorgehen werde, während es für seinen Minister nur ein taktisches hilfsmittel auf kurze Zeit war.

Auch von öfterreichischer Seite mar der Versuch durchaus ernft gemeint. Mochte auch bei dem Grafen Rechberg der Bunfch mitsprechen, Preußen von einseitigem Borgeben in der Angelegenheit der herzogtumer guruckuhalten1 und an der Erlangung einseitiger Vorteile zu verhindern, so glaubte er doch, daß ein Zusammengehen mit Preußen, falls dieses die Erinnerungen an die Unionspolitif endgültig fallen laffe, für Offerreich vorteilhafter als ein Bunde nis mit den Mittelstaaten sei.2 Noch mehr als er aber war Raiser Frang Josef selbst ein eifriger Unbanger bes preußischenfterreichischen Bundnisses.3 Die frangofischen Berichte aus Bien und von den mittelftaatlichen Sofen weisen immer wieder auf die Tatsache bin, daß der Raiser gang verfonlich die aus: wartige Politit feines Staates leite4 und daß fur ibn die Abneigung gegen Frankreich eines der bestimmenden Motive sei. Daneben tam für ibn wie für den Grafen Rechberg die Aufrechterhaltung der konservativen Grundlagen des Staatslebens in Europa und besonders in Deutschland vornehmlich in Bes tracht; auch bierin wußte er fich mit Konia Wilbelm einia. Bismard benutte diese ihm wohl bekannte Stimmung der beiden herrscher in geschicktefter Beife, indem er ben Pringen von Augustenburg wegen seiner Anerkennung ber bemotratischen Verfassung von 1848 und wegen seines Einverftandnisses

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bgl. die Bemerkungen Gramonts vom 26. Januar 1864 (Rr. 133), Droupns Runds schreiben vom 10. März 1864 (Rr. 318). Graf Mensborff sagte nach dem Wiener Frieden zu Gramont, Ofterreich habe mähend des Krieges Preußen überwacht und werde jest seine Abssichten am besten vereiteln, wenn es ihm mit verbündet bleibe, während ein Bruch nur der revolutionären und unitarischen Partei in Deutschland nüßen werde (Ber. Gramonts 29. Dezbt. 1864 Rt. 1146).

<sup>2</sup> Aber Rechbergs Geringschänung der Mittelftaaten und fein Widerstreben dagegen, fich am Bunde von ihnen majorifieren zu laffen vgl. jest Bogt, D. heffische Politif u. d. Reichsgrundung S. 10f. u. 14f.

<sup>3</sup> Bgl. ben Brief bes Grafen Golb v. 25. Rov. 1864, Bism. 3b. 5, 247.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Siehe den zitierten Bericht Eramonts vom 29. Dezbr. 1864. Ferner besonders 11. März 1865 (Rr. 1274) Preußen habe es nur dem Kaiser personlich zu danken, daß seine letten Borsschläge nicht schroff und vollständig zurückgewiesen worden seien. — Auch Graf Eulenburg sagte dem französischen Geschäftsträger, der Kaiser richte sich gar nicht nach den Ratschlägen seiner Minister, Einfluß hätten nur einige kühne, aber wenig gewissenhafte und politisch uns erfahrene Offiziere (Bericht Lesebvres vom 29. Juni 1865 Rr. 1466). — Bgl. ferner Bogt, Die hessische Politis S. 44f., die Außerungen der österreichischen Kommissare in Schleswigs holstein (Ber. von Merour de Balois 30. Sept. 1865 Rr. 1601) und die Berichte Gramonts v. 7. Oft. 1865 (Rr. 1608) u. 20. Oft. (Rr. 1653). In dem letteren behauptet Gramont sogar, Graf Mensdorff sei die zuleht scharf gegen den Abschluß des Gasteiner Vertrages gewesen und habe nur aus militärischem Gehorfam den Besehlen des Kaisers nachgegeben.

mit den deutschen Liberalen als einen Anhänger umstürzlerischer, antikonservaztiver Grundsäte hinstellte und immer wieder betonte, daß jede Nachgiedigkeit gegen seine Ansprüche zugleich ein Zurückweichen vor der öffentlichen Meinung und dem Geschrei der deutschen Kammermehrheiten sein würde. Auch als er sich später durch den Verlauf der Dinge auf der Londoner Konferenz gezwungen sah, mit Österreich zusammen die Einsehung des Prinzen Friedrich vorzuschlagen, wurde er nicht müde, immer wieder dessen Absage an die "demokratische Partei" als selbstverständliche Voraussehung seiner Throndezsteigung zu bezeichnen.<sup>1</sup> Er selbst teilte bekanntlich die Ansicht nicht, daß die gegenseitigen Beziehungen der Staaten nach derartigen prinzipiellen Gesichtszpunkten geregelt werden müßten, und trug keine Bedenken, dem Grasen Golh zu schreiben, er sei "gleichgültig gegen Revolutionär oder Konservativ, wie gegen alle Phrasen", während er gleichzeitig den Monarchen gegenüber die von ihm besürwortete Politik als das sicherste Mittel zur Behauptung der konservativen Grundsätze hinskellte.<sup>2</sup>

Bismark trieb also seine eigene Politik, aber er durste niemand merken lassen, wohin sie zielte. Die beständige Rücksicht auf den König, der ihn in jedem Augenblick entlassen konnte, zwang ihn nicht nur ein langsameres Tempo einzuschlagen, als er sonst vielleicht gewählt haben würde, sondern auch Umswege zu wählen, die scheindar in eine andere Richtung führten. Niemals konnte er sicher sein, daß er die kunstvoll eingeleiteten Attionen auch selbst werdezu Ende führen können. Einen so großen Einstuß ihm auch seine überlegene Instelligenz und Willenskraft sicherten, so war doch seine Stellung damals noch eine recht unsichere. Immer wieder tauchten Gerüchte auf, daß sein Sturz nahe bevorstehe, weil der König an der Richtigkeit seiner auswärtigen Politik irre geworden sei.

König Wilhelm hat in diesen Jahren noch in viel intensiverer Weise als später, wo Bismard sein volles Vertrauen errungen hatte, auf den Gang der Politik seines Staates eingewirkt. Alle wichtigeren Gesandtschaftsberichte wurden ihm vorgelegt, und nur in beständiger Diskussion mit ihm konnte der Minister des Auswärtigen seine Pläne zur Durchführung bringen. Bismard hatte ihm bei der Übernahme seines Amtes versprochen, daß er alle seine Bestehle aussühren werde, auch wenn er sie nicht für richtig halte, und daß er sich nicht als Minister im konstitutionellen Sinne, sondern als persönlicher Diener des Königs betrachten werde. Dieses Versprechen mußte es ihm sogar ers

<sup>1</sup> Vgl. Tallegrands Bericht v. 6. Aug. 1864 Nr. 777.

<sup>2</sup> An Goly 24. Dez. 1863, Geb. u. Erinn. 1, 6. Er fagte bei jeder Gelegenheit, daß er kein Bedenken tragen werde, die revolutionaren Krafte zu benugen, wenn er im Bunde mit ben konservativen nicht zum Ziele kommen könne (Ber. v. Forth/Rouen 17. Sept. 1865 Rr. 1576.)

<sup>3</sup> S. Brief an d. Konig, 1. Dez. 1863 im Anhg. der Ged. u. Er. 1, 86.

schweren, bei tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten seinen Abschied zu fordern, wenn seinen Natschlägen nicht entsprochen wurde. Die Position, in die er sich begeben hatte, war in der Tat nur deswegen haltbar, weil der König in seiner Sewissenhaftigkeit und seinem Zartgefühl dieser Lage immer von selbst Nechnung trug und namentlich, ganz im Gegensatzu den Gewohnheiten seines Bruders oder des Kaisers Napoleon, keine Verhandlungen mit aus; wärtigen Monarchen oder Gesandten hinter dem Nücken seines auswärtigen Ministers führte. Der französische Botschafter sagt gelegentlich, daß in Verlin aufs strengste daran sestgehalten werde, daß der König bei persönlichen Empfängen der Botschafter seine politischen Gespräche mit ihnen führe.

Die Ziele, die der König verfolgte, find im allgemeinen bekannt und leicht ju umschreiben. Er wollte mit Sfterreich Frieden halten und womöglich im Bundnis mit dem Raifer Frang Josef bleiben, folange biefer bie Gleichbereche tigung Preußens wenigstens tatfächlich anerkenne; er fah in diefem Bündnis die beste Garantie für die Aufrechterhaltung tonservativer Regierungsgrund, fate in Deutschland. Go fehr er es bedauerte, daß Diterreich zu einer Reform bes Bundes auf der Grundlage der politischen und militärischen Gleichberechtis anna beider Großmächte nicht die hand bieten wolle, fo war dies doch für ihn fein Grund, mit Offerreich ju brechen. Er wollte gegen den Raiferftaat nur bann die Baffen ergreifen, wenn diefer unzweifelhafte Rechte Preugens vers lete oder es mit Silfe der Mittelstaaten mediatifieren wolle. Raiser Napoleon war ihm von Anfang an hochst unbeimlich; er fürchtete stete, daß jener banach ftrebe, im Intereffe feiner Popularität in Franfreich deutsches Gebiet an erwerben und betrachtete es als eine feiner erften Pflichten, dies auf jeden Fall zu verhindern.2 Auch in der schleswigsholsteinischen Frage wollte er es daber vermeiden, mit Napoleon gemeinsam aufzutreten3, dagegen entsprach bas Zusammengeben mit Offerreich seiner innersten Reigung; hauptfächlich um bies zu ermöglichen, gab er feinen erften Gedanken, das Londoner Protos foll ju gerreißen und ben Pringen von Augustenburg anzuerfennen, auf4; benn Offerreich bestand damals auf der Unertennung der danischen Erbfolge.

<sup>1</sup> Benedetti, 3. Mar; 1866 Rr. 1834.

Er hatte das schon im Juni 1860 Rapoleon selbst bei der Zusammentunft in Baden deuts lich zu verstehen gegeben. Roch klarer sagte er es im Januar 1863 dem englischen Botschafter (Anh. z. Bism. Ged. u. Er. 1, 47). Auch König Leopold von Belgien schrieb ihm, "das linke Rheinufer sei Rapoleons Ziel" (a. a. D. 55).

Bgl. f. Briefmechfel mit Bismard v. Dez. 1863 (Anh. g. d. Ged. u. Erinn. 1, 92. 95). für die frühere Zeit Bismards Briefmechfel mit Bernftorff, Bismard. Jahrbuch 6, 105 ff.

<sup>4</sup> Bgl. Bismards Mitteilungen an Talleprand Unf. Febr. 1864, Bericht v. 9. Febr. (Rr. 186) und bes Königs eigene Schilberung feiner Politif gegenüber Benedetti im Frühling 1866 (Brief v. 11. Marg 1866 Rr. 1873). Bismard hatte bereits am 1. Dez. 1863 feine Entstaffung angeboten, wenn ber König eine andere Richtung einschlagen wolle (Unh. 3. Bismards

Die Annexionspläne Bismarcks wies er bekanntlich anfangs weit von sich; erst nach der Beendigung des Kampfes, nach den mit Opfern an preußischem Sut und Blut errungenen glorreichen Siegen, änderte sich seine Gesinnung, zumal da ihm nicht nur Bismarck, sondern auch seine Kronjuristen bezeugten, daß es keinen Prätendenten gebe, der ein unzweifelhaftes Necht auf die gessamten Herzogtümer nachweisen könne. Dazu kam die Stimmung im Offizierkorps, welche sich sehr energisch dahin äußerte, daß das preußische Blut nicht umsonst gestossen sein dürse und daß man die mit den Wassen eroberten Gebiete auch behalten müsse.

Erft als es Bismard gelang, unter Benugung aller diefer Elemente den König für die Unnerion der Bergogtumer gu erwarmen2, hatte er eine Bresche in das jufammenhängende Snftem der Grundfate Wilhelms gelegt. Die Unnerion war schwer vereinbar mit den Prinzipien einer konservativen Politif, gang unvereinbar aber mit der Erhaltung eines guten Berhaltniffes gu Offerreich. Der Rönig hat das nicht fofort erfannt; er hoffte offenbar noch lange, daß Offerreich etwa gegen eine erhebliche Geldentschädigung in diese Lösung willigen werde. Alls sich dann herausstellte, daß hierauf nicht zu rechnen sei, ja daß nicht einmal die preußischen Bedingungen für die Errichtung eines felbständigen Staates in Wien Aussicht auf Bewilligung hatten, war der Rönig selbst bereits gang beherrscht von dem Gedanten, daß ein erheblicher eigener Gewinn für Preußen erzielt werden muffe. Bu Beginn bes Konflittes war dies aber noch nicht der Fall; die Uneigennützigkeit des Königs bildete vielmehr für Bismards Politif ein ebenso schweres hindernis wie deffen legitimistische Grundsäte. Bismard hat sich über die Schwierigkeiten, die für feine Politif in der Perfonlichkeit seines Monarchen lagen, später zu Benedetti mit faunenswerter Offenheit ausgesprochen, und ebenfo über die Mittel, die er gu ihrer Überwindung anwende. Man muffe dem König, wenn man ihn gur entschiedenen Behauptung eines Rechtes drängen wolle, sagen, daß es bes ftritten werde, oder daß man ihn an der Ausübung seiner Autorität verhins bern wolle.3 Man muffe ihm die Überzeugung beibringen, daß die Ehre seiner Krone oder das Interesse Preugens ihn verpflichte dies oder jenes ju tun; man muffe es fo einrichten, daß er die Ideen und Entschluffe, die man ihm

Ged. u. Er. 1, 86). Tropdem schwankte der König noch immer, vgl. s. Brief v. 4. Dez. a. a. D. 88 u. 95 ff. Für den König kam außerdem noch in Betracht, daß sein Bruder 1848 die Rechtsmäßigkeit der augustenburgischen Erbansprüche anerkannt hatte (a. a. D. 98).

<sup>1</sup> Bgl. 4. B. den Bericht des Grafen Reculot aus Frankfurt v. 8. Juli 1865 (Nr. 1446), der seine Informationen von Savigny hatte.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Sanz abgetan war für den König die augustenburgische Kösung und damit die Annexion als einziges Ziel anerkannt erst seit den Abmachungen von Sastein. Bgl. s. Bemerkungen zu dem Briefe Bismards vom 1. August 1865 (Anh. z. d. Ged. u. Erinn. 1, 120 f.).

<sup>3</sup> Privatbf. Benedettis an Gramont 8. Deg. 1865 Nr. 1690.

suggeriere, für seine eigenen halte; das gehe natürlich langsam, führe aber, wenn es gelinge, sicher zu dem gewünschten Ziel.1

Aber er hatte nicht mit der Person des Königs allein zu rechnen; in deffen Umgebung gab es Elemente genug, welche die von Bismard empfohlene Politit als verkehrt oder verwerflich betrachteten und dahin arbeiteten, daß der Monarch fich von seinem erften Ratgeber trennen möge. Sierzu gehörten vor allen Dingen die Königin Augusta und der Kronpring, die engere Fühlung mit bem Liberalismus munichten, in dem inneren Konflitt in Preugen eine schwere Gefahr für den Staat erblickten und den Bruderfrieg, sowie jede Une naberung an Frankreich von nationalen Gefichtspunkten aus verurteilten. Ferner die Königin Glisabeth, Friedrich Wilhelms IV. Witme, die als Vers treterin der Traditionen aus der Zeit ihres Gatten und zugleich als nahe Bers wandte Raifer Frang Josefs, beffen Mutter ihre Schwester war, einen Rampf amischen ihren Bermandten zu verhindern munschte. Dazu famen die Gins fluffe aus militarischen Rreifen, in denen die Erinnerung an die Waffenbruders Schaft mit Offerreich in den Befreiungstriegen noch nicht erloschen war. Mit unablässiger Rraftanftrengung mußte Bismard alle diese Gegner befämpfen; er tat es mit bewundernswerter Gewandtheit und Rücksichtslosigkeit, konnte aber niemals ficher fein, daß nicht ein unerwartetes Ereignis ober auch nur eine langere Trennung von der Person des Königs ihn um die Früchte seiner Mühen bringen werde.

Aber dies trat alles an Bedeutung zurück hinter den gefährlichen Gegens wirkungen, auf die Bismarck bei der Ausführung seiner Pläne bei den ihm untergeordneten Diplomaten stieß, und die bisher noch zu wenig beachtet worden sind. Auf wessen Unterstützung war er stärker angewiesen, als auf die des preußischen Botschafters in Paris? Und gerade hier fand er harts näckigen Widerstand.

Seitdem die Bruchstüde aus der privaten Korrespondenz zwischen Bismarck und dem Grasen Goltz veröffentlicht worden sind, die sich in des ersteren Nache laß gefunden haben², wissen wir, daß der Kampf zwischen beiden schon bald nach Bismarck Eintritt in das Ministerium begonnen hat. Goltz benutzte das persönliche Bertrauen, das er beim König und wie es scheint, auch bei der Königin und dem Kronprinzen genoß, um der Politik des Ministerpräsidenten sortwährend entgegen zu arbeiten. Er hatte schon dessen Maßregeln in der Polenfrage während des Sommers 1863 scharf mißbilligt und war in seinen mündlichen Mitteilungen in Paris so weit über die ihm vorgezeichnete Linie

<sup>1</sup> Privathf. an Drougn be Lhung v. 14. Jan. 1866 Rr. 1725. Wie gut es Bismard geluns gen war, den Konig in die gewünschte Stimmung zu versetzen, zeigen deffen schon ermähnte Außerungen zu Benedetti (12. Marg Ar. 1873).

<sup>2</sup> Bismard, Jahrbuch 5, 193 f. u. Ged. u. Erinn. 2, 1 ff.

hinausgegangen, daß der Ronig felbst eine Ruge für angebracht hielt.1 Bis; mard konnte mit Recht sagen, er habe an ihm weniger einen Mitarbeiter als einen Rritifer.2 In der Schleswigeholsteinischen Frage vertrat Goly die Sache des herzogs von Augustenburg; nach seiner Meinung hatte Preußen hier die beste Gelegenheit gefunden, an die Spite der nationalen Bewegung ju treten und sich dadurch die Sympathien gang Deutschlands ju gewinnen. Auch in seinen Berichten an den König suchte er es so hinzustellen, als ob eine solche Volitif leichter die Zustimmung Frankreichs finden werde als das Busammengeben mit Offerreich und bas Festhalten am Londoner Bertrag. wie es Bismard befürmortete. Bismard mußte diese Gegenwirfung bestäns dig spuren und einen großen Teil seiner Rraft bagu verbrauchen, um beim Ronig die Eindrucke zu verwischen, welche die Berichte von Gols, der im übrigen ein guter Beobachter war und eine fehr gewandte Feder führte, bei ihm hervorgerufen hatten. Schon Anfang 1864 bemühte er fich, feine Ents laffung herbeizuführen, fonnte aber die Zustimmung des Königs nicht erlans gen.3 Auch später hörten diese Reibungen aber niemals auf, da Gols übers jeugt war, daß das Bundnis mit Offerreich ein schwerer Rehler sei und nur geeignet, Preußen die Sympathien der nationalen Clemente zu verscherzen.

So standen die Dinge zu Anfang des Jahres 1864 für Napoleons Pläne nicht gerade günstig. Das Bündnis Preußens mit Osterreich schien jede Ausssicht auf Erwerbung rheinischer Gebiete oder Benetiens unmöglich zu machen. Der einzige Mann in Preußen, der Neigung zu haben schien, auf des Kaisers Locungen einzugehen, der Ministerpräsident, war durch hemmende Rücksichten aller Art gefesselt und mußte sich den Weg erst langsam frei machen. Es galt abzuwarten, ob die Ereignisse nicht eine günstigere Situation herbeiführen würden.

<sup>1</sup> Wilhelm I. an Bismard 23. Sept. 1863 (Anh. j. d. Ged. u. Erinn. 1, 78 f.).

<sup>2</sup> Ber. Tallegrands 6. Jan. 64 Mr. 63.

Ber. Tallegrands 6. Jan. 64 Dr. 63.

#### 2. Rapitel.

#### Preußen und Frankreich bis zum Wertrage von Gastein.

Im Februar 1864 brach ber Rrieg gwischen Danemarf und den beiden beutschen Mächten aus. Sofort trat nun die Frage in den Vordergrund, ob eine ber übrigen Großmächte aftiv für die Danen Partei ergreifen werde. Graf Golb wurde von Berlin aus befragt, welche Saltung Napoleon nach feiner Meinung einnehmen werde. Er hatte nicht lange vorher von Drounn de Lhuns gehört, daß beim Eintritt europäischer Berwicklungen Frankreich sehen werde, ob es mit Preußen "etwas machen" fonne, war aber, eingedenk ber Zurückweisung der vorjährigen Angebote durch seinen König, darauf nicht weiter eingegangen.1 Seine perfonliche Unficht sprach er am 1. Februar dahin aus, "daß Frankreich nach wie vor in einer zwar äußerlich wohlwollen: den und friedfertigen, aber wesentlich abwartenden und zu nichts verpfliche tender Saltung beharrt. Die lettere entspricht an fich den Interessen der frangofischen Politit, indem fie Frantreich die Aussicht eröffnet, je langer ber Streit dauert und je größere Dimensionen derfelbe annimmt, mit defto mehr Aussicht auf Erfolg im geeigneten Moment fein Gewicht in die Wagschale ju werfen und die Frage als Schiedsrichter zu entscheiden". Der Raifer werde fein Bedenten tragen, fich mit England auf Preugens Roften zu verftandigen, wenn er feinen Borteil babei ju finden glaube. Der Botschafter meinte, diese Haltung Napoleons sei im wesentlichen auf die fehlerhafte Politik Preußens jurudjuführen. Dann gab er feiner Regierung folgenden Rat: "Unter diefen Umftanden scheint es mir nicht langer aufgeschoben werden ju tonnen, durch einen offiziellen Depefchenwechsel deutlichere und schriftliche

Der. v. Goly 1. Jebr. 1864. Droupn hatte von den gefährlichen Absichten Englands ges sprochen, das besonders beunruhigt darüber sei, ob Preußen und Österreich sich auch nach dem Ausbruch des Krieges an den Londoner Bertrag gebunden halten würden. Goly hatte darauf teine bestimmte Antwort geben zu tonnen erklärt, aber als seine Ansicht ausgesprochen, daß die Ansprüche der deutschen Rächte mit der Größe der Opfer, die sie bringen müßten, wachsen würden. Dann hatte er gefragt, ob Frankreich nicht selbst ein Interesse daran habe, eine eins seitige Lösung der Frage durch England zu verhindern. Droupn erwiderte: "Wie Sie sehen, sind wir bis jeht ruhig und verschnlich; demnächst werden wir ohne Zweisel europäischen Bers widlungen entgegenwirken; treten solche dennoch ein, so werden wir sehen, ob wir mit Preußen etwas machen tonnen." Goly sagt nicht, was er darauf erwidert habe, hat also offenbar die Anspielung absichtlich Aberhört.

Ertlärungen über die von Franfreich angesichts der drohenden Eventualitäten zu beobachtende Saltung berbeiguführen resp. über die letteren mit jener Macht in Berbindung zu treten. Die von Frankreich zu erftrebende Leiftung dürfte dabei lediglich darin zu bestehen haben, eine englische oder ruffische Intervention ju verhindern, mahrend die schwedische nicht ausgeschlossen ju werden braucht. Eine Gegenleistung unsererseits ift bagegen wegen unseres Berhältniffes zu Siterreich schwer ausfindig zu machen, und könnte nur die allgemeine Politit, ein die öfterreichischen Intereffen nicht gefährdendes Bus fammengehen im Drient und die Bereitwilligfeit jur Unterftugung der Rons gregpläne des Raifers jum Gegenstande haben. Bielleicht genügt aber auch ber Gegensat zu England einerseits, sowie die Aussicht auf Geltendmachung einer Nationalitätspolitit in einer gegebenen Frage andererseits, um den Raifer zu einem Versprechen der angedeuteten Urt ungeachtet unserer Bers bindung mit Offerreich zu bewegen. Jedenfalls wurde ein folcher Ideen: austausch, wenn er auch nicht zu dem erwünschten Ziele führte, erheblich zur Rlärung der Lage beitragen und die Ronigliche Regierung in den Stand seben, die Gefahren, welche von dem bevorstehenden Rampfe ungertrennlich find, sowie die sich daran fnüpfenden Opfer und Anstrengungen im vollen Mag zu übersehen."

Wie man sieht, ging die Meinung des Grafen Goltz sowohl im Novems ber 1863 wie im Februar 1864 dahin, daß ein festes Vertragsverhältnis mit Frankreich zu erstreben sei; er glaubte dabei nicht auf unannehmbare Gegens sorderungen zu stoßen und meinte, eine erhebliche Sicherung für die gefahrs volle Politik des eigenen Staates darin zu finden. Ebensowenig wie das mals war Vismarck jest geneigt, auf diese Ratschläge einzugehen.

Vor dem Beginn der Londoner Konferenz trat Frankreich noch einmal mit einem direkten Bündnisvorschlage an Preußen heran. Zunächst setzte auf Befehl des Kaisers Droupn de Lhuns dem Grasen Golz auseinander, daß es wünschenswert sein werde, wenn beide Staaten auf der Konferenz gemeinsam austräten. Die von England zu erwartenden Vorschläge seien nicht geeignet, den Frieden dauernd zu sichern. Dagegen könne die Teilung Schleswigs nach Nationalitäten eine definitive Lösung schaffen. Einer früheren Anzregung Vismarcks gemäß könne der künstig zu erbauende Nord-Ostsestanal die Grenze bilden, falls dieser etwa in der Richtung von Edernförde über Schleswig nach Lusum verlause. Indessen werde hierüber die Bevölkezung zu hören sein; Frankreich verlange hierst nicht die Form des Plediszits, sondern werde auch mit einer Befragung der Landstände einverstanden sein!; ein solches Versahren sei schon häusig angewandt worden und könne

<sup>1</sup> über die vorangehenden Bersuche Frankreichs, Preußen gur flaren Anerkennung des Grundsages gu bestimmen, daß die Bevölkerung der herzogtumer in irgendeiner Form selbst

Branbenburg, Antersuchungen.

baber nicht als revolutionar gelten. Falle nun bies Botum für die Grun; bung eines felbständigen herzogtums aus, so werde die frangofische Regies rung fich biefer köfung nicht widerfeten, obwohl fie gegen den Pringen von Augustenburg feine Verpflichtungen habe und die Schöpfung eines neuen felbständigen herzogtums lebhaft beflagen wurde. "Fiele dagegen das Do: tum für den Unschluß an Preußen aus, so werde fie bereit fein, diese Löfung im Schofe der Konfereng ju ber ihrigen ju machen. Sie verlange dafür feine, nicht die geringfte Territorialabtretung, sondern werde fich mit berjenigen Kompensation begnügen, welche ihr ein freies und wirks sames Einverständnis (une entete franche et vigoureuse) auf anderen Ges bieten ju gemahren geeignet fei. Gine Bergroßerung Preugens in diefer Richtung wurde weit entfernt fein, Frankreich unerwunscht zu fein." Das mentlich durch die Berbindung mit dem wirtschaftlich so wichtigen Ranals projeft und bei der Abtretung eines verhältnismäßig fo fleinen Teiles von Edleswig werde fich vielleicht auch Danemarts Zustimmung gewinnen Preußen fonne die Erwerbung jur Starfung feines Sandels und feiner Seemacht gut gebrauchen und die deutschen Mittelstaaten wurden schließlich froh sein, Preußens Chrgeit nach diefer Richtung abgelenkt ju feben. England werde fich hoffentlich über "Rücksichten einer fleinlichen Gifers sucht" hinwegseben; in Wien werde ein solches Abkommen freilich nicht ges fallen und in Vetersburg vielleicht auch nicht; aber Rugland fei ohnmächtig und werde seine guten Beziehungen ju Preugen nicht aufs Spiel seten wollen. Endlich gewinne Dreugen durch eine fo großartige Lösung die Moge lichfeit jur "Berfohnung im Innern und mit bem beutschen Element. Gin Borfchlag, wie der angedeutete, von Mächten wie Frankreich und Preugen in der Ronfereng vertreten, neu, überrafchend und großartig, werde um fo unwiderstehlicher sein, als alle übrigen Teilnehmer entweder getrennt seien, ober nur veraltete, unpraftische und für einen der beiden Teile unannehmbare Lösungen entgegenzustellen hatten." Der Raifer billige dies alles. "Er fei baber zwar nicht in der Lage, im Namen des Raifers einen bestimmten Bors Schlag zu tun, tonnte aber mit voller Sicherheit annehmen, daß, wenn die Königliche Regierung auf jene Gedanten einginge, der Raifer diese atzeps tieren murde, und bann nur übrig bleibe, und barüber formell ju verftans bigen." Alles dies folle im engsten Bertrauen bleiben; nur Rapoleon, Drounn de Lhuns, Tallegrand, Goly und Bismard, fowie natürlich Konig Wilhelm follten Kenntnis davon erhalten. Namentlich durfe England nichts erfahren, da es Frantreich eine derartige Politit fehr übel nehmen werde. Auch bitte er um schnelle Entschließung, da auch Angebote Englands vors

aber ihr Schidfal entscheiden folle, f. Sybel 3, 296 f. u. Rr. 408 (Ber. Tallegrands). Biss. mard wich jeder bestimmten Berpflichtung aus.

lägen, auf die bald geantwortet werden muffe. "Frankreich muffe jest nach einer oder der anderen Richtung Partei nehmen und es wünsche es zu unseren Gunften zu tun", obwohl der Rabinetswechsel in England eine Verständigung mit London zu erleichtern scheine.

Goly fügte diefem Berichte folgendes eigene Botum bingu: "E. E. boberem Ermeffen und ber Allerhöchsten Entschließung S. M. bes Konigs muß ich gehorfamft anheimftellen, ob und inwieweit auf biefe überraschend gunftigen Unerbietungen des Raifers der Frangofen (denn ihm schreibe ich den Ursprung berfelben unbedingt gu) einzugehen fein wird. Sollten fie auffallend vorteils haft erscheinen und dadurch Berdacht erweden, fo bitte ich geneigtest ju ers wägen, daß der Raifer, welcher in Wien wie in Petersburg und London bittere Entfäuschungen erfahren, munichen muß, fich einen Alliierten gu fichern, von deffen militärischer Leiftungsfähigteit er infolge der Ereigniffe von Duppel eine höhere Meinung gewonnen hat als das große Publitum, und daß er den Moment für gunftig halt, wo Preugen am Scheidewege fieht, und beforgen muß, mit Offerreich nicht langer jufammengeben ju tonnen. Der Raifer tommt damit nur auf Diejenige Politik jurud, welche er feit feinem Regierungsantritt mit ber größten Konfequeng als Biel verfolgt hat und von der er nur vorübergehend mahrend der vorjährigen polnischen Rrife abgewichen ift. E. E. werden fich ferner geneigtest erinnern, daß der Reim zu den jest gemachten Borschlägen schon in dem mit mir in Compiègne gehaltenen Besprechungen enthalten und daß die Politit des Raisers seit dem Beginn der dänischen Verwicklung tonsequent wohlwollend für uns gewesen ift und eigentlich nur durch ihr auffallendes Bohlwollen Mißtrauen erweckt hat. Der vorgeschlagene Weg scheint mir endlich sehr geeignet zu sein, ein den gebrachten Opfern entsprechendes Resultat des Rrieges herbeizuführen und der Königlichen Regierung im Innern und in Deutschland diejenige Stellung ju sichern, welche nicht minder ber Zufunft Preugens als ben fonservativen Interessen entspricht. Geben wir auf die gegenwärtige frans söfische Andeutung dagegen nicht ein, so wird der Rudschlag unausbleibe lich fein, und wir durften alebann Frankreich in der Konferenz unter unferen entschiedenften Gegner feben, fo daß eine hochft ungunftige Löfung faum würde vermieden werden fonnen."

Golg zeigte sich sogar bereit, in der Feststellung der Grenzlinie in Schles, wig den französischen Wünschen, daß die gemischten Bezirke dänisch bleiben sollten, entgegenzukommen und motivierte dies mit der sonderbaren Bezhauptung, daß "die jenseits verbleibenden deutschen Elemente gerade wegen der entschiedenen Minorität, in die sie versetzt würden, eine Bedrückung dänischerseits weniger zu befürchten haben dürften".

<sup>1</sup> Ber. des Grafen Goly v. 9. April 1864. Aus Sybels (3, 299 f.) Analyse ist nicht ges

Sybel' hat in seinem Bericht über diese Verhandlungen nicht nur das Ansgebot Frankreichs als zu günstig erscheinen lassen, sondern auch die Haltung des Grasen Golg unrichtig geschildert; seine Worte erweden den Eindruck, als habe dieser vor dem Bündnis gewarnt, weil es Preußen mit Österreich und den Mittelstaaten entzweien und unbedingt an Frankreich ketten würde. Golg hatte aber gerade im Gegenteil zur Annahme geraten, weil er von der Voraussssehung ausging, daß Preußen sich mit Österreich über das Schicksal der Herzogstümer doch nicht werde einigen können, daß es jest am Scheidewege siehe, und sich entschließen müsse, wo es unter diesen Umständen eine Anlehnung suchen wolle. In der Antwort Vismarcks vom 17. April 18642 scheint Sybel ein Eingehen auf die französischen Vorschläge unter gewissen Bedingungen zu sehen. In Wahrheit liegt aber auch hier die Sache wesentlich anders.

Bismard erklärte sich zwar im Eingang in höflicher Form bereit, auf Franfreichs Unregung einzugeben, fügte aber sofort hinzu, der König wünsche die Grenze derart festgesett zu feben, "daß rein deutsche Elemente durch dies felbe Danemark nicht inforporiert wurden". Er wies Goly an, alles zu vers fuchen, um eine nördlichere Linie durchzuseben, nur im außersten Rotfalle werde man die von Frankreich empfohlene Grenze fich gefallen laffen. Er folle versuchen, wie weit er, ohne die frangofischen Vorschläge abzulehnen, die Grenge linie nach Norden verschieben könne, und, wenn diese Bemühungen fruchtlos blieben, weiter berichten. Auch sei Kaiser Napoleon darauf hinzuweisen, daß nur bei einer wirklichen Lostrennung des gangen deutschen Teils der Bergogs tumer von Danemart der Vorschlag den von ihm gewünschten guten Eindruck in Deutschland hervorbringen werde. Gegen die Befragung der Bevolkerung erhob Bismard gwar feine pringipiellen Bedenken3, erklärte aber, daß das Ergebnis, wenn man fie ichon jest zur Ausführung bringe, jedenfalls eine große Mehrheit für die völlige Lostrennung der gangen herzogtumer von Danemarf und die Errichtung eines felbständigen Staates unter dem Pringen von Augustenburg sein wurde. Man muffe daber junachst der Bevolkerung

nugend ju ersehen, daß Droupn nur einen gang fleinen Teil von Schleswig von Danemart abgetrennt wiffen wollte, und daß Frankreich zwar eine Zulaffung der Annerion, wenn die Bevollerung fie verlange, aber nichts weiter versprach.

<sup>3, 301.</sup> 

<sup>2</sup> Erlag vom 17. April, benugt bei Sybel 3, 202 mit unrichtigem Datum 14. April.

<sup>\*</sup> Schon im Februar hatte er sich prinzipiell damit einverstanden erklärt, daß Schleswig nach den Rationalitäten geteilt werde, ohne sich indessen schon darüber zu änßern, ob die Grenzlinie durch Bestagung der Bevölkerung ermittelt werden solle (Ber. Talleprands v. 20. Febr. 1864 Rr. 224). Etwas später erklärte er eine Berufung und Befragung der Lands stände für möglich, hob aber die Schwierigkeiten der Aussührung und das Widerstreben Oftersreichs und König Wilhelms gegen jede kösung, die als Anersennung des demokratischen Prinzips erscheine, hervor (Ber. Talleprands v. 6. Apr. 1864 Rr. 408).

flar machen, daß eine Teilung absolut notwendig sei. Endlich verwarf er den Borfcblag, fofort die Trennung von Danemart zu beantragen. Preugen fonne, ohne seiner bisherigen Politif untreu zu werden, nichts anderes tun, als zus nächst die Versonalunion mit Danemart unter Sicherstellung einer selbständis gen Verfassung und Verwaltung der herzogtumer vorschlagen. Voraussichts lich werde Danemark, wenn man den Borfchlag einer folchen Perfonalunion mache, und jugleich den Eintritt Schleswigs in den deutschen Bund, die Er: richtung einer deutschen Bundesfestung und einer beutschen Flottenstation, sowie Ersat der Rriegstoffen verlange, diese Losung der Frage seinerseits ablehnen und die Abtretung holsteins und eines Teils von Schleswig vor: gieben. Ingwischen werde man auch Zeit haben, auf die Stimmung der Bes völkerung in den Bergogtumern einzuwirken; dann werde erft die Möglichkeit gur Erwägung anderer Rombinationen gegeben fein. Auch bann tonne Preußen sich der Einsebung des Prinzen von Augustenburg nicht unbedingt widersehen, obwohl es deffen Erbrecht nicht anerkenne.1 Freilich sei eine Unnerion vorzugiehen; ein Botum der Bevölkerung für diefe Löfung werde aber erft zu erreichen sein, wenn sich vorher die Personalunion und die Gine fenung des Prinzen von Augustenburg als unmöglich herausgestellt habe. Es gebe also brei für Preugen annehmbare lösungen: Die Personalunion unter ausreichenden Garantien; die Selbständigkeit des deutschen Teils der Bergogtumer unter einer gesonderten Onnastie; endlich die Erwerbung des beutschen Teils für Preußen. Erhalte Preußen die Bergogtumer, so tonne ein größerer Teil Schleswigs an Danemart überlaffen werden, als im Falle der Einsetzung einer selbständigen Onnastie, weil diese keinen Boden im

<sup>1</sup> Der betreffende Paffus lautet: "Ware man über die Ausdehnung der ju fordernden Abtretung einig, fo bliebe die Frage ju enticheiben, welche Dynaftie bem neuen Staate ju geben fei. Durch die bisherige politische Entwicklung erscheint der Erbpring von Augustenburg als der junachft indigierte Randidat. Ich febe babei von bem Rechtspuntte gang ab, nach welchem in Ermangelung eines Primogeniturffatuts weber er noch irgendein anderes Mits glied des hauses Oldenburg einen Anspruch auf die Gesamtherrichaft von holftein oder Schleswig befitt. Politifch aber fieht die augustenburgifche Eventualität nach ber heutigen Sachlage mit unferen Intereffen nicht im Widerspruch - wenn fie für uns auch nicht einen fo boben Wert bat, daß wir und in ungleiche europäische Kriege um ihretwillen einzulaffen hatten. Die Beforgnis, daß letteres notwendig fein werde, ift nunmehr badurch wefentlich befeitigt, bag Frantreich aus feiner bisberigen refervierten Saltung ju unferen Gunften heraustreten will; auch die neueste Gestaltung der Beziehungen in Deutschland und zu dem Pratendenten felbft lagt eine gunftigere Beurteilung feiner Randidatur gu. Immerhin bleibt es fur die preugifche Regierung naturlich, daß biefelbe ber biretten Erwerbung ber Bergogs tumer für Preugen den Borgug gibt, wenn fich eine annehmbare Ausficht bagu bietet. Daß für diefelbe das Botum der Bevolferung ju gewinnen fei, halte ich, wenn wir Zeit gewinnen, für möglich; eine Bahricheinlichteit bafür wird meiner Anficht nach erft bann eintreten, wenn vorher die Programme der Personalunion und das augustenburgische mißlingen."

Lande haben werde, wenn sie mit der Abtretung eines so großen Teiles des Landes beginne. Endlich aber erklärte er: "Wir sind darüber nicht im Zweisel, daß wir keins dieser Programme ohne die aufrichtige und volle Mitwirkung Frankreichs werden verwirklichen können, und wir wünschen daher dringend, daß es E. E. fortgesehten Bemühungen gelingen möge, ein definitives Einsverständnis über diese Mitwirkung herbeizuführen. Namentlich würde dass jenige zu 3) (preußische Annexion) nach dem Willen des Königs niemals durch unsere eigene Initiative in Vorschlag zu bringen, sondern die Ansregung, wenn nicht aus den herzogtümern, sovon Frankreich abzuwarten sein."

hiermit war der frangofische Borschlag, indem man ihn scheinbar annahm. im wesentlichen abgelehnt. Sein Kern war ja gewesen, daß Frankreich und Preußen gemeinsam die Teilung Schleswigs und die Befragung der Bevoltes rung beantragen follten; Preußen aber erflärte, daß es junächft die Perfonals union, bei beren Scheitern die Errichtung eines felbständigen Staates vor schlagen werde, und daß es die Befragung der Bevolferung erft in einem späteren Zeitpunfte für wünschenswert halte.2 Frankreich hatte fich nur vers pflichten wollen, der Unnerion juguftimmen, wenn die Bevolferung fie bes gehren werde; Preußen aber verlangte, daß Frankreich fie feinerfeits in Bors schlag bringe. Unter diesen Umftanden tam bas geplante Abkommen nicht guffande.3 Napoleon außerte zwar, daß er nichts dagegen habe, wenn Preußen erft die Personalunion und dann die Errichtung eines selbständigen Bergogs tums beantrage, und erft nach beren Scheitern auf die Befragung ber Bes völferung jurudtomme. Da er aber natürlich gegen diese Borfchlage stimmen mußte, - benn fie follten ja icheitern - und da er nicht die gerinaffe Reigung zeigte, die preußische Annexion von sich aus zu beantragen, so war an ein gemeinsames Auftreten beiber Machte auf der Konfereng nicht zu denten. Tropbem war es natürlich für Bismard wertvoll, die Absichten der frangofis ichen Regierung ungefähr zu tennen; da aber bestimmte Berabredungen nicht getroffen waren, tonnte er niemals ficher fein, daß Navoleon wirklich diefen Sang innehalten werde; in der Sat ift ja auch Frantreich fpater bem preußis

Dieser wichtige Say ist bei Sybel 3, 303 fortgelassen. Er war offenbar hervors gerufen durch des Königs Schreiben an Bismard vom 16. April (Anh. 3. d. Ged. u. Er. 1, 108 f.), worin Wilhelm auch die ausdrückliche Erflärung verlangte, daß man teine Grenzsteftistation am Mein zugestehen werde, und betonte, daß Frankreich eigentlich nichts biete, da die Boltsabstimmung ohne Zweifel für Augustenburg ausfallen würde.

<sup>2</sup> Tel. Talleprands v. 16. April Rr. 433.

Bach Sphels Angaben (3, 303) hat König Bilhelm bald darauf ausdrudlich erklart, daß er keinen von Deutschen bewohnten Bezirk Schleswigs herausgeben werde. Es wird baher wohl auf Bismards bringenden Bunsch geschehen sein, daß eine so tonziliante Fassung geswählt wurde, die wenigstens die Röglichkeit zuließ, außerstenfalls die Schleilinie als Grenze zu atzeptieren.

schen Vorschlage über die Grenzlinie entgegengetreten, und Preußen hat die Befragung der Bevölkerung nur in dem Sinne befürwortet, daß in den gemischten Bezirken auf diese Art festgestellt werden solle, welche Teile sich als überwiegend danisch bezeichnen würden.

Überblickt man das Verhalten des Erafen Goly bei diesen Gelegenheiten, so wird man nicht zweiseln können, daß er ein klares, genau formuliertes Abstommen mit Frankreich für wünschenswert und erreichbar gehalten hat. Sicherlich hat er sich über die Tragweite und Bedeutung der französischen Anserbietungen in allen Fällen getäuscht und sie für wesentlich vorteilhafter angessehen, als sie waren. Bismard ist seinen Ratschlägen nicht gefolgt, sondern hat konsequent an dem einmal betretenen Wege sestgehalten. Am unangenehmssen war es ihm jedenfalls, daß er zwischen den Borschlag der Personalunion und der Teilung Schleswigs nach Nationalitäten noch als Mittelglied die Forderung zur Errichtung eines selbständigen Herzogtums einschieben mußte.<sup>2</sup> Dies war unzweiselhaft bedingt durch die strikten Anweisungen des Königs und die Rücksicht auf Österreich.

Die französische Publikation läßt uns hier fast ganz im Stich; obwohl Droupn de Lhups dem Grafen Golz gesagt hatte, daß auch Baron Talleprand siber den französischen Borschlag informiert werden würde, enthält seine Depesche nach Berlin vom 11. April3 keine Andeutung darüber; vielmehr wird hier nur gesagt, daß Frankreich den voraussichtlichen Borschlägen Engslands und Rußlands auf der Konferenz wenig Sympathie entgegendringe und gern über Preußens Absichten genauer unterrichtet sein würde, damit man sie unterstützen könne, salls sie mit denen Frankreichs übereinstimmten. Aus der Antwort Talleprands4 erfahren wir jedoch, daß daneben noch ein Privats brief des Ministers an den Botschafter gesandt worden ist, der also vermutlich die entscheidenden Mitteilungen enthalten haben wird. Er befindet sich jedoch

<sup>1</sup> Zuerst sprach Bismarck diesen Gedanken Ende Mai 1864 gegenüber Talleprand aus, s. dess. Bericht v. 30. Mai Nr. 589. Droupn de Phups war hiermit keineswegs völlig zus frieden, sondern wies den französischen Bertreter auf der Konferenz nur an, wenn dieser Anstrag gestellt werde, seine Abstimmung derartig einzurichten, daß es nicht scheine, als weise Frankreich das Prinzip der Befragung der Bevölkerung zurück (2. Juni Nr. 597). Erst später, als er sah, daß eine allgemeine Bolksabstimmung weder bei Österreich noch bei Rußland oder England oder Dänemark Zustimmung fand, ist er auf den Gedanken Bismarck einges gangen, und hat in London einen förmlichen Antrag in diesem Sinne stellen lassen (an Fürst de la Tour 11. Juni Nr. 643). Er wurde am 22. Juni nach dem Scheitern aller anderer Berstäns digungsversuche von Frankreich eingebracht, aber von Dänemark entschieden zurückgewiesen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Der König war es, der ausbrücklich erklärte, daß er den Prinzen von Augustenburg in London als künftigen Beherrscher der abgetrennten Gebiete vorgeschlagen sehen wolle. Bgl. f. Brief an Bismarck v. 27. Mai 1864 (Anh. 3. d. Ged. u. Erinn. 1, 110).

<sup>3</sup> Mr. 418.

<sup>4</sup> Vom 13. u. 16. April Rr. 427 u. 433.

nicht in der Korrespondenz. Außerst merkwürdig ist es ferner, daß Drounn de Lhuns in einem Schreiben an den Botschafter in London vom 21. Aprilisch mißbilligend über die übermäßige Strenge der von Preußen an die Personalunion geknüpften Bedingungen ausspricht, während er doch darüber unterrichtet sein mußte, daß sie auf die Ablehnung berechnet waren; Napoleon hatte sich ja damit einverstanden erklärt. Oder sollte Drounn de Lhuns dies wirklich nicht gewußt haben?

Aber noch ein weiterer Punkt aus diesen Verhandlungen bedarf genauerer Betrachtung. Der Kaiser hat, wie schon erwähnt wurde, damals ganz bessimmt und unzweideutig erklärt, daß er als Gegenleistung nicht die geringste Landabtretung, sondern nur gute allgemeine Beziehungen zu Preußen begehre. Allerdings wollte er ja auch keine aktive Unterstüßung zur Durchssührung der preußischen Pläne gewähren, sondern nur versprechen, daß er in den etwa daraus hervorgehenden Verwicklungen eine wohlwollende Neutralistät bewahren werde. Sanz besonders wies er damals den Gedanken von sich, Abtretungen auf dem linken Rheinuser zu verlangen; derartige Forsderungen, sagte er, würden nur ganz Europa gegen ihn alarmieren.<sup>2</sup>

Nun konnte freilich Napoleon derartige Zusicherungen ruhig geben, auch wenn er in der Tat weitergehende Pläne verfolgte. Denn nichts ließ sich sicherer voraussehen, als daß ein Konstitt, der wegen der Herzogtümer zwischen den deutschen Mächten ausbreche, sich nicht auf die Lösung der Schleswigs holsseinischen Frage beschränken könne. Kam es zum Kampse, so mußte die Borherrschaft in Deutschland der Siegespreis werden. Und ebenso unzweisels haft war es, daß in einem solchen Falle Italien sich durch nichts würde abs halten lassen, in den Krieg einzugreisen, um die günstige Gelegenheit zur Ersoberung Benetiens zu benußen. Mochte der Kamps dann ausgehen wie er wollte, so waren Machtverschiebungen zu erwarten, die über die bloße Einsverleibung der Herzogtümer in Preußen weit hinansgehen und es daher stechtsertigen würden, wenn die kaiserliche Regierung eingrist oder für die Fortdauer ihrer wohlwollenden Haltung unter den veränderten Umständen neue Forderungen siellte. Insofern läßt sich aus diesen Zusicherungen für die letzen Hintergedanten der napoleonischen Politit nichts Sicheres schließen.

Wenn Bismard diesen Anerdietungen gegenüber die gleiche Zurüchaltung bewahrte, wie im November 1863, so hatte er dazu jeht noch mehr Grund als damals, weil inzwischen der Bund mit Österreich wirklich abgeschlossen war, und die zur Beendigung der gemeinsamen Aktion gegen Dänemark aufrecht erhalten werden mußte. Der Verlauf der Dinge auf der Londoner Konferenz,

<sup>1</sup> Mr. 447.

<sup>2</sup> In einer Unterredung mit Lord Clarendon Mitte April 1864, f. Spencer Balpole, Lord Auffell 2, 404.

der Wiederausbruch des Krieges und die Abtretung der Herzogtümer an Herreich und Preußen bildete die glänzendste Rechtsertigung seiner Politik. Preußen hatte jeht sessen Füß in den Herzogtümern gefaßt, Bismarck wollte ungezwungen nicht wieder hinausgehen; er war jeht in der Lage, Osterreich zu fragen, was es denn für die Aufgabe der jehigen Position zu bieten habe. Aber auch Napoleon gegenüber war er in besserer Lage als früher. Er wußte wohl wie viel diesem an der Rückgabe Nordschleswigs an Dänemark lag; jeht konnte er sagen: wir sind bereit dazu, wenn wir den Rest der Herzogtümer selbst bekommen, sonst aber nicht!; so hatte er ein Mittel, um auf den Kaiser zu drücken, daß er die Annexion energisch besördere. Hatte Frankreich besabsichtigt, Preußen von Österreich zu trennen, so war dies mislungen. Nas poleons Hossnung konnte jeht nur darauf gerichtet sein, daß die deutschen Mächte sich untereinander über das Schicksal der gemeinsam eroberten Gesbiete nicht würden einigen können.

In der Tat gestalteten sich während des folgenden Winters die Beziehungen. zwischen Österreich und Preußen so ungünstig², daß man im Frühjahr 1865 die Möglichkeit eines Konfliktes wieder ernstlich in Betracht ziehen konnte.3 Und alsbald war Napoleon wieder zur Stelle.

Es geschah gewiß nicht ohne eine französische Anregung, wenn Graf Golz zu Anfang des Jahres 1865 wieder auf den Abschluß einer festen Vereins barung mit Frankreich drang und die Meinung aussprach, daß man leicht Napoleons Allianz gegen Osterreich oder wenigstens eine authentische Fests legung seiner Absichten werde erlangen können. Bismark ging auch jetzt nicht auf diesen Vorschlag ein. Er ließ Golz nicht im Zweisel, daß der König ohne äußerste Not kein Vändnis mit Napoleon schließen wolle. In seiner

<sup>1</sup> Ber. Benedettis v. 30. April 1865 Ar. 1375.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Schon im November 1864 fagte Bismard zu Karolyi, wer in der schleswigsholsteinischen Sache nicht für Preußen sei, musse als Gegner betrachtet werden; tomme es zum Bruch, so werde es ein Bruch für immer sein, und Preußen würde dann nur noch seine eigenen Interessen und Aate ziehen, eventuell auch mit Frankreich und Italien gehen (Ber. des Grafen Reculot v. 30. Nov. 1864 Nr. 1073).

<sup>3</sup> Bemerkenswert ist eine Außerung Bismards zu Benedetti, nachdem Sterreich es abges lehnt hatte, die sogenannten Februarbedingungen für die Einsetzung des Augustenburgers gut zu heißen. Er sei damit nicht unzufrieden, sagte er, denn ein Entgegenkommen Ofterreichs würde Preußen zur Dankbarkeit und zur Unterstützung bei späteren Romplikationen verspflichtet haben, zugleich würde der König dadurch ungünstig (d. h. im Sinne eines weiteren sessen Ausammenhaltens mit Ofterreich) beeinflußt worden sein (Ber. Benedettis vom 2. März 1865 Rr. 1261). Ausdrücklich erklärte er dann im März und April 1865 Benedetti gegenüber, daß er vor einem Kriege mit Ofterreich nicht zurückschen werde (Ber. v. 22. März Nr. 1294 u. 9. April Nr. 1341).

<sup>4</sup> Sybel 4, 69.

o Al. a. D. 72.

von Sphel' wörtlich mitgeteilten Depesche vom 20. Februar sette er ihm auseinander, daß der Raifer bindende Jufagen nur geben würde, wenn auch der König entsprechende Berpflichtungen übernehme. Außerdem werde feine noch fo forgfältige Formulierung Napoleon hindern können, im entscheidens ben Augenblid durch irgendeine hintertur zu entschlüpfen, wenn er es für vorteilhaft halte. Da es Frankreich vor allen Dingen darauf ankomme. Offerreich und Preußen voneinander ju trennen, fo wurde in der Eriftens eines schriftlichen Vertrages eine große Versuchung liegen, durch deffen Mit; teilung an Offerreich dieses mit Preußen dauernd zu verfeinden, die öffents liche Meinung Deutschlands zu erregen und die übrigen Mächte gegen die preußische Politik mißtrauisch zu machen. Preußen wurde dann Frankreich auf Snade und Ungnade preisgegeben fein. Ein Vertrag mit Frankreich wurde nur in Frage tommen konnen, wenn das Bundnis mit Offerreich durch deffen Intiative gelöft fei. Es fei viel beffer, wenn Offerreich fich davor fürche te, daß Preugen ein Bundnis mit Frantreich schließen konne, mahrend gleichs geitig Frankreich damit rechnen muffe, daß man das öfterreichische Bundnis vorziehe. Bismard gab beutlich zu erkennen, daß nach seiner Meinung den Busicherungen Napoleons überhaupt nicht zu trauen sei, und daß dieser nur darauf ausgehe, fich freie hand zu bewahren, um im rechten Augenblid auf die vorteilhaftere Seite treten zu fonnen.

Als dann im April in Berlin der Bruch mit Österreich schärfer ins Auge gefaßt wurde<sup>2</sup>, gab Bismard dem Grafen Golt den Besehl, sich zu verges wissern, ob nicht vielleicht eine Annäherung zwischen Frankreich und Österzreich eingetreten sei und welche Haltung Frankreich beim Ausbruch eines Krieges voranssichtlich einnehmen werde<sup>3</sup>; aber er bevollmächtigte ihn nicht zu Berhandlungen über einen förmlichen Bertrag. Über die Antwort, welche Golt auf diese Anfrage erteilte, herrscht zwischen Sphel und der französsischen Publikation ein unlösbarer Widerspruch. Nach des ersteren Darstellung<sup>4</sup> hätte Golt nur erwidert, er glaube annehmen zu dürsen, daß Napoleon den Italiesnern freie Hand lassen würde<sup>5</sup> und habe von einer Annäherung des Kaisers an Österreich nichts entdeden können. Hingegen hat nach Benedettis Bericht vom 28. April Bismard am Lage vorher die von Golt eingelausene Antwort

<sup>1 73</sup> f.

<sup>2</sup> Aber die gleichzeitigen ersten Sondierungen Bismards bei Italien, die sehr vorsichtig waren, f. d. Ber. Malarets aus Turin 20. April 1865 Nr. 1359.

Die zweifellos von Bismard felbst herrührenden Angaben von Benedetti (28. April Mr. 1370) fleben nicht unbedingt im Biderspruch zu dem Berichte Sybels 4, 107, wie die herausgeber meinen. Der Sinn beider Fragen ift der gleiche.

<sup>4, 108.</sup> 

Dbrigens hatte Droupn de thuns die italienifde Regierung furg vorher davor gewarnt, fich auf gefährliche Entschluffe einzulaffen (13. April Rr. 1346, vgl. 1353).

wesentlich anders umschrieben: Frankreich werde sich wahrscheinlich mit Österzreich verständigen, wenn dieses einige Zugeständnisse in der italienischen Frage mache, und werde es dann auf sich nehmen, das Turiner Rabinett von jedem seindlichen Auftreten abzuhalten. Allerdings habe sich Golz dabei auf keine unmittelbaren Mitteilungen des Kaisers oder seines Ministers, sondern nur auf allgemeine Eindrücke, auf den häusigen Verkehr des Fürsten Metternich mit dem Raiser und die Sprache der offiziösen Presse berusen, sowie auf die Wirfung, die eine gegen die italienische Politik des Raisers gerichtete Rede von Thiers in der Rammer hervorgebracht habe. Vismarch fügte dieser Mitzteilung hinzu, er selbst glaube zwar nicht an die Richtigkeit der Beobachtungen von Golz; aber auf den König hätten sie einen lebhaften Eindruck gemacht und mit dazu beigetragen, daß er wieder einer Verständigung mit Össerreich geneigter geworden sei.

Es muß dahingestellt bleiben, ob die Berichte wirklich gang so bestimmt ges lautet haben, oder ob Bismard dem frangofischen Botschafter absichtlich eine etwas übertriebene Inhaltsangabe gemacht hat, um auf diese Art eine bes stimmte Erflärung von frangösischer Seite hervorzuloden. Bei einer etwas späteren Unterredung sprach er sich sehr scharf über Golt aus; dieser laffe sich von augenblicklichen Empfindungen beeinfluffen und spetuliere darauf, fein Rachfolger als Minister zu werden. Er sei früher mit ihm befreundet ges wesen, habe aber jett jede private und intime Korrespondeng mit ihm eine gestellt.2 Drounn de Lhuns erwiderte auf die Mitteilung, die ihm Benedetti über Bismards Außerungen fandte3, daß Franfreich teine geheimen Plane verfolge und nach wie vor völlig neutral bleiben wolle. Die Behaupe tungen von Golb feien überhaupt nicht ernst zu nehmen; er werde vom Raiser sicherlich ebenso oft empfangen wie Metternich; für die Saltung der Presse könne die Regierung nicht verantwortlich gemacht werden; die Rede Thiers' hatte keinerlei Eindruck auf die Regierung gemacht. "Die Politik des Raisers, schrieb er, ift das Ergebnis viel zu tiefer Erwägungen und ift viel zu festgelegt in ihren großen Zügen, um vor folden Erwägungen aus der Bahn ju geraten." Wenn Preußen eine andere Richtung als bisher in seiner Politik befolgen wolle, so werde es dazu ohne Zweifel Grunde haben; aber er tonne nicht annehmen, daß es durch die haltung Frankreichs dazu veranlagt worden sei, da diese sich in keiner Weise verändert habe.

Benedetti legte diese Antwort des Ministers Bismard am 6. Maivor. Dieser sagte, er schenke den Versicherungen vollkommenen Glauben, habe auch nie an der freundlichen Haltung Frankreichs gezweifelt; zugleich bemerkte er, daß

<sup>1</sup> Privatbrief Benedettis v. 27. April 1865 Nr. 1370.

<sup>2</sup> Ber. v. 30. April Nr. 1376.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> 3. Mai Mt. 1380.

man mit Hsterreich immer noch sehr schlecht stehe. Darauf kam nun Benedetti mit folgender Erklärung heraus, die ihm telegraphisch von Paris befohlen worden war: Er sei autorisiert zu der Bitte, daß der Ministerpräsident ihm ganz klar sagen möge, was Preußen von Frankreich verlange und was es ihm das für andiete. Man sei bereit, darüber zu sprechen und zu prüfen, wie die gegens seitigen Beziehungen in allen Eventualitäten gestaltet werden könnten.

Bismard war nach Benedettis Zeugnis auf eine folche Frage keineswegs vorbereitet und sichtlich bewegt; das wird nicht unrichtig sein, denn wenn man auch vermuten darf, daß feine gange frühere Unterhaltung mit dem Botichafe ter feinen anderen 3med gehabe hat, als eine frangofische Erflärung hervors gurufen, so hatte er sie doch wohl nicht in der Form einer so bestimmt gestellten Frage erwartet. Er erwiderte: wir wunschen von Euch Eure mobimollende Neutralität während der Berhandlungen mit Offerreich und ebenfo im Kalle eines Bruches. Benedetti erwiderte: "Alfo haben Sie uns feinen bestimmten Borfchlag ju machen?" "Für den Augenblid nicht", sagte Bismard. Er feste dann noch auseinander, daß Preugen fich mit der Einsebung eines Bers jogs in Schleswigeholstein gufriedengeben werde, wenn er die im Februar formulierten Bedingungen annehme, weil die Differeng gwischen diefer Lösung und der Unnerion nicht groß genug fei, um einen gefährlichen Krieg gu rechtfertigen. Bewillige allerdings Diferreich diese Mindeftforderung nicht, dann würde man vor dem Rriege nicht zurückschreden und habe das Vertrauen. ju siegen, wenn Frankreich eine wohlwollende Neutralität bewahre. "Wir fonnten uns allerdings irren und Riederlagen erleiden; in biefem Falle wurde es uns gestattet fein, Euch Eröffnungen ju machen und wir wurden Euch dann mahrscheinlich bitten, ein Übereinfommen mit uns ju schließen. Wir wissen, daß wir Euch dann den Preis für den Beistand, den Ihr uns leiften wurdet, gablen mußten; aber Ihr begreift, daß der Ronig fich bis jest weigert, einen folden Fall ins Ange ju fassen und eine Möglichkeit ju bes sprechen, die ihn vielleicht in die Notwendigkeit verseben konnte, deutsche Volks und landesteile abzutreten."

Benedetti sah als den wesentlichsten Punkt dieser Erklärung an, daß der König "sich nicht dazu verstehen könne, freiwillig die Opfer zu bringen, welche ihm unsere hilfe auserlegen würde". Er meinte, dies sei der Grund, wess wegen man auf die Annerion verzichten und sich mit der Einrichtung eines Basallenstaates zufriedengeben wolle. Er fügte hinzu, daß nach seiner Meisnung Bismarc auf den Konstitt mit Osterreich hinarbeite, daß es aber recht

Privatbrief Benedettis 7. Mai 1865 Rr. 1387. Dies Telegramm ift offenbar gemeint bei Spbel 4, 152; die herausgeber der franzof. Publitation haben dies vertannt, weil Spbels Gronologische Angabe (unmittelbar vor Bismards Abreise aus Berlin) nicht ganz torrest ift.

ungewiß sei, ob er den König dazu werde bringen können; vielleicht werde er vorher gestürzt und durch einen Anhänger Ssterreichs erseht werden. Benes detti selbst riet, volle Rentralität zu bewahren und die Ereignisse abzuwarten. Jeder Versuch, Preußen zum Bruch zu drängen, werde den Berliner hof mißstrauisch machen; nur Frankreichs absolute Zurüchaltung könne zur vollen Entsaltung des Gegensatzes zwischen den beiden deutschen höfen führen. Eine Einigung mit Osterreich unter Bedingungen, die für Frankreich Besorgnis erregen könnten, halte er für ausgeschlossen; Frankreich aber müsse, bevor es an ein Bündnis mit Preußen denken könne, abwarten, bis der norddeutsche Staat zu dessen Abschluß durch seinen Ehrgeiz oder durch seine Fehler gezwungen werde.

Wiederum hatte also Frankreich ein bestimmt formuliertes Abkommen ans geboten, Bismard es abgelehnt; zweifellos aus den gleichen Motiven wie früher. Aber aus der haltung Benedettis tonnte er unschwer schließen, daß dieser tatsächlich bei seiner Regierung die Reigung voraussette, für eine aktive hilfe territoriale Entschädigungen zu verlangen. Wäre dies nicht der Kall ges wefen, fo wurde Benedetti den Außerungen Bismards, die von einer folchen Voraussehung ausgingen, haben widersprechen muffen, was er aber nicht ges tan hat. Für Bismard war das an sich gewiß feine Überraschung, er wußte ohnedies, woran er mit Frankreich war. Aber er hatte doch vielleicht gehofft, daß Benedetti, um den guten Schein ju mahren, der Bermutung, daß Frank reich eine Gebietsvergrößerung auf Deutschlands Rosten begehre, in irgende einer Weise widersprechen wurde. Das hatte zwar keinerlei Verpflichtung bes gründet, hatte ihm aber die Möglichkeit gegeben, dem Rönig gegenüber von solchen Worten Gebrauch zu machen, um ihm zu beweisen, daß man von Franfreich nichts Erhebliches zu befürchten habe. Daß er eine folche Außerung Benedettis gern gehabt hatte, glaube ich aus einem etwas später geführten Gespräche schließen zu tonnen.

Ende Mai, wie es scheint, an demselben Tage, an welchem der große Minisserrat unter dem Vorsit des Königs stattsand, sagte Bismarck zum französischen Botschafter<sup>1</sup>, es kämen ihm von verschiedenen Stellen Nachrichten zu, wonach Kaiser Napoleon mit dem König der Niederlande einen geheimen Berstrag über die Teilung Belgiens abgeschlossen haben sollte. Er erwähnte das, ohne irgendwelche Abneigung gegen einen solchen Plan zu zeigen und fügte hinzu, "Ich begreise, daß Frankreich daran denken kann, sich Länder anzusgliedern, die es leicht assimilieren kann, wie Belgien oder die französische Schweiz, Länder, deren Besit ihm Grenzen sichern würden, die gegen jeden

<sup>1</sup> Privatbrief Benedettis v. 29. Mai 1865 Nr. 1418. Er gibt den Tag der Unterredung nich an; vermutlich hatte also das Gespräch unmittelbar vor Absendung des furzen Schreis bens stattgefunden.

Ungriff leichter als die jetigen zu verteidigen wären". Benedetti schloß aus diesen Borten, zweifellos mit Necht, daß Bismarck ihn zu einer Außerung darüber verlocken wolle, ob Frankreich eventuell mit einer Vergrößerung seines Gebietes nach diesen Nichtungen hin zufrieden sein werde, ohne deutsches Gebiet zu verlangen; aber er tat ihm nicht den Gefallen, irgendwie darauf einzugehen.

Mit diesen Andeutungen, die er in den nächsten Monaten mehrfach wieder; holte, trat Bismard einen Schritt aus der bisher beobachteten Referve heraus. Bohl hatte er auch früher, wenn auch in fehr unverbindlicher Form, durchbliden laffen, daß er die Vergrößerungswünsche Frankreichs für gerecht; fertigt halte und ihnen nicht unbedingt entgegentreten werde. Aber jest suchte er felbst die Rompensationsobjette zu bezeichnen, die dabei in Frage tommen tonnten. Sollte er wirklich gehofft haben, die frangofischen Un: nerionsgelufte auf Belgien und die Schweiz ablenten zu fonnen? Das ift schwer ju glauben; jedenfalls gedachte er aber auch jest den Frangofen die hoffnung auf deutsche Gebiete nicht zu nehmen; mit verbluffender Rühnheit erweckte er bei Benedetti die hoffnung, daß nach einer Niederlage Preugens fein Ronig das Bundnis Napoleons auch um diesen Preis zu ertaufen gezwungen sein werde. Er wußte sicherlich, daß man in Paris Ofterreich für ftarfer hielt als Preußen, daß man hier alfo den Fall einer preußischen Niederlage als recht mahrs scheinlich betrachten zu können glaubte. Waser beabsichtigte, tritt bier gang deuts lich hervor: Frankreich viel hoffen zu laffen, ohne das Geringste zu versprechen.

Im Laufe des Sommers 1865 räckte, wie es schien, der Bruch mit Österreich in unmittelbare Nähe. Bekanntlich wurde in einem während der Sommers reise des Königs in ganz ungewöhnlicher Beise schnell zusammenberusenen Ministerrat zu Negensburg am 21. Juli der Beschluß gesaßt, Österreich ein Ultimatum wegen seiner Duldung der augustenburgischen Umtriebe zu stellen und bei dessen Ablehnung zum Schwert zu greisen. Auch Golz war aus Paris dorthin entboten worden. Nach Sphels? Angaben hatte Biss marc damals dem Grasen Golz die Instruktion gegeben, "den Abschluß eines Neutralitätsvertrages mit Frankreich und nach Umständen die Festskellung weiterer gegenseitiger Verpsichtungen vorzubereiten". Auch diese Angabe ist nicht korrekt. Der Austrag, den Bismarc dem Botschafter am 4. August zugehen ließ, unterschied vielmehr zwei Möglichkeiten; die bevorssehenden mündlichen Verhandlungen mit dem Kaiser von Österreich könnten

Gon im August fagte er Gramont, er habe den englischen Botschafter, als dieser mit einem englischesfranzofischen Bundnis gedroht habe, darauf hingewiesen, daß England Frankreich nichts zu bieten habe; nur der könne Frankreich rheinische Gebiete geben, der sie besitze (Ber. Gramonts v. 28. Aug. Rr. 814).

ª 4, 153.

er hat mir nicht vorgelegen, jedoch gibt Bismard folgendes ausführliche Resumee in bem Erlas vom 16. August: Er habe in seinen früheren Erlassen darauf hingewiesen, daß

entweder zum Bruche führen oder zu einer vorläufigen Verständigung über eine bessere Regelung der Verhältnisse in den Herzogtümern, welche den Konsstift zwar nicht für immer beseitigen, aber seinen Ausbruch jedenfalls ausschieden würden. Nur in ersterem Falle sollte Golz dem französischen Rabinett bestimmtere Erössnungen machen, um sich "der Stellung Frankreichs bei dem alsdann bevorstehenden Konslikt durch zweiseitige Erklärungen zu versichern". Bis dahin, d. h. also bis er die bestimmte Nachricht empfangen habe, daß der Konslikt unvermeidlich sei, sollte er sich darauf beschränken, im persönlichen Verkehr mit dem Kaiser zu sondieren, ob dessen Dispositionen noch dieselben seien, wie man nach den Mitteilungen Benedettis bisher angenommen habe, mit anderen Worten, ob der Kaiser eine wohlwollende Reutralität zu beobsachten gedenke. Ausdrücklich erklärte Vismarch, es sei nicht ratsam, in bessimmtere, die preußische Politik sesslagende Verhandlungen mit Frankreich einzutreten, solange auch nur die weitere provisorische Verständigung mit Herreich möglich bleibe.

Goly hat diese Anweisungen nicht zur Zufriedenheit Bismarcks ausgeführt, was wohl daran lag, daß er die neue Verhandlung mit Österreich mißbilligte und es nach wie vor für richtig hielt, sofort mit Frankreich bindende Abs machungen zu treffen. Als seinen persönlichen Eindruck von den Absichten des

alle weiteren Entschlüsse vom Verhalten Ofterreich abhängig seien. Wenn Ofterreich auf eine bessere Gestaltung des Provisoriums eingehe, so könne man sich vorläufig damit bes gnügen und das Weitere abwarten; wenn König Wilhelm ohne eine solche Verständigung den österreichischen Boden verlasse, so werde Preußen in den herzogtümern dergestalt vors geben, daß eine friedliche Versändigung ausgeschlossen sei.

"Unsere Beziehungen zu Frankreich mußten sich nach denselben Grundfägen regeln. Ich habe sie in der eingangs gedachten Depesche vom 4. August entwidelt. Wenn die letztere Eventualität eintreten sollte, so würde, bemerkte ich, der Zeitpunkt gekommen sein, um dem kaiserlich französischen Kadinett bestimmtere Eröffnungen zu machen, und und der Stellung Frankreichs bei dem alsdann bevorstehenden Konslift durch zweiseitige Erklärungen zu versichern. Bis dahin aber komme es darauf an, auf dem Wege vertraulichen personlichen Verstehrs zu sondieren, ob die Dispositionen des Kaisers dieselben seien, welche ich aus den früheren Außerungen des kaiserlichen Botschafters hatte entnehmen dürsen. Die Eindrücke, welche ich aus den Mitteilungen des Grasen Usedom und aus den verschiedenen Berichten E. E. empfangen hatte, waren geeignet, Zweisel daran zu erwecken. Es war aber noch nicht tatsam über die Kriegs-Eventualität in bestimmte und unsere Politik engagierende Bershandlungen mit dem französischen Kadinett zu treten, solange auch nur die weitere provissorische Versändigung mit Herreich möglich blied und durch unser Vorgehen in Paris kompromittiert werden konnte.

Soweit ich die dortige Situation zu beurteilen vermag, sind vertrauliche Sondierungen, die nicht zur Kenntnis fremder Kabinette gelangen sollen, bei dem Kaiser und seiner Gemahlin eher möglich als bei Herrn Droupn de Lhups, und bei letterem nur in der Form akademischer und subjektiver Außerungen anwendbar, welche das Königliche Kabinett und E. E. amtlichen Charakter underührt lassen."

Raisers bezeichnete Goly wiederum, daß dieser zunächst das Prinzip der Natios nalität und Selbstbestimmung auch in der Schleswigsholsteinischen Frage aufrecht erhalten zu sehen wünsche<sup>1</sup>, und daß er ferner hoffe, durch den Aussbruch eines Ronstitts zwischen Österreich und Preußen eine entscheidende Stellung in Europa zu erlangen.<sup>2</sup> Goly sprach die Vermutung aus, daß Napoleon diese Stellung vielleicht benüßen werde, "um von dem einen oder anderen Teile Ronzessionen zu fordern, oder als hüter des europäischen Friedens aufzutreten, beiden Teilen den Frieden zu diftieren und die Sanktionierung des letzteren auf einem Pariser Rongreß zu fordern".<sup>3</sup> Daß diese Beobachtunsgen an sich zutressend waren, wird nicht bestritten werden können. Die Gründe, aus denen Bismarck mit dieser Außerung des Botschafters tropdem höchst unzufrieden war<sup>4</sup>, werden wir später noch kennen lernen.

In diesem Gespräch mit dem Kaiser hatte sich Goly indessen noch im Rahmen seiner Instruktion gehalten. Ansang August, während der Gasteiner Berhandlungen, sprach er aber mit der Kaiserin Eugenie und erhielt von ihr die Auskunft, Napoleon gedenke sich nicht durch einen förmlichen Neutralistätsvertrag die Hände zu binden; er muß also damals einen solchen in Anregung gebracht haben, obwohl der Bruch mit Osterreich noch nicht entsschieden war. Auch Droupn de Lhuns gegenüber muß er eine derartige Frage gestellt haben; sonst hätte dieser keinen Anlaß gehabt, ihm ausdrücklich zu verssichern, der Kaiser werde neutral bleiben, solange es sich nur um Schleswigs Holstein handle, werde aber, wenn der Konstitt größere Dimensionen ans nehmen sollte, nur die Interessen Frankreichs zu Rate ziehen, "indem er das

<sup>1</sup> Bismard erwiderte am 16. August auf diese Mitteilung, es werde dem Botschafter hoffentlich nicht schwer fallen, dem Raiser zu beweisen, daß die Frage, ob Schleswigsholstein preußisch oder ein selbständiges herzogtum werden solle, um die es sich jest allein handle, teine Nationalfrage sei. Es sei namentlich das bisher start privilegierte Beamtentum und obere Bürgertum, das sich vor der preußischen herrschaft fürchte; denn in Preußen dulde man ebensowenig Privilegien einzelner Bevölkerungsschichten wie in Frankreich, während der Erbprinz von Augustenburg ihnen die Fortdauer ihrer Vorrechte zugesagt habe; die augustenburgische Nichtung repräsentiere also den "antinationalen Partikularismus", ähnlich wie die dynastische Opposition der ehemaligen italienischen Kleinstaaten gegenüber dem Königreich Italien.

<sup>2</sup> hierauf erwiderte Bismard mit den Ausführungen, die Spbel 4, 218 Anm. größtenteils wortlich abgedrudt hat.

Der Brief des Grafen Goly vom 4. August ift feinem Inhalte nach fliggiert in Bismards Antwort vom 16. August. Bgl. Spbel 4, 183.

<sup>&</sup>quot;Am 7. August schrieb er aus Gastein an den Grafen Gulenburg, die mangelnde Fühlung mit Frankreich beunruhige ihn; die "nicht rüdhaltlose" Sprache des Grafen Goly und seiner Depeschen errege einige Berwunderung, obwohl er an der Aufrichtigseit der früheren Zeichen französischer Sympathie nicht zweiseln wolle. Eulenburg las dies dem französischen Geschäftsträger vor (Ber. Lesebvres v. 13. Aug. Nr. 1489).

bobel 4, 190 f.

bei mit die Vorteile in Nechnung ziehe, die wir etwa in Aussicht nehmen könnten".1

Tatsache ift also, daß Frankreich bis jum August 1865 sich niemals in klarer Beise darüber ausgesprochen hat, welche Forderungen es im Falle einer über Schleswigeholftein hinausgehenden Berichiebung der Machtverhältniffe gu ftellen beabsichtige; Tatsache ift aber auch, daß der Raifer die eingehende Ers örterung folder Möglichkeiten und die schriftliche Festlegung ber gegenseitig ju übernehmenden Berpflichtungen mehrmals in Unregung gebracht hat, folange Preugen mit Sfterreich verbundet war und es diese Berbindung ju lodern galt. Als fie fich im Sommer 1865 von felbst gelöft zu haben schien, und nun Golt - freilich seine Bollmacht überschreitend - einen Neutralie tätsvertrag anregte, wich er aus; benn jest schien es nicht mehr nötig und nicht mehr flug, sich zu binden, bevor man nicht sehe, welchen Gang die Dinge nehe men wurden. Tatfache ift ferner, daß Bismard volle Burudhaltung bes wahrte und auf teine Untrage Frankreichs einging, folange er mit Offerreich jusammen gegen Dänemark tämpfte, und solange noch eine Aussicht auf weitere Erhaltung biefes Bündniffes bestand. Sobald bas Einvernehmen sich loderte, anderte er fein Berhalten gegenüber Franfreich. 3war wollte er auch jest auf feine festen Abmachungen eingehen, folange nicht der Rrieg gang unvermeidlich geworden fei, ließ aber hoffen, daß Napoleon aus feiner Begunftigung ber preußischen Absichten die ersehnten Borteile werde gieben fonnen. Db seine Außerungen im Mai 1865 noch einen weiteren Zweck verfolgten, werden wir erft nach einer Betrachtung der Borgange, die im herbst dieses Jahres stattfanden, beurteilen fonnen.

<sup>1</sup> Droupn an Lefebore, 15. Aug. Ar. 1493. Er vermutete damals schon auf Grund der Bes richte von Gramont, daß es nicht zum Kriege, sondern zu einem Abkommen über das Kondos minium kommen werde.

## 3. Rapitel.

## Gastein und Biarritz.

Als im Sommer 1865 jede Möglichfeit einer Verständigung mit Hierreich über Schleswigeholstein erschöpft zu sein schien, hat Bismard nicht nur alles zum Kriege vorbereitet, sondern auch offenbar dessen Ausbruch dringend ges wünscht. Ende Juni hat er sich Gramont gegenüber in Karlsbad mit bes sonderer Schärfe über das össerreichische Bündnis ausgesprochen: es sei für Preußen eine Unannehmlichteit und eine Fessel gewesen vom ersten Tage seines Bestehens an; es werde jest zu einem hindernis, dessen Beseitigung das ganze Land mit Ungeduld erwarte. hätte er damals noch eine Verständis gung für möglich gehalten, so würde er so scharfe Worte faum gebraucht has ben; da er aber den Krieg für nahe bevorstehend hielt, glaubte er die bisher bes obachteten Rücksichten beiseite seben zu können.

Auch der König zeigte sich schon im Frühling 1865 bereit, zu den Waffen zu greifen, wenn Österreich ihm jeden Gewinn aus dem dänischen Kriege verssagen wolle. Aber wir kennen schon die Einstüsse, die in seiner Umgebung in anderem Sinne tätig waren. Sobald von Wien aus nur das geringste Entsgegenkommen gezeigt wurde, war er wieder zum Einlenken bereit und niemals fest entschlossen, die volle Annexion der Herzogkümer auch auf die Gefahr eines Krieges hin zu verlangen.

Es ist daher begreiflich, daß der König es mit großer Freude begrüßte, als im August 1865 durch den Abschluß des Vertrages von Sastein die Gefahr eines friegerischen Zusammenstoßes für den Augenblick vermieden wurde, ja sogar die Möglichkeit einer dauernden friedlichen Verständigung geschaffen zu werden schien. Diese Wendung ist auch für die Gestaltung der preußische französischen Beziehungen so bedeutsam gewesen, daß wir über die Ursachen, die sie herbeigeführt haben, Klarheit zu gewinnen suchen müssen.

<sup>1</sup> Bericht Gramonts v. 5. Juli Rt. 1444.

<sup>2</sup> Es wird gang in seinem Sinne gewesen sein, wenn Graf Eulenburg dem frangofischen Ges schäftsträger sagte, das Bundnis mit Ofterreich sei eine Zeitlang nublich gewesen; jest aber seien alle Borteile erschöpft, die man daraus habe ziehen tonnen (Ber. Lefebvres v. 15. Juli 1865 Rr. 1451).

<sup>3</sup> Die Berichte Benedettis v. 22. u. 24. Mars 1865 (Rr. 1294 u. 1304) scheinen die frieges rische und annerionistische Stimmung des Königs etwas zu ftart zu betonen. Anfang Mai fürchtete der Botschafter wieder den Sieg der Offerreich freundlichen Partei und fand Bismarck-Stellung erschüttert (Privatbrief v. 3. Mai Rr. 1382).

Sybel führt den Bergicht Preugens auf den fofortigen Rampf und die Unnahme der fleineren Vorteile, die von Sferreich ohne Rrieg zu haben waren, barauf jurud, daß der König und Bismard infolge der aus Paris von Golb und aus Floreng von Usedom eingelaufenen Nachrichten über die voraus, fichtliche zweifelhafte haltung Frankreichs und Italiens die allgemeine politische Lage als zu ungunftig betrachtet hatten. Ich glaube, daß diese Auffassung zwar für den Rönig, nicht aber für Bismard zutrifft. Dieser war sich ja längst darüber flar, was Napoleon beabsichtige und wünsche; so konnten ihn die Berichte des Grafen Golb, da fie nichts Reues von Bedeutung enthielten, schwerlich mehr beunruhigen, als die bisherige haltung Frankreichs übers haupt. Daß Italien mitgehen werde, wenn Preugen voranschreite, war ihm wohl niemals zweifelhaft; es fei denn, daß Gferreich etwa freiwillig auf Benes tien verzichtet hatte, wovon jedoch fein Anzeichen vorlag. Er wußte auch, daß Rapoleon eine bindende Zusage vollständiger Uneigennütigkeit nicht geben werde, daß daher eine formliche Abmachung mit ihm unmöglich fei; ebenfo, daß Italien feine formlichen Berpflichtungen eingehen werde, wenn Napoleon es nicht wünsche. Dies alles hatte sich im Juli und August in feiner Beise geandert.

Bohl aber icheint der Rönig bindende Erflärungen Franfreichs und Italiens bei der Gefährlichkeit des geplanten Unternehmens schon damals als note wendig betrachtet zu haben. Sein Migtrauen gegen Napoleon, den "uners forschlichen Führer des Erzfeindes", ließ ihn auf dieser Vorsichtsmaßregel bes fteben. Bismard traute dem Raifer ebenso wenig wie fein herr, wollte ibn aber hinhalten und überliften.2 König Wilhelm wurde auf eine fo fühne und unsichere Spetulation, wenn er sie burchschaut hatte, nicht eingegangen sein. Er wollte ehrlich verfahren und Rlarbeit schaffen; Rapoleon sollte sagen, was er tun wolle und mas er verlange. Ihm mußten daher die Berichte des Grafen Golt eine Enttäuschung bereiten. Es zeigte fich bier, wie unangenehm für Biss mard die Eigenmächtigfeit des Botschafters gewirft hatte. Sätte Golb fich, wie ihm von Bismard vorgeschrieben war, auf Sondierungen und die Mits teilung von Eindrücken beschränft, so wurde dies auf den König nicht so stark gewirft haben, wie die Ablehnung des von ihm angeregten Neutralitäts; vertrages. Ich glaube nicht zu irren in der Annahme, daß Bismard gerade beshalb über einen formlichen Bertrag erft verhandeln wollte, wenn der Rrieg ficher fei, weil er wußte, daß ein folcher unter annehmbaren Bedingungen

<sup>1</sup> Un Bismard 16. April 1864 (Anh. ş. d. Ged. u. Erinn. 1, 109). Bgl. auch 19. Dez. 1864 a. a. D. 1, 114. Immer wieder betonte der König, daß flare und unzweideutige Erflärungen Napoleons über seine Absichten unerläßlich seien.

<sup>2</sup> Dies ift mit besonderer Schärfe von Leng, Gesch. Bismards (3. Aufl.) S. 87f. hervors gehoben worden, und wird durch jede neu bekannt werdende Nachricht bestätigt.

nicht zustandekommen konnte. Zeigte sich dies, bevor der Bruch mit Herreich unwiderruflich vollzogen war, so konnte es den König zur Nachgiebigkeit gegen Wien veranlassen; zeigte es sich erst nachher, so konnte es den Ausbruch des Krieges nicht mehr hindern.

Bismark wußte, wie schwer dem König der Entschluß zum Kriege gegen Ssterreich war; so brennend er ihn wünschte, konnte er doch über die Bedenken seines Herrn nicht hinweggehen, durfte nicht einmal den Anschein erwecken, als wolle er auf den Monarchen bei dieser verantwortungsvollen Entscheidung einen unzulässigen Druck ausüben, wenn er ihn nicht in die Arme der Gegner treiben wollte.

Für Bismard war also in erster Linie die Rücksicht auf die Stimmung des Königs maßgebend, als er sich entschloß, überhaupt noch einmal auf Bershandlungen mit Österreich einzugehen. hätte er allein zu bestimmen gehabt, so würde ihn die Rücksicht auf Frankreichs Zweideutigkeit jeht so wenig zurücks gehalten haben, wie früher oder später. Ob es möglich sein werde, nochmals einzulenken, mußte natürlich von dem Maße des Entgegenkommens abs hängen, das von der anderen Seite gezeigt wurde.

Der Plan zu einer Teilung der Verwaltung in den Herzogtümern, so daß Preußen diese in Schleswig, Herreich in Holstein ausüben, Kiel Bundesshafen und Flensburg Bundessestung werden sollte, ging bekanntlich von dem österreichischen Gesandten in München, Grafen Blome aus, und wurde nach längeren schwierigen Verhandlungen sowohl von preußischer wie von österreichischer Seite angenommen.<sup>2</sup> Für Preußen gewährte das Abkommen gewisse Vorteile: Osterreich mußte sich durch Verlängerung des Kondomis

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Wie sehr Bismard von dem Wunsch des Königs nach einer friedlichen Lösung überzeugt war, und mit welcher Sorgsalt er darauf Rücksicht nahm, zeigt sein Brief vom 1. August 1865 (Anh. 3. d. Sed. u. Erinn. 1, 119). Allerdings ist bei seiner Beurteilung mit zu erwägen, daß Bismard selbst den Ausbruch des Kampses um einer solchen Lappalie willen, wie es das vorzeitige Bekanntwerden der beabsichtigten Konvention gewesen sein würde, nicht wünschen konnte.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Die Nachrichten, welche die französische Publikation über die Borgeschichte des Gasteiner Bertrages enthält, sind zum Teil mit Sybels Darstellung unvereindar, beruhen wohl aber meist auf unzuverlässigen Gerüchten. So soll Ende Juli ein personlicher Briefwechsel zwischen den Monarchen stattgefunden haben, in dem König Wilhelm eine Zusammenkunft als inopportun abgelehnt hätte (Rr. 1547). Blome soll in Gastein vom Könige gefordert haben, daß Bismarch bei der Besprechung der Monarchen nicht zugegen sein dürse, was Wilhelm schaft zurückgewiesen habe (Rr. 1477); endlich soll der Teilungsvorschlag nicht von Blome, sondern von Bismarch ausgegangen sein; da Blome ihm wenig Wert beigelegt habe, hätte Bismarch ihn dann amtlich durch Werther an Mensdorff bringen lassen (Nr. 1497). Die soseben in der histor. Visser. 1914 S. 229 s. veröffentlichte Untersuchung von Hesselbarth sider den Ursprung des Gasteiner Bertrages legt diesen Angaben m. E. einen zu großen Wert bei. Seine Netonstruttion des Herganges halte ich für unzutressend. Ramentlich

nats auf unbestimmte Zeit die Mittelstaaten, die auf sofortige Einsehung Augustenburgs drangen, von neuem entfremden<sup>1</sup>; Preußen selbst konnte in Schleswig und Riel ungestört festen Fuß fassen und besaß in diesen Positionen ein sicheres Pfand dafür, daß man, ohne seine Forderungen zu berücksichtigen, über die Zukunft der Herzogkümer nicht werde verfügen können.

Bas aber bestimmte Ofterreich jum Entgegenkommen? Die frangofischen Berichte bestätigen uns, daß man hier weder finanziell noch militärisch jum Rriege geruftet war, daß die Rudficht auf die inneren Schwierigfeiten und die Unselbständigkeit des leitenden Ministers, Grafen Mensdorff, wichtige Kaftoren bei der Entscheidung waren. So planlos wie man unter Rechberg die schlewigsholsteinische Politik begonnen hatte , setzte man sie jetzt fort. Ans fangs hatt man geglaubt, die Personalunion der herzogtumer mit Danes mark unter Garantien für die deutsche Bevolkerung durchseten ju konnen2; man hatte fich aber völlig getäuscht, wenn man glaubte, daß bies auch Preugens Biel fei, ober daß es wenigstens gelingen werde, den Berbundeten bei dieser Lösung festzuhalten. Als sie an Danemarts hartnäcigfeit gescheis tert war, proflamierte man die augustenburgische Kandidatur, die man vorher aufs heftigfte befämpft hatte, um nur die Einverleibung in Preugen ju vers hindern. Als Preugen Schwierigfeiten machte, wuchs die Ratlosigfeit in Wien: auch Rechbergs Sturk und Mensborffs Ernennung anderten baran nichts. Im Dezember 1864 ichrieb der frangofifche Botichafter, man konne fich

ist es völlig undenkbar, daß Bismards eigentliches Ziel die vollständige Teilung der Herzogstümer gewesen sei, so daß Österreich Holstein dem Augustendurger hätte abtreten können. Denn Bismard wollte stets die Annexion der ganzen herzogtümer für Preußen. (Bgl. die solgende Ann.) Dieser Vorschlag kann nur von österreichischer Seite ausgegangen sein, und Vismard hat den auf dieser Grundlage von ihm ausgearbeiteten Entwurf (Vism., Ib. 4, 196) gewiß nur deshalb aufgestellt, um Bedingungen hineinzubringen, die Östers reich nicht annehmen konnte. Begreissicherweise wollte er den gegnerischen Vorschlag nicht direkt ablehnen, sondern zog es vor, ihn so zu amendieren, daß Österreich ihn zurückziehe. Der Brief des Königs vom 1. August, auf den hesselbarth sich besons ders beruft, beweist nur, daß dieser Vismarcks Plan nicht durchschaute.

<sup>1</sup> Bismarck schrieb am 16. August an Golg: "Wir erwarten von demselben einstweilen die Wirtung, Österreich den Mittelstaaten und der öffentlichen Stimmung zu entfremden, da die Verleugnung der von Hetelstaaten und der öffentlichen Stimmung zu entfremden, da die Verleugnung der von Holstein zunächst den Angeberungen des Bundes gegenübersteht. Wir werden im Rieler Hasen die nötigen Bauten sofort beginnen; in Schleswig haben wir entweder ein ausreichendes Pfand für die Erfüllung unserer Februar-Bedingungen, oder wir werden, wie dies den Intentionen S. M. mehr entsprechen würde, durch Österreich, oder gegen Herreich Holstein dazu erwerben, und im letzteren Falle, soweit es tunlich und nötig sein wird, den dänisch-französischen Wünschen Rechnung tragen können."

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Bgl. Rechbergs Außerungen zu Eramont im Januar 1864 (Ber. Gramonts v. 23. Jan. u. 1. Febr. Rr. 118 u. 1761). Ebenso äußerte sich Fürst Metternich in Paris (Droupus Erlaß v. 15. Febr. 1864 Rr. 206).

taum eine Vorstellung machen von der Unentschlossenheit und Verwirrung, die in Wien herrsche, und deren Folge die augenblickliche Einflußlosigkeit Herreichs sei.

Dabei täuschte man sich in der hofburg noch immer über den Ernst der prenßischen Forderungen und den wahren Charafter der Bismardichen Politik. Man fab bier wirklich in Bismard, bem Konfliftsminister, bem Manne, ber der Mehrheit des preußischen Varlamentes mit einer Schroffheit entgegens trat, wie es niemand vor ihm gewagt hatte, den überzeugtesten und tats fraftigsten Bortampfer der fonservativen Pringipien2; und wenn man ihm auch gefährliche hintergedanken gutrauen mochte, fo nahm man doch mit aller Bestimmtheit an, daß es ihm nicht gelingen werde, König Wilhelm gu einer Politif zu bewegen, die den Bruch mit Sferreich zur Folge haben fonne.3 Aus biesem Grunde verkannte man auch im Frühling 1865 den Ernft ber Situation vollständig und glaubte, Bismard brobe nur, um Jugeftands niffe zu erlangen, werde aber weder den Mut noch die Macht haben, diesen Drohungen entscheidende Taten folgen ju laffen. Erft die bestimmten Er: flärungen Bismards in Gastein gegenüber dem Grafen Blome führten die Biener Regierung ju der überraschenden Erfenntnis, daß der Krieg unver: meidlich sei4, wenn man den Forderungen Preugens nicht entgegenkomme; und da man jum Rampfe schlechterdings nicht gerüftet war, entschloß man fich ju weitgebender Nachgiebigkeit. Ein wefentliches Motiv lag auch barin, daß man der größeren Mittelstaaten nicht sicher war.5 Die lette Entscheidung

<sup>1</sup> Ber. Gramonts v. 2. Dez. 1864 Nr. 1079.

<sup>2</sup> Auch Raifer Alexander fagte zu Beuft, er schätze Bismard als Bortampfer gegen die Demotratie und glaube nicht, daß er das Mißtrauen verdiene, welches man ihm an den deuts schen hofen entgegenbringe (Ber. v. Forthe Rouen 18. Jan. 1865 Rr. 1200).

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Abrigens begann doch auch Offerreich seit dem Herbst 1864 eine Annäherung an Frankteich zu suchen (s. Ber. Gramonts v. 3. Okt. 1864 Rr. 910 u. 2. Nov. 1864 Rr. 990); noch stärter trat dies hervor, als im Frühling 1865 die Lage ernster wurde; Offerreich gestand damals, was es bisher stets abgelehnt hatte, die Rückzession Nordschleswigs an Dänemart zu, um sich in diesem Punkte in Paris nicht durch Preußen überdieten zu lassen (Ber. Gramonts v. 20. Rai 1865 Rr. 1408).

<sup>\*</sup> Bgl. die Außerungen Blomes zu dem französ. Geschäftsträger Grafen de Mosbourg in best. Bericht v. 19. August Ar. 1506. — Abrigens wollte Graf Rarolpi im Februar 1866 noch immer nicht an den Ernst der preußischen Drohungen glauben (Ber. Benedettis v. 12. Febr. Ar. 1759). Das Maß der Verblendung in Bien zeigt eine Außerung Gramonts, die sich auf seine Unterhaltungen mit den österreichischen Staatsmännern gründete (Ber. v. 24. Febr. 1866 Ar. 1792): Man ziehe dort Bismard jedem anderen preußischen Kinister vor, weil seine Unpopularität ein Gegengewicht gegen die Kühnheit seiner Pläne bilde. Auch Bieges leben täuschte sich noch nach Gastein über Preußens Vereilschaft zum Kriege, s. Bogt 68.

Braf Mensborff außerte bald barauf, er wurde ben Bertrag nicht unterzeichnet haben, wenn er fich auf die Mittelftaaten ficher hatte verlaffen tonnen, aber namentlich Bayern habe im entscheidenden Moment verfagt (Ber. des Barons Baude v. 8. Sept. Nr. 1561).

hat offenbar der Kaiser selbst gegeben<sup>1</sup>, während die preußenfeindlichen Räte der Staatstanzlei, insbesondere Biegeleben, von den Beratungen aus; geschlossen wurden.

Un sich hatte Ofterreich in seiner haltung gegenüber Deutschland immer zwei Möglichkeiten vor fich. Es konnte entweder mit Dreußen zusammen und im Widerspruch zu den Mittelstaaten und der liberalen Stromung Deutsche land ju regieren versuchen, oder es tonnte im Bunde mit den Mittelftaaten, gestütt auf die Mehrheit in der Bundesversammlung, Dreußen gur Unters werfung zu bringen trachten. Das erfte Syftem ware, felbft wenn ein anderer Mann wie Bismard die preugische Politit geleitet hatte, nur bann wirflich auf die Dauer durchführbar gewesen, wenn man Preußen nicht nur in der schleswigsholsteinischen, sondern auch in der deutschen Frage erhebliche Bus geständniffe gemacht, namentlich seine Gleichberechtigung in der Leitung des Bundes anerkannt und gang und gar darauf verzichtet hatte, es gelegentlich mit hilfe der Mittelstaaten zu majorisieren. Das zweite System beruhte auf der Boraussehung, daß Preußen sich einschüchtern lassen und vor einer gewalt: samen Berteidigung seiner Interessen unter allen Umftanden gurudschrecken werde. Man'tonnte sich in Wien für feine der beiden Möglichkeiten dauernd entscheiden, sondern versuchte nach wie vor, bald die Mittelstaaten gegen Preugen2, bald Preugen gegen die Mittelstaaten zu benugen. Go trieb man dem Kriege mit Preußen entgegen, und verlor doch gleichzeitig das Vertrauen der Mittelstaaten. Die haltung des größten unter ihnen, Banerns, mar gerade jur Zeit der Gasteiner Berhandlungen wohl geeignet, Bedenken in Wien hervorzurufen.

Über die Politik der Mittelstaaten3 bringt die französische Publikation eine Reihe von neuen Einzelheiten, ohne indes die Erundzüge der bisherigen Aufsfassung wesenklich zu verschieden. Die Angst der Mittelskaaten vor einer Mediatisserung durch Preußen, das Gefühl der eigenen Ohnmacht, ihr Berslangen, bei Österreich Schutz zu finden, und ihre wachsende Enttäuschung über die Unzuverlässisseit Österreichs und dessen Jusammengehen mit Preußen, treten in den Berichten der französischen Seschäftsträger deutlich hervor. In der unbedingten Ausrechterhaltung der Autorität des Bundes, den sie ja versmöge der bestehenden Stimmenverteilung beherrschen konnten, sahen sie die einzige Möglichkeit, den sie bedrohenden Gefahren zu entgehen. Die Versuche Beusts, die Mittelskaaten fester zusammenzuschließen, scheiterten an der Eifers

<sup>1</sup> S. oben G. 410 Anm. 4.

Eraf Mensdorff lentte offenbar schärfer in diese Richtung ein, als Nechberg es gewollt hatte. Er ermunterte Bapern dirett, die schleswigsholsteinische Sache vor den Bundestag zu bringen (Ber. v. Ma. Cadore 15. Mai 1865 Nr. 1279 u. d. Bar. Forthe Nouen v. 26. Mai Nr. 1311).

<sup>3</sup> Bgl. hierüber jest E. Bogt, D. heff. Politit in d. Zeit d. Reichsgrundung S. 70ff.

sucht der einzelnen Staaten gegeneinander und an dem Gefühl, daß selbst die Macht der vereinigten übrigen Staaten viel zu gering fei, um gegenüber ben Großmächten eine wirkliche Sicherheit zu gewähren.1 Man wurde den leitens ben Staatsmannern Sachfens, Baperns, Burttembergs, hannovers und Badens unrecht tun, wenn man ihre deutsche Gefinnung in Zweifel goge.2 Sie glaubten, daß gerade das Intereffe Deutschlands dahin brange, die Großmächte, deren Intereffen mehr europäische als deutsche feien, nicht gur unbedingten herrschaft über den Bund tommen gu laffen. In Deutschland, fagte Baron von der Pfordten, wollten felbst diejenigen, die von Einheit träumten, die Selbständigfeit ihres engeren Baterlandes nicht opfern; die Bundesverfaffung entspreche daber aufs befte den nationalen Bedürfniffen; man fonne fie wohl im einzelnen verbeffern, muffe aber im Pringip an ihr festhalten. So glaubten er und feine Gefinnungsgenoffen eine nationale Pflicht zu erfüllen, wenn fie den Bund gegen die herrschaftsbestrebungen der Großmächte und die unitarischen Bestrebungen bes Nationalvereins ver teidigten.3 Sie meinten, für diese Bestrebungen einen Rüchalt bei Frants reich finden ju konnen, ohne daß daraus eine wirkliche Einmischung diefer Macht in die innerdeutschen Verhältnisse hervorgeben muffe. Eine folde wiesen sie immer wieder auf das entschiedenfte jurud und liegen dem Raifer Napoleon feinen Zweifel darüber, daß jeder derartige Berfuch von feiner Seite gang Deutschland einig finden werde.4 Aber so ehrlich gemeint dies

Der frangöfische Gefandte in Dresben, Baron Forthe Rouen, fällt über die Triasplane Benfts das vernichtende Urteil: "Richts ift verwunderlicher, als dieses Bertrauen des fächste schen Ministers zu Kollegen, die ihn so oft verraten haben" (Ber. v. 24. Aug. 1864 Rr. 806).

<sup>2</sup> Um meiften find folche Zweifel bei Beffen:Darmflabt berechtigt. Minifter von Dalwigt gab zwar auch im allgemeinen feine Abneigung gegen eine frangofifche Ginmifchung zu ers fennen, fagte aber boch icon Unfang 1864, er bente, daß Frantreich eine Machtvergrößerung Preugens auf Roften feiner Nachbarn nicht bulben werbe (Ber. b. Grafen b'Afforg vom 20. Febr. Ar. 225). Bgl 19. Mary Ar. 346. Noch beutlicher im Januar 1865 (Ber. com 18. Januar Rr. 1199). Abnlich ber naffauifche Minifter (Ber. vom 1. April Rr. 390) und in Baden der bem Rationalverein nahestehende herr von Roggenbach (f. Bogt 26). Abrigens fagte auch ber baprifde Minifter von Schrend, er habe nichts bagegen, bag bie "Trias", wenn fle juftande tomme, unter Frantreichs Schut gefiellt werde (Ber. des Barons Forthe Rouen v. 24. Febr. 1864 Rr. 259). Abnlich außerte fich Dalwigt (Ber. b. Grafen Salignac v. 1. April Rr. 391 u. 5. April Rr. 402). - 3m Sommer 1865 außerte v. b. Pforbten: "Die Frangofen braucht man nicht gleich gu rufen, bas Intereffe aber, bas fie an ber Dauer ber foberaliftigen Berfaffung Deutschlands nehmen, wird fich von felbft jugunften der Mittelftaaten geltend machen" (Bogt &1). Und abnlich meinte ber babifche Minifter v. Ebeles beim, wenn man vor jeder freien Mitwirfung Franfreichs, felbft wenn fie fich von direfter Intervention fernhalte, angfilich jurudichrede, gebe man fich felber auf (a. a. D. 82).

Ber. b. Bic. Miloiges v. 15. Januar 1865 (Mr. 1192).

<sup>6.</sup> bef. ben Ber. v. Grafen Meculot aus Frantfurt vom 14. Januar 1865; er meint, fogar im Falle einer Auflösung bes Deutschen Bundes wurden die fuddeutschen Staaten

alles war, so ist doch nichts gewisser, als daß die notwendige Konfequenz ihrer Politik ein neuer Rheinbund unter französischem Protektorate hätte sein müssen.

Der vorteilhafteste Zustand blieb für sie immer, wenn die beiden Große mächte zwar nicht offen entzweit, aber auch nicht völlig einig waren, so daß fie bei der einen immer Schutz gegen die andere finden und unter gunftigen Umftanden in ihren Streitigfeiten felbft die Entscheidung geben fonnten. Da man Preußen die Absicht der Vergrößerung auf Rosten seiner Nachbarn und bas Streben nach einer hegemonie im fleineren Deutschland gutraute, von Offerreich aber mehr die Erhaltung der bestehenden Bustande erwartete, so war man im allgemeinen geneigt, fich enger an den Raiserstaat anzuschließen, und die Berwirrung und Ratlofigfeit der mittelftaatlichen Politit in diesen Jahren entsprang mesentlich baraus, daß Offerreichs Unnäherung an Preus Ben dies unmöglich zu machen ichien. Man troffete fich jedoch immer mit der hoffnung, daß dies unnatürliche Bündnis sich bald von selbst wieder lösen werde.1 Das charafteristische Merkmal für die Politik der mittelstaatlichen Machthaber war der gangliche Mangel an Augenmaß für die wirklichen Machtverhältniffe und Möglichkeiten. Dies zeigte fich ebenfo in ihrer Beurs teilung des Verhältnisses zu Frankreich wie zu den deutschen Großmächten. Schmeichelte fich herr von Dalwigt doch mit dem Gedanken, daß die Mittel: staaten Bismard durch ein "Quousque tandem" auf seinem Wege halt zu gebieten in der Lage seien.2

Die schleswigsholsteinische Frage erregte in den Mittelstaaten eigentlich nur in der Zeit ihres ersten Auftauchens wirkliches Interesse. Nach der Befreiung der Herzogtümer von Dänemark wurde namentlich in Süddeutschland die Stimmung der Bevölkerung gegenüber dem künftigen Schickal dieser Gestiete immer gleichgültiger. Für die Regierungen blieb jedoch der Gesichtsspunkt maßgebend, daß Preußen auf keinen Fall eine erhebliche Steigerung seiner Macht davontragen dürse. Am allerwenigsten wünschte man aber die Einsehung eines Basallenfürsten, der wesentliche Regierungsrechte an Preußen überlassen müsse. Man sprach es an diesen höfen ganz offen aus, daß damit ein Beispiel gegeben werde, das verhängnisvoll wirken könne. Gar zu leicht konnte Preußen in die Versuchung geraten, die Stellung des neuen herzogs von Schleswigsholstein als ein Vorbild anzusehen für die künfstige Stellung der einzelstaatlichen herrscher überhaupt. Diese Gesichtss

sich nicht mit Frankreich, sondern mit der Schweiz verbinden (Ar. 1189). Ebenso melbete Bic. de Méloizes aus München (7. Juni 1865 Ar. 1426), daß die antifranzösische Strömung "die Hauptgrundlage des Patriotismus bilde, wie man ihn rechts des Rheins versiehe".

<sup>1</sup> Außerung Beufts ju Baron Forthe Rouen, f. beff. Bericht v. 7. Sept. 1864, Nr. 830.

<sup>2</sup> Bogt a. a. D. S. 50.

<sup>3</sup> Bgl. die Außerungen bes hannoverifden Minifters Grafen Platen (Ber. bes Grafen

puntte waren, neben der Rücksicht auf die öffentliche Meinung und die libes ralen Kammermehrheiten für die Haltung der Mittelstaaten entscheidend.

Bismark sah die Mittelstaaten stets als einen Faktor an, dem in den Rechnungen der preußischen Politik nur eine sehr beschränkte Wichtigkeit zustomme. Er wußte genau, wie gern sie entscheidenden Entschlüssen auss wichen, wie schwer sie zu einheitlichem Handeln zu bringen sein würden und wie gering bei der langjährigen Vernachlässigung ihres Militärwesens die Kräfte seien, die sie im Ernstfalle würden ausbieten können. Der einzige Staat unter ihnen, der für sich allein eine gewisse Bedeutung beanspruchen konnte, war Bayern, und es ist ja bekannt genug, daß Vismark bis zum Ausbruch des Krieges immer wieder versucht hat, Bayern, zuleht durch das Angebot des Kommandos in Süddeutschland, auf die Seite Preußens zu ziehen oder wenigstens zu vollständiger Neutralität zu bestimmen. Das Vershalten des bayrischen Ministers von der Pfordten in der Zeit des Gasteiner Vertrages erwecke in ihm die Hosfnung, daß dies gelingen werde. Ents

be Reiset 7. Dez. 1864 Rr. 1091 u. 14. Dez. Rr. 1112) u. Beusts (Ber. d. Barons Forthe Rouen v. 15. Dez. 1864 Rr. 1114); dieser meinte, est tomme zunächst darauf an, Bismarcks Politik zu demaskieren (ferner Ber. Eramonts v. 29. Dez. 1864 Rr. 1146). Aus demselben Erunde wurde die Einsetzung eines selbständigen Fürsten unter derartigen Beschränkungen von den Männern des Nationalvereins besürwortet (f. Ber. Talleprands v. 25. April 1864 Rr. 455).

1 Er nannte sie einmal: "Nullen, die vor die Einheit gestellt seien" (Ber. Lefebvres v. 12. Sept. 1865 Rr. 1567). Bei derselben Gelegenheit sagte er: "Sie sind wie hunde, die, wenn man sie frei herumlaufen läßt, sanft sind und niemandem etwas tun; wenn sie aber in ihrer hütte am hause ihres herrn angesettet und sozusagen zu einer offiziellen Fraktion organissert sind, so bellen sie wie die Wütenden." — Ferner die Außerungen in seinem Erlaß an Goly vom 1. September 1865 s. unten S. 450, Anm. 1.

<sup>2</sup> Der badische Minister v. Roggenbach meinte, man werde dem Augustenburger am meisten nühen, wenn man ihn nicht offen unterstüpe, weil jedes derartige Vorgehen der Mittelstaaten Preußen nur reizen werde (Ber. v. Marquis Cadore v. 4. Dez. 1864 Nr. 1080); er war geneigt, Beschränkungen der Souveränität zugunsten Preußens zuzugestehen (Ber. Cadores v. 8. Dez. 1864 Nr. 1093).

<sup>3</sup> Schon im August 1864 warb er um Baperns Justimmung zu einer schärferen Untersordnung der kleineren norddeutschen Staaten unter Preußen, indem er dem Minister v. Schrend unter geschickter Benutung des baprischen Selbstgefühls auseinandersetzte, daß Bapern zwar die Möglichkeit habe, als selbständiger Staat außerhalb des Bundes zu erisstieren, hannover und Aurhessen aber nicht; diese "könnten vermöge ihrer geographischen Lage nicht unabhängig von Preußen sein wollen, dessen notwendige Enklaven sie bildeten" (Ber. d. Grafen Gabriac aus München v. 31. Aug. 1864 Rr. 821).

\* Schon im herbst 1864 hatte ber damalige Minister v. Schrend geaußert, wenn Preußen nur nicht direkt annektiere, sondern sich mit dem Borbehalt bestimmter Rechte in den herzogs tamern begnüge, so sei dagegen nichts einzuwenden (Ber. des Bic. des Méloizes v. 7. Sept. 1864 Rr. 831). Bapern wich mit dieser Auffassung scharf von derjenigen der übrigen Mittelstaaten ab. — Aber Pfordtens Unterredung mit Bismard in Salzburg am 23. Juli (f. Cybel 4, 155 f.)

scheidenden Wert hat er aber darauf nie gelegt und gedachte keineswegs den Rampf deswegen aufzugeben, weil Bapern und die übrigen Mittelstaaten auf der Seite Österreichs stehen würden.

Wag nun aber mehr das Gefühl der eigenen Schwäche oder der Mangel an Vertrauen zu den mittelstaatlichen Bundesgenossen für Österreich ausschlags gebend gewesen sein, jedenfalls wich es in Gastein noch einmal einen Schritt zurück, indem es einem für Preußen so vorteilhaften Abkommen zustimmte. Dadurch erwachte in König Wilhelm noch einmal die Hossnung, daß aus diesem Vertrage vielleicht eine friedliche Lösung hervorgehen könne. Bei der zweisdeutigen Haltung Frankreichs und Italiens war er sehr geneigt, die darges botene Hand zu ergreisen; Vismarck trug dieser Stimmung seines Königs Rechnung und verzichtete vorläusig auf den Krieg.

Aber teilte er selbst die Hoffnungen seines Monarchen? Seine Anweisungen an den Grasen Golh aus Gastein vom 16. August geden darauf die Antwort. Er betonte hier immer wieder aufs schärsste den provisorischen Charakter der Abmachungen; das Verhältnis zu Österreich sei im Prinzip nicht geändert. "E. E. werden aber erkennen, schried er, daß die Situation im großen und ganzen sich nicht geändert hat und daß es fortdauernd notwendig für uns ist, die Fühlung mit Frankreich nicht zu verlieren, und uns ein möglichst objektives und klares Urteil über dessen Haltung bei einem Konssitt beider deutschen Mächte zu gewinnen. Ein Abkommen über eine veränderte Organisation des Kondominats ist lediglich als eine weitere Etappe auf unserem Wege zur dezsinitiven Lösung der Herzogkümerfrage mit den sich an sie knüpfenden Konsequenzen anzusehen; die Differenz ist nicht ausgeglichen, und es bleibt eine offene Frage, ob diese Ausgleichung auf friedlichem Wege erfolgen kann. Ebenso ist es ungewiß, ob die neue Organisation des Kondominats in befriedigender Weise sich entwickeln und alle Anstöße und Komplikationen beseitigen wird.

bringt die französische Publikation einige neue Details, die auf Pforden selbst zurückgehen. Danach hätte Bismard, über die im Kriegsfall von Frankreich etwa drohende Sefahr befragt, erwidert: "Das ist mein Seheimnis" (Kr. 1459, vgl. 1474. 1475). Weniger verbürgt, obgleich an sich nicht unwahrscheinlich, ist es, daß Bismard Bayern für den Fall seiner Reutralität eine ähnliche Stellung in Süddeutschland in Aussicht gestellt habe, wie Österreich sie jetzt einnehme (Kr. 1490). Noch am 25. Dez. 1865 meldete Méloizes aus München (Kr. 1706): "Die Rolle, die Preußen für Bayern reserviert hat, scheint der Eigenliebe der bayrischen Staatsmänner zu schmeicheln." Im Februar 1866 wollte Bayern nur dann bestimmt verssprechen, daß es auf Österreichs Seite treten werde, wenn Österreich die Streitstagen dem Bunde zur Entscheidung überlasse (Ber. v. Réloizes 26. Febr. Rr. 1802). Später fügte Pfordten hinzu, daß andernfalls die Mittelstaaten neutral bleiben würden (Réloizes 11. u. 14. März 1866 Rr. 1875. 1889; vgl. Forth-Rouen 14. März Nr. 1887.) Bgl. Vogt 86. 95 u. unten S. 465 Anm. 3.

Der frangösische Gesandte in Stuttgart berichtete am 26. Februar 1866 (Rr. 1804): die drei bedeutendsten württembergischen Minister (Barnbuler, Reurath und Wiederhold) hats

Die Entscheidung der hauptfrage ist, auch wenn die Zusammenkunft der beiden Monarchen das erwartete Ergebnis eines minder friegsgefährlichen Provisoriums hat, nur als vertagt zu betrachten, und alle Chancen der desienitiven Lösung, welche bisher in Aussicht standen, bleiben nach wie vor offen.

Unfere Stellung ju berfelben aber, die Biele, welche wir und dabei ju fteden und die gange Richtung, welche wir unserer Politik gu geben baben, wird wesentlich bedingt durch das größere oder geringere Vertrauen, welches wir auf die haltung Frankreichs im gegebenen Moment feben durfen. Der Sang, welchen die öfferreichische Politit bisher genommen bat, nötigt uns, Die Möglichkeit des Bruchs im Auge zu behalten; die Klugheit gebietet, uns die Entscheidung, ob und eventuell wann und wie wir diesen Bruch eintreten laffen, frei zu halten. Die Rudficht auf Frankreich wird dabei einen wefents lichen, im gegebenen Augenblid vielleicht entscheidenden Charafter für die Entschließung S. M. bes Königs bilden. Allerhöchstderfelbe bedürfen vor ber Entscheidung über die einzuschlagende Richtung größerer Rlarheit über Die Intentionen Frankreichs, als E. E. bisherige Mitteilungen gemahren tonnten, und muffen mit mehr Sicherheit beurteilen fonnen, welche Ges fahren auf dem Bege einer aktiven und fich höhere Ziele ftedenden preußischen Politik fich darbieten, und welche Bürgschaften des Erfolges in den Allians gen, die für diefen Fall ins Auge gu faffen find, gefunden werden konnen. Ich glaube gur Erreichung Diefes 3weds auf Diejenige vom gegenseitigen Bertrauen und von dem Streben nach unbedingter Einheit der Aftion ges tragene Mitwirfung E. E. rechnen ju dürfen, beren S. M. bei allen Organen der preußischen Politik bedarf, wenn dieselbe einer gefahrvollen Phase naber treten foll, welche bas gemeinsame Baterland unter bem Ginfage feines gegenwärtigen Bestandes einer größeren und gesicherteren Zufunft entgegenführen fann."

In anderen Außerungen ging er noch weiter, indem er sagte, er habe die Bestimmungen des Vertrages absichtlich so unklar gefaßt, daß er jederzeit aus dem Streit um ihre Auslegung einen Kriegsfall gewinnen könne. Ich zweifle nicht, daß er wirklich so gedacht hat. Dann aber mußte er dafür sorgen, daß bei einer Erneuerung der Krisis nicht wieder ähnliche Bedenken des Königs seine Pläne durchkreuzen könnten. In der Tat setzen sofort seine dahin zielenden Bemühungen ein; in zwei verschiedenen Richtungen lassen sie sich verfolgen.

ten fich geradezu haßerfullt über Preußen geaußert: hoffentlich wurden die tommenden Erseigniffe es gestatten, eine Macht zu vertilgen, die durch ihren Egoismus nur die Zwietracht in Deutschland fordere. Er meinte, die Bevöllerung bente im wesentlichen ebenfo.

Begenüber Lefebore, f. beffen Bericht v. 12. Sept. 1865 Mr. 1567. Insbefondere wies er barauf bin, daß es zweifelhaft fei, ob einer der beiden Souverane in seinem Berwaltungs, gebiet allein die Landftande einzuberufen berechtigt fei.

Erft nach Gaftein hat Bismard fich entschlossen, den Kampf mit Sferreich nicht an der schleswigeholsteinischen, sondern an der deutschen Frage ju ente gunden. Bor Gaffein war fein Drogramm, wie er es dem Parifer Botichafter dargelegt hat1, folgendes: wenn der König, ohne daß es ju einer Verständie gung gefommen ware, ben Boden Biterreichs verlaffen hat, nimmt Preugen eigenmächtig in den herzogtumern handlungen vor, die man sich in Wien nicht ruhig gefallen laffen fann, wie g. B. die Berhaftung des Erbpringen von Augustenburg. Auf Reflamationen verweigert es schroff jede Abhilfe und führt dadurch den Bruch herbei. Im Frühjahr 1866 hat er bekanntlich gang anders gehandelt: er stellte den Antrag auf Bundesreform und suchte also auf bem Gebiet der deutschen Frage den Konflittsfall zu schaffen. Ich glaube, daß Die Erfahrungen von Gaftein ihn auf diefen Beg geführt haben. Solange es fich nur um schleswigeholsteinische Fragen handelte, blieb ein Ausgleich möge lich; wie Ofterreich den Vertrag von Gastein durch Opfer ertauft hatte, so fonnte es, wenn die Lage wieder gefährlich wurde, schließlich noch ein weiteres Opfer bringen und etwa die Errichtung eines Bafallenstaates jugestehen.2 Dann wurde man wieder darauf eingehen muffen, man wurde in Schleswige Solftein eine nur halb befriedigende Lösung erhalten, und in Deutschland würden die alten unbefriedigenden Buftande fortbestehen. Gine Bundes: reform mit preußischem Seerbefehl im Norden und gesamtdeutschem Varlas ment aus allgemeinen Volkswahlen konnte Ofterreich nie annehmen, ohne fich selbst oder seine Stellung in Deutschland aufzugeben. Sobald Preußen diese Forderung offen stellte und aufrechterhielt, war ein Ausgleich taum mehr möglich, ober, wenn er wider Erwarten burch Nachgiebigkeit Bifer: reichs zustandefam, brachte er wenigstens Preugen den Borteil, sein Bers hältnis ju Deutschland in annehmbarer Beise ju regeln.

Eine andere Kette von Maßregeln bezweckte, des Königs Mißtrauen gegen Frankreich zu beseitigen und ihm die Hoffnung zu geben, daß Napoleon im Falle des Krieges wohlwollende Neutralität bewahren und jedenfalls keine deutschen Kompensationen fordern werde. Diese Aufgabe war schon an sich schwierig genug, weil Bismarck selbst recht gut wußte, worauf die Politik des französischen Kaisers ausging; sie war in dieser Zeit noch besonders erschwert durch die Haltung, die man in Paris nach dem Bekanntwerden des Vertrages von Gastein annahm.

<sup>1</sup> In dem Erlag vom 4. August, f. oben.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Was Bismard an dem früheren Aktionsplan nicht gefiel, ersieht man deutlich aus fols genden Worten im ersten Erlaß vom 16. August an Golg: Durch die bevorstehende Versständigung werde Preußen "der Notwendigkeit überhoben sein, schon jeht zu Maßregeln zu schreiten, welche den Bruch nicht mehr von unserer eigenen freien Entschließung, sondern von der Aufnahme, welche unsere Schritte bei Österreich fänden, abhängig machen würden."

Der Abschluß des Bertrages erregte bier Erstaunen und Enttäuschung. Nach den Berichten Benedettis und den Mitteilungen von Golp hatte der Raiser offenbar geglaubt, daß der Konflitt bereits unvermeidlich geworden sei1 und der Ausbruch des Kampfes nahe bevorstehe, daß also bald die Zeit toms men werde, wo er die Früchte seiner Politik werde ernten tonnen.2 Das 3us standekommen dieser unerwarteten Berständigung erweckte daber veinliche Aberraschung. Man verhehlte fich zwar nicht, daß in diesem Vertrag ein Sieg Preugens liege; allgemein wurde davon gesprochen, daß Preugen in Gaftein feine Rache für Olmus genommen habe.3 Aber man fragte fich, wie Offerreich baju gefommen fei, derartige Zugeständniffe ju machen, und fam auf die alte Bermutung jurud, daß ihm wahrscheinlich andere, für Frankreich unerfreus liche Zusagen dafür gemacht sein würden. Es tauchten wieder Gerüchte auf von einem geheimen Nebenabkommen, welches die Garantie des öfterreichis schen Gesamtgebietes enthalte.4 Graf Golp erhielt sofort die bestimmte Beis fung, der faiferlichen Regierung mitzuteilen, daß feinerlei geheime Artifel verabredet worden seien, und daß das gange Abkommen einen rein provisoris ichen Charafter trage und der definitiven Lösung der schleswig-holffeinischen Frage in feiner Beife vorgreife.5 Goly zweifelte jedoch felbft daran, daß diese Angabe Bismards richtig sei, weil er den Rugen der Gafteiner Rons vention für Preußen nicht begriffe, und hat es offenbar unterlassen, die ihm aufgetragene bestimmte Erflärung sofort abzugeben.

<sup>1</sup> Namentlich Gramonts Bericht vom 5. Juli (Rr. 1444) über seine Unterredung mit Bismard in Karlsbad mar geeignet gewesen, diese Borftellung hervorzurufen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Es mußte dem französischen Minister sehr unangenehm sein, daß gerade in den ents scheidenden Tagen, wo in Gastein verhandelt wurde, das Gerücht auftauchte, Frankreich vers lange Rompensationen; er wies damals den Gesandten beim Bundestage an, diese lächers lichen Fabeln formell zu dementieren; er habe kein einziges Bort dieser Art gesprochen (7. August Rr. 1480). Damit ist natürlich nicht bewiesen, daß seine Gedanken nicht doch auf dieses Ziel gerichtet waren.

Bgl. 1. B. den Bericht des Barons Forthe Rouen v. 30. Aug. Rr. 1531.

<sup>\*</sup> Die Eristenz eines folden Seheimvertrages meldet Graf Reculot aus Frantsurt a. 23. Aug. (Rr. 1516) angeblich auf Grund der Kenntnis einer an Savigny ergangenen Information. Graf de Rosbourg, Geschäftsträger in Wien, meldete, es bestehe zwar tein förmlicher Seheimvertrag, wohl aber mündliche Ubmachungen in dem befürchteten Sinne (Ber. v. 3. Sept. Rr. 1547).

Erlaß vom 16. August. Roch deutlicher sagte Graf Eulenburg dem französischen Gesschäftsträger in Berlin, daß das Abkommen teineswegs einen Bergicht Preußens auf den Erwerb von Holstein bedeute, sondern daß man früher oder später die ganzen Herzogtümer zu gewinnen hosse (Ber. Lefebvres v. 21. Aug. 1865 Ar. 1510). Ebenso äußerte sich Bismard am 30. August gegenüber dem Marquis v. Cadore in Baden-Baden (f. dest. Ber. v. 1. Sept. Ar. 1538). Später erklärte er ihm bestimmt, daß tein geheimes Nebenabsommen bestehe, daß er nach wie vor den Zusammenstoß mit Österreich für unvermeidlich halte und sich möglichst die Unterstützung Frankreichs und Italiens zu sichern bestrebt sein werde (Ber. v. 5. Sept. Ar. 1553).

<sup>.</sup> In feinem Bericht vom 28. August fuchte Goly feine abweichende Auffaffung von dem

Zugleich scheint er noch eine andere Eigenmächtigkeit begangen zu haben. In einem Erlaß vom 16. August hatte Bismard ihn nochmals darauf aufe mertfam gemacht, daß es für Preugens weitere Politik außerordentlich wichtig fei, ju miffen, ob der Raifer die Abficht habe, eine Bergrößerung der preußischen Machtstellung "nicht ohne für uns unmögliche Konzessionen oder Kompensationen jugulassen", da man sich dann, wenigstens für die gegenwärtige Phase ber europäischen Politit, die Ziele niedriger feden und fich mit Ofterreich zu verständigen suchen muffe. Bu diefen unmöglichen Kons zessionen rechne er die Rudgabe Nordschleswigs an Danemark nicht, wenn fie den Umftanden und der Richtung der öffentlichen Meinung nach auss führbar fei, und wenn Preußen dafür anderweitige Kompensationen erhalte. Die Gefamtsituation sei nicht verandert, da "die große Saupfrage der definis tiven Lösung und der entscheidenden Auseinandersebung mit Offerreich nur vertagt ift. Ich darf daher voraussetzen, daß E. E. es sich zur Aufgabe machen werden, mit möglichst objektiver Schärfe und Genauigkeit die Ins tentionen S. M. des Raifers der Frangosen zu erkennen und auf dieselben im obigen Sinne einzuwirken, ohne die Konigliche Regierung für ben einen ober den anderen der beiden Wege ju engagieren". Im Zusammenhang mit den früheren Anweisungen, die Bismard ausdrücklich als weiter in Geltung bleibend bezeichnete, fonnte dies nur bedeuten, daß Golb fich über die Absichten des Raisers durch vertrauliche und unverbindliche Bespres dungen zu orientieren suchen folle, da ja förmliche Abmachungen erft ges troffen werden sollten, wenn der Konflikt unvermeidlich geworden sei. Troße dem hat Golt offenbar in einer Unterredung mit Droupn de Lhuns schon jest wieder eine förmliche Verpflichtung vorgeschlagen'; er erhielt aber die Ante wort, daß eine folche im voraus unzuläffig fei, weil fich nicht überseben laffe,

Sasteiner Vertrage aussührlich zu begründen. Manche Ausdrücke schienen ihm darauf hinz zudeuten, daß der Vertrag doch dauernde Einrichtungen zu schaffen bestimmt sei. Ebenso habe er wohl annehmen können, daß noch geheime Artikel existierten, da der Vertrag sonst "ein unvollständiges und dabei doch sehr kompliziertes System" formulieren würde. So vermisse man Bestimmungen über den künftigen Aufenthalt des Augustenburgers in holstein, über die Ausübung der Militärhoheit, über eine gleichartig Organsation der Verwaltung in Schleswig und holstein, über das Necht zur Berufung der Landstände.

1 Allerdings stellt Sybel a. a. D. es so dar, als habe Drouyn aus eigenem Antricbe sons dierende Fragen gestellt. Goly sagt in dem Telegramm nur: "Dinsichlich der Erwerbung der Derzogtümer macht er von der Rückession eine dänischen Teils nur noch den Grad des Bohlwollens und der Neutralität Frankreich abhängig. Förmliche Berpflichtung zu letterer im voraus unzulässig, weil sich nicht übersehen lasse, ob nicht durch die weitere Ausdehnung des Kampses französische Interessen berührt würden. Eventuell ist er von Wöglickeit der Berständigung mit uns ohne preußische Gebietsabtretung überzeugt, während er solche Osterzeich gegenüber nicht sieht, da dieses Frankreich nichts zu bieten habe." Sybel hat allerdings noch einen ausssührlicheren Bericht über die Unterredung benutzt, der ihn zu seiner Auffassung

ob nicht durch die weitere Ausdehnung des Kampfes französische Interessen berührt würden. Drounn hatte hinzugesett, daß er von der Möglichkeit einer Berständigung ohne preußische Gebietsabtretung überzeugt sei, während Osterreich Frankreich nichts zu bieten habe. Golt meinte, mit dieser Erkläzung könne man durchaus zufrieden sein; mehr habe man nach seiner Ansicht von Frankreich niemals erwarten dürsen, gerade diese vorsichtige Sprache habe sein Bertrauen in die loyalen Absichten des Kaisers befestigt. Hätte man eine günstige Haltung ohne Gegenleistung für den Fall in Aussicht gestellt, daß Preußen ganz Deutschland oder auch nur Norddeutschland erobern sollte, so würde er daraus geschlossen haben, daß man Preußen nur in den Kampf hineinstreiben wolle, aber nicht die Absicht habe, das Versprechen später zu halten.

gebracht haben tonnte. Allein die oben zitierten französischen Angaben und das frühere Berschalten bes Grafen Solt sprechen doch sehr für die Annahme, daß er wiederum feste Absmachungen angeregt hat.

- 1 Nach den Angaben Droupns (an Lefebvre v. 27. Aug. Nr. 1525) hätte dieser gesagt, Frankreichs Neutralität würde einen prononzierten Charakter von Sympathie für denjenigen der streitenden Teile tragen, der den Bünschen und der Nationalität der in Betracht kommen; den Bevölkerungen Rechnung zu tragen bereit sei. Er hat nach seiner Angabe noch hinzusgesügt, daß Frankreich sonst auch Osterreich ein Neutralitätsversprechen nicht werde abschlagen können; dadurch aber werde man sich völlig die Hände binden, und es könne auch Preußen nicht erwünscht sein. Er schließt: "Der preußische Botschafter schien durch die Nichtigkeit dieser Besmerkungen frappiert zu sein." Wenn Bismard, als ihm der französische Geschäftsträger Ende September mitteilt, daß Graf Golz im vorigen Monat ein förmliches Neutralitätsbündnis vorgeschlagen habe, das höchste Erstaunen über diesen Schrittäußerte (Ber. Lefebvres v. 27. Sept. Nr. 1590), so spielte er Lefebvre offenbar etwas Komödie vor, da aus den Berichten von Golz durchaus zu ersehen war, daß er diesen Borschlag gemacht habe, s. dess. Lelegramm v. 20. August (vgl. Sybel 4, 204) und 28. August.
- 18 2 Droupn brudt bies (a. a. D.) fo aus: Frankreich wurde in einem folden Falle jur Ansnahme von Borfchlägen geneigt fein, die gunstiger und bestimmter feien, als die bisher von preußischer Seite in Paris gemachten vagen Eröffnungen.
- Ber. v. 28. August. Die betreffende Stelle lautet: "Aus dem angeführten Erlasse habe ich zunächst ersehen, daß meine Berichte den entgegengesetzen Eindruck von demjenigen ges macht haben, welchen ich davon erwartete. Ich glaubte, daß dieselben, insbesondere der über die mir von der Kaiserin und herrn Droupn de Lhups gemachten Außerungen, welche günstiger waren als alles, was ich früher zu melden in der Lage gewesen war, die Königliche Regierung in den Stand setzen würden, der Eventualität eines Bruches mit Österreich mit größerer Zusversicht ins Auge zu sehen, währen sie nach E. E. Mitteilung gerade das Gegenteil hervorsgebracht haben. Dieser Gegensat zwischen der eingetretenen Wirkung und derzeinigen, welche ich erwartet, wenngleich nicht erstrebt hatte, denn ich glaube bei meiner Berichterstattung einsach das Ergebnis meiner sorgfältigen Wahrnehmungen zugrunde legen und dem höheren Ermessen der Koniglichen Regierung diesenigen Konsequenzen, welche sie daraus für ihre Politit zieht, überlassen zu müssen dieser Gegensat dürfte seine Erklärung in dem Umssande sinden, daß E. E. hinschtlich der Haltung Frankreichs größere Erwartungen hegten als ich. Die von mir gemeldeten Außerungen werden in dem Erlasse E. E. ganz richtig dahin ressumiert, daß darin die wohlwollende Reutralität Frankreichs auf die Frage der Elbherzogs

Unmittelbar darauf hatte Golb auch eine Unterredung mit dem Kaiser felbit.1 Napoleon erflärte ihm, er habe fich ein großes Berdienst um sein Land dadurch erworben, daß er ausdrücklich berichtet habe, Frankreich werde nur fo lange neutral bleiben, als es fich um Schleswig-holftein handle. Unmöge lich fonne er fich für alle Källe im poraus binden. Er muniche durchaus, daß Preußen sich vergrößere und von fremdem Einfluß frei werde; aber man könne die haut des Bären nicht eher verfaufen, als man ihn habe. Als Golp dann die Außerung des Ministers anführte, daß auch bei größeren Verwicklungen eine Berftandigung mit Dreußen leichter fein werde, als eine folche mit Ofters reich, bestätigte der Kaifer dies, betonte aber wieder, daß der Bertrag von Gaftein ihn fehr peinlich berührt habe. Golg fragte dann, ob Preugen wieder auf eine wohlwollende Saltung Frankreichs rechnen durfe, wenn der Konflikt mit Ofterreich fich erneuern follte? Der Raifer ficherte dies zu, beklagte aber, daß Preußen fich nicht seinem überlieferten Beruf gemäß an die Spige der nationalen Bewegung in Deutschland fielle und durch Berkundung eines liberalen und nationalen Programms die liberalen Elemente in Deutschland um seine Kahne sammle; dann würden alle Zänkereien aufhören, die Krage der herzogtumer in den hintergrund treten und vielleicht ein Krieg vermieden werden fönnen.2

Bismark nahm aus diesem Bericht Anlaß, den Botschafter nochmals ans zuweisen, sich an die am 4. August erteilten Befehle genau zu halten, "sich von der eventuellen Haltung Frankreichs und des Kaisers persönlich nach Möglichkeit in Kenntnis zu halten, für amtliche Eröffnungen aber den Einstritt der Eventualitäten abzuwarten, die ich oben angedeutet habe". Er

tümer allein beschränkt worden sei. Für den von der Kaiserlichen Regierung selbst als wahrs scheinlich ins Auge gefaßten Fall, daß der Kampf größere Dimensionen annehmen und weitere Objekte umfassen möchte, nehme der französische Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Anstand, eine gleiche Haltung unbedingt zu versprechen. Nur das war ich am 20. zu teles graphieren und in einem E. E. erst vor 2 oder 3 Tagen zugegangenen Berichte näher ausz zusühren in der Lage, daß sich auch in jenem Falle die Kaiserliche Regierung mit uns zu versständigen hoffe, ohne Preußen eine Gebietsabtretung zuzumuten. E. E. muß ich bekennen, daß gerade diese vorsichtige Sprache mein Bertrauen in die longlen Absichten des Kaisers Mapoleon befestigt hat. Hätte man mir eine günstige Haltung unbedingt und ohne jede Gegenleistung selbst für den Fall versprochen, daß Preußen ganz Deutschland oder auch nur Rordbeutschland erobern sollte, so würde ich hierin das Bestreben, uns zu einem Konslitt zu ermutigen, den man zu seinen Rugen ausbeuten wolle, geargwöhnt und dem zu weit gehenden Versprechen nicht den geringsten Wert beigelegt haben."

<sup>1</sup> Sybel 4, 206 f.

<sup>2</sup> Der Raifer beabsichtigte mit dieser Wendung wohl nur, eine Außerung darüber hervors juloden, ob Preußen derartige Plane habe. Daß die Berfündung einer nationalen und libes ralen Politik durch Preußen sicherer als der Streit um die herzogtumer jum Bruch mit Ofters reich führen muffe, erkannte er natürlich ebensogut wie Bismard.

fügte bingu, daß König Wilhelm die peinliche Überraschung des Raisers über ben Gaffeiner Bertrag nicht recht begreife. "E. E. bemerten, daß es nicht die Berftellung des Einvernehmens unter den beiden deutschen Machten ju fein icheine, welche die Ungufriedenheit bes Raifers errege. Warum follte er aber bann unangenehm überrascht sein von einem Einvernehmen, welches Preußen augenblidlich erhebliche Vorteile gewährt, ohne die Situation im großen und gangen und namentlich unsere Beziehungen gu Frankreich gu alterieren? Wir mußten aus jenem Ausbrud in ber Tat fchliegen, bag ber Raifer mehr, als er es früher habe merten laffen wollen, ben Bruch swifchen beiden deutschen Mächten an sich gewünscht habe, und daß derfelbe ihm im gegenwärtigen Augenblice befonders willtommen gewesen sein wurde. Daß uns eine folche Unnahme doppelt vorsichtig machen muß, werden E. E. bes greifen. Sie stimmt zu den Entwidlungen über die allgemeine Situation, welche Sie felbft in bem Berichte vom 4. August gaben, und in welchem Sie die verschiedenen Wege bezeichneten, auf denen der Raiser den Konflitt swifchen den beiden Machten wurde ausbeuten fonnen. Auch feine neueften Außerungen, so fehr wir den im allgemeinen wohlwollenden Charafter ders felben anerkennen, find nicht geeignet, alle Zweifel zu beseitigen, und den Widerspruch zu lösen, in welchem jene unangenehme überraschung über bas Safteiner übereinkommen mit feiner fonftigen Saltung fieht. - woran ich übrigens nicht zweifle - ihm wirklich Ernst mit einer wohls wollenden Reutralität ift, folange es fich nur um die Bergogtumer handelt, fo fann die Fortbauer eines nichts prajudigierenden, aber für Preugen vor: teilhaften Provisoriums ihm feinen Anstoß geben; um so mehr, da die beiden Pringipien, welche E. E. als Bedingungen für die frangofische Politik in diefer fpeziellen Frage bezeichnen, die Rudficht auf die Gelbstbestimmung ber herzogtumer und auf die Rationalität, noch nicht davon berührt werden, und lettere namentlich in bezug auf Schleswig immer eine offene Frage für die Zeit bleiben wird, wo es fich um die definitive Gewinnung der beiden herzogtumer für Preugen handeln tann." Die faiferliche Mahnung ju einem Bunde mit bem Liberalismus wies Bismard icharf jurud; offenbar habe Napoleon eine gang falfche Vorstellung von der tatfächlichen Macht, über welche bie Liberalen in Deutschland verfügten. "Sollte der Raifer glauben, in der Gefamtheit berjenigen deutschen Elemente, welche mit der Bafteiner Konvention ungufrieden find, wirtfame Bundesgenoffen für eine gegen Preußen ober gegen Preußen und Offerreich zu wendende frangofische Politit ju finden, fo wurden wir ju beflagen haben, daß ein folcher Irrtum ibn und entfremdet, und murben es ber Zeit überlaffen muffen, ibn über die Schwächen und die Unguverläffigfeit diefer Stugen aufzuflären".1

<sup>&#</sup>x27; Erlaß Bismards vom 1. Cept. 1865. Bgl. aber ben letten Teil unten S. 507 f.

Die französischen Außerungen hielten sich also auch jetzt innerhalb der bisher beobachteten Grenzen: wohlwollende Neutralität ohne Gegenleistung, solange es sich nur um Schleswig-Holstein handelt; Kompensationen für Frankreich, falls Preußen eine darüber hinausgehende Machterweiterung gewinne. Neu war nur, daß diese Kompensation in keinem Falle in preußischen Gebietsteilen bestehen solle. Aber gerade dadurch mußte der Schluß nahegelegt wers den, daß Napoleon nichtpreußische deutsche Gebietsteile am linken Rheinuser im Auge habe.

Daß der Gafteiner Vertrag wirflich einen fehr unangenehmen Eindrud auf Die frangofische Regierung gemacht hatte1, ging aus ihrem nächsten Schritte deutlich hervor. Obwohl Graf Goly jest ausdrüdlich den provisorischen Charaf: ter ber Abmadungen, die lediglich eine Berwaltungsmaßregel barftellten, betonte, und jugleich offiziell erklärte, daß teine geheime Nebenabrede ges troffen sei2, erließ Drounn de Lhuns am 29. August ein in fehr scharfen Ausbruden abgefaßtes Rundschreiben an die auswärtigen Vertreter Frankreichs.3 Darin wurde die Unverträglichkeit dieses Abkommens mit dem Nationalis tätspringip und dem Rechte der Bolter auf Gelbstbestimmung, jugleich aber auch seine Unvereinbarfeit mit den früheren Berträgen, den rechtlich begrun: beten Erbansprüchen und den Interessen Deutschlands hervorgehoben. Die Teilung der herzogtumer sei lediglich als ein Gewaltstreich zu betrachten und erinnere an die Gewohnheiten der dunkelsten Perioden der Geschichte; deren Wiedereinführung bedeute eine Bedrohung der gangen bestehenden Ordnung in Europa. Napoleon hatte dieses Aftenftud vor der Absendung selbst ges lesen und gebilligt, wünschte aber, daß es geheim bleiben solle; es wird jedoch nicht ohne Zutun Drounn de Lhuns geschehen sein, daß es alsbald gur öffent; lichen Kenntnis gelangte.

König Wilhelm konnte in dieser Rundgebung nur eine Bestätigung seines Argwohns gegen Napoleons Absichten sehen. Gerade deshalb war der Schritt für Bismarck äußerst unangenehm. Es galt, die Fühlung mit Frankreich auch jest nicht zu verlieren und die französische Regierung zu irgendeiner Außerung zu veranlassen, die den schlechten Eindruck ihres Rundschreibens

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Golh suchte dies in seinem Bericht vom 28. August in langerer Ausführung zu bestreiten, und seine früheren Angaben abzuschwächen. Das Rundschreiben des folgenden Tages zeigt aber deutlich, daß sein erster Eindruck der richtigere gewesen war.

<sup>2</sup> Drougn an Lefebore 1. Sept. Nr. 1536.

<sup>\*</sup> Nr. 1528.

<sup>4</sup> Bismark sagte bem französischen Geschäftsträger im September 1865, da der König durch das französische Rundschreiben vom 29. August sehr mißtrauisch gegen Frankreichs Abssichten geworden sei, während er diese siest als wohlwollend hingestellt habe, so befinde er sich seit einiger Zeit in einer sehr delikaten Situation gegenüber seinem herrn (Ber. Lefebvres v. 25. Septbr. Nr. 1586).

wieder abschwäche. Zugleich erschien es unbedingt nötig, dem Kaiser die Sichers heit zu geben, daß durch den Vertrag von Gastein der Konflikt nur aufgeschos ben, aber nicht beseitigt sei. Diese Erwägungen bestimmten Vismarck zu dem Entschluß, selbst nach Frankreich zu reisen und persönlich mit Napoleon zu sprechen.

Aber schon vor seiner Abreise suchte er in diesem Sinne zu wirken. Mitte September fprach er in Berlin mit dem frangofischen Geschäftsträger Lefebvre de Behaine; er beklagte fich lebhaft darüber, daß Graf Goly die ihm gegebenen Instruttionen so schlecht ausgeführt habe und las dem Vertreter Frankreichs jum Beweise dafür die betrffenden Teile der Berichte des Botschafters und seiner Anweisungen vom 16. August wörtlich vor.2 Immer wieder betonte er, daß das Abkommen lediglich provisorischer Ratur sei und daß bei der definis tiven Regelung bem Buniche Frankreichs auf die Rudgabe Nordichleswigs an Danemark immer noch Rechnung getragen werden tonne. Preugen habe fein Biel, die gangen Bergogtumer ju gewinnen, nicht aufgegeben, fondern nur beffen Erreichung im Augenblid für unmöglich gehalten. Der Raifer könne versichert fein, daß Preugen in keinem Falle die Mainlinie überschreiten und bie Unabhängigfeit Subdeutschlands beeinträchtigen werde. Als Lefebvre einwandte, daß daraus vielleicht eine Teilung Deutschlands nach der Main: linie zwischen Preußen und Diterreich unter Aufrechterhaltung des engen Eine vernehmens zwischen beiden deutschen Mächten und unter Ausschaltung des moralischen Einflusses Frankreichs auf die die kleineren deutschen Sofe erfolgen konne, obwohl doch deren Geschicke gang besonders an diejenigen Franfreichs gefnüpft feien, fellte Bismard bestimmt die Möglichkeit einer folden Lofung in Abrede, da er niemals eine fo tompromittierende Solidarität mit Offerreich eingehen werde. Dann aber fam er auf seine ichon früher Benes betti gegenüber ausgesprochene Unregung gurud, daß Frankreich einen Erfat in der Einverleibung folder Gebiete suchen moge, die nach Sprache und Abe fammung ju ihm gehörten. Preußen werde daran teinen Unftog nehmen, und "fo eiferfüchtig auch der Ronig die Integrität des Bundesgebietes ju schüßen suche, so werde er sich doch nicht als persönlich verantwortlich betrachten für die Folgen eines Rrieges, in den fich die füddeutschen Staaten durch Offerreich etwa verwideln laffen konnten". Lefebore fragte, ob er diefe Worte

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Allerdings meldete Graf Reiset aus Hannover schon am 1. August (Rr. 1472), also vor dem Abschluß der Gasteiner Konvention, daß Bismard im Herbst wieder nach Biarritz zu reisen und den Kaiser dort zu sprechen wünsche. Allein damals kann wohl kaum schon ernstlich daran gedacht worden sein, da man ja mit der Möglichkeit eines Krieges rechnete. — Dagegen scheint die Meldung des Marquis de Cadore v. 5. Sept. (Nr. 1553), Bismard gedenke nach Beendigung der herbstmandver nach Biarritz zu gehen, auf dessen eigener Mitteilung zu besruhen. Dasselbe berichtet Lesebvre aus Berlin am 14. Sept. (Nr. 1570).

<sup>2</sup> Ber. Lefebures v. 20. Sept. 1865 Mr. 1580 u. 25. Sept. Mr. 1587.

nach Paris berichten dürfe; Bismard erwiderte, er wünsche das bringend und bitte ihn, deren Tragweite ja nicht abzuschwächen.

In dem Berichte über diese Unterredung' meint Lefebvre, Bismarck sei also bereit, Frankreich zwar nicht Entschädigungen anzubieten, aber doch es sie nehmen zu lassen. Wenige Tage später wiederholte er ihm diese Andeutung und fügte hinzu, daß Preußen Frankreich gern das Necht zuerkenne, sich überall da auszudehnen, wo man in der Welt französisch spreche.

Die Berichte Lefebores über diese Unterredungen stehen in scharfem Gegensfaß zu den Angaben, die Bismarck selbst in seinem bekannten Briefe an den König aus Biarrips gemacht hat. Er stellt es hier so dar, als ob Lefebore seinerseits den Bunsch Frankreichs nach einer Vergrößerung in Belgien zu erkennen gegeben habe, er aber nicht weiter darauf eingegangen sei. Ich schließe mich der Meinung derjenigen Forscher an, welche die Angaben Lefebores für richtig halten und in jener Wendung von Vismarcks Brief eine Verschiebung des wahren Tatbestandes sehen.

Die Erklärungen über den provisorischen Charafter des Gasteiner Verstrages hatten wenigstens den Erfolg, daß Drounn de Lhuns seine Befriedigung darüber ausdrückte und die Hoffnung aussprach, man werde bei der definistiven Regelung in der Lage sein, seine volle Zustimmung auszusprechen und dadurch die Beziehungen zwischen beiden Staaten noch enger zu knüpfen. Mis Lesebore das Schreiben Bismarck zeigte, erbat sich dieser die Erlaubnis, es dem König vorlegen zu dürsen, da die Berichte des Grafen Golz diesen sehr erregt hätten. Er sagte dem Geschäftsträger nachher, es habe einen sehr erfreulichen Eindruck auf seinen Herrn gemacht und diesen bewogen, ihm jest die Reise nach Biarriz definitiv zu gestatten, gegen die er früher Bestenten geäußert habe.

<sup>1 14.</sup> Sept. Mr. 1570.

<sup>2</sup> Ber. v. 27. Sept. Rr. 1590.

<sup>3</sup> Sybel 4, 213 f.

<sup>4</sup> Bef. Fragm, hift. Btifchr. 15, 348. Über die Motive Bismards f. unten S. 455 Unm. 2. Daß Lefebore doch Bismard ermutigende Außerungen getan haben tonnte, die etwa in anderen nicht abgedruckten Berichten enthalten wären, scheint mir ausgeschlossen durch die Antwort Droupns (22. Oft. Nr. 1835), worin er ihn lobt, daß er sich selbst jeder Außerung über derartige hypothetische Kombinationen enthalten habe.

<sup>5</sup> Droupn an Lefebore 23. Sept. Ar. 1583. Ubrigens schwächte Droupn burch ein neues Zirfular vom 29. Sept. (Ar. 1594) bie früheren scharfen Außerungen etwas ab, indem er ertlärte, daß sie nur den Zweck gehabt hätten, das Prinzip zu wahren, aber nicht der Absicht einer praktischen Einmischung entsprungen seien.

e Lefebvred Ber. v. 25. Sept. Rr. 1586. Bgl. auch 20. Sept. Rr. 1580. Lefebvre melbete zugleich, Bismard habe feine Abreise nur beshalb um einige Tage verschoben, weil Graf Gold das Eintreffen eines wichtigen Berichtes für den 28. Sept. angefündigt habe, worin er über "die Annahme des Borschlages durch den Kaiser" Mitteilungen mache. Bismard habe ihm ges

Wenn es Bismarcks Absicht gewesen sein sollte, mit seinen Andeutungen eine bestimmte Erklärung Frankreichs darüber hervorzuloden, daß man nicht nur auf preußische, sondern überhaupt auf deutsche Kompensationen verzichten und sich mit außerdeutschen Gebietsteilen begnügen wolle, so hat er diesen Zweck nicht erreicht. Wohl aber war das Mißvergnügen Napoleons über die neue Annäherung an Herreich einigermaßen beschwichtigt und der Boden für eine persönliche Aussprache vorbereitet.

Bismark hat damals dem König auch die am 16. August an Golh erteilten Weisungen nochmals vorgelegt und ihm an der Hand derselben nachgewiesen, daß der Botschafter seinen Besehlen nicht nachgekommen sei und dadurch in Frankreich eine falsche Vorstellung von Preußens Absichten erweckt habe. Er sagte dem Geschäftsträger nachher, der König habe jeht die Überzeugung geswonnen, daß seine Gedanken dem Pariser Rabinett nicht richtig übermittelt worden seien und hege die Hossung, daß die kaiserliche Regierung, wenn sie darüber besser unterrichtet sei, geneigt sein würde, ihn loyal und herzlich zu unterstützen.

Wir lernen hier die Argumente kennen, mit denen Bismark dem König gegenüber seine beabsichtigte Reise motiviert hat: die bedenkliche Haltung Frankreichs beruhe nur auf einem Irrtum, in den der Kaiser und sein Kabinett durch die unkorrekte Haltung des Grafen Goly entschuldbarerweise geraten sein. Diesen Irrtum zu beseitigen, sei daher erforderlich, und, da auf Goly kein Berlaß sei, musse er dies selbst besorgen.

Bekanntlich hat Bismark auch während seines Ausenthaltes in Frankreich keine bestimmteren Außerungen über des Raisers Absichten erlangen können; auch hatte er selbst vom Rönig Besehl, keine Verpstichtungen einzugehen. Zwar behauptet er in seinem Bericht an den König, daß Droupn de Lhups die von Frankreich erhossten Vorteile in demselben Sinne näher angedeutet habe, wie dies früher von Lesebvre geschehen sei, und daß er jede Begehrlichteit nach deutschen oder preußischen Landesteilen auf das bestimmteste in Abrede gesstellt habe.<sup>2</sup> Da aber seine Angaben über jene frühere Unterredung nicht der

sagt, er wisse nicht, worauf sich diese Andeutungen bezögen. Nach Antunft der Depeschen, die übrigens von neuen wohlwollenden Außerungen Napoleons zu berichten wußten, sagte ihm Bismard, Golh habe dem Kaiser die Bersendung eines neuen, das frühere abschwächenden Rundschreibens vorgeschlagen, und diesen Borschlag habe Napoleon angenommen (Ber. v. 30. Sept. Nr. 1598). Es war offenbar das oben erwähnte Nundschreiben Nr. 1594.

Ber. Lefebvres vom 29. Sept. Rr. 1595.

Droupn felbst erklarte, als die Gerüchte von getroffenen Abmachungen nicht verstummen wollten (an Gramont 19. Febr. 1866 Rt. 1767), er habe mit Bismard nur in gang allges meinen Redewendungen gesprochen: "Ich habe von ihm teine Borschläge erhalten und habe ihm teine gemacht. Ich habe mich auf dem von ihm selbst betretenen Terrain gehalten und mich barauf beschräntt. Betrachtungen darüber mit ihm auszutauschen, wie man die allges

Wahrheit entsprechen, so wird man auch hier geneigt sein, an der völlig korretzten Wiedergabe der Außerungen des französischen Ministers zu zweiseln, zumal da eine derartige Erklärung allem widerspricht, was wir sonst über Droupns wirkliche Absichten wissen. Napoleon selbst verlangte vor allen Dinzgen Auskunft darüber, ob Preußen in Gastein keine Garantie wegen Venetien geleistet habe. Hierüber konnte ihn Bismard vollständig beruhigen. Ferner versicherte der Kaiser, daß er keine ehrgeizigen Pläne habe und den europäischen Frieden nicht stören wolle; aber auch er vermied jede bestimmtere Erklärung. In seinem letzen Gespräche mit Vismard sagte er, der König möge ihm verztraulich schreiben, sobald ihm die Umstände ein engeres Einvernehmen zu erfordern schienen; es werde dann leicht sein, zu einem Einverständnis zu gelangen.

Bismark sagt in seinen Berichten natürlich nicht, was er dem Kaiser und seinem Minister etwa vorgeschlagen oder nahegelegt hat; er betont nur als seinen allgemeinen Eindruck, daß die Stimmung des französischen Hofes eine für Preußen äußerst günstige sei. Immerhin liegt die Bermutung nahe, daß er sie in ähnlicher Weise, wie früher Lefebvre, wenigstens zu einer Ansbeutung zu verlocken gesucht hat, daß sie unter Umständen mit außerdeutschen Kompensationen zusrieden sein würden. Er hat aber seine dahingehende Außerung erlangt.<sup>2</sup>

meinen Umstände herbeiführen könne, auf die sich unsere Unterhaltungen bezogen. Als ich dem Kaiser barüber berichtete, hat S. M. meine Sprache gebilligt und hinzugefügt, daß sie herrn v. Bismard gegenüber eine womöglich noch größere Zurüchaltung beobachet hätte."

<sup>1</sup> Sybel 4, 222. Bgl. die treffende Analyse von Bismards Bericht bei Fester, Biarrig (Dt. Rundschau 113, 223 f.); er hebt namentlich mit Recht den Gegensat zwischen der zuverssichtlichen Wendung am Schluß, daß Napoleons Stimmung sehr günstig sei, und dem mas geren tatsächlichen Inhalt des Berichts hervor, und betont, daß das ganze Attenstüd "in usum regis" geschrieben sei. Aber er glaubt doch, daß Bismard in Biarrig eigene Informationen habe gewinnen wollen. Wan muß meines Erachtens noch einen Schritt weiter gehen und sagen, daß Bismard nur nach Biarrit gereist ist, um dem König einen derartigen Bericht geben zu können. Von einem Bittgang nach Biarrit (S. 236) kann man also nicht sprechen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Frahm sucht in der hist. Btische. 15, 340f. nachzuweisen, daß Bismarck in Biarrig in der Tat versucht habe, einen sowohl die Interessen Frankreichs wie die Preußens wahrenden Verstrag zustandezubringen; erst im Frühjahr 1866, nach dem Mißlingen des Versuches, sei er auf Napoleons Überlistung ausgegangen. Aus welchen Gründen ich diese Meinung nicht teilen kann, zeigt der ganze Zusammenhang meiner Untersuchung. Wenn Frahm glaubt, es sei nichts damit erreicht gewesen, daß Napoleon vor dem Ausbruch des Krieges keine lästigen Beschingungen stellte, so übersieht er, daß in Vismarcks Lage hierauf sehr viel ankam: Hätte der Kaiser früher bestimmte Forderungen gestellt, so würde König Wilhelm stuzig geworden sein und der Minister hätte seine Politik nicht durchführen können. Wenn er ferner meint, es sei Bismarcks ernste Absicht gewesen, Napoleon durch Luremburg und Stücke von Belgien zu entschädigen, so kann ich auch daran nicht glauben. Vismarck wußte sehr gut, daß Frankreichs

Aberall machte Bismarck Reise nach Frankreich großes Aufsehen. In Deutschland nahm man vielfach an, er habe Napoleon das linke Rheinuser als Preis seiner hilfe angeboten. Preußische Diplomaten verbreiteten sogar eine Erzählung, wonach Bismarck an der kaiserlichen Tasel in Biarrig, als ein Steinbutt mit Genueser Sauce serviert worden sei, gesagt haben sollte: "Für eine solche Sauce würde ich zwanzig Rheinuser geben". Vielleicht hat er sich wirklich den Spaß gemacht, die umlausenden Gerüchte auf diese Art zu versspotten.

Bismards Berichte machten auf ben Konig einen guten Eindrud, und insofern tonnte er glauben, den Sauptzweck seiner Reise erreicht zu haben. Aber alsbald liefen wieder Meldungen von Goly ein, die den Rönig unsicher machten.3 Der Botschafter wußte von fehr bedenklichen Außerungen Drounn be thuns zu berichten. Diefer follte gesagt haben: "Bismard habe ihm alles angeboten" und follte ju verstehen gegeben haben, daß Frankreich die preußis iden Zumutungen abgelehnt habe. Golt überfandte fortwährend Zeitungs: artifel, benen er einen offiziösen Ursprung zuschrieb und in denen von der Abweisung preußischer Versuchungen, daß Frankreich sich auf Rosten der Nachbars länder vergrößern möge, und von der Notwendigkeit eines guten Ginvers nehmens mit Offerreich die Rede war. Bismard fagte dem frangofischen Ges schäftsträger, er habe diese Berichte dem Ronig vorlesen muffen; er felbit glaube nichts davon; er wurde seines Umtes nicht wurdig sein, wenn er auf Grund von Zeitungenachrichten ben wohlwollenden Außerungen migtrauen wollte, die er vor furger Zeit aus dem Munde des Raifere felbft und feines Ministers vernommen habe. Aber der König habe doch nicht recht glauben

Abergreifen nach Belgien einen Bruch mit England bedeute, und er wird Napoleon kaum zugetraut haben, daß dieser sich im Vertrauen auf Preußens Freundschaft auf ein so ges fährliches Unternehmen einlassen würde. Er wollte nur eine diese Kombination als mögslich zulassende unverbindliche Außerung der Franzosen, um damit seines Herrn Bedenken beschwichtigen zu können, daß Napoleon keinen anderen Preis wie deutsches Land ansnehmen werde. Aus Frahms dankenswerter Zusammenstellung aller Zeugnisse über die Unterredungen von Biarritz erhellt, daß Bismard, allerdings sehr vorsichtig, den Kaiser damals ebenso, wie früher Benedetti und Lefebore, zu solchen Außerungen hat verloden wollen, ohne daß es ihm gelungen ist; über Bismards Wotive dazu, auf die es und hier ankommt, können uns diese Quellen natürlich nichts verraten. — Endlich war es sicherlich nicht der "Rißerfolg von Biarritz" (S. 356), der Bismard bewog, den Bruch mit Osterreich noch ein halbes Jahr hinauszuschieben, sondern das Widerstreden König Wilhelms; Bismard selbst war im Sommer 1865 troh der gleichen Unsscherheit der Gesamtlage zum Kriege entschlossen gewesen.

<sup>1</sup> Ber. von Forth/Mouen 2. Rov. 1865 Rr. 1652.

Bgl. d. Bericht Lefebvres v. 25. Dtt. Rr. 1639.

Bitteilungen aus den Berichten v. Golp v. 23. Oft., 8., 11. u. 16. Rov. nach Bismards Angaben im Ber. Lefebvres v. 26. Rov. 1865 Rr. 1681.

wollen, daß sein Botschafter sich berartig geirrt habe; er habe den Verdacht ges habt, daß Bismarck doch wenigstens unvorsichtig gewesen sei; er habe sich noch einmal auf das Genaueste über die in Frankreich geführten Gespräche Bericht erstatten lassen. Lefebvre suchte selbst die von Golt vorgebrachten Argumente als unbegründet darzutun und riet seinem Vorgesetzten dringend, Vismarck, soweit es irgend angehe, gegen die Insinuationen von Goltzu verzteidigen. Denn wenn er gestürzt werde<sup>1</sup>, so sei vorauszusehen, daß sein Nachsfolger zur Gegenpartei gehören und wieder ein enges Bündnis mit Össerreich anstreben werde.

Der Zweck aller dieser Bemühungen Bismarcks ist deutlich genug: der König sollte über Napoleons Absichten beruhigt werden, obwohl der Minister deren Sefährlichteit damals ganz gewiß nicht mehr verkannt haben kann. Auf der anderen Seite sollte dem Kaiser die Hosstung auf eine Gebietserweiterung gelassen und sogar die Vorstellung in ihm genährt werden, daß unter Umsständen auch die Forderung deutscher Gebietsteile Aussicht auf Annahme habe, wenn nur der richtige Augenblick dafür abgewartet werde. Es gesnügte ihm vorläusig, wenn auf beiden Seiten die Stimmung vorherrsschend blieb, man werde sich im Notfalle doch verständigen können. Weiter wollte und konnte er, wie wir wissen, nicht gehen, bevor der Bruch mit Osterreich vollzogen war, da jeder Versuch einer schriftlichen Festlegung der beiderseitigen Absichten die Unvereinbarteit der Ziele Napoleons und König Wilhelms deutlich hätte hervortreten lassen müssen.

Damals soll nach Angaben, die auf Savigny zurückzugehen scheinen, Bismards Stellung beim Könige eine Zeitlang ernstlich erschüttert gewesen sein, man soll an die Ernennung Otto von Manteussels, des Erasen von Arnim-Bophenburg oder des Erasen Goly zu seinem Nassolger gedacht haben (Ber. d. Grasen Reculot v. 24. Rov. u. 11. Dezbr. 1865 Ar. 1679 u. 1694). Das alles waren wohl mehr fromme Bünsche seiner Eegner als ernstliche Pläne des Königs. In demselben Bericht wird erwähnt, Bismard habe kürzlich an Barnbüler geschries ben: "Ich habe in Preußen große Politik treiben wollen; aber mit einem König, der mit aller Welt gut stehen will, übersteigt ein solcher Versuch die Krast eines Menschen."

### 4. Rapitel.

## Am Worabend des Krieges.

Solange die Beziehungen zwischen Preußen und Österreich erträglich blies ben, trat für Bismard die Notwendigkeit zu weiteren Verhandlungen mit Frankreich zurück hinter dem Bestreben, die einem Kriege entgegenarbeitenden Elemente in der Umgebung seines herrn umzustimmen oder zurückzudräns gen. 3u ihnen hatte vor Gastein namentlich der Flügeladjutant Edwin von Manteuffel gehört, der in besonderem Maße die persönliche Juneigung des Königs besaß. Er gehörte zu jenen Konservativen, die zwar eine Vergrößerung

<sup>1</sup> Bismard sprach sich Benedetti gegenüber, im Mai 1865 "mit noch mehr Ernst als Bitters feit" über die beständigen Segenwirfungen von seiten der Königin und des Kronprinzen aus (Privatbrief v. 27. Mai Kr. 1417). Rach dem Bericht des französischen Agenten in Kiel (15. Juli Kr. 1452) soll der Kronprinz noch damals, als Bismard den Krieg bereits als nahe bevorstehend ansah, dem Prinzen von Augustenburg noch ermutigend gesagt haben, seine Sache stehe gut, Bismard begreife endlich, daß er auf seine großen Pläne verzichten müsse. Höchst merkwärdig ist die Meldung des Grafen Forthe Rouen vom 19. Juli (Kr. 1454), daß Vismard vor dieser Unterredung den Augustenburger habe auffordern lassen, noch jest die preußischen Februarbedingungen rüchaltlos anzunehmen; dann solle er sofort als Herzog einz gesett werden. Wenn daran etwas Wahres sein sollte, so könnte Vismard wohl nur den Iwed verfolgt haben, dem König nochmals zu zeigen, daß mit dem Prinzen nichts zu machen sei. Der Kronprinz soll es abgelehnt haben, diesen Vorschlag zu machen. Eine derartige Auff sorderung an ihn würde seine hoffnungsvolle Stimmung begreislicher erscheinen lassen. — Rach der Weinung Lesebves (Ber. v. 26. Nov. 1865 Rr. 1681) erhielt der Kronprinz direkte Insormationen von Golfz aus Paris und benutze diese beim König gegen ihn.

<sup>2</sup> Manteuffels Gegenwirtung wird zuerst ausdrücklich erwähnt in d. Bericht Lefebves de Behaine v. 12. Juni 1865 (Nr. 1429); er meint, dessen Gesinnung sei auch in Wien bekannt und nähre dort die Hoffnung, daß der König es nicht zum äußersten kommen lassen werde. Zu Gramont sagte Manteuffel bald darauf, es sei jetzt die Zeit gekommen für einen gemeins samen Feldzug der Könige gegen die Bölker. Die Souveräne müßten sich untereinander verständigen, um gleichzeitig mit einem kräftigen Fußtritt ihr lächerlichen Berfassungen umzussoßen und ihre unverschämten Kammern zum Teufel zu jagen" (Ber. Gramonts v. 5. Juli Mr. 1444). Manteuffel dachte, wenn er in diesem Zusammenhang von der Rotwendigkeit eines Krieges sprach, offenbar an einen Kampf gegen die Demokratie im Bunde mit Ostersteich und hatte nur die Befürchtung, daß die Wiener Regierung dazu nicht die Hand bieten werde; in diesem Falle würde er auch sie zu den Feinden gezählt haben. — Lefebvre bezeichnet Manteuffel als den Führer einer Partei, die zwar von Bismards kühner Politik Borteil ziehen möchte, aber, sobald sie zur Aacht gelange, in das alte System des russischer reichischen Bündnisses zurüllenten würde (Ber. v. 16. Sept. 1865 Nr. 1574). — Bon Interesse sind Buswards Außerungen über Manteussel zu Lefebvre im September 1865;

der preußischen Macht dringend wünschten, zugleich aber die traditionelle Freundschaft zu Diterreich erhalten zu sehen wünschten und in Frankreich die Bertorperung der Nevolution und den natürlichen Feind Deutschlands erblicken. In der Schleswig-holfteinischen Frage ift er offenbar lange dafür eingetreten, daß man sich mit Sfterreich verständigen muffe und hat wohl wefentlich dazu mitgewirkt, daß im Sommer 1865 noch einmal der Versuch dagu gemacht wurde. Sochst interessant aber ift es, Bismards Taktik ihm gegenüber zu beobachten. Manteuffel wurde als preußischer Gouverneur nach Schleswig geschickt; offenbar ging Bismard dabei von der Erwartung aus, daß der General, dessen lebhaftes Temperament und dessen fräftiges Selbste gefühl er fannte, gerade an diefer Stelle felbft mit den Offerreichern in Rons flift geraten und dann ber erfte fein werde, ber bafur eintrete, daß man fie aus den herzogtumern hinauswerfen muffe.1 Er hat fich in diefer Erwars tung auch nicht getäuscht2; befanntlich ist Manteuffel im Sommer 1866 gerade berjenige gewesen, der dem Könige "Olmüt," in die Ohren rief3 und dadurch seinen letten Widerstand gegen den Krieg überwinden half.

Aber Bismard wandte noch ein weiteres Mittel an, um diese konservative und Herreich freundliche Gruppe in der Umgebung des Königs matt zu sehen. Nach dem Gasteiner Vertrage gab er die Anregung, daß Herreich und Preußen gemeinsam als hüter des konservativen Prinzips in Deutschland

bieser sei nur in der inneren Politik konservativ; sein Patriotismus sei hier die einzige Triebs seder für ihn; "um Preußen die Eroberung einer neuen Provinz zu erleichtern, würde er vor nichts zurückschrecken, ja er würde bereit sein, zu diesem Zwed politische Berbrecken zu begehen" (Ber. Lefebvred v. 29. Sept. Rr. 1595). — Manteussel sagte noch im Herbst 1865 von Bismarck, er werde mit diesem völlig brechen müssen, weil seine Politik nicht energisch genug sei und den wahren Interessen Preußens nicht entspreche. Lefebvre, der dies berichtet (26. Okt. Rr. 1643), wundert sich besonders darüber, wie man Bismarck Mangel an Energie vorwerfen könne; dies sei nur erklärlich, wenn man bedenke, daß nach Manteussels Ideen ein gewaltiger Untersschied bestehe "zwischen der idealen Festigkeit, die nur ein preußischer Soldat haben könne, und berjenigen, deren ein Zivilbeamter, stehe er auch noch so hoch, fähig sei".

1 Benedetti wußte schon am 6. Dez. 1865 zu melden (Nr. 1689), daß Bismard von einer Reise nach hamburg befriedigt zurückgetehrt sei, weil er mit vollster Genugtuung habe tonsstatieren können, wie sehr das Treiben der österreichischen Beamten in den herzogtümern den General v. Manteuffel verlege. Bgl. Benedettis Privatbrief an Gramont v. 8. Dez. (Ma Mission 38 u. Nr. 1690).

<sup>2</sup> Schon im Konseil vom 28. Februar trat Manteuffel dafür ein, daß Österreich unter Anwendung aller Mittel zur Überlasfung der herzogtumer an Preußen gezwungen werden muffe (Ber. Benedettis v. 1. März Rr. 1826).

3 Abrigens hatte schon Manteuffels Vorgänger als preußischer Rommissar in den herzogs tümern 1865 berichtet, sein österreichischer Kollege habe es für leicht erklärt, Preußen ein neues Olmützu bereiten, und König Wilhelm war schon damals entrüstet aufgefahren: er sei binnen drei Tagen zum Kampfe bereit, wenn Österreich ihn wolle (Ber. v. Baron Forth-Rouen 9. Mai 1865 Nr. 1391).

gegen die demofratische Presse und Agitation energische Maßregeln ergreifen follten. Einerseits mar es ihm natürlich darum ju tun, Bferreich durch die Teilnahme an diesen Magregeln mit den Liberalen und den von ihnen bes berrichten Mittelstaaten zu verfeinden; aber dies scheint keineswegs der einzige Zwed, den er verfolgte, gewesen gu fein. Als Offerreich mit Preußen gemeinsam eine fehr scharfe Berwarnung an den Rat der freien Stadt Frankfurt wegen Begunstigung der demagogischen Umtriebe gerichtet hatte, und der Rat die Einmischung in seine inneren Angelegenheiten als unzulässig gurudwies, foling Bismard dem Wiener Rabinett vor, man folle einfach gur Selbsthilfe greifen und durch die dort befindlichen öfterreichischen und preußis ichen Truppen die Druderei der Frankfurter Zeitung ichließen laffen. Ofters reich weigerte fich, diefen Schritt zu tun, und infolgedeffen blieb die gange Maße regel der Großmächte völlig wirtungslos. Bismard unterließ nicht, den fonservativen Freunden Offerreichs nun fofort ju fagen: da feht ihr, wie uns suverläffig Ofterreich ift, gerade wenn es fich um die Verteidigung der legis timen Ordnung handelt; folange es fich nur um Worte handelt, ift es ju allem bereit; aber die Tat will es ihnen nicht folgen laffen, um die liberalen und mittelstaatlichen Somvathien nicht zu verlieren.1

Bismarck Arbeit in dieser Richtung ist in der Tat nicht ohne Erfolg gesblieben. Als sich die Reibungen in den Herzogtümern wieder verschärften, setze auch beim König eine entschieden triegerische Stimmung ein. Bereits im Februar 1866 befand man sich wieder in einer ähnlichen Situation wie vor dem Vertrag von Gastein.<sup>2</sup> Golt wurde Ende Februar nach Berlin berusen, um an dem großen Ministerrat, der über Krieg und Frieden entscheiden sollte, teilzunehmen. Vor seiner Abreise sprach er Napoleon, und dieser versicherte nochmals seine wohlwollende Neutralität für den Kriegsfall; wie schon im vorigen Herbst seite er hinzu, falls der Kampf größere Dimensionen annehme, hosse er sich mit Preußen leicht verständigen zu können. Zuletzt sagte er, Goltz möge niemals Zeitungsnachrichten, ja selbst Informationen aus dem Minissterium glauben, wenn diese eine Annäherung Frankreichs an Osterreich beshaupteten. "Ich allein weiß, welches die auswärtige Politik Frankreichs sein wird."

Der Ministerrat vom 28. Februar beschloß noch nicht den Krieg, da der König alle friedlichen Mittel erschöpfen wollte, bevor er zu den Waffen greife;

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bu Benedetti fagte er: "Da das Wiener Rabinet fich mit und nicht hat vereinigen wollen, um das Prinzip der Autorität zu fichern, so werden wir versuchen, uns auf das Nationalgefühl zu flügen" (Ber. v. 4. Jan. 1866 Rt. 1716, vgl. 14. Jan. Rt. 1724).

Benedetti meldete freilich noch am 14. Februar 1866, daß die Biderftande im Palais ftarter an werden ichienen und Bismard wahricheinlich noch einmal einen Schritt gurudweichen ober gar bemiffionieren muffe (Rr. 1762).

<sup>&#</sup>x27; Spbel 4, 277 f.

aber er beschloß diplomatische Bortehrungen für den Fall eines Bruches.1 König Wilhelm übersandte jest, wie es Napoleon früher angeregt hatte, durch Goly einen eigenhandigen Brief an den Raifer, in welchem er dirett die Frage fellte, ob diefer jest jum Abichluß eines frangofischepreußischen Bunde niffes geneigt fei. Bu Benedetti fagte er: "Graf Golt fehrt in einer für uns fehr ernsten Lage nach Paris jurud, und wir nahern und dem Augenblice, wo wir wissen muffen, wer unsere mahren Freunde find."2 Napoleon antwortete fehr höflich, versprach nochmals seine wohlwollende Reutralität, erklärte aber, der Augenblick zu weitergehenden Abmachungen scheine ihm noch nicht ges tommen. Sollte das europäische Gleichgewicht geftort werden und fich daraus die Notwendigkeit ergeben, Frankreichs Interessen sicherzustellen, so sei er bereit, fich über die wesentlichen Grundlagen einer neuen Ordnung mit dem Könige zu verständigen.3 Benedetti berichtet, daß König Wilhelm, als er diesen Brief aus seiner hand entgegennahm, fehr erregt gewesen sei. Nach der Letture habe er gesagt, er begreife die Haltung des Kaisers volltommen, und man werde abwarten muffen, ob die Entwicklung der Ereignisse zu genaueren Abmachungen Unlag bieten werde. Der Botschafter glaubte jedoch eine leife Enttäuschung bei dem Monarchen mahrzunehmen.4

In den mündlichen Erörterungen, die sich an den oben erwähnten Briefwechsel anknüpftens, entwicklte Golz dem Kaiser Preußens Prosgramm. Wenn es zum Kriege komme, so werde man nicht nur die Erswerbung Schleswigsholsteins, sondern die Gründung eines norddeutschen Bundes unter preußischer Führung und vielleicht die Annexion einiger feinds licher Gebiete zu erreichen bestrebt sein. Voraussezung für die Beschränkung auf Norddeutschland sei Baperns Mitwirkung. Er fragte dann, was ges

<sup>1</sup> Sybel 4, 281 f. vgl. d. Bericht Benedettis v. 1. Marg Rr. 1826.

<sup>2</sup> Bericht Benedettis v. 3. Marg Mr. 1834.

<sup>3</sup> Golh stigiert den Inhalt des Schreibens, das ihm vorgelesen war, so: "Der Raiser dankt für das Vertrauen S. M. des Königs und verspricht wiederholt Neutralität und sorts dauernde Freundschaft für den auch von ihm vorhergesehenen Fall eines Konslittes zwischen den deutschen Mächten. Wenn infolge außerordentlicher Umstände das europäische Gleichs gewicht gestört werde, und sich darans die Rotwendigkeit ergeben sollte, die Interessen Franks reichs sicherzustellen, so ist er bereit, sich über die wesentlichen Grundlagen einer neuen Ordnung mit S. M. zu verständigen. Jeht hält er aber den Augenblick noch nicht für gekommen. Ton sehr freundschaftlich und sympathisch." Er fügte als seine eigene Ansicht, ganz entsprechend seiner bisherigen Haltung, noch hinzu: "Ich halte diese Antwort für günstiger als die Beszeichnung von Kompensationsobjekten, welche wir nicht hätten versprechen können." (Teles gramm vom 7. März.)

<sup>\*</sup> Brief Benedettis v. 11. Mary 1866 Ar. 1873. Napoleons ausweichende Antwort hat offenbar zusammen mit den aus London und Florenz eingehenden, wenig ermutigenden Bestichten die Reigung des Königs zu einer gewaltsamen Lösung start herabgestimmt.

<sup>5</sup> Spbel 4, 285 f.

schehen muffe, um das frangofische Nationalgefühl mit einer derartigen Bers größerung der preußischen Macht auszusöhnen? Der Raiser sagte barauf. daß im Kalle einer wesentlichen Machtverschiebung in Europa allerdings auf eine territoriale Vergrößerung Frankreichs Bedacht zu nehmen fein wurde. Er betonte dabei, daß er perfonlich frei sei von fleinlichen Gleiche gemichtsrücklichten, daß er aber der öffentlichen Meinung feines Landes Reche nung tragen muffe, die ohne einen greifbaren Gewinn für Frankreich eine ftarte Machtvergrößerung Preugens nicht billigen werde. Er bezeichnete die Frage, wo solche Kompensationen zu finden sein könnten, als außerordentlich schwierig, bob die Bedenfen, die bezüglich Belgiens beständen, ftart bervor, ging über die Möglichfeit, die frangofische Schweiz zu nehmen, furz binweg und blieb ichlieglich bei einer langeren Erörterung über beutsche Grenzgebiete fleben. Er meinte, in Rheinbapern und Luremburg feien farte frangofische Sympathien vorhanden; ferner hielten seine Generale die Grenze, die Frants reich im ersten Variser Frieden von 1814 zugestanden worden sei, für militärisch beffer als diejenige, die es 1815 wirklich erhalten habe. Er ließ durchbliden, daß er die herstellung der Grenze von 1814 wenigstens in der Pfalz, also die Abtretung Landaus an Frankreich, für wunschenswert erachte, fügte aber hingu, da Dreugen Bapern gum Bundesgenoffen gu gewinnen bestrebt fei, fo werde es natürlich auch seine Schwierigkeit haben, in dieser Beziehung etwas zu vereinbaren.1

In dieser Unterredung ist der Kaiser weiter mit der Sprache herausgegangen wie bei irgendeiner früheren Gelegenheit. Es kann wohl nicht zweiselhaft sein, daß er hier die Grenze von 1814 als den Mindestpreis einer erheblichen Machterweiterung Preußens bezeichnen wollte. Zugleich behielt er aber die Möglichkeit, bei einer sehr starken Verschiebung des Gleichgewichts noch mehr zu verlangen.<sup>2</sup>

Auf ausdrücklichen Befehl des Königs mußte Bismarch jede Zusage in dieser Nichtung ablehnen. Er telegraphierte sofort nach Paris, wenn der Raiser an französsische Sympathien in Rheinbayern glaube, sei er offenbar falsch unterrichtet; in Luxemburg möchten solche Stimmungen unter den Reichen eher verbreitet sein. "Wenn wir aber damit beginnen, Bundess gebiet mit deutschen Bewohnern abzutreten, so schneiden wir damit die nationale Entwicklung des Planes ab. Das war früher nie die Absicht des Raisers und sähe wie ein Symptom des Wunsches aus, daß nichts werde. Verlangt er jeht auch dann Kompensationen, wenn unser Gewinn auf die

<sup>1</sup> Aber diefe Berhandlungen mit Golp wurde Benedetti völlig im Dunkeln gelaffen, obwohl er ben Brief Rapoleons an König Wilhelm ju übergeben hatte. Er beschwerte fich darüber bei Drounn (zz. Marg Rr. 1874).

Bgl. Friedjung 1, 190f.

herzogtumer beschrantt bleibt?" Rach bem Empfang eines ausführlicheren Briefes fügte er drei Tage fpater ausbrudlich nur gur perfonlichen Informas tion des Botschafters, nicht zur Mitteilung an Napoleon, noch bingu: Der König habe davon Kenntnis genommen. "Jede Abtretung preußischen und überhaupt deutschen Gebietes scheint S. M. unmöglich und wurde in der Tat die nationale Seite unserer Aftion, auf welche das Hauptgewicht zu legen ift, fofort lähmen." Allerdings fügte er am Schluß hinzu: "Eine prinzipielle und fategorische Erflärung hierüber wollen Gie nach Möglichfeit vermeiben, nur auf Befragen, mo es notwendig, den erwähnten Erwägungegrund geltend machen."1 Gleichzeitig außerte er zu Benedetti: von allen Seiten fage man dem König, wenn der Krieg ausbreche, werde Napoleon ein Armees forps an der Grenze aufstellen und als Preis feiner Nichteinmischung ein Stud rheinischen Landes fordern. Das beunruhige den König; er, Bismard, bes trachte diefe Möglichkeit mit Rube und glaube, daß auch der König fich weniger erreat zeigen werde, wenn sich nach dem Kriege neue Kombinationen ergeben würden, die ihm eine genügende Kompensation gewährleisteten.2 Abnlich äußerte er fich mehrfach dem italienischen Unterhandler Govone gegenüber. Es erschien ihm also auch damals wesentlich, dem Raiser die hoffnung barauf ju laffen, daß unter veränderten Umftanden veränderte Entichluffe auch in diefer Beziehung möglich fein wurden.

Vielleicht hat die Besorgnis vor Napoleons Plänen wieder erheblichen Ansteil daran gehabt, daß der König sich auch im Frühjahr und Sommer 1866 scheute, den Bruch unwiderruflich zu machen. Aber inzwischen hatte der Minisster ein neues Mittel gefunden, um Preußen gegen eine unvorhergesehene Schwenkung Frankreichs zu sichern. Er hatte direkte Verhandlungen mit Italien angeknüpft; als er das Bündnis mit Viktor Emanuel schloß, wußte er nicht nur, daß Österreich sich jest auch durch einen freiwilligen Verzicht auf Venetien schwerlich noch werde retten können, sondern er konnte auch darauf zählen, daß er durch Italien Napoleon festhalten werde. Ein Sieg Österreichs konnte jest von dem Kaiser nicht mehr geduldet werden, wenn er nicht den Italienern die sorgsam gehegte Hossnung auf Venetien zerstören wollte.

Die lette Phase der preußischefranzösischen Beziehungen beginnt mit dem Augenblick, wo Bismarck sich entschloß, die deutsche Frage zum eigentlichen Objekt des Kampses zu machen. Wir haben früher gesehen, daß er seit dem Vertrage von Gastein diese Wendung ins Auge gefaßt hatte. Aber erst, als die Verhältnisse in Schleswigeholstein sich abermals so gestalteten, daß ein friedliches Zusammenleben der beiden Großmächte ausgeschlossen erschien,

<sup>1</sup> Telegr. v. 6. u. 9. Märg 1866.

<sup>2</sup> Brief Benedettis v. 11. Mary 1866 Mr. 1873.

<sup>3</sup> hierauf hat mit Recht Frahm, Biarris, Sift. Btifchr. 15, 355f. hingewiesen.

trat er diesem Gedanken ernftlich naber. Die schwierigste Frage mar babei natürlich, ob es ihm gelingen werde, feinen Ronig jur Aufrollung ber Reforms frage in diesem Augenblid zu bestimmen. Das war umso zweifelhafter, als Bismard die sofortige Berufung eines deutschen Parlaments, das aus bem allgemeinen Wahlrecht hervorgeben follte, in die erfte Linie ftellte, um fo einen Drud auf die Entschließungen der übrigen Einzelstaaten auszuüben. Burde es möglich fein, den König jum Ginlenken in diefelbe Bahn ju bestimmen, die Preußen 1848 mit fo ungludlichem Erfolge betreten batte? Wir wiffen bis heute nicht, durch welche Mittel es Bismard gelungen ift, den offenbar febr beftigen Widerstand König Wilhelms gegen diese Plane ju überwinden. Bermutlich hat er ihm gesagt, daß dies das einzige Mittel sei, um den in Deutsche land und auch in Preußen äußerft unpopulären Bruderfrieg gegen Diferreich ber öffentlichen Meinung gegenüber zu rechtfertigen, und daß die fleineren Staas ten es nicht magen wurden, fich auf die Seite Offerreichs ju fellen, wenn Dreußen als Bortampfer der lange ersehnten Bundesreform auftrete und badurch die Sympathien der Bevolkerung und der fleineren Staaten ges winne.1 Rach frangösischen Angaben wäre der König nur dadurch bewogen worden, seine Zustimmung zu dem allgemeinen Wahlrecht zu geben, daß ihm Bismard in Aussicht gestellt habe, burch eine farte Beschräntung der Bable barkeit ein Gegengewicht gegen den demokratischen Charakter des geplanten Bahlgesetzes ju schaffen.2 Möglich ift es, daß auch davon die Rede gewesen ift; jedoch find andere Nachrichten darüber bisher nicht befannt geworden.

Die ersten Anzeichen davon, daß Bismark die deutsche Frage in den Borzbergrund zu stellen beabsichtigte, nehmen wir Mitte Januar 1866 wahr. Das mals ließ er sowohl nach Italien wie nach Frankreich den Wink geben, daß er unter Umständen die Politik wieder aufnehmen wolle, die er 1863 bei der Beskämpfung des österreichischen Reformplanes verfolgt habe; er könne die Frage der Herzogkümer nur dann der Entscheidung der Bundesgewalten überlassen, wenn ein allgemeines deutsches Parlament vorhanden sei, welches Garantien dafür biete, daß das Interesse des gemeinsamen Vaterlandes und nicht das Spiel lokaler Leidenschaften den Ausschlag geben werde. Noch im Februar ließ er es Benedetti gegenüber unbestimmt, ob er für diesen Gedanken die Zusstimmung des Königs werde gewinnen können, und ob nicht eine teilweise

Daß er auf die Unterftühung der Kammern in den kleineren Staaten rechne, hat er Benedetti gesagt, f. dest. Bericht v. 17. April Rr. 2073. Bielleicht ift gerade die Forderung beutschen Gebietes durch Napoleon von Bismard benutt worden, um seinem herrn die Rotwendigkeit eines Bundes mit allen nationalgesinnten Elementen in Deutschland ein, leuchtend zu machen.

<sup>2</sup> Ber. bes Baron Forthe Rouen aus Frantfurt v. 28. April Rr. 2168.

<sup>9</sup> S. Bismards Erlag an Ufedom v. 13. Jan. Spbel 4, 264 u. die übereinstimmenden Außerungen zu Benedetti, f. deff. Ber. v. 14. Jan. Rr. 1724. — Frankreich gegenüber hatte

oder vollständige Veränderung des Ministeriums notwendig sein werde, um ihn durchzuführen.<sup>1</sup> Erst im März konnte er bestimmt sagen, daß der Entzschluß zu dieser Wendung im allgemeinen gefaßt sei, wenn auch der König noch nicht alle einzelnen Punkte gedilligt habe.<sup>2</sup> Unmittelbar darauf begann er Verhandlungen mit Bayern, um dessen Justimmung zu gewinnen, bevor er mit seinem Plane an die übrigen deutschen Regierungen herantrete und ihn öffentlich bekannt gebe.<sup>3</sup> Erst nachdem Bayern nach längerem Schwanken ein derartiges Sonderabkommen zurückgewiesen hatte, entschloß er sich, in der Zirkulardepesche vom 24. März den bevorstehenden Antrag auf Reform des Bundes anzukündigen, ohne jedoch über dessen Inhalt Mitteilungen zu machen.<sup>4</sup>

Benedetti hatte ihn schon bei der ersten Unterredung über diese Möglichs feit darauf ausmerksam gemacht, daß eine weitgehende Bundesresorm, namentlich wenn sie Preußen die militärische Hegemonie über einen großen Teil von Deutschland gebe, geeignet sei, das europäische Gleichgewicht zu stören und daher auch die Interessen Frankreichs berühren werde. Er deutete damit an, daß die Zusage wohlwollender Neutralität, die für den Fall der Erswerbung Schleswigs Holsteins gegeben war, nicht ohne weiteres auf die Durchsschrung einer solchen Resorm Anwendung sinden könne. Es mußte daher für Bismarck wünschenswert sein, über die Aufnahme seines Planes von seiten des Raisers etwas Genaueres zu erfahren. Um 2. April entwickelte er dem französischen Botschafter genauer sein Programms. Er betonte, daß Preußen die militärische Leitung, den Schuß der Grenzen gegenüber dem Ausland und die

Bismard, worauf Leng 270f. mit Recht hinweist, seinen neuen Attionsplan schon in bem Erlaß an Golg vom 16. August 1865 angedeutet; aber positive Raßregeln zu seiner Ausführung nehmen wir vor dem Januar 1866 nicht wahr.

- 1 Ber. Benedettis v. 14. Febr. Rr. 1762 u. 28. Febr. Rr. 1815.
- 2 Bef. Ber. Benedettis v. 11. Marg Dr. 1873.
- <sup>3</sup> Auch hierüber enthält die französische Publitation interessantes Material, f. bes. Benes bettis Ber. v. 18. März Nr. 1906; 20. März Nr. 1917; 27. März Nr. 1947. Die Haltung Baperns ist noch immer nicht ganz geklärt. Das Beste darüber bietet K. A. v. Müller, Bapern im Jahre 1866 S. 18ff. Baron v. d. Pfordten mißtraute der Kraft Herreichs und neigte wohl im Grunde persönlich der Teilung des übrigen Deutschlands zwischen Preußen und Bapern zu. Aber einer konsequenten Politik in dieser Richtung stand nicht nur die Abneigung des Königs und der Kammermehrheit entgegen, sondern auch wohl Pfordtens doktrinäres Festhalten an der Unverlehlichkeit des Bundesrechts; s. oben S. 442, Unm. 4. Aber er scheute sich auch wieder nicht, für gewisse Fälle mit Baperns Austritt aus dem Bunde zu drohen. (Bogt, S. 53, 58, 81 und an verschiedenen Stellen der französischen Publikation.)
- 4 Schon furz vor dem 20. März ließ er durch Bernstorff der englischen Regierung mitteilen, daß die Bundesreformfrage den Ausgangspunkt für den Konstitt bilden werde (Ber. Benes dettis v. 20. März Nr. 1917). Gleichzeitig begannen die preußischen offiziösen Blätter die Reform zu diskutieren (a. a. D.).

<sup>5</sup> Ber. Benedetti v. 3. April Rr. 1994.

diplomatische Vertretung Deutschlands nach außen hin fordern werde, und sein Ziel mit Silfe eines allgemeinen deutschen Parlaments zu erreichen hoffe. Benedetti ermiderte darauf von neuem, daß dies eine Berschiebung des europäischen Gleichgewichtes bedeuten wurde. Er wollte nicht burch Still; schweigen die Meinung erweden, als habe Frankreich gegen die Ausführung Diefes Planes nichts einzuwenden. Als aber Bismard fragte, welche Gegen: forderungen Frankreich denn ftelle, mußte ihm der Botschafter erwidern, daß er nicht in der Lage fei, hierüber Angaben ju machen. Bismard fonnte durch diese Burudhaltung nicht überrascht sein; er wußte ja langst, daß er für vers trauliche Verhandlungen einen anderen Weg geben muffe; er hat denn auch dem Botschafter bereits in dieser Unterredung gesagt, daß er Goly beauftragen werde, in Paris die entsprechenden Mitteilungen zu machen. Am7. April fonnte Golb dem frangofischen Minister bereits das preußische Reformprogramm ente wideln.1 Er war ausdrücklich bevollmächtigt darauf hinzuweisen, daß Preußen ben Beerbefehl nur im Norden von Deutschland für sich in Anspruch nehme und bereit fei, die Führung im Guden an Banern zu überlaffen. Auch Drounn de thuns antwortete auf diese Mitteilungen ausweichend und betonte, daß man erft die genaueren Einzelheiten bes Planes fennen muffe, um über beffen Bedeutung für Frankreich mit Sicherheit urteilen zu konnen. zweifle aber nicht, daß man gegebenenfalls eine Berffandigung erzielen werde, die Preußen nüte, ohne Frankreich zu schaden. Es unterliegt indessen feinem Zweifel, daß der Minister für seine Person ein entschiedener Gegner der preußischen Absichten war. Er benachrichtigte sofort die fleineren deutschen höfe von der ihnen drohenden Gefahr' und sicherte sich durch die amtliche Feststellung, daß jeder Berftoß gegen den Geift der Bundesatte den Garanties mächten bas Recht jum Ginschreiten gebe3, die Möglichkeit, jederzeit Frank reichs Widerspruch anzumelden. Ja, er gab deutlich zu erfennen, daß er den von Beuft vertretenen Plan eines besondern Varlaments für das dritte Deutschland mit Ausschluß der Großmächte billige.4 Wenn er fich nicht noch offener gegen den Reformplan aussprach, so bewog ihn dazu ohne Zweifel der Bunfch, ben Schein einer Einmischung in die inneren beutschen Angelegens beiten zu vermeiben; auch wird er Bebenten getragen haben, fich gegen bas

<sup>1</sup> Rotig Droupn de Lhuns Mr. 2012 Anm. 2. Droupn an Benedetti 12. April Mr. 2051.

<sup>2</sup> Rundschreiben Droupns v. 8. April Rr. 2023. Die Perfidie lag darin, daß Droupn auch die ihm vertraulich gemachten Mitteilungen über den Inhalt des preußischen Reformplans den französischen Bertretern mit der ausdrücklichen Anweisung weitergab, bei den kleineren deutschen Regierungen davon Gebrauch zu machen.

Bundichreiben v. 17. April Mr. 2072.

<sup>&#</sup>x27; Droupn an Baron Forthi Mouen 3. Mai Rr. 2221.

Prinzip des allgemeinen Stimmrechts zu wenden, das ja in Frankreich als die Grundlage des gefamten öffentlichen Lebens betrachtet wurde.

Bismard versuchte in der nächsten Zeit noch mehrmals Benedetti zu besstimmten Außerungen zu veranlassen; da dies aber nicht zum Ziel führte, so wurde schließlich Goly wieder beauftragt, sich direkt an den Kaiser selbst zu wenden.

Die Unterredung, welche Eraf Golh am 25. April mit Nopoleon hatte, ist also wahrscheinlich nicht, wie man nach Sybels Darstellung annehmen müßte, auf die Initiative des Raisers zurückzuführen, sondern war durch die von Berlin aus erteilten Aufträge veranlaßt. Vermutlich war es wieder das Drängen des Königs, der Gewißheit über Frankreichs Absichten haben wollte und womöglich den Abschluß eines festen Vertrages wünschte, was den Anlaß dazu geboten hat. Vefanntlich bezeichnete Napoleon damals ausdrücklich eine Gebietserweiterung Frankreichs als notwendig, wenn er die preußischen Pläne unterstüßen solle, erkannte aber an, daß eine solche schwer aussindig zu machen sein werde, wenn der König kein deutsches Gebiet abtreten wolle. Der Raiser regte gleichzeitig seinen alten Lieblingsplan eines großen europäspäschen Kongresses wieder an.

Ungewiß bleibt es, ob Napoleon damals schon Kenntnis hatte von dem ins zwischen in Wien gefaßten Beschluß, ihm unter bestimmten Voraussetzungen Venetien abzutreten. Aber unmittelbar darauf erfolgte das Angebot dazu wirklich durch den Fürsten Wetternich (2. Mai); allerdings sollte die Abtretung erft stattsinden, wenn Österreich Schlessen erobert habe.<sup>2</sup> Napoleon beans

<sup>1</sup> S. d. Ber. von Baron Forth/Rouen 11. April Rr. 2043. Droupns Rundschreiben v. 19. April Rr. 2087.

<sup>2</sup> Über die Borgeschichte der Abtretung Benetiens enthalt die frangofische Publikation bisher einige neue Andeutungen. Schon Anfang April ließ Lord Clarendon burch ben englischen Botschafter in Wien dem Grafen Mensborff den vertraulichen Rat geben, Benetien freiwillig an Italien abzutreten. Menedorff erflarte, ber Raifer fei in diefem Puntte fo empfindlich, daß man ihm gar nicht bavon reben burfe; Elarendon bestand aber in einem zweiten vertraulichen Schreiben auf seinem Borfchlag; auch mit dem italienischen Gefandten in London wurde über diefe Möglichkeit gesprochen (Ber. d. F. de la Tour v. 12. April Rr. 2053). Bielleicht war es boch eine Wirfung ber englischen Ratichlage, bag Graf Meneborff balb barauf ju Gramont außerte: Benetien fei das einzige hindernis für die Antnupfung engerer Beziehungen zwischen Offerreich und Franfreich. "Indeffen tonnte eine Canbentichabigung in Deutschland, wenn der Rrieg fie ermöglichen follte, eine ernsthafte Bafis für Unterhandlungen werden; es ift aber noch nicht die Zeit, davon ju fprechen" (Ber. Gramonts v. 13. April Rr. 2059). Ahnlich äußerte fich Fürft Metternich in Paris (Droupn an Gramont 20. April Rr. 2095). In Dres, den wollte man Anfang Mai wiffen, daß Metternich unbeschränkte Bollmacht zu Unterhands lungen mit Frankreich erhalten habe (Ber. des Barons Forth/Rouen v. 3. Mai Nr. 2227), während Fürst de la Tour in London hort, daß Mensdorff dem englischen Botschafter gegens über höflich aber bestimmt die Abtretung Benetiens abgelehnt habe (Ber. v. 3. Mai Ar. 2231).

standete diese Klausel, teilte auch zunächst den Italienern gar nichts mit, sondern versuchte, durch unbestimmte Andeutungen über österreichische Angebote den Grafen Goltz zu einem höheren Gebot zu veranlassen. Als dieser fragte, was Napoleon denn für ein Zugeständnis von Preußen wünsche, erwiderte er: die Angen Frankreichs seien auf den Rhein gerichtet. Der Preis war damit deutlich genug bezeichnet. Goltz erhielt auch jetzt aus Berlin sosort die Anweisung, auf feine Zusagen dieser Art einzugehen. Aber es ist doch beachtenswert, daß Bismarck ihn auch diesmal wieder ermahnte, den Kaiser mögelichst hinzuhalten, aber nicht jede Verhandlung von der Hand zu weisen.

Darauf machte ber Raifer bekanntlich den Berfuch, Italien jum Bruch bes Bertrages mit Preußen und zur Annahme bes öfterreichischen Geschenfes an bestimmen. Er war also scheinbar bereit, auf die andere Seite gu treten, wenn Benedig ben Italienern gufiel. Db Bfterreich damals wirts lich auch Abtretung rheinischer Gebiete an Napoleon in Aussicht gestellt hat, wie Sybel anzunehmen geneigt ift, laffe ich bei der Mangelhaftigfeit unserer Quellen über diese Berhandlung dahingestellt; die Fortsetung der frangofischen Publikation wird hierüber vielleicht Aufschluß gewähren. Bei dieser Gelegenheit bewährte sich die Bedeutung des italienischen Bundnisses für Preußen; ware es nicht vorhanden gewesen, so wurde Bfterreich durch die Ovferung feines venetianischen Besibes vielleicht Preußen völlig haben ifolieren fonnen. Da aber Italien fich weigerte, feinen Berpflichtungen untreu ju werden, wenn es Benetien nicht direft von Offerreich erhalte, wollte auch Napoleon fich Offerreich gegenüber nicht binden; auch durfte er die Möglichs feit nicht außer acht laffen, daß beim Abfall Italiens Preußen vielleicht vers fuchen werde, den Frieden mit Ofterreich durch Jugeftandniffe ju erfaufen, und daß dann Frankreich gang leer ausgehen werde. Dies war wohl ber Grund, weswegen er Italiens Beigerung fo gelaffen binnahm.

In den nächsten Wochen hielt der Raiser nach an seinem großen Kongreßs plane fest und erfann allerlei Kombinationen, durch die Frankreichs Inters

<sup>1</sup> Spbel 4, 366. Bgl. auch Anh. 3. d. Ged. u. Erinn. 1, 141 f. Schon vorher hatte Golg, wie Benedetti erfuhr, von neuem mehrfach vor Frantreichs Absichten gewarnt und von einem Kriege abgeraten, der die Stimmung des eigenen Landes und aller Großmächte gegen sich habe (Ber. Benedettis v. 1. April Rr. 1981). Ferner erwähnt er die ungunstige Stimmung der Parifer Banken; Rothschild habe die Haltung Preußens laut getadelt (Ber. Benedettis v. 6. April Rr. 2014). Auch Bernstorff habe sich abmahnend ausgesprochen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> 3. Mai f. Spbel 4, 367. Des Königs Aberraschung über Rapoleons Außerungen, wie sie in seinem Brief vom 5. (vielleicht 3.?) Mai an Bismard (Anhang 4. d. Ged. u. Erinn. 1, 144) hervortritt, beweist aufs deutlichke, daß er sich von seinem Minister trop der Borgänge im März über die Gefährlichteit von Rapoleons Absichten eine Zeitlang hatte hinwegtäuschen lassen. Hierauf hat Fester (Dt. Nundschau 113, 230 f.) zuerst hingewiesen. Aber zum Rückzug war es jeht zu spät.

effe möglicherweise ohne dirette Gebietserweiterungen gesichert werben fonne, wie die Bildung eines Pufferstaates am Rhein. Als er bamit aber bei Preußen feinen Anklang fand, lenkte er wieder in die Wege der "wohlwollenden Reutralitat" jurud. Die einzelnen Schritte feiner Politik werden fich erft genauer verfolgen laffen, wenn die nachsten Bande der frangöfischen Dublifation vorliegen. Dann wird es auch erft möglich fein, über die Entstehung und Inhalt des Bertrages über die Zession Benetiens, der am 12. Juni unterzeichnet wurde, Bestimmtes ju fagen. Die Rotigen, die bisher darüber befannt geworden find, genügen nicht, seine Tragweite er: fennen zu laffen; hoffentlich wird der nächste Band der Origines diplomatiques feinen vollen Wortlaut bringen. Ich glaube nicht, daß Napoleon jemals auf Ofterreiche Seite hat treten wollen. Wenn der Raiferstaat Preußen besiegte, Schlesien guruderoberte und die Mittelstaaten farter als je beherrichte, fo war das für Frankreich keine angenehme Aussicht und konnte auch durch die Abtretung Benedigs an Italien nicht ausgeglichen werden. Seine Absicht war bis jum Juni 1866, soweit wir es bisher verfolgen tonnen, immer, mit Preußen enge Fühlung zu halten, ob es nun flege oder geschlagen werde, und fich im einen Falle die wohlwollende Neutralität, im anderen die aktive hilfe bezahlen zu laffen. Die Anerbietungen Offerreichs benutte er nur, um Preußen zu ängstigen und zu Zugeständnissen geneigter zu machen. Gelbst nach dem Bertrage über Benetien icheint dies feine Abficht geblieben gu fein; er verpflichtet fich offenbar nicht, Italien vom Rriege gurudzuhalten, und versprach seine Reutralität nur so lange, als Bfterreich weder Gebietserweite; rungen noch eine Umgestaltung der Bundesverfassung vornehmen werde: sobald dies geschah, hatte er wieder freie Sand und fonnte auf Preugens Seite treten.

Als die Rüstungen nach dem Fehlschlagen aller Vermittlungsversuche immer größere Dimensionen annahmen, als Preußen den alten Bund wirklich zersprengte und den Plan zu einem neuen Bunde auf den bereits früher ente wickelten Grundlagen vorlegte, verhielt der Kaiser sich wieder durchaus wohle wollend und ließ in feiner Weise die Absicht erkennen, bei ihrer Verwirklichung Kompensationen zu sordern. Auch in seinem bekannten Briese vom 11. Juni, den er dem gesetzgebenden Körper mitteilen ließ, wurde die Uneigennütziskeit Frankreichs betont, freilich unter der Vorandsetzung, daß das europäische Gleichgewicht nicht verletzt werde. Ja, er hat sogar kurz vor dem Ausbruch des

<sup>1</sup> Friedjung Bb. 1, 318 glaubt, gestüht auf Nopoleons später unter dem Pseudonym Marquis de Gricourt veröffentlichte Schrift, daß König Wilhelm turz vor Ausbruch des Krieges noch einmal an Napoleon geschrieben, dieser jedoch wieder ausweichend geantwortet habe. Davon ist sonst nichts bekannt. Höchstwahrscheinlich ist es eine bloße Verwechslung mit dem Briefwechsel im März.

Rrieges die bestimmte mündliche Erklärung abgegeben, daß er in dem preußisschen Bundesreformplan nichts sehe, was die Interessen Frankreichs zu beeinsträchtigen geeignet sei. Im Zusammenhang mit den früheren Verhandlungen konnte dies nichts anderes bedeuten, als daß er bei der Ausführung dieses Planes ohne Rompensation eine wohlwollende Neutralität beobachten werde; denn er hatte sich ja weitere Forderungen erst für den Fall vorbehalten, wenn durch weitgehende Machtverschiebungen das Interesse Frankreichs verleht werde. Freisich verhielt es sich mit allen diesen Zusicherungen nicht anders wie mit den Versprechen der Neutralität und der Frage der Herzogstümer. Es stand zu erwarten, daß der preußische Bundesresormplan den Krieg mit Osterreich herbeisühren werde und daß daraus ganz neue Verhältsnisse hervorgehen würden, auf die alle früher gegebenen Zusagen nicht mehr pasten.

<sup>1 6.</sup> unten G. 523.

### Schluß.

Wir haben die beiben Gegenspieler in der verwickelten diplomatischen Schachpartie bei ihren einzelnen Zügen, soweit es die Quellen bisher gestatten, beobachtet. Was läßt sich für ihre allgemeinen Grundgedanken und Ziele aus ihrem Verhalten schließen?

Trop aller friedlichen und uneigennütigen Außerungen der offiziellen Aktensstücke wird sich nicht in Abrede stellen lassen, daß Napoleon den Krieg zwischen den beiden deutschen Großmächten lebhaft gewünscht und alles getan hat, seinen Ausbruch herbeizuführen. Dahin zielte seine Politik in der Schleswigs Holsteinischen Frage; daraus erklärt sich sein Jorn über den Vertrag von Gastein; daher hat er auch später den Italienern zum Abschluß des Bündnisses mit Preußen geraten.

Zweifellos wollte er diesen Kampf zu einer Vergrößerung der französischen Macht und zur Sicherung seiner prefären Stellung im eigenen Lande bes nugen. Dabei hatte er gewiß zunächst eine für Frankreich günstigere Gestaltung der deutschen und italienischen Verhältnisse im Auge. Ihm selbst sollte, wenn die Verwirrung am höchsten gestiegen sei, das Amt des Schiedsrichters zwischen den kämpfenden Staaten zufallen, und sein Prestige sollte dadurch wachsen.

Aber wollte der Kaiser mit dieser allgemeinen Verbesserung seiner politisschen Stellung zufrieden sein? Verlangte er nicht von Anfang als Lohn seiner vermittelnden Tätigkeit Landerwerb für Frankreich, und zwar Landerwerb auf Deutschlands Kosten? Wir kennen seine Außerungen, die das Verlangen nach einer Grenzverschiedung am Rhein bekunden. Aber war dies wirklich ein uns veränderliches Stück seines eigenen Programms, oder wurde er von anderer Seite zu dieser Forderung gedrängt?

Sybel hat mehrfach darauf hingewiesen, daß zwischen dem Raiser und seinem Minister des Auswärtigen keine Einigkeit bestand. Auch die neue Publikation läßt diese Differenz hier und da durchschimmern. Droupn de Lhups war offenbar ein Zusammengehen mit Preußen, oder auch nur einer vorläusigen Ermutigung Preußens viel weniger geneigt, als sein herr. Schon in den Korrespondenzen des Jahre 1864 tritt es ziemlich deutlich hervor, daß er viel lieber für die Ausrechterhaltung der dänischen Gesamtmonarchie gegen; über den deutschen Mächten eingetreten wäre und zu diesem Zwecke gern mit

<sup>1</sup> Bgl. auch die bei Friedjung 1, 151 gufammengestellten Zeugniffe, und deffen Charatsteristit der Politit Drounn de Lbung 1, 274f.

England gusammengearbeitet hatte.1 Als er dann, den Beisungen bes Raifers folgend, die Lostrennung der Bergogtumer von Danemart und ihre Bers bindung mit Preußen ins Auge fassen mußte, wollte er doch denjenigen Teil von Schleswig, der bei Danemart verbleiben follte, möglichft groß bemeffen und namentlich die gangen gemischtsprachigen Begirte den Danen zuweisen.2 And Bismard hat ihn ftets als einen Gegner des frangofischspreußischen Eins vernehmens betrachtet und in den entscheidenden Augenbliden immer ver: fucht, feinen Ginfluß auszuschalten und mit dem Raifer dirett in Berbindung au treten. Offenbar ichatte Drounn de Lhung die Gefahren, die aus einer Stärfung der preußischen Macht für Frankreich hervorgeben tonnten, bober ein als der Ralfer und hielt ftarter an den altfrangofischen Traditionen fest, wonach Frankreichs Macht auf der Zerriffenheit Deutschlands beruhte.3 Er wird es auch gewesen sein, der den Bertrag von Gastein als ein untrügliches Beugnis für die Unguverlässigfeit der preußischen Politit zu einer Anderung bes bisherigen Rurfes zu benuten suchte. Da er nun aber einmal gezwungen war, den Unweisungen des Raifers ju folgen, so mar es offenbar fein Bes ftreben, fich Preußen gegenüber wenigstens in teiner Beife gu binden und auf jeden Fall für eine möglichst große Gebietsabtretung an Frankreich gu forgen.4 Es muß bier baran erinnert werben, daß er es ja fpater, im August

<sup>1</sup> Bgl. bef. f. Anweisung für de la Tour v. 27. Juni 1864 Rr. 700. Er erklärt hier geradezu, daß Frankreich es nicht gleichgültig mit ansehen könne, wenn durch Erneuerung des Krieges die Unabhängigkeit der dänischen Bevölkerung in den Herzogkümern bedroht werde. Sanz im Segensat dazu hatte der Kaiser selbst den Dänen geraten, sofort Frieden zu schließen, da sie bei Erneuerung des Kampses nirgends hilfe finden würden und schließlich noch ungünstigere Bedingungen würden annehmen müssen (f. Nr. 603). — Auch das perside Telegramm vom 21. Juni an den Kaiser (Nr. 679), worin er es so darstellte, als habe Preußen allein den von England angeregten Schiedsspruch des Kaisers Napoleon abgelehnt, während Österreich und Dänemart dies gleichfalls getan hatten, war offendar darauf berechnet, den Kaiser von seiner Borliebe für Preußen zu heilen.

<sup>2</sup> Droupn an be la Tour 23. Mai 1864 (Nr. 569). Ganz turze Zeit darauf bemerkte der Kaifer selbst dem danischen Gesandten, daß Danemark die gemischten Gebiete, soweit das deutsche Element darin überwiege, an Deutschland werde überlassen müssen (Graf Moltke an Win. Monrad 3. Juni Nr. 603). — Erst im Febr. 1865 erklärte Droupn sich offiziell mit der Unnerion der deutschen Teile Schleswigs einverstanden, falls eine Bolksabstimmung sie verlange (Droupn an Benedetti v. 4. Febr. 1865 Nr. 1230).

<sup>2</sup> Talleprand meldete am 20. Febr., er habe Bismard auf die Notwendigfeit hingewiesen, für Preugens Beziehungen zu den übrigen Bundesfürsten neue Grundlagen zu suchen; dieser habe lebhaft zugestimmt und versichert, er werde die erste Gelegenheit ergreifen, um den Wider, stand der Mittelstaaten für immer zu brechen. Droupn bemertte dazu, Frankreich habe weder ein Interesse an der Errichtung solcher "neuen Grundlagen", noch daran, daß jener Widerstand für immer gebrochen werde (Nr. 224 mit Droupns Randnote).

\* Bgl. auch die git. Unweifung Rr. 700, wo er England gegenüber betont, daß Frankreich, falls es fich zu einem mit erheblichen Opfern verbundenen attiven Eingreifen entscheide, bes beutende territoriale Entschädigungen als Erfat bafür werde verlangen muffen.

1866, gewesen ist, der dem damals schwer erkrankten Kaiser die Erlaubnis enterissen hat, die ganze baprische Pfalz und Rheinhessen zu fordern. Wir werden seine Politik dahin bestimmen können, daß er am liebsten jede Verstärkung der preußischen Macht verhindern wollte, wenn dies aber nicht möglich sei, ein möglichst großes Maß von Kompensationen in deutschem Gebiet dafür verslangen wollte.

Daß bei dem Raifer selbst das Verlangen nach Landerwerb nicht so groß war, zeigen sowohl seine oben erwähnten Außerungen zu Golg im März 1866, wie fein Berhalten mahrend bes Rrieges und unmittelbar nach dem Rriege. Für ihn bestand ber Borteil, den Frankreich davontragen follte, in erster Linie in einer Berbefferung feiner internationalen Stellung. Er meinte burch eine weitere Schwächung Bfterreichs und Stärfung Preugens in Deutschland ein volltommenes Gleichgewicht diefer beiden rivalifierenden Mächte herstellen zu können und so für sich selbst das Amt des dauernden Schiederichtere in ihren Streitigkeiten ju gewinnen. Guddeutschland follte nach wie vor von beiden unabhängig und dem frangösischen Ginfluß offen bleiben. Zugleich follte Italien durch den Gewinn Benetiens vorläufig sufriedengestellt und von dem Streben nach der Eroberung Roms abges lenkt werden; denn die Erhaltung des Rirchenstaates war und blieb für ihn ein Erfordernis feiner inneren Politif; er fonnte die Unterftugung der flerifalen Clemente nicht entbehren. Zugleich follte die Entwicklung einer fich in mäßigen Grengen haltenden norddeutschen Rriegsmarine ein Gegengewicht gegen die maritime überlegenheit Englands bilden, einen Teil der englischen Streitfrafte im Norden festhalten und badurch Frankreich die Möglichkeit ichaffen, feine Stellung gegenüber England im Mittelmeer zu verbeffern. Bu bem allen tam dann schließlich die definitive Zersprengung bes Bundes der Oftmächte, durch den fich Frankreich immer am meisten bedroht gefühlt hatte. Gegenüber diefen Vorteilen, die, wenn fie ju erreichen waren, in der Tat eine nicht zu unterschätzende Bedeutung hatten, fonnte für ihn eine fleine Grenge berichtigung, wie die Erwerbung von Landau, feine erhebliche Wichtigkeit haben, jumal da fie das Verhältnis ju Deutschland auf jeden Fall verbittern mußte. Daß eine Erwerbung größerer Teile bes linken Rheinufers auf frieds lichem Wege überhaupt nicht zu haben sein werde, darüber hat sich der Raiser wohl faum getäuscht. Eine fo fleine Gebietsvergrößerung, wie die herstellung der Grenze von 1814, als eine vollwertige Kompensation für den Erwerb Schleswigeholsteins oder gar die Unterordnung der norddeutschen Staaten unter Preußen anzusehen, eine herstellung des gestörten Gleichgewichtes davon zu erwarten, ware ja an fich toricht gewesen. Es war dem Raifer daber sichers lich ernst mit seiner Bersicherung, daß er von fleinlichen Gleichgewichts: rudfichten frei fei, und es lag darin wohl ein fleiner hieb gegen seinen Minister bes Auswärtigen. Wenn er tropdem diesen Gedanken nicht von der Sand wies, fo lag das, wie er felbst gang richtig fagte, in der Rudficht, die er auf die öffentliche Meinung Frankreichs zu nehmen hatte. Diese aber ftimmte im wefentlichen mit den Unschauungen seines Ministers überein. Für Napoleon war, so absolutistisch er auch regierte, die öffentliche Meinung ein außer: ordentlich wichtiger Faktor feiner Entschließungen. Im letten Grunde mar ja feine Politif immer beherricht durch das Streben, die herrichaft feiner Onnaffie in Frankreich ju fichern. Sein Thron ftand auf bem unficheren Boden der Boltsabstimmung und konnte jusammenbrechen, sobald die Bolts: gunft fich von ihm abwandte. Er durfte nichts tun, was man in Frankreich als eine Schädigung der frangofischen Intereffen gu betrachten gewohnt war. Diefe oberfte Rudficht war für ihn auch maßgebend, wenn er für die Politik der Rome pensationen eintrat. Möglich, daß er dabei im Stillen gehofft hat, die natios nale Sitelteit der Frangosen im entscheidenden Moment doch noch auf andere Art befriedigen zu konnen. Aber das blieb doch immer unficher. Mochte er von der Notwendigkeit einer Kompensation perfonlich denken wie er wollte, er mußte aus Rudficht auf die öffentliche Meinung bestrebt sein, die Mögliche feit bagu offen gu halten.1

Mus diefen Motiven erklärt fich Napoleons Verhalten gegenüber Preußen in befriedigender Beife. Er mußte jede bestimmte Erflarung, daß er im Rall bes Gelingens der preußischen Bestrebungen deutsches Gebiet für sich vers langen werde, möglichst lange vermeiden; er hatte badurch nicht nur Preußen von der weiteren Berfolgung seines bisherigen Weges abgeschreckt, sondern ihm auch die Mittel in die Sand gegeben, das deutsche Nationalgefühl gegen Frankreich zu erregen und daraus Rugen für fich zu ziehen. Gbensowenig aber durfte er bestimmt fagen, daß er unter feinen Umftanden deutsches Gebiet vers langen werde, weil er fich badurch die Sande gebunden haben wurde. Da er Preußen jum Rriege treiben wollte, ergriff er ihm gegenüber anfange die Initiative, machte verlodende Unerbietungen und drang fogar auf ein forms liches Abkommen, folange Preugen mit Ofterreich jufammenging und es ihm in erfter Linie barauf ankam, biefes Bundnis ju fprengen. Als die Beziehuns gen zwischen ben beiden deutschen Mächten schlechter geworden waren, schien ein folches aktives hervortreten für ihn nicht mehr nötig; er konnte jest abs warten, ob Preugen an ihn herantreten und was es ihm bieten werde. Als man ihm feine genügenden Anerbietungen machte, versuchte er es zulett noch

<sup>1</sup> Ich möchte nicht mit Sybel 4, 393 f. annehmen, daß der Kalfer den Kompensastionsgedanten nach den Berhandlungen vom Mai 1866 ganz aufgegeben habe; wohl aber wird er bereit gewesen sein, auf Erwerbungen zu verzichten, wenn sich etwa zeige, daß die öffentliche Stimmung mit den übrigen zu erhoffenden Borteilen oder dem Prestige, das dem Kalfer eine schiederichterliche Stellung verschaffe, zufrieden sein werde.

einmal, solche durch die Orohung zu erlangen, daß er sonst mit Österreich gehen werde. Aber auch dieser Versuch scheiterte, und er muß nun abwarten, ob der Verlauf des Rampfes ihm die Gelegenheit bieten werde, seine eigenen Ziele zu erreichen und die öffentliche Meinung Frankreichs zufrieden zu stellen.

Bismard wußte von vornherein, daß Napoleon einen Rampf zwischen den beiden deutschen Großmächten wunsche, um aus der dadurch hervorgerufenen Berwirrung felbft Vorteil ju gieben. Er wußte auch, daß der Raifer den Gewinn beutschen Landes, wenn auch weniger aus eigener Neigung als aus Rücksicht auf die allgemeine Stimmung in Frankreich, ins Auge gefaßt habe. Er wußte endlich, daß Napoleon feine der deutschen Großmächte gur unbedinge ten Vorherrschaft in Deutschland gelangen lassen, sondern mindestens die Selbständigkeit der suddeutschen Staaten, die er gur Ginflugsphare Frants reichs rechnete, erhalten wollte. Er brauchte also für seine Derson keine Aufflärung über die Plane und die voraussichtliche haltung Franfreichs. Seine fortwährenden Versuche, den Raifer durch Golt sondieren zu laffen, die mit ber wachsenden Entfremdung swischen Preußen und Biterreich immer eine bringlicher werden, und feine eigenen Reisen nach Frankreich konnen alfo nicht dem Zwede gedient haben, eigene neue Informationen zu gewinnen. Noch weniger konnte er hoffen, durch Einwirkungen dieser Art die Politik des Raisers in eine andere Richtung zu lenken.

Wenn er tropbem diese Bersuche immer wiederholte, so lag der Grund dafür ausschließlich in der Rücksicht auf seinen König. Deffen niemals gang eine juschläferndes Mißtrauen gegen Napoleons Absichten bildete das schwerste hindernis für das Gelingen von Bismards Planen. War der König an fich schon wenig geneigt, den Krieg gegen Ssterreich zu führen, so mußte die Aus: ficht, daß mahrend des Kampfes Frankreich mit einer Forderung deutschen Ges bietes hervortreten, schließlich vielleicht als Schiedsrichter fungieren und die Friedensbedingungen vorschreiben werde, diese Abneigung außerordentlich verstärken. Denn eine folche Entwicklung der Dinge konnte nicht nur etwa mit den Waffen errungene Erfolge fart beeinträchtigen, sondern mußte auch Preußen dem berechtigten Borwurf ausseten, daß es durch seine aggreffive Politif eine derartige Einmischung Frankreichs ermöglicht und die allgemeinen deutschen Interessen schwer geschädigt habe. Da nun das Mißtrauen des Königs durch die Berichte des Grafen Golt immer wieder genahrt und ges steigert wurde, fo glaubte Bismard, tein Mittel icheuen gu durfen, um diese Eindrücke zu verwischen. Daber sein fortwährendes Verhandeln mit den Berliner Bertretern des Raifers, von denen er gunftigere Außerungen erhoffte, als Goly fie aus Paris meldete; daber seine fortwährenden Versuche,

Derartige Urteile wurden häufiger laut, vgl. 3. B. die Außerung des weimarischen Minissers v. Wathorf im Ber. des Barons Belcastel v. 14. Dez. 1865 Ar. 1700.

mit ihrer hilfe direkte Widerlegungen der Nachrichten, die der eigene Botschafster sandte, zu erlangen. Er trug kein Bedenken, sich den fremden Diplomaten und namentlich den französischen Bertretern in Berlin gegenüber in den schärssten Ausdrücken über den Erafen Golz zu äußern; er sei der abscheulichste Untergebene, den man sich denken könne1; er berichte nach augenblicklichen Eindrücken, ohne sich genügend zu informieren; er spekuliere darauf, sein Nachsfolger als Ministerpräsident zu werden. Zu wiederholten Malen las Bismarck den französischen Bertretern große Stücke aus den Berichten des Grafen vor2, in der deutlichen Absicht, von ihnen die bestimmte Erklärung zu erhalten, daß die darin stehenden Angaben verkehrt seien.

Das Verhalten des Grafen Goly, mag es auch jum Teil durch den perfon: lichen Gegensatz gegen Bismard beeinflußt worden fein, ift doch im Grunde dadurch bestimmt worden, daß er ein anderes Verfahren Frankreich gegenüber für richtig hielt wie sein Chef. Er tauschte fich über die gefährlichen Absichten Franfreichs fo wenig wie Bismard, glaubte aber gerade deshalb, daß man möglichft fruh zu einer vertragsmäßigen Bindung fommen muffe und hielt es vielleicht für möglich, ein fleines Zugestandnis an deutschem Gebiet gu machen.3 Offenbar ging er von der Unficht aus, daß ein derartiger Bertrag Napoleon verhindern werde, später mehr zu verlangen. Bismard glaubte nicht daran, daß der Raifer sich, wenn die Gelegenheit gunftig fei, an eine ders artige Abmachung binden werde und beurteilte ihn damit ohne Zweifel richs tiger als der Botschafter. Außerdem wollte er ein Zugeständnis deutscher Landesteile, wie es bei jedem nicht ftreng auf die Schleswigeholfteinische Sache beschränkten Bertrage unvermeidlich gewesen wäre, nicht machen, ba er auf einen Berlauf der Dinge hoffte, der es ermöglichen werde, Napoleons Fors berungen gang beiseite zu schieben. Bismards Politit war auch hier die fühnere, großartigere, aber auch ftrupellosere, mahrend das von Golb empfohlene Berfahren gwar ehrlich mar, aber die besten Chancen aufgegeben und die Ges fahren nicht beseitigt haben wurde. Bismard glaubte eben einem Manne wie Rapoleon gegenüber mit einem absolut ehrlichen Berfahren nicht austommen ju tonnen und es gerade hier auch nicht notig ju haben. Er handelte, wie er später seinem Ronig selbst geschrieben bat, nach bem Grundsat: "A corsaire corsaire et demi".

Aber auch der König wollte eine ehrliche Politik, und schwankte, wie wir gesehen haben, immer wieder, ob er Bismarck Natschlägen gerade Frankreich

<sup>1</sup> Ber. v. FortheRouen v. 14 Mary 1866 Rr. 1887.

<sup>2</sup> C. oben C. 452 f. Ahnlich ichon im Februar 1864 Lalleprand gegenüber, f. deff. Bericht v. 26. Febr. Rr. 273.

<sup>3 3</sup>ch glaube bies aus feinem fpateren Berhalten im Juli 1866 fcließen ju burfen, f. in der folgenden Abhandlung Rapitel 4, 6 und 9.

gegenüber folgen solle. Um so unangenehmer mußte es für den letzteren sein, daß Golt immer wieder hervorhob, Napoleon habe weitergehende Absichten, sobald der Konstitt eine größere Ausdehnung annehme; man dürse von ihm, wenn man ihn nicht durch seste Abmachungen binde, keine Zurüchaltung in dieser Beziehung erwarten. Alle seine Bersuche, dem König die Absichten Napoleons als möglichst harmlos hinzustellen, wurden durch diese Gegens wirkung des Botschafters durchtreuzt. Es war vielleicht die größte Schwierigs feit, die er zu überwinden hatte.

Anfangs hoffte er vielleicht, daß die Franzosen selbst seine Situation bez greifen und sie ihm in ihrem eigenen Interesse möglichst erleichtern würden. Er würde gewiß sehr gern irgendeine noch so unverbindliche Außerung gehabt haben, daß man eventuell mit außerdeutschen Kompensationen zufrieden sein werde. Er legte ihnen selbst die Worte beinahe auf die Junge, die er von ihnen ausgesprochen zu hören wünschte, aber es gelang ihm nicht von diesen Diplomaten, die unter der Leitung des dem preußischen Bündnis wenig geneigten Ministers Droupn de Lhups standen, das zu erreichen, was er wünschte.

Daher blieb nur seine persönliche Reise zu Napoleon übrig. Aber auch der Raiser war viel zu vorsichtig, um derartige Außerungen auch nur im Privatzgespräch zu tun. Diese Zurüchaltung der Franzosen und die Gegenwirfung des eigenen Botschafters haben ihn schließlich dazu gedrängt, seinem herrn gegenüber mehr zu behaupten, als er verantworten konnte.

Bismard führte alfo auch hier einen Rampf mit mehreren Fronten. Er mußte Napoleon gegenüber jede feste Verpflichtung vermeiden, schon beshalb, weil er fürchtete, daß der Raiser mahrscheinlich versuchen würde, bestimmte Angebote Preußens in Wien gur Erlangung von Zugeständnissen an Frankreich und Italien zu verwerten. Ferner mußte er, um Napoleon nicht abzuschrecken, die bestimmten Erflärungen seines herrn, daß er nie in die Abtretung deutschen Gebietes an Frankreich willigen werde, immer wieder möglichst abzuschwächen fuchen. Auf der anderen Seite mußte er feinen Ronig in dem Glauben gu erhalten suchen, daß die Absichten des frangosischen Kaisers gar nicht auf die Erwerbung deutschen Landes gerichtet feien. Es ift in der Lat seiner raffiniers ten Tattit gelungen, bis jum Ausbruch des Krieges die Übernahme jeder bes stimmten Verpflichtung Frankreich gegenüber zu vermeiden, und das Diße trauen seines herrn so weit ju überwinden, daß dieser den Entschluß jum Rriege faßte, ohne zuverlässige Sicherheiten von Navoleon empfangen zu haben. Es lag ein ungewisses Zwielicht über ben preußischefrangofischen Bes ziehungen; der König und Golp wünschten klares Licht zu schaffen, Napoleon und Bismard wollten das Dunkel erhalten; der Raifer, weil es ihm gestattete, abzuwarten, um für den geeigneten Moment die Sand an der rechten Stelle

ju haben; Bismarck, weil er sich die Fähigkeit zutraute, auch in dieser unges wissen Dämmerung Napoleons Bewegungen verfolgen und seine hand in dem Augenblick ergreifen und zurückschleudern zu können, wo er sie zum Zugreifen ausstrecken werde.

Erst der Blitzstrahl von Königgrätz erhellte mit einem Schlage die Szene und zeigte, was vorher niemand mit Sicherheit hatte wissen können, daß Bis; marcks Stellung die stärkere war, während Napoleon sich über den wahren Stand der Dinge getäuscht hatte.

Die Preußische Politik im Jahre 1866



### 1. Rapitel.

# Bismarck und die deutsche Frage bis zur Schlacht bei Königgrätz.

Röniggräß hat über die künftige Gestaltung Deutschlands im Prinzip entschieden; daß die Leitung der deutschen Geschicke nunmehr Preußen zufallen müsse, und daß Sserreich sich mit dem Berzicht auf seine bisherige Stellung in Deutschland abzusinden haben werde, konnte nicht mehr zweiselhaft sein. Ob sich aber sogleich ein das ganze außerösserreichische Deutschland umfassendes Staatswesen bilden lassen und wie es zu organisseren sein werde, lag damals noch völlig im Dunkeln. Die Ereignisse der nächsten Wochen haben aber dahin geführt, daß zunächst nur ein Norddeutscher Bund ins Leben trat, wähzend gleichzeitig Preußen seine Stellung im Norden durch die Einverleibung von Hannover, Kurhessen, Rassau und Frankfurt erheblich verstärtte.

Zweifellos waren auch andere Möglichkeiten vorhanden. Die süddeutschen Staaten, besiegt und von Österreich preisgegeben, hätten schon damals dem Bunde beitreten müssen, wenn Preußen darauf bestanden hätte. Und anderer; seits hätte sich Preußen mit der Verfügung über die militärischen Kräfte der übrigen deutschen Staaten, auch der bisherigen Gegner, begnügen, deren Besitzstand aber unangetastet lassen können. Das Aussehen des neuen Deuschland wäre ganz gewiß ein wesentlich anderes geworden, wenn in dieser oder jener Richtung in den Sommermonaten des Jahres 1866 die Entscheizdung anders gefallen wäre, als es tatsächlich geschehen ist.

Die historische Forschung hat sich seit dem Erscheinen des Werkes heinrich von Sybels, das ja zum ersten Male Mitteilungen aus den preußischen Akten darüber brachte, eifrig mit der Frage beschäftigt, worin der Grund für den Berzicht auf Süddeutschland zu suchen sei, woher der Gedanke der Annerionen stamme, welche Wandlungen er durchgemacht habe, und ob jener Berzicht und die Annerionen in einem ursächlichen Zusammenhang miteinander ständen. Namentlich die Darstellung, die Bismarck selbst in seinen Gedanken und Erinnerungen von den Vorgängen im preußischen hauptquartier wähzend der entscheidenden Wochen gegeben hat, und die mit der Erzählung Sybels und anderen Quellen in manchen Punkten im Widerspruch steht, hat zu lebzhaften Auseinandersetzungen Anlaß gegeben. Ich will versuchen, auf Erund

<sup>1 3</sup>ch nenne hier befonders: M. Leng, Bur Kritit der Gedanten u. Erinnerungen des Fürs fen Bismard 1899. (Abichn. 2. Ritolsburg.) F. Thimme, Wilhelm I., Bismard u. b. Urs

Branbenburg, Unterfuchungen.

des von Sybel benutten Materials diese Fragen einer neuen Prüfung zu unterwerfen. Eine definitive Beantwortung wird natürlich erst möglich sein, wenn das gesamte Aktenmaterial einmal im Wortlaute publiziert werden kann. Vielleicht wird auch dann eine sichere Entscheidung nicht in allen Punkten möglich sein. Viele der wichtigsten Entschlüsse sind offenbar in mündlicher Vershandlung zwischen König Wilhelm und seinen Ratgebern diskutiert und fests gestellt worden, über die kein Protokoll und keine Denkschrift berichtet. Wenn irgendwo, so wäre es hier falsch, nach dem Saße zu schließen: quod non est in actis, non fuit in mundo.

Ich beginne mit einer Darstellung des Berhaltens Bismarcks zur deutschen Frage vor dem Kriege von 1866. Dhne ihre Kenntnis läßt sich ein Urteil über seine Politif in der Zeit der Friedensverhandlungen nicht gewinnen.

Bismarch hat sich über die deutsche Frage zuerst aussührlicher geäußert, als die Nevolution von 1848 eine völlige Neugestaltung Deutschlands versuchte. Noch bevor die Märzrevolution ausgebrochen war, schreibt er an seinen Brusder!: "Für ein deutsches Parlament am Bundestage ist man übrigens hier allgemein, sogar in der Nitterschaft portiert. Ich weiß nur nicht, wie Östersreich sich dazu stellen sollte." Wie er selbst über diesen Plan denkt, sagt er nicht genauer; aber die hinzugefügte Bemerkung zeigt doch, daß ihm die Sache bedenklich vorkommt.

Nach dem Siege der Märzrevolution in Berlin hat Bismarck eine Zuschrift an die Magdeburgische Zeitung gerichtet², worin er als die nächstliegende Aufgabe bezeichnet "die Herstellung rechtlicher Ordnung in Deutschland und die Erhaltung der Ehre und Unverletzlichkeit unseres Vaterlandes". Es kann wohl nicht zweiselhaft sein, daß er mit dem Worte Vaterland Preußen meint; es erscheinen also in dieser Außerung die Geschicke Deutschlands und Preußens bereits eng miteinander verbunden; denn man darf sie doch wohl dahin deuten, daß gerade Preußen es sein soll, welches die Ordnung in Deutschland herzssellt.

Bald darauf erklärte er in seiner Landtagsrede vom 2. April, daß er bereit sei, den Urhebern der neuen Ordnung seinen Dank auszusprechen, wenn es ihnen gelinge, ein "einiges deutsches Vaterland" und gesehmäßige Zustände zu schaffen.

sprung des Annexionsgedantens 1866. (hist. 3. 89, 401f.) B. Busch, Der Kampf um den Frieden in d. preuß. Hauptquartier in Ritolsburg im Juli 1866. (hist. 3. 92, 418f.) B. Muth, Untersuchungen zum Frieden von Ritolsburg. (Progr. d. Symnas. zu Glogan, Oftern 1905.)

<sup>1 8.</sup> Mary 1848. Bismardbriefe rog. v. S. Robl, 7. Aufl., G. 58.

<sup>\* 30.</sup> März 1848, a. a. D. S. 60.

Beden breg. v. S. Robl I, 46.

In einer zweiten Zuschrift an die Magdeburgische Zeitung vom 20. April 18481 schilt Bismard darauf, daß der deutsche Enthusiasmus in der polnischen Frage wieder einmal jum eigenen Schaben fremde Raffanien aus dem Reuer holen wolle. Er fährt fort: "Ich hatte es erflärlich gefunden, wenn der erfte Auf: schwung deutscher Kraft und Einheit sich damit Luft gemacht hätte, Frankreich bas Elfaß abzufordern und die deutsche Fahne auf den Dom von Straßburg ju pflangen." Unftatt beffen ichide man fich aus deutscher Gutmutigfeit an. das lette von dem wegzugeben, was ehemals deutsche Waffen den Fremden abgewonnen hatten. Aus Liebe zur Theorie des Nationalitätsprinzips werde man noch dahin tommen, im südlichen Stepermark und Allnrien ein neues Slavenreich zu bilden, Sudtirol ben Italienern gurudzugeben und in ber Mitte Deutschlands ein unabhängiges Tichechenreich zu gründen. Wenn man auch noch Pofen, Weftpreußen und Ermeland den Polen gurudgebe, "dann würden Preugens beste Gehnen durchschnitten und Millionen Deutscher der polnischen Willfür überantwortet sein . . Wie fann aber ein Deutscher. weinerlichem Mitgefühl und unpraktischen Theorien guliebe dafür schwärmen, bem Baterlande in nächster Nahe einen rastlosen Feind zu ichaffen?" Aus diesen Worten spricht mit voller Deutlichkeit Bismarcks deutsche Gefinns ung; er will fein Stud gand preisgeben, das dem Deutschtum fruber ges wonnen worden ift; er halt es fur ein erstrebenswertes Biel, die unter fremde herrschaft geratenen deutschen Lande gurudguerobern; Deutschlands Unabe hängigkeit vom Auslande und gesicherte Machtstellung liegen ihm neben der Erhaltung und Stärfung des preußischen Staates am Bergen.

Damit ist jedoch noch nicht gesagt, daß er auch die Bestrebungen, allen Deutschen ein gemeinsames inneres Staatsleben zu schaffen, billigte, wie sie namentlich in der Frankfurter Nationalversammlung hervortraten. Alls im Ansang des Jahres 1849 die Neichsverfassung vollendet war und das Ansgebot der Raisertrone an Friedrich Wilhelm IV. unmittelbar bevorstand, hat sich Bismarck mehrsach über seine Stellung zu den Frankfurtern geäußert. Bereits am 3. März schreibt er an seine Frau<sup>2</sup>: "Die Thronrede habt Ihr wegen der deutschen Frage, wie mir scheint, misverstanden; sie ist darin ganz korrekt und frei von revolutionärer Beimischung; wenn der König dabei bleibt, nicht ohne Beistimmung aller deutschen Fürsten vorzugehen, womit ich einverstanden bin, so bleibt natürlich alles beim alten, denn Österreich und andere lassen sich auf die Frankfurterei niemals ein." Am 29. März³ bez richtet er seiner Frau von der erfolgten Raiserwahl und fügt hinzu: "Nach Angabe der nächsten Umgebung des Königs wird er höstlich ablehnen, seinen

<sup>1</sup> A. a. D. G. 61.

<sup>2</sup> Briefe an seine Braut u. Gattin, S. 125.

<sup>3</sup> A. a. D. S. 129.

Dank und die hoffnung aussprechen, daß dieses Ereignis die Aussicht auf eine Einigung mit den deutschen Fürsten verstärken könne usw. Das Misnisterium hatte gestern noch eine ganz vernünftige Auschauung, möge Gott sie ihm erhalten."

Nach der aufschiebenden Antwort des Königs kam die Angelegenheit im April auch in der zweiten preußischen Kammer zur Sprache, deren Mitzglied Bismark war. Wie ein Brief aus dieser Zeit an seinen Bruder zeigt, glaubte er, daß die deutsche Frage von vielen Seiten nur aus parteiz politischen Gründen in den Vordergrund geschoben werde, um dadurch ein Mittel zur Beseitigung des Ministeriums zu sinden. Freilich gibt er zu, daß andere wirklich aus innerer Aberzeugung für eine Verständigung mit der Paulskirche einträten; er sindet das unbegreislich und nennt es "ein Zeichen des wahnsinnigen Contagiums, mit dem der Satan die Luft geschwängert hat".

Benige Tage darauf, am 21. Aprile, ergriff er in der zweiten Kammer felbst das Bort gur deutschen Frage. Er trat für die Ablehnung der Raisertrone ein und fagte gur Begrundung: "Die Frantfurter Verfaffung veranlaßt den König, seine bisber freie Krone als lehn von der Frants furter Versammlung anzunehmen, und wenn diefe Boltsvertreter es breimal beschließen, so hat der Ronig und jeder andere Rurft, der Untertan bes engeren Bundesvoltes geworden ift, aufgehört ju regieren." Außerdem erregt das allgemeine Stimmrecht und die dirette Bahl für das Reichs. parlament feinen Widerspruch; da die Linke beffere Organisationen im Lande habe, werde fie mit Silfe dieses Mahlrechts die Mehrheit im Parlas ment gewinnen, und bas halte er für ein Unglud für bas Land und die Rrone. In der Zusammensehung des Staatenhauses fei Preugen im Bers hältnis ju ben tleineren Staaten benachteiligt; endlich lege die jährliche Bewilligung bes Budgets es in die Sand der jeweiligen Majoritat, die Staatsmafdine jum Stillfteben ju bringen. Benn die Frankfurter Bers sammlung darauf beharre, gang Deutschland gur Unterordnung unter diefe Berfassung zu bringen, so murde der Ronig, falls er die Raifertrone ans nehmen follte, die etwa widerstrebenden deutschen Staaten mit Gewalt jum Behorfam zwingen muffen. Dan wolle auf diefe Art Preußen in Deutsche land bie Rolle aufbrangen, die Gardinien in Italien gu fpielen versuche. In diefem Bufammenhang fprach er die oft gitierten Borte: "Es wird nicht lange bauern, fo werben bie Rabitalen por ben neuen Raifer bintreten mit dem Reichswappen und ihn fragen: "Glaubst Du, diefer Adler fei Dir geschentt? . . . Die deutsche Ginheit will ein jeder, den man danach fragt,

<sup>1 18.</sup> April 1849. Bismardbriefe S. 79.

<sup>2</sup> Reben, breg. v. h Robl, Bb. 1, G. 85f

sobald er nur deutsch spricht; mit dieser Verfassung aber will ich sie nicht." Aus allen diesen Gründen ist er dafür, daß der König jedes Eingehen auf die Pläne der Frankfurter vermeide. "Ich glaube, daß gerade dann, wenn wir ihnen unsere Unterstähung verweigern, Preußen um so eher imstande sein wird, die deutsche Einheit auf dem von der Regierung betretenen Wege herbeizusühren. . . . Im schlimmsten Falle will ich aber, ehe ich sehe, daß mein König zum Vasallen der politischen Glaubensgenossen der herren Simon und Schaffrath herabsteigt, lieber, daß Preußen Preußen bleibt. Es wird als solches stets in der Lage sein, Deutschland Gesehe zu geben, nicht sie von anderen zu empfangen. . . . Die Frankfurter Krone mag sehr glänzend sein, aber das Gold, welches dem Glanze Wahrheit verleiht, soll erst durch das Einschmelzen der preußischen Krone gewonnen werden, und ich habe kein Vertrauen, daß der Umguß mit der Form dieser Verfassung gelingen werde."

Aus allen diesen Außerungen geht deutlich hervor, daß Bismard schon damals feineswegs ausschließlich von preußischen Interessen beherrscht wurde.1 Er will die Einheit Deutschlands fo gut wie die Gegner; aber er versteht etwas anderes darunter. Ihm sieht in erster Linie die Unabhängigs feit gegenüber dem Auslande, wozu unter Umftanden noch die Zuruderobes rung der dem deutschen Boltstum angehörigen, aber im Laufe der Zeit unter die herrschaft einer auswärtigen Staatsgewalt geratenen Landess teile treten foll; dagegen scheint ihm eine Gleichförmigkeit der inneren Einrichtungen oder gar eine Beseitigung oder Mediatisierung der bestehenden Einzelstaaten feineswegs notwendig ju fein. In der Form, wie die Frants furter Nationalversammlung sie erstrebt, will er sie auf teinen Fall, weil dadurch Preußen seiner faatlichen Autonomie beraubt und den Beschluffen einer fremden Gewalt unterworfen werden wurde. hierzu tommt noch, daß diefe Gewalt mahrscheinlich in den handen seiner politischen Gegner fich befinden wurde. hingegen halt er zur herstellung der wahren Einheit Deutschlands die Erhaltung der Rraft des preußischen Staates für notwens dig. Preußen foll die Führung übernehmen und dem übrigen Deutsche land eine Verfassung vorschreiben, die mit seinen Interessen vereinbar ift. Solange dies nicht ausführbar erscheint, tut es allerdings beffer, seine eigenen Interessen zu mahren und seine Eigenart zu behaupten, anstatt sich mediatifieren zu laffen.

Im herbst 1849 tam die deutsche Frage in der zweiten preußischen Rammer abermals zur Sprache. Es handelte sich um den Unionsplan Friedrich Wilhelms IV. Bismard verhehlte seine Bedenken auch gegen

Diese weit verbreitete Annahme findet fich gang schroff formuliert, j. B. bei B. Busch, Bismard u. die Entstehung des Norddeutschen Bundes. (hift. 3. 103, 55.)

diesen Plan nicht, obwohl in der Verfassung der Union die Erefutivgewalt eine weit ffartere Stellung haben follte als in der des Frankfurter Darlas ments. Er verwahrte fich aufs entschiedenfte dagegen, daß man die jegige Politif Preugens, wie es von seiten einiger Redner geschehen mar, mit derienigen Friedrichs des Großen in Parallele felle. König Friedrich, meinte er, werde fich viel eher "an die hervorragendste Eigentumlichfeit preußischer Nationalität, an das friegerische Element in ihr gewandt haben. . . . Er hatte die Bahl gehabt, fich nach dem Bruche mit Frankfurt an den alten Rampfgenoffen, an Diterreich, angufchließen . . oder es hatte ihm freis gestanden, mit demfelben Recht, mit dem er Schlesien eroberte, nach Abs lehnung der Frankfurter Raisertrone den Deutschen zu befehlen, welches ihre Berfaffung fein folle, auf die Gefahr bin, das Schwert in die Bagichale ju werfen. Dies ware eine nationale preußische Politik gemesen. Sie hatte Preußen im erften Fall in Gemeinschaft mit Offerreich, im anderen Rall durch fich allein die richtige Stellung gegeben, um Deutschland zu der Macht ju belfen, die ihm in Europa gebührt. Der vorliegende Berfaffungs: entwurf aber vernichtet das spezifische Preugentum." Gerade dies aber fei es gewesen, was während der Revolution den preußischen Staat erhalten habe. Die preußische Urmee und das preußische Bolf hegten feine dreis farbigen Begeisterungen. Er habe noch feinen preußischen Goldaten fingen horen: "Bas ift bes Deutschen Baterland?" "Bir alle wollen, daß der preus fifche Adler feine Fittiche von der Memel bis jum Donnersberge fcutend und herrschend ausbreite, aber frei wollen wir ihn feben, nicht gefeffelt durch einen neuen Regensburger Reichstag und nicht geffußt an den Flügeln von jener gleichmachenden Sedenschere aus Frankfurt. ... Dreußen find wir. und Preußen wollen wir bleiben; ich weiß, daß ich mit diefen Worten bas Befenntnis der preußischen Armee, bas Befenntnis der Mehrgahl meiner Landsleute ausspreche, und ich hoffe ju Gott, daß wir auch noch lange Preugen bleiben werden, wenn diefes Stud Papier vergeffen fein wird wie ein durres Berbfiblatt."

Wit erkennen in dieser Nede die gleichen Grundgedanken wie in den früheren Außerungen, nur wird hier noch ausdrücklicher gesagt, daß nur ein statkes Preußen, sei es für sich allein, sei es zusammen mit Österreich, Deutschland die gebührende Machtstellung in Europa schaffen könne. Auch deutet Bismarch hier bereits an, daß ihm ganz vorwiegend Norddeutschs land als die Machtsphäre erscheint, in der Preußen seinen Schutz zu gewähren und seinen Einsluß auszuüben habe; denn wir dürsen nicht vergessen, daß der Donnersberg in der Verlängerung der Mainlinie liegt. In dieselbe Richtung weisen die in derselben Rede vorkommenden Worte, das preußische

<sup>1</sup> Rebe v. 6. Cept. 1849. Reben 1, C. 104f.

Bolt habe kein Bedürfnis, sein Königtum "verschwimmen zu sehen in der fauligen Gärung süddeutscher Zuchtlosigkeit". Gerade Süddeutschland ers schien ihm schon damals als der Hauptherd der von ihm bekämpften des mokratischen Bestrebungen, unter deren Einfluß er Preußen durch die Bers mittlung eines deutschen Parlaments geraten zu sehen fürchtete.

Im Frühling 1850 wurde Bismard in das Erfurter Parlament gewählt, bas die neue Verfassung für die preußische Union mit den Regierungen ber daran beteiligten Einzelstaaten vereinbaren follte. Der von den Res gierungen vorgelegte Entwurf forderte wiederum Bismards icharfe Rritit heraus.1 Benn man ihn annehme, fo willige man darein, daß der Ronig von Preugen in seinem eigenen Lande mediatifiert und dem Willen der Rammer untergeordnet werde. Auch im Fürstenrat habe Preußen fo wenig Stimmen, daß es jederzeit majoriffert werden tonne. Der Ronig werde bann in seinem eigenen Lande der Erekutor eines fremden Willens, mit bem er vielleicht nicht übereinstimme. Da die Stimmen der fleineren Staas ten im Fürstenrat in der Regel nach dem Willen der einzelstaatlichen Rams mern abgegeben wurden, fo wurde das preußische Bolt der nichtpreußischen Minderheit unterworfen fein, mahrend gerade die Erfahrungen der letten Beit bewiesen, daß Preugen die einzige Stube fur die übrigen gegenüber der Revolution gewesen sei. Er bedauere es, daß manche seiner Landsleute für diese Berfassung einträten; ihm selbst sei es ein demutigendes Gefühl. "mir gegenüber die Bertreter von Fürsten, die ich in ihrem Rechtsfreise ehre, die aber nicht meine Landesherren find, mit obrigfeitlicher Gewalt befleidet gu feben". Er fahrt fort: "Meine herren! Benn Gie bem preugifchen, bem altpreußischen Geifte, nennen Sie ihn fodpreußisch, wenn Sie wollen, nicht mehr Rongeffionen machen, als es bis jest in diefer Berfaffung geschehen ift, dann glaube ich nicht an eine Berwirklichung derfelben; und wenn fie fich bemühen, diese Berfassung diesem preußischen Geifte aufzuzwängen, fo werden fie in ihm einen Bucephalus finden, der den gewohnten Reiter und herrn mit mutiger Freude trägt, den unberufenen Sonntagereiter aber mitfamt feiner fcwargrotgoldenen Zaumung auf den Sand fest." Ginen Eroft gegen diese Möglichteiten finde er in der Zuversicht, daß diese Bers faffung niemals zu wirklicher Geltung tommen werde.

Auch hier hat sich also Bismard nicht gegen eine deutsche Verfassung überhaupt ausgesprochen, sondern nur gegen eine solche, die Preußens Selbständigkeit und Eigenart bedrohe. Er erkennt wohl an, daß dem bezrechtigten preußischen Selbstbewußtsein in der Unionsverfassung größere Zugeständnisse gemacht seien, als in der Frankfurter Neichsverfassung, aber sie erscheinen ihm doch nicht als genügend.

<sup>1</sup> Rede v. 15. April 1850 a. a. D. 1, S. 235f.

Als dann infolge des Widerstandes Osterreichs und der süddeutschen Königreiche gegen den Unionsplan im Herbst 1850 der Krieg zwischen Osterreich und Preußen nahe vor dem Ausbruch stand, war die zweite preußische Kammer wieder versammelt, und Vismarck nahm an ihren Beratungen teil. In den Briefen an seine Gattin spricht er sich im Noxvember häusiger über diese Fragen aus. Er wünscht den Krieg gegen Osterreich nicht, sondern erstrebt vielmehr eine Verständigung zwischen den beiden Großmächten auf Kosten der kleineren Staaten; sie beide allein sollen die Erekutivgewalt in Deutschland haben. Da man hiermit Osterreich einverstanden glaubte, hielten Vismarck und seine Gesinnungszgenossen es für verkehrt, wegen der übrigen Streitpunkte, die ihnen als Lappalien erschienen, einen gefahrvollen Krieg zu führen. Vismarck betont besonders, daß ein solcher Kampf die Geschicke Deutschlands in die Hände der Fremden legen werde. Selbst wenn man siege, werde man nur die Geschäfte der verhaßten Demokratie besorgen.

Von diesen Sesichtspunkten aus wird es verständlich, wie Bismark den Abschluß des Vertrags von Olmüß, obwohl dieser zweisellos eine schwere Demütigung Preußens bedeutete, billigen und in seiner bekannten Rede vom 3. Dezember 18502 öffentlich verteidigen konnte. "Die preußische Ehre", sagt er, "besteht nach meiner Überzeugung nicht darin, daß Preußen überall in Deutschland den Don Quirote spiele für gekränkte Kammerzelebritäten, welche ihre lokale Verfassung für gefährdet halten. Ich suche die preußische Ehre darin, daß Preußen vor allem sich von jeder schmachvollen Verbindung mit der Demokratie entsernt halte, daß Preußen in der vorliegenden wie in allen anderen Fragen nicht zugebe, daß in Deutschland etwas geschehe ohne Preußens Einwilligung, daß daßenige, was Preußen und Österreich nach gemeinschaftlicher unabhängiger Erwägung für vernünstig und poslitisch richtig halten, durch die beiden gleichberechtigten Schußmächte Deutschslands gemeinschaftlich ausgesührt werde."

Eroberungen wolle man ja nicht machen, die künftige Gestaltung Deutsch; lands solle in den bereits verabredeten freien Konferenzen vereinbart wers den; also sehe er keinen wirklichen Grund zu einem Kriege mehr vor sich. Man werde gar nicht wissen, was man im Falle eines Sieges eigentlich für Preußen fordern solle. Man habe in Deutschland vor dem Beginn der Bers handlungen des Frankfurter Parlaments mehr Einheit besessen wärtig. "Benn jemand im Namen der deutschen Einheit auf die parlas mentarische Union hindrängt, so möchte ich ihn verwarnen, daß er nicht zwei Begriffe miteinander verwechsle: die deutsche Einheit und das Recht,

2 Reben 1, 6. 261 f.

Befonders Briefe v. 18. u. 24. Rov., Briefe an feine Braut u. Gattin, G. 214 u. 216f.

auf einer beutschen Tribüne parlamentarische Vorträge zu halten; für mich liegen beide Begriffe weit auseinander." Die geplante Union umfasse außerdem nur einen kleinen Teil Deutschlands; ihre Begründung und der damit notwendig gegebene dauernde Gegensatz zwischen Osterreich und Preußen werde den Schwerpunkt der Entscheidung der deutschen Angelegens heiten nach Paris und Petersburg verlegen. Außerdem bedeute sie "eine Mediatisserung Preußens nicht unter die Fürsten sondern unter die Kamsmern der kleinen Staaten." Er begreife nicht, warum sich die Gegner weigerten, Össerreich als eine deutsche Macht anzuerkennen, nur deshalb, weil es fremde Völkerstämme der deutschen Herrschaft unterworfen habe.

Auch hier erscheint also die Unabhängigfeit Deutschlands dem Auslande gegenüber als einer der leitenden Gesichtspunkte Bismarck; sie soll ges währleistet werden durch ein enges Bündnis zwischen Herreich und Preußen auf der Grundlage voller Eleichberechtigung, so daß nichts gegen Preußens Willen in Deutschland geschehen kann. Dies ist ihm die wahre deutsche Einsheit; dagegen lehnt er jene Vorstellung ab, wonach die deutsche Einheit den stärksten Ausdruck in einem gemeinsamen deutschen Parlament und einem gemeinsamen inneren Staatsleben sinden soll.

Alle diese Außerungen Bismards aus den Jahren von 1848 bis 1850 flimmen miteinander volltommen überein und zeigen uns, daß er, fo fehr er fich auch vor allen Dingen als Preuße fühlte, doch damals ichon bereit war, den deutschenationalen Bestrebungen Rechnung zu tragen, soweit sie ihm als berechtigt erschienen. Allerdings war er viel zu sehr Preuße, als baß er irgendeine Lösung der deutschen Frage hatte befürworten konnen, burch die Preußens Gelbständigfeit als europäische Großmacht und seine historisch erwachsene Eigenart gefährdet worden ware. Aber er fühlte sich auch als guter Deutscher und wollte namentlich dem Auslande jede Eine mischung in die deutschen Berhältniffe verwehren. Das richtig verstandene Deutsche Interesse ichien ihm mit demjenigen Preugens nicht im Widers fpruch zu fteben; vielmehr mar die deutsche Frage für ihn vor allen Dingen die Frage nach der Zufunft Preußens in Deutschland. War doch nicht nur Deutschland angewiesen auf bas preußische Schwert, wenn es seine Un; abhängigkeit vom Auslande behaupten wollte, sondern ebensosehr auch Preußen auf das übrige Deutschland, weil es als die jungste und schwächste der europäischen Großmächte einer Verstärtung der materiellen Grundlagen feiner Macht dringend bedurfte, und diefe nur in der Ausdehnung feines Einflusses auf das übrige Deutschland finden fonnte.1

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bgl. hierzu den Brief an Gerlach v. 19. Dez. 1853 (h. Rohl 115): "Unsere Politit hat feinen anderen Exerzierplat als Deutschland, schon unserer geographischen Verwachsenheit wegen." Mit Unrecht sieht W. Busch a. a. D. 55 hierin eine neue Richtung von Bismarcks

Bu einer berartigen Politik war bereits Friedrich der Große am Abend feines Lebens, als er den Fürstenbund grundete, gedrängt worden. Seine Rachfolger gaben fie auf, ichufen aber einen Erfat dafür, indem fie nach bem Befreiungsfriege weite Gebiete deutschen Landes ihrem Staate eine fügten, das Rheinland, Weftfalen und den nördlichen Teil des alten Rurs ftaates Sachsen. Allerdings war seit 1815 bas Bedürfnis des in zwei geographisch getrennte Salften gerteilten preußischen Staates nach der politischen und militärischen Beberrschung der Dagwischen eingefeilten fleis neren Staaten noch größer geworden. Wollte man diefes Biel im Einvers ftandnis mit Offerreich erreichen, fo blieb nur die Möglichkeit übrig, daß Preugen im Norden, Offerreich im Guden Deutschlands die Leitung übers nehme. Es war aber immer zweifelhaft, ob Offerreich auf ein berartiges Arrangement freiwillig eingehen und, selbst wenn dies geschehe, ob es von Dauer sein werde. Da für Friedrich Wilhelm III. und Friedrich Wils belm IV, das enge Bundnis mit Offerreich eine feststehende Voraussenung ihrer Politik war, so blieben alle diese Fragen vertagt, bis die Revolution von 1848 sie von neuem in den Vordergrund schob.

Bon ben damaligen preußischen Staatsmannern waren es namentlich Camphausen und Radowis, die in die Bahnen Friedrichs des Großen gurudlenten wollten. Bismard hat damals ihre Politit aufe Scharffte bekampft, aber nicht weil er ihr Ziel migbilligt hatte, sondern weil er die von ihnen gewählten Mittel zu beffen Erreichung verurteilte. Er hat in feiner Olmubrede über Radowis gefagt: "Ich bin überzeugt, er hat das Beste von Preußen gewollt und habe sich nur in den Mitteln vergriffen."1 Sowohl bas von Camphausen in Gemeinschaft mit der Erbfaiserpartei des Frankfurter Varlaments erftrebte fleindeutsche Reich wie die Radowisische Union follten eine mit farten Rechten ausgestattete Boltsvertretung besiten. Ram es dazu, so mar eine farte Einwirfung des zum großen Teil aus nichtpreußischen Abgeordneten gusammengesetten Bundesparlaments auf die inneren preußischen Berhältniffe unausbleiblich, und auch die auswärtige Politit bes Bundes batte unter ben Ginflug diefer Berfammlung geraten muffen, Preugen ware feiner bisherigen Autonomie beraubt worden. Diesen Breis wollte Bismard fur Die Erweiterung des preugischen Macht; gebietes durch die Begemonie über das außeröfferreichische Deutschland nicht jablen. Er wollte diefe Begemonie, jum mindeften über ben Rorden Deutsche

Gebanten. Der "entscheibende Manbel jum beutschen Staatsmann" und "bie nationale Ausweitung bes Horizontes seiner preußischen Politit" brauchten hier nicht erft stattzusinden. Ein preußischer und zugleich deutscher Staatsmann war er immer gewesen; ein "Deutscher" im Sinne der Liberalen wurde er auch jeht nicht.

<sup>1</sup> Bgl. auch feine Außerung aus dem Mary 1862 bei Reubell 37.

lands erreichen, ohne von der Selbständigkeit Preußens ein erhebliches Stück zu opfern. Er war noch bereit, sie mit Österreich zu teilen, wenn dieses darauf eingehen wolle. Davon, wie Österreich sich zu dieser Voraussezung stellen werde, mußte also die weitere Entwicklung von Bismarcks Anschaus ungen über die Lösung der deutschen Frage abhängen.

In diefer Beziehung find nun die Erfahrungen von entscheidender Bes beutung gemesen, die Bismard mahrend der nachsten Jahre machte, als er Preugen bei dem wiederhergestellten Bundestag in Frankfurt a. D. gu vertreten hatte. Es ift befannt genug' und bedarf teines weiteren Beweises, daß er fich ichon fehr bald davon überzeugen mußte, daß Offerreich die Gleiche berechtigung Preußens in der Leitung der deutschen Angelegenheiten nies mals freiwillig anerkennen werde. Immer deutlicher wurde es ihm, daß man in Bien darauf ausgehe, das Bundespräsidium jur Unterwerfung ber übrigen beutschen Staaten unter ben Willen und die Intereffen bes Raifers faates zu benuten. Man konnte ficher fein, daß man mit Silfe der Mittels faaten Preußen ftets werde in der Minderheit halten tonnen. Jede Ere weiterung der Rompeteng des Bundes mußte unter diefen Umffanden die Macht Offerreichs verffarten und die Stellung Preugens ichmachen. So wenig Bismard früher eine Mediatifierung Preugens durch das Frants furter Parlament oder durch die Zentralbehörden der Union hatte zugeben wollen, so wenig war er geneigt, einer ahnlichen Mediatifierung durch ben von Offerreich beherrschten Bundestag juguftimmen. Immer mahrschein: licher wurde es ihm, daß Preugen auf die Dauer die bestehende Bundes: verfassung nicht werde ertragen tonnen, ohne seine Selbständigkeit als europäische Großmacht zu verlieren; der Bund erschien ihm als eine lebens, gefährliche Fessel für Preußen. Jeden Versuch einer Überschreitung der Bundestompetenz wollte er icon damals mit der Sprengung des Bundes beantwortet miffen. Mit einer Berftartung der Bundeswirtsamfeit hatte Preugen fich nach feiner Meinung nur dann einverftanden erflären fonnen, wenn jugleich eine neue Berteilung der Stimmen im Bundestage vor: genommen worden ware, welche Preugen einen feiner Größe und Bes

Die Nachweise für das Folgende glaube ich mir ersparen zu können, da über diesen Punkt keine Meinungsverschiedenheit besteht. Ich will nur auf einige der wichtigeren Zeugnisse hinweisen: Brief an Frau v. Urnim v. 22. Dez. 1853 (Bismarchriefe S. 170); Bericht v. 16. März 1853 (Poschinger, Preußen am Bundestag 4, 63 vgl. 143 f.), v. 15. Febr. 1854 (a. a. D. 4, 176), v. 28. Febr. 1855 (a. a. D. 2, 98), v. 26. Upril 1856 (a. a. D. 2, 191), v. 18. Mai 1857 (a. a. D. 4, 264). — Ferner Briefe an L. v. Gerlach v. 22. Juni 1851, 28. Dez. 1851, 16. März 1853, 13. Mai 1853, 25. Nov. 1853, 19. Dez. 1853, 26. Aug. 1854, 13. Oft. 1854, 21. Dez. 1854, 11. Febr. 1856, 28. Upril 1856, 2. Mai 1857, an herrn v. Puttfamer 7. April 1858. (Briefe an seine Braut usw., S. 391.) — Endlich auch sein Gespräch mit Th. v. Bernhardi im April 1866, s. Aus d. Leben Bernhardis 6, 293 f.

völkerungszahl entsprechenden Einstuß gesichert hätte.¹ Daher schwebte ihm auch immer der Gedanke vor, nach Zersprengung des alten Bundes einen neuen ins Leben zu rufen, der dieser Bedingung entspreche; in diesem Sinne spricht er davon, daß Preußen sein Berhältnis zu dem übrigen Deutschland durch eine Ehescheidung und anderweitige Wieder; verheiratung neu regeln müsse. Auch darüber war er sich flar, daß Österreich gegen die Ausführung dieser Pläne allen erdenklichen Wider; stand leisten werde; daher erschien ihm ein Krieg gegen Össerreich als die naturnotwendige Voraussehung zur Lösung der deutschen Frage. Endete dieser Kampf mit einem Siege Preußens, so sollte natürlich Össerreich aus dem Bunde ausscheiden und Preußen die Leitung im übrigen Deutscheland überlassen.

Bismard bleibt auch jest davon überzeugt, daß ein folche Lösung nicht nur im Interesse Preugens, sondern auch im Interesse Deutschlands die beste, ja für die Schaffung endgültiger Zustande die einzig möglich fei. Preus Ben fann aber nach feiner Unficht diefes Biel nur dann erreichen, wenn es junachst felbst fart genug wird, um einen berartigen Konflitt siege reich durchfechten zu konnen. Daher fommt er in feinen Briefen an ben General von Gerlach, wo er fich am rudhaltlosesten ausspricht, immer wieder auf die Notwendigkeit gurud, junachst eine spezifisch preußische Politik au treiben. Er warnt bavor, "unsere preußische und egvistische Politik mit bem raudigen hermelin des deutschen Patriotismus aufzupuben".2 Er fagt, man muffe fich gang von der Borftellung losmachen, als ob "Bundes, tag" und "Deutschland" identische Begriffe seien.3 Preußen werde vielmehr feine beutschen Gesinnungen unabhängig von der Bundesversammlung ju betätigen haben. In diesem Zusammenhang gebraucht er die Worte4: "Es gibt nichts Deutscheres als gerade die Entwidlung richtig verftandener preußischer Partitularintereffen. . . . Preußen murde aber für die Erfüllung feiner Aufgabe in Deutschland erft volle Freiheit erlangen, wenn es aufs borte, erheblichen Wert auf die Sympathien der mittelstaatlichen Regies rungen zu legen."

Bgl. bef. Die große, Bismards Frantfurter Erfahrungen gufammenfaffende Dentichrift v. Marg 1858, Pofchinger 4, 487.

<sup>2</sup> Un Gerlach, 25. Nov. 1853 (Ausg. v. S. Rohl 105). Bgl. auch 18. Dez. 1853 (S. 111): "Unter mahrhaft beutscher Politit versteht eigentlich jede Regierung etwas anderes; im ganzen tann man sagen, daß jeder damit dasjenige bezeichnet, was er vom anderen verstangt."

<sup>3</sup> Un Gerlach 19. u. 20. Deg. 1853 (S. 116, 117). Bgl. ferner Die oben git. Dentschrift v. Marg 1858.

<sup>\*</sup> Dentschrift v. Marg 1858. Pofdinger 4, S. 499 u. 507. Bgl. ben Entwurf Dagu Biemard/Jahrbuch 2, 93 f.

hiermit tommen wir auf den zweiten Puntt, in dem Bismards Frante furter Erfahrungen von Bedeutung für feine Stellung jur deutschen Frage geworden find. Er mußte ja immer deutlicher ertennen, daß außer Offerreich auch die Regierungen der deutschen Mittelftaaten die unversöhnlichen Gege ner jeder Machtsteigerung Preußens in Deutschland sein wurden. In der eben bereits angeführten Dentschrift fagt er, Preugens Intereffen fielen gwar mit benjenigen der meiften Bundeslander jufammen, nicht aber mit denen der einzelstaatlichen Regierungen. Ein andermal meint er, nicht das Bere trauen zu Preußens beutscher Gefinnung und Uneigennütigkeit werde die fleineren Staaten geneigt machen, fich ihm anguschließen, sondern allein die Aurcht, daß es ihnen schlecht geben werde, wenn sie gegen Preußen Partei nahmen.1 Namentlich die zwischen die beiden halften des preußischen Gebietes eingefeilten nordbeutschen Staaten - hannover, heffen und Nassau — erschienen ihm als die natürlichen Gegner einer preußischen Politit, wie er fie befürwortete. Sie mußten fich fagen, daß ihre Erifteng für Preußen eine schwere Gefahr bedeute, sobald fie eine eigene Politik treiben wollten und folange man in Berlin barauf rechnen muffe, fie im Falle eines triegerischen Konflittes auf der gegnerischen Seite zu sehen. Er fagt von ihnen: "Im Rriege wird ihr Verhalten durch Furcht oder Mißtrauen für ober gegen uns bedingt, und das Mißtrauen wird ihnen fein Engel ausreden können, solange es noch Landkarten gibt, auf die fie einen Blid werfen fonnen."2

Aus diesen Erwägungen heraus kommt Bismard zu dem Ergebnis, daß Preußen auch auf die Regierungen der Mittelstaaten keine Rücksicht nehmen dürfe, sondern sie als natürliche Gegner seiner Politik betrachten musse.

Jedoch erscheint die gewaltsame Abrechnung mit Herreich und den Mittelsstaaten und die Begründung eines kleindeutschen Reiches unter preußischer Hegemonie ihm keineswegs als die sosort ausschließlich zu erstrebende Lösung. Sie ist die beste, weil gründlichste, und bei der Haltung der übrigen deutschen Staaten auch diejenige, zu der es aller Wahrscheinlichkeit nach kommen wird. Aber Bismarck läßt auch die Möglichkeit nie ganz aus dem Auge, daß vielsleicht in Österreich und in den Mittelstaaten eine andere Richtung ans Ruder kommen könne, und daß man alsdann dort bereit sein werde, mit Preußen eine friedliche Auseinandersehung unter annehmbaren Bedingungen einzugehen. So spricht er wiederholt davon, daß es vielleicht möglich sei, sich mit Österreich über die Festsehung einer "geographischen oder politischen Demarkationslinie" zur Abgrenzung der beiderseitigen Einstußgebiete in

<sup>1</sup> An Gerlach 25. Oft. 1854 (G. 176), 15. Dez. 1854 (G. 180).

<sup>2</sup> Un Gerlach 2. Mai 1857 (S. 318), vgl. 30. Mai (S. 334).

Deutschland zu einigen. Matürlich sollte dabei Norddeutschland an Preußen überlassen werden. Ob ihm eine derartige Verständigung wirklich als erreich, bar und wünschenswert erschien, oder ob er mit diesen Andeutungen nur den ihm zur Senüge bekannten Sesinnungen König Friedrich Wilhelms IV. und der Kamarilla entgegenkam, muß sehr zweiselhaft erscheinen. Das Wahrscheinlichste blieb ihm jedenfalls immer, daß Preußen um seine und Deutschlands Zukunft gegen Osterreich und die Mittelstaaten werde kämpfen müssen; und er selbst war entschlossen, soviel an ihm lag, diese kösung herbeiführen zu helsen.

Ram es aber zu diesem gefährlichen Rampfe, fo galt es, dafür alle Bundesgenoffen heranguziehen, die irgend zu haben maren. Bon diefem Gefichtspunkt aus hat Bismard befanntlich icon in Frankfurt immer empfohlen, ein gutes Berhaltnis ju Frankreich anzustreben. gab auch in Deutschland felbft Bundesgenoffen, die man in Betracht gieben konnte. Benn Bismard, wie wir ichon gehört haben, gwar die beuts ichen Regierungen für natürliche Gegner einer Löfung der deutschen Frage im Ginne Preugens hielt, fo erblidte er boch feinen Biderfpruch gwifden den Intereffen Preugens und benen bes deutschen Boltes. Gab es ein legis times Organ gur Geltendmachung der letteren, fo fonnte Preugen hoffen, bier Unterftubung ju finden. Im Fruhjahr 1859 fagte er ju herrn von Unruh, für den fünftigen Rrieg gegen Offerreich habe Preugen nun einen auverlässigen Bundesgenoffen, das deutsche Bolt.2 Bon diesem Ausgangs: puntte ber begann Bismard fich dem Gedanten ju nabern, dag neben den Bundestag ein deutsches Parlament treten muffe. In ihm hoffte er ein Gegen; gewicht gegen die Sonderbestrebungen der Sofe ju finden. Bedenklich fonnte es nur erscheinen, ob nicht durch eine folche Ginrichtung die Lebenstraft des bestehenden Bundes verstärft werden wurde, was Bismard ja unter allen Umftanden ju vermeiden munichte. Schon aus diesem Grunde mußte es ihm beffer ericheinen, Diefes populare Element nicht direft der alten Bundesverfaffung einzugliedern, fondern lieber den bereits unter Preugens Rührung fiebenden Bollverein burch die Berufung eines Bollparlamentes in volkstümlicher Richtung auszubauen.3

Es ift durchaus nicht zu verfennen, daß sich Bismard in diefen Jahren in manchen Beziehungen den Anschauungen bedeutend genähert hat, die im Jahre 1849 von der Frankfurter Nationalversammlung vertreten wurden.

<sup>1</sup> Un Gerlach 20. Febr. 1854 (S. 129), 28. April 1856 (S. 294).

<sup>2</sup> D. B. v. Unrub, Erinnerungen, bereg. v. Pofdinger, S. 209.

Bgl. f. Schreiben an v. Belowihohendorf vom 3. April 1858 (v. Pofchinger, 3, 298f. mit falfchem Datum) torrett im BismardiJahrbuch 3, 126.

<sup>.</sup> Er felbft mar fich deffen bewußt, wie der in der vorigen Anm. gitierte Brief zeigt,

Bie sie will er jest ein fleindeutsches Reich ohne Sferreich, Ginschrän: fung der Selbständigkeit der Mittelstagten und eine gesamtdeutsche Bolts, vertretung. Aber tropdem bleibt auch jest noch der Unterschied zwischen seinen Anschauungen und diefen früher von ihm so heftig befämpften Tene bengen groß genug. Denn das Parlament, wie er es fich denkt, foll doch im wesentlichen nur ein Silfemittel sein, um die Sonderbestrebungen der Einzelregierungen niederzuhalten, feineswegs aber der Mittelpunft bes gangen gesamtdeutschen Staatslebens oder gar die oberfte leitende Inftang.1 Es foll in seiner Rompeteng eng begrengt sein, sich im wesentlichen nur mit ben wirtschaftlichen und ben eng damit zusammenhängenden rechtlichen Fragen beschäftigen. Es foll auf teinen Fall so fart fein, daß es Preugen felbft in feinem inneren Staatsleben beeinfluffen oder der außeren Politit des Bundes die Richtung geben konnte. Die Leitung des neuen Bundes, wie ihn Bismard fich benft, foll burchaus bei ber preußischen Regierung liegen; eine einheitliche Politif gegenüber dem Auslande, militärischer Zusammens schluß jum Schut des deutschen Gebietes und eine gemeinsame Wirtschafts, politik, damit foll der Wirkungstreis des Bundes überhaupt erschöpft fein; in allen anderen Begiehungen follen Preußen und alle übrigen Gingels staaten ihre volle Gelbständigfeit bewahren. Er halt auch jest noch an feiner alten Definition der deutschen Einheit fest, wonach sie wesentlich Einigkeit gegenüber dem Auslande, nicht aber Gemeinsamfeit des inneren Staats; lebens ift. Rur in der hereinziehung der wirtschaftlichen Fragen in die Rompeteng des Bundes wird man eine Abweichung von dem früheren Programm erkennen können; auch diese Fragen hatte er erft in Frankfurt eingehender praftisch fennen gelernt, und war fich ihrer Bedeutung bewußt geworden.2 Für ihre Erledigung traute er auch einem Parlament gewiß die Befähigung ju, mabrend er fonft feiner früheren Unschauung nicht untreu geworden fein wird, "daß Bauern und Rleinstädter nicht geeignet find, um Gefete zu machen und europäische Politif zu treiben".3

Rachdem Bismard Frankfurt verlassen hatte und zum Gesandten in Petersburg ernannt war, hat er sein Programm noch einmal zusammens gefaßt in dem Briefe, den er am 12. Mai 1859 an den Minister von Schleinig geschrieben hat. Die augenblicklichen Bundeseinrichtungen sind eine

wo er er davon fpricht, daß man die geplanten Einrichtungen den Unionsprojetten von 1849 entnehmen fonne. Bgl. ferner unter S. 499 Anm. 4.

<sup>1</sup> Dies betont mit Recht Leng, Gefch. Bismards (3. Aufl.) S. 130

<sup>2</sup> Die ersten Anzeichen davon in seinem Briefe an Gerlach v. 22. Juni 1851 (G. 8.).

<sup>3</sup> Un Frau v. Bismard 11. Sept. 1849 (S. 154).

<sup>\*</sup> Bismards Briefe an Schleinig S. 11f. — Bismard hat im April 1866 ergahlt (Aus b. Leben Th. v. Bernhardis 6, 296), daß er damals habe Minister werden sollen und

brudende, in fritischen Zeiten lebensgefährliche Fessel für Preußen; der Bund wird tatfächlich nach den Intereffen Offerreiche geleitet, von Dreugen unbedingte Nachgiebigfeit gegenüber der Mehrheit verlangt. Namentlich in der orientalischen Frage seien die mabren deutschen Interessen offenbar von Preußen und nicht von Offerreich vertreten worden1, und trobbem habe die Mehrheit ber Regierungen auf ber Seite Biferreichs geffanden, nur um Preugens Ginflug niederzuhalten. Man wolle einen Bund mit öfferreichischer Spipe auf Roften Preugens ausbilden, und die Mittelftaaten munichten Preugen nur fo fart ju feben, daß es ihnen als Gegengewicht gegen übertriebene Unsprüche Biterreichs bienen fonne. Dreußen tonne fich aber nicht ber Möglichfeit ausseben, daß eine beratige Mehrheit über feine Politit und bewaffnete Macht disponieren durfe. In: bem die Mehrheit des Bundestags ihre Rompeteng in diefem Sinne auf: faffe, bekundeten ihre Führer, "daß fie die Sache Deutschlands, welche fie im Munde führen, fo verfteben, daß fie nicht jugleich die Sache Preu-Bens fein tann, wenn wir und nicht aufgeben wollen." Einer berartigen Majorisierung muffe sich Preußen unter allen Umständen nötigenfalls durch Sprengung des Bundes widerseben. Die preußischen Blatter feien allers bings ju dieser Erfenntnis noch nicht gelangt. "Es ift so weit gefommen, daß faum noch unter dem Mantel allgemein deutscher Gefinnung ein preußis fches Blatt fich zu preußischem Patriotismus zu bekennen magt . . . Das Bort "deutsch" für "preußisch" möchte ich gern erft dann auf unsere Fahne ges fcbrieben feben, wenn wir enger und zwedmäßiger mit unferen übrigen Landsleuten verbunden waren ale bisher; es verliert von feinem Zauber, wenn man es ichon jest, in Anwendung auf feinen bundestäglichen Nerus, abnütt. . . . Ich febe in unferem Bundesverhaltnis ein Gebrechen Preugens, welches wir früher oder später ferro et igni werden heilen muffen, wenn wir nicht beizeiten in gunftiger Jahredzeit eine Rur bagegen vornehmen. Wenn heut lediglich der Bund aufgehoben wurde, ohne etwas anderes an feine Stelle gu feben, fo glaube ich, daß icon auf Grund diefer negativen Er: rungenschaft fich bald beffere und natürlichere Begiehungen Preugens gu feinen beutschen Rachbaren ausbilden wurden als die bisherigen."

Aber die Art, wie er fich die engere und zwedmäßigere Berbindung mit

bem Konig seinen Plan einer Bundebreform mit deutschem Parlament im Gegensat zu Ofterreich entwidelt habe; der Konig habe sich aber für Schleinig entschieden, der ein Zussammengeben mit Ofterreich befürwortet habe; darauf sei er nach Petersburg verseht worden. Ob dies richtig ift, läßt sich bisher nicht feststellen.

<sup>1</sup> Ahnlich sagt er bei einem spätereren Rüdblid auf die Frankfurter Zeit; er habe dort 8 Jahre lang "einen muhsamen und undankbaren Kampf für Preußens und Deutsch; lands mahre Interessen gegen das bsterreichische Lügenneh getämpft" (an Bernstorff 15. Jan. 1862, Bismard/Jahrbuch 6, 119).

den übrigen Landsleuten vorstellt, spricht fich Bismard hier nicht näher aus. Noch im Oftober 1859 rat er bem Minister ausdrücklicht, positive Vorschläge für eine Reugestaltung Deutschlands zu vermeiden, offenbar, weil er die Beit dafür noch nicht als gefommen betrachtet und gunächst die haupt: aufgabe in der Beseitigung des bestehenden Bustandes erblicht. Über die Richtung feiner Buniche gewährt es uns aber einen Fingerzeig, wenn er wenige Bochen später empfiehlt2, bei ber Beratung über die Berbefferung der heeresverfassung offen das Rommando über die norddeutschen Bundes: forps für Preugen zu fordern. Auch das gemeinsame deutsche Parlament fehlt in seinen Vorschlägen aus dieser Zeit nicht; schon im April 1860 zeigt er fich geneigt, Bfterreich damit ju angstigen.3 In einem Entwurf aus dem Frühling 1860 will er, falls fich auf dem Wege der Bundesgesets gebung eine Berbefferung der deutschen heeresverfaffung nicht erreichen läßt, Diefes Ziel außerhalb des Bundes unter Beteiligung der Nation zu erreichen suchen; es ift dabei wohl an Spezialverträge und ein Unionsparlament für Die beitretenden Staaten gedacht. Aufs traftigste betont er hier, daß Deutsche land gegen außere Gefahren nur gefichert fei, "wenn feine Bevolterung in einmütiger Erhebung für ein nationales Gesamtinteresse eintritt". In ber Fähigkeit des deutschen Boltes, sich als Einheit zu fühlen, liege allein bas Bindemittel, welches den Bundesvertrag ju etwas anderem als ju einem gewöhnlichen Bertrage benachbarter Souverane mit der herkommlichen Rlaufel der ewigen Dauer machte. Jedoch fomme es darauf an, die Einheitsbestrebungen in folden Grengen gu halten, daß die bifforifch überkommenen Rechte der Ginzelstaaten nicht zu fehr beeinträchtigt murben.4 Die gleichen Gedanken entwidelte er im Juli 1861 mundlich dem badifchen Minister v. Roggenbachs, fügte aber noch hinzu, daß dem Parlament ein uns verantwortliches Rollegium von Regierungsbevollmächtigten gegenübers stehen muffe, beffen Verhandlungen geheim blieben, damit man niemanden jur Rechenschaft giehen tonne.

Endlich stellt er in der großen Badener Denkschrift über die deutsche Frage von 18618 eine nationale Vertretung des deutschen Volkes bei der Bundeszen; tralgewalt als das einzige Mittel hin, um den divergierenden Tendenzen

<sup>1</sup> An Schleinit 8. Oftober 1859 (G. 49).

<sup>2</sup> An Schleinit 19. Dez. 1859 (G. 54).

<sup>3</sup> An Schleinig 19. April 1860 (S. 63).

<sup>4</sup> Bismard: Jahrbuch 6, 99 f. Er fagt hier über die Bestrebungen von 1848, ihr Mißlingen beweise nicht, "daß das Streben nach volltommenen Bürgschaften für Deutschlands Zukunft ein unberechtigtes" gewesen sei, sondern nur, daß man in der Wahl der Mittel fehlgegriffen habe.

<sup>5</sup> Samwer, Frang v. Roggenbach 50f.

<sup>6</sup> Bismard-Jahrbuch 3, 193 f. Bismardbriefe 315 f.

bnnaftischer Sonderpolitit mit Erfolg entgegenzuarbeiten. Über deren Rome veteng außert er fich folgendermaßen: "Die weiteften Grengen ihrer Birts famteit murben immer nur die Bestimmungen über die Wehrtraft bes Bundes und die Bolle und Sandelsgesetzgebung mit dem Gebiete der vers wandten materiellen Intereffen umfaffen, fo daß die Regierungsgewalt im Innern jedem Staate unverfummert bliebe. Fur die Intelligeng und die fonservative haltung einer folden Bertretung wurde es einige Burgichaft gewähren, wenn ihre Mitglieder nicht direft von der Bevolferung, fondern von den einzelnen Landtagen erwählt wurden." Neben der Reform des Bundestriegswesens und ber Ginführung einer Boltsvertretung fordert Bismard bier wiederum eine neue Berteilung ber Stimmen am Bundess tag, damit ber tatfächlichen Machtstellung ber Großmächte auch ber ents fprechende rechtliche Ginfluß in der Bentralbehorde gefichert fei. Bei Ers weiterung der Rompeteng wurde außerdem Preugen ein Beto gegen Mas ioritätsbeschluffe erhalten muffen. Als das positive Biel, welches die Reform erftreben foll, erscheint es in erfter Linie, Deutschland die ihm gebührende Geltung in Europa ju fichern und es von der Sorge vor Angriffen der Rachs barn ju befreien.1 Gemeinschaftliche heereseinrichtungen, denen die ges meinschaftlichen Einnahmen aus den Bollen und den verwandten Abgaben als Budget und eine gemeinsame Gesetgebung für Sandel und Berfehr ale Erganzung bienen, erscheinen ihm als ausreichend zur Erreichung biefes 3wedes. Das Saupthindernis für die Ausführung befieht in der Unmöge lichfeit fur Offerreich, fich ehrlich an einem folden Bunde ju beteiligen, und in dem Souveranitatsbewußtsein der Ginzelftaaten, welches ju einer in früheren Zeiten unbefannten bobe gestiegen ift.2 Bismard halt es baber nicht für möglich, diefe Reformen auf dem normalen Bege der Bundess gesetzgebung einzuführen, fondern meint, man folle neben dem Bunde durch fündbare Berträge mit denjenigen Einzelstaaten, die sich dazu bereit ers flaren würden, eine engere Bereinigung begründen. Die gemeinfame Boltes vertretung tonne junachft in der Form eines Bollparlamente unter gleiche

<sup>1</sup> An v. Belowshohendorf 22. Aug. 1860. (Bismardbriefe 295). "Ich habe . . . nie etwas anderes getan, als uns auf die eigene und die im Falle eines Krieges aufzubietende nationale Kraft Deutschlands zu verlassen." Er halt dies für eine wahrhaft deutsche Politik und schilk über das "einfältige Federvieh der deutschen Presse", weil es gar nicht merke, "daß es gegen das bessere Teil seiner eigenen Bestrebungen arbeitet, wenn es mich angreift."

<sup>2</sup> Ahnliche Außerungen in seinem Briefe an Legationsrat v. Bengel v. 3. Febr. 1860. (Sismardbriefe 282): "Die von des Rheinbundes und der Bundesalte Enaden souveranen Aleinstaaten tonnen ihren Partitularismus auf die Dauer gegen den Strom der Zeit nicht halten." Ferner in den befannten Briefen an Moon v. 2. Juli 1861 (a. a. D. 306) und v. Bes lowehohendorf v. 18. Sept. 1861 (a. a. D. 314), wo er von dem "unhistorischen gang gotts und rechtlosen Souveranitätsschwindel der deutschen Fürsten" spricht.

zeitiger Umgestaltung der Verfassung des Zollvereins ins Leben gerufen werden. Jedenfalls müsse Preußen darauf bedacht sein, den deutschen Fürsten die Beruhigung zu geben, daß sie nicht mediatissert werden, sondern nur einzelne bestimmte Hoheitsrechte zugunsten der Gesamtheit aufgeben sollten?; ebenso müsse es aber auch Wert darauf legen, dem deutschen Volke zu zeigen, daß es eine wirkliche, den vorhandenen Bedürfnissen entsprechende Reform des Bundes erstrebe.

Sicherlich hat Bismarc nicht geglaubt, daß dies Ziel auf dem Wege der von ihm empfohlenen Sonderverträge, also durch Wiederaufnahme der Radowißischen Unionspläne ohne Krieg wirklich erreicht werden könne.<sup>2</sup> Er hat offenbar nur dem König die Hoffnung lassen wollen, daß eine durchgreifende Reform auch auf friedlichem Wege zu erzielen sei. Aber das Programm selbst entspricht vollkommen seinen früheren Gedanken und saßt diese noch einmal klar und scharf zusammen.<sup>3</sup>

Ganz in demfelben Sinne äußerte er im März 1862, ein Parlament sei geeignet, die Sonderbestrebungen der kleinen Fürsten einzuschränken. Wenn er damals schon die nötige Erfahrung gehabt hätte, so würde er 1849 Rados wiß unterstützt haben; dessen Irrtum sei nur gewesen, daß sich Osterreich ohne Rampf aus Deutschland verdrängen lassen werde. Überhaupt machte er in Petersburg tein Hehl daraus, daß nach seiner Ansicht Preußen die Führung der Bundesarmee und die diplomatische Vertretung der Gesamtheit gegens über dem Ausland erhalten müsse.

Im herbst 1862 übernahm Bismard bann selbst die Leitung der preußis schen Politit. Jest, wo er die Berantwortung für die Zufunft dieses Staates

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Ahnlich an v. Below, hohendorf 18. Sept. 1861 (a. a. D. 314 f.): Die Anderung der Bundesverfassung soll auf gesehmäßigem Wege erstrebt werden und "über das zur Sichers heit und zum Gedeihen aller erforderliche Raß nicht hinausgehen". Auch hier erscheinen als notwendig: straffere Zusammenfassung der deutschen Wehrtraft, gemeinsame Institutionen zum Schut der materiellen Interessen, eine entweder dem Bunde oder dem Zollverein ans gegliederte Boltsvertretung auf konservativer Grundlage.

<sup>2</sup> Richt lange nachher schrieb er an Bernstorff (28. Juni 1862, Bism./Jahrb. 6, 154): "man durfe sich nicht der hoffnung überlassen, "Ssterreich werde jemals freiwillig einer Bers besserung unsere Stellung in Deutschland zustimmen."

Eens, Gesch. Bismarcks (3. Aufl.) S. 126 f. gibt eine ausgezeichnete Analyse der Dentsschrift und betont mit Recht den Gegensatz zu den Bestrebungen von 1848, sowie die Rücksicht auf die Anschauungen des Königs. Es tritt hier aber nicht ganz deutlich hervor, daß auch die Parlamentsidee von Bismarck schon seit Jahren erwogen und zu einem festen Bestandteil seines Reformprogramms geworden war. Ob die Zusammensetzung des Parlaments aus Delegierten der einzelnen Landtage nur gefordert wurde, um dem König den ganzen Gesdanken annehmbarer zu machen oder ob Bismarck selbst damals noch in dieser Möglichkeit eine befriedigende Lösung sah, möchte ich dahingestellt lassen.

<sup>4</sup> Reudell, Fürst u. Fürstin Bismard 37.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> An Bernftorff 27. Febr. 1862 Bism./Jahrbuch 6, 130.

auf seinen Schultern ruben fühlte, tonnte er noch weniger als früher ges neigt fein, beffen Gelbständigkeit und Eigenart antaften gu laffen. Er hat auch als Ministerprafident feine früheren Grundgedanten durchaus fest gehalten. Es blieb feine Überzeugung, daß die Einheit Deutschlands nur durch Preußen geschaffen werden tonne, und daß die notwendige Voraus; febung bagu eine möglichst große Berftartung ber preußischen Machte ftellung fei. Ebenfo blieb er überzeugt davon, daß Bfterreich an einer folchen Einigung der übrigen deutschen Staaten nicht werde teilnehmen tonnen und daß es die wichtigste Aufgabe sein werde, den Raiserstaat dazu zu bringen, daß er gutwillig oder gezwungen die Gründung eines folchen engeren Buns bes unter Preugens Führung julaffe. Auch darin blieb er den früher ente widelten Gefichtspuntten treu, daß er die Rompeteng der Bundesgewalt möglichft icharf begrengen und den Gingelstaaten die Gelbständigfeit ihres inneren Lebens mahren wollte. Endlich erblickte er immer noch einen wiche tigen Bundesgenoffen in der nationalen Bewegung im deutschen Volte, die ihren legitimen Ausdruck in einem deutschen Parlament finden follte; auch baran hielt er gunächst fest, daß ein Zollvarlament den Ausgangspunkt für diese Entwicklung bilden solle.1

Die Veränderungen, die wir troß dieser gleichbleibenden Grundanschaus ungen in seinen Außerungen wahrnehmen, wenn wir sie mit den früheren vergleichen, erklären sich im wesentlichen daraus, daß er als leitender Staatsmann in viel höherem Grade auf die jeweilige politische Lage und die von ihr bedingten Schwierigkeiten Rücksicht nehmen mußte als bisher. Lattische Erwägungen beginnen seine allgemeinen Anschauungen stärker zu beeinflussen und gelegentlich zu durchtreuzen.

In dem ersten Jahre seines Ministeriums hatte er vor allen Dingen die von Osterreich und den Mittelstaaten ausgehenden Bestrebungen auf eine Reform des Bundes zu bekämpfen. Sie gingen darauf hinaus, die Kompetenz der Bundesgewalt auszudehnen und diese zugleich so zu organisseren, daß Osterreichs Abergewicht sichergestellt werde, solange es mit den Mittelsstaaten einig bleibe, und daß im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden Großmächten den Mittelstaaten die Entscheidung in die Hand gegeben werde. Das Verlangen nach einer deutschen Volksvertretung, dem Osterreich sich niemals fügen konnte, wenn es nicht seine Staatseinheit zerreißen wollte, sollte durch das Surrogat einer von den einzelstaatlichen Parlamenten gewählten Delegiertenversammlung mit beratender Stimme scheindar befriedigt werden.

Bon seinem Standpuntt aus tonnte Bismard hierin teine für Preugen

<sup>&#</sup>x27; Go fprach er fich am 15. Oftober 1862 F. Detter gegenüber aus, f. deff. Lebens, erinnerungen 3, 334f.

annehmbare und für das deutsche Bolt vorteilhafte Lösung der schwebenden Fragen erbliden. In bem Botum, bas er im Namen Preugens bei ber Abstimmung über bas Delegiertenprojeft am 22. Januar 1863 beim Buns bestag abgeben ließ1, erklärte er eine folche Berfammlung für eine prattifch bedeutungslose Einrichtung, die nur geeignet sei, den an sich schon schwer: fälligen Gang der Geschäfte bei der Bundeszentralbehörde noch mehr zu verlangsamen. "Mur in einer Bertretung, welche nach Maggabe der Bes völkerung jedes Bundesstaates aus letterer durch unmittelbare Dahl hers vorgeht, fann die deutsche Nation das berechtigte Organ ihrer Einwirtung auf die gemeinsamen Angelegenheiten finden. . . . Um ihr einen befriedigens ben Wirtungstreis und jugleich eine erhöhte Bedeutung für die Einigfeit und Restigfeit bes Bundes ju gewähren, wurde dem gentralen Organismus burch Abanderung und Erneuerung der Bundesvertrage die dem jegigen Bundestag fehlende gefetgebende Gewalt für das Bundesgebiet beigelegt und beren Umfang in einer ber Tätigfeit eines beutschen Parlamentes wurs digen Ausdehnung bemeffen werden muffen." Rur einer folchen Bers sammlung werde Preugen guftimmen fonnen, nicht aber einem Delegiertens parlament, welches nicht einmal als eine Abschlagszahlung gegenüber bem, was die nationale Bewegung fordere, betrachtet werden tonne, fondern viels mehr eine Ablentung von dem von diefer erftrebten Biele bedeute.2 Er hebt ferner die Schwierigkeit hervor, die darin bestehe, daß ein Teil des Bundes: gebietes mit Landern außerdeutscher Rationalität gu faatlicher Einheit verbunden fei; denn es fei ebenfo unmöglich diese fremden Rationen gur Bildung einer deutschen Boltsvertretung heranguziehen, wie ihnen gue jumuten, "ihre Gesetzgebung aus den Sanden einer ihnen fremden Bolts: vertretung zu empfangen". Solange diese Schwierigkeit nicht behoben wers den tonne, halte Preugen eine wirtliche Reform des Bundes für undurche führbar, und fonne eine Befferung nur auf dem Bege besonderer Abs machungen mit den einzelnen dazu geneigten Staaten anftreben.

Es muß auffallen, daß Bismarck hier dem deutschen Parlament einen ausgedehnteren Wirtungstreis zuzuweisen scheint, als er dies in seiner Denksschrift von 1861 getan hatte; auch hatte er damals selbst eine aus der Wahl der einzelstaatlichen Parlamente hervorgehende Gesamtvertretung befürswortet, während er hier zum erstenmal bestimmt die Forderung eines aus unmittelbaren Wahlen der Bevölkerung hervorgehenden Parlamentes aussspricht. Für das letztere liegt die Erklärung jedenfalls teilweise in der zus nehmenden Schärse des inneren Konflikts in Preußen. Wie hätte Vismarck wünschen können, einem deutschen Parlament gegenüberzutreten, in dem

<sup>1</sup> habn, Fürst Bismard 1, 78 f.

<sup>2</sup> Go in der Erflärung Preugens beim Bundestage vom 18. Deg. 1862 bei hahn 1, 77 f.

vielleicht der dritte Teil der Abgeordneten aus seinen heftigsten beimischen Gegnern bestand? Dagu fam, daß ein aus direften Bahlen hervorgebendes Parlament, wie Bismard wohl wußte, von Ofterreich sowohl wegen der Er: innerung an 1848 als auch wegen der zu befürchtenden Rudwirkung auf feine inneren Buftande abgelehnt werden mußte, mahrend ein folcher Vorschlag augleich geeignet war, die öfterreichischemittelstaatlichen Plane in der öffente lichen Meinung Deutschlands ju distreditieren und ju überbieten; es follte ben Unhängern der nationalen Bestrebungen gezeigt werden, daß fie von Preugen mehr zu erwarten hatten als von jenen. Zweifellos naherte fich Bismard durch bie Aufstellung diefes Programms wieder um einen neuen Schritt den Beftres bungen von 1849. Daß er indessen die Bedeutung des Parlaments niemals Die im Intereffe der Gelbffandigfeit der Gingelffaaten notwendige Grenge übers fcbreiten laffen wollte, zeigen feine fpateren Außerungen zur Genuge. Wenn er hier nur in allgemeinen Ausbruden von der Notwendigkeit fpricht, dem beutschen Parlament einen angemessenen Wirtungstreis ju schaffen, die von ihm fets für nötig gehaltenen Ginschränkungen seiner Kompeten; aber nicht erwähnt, so wird man den Grund hierfür in tattischen Rücksichten gu suchen haben. Wollte man die nationale Bewegung gewinnen, deren Träger ja wesentlich das liberale Bürgertum war, so mußte man ihr ein beutsches Parlament, bas einen wirklichen Einfluß auszuüben in der Lage war, in Aussicht fellen. Und wollte man den Anhängern großdeutscher Ges banten recht eindringlich die Unmöglichfeit vor Augen fiellen, Bfierreich in einen engeren Bund mit bineinzuziehen, fo gab es dazu wiederum fein besseres Mittel als den hinweis darauf, daß ein solches Parlament von Sfterreich niemals jugeftanden werden tonne.

Die gleichen Gesichtspunkte wurden von Bismark geltend gemacht, als es sich um die Stellungnahme Preußens zu den Beschlüssen des Franks furter Fürstentags im Herbst 1863 handelte, die ja auf denselben Grunds lagen ruhten, wie das eben erwähnte Delegiertenprojekt. In seiner Des pesche vom 21. August hebt Bismark hervor, daß das neue Reformprojekt weder der berechtigten Stellung der preußischen Monarchie noch den bes rechtigten Interessen des deutschen Boltes entspreche. Preußen solle seiner Selbständigkeit entsagen zugunsten einer Behörde, in der ihm nicht dasjenige Maß von Einstuß zustehe, auf welches es berechtigten Anspruch habe. Die Gegenforderungen, die er am 15. September ausstellte<sup>2</sup>, bes tonten zunächst als die Hauptschwierigkeit jeder Resorm, daß es schwer sei, zugleich die Zentralgewalt kräftiger zu gestalten und doch die berechtigte

<sup>1</sup> habn 1, 148.

<sup>8</sup> M. a. D. 149 f.

Unabhangigfeit ber Gingelffagten ju erhalten. Diefe Schwierigfeit machfe, wenn ber Bund nicht nur feinem urfprünglichem 3wede gemäß bie Sicher; beit nach außen gewährleiften, fondern auch in der außeren und inneren Politit die Zwede eines einheitlichen Staatswesens erfüllen solle. Jedens falls fonne der Bund eine einheitliche Gesamtpolitif nur dann haben, wenn bei jeder Aftion das Einverständnis der beiden Großmächte gesichert fei, und es muffe daher jeder von ihnen ein Beto gegen Rriegserklarungen suffeben, falls nicht etwa das Bundesgebiet angegriffen fei. Rur auf der Einigfeit der beiden Großmächte beruhe die Rraft und die Sicherheit Deutsche lands. "Es ware eine verhangnisvolle Gelbsttaufdung, wenn Preugen fich jugunffen einer icheinbaren Ginheit Beschräntungen feiner Gelbfte bestimmung im voraus auflegen wollte, welche es im gegebenen Falle tatfächlich ju ertragen nicht imftande ware." In der Leitung bes Bundes muffe Dreugen, das innerhalb des Bundes eine größere Boltstahl als Sfferreich habe, den Unfpruch auf volltommene Gleichheit mit dem Raifers faat erheben. Endlich fei als dasjenige Organ, welches allein die Sonders intereffen der einzelnen Staaten im Intereffe der Gefamtheit Deutschlands sur Einheit vermitteln tonne, eine Bolfsvertretung anguseben, die aus Direfter Beteiligung der gangen Nation hervorgehe. "Nur eine folche Bers tretung wird für Preugen die Sicherheit gewähren, daß es nichts gu opfern hat, was nicht dem gangen Deutschland zugute fomme." Das Spiel und Biderfpiel bynastischer und partifularistischer Interessen muffe hier fein Gegengewicht finden. "In einer Bersammlung, die aus dem gangen Deutschland nach dem Dafftab der Bevölferung durch dirette Bahlen her: vorgeht, wird der Schwerpunkt, so wenig wie außer Deutschland, so auch nie in einen einzelnen, von dem Gangen fich innerlich loslöfenden Teil fallen; barum fann Preugen mit Bertrauen in fie eintreten. Die Intereffen und Bedürfniffe des preugischen Boltes find wesentlich und ungertrennlich identisch mit denen des deutschen Bolfes; wo dies Element ju seiner mahren Bedeutung und Geltung fommt, wird Preugen niemals befürchten durfen, in eine seinen eigenen Interessen widerstrebende Politit hineingezogen gu werden." Dagegen wurde durch eine Delegiertenversammlung, welche die einzelnen Landtage zu mahlen hatten, prinzipiell bas partifulariftifche Eles ment in die Bildung der Bolfsvertretung hineingebracht. Der leitende Gesichtspunkt für alle Reformen muffe fein, daß man nur folchen Bors schlägen guftimme, "vermöge beren die Burbe und die Machtstellung Preugens und die Interessen der gesamten beutschen Ration in gleichem Mage ihre Berücksichtigung finden". In einer vertraulichen Erläuterung für den Gefandten in London fügte er noch hinzu, daß nach seiner Meinung ein geringer Zenfus für die Parlamentswahlen genügende "Garantien gegen res

volutionäre Überschreitungen" biete, und jedenfalls dem Dreiklassenwahlrecht vorzuziehen sei.1

Im Unterschied zu ben Ausführungen aus dem Frühjahr bebt Bismard bier die Grunde, welche Offerreich die Teilnahme an einem Bundesstaate mit direft gewähltem deutschem Parlament unmöglich machen mußten, nicht besonders hervor, betont dagegen aber energisch die Einigkeit Offerreichs und Preußens als Vorbedingung einer würdigen Machtstellung Deutsche lands. Dies deutet bereits auf die bevorstebende Wendung der preufischen Politik hin, die durch das Auftauchen der Schleswigeholsteinischen Frage bes bingt war. Indem Bismard vorteilhaft fand, in diefer Ungelegenheit mit Diterreich jufammenzugeben, entstand auch für feine deutsche Politif eine neue Lage. Solange man mit Offerreich Schulter an Schulter gegen Danemarf und die eifersuchtigen außerdeutschen Großmächte fand, mußte jeder Berfuch gur Lösung der deutschen Frage in dem von Bismard erftrebten Sinne unters bleiben. Ich glaube nicht, daß Bismard jemals für möglich gehalten bat. Diefes Einvernehmen werde fich auf die Dauer erhalten laffen, und die von ihm geplante Reform dadurch überflüffig werden.2 Aber er wollte das Bunds nis fo lange beibehalten, wie die unmittelbaren Borteile, die es gewährte, für Preußen größer waren als die Nachteile, die sich aus einer Bertagung des deutschen Problems ergeben fonnten.

In diesem Entschluß konnte er dadurch nur bestärkt werden, daß es seinen bisherigen Kundgebungen keineswegs gelungen war, die nationale und liberale Strömung in Deutschland für Preußen und Bismarck zu gewinnen. Man traute dem Manne, der in Preußen die Macht des Parslaments so rücksichtslos bekämpste, nicht zu, daß er es mit dem deutschen Parlament ehrlich meine. Die Kreise, welche im Nationalverein ihren Mittelpunkt sanden, hielten außerdem an der Neichsverfassung von 1849 als dem zu erstrebenden Ziele, damit also an der ausschlaggebenden Stellung des Parlaments in dem künftigen Bundesstaate und an der Mediatisserung der Einzelstaaten fest; es mußte also sehr zweiselhaft erscheinen, ob Bismarck, der solche Ansprüche niemals zugestehen wollte, sich mit ihnen werde einigen können. Außerdem hatte er auf seinen König Rücksicht zu nehmen, der einen Krieg mit Osterreich nur im äußersten Notfall führen wollte und gegen ein deutsches Varlament noch immer schwere Bedenken beate.

<sup>2</sup> Un Gf. Bernstorff 8. Oft. 1863. v. Sybel, 2, 540. Etwas spater sprach er Ludwig v. Gerlach gegenüber von einer ersten Kammer mit hohem Zensus, die den wankenden beutschen Fürsten einen Stütpunkt bieten folle. (E. L. v. Gerlach Aufg. 2, 255.) Dieser Gedante eines Zweitammersystems für Deutschland findet fich sonst meines Wiffens bei Bismard nicht und sollte wohl nur Gerlachs Bedenken beschwichtigen.

Bgl. hierzu die Ausführungen oben G. 405 f.

Bis zum herbst 1864 blieb das Bündnis mit Ssterreich maßgebend für die ganze haltung der preußischen Politik. Wir sinden während dieser Zeit keine Außerungen Bismarcks über die deutsche Frage, weil deren kösung nun bis zu einem unbestimmten Zeitpunkt vertagt war. Um so eifriger war er bestrebt, Preußens Macht zu verstärken, um die Chancen für eine spätere Wiederaufnahme der alten Bestrebungen zu verbessern. Er betonte in dieser Zeit den preußischen Gesichtspunkt so ausschließlich, daß man beinahe glauben könnte, er habe die allgemeineren Gesichtspunkte ganz aus dem Auge verloren. Ich will dafür nur ein recht bezeichnendes Beispiel anführen.

Als im Frühjahr 1864 die Möglichkeit erwogen werden mußte, ob man nicht die Zustimmung der Großmächte zur Befreiung holsteins und Südsschleswigs von der dänischen herrschaft dadurch erkausen solle, daß man Nordschleswig mit einem beträchtlichen Teile deutscher Bevölkerung an Dänemark überlasse, in diesem Zeitpunkt schried Bismarck an den preußisschen Gesandten in Parist: "Die öffentliche Meinung wird jede Preißsgebung deutscher Bevölkerung mit großer Schärfe anseinden; hat aber bei dem getroffenen Arrangement das preußische Partikularinteresse seine Berücksichtigung gefunden, so würde der für uns wesentliche Teil der deutschen öffentlichen Meinung, welcher auf dem preußischen Bolke beruht, sich mit dem Ergebnis aussöhnen, und die Feindschaft der übrigen würden wir tragen müssen."

Seit dem Herbst 1864 wurde es jedoch immer flarer, daß Österreich die von Preußen erstrebte kösung der Schleswigeholsteinischen Frage — die Einverleibung der Herzogtümer in Preußen gegen eine Geldentschäbigung Österreichs — nicht zulassen werde, sondern hier einen von Preußen möglichst unabhängigen neuen Mittelstaat begründen wolle. Dazu kamen die Differenzen in der Zollfrage, die zum Sturz des Grasen Rechberg führten und den preußenseindlichen Elementen im Wiener Ministerium freieren Spielraum gaben. Bald konnte sich niemand mehr verhehlen, daß eine Versständigung mit Österreich über die Herzogtümer nicht zu erreichen sein werde. Bekanntlich hat Vismarck seit dem Frühling 1865 den Krieg wieder ernstlich ins Auge gefaßt, und würde ihn schon in diesem Jahre begonnen haben, wenn er den König dafür hätte gewinnen können.

Unter diesen Umftanden ift es begreiflich, daß nun auch in der Behand: lung der deutschen Angelegenheiten die alten, eine Zeit lang gurudgedrängten

<sup>1</sup> Erlaß an Golg v. 17. April 1864. B. Sybel 3, 302 hat diesen Erlaß benutt (unter uns richtiger Angabe des Datums 14. April.) Bgl. oben S. 420 f.

<sup>2</sup> Dies geht flar hervor aus seinem Botum im Ministerrat v. 29. Mai 1865, s. v. Sybel 4, 129 f.

Gesichtspunkte wieder hervortraten<sup>1</sup>, und daß Bismark fortwährend Um; schau hielt nach Bundesgenossen, die, wenn es zum Kampfe komme, an Preußens Seite fechten wollten. Von Frankreich war nicht viel zu erhossen; dagegen konnte man auf die Beihilfe Italiens mit großer Wahrscheinlichkeit rechnen. Sollte es nicht aber auch möglich sein, den einen oder anderen von den größeren deutschen Mittelstaaten, etwa Bayern, für Preußen zu gewinnen? Und war es in der jetzigen Lage nicht doch geboten, die früheren Bersuche, mit der nationalen Bewegung im deutschen Bolke Fühlung zu suchen, noch einmal zu erneuern? Wolke man diese Bundesgenossen gewinnen, und Frankreich wenigstens zur Neutralität bestimmen, so kam es darauf an, die Ziele, die man erreichen wollte, so zu begrenzen, daß diese möglichen Verbündeten an ihnen keinen Anstoß nahmen, vielmehr ihre Ersteichung unterstützen oder wenigstens geschehen lassen konnten.

Die Beziehungen Bismarck zu der nationalen Bewegung waren aber nicht allein bedingt durch das Verhältnis zu Österreich, sondern ebensosehr auch durch die Entwicklung der innerpreußischen Zustände. Während der Jahre von 1862 bis 1865 hatte der Verfassungskonstitt fortwährend an Schärse zugenommen. Bismarck stützte sich in diesem Kampf auf den König und die Konservativen und hatte den ganzen Liberalismus geschlossen gegen sich. Er galt nicht nur den preußischen, sondern allen deutschen Liberalen als eingesteischter Reaktionär und Vorkämpfer des Absolutismus.

<sup>2</sup> Bufd a. a. D. 58f. meint, bag erft feit bem Bertrage von Gaftein ber beutiche Gedante jur leitenden Rraft fur Bismards Politit geworben fei; bas ift nur bedingt richtig. Ich glaube gezeigt zu haben, daß ber beutiche Gedante (naturlich in der fpezififch preußischen Farbung, die er ihm gab) icon feit 1848 in ihm lebendig und für feine Sandlungen mits bestimmend war. Rur aus tattifchen Grunden war er in der turgen Beit des Bufammens gebens mit Ofterreich in ber ichleswigeholfteinischen Frage jurudgeftellt worden, aber, um mit Buid ju reben, auch bamals ,latent vorhanden". Bie aber fein Burudtreten burch bie Abwandlungen des Berhältniffes ju Offerreich bedingt war, wurde er fofort wieder wirffam, fobald bas Einvernehmen mit bem Raiferstaate fcwand. Die Meinung Festers (Biarris, Deutsche Rundschau 113, 235 f.), daß Bismard erft bei feiner letten Reife nach Biarrit im Spatherbft 1865, wo er die Gegnericaft Rapoleons gegen feine Plane erkannt habe, ju bem Entichluffe gelangt fei, die erftrebte Startung Preugens nicht in auswärtigen Bundniffen, fondern in der hegemonie aber Deutschland ju suchen, ift gegenaber den von mir angeführten Zeugniffen nicht haltbar; auch Bufch 60f. lehnt fle ab; ebenfo &. Frahm, Biarrit, Sift. Beifchr. 15, 358 f.; deffen pofitive Formulierung, daß Bismard vor 1866 die gefamtdeutschen Intereffen nur fo weit berudfichtigt habe, "als fie ihm ju Preugens Machterhöhung auf Roften Offerreichs ju bienen ichienen", und bag er erft 1870 bewußt auf den Boden ber beutichen Gefamtintereffen binubergetreten fei, ift aber auch gang ichief und einfeitig, wie meine Ausführungen im Terte mohl gezeigt haben werden. Rur infofern hatten die Gafteiner Bors gange eine Bedeutung fur Bismards Stellung jur beutschen Frage, als fie ihn, wie ich oben C. 445 ausgeführt habe, bagu beftimmten, ben Rampf mit Ofterreich fich nicht an bem Streit um Schleswigeholftein, fondern an ber Bundebreform entgunden gu laffen.

Es lag auch gar nicht in seiner Wacht, hieran etwas Erhebliches zu ändern; benn in demselben Augenblick, wo er es versucht hätte, sich den Liberalen zu nähern, würde er das Bertrauen des Königs verloren und damit die Grundlage seiner ganzen Stellung erschüttert haben. Und wäre es ihm wider alle Wahrscheinlichteit sogar gelungen, den Konstift in einer Weise auszugleichen, mit der sowohl der König wie die Liberalen hätten zusrieden sein können, so würde er nicht mehr in demselben Grade, wie disher uns entbehrlich für die innere Politik gewesen sein, und es wäre seinen Gegnern in der nächsten Umgebung seines Herrn doch vielleicht gelungen, ihn zu stürzen.

Run wurde aber die nationale Bewegung in Deutschland gang vorwiegend von den liberalen Elementen getragen und geleitet. Je schärfer alfo in Preugen selbst der innere Konflitt wurde, defto mehr mußte die Aussicht fcwinden, daß zwischen Bismard und diefer Bewegung eine Berftandigung möglich fein werde. hierüber war fich niemand flarer, als Bismard felbft. Immer wieder mußte er auf die Frage geführt werden, ob es, solange diese Lage die gleiche blieb, überhaupt einen Sinn habe, irgendwelche Bemus bungen zu einer Anknüpfung mit der liberalen Nationalpartei zu machen. Es war ihm zudem nicht unbefannt, daß die Mehrzahl der Unhänger diefer Richtung den Krieg gegen Ofterreich, den deutschen Brudertrieg nicht wollten und nicht für nötig hielten, sondern die Erreichung ihrer Biele von einer friedlichen Entwicklung der Dinge erwarteten. Bas hatten fie unter diesen Umffanden überhaupt helfen tonnen, selbst wenn sie gewollt hatten? hatten fie die Macht gehabt, beim Ausbruch des Entscheidungs: tampfes die einzelstaatlichen Regierungen jum Unschluß an Preußen zu swingen? Und, wenn dies wirklich der Fall fein follte, lohnte es fich, um dieses Ziel zu erreichen, ihre Unterftützung durch Zugeständnisse zu erkaufen? Bismard hat seine Unsicht über diese Fragen dem preußischen Botschafter in Paris in einem sehr interessanten Schreiben dargelegt. Den Anlaß dagu bot eine Empfehlung des Kaisers Napoleon, Preußen möge sich doch mehr als bisher auf die national und liberal gesinnten Elemente in Deutschland ffügen. "Diese sogenannte nationale Bewegung," erwidert er2, "deren Sympathien für Preußen durch die Aufstellung eines liberalen Programms für die Organisation Deutschlands gewonnen werden könnten, hat ihren Sit in den parlamentarischen und publizistischen Rreisen Preugens und namentlich der Mittelstaaten; es ift mir aber kaum glaublich, daß der Kaifer Die Bedeutung dieser Elemente fo fehr überschäben follte, um Preugen gu ermutigen, in denselben eine wirkliche Stube ju suchen. Diese Agitation

<sup>1</sup> Bgl. hierzu besonders Leng, Bismard, 3. Aufl. S. 178f.

<sup>2</sup> Erlaß an Golg v. 1. September 1865, benutt v. Sybel, 4, 209. u. oben G. 449 f.

iffinihrer wohldurchgeführten Parteiorganisation fart genug, um die beute ichen Rammern gu beherrichen, und insoweit einen Ginfluß auf die Politif ihrer Regierungen auszuüben, daß fie namentlich die Abstimmungen vieler fleineren Staaten am Bundestage barnach einrichten." Er fest bann aus: einander, daß fich die meiften dieser Staaten ohnehin zu einer direft feinde feligen haltung gegen Preußen nicht würden verleiten laffen, und fährt fort: "Bare dies aber auch nicht der Fall, hatten wir lediglich die Bahl, ob wir und im gegebenen Falle auf diese Staaten ftuben und fie durch die Bewegung in ihren Gebieten ju uns hinüberziehen oder es darauf antommen laffen wollten, fie unter unferen Begnern ju feben, fo fonnte unfere Entscheidung faum zweifelhaft fein, da das fattische Gewicht derfelben vermöge ihrer Uneinigfeit unter fich und ihrer schlechten militärischen Organisation gu gering ift, um und auf der einen Seite eine wesentliche Stube, auf der anderen eine ernftliche Gefahr zu bieten. Der echte Rern erfolgreicher und wirklich praktischer nationaler Bestrebungen in Deutschland fann nur in einem farten Preußen und in der Berfolgung und Entwicklung der felbe ftandigen preußischen Politik liegen. hierin und nicht in der Gewinnung wandelbarer Sympathien in der Preffe und den liberalen Fraftionen der Parlamente muffen wir die nationale Aufgabe Preugens für Deutschland und für fich felbft erbliden."

Das alte Leitmotiv ber Bismardichen beutschen Politik fehrt bier mit ffartster Betonung wieder. Einseitiger als je vorher wird ber Sat auf: gestellt, daß Preußen fich bei der Erfüllung feiner nationalen Aufgabe nur auf die eigene Rraft verlaffen burfe; insbesondere wird ein Bundnis mit ber liberalen Strömung in der öffentlichen Meinung gang ichroff abgelehnt. Aber hatte benn Bismard damals wirflich auf den Gedanken verzichtet, das deutsche Bolt als Bundesgenoffen gegen die divergierenden einzelstaats lichen Intereffen gu gewinnen und in dem fünftigen Bunde der Nation felbft ein legitimes Organ ihres Einflusses in einem deutschen Parlament ju schaffen? Alles, mas er weiter getan hat, beweift aufs flarfte, daß dies nie feine Meinung gewesen sein tann. Er lebnt gwar das Bundnis mit dem Liberalismus ab, ber bamale in ber Offentlichteit faft ausschließlich ale Bers treter ber nationalen Bestrebungen erschien, aber teineswegs bas Bunbnis mit bem beutschen Bolte. In den Maffen der Bevolterung feste er eine wefentlich andere politische Gefinnung voraus, wie bei den Gebildeten und Besitenden, die ja vorwiegend liberalen Anschauungen buldigten. Er glaubte, baß die unteren Schichten von einer farteren Unbanglichfeit an die angestammten Fürstenhäuser erfüllt und im großen und gangen tons fervativ gefinnt feien. Er flutte fich bei diefer Unnahme befonders auf feine Renntnis ber Landbevolterung und bes Rleinburgertums in den altpreußis ichen Gebieten, wo der Ginfluß des alteingeseffenen Abels auf seine bauere lichen hintersaffen und auf die von ihm größtenteils wirtschaftlich abhängige Bevolferung der fleinen Städte ein fo großer mar, daß er auch das Ergebnis ber politischen Bablen gum guten Teile bestimmen tonnte. Schon in seinem Rampfe mit der liberalen Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses hatte er dem Gedanten Ausdruck gegeben, daß das preußische Dreiklaffene mahlrecht mit seiner Bevorzugung der Besitenden den Willen der Bevole ferung nicht richtig jum Ausdrud bringe; und zweifellos hat er mit dem Plane wenigstens geliebäugelt, bier das allgemeine Wahlrecht einzuführen, von dem er eine für die Regierung günstigere Zusammensehung des Parlaments erwars tete.1 In bezug auf das neuzuschaffende deutsche Varlament hatte er fich bis: her immer nur dahin ausgesprochen, daß es nicht durch Delegierte der einzels nen Landtage, fondern durch direkte Wahlen der Bevölkerung gebildet werden muffe. Über den Bahlmodus, der dabei jur Unwendung fommen follte, hatte er noch feine bestimmte Meinung geaußert.2 Aber die Erfahrungen, die er in Preußen mit der Zensuswahl gemacht hatte, konnten ihn nicht ju dem Bersuch ermutigen, ein ähnliches Wahlrecht für gang Deutschland vorzuschlagen; sie würden aller Wahrscheinlichkeit nach eine aus Liberalen und Raditalen jusammengesette Mehrheit in den Reichstag geführt haben. In Preugen hatte es seine Schwierigkeiten, das bestehende Bahlrecht gu beseitigen und durch ein neues ju erseben; für bas beutsche Parlament, welches erft geschaffen werden sollte, hatte man freie Sand, ein befferes Wahlrecht von vornherein einzuführen.

Sicherlich hat Bismard bei der Masse der Bevölferung auch in bezug auf die deutsche Frage eine andere Gesinnung verausgesetzt wie bei den Liberalen. Waren die unteren Schichten wirklich politisch konservativ gessinnt, so durste er annehmen, daß auch ihr nationales Empfinden dem seinigen ähnlicher sei als dem der Liberalen. Daran war ja nicht zu zweiseln, daß die gesamte Bevölkerung einig sei in dem Wunsche, daß Deutschland vom Ausland unabhängig sein und bleiben, und daß es dauernde Einsrichtungen besihen möge, die diese Unabhängigseit gewährleisseten. Diese Gesinnung hatte Bismard im Auge, wenn er im September 1865 zu Keudell sagte: "Wenn unter den mittelstaatlichen Ministern sich ein Ephialtes fände, die große deutsche Nationalbewegung würde ihn und seinen Herrn erdrücken."

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bgl. den lehrreichen Auffat von H. Onden, Bismarc, Lassalle und die Ottropierung des gleichen und diretten Wahlrechts in Preußen während des Verfassungskonslitts. (Preuß. Jahrbücher 146, 107 ff.) Ansähe zu einer Kritit des Zensuswahlrechts von ähnlichen Gesichts; punkten aus sinden sich übrigens schon im Briefe an Gerlach v. 20. Febr. 1854 (S. 130). Bgl. ferner E. L. v. Gerlach Aufz. 2, 255.

<sup>2</sup> Abgesehen von gelegentlichen Bemerkungen über einen niedrigen Zensus f. oben S. 504.

<sup>3</sup> Reudell 228.

Dagegen konnte es fehr zweifelhaft erscheinen, ob in den unteren Boltstreifen, die parteipolitisch noch fast gar nicht organisiert waren, ein besonderes Intereffe an einem gemeinsamen inneren Staatsleben und an ber Eriffens eines mächtigen, die allgemeine Politif maggebend beeinfluffenden Parlas mente bestehe. Daß Bismard in der Tat von derartigen Ermägungen geleitet wurde, als er fich entschloß, das allgemeine Mahlrecht für bas Varlament in fein Programm aufzunehmen, geht, gesehen von den bereits befannten Außerungen1, auch aus der Motis vierung bervor, mit welcher er im Juni 1866 die von der Medlens burgifchen Regierung gegen diefen Plan erhobenen Bedenken gu befchwiche tigen suchte. Er hoffe, so ließ er dieser fagen, sie werde fich überzeugen, daß der ins Auge gefaßte Modus einer direften und allgemeinen Bahl festere Bürgschaften für eine tonservative haltung darbiete, als jeder andere fünft: liche und fomplizierte Modus durch Zwischenftufen oder Abftufungen. Rur Nordbeutschland, wo die Maffe der Bevolkerung monarchisch und konfers vativ gefinnt fei, glaube er dies mit Sicherheit behaupten gu fonnen und erwarte gerade von diefer biretten Berührung gwifden den Regierungen und der ihnen vertrauenden und ihren Fürsten anhängenden Maffe bes Voltes erfreuliche Ergebniffe.

Unzweiselhaft sollte also die Einführung des allgemeinen Wahlrechts ein Mittel sein, um das fünftige deutsche Parlament dem Einstuß der Liberalen möglichst zu entziehen. Bismarch befürwortete diese Maßregel nicht des halb, um durch sie die Liberalen als Bundesgenossen zu gewinnen; er hielt das in der damaligen Lage weder für möglich noch für nüßlich. Er wollte über die Liberalen hinweg den unteren Bevölkerungsklassen die Hand zum Bunde reichen und dem von ihnen beherrschten Parlament die Vertretung der deutschen Gesamtinteressen gegenüber den einzelstaatlichen Regierungen überlassen, in dem Vertrauen, daß gerade diese Schichten nicht geneigt sein würden, den Einheitsgedanken zu überspannen und nach einer parlamens tarischen Regierung zu streben.

Er gewann durch dieses Versahren außerdem noch einen doppelten Vorsteil. Für einen solchen Plan, der den konservativen Interessen dienen sollte, konnte er seinen König und die preußischen Konservativen zu gewinnen hoffen, während diese beiden Mächte, auf deren hilse er angewiesen war, gegen ein vom Liberalismus beherrschtes Parlament die stärtste Abneigung empfinden mußten. Und er konnte zugleich Zwietracht und Mistrauen in die Reihen der Liberalen tragen; denn gerade deren Stellung zum Wahlsrecht war niemals eine einheitliche gewesen. In der Paulskirche hatte das allgemeine Wahlrecht gestegt, aber nicht durch die Bemühungen der das

Bgl. bef. den Erlag an Bernftorff v. 19. April 1866 bei v. Spbel 4, 318f.

maligen liberalen Führer, sondern vielmehr gegen deren eigentlichen Bunsch; aus taktischen Rückschen, um einen Teil der Demokraten für das erbliche Kaisertum zu gewinnen, hatten sie es zugelassen. Jeht aber hatte der Nationalverein die Reichsverfassung von 1849 als das Ziel seiner Bünsche proklamiert, und damit auch das allgemeine gleiche Bahlrecht in sein eigenes Programm aufgenommen. Man konnte von ihm nicht wieder los, nachdem man es sich in Frankfurt hatte abringen lassen; aber ganz gewiß war dies der Punkt, an dem den liberalen Borkämpfern der Einsheit am wenigsten gelegen war, und in dem sie sich am liebsten etwas hätten abhandeln lassen. Indem nun Bismarck gerade diesen Punkt in sein eigenes Programm aufnahm, septe er die Liberalen in die größte Verlegenheit. Er tat ihnen scheindar einen Gefallen, indem er sich einen wesenklichen Teil der von ihnen verfolgten Plans zu eigen machte, und versuchte doch gerade durch diese Raßregeleinen entscheidenden Schlag gegenihre Machtstellung zu führen.

Außer von dem Berhältnis ju Bfferreich und ju der nationalen Bewegung im deutschen Volte ift Bismards Verfahren endlich noch von der Rücksicht auf Frankreich und auf die Regierungen der füddeutschen Staaten maßgebend bes einflußt worden. Aus allen diesen Rücksichten erklärt fich wenigstens zum Teil, daß je naher der Ronflitt mit Offerreich heranrudte, besto deutlicher und schärferdie Beschräntung der preußischen Reformbestrebungen auf den Norden von Deutschland von ihm ins Auge gefaßt wurde. Nicht als ob diefer Gedante für ihn etwas vollständig Neues gemesen mare; wir haben ja geseben, daß schon 1849 diefe Idee bei ihm anklingt; wir wissen ferner, daß er noch in Frankfurt bereit gewesen ware, ben Ginfluß in Deutschland mit Offerreich nach einer geographischen Demarkationslinie zu teilen1, und daß er es auch später noch als das bringendste Bedürfnis angesehen hat, das militarische Rommando über die norddeutschen Truppenteile für Preußen zu gewinnen. Ja, wir haben eine gange Reihe von Außerungen aus derfelben Beit, die wir eben betrachtet haben, die mit besonderer Schärfe die Unnehmbarteit diefer Möglichteit für Preußen betonen und manchmal fast den Unschein erweden, als sei die Unterwerfung Norddeutschlands sein eigentliches Ziel gewesen. Es wird notwendig sein, auch sie genauer fennen zu lernen.

Schon während seines Aufenthalts als Botschafter in Paris im Sommer 1862 hatte er eine eingehende Aussprache über die deutschen Fragen mit dem

<sup>1</sup> S. oben S. 493 f. Er wäre unter Umständen damals sogar bereit gewesen, den Zollverein auf Norddeutschland zu beschränken. Bgl. seinen Brief an Gerlach v. 22. Juni 1851 (S. 8): "Die Konsolidierung der gesunden norddeutschen Elemente durch das Band materieller Interessen, selbst wenn sie mit Verlust an süddeutschen Bestandteilen des Zollvereins erkauft werden sollte, würde für die Richtung unserer inneren Politik nicht ohne konservative Rücks wirkung sein und uns berechtigen, mit mehr Kaltblütigkeit auf die Entwicklung der Bundesstagspolitik zu sehen."

dortigen Vertreter Österreichs, Fürsten Metternich. Dieser berichtete darüber nach Wien<sup>1</sup>: Bismard habe gesagt, er wolle den Dualismus in Deutschland; "der Norden, was Zollverein, Armeekommando und Truppeninspektion bestrifft, unter Preußens Leitung, der Süden unter der Österreichs, dem er ohne Kummer auch Herrn von Beust und sein Land überlassen würde. Die Herstellung der militärischen und politischen Führung im Norden, mit allen Mitteln, ohne Strupeln, aber ohne Argernis, ohne Heuchelei, offen und kühn, und wenn möglich, innerhalb einer Verständigung mit uns, dies ist sein Ziel." Also sogar die Einbeziehung Sachsens in die österreichische Interessensphäre scheint er hier als annehmbar zu betrachten. Aber gerade dies starte Entzgegenkommen muß uns stuhig machen, zumal, wenn wir bedenken, daß er fast gleichzeitig seinem Chef gegenüber die friedliche Verständigung mit Österreich für unmöglich erklärt hat.

Unmittelbar nach der Übernahme des Ministeriums hatte er Anfang Des gember 1862 seine berühmte Auseinandersetzung mit dem öfferreichischen Bots schafter Grafen Rarolni, über welche jest beffen eigener Bericht vorliegt. Danach hat er über diefen Puntt gefagt2: "Für uns ift es Lebensbedingung, in unserem natürlichen Rayon, Norddeutschland, frei und ungehindert uns bewegen zu können, Sannover und Rurheffen dürfen feinem anderen als preußischem Einfluß juganglich sein . . . . Ich habe felbst Platen gefagt, daß feine Politit unfehlbar zur Folge haben würde, daß beim ersten Kanonenschuß in Deutschland Sannover sofort durch Preugen offupiert werden wurde, daß wir ein gleiches mit Rurheffen tun mußten, versteht sich von felbft." . . . . . "Preußens Stellung in Deutschland verftebe ich folgendermaßen: Parallel mit bem Bollverein mußten auch für die materiellen Gebiete, die Gifenbahn ufw., nicht durch den Bund, fondern durch freie Bereinbarung gwifchen Preugen und jedenfalls den norddeutschen Staaten ahnliche Institute gegründet und die Führung der beiden norddeutschen Urmeetorpe Preugen überlaffen werden, mabrend die beiden anderen dem öfferreichischen Rommando gufielen. Wir muffen die für unsere politische Eristen, notwendige Lebensluft erhalten. In bezug auf Norddeutschland tritt prattifch für Offerreich die Bahl zwifchen einer Alliang mit Preußen oder hannover beran; es ift eine Juffon gu glauben, daß Gie fich durch die Mittelftaaten jemals unferer Bundesgenoffens schaft verfichern tonnen. Die Berhältniffe, wie fie einmal find, werden gum geraden Gegenteil führen . . . . Wenn fich Offerreich und Preugen auf der von mir bezeichneten Bafis einigen und hierbei den Bogen nicht zu ftraff fvannen, bloß die notwendigen Zugeständnisse von den anderen deutschen

<sup>1</sup> Bericht Metternichs an Rechberg aus bem Berbft 1862, mitgeteilt aus den Papieren bes Grafen Rarolpi, Deutsche Revue 1913, G. 36.

<sup>2</sup> Bericht Rarolpis vom 4. Des. 1862, a. a. D. G. 63f.

Staaten verlangen, so wird deren Widerstand ohne zu große Schwierigkeiten zu bestegen fein."

Während die Schleswig, holsteinische Arisis noch andauerte, sagte Bismarck im August 1864 zu Gramont<sup>1</sup>, in Preußen wolle man durchaus keine Zolleinigung mit Osterreich. Man sei ganz bereit Spezialverträge zu schließen; aber man müsse auf den Traum eines allgemeinen Zollvereins, der zugleich den Norden und Süden umfasse, verzichten. Er würde übrigens mit noch größerer Genugtuung kommerzielle Verbindungen zwischen Osterreich und den süddeutschen Staaten sich bilden sehen, da er auf diese Art um so sicherer wäre, von ihnen entlastet zu sein; denn weit entsernt ihre heranziehung zu ersstreben, habe er sie vielmehr immer abgewiesen.

Außerungen ähnlicher Art häufen sich aber noch mehr seit dem Jahre 1865, d. h. seit der Zeit, wo er den Kampf gegen Osterreich als nahe bevorsstehend und unvermeidlich ansah. Die Verfügung über die Machtsmittel Norddeutschlands erscheint nun als das eigentliche und nächste Interesse Preußens. Am klarsten hat Vismarck diesen Sesichtspunkt in einem Schreiben an den Grafen Golz vom 16. August 1865 entwickelt.

Er führt hier aus, die preußische Politit der letten 50 Jahre fei beherrscht gemefen von der Beforgnis vor Frankreich; um gegen einen Ungriff von Beften her gefichert ju fein, habe man feinen Unschluß bei Rugland und Offerreich fuchen muffen. Es gebe aber auch ein anderes mögliches Syffem, bas ebenfalls tief in den Bedürfniffen Preugens begründet fei. "Es ift bas Pringip ber unabhängigen und freien Entwicklung bes preußischen und norddeutschen Elementes ju einer felbständigen Großmacht, welche ohne Unlehnung fich durch eigene Macht ficher fühlt. Es ware dies eine Politit, bie nicht vorwiegend auf die eigene Sicherheit Bedacht nahme, fondern in freier Entwidlung der eigenen Lebensteime und Sammlung der diefen homogenen Elemente im Norden Deutschlands, wie in Beseitigung der hinderniffe, welche der Konfolidierung des nationalen Lebens entgegen, fieben, ihre Aufgabe fande. Das durch die eigentumliche Stellung Preußens und seinen eigenen Lebenstrieb hervorgerufene Streben nach Machterweites rung innerhalb der natürlich gegebenen politischen Sphäre wird von einem großen Teile der Nation als ein Bedürfnis empfunden, und ein Ginlenten auf diefen Beg ungeduldig erfehnt und gefordert." Db Preugen diefen Beg aber wirklich werde betreten tonnen, das muffe wesentlich von der Saltung Franfreichs abhängen. "Muffen wir eine entschiedene Abneigung bes Raifers gegen die aus der aftiven Politik Preußens zu erwartenden Folgen, ein Mißtrauen gegen eine folche vermehrte Machtstellung Preußens

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bericht Gramonts v. 28. August 1864 (Orig. diplom. Nr. 814).

<sup>2</sup> Erlaß v. 16. Aug. 1865, teilweise abgedr. bei v. Sybel 4, 218 Anm.

oder die Absicht voraussetzen, sie nicht ohne für uns unmögliche Konzessionen oder Kompensationen zuzulassen, so werden wir unsere Ziele, wenigstens für die gegenwärtige Phase der europäischen Politif, niedriger steden und eine wieder möglich werdende Verständigung mit Österreich anzubahnen und festzuhalten suchen müssen."

Ganz in derselben Beise hat sich Bismarck im herbst 1865 in Biarris dem Raiser Napoleon gegenüber ausgesprochen. Die Beschränkung auf Nords deutschland ist geradezu das Leitmotiv in seinen vertraulichen Gesprächen während der folgenden Monate. Mag er nun zu Gols, zu Benedetti, zu dem italienischen Unterhändler Govone, zu dem Journalissen hansen, zu dem baprischen Minister von der Pfordten sprechen.

Nun ist bei der Beurteilung aller dieser Außerungen gewiß nicht außer acht zu lassen, daß sie alle direkt oder indirekt für den Raiser Napoleon oder für die süddeutschen Staatsmänner bestimmt waren und in ihnen die Überszeugung erwecken sollten, daß weder Frankreich noch die Südstaaten von einem für Preußen glücklichen Ausgang des bevorstehenden Krieges gegen

Denfo gegenüber dem französischen Geschäftsträger Lefebvre vor seiner Abreise nach Biarris im Herbst 1865, s. oben S. 452. Sicherlich hat Bismard bei den Gesprächen mit Rapoleon selbst in Biarris und St. Cloud die Beschräntung auf Norddeutschland ebenso als das Ziel der preußischen Politik hingestellt. Bgl. die sorgfältige Zusammenstellung der Nachrichten bei F. Frahm a. a. D. S. 349 f. und seine Außerungen zu Lefebvre. Interessantist eine spätere Außerung des Prinzen Reuß gegenüber Napoleon, deren er in seinem Berichte v. 10. Juli 1866 (vgl. unten S. 571 f.) gedenkt: Die Gespräche, welche der Kaiser mit dem Grasen Bismard in Biarrit und hier gehabt hätte, noch lange bevor preußischerseits das Reformsprosett (vom 10. Juni) außgesprochen worden sei, hätten dem Könige schon seit langer Zeit die Aberzeugung geben müssen, daß der Kaiser mit den Plänen Preußens einverstanden sein werde. — Prinz Reuß kann dies wohl nur von Bismard gehört haben; vermutlich hat sich Bismard über das Ergebnis des Gesprächs hier ebenso wie es für seinen Bericht an den König Fester nachgewiesen hat, absichtlich optimistisch geäußert; aber er muß doch mitgeteilt haben, daß er über die Art der künstigen Reugestaltung Deutschlands mit Napoleon im Sinnedes späteren Reformprojektes gesprochen habe.

<sup>2</sup> Bgl. die Zusammenstellungen bei Ruth, S. rof. u. B. Busch 64f. hierzu tommen noch weitere Außerungen, die in den Origines diplomatiques mitgeteilt werden. Ende August 1865: außerte sich Graf Eulenburg (offenbar nach Bismards Instruktionen) zu Lefebvre dahin, Preußen wolle seinen Einstuß nun bis zum Main ausbehnen; man würde sich freuen, wenn Osterreich in Süddeutschland die führende Stellung erhalte (Ber. Lefebvres v. 1. Sept. 1865 Rr. 1537). Benige Tage später wiederholte Bismard selbst diese Bersicherung; weder er noch der König dächten daran, die Unabhängigseit Süddeutschlands anzutasten; daher habe Frankreich teinen Grund, sich zu beunruhigen. Aber er glaube auch nicht, daß Osterreich mit den preußischen Plänen selbst in dieser Beschräntung einverstanden sein werde (Ber. Lefebvres v. 14. Sept. 1865 Rr. 1570). — Am raditalsten sprach er sich im April zu Benedetti aus: Wenn das zu berufende deutsche Parlament eine revolutionäre Mehrheit habe, so werde man es wieder beseitigen, den Bund sprengen, und nichts werde dann Preußen hindern, seinen Plan eines Rorddeutschen Bundes auszussühren (Ber. Benedettis v. 17. April 1866 Rr. 2073).

Herreich etwas Erhebliches zu befürchten haben würden. Es verdient auch bemerkt zu werden, daß die ersten klaren Außerungen in dieser Richtung in seine Pariser Gesandtenzeit fallen; man wird daraus schließen dürsen, daß sein Verkehr mit Napoleon in jener Zeit nicht ohne Einfluß gewesen ist. Er gewann jest eine klare Vorstellung von den Zielen der französischen Politik.

Es wurde ihm zur endgültigen Überzeugung, daß Rapoleon die Gründung eines gang Deutschland umfassenden Nationalstaates unter preußischer Rube rung nicht ruhig mitansehen könne und werde. Ebenso, daß Napoleon eine Berstärfung der preußischen Machtstellung in Norddeutschland zuzulassen, ja vielleicht zu befördern geneigt sei, weil er die beiden Großmächte möglichst gleich ftart ju feben wünschte, um fie nach den Bedürfniffen Frankreichs gegeneinander ausspielen zu konnen. Die haltung Frankreichs gegenüber einem Rampfe in Deutschland fonnte aber von entscheidender Bedeutung für deffen Ausgang fein. Es scheint mir eine mußige Frage ju fein, ob Bismard fich ju ber Befchrantung auf den Norden auch entschlossen haben wurde, wenn er nicht mit dem Widers freben Frankreichs gegen die preugische Segemonie über den Suden zu rechnen gehabt hatte.1 Denn er mußte eben mit Frankreich rechnen, und feine gange Politit war ichon feit feiner Frankfurter Zeit und feinem erften Parifer Aufenthalte her von dem Gedanken beherrscht, daß gegen Sfterreich und Frankreich zugleich ein Versuch zur Besserung der deutschen Bustande mit Aussicht auf Erfolg nicht unternommen werden tonne. Die Abrechnung mit Offerreich, die ihm vor allen Dingen notwendig erschien, glaubte er nicht badurch erschweren zu durfen, daß er Frankreich durch überspannung feiner Forderungen in das gegnerische Lager treibe. Der Bunsch, Nas poleon zu einer neutralen Saltung zu bestimmen, ift auch einer ber Grunde bafur gewesen, daß er so großen Wert auf das Bundnis mit Italien legte. Denn ebenso fehr wie die Bindung eines Teiles ber öffer: reichischen Streitfrafte spielte für ihn dabei die hoffnung mit, daß auf diese Urt Raiser Napoleon um seines Schüblings Italien willen an dem gunftigen Ausgang des Rampfes intereffiert sei und mindeffens nichts gegen die Bers bündeten unternehmen werde.2

Wir erblicken hier also wenigstens eine der Motivenreihen, die Bismarck zur Beschränkung auf den Norden trieben. Früher hatte er das höhere Ziel sofort durch gewaltsame Abrechnung mit Österreich zu erreichen gehofft, und sich nur, wenn dies ganz aussichtslos erschien, oder wenn Österreich sich wider Erzwarten zu einer Teilung Deutschlands ohne Kampf hätte bereit finden lassen, auf die Reservestellung eines auf Norddeutschland beschränkten Bundes zu

<sup>1</sup> Sie wird aufgeworfen von Busch a. a. D. S. 74.

<sup>2</sup> Bgl. hierzu Frahm a. a. D. S. 355 und oben S. 468.

rückiehen wollen. Jest erschien es ihm infolge der Haltung Frankreichs und wohl auch, weil der preußische Verfassungskonslikt ein Bündnis mit der liberalsunitarischen Richtung vorläufig als so gut wie ausgeschlossen ersscheinen ließ, als die richtigere Taktik, zunächst nur den norddeutschen Bund zu erstreben, ohne sich der Möglichkeit zu berauben, sobald die Chancen günstiger würden, wieder auf das größere Ziel loszuskeuern.

Aber auch Motive anderer Art haben auf Bismard in derfelben Richtung eingewirft. In seiner Unterredung mit dem General Govone Anfang April 1866 fagte er: "Preußen wolle Süddeutschland gar nicht und zwar sowohl der Religionsverschiedenheit megen, als auch, weil man von Berlin aus die fuds lichen Provingen nur Schlecht wurde regieren konnen; fie wurden jum Ralas brien Preugens werden." Er hat gang ahnliche Borte auch fpater nach bem Kriege gebraucht. Ferner hat Bismard die Ahnlichkeit der bisher nicht zum preußischen Staate gehörigen nordbeutschen Bevölkerung mit der preußischen baufiger bervorgehoben und darin eine Garantie für ein engeres Zusammens wachsen bes Nordens erblidt. Im Guden hingegen sei die Bevolkerung nicht nur antipreußisch sondern auch viel stärker demokratisch gefinnt und werde fich daher schwerer affimilieren laffen. In diefem Zusammenhang erinnern wir und auch des oben bereits angeführten Bortes, daß speziell die Maffe der norddeutschen Bevölkerung konservativ und monarchisch gesinnt sei. Raments lich feitbem fich Bismard entschlossen hatte, das allgemeine gleiche Babls recht für das deutsche Parlament in Aussicht zu nehmen, mußte also für ihn die Frage entstehen, ob die davon erhoffte Wirtung nicht durch die hereins giehung Guddeutschlands abgeschwächt und unter Umftanden völlig aufges hoben werden würde.1

Es läßt sich natürlich nicht verfennen, daß die sofortige Begründung der Hegemonie Preußens über ganz Deutschland — Offerreich immer aussgenommen — manche erhebliche Vorteile geboten haben würde. Hätte Preußen den militärischen Besehl auch über die süddeutschen Streitfräfte erlangen können, so würde seine Macht nach außen hin noch wesentlich gesteigert worden sein. Auch wäre es gewiß leichter gewesen, die nationalen Gefühle für das

Diese für Bismard feineswegs unwichtigen Motive läßt Busch a. a. D. S. 62 ff. m. C. zu sehr in den hintergrund treten, indem er nur die Rüdsicht auf Napoleon und Bapern als Bismards eigentliche Beweggründe gelten läßt. Er weist zwar später (S. 65) auf Bismards Außerung gegenüber Govone hin, ohne sie indessen für seinen Gedankengang zu verwerten. Während Busch für die ersten Zeiten Bismards preußische Ersnung zu ausschließlich in den Vordergrund stellt, läßt er in der Zeit unmittelbar vor 1866 die Tatsache zu start in den hintergrund treten, daß Bismard auch jest nur eine Lösung der deutschen Frage wollte, die den Interessen Preußens volltommen Rechnung trage, und daß er die letteren durch einen zu starten parlamentarischen Einfluß und durch die Einbeziehung der süddeutschen Elemente als gefährdet betrachtete.

Unternehmen Preußens zu gewinnen, wenn man jenes größere Ziel offen ins Auge gefaßt hätte. Dem standen als Nachteile gegenüber: Die Fremdartigkeit und Widerwilligkeit der süddeutschen Elemente; die größere Gefahr, daß vers mittelst des deutschen Parlaments die nichtpreußischen Teile Deutschlands einen starken Einfluß auf die inneren preußischen Angelegenheiten würden üben können, während in einem norddeutschen Parlament die preußische Bevölzterung in erdrückender Überzahl gewesen sein würde; endlich die Gefahr interznationaler Verwicklungen, die durch ein Übergreisen nach Süddeutschland unz geheuer verschärft worden wäre. Ließ man dem Süden eine gewisse Selbsständigkeit, so war es leichter, sich mit Frankreich zu verständigen, es war viels leicht möglich die süddeutschen Staaten zur Neutralität oder sogar zum Anzchluß an Preußen zu bestimmen, und es ließ sich in dem enger vereinigten Norden ohne Gefahr für Preußens Selbständigkeit auch ein stärkeres ges meinsames inneres Leben begründen.

Erwägt man dies alles und zieht man noch das tatsächliche Verhalten Bismarcks während des Krieges mit zum Vergleich heran, so wird man kaum zweiseln können, daß es ihm schon vor dem Kriege durchaus ernst ges wesen ist mit dem Entschluß, die Erweiterung der preußischen Machtsphäre auf Rorddeutschland zu beschränken. Sein alter Grundgedanke, daß zur Begründung der deutschen Einheit vor allem eine Erstarkung Preußens notwendig sei, wurde auch bei diesem Programm nicht verlassen, vorauszgescht, daß der Norddeutsche Bund nicht als eine endgültige Lösung des deutschen Problems, sondern nur als der Anfang dazu betrachtet wurde; das Berhältnis zu den süddeutschen Staaten mußte dann so gestaltet werden, daß ihre künstige Einbeziehung in das Bundesverhältnis möglich blieb, und daß sie dem Ausland gegenüber mit den Norddeutschen sest zusammen zu stehen verpstichtet blieben.

Trafen aber diese Voraussehungen für die Auffassung Bismarcks wirklich zu? hat er nicht doch vielleicht damals auf die Verbindung mit dem Güben auch für die Zufunft ganz verzichten wollen?

Bevor wir diese Frage zu beantworten versuchen, muß wenigstens furz der merkwürdigen Episode gedacht werden, welche sich an den Namen des Barons Anton von Gablenz knüpft. Obwohl wir verschiedene Berichte über die von ihm im Mai 1866 versuchte Vermittlung zwischen Österreich und Preußen haben, ist der Hergang doch im einzelnen noch keineswegs völlig klar gestellt.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die zuverlässigfte Erundlage bleibt immer der offenbar aus den Utten geschöpfte Bericht Sybels mit den Ergänzungen im Anhang zu Bismards Ged. u. Erinn. 1, 141 u. 145. Bgl. dazu Friedzung, Kampf um die Borherrschaft (8. Aufl.) 1, 303 f u. 2, 578 f. Sybel nimmt diesen Vermittlungsversuch zu ernst. Friedzung glaube nicht daran, daß Bismard eine Annahme des Vorschlags in Wien für möglich gehalten habe. Lenz, Gesch. Bismards

Es scheint doch, als sei die Unregung querft von Gableng ausgegangen, und als habe Bismard ibn nur gewähren laffen, um nicht dem König gegenüber ben Schein auf fich ju laden, als habe er ein mögliches Mittel jum Frieden unbenutt gelaffen. Möglicherweise war es ihm auch gang recht, auf diese Art noch etwas Zeit zu gewinnen, bis fich gezeigt haben werde, welchen Zweck und Erfolg die geheimen Verhandlungen Offerreichs mit Frankreich haben wurden, von denen Gols berichtet hatte und fein Promemoria vom 2. Mai fpricht. Rur febr zweifelhaft mochte ich es halten, ob Bismard wirklich, wie er fvater mehrfach ergablt bat, mahrend dieser Verhandlung Offerreich vorgeschlagen hat, gemeinsam über Frankreich herzufallen und das Elfaß guruckzuerobern. Möglicherweise ift diefer Gedante von ihm nur in dem Sinne angedeutet worden, daß im Kalle eines frangofischen Widerspruchs gegen die geplante Neuordnung Deutschlands oder eines bewaffneten Eingreifens des Raifers Rapoleon ein solcher gemeinsamer Rampf geführt werden solle. Als ges fichert fann es gelten, daß der bei diesen Berhandlungen zugrunde liegende Plan der Neugestaltung Deutschlands die dauernde Teilung des heerbefehls amischen Dreußen im Norden und Diterreich im Guden Deutschlands vorsab. Nicht ebenso deutlich ift es, ob auf jede sonstige Reform der bestehenden Bundesverfassung und namentlich auf die Berufung eines deutschen Pars laments verzichtet werden follte. Indeffen ift dies doch wohl anzunehmen. Db Bismard beim Zuffandefommen der Einigung mit Offerreich fich mit dem blogen heerbefehl für Norddeutschland begnügt oder einen engeren nords beutschen Bundesstaat mit einem norddeutschen Parlament ins Leben gu rufen versucht haben wurde, läßt fich ebenfalls nicht ficher fagen. Der gange Plan berührt fich insofern mit dem späteren Projett vom 10. Juni, als Preußen in beiden auf den heerbefehl über die füddeutschen Streitfrafte vers gichten wollte, das eine Mal zugunften Offerreichs, das andere Mal zugunften Banerns. Jedoch ware im ersteren Ralle, namentlich ohne ein beutsches Parlament, die Berreigung Deutschlands in zwei Salften eine viel Schärfere und voraussichtlich viel langer andauernde gewesen. Auch erhebt sich die Frage, was wohl aus dem Zollverein hatte werden follen? Wenn er besteben blieb, fo behielt Preugen einen zweifellos für Ofterreich unter den neuen Bers hältniffen fehr bedenflichen Ginfluß auf den Guden; wurde er geloft, fo bes beutete das den Bergicht auf das bisher bestehende Band einer wirtschafts

299f., ist geneigt, ihn für eine Gegenmine gegen die französisch-ofterreichsichen Verhandlungen zu halten, um "einen Rüchalt gegen Frankreich und die mögliche Untreue des italienischen Alliierten zu bekommen". Solche Motive mögen mitgesprochen haben; aber man muß doch erwägen, daß in dem Augenblick, wo Ofterreich und Frankreich einig geworden wären, auch die Gablenzschen Vorschläge für Ofterreich erledigt waren und daher keine Sicherung gewähren konnten. Alls die Hauptsache möchte ich doch ansehen, daß Bismarck, auf Ablehnung rechnend, dem König noch einmal deutlich beweisen wollte, eine Verständigung mit Ofterreich sei schleckterdings unmöglich.

lichen Einigung des ganzen außerösterreichischen Deutschland, ganz abgesehen davon, ob das Ausscheiden aus dem Zollverein und der wirtschaftliche Ansschluß an Österreich für die süddeutschen Staaten nicht den materiellen Ruin zur Folge gehabt haben würde. Alles in allem betrachtet muß man doch sagen, daß die Durchführung dieses Planes einen viel weitergehenden Berzicht auf die einigenden Momente bedeutet hätte, als ihn Bismarck sonst vor dem Kriege hat zugestehen wollen. Ich fann mir daher nicht denken, daß es ihm damit wirklich ernst gewesen ist, und möchte eher glauben, daß er von vornherein darauf rechnete, die Sache werde an dem Mißtrauen Sterreichs scheitern oder durch die Einfügung von Bedingungen zugunsten Italiens, die ja das Promemoria vom 2. Mai ebenfalls bereits andeutet, zum Scheitern gebracht werden können. Für die Feststellung dessen, was er selbst für die Zukunst Deutschlands erstrebe, wird man diese Gablenzschen Bermittelungsvorschläge jedenfalls nicht heranziehen können.

Bismark spricht sich über seine Zukunftspläne in diesen Monaten niemals mit voller Deutlichkeit aus², allein es gewährt doch schon Einblick in seine damalige Auffassung, daß er im Frühling 1866 den von französischer Seite angeregten Gedanken, die Unterstühung Napoleons durch die Abtretung der links; rheinischen Gebiete Bayerns und Hessens zu erkaufen, mit voller Bestimmt; heit zurückwies. Er begründete diese Ablehnung damit, daß durch ein solches Versahren "die nationale Entwicklung des Planes abgeschnitten werde". Wäre es ihm ganz ansschließlich auf die Herrschaft Preußens über den Norden von Deutschland angekommen, so hätte er für die Erreichung dieses Zweckes ohne Bedenken südeutsche Gebiete opfern können. Daß er dies zurückwies und

Dies übersieht Friedjung 1, 306, wenn er eine Illoyalität gegen Italien in Bismards Verfahren erblidt. Leng 301 macht auf diese Rlausel aufmerksam, und weist mit Recht darauf hin, daß es so gut wie unmöglich war, solche Bedingungen, die Italien befriedigt hätten, von Herreich zu erlangen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Es soll indessen wenigstens bemerkt werden, daß Bismard in seinem Briefe an Herzog Ernst von Coburg vom 9. Juni 1866 (Aus meinem Leben 3, 527) die im Augenblid erstrebte Lösung ausdrücklich nur als eine vorläufige bezeichnete.

<sup>3.</sup>B. in einem Telegramm an Golh v. 9. März 1866, s. oben S. 462 f. Aber die Six tuation vgl. Sybel 4, 285 f. Dies Telegramm ist wichtig, da es nicht zur Mitteilung an Nappoleon, sondern ausdrücklich zur persönlichen Information von Golh bestimmt war. — Man tönnte vielleicht einen Widerspruch zwischen dieser Abneigung, deutsches Gebiet an Frankzreich zu überlassen, und der oben bekundeten Bereitwilligkeit zur Preisgabe eines erheblichen Teiles von Schleswig an Dänemark sinden. Zur Erklärung dient einmal die Verschiedenheit der Situation; im April 1864 war an die kösung der größeren nationalen Frage für absehhare Zeit noch nicht zu denken; sodann aber war es doch etwas anderes, ob man bisher zum deutschen Bunde gehörige Gebiete den Fremden auslieferte, oder ob man sich mit der nur teilweisen Erwerbung eines zwar größtenteils von Deutschen bewohnten, bisher aber ganz außerhalb der deutschen politischen Gemeinschaft stehenden Landes begnügte.

seine Ablehnung in der angegebenen Beise begründete, läßt mit Sicherheit darauf schließen, daß er auch damals nicht die vollständige Auflösung der nationalen Gemeinschaft mit dem Süden beabsichtigte.

Noch deutlicher beweist dies der Reformplan, den er am 10. Juni 1866, turz vor dem Ausbruch des Krieges, den deutschen Regierungen vorlegte.

Rach diesem Plane sollten alle deutschen Staaten mit Ausnahme von Offerreich ju einem neuen deutschen Bunde gusammentreten. Un beffen Spipe follte, wie bisher, ein aus Vertretern der einzelnen Regierungen que sammengesetter Bundestag feben, deffen Umgestaltung jedoch für fpater in Aussicht genommen wurde; daneben aber follte der Verfassung eine breitere volkstümliche Grundlage burch die Einfügung einer aus allgemeinen Wahlen bervorgehenden und veriodisch zu berufenden Nationalversammlung ges geben werben. Bur Kompeten, des Bundes follte die völkerrechtliche Ber: tretung Deutschlands, der Schut bes deutschen Gebietes gegen das Aus; land und die Regelung der wirtschaftspolitischen Fragen gehören. Zu ben letteren wurde auch der Schut der Deutschen im Auslande, das Gisenbahne wefen, Post und Telegraphie sowie diejenigen Teile des Bürgerlichen Rechtes gerechnet, die jum wirtschaftlichen Leben in besonders naber Begiehung fieben. nämlich Zivilprozeß und Kontursverfahren. Dem Bunde follte auch das Recht der Rriegsertlärung guffeben.2 Eine gemeinsame Bundesmarine unter preußischem Kommando sollte ins Leben gerufen werden; dagegen wurde von ber Einrichtung eines einheitlichen Bundesheeres abgesehen. Die Truppen ber Nordstaaten sollten in Rrieg und Frieden unter dem Dberbefehl des Ronigs von Preugen, die ber Subftaaten aber unter dem Rommando des Rönigs von Banern fieben; die Organisation und Ausbildung sollte in beiden Teilen des Bundesheeres gleichmäßig fein. Jeder der Oberfeldherren follte jedoch das Recht haben, innerhalb seines Machtbereiches vorbehaltlich der fpateren Buftimmung ber Bundesbehörden bie Rriegsbereitschaft anzuordnen. Das Budget für beide heere follte vom Bundestag und Parlament festges ftellt, und die jur Dedung ber Roften erforderlichen Summen follten nach ber Bevölferungszahl auf die einzelnen Staaten verteilt werden. Jedoch follten biefe Matritularbeitrage nicht in eine gemeinsame Bundestaffe fliegen, fondern für jede der beiden Armeen war ein befonderer Bundestriegeschat

Bgl. den diplomatisch genauen Abdrud bei Binding, Deutsche Staatsgrundgesetet 1 (5. Auflage) S. 70f. Der Abdrud bei Sahn, Fürst Bismard Bd. 1, S. 447, welchen Busch benute hat, ift unvollständig; merkwürdigerweise fehlen darin gerade einige für die Beurteilung seiner Bedeutung wichtige Bestimmungen.

<sup>2</sup> Jedoch folite, wenn nicht ein direfter Angriff auf das Bundesgebiet vorliege, ju einer Kriegserflarung die Zustimmung der Souverane von mindestens zwei Dritteilen der Bevolsterung des Bundesgebietes erforderlich fein.

und zur Verwaltung desselben ein besonderer Bundestriegsrat vorgesehen.<sup>1</sup> Es sollten demnach an der Decung der Kosten für das Norddeutsche heer nur die nördlichen, für das süddeutsche heer nur die südlichen Staaten beteiligt sein.

Indem er biefen Plan aufstellte, blieb Bismard feinem alten Gedanten treu, daß die Bertretung Deutschlands gegenüber dem Ausland und die Birtichaftspolitit für alle beutschen Staaten außer Offerreich gemeinsame Angelegenheiten fein mußten, bei beren Regelung außer den Regierungen auch ein gesamtbeutsches Parlament mitzusprechen habe.2 Indem er aber den heerbefehl teilte, und die Berfügung Preußens über die Streits frafte ber fleineren Staaten auf den Rorden beschränkte, trug er den Ers wägungen Rechnung, die wir bereits aus feinen Außerungen mahrend bes Frühighes 1866 fennen. Die Verbindung Preugens mit den Sudftaaten ware in dem neuen Bunde eine febr viel lofere gewesen, als biejenige mit den Nordstaaten. Sie ware nicht über das hinausgegangen, was bereits vor 1866 durch den alten Bund und den Zollverein vorhanden gewesen war. Man wird den Grundgedanken dieses Reformprojektes am besten dahin gue fammenfaffen fonnen, daß in Zufunft ein weiterer beutscher Bund, alle beuts ichen Staaten außer Offerreich umfaffend, und innerhalb besfelben ein engerer norddeutscher und ein engerer süddeutscher Bund bestehen sollten. Der weitere Bund wurde sich von dem alten deutschen Bunde nur durch die

Der betreffende Passus des Artifels 9 fehlt in dem Abdrud bei hahn und lautet folgenders maßen: "Die Berwaltung jedes der beiden Bundess Militärbudgets wird unter Leitung des Oberfeldherrn von einem aus Vertretern der beitragenden Regierungen gebildeten Bundess friegsrat geführt und hat der Nationalvertretung jährlich Nechnung abzulegen.

Jede Regierung leistet selbst die Auslagen für die von ihr gestellten Truppen, vorbehaltlich gemeinsamer Abrechnung nach Maßgabe der Beitragspflicht. Ersparnisse an dem Militärs budget, mögen sie an den Gesamtausgaben oder an denen für die einzelnen Kontingente ges macht werden, fallen unter keinen Umständen der einzelnen Regierung, welche sie macht, sondern dem für jede der beiden Bundesarmeen gemeinsamen Bundeskriegsschafte zu. Die Kontrolle des letteren sieht der Nationalvertretung zu."

<sup>2</sup> Muth, S. II erblickt in dem Reformplan ein Berlassen des bisher festgehaltenen Standpunktes der Beschränkung auf den Norden; er möchte aber die Ausdehnung des Bundes auf das ganze Deutschland nur als taktisches Mittel zur Gewinnung der nationalen Elemente als "unitarischen Aufpuh" gelten lassen, und den heerbesehl im Süden nur als Lockmittel für Bayern. Beide Rücksichten haben gewiß mitgesprochen, sind aber keineswegs bestimmend gewesen; es muß vielmehr daran sestgehalten werden, daß Bismarck auch früher niemals einen Berzicht auf die bereits bestehende Bundesgemeinschaft mit dem Süden besürwortet hat, sondern nur dafür eingetreten ist, daß die neuzuschaffende engere Berz bindung auf den Norden beschränkt bleiben sollte. Mit Busch (Norddeutscher Bund S. 70, Kampf um den Frieden, S. 447) stimme ich darin überein, daß der Reformantrag durchaus in der Konsequenz der bereits in den vorhergehenden Nonaten von Bismarck versolgten Richtung liegt; er überschätzt jedoch die Bedeutung der gesamtdeutschen Nomente in dem Entwurf.

Einfügung einer Boltsvertretung und durch die Einbeziehung der früher vom Zollverein besorgten Angelegenheiten in die Bundestompetenz untersschieden haben.

Die Befugniffe des Parlaments waren etwa ebenso bemeffen, wie in Bismards Denkschrift von 1861. Von einem wirklichen Ginfluß der Boltse vertretung auf die Gesamtpolitik des Bundes und auf die inneren Berbalts niffe der Einzelftaaten hatte dabei nicht die Rede fein konnen. Sollte doch das Varlament nicht einmal ein wirkliches Budgetrecht besigen, da ja der Bund bei der Berwirklichung dieses Planes über eigene Mittel gar nicht zu verfügen gehabt hatte, sondern lediglich auf die Beitrage der Einzelstaaten für Deerestwede angewiesen worden ware, die wie schon erwähnt murde, in twei getrennte Raffen fur Nordbeutschland und Guddeutschland fliegen follten. Befaß ferner Suddeutschland sein eigenes in Rrieg und Frieden felbständiges Seer, so mußte ihm auch eine weitgehende Autonomie in der auswärtigen Politif jugeftanden werden. Jedes gemeinsame Auftreten nach außen bin murde eine Berftandigung mindeftens zwischen Dreugen und Banern gur note wendigen Voraussehung gehabt haben. hingegen ware eine felbständige aus! wärtige Politif ber norddeutschen Staaten, wenn deren beer dem preußischen Rommando verfassungemäßig untergeordnet war, nicht mehr dentbar gewesen. Bei einer folden Geftaltung der Dinge ware in der Lat der Ginfluß Preugens auf Gudbeutschland faum größer gewesen als ju den Zeiten des alten Bundes, während umgefehrt auch eine erhebliche Einwirtung der füddeutschen Elemente auf die inneren Berhältniffe Preugens nicht hatte flattfinden tonnen. Dabei wurde aber doch für einen wirtsamen Schut des deutschen Gebietes gegen: über dem Ausland und für die Befriedigung der gemeinsamen materiellen Interessen des deutschen Boltes Sorge getragen.

Eine folche Neuordnung Deutschlands mußte ben Guddeutschen leichter

Ich möchte ausdrudlich darauf hinweisen, daß nach dem Projekte vom 10. Juni dem Bunde gar keine eigenen Einnahmen zugewiesen waren, insbesondere auch nicht etwa die Erträge der Zölle oder der Post und Telegraphie. Die nötigen Geldmittel sollten allein durch Natrikularumlagen aufgebracht werden, und für den bei weitem wichtigsten der gesmeinsamen Verwaltungszweige, das Nilitärwesen, sollten, wie die oben angeführten Besstimmungen zeigen, die Ausgaben zunächst von den einzelnen Regierungen geleistet und erst nachträglich der Ausgleich auf Grund der gemeinsamen Abrechnung hergestellt werden. Ob die höhe der Matrikularumlagen überhaupt unter Nitwirkung des Bundesparlaments stattsinden, oder lediglich als eine unter den Regierungen zu vereinbarende Verwaltungszwaßregel angesehen werden sollte, ließ der Entwurf zweiselhaft. Ein Vergleich mit den Besstimmungen im Entwurf der norddeutschen Bundesverfassung läßt es jedoch als wahrscheinslich erscheinen, daß das Parlament hierbei nicht mitzuwirken haben sollte. Denn in dem Entzwurf, der dem Reichstag vorgelegt wurde, war in Artikel 66 (Binding, S. 108) vorsgesehen, daß die Matrikularbeiträge nach der Höhe der Bevölkerung bemessen und von dem Prässdum nach dem Bedarf außgeschrieben werden sollten.

annehmbar erscheinen als der sofortige Übergang zur vollen politischen und militärischen Segemonie Preugens. Aber auch König Wilhelm und die preußischen Konservativen wären natürlich sehr damit zufrieden gewesen, wenn sich die Einigung gegenüber dem Austand unter preußischem Obers befehl über die norddeutschen Streitkräfte hatte erreichen laffen, ohne daß die von ihnen mit Abneigung betrachteten demofratischen Elemente bes Gubens auf Preußen hatten Ginfluß gewinnen tonnen. Endlich aber ließ fich auch erwarten, daß Franfreich eine berartige Regelung, die Preußens Seerbefehl auf den Norden beschränkte, leichter julaffen werde, als die volle Ausdehnung ber preußischen hegemonie auf den Suden. In der Lat hat ja Raiser Napos leon dem Grafen Golb ausdrücklich gefagt, daß er in dem preußischen Bundes: reformprojette nichts febe, was den frangofischen Interessen widerstreite.1 Als Bismard unmittelbar nach dem Ausbruch des Kampfes dem Kaiser für diese Außerung danken ließ, fügte er gleichzeitig die Unweisung für den preußie ichen Gesandten in Paris hingu2, dieser moge davon Anlag nehmen gu der Bes merfung, daß fich auch durch die eingetretenen Rriegsverhältniffe Preugens Biele nicht veränderten, und daß man fortwährend nur die für Preugens Lage und für das mahre politische Gleichgewicht erforderliche Stellung in Mordbeutschland anftrebe, und in Guddeutschland, wenn auch der Rrieg ju Streifzügen dahin Anlag geben follte, feinen Ginflug über bas bisberige Berhältnis binaus in Anspruch nehme. Auch in diefer Beziehung bleibe bas Programm im wesentlichen ungeandert, das in den Grundzügen zu einer Bundestreform niedergelegt sei. Die preußische Regierung sei von besonderer Befriedigung erfüllt, daß Napoleon felbft nichts den frangösischen Intereffen Widerstreitendes darin gefunden habe.3

<sup>1</sup> Bericht v. Golf v. 17. Juni, pr. 19. Juni (benuft Spbel 5, 236 Unm.): Der Kaifer habe ihm gestern als authentische Erläuterung seines Schreibens vom 11. Juni gesagt: Das Schreiben gerfalle in zwei Teile, in dem einen habe er die Nichtung angedeutet, welche seine Regierung in der Konferenz vertreten haben würde, wenn die letztere zustande gekommen wäre; hierbei hätten natürlich jedem Teile Konzessonen gemacht werden müssen, um ein Resultat zu erzielen; der andere Teil bezeichne die nunmehr von Frankreich zu beobachtende Haltung. Er habe hinzugesügt, "daß er in unserem Bundesresormprojette nichts sehe, was den französischen Interessen widerstreite".— Später hat Napoleon in Abrede gestellt, daß er eine solche Erklärung gegeben habe, auf die Borhaltungen des Prinzen Neuß aber zuges geben, daß er sich freundlich über das Projekt geäußert haben möge, ohne es indessen nüher zu kennen. S. unten S. 571.

<sup>2</sup> Erlaß v. 21. Juni. Diefer Erlaß tam erft mit fehr ftarter Berfpatung in die hand bes Botfchafters.

<sup>3</sup> Bismard wollte Frankreich auch mit der offiziösen Wahrnehmung der preußischen Interseffen in Österreich und Bapern beauftragen, falls Bapern, dem fie bisher in Wien übertragen war, mit Preußen in Krieg gerate. Ebenso wies er den preußischen Gesandten in Karlstruhe, Grafen Flemming, am 24. Juni an, daß dieser bei seiner Abreise den Schut der preus

Bismark gibt in diesen Worten einen authentischen Kommentar zu dem preußischen Bundesresormprojett vom 10. Juni. Er selbst erblickt also offens bar in der Einrichtung eines seiner Kompetenz nach eng begrenzten deutschen Parlaments feine Ausdehnung des preußischen Einflusses auf den Süden, oder ein hinausgehen über die seit Jahrzehnten bestehenden Beziehungen.

Das Bundesreformprojett vom 10. Juni fieht also teineswegs im Wider: fpruch mit den von Bismard fonft in den vorhergehenden Monaten getanen Außerungen. Die Beschräntung auf Nordbeutschland war niemals fo ges meint gewesen, daß Preugen die bisherigen Beziehungen ju dem Guden völlig aufgeben wolle, sondern fie hatte nur den Sinn gehabt, daß die ges plante engere Bereinigung und namentlich der militärische Oberbefehl Preugens fich auf die fuddeutschen Staaten nicht erftreden folle. Ram dies Programm jur Ausführung, fo war jugleich eine erhebliche Steigerung der materiellen Machtmittel Preugens erreicht, den Bedenken Frankreichs und der süddeutschen Staaten gegen die preußische Segemonie Rechnung getragen, und doch der gesamtdeutsche Gedanke nicht so weit preisgegeben, daß von einer vollen Zerreißung Deutschlands in zwei gang getrennte Staatswesen hatte die Rede sein konnen. Es ware immer möglich geblieben, wenn Napos leon eine feindliche Stellung einnehmen follte, doch noch an das deutsche Nationalgefühl gegen Frankreich zu appellieren, und die Eriftenz eines ges meinsamen Bundestags und Parlaments hatte fets die Möglichkeit ges boten, später, wenn dies wünschenswert erscheinen follte, die Beziehungen mifchen dem Norden und Guden Deutschlands enger ju gestalten.

hatte aber bei der Aufstellung diefes Planes auch noch die hoffnung mits gewirkt, daß man eventuell Bapern durch das Angebot des heerbefehls in Süddeutschland zum Abfall von Offerreich werde bestimmen können, so erwies sich diese Aussicht sehr bald als trügerisch. Sobald der Krieg auss

sischen Untertanen dem französischen Gesandten übergeben solle. Natürlich wollte Bismard durch diese Raßregeln vor allen Dingen nach außen hin den Eindrud erwecken, als siehe Frankreich im Grunde auf Preußens Seite. — Noch auffälliger ist es, daß er am 20. Juni Flemming gegenüber äußerte, er habe Erund zu glauben, daß der Kaiser Napoleon Bapern von jeder Gewalttat gegen Baden ohne weitere Einmischung abmahnen werde, sobald die großherzogliche Negierung in Paris den Bunsch äußere, daß es geschehe. — Der stärkse Beweis dasur, daß er auf Frankreichs Neutralität rechnete, ist natürlich die völlige Entblössung der Abeinlande von preußischen Truppen. Selbstverständlich war auf diese Neutralität nur so lange zu hossen, wie Preußen über den Reformplan vom 20. Juni nicht hinausging und weder Landerwerbungen noch das militärische Rommando in Süddeutschland in Ansspruch nahm. Darüber war Bismard nicht im Zweisel, daß bei einer erheblichen Gedietsvers größerung Preußens oder bei einem Bersuche, seinen Einfluß auf den Süden auszudehnen, stanzössische Kompensationsforderungen austauchen würden.

1 Aber die verschiedenen Berfuche, Bapern ju gewinnen, vgl. Bufch, Rorddeutscher Bund, C. 61 f. und R. U. v. Maller, Bapern im Jahr 1866, C. 21 f. Bufch scheint mir jedoch

brach, traten alle süddeutschen, und gerade die mächtigsten norddeutschen Staaten auf die österreichische Seite; von dem Erfolg der Wassen und den Abwandlungen der gesamteuropäischen Lage mußte es nunmehr abhängen, ob man an dem Reformprojekt vom 10. Juni seschalten, es durch den vollen Verzicht auf den Süden abschwächen oder durch volle Hineinziehung des Südens erweitern solle. Alle diese Möglichkeiten blieben für die preußische Politik offen. Welche aber auch verwirklicht werden mochte, Bismarck branchte in keinem Falle seinen früheren Anschauungen untreu zu werden. Er hatte stets ein nach außen geeinigtes Deutschland unter Preußens Führung als das höchste erreichbare Ziel angesehen, war aber, seitdem er die preußische Politik leitete, auch stets bereit gewesen, sich vorläusig mit einem geringeren Resultat zu begnügen, wenn dadurch nur die Erreichung des Endziels nicht für alle Zeiten abgeschnitten wurde.

die Möglichteit, daß daraus etwas hätte werden können, erheblich zu überschähen. Jedens falls ist es nicht richtig, wenn er S. 65 meint, daß Bismarck Nechnung ganz unbedingt auf das Zusammengehen mit Bayern gestellt gewesen sei. Dies war doch nur eine recht unsichere Hoffnung, die nebenbei verfolgt wurde; Hauptzwese waren immer die Beruhigung Franks reichs und die Fernhaltung der süddeutschen Elemente vom Einfluß auf die inneren Berschältnisse Preußens.

## 2. Rapitel.

## Die französische Ginmischung und ihre Wirkung bis zum 10. Juli.

Sobald das große Ringen begonnen hatte, erhob sich die Frage, ob man im Falle eines preußischen Sieges an dem Reformprojett vom 10. Juni fest halten solle oder nicht. Würde est möglich sein, die Opnassien, die eben unter begeisserter Zustimmung des weitaus größten Teils ihrer Völker die Wassen gegen Preußen ergriffen hatten, mit diesem Staate jeht noch zu einem Bunde zusammenzuschließen? Wenn man sie zum Beitritt zwinge, würden sie dann nicht danach streben, die erste sich bietende Gelegenheit zum Abfall zu benutzen, und durch ihre Unzuverlässisseit die innere Kraft des Bundes von Anfang an untergraben?

Gegenüber diefer neuen durch den Rrieg geschaffenen Lage hatte die preus Bifche Politif eine neue Drientierung ju fuchen. Man tonnte entweder auf die hereinziehung der auf der Gegenseite ftebenden Staaten in den Bund völlig verzichten, oder man konnte das Recht der Eroberung in vollem Maße gur Geltung bringen und die Gebiete ber besiegten Staaten in Preugen einverleiben; oder man konnte endlich einen Mittelweg zwischen diesen beiden raditalen gofungen suchen. Die erfte Möglichkeit hatte den Bergicht auf alles das bedeutet, was Bismard im Interesse Preugens und Deutsche lands feit Jahren erftrebte; die zweite aber tonnte nur fur den Rorden von Deutschland ernstlich in Betracht tommen. Denn gegen eine volls ständige Einverleibung der füddeutschen Staaten mußten in gewaltig verstärttem Mage alle Bedenten ins Gewicht fallen, die Bismard ichon por dem Kriege abgehalten hatten, den Guden in die geplante engere Bers einigung der nordbeutschen Staaten einzubeziehen: Die Rudficht auf Frants reich und die übrigen Großmächte, die Fremdartigfeit und Abneigung bes Gubens, die Bermehrung ber bemofratischen Elemente in der Boltsvers tretung. Die Einverleibung des gefamten deutschen Gebietes in den preußis ichen Staat — abgesehen von den unbedeutenden Rleinstaaten, die im Rriege mit Preugen gegangen waren - batte faft in demfelben Mage die Bernichtung der altvreußischen Eigenart bedeutet, wie die Berwirklichung der Plane des Frantfurter Parlaments.

Konnte alfo felbst im Falle eines noch so vollständigen Sieges niemals baran gedacht werden, die suddeutschen Gebiete gang zu annektieren,

und ließ sich ebensowenig hossen, daß sie sich ohne Zwang und dauerndes Widerstreben einem von Preußen geleiteten deutschen Bunde einfügen würden, so lag der Gedanke nahe genug, ob es nicht besser sei, sich vorläusig ganz mit der Gründung eines Norddeutschen Bundes zu begnügen, die Südstaaten sich selbst zu überlassen, und auf einen gemeinsamen Bundeskag und ein gemeinssames Parlament, wie der Reformplan sie vorsah, zunächst Verzicht zu leisten. Es läßt sich nicht mit Sicherheit sagen, ob Bismarck gleich nach dem Aussbruch des Krieges eine derartige Möglichkeit in Erwägung gezogen hat; aber es gibt doch Anlaß zum Nachdenken, daß in der früher erwähnten Answeisung für Golz, die am 21. Juni abging, davon die Rede ist, daß das Reformprogramm "im wesentlichen" unverändert bleiben solle. Sollte sich unter den unwesentlichen Anderungen, die Bismarck in der neuen Lage für notwendig zu halten scheint, vielleicht doch schon der Berzicht auf ein gesamts deutsches Parlament verbergen? Oder etwa auch schon der Gedanke an die Annerion der seindlichen norddeutschen Länder?

Daß namentlich die letztere Möglichkeit nach der unerwartet schnellen Offupation Norddeutschlands in den verschiedensten Kreisen erwogen wurde, werden wir später noch sehen. Hier möchte ich nur darauf hinweisen, daß auch Graf Goltz bereits bevor er die Kunde von Königgrätz erhalten hatte, für seine Person der Meinung war<sup>1</sup>, daß Preußen nach seinen schnellen Siegen und

<sup>1</sup> Rach feinem Bericht vom 4. Juli (angetommen in Pardubig 8. Juli) außerte Golb ju Drounn de Lhuns, Preugen hatte bisher nichts getan, mas aus bem bem Raifer vor bem Rriege mitgeteilten Programm, für beffen Ausführung Rapoleon feine neutralite bienveillante jugefichert hatte, heraustrate. Insbesondere feien in feinem ber offupierten Lander Souveranitatsatte vorgenommen worden. Wie fich bie Dinge weiter entwideln, welche Rompensationsforderungen die von Preugen gebrachten, fich taglich fleigernden Opfer notwendig machen wurden, fei allerdings nicht abguseben; aber ber Minifter moge fich einmal ben entgegengefetten Fall, Die Rieberlage Preugens, flar machen, und er wurde anerkennen muffen, daß eine folche jugleich eine furchtbare Ralamitat für Frants reich fein wurde. Der Minifter habe bies eingefeben. Dem Raifer gegenüber fagte Golb. bis jest hatten die Ereigniffe die tatfachliche und von Preugen in internationaler Form erftrebte Lage beffatigt; guerft bie Notwendigfeit eines Unichluffes aller nordbeutichen Staaten an Preugen, bann bie Chenbartigfeit biefer Macht mit Offerreich auf bem Schlachtfelbe, wenn nicht gar ihre Aberlegenheit; endlich die Unfahigteit Offerreiche, felbft Subdeutschland gu ichugen, ja fogar bas Bedurfnis jener Macht, ben Schut ber beutichen Mittels und Rleinstaaten anzurufen. Wenn die preugifche Armee weitere Erfolge hatte, fo wurde vielleicht binnen turgem Offerreich um einen Frieden bitten, welcher alle jenen tats fächlichen Momente in eine vertragsmäßige Form brachte; er hoffe fogar, bag die Rachricht von den preußischen Siegen in Bohmen die fuddeutsche Roalition auflofen und Preußen die peinliche Pflicht erfparen murde, gegen fie ju tampfen. Alebann murde nur die Notwendigfeit, Italien ju bem Befit Benetiens ju verhelfen, einem für Preugen gunftigen Frieden ents gegenfteben. Die Erfüllung biefer Pflicht tonnte die Opfer Preugens vermehren und bem Rampfe Proportionen geben, welche den öfterreichischen Raiferftaat mit Auflösung bedrohten.

nach den gebrachten Opfern einen Anspruch auf "Kompensationen", d. h. auf eine Gebietsvergrößerung in Norddeutschland habe. Auch eine völlige Versnichtung der österreichischen Großmachtstellung durch die Auflösung der Habs; burgischen Monarchie in mehrere Staaten sah er als denkbar an, stieß allersdings gerade in dieser Beziehung bei Napoleon, als er ihm seine Ansicht ans beutete, auf schwere Bedenken; im Interesse des Gleichgewichtes meinte der Raiser, müsse die Habsburgische Monarchie bestehen bleiben; er fügte noch hinzu, Preußen möge Mäßigung zeigen und sich mit der Konsolidierung seiner berechtigten Machtstellung begnügen.

Nicht lange nach dieser Unterredung traf in Paris die Nachricht von dem Siege bei Königgräß ein. Dadurch war wieder eine neue Lage geschaffen; einen so schnellen und vollständigen Sieg Preußens hatte niemand für mögelich gehalten, am wenigsten der Kaiser Napoleon selbst. Er wurde dadurch in die äußerste Berlegenheit versetzt.

Napoleons Plane, wie sie auch im einzelnen beschaffen gewesen sein mögen, hatten jedenfalls auf der unrichtigen Boraussehung beruht, daß die Kräfte Offerreichs denen Preußens und Italiens mindestens gewachsen sein würden. Er hatte entweder mit einem Siege Össerreichs gerechnet, der es ihm gestattet haben würde, als Netter Preußens und Italiens auf dem Plane zu erscheinen und als Lohn für seine hilfe von ihnen zu fordern, was ihm gut schien; oder er hatte wenigstens ein langes und ermüdendes Ningen erwartet, das ihm die Möglichkeit gewährt haben würde, schließlich als Schledsrichter hervors

Es frage fich, was der Raifer gu diefer Eventualität und der fich daran tnupfenden Eröffnung ber Drientalifchen Frage fage? Der Raifer erwiderte: Gein bringender Bunfch fei, daß ber öfferreichifde Raiferstaat nicht in feiner Erifteng bedroht werbe. Es wurde dadurch im Euros paifchen Staatenfoffem eine Lude entfteben, welche nicht ohne einen allgemeinen Brand auss aufüllen fein burfte. Rugland murbe fich miberfeben, Frankreich vielleicht auch nicht ruhig bleiben tonnen. Der von Preugen unternommene Rrieg fei notwendig gewesen, um diefem Staate eine beffere Stellung ju fichern. Es habe ein nicht genug ju bewundernder Mut bes Ronigs und feines Ministerprafidenten dagu gebort, diefen Rrieg gu unternehmen; benn bas eigene Land fei anfänglich bagegen gewesen und Europa nicht minder. Der Erfolg muffe felbft bie fühnften Erwartungen des Ronigs übertreffen. Man moge fich, feste ber Raifer mit fichtbarer Bewegung bingu, die furchtbare Lage vorftellen, in welche Preugen geraten mare, wenn Ofterreich die bisher von Ronig Bilhelm erlangten Erfolge errungen hatte. Er rate baber, nicht ju weit ju geben, Mäßigung ju jeigen, fich mit ber Ronfolidierung ber berechtigten Machtfiellung Preugens ju begnugen. Am Schluffe drudte ber Raifer dem Botichafter in febr berglichen Worten feine große Befriedigung über den bisherigen Berlauf der Ereigniffe aus. Er außerte die hoffnung, der Ronig murde anertennen, daß er diefe Erfolge ohne Rapolcons Reus tralität nicht batte erlangen tonnen. Goly bestätigte bies und glaubte gur großen Befries bigung des Raifere die Erwartung aussprechen ju durfen, bag die Resultate des Rrieges durch einen in Paris abzuhaltenden Rongreß fanttioniert werden murden. Erft jum Schluß meldet Goly, daß er eben die Radricht vom Siege bei Roniggrag erhalte und fpricht feinen Gluds wunsch dagn aus.

zutreten und den Frieden zu diktieren. Als Lohn seiner Bemühungen wollte er deutsches Gebiet für Frankreich und einen maßgebenden Einfluß auf die Neuordnung der deutschen Berhälknisse gewinnen. Die Fortdauer des alten deutschen Dualismus und die Anlehnungsbedürftigkeit der süddeutschen Staaten würde Frankreich auf absehbare Zeit zum Schiedsrichter in Deutschstand gemacht und jede für die französische Machtsellung gefährliche Einisgung der Gesamtkräfte Deutschlands verhindert haben.

Das alles war jest viel schwerer zu erreichen. Gerade auf das, mas tats fächlich eintraf, war Napoleon am wenigsten gefaßt gewesen, und dadurch ers flärt sich seine unsichere und schwantende haltung nach der Schlacht bei Röniggraß. Schon nach ber ichnellen Befegung Rordbeutschlands hatte ber italienische Gesandte Rigra, wie er Goly mitteilte, den Raifer unsicher, jus rudhaltend und in beforgter Stimmung gefunden1; das ift durchaus begreife lich; denn vor seinem Geifte mußte jest die Möglichkeit auftauchen, daß die Preugen in turger Zeit vor Wien feben und Offerreich einen Frieden dittieren fonnten, ber mit ben Intereffen Frankreichs nicht vereinbar fei. Es konnte fraglich erscheinen, ob Preußen sich jest an die vor dem Siege gemachten Bus ficherungen in bezug auf Suddeutschland noch binden werde. Die Außerungen Des Grafen Goly über eine mögliche Zertrummerung ber öfferreichischen Großmacht vom Tage vorher, die recht unvorsichtig und zweifellos nicht im Sinne Bismards maren, mogen den Raifer noch in seinem Migtrauen bes ftärkt haben. Wenn er fich jest die Frage vorlegte, wie er unter ben neuen Umftanden noch einen Borteil für fich und Frankreich herausschlagen tonne, ohne sich selbst in den Rampf verwickeln zu lassen, so mußte seine hoffnung darauf gerichtet fein, daß Preußen ihm durch die Forderung einer Gebiets: vergrößerung einen Anlaß zur Forderung von Kompensationen bieten werde, ba er ja für diesen Fall feine Jusage gegeben hatte. Allerdings war große Vorsicht nötig; Napoleon wußte längst, daß es fehr schwierig fein werde, von Preußen die Zustimmung jur Offupation deutscher Gebiete gu ers langen. Andererfeits mußte er fürchten, die übrigen Großmächte, namentlich England, ju reigen, wenn er, wie es ihm Bismard fo oft nahe gelegt hatte, feine Entschädigung in Belgien suchte. Ließ fich erwarten, daß Preußen jest entgegenkommender sein werde als früher, wenn man ihm ein möglichst großes Maß von Unnerionen dafür in Aussicht stellte? Dies ift offenbar doch immer Napoleons fille hoffnung gewesen; aber er konnte fich kaum darüber täuschen, daß fie auf recht unsicherem Grunde ruhte. Durfte er wirflich abwarten, bis Bferreich gang am Boden liege und ben preußischen Forderungen teinen Widerstand mehr leisten tonne? Dber gebot nicht vielmehr das frangösische Interesse, daß Frankreich sich nicht allein

<sup>1</sup> Bericht v. 24. Juni.

auf den guten Willen des Siegers verlasse, sondern sich die nötigen Garantien für die Erreichung der eigenen Ziele verschaffe, solange es noch hoffen konnte, bei einem eventuell ausbrechenden Konstift von den zwar geschlagenen aber noch nicht vernichteten Gegnern der norddeutschen Großmacht nennense werte Unterstützung zu erhalten?

Solche Erwägungen mögen den Raifer felbft beunruhigt haben. Dazu fam nun, daß eine farte Partei an feinem hofe, an deren Spite fein Minifter des Auswärtigen, Drounn de Lhuns, fand, schon mit seiner bisherigen Saltung nicht einverstanden war und ihm immer wieder vorstellte, daß jede Machte ffeigerung Preugens einen weiteren Schritt gur vollen Ginigung Deutschlands bedeute, und daß deren Vollendung die Machtstellung Frankreiche notwendig schwächen muffe. Dem Drangen dieser Ratgeber hatte der Raifer bisher widers ftanden; jest aber wiederholten fie von neuem ffürmisch ihre Forderungen, es sei der lette Augenblick; wenn dieser verfaumt werde, fonne man den Gang ber Dinge nicht mehr aufhalten, und die lette Konfequeng werde der Sturg ber napoleonischen Onnastie in Frankreich sein. In diesem Augenblid meldete fich nun Offerreich und rief die Vermittlung des Raifers Napoleon an. Es vollzog jest die bereits früher verabredete Abtretung Benetiens an Frankreich, um fo dem Raifer die Möglichfeit zu geben, Italien durch die Überlaffung Benetiens von dem preußischen Bundnis loszulösen und an der Beiters führung des Rrieges ju verhindern.

Daß Napoleon die Schenfung Venetiens in diesem Augenblicke überhaupt annahm, muß bereits als ein Erfolg der Österreich freundlich gesinnten Partei an seinem Hofe angesehen werden. Er trat schon damit einen Schritt aus der bisher bewahrten Neutralität heraus; sein Eingreisen konnte nur dem Bestegten nütlich sein und den Sieger an der vollen Ausnuhung seiner Erfolge hindern. Die wohlwollende Neutralität, die der Kaiser Preußen in Aussicht gestellt hatte, war damit schwer vereinbar. Noch viel bedenklicher aber war es, daß er sich ohne jede vorherige Berständigung mit dem Bertreter Preußens<sup>2</sup> dazu entschloß,

<sup>&#</sup>x27; Ich gehe auf die Berhältnisse am Parifer hofe nur so weit ein, als für die Beurteilung der Gefährlichteit des französischen Borgehens für Preußen unerläßlich erscheint. Eine genaue Untersuchung dieser Schwantungen auf Grund der bisher zugänglichen französischen Quellen würde eine Aufgabe für sich sein, wird aber besser verschoben, die die offizielle französische Attenpublikation über den Ursprung des Krieges von 1870 diese Zeit erreicht haben wird.

<sup>2</sup> Golp wurde durch diese plogliche Wendung völlig überrascht. Noch am 4. Juli melebete er (f. Spbel 5, 212), daß die Politik des Kaisers bisweilen eine gewisse Unsicherheit verrate, im großen und ganzen aber nach wie vor von den klarcren, Preußens Interessen entesprechenden Anschauungen geleitet werde. Bei einer Unterredung vor acht Tagen sei ihm aufgefallen, daß Rapoleon in der ganzen Unterredung ziemlich zurüchaltend und unsicher gewesen sei, viel von impartialite und neutralite gesprochen, dagegen den früheren Jusaf, bienveillante vermieden habe. Dagegen hatte der Kaiser in einer Unterredung am 3. Juli

auf Grund ber neu geschaffenen Lage ben freitenden Teilen seine Bermittlung anzubieten und dies fofort im Moniteur zu veröffentlichen. Er versette fich baburch in eine hochst peinliche Lage, falls etwa Preußen oder Italien diese unerbetene Vermittlung ablehnte. Es wurde ihm in diesem Falle, wenn er fich nicht einer offenbaren Demütigung aussehen wollte, taum etwas anderes übrig geblieben sein, als aktiv jugunften Offerreichs in ben Rampf eine zugreifen. Es fann als sicher gelten, daß der Raiser weder darauf vorbereitet noch dazu entschlossen war, diese lette Konsequeng zu ziehen. Er mochte boffen. daß es so weit nicht kommen werde, und daß die beteiligten Mächte es vor: gieben würden, fich mit ihm zu verftandigen. Aber gang undentbar icheint es mir boch, daß er fich der Gefährlichkeit diefes Schrittes gar nicht bewußt gemesen sein sollte. Soweit ift seine forperliche Schwäche damals gewiß nicht gegangen, daß fie jede felbständige Überlegung unmöglich gemacht hatte. Ich fann mir nur denten, daß die Borteile, die er fich von seinem Eingreifen vers sprach, ihm doch größer erschienen sein muffen, als die damit verbundenen Gefahren. In erster Linie stand dabei natürlich die Wirtung auf die öffentliche Meinung Frankreichs, die er ja auch sofort durch einen von ihm selbst verfaßten Artitel im Moniteur in seinem Sinne zu beeinflussen suchte. Die offis gibse Presse stimmte alsbald in diesen Con ein und stellte es so bar, als sei der Raifer jest der anerkannte Schiederichter Europas und könne namentlich auch bie deutschen Berhältniffe gang im Sinne der frangofischen Interessen ordnen.1

bie oben G. 527 Anm. I bereits mitgeteilten freundlichen Borte geaußert. über bie Bors gefchichte wußte Gols am 5. Juli noch ju fagen, daß nach Drounns Angaben Metternich bie öfterreichische Mitteilung am 4. Juli abends gemacht habe, und daß aledann nach einer Kons fereng bes Kaifers mit bem Minifter bie Telegramme an bie Konige Bilhelm und Bittor Emanuel nachts swifchen 10 und 11 Uhr redigiert und fofort expediert feien. Auf den Bor: wurf von Golg, bag man boch wenigstens mit der Beröffentlichung habe warten follen, bis man fich ber Zuftimmung Preugens und Italiens verfichert gehabt, erwiderte der Minifter, die Ungeduld der öffentlichen Meinung habe ju fofortigem Borgeben gezwungen. (Napoleon felbst fagte am 6. Juli, Ruglands und Englands Berlangen nach einer gemeinfamen Erkläs rung über das Fortbestehen des Deutschen Bundes habe ihn dazu bestimmt; Ber. v. 8. Juli.) Bald darauf horte Goly noch (Bericht v. 6. Juli), daß Drounn und Rouher fich vergebens bemuht hatten, den Raifer ju bewegen, die triegführenden Machte vertraulich über ihre Ges neigtheit jur Annahme einer Mediation ju fondieren, bevor er mit feinem Borfchlag bers vortrete und benfelben fogar in die Offentlichfeit ichleudere; fein Drang gur Intervention, wenigstens jur biplomatischen, scheine unwiderstehlich ju fein. Gine Mitteilung bes Ges fandten v. Arnim aus Rom v. 6. Juli, daß bas Borgeben Bfterreiche, wie er aus einer Mits teilung des bagerifchen Gefandten ichließe, mit Bagern verabredet gemefen fei, vermögen wir bisher nicht auf ihre Richtigfeit ju prufen. Einige neue und intereffante Angaben, anscheinend aus zuverlässiger Quelle bietet noch Bapft, Der Donnerschlag von Sadowa in der Deutschen Revue 29 IV, 329 f.

1 Goly betonte in seinem Bericht v. 6. Juli, daß man durch die übertriebene Borstellung, die man in der Bevolkerung von der Bedeutung der Bermittlung erwede, den Kaiser weiter

Paris illuminierte, und Napoleon konnte mit der unmittelbaren Wirkung seines Borgehens auf das eigene Bolk zufrieden sein.

Daß Napoleon einen bestimmten Plan gehabt habe, was er tun wolle, wenn seine Vermittlung nicht angenommen werden sollte, möchte ich nicht glauben; er wollte zunächst wohl abwarten, was geschehen werde und sich dann, je nach der Lage der Dinge, endgültig entschließen. Wenn die vom Prinzen Napoleon und dem Minister Rouher geführte italienische und preußenstreundliche Partei am hofe immer wieder versicherte, der Kaiser werde auf teinen Fall die Wassen gegen Preußen und Italien ergreisen<sup>1</sup>, auch wenn beide seine Vermittlung ablehnten, so bildete wohl mehr ihr dringender Wunsch

ju treiben fuche, als er eigentlich gehen wolle, da unter diefen Umftanden eine Ablehnung feiner Bermittlung viel empfindlicher für ihn fein werde.

<sup>1</sup> Schon im Juni ertlärte Pring Rapoleon offen, daß Frantreich, felbft wenn die italienischen Intereffen nicht in Betracht tamen, ben preußischen Baffen den Gieg munichen mußte, und nichts mehr ju fürchten habe, als den Triumph Sfierreichs. Golg meinte, ber Raifer dente im Stillen wohl ebenfo und burfte ichlieflich ben Ratichlagen feines Betters folgen, mage aber bis jest noch nicht, fich offen in Diefem Sinne auszusprechen. (Bericht v. 24. Juni.) Der Pring begrundete in einem Privatgefprach feine Anficht bamit, daß Preugen eine pros testantische Racht sei und sich niemals über den Main hinaus ausdehnen werde, und daß daher fein Sieg teine Gefahr für Frantreich bedeute, mahrend jede Machterweiterung Offerreichs für Frantreich fehr bedenklich fei. (Bericht des Gen. Konfuls Bamberg v. 24. Juni über ein Diner beim Pringen vom vorhergehenden Tage.) Indeffen war es flar, daß der Pring wefentlich die italienischen Intereffen vertrat, und daß fein Ginfluß auf den Raifer fein fo unbedingter war, wie er felbft gern glauben machen wollte. Rach Roniggrag riet er gur Forts führung des Rrieges trot ber taiferlichen Bermittlung bis jur Bernichtung Offerreichs (Bericht v. Golg v. 5. Juli, ben. Sybel 5, 230f.), und meinte, Preugen habe von Frantreich nichts ju fürchten, ber Raifer werbe feinem Borfchlage feine weitere Folge geben, wenn er auf entschiedenen Biberftand floge. Die italienische Partei in Paris, meldete Gols am 6. Juli, fei entruftet über bie Ginmifdung bes Raifers, weil fie eine Rrantung bes italienifden Rationalgefühls bedeute, dem Ronig einen Bortbruch jumute, und weil man befürchte, Rapoleon werde Bedingungen jugunften ber Unabhangigfeit bes Papftes ftellen. Pring Rapoleon rate, die Italiener mochten möglichft fcnell auf Rlagenfurt marfchieren. Droupn und Rouber batten ben Italienern gefagt, man tonne von Preugen den Abfchluß eines Stillftandes billigerweife nicht por Reffetung der Friedensbafie verlangen und muffe den großen errungenen Erfolgen bei Festsehung diefer Bedingungen Rechnung tragen. Bum Kriege gegen Preußen wolle es ber Kaifer, auch wenn Preußen feine Mediation ablehne, nicht treiben. Dabei feien Andeutungen binfichtlich Belgiens gemacht worden. Golb fugte warnend hingu, Pring Rapoleon und die italienische Gefandtichaft wollten Preugen gum Miders flande gegen die taiferliche Mediation ermutigen, erfterer habe auch flets die Rheingrenze im Muge, Der Pring ichidte fogar den Grafen Geberr, Thog ju Bismard mit dem Rate, den Stills fland nicht anzunehmen; er burge dafür, daß Italien alles gurudweifen werde, wenn Preugen es nicht jur Annahme zwinge. Er wiffe aufs Bestimmtefte, daß Preugen fich feiner ernften Bebrohung von feiten Franfreiche im Falle ber Ablehnung ju verfeben habe. (Tel. Buchers an Biemard v. 7. Juli, unmittelbar nachdem er ben Grafen auf der Durchreife in Berlin gesprocen batte.) Bgl. Bapft a. a. D. 333 f.

als eine intime Kenntnis der Absichten des Raisers die Erundlage dieser Beschauptung. Zweifellos ist Napoleon doch nahe daran gewesen, eine teilweise Modilmachung seines Heeres zum Zwecke einer Demonstration am Rhein zu befehlen; die Folgen einer solchen Maßregel wären aber ganz unberechens bar gewesen.

Daß Frankreich damals zu einem großen Kriege schlecht gerüstet war, sieht fest, und war durch die Berichte des Militärbevollmächtigten, Obersten v. Loë, und des Erasen Golz der preußischen Regierung genugsam bekannt. Aber lag deshalb der Entschluß zum Kriege außerhalb des Bereiches der Möglichteit? In der Erregung des Augenblicks und in der Sorge um die Erhaltung des französischen Pressige war man in Paris durchaus imstande, auch das Unvernünstige zu tun; die Vorgänge beim Ausbruch des Krieges von 1870, wo die erregte Volksssimmung die Kammern elektristerte, und diese wieder das Ministerium und den franken Kaiser vorwärts rissen ins Verderben, lassen daran gar keinen Zweisel. Auch im Jahre 1866 war der Kriegsminister fühn genug, die Armee für völlig kriegsbereit zu erklären.

Auch das wird sich nicht in Abrede stellen lassen, daß schon die Beteiligung verhältnismäßig geringer französischer Streitfräfte am Kampfe den Mut und die Widerstandstraft der Österreicher und Süddeutschen neu hätte beleben und dem ganzen Kriege eine andere Wendung geben können. Es läßt sich nicht wohl bestreiten, daß die ernstliche Gefahr einer bewassneten Einmischung Frankreichs bei Ablehnung seiner Vermittlung bestanden hat; gerade die Schwäche und Unentschlossenheit des Kaisers vermehrte sie noch; jedenfalls

<sup>1</sup> Über die völlige Unfähigfeit der frangofischen Armee ju einem großen Rriege hatten die Berichte bes preußischen Militarbevollmächtigten in Paris, Dberft von Loë, teinen Zweifel gelaffen, f. beffen Erinnerungen G. 72f., bef. 84. Loë felbft mar mahrend ber entscheibenden Julitage nicht in Paris, fondern im hauptquartier. Goly berichtete gang in bem gleichen Sinne am 4. Juli, er glaube jest mit Bestimmtheit annehmen ju tonnen, daß Franfreich feinen Rrieg gegen Preußen wagen werbe, bevor nicht bas neue Bundnabelgewehr in ber gans gen frangofifchen Urmee eingeführt fet. Er bore, daß infolge einer verdoppelten Satigfeit 400 000 Gemehre im Oftober fertig fein tonnten; aber dann mußten doch die Goldaten erft ihren Gebrauch lernen. Bis jum tunftigen Sommer icheine ihm baber, felbft abgefeben von ber Lonalitat bes Raifers, an ber er nicht zweifle, eine frangofifche Intervention ausgeschloffen ju fein. Roch am 8. Juli meinte Goly, daß Rapoleon fich nicht leicht jum Rriege werde treiben laffen, ba bann voraussichtlich gang Deutschland und Rugland, vielleicht auch England, auf Preugens Seite treten wurden; bie ruffifche Urmee wurde aber allein genugen, die ges ichlagenen Offerreicher im Schach gu halten. Das waren allerdinge Utopien. - Gehr fart ficht von biefer anfänglichen Zuversicht feine fpatere Angfilichteit ab, nachdem er von bem Pringen Napoleon und Rouher erfahren hatte, daß gleich ju Anfang und bann noch einmal um den 10. Juli die Gefahr eines Abschwentens des Raisers ju heterreich bestanden habe.

<sup>2</sup> So namentlich Bismard felbst in seinen Gedanken und Erinnerungen. Bgl. die Jufams menstellung bei Muth, S. 6 u. 9; er betont mit Recht die Analogie ju der Lage von 1870.

mußte die preußische Politik ernstlich bemüht sein, ihm eine personliche Des mütigung zu ersparen; eine solche hätte leicht seinen Sturz herbeiführen können, und die Furcht vor dieser Eventualität würde ihm den Entschluß zum Kriege schließlich doch aufgenötigt haben.

Am 5. Juli, vormittags 3 Uhr 15 Minuten traf im preußischen Haupt; quartier das um 12 Uhr nachts abgesandte telegraphische Schreiben des Raisers ein, worin dieser von der Abtretung Benetiens Mitteilung machte und seine Bermittlung zur Herbeisührung eines Friedens anbot, indem er hinzusügte, daß er hosse, das Bertrauen König Wilhelms zu seinen guten Absichten werde es diesem ermöglichen, seinen Borschlag anzunehmen und einen sofortigen Waffenstillstand zu bewilligen. Bon dem Eindruck, den dieses Telegramm im Hauptquartier hervorries, hören wir nur, daß Bismarck zornig gerusen habe, das werde er dem Gallier gedenken; König Wilhelm selbst warf noch an dem gleichen Tage ein paar Notizen auf das Papier, die mit dem Worte "Unglaublich" beginnen und dann in äußerster Kürze die Bedin; gungen zu formulieren suchen, die man für einen Friedensschluß stellen müsse.

Sie lauten: "Was fordern wir? Schleswigsholstein. Abdikation des Königs von Hannover zugunsten seines Sohnes. Abtretung von Ostsfriesland und Sutzessson in Braunschweig. Abdikation des Kurfürsten von Hessen zugunsten des Sohnes des Prinzen F. W. unter preußischer Vormundsschaft; — des Herzogs von Meiningen für den Sohn; — des Reuß j. L. und Vereinigung mit der älteren Linie; — des Herzogs von Nassau für den Sohn. Supprématie über ganz Deutschland. Contrisbution von Vapern, Württemberg, Darmstadt. Contribution von Hserreich und etwas böhmische Abtretung. Vertrag zwischen Deutschland und Hsersteich. Baden ist zu schonen. Excusez la petite portion. Horriz, W. 5.7.66. Ober abschlagen???"

Die Auslegung und Bewertung dieses Schriftstudes ift sehr streitig. Bus nächst kann man fragen, ob es wohl wirklich alle Bunsche des Königs ents

<sup>1</sup> Auszug bei Gybel 5, 220 f.

<sup>2</sup> Friedrich Wilhelm. Der Aurfürst von hessen hatte teine ebenbürtigen Nachtommen; Thronfolger war sein entfernter Better Friedrich Wilhelm, der in zweiter See mit Prinzessin Anna von Preußen, Nichte des Königs vermählt war; dessen Sohn, der 1854 geborene Prinz Friedrich, sollte also nach dem Bunsche des Königs unter preußischer Bormundschaft Aurfürst werden.

Diese Borte tonnen wohl taum anders fiberseit werden als: Entschuldigen Sie, bag ich nur eine so fleine Portion verlange. Dann würde daraus zu schließen sein, daß der Konig damals schon wußte, Bismard wolle mehr fordern; ja, sie würden die Bermutung nabelegen, daß Bilhelm selbst bei Riederschrift dieser Zeilen das Gefühl gehabt hat, eigentlich sei das nicht genug. Auch der Gedanke, lieber die ganze Bermittlung abzus schlagen, wurde dadurch besser motiviert erscheinen.

hielt? Begehrte er z. B. gar nichts von Sachsen, dessen Bestrafung er später bekanntlich heftig gefordert hat, weder Gebietsabtretung noch Kontribution, noch Abdankung des Königs? Wir haben es hier ja zweisellos mit einer schnell hingeworsenen Augenblicksäußerung Wilhelms zu tun. Sollte aber ein so wichtiger Punkt wie das künstige Schickal Sachsens vom König, der sogar an Reuß und Meiningen dachte, wirklich ganz vergessen worden sein? Oder wäre es nicht eher denkbar, daß Sachsen nicht erwähnt wurde, weil über dieses Land zwischen dem König und Bismarck schon früher ein Meinungsaustausch stattgefunden hatte und Einigung darüber erzielt war, daß jedenfalls ein erheblicher Teil von Sachsen in Preußen einzuverleiben sei? Wir werden sehen, daß Bismarck schon am 4. Juli diese Einverleibung gefordert hatte.

Bie aber hat man die Suprematie über ganz Deutschland zu verstehen? Lag darin ein hinausgehen über die früher in dem Bundesresormprojekt vom 10. Juni von Preußen für die Reugestaltung Deutschlands aufgestellten Gesichtspunkte? Sollten nach des Königs Meinung auch die süddeutschen Staaten jest in eine ebenso enge Verbindung mit Preußen gebracht werden, wie es für die norddeutschen Gebiete beabsichtigt war? Sollten sie ihre Truppen — denn das war doch die Hauptsrage — unter den Oberbesehl Preus bens stellen?

Ich glaube nicht, daß man so weitgehende Folgerungen aus diesen viels dentigen Worten ziehen darf. Vielmehr scheint mir aus dem Inhalt der Aufzeichnung deutlich hervorzugehen, daß auch der König für die Zukunft ein anderes Verhältnis der norddeutschen als der süddeutschen Opnastien zu dem preußischen herrscher voraussetzt. Weswegen hätte er sonst die persönliche Abdankung der preußenseindlich gesinnten norddeutschen Fürsten verslangt, die der süddeutschen aber nicht? Offenbar doch deshalb, weil für das engere Bundesverhältnis, in welches die norddeutschen Staaten zu Preußen treten sollten, das Verbleiben der Preußen seindlich gesinnten Herrscher in ihrer hohen Stellung als unmöglich erschien, während dies für die süddeutschen Fürsten, wenn diese nur in loserer Verbindung mit Preußen stehen sollten, nicht in dem gleichen Waße der Fall war. Jedenfalls ist es sehr unwahrscheinlich, daß der König seinem Wunsche nach Suprematie über ganz Deutschland eine besonders hohe Vedeutung beigelegt habe. Dies Verlangen wird durchaus nicht besonders hervorgehoben; es wird als ein

<sup>1 3</sup>u diefer Vermutung gelangt auch Thimme 415, ohne fie indeffen weiter zu verwerten.

<sup>2</sup> So im Grunde doch schon Spbel, noch einseitiger Lorenz, Raiser Wilhelm und die Bes gründung des Neichs S. 65, der auf Grund dieser Worte den König als Vorkämpfer wahrer nationaler Einheit gegenüber Bismard preist. Ferner Busch, S. 448, der meint, gerade wegen dieser Wehrforderung gegenüber dem früheren Programm sei der König so zurück haltend in seinen sonstigen Wünschen gewesen. Dagegen teilt Nuth S. 12f. meine Aufsfassung.

Punkt neben anderen angeführt, nachdem vorher von der Abdankung und den Abtretungen der norddeutschen Fürsten die Rede gewesen ift, und bevor von den Kriegskontributionen gesprochen wird. Auch schließt meines Erachtens die gange Unschauungsweise Ronig Wilhelms, wie fie uns aus vielen seiner Außerungen vor und nach 1866 bis in die entscheidenden Berhands lungen von 1870 hinein jur Genuge bekannt ift, die Annahme aus, daß er fich für ein angesichts der frangosischen Ginmischung besonders schwer gu erreichendes Ziel mit Eifer interessiert haben sollte, das ihm sonft gegenüber ben besonderen Bedürfniffen Preugens immer erft in zweiter Linie fand.1 Bar doch noch vor wenigen Tagen mit seiner ausdrücklichen Ermächtigung dem frangösischen Raifer erklärt worden, Preugen wolle seinen Ginflug im Guden nicht über das bisherige Daß hinaus vergrößern.2 Gine Ausdehnung des preußischen heerbefehls auf die Sudstaaten hatte aber wohl kaum Frankreich gegenüber zur Sprache gebracht werden können, ohne daß man fich der Moge lichteit ausgeset hatte, auf diese frühere Erklarung verwiesen zu werden. Außerdem hat der König, wie wir gleich sehen werden, unmittelbar nache ber Napoleon nochmals versichern lassen, daß seine Ziele sich nicht vers ändert bätten.3

Bas nun den Vertrag zwischen Deutschland und Offerreich angeht, so fann damit wohl taum der abzuschließende Friedensvertrag gemeint fein. Daß ein folder vereinbart werden muffe, war ja an fich felbstverständlich und bes burfte feiner besonderen Erwähnung. Man wird also wohl annehmen muffen, daß der König an einen nach Konstituierung des neuen deutschen Bundes abzuschließenden Bertrag gedacht hat, der die fünftigen Beziehungen dieses Bundes ju dem Donaustaate regeln follte. Nimmt man bingu, daß ein folder Vertrag auch in dem letten Artitel der preußischen Reformvorschläge vom 10. Juni bereits in Aussicht genommen war, so wird diese Deutung noch wahrscheinlicher. Wir seben also, wie der Ronig auch bier an den Grundzügen bes Reformplans festhält, und haben um fo weniger Grund anzunehmen, daß er in bezug auf das Berhältnis ju Guddentschland davon abgewichen fein follte. Daß auch Bismard die Worte des Rönigs nicht anders verffanden haben tann, zeigen deutlich feine wiederholten Bemühungen in den nächsten Tagen, Banern noch jest durch das Angebot des heerbefehls in Suddeutsche land von Offerreich abzugiehens; er hatte das unmöglich tun fonnen, wenn er Die Borte des Ronigs dahin gedeutet hatte, daß in Zutunft auch die Truppen

<sup>1</sup> So auch Thimme S. 412 u. 426. Er irrt aber darin, daß er bei Bismard ein größeres Intereffe für biefen Gedanten voraussett.

<sup>\*</sup> Siehe oben G. 523.

Biebe unten G. 539.

<sup>&#</sup>x27; Giebe unten G. 555.

der süddeutschen Staaten dem preußischen Kommando unterstellt werden sollten.

Offenbar erst ganz zuletzt ist dem König der Gedanke gekommen, daß es auch noch eine ganz andere Möglichkeit gegenüber der französischen Eine mischung gebe, und er fügte nun noch die Worte hinzu: "Oder abeschlagen???"

Über Bismards Unschauungen und Absichten nach der Schlacht bei Könige graß gibt und eine Aufzeichnung des Generals von Stofch Austunft, woe nach er am 4. Juli zum Kronprinzen in Gegenwart von Stofch auf beffen Frage gesagt bat, man muffe verlangen: "Ausschluß Offerreichs aus Deutschland, Einigung des wesentlich protestantischen Nordbeutschlands als Etappe gur großen Einheit; außer dem Könige von Sachsen sollte fein Sous verän geftrichen werden, heffen und hannover nur so weit verkleinert, wie gur geschlossenen Berbindung unserer Dite und Westprovingen notwendig."1 Diese Außerung stimmt in ihrem erften Teile vollständig überein mit dem von Bismard vor dem Rriege verfolgten Programm; ebenso fennen wir schon die Forderung einer erheblichen Gebietsvergrößerung Preugens unter dem Gesichtspunkt, ein territorial geschlossenes Staatsgebiet bergustellen; wir werden bavon fpater noch genauer zu fprechen haben. Die Einverleibung Sachfens betrachtet Bismard als felbstverständlich; ichon vor dem Rriege hatte er auf die Eroberung dieses Landes als eine benkbare Möglichkeit hingewiesen2; die Generale, namentlich Moltke, waren aus militärischen Gründen ebenfalls der Unficht, daß Preugen fich bis zum Erzgebirge ausbebnen muffe.3

Nach dem Eintreffen des Telegramms Napoleons trat Bismarck dafür ein, die Vermittlung höflich anzunehmen, den Stillstand aber an eine Reihe von Bedingungen zu knüpfen. Noch am 5. Juli erlangte er die Zustimmung des Königs zu diesem Verfahren und setzte ein entsprechendes Telegramm an

<sup>1</sup> Siehe v. Stofch, Denkwürdigkeiten S. 95. Die kritischen Bedenken Thimmes, S. 408, gegen die Zuverlässigteit dieser Angabe, denen schon Busch, 432 Anm. und Muth 12 widers sprochen haben, halte ich nicht für gerechtsertigt. Den ganz detaillierten Berichten liegt offens bar das in den Auszeichnungen mehrfach wörtlich zitierte gleichzeitige Tagebuch von Stosch zuarunde.

<sup>2 3</sup>m Rronrat vom 25. Mai 1866; f. unten S. 559.

<sup>3</sup> Moltte begann einen Brief an Bismard v. 6. August 1866, als es sich nach Feststellung ber Präliminarien barum handelte, die Sachsen aufzuerlegenden militärischen Bedingungen festzulegen, mit der Betrachtung, was zu fordern sei, wenn für jetzt das Fortbestehen des Königreichs Sachsen als eine politische Notwendigkeit betrachtet werden müsse. Diese Borte beweisen, wie schwer auch er sich von dem Gedanken der Annexion Sachsens trennte, ja daß er ihn selbst damals noch nicht definitiv aufgegeben hatte. Ferner vgl. Bismarck Bemertung über die militärische Bedeutung des Bestwes von Sachsen am 16. Juli unten S. 614.

Napoleon auf, das vom König gebilligt und sofort abgesandt wurde. Es enthielt bekanntlich die Annahme der Vermittlung; der König erklärte sich darin bereit, sich mit dem Kaiser über die Mittel zur herstellung des Friedens zu verständigen und verhieß ihn durch seinen Botschafter in Paris über die Bedingungen verständigen zu lassen, unter denen er gemäß der milistärischen Lage und seinen Verpflichtungen gegen Italien einen Wassenstillsstand zu schließen bereit sein würde. Nur mit Zustimmung Italiens und bei voller Sicherstellung der Verpflegung der Armee und der bisherigen milistärischen Resultate des Feldzugs könne dieser Wassenstillstand geschlossen werden.

Der Borbehalt ber italienischen Zustimmung ermöglichte es Preugen, ber Bewilligung bes Stillftands beliebig lange auszuweichen; denn durch die Telegramme des Grafen Ufedom aus Floren; wurde Bismard fehr bald barüber aufgetlart, daß man in Italien über die frangofische Zumutung, Benetien als Geschenk aus der hand des Raisers Napoleon entgegenzunehmen, entruftet fei, und die Unnahme der Vermittlung am liebsten ichroff gurude gemiesen hatte. Die italienischen Staatsmanner hielten dies in der Form für möglich, daß Italien fich hinter dem Mangel der preußischen, Preußen hinter dem Mangel der italienischen Zustimmung verschanze. Bu demselben Verfahren riet von Varis aus der Pring Napoleon2, der als Schwiegervater bes Königs von Italien besonders daran interessiert war, daß eine für diesen ehrenvolle Löfung erfolge. In der Lat hat Bismard junachft daran ges bacht, auch seinerseits nach diesem Plane ju verfahren; dies beweist ein Telegramm an den Grafen Ufedom vom 8. Juli, worin erflart wurde, daß Dreußen einen Baffenstillstand unter Bezugnahme auf die Berpflichtung gegen Stalien ablehne. Ufedom folle dahin wirten, daß man analog vers fahre, um dem Baffenstillstand überhaupt womöglich ohne dirette Ber: lebung Rranfreiche auszuweichen. Wirfliche Friedensverhandlungen fonnten

Der erste Teil, an Napoleon direkt gerichtet (gedruck Spbel 5, 221), wurde am 5. Juli durch einen Offizier zur nächsten Telegraphenstation gesandt. Da man aber nicht wußte, welche dies sei und wann das Telegramm antommen werde, ersuchte Bismarck am 6. Juli von Horič aus Gols telegraphisch, er möge sofort melden, ob und wann es eingetroffen sei. Die Fortsehung wurde an Gols telegraphiert und am 5. Juli 8 Uhr 50 abends durch einen Offizier zur Station Gitschin geschickt; sie ist bei Spbel nicht wörtlich mitgeteilt und lautet: "Nach dem mit dem Könige von Italien am 8. April geschossenen Bertrage ist nach Ausbruch des Krieges zum Abschluß von Frieden oder Waffenstillsand Einverständnis erforderlich. Dieses vorausgesetzt, bin ich bereit, einen Waffenstillsstand zu schließen, wenn derselbe die Berpflegung der Armee und die Behauptung der biss herigen militärischen Resultate sicherstellt."

Econ am 5. Juli telegraphierte Golh, Pring Napoleon und Nigra seien überzeugt, baß Italien ablehnen und fich schlagen werde; ersterer sage, Preußen musse Italiens, Italien Preußens wegen nicht annehmen zu können erklären.

nicht durch den Telegraphen, sondern nur mündlich durch Bevollmächtigte aller Beteiligten geführt werden.

Unzweifelhaft kam es Bismark zunächst vor allen Dingen darauf an, Zeit zu gewinnen, um die Niederwerfung des össerreichischen Heeres zu vollenden und die eventuellen Friedensbedingungen festzustellen. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch die Sendung des Prinzen Reuß, eines früheren Mitgliedes der Botschaft und gerngesehenen Gastes in den Tuilerien, nach Paris zu beurteilen. Er sollte dem Kaiser ein Handschreiben König Wilchelms überbringen, dessen Text Vismark schon am 6. Juli entworfen hatte, das aber zugleich mit einem Briefe an den Zaren erst am 7. Juli in einer Bestatung mit dem König unter Teilnahme hoher Militärs endgültig sestgesssellt wurde.

Das Schreiben enthielt zunächst nochmals die Versicherung, daß der König den lebhaften Wunsch habe, sich mit Napoleon über die Resultate, die der Krieg haben solle, zu verständigen. Er betonte, daß der Kaiser bisher volle Neutralität mit seinen Interessen für vereindar gehalten habe, und daß er nun aus der telegraphischen Zustimmung zu seiner Vermittlung ersehen haben werde, daß König Wilhelms Ziele sich nicht verändert hätten. Er wies dann von neuem auf die Notwendigseit der Zustimmung des Königs von Italien zu einem Stillstand hin und betonte, daß man bereits zu diesem Iwede mit dem Verbündeten in Verbindung getreten sei, aber noch seine Antwort habe. Endlich wünschte er, daß der Kaiser einen Vertrauten in das preußische Hauptquartier senden möge, der hier die Verhandlungen weiter sühre. Prinz Reuß, so heißt es am Schluß des Schreibens, sei angewiesen, dem Kaiser über die kriegerischen Vorgänge in Vöhmen genaueren Vericht zu erstatten.

Eine weitere schriftliche Instruktion für seine Unterredung mit dem Kaiser ist dem Prinzen Reuß nicht mitgegeben worden. Mündliche Mitteilungen über

<sup>1</sup> Govone (Dt. Ausg. S. 159) berichtet, daß ihm Bismard in einer Unterredung am 1. August 1866 gesagt habe, seine Absicht sei gewesen, durch Indielängeziehen der Verhandlungen Zeit zu gewinnen, um inzwischen dis Wien zu gelangen und den Italienern Zeit zu einem ernsthaften Angriff zu lassen. Woltte habe erklärt, 15 Tage seien dazu nötig. — Ich zweisle nicht, daß dies anfangs Vismarcks wirkliche Absicht gewesen ist; aus welchen Gründen er sie sehr dald aufgegeben und eine ernstliche Verständigung mit Napoleon erstrebt hat, sagte er natürlich dem Italiener nicht.

<sup>2</sup> Am 7. fand eine Beratung darüber beim König statt (f. v. Loë III); das definitive Schreiben war wohl, wie das ebenfalls von Bismarck entworfene gleichzeitige Schreiben an den Zaren vom 7. Juli datiert; Reuß ist wohl am 8. Juli abgereist; am 9. Juli früh war er in Berlin; von hier aus signalisserte Baron Werther dem Grafen Golf seine Ankunft für den 10. Juli vormittags und ersuchte ihn, dafür zu sorgen, daß er sofort Audienz erhalte.

<sup>3</sup> Muth G. 13, Anm. 4 vermutet, es mochte noch ein unbenuter Instruktionsentwurf mit Erwähnung der Annexionen vorhanden sein. Diese Bermutung trifft nicht ju. Die Ans

die Friedensbedingungen, die Preußen etwa fordern werde, hat er ebenfalls nicht erhalten; er tonnte auf Napoleons Fragen nur ungefähr die Stimmung bezeichnen, die im Sauptquartier herrsche, war aber ohne jede Vollmacht zu Berhandlungen in dieser Richtung. Bon den Annexionsplänen, die wenige ftens Bismard damals sicher schon erwog, ift ihm nichts gesagt worden: allem, was er in Varis tatfächlich geäußert hat, liegt die Vorstellung gugrunde, daß Preußen fich im allgemeinen mit der Durchführung des Reformpros gramms vom 10. Juni begnugen werde.1 Seine Sendung follte offenbar bagu dienen, dem Raifer eine perfonliche Aufmertsamteit zu erweisen, seine Uns geduld zu beschwichtigen und ihn hinzuhalten. Ließ sich Napoleon darauf ein, nach dem Empfang des Pringen Reuß erst seinerseits einen genau instruierten Bevollmächtigten nach Bohmen zu schicken, so hatte man mindeffens eine Boche Zeit gewonnen, während der man den Krieg ungehindert fortseten und selbst bestimmte Entschluffe über die Friedensforderungen fassen konnte. Much Italien follte, wie Bismard hoffte, die Zeit benuten, um energisch jum Ungriff vorzugeben. Für den Fall, daß Italien fich durch das frangofische Ungebot bestechen lasse und aus dem Rriege ausscheide, faßte er eine direkte Berftändigung mit Offerreich ins Auge.2 Aberhaupt war Bismard nicht der Meinung, daß durch die Unnahme der frangofischen Vermittlung eine direkte Berhandlung mit dem Sauptgegner ausgeschlossen sei. Wir werden seben, daß seine Bemühungen in dieser Richtung sich fast bis in die Nikolsburger Tage bingieben. Da er durchaus nicht ficher war, ob man fich mit Frank reich werde einigen, oder ob man nicht vielleicht bessere Bedingungen von Sferreich direkt werde erlangen konnen, so hielt er fich immer beide Wege offen.

Indessen erschien es doch notwendig, wenigstens eine ungefähre Angabe über die zu erwartenden preußischen Bedingungen nach Paris gelangen zu lassen, zumal ja der König in seinem Telegramm vom 5. Juli in Aussicht gestellt hatte, daß er seine Forderungen durch den Grafen Golt mitteilen lassen werde. Man weiß bereits aus Sybels Darstellung, daß die erste Mitz

gaben des Generalstabswerts und Friedjungs, auf die Muth feine Annahme grundet, beruhen nur auf Rombination, ebenfo alle Angaben aus frangofischer Quelle.

<sup>1</sup> Seine Berichte (f. unten S. 571 f.) zeigen, daß Reuß felbft voraussehte, man wolle an einem gefamtdeutschen Parlament festhalten.

<sup>\*</sup> Siehe Bismards Telegramm an Ufedom von Horič 6. Juli, ben. bei Sybel 5, 229 und Bernhardi 7, 141. Rach Mitteilung der Antwort des Königs an Napoleon heißt es: "Es tommt für uns dringend darauf an, flar zu sehen, ob Italien sest am Bündnis hält, namentlich an Art. 3 und 4, oder ob Abfall zu befürchten, wenn Sewinnung seines eigenen Zieles in Aussicht. Suchen Sie sich Gewißheit darüber vorsichtig zu verschaffen. Bräche Italien den Bertrag, so könnte es uns zur Berständigung mit Österreich zwingen." Bgl. dazu das unten S. 556 genauer besprochene Telegramm nach Petersburg vom 10. Juli.

teilung an Goly in einer Depesche Bismarcks vom 8. Juli erfolgte. Machdem er die Zurückweisung der von Össerreich durch Gablenz angebotenen Wassenzuhe mitgeteilt und motiviert hat, spricht er sich dahin aus, daß man, abz gesehen von militärischen Gründen, auf einen längeren Wassenstillstand, sos lange jede Andeutung von Friedensbedingungen sehle, nicht eingehen könne. Vor allen Dingen aber sehle bisher Antwort von Italien, ob man sich dort auf einen Wassenstillstand einlassen wolle. Friedensverhandlungen per Lelez graph ohne Zusammentritt von Bevollmächtigten würden sich schwer führen lassen. Soweit Bismarck die Dispositionen des Königs bisher habe sesssstellen können, werde das preußische Friedensprogramm nicht erheblich über die Bundesresormbedingungen hinausgehen, doch sei einiger Unterschied in Bezhandlung der Gegner und der Anhänger Preußens unvermeiblich; serner werde man Kriegsentschädigung sordern und Sicherstellung der ungarischen Verfassung. Sobald des Königs Intentionen sesse Gestalt angenommen hätten, werde er sie mitteilen.

Bismard erwartet also auch jest noch positive Vorschläge von Frankreich. Er halt eine Verhandlung über die Friedensbedingungen durch Golg, der telegraphisch berichten und instruiert werden muß, für unmöglich. Er will fein Programm aufstellen, auf Grund deffen der Botschafter mit Napoleon verhandeln foll, sondern ihm nur ein paar Andeutungen geben, damit er doch etwas sagen kann, wenn er gefragt wird. Noch war ja des Raisers durch Golp gestelltes Ersuchen, daß die Berhandlung in Paris geführt werden moge, gar nicht ins hauptquartier gelangt. Schon diese Absicht der gangen Mitteilung verbietet es, aus dem Umftande, daß etwas in ihr nicht erwähnt ift, den Schluß zu ziehen, daß man im Sauptquartier baran gar nicht gedacht habe. So liegt aber die Sache bei den Annerionen. Zuzugeben ift, daß die schüchterne Andeutung eines Unterschiedes in der Behandlung der Gegner und Freunde einem Uneingeweihten, wie es auch Golb damals noch war, feine Borffellung davon geben konnte, daß folche Plane existierten, wie fie Bismard am 4. Juli bem Rronpringen gegenüber entwickelt hatte.2 Man braucht zur Erklärung dafür, warum Bismard fich hier fo außerordents lich gurudhaltend außerte, nicht einmal darauf hinzuweisen, daß er gu feinem Programm vielleicht die Zustimmung des Königs noch nicht befaß und vorher nicht gerne damit heraustreten wollte; es genügt zu wissen, daß er gar nicht die Absicht hatte, den Botichafter zu bestimmten Forderungen zu instruieren,

<sup>1</sup> Pardubis 8. Juli 3 U. nm. f. Sybel 5, 232.

<sup>2</sup> Nicht gang gutreffend ift die Behauptung von Muth, S. 14, daß in der Konfequeng dieses Gedankens die großen Annexionen und schließlich auch der Verzicht auf Süddeutsch; land gelegen habe; nach Bismarck eigenen Ausführungen im Erlaß vom 9. Juli gab es ja auch andere Möglichkeiten ungleicher Behandlung. Muth meint ferner, mit diesem

sondern diese von Napoleon erwartete. Goly sollte offenbar nur in die Lage versetzt werden, Borschläge, die hinter dem Reformprogramm vom 10. Juni zurücklieben, sofort als aussichtslos zu bezeichnen, im übrigen aber sollte er einfach berichten, was der Kaiser vorschlagen würde, und seiner Regierung die Entscheidung vorbehalten.

Nur einen Tag später schickte dann Bismard von Pardubit aus den aus; führlichen Erlaß an Golt, aus dem Sybel einen großenteils wörtlichen Aus; jug gegeben hat<sup>1</sup>, und der, gerade weil er einen vollständigen Umschwung der Absichten im Hauptquartier zu bekunden scheint, der Auslegung bisher die größten Schwierigkeiten gemacht hat.

Schon der Umftand, daß Bismard den Erlaß gur fofortigen Mundierung und Beiterbeförderung nach Berlin fandte2 und noch nachträglich für die Reinschrift auf telegraphischem Wege verschiedene Korrekturen anordnete, läßt darauf schließen, daß die Erpedition sehr eilig vor sich gegangen ift, so daß Bismard nicht die Zeit behalten hat, jeden Ausdrud noch einmal genau gu prüfen und zu überlegen. Nachdem er zunächst nochmals genauer auseins andergesett hat, aus welchen Gründen die von dem Freiherrn von Sablens überbrachten öfferreichischen Borschläge für einen Waffenftillfand hatten abs gelehnt werden muffen, fahrt er fort: "Es ift für uns überhaupt leichter auf Friedensverhandlungen als auf Waffenstillstand einzugeben. Um eines von beiden abzuschließen, bedürfen wir vor allem der Zustimmung Italiens, haben aber von dort bisher feine Antwort. Graf Usedom teilt uns mit, daß die Fortsetzung des Krieges von Bolf und heer in Italien als nationales Bes dürfnis angesehen wird, und daß der König seinen Thron gefährden würde, wenn er nach Eustogga auf der Basis der Schenkung Benetiens Frieden ichlösse. Bir dagegen find in der Lage, unfere Bustimmung jum Frieden nur davon abhängig ju machen, ob und die politischen Borteile, für die wir fampfen, gewährt werden." Es wird alfo auch hier wie früher die Zustimmung Italiens ausdrüdlich vorbehalten. Sodann fährt Bismard fort: "Das frangofische Rabinett hat den Bunich ausgesprochen, unsere Forderungen ju fennen. E. E. werden denfelben Eindrud haben wie ich, daß die öffentliche Meinung

Sesichtspunkt sei ber Plan bes baprischen Kommandos in Suddeutschland (weil Bevors jugung eines Gegners enthaltend) unvereindar; wir werden sehen, wie energisch Bismard noch am 10. Juli gerade an diesem Plan festhielt; das notigt uns zu dem Schluß, daß Bismard schon hier (wie ausdrücklich dann am 9. Juli) nur von den norddeutschen Gegnern spricht. Auf diese ist eben von vornherein, nicht erst seit dem 9. Juli, sein Blid vorwiegend gerichtet.

<sup>1</sup> Spbel 5, 249-252.

Der Erlaß murbe am 9. Juli jur Mundierung nach Berlin geschidt, von wo er am II. Juli nach Paris abging, nachdem zwei im Laufe bes 9. Juli von Bismard telegraphisch angeordnete Korrefturen darin angebracht waren.

bei uns die Einverleibung Sachsens, hannovers und Kurhessens in Preußen verlangt, und gewiß wäre dies für alle Beteiligten die zweckmäßigste kösung, wenn sie sich ohne Abtretung andern preußischen Gebiets erreichen ließe."

Wenn Bismard diese Maximalforderung damit motiviert, daß die öffents liche Meinung in Preußen eine berartige Lösung verlange, so erklärt sich bas fehr einfach daraus, daß diese Mitteilung für Napoleon bestimmt mar, deffen Respett vor der öffentlichen Meinung Bismard ja gur Genuge fannte und mit ju benuten gedachte. Wenn ferner Bismard nur die Abtretung preußi, schen Gebietes für unmöglich erklärt, fo tann man taum zweifeln, daß er boch deutsches Gebiet überhaupt damit gemeint hat. Denn schon seine Außerungen aus dem Frühjahr 1866 zeigen deutlich, daß er jede Preisgabe deutschen Gebietes als unvereinbar mit der nationalen Führerstellung, die er für Preugen erftrebte, anfah, und am Schluß unserer Depefche spricht er auch ausbrücklich bavon, daß nur außerdeutsche Rompensationen für Franke reich in Betracht fommen fonnten. Wir haben es daber an diefer Stelle gewiß mit einer Flüchtigkeit bes Ausbruck ju tun.1 Rein Zweifel fann baran bestehen, daß in den angeführten Gagen Bismard bas höchste Ziel bes zeichnen will, das ihm überhaupt erreichbar erscheint. Die Verstärtung Preugens in Norddeutschland war ihm, wie wir wissen, junachft die haupte fache; und sie schien durch nichts so sicher und vollständig erreicht werden ju fonnen, als durch die völlige Einverleibung der feindlich oder ungu: verläffig gefinnten norddeutschen Staaten. Daß er aber etwa auf die enge Angliederung und militärische Unterordnung der fleineren Nordstaaten, die man bestehen lassen wollte, weil sie nicht gegen Preußen gefämpft hatten, habe verzichten wollen, läßt sich schlechterdings nicht annehmen; das enge Bündnis mit ihnen blieb auch neben den Annerionen notwendig.2

<sup>1</sup> So auch Muth, S. 16. An sich könnte man ja auf die Vermutung kommen, daß er dem Raiser noch die Hoffnung auf rheinbaprische Gebiete habe lassen wollen; aber die spätere Wendung "außerdeutsche Kompensationen" schließt dies aus. Lenz 90 f. wirst die Frageauf, ob es Vismard mit der Unterstügung außerdeutscher Kompensationen ernst gewesen sei, und beantwortet sie zweiselnd. Ich möchte glauben, daß Vismard nur sagen wollte, jede Forderung deutscher Gebiete sei abzulehnen, eine eventuell hervortretende Forderung außerdeutscher Länder in Erwägung und zum Vericht zu nehmen. Er hatte ja, wie wir wissen, schon seit dem Frühjahr 1865 Napoleon eifrig auf Belgien und die Schweiz hingewiesen. War Napoleon unvorsichtig genug, derartiges jeht wirklich zu verlangen, so konnte Preußen versuchen, sich mit Herreich zu verständigen oder durch Mitteilung der französischen Forderungen in der Offentlichkeit die bedrohten Nachbarländer und die Neutralen gegen Napoleon zu erregen; verlangte der Kaiser nur Zulassung, nicht direkte Unterstützung der Unnerson kleinerer außerdeutscher Grenzbissirite, so hätte Vismark wohl mit sich reden lassen.

<sup>2</sup> Leng und ihm folgend Thimme meinen, bei voller Durchführung der großen Unnexionen würde der norddeutsche Bundesstaat überflüssig oder doch zu einer bloßen Scheinform geworden sein. Uberflüssig tonnte er nie werden, da Preußen die kleinen Staaten, die mit

Der folgende Sat lautet: "Meinesteils finde ich den Unterschied gwischen einer und gunftigen Bundedreform und dem unmittelbaren Erwerb jener Länder praftifch nicht groß genug, um dafür das Schickfal der Monarchie von neuem auf das Spiel zu feten.1 Unfer politisches Bedürfnis beschränkt fich auf die Disposition über die Rräfte Nordbeutschlands unter irgendeiner Form. Die Entscheidung über die Details dieser Form werden wir soviel wie möglich als innere mit dem Parlament zu vereinbarende Angelegenheiten ju behandeln haben. Untunlich erscheint es mir, benen, welche am 14. Juni bem Bundesfriege gegen uns jugeffimmt haben, diefelben Bedingungen ju ffellen, wie benen, welche fich unserem neuen Bunde freiwillig anschlossen. Erffere find jugleich die Mächtigeren und dem Bestande der fünftigen Schöpfung deshalb Gefährlicheren. Dieses Bedenten läßt fich auf zwei Wegen beseitigen: einmal dadurch, daß man Sachsen, hannover und heffen une gunstigere Bedingungen in betreff ihrer Militarhoheit auferlegt, oder aber badurch, daß der Territorialbestand jener Länder vermindert wird, der Sachsens etwa um den Baugener' Rreis, der hannovers um Offfriesland, unter Unerkennung unferer Sutzeffionsanspruche auf Braunschweig. Wichtig ift für uns außerdem die Gewinnung einer neuen Konfiguration von Seffens Darmffadt, etwa durch Abtretung von Oberheffen an und und Austausch gegen hanau, falls es nicht gelingt, gang heffens Darmftadt in den nords deutschen Bund einzubeziehen."

Auch in diesen Worten steden meines Erachtens nicht so viele Schwierigs keiten, wie man darin gesucht hat. Im Zusammenhang des Ganzen können sie nur bedeuten: Sollte die Annexion dieser drei Staaten bei Napoleon auf unüberwindlichen Widerstand stoßen, so würde Preußen sich auch damit bes gnügen können, daß sie lediglich gezwungen würden, dem geplanten Bunde beizutreten und ihre Truppen dem preußischen Oberbesehl zu unterstellen.

ihm gegangen waren, bestehen lassen und doch auf irgendeine Weise die Berbindung mit ihnen erhalten mußte. Eine "Scheinform" blieb der norddeutsche Bundesstaat immer, insofern man für einen Bundesstaat nicht bloß formelle, sondern tatsächliche Gleichberechstigung der Glieder vorausseht; das Abergewicht Preußens würde nur noch um einige Grade größer gewesen sein, wenn Sachsen preußisches Gebiet geworden wären; denn das ist ja der einzige Unterschied zwischen der Bismardschen Maximalforderung und dem, was später zustande fam.

<sup>1</sup> Man hat darüber gestritten, ob das Wort "dafür" auf die Bundesreform oder ben "unmittelbaren Erwerb jener Länder" zu beziehen sei. Natürlich auf keins von beiden, sondern auf "Unterschied". — Es sei hingewiesen auf die ganz analoge Behand, lung des schleswigsholsteinischen Problems durch Bismard im Erlas vom 20. Febr. 1865 (Cybel 4, 78). Auch hier ist Annexion das Beste, vertragsmäßige Unterordnung noch erträglich: "Für die Differenz dieser beiden Lösungen den Krieg mit europäischen Groß, machten auszunehmen, scheint mir mit dem Werte des Objetts nicht im Verhältnis zu stehen."

Bobel bat "Leipziger".

Denn, so sagt Vismarc, die Verfügung über die Kräfte Nordbeutschlands in irgendeiner Form ist die Hauptsache; am wünschenswertesten wäre es, wenn wenigstens jenen drei Staaten gegenüber die Form der völligen Einverleibung gewählt werden könnte; möglich ist es aber auch bei ihnen, sich mit einer and deren Form der politischen und militärischen Unterordnung zu begnügen. In diesem Jusammenhang begreift sich auch der Vorbehalt, den Vismarck macht: wenn jene Staaten bestehen bleiben, so müssen sie doch jedenfalls härtere Bedingungen eingehen als die übrigen. Dies vorausgesetzt, erklärte also Vismarck den Unterschied zwischen der Annexion als dem Wünschenszwertesten und der bloßen Unterordnung als dem noch Erträglichen für nicht groß genug, um für den Gewinn der Differenz zwischen beiden die Existenz des Staates durch einen gleichzeitigen Krieg gegen Österreich und Frankreich auss Spiel zu sehen.

Es ift daher nicht richtig, das Wort Bundesreform in dem Ginne ju beuten, als handle es sich hier um den gesamtdeutschen Bund und insbesondere um die Beziehungen zu Gudbeutschland. Davon ift hier gar nicht Die Rede; es wird immer nur von den Beziehungen zu den norddeutschen Staaten gesprochen, auf beren Beherrschung fich ja, wie Bismard ausbrude lich fagt, Preußens Bedürfnis beschränft, wenn auch das Wort "Norddeuts fcher Bund" erft ein paar Zeilen weiter ausdrücklich ausgesprochen wird. Man fann daher aus diefen Worten auch nicht den Schluß gieben, daß der Ronig für die Aufrechterhaltung des Gesamtbundes, selbst auf die Gefahr eines Rrieges mit Frankreich bin, gewesen ware, Bismard aber, um diesen Rrieg ju vermeiden, auf den Gesamtbund habe verzichten und einen Ersat dafür in den Annexionen suchen wollen. Dies fann man in den flaren Wortlaut nur dann hinein interpretieren, wenn man von vornherein annimmt, daß ber Rönig berartige Gedanken gehabt und fich damals bereits in diefer Frage ju Bismard in einem Gegensaß befunden habe. Der Wortlaut gibt ju folder Deutung feinen Anlag.

Dieser Irrtum schon bei Thimme 404; seine Argumente werden dadurch hinfällig, daß von schärferer militärischer Unterordnung und schlechterer Behandlung nie für die süde beutschen Staaten, sondern nur für die ev. in den neuen Bund aufzunehmenden norde beutschen Staaten die Rede ist. Ein hineinziehen der süddeutschen Staaten in ein so enges Bundesverhältnis war nie beabsichtigt worden, und wurde daher nicht erst jest aus solcher Erwägung aufgegeben. Der von Spbel erwähnte "Borschlag Bismarck, auf die hegemonie über ganz Deutschland zu verzichten," ist von Spbel nur erschlossen, aber urtundlich nicht bezeugt. Auch Muth 17 deutet die "Bundesresorm" unrichtig und sieht unter der falschen Borzaussehung, daß Bismarck hier von einer Meinungsverschiedenheit zwischen ihm selbst und dem König spreche, während Bismarck offenbar nur sagen will: ich für meine Person bin mir über diese Bewertung der Möglichkeiten klar, weiß aber noch nicht, wie der König darüber denkt.

Dann fahrt die Instruktion fort: "Ich spreche das Wort , Mordbeut: icher Bund unbedentlich aus, weil ich es, wenn die uns nötige Ronfolis dierung des Bundes gewonnen werden foll, für unmöglich halte, das fude beutschefatholischebagrische Element hineinzuziehen. Letteres wird sich von Berlin aus noch lange Zeit nicht gutwillig regieren laffen; und ber Berfuch, es gewaltsam ju unterwerfen, wurde und basselbe Element ber Schwache schaffen, wie Guditalien dem dortigen Gesamtstaate.1 Um unserer Schöpfung Diejenige Begrenzung zu geben, welche ihr eine feste Berichmelzung sichert. ift gerade ber jetige Augenblick gunftig, wo die Unmöglichkeit vorliegt, die Bertretung Guddeutschlands unsererfeits jum Parlament ju berufen. Bir beabsichtigen dem preußischen Landtage eine Vorlage über die Parlaments mablen in Preußen gu machen und mit der Berufung des Reichstages aus ben vom Feinde nicht offupierten Teilen Deutschlands ohne Zeitverluft vorzugeben. Daß wir die Elbherzogtumer behalten, sehe ich als selbstvers ffändlich an, und murde, wenn badurch andere Nachteile abgewendet werden fonnten, G. M. vorschlagen, in dem Lande nördlich von Alfen die Frage, ob deutsch oder danisch, von dem Bunsche der Bevölkerung abhängig zu machen."

In diefen Außerungen muß es besonders auffallen, daß Bismard die Beschränfung auf Norddeutschland nicht etwa als eine Preußen aufges brungene traurige Notwendigfeit hinftellt, fondern fie als den mahren Inters effen Preugens allein entsprechend bezeichnet und es geradezu als einen Bors teil ansieht, daß man augenblidlich nicht in der Lage sei, ein gesamtdeutsches Parlament ju berufen. Soweit ift er früher nie gegangen; man empfindet, wie unwesentlich es ihm wenigstens für den Augenblid erscheint, ob der Süden mit bem Norden noch durch ein gemeinsames Parlament verbunden bleibt. Er fagt gang deutlich, die Begrenzung, welche dem neuen Bunde eine festere Berfcmeljung fichert, ift ihm lieber als der Gefamtbund, und er findet eine befondere Gunft der augenblidlichen Lage darin, daß man mit Guddeutsche land im Rriege liegt, und baber felbft die Manner des Nationalvereins nicht gut verlangen tonnen, daß man dort jest Bablen für ein deutsches Parlas ment ausschreibe. Diese Sprache fann durch teinerlei Rudficht auf Frant: reich erklärt werden.2 Napoleon gegenüber hatte Bismard viel eher Unlag gehabt, ju betonen, daß Preugen nur fehr ungern auf die Berbindung mit

<sup>1</sup> Bgl. feine gang ahnliche Außerung vom 5. April 1866, wo er Guddeutschlandals bas Ralabrien Preugens bezeichnete, Govone S. 211.

<sup>\*</sup> Thimme 406f. hebt hervor, daß Bismard bei Abfendung diefer Inftruttion noch teine Meldung aus Paris haben tonnte, die ihn über Napoleons Forderung einer unabhängigen Stellung Süddeutschlands informierte. Das ift richtig. Aber wir wissen bereits, daß Bis, mard diefen feststehnden Gesichtspunkt der taiserlichen Politik längst tannte und seine bindenden Zusagen in dieser Richtung längst gemacht hatte, und daß auch die Billigung des. Reformplanes vom 10. Juni durch Napoleon teinen Widerspruch dazu enthielt.

dem Süden verzichte und dem Raiser damit ein schweres Opfer bringe. Sicher, lich wurde also Bismarck der Berzicht auf den Süden nicht so schwer, daß er dafür etwa in den Annexionen Ersat und Trost hätte suchen müssen. Wir können auch nicht voraussehen, daß er mit dem König hierüber verschiedener Ansicht gewesen sei. Dahingestellt lasse ich es zunächst, ob dieser Verzicht ein vollständiger sein sollte; sicher wollte Bismarck kein gemeinsames deutssches Parlament mehr, da er ja einen norddeutschen Reichstag wählen zu lassen beabsichtigte.

Die Fortsetzung des Schriftstädes lautet: "E. E. teile ich Vorstehendes mit dem Bemerken mit, daß die ununterbrochene Bewegung des haupts quartiers mir disher nicht gestattet hat, die Allerhöchste Willensmeinung über das Gesagte desinitiv zu konstatieren. Doch kann ich schon jetzt mitteilen, daß S. M. darauf rechnet, der König von hannover und der herzog von Meisningen würden zugunsten ihrer Söhne, der Kurfürst von hessen zugunsten des Enkels, des jetzigen präsumptiven Erben, also des Sohnes unserer Prinzessin Anna, abdizieren, Reuß I und Reuß II verschmolzen werden, sowie darauf, daß Rassau und die süddeutschen Staaten erhebliche Kriegskosten zu tragen haben. Auch einige Grenzregulierungen gegen Böhmen und Österzeichisch-Schlesien erwartet der König. Außerdem² werden wir im Interesse unserer fünstigen Stellung zu Österreich die Erfüllung der nationalen Forzberungen Ungarns und Sicherstellung der ungarischen Verfassung verlangen."

Es liegt auf der hand, daß Bismarck hier die Notizen des Königs vom 5. Juli vor sich hat, und es wird wohl daraus zu schließen sein, daß er auch bis zum Abgang der Depesche vom 9. Juli noch keine ausführlichere Mitteilung über des Königs Ansicht von den zu stellenden Friedensbedins gungen gehabt hat.<sup>3</sup> Wenn König Wilhelm die große Maximalfordes

<sup>1</sup> Daß Bismard dies nicht betont, fällt auch Thimme auf; er schließt daraus, daß die Rücksicht auf Frankreich gar nicht mitgewirkt habe. Aber auch dann bleibt es auffällig, daß Bismard sich diese Chance Napoleon gegenüber entgehen ließ; man muß sich eben ers innern, daß auch dies keine eigentliche Instruktion zum Verhandeln war. Vielleicht war dies Argument mehr auf Golg als auf Napoleon berechnet, da Bismard ja das Widerstreben des Botschafters gegen seine Politik kannte.

<sup>2</sup> Der Sat von "außerdem" bis "verlangen" ist auf telegraphischen Befehl Bismarcks (f. S. 542 Unm. 2) jugesest. Zu Spbels Auszug ist hier zu bemerken, daß die Sicherung der ungarischen Berkassung nicht zu den Forderungen gehört, die Bismarck ausdrücklich dem König persönlich zuschreibt.

<sup>\*</sup> Ob die Besprechung vom 7. Juli (s. oben S. 539) sich auf genauere Festlegung der Friedensbedingungen bezogen hat, ist mir sehr zweiselhaft; vermutlich wurde nur über die Rapoleon gegenüber zu befolgende Taktik gesprochen und der damaligen Lage ents sprechend dilatorische Behandlung beschlossen. Es bliebe sonst unverständlich, warum sich Bismark, als er die Bünsche des Königs angeben wollte, auf die durch eine spätere Aussprache bereits veraltete Auszeichnung vom 5. Juli bezogen hätte.

rung vor Absendung dieses Erlasses gebilligt haben sollte - worüber wir gar nichts wissen - so konnte es höchstens in dem Sinne geschehen fein, daß man immerhin fo viel fordern moge, um wenigstens etwas ju bekommen, da Napoleon auf eine glatte Annahme diefer Borfchläge doch nicht eingeben werde. Gine prinzipielle Zustimmung zu ber Entthronung ganger Dynastien wurde in einer folden Genehmigung alfo noch nicht ju erbliden fein. Die Auseinandersetzungen über diese Frage haben, wie wir seben werden, viel fpater fattgefunden. Über das Minimum, bis ju welchem der König im außersten Fall herunterzugehen bereit war, wußte Bismard aber offenbar bei Abfendung diefes Erlaffes nichts Bestimmtes, sonft wurde er taum auf die Rotigen vom 5. Juli gurude gegriffen haben. Die Unsicherheit über diesen Puntt halte ich für ben Grund, weshalb er überhaupt in dem Erlaß ausdrücklich von abweichenden Planen und Detailmunschen des Königs spricht,1 Er wollte und mußte die Möglichkeit behalten, das von ihm felbst als ausreichend bes geichnete Minimum, wenn Napoleon es vorschlug, doch noch guruckus weisen, weil er nicht wußte, ob der König dafür zu gewinnen sein werbe.

Fortgelassen ist aus der Niederschrift des Königs die Forderung der Abstretung Ostfrieslands und des Sutzessionsrechtes an Braunschweig. Ist das Zufall oder Absicht?<sup>2</sup> Sollte Bismard den König inzwischen vielleicht beswogen haben, auch auf diese von ihm geforderten Landabtretungen für den Fall zu verzichten, daß Napoleon ohne Rompensation gar feine Gedietsversgrößerung Preußens bewilligen wolle? Golß hätte dann im Notfall bis zur bloßen Herstellung des Bundes unter Abdantung der betreffenden Herrscher, aber ohne jede Gedietsveränderung, heruntergehen dürsen. Ich sehe feinen Grund zu dieser Annahme. Wahrscheinlich betrachtete Bismard die hier fortgelassenen Wünsche des Königs dadurch als erledigt, daß er ja früher ausdrücklich eine schlechtere Behandlung der Gegner vorbehalten hatte.

Bismard faßt nun alles noch einmal jusammen: "Der Aufbruch des Hauptquartiers nötigt mich, hier abzubrechen, und gebe ich E. E. einstweilen Borstehendes mit dem Anheimstellen hin, junächst versuchen zu wollen, welcher

<sup>1</sup> Jedenfalls ausgeschlossen erscheint mir durch die Betonung dieser kleinen perfonlichen Bunsche des Königs die Meinung, als habe der König den Hauptwert auf die Hegemonie über ganz Deutschland gelegt, und als habe Bismard dies gewußt. Er wurde dann den eigenen Botschafter über die Sachlage getäuscht haben, indem er ihm die Hauptsorderung des Königs verschwieg. Das ist natürlich ganz undenkbar. (So auch Muth 20, der dieses Argument dann vergeblich wieder abzuschwächen sucht.)

Ehimmes Deutung (S. 416), daß nur einzelne Forderungen des Königs exempli cause aufgeführt feien, icheint mir nicht haltbar. Dann hatte Bismard, um Goly nicht irres guführen, mindeftens fagen muffen: S. M. rechnet unter anderem darauf ufw.

Eindruck und welche außerdeutschen Kompensationsforderungen bei Frankreich hervorgerusen werden, wenn wir die volle Annexion von Sachsen, Hannover, Kurhessen, Oberhessen und Rassau fordern, demnächst aber die weiteren oben entwickelten Eventualitäten in gleicher Weise sondierend durchzusprechen. E. E. wollen dabei, ohne zu drohen, doch durchblicken lassen, daß wir einen im Verzgleich zu unseren Erfolgen unehrenvollen Frieden nicht anzunehmen sest entsschlossen sind. Sollten die Aussichten, welche Österreich uns auf direkte Verzständigung macht, und welche, nachdem auch Eras Mensdorff sich bei der Armee eingefunden hat, möglicherweise auch von ihm in einer Zusammenkunst diskutiert werden, sich nicht verwirklichen, Frankreich aber eine drohende Halztung gegen uns annehmen, so würden wir den Angriff des letzteren abswarten, dann aber auch auf der vollen Grundlage der Reichsverfassung von 1849 die nationale Erhebung Deutschlands bewirken und jedes Mittel ohne Rücksicht aus irgendwelchen Parteistandpunkt zur Krästigung des Widerstanzbes der Nation anwenden."

In diesem Absat ist es ja besonders auffallend, daß außer Sachsen, hannop ver und Kurhessen auch noch die volle Einverleibung von Oberhessen und Nassan verlangt wird, wovon im Ansang nicht die Rede gewesen war. Es ist natürlich möglich, daß zwischen der Absassung des Ansangs und des Schlusses einige Zeit verstrichen ist, wie Lenz vermutet hat², jedoch findet sich für diese Annahme kein positiver Anhaltspunkt. Bei der schnellen Absassung des Aktenstückes bleibt es auch ebenso gut denkbar, daß es in einem Zuge niedergeschrieden ist, daß Bismarck selbst erst im Lause des Diktierens auf den Gedanken kam, die Maximalforderung noch etwas höher zu nehmen, als er ursprünglich gewollt hatte, aber in der Eile nicht mehr Zeit hatte, den Ansang des Aktenstückes entsprechend zu ändern.

Die Art des Vorgehens, die Bismard dem Botschafter vorschreibt, ist völlig klar und dem übrigen Inhalt der Instruktion genau entsprechend. Er soll zus nächst die höchste Forderung — volle Annexion aller feindlichen norddeutschen Staaten — stellen, und wenn sie auf unüberwindliche Schwierigkeiten stößt, ganz allmählich weiter heruntergehen, sich unter das aus dem früheren Texte ersichtliche Minimum — norddeutscher Bund mit schlechterer Behandlung der Gegner unter Berücksichtigung der besonderen Wünsche des Königs — aber nicht herabdrücken lassen, und für den Fall einer drohenden Haltung Frankzeichs mit der rücksichtslosen Entsessellung der nationalen Bewegung in ganz Deutschland drohen.

<sup>1</sup> Dies Wort wurde auf Bismards telegraphischen Befehl (f. Anm. 542 Anm. 2) nachträglich zugefügt.

<sup>2</sup> Leng, S. 82 Anm.

Es ist häusig bezweiselt worden, daß es Bismark damit ernst gewesen sei, ja, daß er überhaupt die Möglichkeit gehabt haben würde, diese Drohung aus, zuführen. Gewiß hat er zunächst nur Napoleon schrecken wollen; aber es sind doch auch Anzeichen dafür vorhanden, daß er wirklich geglaubt hat, bei einem französischen Angriss würde sich auch bei den süddentschen Truppen die natio, nale Empfindung so start regen, daß sie nicht mit den Franzosen zusammen gegen Preußen kämpsen und eventuell sogar gegen den Willen ihrer Herrscher zu den deutschen Stammesbrüdern übergehen würden, ähnlich wie es einst die sächsischen Truppen in der Schlacht bei Leipzig getan hatten. Gern hätte Bismark zu diesem äußersten Mittel ganz gewiß nicht gegriffen, weil dann die von ihm jedenfalls als Übergangsstadium erstrebte engere Einigung Nordsdeutschlands in Fortfall gesommen wäre, und eine Neugestaltung Deutschlands, wie er sie wünschte, mit großer Autonomie der Einzelstaaten und ohne ein startes Parlament, sast unmöglich geworden wäre.

Bismard schließt mit folgendem Sate: "Bisher aber habe ich die Übers zeugung, daß die Befürchtungen des Berliner Publikums in dieser Richtung unbegründet sind, und daß wir, wenn es mir gelingt, die diesseitigen Fordes rungen auf das verständige und für uns ausreichende Maß herabzustimmen, uns mit dem Raiser Napoleon werden einigen können".

Auch die Deutung dieser letten Worte bietet erhebliche Schwierigkeiten. Geht nicht aus ihnen hervor, daß der König damals höhere Forderungen stellen wollte, als Bismark für richtig hielt? Und was können das wohl für Forderungen gewesen sein, da das Programm des Königs, soweit es uns bestannt ist, doch einen bescheideneren Eindruck macht als dasjenige Bismarck? Denn auf den König müssen wir die Andeutung über die unmäßigen "diesseis

<sup>1</sup> Lenz, Bismard, 3. Aufl., S. 317 deutet einen solchen Zweifel nur an; Muth, S. 7, halt alles nur für klingende Redensart, bestimmt, auf Napoleon zu wirten. Wäre es aber so abs solnt undenkbar gewesen, würde es dann auf den Kaiser haben Eindruck machen können? Biss mards Außerungen zu Bernhardi (7, 263) und Molttes Operationsplan vom 8. August, der mit dem Anschluß der süddeutschen Truppen rechnet, zeigen doch, daß man ernstlich an diese Möglichkeit dachte. Man rechnete natürlich nicht auf das Bohlwollen der süddeutschen Res gierungen, sondern auf eine elementares Aufstammen der nationalen Empfindungen in den Heeren und Bevölkerungen, das die Regierungen mitgerissen haben würde. Bismarch hatte zwar oft und deutlich genug die nationale Bewegung als eine schwache Bundesgenossin bes zeichnet; aber er unterschied durchaus zwischen den rednerischen und literarischen Betätigungen des liberalen Bürgertums, die ihm weder Bertrauen noch Respekt einslößten, und den elemens taren Empfindungen der Massen, die durch das Begehren des alten Erbseindes nach deutschem Land und Bolk wachgerusen werden konnten.

Bgl. unten S. 612 seine Depesche an Goly v. 15. Juli, deren Erwägungen in diefer Richtung ausbrudlich nicht für Rapoleon, sondern jur Information des Botschaftere felbst bestimmt waren.

<sup>3</sup> hierin fimme ich Leng 84f. vollftandig bei, gegen Thimme 432.

tigen Forderungen" doch wohl deuten, namentlich wenn wir die gang ähnlich lautenden Worte Bismards in einem Brief an feine Frau von dem gleichen Tage berücksichtigen.1 Außerungen einzelner höherer Militars und mancher fürstlicher Versonen im Sauptquartier, die größere Stude von Bohmen verlangten2, fonnten ihn doch nur beunruhigt haben, wenn er fichere Ungeichen das für befessen hatte, daß der Konig ihnen jugustimmen geneigt fei. Der follten wir es hier nur mit einer taftischen Wendung ju tun haben? Wollte er durch diese Worte etwa Golb veranlaffen, dem Raifer Napoleon anzudeuten, daß die gestellten Bedingungen icon febr mäßig feien, und daß es im preußischen Saupts quartier Leute gebe, die noch viel mehr verlangten? Das wird durch die gleichzeitige Außerung im Briefe an feine Frau ausgeschloffen. Die Unspielung bleibt also völlig unverständlich, wenn man annimmt, daß die Aufzeichnung bom 5. Juli alle Forderungen des Königs enthalten habe, und daß Bismard auch aus den bisherigen mundlichen Auseinandersehungen feine weiteren Bunfche des Königs gefannt habe. Ohne weiteres wurde fie verständlich fein, wenn die früher ausgesprochene Vermutung richtig wäre, daß vom König gleich anfangs in Übereinstimmung mit Bismard die volle oder teilweise Einverleibung Sachsens in Aussicht genommen war, und wenn dem Minister bekannt war, daß sein herr hiervon nur sehr schwer abzubringen sein würde. Denn ob eine derartige Erwerbung ohne Kompensation von Napoleon zugestanden werden wurde, mußte als recht fraglich erscheinen. Gefordert war fie ja in der Unweisung, aber doch mit der Maggabe, daß der Gefandte, wenn er Schwierige feiten finde, den gangen Unnerionsgedanten fallen laffen durfe. Mußte Golb sich dazu verstehen, so wurden, das sah Bismard voraus, die Kämpfe mit dem König beginnen.

Daß die Auflösung des alten deutschen Bundes die Voraussetzung aller weiteren Forderungen war, versteht sich von selbst, wenn es auch nicht ausdrücklich gesagt wird. War doch der ganze Krieg zu keinem anderen Zwecke unternommen worden, als dem, die Vorherrschaft Hiers

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In dem Briefe, der am 9. Juli, einige Stunden nach Absendung der Instruktion an Golh (da aus Hohenmauth datiert) geschrieben ist, heißt es: "Uns geht es gut, troß Napoleon; wenn wir nicht übertrieben in unseren Ansprüchen sind und nicht glauben, die Welt erobert zu haben, so werden wir auch einen Frieden erlangen, der der Mühe wert ist. Aber wir sind ebenso schnell berauscht wie verzagt, und ich habe die undankbare Ausgabe, Wasser in den brausenden Wein zu gießen und geltend zu machen, daß wir nicht allein in Europa leben, sondern mit noch drei Mächten, die und hassen und neiden." (Briefe an seine Frau, S. 572.) Busch 449 Anm. gibt den Worten eine sie zu sehr abschwächende Deutung.

<sup>2</sup> Siehe Gedanken und Erinnerungen 2, 40. Auch der Unspruch des Königs auf kleine Grenzberichtigungen gegenüber Ofterreich konnte keineswegs von Anfang an als so unerfülls bar angesehen werden, daß er berartige Worte gerechtfertigt hatte.

reichs in Deutschland zu brechen und biejenige Preußens an die Stelle zu seben.

Den Grundgedanken der Depesche vom 9. Juli erblicke ich also darin, daß Bismarck versuchen will, die volle Annexion der größten keindlichen norddeutsschen Länder ohne Abtretung deutschen Sebietes an Frankreich zu erreichen?; daneben faßt er einen engen Norddeutschen Bund mit den übrigbleibenden Staaten nördlich des Main ins Auge, wobei es ihm vor allen Dingen auf den militärischen Oberbeschl Preußens über alle norddeutschen Streitkräfte anstommt. Sollte sich dies oberste Ziel nicht ohne Abtretung deutschen Sebietes oder Krieg gegen Frankreich erreichen lassen, so will er sich auch anstatt der Ansnexion mit dem bloßen Eintritt sämtlicher norddeutscher Staaten in den Bund begnügen, will dann aber denjenigen von ihnen, die gegen Preußen gekämpst haben, schärfere militärische Unterordnung, eventuell auch Sesbietsabtretungen auferlegen. Über deren Umfang spricht er sich nicht aus; offenbar will er zunächst wissen, wie Napoleon den Sedanken einer erheblichen territorialen Bergrößerung Preußens überhaupt ausnehmen wird. Ein Zwies

Dies gegen Thimme, der S. 427 den Ausschluß Ofterreichs vermißt. Bereits Muth 19 hat diese Argumente gegen ihn geltend gemacht. Thimme weist auch (S. 417) darauf hin, daß teine Bedingungen für den Frieden mit den süddeutschen Staaten angegeben sind; aber auf diese bezog sich ja die Vermittlung des Kaisers gar nicht.

<sup>2</sup> Unbers Leng G. 86. Leng meint, Bismard fei geleitet worden von ber Beforgnis vor Frankreich (barüber f. C. 568 Unm. 1); er habe gufrieden fein wollen mit norddeutschem Bund und maßiger Gebieterweiterung (ja, aber nur außerstenfalls als Minimum!), habe aber ichlimmftenfalls, um Frantreich nicht zu reigen, ben Bund gang aufgeben und bafur größere Unnerionen fordern wollen (bavon fieht nichts in bem Erlaß; auch murbe die Erhöhung ber Annerionsforderung gewiß Frantreich eber ju Kompenfationsanfprüchen veranlagt haben, als der Rorddeutsche Bund). Die ftarte Betonung der Gefamtannerionen im letten Teil und in ber Bufagbepeiche fuhrt leng auf die Ginwirlung bes Ronigs gurud. Ich febe feinen Grund ju biefer Unnahme; find boch bie großen Unnerionen gleich ju Unfang bereits gefordert. Dan fann m. E. auch nicht von einem Rompromiß gwischen bes Ronigs und Bismards Anschauungen reben; fie fieben vielmehr giemlich unvermittelt nebeneinander. - Bufch 448 fucht mit gang ungureichenden Grunden gu bedugieren, aus biefer Inftruktion gebe berver, daß ber Ronig damals für Partialannerionen gewesen fei, auch die volle Unnerion Sachfens nie verlangt habe. Butreffend ift nur, bag feine Briefe an den Rurfürften von Seffen ben event. Fortbeftand bes Rurfürftentums jur Borausfetung baben; für Die übrigen Staaten folgt baraus nichts.

Dies ist das Minimum, das gerade noch ausreicht, nicht das eigentliche Ziel Bismards, wie Thimme 418 interpretiert. Alle Bemühungen Thimmes, nachzuweisen, daß Bismard noch am 9. Juli keinerlei Annerionsabsichten gehabt habe, scheitern am Wortlaut der Instruktion. Rach Thimme (S. 421) ware sein Standpunkt gewesen: Am liebsten nur Bundes, reform, wenn aber überhaupt Annerion, dann lieber Bollannerion als Teilannerionen. Thimme hat sich bier von Bismards eigener späterer Darstellung zu sehr beeinstussen lassen. Die Darstellung der Gedanken und Erinnerungen übertreibt zweisellos, insofern sie Bissmards Bedenken gegen Teilannerionen zu prinzipiell und unbedingt hervorhebt. Er hielt

spalt zwischen ihm und dem König läßt sich aus der Depesche nicht erschließen; sie beweist nur, daß Bismarck über des Königs genauere Absichten noch nicht vollständig orientiert war und für gewisse Fälle Schwierigkeiten mit ihm fürchtete.

Seine Absicht war offenbar auch jest noch nicht, daß der Botschafter auf Grund dieser Information mit Rapoleon Friedensbedingungen vereinbaren folle; jede Andeutung einer Bollmacht hierzu fehlt; im Gegenteil wird fart auf den vorläufigen Charafter des gangen Programms hingewiesen. Golb follte eigentlich nur sondierend mit Rapoleon sprechen und dann berichten; wollte Napoleon auf Grund bes Gespräches förmliche Vorschläge machen, fo war das feine Sache. Der eigentliche Zwed diefer Sondierung aber war, festzustellen, mas fordert Rapoleon im jetigen Augenblick für die Zulaffung großer nordbeutscher Unnerionen? Will er noch deutsches Ges biet dafür haben? Will er außerdeutsche Kompensationen? Ferner, bei welcher Ausdehnung unserer Ansprüche in Nordbeutschland beginnt sein Rompensationsanspruch? Bieviel wird er und ohne folche Gegenleiftung jugesteben? Will er einen nordbeutschen Bund mit preußischem Beer: befehl und etwaiger mäßiger Gebietsverkleinerung der mächtigften Gegner ohne Rompensation zugeben, wenn auf Einverleibung ganzer feindlicher Staaten verzichtet wird, fo ift Bismard für feine Perfon bereit, für ein folches Minimum einzutreten, weiß aber nicht, ob die Zustimmung des Königs bafür sicher zu haben ift. Auf jeden Fall darf Golp den Kaifer darüber bes ruhigen, daß Preußen in Suddeutschland feinen größeren Einfluß erftrebt, als ihm das von Napoleon gebilligte Reformprojeft einräumte, ja er darf mitteilen, daß die Berufung eines norddeutschen Parlamentes und damit ber Bergicht auf ein gesamtbeutsches Parlament geplant sei.

Im engsten Zusammenhang mit dieser Depesche sieht das am folgenden Tage von hohenmauth aus an Golt abgeschickte Ergänzungstelegramm<sup>1</sup>, dessen erster Sat bereits von Sybel mitgeteilt worden ist und folgenders maßen lautet: "Stellen Sie die Alternative zwischen Annexion und Resorms projekt nicht in der Art auf, daß Zwischenstusen mit Annexion einiger gegnerisscher Länder ausgeschlossen wären, und halten Sie daran fest, daß jede volle Annexion, die ohne Abtretung preußischen Gebietes erlangt werden kann, besser ist als die halbe auf dem Resormwege."

gewiß Bollannerionen für beffer; aber seine weiteren Depeschen zeigen flar, daß er bis zulett auch mit Teilannerionen sich abgefunden haben würde, falls Napoleon die Unnerion ganzer Staaten als Rriegsfall bezeichnet hatte.

<sup>1</sup> Es wurde von hohenmauth, 10. Juli 11 Uhr vorm. durch Feldjäger gur nächsten Station befördert. Es traf bereits am 11. Juli in Paris ein, wie der Bericht des Grafen Golg vom 12. Juli zeigt.

Auch die Deutung dieser Borte ift streitig. Die einen versteben unter "Nes form" die Suprematie über gang Deutschland1, die anderen den geplanten Norddeutschen Bund; die einen deuten die vollen Annerionen als Einverleibung ganger Länder2 und versteben unter der halben Unnerion auf dem Res formmege den Gintritt in den Bund mit militarischer Unterordnung, mab rend die anderen unter vollen Annerionen auch die Abtretung von Teilen der feindlichen Staaten verstehen wollen.3 Mir erscheint es schon an fich nicht sweifelhaft, daß mit dem Ausdruck "volle Annexionen" nur die wirkliche Einverleibung ganger feindlicher Staaten gemeint sein fann, da die ihr gegenüber gestellte "balbe Unnerion auf dem Reformwege", wenn man sich der Inftruts tion vom 9. Juli erinnert, nicht anders gedeutet werden fann, als milie tärische volitische Unterordnung durch Eintritt in den Nordbund, womit ja eventuell auch Gebietsabtretung, perfonliche Abdantung der herricher und andere erschwerende Bedingungen verbunden werden fonnten. Damit ers gibt fich meines Erachtens auch, daß der Ausdrud "Reform" in der erften Zeile nur auf den Norddeutschen Bund bezogen werden fann. Bismard will fagen, der Botschafter solle nicht die schroffe Alternative aufstellen, ents weder mußten hannover, Sachsen, Rurheffen und Naffau famtlich einvers leibt, oder fämtlich nur verfaffungsmäßig untergeordnet werden, sondern er tonne auch die Möglichkeit offen laffen, daß einige dieser Länder einverleibt, andere von ihnen nur jum Gintritt in ben Bund verpflichtet werden fonnten, je nachdem Napoleon etwa bei einzelnen dieser gander Bedenken gegen die volle Annexion äußere.

Diese Deutung der Zusatzdepesche, die an sich dem Wortlaut nach schon die wahrscheinlichste ist, wird nun bestätigt durch das erste Konzept der Depesche, welches solgendermaßen lautet: "Wenn Sie sinden, daß die Annexion von Hannover und Kurhessen weniger Schwierigkeiten macht, als die von Sachsen, und vielleicht ohne Kompensation durchzusühren, so stellen Sie die in meinem Erlaß ans Pardubit vom 9. Juli gegebene Alternative zwischen Annexion und Bundesreformprojett mit militärischer Stellung nicht zu positiv als Ganzes hin und gehen namentlich nicht zu rasch zur zweiten über, sondern stellen die Annexion der drei Länder in den Bordergrund und geben darin nur eine Position nach der andern auf, wenn es sich zeigt, daß ohne bedeutende Koms

<sup>2</sup> So Muth, S. 21. Er meint, sonst hatte Napoleon in seiner Bahl gar nicht schwankend sein tonnen, da er bloßen Norddeutschen Bund ohne Gebietsvergrößerung Preußens jeder anderen Lösung natürlich vorgezogen haben würde. Aber Napoleon sollte ja gar nicht die Bahl haben; man darf die Ausschrung der Justruktion durch Golg nicht mit deren eigent, licher Absicht verwechseln. Golg sollte das Narimum fordern, ohne natürlich zunächst zu sagen, daß auch ein weit geringeres Minimum im hintergrunde bereit gehalten werde.

<sup>1 3.</sup> B. Thimme 421.

<sup>&</sup>quot; Go Ruth 21.

pensation keine Annexion zu erreichen." Merkwürdig ist, daß in diesem ersten Ronzept, wo die zu annektierenden Länder noch einmal aufgezählt werden, Nassau wieder fortgelassen ist, das ja bereits in dem Schlußsat der Depesche vom 9. Juli miterwähnt war. Das beweist uns nur, wie wenig genau bes grenzt in Bismarcks Geiste selbst die Möglichkeiten noch waren; und wenn Bissmarck die spezielle Aufzählung in der endgültigen Fassung durch einen allges meinen hinweis ersetzt hat, so dürfen wir darin wohl den Wunsch erkennen, sich nicht auf spezielle Forderungen festzulegen, sondern sich möglichst viel Chancen offen zu halten.

Besonders interessant ift es aber, daß das Telegramm noch einen zweiten Sat enthält, welcher lautet: "haben Sie meine Bitte wegen Sondierung des banrischen Gesandten, ob Bapern jest unsere früheren Vorschläge ju seinen Gunffen annehmen wurde, erhalten? Und was ift das Ergebnis?" Daß Bise mard durch Gols bei dem baprischen Gesandten in diesem Sinne einmal hat fondieren laffen, mar bereits durch Enbel befannt', nicht aber, daß diefer Bers such in derselben Depesche, welche von neuem die Friedensverhandlung auf Grund eines Norddeutschen Bundes ju führen befahl, wiederholt worden ift; ebensowenig, daß Bismard diese Frage noch einmal während ber nächsten Tage gestellt hat, und daß er gleichzeitig auch durch den Grafen Bernftorff in London bei dem dortigen baprifchen Bertreter den gleichen Schritt tun ließ. Man fieht daraus, wie fehr es ihm am herzen lag, noch jest Banern ju gewinnen, und daß feiner Unficht nach die beabsichtigte Gründung des Nords beutschen Bundes nicht ausschließen sollte, daß gleichzeitig der in dem Reforme projett vom 10. Juni vorgesehene losere gesamtbeutsche Bund mit dem banrie ichen heerbefehl im Guden zustande tomme. Da Raifer Napoleon vor dem

<sup>1</sup> Sybel 5, 253. Das erfte Erfuchen ging telegraphifch an Gols am 9. Juli, faft gleiche geitig mit bem Erlag vom 9. Juli ab, fowie bas zweite Erfuchen gleichzeitig mit bem Rachtrag. Goly erwiderte am 10. Juli, der bagerifche Gefandte v. Bendland miffe nichts über die Stimmung in Munchen, halte aber einen Umfdwung für möglich und wolle anfragen. Im Bericht vom 11. Juli fugt er bingu, er habe Bendland nochmals gedrängt, ba es von feiner Antwort abhängen werde, welche Stellung Bayern im neuen Bunde erhalten folle. Um 12. Juli melbet Goly, er habe Wendland ju einer telegraphischen Unfrage in Munchen veranlaßt. Um 14. Juli teilte Bendland junachft an Golg vertraulich mit, daß Bapern jusammen mit Offerreich auf ber vorgeschlagenen Grundlage (des ingwischen redigierten frangöfischen Friedensprogramms) verhandeln wolle und um Ginftellung ber Feindfeligs feiten bitte. Am Rachmittage aber legte er ein Telegramm Pfordtens vor, worin biefer ertlärte, mahrend bes Rrieges Ofterreich nicht verlaffen und den Bundesgefeten untreu werden gu tonnen. Im übrigen feien feine Gefinnungen befannt. Jest aber lehne Banern eine Antwort auf die preußischen Bundesteformvorschläge ab. Goly er: widerte ibm, Bagern tue nicht recht, in letter Stunde bas gunftige Angebot jurudjuweifen; ohne Queficht auf Frieden wurde man ibm fo wenig einen Stillftand bewilligen wie Diterreich.

Rriege ausdrücklich anerkannt hatte, daß dieser Reformplan den französischen Interessen nicht widerspreche, so schien Bismarck offenbar auch jetzt keinen Widerspruch von französischer Seite gegen seine Ausführung zu erwarten. Hatte er doch Napoleon nur versprochen, daß eine Erweiterung des preußischen Einflusses im Süden über die in diesem Reformprojekt gezogenen Grenzen hinaus nicht erstrebt werden solle.

Jur Erläuterung der Absichten, die Bismard in diesem Augenblick hegte, kann noch ein Erlaß dienen, den er am 10. Juli an den Botschafter in Peters, burg, Grasen Redern, sandte. Auch hier betont er, daß ein Wassenstliss gesschlossen werden könne; das preußische Friedensprogramm sei mäßig; man habe direkt von Österreich wenig zu fordern, sondern erstrebe nur eine gegen Wiederholung des Geschehenen sichernde Stellung in Norddentschland. Der Wöglichkeit seindlicher Rüssungen der Kleinstaaten, deren Gebiet Preußens innere Verbindungen beherrsche, müsse vorgebeugt werden. Er wünschte zu wissen, wie Rußland sich zu norddeutschen Annexionen stelle, und ob und welche Kompensationen es seinerseits im Auge habe, sei es in Galizien, sei es im Orient.

Nehmen wir dies alles zusammen, so scheint es unzweiselhaft, daß Bis; marcks Plan am 9. und 10. Juli² sich aus drei Teilen zusammensetzte. Er wollte womöglich die Annerion der seindlichen norddeutschen Staaten, jedens falls den engeren Norddeutschen Bund mit den bestehen bleibenden Staaten nördlich des Main, endlich den loseren Gesamtbund mit Einschluß des Süsdens, aber unter Ausschluß Osterreichs in der Art, wie ihn das Resormprojett bereits vorgesehen hatte. In der Einfügung des Norddeutschen Bundes lag zwar eine Neuerung gegenüber dem Resormprojett, das ja nur den milis tärischen Oberbesehl Preußens in Norddeutschland vorgesehen hatte; aber jener Resormplan sollte damit nur ergänzt, nicht völlig ausgegeben werden. Allerdings würde ein gesamtdeutsches Parlament neben dem norddeutschen kaum mehr denkbar gewesen sein; aber ein gemeinsamer Bundesrat, gemeinssame Berteidigung und Garantie des Bundesgebiets würde bestehen geblies ben, und die bisher für dasselbe Gebiet im Zollverein organisserte Vertretung

<sup>1</sup> Benutt bei Cobel 3, 254.

<sup>2</sup> Ich sehe dies Programm als einheitlich, die Depesche vom 10. Juli als eine Erläuterung, nicht als eine Anderung an, in Abereinstimmung mit Muth S. 21. Lenz denkt, m. E. ohne genügenden Grund, daran, daß inzwischen eine Auseinandersetung zwischen Wilhelm und Bismard stattgefunden habe; Thim me 422 halt die Jusatdepesche für eine Einschränstung des früheren Programms, da Bismard die Unerreichbarkeit der großen Vollannerionen eingesehen habe; aber diese waren ja schon am 9. Juli ausdrüdlich als erstes Gebot bezeichnet, von dem unter gewissen Umfländen abgelassen werden könne.

der wirtschaftlichen Interessen würde ebenfalls Sache des Gesamtbundes geworden sein.

Ob zu diesem ganzen Plane oder wenigstens zu den Bestandteilen desselben, die als Minimum auf jeden Fall sestgehalten werden sollten, die bedingungs, lose Justimmung Frankreichs zu haben sein werde, erschien damals noch völlig zweiselhaft. Wie sehr Bismarck gewünscht hätte, sich mit Österreich direkt auf dieser Grundlage verständigen zu können, geht daraus hervor, daß er in dem eben erwähnten Erlaß dem Erasen Nedern befahl, in Petersburg sein leb, haftes Bedauern auszudrücken, daß Österreich nicht vorgezogen habe, sich direkt an Preußen zu wenden, statt die Mediation Frankreichs anzurusen; das wäre für beide Teile vorteilhafter gewesen und könnte es noch jeht sein.

## Drittes Kapitel.

## Der Ursprung des Annexionsgedankens.

In dem Erlaß vom 9. Juli erscheint zum ersten Wale die bestimmte Forsberung großer Gebietserwerbungen für Preußen. Woher stammt diese Forsberung? Wer ist ihr Erfinder und Beförderer gewesen? Wie kommt es, daß sie so plöglich und unvermittelt in diesem Zeitpunkt auftaucht, während noch die Depesche vom 8. Juli derartige Wünsche kaum andeutungsweise ahnen ließ?

Bleiben wir zunächst bei der Frage nach dem eigentlichen Urheber des Ans nexionsgedankens. Die meisten Forscher neigen dazu, Bismarck als den Bater aller dieser Pläne und die eigentlich treibende Kraft bei ihrer Durchführung anzusehen. Thim me hingegen glaubt, daß der Gedanke ursprünglich vom König ausgegangen sei, während Bismarck mehr Wert auf die Bundesreform gelegt, und nur dem ausgesprochenen Willen seines Monarchen nachgebend die Annexionsforderung in sein Programm ausgenommen habe.

Meines Erachtens muß man hier zwei ganz verschiedene Fragen untersscheiden: Einmal, ob überhaupt annektiert werden solle? Sodann aber, welchen Umfang man den etwaigen Gebietsforderungen zu geben habe? Der Gedanke, daß Preußen im Falle eines vollständigen Sieges über Osterreich eine erhebliche Vergrößerung seines Gebietes fordern und erhalten müsse, war bereits vor dem Kriege unter den leitenden Staatsmännern Preußens verbreitet, und nach dem Siege von Königgräß wurde es eigents lich überall als selbstverständlich betrachtet, daß Preußen hierauf bestehen werde.

Die Beweise dafür, daß man in Preußen schon vor dem Ausbruch des Arieges an eine Gebietserweiterung gedacht hat, sind längst bekannt. Schon in Biarrit hat sich Bismard im herbst 1865 Napoleon gegenüber dahin aus; gesprochen, daß Preußen einer Berichtigung seiner Grenzen zur herstellung eines in sich geschlossenen Staatsgebietes bedürfe. Im März 1866 hat er

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> S. Rothan, La politique française en 1866, S.51. Bismard hâtte nach ihm gefagt: "Avec une légère rectification des frontières, permettant de combler les solutions de continuité de son territoire, elle (la Prusse) se constituerait au nord de l'Allemagne à ses frais une confédération à son image, qui aurait le mérite de l'inquiéter personne et de rester l'obligée reconnaissante de la France."

durch Golz dem Kaiser sagen lassen, voraussichtlich werde im Falle des Sieges außer der Gründung eines Norddeutschen Bundes eine direktere Unterords nung eines Teiles der norddeutschen Staaten unter Preußen gesordert werz den müssen. In dem Konseil vom 25. Mai hat Bismarck nach dem Berichte von Stosch gesagt, es dürfte politisch wichtig sein, im Falle des Erfolges an Sachsen einen berechtigten Gegenstand der Eroberung zu haben. "Dabei gab er Andeutungen, wie der Krieg entschieden die Arrondierung Preußens herbeisühren müsse." In dem Vertrage mit Italien vom 8. April 1866 heißt es in Artikel4, daß die Zustimmung zum Friedensschluß von keinem der Verzbündeten verweigert werden könne, wenn Herreich einwillige, an Italien Venetien abzutreten, und an Preußen "össerreichische Landstriche, die an Bezvöllerung diesem Königreiche gleichwertig sind".

Als beim Ausbruch des Krieges Bismark den norddeutschen Staaten ein Ultimatum stellen ließ, wurden die Gesandten, welche es zu übergeben hatten, ausdrücklich angewiesen, zu erklären, daß für den Fall der Ablehnung das Schicksal der betreffenden Länder von dem Erfolg der Waffen abhängen werde<sup>4</sup>, ebenso heißt es in der Anweisung an den preußischen Gesandten bei

<sup>1</sup> Sybel 4, 286.

<sup>2</sup> Stofd 75.

<sup>3</sup> Sybel 4, 312, wo jum erften Dale ber volle Tert des Bertrages mitgeteilt ift. Art 4. Sybel fügt hingu, daß mundlich vereinbart fei, Preugen werde an Stelle einer folchen Landerwerbung Zugeftandniffe in der deutschen Frage annehmen. In welcher Form mag dies gefchehen fein? Ein Rebenprototoll wurde feine mundliche Erlauterung mehr gewesen fein: eine bloße Mitteilung Bismards aber biefe Auslegung bes Artifels burch Preugen wurde boch ber bindenden Rraft ermangelt haben, namentlich wenn nicht gefagt war, welche Bugeftandniffe in der beutschen Frage als genügendes Aquivalent gelten follten. Bismard hat fpater (f. unten Rapitel 7) Italien gegenüber immer wieder darauf hingewiesen, daß es verpflichtet fei, fo lange Rrieg ju fuhren, bis Preugen ein Aquivalent in Land für Benes tien gesichert fei, und icheint von einer berartigen mundlichen Abmachung gar nichte ju wiffen. Dber follte diefe etwa fo gelautet haben, daß Preugen bereit fei, anftatt ofterreichifchen Gebietes auch foldes anderer beutscher Staaten als Aquivalent angunehmen? Das tonnte man natürlich im April 1866 nicht ichriftlich abmachen, ba man bamals noch offiziell an ber Annahme feffhielt, daß die übrigen deutschen Staaten vielleicht gar nicht auf Ofterreichs Seite treten wurden, obgleich man es im fillen vorausfeste, und ba Preugen noch offiziell bem Bunbe angehörte. Die italienischen Berichte ber Unterhandler Govone und Barral wiffen gar nichts von einer berartigen munblichen Erlauterung: Jacini (Due anni di politica italiana) und la Marmora (Le général La Marmora et l'alliance prussienne 1868) geben ben Inhalt biefes Artifels fo wieder, daß Preugen gleichwertige ihm benachs barte Landftriche erhalten folle. Db das nur eine ungenaue Diebergabe des Bortlautes bes Bundniffes ift, ober eine ben Sinn auf Grund jener mundlichen Erlauterungen umfchreis bende Ertlärung, laffe ich bahingeftellt.

<sup>4</sup> Anweisungen Bismards an den Prinzen Jsenburg in hannover 13. Juni, an Legations, rat von Wengel in Wiesbaden 13. Juni, an herrn von Schulenburg in Dresden 13. Juni. Rur in der Anweisung für den Gesandten von Röber in Kassel sehlt dieser Passus; hier wird

ben thuringischen Staaten, der gemeldet hatte, daß einzelne von ihnen neutral ju bleiben munichten, vom 19. Juni1, denjenigen, die neutral bleiben murden, gemährleiste Dreußen natürlich weder Souveranität noch irgendwelchen Domanialbefit, feinen Freunden vollen Befitfand und Couveranität; ber Gegner Zufunft werde vom Ausfall des Rrieges abhängen. Etwas fpater, am 28. Juni, ichidte Bismard ein Telegramm an Gols, worin er ihn anwies, amtlich und in der Presse darauf aufmerksam zu machen, daß Banern zuerst in Deutschland die Fahne der Annexion aufgepflangt habe, indem es die fleine preußischehohenzollerische Enflave Shberg am Bodensee bewaffnet offuviert. die Ginwohner durch eine Proflamation für baprifche Staatsburger erflart und die banrischen Farben durch Anstrich eingeführt habe. Konnte diese scharfe Betonung eines an sich so unbedeutenden Borgangs wohl einen anderen 3med haben als den, die Welt darauf vorzubereiten, daß auch Preußen Unnerionen vornehmen werde? Man fonnte dann fpater fagen, wir tun nur dasselbe, was auch die Gegner getan haben wurden, falls fie gestegt hatten, wie das Vorgehen Banerns beweift.

Unmittelbar nach der Schlacht bei Königgräß hat Bismarck in jener Unterstedung mit dem Kronprinzen am 4. Juli, über die und Stosch berichtet2, über die aufzustellenden Friedensforderungen u. a. gesagt: "Außer dem Könige von Sachsen sollte kein Souveran gestrichen werden, hessen und hannover nur so weit verkleinert, wie zur geschlossenen Verbindung unserer Dsis und Westsprovinzen notwendig."

Alle diese Außerungen bilden eine geschlossene Kette von Beweisen dafür, daß von Bismarcks Seite für den Fall des Sieges eine Gedietsvergrößerung schon vor dem Kriege und jedenfalls, bevor die französische Einmischung ersfolgte, in Aussicht genommen war. Er wird damit schwerlich allein gestanden haben<sup>3</sup>, und jedenfalls traten nach dem großen Siege an den verschiedensten Stellen ähnliche Auffassungen hervor. Ich stelle die Außerungen zusammen, die mir aus den Tagen nach der Schlacht bei Königgräß die zum ersten offiziellen Austreten der preußischen Annerionsforderungen bekannt geworden sind.

Um 4. Juli telegraphierte Werthern aus Berlin, Benedetti folle fich zu bortigen Diplomaten gegen die Möglichkeit der Annexion der Nachbarlander,

dafür die Bendung gebraucht, er folle bei dem Aurfürsten durchbliden laffen, daß es bei dem Einruden preußischer Truppen mit dem Regiment des letteren ein für allemal zu Ende sein werde. Es war dabei an die Einrichtung einer Regentschaft unter dem nächsten Agnaten gedacht.

<sup>1</sup> Telegr. an herrn v. Pirch, 19. Juni.

<sup>\*</sup> Stofd, Dentw. 95. Wegen der Glaubwürdigfeit f. oben G. 537 Unm. 1.

Dag Moltte auf die Eroberung Bohmens rechnete, zeigt fein Entwurf zu einem Bundnis mit Italien. (Molttes Militar. Korrespondenz, Diensticht, aus b. Kriege 1866, G. 48 f.)

selbst gegen das preußische Oberkommando in diesen Ländern ausgesprochen haben. Es muß also in Berlin sofort unter den Diplomaten als wahrsscheinlich bezeichnet worden sein, daß Preußen derartige Annexionen sors dern werde.

In der Unterredung, die Graf Goly nach Beröffentlichung der Moniteurs note am 5. Juli mit dem Minister Drounn de Lhuns hatte1, bezeichnete er als Minimum der preußischen Forderungen die Realisierung des vor dem Ariege ins Auge gefaßten Programms, nämlich den Austritt Biterreichs aus bem Deutschen Bunde, die Berufung einer allgemeinen deutschen Bertretung, die militärische Leitung Norddeutschlands durch Preußen und die (nach seiner Unficht faum noch ausführbare) Übertragung der militärischen Führung Gude deutschlands an Banern; endlich die Einverleibung der Elbherzogtumer in die Preußische Monarchie unter Rudabtretung eines Teiles von Schleswig an Danemart. Er warf dann aber die Frage auf, ob diefe bloße Santtionierung ber tatfächlichen durch den Rrieg geschaffenen Lage jest noch ausreiche, ob darin eine Kompensation für das vergoffene preußische Blut zu finden sein werde? Db die öffentliche Meinung fich damit begnügen werde? Und doch muffe die her: stellung bes inneren Friedens eines der wesentlichsten Resultate diefes ruhme reichen Arieges fein, und der Enthusiasmus, womit König Wilhelm bei der Er: öffnung der Rammern selbst von den entschiedensten Fortschrittsmännern bes grußt werden murde, durfe nicht im voraus durch einen faulen Frieden oder durch einen garantielosen Waffenstillstand abgefühlt werden. Fraglich sei, ob man überhaupt Bayern für seine zweidentige haltung noch belohnen fonne, und ob es noch möglich sei, die Souverane von Sannover, Sachsen, Rurheffen, beren Unsehen vor ihren Bevölkerungen so tief erschüttert worden sei, wieder einzuseben? Bas endlich Offerreich selbft betreffe, so wurde dies eine Macht von 37, Preußen mit den herzogtumern eine Macht von 20 Millionen bleiben. Preugen habe diefen Riefentampf tuhn aufgenommen. Nicht allein dant feinen Bündnadelgewehren, sondern dant seiner höheren Zivilisation überhaupt, welche sich in den Waffen, der Intelligenz der Führer, der Offiziere, der Soldas ten, der Benuhung der Eisenbahn, Telegraphen usw. gezeigt habe, dant endlich bem unvergleichlichen Mute eines patriotischen, von seinem Ronige und ben jungeren Prinzen des Königlichen hauses geführten heeres mare es Sieger. Aber Sferreich könne in einer Reihe von Jahren wenigstens in einigen dieser Puntte den Borfprung einholen; Italien wurde dann desintereffiert fein; welche Politit dann Franfreich und Rugland verfolgen wurden, fonne man nicht vorhersehen; und man wurde dann wie jest wieder 1: 2 steben.

Golg fügte hinzu, der Kaiser wünsche, daß er selbst zu vertraulichen Verhand; lungen über Friedensbedingungen ermächtigt werde, da man in Paris zu seiner

<sup>1</sup> Bericht bes Grafen Goly vom 5. Juli.

Mäßigung ein befonderes Zutrauen habe, und da Benedetti unmöglich dem hauptquartier dauernd werde folgen fonnen. Ferner bestreite ber Minister, daß Franfreich mit den übrigen neutralen Machten bereits irgendwelche Bers einbarungen getroffen habe; der Raiser wünsche die Sache allein mit Preußen abzumachen und erft nach erfolgter Einigung einen Rongreß zu berufen. Eben deshalb sei es notwendig, daß er selbst schnell Instruktion und Vollmacht ers halte. Mit Berufung hierauf bat Golt, ihm folde Verhaltungsmaßregeln möglichst schnell zu übersenden, da man das Anerbieten des Raifers unmöglich ablehnen konne. Über deren Inhalt sprach er fich dabin aus, daß außer den von ihm im Laufe der Unterredung ale Minimum angegebenen Bedingungen Die Einverleibung Rurbeffens in Paris teine Schwierigfeiten finden, diejenige bes viel wichtigeren Sachsen bagegen ungleich größere als die von Sannover, auf welche man in Frankreich gleichfalls vorbereitet zu fein und die man felbft mit Rudficht auf Preugens maritime Entwidlung zu wunschen icheine; fos bald man aber in diefer Richtung zu weit gehe, wurden frangofische Rompenfas tionsforderungen auftauchen, die um jeden Preis vermieden werden mußten. Die belgische Frage habe man zwar in Paris seit etwa 14 Tagen durch Rlagen über die ungestraft bleibende Zügellosigfeit der belgischen Presse in Fluß gu bringen gesucht, aber noch nicht der Reife entgegenzuführen vermocht.

hieraus geht hervor, daß bereits am 5. Juli zwischen Goltz und Droupn de khuns von den Annexionen ganzer feindlicher känder die Rede gewesen ist. Wer die Frage angeregt hat, läßt sich leider aus dem Bericht von Goltz nicht ganz sicher ersehen; doch liegt es wohl am nächsten anzunehmen, daß die erzwähnten Außerungen von Droupn de khuns in Beantwortung der von Goltz gestellten Frage, ob die besiegten Souveräne wieder würden zurücksehren können, getan worden sind. Der Annexionsgedanke ergab sich eben so natürzlich aus der eingetretenen Gesamtlage, daß er bei deren Besprechung kaum umgangen werden konnte.

Am 6. Juli meldet Goly, daß der russische Gesandte in Paris, Baron Budberg, der sonst nie preußenfreundliche Gesinnungen zeige, sowohl ihm als Droupn de Lhups gegenüber geäußert habe, Preußen müsset Kurhessen und Sachsen annettieren; dagegen habe er dringend gestaten, weder Böhmen noch Hannover in Anspruch zu nehmen. Am 7. Juli meldet Graf Redern aus Petersburg, der dortige französische Botschafter Talleprand habe ihm gesagt, eine größere Homogeneität habe der

<sup>1</sup> Muth, S. 14 halt es für möglich, daß icon hier der Annerionsgedante im Zusammens hang mit Preußens Bergicht auf die hegemonie in Süddeutschland erörtert worden fei. Der Bericht von Golb bietet dafür nicht den geringften Anhaltspunkt. Bielmehr erörtert der Botsschafter die Gebietsvergrößerung, obwohl er es noch als selbstverftändlich betrachtet, daß. auch Cabbeutschland dem neuen Bunde angehören soll.

Raifer Napoleon fets für Preußen angestrebt, ein Länderzuwachs sei jeden: falls gesichert, und ein solcher dürfte nach des Botschafters personlicher Une ficht in hannover und Rurheffen zu finden fein. Auf Bohmen wurde man wohl feine Ansprüche erheben. In denfelben Tagen außerten fich die englis schen Minister Lord Clarendon und Lord Stanlen dem Grafen Bernftorff ges genüber' in einer Beife, die erfennen ließ, daß fie mit der Abficht Dreußens. hannover und Sachsen zu behalten, rechneten. Um 8. Juli richtete der Minis fter von der hendt aus Berlin ein Privatschreiben an Bismard, worin er davor warnte, bei der Forderung des Siegespreises zu blode zu sein; je timis der Preußen sei, desto mehr werde Napoleon sich fühlen; und umgekehrt, je mehr Preußen sein fartes Recht geltend mache, um so weniger werde er mit ihm anbinden. Nach v. d. hendts Meinung follte die Inforporation Kurs heffens jedenfalls ausgeführt werden; dafür würde fich das Ausland am wenigsten echauffieren. Offfriesland gehore Preußen eigentlich auch von Rechts wegen; es wurde gern wieder preußisch werden und für die westlichen Provingen bei fürforglichem Regiment von ungeheurem Wert fein wegen größeren Unteils an der Schiffahrt. Es muffe nur nicht durch fremdes Terris torium davon getrennt fein; die Gifenbahnlinie von Rheine nach Emben muffe preußisch werden. Das Sutzeffionsrecht an Braunschweig konnte bei diefer Gelegenheit auch am besten geordnet werden, und Sachsen mußte Leipzig abtreten. Die Rreife Schleufingen und Ziegenrud tonnten auf Roffen von Meiningen erweitert werden, die hohenzollerischen Lande auf Rosten von Bürttemberg; die baprischen Rheinlande tonnte Preugen nebst der Enflave heffen homburg anneftieren, die oldenburgifche Enflave Birfenfeld aus: tauschen, Weglar zusammenhängend mit der Rheinproving verbinden, den Anotenpunkt Bingen bagunehmen. Offerreich gegenüber tonne man fich mit der Abtretung von Bfterreichifche Schlesien begnügen.

Endlich sei noch erwähnt, daß auch der General Lamarmora, der ja keines, wegs zu den Freunden Preußens gehörte, bereits am 5. Juli Bernhardi fragte, was Preußen nun fordern werde. Als dieser antwortete, das könne er nicht wissen, das ursprüngliche Programm sei Erwerbung der Elbherzogtümer und Hegemonie in Deutschland gewesen, erwiderte Lamarmora: "Oh, si vous ne demandez que cela on vous l'accordera facilement; mais j'aurais cru que vous voudrez garder la Saxe et le Hanovre." Bern; hardi meinte darauf, wenn man ein Territorium wünsche, so würde es wohl vor allen Dingen Kurhessen sein.

Aus allen diesen Zeugnissen geht hervor, daß der Gedanke an eine preußissche Gebietsvergrößerung nach der Schlacht von Königgräß an den vers

<sup>1</sup> Telegr. Bernftorffe vom 7., 8. und 10. Juli.

<sup>2</sup> Bernhardi 7, 134.

schiedensten Orten und von den verschiedensten Personen, die in keiner Versbindung untereinander standen, gleichzeitig ausgesprochen worden ist. Die Dinge lagen eben so, daß sich dies jedem, der über die Friedensbedingungen nachdachte, als ein natürliches Ergebnis darstellte. Es wäre also im höchsten Grade verwunderlich, wenn man nur im preußischen Hauptquartier selbst diesen Gedanken nicht gehabt hätte. Daß auch der König selbst von Anfang an wenigstens mit kleinen Abtretungen einzelner Gegner rechnete, zeigt ja seine Auszeichnung vom 5. Juli.

Es ist demnach ganz müßig darüber zu streiten, ob dieser Sedanke von Bis, mark oder vom König stamme, oder von wem er sonst zuerst ausgesprochen sei. Sebietserweiterung wollte auch im preußischen Hauptquartier nach dem Siege zweisellos jedermann; die Frage war nur, wie hoch man seine Ansprüche in dieser Richtung spannen solle, und ob man sich mit Abtretungen einzelner Provinzen und Landesteile begnügen, oder wenigstens einige feindliche Sebiete vollständig einverleiben solle.

Warum aber haben der König und Bismard Napoleon gegenüber von Ges bietserwerbungen junächst nichts verlauten laffen, wenn sie derartige Bünsche schon hegten? Napoleon hatte ja immer wieder bestimmt erklärt, daß er die Einverleibung Schleswigeholsteins und die Durchführung des Reformpros gramms vom 10. Juni julassen werde, ohne Kompensationen für Frankreich ju fordern. Dagegen hatte er oft genug durchbliden laffen, daß er bei einer weiteren diretten Machtvergrößerung Preugens auch eine Territorialerwers bung für Frankreich fordern muffe und deutlich auf die Banrifche Pfalz und Luxemburg, als Minimum aber auf die Grenze von 1814 hingewiesen. Da Golb fets betonen mußte, daß fein Konig fich jur Abtretung deutschen Ges bietes nicht verpflichten könne, so war es zu keinen Abmachungen für diesen Fall gefommen; Rapoleon hatte fich durch die Bemertung, darüber wurde, wenn es erft fo weit fei, wohl leicht eine Verständigung zu erzielen fein, die Sande völlig frei gehalten. Man mußte daher auf preußischer Seite annehe men, daß jede Unnerionsforderung Frankreich veranlaffen werde, Kompens sationen in deutschem Gebiet zu verlangen, die man jest noch weniger als früher zu bewilligen geneigt war. Man glaubte baber auch im hauptquartier anfangs, daß eine Berständigung mit Rapoleon unmöglich fein werde, da man Gebietserwerb wünschte, der Raifer ihn aber voraussichtlich nur unter unerfüllbaren Bedingungen jugestehen und bei deren Abweifung vielleicht auf die gegnerische Seite treten werde. Das wollte man möglichst lange vermeiden. Daber der Bunich, die Berhandlungen ju verzögern, und ins awifchen vielleicht Offerreich ju biretten Friedensverhandlungen zu bestimmen. Daher alfo auch die unbestimmten Angaben über die Friedensbedingungen bis jum 8. Juli.

Eine Anderung in diefer Beurteilung ber Lage fann wohl faum burch etwas anderes bewirft worden fein, wie burch neue Nachrichten aus Paris, die eine Berftandigung mit Napoleon als möglich erscheinen ließen. Allerdings war ichon früher durch Goly eine Andeutung an Bismard gelangt, daß Frankreich im Falle eines preußischen Sieges Unnerionen nicht absolut widerstreben werde. Um 17. Juni hatte Goly über einen Artifel berichtet, der im "Constitutionnel" erschienen und im offiziellen Organ der frangösischen Regierung, dem "Moniteur" ohne Rommentar nachgedruckt worden war. Darin hieß es, Raifer Napoleon habe in seinem bekannten Briefe vom II. Juni1, den der Minister Rouher im gesetgebenden Rorper verlefen hatte, nur fagen wollen, daß er das europäische Gleichgewicht in dem Kalle als geffort betrachte, wenn Diferreich ober Preugen gang Deutschland absorbierten. Es gabe aber natürliche und berechtigte Unnerionen, welche, weit entfernt, das europäische Gleichgewicht zu erschüttern, dasselbe befestige ten. Dies gelte von ber Rudfehr Benetiens ju Italien, Savonens ju Frants reich. Ebenso wurde die europäische Ordnung durch Berminderung der 29 fleinen Staaten, in welche Deutschland eingeteilt fei, feineswegs geffort werden. Goly war offenbar der Ansicht, daß dies auch die Anschauung der frangofischen Regierung fei; benn er fügte bingu, daß fich auch Drounn be Shune in bemfelben Sinne geaußert habe; nur übermäßige Erwerbungen Preugens konnten für Frankreich den Borteil überwiegen, welchen ihm die Auflösung der bisherigen Verhältniffe in Aussicht zu fellen geeignet sei. Bis: mard mußte daraus den Eindruck gewinnen, daß Frankreich gegen die Bers minderung der Bahl der beutschen Rleinstaaten durch Preußen nichts Erhebe liches einzuwenden haben werde. Allerdings wurde fein Wort darüber ges fagt, welche Gegenrechnung der Raiser dafür präsentieren werde. Auch waren Diefe Mitteilungen fo unbestimmt, daß aus ihnen fichere Schluffe nicht ges jogen werden fonnten.

Deutlichere Angaben enthielten jedoch Meldungen von Golf, die ges
rade in der Zeit, wo der Umschwung im Hauptquartier eintrat, anges
gelangt sind. Am 8. Juli lief der Bericht des Botschafters vom 4. Juli
in Pardubiß ein², aus dem zu ersehen war, daß Napoleon eine Kons
solidierung der berechtigten Machtsellung Preußens zuzugeben bereit sei.
An diesem oder dem solgenden Tage erhielt Bismarck jedenfalls auch
ein Telegramm des Grafen Golf vom 5. Juli früh. Er meldete, daß
er Droupn de Lhups um Angabe der vom Kaiser vorzuschlagenden Friedenss

<sup>1</sup> Es war darin gesagt worden, ju den Ursachen der gegenwärtigen Krisis gehöre auch die schlecht begrenzte geographische Lage Preußens, und ju den Zielen der französischen Politik: für Preußen mehr Geschlossenheit (homogénéité) und Kraft im Norden von Deutschland.

<sup>2</sup> G. oben G. 527 Anm. 1.

bedingungen gebeten habe, da das Programm vom II. Juni unhalts bar geworden sei. Der Minister habe ihm erwidert, Frankreich würde ohne Zweisel Preußens großen militärischen Erfolgen Rechnung tragen. Es sei aber besser, daß Preußen das Minimum seiner Friedensbedingungen verstraulich mitteile. Der Raiser wünsche, daß Goltz ermächtigt werde, darüber in Paris zu verhandeln. Er versichere, daß mit Rußland und England keine Verhandlungen im Gange seien, und diese Staaten erst zugezogen werden sollten, wenn die Sache eine sestene Gestalt gewonnen hätte. Goltz bat hiernach um Instruktion. Man müsse inzwischen die Oktupation Vöhmens vollenden. Prinz Rapoleon und Chev. Nigra seien überzeugt, daß Italien ablehnen und sich schlagen werde. Ersterer sage, Preußen müsse Italiens, Italien Preußens wegen nicht annehmen zu können erklären. Verhands lungen vor Wassenstillstand sollten nach der Meinung von Goltz nicht absgelehnt werden. Auf diese Ansrage nimmt offenbar der Ansang des Erslasses vom 9. Juli Bezug.

Ob noch weitere Nachrichten aus Paris vor Absendung des Erlasses vom 9. Juli vorlagen, ob namentlich der oben besprochene Bericht des Botschafters vom 5. Juli¹ schon eingegangen war, muß als sehr zweiselhaft erscheinen. Das Original des Berichtes ist erst am 10. Juli in Hohenmauth eingetrossen, jedenfalls also nach Absendung der Instruktion vom 9., wahrscheinlich aber vor der Erpedition des Telegramms vom 10. Dies scheint mir aus der ersten Fassung dieses Telegramms, die ich vorhin mitgeteilt habe, hervorzugehen. Bismard muß damals gewußt haben, daß Frankreich die Annexion Sachsens weniger leicht bewilligen werde als diejenige Hannovers und Rurhessens. In Berlin war aber der Bericht von Golz bereits am 7. Juli angelangt, und Bissmards Bertreter im Auswärtigen Amt, Baron von Werther, beeilte sich, bevor er es weiter gab, einen telegraphischen Auszug davon in das Hauptsquartier zu übermitteln. Dieser ist am 7. Juli, 4 Uhr 10 Minuten nachmittags aus Berlin abgesandt worden; es läßt sich jedoch leider nicht genau sessend bering vann er eingetrossen ist. In dem Auszug war ges

<sup>1</sup> G. oben G. 561f.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Die Depeschen wurden von Berlin durch den Telegraphen bis zur Endstation Neichenberg, von da durch berittene Ofsiziere an den jedesmaligen Aufenthaltsort des Hauptquartiers befördert; nach horit und Pardubit brauchten sie auf diese Art etwa 24 bis 30 Stunden; die am 7. Juli vormittags abgelassenen Telegramme sind alle noch am 8. Juli in Pardubit eingetrossen. Erst der schnelle Ausbruch des Hauptquartiers von Pardubit nach Hohenmauth am Rachmittag des 9. Juli scheint die regelmäßige Berbindung auf einige Zeit unterbrochen zu haben; die seit mittags 1 Uhr 40 am 7. Juli abgelassenen Telegramme sind infolgebessen erst am 10. Juli abends in Zwittau angesommen. Das um 4 Uhr 10 nachmittags abgegangene Telegramm, um das es sich hier handelt, wird also wahrscheinlich ebenso, wie ein unmittelbar darauf expediertes erst in Zwittau eingetrossen sein.

sagt, daß Goly die Einverleibung Schleswig-Holsteins, die militärische und politische Führung Norddeutschlands und Osterreichs Ausscheiden aus dem Bund als nicht mehr genügend bezeichnet habe. Die Möglichkeit der Wiederzeinsehung der Souveräne in Kurhessen, hannover und Sachsen sei zweiselshaft; Goly meine, die Einverleibung Kurhessens würde keine Schwierigkeiten finden, die hannovers geringe, die Sachsens sehr große. Die belgische Frage sei nur in der Presse eingeleitet. Wahrscheinlich ist dieser Auszug erst am 10. abends, also später als der Bericht selbst eingetrossen.

Auch von dem oben schon erwähnten Berichte des Grafen Golt über sein Gespräch mit dem russischen Gesandten schickte Baron Werther am 8. Juli einen telegraphischen Auszug an Bismarck; auch darin war von einer mögelichen Annexion Sachsens und Kurhessens die Rede. Er wird sicher erst nach dem 9. Juli ins Hauptquartier gelangt sein.

Wenn also weder der Bericht vom 5. selbst, noch der gekürzte telegraphische Auszug am 9. Juli zu Bismarcks Kenntnis gelangt war<sup>1</sup>, so können nur der Bericht vom 4. Juli und das Telegramm vom 5. Juli seinen Entschluß bestimmt haben. Er ersah daraus, daß Napoleon und Droupn de Lhups bereit seien, den Erfolgen Preußens dis zu einem gewissen Grade Rechnung zu tragen. Dazu kam, daß in dem Bericht vom 4. Juli Golz ein militärisches Einschreiten Frankreichs nach dem Siege von Königgräß für so gut wie ausgeschlossen erklärte, und daß der im Hauptquartier anwesende preußische Militärbevollmächtigte in Paris, Oberstleutnant von Loë, gerade das mals die gleiche Überzeugung rüchaltlos aussprach.<sup>2</sup>

Bismard konnte und mußte sich danach sagen, daß Napoleon in einer höchst unbehaglichen Situation sei. Gerade das schien Aussicht auf eine Berständigung zu bieten. Sollte er nicht jest bereit sein, auf die früher ers

Thimme, S. 423 hat also Recht mit seiner Annahme, daß Bismard diesen Bericht am 5. Juli noch nicht gefannt habe. Er nahm dies deshalb an, weil Bismard Sachsen in seinem Erlaß nicht erwähnt haben würde, wenn er schon gewußt hätte, daß Frankreich dieses Landes wegen Schwierigkeiten machen werde. Dieser Grund ist freilich für sich allein nicht durchschlagend, wenn, wie ich in Übereinstimmung mit Thimme vermute, der König schon damals auf Einverleidung eines erheblichen Teiles von Sachsen drang. Außte Bismard dann nicht doch wenigstens den Versuch machen, in dieser Beziehung ein Jugeständnis zu erlangen? In der Jusabepesche, bei deren Absendung er zu unzweiselhaft diesen Gesichtspunkt Napoleons kannte, hat er den anfänglichen Gedanken, Golg die Sache dadurch zu erleichtern, daß er ihm den Verzicht auf Sachsen ausdrücklich nahelege, bei näherer Überlesgung auch wieder aufgegeben; ich weiß auch dafür keinen anderen sichhaltigen Grund als die Rücksicht auf des Königs Wünsche; s. oben S. 554. Die Weinung Thimmes (S. 432), daß der Erlaß vom 9. Juli durch die telegraphische Mahnung von Golg vom 8. Juli hervorgestusen sein, ist unhaltbar, da diese Depesche am 9. unmöglich in Pardubig gewesen sein kann.

<sup>2</sup> v. Loë, Erinn. 112 (7. Juli).

<sup>\*</sup> Es ift namentlich von Thimme mit Recht betont worden, daß man im hauptquartier

strebten deutschen Kompensationen zu verzichten? Einen Versuch lohnte es wenigstens. Dies erkannte der große Staatsmann sofort, und mit uners hörter Kühnheit schritt er zur Aussührung. Annexionen von einer Ausschnung, an die niemand früher zu denken gewagt hatte, — so daß einem Benedetti und wahrscheinlich auch vielen anderen der ganze Vorschlag als überhaupt nicht ernst gemeint erschien — forderte er für seinen Staat, ohne auch nur die geringste positive Gegenleistung in Aussicht zu stellen. Es ist wohl ausgeschlossen, daß er an die glatte Annahme seiner Maximalforderung durch Napoleon geglaubt hat, aber schon daß er es ihm vorzulegen wagte, zeugt davon, wie gering er jetzt die Gefahr eines Bruches mit Frankreich schäfte. Er hat wahrscheinlich gedacht: Fordern wir zunächst einmal das denkbar Höchste; ablassen kann man immer, zusezen schwer. Bekam er aber wirkslich Rapoleons Zussimmung zu großen Vollannerionen, so hatte er natürslich etwaigen Bedenken des Königs gegenüber eine viel stärkere Position. Was Napoleon zugesiehen wollte, konnte der König schwer zurückweisen.

Von dem Ausfall der Antwort des Botschafters hat Bismark offenbar sein weiteres Verhalten gegenüber dem eigenen König und gegenüber der französischen Vermittlung abhängig machen, bis dahin den Krieg möglichst

erst allmählich die Größe der österreichischen Riederlage erkannte. Es ist auch durchaus wahrs scheinlich, daß diese Erkenntnis auf das Maß der zu stellenden Forderungen nicht ohne Eins stuß geblieben sein wird. Aber es liegt kein Grund vor zu glauben, daß in der Schähung des Erfolges gerade zwischen dem 8. und dem 9. Juli ein derartiger Umschwung eingetreten sei, daß er eine völlig veränderte Haltung Frankreich gegenüber hätte hervorrusen können.

1 Wie weit er von Furcht oder übereifriger Rüdsichtnahme auf Frankreich entfernt war, jeigt ein jugleich mit ber mehrerwähnten Bufatbepefche an Goly abgefandtes Telegramm, wonach Golg ertlaren follte, bag eine notwendige Folge ber Zeffion Benetiens an Frants reich die unmittelbare Entlaffung aller italienischen Regimenter aus der öfterreichischen Armee fei. Die Ablöfung ber öfferreichifden Truppen burch frangofifche, um erftere gegen Preugen verwendbar ju machen, fei fcon nicht mehr Reutralität, aber das Belaffen ber venetianifchen Soldaten bei Offerreich birette Teilnahme Frantreichs am Rriege. - Beiter wird Bismards Stimmung in diefen Tagen baburch charafterifiert, bag er am 11. Juli ein Telegramm an Bernflorff in London entwerfen ließ, in bem biefer ermachtigt murde, als feine perfonliche Auffaffung auszusprechen, bag ein Butreten Baperns ju ben preußifchen Reformvorfclagen in diefem Augenblide Frantreich gegenüber von unberechenbarer Bichtigfeit für die nationale Stellung Deutschlands fein tonnte. Diefe Borte find gwar wieder durchfrichen, zeigen aber boch, daß Bismard die Möglichteit eines Konflitts mit Frankreich ernftlich und ohne bes fondere Angflichteit ins Auge faßte, ja viel eber an die Borbereitung des Rampfes, als an Burndweichen bachte. Daß Bismard auf Die glatte Unnahme feiner Marimalforderungen burd Frantreid nicht gerechnet bat, nehme auch ich an, ebenfo wie Golg in feiner fpater ju befprechenden Rechtfertigung vom 23. Juli, Thimme 422 und Muth 19. Zweifellos aber hoffte er, wie alle feine fpateren Depefchen jeigen, daß es möglich fein werde, die Buftimmung bes Raifers ju erheblich mehr als bem nur fur ben außerften Fall noch als ausreichend bes geichneten Minimum ju erlangen. Das Dag bes Erreichbaren follte Golg eben burch feine Condierung feftftellen.

energisch weitergeführt sehen wollen. In seinen Anweisungen für Goltzeigt sich nirgends eine Nachgiebigkeit gegen Frankreich über die Linie hinaus, die Bismarck sich schon vor dem Kriege vorgezeichnet hatte, vielmehr das Streben, das Maximum des Erreichbaren zu gewinnen, wenn möglich, im Einversständnis mit Frankreich, aber unter Umständen auch gegen Frankreich. Die letztere Möglichkeit hatte ihm zuerst wohl nähergelegen; die Nachrichten aus Paris ließen aber eine Verständigung mit Napoleon denkbar erscheinen; diese Chance durste nicht unausgenutzt bleiben; denn besser schien es ihm immerhin, wenn sich ohne Appell an eine große Volksbewegung auskommen ließ, deren Mitwirkung seinem Werke notwendigerweise eine wesentlich andere Gestalt gegeben haben würde.

Als er dann am folgenden Tage den Bericht des Botschafters vom 5. Juli erhielt, konnte er sich in der Überzeugung, daß er den richtigen Weg eingesschlagen habe, nur bestärtt fühlen. Er ersah daraus, daß man in Paris auf die Annerion ganzer feindlicher Länder bereits gefaßt sei, ohne bisher Gegensforderungen anzudeuten. Rur, wieviel man dort zugestehen und ob man nicht Sachsens wegen Schwierigkeiten machen würde, erschien zweiselhaft. Um Golz nochmals darauf aufmertsam zu machen, daß er nur schrittweise von der Maximalforderung zurückgehen dürse, wurde das Zusatzelegramm redigiert.

## Wiertes Kapitel.

## Die Werhandlungen in Paris bis zum 14. Juli.

Die nachste Frage muß nun für uns sein, welche Aufnahme die preußis ichen Borichläge in Paris gefunden baben. Als Gols dem Kaifer Napoleon am 6. Juli das telegraphische Antwortschreiben Ronig Wilhelms mitteilte1. zeigte fich Navoleon von dem darin liegenden Entgegenkommen befriedigt und fand auch die militärischen Bedingungen, die Preugen für die Unnahme eines Waffenstillstandes glaubte stellen zu muffen, durchaus billig. Gols betonte, daß die großen Waffenerfolge Preugens es gerechtfertigt erscheinen laffen wurden, wenn man jest mehr fordere, als vor dem Rriege; er hob hervor, daß das von Offerreich erftrebte Siebzigmillionenreich eine viel größere Gefahr für Frankreich in sich schließe, als das preußische Reformprojekt; and gab er sich den Anschein, als sehe er in Napoleons Mediation ein für Preußen gunftiges Ereignis, da fo der Ronig vor Rongessionen bewahrt bleiben werde, die er dem Kaiser Frang Josef bei direkter Verhandlung viels leicht aus Großmut jugestanden haben würde. Alls er dann nach wie vor den Ausschluß Öfferreichs aus Deutschland als die hauptsächlichste Friedens: bedingung bezeichnete, widersprach Napoleon nicht, gab aber auch keine Zus stimmung ju erfennen. Gine Andeutung, daß Bfterreich auch direft mit Preußen zu verhandeln versuche, schien er unangenehm zu empfinden. Auch ber Minister Drounn de Lhuns, mit dem Goly am 7. Juli sprach2, bestätigte ihm, daß das fonigliche Schreiben einen guten Eindruck auf den Raiser ges macht habe, ließ fich aber ebensowenia wie fein Berr zu irgendeiner zustimmens den oder ablehnenden Bemertung in bezug auf die von Goly ffizzierten voraussichtlichen vreußischen Minimalforderungen bewegen.3

Je längere Zeit verfloß, ohne daß Golt bestimmte Vorschläge zu machen in der Lage war, desto ungeduldiger wurde natürlich der Kaiser, und schon am 8. Juli telegraphierte Golt, daß er alle Fühlung verliere, wenn er nicht durch telegraphische vorläufige Instruktion in den Stand gesetzt werde, mit

<sup>1</sup> Telegramm vom 7. und Bericht vom 8. Juli, ben. v. Gybel 5, 231 f.

<sup>&</sup>quot; Telegramm v. 7. Juli.

<sup>\*</sup> Rad Spbel 232 tonnte es icheinen, als fei zwifchen Droupn und Golg die Entfendung Benedettis ins hauptquartier verabredet worden; die Berichte von Golg enthalten nichts bavon.

Napoleon weiter zu verhandeln; zugleich bat er, vor Absendung des in Ausssicht gestellten königlichen Handschreibens an Napoleon seinen Bericht vom 5. Juli abzuwarten, da es sonst der Lage schwerlich entsprechen würde.

Um 10. Juli, vormittage 11 Uhr traf Pring Reuß mit dem eigenhans bigen Brief bes Königs in Paris ein, und wurde noch am Nachmittag vom Raiser empfangen.1 In dem Immediatbericht, den er sofort an den König abfandte, faßt Pring Reuß feinen Eindrud von der ziemlich langen Unterredung dabin gusammen, daß sie ihm feinen befriedigenden Eindruck gurudgelaffen habe. Er habe diejenige Rube und Rlarheit vermißt, der er sonst bei Napoleon zu begegnen gewohnt gewesen sei; dieser sei ihm als ein Mann erschienen, der fein recht gutes Gewissen habe, und fich in einiger Ber; legenheit befinde, wie er aus der Situation heraustommen tonne, die er fich in Italien felbst geschaffen habe. Auf die Frage des Raisers nach den Bes bingungen für den Waffenstillstand erwiderte Pring Reuß, daß er nicht bes auftragt sei, darüber mit ihm zu diskutieren, wohl aber darauf hinzuweisen, daß Preußen in seinen Forderungen eine große Mäßigung an den Tag legen werbe. Er machte darauf aufmertfam, daß biefe Mäßigung um fo höher ans juschlagen sei, wenn man die Stimmung bes preußischen Boltes tennte, welches tategorisch zu fordern anfinge, daß Preußen seine Eroberungen nicht wieder herausgeben folle. Tros diefer Stimmung wolle König Wilhelm fich aber begnügen, das Bundesreformprojeft, wie folches in der vormaligen Bundesversammlung vorgelegt worden sei, als Basis des Friedens ju bes trachten, vorbehaltlich einiger unbedeutender Modifitationen. Als Reuß bann die frühere Billigung diefes Projettes durch den Raifer erwähnte, stellte Nas poleon ju feinem Erstaunen in Abrede, daß er eine ausdrückliche Billigung ausgesprochen habe; möglich fei nur, daß er sich nicht gerade ungunftig darüber geäußert habe; er wisse ja auch gar nicht einmal, was darin gestanden habe. Reuß machte aus feiner Verwunderung fein hehl und fagte, der Ronig ffünde in gutem Glauben, daß der Kaiser jenes Projekt gutgeheißen habe und hatte fich hierauf fest verlaffen ju tonnen geglaubt; die Gesprache, welche ber Raiser mit dem Grafen Bismard in Biarris und hier gehabt hatte, noch lange bevor preußischerseits das Reformprojett ausgesprochen worden sei, batten dem Könige ichon feit langer Zeit die Überzeugung geben muffen, daß der Raiser mit den Planen Preußens einverstanden sein werde.

Als Prinz Renß dann die Grundzüge des Reformprogramms nochmals entwickelte, meinte der Kaiser etwas verlegen, England und Rußland würden einer Ausschließung Österreichs aus Deutschland entgegen sein. Aus dem, was er weiter über das Bundesreformprojekt sagte, konnte Renß entnehmen, daß, wenn er auch Preußen einen Machtzuwachs gönnen wollte, diesen sogar

<sup>1</sup> Immediatbericht des Prinzen Reuß an den König 10. Juli, ben. Sybel 5, 235f.

wünschte, ihm das in Deutschland allein und ohne das Gegengewicht Östers reichs schaltende Preußen ein zu mächtiger Nachbar zu sein scheine. Das Parlament, welches Preußen präponderieren werde, flößte ihm Besorgnis ein, und er glaubte vorauszusehen, daß, wenn Preußen die Mittels und Kleinsstaaten auch jetzt nicht annektieren wolle, dieser Akt doch nur eine Zeitfrage sein werde, "une annexion en deux temps", wie die Kaiserin sagte.

Prinz Reuß suchte dagegen geltend zu machen, daß in der auswärtigen Politik Deutschlands — ein Punkt, welcher den Kaiser besonders beschäftigte — immer entscheidend sein werde, wer den Degen führe. Da sich nun Preußen die militärische Führung nur in Norddeutschland vorbehalten habe und die südwestliche Staatengruppe sich selber überlassen wolle<sup>1</sup>, so sei jene von den Franzosen geträumte Gefahr der Machtvereinigung in Preußens Hand nicht vorhanden. Mit den Süddeutschen würde sich Preußen niemals assimilieren, wolle daher seine Machtsphäre nicht die dahin ausdehnen, sondern sich bez gnügen, mit ihnen im Parlament über gewisse innere Angelegenheiten zu diskutieren.

In bezug auf die Art der Verhandlungen fand der Raiser die Entsens dung eines französischen Vertreters in das hauptquartier zu zeitraubend, während Reuß geltend machte, daß bei der Unsicherheit der telegraphischen Verbindungen die Weiterführung der Verhandlungen in Paris ebenfalls große Schwierigfeiten haben werde. Selbstverständlich wies der Prinz von neuem darauf hin, daß Preußen ohne die Aussicht auf günstige Friedens; bedingungen den Waffenstüllstand nicht schließen könne. Napoleon sprach zum Schluß noch von der Verlegenheit, in welche er durch die hartnäctige Ablehnung seiner Vermittlung seitens Italiens versetzt worden sei und entließ den Prinzen dann mit der Vertröstung, daß er die Sache weiter überlegen und ihn nochmals rusen lassen werde.

Die Raiserin, mit welcher Neuß gleich darauf ebenfalls eine Unterredung hatte, äußerte lebhaft ihre Besorgnis vor einer Machtvergrößerung Preußens, das schon jest gezeigt habe, ein wie gefährlicher Nachbar es für Frantreich sei, und faßte ihre Besürchtungen für die Zukunft in dem Epigramm zus sammen: "Je me coucherais française et je me reveillerais prussienne." Zugleich äußerte sie ihre Besorgnis vor der öffentlichen Meinung in Frankreich und ermahnte den Prinzen, man möge es dem Kaiser möglich machen, den Frieden auf Bedingungen zu vermitteln, welche Össerreich nicht zu sehr erniedrigten. Bestimmte Bedingungen, die sie für geeignet halten würde, gab die Kaiserin troß wiederholter Fragen nicht an; jedoch hatte Reuß den Eindruck, es wäre den Herrschaften viel angenehmer, wenn Preußen Hans nover oder Kurhessen pure annektierte; diese Hegemonie in Deutschland

<sup>1</sup> D. h. in militarifcher Beziehung.

mache ihnen Sorge. Man nahm sogar die Karte vor und machte halb im Ernst, halb im Scherz allerlei Grenzveränderungspläne, wobei der Wunsch der Kaiserin hervortrat, daß Frankreich von den gefährlichen preußischen Nache barn durch einen Pusserstaat getrennt werden möge. Sie versprach schließlich, sie wolle den Kaiser zu bestimmen versuchen, einen Bevollmächtigten mit französischen Vorschlägen in das Hauptquartier zu schießen; Frankreich, sagte sie, wolle nichts für sich als den Frieden. Mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß man doch noch zu einer Verständigung gelangen möge, schloß das Gespräch.

3wei Tage fpater, am 12. Juli, ließ der Raifer den Pringen Reuß noch einmal zu sich rufen und fragte ihn1, ob er nicht weiteres über die preußischen Friedensbedingungen miffe; er fei auf glübenden Roblen, weil von Tag gu Tage die Stimmung in Frankreich fich verschlechtere. Er mußte in den Stand geseht werden, dem Lande ju sagen, daß die preußischen Friedensbedingungen mit den Interessen Frankreichs sich vereinigen ließen. Der point capital sei, baß in ber neuen Bundesorganisation Suddeutschland womöglich, wenn auch nur icheinbar, vom Norden getrennt fei. Dies wurde feine Position begagieren und ihm ermöglichen, sich die preußischen Friedensbedingungen anzueignen. Reuß gab ihm die Berficherung, daß Preußen Guddeutschland niemals in feine Machtsphäre gieben murbe, daß aber eine Ausschließung biefer Staatengruppe aus Deutschland mit dem deutschen Nationalgefühl nicht vereinbar fei. Immer wieder kam der Raifer auch in diefer Besprechung darauf jurud, daß ihm besonders viel an einem schnellen Abschluß des Baffenstillstandes liege; Reuß konnte nur erwidern, daß dieser erfolgen werde, fobald Offerreich die preußischen Präliminarien angenommen habe, worauf ber Raiser ja durch Ausübung eines Druckes in Wien hinwirken könne. Auch versuchte Napoleon immer wieder den Ausschluß Österreichs aus Deutschland aus den Bedingungen zu beseitigen. Offerreich werde nach den Außerungen des Fürsten Metternich darauf nicht eingehen, vielleicht könne man die Ente scheidung über diese Frage den neutralen Mächten (d. h. einem Kongreß) überlaffen. Reuß widersprach dem entschieden, da dies nur ein Mittel jum hinhalten sein wurde. Pring Reuß nahm den perfonlichen Eindruck von diefer zweiten Unterredung mit, daß Napoleon im gangen nicht ungunftig für Preugen gestimmt fei, aber fehr in Berlegenheit und Unruhe. Er meinte, vielleicht habe seine Sendung das Resultat gehabt, den Raiser und die Raiserin aus dem Taumel ju weden, in den fie durch das Geschrei der Preffe und öfferreichische Tränen hineingeraten seien; es wurde tlug fein, dem Raifer, der eingestehe, daß er einen Fehler gemacht habe, den Rudzug zu erleichtern, ohne daß er vor seinem Lande als gedemütigt erscheine, da er Rrantungen nicht leicht vergesse.

<sup>1</sup> Pring Reuß an Bismard 12. Juli, ben. Sybel 235 f.

Zwischen diesen beiden Andienzen des Prinzen Reuß liegt das wichtige Gespräch, welches Graf Golh am II. Juli mit Napoleon hatte. Bevor er zum Kaiser ging, hatte er noch einmal mit Drounn de Khups und dem Prinzen Napoleon gesprochen und war auch bei lehterem der Auffassung bez gegnet, daß der Kaiser dringend wünsche, es möge zwischen Preußen und Frankreich ein Pusserstaat gebildet werden, der aus der baprischen Pfalz und einem Teile der preußischen Rheinprovinz besiehe und dem deutschen Bunde angehöre; dafür würde der Kaiser sogar seine aktive Mitwirkung gewähren. Golh lehnte es jedoch ab, seinerseits einen derartigen Vorschlag zu machen; mache ihn der Kaiser, so werde er darüber berichten.

In der Unterredung mit Napoleon felbst begann diefer, den der Bots schafter erschüttert, ja fast gebrochen fand, mit einer langen Entschuldigung feines bisherigen Borgebens, beffen Fehlerhaftigfeit er jugab. Wenn jest Dreußen und Italien auf ihrem Widerspruch gegen einen Waffenstillstand bes barrten, fo fei er vor feinem Lande gedemütigt und fonne dann ju Schritten gedrängt werden, die seiner Reigung und seiner bisherigen Politit widers fprachen. Dann fragte er nach den Stillftandsbedingungen. Golb berührte die militärischen Forderungen nur furt und ging dann ausführlicher auf die Friedensgrundlagen ein, indem er darauf hinwies, daß Napoleon am leichtes ffen aus feiner jetigen Lage beraustommen werde, wenn er Offerreich gur einfachen Unnahme ber preußischen Bedingungen burch bie Drohung, daß er fonft feine Sand von ihm abziehen werde, bestimme. Er teilte fodann mit, baß ihm die Untunft eines Reldjägers mit dem ausführlichen Friedens, programm angefündigt fei, er diefes aber noch nicht in Sanden habe. Golb war nur im Besit ber Telegramme Bismards vom 8. und 10. Juli, von benen ihm das lettere ohne Renntnis der Inftruktion vom 9. Juli nicht gang verständlich erschien. Napoleon fragte darauf, ob der Ausschluß Ofterreichs burchaus notwendig fei?2 Golg erwiderte, daß dies für Preugen der wefents lichfte Puntt fei. Er feste ihm auseinander, daß dies auch den frangofischen Intereffen vollständig entspreche; nur dadurch tonne die Gefahr eines Siebe gig-Millionenreiches beseitigt werden; die preußische militärische Direktion in Norddeutschland werde nur ein naturgemäßes Berhältnis beffätigen, indem

Bericht v. 11. Juli. Ausführlicher Auszug Sybel 237-242.

<sup>&</sup>quot;In bem gleich zu erwähnenden telegraphischen Bericht über die Unterredung (f. S. 578 Anm. 1) bemertte Goly über diesen Puntt, die Bundesreform mit Ausschluß Ofterreichs sei dem Laiser wegen und seit der durch die ungeheuren militärischen Erfolge Preußens verftärtten Beforgnis der defentlichen Meinung vor Gründung eines mächtigen Nachbarreiches schon an sich eigentlich zu viel. Doch glaube er seine Bedenten ziemlich beseitigt zu haben. Er habe ihm dabei Preußens fortdauernden Bunsch, den Frieden im Einverständnis mit ihm zu schließen, sowie Preußens Bereitwilligkeit versichert, die Bedingungen mit ihm zu diskutieren, seinen Besehenten möglichst Rechnung zu tragen und von ihm etwa zu stellende Zusahbedingungen zu

zwar mehrere norddeutsche Staaten jest den Dienst versagt hätten, aber nur, weil Preußen gegen Herreich Krieg führe, während sie gegen Frankreich ohne Zweisel ihre Kräfte zur Verfügung gestellt haben würden. Endlich sei Preußen noch jest geneigt, Bapern die militärische Hegemonie in Süddeutsche land zu überlassen, sofern es nur noch in der letzten Stunde Vernunft ans nehmen wolle, und es seien in dieser Richtung bereits vertrauliche Sons dierungen eingeleitet worden.

Der Raifer fragte ferner, ob man nicht zwei Parlamente fatt eines einzigen ins Leben rufen tonnte? Golb erflarte dies fur nicht burchführbar ber öffentlichen Meinung gegenüber, welche barin eine Teilung Deutschlands erfennen wurde. Er wies auf die nach dem Reformprojekt so eng begrenzte Rompeteng bes Parlaments, auf das Gegengewicht eines Bundestags ans fatt der in früheren Projetten in Aussicht genommenen einheitlichen Spike. endlich auf den Fortbestand der Kammern der Einzelstaaten bin. Napoleon ersuchte barauf um ichleunige Mitteilung berjenigen Friedensbedingungen ber preußischen Regierung, unter welche sie nicht herunterzugehen entschlossen fei. Ferner erbat der Raifer eine Außerung darüber, ob Preugen für den Kall, daß er diese Bedingungen dem Raifer von Offerreich jur Unnahme empfoble, ju einem Baffenstillstand unter ben notwendigen militärischen Boraussehungen bereit sei, sowie endlich, ob es in diesem Kalle bis jum förmlichen Abschluß bes Waffenstillstandes auf ein weiteres militärisches Vorgehen verzichten wolle? Goly versprach möglichst schnell die gewünschten Erflärungen zu beschaffen, machte aber auf die Unsicherheit und Langsamteit ber telegraphischen Berbindungen aufmerksam; gewiß werde man von preußis scher Seite alles tun, um den Raiser möglichst schnell aus seiner Lage zu bes freien und die Übereinstimmung mit ihm zu erhalten. Die Richtung ber preußischen Politik sei dieselbe wie vor dem Kriege: Preußen lege nicht nur auf eine momentane Bereinbarung über die gerade ichwebenden Fragen, fondern auf ein dauerndes, freundschaftliches Verhältnis zu Frankreich Wert. Selbst wenn man nach Wien gelange, so habe Bismarck ihm angedeutet, werde man beim Friedensschluffe des Raifers Ratschläge in Betracht gieben. Er glaube annehmen zu dürfen, daß die unterwegs befindlichen Bedingungen derartig sein würden, daß Napoleon sie ohne weiteres nach Wien empfehlen fonne. Man werde aber auch feine Bebenfen bereitwillig prufen, und feine

berückfichtigen. Napoleon habe dies dankbar angenommen, wünsche aber, daß die Bedins gungen womöglich derart seien, um von ihm sofort akzeptiert und in Wien empfohlen werden zu können. Diese Worte hat Sybel 274 im Auge, wenn er meint, Bismarch habe daraus ersehen können, daß Napoleon gegen den Ausschluß Herreichs noch Bedenken habe; er vers gißt aber, daß Golh ausdrücklich hinzusügt, er hoffe diese Bedenken beseitigt zu haben. Nichtig vermutet von Thim me 431.

etwa jur Sicherstellung bes Gleichgewichts im Interesse Frankreichs ju machenden Vorschläge in Erwägung gieben. Preußen könne nicht wünschen, daß Napoleons Unsehen leide, weil es hoffe, daß der Raifer es nicht gegen die preußischen Interessen geltend machen werde. Durch diese Andeutungen von etwa im Interesse Frankreichs' zu machenden Vorschlägen wollte Golb im Sinne der Ratichlage des Pringen Rapoleon eine Außerung des Raifers über etwaige Kompensationswünsche hervorrufen. Napoleon ging jedoch nicht unmittelbar darauf ein. Erft fpater bemertte er, daß er nichts verlange. Man fpreche von einem Binkel bei Landau; diese 50000 Einwohner feien aber nicht der Rede wert. Er holte dabei eine Karte hervor, auf welcher die Grengen von 1814 und 1815 gezeichnet waren. Golt wies darauf bin, daß babei auch preußisches Gebiet ware und sette das Unpraftische des Gedankens der Errichtung eines neuen unabhangigen Mittelftaates gwifchen Dreugen refp. Deutschland und Frankreich auseinander. Er erinnerte dabei an die Bluttaufe, durch welche jest die Rheinlander von neuem an die preußische Monarchie gefnüpft worden waren. Die einzige allenfalls ausführbare Rombination, von welcher ihm aber zweifelhaft fei, ob der Raifer Wert barauf legen tonne, murde folgende fein: Wenn Banern aller verfohnlichen Undeutungen ungeachtet in feiner Feindschaft gegen Preugen beharrte, fo wurde man das Recht haben, es ju ftrafen, j. B. über Rheinbapern ju vers fügen; man fonnte bies an Baben geben ober einen neuen Staat baraus bilden, allenfalls ein Stud ber Rheinproving dagu tun, und dem neuen Fürsten die Verpflichtung auferlegen, den gemischte Bevolkerung enthaltens ben Diftrift von Landau, welcher allerdings unter Ludwig XIV. ju Franfreich gehört habe, dieser Macht wiederzugeben.2 Der Raifer ichien hierauf teinen besonderen Wert zu legen. Er fagte mit einer gewissen Resignation, es fei am Ende beffer, auf alle Borteile für Frankreich zu verzichten.

Am Abend desselben Tages ersuhr Goly vom Prinzen Napoleon, daß der Kaiser im allgemeinen von der Unterredung befriedigt sei; er fügte aber den Bunsch hinzu, behufs Beruhigung der öffentlichen Meinung möge man Süddeutschland, welches mit seinen 10 Millionen unmöglich ein Gegenges wicht gegen die 30 Millionen Norddeutschlands bilden könne, selbständiger konstituieren. Goly erwiderte, eine völlige Trennung zwischen beiden Teilen sei unmöglich, Ein Parlament und Eine Bundesversammlung notwendig. Man könne aber vielleicht gewisse Garantien gegen das besorgte Übergewicht Norddeutschlands aussindig machen, z. B. ein Beto der süddeutschen Gruppe in gewissen Angelegenheiten, sei es in der Bundesversammlung, sei es im Parlament, sei es in beiden, das Bertrags, und Allianzrecht in einem ges

<sup>1</sup> Dismard bemertte ju Diefer Stelle: Ebricht! Barum?

Bismard bemertt hierzn: Dagu fei Graf Goly nicht ermächtigt gewefen.

wissen Umfange usw. Auch könnte man allen Staaten die diplomatische Vertretung lassen.

Ferner erfuhr Golt noch, daß Prinz Napoleon bereits gestern vom Raiser die Sistierung der Benedetti erteilten, angeblich sehr scharfen Insstruktion erlangt habe, worüber Droupn de Lhups in hohem Grade erbittert sei. Endlich habe der Kaiser dem Prinzen zugestanden, daß Venetien durch Volksabstimmung an Italien übergehen solle, also ohne alle Bedingungen. Insbesondere solle vom Papsie nicht die Rede sein.

Golg hatte den persönlichen Eindruck, daß der Raiser nach wie vor versschiedenartigen Einflüssen ausgeseht und zugänglich sei; obwohl persönlich wenig geneigt, gegen Preußen und Italien aufzutreten, könne er doch jeden Tag umschlagen und, wie der 4. Juli zeige, auch unvernünstige Entschlüsse saschen. Die öffentliche Meinung sei einstimmig gegen eine Absorption Deutschstands durch Preußen. Annerionen innerhalb gewisser Grenzen würden dort lieber gesehen werden, als eine solche Eventualität. Es erscheine indessen notwendig, auf dem Ausschluß Herreichs aus dem Bunde zu bestehen. In allem übrigen könne Preußen außerordentlich versöhnlich sein, es werde sich das später von selbst ergeben. Die Hauptsache sei nach seiner Meinung, daß man dem Kaiser es erleichtere, aus seiner gegenwärtigen Lage mit Ehren herauszukommen; dann werde er Preußen ewig dankbar sein. Andernfalls könne man leicht plöblich im Kriege mit Frankreich sein.

Daraus ergibt sich junächst, daß Napoleon auf die Unabhängigkeit Süddeutschlands von Preußen sowohl als von Österreich den entscheidenden Wert legte. Dieses Bestreben entsprach ja auch ganz und gar seiner bischerigen Politik, die darauf hinauslief, die Rivalität zwischen Österreich und Preußen in Deutschland zu erhalten, beide aber möglichst gleich start zu machen, damit Frankreich nach wie vor den Schiedsrichter zwischen ihnen spielen könne, und kein einheitlich organissertes, militärisch kräftiges deutsches Staatswesen zum Nachbarn habe. Dem gegenüber trat der Wunsch nach eigenen Erwerbungen bei ihm zunächst zurück; jedoch wies er ihn keineswegs so entschieden von der Hand, daß man hätte sicher sein können, er werde nicht darauf zurücksommen, wenn etwa die Gelegenheit günstig sei. Auch der Gedanke eines rheinischen Pufferstaates, der ja an ähnliche Bestrebungen Frankreichs zur Zeit des Wiener Kongresses erinnert, war wohl nur eine

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Gegen Thimme 405 sei bemerkt, daß Napoleons Außerungen am 11. Juli zu Golg und Beust und die gleichzeitigen Worte Droupns zu Metternich keineswegs eine Zustimmung zur Ausdehnung der preußischen hegemonie auf Süddeutschland, sondern nur zum Ausschluß Ofterreichs enthielten. Nichtig ist die Deutung von Muth 15 s., Napoleon habe deutlich erstennen lassen, daß für ihn der Stein des Anstoßes der enge Zusammenhang zwischen dem Norden und Süden Deutschlands sei.

Verlegenheitsauskunft, durch die für den Fall des vollen Ausschlusses Herreichs aus Deutschland die öffentliche Meinung in Frankreich beruhigt werden sollte.

Was das Verhalten des Erafen Golt betrifft, so muß es auffallen, daß er von den geplanten Annexionen offenbar seinerseits gar nicht gesprochen hat, obwohl er das Telegramm Bismarcks vom 10. Juli bereits in händen hatte. Man wird dabei in Nechnung ziehen müssen, daß es ihm einerseits, wie er selbst sagt, nicht ganz verständlich war, weil er die Instruktion vom 9. noch nicht kannte, andererseits aber völlig neue Forderungen enthielt, auf die Golt weder durch das Telegramm vom 8. Juli noch durch dasjenige, was ihm Prinz Neuß über die bei seiner Abreise im hauptquartier herrschende Stimmung mitteilen konnte, irgendwie vorbereitet war.

Weit eigentümlicher aber ist sein Verhalten in der Frage der Kompensationen. Schon daß er Napoleon ein verstecktes Angebot dieser Art machte, anstatt abzuwarten, ob dieser von sich aus etwas fordern werde, war gewiß nicht unbedenklich. Noch merkwürdiger aber ist, daß er sein wenige Stunden vorher dem Minister Droupn de Lhuys entwickeltes Programm, daß er die Bildung eines Pusserstaates seinerseits nicht anregen werde, in der Unterstedung mit dem Kaiser fallen ließ und diesem nicht nur auf die Schöpfung eines solchen seinerseits Aussicht machte, sondern ihm sogar direkt die Abtrestung Landaus andot. Er mochte sich dazu vielleicht dadurch ermächtigt fühlen, daß durch das Telegramm vom 10. Juli das Eingehen auf außerpreußische Komspensationen offengelassen zu sein schien; immerhin bekundet es einen Mangel an nationalem Selbstbewußtsein bei dem Botschafter, daß er Napoleons Zusstimmung durch Abtretung eines Stückes süddeutschen Landes zu erkausen für möglich hielt. Es ist daher begreislich, daß Bismarck, der ein solches Zusgeständnis nie machen wollte, hierüber erzürnt war.

Graf Golt war mit dem veränderten Programm, das ihm durch das Teles gramm vom 10. Juli angefündigt war, innerlich nicht ganz einverstanden. Er wies Bismard dringend auf die Michtigseit des Augenblicks hin1; wenn man mäßige Bedingungen vorschlage, bewahre man den Kaiser vor einer schweren Demütigung, sichere sich fattisch seine Allianz, erreiche entweder einen annehms baren Frieden oder die Wiederherstellung der Lage vor dem 4. Juli nebst Zers würfnis zwischen Österreich und Frankreich. Seien dagegen die preußischen Bedingungen unpassender Art, so daß die österreichischen Einflüsse wieder die Oberhand gewönnen und Napoleon sie nicht in Wien mit Nachdruck empfehslen könne, so werde er unvermeiblich in einen unnatürlichen Krieg gegen Preussen und Italien hineingetrieben. Er verlange nichts, obwohl er nach dem,

Eel. v. 11. Juli, eingetroffen in Brunn am 15. Juli nach Benedettis Abreife, f. unten. C. 611 Unm. 1.

was Prinz Napoleon sage, eine kleine Rektifikation der Grenzen oder Errichtung eines Zwischenstaates sehr gewünscht hätte. Golz bat daher dringend um unges säumte telegraphische Ermächtigung im Sinne seiner Vorschläge, insbesondere auch um Ermäßigung der danach etwa zu weit gehenden Bedingungen, welche unterwegs seien. Er könne nicht genug die äußerste Mäßigung und eine zeits raubende Rückfragen ausschließende Präzision anraten, um nicht alle politisschen Resultate der bisherigen militärischen Erfolge zu gefährden. Der Kaiser müsse schnell aus seiner unhaltbaren Lage herauszukommen suchen; in welcher Richtung, hänge von den preußischen Vorschlägen ab. Nach der Meinung des Grafen Golz lag im Ausschluß Herreichs alles.

Offenbar fürchtete er, daß in der unterwegs befindlichen Instruktion große Annexionen gefordert werden würden, die ihm als zu weit gehende Bedingunsgen erschienen, vor allen Dingen aber weitere Berhandlungen mit dem Kaiser notwendig machten, mit dem ja offiziell über diese Frage noch gar nicht gessprochen worden war. Ihm schien aber Beschleunigung dringend notwendig, damit nicht Napoleon ungeduldig werde und doch noch gegen Preußen Partei ergreise. Deswegen wollte er nicht gern neue Forderungen stellen, sondern die Zustimmung des Kaisers zum Ausschluß Osterreichs ganz in den Borders grund stellen, da er nach dem Eindruck der bisherigen Unterredung die Einswilligung des Kaisers hierzu für erreichbar hielt.

Erst am 12. Juli abends erhielt Goly die Instruktion vom 9. und begab sich am 13. sofort wieder zum Kaiser. Er hatte kurz vorher ersahren, daß Naposleon den Minister Droupn de Lhups unter Androhung sofortiger Entlassung verpstichtet habe, keine eigene Politik mehr zu treiben, sondern lediglich die Bessehle des Kaisers auszusühren. Da Droupn der österreichischen Partei zus neigte, konnte er hierin mit Recht ein Zeichen erblicken, daß Napoleon geneigt sei, sich mit Preußen zu verständigen und die früher von Goly gestellten Hauptssforderungen zu bewilligen. Wie aber, wenn er nun mit neuen Forderungen kam? Auf dem bisher von ihm versolgten Wege schien die Verständigung mit Sicherheit zu erreichen, und man kann es unter diesen Umständen verstehen, daß es ihm recht unangenehm war, jest die Annexionen in den Vordergrund stellen zu müssen.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Golh hatte sich, wie schon erwähnt wurde, früher weit optimistischer über die von Frankreich her drohende Gefahr geäußert, s. oben. S. 533 Unm. 1. Roch am 8. Juli erklärte er, die neidischen Generäle drängten den Kaiser zwar zum Kriege, der Kaiser dürste diesem Bunsche aber nicht so leicht nachgeben; denn er möchte sich kaum verhehlen, daß Preußen alsdann das ganze übrige Deutschland, wahrscheinlich Rußland, vielleicht sogar England für sich habe, und bei dem gegenwärtigen Zustande der österreichischen Armee Rußland genügen würde, um die letztere im Schach zu halten.

<sup>2</sup> Db wirklich "guter hoffnungen voll", wie Sphel 255 meint? Doch wohl eher in etwas bedrudter Stimmung, weil er mit neuen Forderungen tommen mußte.

Aber die Unterredung vom 13. Juli erstattete Goly sofort einen furgen Bes richt in zwei Telegrammen.1 Er meldet in dem erften, er habe durch Unter: redung mit dem Raifer die Gewißheit erlangt, daß man fich über Friedens, bedingungen einigen werde, welche er nach Wien empfehlen wolle, sobald ber Baffenstillstand augestanden sei. Lehne Diterreich ab, so werde der Raifer feine Mediation gurudziehen. Er drange aber fehr auf Beschleunigung, indem er die ihm scheinbar jugefallene Rolle vor seinem Lande nicht länger spielen tonne. Sofortiger Waffenstillstand sei ihm die hauptsache. Rouber rate bringend, Baffenstillstand ju bewilligen, gegen alleinige Anerkennung des Ausschlusses Offerreichs aus Deutschland. Rehme Offerreich biefen erften Dunkt an, so werde der Raiser in derselben Beise alle übrigen empfehlen. Ohne fofortige Bewilligung des Waffenstillstandes fei aber die größte Gefahr eines unwiderruflichen Umschlages gegen Preußen vorhanden, indem die öffers reichische Partei beständig dem Raiser vorhalte, daß er eine lächerliche Rolle fpiele. Pring Napoleon fei derfelben Ansicht, die auch Goly dringend empfahl; ber Moment fei entscheidend.

In dem zweiten Telegramm fügte Goly noch hingu, der Raifer habe gegen Die von Bismard aufgestellten Alternativen feine anderen Einwendungen erhoben als den Bunich, Suddeutschland gegen das Übergewicht des nords beutschen Bundes sicherzustellen. Er habe zuerft Sachfen zum Guden schlagen wollen, wogegen Preußen den gangen Rest von Norddeutschland ohne Koms vensation für Frankreich annettieren könne. Als Golg das als unmöglich bes zeichnete, habe er zugegeben, daß man bafür andere Garantien ausfindig mache. Er wünsche namentlich, daß die suddeutsche Gruppe selbständiges Allians, und Rriegerecht erhalte. Golt habe ihm den auf die fattifche Beifeites setung Subdeutschlands gerichteten Gang auseinandergesett, ben Bismard einzuschlagen beabsichtige. Napoleon halte es aber ber öffentlichen Meinung Frantreichs gegenüber für notwendig, dieses Resultat auch formell gleich ans fänglich in Eviden, ju ftellen. Alles übrige fei ihm gleichgültig. Er habe noch Die Integrität Offerreichs mit Ausnahme Benetiens aufgestellt, scheine aber gegen fleinere Grengreftifitationen nichts zu haben. Gegen die ungarische Berfaffung habe er an fich teine Bedenten, glaube aber diefe innere Angelegens beit in Bien taum empfehlen gu tonnen. Goly teilte bann noch mit, bag er versuchen werde, die Friedensbedingungen zu formulieren, und fie dem Raifer am nachsten Tage vorzulegen gedente. Waffenstillftand, Unterhandlung fei für den Raifer alles. Die Furcht, daß Preugen feine Mediation durch Eins nabme von Wien lächerlich mache, tonne ibn jeden Augenblid zu einer Attion treiben, welche den Krieg unvermeidlich mache.

<sup>3</sup>mei Telegramme v. 13. Juli 6 Uhr nachm.

In einem aussührlicheren Berichte vom 14. Juli<sup>1</sup>, den Spbel großenteils wörtlich in seine Darstellung aufgenommen hat, gibt Golp noch einige genauere Details. Er habe zunächst einige Bedenken des Raisers, daß Preußen vielleicht absichlich zögere, um Zeit zu gewinnen, zu beschwichtigen gehabt. Dann habe er darauf hingewiesen, daß selbst die offiziellen Persönlichkeiten, die dem Raiser zum Kriege gegen Preußen rieten, sich der Konsequenzen nicht bewußt wären, weil ihnen die politische Lage unbekannt sei. So könne er z. B., um nicht den Berdacht der Einschüchterungsabsicht zu erwecken, selbst Droupn de Phuns von den seit einiger Zeit für Preußen sehr günstig gewordenen Diszpositionen der Kadinette von London und Petersburg, insbesondere von dem durch die französische Mediation daselbst bewirkten Umschwung nichts erzählen. Die Herren, die den Kaiser in eine kriegerische Politik hineinzutreiben suchten, wüßten offenbar nicht, welche Gesahren sie gegen Frankreich heraussbeschwüren.

Leider habe er bis jest nur ganz vorläufige Instruktionen von Bismarck erhalten, die ihn aber doch in den Stand setzen würden, mit dem Raiser einen Ideenaustausch zu bewirken und dadurch festzustellen, hinsichtlich welcher Bünsche Preußen auf Napoleons Unterstützung würde rechnen können und welchen Punkten er entgegen sei.

Er habe nun nach Maggabe ber ihm erteilten Instruftionen damit bes gonnen, die volle Unnerion der norddeutschen Länder, deren Regierungen am 14. Juni dem Bundestriege gegen Preugen jugestimmt hatten, als eine For: derung der öffentlichen Meinung und als die zwedmäßigste Lösung bingus ffellen, ferner damit bas Bundesreformprojett mit dem Bemerfen in Ber: bindung ju bringen, daß Preußen Suddeutschland nicht in feine Machts sphäre zu ziehen beabsichtige. Die Antwort des Raisers, die bei Sybel im Aus; juge wiedergegeben ift, ging darauf hinaus, daß ihm das Schickfal der nord; beutschen Staaten an sich völlig gleichgültig sei, und er nur eine Garantie das für zu haben wünsche, daß ber Nordbund den suddeutschen Staaten gegenüber nicht zu übermächtig werde. Sein Borfchlag, Sachsen bem sübdeutschen Bunbe anzugliedern oder aus der Rheinproving einen selbständigen Staat unter bem Könige von Sachsen zu machen, wies Golb zurud, bemuhte fich aber, andere Garantien für hie Selbständigfeit des Sudens gegenüber dem Norden vorzuschlagen. Nach Bismarcks letten Instruktionen sei er im Zweifel, ob überhaupt noch eine fonföderative Berbindung mit den süddeutschen Staaten vermittelft eines gemeinsamen Bundestags und Parlaments ins Auge ges faßt werde. Gelbit in diesem Falle wurden fich aber Formen denten laffen, welche die Selbständigkeit des Sudens dem Norden gegenüber sicherzustellen

<sup>2</sup> Bericht v. 14. Juli pr. Nicolsburg 19. Juli, Auszug Enbel 255-258.

vermöchten. Er führte beispielsweise das Beto an und fügte hingu, daß moge licherweise die preußische Regierung fogar gegen den Borschlag einer näheren Berbindung Gudbeutschlands mit Offerreich feine besonderen Ginwendungen erheben wurde, und gwar um fo weniger, als Bayern fich dem entschieden miderfeten murbe. Er fete aber poraus, daß der Raifer felbft eine derartige Rombination nicht wünsche. Napoleon bestätigte die lettere Vermutung aus: brudlich und fügte bingu, er lege besonderen Wert auf das Recht Suddeutsche lands ale einer felbständigen Staatengruppe, Alliangen ichließen und Rriege führen zu können, bei welchen Norddeutschland nicht beteiligt ware. Gols glaubte darauf die Meinung aussprechen ju durfen, daß die Absichten bes Raisers mit dem preußischen Programm nicht in Widerspruch ffunden, nur mußte mit einem gewissen Laft alles vermieden werden, was einer Zerreißung Deutschlands in zwei voneinander völlig gesonderte Teile ähnlich sei und Res ministengen an den Rheinbund erwede. Auch muffe Preußen in dem gegens wartigen Stadium einen Ausspruch vermeiden, der eine Bergichtleiffung auf die deutsche Einheitsidee enthielte; benn, wenn es nicht jum Frieden fame, fo wurde man möglicherweise gezwungen fein, an die lettere zu appellieren und ihre vollständige Durchführung im Sinne der Reichsverfassung von 1849 auf die Rabne ju ichreiben.

Die übrigen in Bismards Instruktion angedeuteten Bedingungen seien leichter zu erledigen gewesen. Er habe dabei wiederholt hervorgehoben, daß man ber in bem Schreiben bes Raifers vom II. Juni enthaltenen Erflärung, eine Beränderung des europäischen Gleichgewichts jum Nachteile Frankreichs nicht jugeben ju wollen, vollständig Rechnung ju tragen wünsche. Wenn ber Raifer baber in der einen oder anderen der Bedingungen oder in ihrer Gefamts beit eine folche nachteilige Beränderung erblide, fo wurde Preugen feine Fordes rungen entweder ermäßigen ober Napoleons Gegenforderungen, die das Mißs verhältnis wieder auszugleichen bestimmt waren, erwarten und mit ihm diss futieren. Deffen ungeachtet trat ber Raifer mit feiner Rompensationsfordes rung bervor. Er fragte nur, ob Preugen nicht bem Ronig von Sachsen die Mheinproving geben tonnte, was Goly mit dem hinweis auf die einstimmigen Protestationen, benen ein folder Borfcblag in Diefen Landesteilen begegnen wurde, für völlig unmöglich ertlarte. hiernach ichentte ber Raifer ben Pars tial: Annexionen, von denen Gols ihm fprach, nur fehr wenig Aufmertsamteit. Als völlig gleichgültig für ibn und für Offerreich ertannte er die ins Auge gefaßten Abbitationen jugunffen ber prafumptiven Thronerben an. Er vers langte nur die Aufrechthaltung der Integritat Offerreiche mit Ausnahme Benetiens, was eine fleine Grengrettifitation nicht ausschlöffe.

Nachdem Napoleon fich erboten hatte, die besprochenen Friedensgrundlagen in Bien zu empfehlen, wenn Preugen dann einen Waffenstillstand schließen und

womöglich schon vor dessen Abschluß seinen militärischen Vormarsch untersbrechen wolle, äußerte er die Meinung, es würde gut sein, diese Grundlagen in wenigen Zeilen zu Papier zu bringen, und Golz bot ihm an, dies zu verssuchen.

Am 14. Juli mittags überbrachte Golt dem Kaiser den von ihm aufgessetzten Entwurf der Friedensgrundlagen, der bei Sybel in der deutschen Fasssung abgedruckt ist. Er lautet: "L'Empereur m'autorise à annoncer à V. E. qu'il est prêt à transmettre et recommander à Vienne les bases de paix suivantes, pourvu que le Roi consente à la conclusion immédiate d'un armistice.

L'Autriche reconnaitra la dissolution de l'ancien confédération germanique et ne s'opposera à une nouvelle organisation de l'Allemagne, dont elle ne fera pas partie.

La Prusse constituera une Union de l'Allemagne du Nord comprenant tous les Etats situés au Nord de la ligne du Main. Elle sera investie du commandement des forces militaires de ces Etats.

Les Etats Allemands situés au Sud du Main seront libres de former entre eux une Union de l'Allemagne du Sud qui jouira d'une existance internationale indépendante.

Les Liens nationaux à conserver entre l'Union du Nord et celle du Sud seront librement réglés par une entente commune.

Les duchés de l'Elbe seront réunis à la Prusse saufs les districts du Nord du Slesvie dont les populations librement consultées désireraient être réunies au Danemark.

L'Autriche et ses Alliés restitueront à la Prusse les frais de guerre." Der Raiser fand nur zwei Anderungen notwendig, auf die Golz einging. Im letten Absat sollten die letten Worte lauten: "une partie des frais de guerre"; und ferner sollte ein weiterer Sat hinzugefügt werden: "l'intégrité de l'Empire autrichien sauf la Vénétie sera maintenue".

Außerdem fügte Napoleon erlänternd hinzu, es sei deshalb notwendig, nur einen Teil der Kriegskosten Ssterreich aufzuerlegen, weil man dieses nicht zu sehr abschrecken dürfe; es schließe diese Formulierung ja nicht aus, daß man später einen erheblichen Teil verlange. Wenn er auf der Integrität Ssterreichs bestehe, so schließe das Grenzberichtigungen als Ersat für einen Teil der Kriegskosten nicht aus.

Graf Golt teilte dies alles sofort telegraphisch an Vismarck mit<sup>1</sup>, indem er noch hinzufügte, der zweite Absatz sei dahin zu verstehen, daß die Annexionen, die Österreich gegenüber als eine innere Angelegenheit betrachtet würden, das

<sup>1</sup> Um 14. Juli 5 Uhr 15 nachm. Auch nach Wien wurden die Borschläge sofort telegras phiert (Gols an Bismard, Tel. v. 15. Juli.)

durch nicht ausgeschlossen seien. Der Raiser lege großen Wert auf die uns veränderte Annahme seines Programms.

Etwas ansführlicher äußerte sich der Botschafter über die Aufnahme seines Vorschlages durch Napoleon in seinem schriftlichen Bericht vom 14. Juli. Danach hat er wiederholt hervorgehoben, daß er nur Napoleons Gedanken wiederzugeben versucht hätte, und der Kaiser hat dies anerkannt. Er war davon sehr befriedigt und eignete sich ohne Zögern das Sanze mit den bereits erwähnten kleinen Modisitationen an. Besonders glücklich und seine Ses danken ganz wiedergebend fand er die sich gegenseitig ergänzenden Abssähe 2 und 3. I Zu seiner Senugtuung und mit seiner Zustimmung seizte Solzihm auseinander, daß die Annahme dieser Präliminarien die Ausführung seines Programms vom 11. Juni mit Ausnahme der von Össerreich durch den Krieg verlorenen großen Stellung dieser Macht in Deutschland vollkommen sichern würde.

Zwei Stunden nach der Unterredung erhielt Goltz ein Billet des Kaisers mit der Bitte, dem Prinzen Reuß möge eine Abschrift der Bedingungen mits gegeben werden, damit dieser bei Bismarck für ihre Annahme wirken könne, falls der Minister etwa aus irgendwelchen Bedenken zögern sollte, teles graphisch seine Zustimmung zu geben. Goltz selbst sprach auch jetzt seine Meisnung dahin aus, daß durch diese Abmachungen großen Gesahren vorgebeugt und so viel erlangt worden sei, wie unter den obwaltenden Berhältnissen mögslich sei; er machte aber nochmals darauf ausmertsam, daß der Kaiser nur, um sosort einen Waffenstillstand zu erlangen, so günstige Bedingungen zuges standen habe.

Golg hat also junachst im Sinne der Instruktion die großen Unnerionen in Norddeutschland jur Sprache gebracht; unklar bleibt es aber, ob er auss

<sup>1</sup> Es waren bie Bestimmungen über die funftige vollterrechtliche Gelbftandigfeit Guds bentichlands und feine Beziehungen jum Nordbunde.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Einige kleinere Ergänzungen fügte Golt nachträglich hinzu. Am 14. Juli die Episode über die Abfertigung Beusts durch Napoleon nach des Kaisers eigener Mitteilung (s. Sybel 261); ebenfalls am 14. sagt er, daß er die Mitteilung des baperischen Sesandten (s. oben S. 555 Anm. 1) dazu benutht habe, um Napoleon darauf hinzuweisen, daß Österreich noch immer nach direkter Berhandlung mit Preußen strebe; ferner, daß er den Raiser im Sinne des erhaltenen Besehls wegen Benetien interpelliert und zur Antwort erhalten habe, er wisse gar nicht, ob das Land ihm wirklich zediert sei, habe jedenfalls nicht Besit davon ergriffen. Am 15. Juli (s. Sybel 284) melbet Golt, es werde Napoleon sehr verstimmen, wenn Preußen auf direkte Borschläge Osterreichs eingehe. Mindestens müßten Benedetti und Gramont zugezogen werden. König Wilhelm hat bei der Stelle, die das Gerücht von direkten Berhandlungen erwähnt, an den Rand geschrieben, dies sei leicht zu beseitigen. — Auch regte Golt mehrmals an, Bismard möge der schnelleren Berbindung wegen nach Berlin gehen, die die Berhandlungen mit Frankreich beendigt seien. Bismard bemerkte dazu kurz, er würde vom König getrennt doch nicht antworten können.

drücklich die Länder genannt hat, die Preußen zu annektieren beabsichtigte, oder ob er nur von den feindlichen Staaten im allgemeinen geredet hat. Jedenfalls konnte er aus der Antwort des Kaisers Napoleon schließen, daß dieser nur an dem Schickal Sachsens Interesse nehme, und es stand daher eigentlich nichts im Wege, die ausdrückliche Zustimmung des Kaisers zur Annexion von Hannover, Kurhessen und Nassau unter die Friedensbedinguns gen aufzunehmen. Hatte doch Napoleon sogar gesagt, Preußen könne von Sachsen abgesehen den ganzen Rest von Norddeutschland ohne Kompensation für Frankreich annektieren.

Bezüglich Süddeutschlands trat des Raisers lebhafter Bunsch nach deffen voller Selbständigkeit deutlich genug bervor, und Golt tam diesem Bestreben fehr weit entgegen. Er rechtfertigte bied Berhalten damit, daß er aus der Ins struktion nicht habe erseben konnen, ob Bismard auf einen gemeinsamen Bundestag und ein gemeinsames Parlament noch Wert lege, und er scheint dies auch Napoleon gesagt zu haben. In der Lat wird man zugeben muffen, daß die Instruktion in dieser Beziehung verschiedenen Deutungen Spielraum ließ. Aber aus dem Telegramm vom 10. Juli mußte Golp wiffen, daß Biss mard immer noch an eine Gesamtorganisation mit bem banrischen Seers befehl im Guden dachte. Es ift daher nicht recht verftandlich, wie er nach ber Erflärung des Raifers, daß dieser auf das Recht zu selbständiger auswärtiger Politif und Rriegführung besonderen Wert lege, sagen tonnte, daß nach seiner Unsicht diefer Bunich mit dem preußischen Programm nicht in Widerspruch stehe. Eine derartige völlige Loslösung des Südens vom Norden bedeutete boch zweifellos eine Abweichung von dem Reformprogramm des 10. Juni und fogar ein Zurudgeben hinter die von der alten Bundesverfaffung ges jogene Linie. Indem Golp darauf einging, die Forderung des Raisers dem Wesen nach zu bewilligen und nur den Vorbehalt machte, daß dies in einer Form geschehen muffe, die das deutsche Nationalgefühl nicht verlete, beging er zweifellos eine Eigenmächtigfeit. Db diefer Schrift durch die Lage der Dinge unbedingt gefordert war, läßt sich natürlich schwer mit Sicherheit beurteilen. Indessen muß man doch darauf hinweisen, daß Napoleon noch am Tage vorher sich dem Prinzen Reuß gegenüber zufrieden erklärt hatte, wenn der Suden auch nur Scheinbar vom Norden getrennt bleibe; anffatt deffen hat ihm Golf jugeffanden, daß er wirklich getrennt bleibe, und nur scheinbar noch Beziehungen aufrechterhalten werden sollten.1

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bgl. Muth 21. Er vermißt die Gegenleiftung für die von Golg gemachte Konzession; sie lag aber nach des Botschafters Ansicht im Ausschlusse Offerreichs. Meines Erachtens wäre Golg nur dann im Sinne seiner Instruktion verfahren, wenn er gesagt hätte, Preußen erstrebe keine engere Verbindung mit dem Süden, als sie im alten deutschen Bunde bestanden habe und im Reformplan vom 10. Juni in Aussicht genommen gewesen sei.

Gang befonders aber muß man fich wundern, daß Golt jest noch die Par: tial/Unnerionen und die Abdantung der feindlichen herrscher gur Sprache gebracht hat. In der Instruktion war ihm ja die Erwähnung dieser geringeren Forderungen nur für den Fall an die Sand gegeben worden, daß die größeren Bünsche dem Widerspruch Napoleons oder unerfüllbaren Gegenforderungen begegnen wurden. Da dies nicht der Fall gewesen war, hatte Golb eigents lich gar feinen Grund gehabt, von der Möglichkeit ju fprechen, daß man fich eventuell auch mit soviel niedrigeren Erfolgen begnügen werde. Im Sinne feiner Instruktion wurde er verfahren fein, wenn er gegenüber dem Widerspruch Rapoleons auf Sachsen verzichtet hatte, wozu er ja nach dem Telegramm vom 10. Juli befugt war, und auf der Annerion der übrigen feindlichen norddeutschen Staaten als einem integrierenden Bestandteil ber Friedensbedingungen bestanden hatte. Wenn er die Teilannerionen überhaupt erwähnte, so ift daraus zu schließen, daß er es unterlassen hatte, die Zustimmung des Kaisers zu den Vollannerionen nach dessen allges meinen entgegenfommenden Erflärungen ausdrücklich in bindender Form festinlegen.

Endlich ist fraglich, ob es klug von Goly war, dem Raiser anzubieten, daß er selbst die von diesem aufzustellenden Friedensbedingungen formulieren wolle. Nach seiner eigenen Erklärung hat er dies getan, um die Feststellung des Worts lauts nicht dem übelwollenden Minister Droupn de Lhups zu überlassen. Aber war es nicht immerhin recht bedenklich, daß er, als Vertreter einer ders jenigen Mächte, denen der Raiser die Bedingungen stellen wollte, deren Formus lierung übernahm, ohne sicher sein zu können, daß seine Regierung den von ihm aufgestellten Wortlaut billigen werde? Er machte es dadurch seiner Regierung fast unmöglich, an diesen Bedingungen wesentliche Anderungen vorzus nehmen, wenn sie ihn nicht direkt desavouieren wollte. Ja er gab Napoleon die Wöglichkeit, das Ganze als einen preußischen Borschlag hinzustellen, den er nur angenommen habe, was mit Rücksicht auf Preußens Verhältnis zu Italien sehr unangenehm war. Goly ist sich der Bedenklichkeit dieses Schrittes auch bewußt gewesen<sup>1</sup>, aber seine Freude, mit dem Raiser eine

<sup>1</sup> In seinem Bericht vom 16. Juli sagt er, Bismard werde bei Empfang dieses Berichts wissen, wieviel er wegen der erzeptionellen Lage und mit Rückschauf dus die Pariser gesahrvollen Zustände auf seine Berantwortung habe nehmen mussen. Hierdurch engagiere er notzgedrungen die zu einem gewissen Punkte seine Regierung, welche ihn, sofern es sich nicht um sehr wesentliche Dinge handle, nicht leicht werde desavouieren wollen. Es sei dies ohne Zweisel ein sehr großer Abelstand, da ein so selbständiges Austreten, wenngleich es notwendig gewesen sei, doch seiner Stellung nicht entspreche. Ahnlich im Bericht vom 23. Juli s. 5. 588 Anm. 1. — Bismard seinerseits bemerkte in seinem Erlaß vom 24. Juli bei Erwähnung der Borschläge vom 14. Juli, wenngleich Golg dieselben zu Papier gebrachte habe, so enthielten sie doch nur die Gedanken des Kaisers der Franzosen, nicht Borschläge, welche von preußischer

Einigung erzielt zu haben, und sein Eifer, die Fühlung mit Frankreich nicht wieder zu verlieren, war so groß, daß er sich über alle Bedenken hinwegsetzte. Höchst wahrscheinlich haben auch die Mahnungen Nouhers und des Prinzen Napoleon und die von ihnen genährte Furcht, daß noch immer ein Rückfall des Kaisers in die österreichischen Sympathien möglich sei, dazu beigetragen. Andererseits kann man wohl nicht zweifeln, daß Napoleon mit bewußter Abssicht dem Grasen Goltz diese heikle Aufgabe zuschob. Man glaubt das Lauern in seinen Augen zu sehen, als er die Worte sprach, es würde gut sein, die Friedensgrundlagen in wenigen Zeilen zu Papier zu bringen. Denn nach den Außerungen von Goltz durfte er hoffen, daß dieser ihm gerade bezäglich des Verhältnisses zwischen Nords und Süddeutschland eine günstigere Formulierung anbieten werde, als er sie selbst vorzuschlagen gewagt haben würde.

Diese hoffnung hat ihn auch nicht getrogen. War doch in dem Golpschen Ents wurf von den Annerionen, die seine Instruktion durchaus in den Vordergrund gestellt hatte, gar nicht die Rede, mährend die Bestimmungen über das Bers hältnis Süddeutschlands jum Norden so gefaßt waren, daß sie eine Auf: rechterhaltung der im alten Bunde bestehenden Beziehungen taum noch jus ließen. Sollten diese Staaten das Recht haben, sich zu einer Union zusammens juschließen, die eine internationale unabhängige Stellung genießen sollte, fo mußte eine folche völlig unabhängige Stellung ihnen auch zugebilligt werden, wenn diese Union etwa nicht zustande fam. Gols glaubte zwar, den nationalen Bedürfniffen durch den Vorbehalt Genüge ju tun, daß die zwischen der norde lichen und füdlichen Union zu erhaltenden nationalen Bande durch freies ges meinsames Einverständnis geregelt werden sollten. Aber gerade durch diese Formulierung gab er dem Raifer und Offerreich die Möglichkeit, die Begruns dung einer folden nationalen Verbindung als abhängig von der vorherigen Ronstituierung einer suddeutschen Union zu betrachten, und Preugen jede gesonderte Berabredung mit einzelnen füddeutschen Staaten als eine Ber: letung der angenommenen Friedensgrundlagen anzurechnen.

Man fann es daher vollständig begreifen, daß Kaiser Napoleon über die von Goltz gefundene Formulierung sehr befriedigt war, und sie mit den beiden kleinen Anderungen, die wir kennen, zu der seinigen machte.

Seite aufgestellt worden waren, und es sei daher nun die Frage, inwieweit der König biese Borschläge des Raisers atzeptieren könne. Er lehnte also jede Bindung der Regierung, die aus der Abfassung des Aktenstüdes durch Golg gefolgert werden könne, ab.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Ebenso sprach sich Droupn be Lhups sehr befriedigt über das Programm aus (Bericht vom 16. Juli). Wenn man bedenkt, daß Droupn ein entschiedener Gegner der großen Annexionen war, und welche haltung er später einnahm, als Goly die französische Zustim; mung offiziell zu fordern hatte, so wird man daraus schließen dürken, daß der Minister in dieser Formulierung keine Zustimmung Frankreichs zu den Annexionen erblickte. Des

Aber hat der Raifer nicht wenigstens die Bereinbarkeit der Unnerionen mit dem Wortlaut des Urtifels 2 des Friedensprogramms ausdrücklich anerkannt?

Goly sagt nicht, ob der Raiser eine solche Erklärung ausdrücklich bei Gesnehmigung des ganzen Programms ausgesprochen, oder ob er selbst nur aus der früheren Unterredung seinerseits den Schluß gezogen hat, daß der Raiser nichts gegen sie einzuwenden habe. Selbst wenn aber das erstere der Fall geswesen sein sollte, so bot eine derartige Erklärung des Raisers doch keinerlei Garantien dafür, daß auch Österreich dieselbe Auffassung haben werde, und verpflichtete den Raiser nicht, Österreich eventuell zur Anerkennung dieser Auslegung des Friedensprogramms zu zwingen.

In einer etwas fvater gur Rechtfertigung feines Verhaltens gegebenen gu: sammenfassenden Darstellung diefer Borgange1 hat Goly ausgeführt, daß er aus dem Brief, den Pring Reuß mitgebracht habe, und aus dem Telegramm vom 8. Juli in Berbindung mit dem früheren Erlag vom 21. Juni die Meis nung babe gewinnen muffen, daß Preugen nach wie vor an der Errichtung eines beutschen Bundes mit Ausschluß Sferreichs, mit einem gemeinsamen Parlament und mit der Segemonie Preugens im Norden, Banerns im Suden fefihalte. Auch der Erlag vom 9. Juli aus Pardubig und das Teles gramm vom 10. feien nicht fehr erheblich darüber hinausgegangen. Er habe den Erlaß dahin aufgefaßt, daß er zwar die volle Unnerion der feindlichen nords beutschen Staaten in erfter Linie aufftellen, indeffen nur, wenn feine Rompens fation durch preußisches Gebiet gefordert werde, daran festhalten folle. Auch gebe aus dem Zusammenhang hervor, daß dabei mehr die zu beobachtende Tattif angedeutet, als die Erreichung des Berlangten erwartet worden fei. Denn Bismard habe ja gleichzeitig die Bermutung ausgesprochen, daß der Rönig die Abdikation einzelner feindlicher Souverane norddeutscher Staaten jugunsten ihrer prasumptiven Thronerben verlangen werde. Außerdem sei Diese Instruktion nur eine vorläufige gewesen, da Bismard ja die Absichten bes Königs noch nicht genan habe feststellen fonnen. Unter gewöhnlichen Ums ftanden würde er fich, meint Goly, biernach nur auf gang vorläufige Gefpräche beschränft, jeden Abschluß verhindert, und weitere Befehle abgewartet haben. Die Lage in Varis habe dies aber nicht zugelaffen. Der Raifer habe eines fcbleunigen Baffenstillstandes bedurft, um nicht aus Furcht vor einer Des mutigung in eine friegerifche Politit gegen Preugen gedrängt ju werden; eine folde murde amar ibn felbit mit den größten Gefahren bedroht, aber

Königs und Bismards Mißtrauen war also sehr begründet. In seinem oben zitierten Erlaß vom 24. Juli sagt Bismard hierüber: "Die unbestimmten Außerungen des Kaifers Rapoleon, daß diese Unnexionen ein fünftig zu regelndes Detail des Friedens seien, konnten in dieser Beziehung keine volle Beruhigung gewähren."

Bericht v. 23. Juli.

selbst im Falle eines siegreichen Ausgangs für Preußen die Kräfte der Monzarchie erschöpft haben, während man dadurch im wesentlichen nur die Auszbehnung der eigenen Herrschaft über Süddentschland erlangt haben würde, worauf die preußische Politik gar nicht ausgegangen sei. Der Waffenstillstand sei aber ohne eine Einigung zwischen dem Kaiser und Preußen über die Friezdensbedingungen nicht möglich gewesen; die Initiative der letzteren habe der Raiser Preußen zugeschoben; Golt habe indessen der weiten Entsernung wegen diese Initiative nicht abwarten können. Er habe daher versuchen müssen, den Kaiser zur Ausstellung von Friedensbedingungen zu vermögen, die ihm nach den erhaltenen vorläusigen Instruktionen als annehmbar erschienen seien. Er habe dabei nur darauf Bedacht genommen, den endgültigen Entzschlüssen des Königs nicht vorzugreisen, indem er dem Kaiser nur seine Feder geliehen habe, die dessen Gedanken in einer für Preußen vorteilhafteren Weise formuliert habe als es die Feder Droupn de Lhuns getan haben würde.

Bon diesen Gesichtspunkten ausgehend, habe er die Annexion der feind, lichen norddeutschen gander in erster Linie gefordert. Der Raiser habe feine Rompensationsforderung, aber den Ausschluß des Königreichs Sachsen von bem Norddeutschen Bunde verlangt und die Errichtung eines unabhängigen Staates aus der Rheinproving angedeutet. Beides sei dem Botschafter als völlig unannehmbar erschienen und habe durch feinerlei Unnerion aufges wogen werden konnen. Außerdem habe er durch den Prinzen Navoleon gewußt, daß der Raifer Unnerionsgelufte für Franfreich bege, und Anerbies tungen in diefer Richtung erwarte. Daber habe er fich begnügt, vom Raifer die mündliche Anerkennung des Grundsabes zu erlangen, daß Preußen übers haupt in Norddeutschland annektieren könne. Die eventuell zu annektierenden Länder habe er in seinem Borschlag nicht bezeichnen können, weil er die darauf bezüglichen Instruktionen erft fpater erhalten habe. Sachfen, hannover, Rurs hessen, Nassau habe er entschieden nicht nennen können, weil sonst der Raiser die Empfehlung der Bedingungen nach Wien abgelehnt oder unguläffige Gegenforderungen aufgestellt haben wurde. Die in dem Erlag vom 9. bes geichneten Partial:Unnerionen, die der Raifer als gang unbedenklich ans erfannte, habe er aber ebenfalls Bedenfen gehabt aufzunehmen, weil er damit

Die elastische Fassungt hatte Goly schon in seinem Bericht v. 18. Juli hervorgehoben: Die elastische Fassung der am 14. von ihm telegraphierten Friedensgrundlage scheine ihm den Zwed zu erfüllen. Er habe Anstand genommen, den Nachdruck dabei zu start auf unmittels bare Annexionen zu legen, welche nachträgliche Remonstrationen Droupn de Lhups hervorz gerusen und das Ganze wieder in Frage gestellt haben würden. Daß Sachsen nicht dem Norddeutschen Bunde entzogen würde, sei ihm als so wichtig erschienen, daß er dafür die Form des norddeutschen Systems als eine losere hinstellen zu können geglaubt habe. Der Raiser habe überdies ausdrücklich anerkannt, daß Preußen innerhalb des Norddeutschen Bundes sich nach Belieben konstituieren könne.

seiner Regierung die Möglichkeit, größere Annexionen zu fordern, vergeben haben würde. Der Sat über die Annexionen in seinem Telegramm vom 14. Juli gebe vollkommen den Gedanken wieder, den der Kaiser ihm gegens über auf Befragen wiederholt als den seinigen anerkannt habe.

Golt rechtfertigt bier also seinen Bergicht auf die ausdrückliche Erwähnung der Unnerionen einerseits damit, daß die Instruktion nur eine vorläufige ges wesen sei, die Absichten des Königs ihm noch nicht genau befannt gewesen seien, und er nicht genau habe wissen können, welche Unnerionen er fordern folle; andererseits damit, daß die ausdrückliche Forderung der vier erwähnten norddeutschen Staaten die Ablehnung oder eine unannehmbare Gegenfordes rung Frantreichs hervorgerufen haben wurde; endlich meint er, eine lofere Bes staltung des Norddeutschen Bundes wurde den Frangosen es eher gestatten, ben Beitritt Sachsens zu genehmigen. Alle diese Grunde icheinen mir nicht durchschlagend zu sein.1 Ihm war ausdrücklich aufgegeben worden, so viel Unnerionen zu fordern, als fich ohne unzulässige frangofische Bedingungen erreichen laffe. Die frangofische Gegenforderung oder Ablehnung waren jedoch nach feinen eigenen früheren Berichten nur zu erwarten, wenn er auf der Einverleibung Sachsens bestand; durch die Fortlassung Sachsens, die ihm ja gestattet war, ließen sich diese Bedenken ohne weiteres beseitigen. In seinem Telegramm vom 13. Juli hatte er ausdrücklich gefagt, dem Raifer seien alle Unnerionen gleichgültig, wenn man nur Sachsen schone. Je mehr Grund er hatte, einen Widerwruch des Ministers Drounn de Lhung gegen die Uns nerionen vorauszusehen, um so eifriger mußte er darauf bedacht sein, den Raifer felbst auf seine Zugeständnisse sofort formell festzulegen. Darüber, ob bes Raifers Ertlärung über die Zuläffigfeit von Unnerionen einen ihn und feine Regierung bindenden Charafter oder nur den Bert einer gefprachse weisen Außerung gehabt habe, spricht fich Golt auch hier nicht deutlich aus. Bir durfen daraus schließen, daß das lettere ber Fall mar. Er konnte alfo unbedenklich die Annexion von Sannover, Rurhessen und Rassau, oder, wenn ihm die genaue Bezeichnung bestimmter Gebiete zu gewagt erschien, wenige ftens die pringipielle Anerkennung der von Preugen unter Schonung des fächfischen Gebietes in Nordbeutschland vorzunehmenden Gebieteverandes rungen in bas Friedensprogramm aufnehmen. Auch fein Berfuch, es ju vers teidigen, daß er felbft die Formulierung der frangofischen Bedingungen übers nahm, trifft ben Rern ber Sache nicht.

Einige neue Nuancen bietet ein vier Bochen später geschriebener Brief an Bernstorff.2 Der Bericht, den Goly hier über den Berlauf der Pariser Bers handlungen gibt, lehnt sich im wesentlichen eng an seine eben besprochene

<sup>&#</sup>x27; Sybel 260 scheint fle flichhaltig ju finden.

a Abgedrudt bei Ringhoffer, Im Rampf um Preugens Chre, G. 593f.

Rechtfertigungsbepesche an, enthält aber eine Reihe von tatfächlichen Un: genauigkeiten, die darauf schließen lassen, daß er im wesentlichen nach dem Gedächtnis hergestellt worden ift. Bemertenswert ift, daß Golb bier, in der Richtung, die wir ichon am 23. Juli bemerkten, noch weitergebend, der Inftruftion vom 9. Juli die Deutung gibt, als habe fie in erster Linie die fleinen Gebietsabtretungen und die Abdanfung der feindlichen herricher verlangt, und die darin doch in den Vordergrund gestellten großen Unnerionen als einen nebenfächlichen Punkt behandelt. Sochst auffallend ift es ferner, daß Golb hier hervorhebt, daß die fich steigernde Ungst des Raisers Napoleon vor einer Demütigung und fein Bunich, den feiner gangen bisherigen Politif juwiders laufenden Rrieg gegen Preugen und Italien ju vermeiden, ihm fein Gefchäft außerordentlich erleichtert habe. Wir erinnern uns, daß Gols in seinen gleiche zeitigen Berichten in ber Kurcht bes Raifers por einer Demutigung gerabe eine schwere Gefahr erblickte, weil sie ihn vielleicht jum Kriege treiben werde.1 Bielleicht fann man hierin ein nachträgliches Eingeständnis erbliden, daß er bamale die Gefahr überschätt hatte. Wenn Golt hier endlich noch erflart, daß er die Zuläffigkeit norddeutscher Annexionen vom Kaiser ausdrücklich habe anerkennen lassen, so klingt auch das etwas anders, als die Bemerkungen in ben gleichzeitigen Berichten.

Alles ausammenfassend wird man sagen konnen, daß Golg in der Tat die Inftruttion vom 9. und 10. Juli nicht ihrem eigentlichen Sinne nach auss geführt hat. Indem er die Unnegionen fortließ, ichuf er bezüglich diefes von Bismard doch als besonders wichtig betonten Punttes eine untlare Lage; in: bem er die Formulierung der Bedingungen felbst in die Sand nahm, er: schwerte er es seiner Regierung, spater Anderungen gu fordern; indem er endlich ben auf Suddeutschland bezüglichen Bestimmungen eine den Buns schen des Raisers völlig entsprechende, von den ihm befannten bisherigen Intentionen der eigenen Regierung aber wesentlich abweichende Fassung gab, machte er fast es unmöglich, auch nur eine lose Berbindung zwischen dem Rorden und dem Guden aufrecht zu erhalten. Wir werden nicht irren, wenn wir die Urfache für das Verfahren des Grafen Golt nur jum geringeren Teile in der Furcht vor einer frangofischen Zurudweisung und vor des Raisers Abschwenken jur Gegenpartei seben, wogu am 13. und 14. Juli feinen eigenen Aussagen nach fein Grund mehr vorlag, sondern in seinem inneren Widerstreben gegen die Bedingungen, die ihm seine Regierung vorschrieb. Er verfuhr diesmal mit derselben Eigenmächtigkeit wie in den Verhand:

<sup>1</sup> Auch in seiner Rechtsertigungsschrift vom 23. Juli heißt es schon: Eine kriegerische Politik Frankreichs habe nur unheilvoll für den Kaiser und sein haus ausfallen können. Denn er würde gleichzeitig die Koalition und die Revolution gegen sich herausbeschworen haben, welche letztere in der Tat bereits seit einigen Tagen in der Gestalt Mazzinistischer Mörder umherschleichen solle.

lungen der vorangegangenen Jahre. Offenbar hat er weder den Bers sicht auf ein gemeinsames Varlament noch die norddeutschen Unnerios nen gebilligt; er wollte Offerreich ausschließen und die frangofische Ers laubnis ju engerer Berbindung mit dem Guden durch die Abtretung von Landan und Gemährung der Grenze von 1814 erfaufen. Den Unnerionen widerstrebte er, weil jede Berffarfung der preußischen Übermacht und jede fehr ftraffe Organisation des Nordbundes die Geneigtheit der Gudffaaten jum jetigen oder fpateren Beitritt verringern mußte. Ich erörtere bier nicht, ins wieweit diese Bedenken vielleicht berechtigt und begreiflich waren; aber so viel geht aus seinen Berichten flar bervor, daß er möglichst die eigenen Gesichts, puntte festzuhalten suchte. Als er die Gelbständigfeit des Gudens, wie er nach den erteilten Befehlen und der Haltung Navoleons nicht anders konnte. angestand, wollte er, durch die unflare Kassung der betreffenden Artifel, die er für flug hielt, deren baldigen Zutritt zum Nordbund fichern und zugleich durch Erschwerung großer Unnerionen auf die losere Ausgestaltung dieses Bundes im foderalistischen Sinne binwirfen, um jenen den Beitritt ju erleichtern.1 Bismards icharfe Außerungen ju Benedetti, daß Golt feiner Volitif beimlich entgegenarbeite und daß das Berfahren des Botschafters beinahe vor den

<sup>1</sup> Davon, daß Golb tatfachlich die Inftruttion falfc verftanden habe, in dem Ginne, daß Sismard bas Bundesverhältins ber Annerion vorgiebe, fann m. E. nicht die Rede fein: ebensowenig bavon, daß die Ausschließung Ofterreichs ein Dlus bedeute, das er über bie Ins ftruftion binaus noch erzielt habe (Thimme 429, Anm.). Die Eigenwilligfeit von Golb betont auch Thimme mit Recht. — Alle Golb burch die fpateren frengen Anweifungen gezwungen murbe, bes Raifers ausbrudliche Zuftimmung zu ben Annerionen zu verlangen. leitete er biefe Forderung nach feinem Bericht vom 20. Juli damit ein, daß er aus bes Raifere früheren Außerungen Die Beforgnis entnommen habe, burch eine fich auch auf Gude beutschland erftredende Kongentrierung der Kräfte des nichtofferreichischen Deutschlands werde bas europäifche Gleichgewicht ju Rranfreichs Ungunften verschoben werben. Der Raifer babe für bas burch bie größere Rraft des Nordens jum Nachteil des Gudens bedrohte Gleiche gewicht Garantien gefucht. Diefe hatte man auf zweierlei Beife berfiellen tonnen: burch eine größere Gelbftanbigfeit bes Gubens ober burd eine ichmadere Kongentrierung im Rorben. Ans feinen Gefprachen mit bem Raifer habe fich ein gemifchtes Suftem ergeben, welches einem fübbeutichen Bunde eine internationale Unabhangigfeit gewähre, aber boch bas natio, nale Band zwifden beiben Teilen Deutschlands aufrechterbalte. Diese Kormulierung fei elaftifch genug, um ben Beratungen über die ju begrundenden gemeinfamen Ginrichtungen einen weiten Spielraum gu laffen. Ein foldes Onftem habe es andererfeits gestattet, in der Formulierung bes auf die preugifche Leitung Norddeutschlands bezüglichen Punttes teinen befonderen Rachbrud auf die unmittelbaren Erwerbungen ju legen, welche für Preugen notwendig maren, um jener Leitung die erforderliche Rraft ju fichern. Diefe Motivierung, Die früher nie bervortritt, war offenbar nur nachträglich bervorgefucht, um das neue Berlangen ju rechtfertigen. Sie mar außerbem febr ungeschidt, ba ja Goly am 14. Juli beibes jugleich preisgegeben batte - preugifde hegemonie im Guden und icharfere Bufammenfaffung im Rorben. Satte er wirflich von Anfang an Diefe beiden Puntte ale Rorrelate angefeben, fo batte er gerade bei Preisgabe Gudbeutschlands befto icafer die Annerionen fordern muffen.

Strafrichter gehöre<sup>1</sup>, sind natürlich vom Jorn des Augenblicks diftiert, aber im Kerne völlig richtig.

Was die Haltung Napoleons betrifft, so war er seit dem 11. Juli wohl definitiv entschlossen, sich mit Preußen zu einigen; er wollte tatfächlich Rords deutschland dem preußischen Einfluß überlassen, und hielt es daher wirklich für gleichgültig, ob die dort bisher bestehenden Einzelstaaten einverleibt oder nur in ihrem heerwesen und ihrer auswärtigen Politit ihrer Autonomie bes raubt würden. Für Frankreich tam das auch wirklich schließlich auf das Gleiche hinaus. Die Rompensationsforderung behielt er sich im Stillen für später vor, wenn der Umfang der preußischen Unnerionen gur Berhandlung gelangen werde; gerade deswegen vermied er hierüber bestimmte Abmachungen. Bor allen Dingen lag ihm am möglichst schnellen Abschluß des Stillstandes. Er fagte dies auch dem am 15. Juli abreisenden Pringen Reuß; diesem gab er auch einen eigenhändigen Brief an Ronig Wilhelm mit, worin er den lebhaften Wunsch aussprach, daß der König Mäßigung zeigen möge, damit man bald ju Stillstand und Frieden gelange. Solange man dessen Bedingungen nicht fenne, fürchte fich die öffentliche Meinung in Frankreich vor dem Phantome der beutschen Einheit und vor einer Erschütterung des europäischen Gleichgewichtes? burch das Rommando Preugens über 40 Millionen Deutsche. Außerdem muffe man eine Einmischung der revolutionaren Elemente fürchten, die ja auch burch ihr Eingreifen in Italien 1859 ju schneller Beendigung des Rrieges ges trieben hatten.3 Er habe daher die Friedensbasis angenommen, die den preus Bifchen Reformvorschlägen vom 10. Juni entspreche. 3ulest fügte er noch bingu, Italien werde zweifellos den Stillfand fofort annehmen, fobald Preugenes tue.

Dieser Brief mit seinen vieldeutigen, zu nichts verpslichtenden und alles vorbehaltenden Wendungen würde vermutlich im preußischen Hauptquartier lebhaftes Mißtrauen hervorgerusen haben, wenn er nicht erst in einem Augens blid angelangt wäre, als sein Inhalt schon durch neue Ereignisse veraltet war. Das eine aber zeigt er deutlich, daß Napoleon durch das Vorgehen von Golz in die günstige Lage gebracht war, die Friedensbasis als eine von Preußen vorgeschlagene, von ihm nur angenommene Verhandlungsgrundlage bezeichnen zu können. Das hatte Vismarck durchaus nicht gewollt, und er wurde, wie wir noch sehen werden, namentlich Italien gegenüber dadurch in eine sehr unerquickliche Stellung gedrängt.

<sup>1</sup> Rothan 266.

<sup>2</sup> hierin lag eine verstedte Andeutung der späteren Rompensationsforderung.

Dies sollte wohl die Antwort auf die von Goly übermittelte Orohung mit Entfesselung ber beutschen Rationalbewegung auf Grundlage der Verfassung von 1849 sein und den König vor Bismarcks revolutionären Plänen warnen.

<sup>4</sup> Das preußische Reformprogramm enthielt nichts von Annexionen.

## Fünftes Kapitel.

## Benedetti im preusischen Hauptquartier.

Wir wenden uns nun in das hauptquartier zurück und suchen festzusiellen, in welcher Beise sich hier die Forderungen für den Frieden weiter entwickelt baben.

Dier ift junächst des Zwischenspiels zu gedenken, welches durch das plöbliche Erscheinen des frangofischen Botschafters Benedetti im hauptquartier hervors gerufen wurde. Benedetti hatte ichon in Berlin unmittelbar nach der Schlacht bei Königgraß Bedenken gegen die Einverleibung norddeutscher Gebiete in Preugen, ja fogar gegen die Ausdehnung des preugischen Seerbefehls auf alle norddeutschen Streitfrafte jum Ausdruck gebracht1; fein Sefretar Lefebore de Béhaine hatte gleichzeitig sein Erstaunen ausgesprochen, daß Preußen noch fein Anerbieten an Napoleon gemacht habe. Am 7. Juli teilte der Bots schafter herrn von Werther ein Telegramm des Ministers Drounn de Lhuns mit, welches ihn beauftragte, barauf ju bringen, daß Preugen feinen Ginfluß auf Italien dazu benute, um die Annahme eines Stillftandes in Floreng burchzuseten.2 Außerdem follte er dahin wirfen, daß die an Graf Golt gu übermittelnden Bedingungen für - die Unnahme eines Waffenstillstandes burch Preugen so ausfallen möchten, daß es dem Raifer möglich sei, feine Friedensbestrebungen im Interesse Europas und der humanitat jum ges wünschten Endziel zu bringen. Gleichzeitig warnte Benedetti vor einer zu ffarten Ausnubung der preußischen Siege, da eine folche Europa beunruhigen wurde, und auch Frankreich nicht auf jede Bedingung eingehen könne, fondern eventuell eine feindliche Saltung werde einnehmen muffen.

Noch an bemselben Tage richtete Benedetti ein Schreiben an Werther3, worin er zur Einstellung des Vormarsches gegen Wien riet und namentlich

<sup>1</sup> Berther an Bismard 4. Juli.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Berther an Bismard Telegramm vom 7. Juli 4 Uhr 2 vorm., anget. 8. Juli 9 Uhr 40 vorm. Das bei Rothan 243 Anm. mitgeteilte Telegramm Droupns an Benedetti ift also offenbar nicht vollständig.

Benebetti an Werther, 7. Juli, Werther an Bismard 7. Juli. Aus ber Antwort Bis, mards vom 9. Juli führt Bapft Deutsche Revue 30, 1, 91 folgende Cape an: "Der Friede ift geschlossen, wenn Frankreich gemäßigt ist. . . . Wir sind es, wir verlangen wenig . . . Wir werden uns nur mit Rordbeutschland befassen . . . Raum daß wir von Osterreich eine Rettistation der Grenzen verlangen werden . . . . Wenn die Ideen des Kaisers noch immer die,

betonte, daß Frankreich eine vollständige Zertrümmerung Osterreichs und eine starke Landvergrößerung Preußens nicht dulden könne. Die früher von Rönig Wilhelm ausgesprochene Absicht, den legitimen Einstuß seines Staates innerhalb des bestehenden Bundes zu besterer Geltung zu bringen, sei schon erreicht; seize Preußen jeht den Krieg fort und erringe weitere Erfolge, so sei zu befürchten, daß es seine Forderungen höher spannen werde; dann könnten aber die Großmächte nicht mehr ruhig zusehen, und der König werde in die unangenehme Lage versent, daß er entweder die durch die großen Siege ers weckten Hosstungen seines Heeres und seines Landes werde enttäuschen oder große internationale Schwierigkeiten herausbeschwören müssen. Auch dieser Brief schloß mit der Bemerkung, daß eine seindliche Parteinahme Franksreichs, wenn auch unwahrscheinlich, doch nicht in jedem Falle ausgesschlossen sei.

Benedetti folgte mit diesen Ausführungen offenbar genau den Instrutztionen, die ihm Droupn de Lhups erteilt hatte. Wir wissen ja, daß dieser gegen jede Vergrößerung der preußischen Macht die schwersten Bedenken hegte und schon eine ernsthafte Drohung mit dem Eingreisen Frankreichs für auszreichend hielt, um Preußen zum Nachgeben zu zwingen. Aber diese Anweissungen entsprachen keineswegs den Ansichten, die Napoleon selbst in seinen Unterredungen mit Golf zum Ausdruck brachte.

Am 9. Juli erhielt Benedetti den direkten Befehl' sich sofort in das hanpts quartier zu begeben, um die Verhandlungen über den Abschluß des Stillstans des zu beschleunigen, und darauf hinzuweisen, in welche unhaltbare Lage der Kaiser gerate, wenn die Italiener weiter gegen Venetien vorrückten, nachdem diese Provinz an ihn abgetreten worden sei. Noch am Abend des gleichen Tages reiste er in Begleitung Lefebores von Berlin ab und kam nach einer beschwers lichen Reise in der Nacht vom 11. zum 12. Juli in Zwittau an, wo sich das haupts quartier seit dem 10. abends aushielt. Bismarck, der Werthers telegras phische Weldung über die Abreise des Botschafters damals noch nicht erhalten hatte, war im höchsten Grade überrascht.<sup>2</sup> Er empfing Lefebore, der ihn morgens um 1 Uhr aufsuchte, an seinem Arbeitstische sigend, die Feder in der Hand und den Revolver neben sich. Er erklärte sich sofort bereit, mit Benedetti

felben find, fo wird er unfere Forderungen billigen . . . Es ift unmöglich, telegraphisch zu verschandeln. Es ware besfer, Sie kamen hierher." Db diese Angaben richtig sind, vermag ich nicht zu entscheiden.

<sup>1</sup> Rothan 243; Werther an Bismard, Tel. v. 9. Juli 7 Uhr 20 ab.

<sup>\*</sup> Rothan 245f.; Bismard an Werther 13. Juli (an Berlin 16. Juli). Seine Aberraschung hat Bismard öfter ausgesprochen, z. B. in dem Diktat für den Kronprinzen vom 13. Juli bei von Lettow/Vorbed 2, 594. Wenn die Angaben von Bapst (S. 594 Unm. 3) richtig sind, kann sich die Aberraschung eigentlich nur auf die Schnelligkeit seines Erscheinens bezogen haben.

zu sprechen, und verhandelte dann mit ihm bis 4 Uhr morgens. In den nächsten Tagen fanden mindestens noch zwei weitere Unterredungen zwischen dem Winister und dem Botschafter statt, auch wurde Benedetti einmal vom König empfangen. Der Inhalt aller dieser Unterredungen läßt sich wenigstens mit annähernder Genauigkeit sesssellen. Denn wir besitzen im Wortlaut den Schlußbericht Benedettis vom 15. Juli, wenn auch nicht ganz vollständig; die Auszüge und Bruchstück aus den übrigen Berichten des Botschafters, die Rothan mitgeteilt hat<sup>1</sup>, sind nicht ganz genau, gewähren aber doch einige weitere Ausstlärung. Bismarck selbst endlich hat sich sowohl in seinen späteren Erzählungen als in den gleich nach Benedettis Abreise niedergeschries benen Mitteilungen an Baron Werther und den Grafen Golz über den Inshalt der Unterredungen im allgemeinen ausgesprochen<sup>2</sup>, ohne auf die Reihensfolge der einzelnen Erörterungen Wert zu legen.

So viel sieht fest, daß Bismark über Benedettis Erscheinen keineswegs erfreut war. Es mußte ja die Berhandlungen erschweren, wenn die gleichen Angelegenheiten in Paris zwischen Golh und Napoleon und im Hauptquarztier zwischen Bismark und Benedetti besprochen wurden, ohne daß einer von ihnen über den augenblicklichen Stand der an dem anderen Orte geführten Berhandlungen informiert war. Auch konnte Bismark nicht wissen, ob Benedetti in die wirklichen Absichten des Kaisers eingeweiht sei. So erscheint es begreislich, daß er zu Werthers Meldung, er habe die Militärbehörden aufzgefordert, Benedetti auf seiner Reise möglichst behilflich zu sein, das Wortzumm" an den Rand schrieb.

In den Besprechungen selbst erregte es Bismarck Mißtrauen, daß der Bots schafter immer wieder erklärte, zu Verhandlungen über die Bedingungen des Friedens gar keine Vollmacht oder Information zu besitzen. Trozdem verhielt es sich so, und Benedettis Schweigen gegenüber den verschiedenen Vorschläsgen, die Bismarck im Laufe der Unterredung machte, beruhte in Wirklichkeit nicht auf fluger Verechnung, sondern auf voller Unkenntnis darüber, wie weit seine Regierung etwa den preußischen Wünschen entgegen zu kommen bereit sei. Sein Auftrag ging ja nur dahin, den Wassenstillstand möglichst schnell zustande zu bringen und Preußen zu einem Oruck auf Italien im Sinne der Annahme zu bestimmen.

<sup>2</sup> Rothan 245f., Benedetti, Ma mission en Prusse 186f.

an Berther 13. Juli; an Golp Tel. v. Ejernahora, 13. Juli, f. Spbel 265 f.

Berther an Bismard, Tel. v. 12. Juli.

<sup>4</sup> heranzuziehen wären auch noch die Angaben über Bismards Gespräche mit Benedettis Sefretär Lefebore bei harcourt, Les quatres ministères de Mr. Drouyn de Lhuys 290; sie bestätigen nur, daß Bismard die Franzosen immer wieder darauf hinwies, sie möchten ihre Entschädigung in Belgien suchen.

hatte Bismard gewußt, wie unvollständig die Information bes Bot: schafters war, fo wurde er fich vielleicht gar nicht auf eine Besprechung über den Inhalt der Friedensbedingungen eingelassen haben. Da er hieran aber nicht glauben konnte, so beschloß er, mit ihm in der gleichen Beise zu vers fahren, wie er es Golt in feiner Instruktion vom 9. Juli fur die Parifer Berhandlungen vorgeschrieben hatte. Er stellte ihm also die Annexion Sachsens, Rurhessens und hannovers als eine Notwendigkeit dar und berief fich jur Rechtfertigung dieser Forderung auf die von Preußen erfochtenen Siege und gebrachten Opfer. Für Benedetti mar biefe Ausdehnung ber preußischen Ansprüche so überraschend, daß er sich nicht entschließen konnte, sie überhaupt ernst zu nehmen, und sagte, man lebe doch nicht mehr in der Beit Friedrichs des Großen, wo jeder habe behalten fonnen, mas er erobert habe; er wies ferner darauf bin, daß alle übrigen Machte fich durch eine folche Vergrößerung der preußischen Machtstellung, durch einen solchen Miße brauch des Sieges verlett fühlen würden. Außerdem war in der ersten Unterredung noch von der Unmöglichkeit für Preußen die Rede, einen Stille ftand zu schließen, bevor eine Sicherheit für annehmbare Friedensbedingungen Preugen, bemertte Bismard, haben die besten Chancen für noch weitere Siege und für die Eroberung Wiens und könne die frangofische Einmischung nur bedauern, wenn fle Preugen an ber Ausnugung feiner Erfolge zu hindern versuchen wolle. Benedetti suchte diese Ansicht zu wider: legen; wenn Preußen mäßige Forderungen stelle, die der Raiser ohne weiteres unterftuben tonne, fo liege ber Borteil feiner Beteiligung auf ber Sand; aber auch wenn Preußen feine Forderungen fo hoch fpanne, daß dadurch das Mißtrauen der neutralen Mächte hervorgerufen werden muffe, tonne die Vermittlung des Raifers und fein Versuch, sich mit Preußen freunde Schaftlich zu verständigen, nur von Vorteil sein. Auch versuchte der Botschafter ju beweisen, daß nach der Besetzung von Wien die Kriegslage für Preußen eine viel schlechtere werden wurde. So schloß die erste Unterredung ohne irgendein positives Ergebnis. Rach Rothans Angaben hatte Benedetti aus ihr die Überzeugung gewonnen, daß man nur fest und entschlossen auftreten muffe, um bedeutende Konzeffionen von Preugen zu erlangen. Db dies fo in den Berichten Benedettis fieht, oder ob Rothan hier seine eigene Un: schauung hineinlegt, dürfte mindestens zweifelhaft fein.1 Jedenfalls bieten die tatfächlichen Angaben über den Berlauf der Unterredung feinerlei Uns haltspunkt für eine folche Folgerung.

über Benedettis eigentlichen Auftrag wurde auch gesprochen. Bismarck machte den Abschluß eines Stillstandes abhängig von der Zustimmung Ita-

<sup>1</sup> Vielleicht umschreibt Rothan hier nur die S. 252 wortlich angeführte Stelle aus einem ber Berichte Benedettis, worin dieser sagt, man musse, wenn man auf den König und seine

liens und der Vereinbarung annehmbarer Friedensbedingungen. Benedetti bat darauf, wenigstens eine mehrtägige tatsächliche Waffenruhe zu bewilligen, damit man die Antworten von Florenz wegen der Justimmung und von Paris wegen der Friedensbedingungen abwarten könne. Dismarck wird sich bereit erklärt haben, diesen Wunsch dem König vorzutragen.

Aber den Eindruck dieser ersten Unterredung auf Bismarck ersahren wir ans einem Briese Roons an seine Frau², daß er sich auch jest durch die frans zösische Einmischung nicht beunruhigt fühlte. Indessen hielt er es für gut, so viel Entgegenkommen zu zeigen, wie mit dem Interesse Preußens verträgslich war, und womöglich die gewünschte Wassenruhe zu bewilligen, die ihm auch politisch nicht unerwünscht erschien, um die wichtigen Berichte der auss wärtigen Bertreter abzuwarten. Man hoffte ja jeden Tag eine Nachricht von Golz über den Berlauf seiner Besprechung mit Napoleon und den Erfolg seiner Sondierung beim baprischen Gesandten zu erhalten, und von Nedern stand noch eine Kunde darüber zu erwarten, ob Rußland etwa bereit sei, Osserreich zu direkter Verhandlung mit Preußen zu bestimmen. Erst wenn man darüber flar war, was Napoleon bewilligen wollte, und ob nicht andererseits von Össerreich und Bapern bei direkter Verhandlung dasselbe

fiegberauschte Umgebung überhaupt Eindrud machen wolle, eine viel festere und schärfere Sprache führen, als sie ihm vorgeschrieben sei. Der Sinn ware dann freilich ein wesentlich anderer, wie er nach Rothans Deutung erscheint.

Diftat Bismards vom 13. Juli für den Kronpringen bei von Letto w & Borbed 2, 595 .-Muth 33 f. Schafft fich bei Berwertung biefes Schriftstude unnötige Schwierigkeiten, indem er aus den Borten, die angebotene Baffenruhe habe politifch feinen anderen 3med als Rapoleon fo lange noch gefällig zu fein, bis wir Antworten auf Devefchen nach Varis, Veters, burg und auf mundliche Mitteilungen nach Munchen erhalten haben" in Berbindung mit einer Anweisung an Ufedom vom 11. Juli ("um Franfreich nicht vor der Zeit zu brüstieren") den Schluß giebt, Bismard fei damals jum Bruch mit Franfreich entschloffen gewesen und habe nur den geeigneten Zeitpunft bafur abworten wollen. Das tonnen diefe Worte, wenn man fie im Zusammenhang ber gangen Situation und ber fonftigen Außerungen Bismards interpretiert, nicht bedeuten. Sie wollen nur befagen: wir wollen nicht vor der Zeit Schritte tun, die Frankreich jum Bruch treiben, b. h. nicht, bevor wir genau wiffen, was Rapoleon uns bewilligen wird, ob wir une alfo mit ihm einigen tonnen oder nicht, und bevor wir nicht wiffen, ob von Ofterreich das gleiche oder mehr ju betommen ift. Bismard mag fich absichtlich in Borten ausgedrudt haben, Die fur Uneingeweihte auch einer anderen Deutung Raum ließen, ba er beide Male ju Adreffaten fprach, die für möglichft schnellen Abbruch der Berhandlungen mit Franfreich und entweder fur direfte Berftandigung mit Ofterreich, wie der Rronpring, ober für rudfichtelofe Beiterführung des Krieges, wie Ufedom, waren. Es ift daber mußig, mit Duth nach ben Grunden gu fuchen, die Bismard Damals beftimmt haben tonnten, ben Brud mit Frantreich auf jeden Fall ju wollen, und die fpater eine neue Ginnebanderung bervorgerufen hatten. Seine Bermutungen über Die entscheidende Bedeutung der Begies bungen ju Rugland find ebenfalls unbegrundet.

<sup>2 13.</sup> Juli; Roon, Dentwürdigfeiten 2, 462.

oder mehr zu haben sein werde, konnte man sich endgültig darüber ents schließen, wie man sich weiterhin gegenüber der französischen Vermittlung verhalten wolle.

Begreiflicherweise wollte der König, bevor er auf eine Wassenruhe einz ging, auch die Meinung seiner militärischen Ratgeber hören; der Kriegszat, der am 12. Juli auf der Terrasse des Schlosses Czernahora abzgehalten wurde, sollte diesem Zwecke dienen. Da nun auch von militäzrischer Seite betont wurde, daß die Urmee eine kurze Wassenruhe sehr gut gebrauchen könne, so entschloß sich der König, ein entsprechendes Angebot an Herreich gelangen zu lassen. Preußen wollte danach drei Tage lang nicht anzgreisen, wenn die Herreicher vorher das linke User der Thaya vollständig räumten, alle Truppenbewegungen sissierten und dem Verkehr auf der Prager Sisenbahn keine Hindernisse in den Weg legten. Dieser Vorschlag wurde in der Nacht vom 12. zum 13. Juli durch Lesebvre an die österreichischen Vorspossen gebracht. Es war immerhin ein Erfolg Benedettis; allerdings waren die hinzugesügten Bedingungen derartig, daß es von Ansang an zweiselhaft erscheinen mußte, ob Herreich sie annehmen werde. Auch hielt Bismarck streng daran sess, daß damit keineswegs ein förmlicher Wassenstillstand bes

<sup>1</sup> S. Rothan a. a. D. Sybel 266. Tel. Bismards an Golg vom 13. Juli: Er habe Benedetti, ber auf Stillfand bringe, wiederholt, bag ein folder ohne Buftimmung Italiens und Garantien guter Friedensbedingungen nicht gefchloffen werden tonne. Er brauche alfo vor dem Abichluß eine Erklärung aus Floreng und Rudaußerung von Golg auf feine Eröffnung vom 9. Um beibe abjuwarten, habe Preugen, um auf Andringen Benedettis dem Raifer gefällig ju fein, fich bereit erflart, die Offerreicher brei Tage lang nicht angugreifen, wenn fie ben Abschnitt nordlich der Thana raumten. Erfolge bis babin nicht Buftimmung Italiens ju einem Waffenftillftand, nebft befriedigenden Buficherungen Frants reichs über die Friedensbedingungen, fo werbe man ben Rrieg mit aller Energie fortfepen. Ferner Bismard an Werther 13. Juli: Der Ronig wurde auch auf diefes Arrangement nicht eingegangen fein, wenn die Armee nicht dringend einer wenigstens zweitägigen Rube und namentlich der Berforgung mit neuem Schuhwert bedurft hatte, welches durch die ans gestrengten Mariche und schlechten Wege ber letten Tage bedeutend gelitten habe. Auch die Berpflegungemittel feien burch ben rafchen Bormarich in Rudftand geraten und wurden auf diese Beise die Möglichteit haben, nachjutommen. Diese Erwägungen hatten entscheibend mitgewirtt, um den Ronig ju bem Abtommen geneigt ju machen. Es fei jebenfalls baran festguhalten, daß bies Abtommen fich ichon durch die Rurge ber Zeit nicht als ein Baffenftills ftand, fondern nur als ein augenblidliches Arrangement charafterifiere, welches Preußen burch die Raumung des Abichnittes bis jur Thana einen militarifchen Borteil gemabre, beffen Gewinnung durch aftive Operationen mindeftens ebensoviel, wo nicht mehr Zeit getoftet hatte, und vielleicht nicht ohne Opfer ju ertaufen gewefen mare. Db badfelbe ofters reichischerseits angenommen werbe, barüber fehle noch Nachricht. - Die Erlaubnis jum Bertehr mit den öfferreichischen Truppenführern erbat Benedetti fchriftlich am 12. Juli.

<sup>2</sup> Rothan erklärt fie für nicht ernst gemeinte Scheinbedingungen. Bgl. Bismards Außes rungen in der vorigen Anmerkung.

willigt sei, zu dem man ja der Zustimmung Italiens bedürfen würde, sondern daß nur ein tatfächlicher Stillstand der Operationen stattfinden solle.

Jedenfalls nach der Absendung Lefebvres, mahrscheinlich erft nach ber Untunft des hauptquartiers in Brunn, fand die zweite Unterredung zwifchen Bismard und Benedetti fatt. Diesmal ging Bismard etwas weiter mit ber Sprache heraus, in der hoffnung, aus dem verschloffenen Benedetti doch noch eine positive Außerung berausloden ju fonnen. Er sagte, die an Golb erteilten Instruktionen hatten nichts Absolutes; ihr hauptzweck sei, eine Berftandigung mit dem Raifer berbeiguführen; Golb fei angewiesen, je nach dem Preise, den Frankreich fordere, mit seinen Borschlägen herunterzugeben, wobei allerdings eine gewisse Minimalgrenze nicht überschritten werden durfe.1 Er fei auch bereit, mit Benedetti über die Friedensgrundlagen gu sprechen. In der gleichen oder der dritten bald darauf gehaltenen Unter: redung hat Bismard nach dem Bericht Benedettis den Borichlag gemacht, Frankreich und Preußen möchten fich über die Friedensgrundlagen unters einander definitiv verständigen; sobald dies geschehen sei, könne ein Waffen; ftillstand geschlossen werden. Er fügte bingu, auch Frankreich fonne auf Roffen der nichtdeutschen Nachbarlander seinen Territorialbestand vergrößern, wenn es mit Preugen einig fei; Benedetti erwiderte darauf, daß die bestehens den Berträge dadurch verlett werden würden und daß die Folge davon ein neuer großer Rrieg fein muffe. Bismard erflärte dies für einen Irrtum, ba Frankreich und Preußen, wenn sie unter sich über die vorzunehmende neue Gebietsverteilung einig feien, weder bei Rufland noch bei England ernfis haften Widerstand finden würden.

Diese Angaben des unmittelbar nach den Unterredungen an die frans zösische Regierung erstatteten Berichtes des Botschafters können nicht in Zweisel gezogen werden. Vismarch hat diese Andeutung offenbar gemacht, um herauszubekommen, ob Benedetti zur Forderung irgendwelcher Komspensation für Frankreich angewiesen sei. Was der Botschafter darauf gesantwortet hat, ist aus den bisher vorliegenden Bruchstücken seiner Berichte zwar nicht mit voller Deutsichkeit zu ersehen; da er aber tatsächlich ohne Insstruktion für derartige Abmachungen war, so wird er mit irgendeiner nichtssagenden Redensart ausgewichen sein.

Aus den Mitteilungen Nothans, die sich auf Benedettis Berichte stützen, aber leider nicht genau erkennen lassen, in welcher Reihenfolge die mitgesteilten Sätze und Auszüge in seinen Borlagen gestanden haben, geht aber weiter noch hervor, daß in einer dieser Unterredungen auch genauer davon gesprochen sein muß, bis zu welcher Erenze Preußen etwa in der Forderung

<sup>1</sup> So bente ich die Worte bei Benedetti 187 "pourvu qu'on agreat à Paris certaines clauses, dont le gouvernement du roi était résolu à ne pas se départir".

von Landerwerbungen heruntergehen werde. Bismark soll danach wörtlich gesagt haben — denn die folgenden in Anführungszeichen eingeschlossenen Worte werden doch wohl so in Benedettis Bericht gestanden haben — "La parole de l'Empereur nous suffit; qu'il nous garantisse personellement la contiguité des territoires et le lien à établir entre la Prusse et les états du Nord, et le roi sera satisfait." Es würde also die Zustimsmung zur Begründung eines norddeutschen Bundes und die Erwerbung von Gebieten, welche eine territoriale Verdindung zwischen den beiden Hälften des preußischen Staates herstellten, als Mindestsorderung bezeichnet worden sein. An einer anderen Stelle spricht Nothan davon, daß es sich um die Erwerbung eines Gebietes von etwa 300000 Einwohner auf Kosten von Sachsen, hans nover und Kurhessen gehandelt habe. Leider läßt sich aber aus seinen Worten nicht ersehen, ob er auch diese Angabe aus Venedettis Verichten ges nommen hat, oder ob er hier eine eigene Deutung der von Preußen aufz gestellten Mindestsorderung gibt.

Es ist nun höchst lehrreich, hiermit die Angaben zu vergleichen, die Bis, march selbst unmittelbar nach den Unterredungen dem Grafen Goltz über deren Inhalt gemacht hat. In einer Depesche vom 14. Juli sagt er², aus Benedettis Konversationen habe er den Eindruck, daß man in Paris wegen Annexion von Kurhessen und Hannover wenig Schwierigkeiten machen werde— in bezug auf lehteres vielleicht in der Boraussehung, daß England und Rußland dagegen sein würden,— aber desso mehr gegen die Annexion von Sachsen. Wenn man Kurhessen, Hannover und die Elbherzogtümer mit sessen, militärischer Organisation von Rorddeutschland erhalte, könne man zufrieden sein; ebenso aber auch andererseits mit Sachsen, Kurhessen und von Hannover nur Offsriessland und Osnabrück. Er ersuchte den Votschafter, einstweilen an dieser Basis, namentlich der erstgenanuten, sestzuhalten.

Unmittelbar nach Benedettis Abreise fügte er noch einige genauere Ansgaben über seine Besprechungen mit ihm hinzu.<sup>3</sup> Er habe ihm gesagt, Preußen sei genau nach Bunsch des Kaisers versahren, habe seine Mediation und im Prinzip den Wassenstillstand angenommen, auf sein Verlangen Golz zu verstraulichen Verhandlungen über Friedensbedingungen ermächtigt, so uns vorteilhaft diese Art der Verhandlung auch erschienen sei. hierauf habe man

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Daß die Angaben in Bismards Gedanken und Erinnerungen 242 über Benebettis Zustimmung zur Annexion von 3—4 Millionen sich nicht auf diese erste Anwesenheit des Botsschafters im Hauptquartier beziehen, sondern auf die spätere, und daß die Worte über Benesdettis plögliches Erscheinen in Czernahora späteres Einschiebsel sind, hat Thimme 436 Anm. mit Necht betont.

<sup>2</sup> Bismark an Golt, Telegramm. Brünn, 14. Juli.

<sup>3</sup> Bom Könige genehmigtes Telegramm. Brünn, 15. Juli 3 Uhr nachm.

erwartet, daß der Raiser in Aussührung der Mediation einen instruierten Bertreter ins Hauptquartier schicken werde, der Verhandlungen zwischen Preußen, Italien und Österreich herbeiführe. In diese geschäftlich natürliche Entwicklung passe die Sendung Benedettis ohne jede materielle Instruktion, nur mit Weisung, sofortigen Wassenstillstand herbeizusühren, nicht. Er könne indes kaum glauben, daß Benedetti ganz ohne Instruktion sei. Nach seinen Neden nehme er an, daß Napoleon an Preußen Österreichischenschlesien, Kurhessen, hannover und selbstverständlich engen norddeutschen Bund seiners seits konzediere, ohne es gegen andere vertreten zu wollen. Letzteres verlange man nicht, und das Nesultat halte er für genügend. Nur habe er von Benes detti gesordert, daß der Kaiser, auf dessen Wort und Gesinnung man vertraue, dessen Schätung der Verhältnisse aber von der preußischen abweichen könne, in irgendwelcher Form eine persönliche Zusicherung in diesem Sinne gebe, bevor man dauernden Wassenstillstand oder gar Kongreß annehme.

Unverfennbar hat Bismard bier die gleiche Unterredung im Auge, von welcher ber oben aus Benedettis Bericht wortlich angeführte Sat fpricht. Bismard hatte banach doch ein wesentlich größeres Minimum gefordert, als Die Berichte Benedettis oder wenigstens die Auslegung, die ihnen Rothan gibt, ertennen laffen. Leider erfahren wir auch von Bismard nicht, ob Benes betti ausdrudlich gefagt habe, daß fein Raifer Territorialerwerbungen in dem angedeuteten Umfange mahrscheinlich zugeben werde, oder ob Bismard dies nur daraus gefchloffen hat, daß der Botschafter seine Ausführungen darüber ohne Widerspruch anhörte, während er die anfänglich geforderte Unnerion aller feindlichen norddeutschen Länder als ein gang unmögliches Berlangen bezeichnet hatte. Ich mochte glauben, daß wir es bier in der Sat nur mit einem allgemeinen Eindrud, mit einer Folgerung aus der Urt, wie Benedetti fich gegenüber der Erörterung der verschiedenen Möglichfeiten verhielt, ju tun haben. Daß Bismard von seinen vergeblichen Bersuchen die Gegens forderungen Frantreiche tennen ju lernen, Gols gegenüber nichts erwähnt, ist ja ohne weiteres verständlich.

Außer mit Bismarck hat Benedetti während seines ersten Aufenthalts im Hauptquartier auch mit König Wilhelm selbst gesprochen. Die einzigen Angaben darüber finden wir wieder bei Rothan. Er gibt jedoch die Berichte Benedettis hier nicht wörtlich wieder. Er sagt, daß der Botschafter, nachdem er mit dem König gesprochen habe, sich gezwungen gesehen habe, zuzugestehen, daß es zwei Punkte gebe, von denen Preußen nicht abgehen werde, und dies seien die Gründung des Norddeutschen Bundes und eine Landerwerbung, welche die beiden Hälften der Monarchie miteinander in Verbindung bringe. Der König habe ganz besonders betont, daß eine territoriale Vergrößerung

<sup>1</sup> Rothan 252.

notwendig sei, und daß er von deren Bewilligung alle seine Entschlusse abs bangig machen muffe; benn er empfange fortwährend von allen Seiten Abressen, welche ihm zeigten, daß die öffentliche Meinung seines Landes in biefer Forderung völlig einstimmig fei. Ferner berichtet Rothan, daß der Rönig dem Botschafter in Czernahora nach dem Kriegerat perfonlich seine Bustimmung zu dem Anerbieten einer dreitägigen Waffenruhe mitgeteilt habe. Wir burfen banach annehmen, daß die Unterredung am 12. Juli flattgefunden hat. Offenbar hatte Benedetti vorher geglaubt, daß die von Bismard vertretene Forderung einer territorialen Bergrößerung Dreußens gar nicht ernst gemeint sei; erst die perfonliche Haltung des Ronigs hat ihn bavon überzeugt, daß man ohne eine folche auf Stillftand und Frieden nicht eingehen werde, und dies ift auch vermutlich der Grund gewesen, weshalb er sich in den weiteren Unterredungen mit Bismard in bezug auf diesen Punft jurudhielt, da er ohne die Absichten Rapoleons ju tennen, unmöglich die Verantwortung auf sich nehmen tonnte, diese Forderungen als unans nehmbar zu bezeichnen und dadurch vielleicht die Berffandigung zwischen Preußen und Frankreich unmöglich zu machen.

Am 15. Juli erhielt Benedetti eine bereits am 9. in Paris aufgegebene Depesche, welche ihn anwies, unverzüglich zur Berichterstattung nach Paris zu kommen. Er erwiderte sofort, daß er dies in der jesigen Situation nicht mehr für erforderlich halte. Noch an demselben Tage muß er dann einen weiteren Befehl erhalten haben, der ihn anwies, sich nach Wien zu begeben; am Mittag des 15. hatte er das preußische Hauptquartier bereits verlassen.

Die Besprechungen Benedettis mit dem König und Bismard haben ins sofern auf den weiteren Gang der Dinge keinen Ginfluß ausgeübt, als ja

<sup>1</sup> Rothan 261.

<sup>2</sup> Rad Bismards Angabe in bem Telegramm S. 601 Anm. 2. Rad Bavff, Deutsche Revue 30 I, 92 hat Benedetti in zwei nach feiner Abreife aus Brunn am 15. Juli abgefandten Depefchen nochmals ausgeführt, bag Preugen unter ein Minimum nicht herabgeben werbe, beffen brei hauptpuntte feien, Ausschluß Bfterreichs, Rordbeutscher Bund, territoriale Bers bindung ber beiden Teile ber preugifchen Monarchie. Er hat fich ferner erboten, jum Bericht nach Paris gu tommen. Sobald er bann ben Tert bes frangofischen Borichlages vom 14. Juli erhalten hatte, telegraphierte er nach Bapft a. a. D. G. 227 (ob noch am 15. in einer der icon fruber ermahnten Depefchen?) jurud, wenn man auf Annahme rechne, muffe ein Bufat gemacht werden, ber die geplanten Unnerionen pringipiell billige, aber auf 400 000 Einwohner beschränte. Darauf foll ihm am 17. Juli 1 Uhr 55 fruh geants wortet fein: "Die Praliminarien follen gur Geltung gebracht werben, wie fie find; Pring Reuß ift gleichfalls beauftragt, fie ju empfehlen." Man muß wohl annehmen, daß Bapft Die betreffenden Attenftude gesehen hat; feine Angaben paffen burchaus in den Zusammens hang. Das julest ermahnte Telegramm wurde nochmals bestätigen, daß man in Paris (wenigstens Droupn) ber fofortigen Anerkennung von Annerionen noch glaubte ausweichen gu fonnen.

ber Schwerpunkt der Verhandlungen nach Paris verlegt war. hatte Bis, mard vielleicht die Hoffnung gehabt, durch Benedetti schneller als durch Golg über Frankreichs Stellung zu den preußischen Forderungen etwas zu ersfahren, so war er darin enttäuscht worden. Aber insofern sind diese Gespräche doch nicht ohne Bedeutung gewesen, als sie bei dem Botschafter den bessimmten Eindruck hervorriesen, daß sich Preußen ohne Annexionen auf keinen Fall zufrieden geben werde. Seine Berichte konnten darüber in Pariskeinen Zweisel auskommen lassen, und dies war um so wichtiger, als, wie wir gesehen haben, Graf Golf gerade diesen Punkt der preußischen Forderungen nicht mit dem erforderlichen Nachdruck bekont hatte. Bei Bismarck anderers

<sup>1</sup> Ginen anderen Zwifdenfall brauche ich bier nur fur; ju berühren, ba ich Reues über ibn nicht beigubringen habe, und ba er auf ben Gang ber Dinge feinen Ginfiuß gehabt bat. 3d mochte aber wenigsiens barauf aufmertfam machen, wie fragmentarifch unfere Kenntnis barüber ift. Befanntlich versuchte Bismard Mitte Juli eine birefte Berffandigung mit Offerreich burch ben Brunner Burgermeifter Giefra einzuleiten. Rach Giefras Mitteilung aus bem Jahre 1871, Die von teiner Seite Widerspruch oder Beffatigung erfahren bat, waren Preugens Bedingungen: Offerreich tritt weder Gebiet ab, noch gabit es Rriegstoffen; ber Main bildet die Grenze "für preußische Bestrebungen", Guddeutschland wird felbständig und tann fich mit Offerreich naber jufammenichließen; jede Bermittlung Franfreichs bleibt ausgeschloffen. Es muß zweifelhaft fein, ob diefe offenbar ohne besondere Borbereitung in einer erregten Parlamentebebatte von Gistra aus dem Gedachtnis gitierten Borfchlage genau und vollständig wiedergegeben find; follte Bismard feine ausbrudliche Anertennung nordbeutscher Unnerionen verlangt haben, feine Erflärung, daß Offerreich auf Preugens Seite fieben werde, wenn bie Brustierung bes Raifers Napoleon den Bruch mit Frantreich jur Folge habe? Un der Tatsache felbft, daß er auf Grund derartiger Borfchlage eine Ans fnüpfung verfucht hat, tann nicht gut gezweifelt werden. Auffällig ift, daß nicht ein einziges ber Attenftude aus diefer Zeit die geringste Unspielung auf diefe Unterhandlung enthält. Bermutlich aber faßte Bismard die Sache nur als einen Berfuch auf, den er nicht unterlaffen wollte, auf deffen Gelingen er aber feine erhebliche hoffnung feste. hatte er fich ber Bus flimmung bes Ronigs verfichert, ber fo eifrig auf Abtretung öfterreichifchen Gebietes beftand? Doch wohl schwerlich. Um 17. Juli traf ein Telegramm von Goly vom 15. Juli ein, wonach ein Gerücht von bireften Friedensunterhandlungen swifden Offerreich und Preugen einen febr ichlechten Ginbrud auf Rapoleon gemacht hatte. Der Ronig hat hierzu bemerkt: Dies fei leicht ju befeitigen, mußte alfo offenbar am 17. Juli von teiner Diretten Berhandlung. Unbestimmt bleibt auch ber Zeitpuntt. Die Unterredung mit Giefra foll in Brunn fatte gefunden haben, wo fich bas hauptquartier vom 13. bis 18. Juli befand; Friediung fett fie, id weiß nicht nach welcher Quelle, auf den 15. Juli. Immerhin mare es recht mertwurdig, wenn Bismard Diefen Berfuch zu einer Zeit eingeleitet hatte, wo er, wie feine Telegramme an Goly jeigen, burchaus auf eine Berftanbigung mit Franfreich rechnete. Baron herring, ber in Gistras Auftrag bie Reife nach Bien machte, wurde vom Raifer und von Mens; borff empfangen und mußte bort faft 30 Stunden auf Antwort warten. Dann erhielt er ben Befdeib, bag Ofterreich fich auf Diefe rein private Anregung nicht einlaffen tonne, aber auf eine offigielle preußische Aufforderung bin gern einen Unterhandler ichiden wolle. Er eilte jurud und tam ein Stunde nach Benebetti in Rifoldburg an. Benedetti paffierte am 18. abende gundenburg und ericien mahricheinlich am 19. frub in Rifolsburg. Danach

seits war der wesentliche Eindruck der Gespräche, wie wir aus seinen Worten ersehen haben, daß Frankreich gegen erhebliche Landerwerbungen Preußens schließlich keine Einwendungen erheben werde, wenn man fest auf ihnen besstehe. Schon der Ton seiner Depeschen an Goltzeigt, daß er mit diesem Ergebnis recht zusrieden war, und die Aufzeichnungen von Stosch über seine Unterredung mit Vismarck vom 16. Juli bestätigen dies. Auch wird Bissmarck durch Benedettis Verhalten in der Meinung bestärft worden sein, daß Kaiser Napoleon weit entsernt sei von dem Entschluß, Preußen mit Wassenzgewalt in den Weg zu treten.

mußte Berring ebenfalls am Bormittag bes 19. bort angelangt fein. Die Entfernung Bien-Brunn beträgt 144 Rilometer, Bien-Rifoleburg 108 Rilometer; ju Bagen und unter Borpoftenschwierigfeiten burften biefe Streden nicht unter 15 refp. 11 Stunden guruds julegen fein. War herring breißig Stunden in Dien, fo ergibt fich folgende Rechnung: Abreise von Wien am 18. fpat abende: Ankunft in Wien am 17. nachmittage; Abreise von Brunn am 16. fpat abende. Das Gefprach swiften Bismard und Gietra tonnte bann am 16. Juli fattgefunden baben. - Conderbar bleibt ferner, daß Benedetti vor feiner Abreife aus Wien, also jedenfalls vor bem 18. mittags bie Buftimmung Ofterreichs ju ben frangofifchen Bedingungen erhielt, mabrend man gleichzeitig bem Baron herring noch hoffs nung auf dirette Berftandigung gegeben haben foll. Bismard felbft ertlarte die Unnahme ber frangofifden Borichlage am 18. Juli, ohne Die Rudtehr herrings abzuwarten; follte er gehofft haben, herring murde Offerreich jur Ablehnung ober bilatorifden Behandlung ber frangofischen Borichlage bestimmen tonnen? Das wurde natürlich Preugens Situation erheblich verbeffert haben. Dag er jedenfalls bei Rapoleon bie Furcht einer diretten Bers ffändigung gwifchen Preußen und Dien lebendig erhalten wollte, beweift folgender fleine Borfall. Auf bas obenermabnte Telegramm von Golt batte Baron Werther ohne vorherige Unfrage bei Bismard erwidert, von bireften Friedensverhandlungen fei ihm nichts befannt; er meldete bies Bismard am 15. Juli; Bismard telegraphierte umgehend gurud (17. Juli): bie Rachidrift fei ihm febr unerwunicht, er moge bas Gefchebene womoglich jurudnehmen. Werther gab dies Telegramm nach Paris weiter.

## Sechstes Kapitel.

## Die Feststellung der Friedensbedingungen.

Als Benedetti Brunn verließ, hatte Bismard noch feine Nachricht von Gols über deffen Verhandlungen mit Napoleon. Sobald vom 15. Juli an genauere Mitteilungen aus Paris einzutreffen begannen, trat die Notwens digfeit, entscheidende Beschlusse zu fassen, immer gebieterischer an die leitenden Männer im preußischen Sauptquartier heran. Borber aber mußten die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen ihnen selber etwa noch bestanden. beseitigt werden. Es unterliegt feinem Zweifel, daß die jum Teil recht scharfen und erregten Auseinandersebungen gwischen Bismard und bem Ronig, von denen und ersterer in seinen Gedanten und Erinnerungen ein fo dramatisch bewegtes Bild entworfen hat, bereits in diefen Tagen, wenn nicht schon früher begonnen und sich bis jum 25. Juli bingezogen haben. Bismard felbft verlegt fie freilich ausschließlich nach Nifolsburg in die Tage, wo die öfferreichischen Unterhändler dort anwesend waren, und vornehmlich in den Zeitpunkt, wo es fich um Annahme oder Ablehnung der von Bferreich folieflich jugeffandenen Friedensbedingungen handelte. Im Unschluß an feine große von Enbel abgedruckte Denkschrift vom 24. Juli foll die ents scheidende Distussion flattgefunden haben. Daß dies unmöglich richtig fein fann, und daß Bismard, ber bier ja nur aus dem Gedachtnis berichtet, Ges spräche, die fich durch langere Zeit hingezogen haben, in diese Tage gusammen: gedrängt hat, ift bereits von Leng in überzeugender Weise dargetan worden1; alle späteren Forscher haben sich ihm in diesem Puntte angeschlossen. Über den Zeitpunkt der entscheidenden Auseinandersebungen herrscht jedoch ebens fowenig Übereinstimmung, wie über die fachlichen Gegenfage, um die es fich bei dem Ringen swifchen dem Monarchen und seinem großen Minister handelte. Benn wir es versuchen wollen, uns hieruber so weit Rlarbeit gu verschaffen, als unsere Quellen dies ermöglichen, werden wir am besten von Bismards eigenem Berichte ausgeben.

Rach ber Schlacht bei Königgraß, fagt Bismarde, habe bei bem Könige junachst noch Mäßigung vorgewaltet; immerhin habe er auch schon damals

<sup>1 2</sup>ens 6. 70f.

Bedanken und Erinnerungen 2,33. Die fehr ahnliche Ergahlung Sphels 5,276f. beruht sweifellos nicht auf den Aften, sondern auf einer der spater von ihm dittierten analogen Ergahlung Bismards.

von Offerreich mehr als nüblich beansprucht "und uns als fünftige Genoffen alle bisherigen Bundesglieder, aber alle verfleinert und verlett" laffen wollen. Ihm hingegen sei es von Anfang an darauf angekommen1, eine unnötige Rrantung Offerreichs fei es durch Gebietsvertleinerung, fei es durch einen Siegeseinzug in Wien, ju vermeiben, da er den fpateren Rrieg gegen Frants reich schon habe kommen sehen; man habe sich nicht unnötigerweise unverföhnliche Gegner in den jetigen Bestegten schaffen durfen. Spater seien dann bei dem König noch andere Wünsche hervorgetreten2, die teils in ihm selbst entstanden, teils "durch außere Ginflusse erzeugt" worden seien. "Der Ronig wollte Teile von Sachsen, hannover, heffen annektieren, besonders aber Unsbach und Banreuth wieder an fein haus bringen. Seinem farten und berechtigten Familiengefühl lag der Rückerwerb der franklichen Fürstentumer nahe." Der Verzicht auf Ansbach und Banreuth sei dem König noch schwerer geworden als der auf Offerreichisch/Schlesien, Deutsch/Bohmen und Teile von Bismarck führt dann weiter aus, daß die frankischen, von der hauptmasse der Monarchie geographisch getrennten Landesteile im Kriegsfall schwer zu behaupten gewesen seien, und daß eine folche Berftummelung Banerns beffen Berfohnung und fpateren Beitritt jum Bunde fehr erschwert haben wurde. Es fei ihm jedoch in Nitolsburg nicht gelungen, dem Ronig biefe Gesichtspunkte annehmbar zu machen, und er habe deshalb das Anerbieten des baprifchen Ministers v. d. Pfordten, sich an den Friedensverhandlungen ju beteiligen, jurudweisen muffen. Aus abnlichen Grunden habe er bes Rönigs Absichten auf Offerreichische Schlessen und böhmische Gebiete befämpft. während Pring Friedrich Rarl geraten habe, Reichenberg, das Egertal und Karlsbad als Glacis vor den fächsischen Bergen zu behalten. Schon um die Berhandlungen nicht zu verschleppen und die Gefahr frangofischer Einmischung nicht zu verstärken, sei er bagegen gewesen. Undere Bunsche des Königs hatten fich auf Westfachsen, Leipzig, Zwidau und Chemnis, "jur Serftellung der Berbindung mit Bayreuth" gerichtet. Un allen diefen Forderungen foll der König noch am 24. Juli, als er die Genehmigung von Bismards Dents schrift ablehnte, festgehalten haben. Bismard will in seinem damaligen Bortrag, den er an der hand der Denkschrift hielt3, nochmals die Berlegung Diferreichs dringend widerraten und betont haben, daß eine Zertrummerung bes Raiserstaates gar nicht im Interesse Preußens liege, und daß Preußen die deutschiösterreichischen Gebiete weder gang noch teilweise brauchen könne. Ferner habe er auf die militarischen Grunde hingewiesen, die gegen eine Fortsetzung des Krieges nach Ungarn hinein sprächen. Der König habe bas

<sup>1</sup> S. 37f.

<sup>2</sup> G. 38f.

<sup>3</sup> G. 44f.

alles ingegeben, aber die von Offerreich gebotenen Bedingungen für uns genügend erklärt; Offerreich sei der hauptschuldige und könne nicht ungeftraft bavontommen, es muffe Gebiet abtreten. "Ich erwiderte, wir hatten nicht eines Richteramts zu walten, fondern deutsche Politif zu treiben; Offerreichs Rivalitätstampf gegen und sei nicht strafbarer als der unfrige gegen Sferreich: unsere Aufgabe sei herstellung oder Anbahnung deutschenationaler Einheit unter Leitung des Ronigs von Preußen." Daher durfe man auch nicht, wie der König es wolle, alle dentschen Staaten ju Abtretungen nötigen; durch Berffummelung ihrer Gebiete wurden fie ju unjuverläffigen Bundesgenoffen werden. Auch eine Entschädigung der verkleinerten Staaten durch andere Landftude werde das Gefühl der Berbitterung bei den Betroffenen nicht aufbeben. So fei er gegen eine Entschädigung Sachsens durch banrifche Bes biete, heffen Darmftadts durch Afchaffenburg, endlich eine Bergrößerung Badens durch die banrifche Pfalz und Gebiete am unteren Main eingetreten. Zulett fagt Bismard noch: "Borwiegend schien mir bei G. M. die von milis tärischer Seite gepflegte Abneigung gegen die Unterbrechung des Sieges; laufes der Armee."

Als Kern des ganzen Gegensatzes erscheint in Bismarcks Darstellung unzweiselhaft, daß er selbst große politische Gesichtspunkte vertritt — deutschenationale Einheit, daraus folgend Schonung der deutschen Gegner; fünstiges Bündnis mit Österreich, daraus folgend Schonung des Kaiserstaates — während der König teils von moralischen Motiven — gerechte Bestrafung aller Gegner — teils von dynastischen Empfindungen — Zurückgewinnung ehemals hohenzollernscher Gebiete —, immer aber von gefühlsmäßigen Besweggründen geleitet erscheint, die mit den politischen Bedürsnissen in schrossem Widerspruche stehen. Daneben tritt noch sein Widerstreben gegen die Untersbrechung des Siegeslauses der Armee hervor.

Es wäre gewiß falsch, die offenbaren Unrichtigkeiten in bezug auf den Zeitpunkt dieser Auseinandersetzungen als Kriterium gegen die Zuverlässigs teit des ganzen Berichtes zu betrachten. Die Rebenumstände und Einzels heiten könnten sich sehr wohl in Bismarcks Gedächtnis im Lause eines vollen Menschenalters verschoben und verwischt haben, und der Kern des sachlichen Gegensatzes könnte gleichwohl richtig von ihm festgehalten sein. An sich erscheint es nach der Persönlichteit und Anschauungsweise des Königs und Bismarcks durchaus glaublich und sogar wahrscheinlich, daß dieser aussschließlich das staatliche Interesse, jener daneben auch mehr gefühlsmäßige Erwägungen in den Vordergrund gestellt haben wird. Ob aber der Gegensatzenischlich so schroff und prinzipiell gewesen ist, und ob er sich in den einzelnen Puntten wirklich so geäußert hat, wie Vismarck erzählt, das bedarf noch eingehender Untersuchung.

Sehr auffallend ist es, daß Bismard über einen der wichtigsten Gegens ftande des Streites vollständig schweigt. Er fagt mit feinem Worte, von wem ber Gedanke ausgegangen ift, die großen Unnerionen ganger norddeutscher Staaten vorzunehmen. Rur wenn man aus seiner Darftellung die darin nicht ausgesprochenen Folgerungen sieht, fann man zu dem Ergebnis ges langen, daß er diesen Gedanken für sich selbst in Anspruch nimmt. Der Ronig hatte weder vom Standpunkt ftrafender Gerechtigkeit aus zur vollen Unnerion einzelner känder, mährend andere gang ungeschmälert blieben, ges langen können, noch von dynastischen Gefühlen aus, da ja der größte Teil der annektierten gander seinem hause niemals gehört hatte. Indem Bismard andererseits seine eigenen Bedenten gegen die Zerstückelung gegnerischer Länder entwickelt, läßt er durchbliden, daß er es für beffer gehalten habe, diejenigen länder, von denen man aus irgendeinem Grunde überhaupt Abtretungen fordern wollte, gang einzuverleiben. Er fagt dies aber nirgends ausdrücklich, und wenn wir nicht wüßten, daß tatfächlich anneftiert worden ift, konnte man aus seinen Worten auch die Meinung berauslesen, daß er überhaupt feine Gebietserweiterung für Preugen erftrebt habe. hier ift alfo jedenfalls eine bedenkliche Lude in seiner Erzählung, die man auf Grund anderer Nachrichten auszufüllen versuchen muß.

Bergegenwärtigen wir uns zunächst noch einmal im Jusammenhang, was wir von den Forderungen des Königs vor dem 15. Juli wissen. In jener oben wörtlich mitgeteilten Aufzeichnung vom 5. Juli¹ treten Gesichts; punkte, wie sie ihm Bismard zuschreibt, kaum hervor. Die Suprematie über ganz Deutschland, der Bertrag mit Österreich sind rein politische Forderungen etwa in dem Sinne, wie Bismard selbst gewirkt haben will. Gleichmäßige Bestrafung der Gegner wird nicht verlangt, da ja Hannover und Österreich kand abtreten sollen, die übrigen Gegner nicht, Baden sogar mit einer Ronztribution verschont werden soll, obgleich es ebenso, wie die anderen gegen Preußen gekämpst hat. Bei der nahen Berwandtschaft des Königs mit dem Großherzog wird man hier ein dynassisches Motiv als wirtsam annehmen dürsen; ebenso ist natürlich die Forderung Ostsrieslands in der früheren Zugehörigkeit dieses Landes zu Preußen begründet. Für die Erbsolge in Braunschweig und "etwas böhmische Abtretung" dürste es dagegen schwer sein, einen derartigen Beweggrund zu sinden.

Eine Gebietsvergrößerung will der König von Anfang an, wenn auch nur eine recht bescheidene; es sei denn, daß man hinter dem Schweigen über das Schickfal Sachsens den Bunsch nach ganzer oder teilweiser Einverleibung dieses Staates vermuten darf.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> G. oben G. 534.

<sup>2</sup> S. oben S. 535.

In der Besprechung vom 7. Juli, die vor der Absendung des Prinzen Reuß stattsand<sup>1</sup>, scheinen wesentlich neue Gesichtspunkte beim König nicht hervorgetreten zu sein; wenigstens hat Reuß nichts davon erfahren. Das könnte ja damit erklärt werden, daß man ihn absichtlich in etwa bestehende Reinungsverschiedenheiten nicht habe einweihen wollen; aber auch Bismarckscheint bei der Absendung des Erlasses vom 9. Juli aus Pardubis von einer nennenswerten Veränderung in den Ansichten seines herrn nichts zu wissen, da er auf dessen Auszeichnung vom 5. Juli deutlich Bezug nimmt.

Weiteres erfahren wir über Wilhelms Stimmung erst am 12. Juli. Benedetti gegenüber sprach er sich an diesem Tage dahin aus², daß er außer dem Norddeutschen Bunde eine territoriale Vergrößerung verlange, die gesnüge, um unter annehmbaren Bedingungen die beiden Hälften der preußisschen Monarchie miteinander zu verbinden. Er bestand dem Botschafter gegenüber ganz besonders auf dieser Gebietsvergrößerung und erklärte ihm, wie wir schon wissen, sogar, daß er von der Bewilligung dieser Forderung alle seine weiteren Entschlüsse abhängig machen werde.

hier tritt ein gang neuer Gesichtspunkt hervor, der von nun an in allen weiteren Erörterungen eine große Rolle spielt, die Berftellung eines einheits lichen preußischen Staatsgebietes. Bismard spricht in feiner Ergablung gar nicht davon, weder als er seine eigenen noch als er des Königs Plane barlegt. Dennoch liegt es auf der Sand, wie wichtig diefe Erwägung werden und wie ftart fie die Auswahl der ju erwerbenden Gebiete beeinfluffen mußte. Der König fpricht fie bier jum erften Dale aus; aber fammte fie von ihm? Waren es wirklich nur die einlaufenden Adressen, die ihn auf das Verlangen einer größeren Gebietserweiterung gebracht haben? Gewiß werden fie mits gewirft haben, ebenfo wie die machfende Erfenntnis von der Große des erfochtenen Sieges3 und die Berichte der diplomatischen Vertreter, die deutlich geigten, daß man überall Annexionen erwarte und hingunehmen bereit fei.4 Aber gewiß hat auch Bismard in bemselben Sinne gewirft. Auch bei ihm erscheint das Motiv des geschlossenen Staatsgebietes ausdrücklich jum erften Male in den Unterredungen mit Benedetti, wo er außerdem darauf hinweist, bag ohne dieses Zugeffandnis ber König nicht zufrieden sein werde. Aber es liegt boch ber gleiche Gedante den Ausführungen des Erlaffes vom 9. Juli fcon jugrunde; und ich habe früher bereits nachgewiesens, daß dies ein alter Gedante Bismards war, den er icon vor dem Ausbruch des Krieges mehrfach

<sup>1</sup> G. oben G. 539.

<sup>1 6.</sup> oben 6. 602.

Befonders, aber ju einfeitig betont von Thimme 412f.

<sup>6.</sup> oben 6. 560ff.

<sup>1 6.</sup> oben 6. 558f.

geäußert hat. Wir können wohl annehmen, daß solche Erwägungen auch dem Rönig von Anfang an nicht fern gelegen haben, daß sie sich aber erst unter dem Einfluß Bismarcks und der übrigen genannten Faktoren zu einer bestimmten Mindestforderung verdichteten. Wäre die Ansicht des Königs schon am 9. Juli in diesem Punkte eine so feste gewesen, wie sie drei Lage später Benedetti gegenüber ansgesprochen wurde, so hätte Bismarck in seinem damaligen Erstaß die Mindestforderung offenbar anders formulieren mussen.

Aus ben nächsten Tagen erfahren wir nichts über bie Unschauungen bes Königs. Bismard hat in den oben erwähnten Telegrammen an Golf vom 14. und 15. Juli die Meinung ausgesprochen, daß neben der Gründung eines Rordbeutschen Bundes und der Erwerbung der Elbherzogtumer entweder die Einverleibung von gang Sannover und Rurheffen, oder von gang Sachfen, Rurheffen und dem westlichen Teil hannovers ein genügendes Resultat des Rrieges fein werde. Außerdem besteht er noch auf der Erwerbung von Ofters reichische Schlessen; am liebsten ift ihm die Unnerion von Rurhessen und Sans nover. Aus den Telegrammen selbst läßt sich nichts darüber ersehen, ob er mit bem König inswischen noch einmal über diese Fragen gesprochen hat, und ob biefer feine Zustimmung ju ber bier ffizierten Ausbehnung ber Annerionen vorher erteilt hat. Die weiteren Ereignisse werden es und jedoch mahrscheinlich machen, daß dies nicht der Fall gewesen ift. Offenbar gieht Bismard bier bes reits die Unnerion ganger Lander der Ginverleibung einzelner Stude vers schiedener kander vor; und wenn er Rurheffen auf jeden Fall und hannover lieber als Sachsen annettieren will, fo werden wir den Grund dafür, abges feben von dem Widerftreben Frankreichs gegen die Einverleibung Sachfens darin ju fuchen haben, daß auf diese Urt fein Bunfch nach einem geschloffenen Staatsgebiet am vollständigsten befriedigt werden fonnte. Er verwirft aber weder pringipiell die Teilannerionen, noch besteht er darauf, daß von Offers reich gar nichts verlangt werde.

Gleich nach Benedettis Abreise gelangte am 15. mittags das erste Teles gramm von Golf vom 11. Juli in Bismards hände. Es war, wie wir uns erinnern, abgeschickt, bevor Golf die Instruktion vom 9., aber nachdem er bereits das Telegramm vom 10. Juli erhalten hatte, und gab nur Nachricht von der ersten vorläusigen Besprechung, in welcher die einzelnen Bedingungen noch nicht diskutiert worden waren. Aber schon dieser Bericht erweckte offens bar bei Bismarck die Borstellung, daß Golf in Paris zu zaghaft aufträte und sich durch die Orohung mit einer Wendung Frankreichs gegen Preußen zu start einschüchtern lasse, denn er teilte ihm telegraphisch mit, daß eine Annähes rung Rußlands und Englands an Preußen fühlbar seizer wies auf Symptome

<sup>1</sup> Dies fagt Bismard ausbrücklich in seinem Telegramm an Goly vom 15. Juli.

aus baprischen und badischen Truppen hin, bei frangosischer Einmischung gu Preußen übergeben zu wollen, und wedte die Reminiszenz an die Sachsen bei Leipzig. Fortschritt und Demofratie seien in Preußen zu jedem Opfer für einen Arieg gegen Frankreich bereit, und es erscheine die volle Entzündung des nas tionalen Geistes gegen solche Eventualität tunlich. Dies alles sei für Golb verfönlich bestimmt, behufs Kestigkeit gegen Drohung. Bezüglich der Bedins gungen fprach fich Bismard jest etwas abweichend von dem, was er furt pors her gesagt hatte, aus. Bekomme man heffen und entweder hannover oder Sachsen oder die halfte von jedem der beiden letten, und eine Grengregulies rung gegen Offerreich, beren Gefamtergebnis geringer als Offerreichische Schlesien fein könne, und den Rorddeutschen Bund, fo konne der Friede in 24 Stunden abgeschlossen sein1, und zwar ausschließlich durch frangofische Bers mittlung. Wolle Frankreich, fatt die Pflichten der übernommenen Mediation zu erfüllen, Preußen an England und Rugland verweisen, so sei der dirette Beg dahin fürzer und offen. Bon den Elbherzogtumern hielt er es für richtig. gar nicht zu sprechen, sondern Preußens Besit als selbstverständlich vorause ausegen.

Daraus erhellt unzweiselhaft, daß Bismard die Gefahr eines französischen Krieges nicht als so nahe bevorstehend ansah, wie Golz, und sich von festem Auftreten gegen Napoleon mehr versprach, als von Nachgiebigkeit.<sup>2</sup> Er rechnet durchaus auf eine Verständigung mit ihm. Ebenso sieht man daraus, daß der Umfang der Annerionen bei ihm noch nicht ganz festseht; nur einen ungesfähren Gesamtbetrag hat er vor Augen, der aber durch die Summierung verschiedener Einzelpossen erreicht werden kann. Gegen die teilweise Ansnerion von Sachsen und Hannover zeigt er feine prinzipielle Abneigung, wenn es ihm auch offenbar lieber wäre, eines dieser Länder ganz zu bekommen. Kurshessen scheint er auf jeden Fall ganz für Preußen behalten zu wollen. Der Gessamtumfang bleibt hinter dem, was später erlangt wurde, noch etwas, wenn

<sup>1</sup> Es ift bemertenswert, daß Bismard hier feinen Borbehalt in betreff Italiens macht, beffen Buftimmung boch offenbar in 24 Stunden nicht zu beschaffen gewesen ware.

<sup>2</sup> Anders Spbel 274f. Nach ihm soll Bismard gerade infolge dieser Nachrichten von Golf die Berständigung mit Frankreich als problematisch betrachtet und deshalb die Sendung herrings nach Wien in die Wege geleitet haben. Aber die letztere Frage s. oben S. 604 Aum. 1. Auch Leng 79 und besonders 102 u. 106 f. überschätzt die Besorgnis Bismards vor Napoleon. Daß der Kaiser seit dem 11. Juli jeden Gedanken an feindliches Austreten gegen Preußen und Italien ausgegegeben hatte, konnte er freilich nicht wissen; aber auch für den Fall, daß Napoleon mit Krieg drohen würde, wollte Bismard nie über das am 9. Juli aufgestellte und in den Besprechungen mit Benedetti noch näher umschriebene Minimalprogramm hinaus Zugeständnisse an Frankreich machen. Auch später fürchtete er sich weniger vor Napoleon, als davor, daß Osterreich nachher den Bedingungen eine andere Auslegung gebe wie Preußen, daß dann die Verhandlungen scheitern könnten und die durch den Wassenstillstand für weiteres. Bordringen verlorene Zeit der Erholung Osterreichs zugute kommen werde.

auch nicht sehr viel, zurück. Dies Telegramm ist am 15. Juli abgeschickt, aber erst am 16. Juli vom König genehmigt worden. Wir werden demnach anzusnehmen haben, daß es von Bismarck ohne vorherige Besprechung mit dem König abgesaßt und diesem erst einen Tag, nachdem es expediert war, nachsträglich zur Genehmigung vorgelegt worden ist. Es muß demnach am 16. Juli eine Beratung zwischen Bismarck und dem König stattgefunden haben.

Vorher war, noch am 15. Juli, die erste Depesche von Golt vom 13. Juli eingetroffen; sie war jedoch wegen Verstümmelung des Textes nicht ganz versständlich. Wie wir wissen, enthielt sie nur die allgemeine Angabe, daß Golt die Gewißheit erlangt habe, man werde sich mit dem Raiser verständigen können, wenn man sofortigen Wassenstillstand bewillige. Dieser Sat muß immerhin lesbar gewesen sein, da Vismarck am 16. Juli mit Genehmigung des Königs — also nach der oben erwähnten Besprechung — telegraphisch ante wortete², man sei bereit, wenn Napoleon sich die preußischen Bedingungen ans eigne und sie nach Wien empsehlen wolle, den Wassenstillstand sofort abzusschließen. Geldentschädigungen von Süddeutschland werde man auch sordern dürsen; auf Hanau und Fulda würde Preußen gegen Stücke von Nassau und Darmstadt verzichten können, so daß sich durch den Rompler Hanau, Nassau, Frankfurt, Teil von Oberhessen eine Ausgleichung sinden lasse, die eine Trennung zwischen Nord und Süd herstelle.

Bergleicht man diese vor der Absendung vom König genehmigte Anweissung mit derjenigen vom vorigen Tage, so nimmt man eine erhebliche Bersschiedenheit in der Zusammensehung der Annexionen wahr. Auch Kurhessen sollte jest zum Teil bestehen bleiben, und der dadurch für Preußen entstehende Berlust durch Stücke von Rassau und Oberhessen ausgeglichen werden. Ob die übrig bleibenden Reste von Kurhessen, Nassau und Oberhessen mit Frankssurt<sup>4</sup> zu einem Staate vereinigt werden sollen, oder ob man sie unter die bisscherigen Herrscher dieser Gebiete verteilen will, ist nicht deutlich; klar ist nur, daß man sich einen guten Eindruck auf Napoleon davon verspricht, wenn zwischen dem preußischen Gebiet und dem Main selbständige, wenn auch natürlich dem Norddeutschen Bunde angegliederte Gebiete bestehen bleiben.

Man wird wohl nicht irren, wenn man aus dieser Berschiedenheit ben Schluß zieht, daß der König mit der ihm nachträglich vorgelegten Depesche vom 15. Juli nicht ganz einverstanden gewesen ist, und seine Genehmigung dazu nur unter der Bedingung gegeben hat, daß jene nachträgliche Korreftur

<sup>1</sup> Rach Angabe Bismards in feinem Tel. an Goly v. 16. Juli.

<sup>2</sup> Bom Könige genehmigtes Tel. v. 16. Juli.

<sup>3</sup> Wieder geschieht der Zustimmung Italiens teine Erwähnung.

Frankfurt wird hier überhaupt jum erften Male ermant; es bleibt aber noch untlar, ob es Preugen oder einem neugubildenden (heffifchen?) Staate eingefügt werden foll.

an den aufgestellten Forderungen vorgenommen werde. Die viel schärfere Betonung der Teilannerionen in dem späteren Telegramm dürfte also den Bunschen des Königs entsprochen haben.

Bur Erganzung und Erläuterung des Telegramms vom 16. Juli bient eine gleichzeitig abgefandte Depefche an Werther, die zur Mitteilung nach Veters: burg bestimmt mar.1 hier heißt es über die preußischen Forderungen: Bon Offerreich begehre man feine weitere Abtretung als eine Grengregulierung in Schlesien. Aber man bedürfe einer gesicherteren Stellung in Norddeutschland burch herstellung des territorialen Zusammenhangs durch Territorialerwerb und eine feste militärische Organisation. Preugen muffe diejenigen, die ibm feindlich gegenübergestanden hatten, anders behandeln als feine Freunde. Die nach Paris gestellte Maximalforderung begreife die Unnerion der feinds lichen lander bis jur baprischen Grenze und Mainmundung nebft Kriegs; toften von Süddentschland. Gegen herrn Benedetti habe Bismard mundlich angedeutet, daß Preußen mit je der Salfte von Sachsen und Sannover und mit Rurhessen ohne Sanau zufrieden ware. Dieser wolle jedoch lieber Sannover gang und von Sachsen nichts als Rriegsentschädigung gewähren. In bezug auf den Kompler Sanau, Raffau, Frantfurt, Oberheffen werde fich eine Aus: gleichung finden laffen, die eine Trennung gwischen Nord, und Guddeutschland berfielle und den Sympathien Ruglands für Darmftadt Rechnung trage.

Bismard erhält hier also die alte Maximalforderung vom 9. Juli noch anfrecht; die Minimalforderung erscheint höher als damals und in dem gleis chen Sinne, den wir aus den letzten Depeschen kennen, genauer präzissert. In den Telegrammen an Golt ist also die Maximalforderung nur deswegen übergangen, weil sie ihm bekannt ist und keine Anderung erfährt; nur die Modisikationen der Mindeskforderung werden ihm mitgeteilt. Er soll natürlich trotzem versuchen, Zugeständnisse zu erlangen, die dem Maximum möglichst nahe kommen.

Von Interesse ist es auch, daß in dem Konzept zu dem Telegramm an Wersther ursprünglich gesagt war, diejenigen, die fein Land abträten, würden bes deutende Kriegskosten zahlen müssen; Kurhessen sei Bedürfnis der Verbindung zwischen beiden Teilen der Monarchie; auch Hannover hätte man ein Recht zu fordern; man könne sich aber mit Ostsriesland und Osnabrück, welch letzteres ebenfalls als Verbindung wichtig sei?, begnügen, wenn durch den Erzwerb von Sachsen die preußische Grenze aus der Nähe der Hanptstadt weg nach dem Gebirge hin verlegt werde. Die Wichtigkeit dieses Besitzes habe der Feldzung gezeigt; Preußen könne die Mittelstaaten in Norddeutschland keinessalls so groß lassen, daß die ernste Gefahr, die diesmal gedroht habe, im Rücken und

<sup>1</sup> Bismard an Berther fur Redern in Petersburg 16. Juli.

<sup>2</sup> Ramlich swiften Offfriesland und Beftfalen.

Herzen seiner Landesteile sich wiederhole. Durch alle diese Erwerbungen reiche es noch lange nicht an Osserreichs Fläche und Bevölkerung; seine Stellung werde immer nur desensiv start werden. Die kleinen Staaten in Norddeutsche land seien wenig hinderlich, wenn ein festorganisiertes Bündnis bestehe, und daneben ein freies Verhältnis zu Süddeutschland und Osterreich. Aus Benes dettis Außerungen habe Vismarck entnommen, daß man in Paris wegen hessen und hannover weniger Schwierigkeiten machen würde; für den Erwerb von Sachsen glaube man Außland günstig.

Das erffe Kongept diefes Telegramms ift vom 15. Juli batiert; wir durfen daher annehmen, daß die Anderung des Tertes auch hier eine Folge der Kons fereng mit dem Rönig gewesen ift. Auch ift in der endgültigen Fassung die Stelle, welche eine Teilung Rurheffens, Naffaus und Dberheffens in Aussicht nimmt, gegenüber bem erften Entwurf neu hinzugetommen; dies beffätigt unfere Vermutung, daß fie einem Buniche des Königs ihre Entstehung vers bankt. Auch wird in der erften Faffung gang Sachsen gefordert, und die Leis lung hannovers nur widerftrebend und wenn es nicht anders geht, jugeftanden. Im endgültigen Text dagegen ift von je der halfte Sachsens und hannovers die Rede. Es scheint also in der Tat eine Meinungsverschiedenheit darüber ffattgefunden zu haben, ob die Vollannerion einzelner Länder, die Bismard vertrat, oder die Teilannerion von Studen aller norddeutschen Staaten, die ber Ronig munichte, vorzugiehen fei. Die Motivierung der Forderungen mit ber Notwendigkeit eines geschlossenen Staatsgebietes und ber Schädlichkeit gu mächtiger Bundesglieder ift uns bereits befannt. Endlich wird bei der Aus, mahl auf die Bunsche Frankreichs und Auflands Rudficht genommen; im ersten Konzept foll sogar der Berfuch gemacht werden, Rugland für die ausdrückliche Billigung der Unnerion gang Sachsens zu gewinnen, woraus fich Frankreich gegenüber hatte Rapital schlagen laffen. Indeffen wird Bismard fich gefagt haben, daß Rugland hierauf schwerlich eingehen werde. Bu Gud: beutschland und Offerreich wird ein loferes Berhältnis ins Auge gefaßt, gang wie in dem Reformprogramm vom 10. Juni und in der Aufzeichnung des Königs vom 5. Juli.

In der Konferenz vom 16. Juli hat offenbar auch das Telegramm des Grafen Goly vom 11. Juli eine Rolle gespielt, das, wie schon früher erwähnt wurde, am 15. Juli in Brünn eingetroffen war. I Zu der Stelle, wo Goly mitzteilt, Rapoleon wolle wissen, ob Preußen bei Empfehlung seiner Bedinz gungen durch den Kaiser in Wien, sofort Waffenstillstand schließen wolle und zu dem Vorbehalt, daß dabei gewisse militärische Bedingungen gestellt werden müßten, finden sich zustimmende Bemerkungen des Königs. Wo davon die Rede ist, daß bis zum Abschluß des Stillsfandes militärisch nicht weiter vorz

<sup>1</sup> S. oben S. 574, 578 und 611.

gegangen werden solle, hat der König ein Ausrufungszeichen gemacht; am Schluß aber, wo Golt betont, daß seines Erachtens im Ausschluß Österreichs alles liege, hat König Wilhelm zugestimmt, aber zugleich seiner Meinung Ausschuck gegeben, daß dafür auf Napoleons Zustimmung nicht zu rechnen sei. Es scheint also, als habe der König nach den bisherigen Berichten von Golt den Eindruck gehabt, daß der förmliche Ausschluß Österreichs aus dem neuen Deutschland bei Napoleon auf Widerspruch stoßen werde. Auch über diese Frage wird also am 16. Juli gesprochen worden sein.

Fassen wir alles zusammen, was sich aus diesen freilich immerhin nur uns sicheren Anzeichen schließen läßt, so ergibt sich als wahrscheinlich, daß Bismarck mehr auf der vollen Unnerion einzelner gegnerischer Gebiete bestanden hat, während der König es vorzog, alle diese Länder, wenn auch mehr oder minder fart vertleinert, bestehen zu laffen. Einig waren sie darin, daß die Aus: wahl der Gebiete so getroffen werden muffe, daß ein geschlossenes preußisches Staatsgebiet entstehe. Ansprüche des Königs auf süddentsche Gebietsteile treten hier so wenig, wie in seinen früheren Rundgebungen hervor; vielmehr leistet der König, indem er die Depesche genehmigt, die jene norddeutschen Ers werbungen für genügend erklärt, ausdrücklich auf folche Bergicht. Er halt den Ausschluß Offerreichs für wichtig, aber schwer erreichbar. An einer Landabe tretung Ofterreichs halt er fest.1 Ferner muß der Ronig, da er fich damit einverstanden erklärt, daß wenigstens eventuell Sannover oder Sachsen gang einverleibt werden follen, sein prinzipielles Widerstreben gegen Vollannerionen wenigstens insoweit aufgegeben haben, als er sie als eine annehmbare, wenn auch vielleicht nicht als die wünschenswerteste Lösung gelten ließ. Wahrscheinlich rechnete er noch immer damit, daß Napoleon so viel nicht zugestehen werde. Um liebsten würde es ihm wohl gewesen sein, wenn Preußen das nördliche Rurs hessen mit den angrengenden Studen von Nassau und Oberhessen, das weste liche Hannover, die Hälfte von Sachsen und Ofterreichische Schlesien hatte bes fommen tonnen. hierbei hat auch gewiß ber Bunfch mitgesprochen, wenigstens alle norddeutschen Gegner in gleicher Weise durch Landabtretungen ju bestrafen, während die süddeutschen mit Kontributionen davon tommen sollten.

Bann die zweite von Goly am 13. Juli abgefandte Depefche in die Sande Bismards gelangt ift, läßt fich leider nicht genau feststellen; da Bismards

<sup>1</sup> Stofch gegenüber erklärte Bismard ichon am 16. Juli vormittags, offenbar vor der Unterredung mit dem König, daß seines Erachtens teine Gebietsabtretung von Österreich gefordert werden durfe. Dem entspricht es, daß er in seiner Formulierung der Depesche vom 25. Juli nur von einer Grenzregulierung spricht, die geringer sein tonne als Osterreichisch, Schiesten. Offenbar war er auch damit hinter den Wunschen des Königs zurückgeblieben, da nachber immer wieder von Osterreichisch, Schlessen ohne Einschränkung die Rede ift.

oben erwähntes Antworttelegramm nur auf die erste Bezug nimmt, muß die zweite wohl erst später angekommen sein. Am 17. Juli hat sie sich jedenfalls auch in Bismarcks händen befunden; denn an diesem Tage mittags 2 Uhr 25 Minuten teilte er an Golh telegraphisch mit<sup>1</sup>, daß General Woltke und er nach Lage der Dinge in Paris darüber einig seien, nicht nach Wien zu gehen, und hofften, die Genehmigung des Königs hierzu zu erlangen. Bordringen bis an die Donau, oberhalb oder unterhalb Wiens, unter Bedrohung dieser Hauptstadt werde aber unentbehrlich sein, wenn die durch hoffnung auf stanzösische hilse neu gekrästigte Neigung Kaiser Franz Josess zur Fortsührung des Krieges überwunden werden solle. Da hier ausdrücklich auf die Lage in Paris Bezug genommen wird, muß Bismarck damals bereits die zweite Despesche vom 13. Juli gekannt haben, worin Golh sagt, daß Napoleon gegen das Versprechen eines Wassenstillstandes und sofortigen Innehaltens mit allen militärischen Bewegungen nach Wien die vereinbarten Bedingungen Östers reich zur Annahme empsehlen wolle.

An demselben Tage gelangte auch der aussührliche Bericht vom 11. Juli ins Hauptquartier², der, wie wir wissen, die Unterredung genauer schilderte, die Golh vor dem Eintressen der Instruktion vom 9. Juli mit Napoleon gehabt hatte. Diesen Bericht hat Bismarck mit einigen interessanten Nandbemerkungen versehen.³ Er schickte sosort eine telegraphische Antwort an den Gesandten ab4, worin es heißt: "Ich kann dem Ausschlusse Österreichs aus dem Bunde das Hauptgewicht in der augenblicklichen Lage nicht beilegen.⁵ Dieser Aussschluß ergibt sich von selbst; der Bund ist faktisch und moralisch beseitigt und keine Macht in Europa kann uns zwingen, Mitglied eines neuen österreichisschen Bundes zu werden. Frankreichs Bedürfnis ist, daß in dem neu zu sitst tenden Bunde Süddeutschland von der Herrschaft, welche Preußen in Nordsdeutschland erstrebt, freibleibe; dies zuzusüchern sind wir bereit. Wir können das Verhältnis zu Süddeutschland ganz lösen, oder das alte ersahrungss

<sup>1</sup> Tel. v. 17. Juli, angetommen in Paris 18. Juli.

<sup>2</sup> Nach Bismards Angabe an Goly im Telegramm v. 17. Juli. Um 17. fruh traf auch ein weiteres Telegramm von Goly, betreffend Bayerns Haltung, ein.

<sup>3</sup> S. oben S. 576 f. Er ift am 18. und 19. Juli jum Bortrag beim Konig mitgenommen worden.

<sup>4</sup> Tel. v. 17. Juli (f. Anm. 1). Er ift vor Empfang der frangösischen Friedensbasis vom 14. Juli abgeschickt, was Sybel 279 nicht beachtet, indem er die Reihenfolge der Telegramme umfehrt.

<sup>5</sup> Natürlich foll dies nicht bedeuten, daß Bismard diese Forderung etwa für bedeutungslos ansehe und auf ihre klare Bewilligung keinen Wert lege. Er sagt in einem Erlaß an Goly vom 24. Juli ausdrücklich, daß er den Sewinn der Zustimmung Frankreichs zu dieser Forderung und die Abwendung einer französischen aktiven Sinmischung durch Goly keineswegs gering anschlage; aber er ist damit allein nicht zufrieden, hält die Annerionen für noch wichtiger.

mäßig haltlose Bundesverhältnis mit Suddeutschland ohne Skerreich bers fellen.1 Die Sauptsache ift und im gegenwärtigen Augenblide die Une nerion von drei bis vier Millionen norddeutscher Einwohner.2 Das übrige findet fich auf dem Wege des Parlaments und ift überhaupt mehr innere beutsche Angelegenheit, bezüglich deren wir aber Frankreich die bindende Bus ficherung unferer Enthaltsamteit in betreff Suddeutschlands geben fonnen. E. E. felber fagen am Schluß des Berichts, dergleichen Unnerionen wurden in Paris lieber gesehen werden. Bon Benedetti habe ich denfelben Eindruck, Den Gedanten zweier Parlamente, eines fud, und eines norddeutschen, mochte ich, wie ich E. E. schon in meiner Information andeutete, nicht unter allen Ums ffänden von der Sand weisen. Die Festigkeit unserer Macht in Norddeutschland gewinnt durch die räumliche Einschränfung, und können die fünftigen Bes giehungen jum Guden der Zufunft überlassen bleiben." Sobald hierfür die Zustimmung Offerreichs oder auch nur Frankreichs gesichert sei, werde der Ronia ju einem Baffenstillstand unter ben nötigen militarischen Boraus settungen bereit sein, und auch in Floreng empfehlen, daß Italien dem gus stimmen möge.

Jusammen mit den erwähnten Nandbemerkungen zeigt diese Antwort, daß Sismard die Bildung eines rheinischen Pufferstaates ebenso unrichtig fand, wie das von Golf hinzugefügte Erbieten zu einer Abtretung deutscher Landesteile an Frankreich; er sah darin eine direkte Überschreitung der dem Gesandten erteilsten Vollmacht. Für weit wichtiger, als den ausdrücklichen Ausschluß Offers

Daß in diesen Außerungen nicht, wie Thimme 436 meint, eine neue Anderung von Bismards Programm liegt, durften meine Ausführungen wohl gezeigt haben. Es war immer ber alte in ben verschiedensten Bariationen wiederkehrende Grundgedanke.

<sup>2</sup> Lenz 127 wirft die Frage auf, ob wohl die später annektierten Gebiete gemeint seien. Rach der Zählung von 1864 hatten Hannover I 923 492, Kurhessen 745 063, Rassa 468 3II, Franksurt 91 180 Einwohner, zusammen 3 228 046 Einwohner, mit Oberhessen, das ja auch begehtt wurde (289 484 Einw.) 3 517 530 Einwohner. Die am Tage vorher von Bissmard ins Auge gefaßten Möglichkeiten umfassen: Kurhessen ganz 745 063, Hannover ganz 1 923 492, zusammen 2 668 555; oder Kurhessen 745 063 und Sachsen 2 343 994, zusammen 3 089 057 E., bei Halbierung der beiden größeren Länder etwas weniger, dazu noch Oftersreichisch-Schlessen (Zählung 1857: 443 912 E.), also auch in jedem Fall etwas über 3 Millionen. Offenbar sollten alle diese Möglichkeiten vorbehalten bleiben. Das am 9. Juli geforsderte Maximum (Sachsen, Hannover, Kurhessen, Oberhessen, Rassau) umfaßt 5770 344 Einw. (mit Osterreichisch-Schlessen 6214256). Die Melnung Thimmes (445 f.), daß aus dieser Zahl zu solgen sei, man habe aus Sachsen schon verzichtet gehabt, ist sicher unrichtig. Zum Bergleich sei noch erwähnt, daß Benetien nach der Zählung von 1857 2 446 056 Einswohner hatte.

Durch das von Goly gemachte Angebot sah sich Bismard veranlast, sich über den Unterschied der frangolisch-deutschen Grenzen von 1814 und 1815 genau zu informieren; er reflamierte telegraphisch (17. Juli) von Werther eine Karte der Rheinprovinz mit den alten Grenzen, sie wurde am 19. Juli abgeschick.

reichs, hielt er die Annerionen; deren Gesamtumfang bezeichnet er hier durch ungefähre Angabe der Bevölkerungsziffer; mehr konnte er nicht tun, ohne ges nauer darüber unterrichtet zu sein, wie Napoleon den ganzen Gedanken aufs genommen habe. Die Forderung bleibt hinter dem ursprünglich aufgestellten Maximum erheblich zurück, überschreitet aber jedenfalls das noch am 12. Juli als ausreichend erachtete Minimum, während sie sich mit den am 16. Juli sixierten Wünschen ungefähr deckt.

Das Verhältnis zu Guddeutschland wird hier zum erften Mal etwas ges nauer erörtert. Auf ein gemeinsames Parlament wird befinitiv verzichtet1, aber die Möglichkeit einer Beibehaltung des alten Bundesverhältnisses, alfo auch eines gemeinsamen Bundestags und der gegenseitigen Schupverpfliche tung gegen das Ausland, offen gehalten. Bismard legt diefer Möglichkeit allerdings nur geringen Bert bei und hat feine erheblichen Bedenken das gegen, eine völlige Selbständigkeit Süddeutschlands juzugestehen. Er wieder: holt dabei seine und schon befannte Unschauung, daß die raumliche Beschrane fung auf Norddeutschland es gestatten werde, die preußische hegemonie in bem neuen Bunde (er fpricht fogar von einer "herrschaft") fester auszuges stalten. Daß hierin aber fein befinitiver Bergicht auf die Gesamteinigung liegen sollte, läßt sich aus zwei Wendungen des Telegramms schließen. Bis: mard behält die Regelung der fünftigen Beziehungen ausdrücklich der Zufunft vor und spricht davon, daß die Annexionen nur im gegenwärtigen Augen? blide die hauptsache seien, indem er diese Worte noch durch Unterfreis dung hervorhebt. Für einen späteren Zeitpuntt faßt er alfo bie Erweiterung bes Norddeutschen jum beutschen Bunde als möglich ins Auge. Die Gelbe ftandigfeit Suddeutschlands foll nur in einer Form bewilligt werden, daß für die Zukunft alle Möglichkeiten offen bleiben.2 Endlich rechnet er bestimmt barauf, daß es Golg gelingen werde, die Zustimmung des Kaifers zu den Uns nerionen zu erlangen.

Auch dieses Telegramm ist nach einer Notiz Abekens auf dem Konzept vom König genehmigt worden; es braucht aber keine besondere Konferenz darüber stattgefunden zu haben, da neue prinzipielle Gesichtspunkte darin nicht hers vortreten; vermutlich ist der Entwurf dem König nur durch Abeken vorgestragen worden, da ja Bismarck gerade in diesen Tagen frank war.

Erst am Abend des 17. Juli und nach Abgang des eben erwähnten Teles

<sup>1</sup> Indem Bismard fagt, daß er dies in feiner Inftruttion vom 9. Juli ichon angedeutet habe, bestätigt er die Deutung, die wir diesem Attenftud gegeben haben.

<sup>2</sup> In dieselbe Richtung deutet der Umstand, daß Bismard auch in dem oben (S. 573) zitierten Briefe des Prinzen Reuß vom 12. Juli an der Stelle, wo dieser sagt, er habe Rapoleon verssichert, daß Preußen Süddeutschland niemals in seine Machtsphäre ziehen würde, ein Frages zeichen an den Rand geseht hat.

gramms traf im hauptquartier die von Golp am 14. Juli abgesandte Des pesche ein, welche die französischen Friedensvorschläge enthielt. Daß die Resdattion von Golp selbst herrühre, war in dem Telegramm noch nicht gesagt, nur die oben schon erwähnten beiden kurzen erläuternden Bemerkungen wegen der Kriegskossen und der Annexionen waren dem Texte des Programms beisgesügt.

Bismark war schwer enttäuscht, daß von der Gebietsvergrößerung Preußens, die sowohl er selbst als der König für unerläßlich hielten, in dem französischen Vorschlag mit keinem Wort die Rede war. Die Erläuterung von Golt, daß Annexionen nicht ausgeschlossen seine, konnte keine auszeichende Sicherheit bieten, zumal sich nicht einmal genau ersehen ließ, ob sie vom Kaiser selbst herrühre.

Seine erste Überlegung wird gewesen sein, ob man diese Friedensgrundlage nicht auf jede Gefahr hin ganz zurückweisen musse; daß sie für einen Frieden nicht ausreiche, stand ihm völlig sest, aber, um Napoleon nicht ohne Not zu verletzen, schien es ihm möglich, seinen Borschlag als Grundlage für einen Stillskand anzunehmen; denn die Worte von Goltz ließen ja noch die Mögslichteit offen, daß der Kaiser durch eine besondere Erläuterung auch die Anzureionen nachträglich als zulässig anerkennen würde; bevor nicht festgestellt war, ob dies nicht doch noch erreichbar sei, schien es ihm nicht ratsam, das Programm ganz zurückzuweisen. Auch mag dabei der Gedanke mitgesprochen haben, daß Preußen sich in eine sehr ungünstige Lage versetze, wenn es den

<sup>1</sup> Bismard fagt in bem unten ermähnten Telegramm vom 18. Juli ausdrudlich, daß die Depefche erft nach Abgang ber obigen eingetroffen fei. Enbel hat dies nicht beachtet, fondern bie Reihenfolge ber Bismardichen Telegramme vom 17. umgefehrt und bas hier in Rede ftebenbe unrichtig (nach bem Rongept) auf den 17. anstatt auf den 18. batiert. Er erwedt badurch die falfche Borftellung, als fei die Forderung einer Annerion von 3-4 Millionen Einwohnern erft durch bas Eintreffen ber frangofifchen Friedensgrundlagen und bas barin verlangte Zugeftandnis eines fuddeutichen Bundes hervorgerufen worden, mahrend fie vor beren Renntnis abgeschidt mar; biese unrichtige Borftellung wird noch badurch verftartt, bag Sybel die vorher abgefandten und abnliche Forderungen enthaltenden Telegramme vom 16. Juli gar nicht berüdfichtigt bat. Darauf ift es wohl hauptfächlich jurudjuführen, daß fic bie Meinung fast überall hat festfeben tonnen, es bestehe ein urfächliches Berhaltnis swifden bem Bergicht auf Gubdeutschland und ber großen Unnerionsforderung. Nicht jutreffend ift auch die Darftellung bei Friedjung 2, 427, ber von einer Steigerung der preußischen Forderungen fpricht, nachbem man Frantreichs Schwäche tennen gelernt habe. Diefe Behauptung entfpringt aus feiner falfchen Interpretation des Erlaffes vom 9. Juli, indem er als deffen eigentliches Biel die dort nur als außerftenfalls julaffiges Minimum aufgestellten Forberungen anfieht. In Mahrheit bedeuten die Depefchen vom 16 .- 18. Juli nur eine beftimmtere Firierung ber Forberung, Die fich unter dem juerft geforderten Maris mum, aber über bem anfänglichen Minimum halt.

Bgl. aber bie von Goly ju dem Friedensprogramm bingugefügten Erlauterungen oben G. 583.

frangofischen Borichlag gang gurudweise, mahrend Offerreich ihn vielleicht schon angenommen habe oder annehmen wurde. Endlich fonnte man durch einen Vorbehalt in bezug auf die auch zu einem Stillftand notwendige Bus ftimmung Italiens die Möglichfeit ju weiterem hinhalten gewinnen. Go ente warf Bismard noch am 17. Juli abends eine Antwort an Golg, worin es heißen follte, die übermittelten Vorschläge seien als Friedensbasis nicht aus: reichend; wohl aber fonnten sie genügen, um in Florenz den Abschluß eines Baffenstillftands zu empfehlen, unter der Boraussetung, daß Bferreich das Programm annehme. Um eine derartige Erklärung Offerreichs herbeigus führen, wolle man sich 5 Tage der Feindseligkeiten enthalten, und zwar von bem Zeitpunkt an, wo Frankreich fein Einverständnis mit diefer Abmachung befannt gegeben haben werde. Bei nochmaliger Erwägung hielt es Bismarck für beffer, Golg gegenüber, obwohl icon in den früheren Depefchen auf die Bichtigkeit der Unnerionsfrage hingewiesen war, diese nochmals besonders zu betonen. Er fügte dem Entwurf noch die Bemertung bei, daß man, um Frieden ju schließen, außerdem die Unnerionen in Norddeutschland in Ges mäßheit der gestrigen Depesche verlangen muffe.2 Auch setze er voraus, Frants reich werde in seine wohlwollende Neutralität gurudtreten, wenn Bferreich das Programm ablehnen sollte. Dieser Entwurf wurde am 18. Juli dem Ros nig jur Genehmigung vorgelegt. Die Besprechungen über den Wortlaut zogen sich bis gegen Mittag hin3; um 4 Uhr ging es ab.4 Es war noch aus: drudlich hinzugefügt, daß die früher geforderten Unnerionen durch die Er; eignisse eine Rotwendigkeit geworden seien, wenn das preußische Bolt bes friedigt werden solle. Man vermisse in dem Programm jede Andeutung sols chen Erwerbs, finde ihn aber auch nicht ausgeschlossen. Um Frieden zu schließen, muffe man ihn verlangen. Der Stillftand, den man schon jest zu bes willigen bereit sei, solle als abgelehnt gelten, wenn im Laufe der fünf Tage feine oder eine verneinende Antwort Offerreichs auf die frangofischen Fries densvorschläge erfolge; man rechne dann auf Fortdauer der wohlwollenden

<sup>1</sup> Entwurf v. 17. Juli. S. folgende Unmerfung.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Da hiermit nur Bismarcks Telegramm vom 17. Juli gemeint sein kann, dürfte dieser Jusah von Bismarck erst am Morgen des 18. Juli dem am Abend vorher entworfenen Konstepte zugefügt worden sein; jedenfalls wohl, bevor er zum Vortrag beim König mit dem Konzepte ging. Dieses von Bismarck forrigierte Konzept hat Sphel 277 benutzt und es auf den 17. Juli datiert, obwohl es kassiert und durch das unten zu besprechende Telegramm vom 18. Juli 4 Uhr nachm. erseht worden ist.

<sup>3</sup> Um 2 Uhr 30 nachm. telegraphierte Bismard an Golh, die vom König genehmigte, in die Hauptsache eingehende Antwort sei in Arbeit, um abzugehen. Es war also damals die Gesnehmigung des Juhalts erfolgt, die Fesssellung und Chiffrierung verzögerte die Absendung bis 4 Uhr.

<sup>4</sup> Tel. v. 18. Juli 4 Uhr nachm.

Neutralität Frankreichs. Nehme dagegen Ofterreich vor Ablauf der 5 Tage an, so sei man bereit, sofortigen Abschluß des Wassenstillstandes behufs Fries densverhandlung unter den notwendigen militärischen Voraussetzungen in Florenz zu empfehlen. Golß sollte geltend machen, daß Preußen dieses milistärisch nachteilige Opfer von 5 Tagen nur bringe, um dem Kaiser gefällig zu seine. Zu seiner persönlichen Information bemerkte Bismarck, daß er die Gesnehmigung des Königs zu diesem Entschluß nur nach schwierigen Diskussionen erlangt habe, da dieser an der Annexion des ganzen seindlichen Norddeutschs lands festhalte.

Aus diesen Angaben folgt mit Sicherheit, daß der König gegen die Absfendung der von Bismard entworfenen Antwort schwere Bedenken gehabt hat, und daß der Absendung des Telegramms erregte Debatten vorausges gangen sind. Um was mag es sich dabei gehandelt haben?

Die Unterschiede des Bismardschen Entwurfes und des endgültigen Tertes vermögen und hierüber feinen genügenden Aufschluß zu geben. Es ift in dem letteren etwas icharfer betont, daß Preugen auf einen Frieden, der ihm nicht die Annerionen fichere, einzugeben ablehne; aber der gleiche Grundgedanke war doch auch schon im Entwurf enthalten. Es ift ferner noch ausdrücklich gefagt, daß man von Napoleon erwarte, er werde bei Ablehnung der frango: fischen Borschläge durch Offerreich in seiner für Preußen wohlwollenden Reutralität verharren; aber auch das war ja fets vorausgesett worden. Eine gewiffe Bericharfung liegt barin, daß Preugen nicht nur im Falle einer ablehnenden Antwort Offerreichs, sondern auch bei dem Ausbleiben einer Ants wort mahrend der fünf Tage, fich jeder Verpflichtung zu weiteren Verhands lungen unter frangofischer Bermittelung entbunden miffen wollte; aber auch bas war doch schließlich nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Es konnen alfo nicht diese Anderungen gewesen sein, um die gefämpft worden ift, sondern ber von Bismard ichon vor der Beratung formulierte Borichlag felbst muß Gegenstand der Debatte gewesen sein. Offenbar bat also der Ronig die Bors schläge Napoleons als ungenügend nicht nur für den Frieden, sondern auch für den Abichluß eines Stillstandes angeseben; er bat die fünftägige Frist gur herbeiführung ber öfferreichischen und italienischen Bustimmung nicht bes willigen wollen, folange nicht in dem der Berhandlung jugrunde ju legens ben Programm ausdrüdlich die Berechtigung Preugens ju Annexionen in bem uns bereits befannten Umfang ausgesprochen fei.

Es läßt fich nicht leugnen, daß die zu treffende Entscheidung von großer Bes beutung war. Selbst wenn Napoleon, den Andeutungen von Goly gemäß,

<sup>&#</sup>x27; In feinem fpateren Erlag vom 24. Juli fagt Bismard, daß der Konig feine Buftimmung jur Unnahme bes Programms, felbft mit Befchrantung auf den Stillftand, erft nach wieder, holtem Bortrage gegeben habe.

folche Unnerionen als durch sein Programm nicht ausgeschlossen betrachtete. bestand doch nicht die geringste Sicherheit, daß Bfterreich dasselbe tun werde, ba es felbft im Falle feiner Zustimmung zu den Vorschlägen Napoleons nur an das gebunden gemefen fein wurde, was mit flaren Worten darin ffand, und nicht an eine Auslegung, die Preußen und Napoleon ihrerseits dieser Urfunde über den Bortlaut hinaus geben mochten. Stellte fich aber beim Zusammen: tritt der Bevollmächtigten heraus, daß Offerreich den Annexionen nicht gue stimmen wolle, fo mußte die Berhandlung wieder abgebrochen und ber Rrieg fortgefest werden, wenn Preußen entschlossen war, auf diefer Forderung ju bestehen. Es waren in diefem Falle die funf Tage der Waffenruhe und die gur Führung der Stillffandsverhandlungen felbst erforderliche Zeit für die friegerischen Operationen verloren gegangen; ben Ruben bavon hatte zweifels los nicht Preugen fondern Diferreich gehabt, das inzwischen feine Berteidie gungsfiellung verftärten fonnte. Nun war es aber außerdem noch zweifelhaft, ob Raiser Napoleon sich überhaupt durch die gesprächsweise zu Gols getanen Außerungen wirklich gebunden fühle. Bar dies nicht der Fall, und betrachtete er die Annexionen nicht als einen notwendigen und integrierenden Bestandteil feines Friedensprogramms, fo tonnte er auch in einer etwaigen Ablehnung biefer Forderung durch Ofterreich feine Burudweisung feiner Bermittlungsvor: schläge seben, behielt vielmehr die Möglichkeit, die Schuld für bas Scheitern ber Berhandlungen auf Preußen ju malgen, da diefes über bas junachft anges nommene Programm hinausgehende Forderungen erhoben habe. Es fonnte also gerade die Unnahme der frangosischen Borschläge in der vorliegenden Geffalt die Folge haben, eine neue Berftimmung gwischen Preugen und Frantreich heraufzubeschwören, und die unsichere und gefahrvolle Lage, in ber man fich feit bem hervortreten des Raifers befand, noch ju verschärfen.

Dies alles sprach unzweifelhaft gegen Bismarcks Vorschlag, das Programm als Grundlage des Stillstands, wenn auch nicht des Friedens anzunehmen. Andererseits ließ sich geltend machen, daß eine Weigerung, die französischen Punkte in dieser Gestalt überhaupt anzunehmen, von dem Kaiser als ein Versschleppungsversuch oder als eine direkte Brüskierung aufgefaßt werden könne; er konnte dadurch leicht in eine Stimmung versetzt werden, in welcher es der Kriegspartei an seinem Hose vielleicht gelingen mochte, ihn weiter zu treiben, als er eigenklich gehen wollte. Nahm man dagegen seine Vorschläge wenigsstens in der von Bismarck befürworteten Form an, so behielt man die Mögslichkeit, dis zum eigenklichen Beginn der Verhandlung mit Österreich seine Zustimmung zur Aufnahme der Annerionen unter die Friedensbedingungen noch nachträglich zu erlangen; nach den Mitteilungen von Golz erschien dies nicht aussichtslos. Außerdem gewann man auf diese Art noch die Chance, daß vielleicht Österreich das Programm des Kaisers ablehne und

dadurch Preußen aus dem ganzen Dilemma befreie. Endlich war man durchaus berechtigt und verpflichtet, den Abschluß eines förmlichen Wafsfenstillstandes von der Zustimmung Italiens abhängig zu machen; da man sehr wohl wußte, daß Italien aus Gründen, von denen noch zu sprechen sein wird, sehr gerne bereit sein werde, diese Verweigerung auszusprechen, so bot sich schlimmstenfalls, wenn nämlich Napoleon die nachträgliche Einfügung der Annerionen ablehnen sollte, die Wöglichteit, auf diese Art dem Beginn der Stillstandsverhandlungen auszuweichen und den Kampf sofort nach Ablauf der fünf Tage wieder zu beginnen. Man brauchte auf diese Art seine andere Sefahr zu lausen, als eben diese fünf Tage zu verlieren; auch hatten ja die militärischen Führer schon früher erklärt, daß der Armee eine Ruhepause von einigen Tagen zur Erholung und zur Ergänzung des Kriegsmaterials nicht unwillsommen sein würde.

Dies mögen die Grunde gewesen sein, die man von beiden Seiten ins Reld führte. Gie wurden aber nicht zwischen Bismard und dem Konig allein ers örtert, sondern es haben an den Beratungen des 18. Juli auch Moltfe und Roon teilgenommen. Wir besiten hierfür folgende Zeugnisse: Ein Telegramm bes Grafen Ufedom aus Florenz vom 14. Juli, welches von französischen Mits teilungen über ein von Frankreich und Preußen vereinbartes Friedens programm berichtete und den dringenden Bunfch der Italiener nach Abs lehnung des Waffenstillstandes und Fortsetzung des Rrieges jum Ausbrud brachte, ift dem König vorgelegt worden und von ihm mit folgender Bleis stiftnotiz versehen worden: "Abeten wird Ihnen gesagt haben, daß alles, was in Paris geschieht, nicht Ausführung erhalten barf, bis Italien Kenntnis hat und Einverständnis ausspricht. Umftebendes Telegramm verlangt biefes Procede noch mehr; General von Moltke und Roon muffen Mitteilung des heutigen Telegramms von Paris erhalten." Das vom König nicht näher bezeichnete Telegramm aus Paris fann faum ein anderes gewesen sein als dasjenige, welches Navoleons Friedensprogramm nebft den Erläus terungen von Goly enthielt. Nur ein Telegramm von besonderer Bichs tigfeit tonnte ja ben Ronig auf den Gedanken bringen, daß auch feine bes beutendsten militärischen Ratgeber bavon in Kenntnis gefett werden mußten.

Ferner wissen wir aus einer Mitteilung des königlichen Hausarchivs, daß nach Angabe des Flügeladjutanten/Journals am 18. Juli in der Wohnung Bismarck eine Besprechung zwischen dem König und diesem stattgefunden hat, "bei welchem sich auf Allerhöchsten Besehl auch der Kriegsminister und der General von Woltke zur Konferenz eingefunden hatten".<sup>2</sup> Es kann demnach

<sup>.</sup> C. oben C. 599 Anm. 1.

o. Lettowe Borbed, Gefchichte des Rrieges von 1866, Bb. 2, 2. Aufl. von R. v. Cammerer S. 662, Unm.

wohl nicht bezweifelt werden, daß die beiden Generale zur Beratung der auf Napoleons Friedensprogramm zu erteilenden Antwort am 18. Juli zuges zogen worden sind.

Da dies nun zugleich die einzige Beratung ift, von der wir mit Bestimmtheit wiffen, daß fie auf Bismards Zimmer abgehalten worden ift, fo werden wir faum zweifeln fonnen, daß wir es hier mit dem Rriegsrat zu tun haben, von bem Bismard in seinen Gebanten und Erinnerungen berichtet, und ben er fälschlich nach Nifolsburg und auf den 23. Juli verlegt. Auch die Angabe, daß feine Rrantheit der Unlag hierfur gewesen sei, tann, wie icon Buich nachges wiesen hat, nur für den 18., nicht aber für den 23. Juli gutreffen. 2 Rach seiner Angabe hat Bismard hier die Überzeugung ausgesprochen, daß auf die öffers reichischen Bedingungen ber Friede geschlossen werden muffe, ift aber damit allein geblieben. Als der Ronig der militärifchen Mehrheit beigetreten fei, fei er, Bismard, ichweigend aufgestanden, in fein anstoßendes Schlafzimmer getreten und dort von einem Beinframpf erfaßt worden. Bahrendbeffen habe er gehört, wie im Nebenzimmer der Kriegerat aufgebrochen fei; er felbst habe bann die für den Friedensschluß sprechenden Grunde in einer Dentschrift jus sammengefaßt, von der er bemertt, daß fie jum Teil bei Sybel abgedruckt fei; an der hand dieser Denkschrift habe er am folgenden Tage dem Ronig die gange Sachlage noch einmal erläuterf und für den Fall der Ablehnung feine Entlaffung gefordert; diefer habe tropdem nicht nachgeben wollen, und erft burch das Eingreifen des Kronpringen habe er fich bestimmen laffen, in einer fehr ungnädigen Randentscheidung seine Einwilligung gur Annahme der Bedingungen ju geben.

Wenn dieser Ariegsrat bereits am 18. Juli und nicht erst am 23. stattges funden hat, so kann der darin aufgestellte Zusammenhang zwischen dem Aussfall seiner Beschlüsse und der großen Denkschrift Bismarcks vom 24. Juli nicht richtig sein. Es wäre ja denkbar, daß Bismarck am 18. Juli noch eine andere bisher unbekannt gebliebene Denkschrift versaßt hätte, und daß sich im Ansschluß an diese die von ihm berichteten Ereignisse so, wie er sie erzählt, nur einige Tage früher, abgespielt hätten. Dies ist die Ansicht von Busch. Eine solche zweite Denkschrift sindet sich aber nicht vor; wäre sie aufgesetzt worden, so müßte sie ebenso gut wie die Nikolsburger Denkschrift vorhanden sein. Aber auch der zeitliche Verlauf der Dinge gestattet es nicht, die Abkassung einer solchen Denkschrift an diesem Tage anzunehmen. Wie wir aus dem oben mitgeteilten Telegramme wissen, waren die Beratungen am 18. Juli mittags 2 Uhr bereits beendigt und die Genehmigung des Königs zu der von Bismarck beantragten Antwort an Napoleon erteilt. Es bleibt dems

<sup>1</sup> S. Busch S. 435 f.

<sup>2</sup> S. oben S. 621.

<sup>.</sup> Branbenburg, Untersuchungen.

nach keine Zeit für die Ausarbeitung einer größeren Denkschrift nach dem Kriegsrat und für die übrigen Szenen, die sich daran angeschlossen haben sollen. Auch das Eingreifen des Kronprinzen kann an diesem Tage nicht statte gefunden haben, da dieser am 18. Juli gar nicht im Hauptquartier war, sons dern erst am 20. dort eintras.

Auch insofern ist Bismarck im Irrtum, als er glaubt, es habe sich bei der damaligen Entscheidung bereits um Annahme oder Ablehnung der endgültig von Össerreich zugestandenen Bedingungen gehandelt; in Wahrheit drehte sich der Streit um die Annahme oder Ablehnung des napoleonischen Programms als Grundlage des Waffenstillstands. Auch die Erwägungen, die Bismarck im Anschluß an seine Dentschrift mündlich entwickelt haben will, können nicht auf diese Beratung oder einen etwa noch hinterher dem König allein erstattezten Vortrag bezogen werden; denn wir werden sehen, daß die Frage der geznauen Abgrenzung der Annexionen, die ja bisher stets offen geblieben war, erst in den nächsten Tagen zur Entscheidung gekommen ist.

Much ber Bericht, ben Bismard bereits im Oftober 1877 in einem Ges spräch mit Morit Busch über die Vorgange in Nifolsburg gegeben hat2, tut eines Kriegsrats auf feinem Zimmer Erwähnung. Es foll fich babei aber um die Frage gehandelt haben, ob der Feldzug weiter nach Ungarn hinein forts zusehen sei oder nicht. Bismard will sich dagegen ausgesprochen haben, als er sah, daß er nicht durchdringen werde, in seine Rammer gegangen sein, sich bort aufs Bett geworfen und vor nervofer Aufregung laut geweint haben. Darauf feien die Burudgebliebenen nach einer Weile gang fill geworden und die Sache sei unterblieben. Die außeren Umffande find den in der späteren Ers gählung berichteten so ähnlich, daß man nicht wohl zweifeln fann, daß hier von bemfelben Borgang gesprochen wird. Man mußte fonft annehmen, daß zweimal ein Kriegsrat auf Bismards Zimmer abgehalten worden, daß es in beiden Källen zu beftigen Meinungsverschiedenheiten gefommen fei, Biss mard bas Zimmer verlaffen habe und vom Weinframpf befallen worden fei. Das ift schwer glaublich; viel naber liegt jedenfalls die Unnahme, daß fich Bismard biefer ihn fo tief ergreifenden Borgange gerade in dem außeren Berlauf fete febr genau erinnert hat, daß er aber nicht mehr genau wußte, über welchen der vielen Puntte, die damals schnell nacheinander zu lebhaften Distuffionen Unlag gaben, gerade in jenem Rriegerat gestritten worden ift. Sehr auffallend ift es natürlich, daß in beiden Ergablungen der Ausgang des Konflittes ein gang verschiedener ift. Bahrend nach den Gedanten und Ers

<sup>1</sup> C. barüber die erschöpfenden Ausführungen bei Busch C. 431 f. Busch will daher den Kriegerat in Bismards Zimmer auf den 19. Juli legen, was aber nach den v. Cammerer: (oben S. 624) mitgeteilten Angaben aus dem Flügeladjutanten: Journal unmöglich ift.

<sup>2</sup> D. Bufd, Tagebuchblatter 2, 467. Bgl. Leng 114.

innerungen ber König und die militärische Mehrheit trot Bismards Er: regung auf ihren Beschluffen beharren und ihn fast verzweifelnd gurudlaffen, hat nach der früheren Erzählung seine tiefe Erregung einen berartigen Eine drud auf jene gemacht, daß fie ihre Meinung aufgeben und fich dem Bunfche Bismards fügen. Es läßt sich nicht genau fesissellen, in welcher Beise die Vorgange am 18. Juli tatfächlich verlaufen find, ob der Kriegsrat mit einer Meinungsverschiedenheit endigte, und Bismard erft später durch einen neuen Bortrag beim König diefen umftimmte und feine Genehmigung gur Unte wort an Napoleon erhielt, oder ob Bismard bereits während der Beratung felbit feine Meinung schließlich jum Siege brachte. Für das erftere spricht feine Angabe in dem Erlaß an Golf, daß er des Konigs Zustimmung erft "nach wiederholtem Vortrag" erlangt habe.1 Nur so viel fieht fest, daß Die gange Diskussion schließlich mit der Genehmigung und Absendung des von Bismark vorgeschlagenen Telegramms geendet hat. Dag die Aus: einandersehung recht heftig gewesen sein muß, ersieht man ja aus dem Schluffat dieses Telegramms, der freilich noch eine neue Schwierigkeit bietet.

Bismard sagt hier ausbrücklich, daß der König an der Annexion des gangen feindlichen Norddeutschland festhalte, also an der Maximalforderung bes 9. Juli. Bare biefe Behauptung gang wörtlich ju nehmen, fo mußte in ber Tat ber König damals sein Widerstreben gegen Vollannerionen ganger feindlicher Gebiete bereits vollständig aufgegeben haben und über das Maß beffen, mas er burch Genehmigung ber früheren Telegramme als aus: reichend anerkannt hatte, nachträglich wieder bedeutend hinausgegangen fein. Beides ift wenig mahrscheinlich. Ich mochte eher annehmen, daß der Ronig in Wahrheit nur einerseits auf dem Pringip der Gebietserweiterung überhaupt und andererseits darauf bestanden hat, daß alle norddeutschen Gegner von den Abtretungen betroffen werden mußten, und feiner fraflos ausgehen folle. Dies wurde mit den Schluffen, die wir aus den Borgangen bes 16. Juli gieben gu durfen glaubten, vollständig übereinstimmen. Bise mard wurde die etwas übertreibende Formulierung bann gewählt haben, um Goly möglichft fart barauf hinguweifen, daß der Ronig felbst es fei, der unbedingt auf großen Annerionen bestebe.2

Vielleicht darf man noch aus der oben erwähnten Bleistiftnotiz des Königs schließen, daß der Vorbehalt der italienischen Zustimmung, auf den er ja besonderen Wert legte, es ihm erleichtert hat, dem Wunsche Bismarcks

<sup>1</sup> S. oben S. 622 Anm. I.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ob der König diesen Tert auch gesehen hat? Die Antwort ist ja von ihm genehmigt worden (s. S. 621); aber möglich bleibt doch, daß Bismard diesen Schußsat, der in dem Wilhelm vorgelegten Entwurf nicht enthalten war, noch selbständig angefügt hat.

nachzugeben, da sich hier immer noch die hoffnung bot, das Geschehene wieder ungeschehen machen zu können.

Mit den Beratungen des 18. Juli muß noch ein Telegramm an Werther zusammenhängen, welches gleichzeitig mit dem Befehl an Golf abgeschickt worden ist. Es beauftragt ihn, dem General von Falckenstein den königlichen Befehl zur Besehung von Nassau, dem rechts vom Main gelegenen Teile Hessen/Darmstadts und von Frankfurt a. M. zu übermitteln; diese Gebiete seien in derselben Urt wie Hannover in preußische Verwaltung zu nehmen, dieses System aber auf das linke Mainuser abgesehen vom Frankfurter Gesbiet nicht auszudehnen. Der Stadt Frankfurt sollte außerdem eine Kontrisbution von 25 Millionen auferlegt werden. Wir können nur vermuten, was zu diesem Schritte den Unlaß gegeben haben mag; am naheliegenossen ist es wohl, anzunehmen, daß man sich durch vorläusige Durchführung der vollen Oktupation in dem ganzen Umkreise des für die Unnexion in Frage kommens den Gebietes eine bessere Verhandlungsbasis schaffen wollte.

Bald nach der Absendung dieser Depeschen am 18. Juli nachmittags 5 Uhr brachen der König und das hauptquartier von Brünn nach Nikolsburg auf, wo sie abends gegen 10 Uhr eintrafen.

In der Nacht vom 18. jum 19. Juli fam Prinz Neuß, von seiner Neise nach Paris zurückehrend, in Nikolsburg wieder an. Er brachte den Brief Napoleons vom 15. Juli, der mit seinen gewundenen und zu nichts verpstichtenden Nedensarten das Mißtrauen gegen die Absichten seines Urhebers nur vermehren konnte. Ebenso hatte er den ausführlichen Bericht von Golz vom 14. Juli, über dessen Berhandlung mit dem Kaiser, bei sich. Erst durch die Lektüre dieses Schreibens erhielt Vismarck einen genauen Einblick in die Vorgänge, die der Ausstellung des französischen Friedensprogramms vorzangegangen waren. Insbesondere erfuhr er erst jetzt, daß dieses Aktenstück von Golz selbst verfaßt worden sei. Ob aber Napoleon sich dazu bestimmen

¹ Telegramm an Werther v. 18. Juli. — Sollte die Oktupation dieser Gebiete, die am 16. Juli noch nicht in Aussicht genommen war, hervorgerusen sein durch die Forderung der Integrität Osterreichs, die im Programm vom 14. Juli ausgestellt war, und wenn sie nach der hinzugestügten Erläuterung auch kleinere Grenzrektisitationen nicht ausschloß, doch wohl die Abtretung von ganz Osterreichisch-Schlesten als unerreichdar ersceinen lassen mußte? Wir würden dann annehmen müssen, daß der Entschluß, auch diese Gebiete zu behalten und in ihnen den Ersah für Osterreichisch-Schlesten zu suchen, ebenfalls in der Beratung des 18. Juli gefaßt worden sei. Notwendig ist diese Deutung nicht; ebensogut ist es denkbar, daß man sich einfach sagte: je mehr wir tatsächlich schon haben, desto mehr werden wir schließe lich behalten.

<sup>&</sup>quot; Mbeten 336.

<sup>8</sup> D. v. Bopen, Erinnerungen 175.

<sup>6</sup> C. oben G. 593.

<sup>6.</sup> oben G. 584.

lassen werde, der nachträglichen Aufnahme der Annexionen in das Programm zuzustimmen, ließ sich auch hierans nicht ersehen. Klar war nur, daß der Raiser eine bestimmte Verpstichtung zu ihrer Anertennung bisher nicht über; nommen hatte. Der am Eingang des Berichtes erwähnte Umstand, daß Napoleon dem Minister Drounn de Lhuns die ausdrückliche Wahl gestellt habe, ob er die vom Raiser vorgeschriebene Politik ausführen oder seine Entslassung nehmen wolle, konnte immerhin einige Hoffnung erwecken, da dieser Minister zweisellos einer der hauptsächlichsten Gegner der Annexionen in der Amgebung des Kaisers war.

Um 19. Juli früh traf ferner in Nifolsburg ein neues Telegramm des Grafen Golz ein, das am 17. Juli nachmittags abgeschickt und über Wien befördert worden war. Golz sagte darin, er habe sich nach Empfang der Telegramme vom 14. und 15. Juli zunächst zu Droupn begeben; der Minister habe gegen so ausgedehnte Annexionen Bedenken geäußert, da dann ein wirkliches Föderativspstem in Norddeutschland, wie es der französische Friesdensvorschlag doch ausdrücklich vorausseze, kaum möglicherscheine. Hingegen habe der Kaiser auf diesen Unterschied weniger Wert gelegt und sich dahin geäußert, daß der einfachen Annahme der Grundlagen vom 14. Juli ungeachtet bei der späteren Regelung im einzelnen Annexionen bedinat werden könnten.

<sup>1 5</sup> Uhr 50 nachm. (vgl. Sybel 5, 288) durch Vermittlung der frangosischen Botschaft, was Kaiser Rapoleon Golg angeboten hatte.

<sup>2</sup> Einen aussührlichen Bericht über diese Unterredung erstattete Golt am 18. Juli. Darin sagt er noch, er habe Droupn auf diesen Einwand erwidert, man könne darüber streiten, welche dieser Lösungen für Preußen vorteilhafter sei; für Frankreich sei eine möglichst straffe Drganisation Rorddeutschlands sicher vorzuziehen, weil sie den späteren Zutritt Süddeutsche lands erschweren musse.

<sup>3</sup> Rach dem Bericht vom 19. Juli hat Napoleon gefagt: Dies feien Details, die ihm gleichs gultig und durch welche die jest ichwebenden Berhandlungen nicht ju fieren waren. Preugen tonnte nachher immer noch in Nordbeutschland annettieren, wenn es auch ratfam ware, bies mit Dag ju tun. Um 18. Juli war Goly noch einmal beim Raifer, um ihm ju fagen, daß man aus Rudficht auf ihn mahrscheinlich Wien nicht angreifen werde; Napoleon erkannte babei wiederholt an, daß die in Paris verabredete Faffung der Friedensgrundlagen partielle Annerionen nicht ausschlöffe. - Man fieht baraus, wie unbestimmt und wenig bindend alle diese Worte waren, die Golg fur ausreichend hielt. - Am Schluf bes Berichtes erwähnt Gols noch, er habe bem Raifer unter feiner Buftimmung gefagt, bag, wenn Preugen ans nahme, Offerreich ablehne, er feinem Lande fagen tonne: Dant feiner guten Dienfte habe Preugen fehr gemäßigte Bedingungen geftellt, Ofterreich fie bennoch abgelehnt. Er muffe letteres nun den Folgen diefer Ablehnung überlaffen. Napoleon habe gefragt, ob Preugen nach der Einnahme von Bien andere Bedingungen ftellen wurde? Goly erwiderte, man wurde vielleicht icharfer annettieren und volle Rriegstoften fordern wollen, aber nichts, was die Inters effen Frankreichs gefährde oder die Stellung des Raifers erschwere. Napoleon sprach dann noch die hoffnung aus, daß Preußen fich nicht hinter die fehlende Zuffimmung Italiens verschanzen wurde. Golg erwiderte, daß, fobald Italien ohne Bedingungen Benetien zugefichert

Da aber Napoleon, dem beständig vorgeworfen werde, daß seine Nachgiebigs feit die Machtstellung Frankreichs beeinträchtigen werde, seine früher gesmachten Zugeständnisse fast zu bereuen scheine, so sei es ratsam, seine Vorsschläge schleunigst en bloe anzunehmen, und zwar umsomehr, da Össerreich wahrscheinlich annehmen werde, sobald es wisse, daß Preußen ablehne.

Dies Telegramm hat dem König vorgelegen und ist von ihm mit einer Bleistiftbemerkung versehen am 19. Juli an Bismard zurückgelangt. Der König weist darauf hin, daß die en bloc-Annahme des Programms zum Frieden mit Österreich schon ausgesprochen sei. Die hier gemeinte spätere Regulierung der Annerionen in Verbindung mit einem vorhin von Bismard vorgelesenen Goly-Telegramm über diesen Punkt stimme mit ihrer beider letzen Ausfassung auch überein, die dahin gehe, die deutschen Frieden allein zu regulieren nach dem österreichischen.

Wir fonnen daraus schließen, daß am 19. Juli ein neuer Entschluß gefaßt worden ift, der über die am 18. festgelegte Nichtlinie hinausging. Der Rönig und Bismard hatten fich darüber verftandigt, daß die frangofischen Grunds lagen nicht nur für den Stillftand, fondern auch für den Frieden mit Diterreich allein ausreichend feien, wenn Offerreich feine Berbundeten preisgeben und allein verhandeln wolle. Man war zu diesem Entschluß gefommen bei der Besprechung eines anderen Telegramms von Golb, das der Rönig nicht naber bezeichnet, das ihm aber bereits früher als das eben besprochene vor gelegt worden sein muß. Rach ber Ungabe über den Inhalt fann dies nur ein Telegramm vom 17. Juli 9 Uhr abends fein, das zwar etwas nach dem julest erwähnten abgegangen, aber offenbar vor diesem eingetroffen ift. Gols melbet barin, daß er das Telegramm Bismards vom 16. Juli in nur jum Teil verftandlichem Buftande empfangen habe, und nunmehr bie Unts wort auf das Friedensprogramm erwarte. Der Raifer gebe von der Ansicht aus, daß die Organisation Norddeutschlands im einzelnen weder ihn noch Ofterreich berühre. Goly riet baber, fein Programm einfach anzunehmen und Die Annerion in bem unter frangofischer Bermittlung mit Offerreich abzus ichließenden Präliminarfrieden nicht zu erwähnen. In den letteren mußten nur die mit Preußen im Rriege befindlichen norddeutschen Staaten mit einbes griffen werben. Die Rriegstoffen wurden dann eine genugende Sandhabe

erhalte, es Preußen nicht mehr abhalten könne, dem Waffenstülstand oder Frieden unter den ihm genügenden Bedingungen zuzustimmen. Der Kaiser erkannte, als Golp von der hoffnung Oserreichs auf seine hilfe sprach, an, daß dies eine überwundene Phase sei. Er sei allerdings drauf und dran gewesen, dupiert zu werden; denn man habe ihn mit der Zesson Benetiens und der Mediation engagieren und in eine aktive Allianz mit Oserreich hineinziehen wollen. Er habe noch gerade zur rechten Zeit angehalten. — Telegraphisch teilte Golp am 18. Juli noch mit, daß bei der Annahme des Stillstandes Italien sofort in den Besit Benetiens gelangen solle.

geben, um Gebietsabtretungen und sogar mittelft ständischer Bunfche völlige Einverleibungen herbeizuführen.

Der vom Grafen Golt vorgeschlagene Weg war sehr prefar, da er feine Sicherheit für die Erreichung der preußischen Bunsche bot, ja bei Einbeziehung ber nordbeutschen Staaten die nachträgliche Fordes rung von größeren Gebietsabtretungen febr erschweren, die volle Une nerion einiger diefer Staaten aber ausschließen mußte. Er erschien baber auch dem Ronia und Bismard nicht gangbar; vielmehr wünschten fle, daß Offerreich für fich allein abschließe und auf jede Ginmischung in die spateren Friedensverhandlungen mit den übrigen deutschen Staaten unter Anertennung der von Preußen etwa vorzunehmenden Annerionen von vornberein Bergicht leifte. Die Frage war natürlich, ob Offerreich fich darauf einlassen werde. Bisher hatte man mehr bamit gerechnet, daß Bfferreich die sofortige Einbes giehung aller seiner Berbundeten in den Frieden verlangen werde, mas natürlich eine genaue Bezeichnung der von jedem einzelnen Staate zu forderns ben Gebietsabtretungen zur Voraussehung gehabt hatte. Der Abschluß eines Separatfriedens bot, abgesehen davon, daß jeder weitere Ginfluß Offerreichs auf die fünftige Regelung der norddeutschen Verhältnisse dadurch ausges schlossen wurde, noch den großen Borteil, daß man sich über die Einzelheiten ber geplanten Gebietserweiterungen völlig freie Sand vorbehalten fonnte; da der König und Bismard über diese Einzelheiten offenbar unter sich noch nicht einig waren, war dieser Punkt von nicht zu unterschätender Bedeutung.1

Vermutlich hängt dieser neue Entschluß, der am 18. Juli offenbar noch nicht gefaßt war, mt einem anderen Ereignis zusammen, nämlich der Rückfehr Benedettis aus Wien. Der französische Botschafter ist ents weder am 18. Juli ganz spät abends oder am 19. vormittags in Ristolsburg angekommen.<sup>2</sup> Er brachte aus Wien die Nachricht, daß Hers

<sup>1</sup> Ein weiteres Telegramm bes Grafen Gols vom 18. Juli ging nach Wien inseriert in ein Telegramm bes französischen Ministers an den herzog von Gramont und wurde durch einen Sekretär der Wiener französischen Botschaft in der Originalchiffre in der Nacht vom 19. zum 20. Juli nach Nikolsburg gebracht. Es enthielt nur eine zusammenfassende Wiederholung der bisherigen Mitteilungen und Natschläge, die darin gipfelten, daß Gols eine bindende Jusage Napoleons bezüglich der Annerionen nicht für nötig hielt, sondern die einfache Annahme der Borschläge vom 14. Juli auch als Friedensgrundlage empfahl; jede Verzögerung und namentlich die Berufung auf die Notwendigkeit italienischer Zustimmung errege des Kaisers Mißtrauen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Die Angaben über den Termin seiner Ankunft schwanken zwischen dem 18. und 19. Juli. Die Daten der bei Bapst, Deutsche Revue 30 I, 227 zitierten Telegramme Benedettis sind sicher verkehrt und schon unter sich unvereinbar; sie mussen wohl auf den 19. Juli gesett werden. Am Abend des 18. Juli passerte Benedetti Lundenburg; von dort meldete Prinz Friedrich Karl 9 Uhr 15 abends seine bevorstehende Ankunft; er bringe Österreichs Borschläge: Ausscheiden aus dem Bund, Preußen freie hand für Norddeutschen Bund, dem Süds

reich die Vorschläge Napoleons anzunehmen bereit sei, und forderte im Namen des Kaisers, daß man nun sofort die in Aussicht gestellte fünstätige Wassenst ruhe eintreten lasse und zur Feststellung der Stillstandsbedingungen östers reichische Unterhändler empfange. In der Tat schien ja die von Preußen gesstellte Bedingung durch die Annahme Österreichs erfüllt zu sein. Aber so ganz klar war die Sache doch nicht. Zunächst konnte Benedetti doch nur eine vorläusige Mitteilung über Österreichs Bereitwilligkeit machen auf Grund einer Besprechung, die er am Tage vorher mit dem Grasen Mensdorff und dem Grasen Esterhazy gehabt hatte; der offizielle Beschluß des österreichischen Ministerrats erfolgte erst nach seiner Abreise aus Wien am 19. Juli. Dos dann aber konnte Benedetti selbst nicht im Unklaren darüber sein, und wird es auch im preußischen Hauptquartier nicht verschwiegen haben, daß Österreich den preußischen Anuerionen in Norddeutschland nur unter der Bedinzung zuzussimmen bereit war, wenn nicht nur die Erhaltung, sondern auch die Integrität des Königreichs Sachsen verbürgt werde. War doch Sachsen

beutschland beitreten könne. Daß er am 19. eingetroffen sei, sagt Bismard in einem Teles gramm an Golp vom 20. Juli. Dagegen gibt Loö, S. 115, den 18. Juli abends an.

Friediung 2, 426. Sybel 5, 279 Die Angaben bei Rothan 265f. und Bapft 228, wonach erft auf Benedettis Drangen und nach wiederholten Beratungen im hauptquartier (Bapft gibt fogar die Stunden an, 18. Juli 5 und 6 Uhr!) der Befdluß gefaßt fein foll, das frangofifche Programm trop bes Reblens der Annerionen wenigstens als Grundlage für den Stillftand angunehmen, tonnen unmöglich richtig fein. Bir wiffen, bag biefer Befchluß am 18. mittags 2 Uhr bereits gefaßt war und um 4 Uhr nach Paris telegraphiert wurde, mahrend Benedetti fruheffens am 18. fpat abends im hauptquartier antam. - Die Bers mutung Thimmes, 442 Unm. 2, Benebetti habe ben faliden Schein erwedt, als murbe Offerreich auf Gebietsabtretungen eingeben, ift fo nicht haltbar. Die "Integritat" ichloß nach frangolifcher Auslegung ja fleinere Grenzberichtigungen nicht aus; dies mag bem Kronpringen in Ritoleburg gefagt worden fein und feine Rotig jum 20. Juli (Tagebucher, breg, von D. v. Pofdinger, S. 41): "Diferreid willigt in Kontributionszahlungen an uns und auch in Grengabtretungen" veranlaßt haben. Auch Buich 438 Unm. preft biefe Worte eines boch nur unvolltommen Eingeweihten ju febr; die Folgerung, daß Bismard ben Ronig dagu habe brangen wollen, bem Befiegten mehr jugugefteben, ale biefer felbft fors berte, lagt fich baburch nicht begrunden, und widerfpricht allem, was wir fonft wiffen; auch Bismard batte eine fleine offerreichifche Grenzabtretung ficherlich gern genommen, wenn fie nur irgend ju haben gemefen mare, icon um ben Ronig gufrieden ju ftellen. Er hat fle ja noch in den Berhandlungen mit ben öfferreichifden Bevollmachtigten durchzuseten versucht.

<sup>2</sup> S. Friedjung a. a. D. Beuft, Aus Dreiviertel, Jahrhunderten 2, 13f. Bisthum von Edstädt: London, Gastein und Sadowa, S. 233f. u. 284f. König Johann und Beust waren seit dem 4. Juli in Bien. Raiser Franz Josef hatte versprochen, für die Integrität Sachsens und seine Zugehörigkeit zum süddeutschen Bunde einzutreten. (S. Beust a. a. D.) Wir kennen den Bortlaut der betreffenden Mitteilung an Benedetti nicht, aber daß diese Bedingung darin nicht unerwähnt geblieben sein kann, liegt auf der Hand. Nach Rothan 320 Anm. hatte Kaiser Franz Josef schon am 13. Juli in Paris erklären lassen, die Integrität

der einzige Verbündete gewesen, der Hstereich auf dem entscheidenden Kriegs; schauplatz wirksam unterstützt hatte. Wollte Preußen dies unter keinen Umsständen zugestehen, so hatte es eigentlich wenig Wert, die Wassenruhe einstreten zu lassen, und Bevollmächtigte zu empfangen, da ja dann die Vershandlungen zu keinem Ergebnis führen konnten. Andererseits lag in dem Umstande, daß Osserreich nur für Sachsen etwas forderte und also bereit schien, seine übrigen deutschen Verbündeten ganz ihrem Schicksal zu überlassen, doch auch ein großer Vorteil für Preußen; und es fragte sich immerhin, ob man nicht troß dieser Bedingung die Verhandlung beginnen wolle, zumal da es doch nicht ganz ausgeschlossen erscheinen mußte, daß sich im Lauf der Besprechungen noch ein Verzicht Osterreichs auf die volle Integrität Sachsens werde erzielen lassen.

Über diese Frage haben offenbar lebhafte Auseinandersetzungen im Hauptquartier stattgefunden; ihr Ergebnis war, daß Benedetti wahrscheinlich am 20. Juli früh' vom König die Ermächtigung erhielt, nach Wien und Paris zu telegraphieren, Preußen sei bereit, auf Grund der französischen

Sachsens sei conditio sine qua non, und Drounn de Lhuns dies telegraphisch an Benedetti mitgeteilt. Das Datum dieses Telegramms gibt er leider nicht an. Benedetti wird vermuts lich ichon in Brunn mit Bismard darüber gesprochen haben. Benigftens lagt deffen Außerung ju Stofch (Dentw. 103) vom 16. Juli barauf schließen, daß er über die Absicht Offerreichs, Sachfen ju retten, bamale icon unterrichtet war. Dag biefe Forberung jebenfalls am 20. mittags Bismard befannt mar, icheint mir aus einem Telegramm an Berther vom 20. Juli hervorzugehen, worin er bat, die alten Februar-Bedingungen für Schleswigs holstein ihm fogleich ju fenden. Denn nach Maggabe diefer Bedingungen gedachte er die fünftige Stellung Sachfens zu regeln, wie er in der Denkfchrift vom 24. Juli (Sybel 296) ausbrudlich fagt; er muß alfo bei Abfendung bes Telegramme bamit gerechnet haben, bag man Sachfen werde bestehen laffen muffen. - Bon Friefen berichtet in feinen Erinnerungen (2, 229) nach Benedettis Mitteilung an ihn folgendes: Der Botschafter habe vor seiner Abreife nach Nitolsburg ben telegraphischen Befehl aus Paris erhalten, in ben Berhands lungen auf der Erifteng Sachsens zu bestehen und zu versuchen, ob deffen Zuteilung zu einem fübbeutichen Bunde ju erreichen fei. Da ihm bies als ju wenig erschienen fei, habe er auf eigene Berantwortung anftatt ber blogen Eriffen; Die Integrität Sachfens verlangt und nach einer ichwierigen Berhandlung die Aufnahme biefes Sages in den Bertrag erreicht. Die Zuweisung Sachsens jum fubdeutschen Bunde habe aber Bismard gereigt und ents ichieden abgelehnt. Daber habe Benedetti ben öfterreichifden Bevollmächtigten, die ihn turg nach ihrer Antunft aufgefucht hatten, geraten, biefe Forderung gar nicht vorzubringen. Ihre Inftruttion habe ihnen dies aber fo bestimmt vorgefdrieben, daß fie nicht davon abzuweichen gewagt hatten. Gie feien jedoch von Bismard ebenfalls gurudgewiefen und barauf von Bien aus inftruiert worden, biefen Puntt fallen ju laffen. über die funftige Stellung Sachfens im norddeutschen Bunde fei babei nichts ausgemacht worden. Diefe Ergablung erscheint mir durchaus glaubwürdig.

1 Bon Bismard an Golh mitgeteilt im Telegramm vom 20. Juli; es wird darin gefagt, Benedetti sei seit gestern früh hier und schide heute die oben im Text mitgeteilte Meldung nach Paris. Danach würde das Telegramm Benedettis am 20. Juli abgeschidt sein. Bapst 228

Vorschläge Waffenstillstand zu schließen, ohne sie als Friedensbedingungen für ausreichend zu erachten. Es behalte sich vor, in den Friedensverhands lungen territoriale Erwerbungen in Norddeutschland zu fordern. Unter diesem Vorbehalt habe der König ihn zu der Mitteilung an den französischen Botschafter in Wien ermächtigt, daß er bereit sei, am 21. oder 22. Juli die Bevollmächtigten des Kaisers Franz Josef zu empfangen. Vismarch habe jedoch auf die Notwendigkeit der Zuziehung eines italienischen Vevollmächtigten hingewiesen, da ohne dessen Mitwirkung die Vesprechungen über den Frieden nicht eröffnet werden könnten. Venedetti erklärte es für wichtig, daß Eraf Varral sofort entsprechende Vollmacht erhalte.

Indem Bismard dies Telegramm an Golh mitteilte, fügte er hinzu, der König habe hierzu seine Genehmigung erteilt, es sei aber noch zweiselhaft, ob die italienische Bollmacht, ohne die man nicht abschließen könne, rechtzeitig eintressen werde. Dann fährt er fort: "S. M. der König hat sich nur sehr schwer und aus Rücksicht auf den Kaiser Napoleon hierzu entschlossen und zwar in der bestimmten Boraussehung, daß für den Frieden bedeutender Territorialerwerb in Norddeutschland gesichert sei. Der König schlägt die Bedeutung eines norddeutschen Bundesstaates geringer an als ich und legt vorwiegenden Wert auf Annerionen, die ich allerdings neben der Nesorm als Bedürfnis ansehe, weil sonst Sachsen, Hannover für intimes Verhältnis zu groß bleibt.<sup>2</sup> S. M. der König bedauern, daß E. E. nicht an dieser Altersnative des Programms vom 9. nach dem Schlußsaß der Depesche bis auf weiteres sessgehalten haben; er hat, wie ich zu Ihrer ganz intimen, persöns

teilt das gleiche Telegramm mit, aber unvollständig und mit dem Jusate: "S. M. hat ans fangs diese Kombination zurückgewiesen; als er sie annahm, ließ er den Kronprinzen zu sich rusen." Er gibt dazu als Datum 15. Juli 10 Uhrabends. Das ist ganz unmöglich. Eine Kopie dieses Benedettischen Telegramms ist am 19. Juli Bismard vorgelegt worden; wir müssen demnach annehmen, daß Benedetti den Text am 19. bereits zur Genehmigung vorgelegt hat; hätte der König sofort zugestimmt, so könnte die Depesche vielleicht am 19. Juli 10 Uhr abends abgeschick sein; Bismards Zeitangabe würde dann unrichtig sein. Wahrscheinlicher ist es doch wohl, daß die am 19. vorgelegte Depesche erst am 20. vom König genehmigt und dann expediert wurde.

Der Tept dieses Telegramms vollständig mit einigen Fehlern im össerreichischen Generals stabswerke 4, 149; unvollständig bei Sybel 5, 289; das Telegramm ging gleichzeitig über die französische Gesandtschaft in Wien nach Paris. Dies ift offenbar das von österreichischer Seite interzipierte Exemplar. Könnte man etwa daran denken, daß Bismard es auch über Wien geschidt habe, damit es den Österreichern bekannt werde und ihnen die Gewisheit gebe, daß der König auf den hier angegebenen Forderungen unbedingt bestehen werde?

<sup>2</sup> In der Deutung dieser Borte schließe ich mich Leng 108 an; daß hier an eine relative Bertleinerung der bleibenden Staaten durch Bergrößerung Preußens gedacht sei, wie Mei, nede hift. 3. 87, 32 und Thimme 446 annehmen möchten, ift an sich wenig wahrscheinlich, und wird durch den Bergleich mit den früheren Außerungen in demselben Sinne ausgesschlossen.

lichen Direktive mitteile, geäußert, er werde lieber abdanken als ohne bes beutenden gandererwerb für Dreußen gurudtehren und hat heute den Kronprinzen hierher gerufen. Ich bitte E. E. auf diese Stimmung des Königs Rücksicht zu nehmen." Er erwähnt dann noch, daß er soeben bas über Wien geschickte Telegramm von Golt erhalten habe und schließt: "Die frangofischen Puntte wurden und, vorausgesett eine Grengregulierung mit Biterreich, auch als Praliminarien für Separatfrieden mit Biterreich ges nügen1, wenn Offerreich einen folden schließen will im Sinne Ihres Teles grammes Rr. 68 vom 17. Juli. Sie genugen nicht für den Frieden mit unferen übrigen Gegnern, befonders in Norddeutschland; ihnen muffen wir besondere Bedingungen machen, und die Mediation des Kaisers, die sie nicht angerufen, bezieht fich nur auf Diferreich. Wenn auch wir Italien gegenüber frei wurden, durch Zession Benetiens, so konnen wir doch Italien nicht frei laffen, bevor bas im Traftat für uns flipulierte Aquivalent Benetiens uns gewährt ift." Der gereizte Ton dieses Telegramms erflärt fich ohne weiteres aus dem Widerstreben, das Bismard bei Golg vorausseben mußte; durch den hinweis auf den bestimmten Befehl und die eventuellen Abdankungs: absichten des Rönigs follte in dem Botschafter das Gefühl erweckt werden, daß er eine ungeheuer schwere Verantwortung auf sich lade, wenn er nicht alles tue, um Napoleons offizielle Zustimmung zu den Annexionen durche juseben. Diesem gemessenen Befehl konnte er sich nicht mehr widerseben.

Offenbar sind auch dieser Entscheidung wieder recht heftige Diskussionen vorausgegangen, über deren Verlauf und Inhalt wir jedoch nur wenige positive Nachrichten haben. Durch Abeken² erfahren wir, daß am 20. Juli Benedetti längere Zeit auf eine Audienz bei Bismarck warten mußte, weil bei diesem erst der König und dann der Kronprinz waren. Ferner sagt Abeken: "Die nächsten Tage müssen eine Entscheidung bringen, ob es zu Friedensverhandz lungen mit Wassenstillstand kommt. Der König ist sehr bewegt durch die Aussicht auf die Beschlüsse, die zu fassen sein werden, und von denen das Leben von Tausenden, das Wohl und Wehe von Hunderttausenden, ja Milzlionen abhängen kann. Gott wird ihn leiten; ich habe gutes Vertrauen. Mäßigung im Siege ist noch größer als der Sieg selbst."

Stosch schreibt am 20. Juli, offenbar morgens3, an seine Frau: "Die größten Schwierigkeiten für den Abschluß der Verhandlungen liegen wohl

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Wie schon am vorigen Tage beschlossen war; Busch spricht davon, daß diese Boranss seinen ganz unwahrscheinlichen Fall betreffe; tatfächlich ift aber doch in Nitolsburg ein solcher Separatfriede mit Ofterreich geschlossen worden.

<sup>3</sup> h. Abeten, Ein schlichtes Leben. 3. Aufl. 337.

Bon Stofc, Denku. 104; wie der Schlußsatz zeigt, ist der Brief vor der Abfahrt des Kronprinzen nach Nikolöburg geschrieben; der König muß also schon in den vorhergehenden Tagen derartige Bedenken geäußert haben.

an unserm König. Der alte herr fann sich durchaus nicht entschließen, einen der deutschen Fürsten zu entthronen, will aber große Landabtretungen von Österreich haben. Es ist ihm eine bittere Demütigung, hier nachgeben zu sollen, weil die Franzosen ihre Macht für Österreich einsehen. Der Kronprinz geht ganz mit Bismarck."

Stoft hatte feine Informationen offenbar vom Kronpringen, von dem er ausdrücklich fagt, daß er alles mit ihm durchspreche. Bereits am 16. Juli hatte der Kronpring ihn zu Bismard geschickt, um Auskunft über die Lage gu erbitten.1 Dieser hatte ihm damals gesagt, Offerreich gegenüber komme es nur auf beffen Austritt aus bem Bunde an; "eine weitere Schädigung, durch Gebietsabtretung ufw. durfe nicht flattfinden, da wir fpater Offerreichs Rraft für uns felbst brauchten." Dirette Berhandlungen fänden nicht flatt; Franfreich vermittle weiter, werde fich aber huten, Rrieg zu beginnen; ohne unglücklichen Rrieg werde aber Bismard feine Kongessionen an Napoleon machen. "Bis gestern haben unsere biplomatischen Angelegenheiten sehr gut gestanden, und er fonne mir versichern, wie wunderbar er empfande, daß glangende militärische Erfolge die beste Unterlage seien für diplomatische Runfte. Es ginge alles wie geschmiert." Stosch erwähnt dann noch, daß Bismard damals feinen Bunfch, fich mit dem Kronpringen zu verftandigen, wiederholt betont habe. "Übrigens, fagte Bismard, fei der Baffenstillstand nabe, und obgleich Offerreich noch lange nicht genug gedemutigt sei, scheine es doch die Überzeugung zu gewinnen, daß es überhaupt feine Waffe mehr gegen und hat; es fei bereit, feine Berbundeten ju opfern und mache nur noch Sachsens wegen Schwierigfeiten." Diese Außerungen Bismards stammen aber aus einer Zeit, wo das frangofische Friedensprogramm sich noch nicht in feinen Sanden befand. Db und mas der Kronpring damals auf diese Mits teilungen geantwortet hat, wissen wir nicht.

Am 18. Juli hatte dann Bismarck an den General von Blumenthal telegraphiert: wie er höre, beabsichtige der Kronprinz an diesem Tage ins Hauptquartier zu kommen; er würde dankbar sein, wenn S. Kgl. Hoheit möglichst früh einträse. Diese Depesche wird wohl früh am Morgen abgeschickt worden sein, da Bismarck offenbar die Teilnahme des Kronprinzen an dem bevorstehenden Kriegsrat, von dem ja bereits ausführlich gesprochen worden ist, wünschte. Er muß also wohl vorher vom Kronprinzen eine Mitteilung empfangen haben, aus der er entnehmen konnte, daß dieser ihn zu untersstügen gewillt sei. Auf dies Telegramm hin ist der Kronprinz in der Tat von seinem Hauptquartier in Prödlit nach Brünn gesahren, aber erst nachs mittags, als der König bereits nach Rikolsburg ausgebrochen war, dort ans

<sup>1</sup> a. a. D. 102f.

gekommen. Am 19. Juli abends ließ der Kronprinz durch seinen Adjutanten telegraphisch an Bismard mitteilen, daß er am nächsten Tage nach Nikolsburg zu kommen gedenke, und anfragen, zu welcher Zeit es passe? Bismard erhielt dies Telegramm am 20. Juli früh, und antwortete 8 Uhr morgens telegraphisch, daß er zu jeder Stunde zu des Kronprinzen Disposition siehe.

Hiermit sind die positiven Angaben erschöpft, die sich über die Ereignisse des 20. Juli in unseren Quellen finden. Um was kann es sich danach bei den Auseinandersetzungen dieses Tages gehandelt haben?

Dag man auf Grund des frangofischen Programms Maffenstillftand und eventuell Separatfrieden mit Offerreich schließen wolle, war bereits an den beiden vorigen Tagen pringipiell festgestellt worden. Jedoch waren zwei Bedine gungen von preußischer Seite gestellt worden: Die Zustimmung Biferreichs und die Beteiligung Italiens. Die erste dieser Bedingungen konnte jest als er: füllt betrachtet werden, da Benedetti die Bereitwilligfeit Bfterreichs jur Une nahme erklärt hatte, und da man vermutlich auch bereits eine offizielle Nachricht über den entsprechenden Beschluß des öfferreichischen Ministerrats vom 19. Juli in Sanden hatte. Daß Offerreich die Integrität Sachsens gur Bedingung bes Friedens machen wollte, war zwar höchst unerfreulich, konnte aber keinen Unlag bieten, ben Beginn der Stillfandeverhandlungen abzulehnen, da ja die Territorialveränderungen nicht in dem frangofischen Programm ents halten waren, deffen Unnahme burch Bfterreich von preußischer Seite für genügend jum Beginn eines Waffenstillstands erflärt worden mar. Wollte man alfo, weil bei Aufrechterhaltung diefer Forderung Bfterreichs das Bus fandekommen eines Friedens sehr unsicher und daher auch der Waffenstills stand als nutlos, ja vielleicht schädlich erschien, den Beginn der Verhande lungen bintertreiben, ohne die Napoleon gegebene Jusage zu verlegen, fo blieb die einzige Möglichkeit, fich an die zweite Bedingung zu halten, die bisher allerdings nicht erfüllt worden war, die Zustimmung Italiens. Der italienische Gefandte Graf Barral erklärte wiederholt, daß er nicht bevolls mächtigt fei, die Zustimmung seiner Regierung zu einem Baffenstillstand auszusprechen, und die Telegramme Ufedoms aus Florenz ließen deutlich erfennen, daß Italien den Stillstand ablehnen werde, wenn Dreußen es nicht durch Anwendung des ftartften Druckes jur Annahme gwinge.3

Bei dieser Lage der Dinge war die Möglichkeit vorhanden, den Beginn der Verhandlungen mit Österreich, die nach Benedettis Forderung jest sofort stattfinden sollten, so lange zu verzögern, die die Zustimmung Italiens erfolgt

<sup>1</sup> S. hierüber Bufch 434f.

<sup>2</sup> Die Angabe des Generals von Blumenthal, daß Bismard den Kronpringen um fein Kommen ersucht habe, gibt alfo tein gang richtiges Bild.

<sup>3</sup> Aber die Beziehungen ju Italien f. Abichnitt VII.

sei. Ich habe es früher wahrscheinlich zu machen versucht, daß König Wilhelm der an Rapoleon am 18. Juli erteilten Antwort nur deshalb schließlich zuges stimmt hat, weil er in dieser Berusung auf Italiens mangelnde Zustimmung immer noch ein Mittel zu haben glaubte, auch dem Waffenstillstand ausweichen zu können, wenn nicht vor Beginn desselben die Zustimmung Frankreichs zu den Annexionen erfolgt sei. Eine bindende Erklärung Napoleons über diesen Punkt lag immer noch nicht vor; ob Herreich wirklich alle seine nords deutschen Berbündeten mit Ausnahme von Sachsen völlig opfern werde, wird aus Benedettis Mitteilungen auch nicht mit Sicherheit zu entnehmen gewesen sein.

Ich möchte daher glauben, daß sich der Streit in sachlicher Beziehung wesentlich um die Frage gedreht hat, ob man auf Stillstandsverhandlungen überhaupt eingehen solle, solange Österreich sich über die Unnerionen nicht erklärt habe und auf der Integrität Sachsens beharre. In sormeller Beziehung aber wird es sich darum gehandelt haben, ob man die mangelnde Zustimmung Italiens dem Kaiser Napoleon und Österreich gegenüber als Grund der Weigerung geltend machen wolle. Notwendig war es nicht, die vorherige Zustimmung Italiens zu haben, da nach dem Bündnisvertrage Italien seine Zustimmung zum Wassenstillstand und Frieden nicht versagen durfte, sobald es Venetien erhielt.

Vermutlich hat der König, entsprechend seiner Haltung vom 18. Juli, sich dafür ausgesprochen, mit der bezeichneten Motivierung den Beginn der Verhandlungen vorläusig abzulehnen, während Bismarck es für richtiger hielt, troß der Unsicherheit des Ergebnisses und der sehlenden Zustimmung Italiens die Verhandlungen sofort beginnen zu lassen, in der Hossmung, daß die nachträgliche Zustimmung Napoleons zu den Annexionen noch rechtzeitig eintressen, und Österreich sich zur Preisgabe aller Verbündeten außer Sachsen verstehen werde. Auch war es nicht undenkbar, daß sich Osterreich troß der ansbedungenen Integrität seines eigenen und des sächsischen Gebiets im Lause der Verhandlungen noch zu kleinen Abtretungen in Form von Grenzs berichtigungen versiehen werde.

In welcher Form die Diskussion verlaufen ist, wissen wir nicht; da aber der Kronprinz in Nikolsburg anwesend war und Bismarck aussuchte, nachdem der König vorher bei diesem gewesen war, so ist es denkbar, daß an diesem Tage ein versöhnendes Eingreisen des Thronfolgers stattgefunden hat. Vielleicht war es bei dieser Gelegenheit, daß der König sich an seinen Sohn mit den Worten wandte: "Sprich Du im Ramen der Zukunft!" Jedenfalls hat der König auch in diesem Falle schließlich nachgegeben, dabei aber erklärt, daß er in einen Friedensschluß ohne starte Gebietserweiterung auf keinen Fall willigen

<sup>1</sup> h. Delbe ad, Erinn. an Raifer Friedrich (Erinn., Auff. u. Reden G. 83). Bgl. Leng 117.

werde, und hat für den Fall, daß die jest zu beginnenden Verhandlungen mit einem berartigen für ihn unannehmbaren Ergebnis endigen follten, feine Abe dankung in Aussicht gestellt. Bismard hat diese Drohung des Königs benutt, um dem Grafen Golf den Ernft der Lage möglichst eindringlich vor Augen gu ffellen. Darüber, daß im Friedensvertrag Unnerionen ausbedungen werden follten, war er mit dem Konig völlig einig; es scheint aber, daß der lettere der Überzeugung gewesen ift, bas von Bismard angeratene Berfahren sei nicht ges eignet, dieses Biel zu erreichen, sondern konne Preußen in eine Zwangslage vers fegen, in der es ichlieflich wieder nur die Bahl gwifchen dem Bergicht auf Une nerionen oder einem Kriege gegen Frankreich und Offerreich zugleich haben werde. Spielte aber, wie faum ju bestreiten sein wird, die Integrität Sachsens in diesen Erörterungen eine erhebliche Rolle, so wird auch erwogen worden sein, in welcher Weise man die Annexionen abgrenzen wolle, falls wirklich auf Die Erwerbung erheblicher fachfischer Gebietsteile verzichtet werden muffe. Sollte nicht Bismard bem Ronig ben Gedanten annehmbar ju machen versucht haben, daß ein Ersat für den Preugen hier entgehenden Gewinn in einer entsprechenden Ausdehnung der übrigen norddeutschen Annerionen gefunden werden tonne? Drei bis vier Millionen norddeutscher Einwohner hatte man von Navoleon gefordert; diese Gesamtzahl brauchte man nicht aufzugeben, wenn man auch auf Sachsen verzichten mußte. Allerdings mußte man sich in diesem Falle entschließen, alle übrigen norddeutschen gegnerischen Staaten gang zu anneftieren. Daß ein urfächlicher Busammenhang zwischen bem Bergicht auf Sachsen und der Entscheidung für die volle Unnerion der übrigen Staaten besteht, scheint mir aus einem Telegramm Bismarck an Golt vom 25. Juli hervorzugehen, in dem es nach Erwähnung der Bus stimmung Frankreichs zur Annerion von vier Millionen sagt, diese vier Millionen absorbierten, da Sachsen geschont werden solle, gang hans nover, Rurheffen, Oberheffen, Raffau und Frankfurt.

Wenn diese Außerung auch erst etwas später getan ift, so legt sie doch die Vermutung nahe, daß der hier von Bismarck ausdrücklich konstatierte ursächliche Zusammenhang sich schon früher, sobald der Verzicht auf Sachsen wahrscheinlich wurde, geltend gemacht haben wird. Natürlich wollte auch der König nicht gern unterhalb der Summe bleiben, die erreichbar schien; aber die Entscheidung war für ihn besonders schwer, wenn der Verzicht auf Sachsen, der ihm an sich schon sauer genug wurde, noch mit dem Jugeständ; nis der gänzlichen Entthronung der übrigen Dynassien, die er zu vermeiden

<sup>1</sup> Auch darauf möchte ich hinweisen, daß im Präliminarfrieden von Rifolsburg (hahn (1, 489) Art. 5 die österreichische Anertennung der norddeutschen Gebietsveränderungen ausdrücklich als Gegenleistung für die völlige Schonung des sächsischen Territorialbes standes bezeichnet wird. ("Dagegen verspricht S. M. der Kaiser von Herreich etc.)

wünschte, im innigsten Zusammenhang stand. Bismarck, der seinerseits die Vollannerionen immer vorgezogen hatte, wird hingegen, aus demselben Grunde, in dem Verzicht auf Sachsen ein Zugeständnis erblickt haben, das er desto leichter machen konnte, weil es die Lösung der übrigen Territorials fragen in seinem Sinne nach sich ziehen mußte.

Bu einem definitiven Entschluß über diese Frage wird es auch am 20. Juli noch nicht gekommen sein; diesen konnte man verschieben, bis die Verhands lungen gezeigt hatten, wie weit Osterreich etwa in diesem Punkte noch nachs geben würde.

Wit der Absendung des erwähnten Telegramms von Benedetti unter Genehmigung des Königs war es auch entschieden, daß die direkten Verhandlungen mit Österreich sofort beginnen sollten. Die Zustimmung Italiens wurde auch jest ausdrücklich vorbehalten, aber nur der Beginn des Stillstands selbst, nicht der Anfang der Verhandlungen darüber, sollte dadurch aufgehalten werden. Die Notwendigkeit, dem Grafen Golts noch einen bestimmten Besehl in bezug auf die Annexionen zu senden, ergab sich für Bismarck sowohl aus der Haltung des Königs als aus seinem eigenen Bunsche, beim Beginn der Verhandlungen mit Österreich bereits im Besitz einer ausdrücklichen Zustimmung des Kaisers zu den preußischen Annexionen zu sein. Es war dann natürlich für ihn viel leichter, auch die Sinwilligung Osterreichs zu erlangen. Lehnte es der Kaiser jedoch ab, eine solche Erklärung zu geben, und weigerten sich die Österreicher ebenfalls, ihre prinzipielle Zustimmung dazu auszusprechen, so würde Bismarck zweisellos die Verhandlungen auf jede Gefahr hin abgebrochen haben.

Daß aber ein neuer ausbrücklicher Befehl notwendig war, um eine solche Erklärung Napoleons zu beschaffen, erhellt deutlich aus dem Berhalten des Grasen Golt nach dem Empfang des Telegramms vom 18. Juli. Obwohl ihm darin unzweideutig gesagt war, daß an einen Frieden ohne Annexion von 3—4 Millionen norddeutscher Einwohner nicht zu denken sei, hielt er es noch immer nicht für notwendig, eine bindende Erklärung des Kaisers hierüber zu verlangen. Nachdem er das Telegramm am 19. Juli abends erhalten hatte, ging er sosort zu Napoleon und teilte ihm die erfreuliche Nachricht mit,

Lelegramm vom 19. Juli und Bericht vom 20. Juli. In dem Telegramm wird gefagt, der Kaiser und Droupn de Lups seien davon befriedigt gewesen, hatten auch teine Einwens dungen gegen die unmittelbare Annerion von drei bis vier Millionen erhoben, welche der Kaiser ausdrüdlich als durch das Programm nicht ausgeschlossenes Detail anerkannt habe. Andererseits habe seine, des Grasen Gold, Zusicherung wegen Norddeutschland vollkommen befriedigt. — Im Bericht heißt es: der Kaiser habe gegen diese Ausschrungen teine Eins wendung gemacht und wiederholt, daß die mehr oder weniger ausgedehnten Annerionen in Rorddeutschland ein Detail seien, mit welchem man nicht von vornherein die Berhandlungen komplizieren dürste. Seine Außerungen machten aus Golh den Eindruck, daß er in dem ins

daß Preußen seine Vorschläge vom 14. Juli als Erundlage eines Stillstands, wenn auch nicht des Friedens, angenommen habe; für den letteren, fügte er hinzu, würden noch Annexionen in dem angegebenen Umfang verlangt. Dies konstatierte er aber lediglich als eine Tatsache, ohne eine Forderung daran zu knüpfen; er begnügte sich vielmehr mit der einfachen Wiederholung jener schon öfter von Napoleon hingeworfenen Bemerkung, diese Dinge würden später zu regeln sein, und Annexionen seien ja durch die Fassung der französischen Vorschläge keineswegs ausgeschlossen. Daß diese Forderung Preußens, wenn man ihre Erfüllung auch nicht für ausgeschlossen erklärte, hiermit doch in keiner irgendwie bindenden Weise vom Kaiser zugeskanden worden war, schien er wieder nicht zu bemerken.

Erst auf die neue Depesche vom 20. Juli bin tat Goly wirklich den Schritt, ben Bismard längst von ihm erwartet hatte. Rachdem er am 21. abends Diefen Befehl erhalten hatte1, ging er am 22. nochmals jum Raifer, um jest die förmliche Anerkennung der Annerionen in dem bezeichneten Umfang gu verlangen. Er hatte ein Schriftstud ausgearbeitet, das die preußischen Forderungen enthielt. Es war darin junächst gesagt, daß die Bermittlung bes Raifers fich nur auf Biterreich, Preugen und Italien beziehe, und daß baber die übrigen beutschen Staaten, mit benen besonders ju verhandeln fein wurde, an den bevorstehenden Besprechungen nicht teilzunehmen haben würden. Sollte aber ber Raifer von Offerreich auf der Einbeziehung feiner Berbundeten bestehen und einen Separatfrieden ablehnen, fo mußte der Rönig von Preugen im Interesse bes Zusammenhangs seiner Staaten sowie der Konfolidierung des norddeutschen Bundes territoriale Vergrößerungen auf Roffen der im Rriege mit ihm befindlichen norddeutschen Souverane beanspruchen; Raiser Napoleon möge erflären, daß er solche Unnexionen bis ju einer Einwohnerzahl von vier Millionen in demfelben Mage unterftüßen werde, wie die von ihm am 14. Juli vorgeschlagenen Friedensgrundlagen.

Der Kaiser erklärte sich sofort einverstanden, hielt jedoch die Fortlassung der ersten Sätze für wünschenswert, da sie Österreich fränken könnten, und ermächtigte Goltz nur, in seinem Namen zu erklären, daß er im Lause der Verhandlungen sich den von Preußen in Anspruch zu nehmenden Annexionen in Norddeutschland bis zur Einwohnerzahl von vier Millionen nicht allein nicht widersetzen, sondern dieselben auch als billig anerkennen und befürzworten werde. Er äußerte hierbei nur den Bunsch, daß das Königreich Sachsen nicht beseitigt werden möge. Goltz glaubte erwidern zu können, daß

Auge gefaßten Umfang der Annerionen weder eine Unbilligfeit noch eine Benachteiligung der französischen Interessen erblickte. Die Worte des Kaisers klingen hier noch ausweichender als in der Fassung des Telegramms.

<sup>1</sup> Bericht vom 23. Juli.

dies nicht in der Absicht des Königs liegen dürfte, wohl aber die Annexion Leipzigs und des Bauhener Kreises notwendig werden könnte. Der Kaiser hatte hiergegen nichts. Die Annexion von Hannover und Kurhessen erkannte er ausdrücklich als zweckmäßig an. Er wollte sogar die Einverleibung der thüringischen Staaten zulassen, was Golh mit der Bemerkung zurückwies, daß diese sich ja loyal gegen Preußen benommen hätten. Endlich schlug Napoleon noch vor, Preußen möge Oberhessen einverleiben und den Großeherzog von Darmstadt durch Rheinbayern entschädigen. Golh erklärte, über die Absichten seiner Regierung in dieser Beziehung und namentlich hinsichte lich Bayerns nicht orientiert zu sein. Aus einer Außerung, die der Kaiser hierbei tat, im Jusammenhang mit vorherzehenden, ihm damals unversständlich gewesenen Anspielungen Droupn de Lhuys, schloß Graf Golh, daß Napoleon dabei eine Grenzrektisstation zugunsten Frankreichs im Sinne habe, welche er vor dem desinitiven Friedensschluß in Anspruch nehmen wolle.

Noch am 22. Juli ließ Golt auf telegraphischem Wege eine kurze Mels dung über diese Unterredung und die Genehmigung der Annexionen durch Napoleon nach Nikolsburg gelangen², tat aber dabei von dem Wunsche des Kaisers nach einer Grenzberichtigung keine Erwähnung. Dies Telegramm traf am 23. Juli in Nikolsburg ein, als dort eben die offiziellen Verhands lungen mit den össerreichischen Vertretern beginnen sollten.

Denn nach der Annahme der Borschläge Rapoleons durch Preußen und Osterreich waren unter Vermittlung Benedettis ohne weitere Schwierigkeiten die näheren Bedingungen der fünftägigen Waffenruhe vereinbart worden, und am 22. Juli abends waren bereits die österreichischen Bevollmächtigten in Rifolsburg eingetroffen.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Jum Schluß erklärt Golt noch, daß er nach feiner Meinung alles erreicht habe, was möglich fei; er hoffe, daß daraus ein intimeres und dauernderes Berhältnis zwischen Preußen und bem Raifer entstehen werde als je vorher, und setzte den politischen Wert eines solchen Zusammengehens auseinander.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Im Telegramm vom 22. Juli melbete Golt, der Raifer habe ihn ermächtigt mitzuteilen, daß er bei den Friedensverhandlungen nicht allein der Annektierung von 4 Millionen Nordsbeutscher nicht widersprechen, sondern dieselbe als billig anerkennen und empfehlen werde. Er wünsche Schonung von Sachsen, halte Annerion von Hannover, Rurhessen und nördslichem Teil von Großherzogtum Hessen für zwedmäßig, scheine aber letteres durch Rheinsbayern entschädigen zu wollen. (Bgl. Sybel 5, 290.)

Die offizielle Mitteilung über die dietereichische Annahme der franzosischen Borschläge und der Baffenruhe erfolgte durch ein Schreiben Gramonts an Benedetti vom 20. Juli, anget. in Ritolsburg 21. Juli. Bismard, dem es von Gramont mit einem Begleitschreiben siberfandt wurde, erhielt die Ermächtigung, es felbst zu lesen. Da aber in Gramonts Schreiben nicht ganz flar gesagt war, daß es sich um die Annahme der Borschläge vom 14. Juli handle, erwiderte Bismard am 21. Juli, der König bewillige die Baffenruhe nur in der Borausssehung, daß diese gemeint seien; zugleich machte er im Austrag des Königs genauere Vors

Gleich nach ihrer Ankunft fand eine vertrauliche Besprechung zwischen Bismark und dem Grasen Karolyi statt, über deren Eindruck der erstere uns mittelbar darauf an Golz telegraphierte<sup>1</sup>: es scheine ihm, als ob Österreich Sachsen retten wolle, aber bereit sei, seine übrigen Verbündeten in Nordsdeutschland zu opfern und auf ihre Kosten sich herauszuziehen. An demselben Abend fand auch eine Besprechung zwischen Bismark und dem König statt, über die wir durch Abeten einiges erfahren. Dieser schreibt am folgenden Tage an seine Frau<sup>2</sup>: "Als gestern abend Graf Vismark bei ihm (dem König) war, hat er zum erstenmal einen Kückblick auf die ganze Vergangensheit geworfen, von den Schwierigkeiten gesprochen, die er schon als Prinz von Preußen, dann in den ersten Jahren seiner Negierung gehabt — und nun endlich von dem späten "Abendrot", das seinem Alter noch zuteil geworden sei, und hat dann den Minister unter Tränen umarmt."

Bas mag wohl den Anlag zu dieser tiefen Bewegung des Konigs ges bildet haben? Offenbar ift ja Bismard unmittelbar nach seiner Besprechung mit Karolni jum König geeilt, um ihm beren Ergebnis mitzuteilen. Man wundert fich aber, daß der König hierüber junachft fo erfreut gewesen fein foll, mabrend er fvater die größten Bedenfen gegen die Genehmigung der von Offerreich jugeffandenen Bedingungen zeigte. Indeffen wird von den Gine gelheiten, die nachher den größten Streit erregten, in jener erften Besprechung noch gar nicht die Rede gewesen sein, sondern Bismard hatte aus ihr nur, wie ja auch sein Telegramm an Golt zeigt, den einen wesentlichen Eindruck bavon: getragen, daß Offerreich, abgesehen von seinem schon durch die Unnahme des frangofischen Programme jugestandenen Ausscheiden aus Deutschland, bereit fei, alle feine norddeutschen Berbundeten, mit Ausnahme von Sachfen, ju opfern, b. h. also erhebliche norddeutsche Annerionen zuzugestehen. Über ben Umfang derselben scheint noch nicht näher gesprochen worden zu sein, wie die Beratungen des nächsten Tages zeigen; aber schon daß Offerreich feine prinzipiellen Einwande gegen dieses bringende Berlangen des Königs erhob, war von außerordentlichem Wert. Noch war ja die Meldung von Gols über Napoleons Zustimmung zu den Annexionen nicht angelangt; noch immer bestand also die Befürchtung, die den König am 18. und 20. Juli so lebhaft bewegt hatte, daß Bfterreich gegen die Annexionen überhaupt Eins wendungen erheben fonne, daß Frankreich hierin feinen Verftoß gegen das folage über ben Zeitpunft bes Beginns und Ablaufs und bie fonftigen naheren Bedingungen ber fünftägigen Waffenruhe. Er ließ jest fofort die Rachricht in die Preffe bringen, daß Offerreich fich bereit erflart habe, aus dem deutschen Bunde auszutreten, und einer Refons ftruttion desfelben ohne feine Beteiligung jugustimmen; diefe Notig follte als Meldung aus Paris erscheinen. (Telegramm an Werther vom 21. Juli).

<sup>1</sup> Telegramm vom 22. Juli.

<sup>2</sup> Abeten G. 340.

Friedensprogramm erblicken werde, und daß Preußen sich dann genötigt sehen könne, die Verhandlungen abzubrechen, auf die Gefahr hin, den Kaiser Napoleon den Gegnern dadurch in die Arme zu treiben. Diese Vefürchtung war jest geschwunden; die Aussicht auf ein Gelingen des Friedenswerkes war durch dies Zugeständnis Österreichs erheblich gestiegen; der Weg, dessen Vetreten Vismarck am 18. und 20. Juli so mühsam durchgesest hatte, schien wirklich zum Ziele zu führen. So begreifen wir es, daß der König durch diese Mitteilung von schwerer Sorge befreit wurde, und diesem Gefühl durch seine Worte und die Umarmung des Ministers Ausdruck gab.<sup>1</sup>

Bevor am nächsten Tage die eigentlichen Berhandlungen begannen. machte Bismard ben Berfuch, Benedetti und ben Grafen Barral gur Teile nabme daran zu bestimmen. Un Benedetti wird er sich vermutlich erft ges wandt haben, nachdem er am 23. Juli früh die Meldung des Grafen Golb über Frankreichs Zustimmung zur Annexion von vier Millionen Einwohnern erhalten hatte; da die Annerion von hannover, Rurhessen und Oberhessen von Rapoleon ausdrücklich als zwedmäßig anerkannt war, und in bezug auf Sachsen nur Schonung, nicht aber unbedingt volle Integrität verlangt wurde, so mochte es Bismard nublich erscheinen, den Bertreter des Raisers bei den Berhandlungen zu haben, damit dieser ihm belfen könne, etwaige Bedenken der Offerreicher gegen die Ausdehnung der Annerionen ju gers streuen. Die Zuziehung des Grafen Barral ware natürlich fehr wertvoll gemesen, wenn diefer in der Lage gemesen ware, die Zustimmung Italiens jum Abichluß des Waffenstillstands und der Praliminarien auszusprechen. Da er aber erflären mußte, ohne Bollmacht zu fein, fo mußte man zunächst von der Beteiligung Italiens absehen und beffen spätere Buftimmung ju den gu treffenden Bereinbarungen vorbehalten.2 Auch Benedetti weigerte fich an ben Beratungen teilzunehmen, ba er aus Paris die ausdrückliche Unweifung erhalten hatte, ber Raifer betrachte feine Bermittlung als ers loschen, nachdem es ihm gelungen sei, die Annahme seines Friedenspros gramms durch Preußen und Offerreich durchzuseten, so den Baffenstills fand ju fichern, und den Zusammentritt der Unterhandler jur Bereinbarung bes Friedens ju erreichen.3

<sup>1</sup> Möglicherweife tonnte auch in diefer Befprechung die endgültige Buftimmung des Konigs ju den Bollannerionen erfolgt fein.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Telegramm an Ufedom vom 22. Juli. Bismard halt Barral für ernstlich trant und wundert sich, daß Govone noch nicht angelangt ist. Auch am 24. Juli war noch teine italies nische Bollmacht da; Bismard teilte damals Goly mit, daß die Waffenruhe um weitere fünf Tage verlängert werden solle, wenn Italien bis jum Ablauf der Frist seine Zustimmung zu einem formellen Stillstande noch nicht erklärt habe. (Erlaß vom 24. Juli.)

Rothan 317. — Aber Die Grunde der Richtbeteiligung frangofifcher Bertreter fiebe Sphel 284f. und Thimme 435 Anm. Um mahricheinlichften ift es doch, daß Rapoleon

So traten denn Bismark und Moltke allein am 23. Juli mit den drei öfferreichischen Bevollmächtigten zu der ersten offiziellen Situng zusammen. Bismark hatte bereits einen Entwurf der Friedenspräliminarien mitgebracht, der als Grundlage der Verhandlungen dienen sollte.<sup>2</sup> Er enthielt noch nichts über die Behandlung Sachsens, sah hingegen die Aufnahme Bayerns in den

seine Bermittlung deshalb formell als erloschen betrachtet wissen wollte, weil er die schon geplante Anmeldung seiner Kompensationsforderung mit der Stellung eines Bermittlers nicht für vereindar hielt.

1 Ein Prototoll über die Berhandlungen icheint nicht geführt worden gu fein. Auch Sybel hat offenbar außer ber gebrudten Literatur (Rothan, Beuft, Friefen, Bigthum von Edftabt) und ben gleichzeitigen Depefchen an Golt fowie ben verschiedenen Entwürfen ber Pralis minarien feine weiteren Quellen jur Berfügung gehabt. Solcher Entwurfe find zwei vorhanden. Der erfte ift von Abeten gefdrieben und mit Korretturen von Bismard verfeben. Er ift undatiert, jedoch hat Abefen nachträglich mit Bleiftift barauf bemerft: "Allererffer Entwurf ju Praliminarien. Ritoleburg ben 22. ober 23. Juli". Der zweite Entwurf ift ebenfalls von Abeten gefdrieben und undatiert und tragt bie nachtragliche Bleiftiftnotig: "Zweiter Entwurf 22. oder 23. Juli". Diefe nachträglichen Rotigen geigen, bag auch Abeten später nicht mehr genau wußte, an welchen Tagen die einzelnen Entwürfe niedergeschrieben worden find. Daraus, daß in dem erften Entwurf von dem Schidfal Sachfens nicht bes fonders die Rede ift, fondern diefes Land offenbar mit unter die Bestimmungen bes Artitels 2 (Zuftimmung Offerreichs zu ben in Nordbeutschland vorzunehmenden Territorials veränderungen) fallen follte, sowie aus der gang abweichenden Fassung des Artitels 2 überhaupt (f. unten) foliege ich, daß diefer erfte Entwurf ohne die von Bismard hingus gefügten Korrefturen ale Grundlage ber erften Besprechung gebient hat und vor bieser aufs gestellt, wahrscheinlich von Bismard bittiert mar. Die Korretturen Bismards halte ich für Anderungen, die infolge der erften Befprechungen mit den Offerreichern, fei es mahrend ber Berhandlungen felbst, sei es nach deren Beendigung angebracht worden find; dasselbe nehme ich von der auf besonderem Blatt beigelegten neuen Kassung des Artifels 2 und dem auf Sachfen bezüglichen Separatabtommen an. Den zweiten Entwurf, ber im wefentlichen bem forrigierten erften Entwurfe entspricht, halte ich fur Die Grundlage, Die Bismard ju ber zweiten Berhandlung am 25. Juli mitbrachte; bie barin vorgenommenen Korrefturen, welche den endgültigen Tert ergeben, für bas Resultat diefer zweiten Berhandlung.

<sup>2</sup> Der endgültige Text der Präliminarien ist gedruckt bei hahn, Bd. 1, S. 488. Ich notiere im Folgenden die Abweichungen der Entwürfe, soweit sie sachliche Bedeutung haben. Ich bezeichne dabei den ersten Entwurf ohne die Korrekturen Bismarcks mit A, denselben Entwurf in der von Bismarck korrigierten Gestalt mit B, den zweiten Entwurf in seiner urs sprünglichen Fassung mit C, und in der von Bismarck korrigierten Gestalt mit D.

Artitel 1. Der erste Sat fehlt in A, B und C und ist in D von Bismard auf besonderem Blatt hinzugefügt. — Die letten Borte lauten in A: "Mit Borbehalt der in Artitel 4 gestroffenen näheren Berabredungen." In B ist die endgültige Fassung von Bismard hineins forrigiert.

Artitel 2 lautet in A: "S. R. der Kaiser von Herreich erklärt sein bisheriges Berhältnis jum deutschen Bunde für seine sämtlichen, in denselben einbegriffen gewesenen Territorien gelöst, erkennt die Auflösung des Bundes als rechtlich und faktisch vollzogen an und verspricht gegen die Bildung eines neuen deutschen Bundes ohne Beteiligung des österreichischen Kaiserstaates, innerhalb dessen S. M. der König von Preußen ein engeres Bundesverhältnis

Frieden vor, unter der Bedingung, daß von diesem Staate eine Kriegs; fossenentschädigung gezahlt werde, und die Abtretung von Gebietsteilen zu: gesichert werde, die zur Entschädigung des Großherzogs von hessen für den

ber nordbeutschen Staaten untereinander neben den nationalen Beziehungen der letteren zu den süddeutschen Staaten begründen wird, keine Einwendungen zu erheben." In B hat er durch eigenhändige Korrektur Bismarcks zunächst folgende Fassung erhalten: "S. M. der Kaiser von Osterreich scheidet aus dem deutschen Bunde, erkennt die Auslösung desselben an und verspricht die Bildung eines neuen Bundes ohne Beteiligung des österreichischen Kaisersstaates und das von S. M. dem Könige von Preußen herzustellende engere Bundesverhältnis der norddeutschen Staaten untereinander anzuerkennen." Die endgültige Fassung ist in B auf einem besonderen eingelegten Blatte von der hand Abekens hinzugefügt.

Artitel 3. In A fehlt der lette Teil ("mit der Maßgabe usw."); ebenso in B und C; erst in D ift der fehlende Sat auf besonderem Blatte von Bismarck hand geschrieben hinzugefügt.

Artikel 4. In A steht anstatt 40 Millionen: "... Millionen". Seenso in B. In C "40 Millionen". — In A steht anstatt 15 Millionen: "12 Millionen"; ebenso in B; in C "15 Millionen". — Der Schluß lautet in A: "Mit 12 Millionen Talern in Abzug gebracht werden. Bis zur Zahlung der Summe von . . . . . Millionen wird Preußen das össerreichische Schlessen beseht halten." In B hat Bismard dies folgendermaßen torrigiert: "Mit 12 Millionen Talern in Abzug gedracht werden. Bis zum definitiven Friedensschluß wird Preußen Böhmen und Mähren und bis zur Zahlung der Summe von . . . Millionen das össerreichische Schlessen besetzt halten." C wie B. In D hat Bismard die definitive Fassung am Nande hinzugefügt.

Artitel 5. Fehlt in A; in B ist auf besonderem Blatte von Abetens hand der spätere Artitel 5 hinzugefügt, aber in Gestalt eines besonderen Rebenvertrages. Der Wortlaut wich in Abetens Konzept von der desinitiven Fassung noch insofern ab, als der letzte Saß lautete: "Dagegen verspricht S. M. der Kaiser von Ssterreich, sämtliche von S. M. dem Könige von Preußen in dem Teile Deutschlands, welcher nördlich des Mains belegen ist, zu treffenden neuen Einrichtungen, einschließlich der Territorialveränderungen unter Ausdehnung der Grenzen der preußischen Monarchie anzuerkennen. Borsiehender Separatartitel soll gleiche Kraft und Geltung wie die Konvention selbst haben und in gleicher Weise wie diese und in Verbindung damit ratissiziert werden." Der endgültige Tert ist bereits in B durch Korrekturen Bismarck hergestellt und auch die Einreihung in den hauptvertrag selbst vorgenommen worden.

Artitel 6. (In A: 5) ist in der definitiven Fassung ausgefallen. Er lautete in A "S. R. der König von Preußen erklärt sich bereit in den auf die gegenwärtigen Präliminarien zu begründenden Frieden auch S. M. den König von Bayern mit einzuschließen und nach Abschließ des Friedens seine Truppen aus dem bayrischen Gebiete zurückzuziehen, sobald S. M. der König von Bayern sich verpflichtet, die Summe von . . . . Millionen Talern an S. M. den König von Preußen als Beitrag zu den Kriegskossen zu zahlen und S. K. H. den Großherzog von hessen sich beienigen nördlich des Mains gelegenen Gebietsteile in Land zu entschältnisse, welche S. L. her Großherzog bei der neuen Ordnung der terristorialen Berhältnisse in Norddeutschland an Preußen abtreten wird." Ebenso in B, nur sind die Worte "in Land" durchstrichen. C: "S. M. der König von Preußen erklärt sich bereit, den Beitritt zu dem auf die gegenwärtigen Präliminarien zu begründenden Frieden auch S. M. dem König von Bayern offen zu halten." In D ist auch dieser Sat durch Streichung getilgt.

Artitel 6 der befinitiven Faffung (in A 6, in B 7, in C 7, in D wieder 6) lautet in A: "S. Der Ronig von Preugen macht fic anheifchig, vor Natifitation dieser Abereintunft

Berlust von Oberhessen dienen sollten. Besonders interessant ist aber die Fassung, die in diesem Entwurf dem zweiten Artikel gegeben war. Er sollte kauten: "S. M. der Kaiser von Österreich erklärt sein bisheriges Berhältnis zum deutschen Bunde für seine sämtlichen in denselben einbegriffen gewesenen Territorien gelöst, erkennt die Auflösung des Bundes als rechtlich und faktisch vollzogen an und verspricht gegen die Bildung eines neuen deutschen Bundes ohne Beteiligung des österreichischen Kaiserstaates, innerhalb dessen S. M. der König von Preußen ein engeres Bundesverhältnis der norddeutschen Staaten untereinander neben den nationalen Beziehungen der letzteren zu den süddeutschen Staaten begründen wird, keine Einwendungen zu erzheben."

Hieraus geht deutlich hervor, daß Bismard noch jest trot der Annahme des französischen Friedensprogramms einen gesamtdeutschen Bund ohne Osterreich glaubte herstellen zu können, innerhalb dessen der norddeutsche Bund nur eine engere Vereinigung bilden sollte. Es deckt sich dies vollständig mit den Absichten, die wir aus seiner Instruktion vom 9. Juli und einzelnen späteren Außerungen glaubten ertennen zu können. An ein gesamtdeutsches Parlament wird er hierbei nicht mehr gedacht haben, wohl aber an einen gemeinsamen Bundestag, gemeinsame Wirtschaftspolitik und eine gegensseitige Garantie des Besisstandes gegen auswärtige Angrisse, wie dies alles ja bereits vor 1866 durch den alten deutschen Bund und den Zollverein vorshanden gewesen war.

In der Verhandlung selbst scheint zunächst die Ausdehnung der preußischen Annexionen bei den össerreichischen Vertretern Bedenken hervorgerusen zu die Erklärung seines Verbändeten, S. M. des Königs von Italien, über seinen Beitritt zu den Friedenspräliminarien und zu dem auf dieselben zu begründenden Frieden zu besschaffen, sobald das venetianische Königreich durch bestimmte Abtretungserklärung S. M. des Raisers der Franzosen an S. M. den König von Italien übergeben sein wird." Ebenso in B und C; in D ist durch Korrekturen Bismarcks die definitive Fassung hergestellt.

Artifel 7 (in A 7, in B 8, in C 8, in D 7) anstatt: "in binnen längstens zwei Tagen hat A: "binnen . . . Tagen"; ebenso B; in C die definitive Fassung.

Artifel 8 (A 8, B und C 9, D 8). Die Entwürfe haben nur formelle Abweichungen.

Artitel 9 (B und C 10, in D 9) fehlt in A, und ist in D von Abeten hinzugefügt, lautete hier jedoch in seinem letten Teile: "und die taiserlich össerreichischen und königlich sächsischen bzw. königlich bayrischen Streitkräfte andererseits abschließen, dessen nähere Bedingungen in militärischer hinsicht sogleich geregelt werden sollen." Ebenso in C; in D sind die Worte: "resp. königlich bayrische Streitkräfte" durchstrichen, und Bismarck hat dafür geschrieben: "Der mit Bayern und, sobald sie darum nachsuchen, mit den süddeutschen Staaten durch Bermittlung Vaperns abzuschließende Wassenstillstand wird an demselben Tag beginnen." Die definitive Fassung ist von Bismarck auf besonderem Blatte in D hinzugefügt worden.

1 Dieser Passus scheint darauf hinzubeuten, daß der Entwurf erst nach dem Eintreffen ber Depesche des Grafen Goly vom 22. Juli fertiggestellt worden ift, da er doch wohl auf die Anregung Napoleons, die Goly in jener Depesche übermittelte, zuruczuschren ist.

haben. Benigstens berichtet Benedetti1, der vermutlich von öfferreichischer Seite über den Verlauf der Verhandlungen genau informiert worden sein wird. Bismard habe erflärt, wenn das Wiener Rabinett der Vergrößerung Preu-Bens in Norddeutschland nicht gustimme, muffe er die Berhandlungen abs brechen. Er habe sodann das Telegramm des Grafen Gols vorgelegt, worin die Zustimmung Frankreichs jur Annexion von vier Millionen Einwohnern ausgesprochen mar, und darauf hatten die öfterreichischen Bevollmächtigten ihren Widerspruch aufgegeben und nur unbedingt darauf bestanden, daß weder Offerreich felbft noch Sachsen irgendeinen Gebietsverluft erleiden dürften.2 Salte Preußen eine Beränderung der schlefischen Grenze für note wendig, so fonne diese nur auf dem Bege eines Gebietsaustausches herbeis geführt werden.3 Da Bismard bei den ihm bekannten Unschauungen des Rönigs auf diese Forderungen nicht ohne weiteres eingehen konnte, so mußten biefe Puntte junachst jurudgestellt werden, bis weitere Instruktion eine geholt worden sei. Zweifelhaft konnte es erscheinen, ob die Offerreicher bereits in diefer Sigung die Forderung gestellt haben, die ihnen von ihrem Raifer vorgeschrieben war, daß Sachsen nicht dem norddeutschen, sondern dem sude beutschen Bunde angegliedert werden solle, und ob Bismard darauf schon jest die fategorische Erflärung abgegeben hat, daß ein Beharren auf diesem Berlangen den fofortigen Abbruch der Berhandlungen nach fich ziehen muffe. Es ift jedoch mahrscheinlich, daß auch diese Frage am 23. Juli erörtert wurde, weil offenbar Graf Karolni in Wien nochmals angefragt hat, bevor er hierauf

<sup>1</sup> Bgl. Rothan 317f. Rach feinen Mitteilungen foll Bismard auch fofort den Ausschluß der Bertreter der übrigen deutschen Staaten von den Berhandlungen verlangt baben.

<sup>2</sup> Bahrscheinlich haben die diferreichischen Vertreter die Zustimmung ihres Kaisers zu den geplanten Annerionen nur als möglich oder wahrscheinlich hingestellt, aber noch nicht direkt ausgesprochen, sondern Einholung definitiver Beisung vorbehalten, da Bismard in seiner Denkschift vom 24. Juli nur sagt: "Benn Offerreich dafür, wie es scheint, seine anderen Berbündeten in Rorddeutschland völlig aufopfert". hätte schon ein definitives Zugeständnis vorgelegen, so würde sich Bismard wohl bestimmter ausgedrückt haben.

Bang sonderbar ist die Behauptung Rothans, Ofterreich habe gunächst, wenn Preußen die volle Integrität Sachsens zugestehe, die Abtretung von 25 Quadratmeilen öfterreichischen Gebietes in Schlessen angeboten; Bismard habe dies zurüdweisen mussen, da der König durchaus auf der Abtretung sächsischen Gebietes bestanden habe. Später, nachdem es ihm gelungen sei, den König in dieser Beziehung zum Nachgeben zu bestimmen, sei Bismard auf das frühere Anerdieten der Ofterreicher zurückgetommen; da diese aber sich inzwischen versschert hätten, daß auch Frankreich für die volle Integrität Ofterreichs und Sachsens sei, so hätten sie jeht jede Gebietsabtretung verweigert. In dieser Form scheint die Erzählung nicht recht glaublich, und man wird zu ihrer Würdigung erst das Erscheinen der urkundlichen Grundlage, das heißt der Verichte Benedettis selbst in den solgenden Bänden der Origibes diplomatiques, abwarten müssen.

verzichtete; hierzu wäre aber keine Zeit gewesen, wenn diese Erörterungen, wie Sybel es darstellt, erst am 25. Juli stattgefunden hätten.1

In welcher Beise die Erörterungen über die Einbeziehung Baperns in den Frieden verlaufen sind, vermag ich nicht zu sagen2; vermutlich hat Össerzreich keinen besonderen Wert auf diesen Punkt gelegt, sich auch nicht für bes vollmächtigt gehalten, die gesorderten Bedingungen im Namen Baperns zuzugestehen; wenigstens ist in dem zweiten Entwurf der Präliminarien, der auf Grund der Ergebnisse der ersten Sizung redigiert wurde, der ganze Bapern betreffende Artikel ersetzt durch die Worte: daß der König von Preußen sich bereit erkläre, Bapern den Beitritt zu dem gegenwärtigen Vertrage offenzuhalten. Auch dieser ziemlich inhaltsleere Sat ist dann später noch gezstrichen worden.

Über die Höhe der von Osterreich zu zahlenden Kriegskostenentschädigung walteten ebenfalls Differenzen ob. Wie hoch die erste preußische Forderung war, läßt sich aus dem Entwurf der Präliminarien nicht ersehen3; nur so viel geht daraus hervor, daß von der Gesamtsumme, die jedenfalls nicht niedriger als auf 40 Millionen Taler bemessen sein wird, lediglich 12 Millionen in Abzug kommen sollten, die Hsterreich nach den Abmachungen des Wiener Friedens noch wegen Schleswig-holsteins zu fordern hatte.

An der von Bismarch gewählten Fassung des zweiten Artifels haben die Österreicher offenbar Anstand genommen; er ist gänzlich umgearbeitet worden und hat wohl auf Grund dieser ersten Besprechung bereits seinen endgültigen Wortlaut erhalten. Befanntlich wich er auch so noch von der Formulierung, die Golt dem französischen Programm gegeben hat, insosern nicht unerheblich ab, als er nur sagte, daß die südlich vom Main gelegenen Staaten das Necht haben sollten, in einen Verein zusammenzutreten, dessen nationale Verbindung mit dem norddeutschen Bunde näherer Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibe, aber die Worte wegließ, wonach dieser Verein eine unabhängige völterrechtliche Eristenz genießen sollte. Össerreich scheint hiergegen keine Bedenken gehabt zu haben.

Die Zustimmung Offerreichs zu den norddeutschen Unnerionen wurde zusammen mit der Schonung Sachsens zunächst in einen besonderen Nebens

<sup>1</sup> G. hierüber Beuft 14f. Bigthum 284f.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Bekanntlich war auch Minister v. d. Pfordten in Nikolsburg eingetroffen, wurde aber von Bismard zu den Berhandlungen nicht zugelassen. Bismard erklärte ihm jedoch, daß Bapern auf jeden Fall bedeutende Gebietsabtretungen werde machen mussen, und Pfordten war darüber so erschroden, daß er die hilfe des französischen Gesandten anrief. S. Rothan 321.

<sup>3</sup> Im ersten Entwurf ift an der Stelle, wo die Jahl stehen sollte, eine Lude gelassen. Im zweiten Entwurf fieht 40 Millionen; jedenfalls wird die ursprüngliche Forderung nicht geringer gewesen sein.

vertrag gebracht, welcher ebenso lautete, wie der spätere Artikel 5 der Prälis minarien und nur zum Schluß noch den Zusatz enthielt, daß dieser Separats artikel gleiche Kraft und Geltung wie die Konvention selbst haben und in gleicher Weise wie diese und in Verbindung damit ratissiert werden solle.

Als Punkte, über die man sich nicht geeinigt hatte, blieben demnach die Integrität Sachsens, die Abtretung eines österreichischen Grenzstriches, die Höhe der Rriegskostenentschädigung und die Zugehörigkeit Sachsens zum norddeutschen oder süddeutschen Bunde übrig. Da die Bevollmächtigten in diesen Punkten nicht weitergelangen konnten, ohne an ihre Austraggeber zu berichten, so kamen sie überein, am folgenden Tage keine Sizung zu halten, um eine entsprechende Berichterstattung zu ermöglichen und erst am 25. Juli von neuem zusammenzutreten. Bismark war entschlossen, dem König zum Nachgeben in bezug auf die Integrität Osterreichs und Sachsens und auf die Höhe der Kriegskosten zu raten, da er die übrigen Zugeskändnisse Österreichs so erheblich fand, daß es sich nicht lohne, für die Differenz den Krieg fortzussehen; auch hatte er aus den Besprechungen den bestimmten Eindruck geswonnen, daß Österreich in diesen Punkten nicht weiter nachgeben werde.

Noch am Nachmittage des 23. Juli wird Bismark dem König einen vorläufigen mündlichen Bericht erstattet haben, und zwar in Anwesenheit des Kronprinzen, da uns Abeken erzählt<sup>1</sup>, daß sich an diesem Tage, während Bismark mit Benedetti beim Diner saß, der König und der Kronprinz ans melden ließen und nun eine lange Konferenz zwischen ihnen stattsand. Offens bar war der König nicht geneigt, ohne weiteres nachzugeben, und es kam an diesem Tage noch keine Einigung zustände.

Da Bismard mit seiner Anschauung beim König auf Widerstand stieß, verfaßte er am 24. Juli die große Denkschrift, die bei Sybel vollständig abs gedruckt ist. Ihr Inhalt ist bekannt; ich erinnere hier nur kurz an den wesents lichen Gedankengang.

Der günstige Zeitpunkt darf nicht versäumt werden. Frankreich hat die Annexionen in dem geforderten Umfang zugestanden, ohne Kompensationen zu verlangen; aber man kann nicht wissen, ob der Oruck der öffentlichen Meinung den schwankenden Kaiser nicht doch noch zu einer Veränderung seiner Haltung treiben wird. Auf eine Unterstützung der von Frankreich und Osterreich zugestandenen Bedingungen oder gar noch weitergehender Forderungen durch Rußland und England ist nicht zu rechnen. Erreicht Preußen den Ausschluß Osterreichs aus dem Bunde, die Einverleidung von Schleswigsholstein, Hannover, Kurhessen und Rassau und ein Verhältnis zu Sachsen, wodurch das heer dieses Landes ganz zu Preußens Verfügung

<sup>1</sup> Mbeten G. 339.

<sup>\*</sup> Sphel 6. 294-299. 4 Uhr nachmittage an den Ronig abgefandt.

gestellt wird, so ist damit ein Ziel erreicht, wie es beim Ausbruch des Krieges niemals gesteckt werden konnte. Ist dies jeht sicher zu haben, so darf man das ganze Resultat nicht wieder in Frage stellen, um einige Quadratmeilen Landes oder wenige Millionen Kriegskossen über das zugestandene Maß hinaus von Hsterreich zu erlangen. Das Austreten der Cholera in der Armee läßt zudem die Fortsehung des Feldzuges nicht unbedenklich erscheinen. Demgemäß besantragt Bismarck, die Einverleibung der genannten Gebiete durch eine Gessehesvorlage an den preußischen Landtag zu vollziehen; da Osserreich und Frankreich zugestimmt hätten, sei von keiner Seite ernstlicher Widerspruch zu befürchten. Bei der unberechenbaren Wichtigkeit der Entscheidung habe er diesen Vortrag schriftlich und in amtlicher Weise erstattet, und wünsche amtlich zu konstatieren, daß jede Erschwerung des schleunigen Abschlusses behufs Erslangung nebensächlicher Vorteile gegen seinen Rat erfolgen würde, wenn er auch bereit sei, jede vom Könige besohlene Bedingung in den Verhandlungen vssichtmäßig zu vertreten.

Es ist daher nicht richtig, wenn Bismarck in den Gedanken und Ersinnerungen behauptet, daß er für den Fall der Ablehnung seines Antrags seine Entlassung gefordert habe. Dies kann auch nicht etwa mündlich bei Aberreichung der Denkschrift geschehen sein, da sich ja der Minister in dem letzten Sate ausdrücklich bereit erklärt, auch bei Ablehnung seines Antrags die Berhandlung auf Grund der königlichen Besehle weiter zu führen. Er will nur amtlich seinem Herrn, und, wie wir hinzusügen dürsen, urkundlich der Nachwelt gegenüber feststellen, daß für die Ablehnung der von Össerreich zugestandenen Bedingungen ihn keine Berantwortung tresse, sondern allein den König. Er will ferner durch diesen schriftlichen Bericht seinem Herrn noch einmal die große Wichtigkeit der zu tressenden Entscheidung recht lebhaft vor die Augen stellen.

<sup>1</sup> Es fteht meines Erachtens außer Zweifel, daß sowohl die Worte "einige Quadratmeilen Landes" als "wenige Millionen Kriegstoften" sich auf Sserreich beziehen, der König also nach Bismards Meinung immer noch auf einer österreichischen Landabtretung bestand.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Die mündlichen Erläuterungen, die Bismard nach Ged. u. Er. 44f. zu der Denkschift gegeben haben will, stehen m. E. zu ihrem Inhalt nicht im Widerspruch; denn es handelt sich ja in ihnen auch um die Integrität Österreichs und um eine eventuelle Fortsetzung des Krieges, falls die von Ssterreich gemachten Zugeständnisse vom König als ungenügend absgelehnt würden. Allerdings haben wir keine Gewisseit darüber, ob diese Gedanken wirklich so neben der Denkschift vorgetragen worden sind; möglich ist, daß er auch hier eine Reihe von Argumenten, die er im ganzen Berlauf der Berhandlungen zu verschiedenen Zeits punkten vorgetragen hatte, zusammengesaßt hat. — Zur Kritit der ganzen Erzählung des äußeren Hergangs sei noch darauf hingewiesen, daß die Denkschrift am 24. Juli nachs mittags 4 Uhr an den König geschickt wurde, während Bismard es so darstellt, als habe er sie dem König persönlich überreicht. — Zur Interpretation der Denkschrift im allgemeinen vol. ferner Lenz S. 119 s., Thim me 452 s., Busch 422 s. — Busch irrt darin, daß er ans

Bismarch hat durch diese Denkschrift den gewünschten Erfolg erzielt. Der Rönig hat sie ihm am folgenden Tage mit einer Neihe von eigenhändigen Randbemerkungen wieder zugestellt, in denen er ausdrücklich die Richtigkeit von Bismarcks Ausführungen anerkannte.<sup>1</sup> Bon einzelnen Punkten, an denen er Anstoß nahm, erwähnt er nur die Integrität Sachsens. Am Schluß faßt der König sein Urteil dahin zusammen: Wenn trot dieser pflichtmäßigen Vertretung vom Besiegten nicht das zu erlangen sei, was Armee und Land zu erwarten berechtigt seien, d. h. eine starte Kriegskostenentschädigung von Osserreich als dem Hauptseind oder Landerwerb in einigem in die Augen springenden Umfange, ohne das Hauptziel zu gefährden, so müsse der Sieger vor den Toren Wiens in diesen sauren Apfel beißen und der Nachwelt das Gericht dieserhalb überlassen.

Bismard erzählt bekanntlich in seinen Gedanken und Erinnerungen, daß der König seine Zustimmung zu seinen Anträgen in einem mit Bleistift an den Rand einer seiner letzten Eingaben geschriebenen Marginale gegeben habe ungefähr des Inhalts: "Nachdem mein Ministerpräsident mich vor dem Feinde in Stiche läßt, und ich hier außerstande bin, ihn zu ersetzen, habe ich die Frage mit meinem Sohne erörtert, und da sich derselbe der Auffassung des Ministerpräsidenten angeschlossen hat, sehe ich mich zu meinem Schmerze

nimmt, Bismard wolle in ben Geb. u. Er. ben Inhalt ber Dentidrift felbft angeben, mahrend er bod biefe als burch Sybels Mitteilung befannt vorausfett und nur von den Erläuterungen fpricht, die er mundlich noch baju gegeben habe. Ebenfo ift es unrichtig, wenn Bufch meint, bag in ber Dentidrift felbft von einer Gebietsabtretung Offerreichs teine Rebe mehr fei und daß durch die früher ausgesprochene en bloc-Annahme der Borschläge des Kaifers Napoleon Die Integritat Offerreichs bereits befinitiv jugeffanden gewesen fei. Er lagt babei außer acht, daß von frangofifcher Geite flets die Bulaffigfeit fleinerer Grengabtretungen, welche bie Rachtstellung Offerreichs im großen und gangen unberührt ließen, jugegeben worden iff. Der von Buid versuchte Beweis, bag es fich bei ben von Bismard gegebenen Auss führungen um ben Inhalt einer zweiten zu einem früheren Zeitpunkt eingereichten Dents fdrift handle, ift in feiner Beife erbracht worden; auch habe ich oben bereits barauf bins gewiefen, bag fich feine zweite Dentichrift vorfindet. Bismard bat bei feinen Ausführungen in der Lat die Dentschrift vom 24. Juli im Auge und irrt nur darin, daß er den Abs brud Spbels für unvollständig balt; er ift biergu offenbar beshalb getommen, weil er fich ju erinnern glaubte, bag er in ber Dentschrift feine Entlaffung gefordert habe, und weil hiervon in bem gebrudten Terte nichts fand. Außerbem ift ju ber Darfiellung von Bufch (6. 453) noch ju bemerten, bag Sachfen nicht fo febr aus Rudficht auf Frantreich, fons bern vielmehr auf bas bringenbe Berlangen Offerreichs aus ber Lifte ber ju anneftierenben ober wenigstens fart ju vertleinernden Staaten gestrichen worden ift. Rapoleons Bider, fprud bagegen murbe taum febr nachhaltig gemefen fein und beruhte überhaupt wohl nur barauf, bag er bestimmt mußte, Ofterreich werde von diefer Bedingung nicht abgehen, fonbern lieber bas gange Friedenswert icheitern laffen.

Die fachlich bedeutfamsten Randbemertungen hat Sybel G. 298 dem Inhalt nach mitgeteilt.

gezwungen, nach so glanzenden Siegen der Armee in diesen sauren Apfel zu beißen und einen so schmachvollen Frieden anzunehmen."

Es fann wohl faum einem Zweifel unterliegen, daß Bismard bei diefer Erzählung diefe Randnote des Ronigs im Gedachtnis gehabt hat.1 Da die hochft bezeichnende Wendung vom Beißen in den sauren Apfel in der Randnote wieder; fehrt, fo fann man an der Identität nicht wohl zweifeln. Der Wortlaut hat fich in Bismards Gedächtnis außerordentlich verschoben und zu einer Pointe jugespitt, welche die Driginalbemertung durchaus nicht hat. Möglich ift natürlich, daß Worte wie "fauler Friede" in den mundlichen Distuffionen über den Gegenstand vom König einmal gebraucht worden find. Dagegen fann bas Wort vom Berlaffen vor dem Feinde auch mündlich wohl faum gefallen fein, da Bismard mit feiner Entlassung ja gar nicht gedroht bat, jedenfalls in dem Zeitpunkt nicht, in welchem die Nandnote des Konigs ge: schrieben wurde. Alle Bemertungen des Ronigs ju der Dentschrift find in einem fo ruhigen und fachlichen Ton gehalten, daß man aus ihrem Wortlaut felber beraus gar nicht auf den Gedanten tommen wurde, daß ihnen ein heftiger Kampf vorausgegangen sei. Es muß natürlich fraglich bleiben, in: wieweit etwa die Ergählung, die Bismard von dieser Auseinandersetung gegeben hat, durch die Erinnerung an die Vorgange bei der früheren Meinungs: verschiedenheit am 18. Juli getrübt worden ift; zweifellos ift ja, daß Bis; mard in feiner späteren Erinnerung die verschiedenen Debatten nicht aus: einandergehalten hat. Aber auch das möchte ich nicht ohne weiteres an: nehmen, daß bei jenem früheren Zusammenstoß von Bismard feine Ente lassung wirklich für den Fall der Ablehnung seiner Borschläge gefordert worden sei; unzweifelhaft war boch die lette Entscheidung vom 25. Juli die sachlich weitaus wichtigere und folgenreichere2; wurde am 18. Juli die

Diese Möglichkeit ist bereits angedeutet worden von Lenz S. 124., wo auch die Barianten der Erzählungen angegeben sind, die Bismard zu verschiedenen Zeiten über diese Randnote gegeben hat. Der von Busch mit Recht hervorgehobene Unterschied im Ton zwischen beiden Randnoten beruht lediglich darauf, daß sich in Bismards späterer Erinnerung die ganzen Vorgänge und auch diese Worte des Königs verschäft und zu einer falschen Pointe zugespitzt hatten. Wenn Thimme 448 hervorhebt, daß erst in diesen Randsnoten des Königs ein sicheres Zeichen dasür vorliege, daß dieser seinen Widerspruch gegen die Vollannerionen aufgegeben habe, so ist das richtig; hinzuzusügen wäre nur, daß er Bollsannerionen wenigstens als Maximalforderung schon früher gebilligt hatte (vgl. S. 612 f.), und daß die definitive Zustimmung nach dem, was ich oben S. 639 ausgeführt habe, jedens falls schon ein paar Tage vor dem 25. Juli erfolgt sein wird.

<sup>2</sup> Ich bin hier gang entgegengesetter Meinung wie Busch, der Seite 428 darzutun sucht, es habe sich am 24. und 25. Juli nur noch um kleine, im Zusammenhang des Ganzen wenig bedeutende Schwierigkeiten gehandelt. Schon die bekannte Eintragung König Milhelms in seinen Erinnerungskalender vom 24. Juli ("Schwerer Entschluß, die Integrität Offerreichs und Sachsens zu bewilligen") hätte ihn von einer so geringen Einschäbung dieser Differenz

sofortige Bewilligung der Waffenruhe vor Eintreffen einer frangofischen Ers flärung über die Unnerionen wirklich abgelehnt, so war damit das Friedens; werk noch keineswegs gescheitert, da man immer noch hoffen konnte, daß diese Zustimmung in furger Zeit erfolgen und Napoleon sich so lange gebulden werde: wurden aber am 25. Juli diejenigen Forderungen gurudgewiesen. von denen Sfferreich unter feinen Umffanden abgehen wollte, so bedeutete das ohne jeden Zweifel die Fortsetung des Krieges. Dag auch Bismard diese zweite Auseinandersetung für die wichtigere hielt, geht daraus hervor, bağ er nur dies eine Mal gur Niederlegung feiner Untrage in einer offie giellen Dentschrift griff, und daß er fie allein in seinen Memoiren erwähnt; Die gangen Rampfe mit seinem König, die sich in Wahrheit wenigstens über eine Boche erstreckten, haben sich in seiner Erinnerung in diesem Sobepuntte fongentriert, und alle übrigen Ginzelheiten find aus seinem Gedachtnis vers schwunden. Wenn er also bei diesem ihm selbst so viel wichtiger erscheinenden Unlag nicht zu einem Entlassungsgesuch griff, wird man dies ohne Beweis auch bei den früheren Zusammenstößen nicht voraussehen dürfen.1

Daß der Kronpring, der in diesen entscheidenden Tagen wiederholt in Rifolsburg mar, dem Konig im Sinne Bismards jugeredet haben wird, abhalten follen. - Das von Lettow : Borbed 2, 678 mitgeteilte Telegramm des Konigs an feine Gemahlin vom Morgen des 24. Juli ("Rarolpi gefprochen, eigenes Biederfeben, Antrage genau Diefelben, Die ich am 22. fcbrieb. Unglaublich, boch mabr! Rriegstoffen noch Differena") find ohne Kenntnis des Briefes vom 22. Juli, auf ben barin Begug genommen wird, nicht mit Sicherheit ju interpretieren, tonnen aber unmöglich bedeuten, bag bamals bereits, abgesehen von den Rriegstoften in allen Puntten volles Einverftandnis erzielt gemefen fei. Wiffen wir boch bestimmt, daß Offerreich damale noch nicht einmal die Zugeborigs feit Sachfens jum norddeutschen Bunbe befinitiv jugeftanden hatte. Gollte ber Ronig Damit haben fagen wollen, bag er innerlich bereits entichloffen fei, die Integritat Offerreichs und Sachfens jugugeffeben, und nur an einer boben Rriegetoffenenticabigung feftzuhalten, fo mußte man annehmen, daß er Bismard über biefen Entichluß absichtlich noch im Dunkeln gelaffen babe, um ihn ju möglichft langem Befthalten an ben weitergehenden Forderungen angutreiben; benn, menn Bismard biefen Entidluß am 24. morgens icon gefannt batte, fo murbe die Einreichung feiner großen Dentschrift überfluffig gewesen fein. Ubrigens gibt von Lettom: Borbed bas Datum bes Telegramms nicht gang genau an, ebenfo wenig wie die Quelle, aus welcher feine Renntnis von bem Bortlaut fammt. Sollte es vielleicht erft am Abend des 24. Juli nach dem Empfang von Bismards Dentidrift, oder gar erft am Morgen bes 25. Juli nach ber Genehmigung der Dentschrift, aber vor Beendigung der letten Berhandlungen mit den ofterreichifden Delegierten abgefchidt fein?

2 Allerdings hat Bismard ichon im Mary 1867 Bennigfen bei einem Diner ergablt, er babe bei diefem Ronflitt feine Entlaffung angeboten und erft das habe gewirtt (b. Onden, Bennigfen 2, 31). Aber auch feine übrigen Angaben in Diefem Gefprach über die Ritole, burger Borgange find fo fart in bem Ginne übertrieben, ihn ale den einzigen ericheinen au laffen, ber für einen vernünftigen Frieden eingetreten fei, daß ihr Bert als Quelle für Die tatfächlichen Borgange nicht boch eingeschäht werden fann. In Unterhaltungen beim Mittageffen wird eben manchmal leicht ein Wort juviel gefagt.

ist sehr wahrscheinlich; ob es aber dessen wirklich bedurft hat, um die Genehmisgung des Herrschers herbeizuführen, könnte bei dem ruhigen und sachlichen Ton der königlichen Randbemerkungen beinahe zweiselhaft erscheinen. Es zeigt sich in ihnen nirgends ein leidenschaftliches, schwer zu besiegendes Anskämpsen gegen ihm unwürdig erscheinende Zumutungen, sondern eine Stimsmung schwerzlicher aber gefaßter Resignation; König Wilhelm sieht selbst vollständig ein, daß sein großer Ratgeber recht hat, und bringt dieser Erkenntsnis, nicht einem äußeren Druck oder Einstuß, seine widerstrebenden Empfinsbungen zum Opfer.

Inzwischen hatten auch die österreichischen Unterhändler aus Wien die Erlaubnis erhalten, auf Sachsens Zugehörigkeit zum Süddunde zu verzichten. Raiser Franz Josef hatte die Entscheidung darüber, ob dieser Differenz wegen der Krieg weiterzuführen sei, in ritterlicher Weise dem in Wien anwesenden König Johann von Sachsen überlassen. Dieser aber hatte in richtiger Würzdigung der Lage unter Zurücksellung aller persönlichen Wünsche und Empfinzdungen alsbald ertlärt, daß er die Verantwortung dafür nicht auf sich nehmen könne und sich dieser preußischen Forderung unterwersen wolle.

Unter diesen Umständen war es möglich, am 25. Juli zu einer vollsständigen Einigung über die Friedenspräliminarien zu gelangen. Bismarch hatte einen neuen Entwurf hergestellt, in welchem die Integrität Sachsens und Österreichs (außer Benetien), die Herabsehung der Kriegskosten auf 20 Milslionen², dagegen aber auch die Justimmung Österreichs zu den in Nordsbeutschland vorzunehmenden Territorialveränderungen ohne jede weitere Einsschränfung und der Beitritt Sachsens zum norddeutschen Bunde vorgesehen waren. Bayern wurde jest nur insosern erwähnt, als auch ihm und, wenn sie darum nachsuchen würden, den übrigen süddeutschen Staaten, ein Wassensstillstand bewilligt werden sollte. Bismarch hat in der Sizung, um alles Denkbare für die Erfüllung der Wänsche seines Herren zu tun, noch den Vorschlag gemacht, daß Österreich einen Teil der Kriegskosten in Land entzrichten möge; da aber eine Gebietsabtretung auch in dieser Form von den

<sup>1</sup> C. Bigthum 285.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Bgl. über die verschiedenen Entwürfe S. 645 Anm. 2. In bezug auf die Kriegstossen ents hielt der zweite Entwurf anfänglich noch die Forderung von 40 Millionen, wovon 15 Millionen wegen der Schleswig: Holfteinischen Forderungen Osterreichs abgerechnet werden sollten; am Rande hat Bismarck hinzugefügt: "Und als Aquivalent der freien Berpflegung, welche die preußische Armee die zum Friedensschlusse in den von ihr offupierten österreichischen Landeszteilen haben wird, mit 5 Millionen in Abzug gebracht werden, so daß nur 20 Millionen dar zu zahlen bleiben." In dieser Form ist der Artifel in die definitive Fassung der Präliminarien übergegangen. Zweiselhaft bleibt es, ob Bismarck diese Korrettur erst während der Vershandlungen oder schon früher vorgenommen hat; das erstere ist wohl das Wahrscheinslichere.

österreichischen Vertretern unbedingt zurückgewiesen wurde, so ließ er schließ: lich diese Forderung fallen. Die Präliminarien wurden dann endgültig ver: einbart und am folgenden Tage unterzeichnet.

Bliden wir von hier aus noch einmal zurud auf die Differenzen, die zwischen dem König und Bismard während der Berhandlungen hervorsgetreten sind, und fragen wir uns, was von der Darstellung der Gedanken und Erinnerungen den zeitgenössischen Quellen gegenüber aufrechtzuerhalten ist. Die Angaben über den äußeren Berlauf der Dinge sind, wie wir gesehen haben, völlig preiszugeben; die Hauptfrage aber ist doch, ob Bismard den inneren Gegensah der Anschauungen und Bestrebungen richtig und vollsständig zum Ausdruck gebracht hat.

Unzweifelhaft hat Bismard ichon damals jede überfluffige Berletung Sfterreichs im Intereffe fünftiger guter Beziehungen vermeiden wollen. Um flarsten hat er dies am 16. Juli Stofch gegenüber ausgesprochen1; aber auch feine Bersuche, die von dem Raiserstaate ju fordernde Landabtretung auf ein möglichst geringes Maß zu beschränten, und fein Bestreben, den Sieges: einzug in Wien zu verhindern, deuten auf den gleichen Gefichtspunkt bin. Aber auch der Ronig hat Ofterreich durchaus nicht vernichten oder auf die Daner jurudftogen wollen. Die fleinen Abtretungen, die er forderte, ichienen ihm offenbar nicht fo verlegend, daß daraus eine heftigere Berbitterung hatte folgen muffen, als aus dem Born über die Niederlage an fich und ber Aufopferung jedes Einflusses in Deutschland. Daber hat er trot bes Berlangens nach Abtretungen von vornherein einen späteren Bertrag mit dem Raiserstaat ins Auge gefaßt. Nur so viel wird man also sagen konnen, daß er ftarter geneigt mar, die auch bei ihm vorhandene Rudficht auf die Butunft hinter dem Streben nach einem flar in die Augen fallenden Resultate bes großen Sieges jurudtreten ju laffen.

Der Bunsch nach Zurückeroberung solcher Gebiete, die dereinst seinem Hause gehört hatten, ist bei dem König gewiß vorhanden gewesen und läßt es erklärlich erscheinen, warum er von Hannover gerade Offfriesland, und später von Bayern gerade Kulmbach fordern wollte. Aber dafür liegt in den gleichzeitigen Quellen kein Anhaltspunkt vor, daß er jemals ernstlich verssucht haben sollte, südlich vom Main gelegene ehemals hohenzollernsche Gesbiete, wie Ansbach zu erwerben. Gewiß ist im Hauptquartier von Ansang an auch darüber gesprochen worden, was man von den süddeutschen Staaten fordern solle, da man ja zunächst gar nicht erwarten konnte, daß Offerreich sich auf einen Separatsrieden unter Preisgabe seiner Verbündeten einlassen werde. Aber ein Streben nach dem Gewinn süddeutscher Gebiete für Preußen tritt weder in der ersten Auszeichnung des Königs hervor, noch hat Benedetti

<sup>1</sup> Stofd, Dentin. G. 102.

bei seiner Audienz am 12. Juli derartige Wünsche wahrgenommen. Auch hätte Wilhelm unmöglich am 16. Juli seine Genehmigung zu den früher erwähnten Depeschen an den Grasen Goltz geben können, wenn er damals noch einen erheblichen Wert auf die Erwerbung süddeutscher Gebiete gelegt hätte; denn die Einverleibung einiger norddeutscher Gebiete und die Gründung eines norddeutschen Bundes wurde darin ausdrücklich als genügendes Resultat des Rampses bezeichnet. Es ist also wohl ausgeschlossen, daß der König jemals ernstlich die ganzen fräntischen Wartgrasschaften gefordert habe; möglich ist, daß er solche Wünsche gelegentlich in den mündlichen Diskussionen hat durchblicken lassen; aber schon die vor dem Kriege an Frankreich gemachten Zusagen mußten es als untunlich erscheinen lassen, derartige Forderungen wirklich zu stellen.

Sobald man dann am 19. Juli darüber einig geworden mar, daß junächst mit Bferreich allein abgeschloffen werden solle, verloren die Süddeutschland betreffenden Fragen an aktuellem Intereffe. Aber auch, als man in Rifolsburg die Möglichfeit noch einmal erwog, Bayern in den Pras liminarfrieden einzuschließen, war von feiner anderen Abtretung die Rede, als von einer Entschädigung heffen Darmftadts, die nur in rheinpfalgifchen oder unterfrantischen Gebieten hatte bestehen tonnen. Gin definitiver Bes schluß über diese Dinge ift in Nitolsburg noch gar nicht gefaßt worden. Freis lich hat ber König bei den späteren Separatverhandlungen mit Bapern an ber Erwerbung von Rulmbach und anderen nördlich des Main gelegenen Diffriften feffgehalten; aber es ift febr wohl möglich, daß er dagu erft von feinem Gefichtspunkt einer Bestrafung aller Gegner aus gelangt ift, nachbem Die anfangs geplanten Abtretungen Bayerns an Darmftadt burch ben Ber; sicht Preußens auf Oberheffen in Fortfall gekommen waren. Jedenfalls haben wir für das frühere Auftauchen diefes Gedantens tein einwandfreies Beugnis, und es liegt nabe, ju vermuten, daß Bismard in feiner fpateren Erinnerung manches von dem, mas fpater in Berlin erwogen murbe, versebentlich in die Rifolsburger Tage jurudverlegt hat. In Berlin hat Bismard ficher den Gesichtspuntt der Schonung Bayerns mit Rudficht auf deffen funftige Bundesgenoffenschaft jur Geltung gebracht, mahrend bem Ronig biefe Bufunfteplane problematifch, und ein gegenwärtiger Land; erwerb greifbarer und folider erscheinen mochte. In Nitoleburg hat aber auch Bismard erhebliche Landabtretungen Baperns in den Praliminarien ffivulieren wollen, falls es in diese einbezogen werde. Er mag ja dabei ben bestimmten Bunschen des Konigs nachgegeben haben, wie er es im Beginn der Berhandlungen auch in Berlin getan hat; aber vielleicht ift doch auch für ihn der Wert der baprischen Freundschaft erft so erheblich gestiegen, als die Anmeldung der frangofischen Kompensationsforderung einen neuen großen Krieg faft als unmittelbar bevorftehend erscheinen ließ. Die Zurudweisung Pfordtens von den Nifolsburger Verhandlungen möchte ich weniger auf die banrischen Plane des Königs zurückführen, als auf das Streben Vismarcks, mit den übrigen deutschen Staaten erst zu verhandeln, wenn die norddeutschen Annexionen definitiv gesichert seien.

Ob schon damals oder erst in Berlin von einer Vergrößerung Badens auf baprische Kossen die Nede gewesen ist, lasse ich dahingestellt. Der schon erz wähnte Sedante der Entschädigung Darmstadts durch Stücke der Rheinpfalz ist von Napoleon angeregt und in Nitolsburg schon besprochen worden, hat aber größere Bedeutung auch erst während der Berliner Verhandlungen erlangt. Sehr zweiselhaft erscheint es mir, ob wirklich an eine Entschädigung Sachsens mit baprischen Gebieten für die Abtretung einzelner Landesteile an Preußen gedacht worden ist; denn, da Sachsen ja unter allen Umständen zum Norddeutschen Bunde gehören sollte, hätte darin eine Ausdehnung des Buns desgebietes nach Süddeutschland gelegen, die mit den Zusicherungen an Kaiser Napoleon im schroffsten Widerspruch gestanden hätte. Auch läßt sich nicht gut vorstellen, wie ein zusammenhängendes sächsischen Staasgebiet durch Erzwerbung fräntischer Landesteile hätte entstehen können, wenn Preußen, wie Bismarch dies als der Absicht des Königs entsprechend bezeichnet, das westliche Sachsen für sich genommen hätte.

Wie steht es aber mit Bismards Angabe, daß er als die wesentliche Aufe gabe Preußens die Serffellung deutschenationaler Einheit unter Führung des Königs von Preußen bezeichnet und mit Rudficht darauf die Schonung der fünftigen Teilnehmer eines deutschen Gesamtbundes befürwortet habe?2 Ges wiß haben wir eine Reihe von Anzeichen dafür gefunden, daß er auch in diefer Beziehung die Zufunftemöglichkeiten nie aus dem Auge verloren hat. Aber bas geht boch aus allen seinen Borten und Sandlungen unzweifelhaft hervor, baß es ihm junächft nur auf möglichfte Stärfung der preußischen Machtstellung und die engere Bereinigung Norddeutschlands unter preußischer Leitung ans fam. Er fah hierin, ebenso wie ber Konig, das Wesentliche und wollte die weitere Entwidlung der Zeit überlaffen. Das war ja von Anfang an feine Meinung gewesen, daß ein einiges und vom Ausland unabhängiges Deutschs land nur durch ein fartes Preugen geschaffen werden tonne; also galt es jus nächst, Preußen fo fart wie möglich ju machen, dann wurde fich das Beitere bei geeigneter Gelegenheit ichon finden. Satte er dem Streben nach einer Befamteinigung die erfte Stelle in seinen Erwägungen eingeraumt, fo wurde auch für ihn bas Bedenten Geltung haben muffen, welches Golg beunruhigte, bag eine ju farte Bergrößerung Preugens und eine ju ftraffe Unterordnung ber nordbeutschen Staaten die Gudflaaten von einem spateren Gintritt in

<sup>1 6.</sup> unten Rapitel 9.

Biefe Angabe Bismards wird ohne weiteres angenommen von Friedjung 2, 417.

den Nordbund abschrecken und dadurch die spätere Gesamteinigung erschweren werde. So dachte aber Bismard damals nicht; für ihn war das Erstrebens; wertere ein straff organisserter und dem preußischen Einfluß völlig unterges ordneter Nordbund mit besonderem Parlament und daneben eine losere Verzeinigung mit dem Säden. Wir können also in dieser hinsicht einen wesents lichen Gegensaß zwischen ihm und dem König kaum annehmen.

Mit der Frage der Annerionen bangt der andere große Gegensab zu: sammen, von dem Bismard berichtet. Der Ronig, sagt er, habe feinen der bes flegten Staaten völlig vernichten, aber von jedem ein Stud für Preugen nebe men wollen, während er selbst fich gegen die Teilnahme verstümmelter Staaten an dem neu zu begründenden Bunde gewehrt habe. Run fieht es aber feft, daß Bismard, obwohl er schon in dem Erlaß vom 9. Juli die Vollannerionen als das erstrebenswerteste Ziel hinstellte, fich nicht nur in dem gleichen Aftenflud, fondern ebenfo in einer Reihe späterer Telegramme an Golp damit gufrieden erflärt hat, wenn Preußen erhebliche Teile der feindlichen norddeutschen Staat ten erhalte. Gewiß hat er auch hier auf die Bunfche des Konigs Rudficht nehe men muffen; aber er hat doch offenbar biefe Meinungsverschiedenheit nicht als so bedeutsam angesehen, daß er es für seine Oflicht gehalten hatte, sich uns bedingt gegen Teilannerionen zu wehren. Die scharfen Rämpfe mit seinem herrn hat er nicht wegen dieser, sondern wegen anderer Fragen geführt. Das Bestimmende war für ihn offenbar weniger der Bunsch, feine verstümmelten Staaten in den neuen Bund zu befommen, als die herstellung eines geschlos fenen Staatsgebiets und die Abneigung dagegen, daß in dem neuen Bunde außer Preußen noch größere Staaten vorhanden seien, die wenig geneigt sein würden, fich unbedingt unterzuordnen. Ich leugne natürlich nicht, daß Bis: mard berartige Erwägungen angestellt hat, wie er in ben Gedanken und Ers innerungen angibt. Gewiß haben sie dazu beigetragen, ihm die volle Unnerion als das bei weitem Beffe erscheinen ju laffen; aber ficherlich find fie damals nicht so wichtig und geradezu entscheidend für sein Berhalten gewesen, wie er es später darstellte; er wurde sich auch mit Teilannerionen beanuat haben1, wenn Napoleon in diefer Richtung bestimmte Forderungen gestellt oder der König der Vertreibung ganger Onnastien unüberwindlichen Widerstand ents gegengeset hatte. Wie immer hatte Bismard auch bei biefer Gelegenheit mehrere Möglichkeiten im Auge und war nur bestrebt, die nach Lage der Dinge erreichbare beste von ihnen zu verwirklichen.

<sup>1</sup> In einem Briefe König Wilhelms an Bismard vom 14. Angust wird betont, die das mals von Rußland geäußerten dynastischen und Annexionsbedenken stimmten überein mit seinen eigenen und Vismards ersten Ansichten, bis wohin sie sich hätten handeln lassen, wenn Frankreich und Österreich nicht sofort die große Annexion zugestanden hätten. Die Fortsetzung zeigt, daß es sich dabei um das Fortbestehen der Dynastien bei Berkleines rung ihrer Länder, also eben um Teilannexionen handelt. Bgl. S. 661 Anm. 4.

Ich fann also Bismard nicht als einen so prinzipiellen Gegner der Teils annexionen betrachten, wie er sich später hingestellt hat, sondern höchstens zus geben, daß er Bollannexionen vorzog, wenn sie ohne ernsten Konstitt mit den auswärtigen Mächten und dem eigenen König zu haben waren.

hat aber der König wirklich eine besondere Borliebe für die Teilannerionen gehabt und der Einverleibung ganger Lander pringipiell widerftrebt? Die Bes trachtung der Einzelvorgange hat und allerdings einige Anhaltspunfte dafür geboten, daß diese Frage zu bejahen sein durfte. Aber aus welchen Motiven follen wir das erklären? Möglich, daß er wirklich aus Gerechtigkeitsgefühl eine gleichmäßige Bestrafung aller Gegner gewünscht hat; möglich, daß er daher die volle Annexion einzelner feindlicher Länder, während andere gang unges schmälert bleiben sollten, als eine Ungerechtigkeit empfand. Aber wie war mit diefem Standpunft ffrenger Gerechtigfeit der Plan einer Bergrößerung Badens vereinbar, beffen Bismard ebenfalls gedentt und an dem der Ronig noch im August festhielt? Satte boch Baden genau fo gut wie alle übrigen gegen Preußen gefämpft und wurde also vom Standpuntt der Gerechtigkeit aus die gleiche Strafe wie fie, nicht aber eine Belohnung verdient haben. Und wie konnte der Ronig, nachdem er auf Gebietserwerbungen füdlich vom Main verzichtet, und damit die Integrität der feindlichen füddeutschen Staaten mit Ausnahme Baperns jugeftanden hatte, überhaupt noch Abtretungen von einem der Besiegten verlangen, wenn er den strengen Gerechtigfeitesfandpunft wahren wollte? Ich mochte glauben, daß Bismard hier den Gegenfat, um ben es fich gehandelt hat, boch in ein etwas schiefes licht ruckt. Er betont gu ausschließlich das Gerechtigkeitsgefühl des Königs und läßt dafür ein anderes Motiv vollständig gurudtreten, nämlich die ftreng legitimistische Dentweise des herrschers von Gottes Gnaden. Oder follten dem Ronig die Bollannerionen wirklich nicht beswegen besonders bedenklich gewesen sein, weil ihm die Beseis tigung ganger Onnaftien als ein revolutionarer Aft und als eine Durchbres dung des Pringips der göttlichen Ginsebung des Königtums erschien?

Daß man einem bestegten Feinde Teile seines Gebietes abnahm, war zu allen Zeiten üblich gewesen und galt als sebstverständliches Necht des Siegers; tonnte aber ein Mann von der Art König Wilhelms es leicht vor seinem Ges wissen verantworten, seinen Standesgenossen die ihnen von Gott verliehene Autorität über ihre Untertanen ganz und gar zu entreißen? Man wird auch

Daß berartige Gesichtspunkte bei dem Ronig wirklich eine große Rolle gespielt haben, zeigt z. B. die Aufzeichnung des Grafen Bran S. 109 aus dem August 1866, wonach Biss mard damals schon gesagt hat: "Er, Bismard, habe aber Politit zu treiben, nicht bloßem perfonlichen Gefühl und Familienreminiszenzen Rechnung zu tragen, auch liege ihm nicht ob, die Rolle der Remests für gegen Preußen begangene Sünden zu übernehmen, dazu moge fich der Ronig an seinen Aultusminister wenden."

ohne besondere Zeugnisse sagen tonnen, daß solche Bedenten ihm nahe gelegen haben muffen; wir erfahren aber auch ausbrudlich von Stofch1, daß berartige Gedanken den König und den Kronpringen während diefer Verhandlungen fart beunruhigt haben. Auch Bar Alexander II. hat fofort biefe Erwägung angestellt, als er von den preußischen Unnerionsabsichten erfuhr und hat sie noch im August in höchst eindringlicher Beise bei Ronig Bilbelm gur Geltung ju bringen versucht. Ihn angstige die Entthronung ganger Dynastien, bat er ju dem preußischen Bertreter General von Manteuffel geaußert2; diese Dye nastien beruhten auf demselben Boden von Gottes Gnaden wie sein und des Ronigs Saus. Er erblide, wenn Konig Wilhelm hierauf bestände, nicht Stare fung, sondern Schwächung des monarchischen Pringips. Sollte Ronig Wils helm felbit von diefer Schen gar nichts empfunden haben? Wir brauchen nur daran zu denken, mit welcher inneren Abneigung er noch nach vielen Jahren Die Männer betrachtet hat, die ohne Bedenken aus dem Dienst ihrer anges stammten Onnastien in den preußischen übergetreten waren, wie j. B. den hannoveraner Bennigsen, um die Stärte feines legitimistifchen Gefühls gu ermeffen. Für Bismard hingegen gab es derartige Bedenken nicht. Er hat es mehrmals deutlich ausgesprochen, daß er feinem Fürsten unbedingt treu sei, aber für alle übrigen keinerlei Berpflichtung in sich fühle; das monarchische Pringip war für ihn ein leeres Wort, infofern es fich dabei um etwas anderes handelte, als um die Aufrechterhaltung der Machtstellung feines Königs nach innen und außen.

Dieser Gegensatz der Anschauungen ist so groß und für die vorliegende Frage so entscheidend, daß man schon aus diesen Erwägungen heraus mit ziems licher Sicherheit wird sagen können: Dies und nichts anderes muß der wesentlichste Differenzpunkt zwischen Wilhelm und Bismarck in bezug auf die Behandlung der Gegner und den Umfang der Annexionen gewesen sein.<sup>3</sup> Bestätigt wird diese Vermutung durch einen Brief, den der König an einem späteren Zeitpunkt, am 14. August 1866, an Bismarck geschrieben hat.<sup>4</sup> Die schon oben erwähnten Vorstellungen des Zaren Alexander hatten ihm damals einen so starten Eindruck gemacht, daß er Bismarck vorschlug, noch jest von der

<sup>1</sup> Stofd, Dentwürdigfeiten G. 104 und 105.

<sup>2</sup> S. Sybel 5, S. 376f.; Manteuffels Berichte vom 11. August.

<sup>3</sup> Die Wichtigfeit dieses Motives hat schon mit Recht Busch 443 f. betont.

<sup>4</sup> Bgl. oben S. 659 Anm. 1. Der König betont, man solle nach seiner Meinung diesen ersten Gedanken über Erhaltung der Dynastien in einem kleinen Teil ihrer känder wieder aufnehmen. Er führt dann näher aus, in welcher Art er sich die Ausführung des Gedankens denkt; der König von Hannover soll einen kandstrich um seine Hauptstadt herum bis zur braunschweis gischen Grenze und für später die Anwartschaft auf das ganze Braunschweig mit dem Titel eines Großherzogs erhalten, der Neffe des Kurfürsten von Hessen soll Großherzog von Fulda und Hanau werden; der Großherzog von Hessen noch

Sesamtannerion abzusehen, und von jedem der in Betracht kommenden Länzber wenigstens einen kleinen Rest bestehen zu lassen. Wenn der König einen solchen Vorschlag noch machen konnte, in einem Augenblicke, wo bereits die Zustimmung aller Großmächte zu den geplanten Annerionen sestsstand, wo das dem preußischen Landtag vorzulegende Annerionsgesetz bereits vollständig ausgearbeitet vorlag und in den nächsten Tagen eingebracht werden sollte, so läßt sich daraus wohl mit Sicherheit schließen, daß seine Bedenken im Juli, wo noch der Zweisel hinzukam, ob die übrigen Mächte eine solche Lösung gutz willig zulassen würden, jedenfalls nicht geringer gewesen sein werden.

Ich möchte also glauben, daß die Abneigung des Königs gegen die Volls annexionen mehr seiner Achtung für die hergebrachten Rechte der Herrscher als seinem Gerechtigkeitsgefühl entsprang. Das letztere wird erst in stärkerem Maße eingewirkt haben, als der Gang der Dinge allmählich dahin führte, daß einige Dynastien ganz entthront werden, die Herrscher Osserrichs und Sachssens aber, die der König als seine hauptsächlichsten Gegner betrachtete, übershaupt keinen Gebietsverlust erleiden sollten. Gerade bei den letzten Nikolssburger Verhandlungen wird der König dies für sein Empfinden empörende Mißverhältnis besonders start hervorgehoben haben.

Keinesfalls können wir also in dem König den eigentlichen Urheber des Gedankens der Gesamtannerionen erblicken. Der Vorkämpfer dieses Gedanskens war und blieb Bismarch. Er hat diese Forderung zunächst als Maximum des Erreichbaren mehr versuchsweise in Paris vorbringen lassen, ohne sicher zu sein, ob er den König zur Beseitigung ganzer herrscherhäuser werde vers mögen können. Napoleon, dem das historische Recht keinerlei Bedenken machte, war gewiß leichter dafür zu haben, als König Wilhelm. Auch am 16. Juli hatte Vismarch wohl das Einverständnis des Königs mit einer starsken Gebietsvergrößerung Preußens sessgestellt, aber offendar noch nicht die endgültige Zustimmung desselben zur Einverleibung ganzer seindlicher Staaten erlangt, obwohl sich Wilhelm nachträglich damit einverstanden erklärt hatte, daß diese Forderung als erstes Gebot in Paris vorgebracht werde.

Mainz, Bingen, Kreuznach und Oppenheim an Preußen, Alzey an Bayern und Borms an Baden; dafür soll die Nordostede Badens zwischen heffen und Bayern geteilt werden; nur Massan soll ganz annettiert werden, der herzog aber seine Domänen behalten. Auf diese Pläne spielt Bismard offenbar in den Ged. u. Er. S. 72 an; Lenz 70 hat schon mit Recht vermutet, daß Bismard hier nicht von den Ritolsburger sondern von späteren Berliner Differenzen spreche. Aber die weitere Abschwächung dieser Pläne (Erbsolge in Braunschweig für den Kronprinzen von Hannover, Homburg für die kurhessische Familie) f. Kap. 9. Wie empsindlich Bismard auch nach der Genehmigung der Bollannerionen gegen öffentsliche Diskussion dieser Frage war, zeigt eine Stelle aus seinem Tel. an Golz vom 31. Juli, wo er sich beklagt, daß in der Presse die unstnnige und böswillige Behauptung sich geltend mache, daß alle vertriebenen Fürsten zurücktebren würden.

Aus diesem Grunde hat Bismard in den nächsten Tagen immer unbestimmte Formulierungen gewählt, wenn er sich über die Annexionsfrage auszusprechen hatte. Die Zustimmung des Königs hat er wahrscheinlich erst gewonnen, als durch das Ausscheiden Sachsens und Österreichischeschlesiens aus der verfügs baren Masse die Lage sich so gestaltete, daß die von Napoleon zugestandene Bes völkerungszahl nur noch durch Bollannexionen erreichbar war. Die entscheidens den Auseinandersetzungen darüber können also frühestens am 19. und 20. Juli, nach der Rückehr Benedettis aus Wien, vielleicht aber auch erst am 23. Juli nach der ersten Unterredung Bismarck mit Karolyi stattgefunden haben. In der großen Dentschrift vom 24. Juli seht Bismarck bereits voraus, daß der König gegen die Einverleibung der norddeutschen Staaten keine Bedenken mehr hat, und Wilhelm hat am Rande bemerkt, daß er damit ganz einverstanden sei.

In der gangen Darftellung, die Bismard von diesen Konflitten gibt, tommt nach meinem Empfinden der König zu schlecht fort. Er war keineswegs der Vertreter einer reinen Gefühlspolitif; die Sicherung der preußischen Macht und die Serstellung eines geschlossenen Staatsgebietes lag ihm ebenso febr am herzen, wie seinem Minister; aber er glaubte, daß beides auch auf dem Bege der Teilannerionen erreicht werden fonne. Denn die Auswahl der zu annets tierenden Gebietsteile ließ sich sehr wohl so treffen, daß die beiden Sälften der Monarchie in territoriale Berbindung mit einander gefett wurden. Berfuhr man in dieser Beise, so wurde nach des Rönigs Unsicht dem preußischen Inters effe vollständig genügt und boch eine Verletung des monarchischen Prinzips und eine zu schreiende Ungleichheit in der Behandlung der Gegner vermieden. Rur in bem letten Stadium ber Berhandlungen, als fich herausstellte, daß auch nicht die fleinste Grenzberichtigung von Biterreich und Sachsen au haben fein werde, haben diefe Gefühlsmomente beim Ronig fo fart eingewirft, daß sie einen Augenblick die politischen Erwägungen gang in den hintergrund gu drangen schienen, bis Bismards große Dentschrift den letteren auch bei seinem herrn wieder die Oberhand verschaffte.

Bismark hat doch mit einigen Abschwächungen sein großes Maximalpros gramm vom 9. Juli durchgesett. Seine kösung war gewiß großzügiger, genisaler, aber auch rücksicher und wegen der Verletzung der in den regierenden Kreisen des ganzen alten Europa herrschenden Anschauungen gefährlicher als die des Königs. Er hätte sie wahrscheinlich nicht durchführen können, wenn auch in Frankreich ein legitimer König auf dem Throne gesessen hätte. Naposleons Gleichgültigkeit gegen die Interessen der alten Dynastien gehörte dazu, um Frankreichs Zustimmung zu Vismarck Plänen zu gewinnen. Und erst der Wunsch, in der Gebietserweiterung nicht hinter dem von Napoleon zus gestandenen Umfang zurüczubleiben, besiegte bei dem König die letzten Bestenfen gegen die Vollannerionen.

## Siebentes Kapitel.

## Preufen und Italien.

Einer besonderen Untersuchung bedarf noch das Verhalten Preußens gegens über Italien mahrend diefer Wochen.

Bekanntlich hat König Bittor Emanuel auf das Telegramm Napoleons, das auch ihm die frangofische Bermittlung anfündigte, sofort geantwortet1, daß er ohne vorherige Berftandigung mit seinem Ministerium und mit Dreus Ben die Bermittlung nicht annehmen konne. Die italienischen Bertreter in Paris und Pring Napoleon rieten dem Konig dringend, den Raifer hingus halten, und inzwischen energisch vorwärts zu gehen.2 Auch die leitenden Staats, manner Italiens waren barüber einig, daß man bas Gefchent Benetiens nicht annehmen durfe. Disconti Benofta fagte icon am 5. Juli, diese Manier, Benetien zu erwerben, sei gemein, und er werde niemals in eine folche Schweis nerei einwilligen. Bon Ricasoli und von dem König selbst wisse er, daß sie seine Gesinnungen teilten. Auch er war dafür, daß man keinen Stillstand fcbließe, sondern mahrend der Bermittlungsverhandlungen, die man nicht abs lehnen tonne, den Krieg energisch fortsete, namentlich in Ungarn, da dies dem Kriege einen so umfassenden und einschneidenden Charafter geben werde, daß Italien das Geschent nicht annehmen tonne. Usedom fimmte dem bei und riet namentlich dazu, den schon lange geplanten Angriff vom Adriatischen Meere ber gegen Ungarn jest endlich in Stene gu feben.3 Auch der Ronig felbft ließ am folgenden Tage Usedom mitteilen, daß er das faiferliche Telegramm empfans gen habe, und dem Botichafter überlaffe, fich den Eindruck vorzustellen, den es auf ibn gemacht babe. Ihm tomme es jest junachft barauf an, genau ju miffen, was Preußen zu tun gedente.4 Der in Florenz als Stellvertreter des Königs jurudgebliebene Pring von Carignan versicherte Ufedom, man werde ben Antrag nicht annehmen, sondern die Operationen fortseten, und ermächs tigte ben Botschafter seiner Regierung ju melden, daß Italien nichts ohne feinen Alliierten Dreußen tun ober laffen werde. Ufedom fügte feinem Bericht die Bemertung bingu, die allgemeine Stimmung fei jest in Italien fo fart

<sup>1 5.</sup> Juli, 8 Uhr 10 früh Chiala 376.

Ehiala 376, Ricafoli 39, Bernhardi 7, 128.

Belegr. Ufedome vom 5. Juli.

<sup>\*</sup> Tel. Konig Biftor Emanuels an Ufedom, von biefem an Bismard mitgeteilt am 6. Juli.

gegen Annahme, daß die Regierung, selbst wenn sie wollte, dieselbe nicht burchseben fonnte.1

Baron Ricasoli sprach sich am Nachmittage bes 6. Juli gang ähnlich aus und machte nur den einen Borbehalt, wenn Preugen wider Erwarten nachgeben und den Baffenstillstand annehmen follte, fo werde Italien natürlich nichts übrig bleiben, als dasfelbe ju tun. Auf Preugens Ablehnung bes Baffene ftillftandes beruhe alles; nur dadurch werde Italien aus einer verhängnis, vollen Lage gerettet werden können. Da nun die öfferreichischen Truppen jum großen Teil nach dem Rorden abrudten, fo werde es für die Italiener jest möglich sein, rasch gegen Wien vorzudringen. Auch die Expedition nach Dals matien folle jest ins Wert gesett werden.2 Später erfuhr Ufedom noch, daß nur zwei von den Miniftern, der Finangminifter und der Rultusminifter, dafür gewesen seien, Benetien als Geschent von Frankreich anzunehmen, alle anderen aber dagegen. Der Botichafter felbst riet dringend, die preußischen Truppen möchten schnell gegen Wien vorrüden; werde dort das öfferreichische heer noch einmal gründlich geschlagen, so konne man dann getroff Offerreich den Ungarn und den Italienern überlaffen, nach München marschieren, alle deutschen Rons tingente unter Preußens Führung sammeln und am Rhein mit 5-600000 Mann eine Defensivstellung einnehmen, für den Fall, daß Frantreich eine drohende Haltung zeige.3 Man irrt wohl nicht mit der Annahme, daß diese Gedanten dem Botschafter von den italienischen Regierungstreisen nabegelegt worden waren; daß sie ausführbar gewesen waren, fann man sich schwer vor: ftellen. Über die Verhandlungen im italienischen Ministerrat, die der Absens dung der Antwort des Königs an Napoleon vorangingen, erfuhr Usedom etwas fpater noch, daß man beschlossen habe, außer Benetien auch das italienis sche Tirol von Offerreich zu fordern.4 Diefer Gedante trat hier zum erften Male hervor und verschwand nun nicht wieder; man glaubte offenbar nach den ente scheidenden Siegen Preußens von Dferreich alles erlangen zu können, was man wünschte.

Am 6. Juli früh traf Napoleons telegraphische Meldung im hauptquartier ein, daß Preußen seine Vermittlung vorbehaltlich der Zustimmung Italiens im Prinzip angenommen habes; er verlangte unter deutlicher Drohung für

<sup>1</sup> Tel. vom 6. Juli, vgl. Sybel 226.

<sup>2</sup> Tel. vom 6. Juli, vgl. Sybel 226. Ricafoli hat danach noch befonders darauf hins gewiesen, daß Napoleon ja die Schenkung Benetiens noch gar nicht angenommen habe.

<sup>\*</sup> Tel. vom 7. Juli.

<sup>4</sup> Tel. vom 7. Juli.

börte er, daß der Kaiser sehr entrustet darüber sei, daß Italien seine freie bericht vom 6. Juli); ebenso borte er, daß der Kaiser sehr entrustet darüber sei, daß Italien seine friegerischen Operationen

den Fall der Ablehnung, daß Italien sofort diese Zustimmung gebe, und vers sprach, sobald dies geschehen sei, die Einräumung der venetianischen Festungen an Italien zu bewirken.

Während so für Italien die Aufgabe, dem Kaiser eine unzweidentige Antswort zu geben, immer dringender wurde, sah man sich durch die Nachrichten, die man aus Paris über Preußens Vorgehen erhielt, vor die Möglichkeit gesstellt, daß der Verbündete selbst sich dem Kaiser gegenüber nachgiedig zeige; mußte man da nicht Bedenken tragen, ihn durch eine schrosse Antwort zu reizen? Es kam hinzu, daß auch diesenigen Staatsmänner, die von dem Kriege eine größere Selbständigkeit Italiens gegenüber Frankreich erhosst hatten, wie Baron Nicasoli, im Ernste niemals daran dachten, es auf einen Konflikt mit dem Kaiser ankommen zu lassen. Sie alle waren darüber einig, daß man schließlich, wenn auch noch so ungern, alles tun müsse, was Napoleon wolle, wenn dieser Ernst zeige. Nicasoli war wohl entschlossen, in diesem Falle sein Amt niederzulegen und ins Privatleben zurüczutehren, aber er wußte auch, daß eine Politik, die zum Bruch mit Frankreich führen konnte, nicht durchzusehen sein werde; ja er wagte sie selbst nicht einmal ernstlich zu befürs worten.

Am 6. Juli abends erschien der französische Botschafter nochmals bei Viss conti und Ricasoli, um die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten zu verslangen.<sup>2</sup> Der Minister erklärte ihm, vor herstellung einer direkten Rommuniskation mit Preußen könne das nicht geschehen. Er nahm aber diesen Vorgang zum Anlaß, den Grafen Usedom nochmals um genaue Nachrichten über den

trot der Abtretung Benetiens an Frankreich fortsethe; Pring Napoleon und Rouher seien bemüht, den Raiser zu beruhigen.

<sup>1</sup> Am klarsten zeigt dies sein Telegramm an Rigra vom 9. Juli, Ricasoli 47. — Ich stimme den Ausführungen von Ruth, S. 25 f. im allgemeinen bei. Usedom und Bernhardi haben wohl beide die Entschlußtraft und den Einfluß Ricasolis und seiner Partei überschätzt und die Haltung Lamarmoras unter dem Einfluß der Mitteilungen Ricasolis stärfer beargs wöhnt, als es in der Tat gerechtsertigt war. Bolltommen zutreffend sagt Muth: "Richt die Charattersestigteit der italienischen Staatsmänner, sondern die Schwäche Napoleons hat für ibre Bundestreue den Ausschlag gegeben."

<sup>\*</sup> Tel. Usedoms vom 7. Juli (vgl. Sybel 5, 227). Bon französischer Seite ist keineswegs behauptet worden, Preußen habe bereits den Stillstand angenommen, wie die Italiener Usedom und Bernhardi gegenüber immer wieder behaupteten, sondern nur, daß es die Bersmittlung im Prinzip angenommen habe, was vollständig richtig war, vgl. Muth, S. 28. Allerdings verlangte man von Italien die Einwilligung in den sofortigen Abschluß eines Stillstandes, wie man ja auch Preußen gegenüber, wenn auch in etwas fonzilianterer Form immer wieder darauf drang. Bielleicht haben Ricasoli und Lamarmora in ihrer begreislichen Erregung die französischen Mitteilungen wirklich mißverstanden, vielleicht wollten sie aber anch durch die starte Betonung der von Frankreich geübten Presson Preußen zu schnellen und bindenden Bersicherungen treiben.

Stand der preußischen Operationen und Verhandlungen zu bitten. Er begreife nicht, sagte er, daß Bismarck eine Entscheidung getroffen haben sollte, ohne sie wenigstens sofort direkt an Italien mitzuteilen. Usedom äußerte seine Zweifel an der Richtigkeit der französischen Angaben, bat aber Bismarck drinz gend, ihn mit genauen Nachrichten zu versehen. Viktor Emanuel selbst ließ am 7. Juli mittags an Usedom telegraphieren, er werde den Wassenstillstand nicht annehmen, wenn nicht Venetien direkt von Osserreich an Italien abgestreten und als Garantie des Stillstandes die Festungen den Italienern eins geräumt würden.

Nachdem am 7. Juli Nicasoli durch Nigra den Wortlaut der preußischen Antwort erfahren hatte, äußerte er darüber tiefe Betrübnis und meinte, eine Fortsehung dieser Politik von preußischer Seite werde ihn zur Einreichung seiner Demission treiben.<sup>2</sup> In der Nacht vom 7. zum 8. Juli fand ein Ministerzrat statt; da von Preußen noch immer keine direkte Mitteilung eingegangen war<sup>3</sup>, wurde hier auf Grund der französsischen Angaben eine Antwort an Nappoleon festgestellk<sup>4</sup>, welche die Annahme des Stillstands von drei Bedingungen abhängig machte: der direkten Abtretung Benetiens, der Zession von Wälsche Tirol und der Fernhaltung anderer Fragen, namentlich der römischen<sup>5</sup> aus den Berhandlungen. Am 8. Juli früh ging diese Antwort nach Pariss; zugleich, oder kurz vorher, hatte allerdings König Biktor Emanuel ein persönliches Telegramm an den Kaiser abgeschickt, das etwas entgegenkommender klang und die Ausschaltung der römischen Frage gar nicht, die Forderung Südtirols nur andeutungsweise enthielt. Wie es gekommen ist, daß diese beiden mit einzander nicht übereinstimmenden Kundgebungen gleichzeitig abgehen konnten,

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Tel. Ufedoms vom 7. Juli. Ufedom fügte dieser Mitteilung seinerseits den Rat hingu, Preußen möge Bedingungen stellen, die ebenso weitgehend wären, damit sie von der gegnerischen Seite abgelehnt würden und der Krieg weiter gehen könne.

<sup>2</sup> Tel. Usedoms v. 7. Juli.

<sup>3</sup> In dem Briefe König Wilhelms an Napoleon v. 6. Juli heißt es, der König habe sich sofort durch den Grafen D'Avet mit Biktor Emanuel wegen Feststellung der Wassenstillsskandsbedingungen in Berbindung gesetzt. Ebenso sagt Bismarck in einem Telegramm au Alsedom v. 13. Juli, er habe schon eine Stunde nach Empfang der Depesche Napoleons den Grasen D'Avet ersucht, in Florenz anzufragen, was die italienische Regierung zu tun ges benke, bisher aber keine Antwort darauf erhalten. Bgl. S. 668 Anm. 2.

<sup>4</sup> Beratungen über diese Antwort fanden schon am 5. Juli statt, wie Usedom im Teles gramm v. 7. Juli meldete.

b Daß man von italienischer Seite fürchtete, Napoleon werde Sarantien dafür fordern, daß Italien, wenn es Benetien erhalte, dauernd auf Rom verzichten werde, hatte bereits Goly, wohl auf Grund der Mitteilungen Nigras, am 6. Juli gemeldet.

Den Inhalt dieser offiziellen Antwort meldete Usedom im Telegramm v. 8. Juli (Sybel 5, 229). Aber die Borgeschichte der Antwort und die Bedeutung der beiden verschiedenen Fassungen vgl. Muth, S. 24f., dem ich mich anschließe.

läßt sich mit Sicherheit nicht feststellen. In bezug auf die offizielle Antwort änßerte Bisconti Benosta zu Usedom<sup>1</sup>, er glaube, daß die drei Bedingungen in Wien und Paris abgelehnt werden würden. Wenn aber Preußen für Österzreich annehmbare Bedingungen stelle und daraufhin mit Napoleon zu einer Einigung gelange, so daß Italien allein bleibe, dann werde Nicasoli zurücktreten müssen, Lamarmora ans Ruder kommen und die französischen Borzschläge unbedingt annehmen. Er meinte, Preußen müsse entweder ebenfalls unannehmbare Forderungen stellen, oder, wenn es den Wassenstillstand anznehme, jedenfalls ausdrücklich vorbehalten, daß die Bedingungen für den Frieden vorher mit Italien vereinbart werden müßten. Man habe es dann wenigstens in der Hand, bei den Friedensverhandlungen solche Forderungen zu stellen, daß sie abgelehnt würden und man den Krieg fortsehen könne.

Erst am 8. Juli traf bei Usedom die erste Nachricht aus dem preußischen Hauptquartier ein.<sup>2</sup> Borber hatte Bismard bereits mehrmals sein Befremden über die Lauheit der italienischen Ariegsführung geäußert und die Hoffnung ausgesprochen, daß man dort wenigstens jest ernstlicher als bisher dem Bündenis gemäß eingreisen werde.<sup>3</sup> Am 6. Juli 12 Uhr mittags sandte er dann von Horritz aus den Text der von König Wilhelm an Napoleon erteilten Antwort telegraphisch nach Florenz und fügte hinzu: "Es kommt für uns dringend darauf an, klar zu sehen, ob Italien fest am Bündnis hält, namentlich an Aretitel 3 und 4, oder ob Abfall zu befürchten, wenn Gewinnung seines eiges nen Zieles in Aussicht. Suchen Sie sich Gewisheit darüber vorsichtig zu verschaffen. Bräche Italien den Vertrag, so könnte es uns zur Verständizgung mit Österreich zwingen."

Man sieht wie start auf beiden Seiten das Mißtrauen war, daß einer der Berbündeten den anderen im Stiche lassen würde<sup>5</sup>; wir wissen bereits, daß dies Italien gegenüber teineswegs ganz unberechtigt war, da dieses entschloss sen war, es auf einen ernstlichen Konstitt mit Frankreich nicht ankommen zu lassen.

<sup>1</sup> Tel. v. 8. Juli.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ebenfo melbete Graf D'Avet in zwei Telegrammen v. 6. Juli (Chiala 393 f.), daß Bismard zu möglichst energischer Tätigfeit Italiens rate und daß er die Bedingungen zu erfahren wünsche, unter benen Italien einen Stillstand annehmen würde. König Wilhelm würde es vorziehen, dem Rampf fortzusehen, falls dadurch nicht Frantreich zur Teilnahme am Kriege veranlaßt werden würde. Für Italien werde es jedenfalls besser sein, Benetien zu erobern, als es durch Schenfung zu erlangen; mindestens könne es dies erft nach einer ges wonnenen Schlacht annehmen.

<sup>2</sup> Tel. von Gitfchin 3. Juli und von horrib 4. Juli.

<sup>&#</sup>x27; Tel. von horrin 6. Juli, gedr. Bernhardi 7, 141.

Dgl. noch Bismards Randbemertung ju Ufedoms Telegramm v. 11. Juli (f. Bern, hardi 158). Bu ber Stelle, wo es heißt, die italienische Offupation Benetiens werde bald eine vollendete Tatsache sein, hat Bismard bemertt, dann werde Italien halt machen!

Als Usedom dies Telegramm erhielt, begab er sich sofort zu Nicasoli und Visconti Venosta¹; das Ergebnis ihrer Unterredung ist bereits oben mits geteilt worden. Beide erkannten an, daß der Tert dieser Antwort weniger nachgiebig klinge, als man nach den französischen Mitteilungen habe annehmen müssen. Ricasoli konnte jedoch nicht unterlassen, sein Bedauern darüber zu äußern, daß Preußen nicht überhaupt die Annahme der Vermittlung, namentslich aber die des Waffenstillstands, im Prinzip so lange abgelehnt habe, bis zwischen Preußen und Italien ein Einverständnis darüber erzielt worden sei. Visconti erklärte schließlich, er werde sofort ins Lager reisen, um den König im Sinne der Fortführung des Krieges zu stärken, denn Napoleon und Lamars mora terrorisierten Viktor Emanuel direkt und ohne Unterlassung.

Gewiß haben die frangofischen Bertreter in Paris nichts unterlassen, was ihnen geeignet erschien, um eine baldige befinitive Erflärung des Ronigs bers beizuführen. Es läßt fich aber nicht nachweisen, daß fie dabei mit diretten Une mahrheiten gearbeitet haben2; vielmehr unterschieden sie immer gang richtig swischen der von preußischer Seite bereits erfolgten Unnahme der Bermittlung im Pringip, und der noch ausstehenden Unnahme eines Waffenstillstands, wofür unter anderem auch die Zustimmung Italiens stets als Bedingung ges ftellt worden war. Gelegentlich mag ja Drounn de Lhuns gegenüber dem italienischen Botschafter Nigra von der Möglichkeit einer frangösische öfter reichischen Alliang und einer frangofischen Besetzung Benetiens gesprochen bas ben, wenn Italien den Stillstand nicht sofort annehme. Aber man sah von italienischer Seite gang richtig ein, daß ein fester Entschluß noch nicht hinter diesen Drohungen stehe und blieb daber bei der Forderung, daß der Stillstand nur bewilligt werden tonne, wenn die italienischen Bedingungen erfüllt wurs den.3 Ratürlich war es sehr schwierig, bei der Unsicherheit und Langsamkeit der telegraphischen Verbindungen eine Verständigung zwischen Preußen und Italien über die für den Stillstand zu stellenden Bedingungen herbeizuführen. Die Franzosen mögen wohl, wie es Ricasoli behauptete4, Andeutungen in der Richtung gemacht haben, daß von Preugen milde und annehmbare Bedinguns gen ju erwarten seien, und daß Italien sich daher felbst in Nachteil bringe, wenn es scharfe Bedingungen ftelle. Wieder und wieder drängte der italienis sche Minister den preußischen Botschafter, er moge dafür forgen, daß man die preußischen Bedingungen erfahre, oder noch lieber eine preußische Erklärung erhalte, daß König Wilhelm einen Stillsand überhaupt ablehnen werde. Auch

<sup>1</sup> Tel. Usedoms v. 8. Juli; vgl. Sybel 5, 228, 229.

<sup>2</sup> Bgl. hieraber Muth, G. 28f.

<sup>2</sup> Tel. Ufedoms v. 9. Juli, gedr. Bernhardi 7, 153.

<sup>\*</sup> Tel. Ufedome v. 9. Juli, gedr. Bernhardi 7, 154. Ufedom wandte fich in feiner Unruhe auch an Gola um Austunft wegen der preußischen Bedingungen. S. Bernhardi 7, 155.

wurde der italienische Gesandte in Berlin Graf Barral beauftragt, sich ins preus sische Hauptquartier zu begeben, um dort die gleiche Frage zu stellen. Baron Berther riet ihm aber dringend, nicht abzureisen, da dies ganz überslüssig sei; und in der Lat hätte er vom Hauptquartier aus seine Regierung auch nicht schneller telegraphisch unterrichten können, als Bismarck den Grafen Usedom.

Benn Bismard mit der Ungabe bestimmter Bedingungen Italien gegens über gogerte, fo hatte das feinen fehr einfachen Grund darin, daß, wie wir wissen, im preußischen Sauptquartier bestimmte Entschlusse darüber damals noch gar nicht gefaßt waren. Auch Golp erhielt ja erst am 9. Juli seine erste Instruktion, und noch am 8. hielt man dort einen Gedanken feft, überhaupt nichts vorzuschlagen, sondern ein Angebot von Frankreich zu erwarten, oder den Zusammentritt von Bevollmächtigten aller Beteiligten zu verlangen. Sandte doch Bismard am 8. Juli die bestimmte Erflarung an Ufedom, daß Preugen einen Baffenstillstand unter Bezugnahme auf seine Bers pflichtung mit Italien abzulehnen entschlossen sei, und von Italien das gleiche Berfahren erwarte2; selbstverständlich mar dabei vorausgesett, daß die frans sofifche Bermittlung befteben bleibe, fich aber junachft auf die Feftftellung ges eigneter Friedensbedingungen ju richten habe; erft wenn diese gelungen sei, follte vom Baffenstillstand die Rede fein. hingegen verlangte Bismard am 9. Juli nochmals eine bestimmte Ertlärung Italiens, daß es Benetien von Frankreich nicht annehmen, und den Krieg, wenn Benetien von Frankreich gebedt werbe, wenigstens gegen Subtirol und jur See weiterführen werbe.3

Am 10. Juli hatte Usedom diese beiden Telegramme Bismarcs noch nicht in den händen. Die Erregung in Italien stieg, ein Ministerrat sprach sich dahin aus, daß Preußen gegen den Bertrag verstoßen habe, indem es übershaupt Berhandlungen über einen Stillstand geführt habe, ohne Italien davon zu unterrichten und indem es den gefangenen österreichischen Offizieren nur ihr Wort abnehme, nicht gegen Preußen zu dienen, während Italien dabei nicht genannt werde. Usedom ließ, indem er dies mitteilte<sup>4</sup>, deutlich merken, daß er diese Beschwerden für berechtigt halte. Wenige Stunden darauf erhielt er Biss marcks Telegramm vom 9. und teilte es Ricasolis mit.

<sup>1</sup> Tel. Werthers an Bismard v. 9. Juli. Barral reifte, wie Werther am 10. Juli meldete, tropbem ab, nachdem er einen neuen ausdrücklichen Befehl dazu aus Florenz erhalten hatte.

<sup>2</sup> Tel. von horris 8. Juli 3 Uhr nachmittags, gedr. Bernhardi 155.

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Tel. von Hohenmauth 9. Juli 8 Uhr 20 abends, gedr. Bernhard i 7, 157. Nach seiner Angabe war es abgeschickt von Horrih am 10. Juli 8 Uhr 30 nachm. und tras in Florenz am 11. Juli 2 Uhr 20 vorm. ein. Aus diesem Telegramm geht deutlich hervor, daß Biss mard von den Italienern niemals verlangt oder erwartet hat, sie sollten den Angriss auf Benetien fortsehen, wenn dieses tatsächlich von Frankreich in Besit genommen wäre.

<sup>\*</sup> Tel. v. 10. Juli, gede. Bernhardi 156.

El. v. 10. Juli, gebr. Bernbardi 198.

Inzwischen hatte Bismarck durch Usedom die Beschwerden Italiens über Preußens Verhalten kennen gelernt und erklärte nun nochmals ausdrücklich, daß kein Stillstand geschlossen sei, sondern daß für einen solchen die Sinwilliz gung Italiens und die Sicherung des bisher Errungenen als Bedingung gesstellt sei. Während aber Preußen den Krieg energisch fortsetz, tue Italien das nicht, sondern zögere nach wie vor, und es gehöre volles Vertrauen zur Rechtzlichkeit des Königs und der Nation dazu, um nicht stutig zu werden und auf den Gedanken zu kommen, daß Lamarmora falsches Spiel treibe und in die Verständigung zwischen Frankreich und Osterreich über Venetien vorher einz geweiht gewesen sei. Nur eine sosortige energische Aktion Italiens zu Wasser und zu Lande könne diesen Verdacht zerstreuen.

In Italien hatte man sich inzwischen infolge der neuen Mitteilungen von Usedom ein wenig beruhigt. Der König ließ dem Botschafter mitteilen, er werde festhalten, falls auch Preußen den Stillstand beharrlich ablehne. Seine Truppen würden nun bald Venetien angreifen.<sup>2</sup>

Da sich inzwischen Bismark entschlossen hatte, mit den Franzosen über die Einzelheiten der Friedensbedingungen in Verhandlung zu treten, und da es nun wenigstens als möglich erschien, daß eine Verständigung darüber erzielt werden könne<sup>3</sup>, hielt er es für besser, wenn ein besonderer Vertreter Italiens, der über dessen Forderungen genau orientiert sei, in das preußische Haupts quartier komme, um sich hier zunächst mit Preußen zu verständigen.<sup>4</sup>

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Tel. von Zwittau 10. Juli, gedr. Bernhardi 158; nach seiner Mitteilung war es aufs gegeben in horris am 11. Juli 11 Uhr nachm. und kam in Florenz am 12. Juli 6 Uhr 20 an. Ahnlich Tel. Bismards an Werther v. 9. Juli und v. 10. Juli.

<sup>2</sup> Tel. v. 11. Juli 5 Uhr vorm., gedr. Bernhardi 158.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Die Angabe des Erafen D'Avet in seinem Telegramm v. 10. Juli abends (Chiala 418), daß Bismard ihn beauftragt habe, nach Italien mitzuteilen, Preußen habe den Stillstand nur im Prinzip angenommen und werde immer unannehmbare Bedingungen aufstellen können, im gegenwärtigen Augenblide aber komme es nur darauf an, Zeit zu gewinnen, wird durchaus auf Wahrheit beruhen. In der Tat konnte Bismard erst, wenn er eine Antwort des Erafen Golh auf seinen Erlaß v. 9. Juli erhalten hatte, wirklich sagen, ob eine Verständigung mit Frankreich überhaupt möglich erscheine. In Paris war man inzwischen zu der überzeugung gelangt, daß König Biktor Emanuel den Stillstand jedenfalls nicht annehmen werde, bevor Preußen dies getan habe, und unterließ daher vorläusig die schon damals geplante Entsendung des Prinzen Rapoleon nach Italien. (Bericht des Grafen Golh v. 10. Juli.)

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Tel. an Usedom v. 11. Juli. Den Grafen D'Avet erflärte Bismard für nicht geeignet zu berartigen Berhandlungen. Bismard argwöhnte, daß seine Telegramme an Usedom in Frankreich aufgehalten würden; er wies Golt an mit Nigra enge Fühlung zu halten und auch diesem gegenüber nachdrücklich zu betonen, daß ein Stillstand nur im Prinzip anz genommen sei und unter Bedingungen, von deren Erfüllung bisher nicht die Rede sei (Tel. an Golt vom 11. Juli.)

So fanden die Dinge, als die entscheidenden Unterredungen des Grafen Gols mit Napoleon fattfanden, in denen die Möglichkeit eines Einverständ, niffes über die Friedensbedingungen festgestellt murde. Rigra murde fofort in Paris von diesem Ergebnis unterrichtet; man fagte ihm, da Napoleon fich mit den preufischen Bedingungen einverstanden erflart habe, fo tonne der Stillftand in brei bis vier Tagen geschloffen fein. Daraufhin tamen die Italiener mit neuen Rlagen ju Ufedom; eben fei Italien bereit, den Angriff ernstlich zu beginnen, und nun wolle Preugen Stillstand schließen; das durfe nicht geschehen, sondern Preußen muffe diese Zumutung Rapoleons wie bis; ber fo auch weiter ablehnen.1 Wenn die Mitteilungen, die man in Paris an Nigra gemacht hatte, wirklich fo bestimmt lauteten, so entsprachen sie nicht gang der Bahrheit. In der Tat blieb Napoleon auf die telegraphische Frage Biftor Emanuels, an welchem Tage benn Preugen ben Stillftand unter: geichnet habe, die Antwort schuldig.2 Obwohl man nun aber in Italien lebhaft befürchtete, daß doch swischen Rapoleon und Preugen etwas im Berte fein moge, weigerte man fich doch, einen über die italienischen Forderungen genau informierten Bevollmächtigten in das hauptquartier gu ichiden, indem man fich darauf berief, daß ja Graf Barral dort fei; dieser war jedoch mit feinen bestimmten Instruktionen verseben.3 Dem Grafen Usedom fagte man auf fein Drangen, es tonne fich ja doch gar nicht darum handeln, ernfthafte Bedine aungen aufzustellen, ba Bferreich zu deren Unnahme noch feineswegs reif fei, sondern es tomme nur darauf an, durch Aufstellung übertriebener Fors berungen das Buftandefommen eines Stillftands ju verhindern.4

Mit diesen Gesichtspunkten blieb die italienische Regierung durchaus in der Richtung, die auch Bismarck anfangs innegehalten hatte, solange er nicht mit der Röglichkeit rechnete, mit Napoleon schnell über annehmbare Friedens; bedingungen einig werden zu können. Nachdem sich hierzu aber wider Erwar; ten eine Möglichkeit eröffnet hatte, lenkte Bismarck sofort in den neuen Weg ein, und so kam es, daß nun die Anschauungen der Verbündeten über den Wert und die Bedeutung der bevorstehenden Verhandlungen völlig aus; einandergingen.

Noch am 13. Juli, als er mitteilte, daß Preußen aus rein militärischen Gründen eventuell eine dreitägige Waffenruhe bewilligen werde, hatte Biss mard dem Grafen Usedom versicherts, daß man keinen Stillstand ohne Italiens

Eel. Ufedoms v. 14. Juli, in Ritolsburg mahrscheinlich anget. am 17. Juli, f. oben S. 624.

<sup>1</sup> Tel. Ufedoms v. 15. Juli.

Barral mar am 13. Juli im hauptquartier eingetroffen, f. Chiala 443.

<sup>\*</sup> Tel. Usedoms v. 15. Juli.

<sup>&#</sup>x27; Tel. v. 13. Juli aus Cjernahora.

Zustimmung schließen werde, und daß man, auch wenn jene Wassenruhe, die fein eigentlicher Stillstand sei, zustande komme, von Italien Nichtannahme des Stillstandes und energische Fortsetzung des Krieges erwarte. Preußen werde dann den Krieg mit aller Energie fortsetzen. Sollte Italien doch ans nehmen, so werde man daraus schließen müssen, daß keine andere Untersstützung als Worte von dorther zu haben sei. Usedom hielt sich dadurch für ermächtigt, zu erklären, daß Preußen bisher keinen Stillstand angenommen habe und auch keinen annehmen werde.

Inzwischen war Graf Barral im Hauptquartier angesommen und verssicherte dort, daß Italien auf jede Gefahr hin den Stillstand ablehnen werde. Bismarck dat ihn darauf, bevor er dies amtlich mitteile, noch zu warten, ob die vorgeschlagene dreitägige Waffenruhe zustande komme; in diesem Falle werde man ja Zeit haben, sich direkt mit Florenz in Verbindung zu seizen. Bissmarck faßte also offenbar die Möglichkeit ins Auge, daß der Abschluß eines Stillstands doch im Interesse Preußens liegen könne, falls nämlich die französischen Vorschläge, die er jeden Lag erwartete, sich als annehmbar erweisen würden. Zwar behielt er auch für diesen Fall eine Verständigung mit Italien vor; aber die Veränderung seines Standpunktes gegenüber den früheren Außerungen ist doch unverkennbar.

Wie schon erwähnt, erfuhren die Italiener durch Napoleon, daß zwischen dies sem und dem Grafen Golt am 14. Juli eine vorläufige Einigung über die Stillstands, und Friedensbedingungen zustandegekommen sei, und wurden nun von Frankreich gedrängt, sich ebenfalls mit einem Stillstand einverstans den zu erklären. Die Franzosen scheinen dabei die Sachlage insofern nicht ganz richtig dargestellt zu haben, als ja tatsächlich eine amtliche Annahme der Friedensgrundlagen noch nicht erfolgt war, und sich nicht einmal mit voller Sicherheit behaupten ließ, daß sie zweifellos erfolgen werde. Denn wenn auch Napoleon seine Vorschläge mit Golt besprochen, ja wenn auch der preußische

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Auch an Graf Golz teilte Bismard damals mit (Tel. v. 13. Juli), er habe Benedetti gegenüber den Abschluß des Stillstandes von der Zustimmung Italiens und der Ausstellung annehmbarer Friedensbedingungen abhängig gemacht; um beides abzuwarten, wolle man eine dreitägige Wassenruhe bewilligen; erfolge innerhalb dieser Zeit nicht die Zustimmung Italiens und eine befriedigende Zusicherung Frankreichs über die Friedensbedingungen, so werde Preußen den Krieg mit aller Energie fortsehen.

<sup>2</sup> Usedom meldete am 16. Juli, er nehme es auf sich zu erklären, daß Preußen sowohl den Baffenstillstand als die Anerkennung der venetianischen Schenfung ablehne.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Tel. von habelschwerdt 15. Juli an den Grafen Goly: Graf Barral sei gestern hier angekommen und erkläre mit Entschiedenheit, daß Italien den Bassenstillstand ablehne auf jede Gesahr hin. Bismarch habe ihn gebeten, ehe er ihm dies amtlich erkläre, das Ergebnis der Berhandlungen über die kurze Massenruhe abzuwarten, um zu sehen, ob dadurch Zeit gewonnen werde, amtliche Außerungen in Florenz einzuholen. Über die Aufnahme des Borschlages von Offerreich sei noch nichts bekannt.

Gefandte selbst ihnen die lette Form gegeben hatte, so wußten doch beide nicht, ob Ronig Wilhelm und Bismard fie ohne weiteres annehmen ober ob fie noch Anderungen verlangen wurden. Es ift ja begreiflich, daß man von Paris aus den Italienern gegenüber die gange Sache als abgemacht bargus fiellen fuchte, weil man fo am erften hoffen tonnte, ben Widerfpruch Italiens ju besiegen, und die dem Raifer so außerordentlich unangenehmen weiteren Bogerungen ju vermeiden. Daß Graf Goly die Friedensgrundlagen ju Papier gebracht hatte, ermöglichte es den Frangofen, fie als von ihnen lediglich ans genommene preußische Vorschläge hinzustellen. In Florenz war man jedoch etwas mißtrauisch gegen die frangosischen Mitteilungen und wollte nicht glauben, daß die Ginigung swifchen Frankreich und Preugen bereits erfolgt fei, jumal, da man von dem Verbundeten nicht einmal irgendeine Nachricht über die Anknüpfung von Berhandlungen, geschweige benn über die Er: zielung einer Berftändigung erhalten hatte. Da fich also Stalien junächst weigerte, Frantreich gegenüber seine Bustimmung gum Abschlusse eines Stills stands auszusprechen, so beschloß der Kaiser, den Prinzen Rapoleon persons lich nach Italien gu fenden, damit er dem König die von Frankreich vorges schlagenen Friedensgrundlagen mitteile.

Um 17. Juli abende reifte der Pring dorthin ab.1 Gobald Ronig Viftor Emanuel von diesem Schritte durch ein Telegramm seines Schwiegervaters Nachricht erhalten hatte, setzte er auch Usedom davon in Kenntnis und ließ ihm nochmals erflären, daß er dabei beharre, gemäß dem Bertrage weder Frieden noch Waffenstillstand separat ju unterzeichnen, und von dem König von Preußen dasselbe erwarte; es muffe über die Untwort, die Rapoleon auf feine Borfchlage zu erteilen fei, vorher ein Einverftandnis zwischen beiden Regieruns gen erzielt und dabei auch festgestellt werden, welche Bedingungen des Waffen: fillftands man etwa annehmen tonne. Ufedom fügte feiner Meldung bingu, ihm icheine dies völlig forrett, und er febe barin bas einzige Mittel, um Italien gegen dem frangofischen Drud ftandhaft zu erhalten. Auch fonnte Ufebom fein Erstaunen darüber nicht unterdrüden2, daß man von preußischer Seite dem Berbundeten die Bedingungen nicht mitteile, über die man mit Frantreich verhandle. Italien werde dadurch mißtrauisch gegen Preugens Abs fichten und habe tein Mittel, die Angaben zu kontrollieren, die ihm von frans jöfischer Seite gemacht würden.

Pring Napoleon hatte in der Tat den Auftrag, nicht nur die Friedensgrunds lagen mitzuteilen, sondern auch zu versprechen, daß Italien beim Friedenss

<sup>1</sup> Rach Mitteilung Biscontis an Ufebom f. Tel. v. 17. Juli, gedr. Bernhardi 206. Nach einer Melbung von Goly, Tel. v. 17. Juli, erfolgte die Abreife bereits am 16. Juli abends.

<sup>\*</sup> Tel. v. 17. Juli, gebr. Bernhardi 184.

schluß Benetien ohne jede erschwerende Bedingung erhalten folle.1 Er sollte ben König ermahnen, sich hiermit zu begnügen, und feine Bustimmung zum Waffenstillstand unter der Voraussehung ju geben, daß auch Prengen ihn ans nehmen wurde. Schon vor feinem Gintreffen wurde Biftor Emanuel von frangöfischer Seite mit allerlei unbestimmten Andeutungen geängstigt. Man faate ihm. Preußen habe den Baffenstillstand angenommen, es sei verpflichtet bis jum Abend bes 18. Juli eine bestimmte Untwort auf eine fomplizierte Frage ju geben, endlich werde der Pring feinem Schwiegersohn Geheimniffe enthüllen, die dieser bisher nicht wisse.2 Usedom tat sein Möglichstes, die Italiener ju beruhigen; fie möchten nichts glauben, mas man nicht direft von Preußen höre; alles Entgegenstehende sei falfch; Italien tonne sich leicht selbst um die Früchte des Krieges bringen, wenn es fich von Preußen trennen laffe. Er verlangte jugleich Abweisung jedes gegen die Fortsehung des Krieges ge: richteten Vorschlags. Der König erflärte fich dadurch vorläufig für beruhigt, und faate, die Mission des Prinzen Napoleon solle an der Lage nichts ändern; er werde sofort jemanden ins preußische Sauptquartier schicken, der sich über die eventuellen Bedingungen mit Preußen verständigen folle.3

Am 19. Juli meldete Usedom, daß Prinz Napoleon im italienischen Felds lager eingetrossen sei. Er schlage vor, der Abtretung Benetiens dadurch eine für Italien annehmbare Form zu geben, daß man eine Volksabssimmung vorsnehmen lasse, sinde aber wenig Neigung bei dem König, auch unter dieser Boraussehung auf Stillstand und Frieden einzugehen. Andererseits ließen die Mitteilungen des Prinzen es als unzweiselhaft erscheinen, daß eine Versständigung zwischen Preußen und Frankreich im Prinzip getrossen, wenn auch noch nicht sormell festgessellt sei. Auch trug man von Paris aus Sorge, sobald dort die preußische Annahme der Friedensgrundlage und die Bereitwilligkeit zu einer sofortigen fünstägigen Wassenruhe gemeldet worden war, dies nach Italien mitzuteilen. Usedom wußte von diesen Dingen noch nichts, und fragte am 20. Juli telegraphisch bei Vismarck an, ob wirklich auf fünst Lage Wassenstillsstand bewilligt sei, und was er hier deshalb sagen solle? Er fühlte sich offenbar

<sup>1</sup> Tel. des Grafen Gols v. 17. Juli f. oben.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Tel. v. 18. Juli, der erste Absatz gedr. bei Bernhardi 206. Jum Schluß meldet Usedom noch, er habe soeben den König Vittor Emanuel telegraphisch aufs stärfste gebeten, nichts siber Wassenstillstand zu glauben, was er nicht von preußischer Seite höre. Alles Entgegensstehende sei falsch. Wenn Italien seine Aktion von der preußischen trenne, so könne es sich und Preußen leicht um die Resultate des Krieges bringen. Wan verlange Abweisung jedes gegen Forssehung des Krieges gerichteten Borschlages. Bismard möge start mit Graf Barral sprechen und schleunigst antworten.

<sup>3</sup> Tel. v. 19. Juli.

<sup>4</sup> Tel. v. 19. Juli.

<sup>5</sup> Tel. v. 20. Juli.

von seiner Regierung im Stich gelassen, da er von dieser über die Beziehungen zu Frankreich nicht informiert und so veranlaßt worden war, die Italiener zur Ablehnung des Stillstands zu bringen.

In der Tat ist es ja sehr auffallend, daß Bismark von der sich anbahnenden Berständigung mit Paris weder den Grafen Barral noch den Grafen Usedom benachrichtigt hat. Er hat sich immer darauf berusen, daß die Vorschläge für Friedensgrundlage und Wassenstillstand nicht von ihm ausgegangen, sondern von Paris aus an ihn gebracht seien; das war formell richtig; in Wahrheit aber hatte er doch durch seine Instruktion vom 9. Juli die Verhandlung einzgeleitet und seinen Vertreter in Paris ausdrücklich zu Besprechungen über den Inhalt eines künstigen Friedensvertrags bevollmächtigt. Italien konnte sich darüber insosern nicht beklagen, als es auch selbst, ohne vorher Fühlung mit Preußen zu nehmen, die Bedingungen nach Paris mitgeteilt hatte, unter des nen es einen Friedensschluß für möglich hielt; aber es hatte wenigstens dafür Sorge getragen, daß sein Vundesgenosse von diesen Forderungen Kenntnis erhielt, während Bismarch dies unterlassen hatte.

Worin haben wir die Gründe seines Verhaltens zu suchen? Sollte Vismarck etwa geglaubt haben, die Bedingungen, die er Napoleon vorschlagen ließ, seien für diesen unannehmbar und würden von diesem zurückgewiesen werden, so daß es unnötig sei, sich darüber zu vergewissern, wie sich Italien zu ihnen sielle? Daran ist kaum zu denken; denn zweisellos hat Vismarck doch von Ansang an mit der Möglichkeit gerechnet, daß eine Verständigung mit Napoleon sich erzielen lassen werde, wenn er sie auch keineswegs als sicher anssehen mochte; und ferner hatte doch auch Italien seine Bedingungen an Preußen mitgeteilt, obwohl es bestimmt auf deren Ablehnung seitens Napoleons rechnete.

Eine andere Möglichkeit wäre die, daß Bismard absichtlich Italien habe im Untlaren lassen, ja zu möglichst energischer Kriegführung drängen wollen, um dadurch Österreich nachgiebiger zu stimmen, oder um die Möglichkeit offen zu beschalten, die französischen Borschläge unter Berufung auf die mangelnde Zusstimmung Italiens abzulehnen. Das letztere ist gewiß nicht ganz ausgesschlossen, da Bismard nicht von Anfang an wissen konnte, ob Napoleon sich mit seinen Borschlägen ganz nach Preußens Bünschen richten würde. Ich möchte aber doch glauben, daß seine Haltung gegenüber Italien vorwiegend von einer anderen Rücksicht bestimmt war.

Aus den ihm mitgeteilten italienischen Friedensbedingungen hatte Biss mard ersehen, daß Italien außer Benetien auch noch Südtivol im Frieden zu erhalten wünschte. Es hierin zu unterflühen, war Preußen nach dem Vertrage nicht verpflichtet. Es ließ sich erwarten, daß Offerreich eine weitere Ges bietsabtretung außer Venetien unbedingt zurückweisen werde; wenn es

aber zu einer folchen fich wider Erwarten bereit zeigen follte, fo hielt es Bis, mard für billig, daß fie an Preugen als den eigentlichen Sieger in diefem Rriege und nicht an Italien gemacht werde, das ja nur Riederlagen erlitten hatte und froh fein mußte, wenn es infolge der preußischen Siege überhaupt Benetien befam. Bismard fah alfo nicht ben geringsten Unlag, diese italienis sche Forderung ju unterftuben. Beharrte aber Italien auf ihr, fo war ju bes fürchten, daß es, wenn fie nicht bewilligt werde, Schwierigkeiten mache, feine Buftimmung ju dem Frieden ju geben, auch wenn Preugen mit den frans gofischen Borichlägen völlig gufrieden war. Dadurch mare Preugen ges gwungen worden, den Rrieg weiter ju führen und eventuell Frankreich auf die Seite feiner Gegner gu treiben, auch wenn es felbft alles gugeffanden erhielt, was es verlangte, und auch wenn Benetien für Italien gesichert war, nur um für die Italiener noch Gudtirol ju erobern. Daß Bismard fich hierauf unter feinen Umständen einlassen wollte, jumal da den Italienern für eine solche Forderung der Bertrag nicht jur Seite fand, wird ihm niemand verdenten fonnen. Er murde das Intereffe feines Staates geradezu preisgegeben haben, wenn er auf eine berartige Politit eingegangen ware. Sobald alfo biefe Möglichkeit am horizont erschien, mußte für Bismard die Frage auftauchen, wie er fich ju Italiens Forderung ftellen folle.

Undererseits war es ihm natürlich flar, daß die Italiener durch eine Beiges rung Preugens, ihre Unsprüche auf Sudtirol ju unterftugen, sich in hohem Grade gefränft fühlen murden und fich, wenn nicht fofort, fo doch später von Preußen fort und wieder ju Frankreich jurudwenden wurden. Run lag es aber nicht im Interesse Dreugens, den Bundesgenossen zu verftimmen, fo: lange man noch nicht wußte, ob man feiner Mitwirfung nicht noch bedürfen werde. Daber wird es ihm am besten erschienen sein, junächst abzuwarten, welchen Verlauf die Verhandlungen mit Frankreich nehmen würden, feinens falls aber die Verständigung mit Frankreich davon abhängig zu machen, ob Italien damit gufrieden fein wurde. Sobald er dem Bunfch der Italiener ges maß eine vorherige Verständigung über die von beiden Verbundeten aufzu: Rellenden Forderungen berbeiguführen versucht haben wurde, hatte die zwis ichen ihnen bestehende Meinungsverschiedenheit wegen Sudtirols jur Sprache fommen muffen. Das wollte Bismard offenbar vermeiben. Er ging von dem Gefichtspunkt aus, den er ja fpater jur Geltung gebracht hat, daß Italiens Zustimmung zwar formell notwendig sei, aber nach dem Wortlaut des Bers trages nicht verweigert werden durfe, sobald Benetien für Italien und ein ente fprechender Landerwerb für Preugen gesichert sei. Da über die Erwerbung Benetiens fein Zweifel bestand, fo war Bismard sicher, die Zustimmung Italiens jederzeit herbeiführen zu konnen, und hielt es nicht für notwendig, fich darüber mit Italien ins Einvernehmen zu seben, mas etwa für Preußen als Preis des Sieges zu fordern sei. Er hätte sonst den Italienern die Möglichkeit gegeben, ihre Zustimmung unter irgendeinem beliedigen Vorwand zu versweigern, sobald sie merkten, daß sie Südtirol nicht bekommen sollten. Es wäre aber natürlich sehr viel schwerer gewesen, den Stillstand abzuschließen, nachdem Italien formellen Widerspruch dagegen eingelegt hatte, als ihn zunächst ohne Zuziehung Italiens, aber mit Vorbehalt, daß man dessen Zustimmung nachsträglich beschaffen werde, zu schließen. So erklärt es sich, glaube ich, am besten, daß Bismarch die Italiener so lange über seine Verhandlung mit Franksreich im Unklaren ließ.

Die fünftägige Wassenruhe, die der Erössnung der Verhandlungen mit Herreich voranging, galt für Italien nicht. Sie wurde von preußischer Seite überhaupt nicht als ein formeller Wassenstillstand betrachtet, für den man Italiens Justimmung brauchte, sondern als eine reine militärische und lokale Wassregel, zu der jeder kriegführende Teil in Rücksicht auf die Lage auf seinem besonderen Kriegsschauplatz und auf den Justand seiner Truppen ohne weizteres berechtigt sei. Als von italienischer Seite Borstellungen deswegen erhosben wurden, hat Bismarch bekanntlich geantwortet, wenn Preußen seine Truppen jest fünf Tage lang ausruhen lasse, so tue es nichts anderes, als was Italien während des ganzen Feldzuges getan habe.<sup>2</sup>

Gewiß war die Behandlung, die Bismarck Italien zuteil werden ließ, nicht derartig, wie ein völlig gleichberechtigter Verbündeter sie an sich hätte erwarten dürfen. Aber wir wollen nicht vergessen, daß eine solche Gleichberechtigung in der Tat zwischen dem Sieger, der allein die Möglichkeit eines Erfolges für beide Verbündete geschaffen hatte, und dem Besiegten, der ohne die hilfe des mächtigeren Bundesgenossen gar nichts bekommen haben würde, nicht vorshanden war. In der Politik entscheidet nicht die formelle Nechtsstellung, sons dern die tatsächliche Lage der Machtverhältnisse. Diese hat Vismarck so weit ausgenutzt, wie es ohne eine klare Verletzung des Vertrages möglich war. Einer solchen hat er sich nicht schuldig gemacht.

Es bleibt nur noch zu erklären, warum Bismarck, während er schon mit Frankreich verhandelte, und sogar, als er die Verständigung mit Napoleon schon als wahrscheinlich betrachten konnte, die Italiener fortwährend zu eners gischer Kriegführung angespornt hat. Noch am 20. Juli hat er an Usedom telegraphiert<sup>3</sup>, daß auf baldiges Erscheinen der italienischen Urmee an irgends

<sup>1</sup> Auch das durfte noch zu betonen sein, daß Bismard, selbst nachdem er die Überzeugung von der Möglichkeit einer Berständigung mit Frankreich gewonnen hatte, immer noch nicht wissen tonnte, ob es ihm gelingen werde, die Zustimmung seines Königs zu der vollen Instegrität Ofterreichs und Sachsens zu erlangen. War dies nicht der Fall, so mußte ja der Krieg ebenfalls weitergeben.

<sup>\*</sup> Tel. v. 21. Juli, gebr. Bernharbi 207.

<sup>2</sup> Tel. v. 20. Inli.

welchem Dunft der Donau von preußischer Seite der größte Wert gelegt werde. Wien scheine das natürliche Objekt. Eine hauptsache bleibe die Erpes bition der Flotte gegen das Litoral; er fragt an, wie es damit fiehe? Ich glaube, daß Bismard es wirklich sehr gern gesehen hatte, wenn die Italiener jest noch die ihnen bisher fehlenden militärischen Erfolge errungen hatten. Nicht nur beshalb, weil eine energische Kriegführung in diesem Augenblick fie dem Raifer Rapoleon immer mehr entfremden und jum engeren Uns schluß an Preußen treiben mußte, sondern auch aus dem Grunde, weil große Baffenerfolge der Italiener noch jest das einzige Mittel gewesen waren, um augleich ihren Bunfch nach Südtirol und den Bunfch König Wilhelms nach Erwerbung Offerreichische Schlesiens und fächfischer Gebietsteile vielleicht ju erfüllen. Gelang es ben Italienern wirklich, von Guden ber weit in der Riche tung gegen Wien vorzudringen oder in Dalmatien zu landen und von bier aus ben unzufriedenen Elementen in Ungarn die hand zu reichen, dann war die Rriegslage fo fart juungunffen Offerreichs verandert, die Chancen für eine Beiterführung bes Rrieges für den Raiferstaat waren so verringert, daß man hoffen konnte, ihm härtere Bedingungen aufzuerlegen, als ohne dies mogs lich erschien. Biterreichische Schlesien und ein Stud von Sachsen hatten bann vielleicht gewonnen, die beiden Lieblingswünsche des Königs erfüllt werden fönnen, Bismard ware den neuen Auseinandersehungen mit seinem König, die er damals sicher schon kommen sah, aus dem Wege gegangen; ware ihm dies durch Italiens Silfe ermöglicht worden, so würde er vermutlich auch über Südtirol mit fich haben reden laffen. Es ift ja befannt, daß die Italiener ansfatt der erhofften Siege eine neue große Niederlage in der Seeschlacht bei Liffa davontrugen; umfoweniger tonnte Bismard fich jest veranlagt feben, ihrer Forderung wegen den Friedensschluß zu verzögern.

Erst nachdem durch Benedetti die Nachricht in das preußische Hauptquartier gebracht worden war, daß Herreich die Friedensgrundlage angenommen habe, machte Bismarck am 20. Juli dem Grafen Usedom Mitteilung von dem Seschehenen. Der König, telegraphierte er ihm¹, habe die französischen Borsschläge für genügend erachtet als Grundlage für Waffenstillstand, wenn Italien einwillige; man sei bereit, össerreichische Unterhändler zu empfangen, sobald die Zuziehung italienischer Bevollmächtigter erfolge. Graf Barral habe bereits in Florenz um die Bollmacht zur Teilnahme an den Waffensstillstandsverhandlungen telegraphisch gebeten, für den Frieden verlange der König außerdem noch norddeutsche Unnerionen. Den vorauszusehenden Netriminationen der Italiener begegnete Bismarck im voraus durch solgende Säbe: "Wir können Unnahme als Erundlage für Wassenstillstand nicht

<sup>1</sup> Tel. v. 20. Juli, gedr. Bernhardi 201; nach seiner Angabe angefommen am 22. Juli 10 Uhr vormittage.

direkt ablehnen, ohne bei unserer vorgerückten Stellung den Verdacht über Ausdehnung unserer letzten Ziele zu bestärken und Napoleon dadurch nach Osterreich hinüberzudrängen. Wenn Italien den Woment für Wassenstillsstand nicht gekommen glaubt und nein sagt, so halten wir sest am Vertrage, ohne seine Zustimmung auch nicht Wassenstillskand zu schließen; Frieden ohne das stipulierte Aquivalent für Venetien lehnen wir überhaupt ab. Ist denn die Flotte in Aktion? Darin liegt Wasstab für unser Vertrauen auf Italiens Entschlossenbeit."

Der Sat über das ffipulierte Aquivalent für Benetien findet feine Er: flarung darin, daß Bismard, wie wir wiffen, die norddeutschen Unnerionen durch die frangösischen Borschläge vom 14. Juli nicht unbedingt für gesichert bielt; die Meldung von Gols, daß Raiser Navoleon diese Unnerionen billige und fie in den Berhandlungen unterftuten werde, ift erft am 23. Juli in Nitolsburg eingetroffen. Es war also mit der Möglichkeit zu rechnen, daß Rapoleon und Offerreich die Bedingungen in anderem Sinne auslegen und gegen eine erhebliche Gebietsvergrößerung Preugens Einspruch erheben tonne ten; in diesem Falle wurden die Berhandlungen über den Waffenstillstand, die während der bevorstehenden fünftägigen Waffenruhe geführt werden follten, natürlich gescheitert sein, und der Krieg hatte weiter geben muffen. Bevor diese Unnexionen nicht völlig gesichert waren, sah Bismard das aus: bedungene Aquivalent für Benetien nicht als gegeben an, und leitete daraus für Italien die Verpflichtung ber, sich an der etwaigen Fortsetung des Rrieges ju beteiligen, obwohl es Benetien befommen follte. Gehr auffällig ift es, daß Bismard bier ertlart, wenn Italien feine Buftimmung jum Waffen, ffillstand verfage, werde Preußen ihn auch nicht abschließen. In dem urs sprünglichen Ronzept fand fogar, wenn Italien den Moment für einen Baffenstillstand nicht getommen glaube, so tonne es Preugens wegen un: bedenflich nein fagen. Es fonnte barnach fcheinen, als habe Bismard es gar nicht ungern gesehen, wenn Italien noch jest die gange Sache jum Scheitern gebracht hatte. Man wird auch dies wohl fo ju deuten haben, daß Bismard, folange er die ausbrudliche Billigung der großen Unnexionen durch Franks reich und Offerreich nicht in Sanden hatte, die möglichst energische Forts sebung der italienischen Operationen wünschte.

Bohl schon vor Empfang dieses Telegramms, jedenfalls aber nachdem er die Bewilligung der fünftägigen Baffenruhe erfahren hatte, meldete Uses dom am 21. Juli<sup>1</sup>, daß König Vittor Emanuel äußerst bestürzt sei; "ich suche", telegraphierte er, "den König Vittor Emanuel bei Nichtannahme seiners seits auf alle Beise sestzuhalten, wenn aber Ew. Erzellenz fortsahren, mich

Lel. Ufedoms v. 21. Juli, gedr. Bernhardi 199 mit Datum 20. Juli (offenbar Datum bes Rongepts).

ohne alle aufklärende Instruktion zu lassen, so werde ich hier den Umschlag kaum abwenden können." Dem Prinzen Napoleon wurde geantwortet, man könne keine Zusicherungen geben, devor man sich nicht mit Preußen über gemeinsame Wassenstillstands, und Friedensbedingungen verständigt habe, und verweigere die Annahme der fünstägigen Wassenruhe für Italien.¹ Schon am 19. Juli wurde außerdem der General Govone² in das preußische Hauptquartier geschickt, mit dem Auftrag, die disherige Kriegsührung Itasliens zu entschuldigen, für den Fall der Fortsetzung des Krieges einen ges meinsamen Kriegsplan zu verabreden und für die Zukunst ein dauerndes Bundesverhältnis zwischen Preußen und Italien anzubahnen. Er hatte keinen Auftrag zur Verabredung gemeinsamer Friedensbedingungen, sollte aber nochmals darauf dringen, daß Italien die sprachlich zu ihm geshörigen Gediete, nicht nur das Trentino, sondern womöglich auch Istrien erhalten müsse, und betonen, daß dies Ziel durch Fortsührung des Krieges leicht zu erreichen sein werde.

In den nächsten Tagen wiederholte Usedom seine Vorwürfe, daß Preus ßen überhaupt ohne vorherige Verständigung mit Italien in die Verhands lungen mit Frankreich eingetreten sei, und daß man die preußischen Bedins gungen nicht früher an Italien mitgeteilt habe. Bismard aber betonte von neuem<sup>4</sup>, daß noch kein Stillstand geschlossen, sondern nur eine Wassenruhe zur Erholung der Armee und zu Verhandlungen über einen Stillstand bes willigt sei, daß man mit Österreich überhaupt nicht, sondern nur mit dem Vermittler Frankreich verhandelt und nur dessen Vorschläge mit dem außs drücklichen Vorbehalt angenommen habe, daß auch Italien seine Zustimmung geben müsse.

Inzwischen war auch der Wortlaut der von Merreich und Preußen ans genommenen Vorschläge Frankreichs in Italien bekannt geworden, und es zeigte sich nun sofort, woran man Anstoß nahm. Nicasoli sagte zu Usedom, der 7. Punkt wegen Integrität der österreichischen Monarchie verletze sehr;

<sup>1</sup> Tel. v. 21. Juli.

Er reifte über Berlin; von dort ging er am 23. Juli abends ins hauptquartier ab, traf hier aber erft nach der Beendigung der entscheidenden Berhandlungen ein. S. Covone 146f.

<sup>3</sup> Tel. v. 22. Juli. Die letten Gate gebr. Bernhardi 202.

Lel. von Rifolsburg v. 21. Juli: Bismard sei mit Usedoms heut erhaltenem Telegramm vom 17. vollständig einverstanden und werde danach verfahren. Un demselben Tage teles graphierte er, die Bedingungen seien nicht von Preußen, sondern von Paris an Preußen gelangt. Man denke nicht an Separatunterhandlungen und Usedom hätte dies ohne Anfrage versichern können. Ein drittes und viertes Tel. von demselben Tage, gedr. Bern hardi 207, vom 22. Juli 2 Uhr 50 nachmittags (Preußen habe nicht mit Osterreich verhandelt, sondern sich nur Frankreich gegenüber bereit erklärt, fünf Tage lang nicht anzugreisen, da man diese Zeit brauche, um Antwort aus Florenz zu erhalten).

dies schnitte z. B. die Erwerbung Südtirols für immer ab, die doch so note wendig sei. Er würde dem niemals zustimmen und abtreten. Usedom ere widerte ihm, er kenne die Ansicht seiner Regierung nicht; wenn aber Italien deschalb den Wassenstillstand verwerse, werde Preußen gleichfalls den Krieg sorte seine. Er sprach Bismarch gegenüber seine eigene Meinung dahin ans, daß eine solche Weigerung Italiens eigentlich erwünscht sein müsse, ja er bat um die ausdrückliche Ermächtigung, dies in Florenz erklären zu dürsen. Unch wünschte er bevollmächtigt zu werden zu der Mitteilung, daß Preußen Italiens Anspruch auf Südtirol unterstüßen und nach Ablauf der fünse tägigen Wassenuhe den Krieg wieder beginnen werde.

Auch in Paris war man mit der haltung Preußens nicht zufrieden. Napoleon meinte, wenn Preußen nur energisch auf Italien drücke, werde dieses seine Zustimmung zum Waffenstillstand nicht verweigern können, und er ließ den Verdacht durchblicken, daß Preußen ihn vielleicht durch das scheins bare Eingehen auf seine Vorschläge nur habe hinhalten wollen, und nun heimlich bei Italien darauf hinwirke, daß man dort die Vorschläge verwerfe und dadurch den Stillstand zum Scheitern bringe.

Einen solchen Verdacht durfte Vismark natürlich nicht auffommen lassen, wenn er nicht von neuem die Gefahr einer Verständigung zwischen Frankreich und Österreich gegen Preußen herausbeschwören wollte, wie Golt schon zu fürchten begann. Außerdem hatte er seit dem 23. Juli die Gewißheit, daß Frankreich und Österreich die geplanten Annexionen in Norddeutschland im wesentlichen zugestehen wollten; damit erst war es für ihn entschieden, daß es möglich und geboten sei, bereits im gegenwärtigen Augenblicke Wassen,

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Tel. v. 23. Juli. Ufedom fagt, Ricafoli sei betroffen darüber, daß Preußen die Bes bingungen nicht vorher an Italien mitgeteilt, sondern sie in Wien ohne Rücksicht auf Italiens Interesse sofort habe annehmen lassen. Bismard hat hierzu bemerkt, das sei unwahr. Preus Ben habe erklärt, sie seien genügend, falls Italien sie annehme. — Am Schluß seiner eigenen Ratschläge fügt Usedom noch hinzu: Bismard möge hierin nicht zu eilig vorgehen. Prinz Napoleon habe versichert, nie werde der Kaiser gegen Preußen und Italien Gewalt brauchen.

Eel. v. 23. Juli, gedr. Bernhardi 207.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Zwei Berichte von Golg v. 23. Juli. Tel. v. 26. Juli. In lehterem Telegramme sagt Golt, der Kaiser habe ihm ein Telegramm des Prinzen Rapoleon aus Ferrara v. 25. Juli mitgeteilt, wonach Preußen dort erklärt habe, es bedauere die Berhandlungen, weiche nur dem Drude Frankreichs und werde alles scheitern lassen, wenn Italien widerspreche. Ges meint war damit offenbar das oben erwähnte Telegramm v. 20. Juli, welches Usedom den Italienern also ziemlich wörtlich zur Kenntnis gebracht haben muß. Golh entschuldigte dem Kaiser gegensüber die Sache damit, daß diese Rachricht einem früheren Stadium der Vers handlungen angehören müsse; dies traf auch insosern zu, als Bismard jenes Telegramm absandte, bevor er von der ansdrücklichen Billigung der Annexionen durch Rapoleon Kenntnis hatte. Einen ähnlichen Inhalt wie diese mündliche Mitteilung an Golt muß die französische Mote gehabt haben, von der Bernhard i 219 berichtet.

ftillstand und Präliminarfrieden abzuschließen. Bon diesem Augenblic an wurde sein Ion gegen Italien schroffer; am 24. Juli telegraphierte er an Usedom, es sei befrembend und fur die gegenseitigen Beziehungen nicht nüblich, wenn Preugen von Italien, nachdem dieses ihm auch die Bes fämpfung ber öfferreichischen Sudarmee überlassen und Trieft auch jest nicht angegriffen habe, bisher feine andere Leiftung als unbegrundete Refriminas tionen durch Usedoms sehr gablreiche Telegramme erhalte.1 Als er dann aus dem Telegramm Ufedoms vom 23. Juli erfehen mußte, daß diefer felbft ben Unspruch Italiens auf Gubtirol ju unterftuben geneigt fei, schlug er noch schärfere Tone an. Ein völlig neues Abkommen wurde erforderlich fein, um derartigen Forderungen eine rechtliche Bafis zu geben. Er bat Ufedom, fich auf den preußischen Standpunkt zu verseten. Italien habe die Gewißheit, alles zu erlangen, was ihm im Traftat versprochen sei, und zwar durch Preugens Erfolge, ohne daß es dem Berbundeten bisher den mindeffen Ruben getan. Preußen habe noch nichts, folle erft durch Berhandlungen erlangen. Bei diesem ungleichen Berhältnis muffe Bismard die preußischen Intereffen in erfter Linie ju Rate gieben und gunachft bafur die vertrages mäßige Unterffühung Italiens verlangen.2

Eine weitere Information erging an Usedom erft am 27. Juli, d. h. am Tage nach der Unterzeichnung der Friedenspräliminarien. Diese waren ohne Italiens Mitwirfung abgeschlossen worden, da weder Barral noch Govone eine Bollmacht jur Teilnahme an den Berhandlungen erhalten hatten. Indem nun Bismard dem Grafen Ufedom eine furze Mitteilung über den Abschluß und Inhalt des Bertrags jugehen ließ, fügte er hingu, unter Bors behalt der italienischen Zustimmung sei verabredet worden, daß der Stillfand am 2. August beginnen und vier Wochen lang dauern folle. Usedom moge alfo jum Baffenftillftand die traftatmäßige Buftimmung Italiens bean: tragen; dieses könne sie nicht weigern, da nach Bericht des Grafen Golp die unbedingte Erwerbung von Benetien durch bestimmte Erflärung des Raifers Napoleon gesichert sei, und Italien selbst nach Mitteilung Benedettis mit Ofterreich über Waffenstillstand unterhandle. Ferner sollte Usedom die Er: nennung eines Bevollmächtigten jur Teilnahme an den Friedensverhands lungen beantragen. Preußen bleibe auch für den Abschluß des Friedens seiner Berpflichtung gegen Italien getreu.3 Auch von Govone verlangte Bismard gleich nach deffen Eintreffen amtlich die Zustimmung Italiens

<sup>1</sup> Tel. v. 24. Juli.

<sup>2</sup> Tel. v. 25. Juli. Auch in dem Telegramm an Colh v. 25. Juli läßt Bismard den Absichluß eines neuen Vertrages mit Italien mit weitgestedten Zielen offen für den Fall bes Scheiterns der Verhandlungen mit Offerreich.

<sup>3</sup> Tel. von Nikolsburg v. 27. Juli.

zum Waffenstillstand; da dieser erklärte, ohne Instruktion zu sein, wurde der Beginn des Stillstands bis zum 2. August vertagt; Bismarck erklärte dabei, daß er bis zu diesem Termin bestimmt auf Italiens Zustimmung rechne.

Läßt sich schon aus dem veränderten Ton der späteren Depeschen ents nehmen, daß die Zustimmung Frankreichs zu den preußischen Annexionss sorderungen für die Haltung Bismarcks gegenüber Italien entscheidend ges wesen ist, so wird dies noch ausdrücklich bestätigt durch eine Außerung des Ministers selbst in einem Telegramm an Goly vom 27. Juli. Er sagt dort, er habe Italien nur bis zu dem Moment zurückgehalten, wo er die Zustims mung des Kaisers zu den von Preußen geforderten Annexionen erhalten habe.

Mit besonderem Bedauern wurde Graf Usedom durch diese Wendung ber Dinge erfüllt. Er meldete am 28. Juli2, man habe in Italien dem Raifer gegenüber fart seine Bedingungen behauptet; man sei fest entschlossen ges wefen, ohne jede weitere Rudficht auf Napoleon den Krieg an Preußens Seite weiterzuführen, als die Rachricht von dem Abschluß der Pralimis narien eingetroffen fei. Jest muffe Stalien naturlich nachfolgen. Auch auf Sudtirol fam er noch einmal gurud; gerade im preußischen Interesse, meinte er, folle man diefe Forderung unterftuben; denn wenn Italien mehr bes tomme, fonne ja auch Preugen seine Aquivalentforderung entsprechend feis gern. Er fand jedoch begreiflicherweise mit diesen Ausführungen bei Bismard fein Gehör. Dieser erflarte ihm vielmehr3, Italien habe erhalten, mas es . auf Grund des Bertrags beanspruchen konne; es sei ein unbilliges Bers langen, daß Preußen weiter batte Rrieg führen follen, um Italien größere Borteile zu verschaffen; vielmehr habe Preugen, sobald es deffen ficher ges wefen fei, daß Italien Benetien erhalten werde, nur noch feine eigenen Inters effen ins Auge faffen konnen, die das Eingeben auf die Borfchlage des Raifers Rapoleon erfordert hatten. Das für Preugen ausbedungene Aquivalent an Landerwerd sei auch jest noch nicht so fest gesichert, wie Benedig für Italien. Bare es möglich gewesen, weitere Landabtretungen von Öfferreich zu fordern, fo hatten biefe billigerweife Preugen und nicht Italien jugute tommen muffen. Im übrigen bege er die hoffnung, daß die Beziehungen zwischen Breugen und Italien auch nach bem Frieden bauernd gute bleiben wurden. In einer befonderen Depefche fügte er hingu', daß jest ein Unternehmen Italiens gegen Ungarn zwedlos fein wurde. Die gange Sache hatte von Italien eifriger betrieben und durch gandung unterffügt früher losbrechen

Eel. an Golp v. 28. Juli.

B Tel. v. 28. und 29. Juli.

<sup>\*</sup> Erlaß Bismards v. 28. Juli.

<sup>4</sup> Tel. v. 28. Juli.

muffen, wenn sie Preußen von Nugen hatte sein sollen; jest könne sie nicht von Erfolg sein und nur die späteren Chancen verderben, was wichtig sei, da der Friede noch nicht geschlossen wäre, und auch nach dem Frieden.

In der Lat blieb Italien nichts weiter übrig, als seine Zustimmung zu erklären; am 30. Juli wurde sie in einem Schreiben des Grafen Barral an Bismarck formell ausgesprochen; nur noch in dem kleinen Vorbehalt, daß eine genauere Feststellung der Grenze Venetiens im Friedensvertrag erfolgen solle, schimmert die hoffnung durch, daß man vielleicht doch noch ein Stücken von Südtirol in Form einer Grenzberichtigung erlangen könne.

<sup>1</sup> Nach Usedoms Bericht v. 5. August fügte man sich in Florenz mit möglichst guter Wiene in das Unvermeidliche, behielt sich aber vor, bei den Friedensverhandlungen wenigstens das Norduser des Gardasees zu fordern, wenn sich eine Teilung Tirols nach der Sprachgrenze als durchaus unmöglich erweisen sollte. Usedom unterstützte noch immer die Wünsche der Italiener und äußerte von neuem die Befürchtung, daß Italien wieder Anlehnung bei Frankreich suchen werde, wenn es dort mehr Entgegenkommen für seine Wünsche sinde. — Der weitere Berlauf der Friedensverhandlungen mit Italien braucht hier nicht dargestellt zu werden, da Sybel dies in genügender Ausführlichkeit getan hat.

## Achtes Kapitel.

## Haltung Englands und Ruhlands.

Die haltung der beiden am Kriege nicht beteiligten Großmächte, Enge lands und Ruflands, war zwar nicht entscheidend für den Gang der Dinge, aber doch nicht ohne Bedeutung.

Die englische Regierung hat während des Rampfes selbst und während der Friedensverhandlungen eine völlig neutrale und im allgemeinen für Preußen gunftige Stellung eingenommen. England hatte an dem Ausgang bes Rrieges und der Reugestaltung der deutschen Berhältnisse fein direttes eigenes Interesse. Bon dem Schleswig, holsteinischen Konflitt war es in: sofern weit mehr berührt worden, als hierbei die Beherrschung der Norde und Offfee in Frage fam; eine wesentlich andere Machtverteilung unter den Uferstaaten dieser Meere, wie die Vereinigung Schleswigeholsteins mit Vreus Ben fie mit fich bringen mußte, tonnte fur England nicht gleichgultig fein, und daher ift es begreiflich, daß die englische Regierung diese Berschiebung gern verhindert und den Danen am liebsten die herrschaft über Schles: wigeholstein erhalten hatte. Aber fo weit ging auch damals das Intereffe Englands nicht, daß man ben Entschluß zu einem Rriege gegen die deutschen Mächte hatte faffen und vor dem eigenen lande rechtfertigen tonnen. Im Jahre 1866 handelte es fich für England nur darum, daß das Gleiche gewicht unter den festländischen Großmächten möglichst aufrechterhalten bleibe, mas ja feit Jahrhunderten eines der hauptziele der englischen Politik gemesen war. Das Erstarten Preugens gegenüber Frankreich und Diterreich tonnte in dieser Begiehung teine Bedenten erweden1, und fo lagt es fich burchaus verfieben, daß die beiden großen englischen Parteien einig darin waren, daß England gegenüber diefem Rriege völlige Burudhaltung mahren muffe. Daber bat auch der Ministerwechsel, der mabrend des Rrieges eintrat und den Abergang der Macht von den Whigs an die Tories zur Folge hatte, an ber Politik ber englischen Regierung nichts geandert.

Fraglich konnte es einzig und allein erscheinen, ob England an der von Preußen geplanten Annerion Hannovers Anstoß nehmen werde, da ja das

<sup>&#</sup>x27; Lord Stanley fprach fich Anfang August ausdrudlich dabin aus, der Unterschied zwischen England und Rugland fei, daß ersteres ein ftartes Preußen als einen Borteil für fich bestrachte, letteres es fürchte.

hannoversche herrscherhaus in den nächsten verwandtschaftlichen Beziehungen gu der englischen Königsfamilie fand. Indeffen hatte die Entwicklung des englischen Staatswesens ja längst dabin geführt, daß die perfonlichen und dynastischen Interessen der herrscher nicht als ausschlaggebend für die Politik bes Landes betrachtet wurden. Gerade die enge Berbindung mit hannover, wie sie zur Zeit der Personalunion zwischen beiden gandern bis 1837 bes fanden hatte, war von den englischen Staatsmannern flets als unbequem und unter Umffanden gefährlich für das Inselreich betrachtet worden, da man immer mit der Möglichfeit rechnen mußte, daß England einmal ges amungen werden könne, seine Kräfte für ihm fern liegende hannoversche Interessen einzuseben. Man kann sich daher nicht wundern, daß auch jest die leitenden Staatsmänner fich dem preußischen Botschafter gegenüber uns umwunden dahin aussprachen, daß ihnen das Schickfal Sannovers völlig gleichgültig sei; ja gelegentlich wurde sogar geäußert, man werde in England froh sein, die Verbindung mit hannover vollständig und endgültig los zu fein.1

Freilich wußte der preußische Botschafter auch zu berichten², daß die Mitzglieder der Königlichen Familie anders über diesen Punkt dächten, und daß namentlich der Prinz von Wales, der außerdem durch seine dänische Gemahlin in preußenseindlichem Sinne beeinflußt worden sein wird, seinen Unmut über die geplante Entthronung der hannoverschen Bettern bei jeder Gelegenheit deutlich zeige, und ihn seine Gesinnung auch im persönlichen Verkehr empfinden lasse. Aber auf die offizielle Politik der Regierung vermochten diese Gefühle des Thronfolgers keinen Einsluß zu üben. England hat sich während der ganzen Dauer des Krieges nur bemüht, Preußen und Italien4 vor einer Überspannung ihrer Forderungen zu warnen, damit nicht Frankreich und eventuell auch Rußland zum Eingreifen Anlaß fänden.5

Befentlich anders ftand es mit Rufland. Auch hier hatte der Zar, teils aus perfönlichen, teils aus politischen Motiven zunächst eine für Preufen

<sup>1</sup> In diesem Sinne außerte fich g. B. der englische Botschafter in Petersburg gegenüber dem Fürsten Gortschafoff. (Tel. Rederns v. 20. Juli.)

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Tel. Bernstorffs v. 6., 7., 10., 14., 19. Juli; Bericht v. 18. Juli.

<sup>3</sup> In feinem Bericht v. 11. Juli fpricht er von ber Gereigtheit, Die in Diefen Rreifen feit den Siegen in Bohmen fast noch größer sei als mahrend bes danischen Rrieges; am hofe habe man volltommen bas Gefühl, im feindlichen Lager zu fein.

<sup>4</sup> Bemerkenswert ift, daß kord Stanlen ichon sehr früh Italien warnen ließ, es möge Sädtirol nicht mit in den Kreis seiner Forderungen ziehen. (Bericht Bernftorffs vom 12. Juli.)

bingegen riet Lord Stanley dazu, dem König Georg eine möglichst reichliche petuniäre Entschädigung für den Berlust seines Landes zu gewähren, denn es knüpfe sich immer ein gewisses Interesse an entthronte Fürsten, und dieses vermindere sich wesentlich, wenn sie Millionare seien. (Telegramm Bernstorffs v. 2. August.)

wohlwollende haltung eingenommen, aber es zeigte sich bald, daß es doch einige Punkte gab, die ihn bedenklich stimmten. Es kamen dabei haupt; sächlich drei verschiedene Erwägungen in Betracht.

Bunachst fühlte sich Alexander, da Rugland Mitunterzeichner und Mits garant der Verträge von 1815 mar, verpflichtet, dabin zu wirken, daß diese Berträge nicht einseitig aufgelöft oder abgeandert wurden. Er glaubte, baß die gange bestehende Ordnung Europas gefährdet sei, wenn man dies gulasse. Auch darf man nicht vergessen, daß gerade durch die Teilnahme an diesen Bertragen Rugland einen vertragemäßig begründeten Unspruch darauf bes faß, bei der Reuregelung der deutschen Berhältniffe gehört zu werden; es bedeutete den Bergicht Ruglands auf jede aftive Einmischung in die deutschen Berhaltniffe, wenn es diefe Rengestaltung in einer Form guließ, welche für die Zukunft die volle Autonomie Deutschlands festistellte. Daher hat der Bar von Unfang an die Unficht vertreten, daß eine Auflösung bes alten deutschen Bundes und die Begründung eines neuen Bundes ohne Diterreich niemals ohne Zustimmung ber Garantiemachte vollzogen werden fonne; daraus ergab fich mit logischer Konsequent die weitere Forderung, daß die eventuell zwischen Offerreich und Preußen zu vereinbarenden Friedensbes bingungen, bevor fie volle Gultigfeit erlangt hatten, ben Unterzeichnern der Berträge von 1815 vorgelegt und von ihnen gutgeheißen werden mußten, wohn ein europäischer Kongreß nach der Beendigung der Feindseligkeiten und bem Abschluß bes Praliminarfriedens als bas geeignetste Mittel erschien.

Ein zweiter Gesichtspunft für die Politit des Raifers war es, daß beim Friedensschluß das monarchische Prinzip unbedinat gewahrt werden muffe. Schon der preußische Parlamentsantrag hatte in Petersburg farte Bers stimmung hervorgerufen. "Das ift nicht mehr Politit", fagte Gortschatoff ju bem öfferreichischen Gefandten, "das ift Revolution." Auch der Raifer felbft fagte, seine Freundschaft für König Wilhelm werde ihn nicht bestimmen, bie Mitschuld an den preußischen Umfturzplänen auf sich zu laden.1 Noch flärker wurden die ruffischen Bedenken von dem Augenblick an, wo die preußischen Unnerionsabsichten in Petersburg befannt wurden. Immer wieder hat der Bar es den verschiedenen Bertretern Preugens, die ju ihm gefandt wurden, ausgesprochen, daß ihn die Bertreibung ganger Onnaftien ängstige, daß man, wenn man in diesem Falle die Revolution von oben gutheiße, das Recht verliere, fich der Revolution von unten mit voller Rraft zu widerfeten. Unbedingt wollte er an dem Pringip festhalten, daß jeder herrscher feine Regierungsrechte durch gottliche Übertragung befite und daß fie ihm daber weder durch einen anderen Fürsten noch durch das Bolf entzogen werden burften. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß diese Erwägungen nicht nur in

Braf Revertera, Erinnerungen. Deutsche Revue 29, II, 130.

der theoretischen Überzeugung des Kaisers, sondern mindestens eben so fest auch in der Lage seines eigenen Reiches und in der Befürchtung einer mögslichen Rückwirtung der deutschen Borgänge auf die Sessinungen der russischen Bevölkerung gegenüber ihrem herrscher wurzelten. Dazu kam dann, in derselben Richtung wirkend, die nahe Verwandtschaft oder Verschwägerung des Kaisers mit einzelnen derjenigen herrscher, die mit Preußen im Kriege lagen; der König von Württemberg hatte die Schwester des Jaren zur Frau, und Alexander selbst war mit einer Schwester des Großherzogs von hessen versmählt. Im Gegensaße zu England, wo die Rücksicht auf die Interessen des Landes den dynastischen Erwägungen unbedingt voranstand, waren in dem absolutissisch von ganz der gleichen Bedeutung für die Politik des Staates wie sachliche Erwägungen.

Zu diesen beiden Gedankenreihen trat endlich noch eine dritte hinzu. Wenn etwa Öskerreichellngarn vollständig zertrümmert, oder doch den größeren Nationalitäten innerhalb des Reiches, den Ungarn, den Tschechen, den Polen, eine weitgehende Autonomie eingeräumt werden sollte, so ließ sich davon eine unangenehme Rücwirtung auf die nichtrussischen Bevölkerungen des Zarenreiches, besonders auf die russischen Polen erwarten; es lag daher im Interesse Nußlands, derartigen Eventualitäten von vornherein entgegenzutreten. Nun ließ aber die Bildung der ungarischen Legion die Befürchtung als begründet erscheinen, daß Bismarck wenigstens im Notfall zu dem Berzsuche greifen werde, den Habsburgern durch die Entsessellung der Nevolution unter den magnarischen und slavischen Elementen des Kaiserstaates Schwiezrigkeiten zu bereiten. Auch hier war also Grund zu Besorgnissen gegeben.

Die Frage war, ob diese Bedenken des Zaren so stark werden würden, daß sie ihn zum Verlassen der Neutralität und zur Annahme einer Preußen weniger günstigen Haltung veranlassen könnten.

Schon im Juni, bald nach Ausbruch des Arieges, äußerte der italienische Gefandte Nigra dem Grafen Golf gegenüber, daß Außland sich vielleicht durch Besorgnisse wegen Polen bewogen sinden könnte, den Alliierten entsgegenzutreten. Er riet dazu, beruhigende Erklärungen nach Petersburg zu senden und dort zu betonen, daß man in Benuhung dieser Elemente nicht weiter gehen werde, als zur eigenen Berteidigung unbedingt notwendig sei, und daß man namentlich eine Ausdehnung der Bewegung auf das russische Polen nicht gestatten werde. Bismarck gab damals der Meinung Ausdruck, daß nicht der geringsse Grund vorliege, der auf eine Anderung in der biss herigen neutralen Haltung Auslands schließen ließe.

Branbenburg, Antersuchungen.

<sup>1</sup> Bericht des Grafen Golg v. 24. Juni.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Tel. an Goly v. 26. Juni.

Nach der Schlacht bei Königgräß änßerte der russische Kanzler, Fürst Gortschafoss, dem preußischen Gesandten gegenüber die Besorgnis, daß durch diesen großen preußischen Sieg der Friede in weitere Ferne gerückt werden könne, als disher. Offenbar meinte er, die Forderungen Preußens würden sich nun derartig sieigern, daß weder Österreich noch die neutralen Groß, mächte sich ohne weiteres mit ihnen einverstanden erklären könnten. Als ihm der Gesandte erwiderte, er glaube dies nicht, da Österreich zu weiterem Wider, stande wohl nicht fähig sein werde, erwiderte Gortschafoss: er hosse, daß Preußen großmütig sein werde; denn Rußland könne nicht zulassen, daß Preußen sich ganz Deutschland unterwerse. Außerdem siehe die Bundesverfassung unzter der Garantie Europas und könne nicht von Preußen allein einseitig außer Krast gesetz werden. Auch der russische Borschafter in London sprach sich dem Graßen Bernstorsf gegenüber entschieden seindlich gegen die Möglichkeit aus, daß die Einigung Deutschlands oder wenigssens Norddeutschlands aus diesem Kriege hervorgehen könne.

Wieder eine neue Lage murde auch für Rufland durch das hervortreten Rapoleons als Bermittler geschaffen. Unmittelbar nachdem er seine Media: tion der Welt verfündet hatte, ließ Napoleon durch den frangofischen Bots schafter in Detersburg die Anregung geben, Rufland moge feinen Einfluß in Berlin und Floreng dahin geltend machen, daß die beiden verbundeten Mächte ben Waffenfillstand sofort annähmen und sich ju Friedensverhande lungen unter frangofischer Bermittlung bereit erflärten.3 Gortschatoff erwis berte ibm, er muffe erft die Befehle des Raifers einholen und zweifle, ob Ruß: land fich überhaupt bestimmt werde aussprechen können, bevor fich die Situas tion nicht mehr geflärt habe.4 Gleichzeitig wandte fich der Rangler an den preußischen Botschafter mit der dringenden Bitte, der Ronig moge sofort seine Entschlusse an den Zaren mitteilen; benn wenn auch vielleicht eine Meinunges verschiedenheit über die Friedensbedingungen zwischen Rugland und Preußen auftauchen tonne, fo bleibe er doch überzeugt davon, daß der beiderfeitige Borteil ein weiteres Zusammengeben beider Machte erheische; nur von Preufen werde es abhängen, diefe Bande enger ju fnupfen. Auch lief der Rangler burchbliden, man habe es in Petersburg dem Raifer Napoleon übelge: nommen, daß er ohne vorherige Berftandigung mit England und Rugland als Bermittler hervorgetreten fei, mahrend doch vor dem Kriege, als der von

<sup>1</sup> Tel. des Grafen Redern v. 5. Juli.

<sup>\*</sup> Tel. Bernftorffs v. 6. Juli.

<sup>&</sup>quot; Tel. bes Grafen Redern v. 7. Juli.

<sup>4</sup> England, bas offenbar zu bemfelben Schritte aufgefordert war, tam dem Buniche Rapoleons nach, indem es in Berlin zur Annahme des Stillftandes mabnen ließ. (Tel. Berthers an Bismard v. 8. Juli.)

<sup>\*</sup> Bericht bes Grafen Rebern v. 7. Juli.

Offerreich abgelehnte Kongresplan erörtert worden sei, alle drei Mächte ges meinsam gehandelt hätten. Offenbar fürchtete man, daß Frankreich sich auf diese Weise einseitig einen Vorteil sichern und die übrigen Großmächte von jedem Einsluß auf die Feststellung der Friedensbedingungen ausschließen wolle. Auf die haltung Rußlands hatte also jener Schritt Napoleons zus nächst eine für Preußen günstige Wirkung.

Im preußischen Sauptquartier empfand man natürlich das Bedürfnis, mit Rugland Fühlung zu behalten; daber fandte Ronig Wilhelm am 7. Juli, als er den Pringen Reuß an Napoleon schickte, auch einen eigenhändigen Brief an den Zaren, den er durch den Oberffleutnant von Schweinis nach Vetersburg überbringen ließ. Auch in diesem Schreiben' fonnten natürlich genauere Mite teilungen über die Friedensbedingungen noch nicht gemacht werden, da über diese, wie wir wissen, damals noch fein bestimmter Entschluß gefaßt war. Es wurde nur Wert darauf gelegt, dem Zaren flar ju machen, daß Preugen einem Bündnis Offerreichs und der größeren Mittelffaaten gegenüber geffanden habe, und im Interesse seiner Berteidigung und Selbsterhaltung die Baffen habe ergreifen muffen, um den Gegnern nicht die Zeit gur Beendigung ihrer Ariegsvorbereitungen zu lassen. Der König versicherte dann, daß die bisherie gen Siege seine Plane nicht geandert und teinen ungemeffenen Ehrgeig in ihm erwedt hätten. Jedoch muffe er unbedingt fordern, daß der Friede die nötigen Garantien gegen die Wiederkehr ähnlicher Gefahren biete. Das jegige Bervor: treten Frankreichs habe offenbar ben 3med, die Einigung Deutschlands, fei es unter öfferreichischer, sei es unter preußischer Rührung zu verhindern, und das Gleichgewicht zwischen beiden Mächten in Deutschland aufrechtzuerhalten. Er habe geglaubt, den Borschlag nicht ohne weiteres von der hand weisen zu follen, und sei der Unsicht, daß der Raiser es richtig finden werde, wenn er fein Mittel gur herstellung des Friedens unversucht laffe; jedoch sei er fest ente schlossen, teinen Frieden anzunehmen, der nicht Deutschland die bezeichneten Garantien gebe und der großen Erfolge wurdig fei. Er hoffe auch in diefer Lage auf die Unterstüßung des Kaisers und die Fortdauer des gegenseitigen Bohlwollens, wie es bisher zwischen beiden Onnastien und Ländern bestan: den habe.

Noch bevor dieser Brief in Petersburg angelangt war, hatte der Zar, wenigs stens wenn die Angaben Napoleons dem Grafen Goltz gegenüber richtig sind, gemeinsam mit England in Paris vorgeschlagen, die drei Mächte möchten zus sammen in Berlin die Erklärung abgeben, daß sie den deutschen Bund noch als sortbestehend betrachteten.<sup>2</sup> Es würde dies an sich den uns bekannten Tens denzen der russischen Politik entsprechen; unklar bleibt es aber, ob dieser Schritt

<sup>1</sup> Schreiben Ronig Wilhelms an Raifer Alexander v. 7. Juli.

<sup>2</sup> Bericht des Grafen Golg v. 8. Juli.

nicht vielleicht schon vor dem hervortreten Napoleons mit seiner Vermitslung getan worden ist; denn es ist nicht recht glaublich, daß man ein Zusammensgehen mit Frankreich noch angeregt haben sollte, nachdem Napoleon bereits auf eigene hand vorgegangen war. Wenigstens wurde der russische Botschafster in Berlin ausdrücklich angewiesen, zu erklären, daß Rußland fürs erste ganz außerhalb aller Unterhandlung bleiben wolle, nachdem durch die einseitige Vermittlung Frankreichs eine ganz neue Lage geschaffen worden sei, deren weitere Klärung man erst abwarten wolle.

Unmittelbar nachdem er fein erftes ausführlicheres Friedensprogramm nach Varis gefandt hatte, beauftragte dann Bismard den Grafen Redern3, er moge dem Fürsten Gortschatoff fagen, daß auch Preußen von dem gegen: seitigen Borteil des Einvernehmens mit Rufland durchdrungen sei und es ju befestigen muniche. Indem er noch betonte, daß ein Waffenstillstand nicht ohne Zustimmung Italiens und ohne eine gesicherte Friedensbasis abgeschlos fen werden tonne, bezeichnete er als Minimalforderung Preugens eine Stels lung in Norddeutschland, die gegen eine Wiederholung des Geschehenen sichere, und die swischen den preußischen Gebietsteilen belegenen Rleinstaaten daran verhindere, feindlich gegen Preußen aufzutreten. Er moge sondieren, wie Rufland fich zu nordbeutschen Unnerionen ftelle, und ob und welche Kompens fationen es feinerseits im Ange habe, sei es in Galigien, sei es im Drient. Die Absicht der letten Sabe ift ja deutlich; Bismard wollte Rufland an der Beute teilnehmen laffen, wenn es eine entschiedene Stellung gegen Bferreich eine nehme. Außerdem benutte er, wie wir ichon wiffens, diese Gelegenheit, um auf bem Bege über Vetersburg den Offerreichern die Anfnüpfung diretter Friedensverhandlungen mit Preußen nabe ju legen.

Dies Telegramm traf noch vor der Ankunft des Oberstleutnants von Schweinis in Petersburg ein. Graf Redern teilte es Gortschakoss mit und erhielt zur Antwort, auch der Kanzler würde es lieber sehen, wenn eine direkte Berständigung zwischen Osterreich und Preußen zustande komme. Er erklärte sich aber gegen eine Bundesresorm unter Ausschluß Osterreichs und behielt sich genauere Erklärungen vor, die der Zar den angekündigten Brief des Königs erhalten haben werde.

Schweinit traf am 12. oder 13. Juli in Petersburg ein und überreichte fos fort ben foniglichen Brief. Der Zar erflärte ihm darauf, er fonne fich erft in

<sup>1</sup> In bemfelben Bericht wird auch gesagt, Drounn de Lhuns habe fich etwas abweichend geaußert: von einem englischen Borfclage wiffe er nichts; der ruffische fei mit dem hinweise auf Frankreichs freundschaftliche Beziehungen zu Preußen abweisend beantwortet worden.

<sup>1</sup> Tel. Werthers an Bismard v. 8. Juli.

<sup>\*</sup> Tel. Bismards an Redern von hohenmauth v. 10. Juli; vgl. Spbel 254.

<sup>&</sup>quot; Bal. oben 6. 557.

<sup>\*</sup> Tel. des Grafen Redern v. 12. Juli.

drei Tagen näher aussprechen, ließ aber durchblicken, daß er persönlich die Besgründung eines norddeutschen Bundesstaates der Annexion der Nachbars länder vorziehe, mährend er gegen die von Gortschakoff besonders beanstandete Auflösung des alten Bundes keine besonderen Bedenken zu hegen schien. Warum der Kaiser sich gerade drei Tage Bedenkzeit vorbehielt, läßt sich nicht kesssellen.

Bald wandte man sich auch von öfferreichischer Seite an den Zaren mit der Bitte, daß er feine guten Dienste nicht versagen moge, wenn es wirklich jur Eröffnung von Friedensverhandlungen fomme. Gortschafoff erwiderte, daß Rufland fich daran nur beteiligen tonne, wenn es von famtlichen friegführens den Mächten dazu aufgefordert werde.2 Bei einer neuen Aussprache mit dem preußischen Gesandten sagte Gortschafoff, das Notwendigste werde fein, daß Preußen seine Forderungen nicht länger geheim halte. Der Brief des Königs habe feine Andeutungen darüber enthalten. Der Bar habe eine freundschafte liche Antwort darauf erteilt, der er, der Kangler, nichts beizufügen habe.3 Diese Antwort des Zaren an Konig Wilhelm ift bisher nicht befannt geworden. Sie wird indessen wohl wenig mehr als die allgemeine Zusage seiner weiteren wohlwollenden haltung und vielleicht eine Warnung vor allzu hohen Fordes rungen Preußens enthalten haben. Graf Redern versuchte vergeblich Gorts schafoff dazu zu bringen, daß er eine eigene Unsicht darüber ausspreche, was Preußen etwa verlangen tonne; der Rangler meinte, er fühle fich nicht bes rufen, fich hierüber ju äußern, überdies bedürfe Graf Bismard feines Rats. Als Redern dann vorsichtig andeutete, Preugens Forderungen wurden durch seine großen Opfer bedingt sein; die Presse fordere Einverleibung von Rurs hessen und hannover, und in der Tat werde die Wiedereinsetzung dieser beiden Fürsten unmöglich sein, hörte Gortschatoff schweigend zu, und sagte auch auf weiteres Drängen nur, man muffe diese Fragen der weiteren Erörterung vors behalten; Preußen werde an Aufland immer einen Freund finden, aber auch die Rücksicht auf das europäische Gleichgewicht und auf die haltung der beiden anderen neutralen Mächte durfe nicht außer acht gelaffen werden. Der Bots schafter glaubte sich hiernach und nach anderen Außerungen aus der intimen Umgebung des Kanglers berechtigt zu der Annahme, man beginne sich in Ruße land allmählich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß hannover und Rurheffen endgültig bei Preugen verbleiben würden.

Wie schon früher ausgeführt wurde, gingen bann am 16. Juli aus dem hauptquartier genauere Mitteilungen über die preußischen Forderungen und über die ungefähre Größe des geplanten Gebietszuwachses nach Petersburg

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Tel. von Schweinig v. 13. Juli.

<sup>2</sup> Tel. des Grafen Redern v. 14. Juli.

Bericht des Grafen Redern v. 15. Juli.

ab1; Bismark ließ dabei ausdrücklich versichern, daß Preußen den Sympasthien Rußlands für hessens Darmstadt Rechnung tragen werde,2 und erkundigte sich noch einmal ausdrücklich, ob Rußland nicht irgendwelche Kompensatiosnen wünsche.

Bezüglich des letten Punttes konnte Graf Redern schon am 20. Juli mels den, daß nach allem, was er hier höre, Rußland keinerlei Kompensationen für sich im Auge habe und nur die Herstellung des Friedens wünsche.3

Alle Mitteilungen, die Bismard aus Vetersburg erhielt, mußten in ibm die Überzeugung erweden, daß von Rugland fein ernstlicher Einspruch ju er: warten fei, wenn man dort auch gegen einige der preußischen Forderungen Bes denken haben mochte. Es mußte ihn alfo einigermaßen überraschen, als er plöblich während der Nikolsburger Verhandlungen ein Telegramm des Gras fen Redern erhielt, welches gang furg meldete4, Fürst Gortschafoff bitte ihn, gu telegraphieren, daß der Raifer den schleunigsten Zusammentritt eines Kongresses wunsche. Man muß sich fragen, was die ruffische Regierung zu diefer neuen Unregung gebracht hat. Daß der Kongregplan in der Richtung lag, welche die russische Politit von Anfang an genommen hatte, wissen wir ja; aber bisher waren doch offenbar keinerlei feste Plane in dieser hinsicht gefaßt worden, und auch der ruffische Gefandte in Berlin hatte noch am 23. Juli lediglich darauf gedrungen, daß Preußen seine Friedensbedingungen möglichst genau mits teilen moge, aber nichts von einem Rongregplan gesagt. Bermutlich hat das Befanntwerden der frangofischen Friedensvorschläge und ihrer Annahme durch Offerreich und Preugen diese Wendung in Petersburg berbeigeführt. Erfah man doch daraus, daß die beiden hauptfächlich in Betracht tommenden Staaten den alten deutschen Bund endgültig aufzulösen beabsichtigten, und daß Frankreich sich hiermit einverstanden erklärt habe, während offenbar niemand daran dachte, Rugland und England um ihre Meinung zu fragen, obwohl fie

<sup>1</sup> Tel. Bismards an Werther (bestimmt für den Grafen Redern) v. 16. Juli.

<sup>2</sup> Damit war offenbar damals noch gemeint, daß man heffens Darmftadt für die Abstretung von Oberheffen durch baprifche Gebietsteile entschädigen wolle.

<sup>3</sup> Tel. des Grafen Redern v. 20. Juli.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Tel. des Grafen Redern v. 24. Juli. Dies Telegramm ift nicht, wie Sybel 294 glaubt, vor Abfassung der Rifolsburger Denkschrift angekommen, da es erst am 24. abends 8 Uhr 42 in Berlin war, während die Denkschrift am 24. nachmittags in Rifolsburg dem Könige zugeschickt wurde; es wird auch in der Denkschrift nirgends darauf Bezug genommen; wohl aber führt der König in seinen Randbemerkungen v. 25. Juli den russischen Kongreß, vorschlag ausdrüdlich an, und es ist nicht unmöglich, daß das Eintressen dieses Telegramms gerade in dem Augenblide, wo er den entschedenden Entschluß über Krieg und Frieden zu fassen hatte, ihn zum Eingehen auf Bismards Borschlag geneigter gemacht hat; schien es doch die Gefährlichteit der internationalen Lage im Sinne der Aussührungen Bismards ausst klarste zu beweisen.

<sup>&</sup>quot; Tel. Berthers v. 23. Juli.

doch als Mitunterzeichner der Verträge von 1815 ein Necht darauf zu haben glaubten. Um 27. Juli wurde der russische Antrag auf die sofortige Berufung eines Kongresses zur Besprechung der gesamten Lage Europas in Verlin durch den russischen Votschafter formell gestellt<sup>1</sup>, und derselbe Schritt in London und Paris und wahrscheinlich auch in Wien getan.<sup>2</sup>

Diese russische Einmischung hätte sehr unangenehm werden können, wenn man mit Osterreich und Frankreich noch nicht einig gewesen wäre. Da aber inzwischen der Präliminarsriede in Nikolsburg bereits unterzeichnet war, so konnte sich Bismard begnügen, am 29. Juli antworten zu lassen, Preußen sei vor dem Krieg bereit gewesen, auf einen Kongreß einzugehen, um den Krieg zu vermeiden; er sei ohne seine Schuld nicht zustande gekommen. Jest hätte man den Krieg mit der Gefahr der eigenen Eristenz führen müssen, und die Vorzteile, welche Preußen durch schwere Opser erkauft habe, könne es von der Entsscheidung eines Kongresses nicht abhängig machen. Man könne demnach einem Kongreß oder einer Konferenz nur zustimmen, wenn vorher eine Basis sestzgestellt worden sei, durch welche Preußen diese Voteile gesichert würden. Der König erwarte von dem Gerechtigkeitsgefühl und der Freundschaft des Zaren, daß Außland keine weiteren Schritte tue in der Richtung eines Kongresses, ohne sich mit ihm zu verständigen.

Die hier ausgesprochene Erwartung wurde jedoch nicht erfüllt; vielmehr erklärte der Jar persönlich am folgenden Tage dem Oberstleutnant von Schweisnih noch einmal, er habe die Initiative zum Kongreß ergriffen und könne nicht zugeben, daß die unter Mitwirtung aller geordneten Verhältnisse durch Preußen und Österreich allein umgestaltet würden; er fügte hinzu, Rapoleon habe bereits zugesagt. Bismarch hielt es daher für nötig, einen etwas schärfes ven Ton anzuschlagen. Er befahl Schweiniß, dem Kaiser in vorsichtiger und freundschaftlicher Weise zu sagen, daß es dem König, ohne eine Revolution in Preußen und Deutschland zu entfesseln, vollständig unmöglich sei, auf die Früchte des Sieges zu verzichten oder die Gestaltung Deutschlands von den

<sup>1</sup> Tel. Werthers v. 27. Juli.

<sup>2</sup> Graf Bernstorff meldete am 31. Juli: Der russische Botschafter in London habe erklärt, der Kongreß sei nötig "wegen der in Aussicht stehenden Territorialveränderungen"; dagegen habe ihm Lord Stanley gesagt, England habe kein Interesse daran, die Einigung und Kräftigung Nordbeutschlands zu verhindern, halte aber den Kongreß für gefährlich, wenn zwischen den kriegführenden Teilen noch nicht alles abgemacht sei; andernsalls sei er überzsstüffig. England wolle jedoch nicht gern zuerst absehnen, sondern die Initiative dazu anderen überlassen. Auch meinte Stanley, Napoleon werde den Kongreß nicht wünschen, weil er dort nicht die erste Rolle werde spielen können, und es werde ihm der Schein seiner Bermittlung und Teilnahme an den Friedensverhandlungen genügen. Bgl. Sybel 5, 348.

<sup>3</sup> Tel. v. 29. Juli.

<sup>4</sup> Tel. von Schweinit an König Wilhelm v. 30. Juli. Sybel 5, 347.

Beschlüssen eines Kongresses abhängig zu machen. Der König sei augenblicke lich abwesend; er aber würde demselben nur raten können, wenn die Einwirstung des Auslandes auf die deutschen Verhältnisse schärfere Umrisse annehmen sollte, die volle nationale Kraft Deutschlands und der angrenzenden Länder zum Behuf des Widerstandes zu entsesseln. Die letztere Andeutung, die ja offenbar auf eine mögliche Revolutionierung Polens hinwies, sollte den Zaren auf die Gesahren ausmertsam machen, die für ihn selbst mit der Aussrechterhaltung seines Kongresplans verbunden sein konnten.

Bei dem gangen ruffischen Kongregplan muß man fich gegenwärtig halten. daß eine dirette Feindseligkeit gegen Preußen vom Zaren damit keineswegs beabsichtigt war. Schon bevor man in Detersburg das eben erwähnte icharf ablehnende Telegramm Bismards erhalten haben fonnte, war der ruffifche Gesandte in Berlin, Graf Dubril, angewiesen worden, dort zu erklären, daß der Raiser nicht daran dente, die Resultate wieder in Frage zu stellen, die Preußen mit so großen Opfern erfauft habe. Der Kongreß solle nur dagu bienen, das Zuffandefommen eines dauernden Friedens gu erleichtern. Der Raifer sei der Ansicht, daß die zwischen den streitenden Teilen vorher getroffes nen Bereinbarungen den Berbandlungen zugrunde gelegt werden sollten, und wolle nur, daß die Einzelheiten unter Mitwirfung gang Europas festgestellt würden. Wolle man die Großmächte, welche früher den Territorialbestand Deutschlands garantiert hatten, jest von der Verhandlung ausschließen, so bestreite man ihnen ein wohlerworbenes Recht und versage ihnen die gebühe rende Achtung. Der Kaifer sei auch einer vorhergehenden Berständigung mit Preußen nicht abgeneigt und wünsche nur durch die Sendung eines Bers trauten genau über Preußens Absichten orientiert zu werden.2

Die in Petersburg ausgesprochene Behauptung, daß Frankreich bereits prinzipiell seine Zustimmung zu dem Kongreß gegeben habe, erwies sich sehr bald als ein Irrtum; vielmehr lehnten sowohl Frankreich wie England den russischen Borschlag höflich aber unzweideutig ab. Bereits am 3. August konnte infolgedessen Graf Redern aus Petersburg melden, daß auch Rußland auf den Kongreß verzichte; er fügte hinzu, um so mehr Wert lege aber der Zar darauf, daß man sich durch eine Spezialmission mit ihm ins Einvernehmen sehe und seine Zustimmung zu den getrossenen Abmachungen einhole; denn er kenne ja den Umsang der preußischen Pläne gar nicht und könne nicht zum bloßen Registrator fremder Beschlüsse herabsinken. Wenn Preußen sich

Bal. Sphel 5, 349.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bom Könige genehmigtes Tel. Bismards an Schweinig v. 31. Juli. Spbcl 5, 347.
<sup>2</sup> Tel. Werthers an Bismard v. 1. August. -- Ebenso Tel. von Schweinig v. 1. August.

<sup>\*</sup> Graf Goly meldete bereits im Tel. vom 2. August, daß an diefem Tage Frankreich den Rongreß abgelehnt habe, mit der Begrundung, daß auch England demfelben abgeneigt fei.

erinnere, welche Dienste ihm Rußland 1813 geleistet habe, und wie es Napo, leons Wunsch, nach dem 5. Juli in Berlin auf die sofortige Annahme des Waffenstillstandes zu dringen, zurückgewiesen habe, so werde man eine solche Rücksichtnahme auf Rußland billig sinden.

Aus Sybels Darstellung weiß man bereits, daß König Wilhelm dem Wunssche des Kaisers durch die Entsendung des Generals von Manteuffel nach Pestersburg Rechnung trug. Wenn auch der Zar diesem gegenüber seine Bedensten gegen die Entthronung ganzer Opnastien lebhaft hervorhob, so erklärte er doch gleichzeitig auch jest wieder, daß er nicht daran denke, Preußen irgends welche Schwierigkeiten zu machen. Er wünsche nur, daß man seine Bedenken nochmals prüse, bevor man in Berlin die endgültige Entscheidung treffe. In der Tat wurde auf Manteuffels telegraphische Bitte die bereits vollständig außs gearbeitete Vorlage an den Landtag über die norddeutschen Annerionen noch zurückgehalten, die der Brief des Zaren an König Wilhelm eingetroffen war²; auch wurde auß Kücksicht auf Rußland, auf die Einverleibung Oberhessen verzichtet, die ursprünglich in dem Gesehentwurf noch gefordert worden war.

Man kann also sagen, daß die russische Einmischung zwar an den grunds legenden Bedingungen des Friedens und der Neugestaltung Deutschlands nichts hat ändern können, daß aber in Einzelheiten doch eine tatsächliche Einzwirkung stattgefunden hat. Der Verzicht auf Oberhessen war der Preis, den Preußen an Rußland für die Genehmigung der übrigen Friedensbedingungen zahlen mußte. Es war die letzte Nachwirkung der Wiener Verträge von 1815, die Deutschland unter die Obervormundschaft der europäischen Großsmächte gestellt hatten, daß man auch jest troß der großen Siege die Einmisschung Frankreichs und Rußlands nicht ohne weiteres als unberechtigt zurückweisen konnte, sondern ihren Verzicht auf die ihnen aus jenen Verträgen erwachsenen Rechte durch Opfer erkausen mußte.

<sup>1</sup> Tel. des Grafen Redern v. 3. August und Bericht v. 3. August.

<sup>2</sup> Die Berschiebung teilte Bismard durch Telegramm v. 12. August an Manteuffel mit.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Bgl. das Rähere darüber und über den Eindruck, den das Schreiben des Zaren auf König Wilhelm machte, S. 661 u. 706. Der erregte und drohende Ton, den Bismarck Mitte August noch einmal gegen Außland anschlug (vgl. Sybel 5, 379) erklärt sich daraus, daß die russische Einwirkung auf den König noch einmal dessen dessniften Zustimmung zu den Vollannerionen und damit ein Hauptresultat des Sieges in Frage zu stellen drohte.

<sup>4</sup> Rufland hat auch nach bem 3. August prinzipiell noch seinen früheren Standpunkt fests gehalten, indem es in London eine gemeinsame Erklärung anregte, welche die Rechte wahren sollte, die den Neutralen auf Grund der Berträge zuständen. Lord Stanley lehnte aber eine Beteiligung an solchen Schritten ab, die als ein Protest gegen die preußischen Erfolge aussgelegt werden könnten. (Tel. Bernstorffs v. 8. August.)

## Meuntes Rapitel.

## Die Werträge mit den süddeutschen Staaten und die französische Rompensationsforderung.

Aber die Friedensverhandlungen mit den süddeutschen Staaten sind wir zwar im allgemeinen orientiert, aber es bleibt doch noch eine Reihe von wiche tigen Fragen ungelöst. Zu ihrer Aushellung will ich noch einiges beizutragen versuchen.

Die erffen Unregungen gu Friedensverhandlungen gingen von den fud: deutschen Staaten selbst aus. Sobald man in Süddeutschland erfuhr, daß Offerreich Neigung zeige auf die frangofischen Borschläge eines Friedens mit Preußen unter Preisgabe der süddeutschen Berbundeten einzugehen, mußte sich bei den dortigen Regierungen die Befürchtung regen, daß sie schließlich, von Ssterreich und Frankreich verlassen, allein der preußischen Übermacht gegene überstehen und zur einfachen Unnahme aller Bedingungen gezwungen sein würden, die der Sieger ihnen aufzuerlegen für gut finden werde. Es schien baher geboten, selbst möglichst schnell Berhandlungen anzufnüpfen, um ente weder ju den Nikolsburger Besprechungen jugelassen ju werden, oder doch gleichzeitig mit Ofterreich zu einem Frieden zu gelangen. Schon am 17. Juli wurde ein Brief König Wilhelms an den Großherzog von hessen abgeschickt und durch die beiderseitigen Borposten hindurch befördert1; vermutlich hatte sich also der Großherzog schon vorher an den preußischen herrscher gewandt. Much die Stimmung der Bevölkerung begann fich in Guddeutschland gu ans bern, und die Minister Barnbüler in Stuttgart und Edelsheim in Rarleruhe fühlten sich durch die unvorhergesehenen Konsequenzen ihrer Politik immer ftärter bedrückt.2 Auch der baprische Minister v. d. Pforden ift bekanntlich

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Abelen schicke am 17. Juli dies Schreiben an Werther mit dem Auftrage, es dem Armeekommando zur Abermittlung durch einen Parlamentär in das feindliche Lager zu übersenden; Werther gab es am 19. Juli an General Bogel von Faldenstein weiter; am 21. wurde es durch einen Offizier an die feindlichen Borposten befördert (Meldung Mansteuffels v. 24. Juli). Der Inhalt des Schreibens ist nicht bekannt.

<sup>2</sup> In einem Berichte des herrn von Ifcoch aus Stuttgart vom 18. Juli heißt ce, feine Freunde (in Burttemberg) bestätigten die Zunahme der Sympathien für Preufen bei dem Boll und der Angst auf seiten der Regierung, Mathy schildere die Stimmung in Baden als wefentlich verandert. Abressen an den Großherzog seien schon aus mehreren Städten er,

ohne vorherige Aufforderung in Nikolsburg erschienen, von Bismark aber sehr unfreundlich aufgenommen und zur Teilnahme an den Verhandlungen nicht zugelassen worden. Nur so viel erreichte er, daß auch Bapern ein Wassen; stillstand bewilligt wurde, der zur Einleitung von Friedensverhandlungen dienen sollte; der Beginn wurde entsprechend den mit Herreich getrossenen Abmachungen auf den 2. August festgesetzt. General v. Manteussel erhielt die Ermächtigung, den übrigen süddeutschen Staaten, wenn sie darum nachssuchen würden, das Sleiche zu bewilligen. Dies war das einzige Jugeständnis, das Osserreich für seine süddeutschen Berbündeten zu erwirten vermocht hatte. Wenn Bismark nicht darauf einging, in Nitolsburg bereits Friedensverhandslungen mit diesen zu führen, so leitete ihn wohl der Wunsch, zuerst mit Osterzreich ins Reine zu kommen; auch bestand er darauf, daß die Verhandlungen mit jedem Staate besonders zu führen seien.

Nach dem Abschluß der Nikolsburger Präliminarien erschienen von württems bergischer Seite Prinz Friedrich und Minister von Varnbüler, von hessischer Minister von Dalwigt in Nikolsburg. Hier wurde Ende Juli von seiten Württembergs der dringende Wunsch ausgesprochen, in den norddeutschen Bund zu treten; auch hessens Darmstadt wünschte dringend in den norddeutsschen Bund ausgenommen zu werden und erklärte alle Bedingungen annehmen zu wollen. Offenbar hossten beide Staaten, auf diese Art günstigere Friedensbedingungen zu erlangen. Darüber, daß von baprischer Seite der gleiche Wunsch ausgesprochen worden sei, sehlt uns bisher ein bestimmtes Zeugnis, und ich möchte es auch nicht für wahrscheinlich halten.

Die eigenklichen Verhandlungen mit Wärttemberg und Baden wurden erft Anfang August eröffnet und nahmen einen sehr glatten Verlauf.<sup>5</sup> Die ersteren begannen am 8. August in Berlin und wurden durch herrn von Varnbüler selbst geführt. Württemberg mußte 8 Millionen Gulden Kriegskostenents

gangen. Bare ber Großherzog jur Trennung von Offerreich zu bewegen, fo murde ihm die Mehrheit des Bolfes fofort gustimmen.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bgl. hierüber Spbel, S. 300 fg. Bismardfagt in den Gedanten und Erinnerungen 2, 40, er habe Pfordten gurudweisen muffen, weil der König damals noch darauf bestanden habe, die Abtretung von Ansbach und Bapreuth gu fordern. Bgl. gur Kritit dieser Angabe oben S. 657.

<sup>2</sup> Tel. Bismards an Werther v. 27. Juli.

<sup>3</sup> Aufzeichnung Abetens. Bgl. E. Bogt, Die heffische Politit in der Zeit der Reichs; gründung. G. 103f.

<sup>4</sup> Es ließe fich dafür vielleicht ein Sat anführen, der sich in einem Telegramm Bismarcks an Manteuffel vom 31. Juli findet. Manteuffel hatte ihn um Angabe seiner politischen Gedanken gegenüber von Bayern und dessen Berbündeten gebeten; Bismarck erwiderte darauf, alle süddeutschen Regierungen baten dringend um Aufnahme in den norddeutschen Bund; das gehe jest aber Frankreichs wegen nicht. Bgl. aber Bogt 107.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Bgl. hierüber Sybel 5, 382f. Für Baden außerdem G. Meyer, Die Reichsgründung und das Großherzogtum Baden 5f. und Loren 3 517f., wo ein Auszug aus der Infruktion für

schädigung bezahlen; sobald die Zahlung geleistet oder genügende Sicherheit dafür geboten sei, sollten die preußischen Truppen das Land verlassen. Ferner wurde die Erneuerung des Zollvereins und die Bereinbarung von Normen für eine gemeinsame Regelung des Eisenbahnversehrs in Aussicht genommen, sowie der mit Österreich geschlossene Präliminarfriede, soweit er die Zukunst Deutschlands betraf, von württembergischer Seite ausdrücklich anerkannt. Zugleich wurde in einem geheimen Nebenvertrag ein Schuß, und Trußbündnis zwischen Württemberg und Preußen vereinbart; beide Staaten ges währleisseten sich gegenseitig die Integrität ihrer Gebiete und versprachen eins ander im Falle eines Krieges mit ihrer gesamten Kriegsmacht zu helfen; den Oberbesehl über die vereinigten Truppen sollte während der Dauer des Feldzzugs der König von Preußen zu führen haben.

Bereits am 11. August muß Bismark mit herrn von Varnbüler über den Abschluß des Schuß; und Trußbündnisses einig gewesen sein, da König Wil; helm in einem Briefe von diesem Tage<sup>1</sup> sagt, er habe gehört, daß Bayern eine Militärallianz à la Württemberg einzugehen bereit sein würde. Am 13. Ausgust konnte sowohl der Friedens, als der Bündnisvertrag mit Württemberg unterzeichnet werden.<sup>2</sup>

Die Verhandlungen mit Baden begannen am 9. August. Das Eroßherzogstum wurde durch den neuernannten Minister des Auswärtigen, Herrn von Frendorf, vertreten. Seine Instruktion schrieb ihm vor, zunächst den Einkritt Vadens in den norddeutschen Bund vorzuschlagen; sollte dies nicht erreichbar sein, so hatte er ein völkerrechtliches Verhältnis zu diesem Bunde mit möglichst vielseitiger Gemeinsamkeit staatlicher und volkswirtschaftlicher Einrichtungen zu erstreben. Vor allem sollte er auf die Erhaltung des Zollvereins, auf gesmeinsame Einrichtungen im Posts und Verkehrswesen und den Abschluß einer Militärkonvention sein Augenmerk richten. Auf den Beitritt zu einem südsdeutschen Bunde sollte er auf keinen Fall eingehen.

Demgemäß schlug herr von Frendorf in der ersten Sigung die Aufnahme Badens in den Nordbund vor; Bismard lehnte dies "für den Moment" ab.

den badifchen Bevollmächtigten und einige, allerdings fehr fragmentarifche Mitteilungen aus feinen Berichten gegeben find. Ferner die Bruchftude aus den Aufzeichnungen des Ministers von Frendorf in der Deutschen Revue, Jahrg. 8.

<sup>1</sup> Anhang ju Bismards Gedanten und Erinnerungen, Band I, G. 155.

<sup>\*</sup> Nach Bismarchs Angabe (Gedanken und Erinnerungen 2, 72 f.) hätte König Wilhelm von Bürttemberg anfangs auch eine Bergrößerung der Hohenzollernschen Gebiete fordern wollen. Daß in den Berhandlungen hiervon tatfächlich die Rede gewesen sei, ist sehr unwahrsscheinlich. In der Instruktion für Manteussel vom 7. August (also dem Tage nach Beginn der Berhandlungen mit Bürttemberg) heißt es: Bon Bürttemberg könnten in Beachtung der Rücksichen, welche der König den verwandtschaftlichen Beziehungen jederzeit zu gewähren bereit sei, territoriale Abtretungen nicht verlangt werden.

Über den weiteren Verlauf der Besprechungen haben wir disher keine Nacherichten. Das Ergebnis war ganz ähnlich wie bei Württemberg. Die Kriegsstostenentschädigung Badens wurde auf sechs Millionen Gulden sestgesetz; die übrigen Bestimmungen waren dem Friedensvertrag mit Württemberg analog, und auch das Schutz und Trutbündnis wurde mit Baden in demsselben Wortlaut wie mit Württemberg abgeschlossen. Die Unterzeichnung der badischen Verträge fand erst am 17. August statt; weshalb sie sich länger verzögerte als der Abschluß mit Württemberg, läßt sich nicht mit Sicherheit erstennen. Möglich ist, daß die Versuche Badens, wenigstens eine Militärkonsvention oder einige weitergehende Verabredungen wirtschaftlicher Natur zu erlangen, wie die Instruttion dies vorschrieb, die Verhandlungen etwas in die Länge gezogen haben<sup>1</sup>; es kann aber auch sein, daß man den Abschluß mit Württemberg von preußischer Seite deshalb stärker beschleunigt hat, um den Zaren Alexander möglichst schnell über das Schicksal seines Schwagers zu beruhigen.

Um wichtigsten ware es zu wissen, von welcher Seite und zu welchem Zeite punkt der Abschluß der Schut; und Trupbundniffe angeregt worden ift.2 Wir finden vor dem Beginn diefer Verhandlungen feine Andeutung darüber in den Quellen, daß Bismard etwas derartiges beabsichtigt habe. Es lag darin une zweifelhaft ein hinausgeben über die Zusicherungen, welche dem Raiser Nas poleon gemacht worden waren. Denn da Preußen für den Kriegsfall den Oberbefehl über die süddeutschen Streitfrafte erhielt, so erlangte es für den Kall eines bewaffneten Zusammenstoßes mit einem der Nachbarstaaten und es konnte ja eigentlich nur Frankreich in Betracht kommen — eine ftarkere Stellung, als es mahrend der Erifteng des alten Bundes gehabt oder in dem Reformprojett vom 10. Juni für sich gefordert hatte. Dem Raiser Napoleon war aber fets ausbrücklich gefagt worden, daß Preußen seine Beziehungen jum Guden nicht enger ju gestalten beabsichtige, als dies in der Bundesatte und dem Reformprojekt vorgesehen sei.3 Es liegt an sich nahe, ju vermuten, daß in den Beziehungen zu Franfreich inzwischen eine Beranderung einges treten sein muß, durch welche Bismard sich als von der früheren Zusage ents bunden ansehen fonnte.

<sup>1</sup> Bereits am 14. August schrieb Bismard an Moltte, ber Friedensvertrag mit Burttems berg fei unterzeichnet, und mit Baben beständen feine ernstlichen Schwierigkeiten.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Daß Bismard bem Vertreter Babens gegenüber von sich aus ben Vorschlag machte, sagt ausdrücklich Mener S. 7; jedoch erfahren wir von ihm nicht, wann es geschah. Wahrscheinlich war damals der Vertrag mit Bürttemberg schon fertig, und es kame darauf an, zu wissen, ob auch diesem Staate gegenüber Bismard den Vorschlag ges macht hat.

<sup>3</sup> Bgl. oben S. 523.

In der Tat fallen ja in die erste Augustwoche die Versuche Frankreichs, noch in lehter Stunde eine Gebietsvergrößerung zu erlangen. Schon am 27. Juli hatte Napoleon den Grafen Golh vertraulich gefragt, ob dieser glaube, daß er bei der schließlichen Negulierung Landau und Luxemburg werde erhalten kön; nen. Er hatte dies nicht als Bedingung für seine Zustimmung zu den Nikols; burger Abmachungen hingestellt, auch noch nichts gefordert, sondern nur eine sondierende Frage getan. Graf Golh, der ja stets dafür gewesen war, den Raiser durch ein kleines Stück Landes zusrieden zu stellen, war unvorsichtig genug gewesen, dies für nicht unmöglich zu erklären, obwohl er wissen mußte, daß der König und der leitende Minister ganz anderer Ansicht waren.

Vielleicht ist doch der dadurch erweckte Eindruck, daß von Preußen wohl etwas zu haben sein werde, für den Raiser bestimmend gewesen, als er am 29. Juli dem Drängen Droupn de Lhups nachgab und die Erzteilung des offiziellen Auftrags an Benedetti zur Stellung einer Romzpensationsforderung genehmigte. Allerdings ging die französische Forderung, wie sie der Minister formuliert hatte, weit über alles hinaus, was der Raiser disher angedeutet hatte; denn sie erstreckte sich auf die ganze Rheinzpsalz und den linksrheinischen Teil von hessenz Darmstadt mit Einschluß von Mainz. Bapern und hessen sollten für ihre Verluste durch Preußen entzschädigt werden. Daß Napoleon zu diesem Programm seine Einwilligung gezgeben hat, ist doch wohl nur durch die furchtbaren Schmerzen, die ihm gerade damals seine Krankheit verursachte, und seine dadurch bedingte körperliche und geissige Widerstandsunfähigseit zu erklären. Ist denfalls mußte Benedetti,

<sup>2</sup> Tel. v. 28. Juli. Golh bemertte, daß der Kaiser teine Bedingung an die vier Millionen geknüpft, insbesondere auch teine Kompensationen für sich verlangt habe. Erst gestern habe Napoleon ihn ganz vertraulich gefragt, ober glaube, daß Frankreich bei der schließlichen Regulierung Landau und Luremburg erhalten könne, was der Botschafter für nicht unmöglich erstärt habe. Bgl. Spbel 5, 365. Nach den Angaben von Benedetti (Ma Mission en Prusse) S. 189f. hat dieser am 25. Juli von Droupn de Lhups den Besehl erhalten, mit Bismard über die Kompensationsfrage zu sprechen. Aus seinen Angaben ist nicht ersichtlich, ob er bereits bestimmte Forderungen stellen oder nur in derselben Beise sondieren sollte, mie es Rapoleon selbst wenige Tage später bei Golh tat. Aus seinem Bericht nach Paris vom 26. Juli teilt er nur einen Sat im Bortlaute mit, aus welchem hervorgeht, daß Bissmard ihn, wie schon früher, so auch dieses Mal von Deutschland abzulenken und auf belgische Erwerbungen zu verweisen suchte. Bismard wies darauf Golh an (Tel. v. 31. Juli), die Uneigennühigkeit des Kaisers Rapoleon in der Presse so trästig und fortgeseth hervorzheben und anpreisen zu lassen, daß er gar nicht mehr von dieser ausgesprochenen Stellung zurücktreten könne.

Eine bochst anschauliche Schilderung von dem fammerlichen Zustande, in dem sich Rapoleon in diesen Tagen befand, geben die Mittellungen von Bapst, Deutsche Revue a.a.D. Auch Pring Rapoleon sagte zu Govone, der Kaifer sei so trant, daß es lange dauern werde, die er wieder zu Pferde steigen tonne. (Govone 277.) Auch Spbel tommt

nachdem er vergeblich Einwendungen gemacht und verlangt hatte, daß man ihn zu mündlichem Bericht nach Paris kommen lasse, dem empfangenen Bessehl gehorchen. Am 5. August teilte er dem Grasen Bismark schriftlich die französische Forderung mit; am folgenden Tage fand eine Unterredung zwisschen beiden statt, in deren Verlauf Bismark ein Eingehen auf diese Aumutuns gen für unmöglich erklärte. Auch der König schloß sich dieser Anschauung seisnes Ministers an. Niemand konnte wissen, ob Frankreich diese Zurückweisung ruhig hinnehmen oder ob es deshalb zu ernsthaften Weiterungen, ja vielleicht doch noch zum Kampse kommen werde. Unter diesen Umständen mußte sich Bismark die Frage vorlegen, ob es nicht seine Pslicht sei, sich für einen solchen Fall die aktive Mitwirkung der süddeutschen Staaten zu sichern. Dies war möglich, solange der Friede noch nicht geschlossen war und man also ein solches Bündnis unter die Friedensbedingungen ausnehmen konnte; unterließ man es aber in diesem günstigen Augenblick, so war es nachter ganz in das Belieben dieser Staaten gestellt, auf welche Seite sie sich schlagen wollten, wenn ein Kons

auf Grund ber Mitteilungen von Rothan ju bem gleichen Ergebnis bezüglich ber Entstehung der großen Rompensationsforderungen. hingegen meint Ruville (Dels brud: Festschrift S. 298f.), Napoleon habe in die Aufstellung diefer Forderung in der folauen Berechnung eingewilligt, daß Preußen, wenn es fich jugleich fo erheblicher Unfpruche Franfreichs zu erwehren habe, an die fuddeutschen Staaten, Die bes Raifers Silfe angerufen hatten, geringere Forderungen ftellen werde. Er habe fich badurch den Dant diefer Staaten und namentlich Baperns fichern und diefe von engerem Unschluß an Preugen jurudhalten wollen. Geine weitere Abficht fei bann gewesen, biefe Staaten boch an Preußen preiss jugeben, aber erft nachdem Preugen ihm durch feine aftive Unterftutung Belgien gang ober teilweise habe gewinnen helfen. Zeugniffe für einen folden Plan Napoleons gibt es nicht; bie Bahricheinlichteit fpricht burchaus gegen feine Eriffeng; benn ber Erfolg tonnte boch ebenfo gut der fein, daß Bismard durch die Mitteilung, Napoleon verlange felbft bans risches und hessisches Gebiet, diese Staaten gegen Frankreich mißtrauisch machte und an Preußen herangog. Diefer naheliegenden Folgerung fucht Ruville durch die weitere ebenfo haltlofe Bermutung zu entgeben, daß Rapoleon die fuddeutschen Staaten von vornherein barüber unterrichtet habe, daß die gange Forderung nur jum Schein und jur Bahrung ihrer Intereffen an Preugen gestellt werde. Die unten naber ju befprechenden Aufzeichnungen des Grafen Bran fprechen durchaus gegen bie Unnahme, daß Banern von frangofifcher Seite über die Rompensationsforderung unterrichtet worden fei.

1 Bismarch hielt es für möglich, daß Herreich nur zögere, um abzuwarten, ob es zum Kriege zwischen Preußen und Frankreich komme, um dann auf Frankreichs Seite zu treten. Er wies Werther am 10. August an, sich darüber Klarheit zu verschaffen, womöglich aber den Abschluß mit Herreich zu beschleunigen, derart, daß Preußen seine gesamte Armee zur Verfügung auf einem anderen Kriegsschauplat behalte, ohne seine Beziehungen zu Italien zum Opfer zu bringen. Man sieht daraus, wie nahegerückt ihm die Wöglichkeit eines Krieges gegen Frankreich erschien. Einen Augenblick hielt er es sogar für möglich, daß die Ausstellung der Kompensationssorderung und das gleichzeitige Austauchen von Schwierigs feiten in den Prager Verhandlungen auf einer Verabredung zwischen Osterreich und Frankreich beruhe (vgl. s. Außerung zu Govone am 10. August, Govone 176.)

flitt zwischen Frankreich und Preußen ausbrach. Andererseits hatte Frankreich unzweiselhaft durch seine exorbitanten Forderungen die Voraussehung bes seitigt, unter der Bismarck stets mit dem Kaiser verhandelt und ihm die früheren Zusicherungen gegeben hatte, daß nämlich Napoleon selbst keinen Anspruch auf deutsches Gebiet erheben werde. Indem dies nun doch geschah, und noch dazu in einem Umfang, den bisher niemand für möglich gehalten hatte, konnte sich Vismarck mit vollem Necht für entbunden von den früher erteilten Zusagen halten. In diesem Sinne sagte er auch sosort zu Venedetti, solche Forderungen könnten Preußen zwingen, seine eigenen Ziele auf ganz Deutschland auszudehnen.

Sanz in Abereinstimmung hiermit wies Bismark am 10. August den Grafen Golz an, sich in vertraulicher Weise nach Möglichkeit Sicherheit dar; über zu verschaffen, ob man darauf gefaßt sein müsse, daß Frankreich aus der Abtretung deutschen Bodens eine Kriegsfrage mache. Wenn dem so sei, so dürse Preußen den jezigen günstigen Augenblick, sein Bündnis mit Südzbeutschland, zur Not auch mit Österreich, zu schließen, nicht versäumen. Sei ohne Verdacht keine Klarheit zu gewinnen, so solle er sich zurüchalten; dann aber werde Preußen auf alle Fälle rüsten, direkt und durch Bündnisse.

Die Antwort, welche Golg am folgenden Tage sandtes, flang keineswegs ermutigend: mit dem Raiser sei seiner Krankheit wegen wahrscheinlich mehrere Tage lang nicht zu sprechen; Droupn de Lhuns sage offen, daß er zurücktreten werde, wenn Frankreich eine preußische Sebietsvergrößerung ohne Kompenssation anerkenne, und daß er den Krieg dieser Lösung vorziehe. Nur die Entlassung dieses Ministers könne Sicherung gegen derartige Forderungen bieten. Golg zog aus seiner Schilderung den Schluß, daß es am besten sei, zunächst abzus

<sup>1</sup> Ruville a. a. D. 293 übersieht, daß Rapoleon mährend der ganzen Berhandlungen niemals gesagt hat, er werde die preußischen Annexionen nur gegen Rompensationen zus lassen; hatte er doch, wie der oben mitgeteilte Bericht von Goly ausdrücklich sagt, seine Zusstimmung zu den großen Annexionen bedingungsloß gegeben. Andexerseits hatte Bismarck sie mehr oder minder hösslicher Form darauf hingewiesen oder hinweisen lassen, daß Preußen eine Rompensation, die in deutschen Landesteilen bestehe, weder bewilligen könne noch wolle. Er wußte natürlich genau, daß Napoleon, auch wenn er es nicht ausdrücklich sagte, solche Rompensationen wünsche. Aber er rechnete schließlich immer darauf, daß der Raiser sich schenen würde, solche Forderungen ernstlich zu stellen, wenn er wisse, daß sie nicht ohne Krieg durchzusehen sein würden. Allerdings hatte Goly durch seine eigens mächtigen Außerungen über diesen Punkt dazu beigetragen, bei Rapoleon Zweisel an der Fortbauer der schleren Abneigung Preußens gegen deutsche Kompensationen zu erwecken.

Bereits am 10. August fagte er ju Govone, wenn der Raifer auf feinen Fordes rungen bestehe, wurden wir uns nicht mehr an die Mainlinie gebunden erachten; wir wurden an Deutschland appellieren und es wurde gang zu uns siehen" (Govone, Dt. Ausg. S. 173 u. 176).

<sup>&#</sup>x27; Tel. v. II. Auguft.

warten und nichts zu tun, was als eine Umgehung der Friedenspräliminarien erscheinen und die Kriegslust auf französischer Seite verstärken könne.

Bismarck zeigte sich jedoch keineswegs gewillt, diesem Ratschlag des Gessandten zu folgen. Gerade wenn keine feste Garantie gegen die Wiederholung dieser oder ähnlicher französischer Rompensationsforderungen zu erlangen war, schien es ihm um so notwendiger, sich dagegen auf andere Weise zu sichern. Vielleicht hatte er schon, als er die Anfrage an Goly richtete, den Württems bergern den Vorschlag zu einem Schutz und Trupbündnis gemacht; jedensfalls war er, wie wir bereits gesehen haben, am 11. August mit ihnen über diesen Punkt einig.

Nun gelang es allerdings Goly, gegen seine anfängliche Erwartung doch noch, am 11. August eine Audienz bei dem Kaiser zu erhalten und durch den Hinweis auf den unbedingten Entschluß Preußens, die französische Forderung auf jede Gefahr hin zurüczuweisen, Napoleon zur Zurücknahme des von Benes detti gestellten Verlangens zu bewegen. Alls Bismarch diese Meldung am 12. August erhielt, wäre es für ihn noch möglich gewesen, die Verabredung mit Württemberg wieder rückgängig zu machen, da die Verträge noch nicht unterzeichnet waren. Aber fann man es ihm verdenken, daß er das nicht getan hat? Welche Sicherheit hatte man dasür, daß Rapoleon nicht ebenso schnell, wie er jest auf deutsches Gebiet verzichtet hatte, auf seine Forderung zurückstommen werde, wenn sich eine günstige Gelegenheit biete? War doch Oroupn de Lhuns noch immer Minister, und hatte doch Goly selbst betont, daß man dem Frieden erst trauen könne, wenn dieser entlassen sei.

Ich glaube also nicht zu irren, wenn ich annehme, daß Bismard durch die, noch dazu in einer völlig unerwarteten höhe auftretenden Kompensations; sorderungen Frankreichs dazu bestimmt worden ist, den süddeutschen Staaten den Abschluß eines Schut; und Trutbündnisses vorzuschlagen. Die dem Kaiser Napoleon unter ganz anderen Verhältnissen und unter der Voraus;

Durch Tel. v. II. August meldete Goly, daß der Kaiser ihn um 5 Uhr empfangen wolle. Den Bericht von Goly über den Berlauf dieser Besprechung und die darin gegebene Zussicherung des Kaisers, daß er die von Benedetti gestellte Forderung als nicht geschehen bestrachte, vgl. bei Sybel 374s. Er war am 12. August bereits in Bismards händen; denn von diesem Tage stammt der Entwurf zu einem Telegramm an Bernstorff, in dem es heißt, in der Audienz vom II. August habe der Kaiser Golz ermächtigt, die ganze Sache für ein Mißverständnist zu erklären; die Ablehnung dürse die freundschaftlichen Beziehungen nicht trüben; er beharre bei der angegebenen Politik, werde die preußischen Annexionen anserkennen, sobald sie vollzogen seien. Golz sehe jede unmittelbare Kriegsgefahr als beseitigt an. Wenn Sybel a. a. D. noch hinzussägt, gleich nachher habe Drounn de Lhups seine Entzlassung eingereicht, so trifft dies nicht ganz zu; vielmehr meldete Golz erst am 30. August, es seihm durch den Minister des Inneren auf kaiserlichen Besehl mitgeteilt worden, daß Drounn de Lhups seine Entlassung eingegeben habe; dies sei noch streng geheim, auch Benedetti dürse vorläusig nichts erfahren.

sehung einer wohlwollenden und uneigennühigen haltung Frankreichs ges gebenen Zusagen sah er jeht nicht mehr als bindend an. Auch Bayern gegens über hat er, wie wir noch sehen werden, gerade am 10. August diesen Gedanken zur Sprache gebracht.

Ms Bertreter des Großherzogs von heffen erichien am 8. August herr v. Dalwigt in Berlin. Bismard forderte von ihm anfangs außer einer Rriegs: fostenentschädigung die Abtretung von Dberheffen, homburg und Meisenheim, wofür eine Entschädigung auf Rosten Bayerns in Aussicht gestellt wurde. Diefe Bedingungen erschienen Dalwigt außerordentlich hart, da gerade Dberheffen ber älteste Stammbesit seines herrscherhauses war. Er bat, von jeder Gebiets; verkleinerung abzusehen, und bot dafür den Eintritt Oberheffens in den Rord; bund an, wenn man gang heffen nicht aufnehmen wolle. Bismard verwies ibn an den Ronig, ohne feinerseits eine Meinung über diefen Borfchlag ju äußern1. Dalwigk fühlt fich durch den Berlauf der Unterredung fo beun: ruhigt, daß er sich nicht scheute, sofort die Silfe Frankreichs anzurufen2. Er bat den frangofischen Bertreter in Berlin geradezu, der Raifer moge Truppen in die Pfalz und Rheinheffen einruden laffen; die fuddeutschen Staaten, sagte er, tonnten ja die Frangosen nicht offen ins Land rufen, aber die Bevölterung werde fie überall freudig begrüßen. Napoleon, der gerade damals seinen Rückjug in der Kompensationsfrage antrat, begnügte sich jedoch damit, durch Benedetti eine milbe Behandlung ber füddeutschen Staaten empfehlen zu laffen.

Erfolgreichere Unterstützung erhielt der Großherzog durch seinen Schwager, den Kaiser von Rußland. Seiner Einwirfung war es zu verdanken, wenn Preußen schließlich auf Oberhessen verzichtete. Auch in dieser Frage war es offenbar König Wilhelm, der am längsten auf der Forderung einer territorias len Abtretung beharrte. Noch am 11. August schrieb er an Bismarck<sup>3</sup>, auch ein Schutz und Trutbündnis mit Darmstadt werde ihn nicht geschmeidig machen, von Oberhessen abzulassen. Damals muß aber Vismarck den Hessen schon weiter entgegengekommen sein, denn er telegraphierte an demselben Tage an Manteussel, den außerordentlichen Gesandten beim Zaren<sup>4</sup>, man sei mit Württemberg und Darmstadt auf billige Bedingungen, bewilligt aus Rückssicht auf Rußland, so gut wie einig. Allerdings will er mit beiden Staaten nur dann desinitiv abschließen, wenn Rußland die übrigen Annexionen anerkennt.

leons Unterflütung erbeten, f. Bogt 108.
\* Unhang ju Bismards Gedanten und Erinnerungen, Band I, G. 155.

Dalwigts Aufzeichnung über die Unterredung vom 9. August bei E. Bogt 109f.
Bgl. ben Bericht des frangofischen Geschäftsträgers Lefebbre v. 10. und 11. August bei harcourt 308f. Abrigens hatte ber Großherzog schon am 24. Juli brieflich Rapos

<sup>.</sup> Tel. v. II. August; vgl. Cybel 379.

Immerhin hatte er von billigen Bedingungen faum fprechen konnen, wenn er damals noch unbedingt auf der Abtretung von Oberhessen bestanden hatte. Auch war er es, der den König bewog, vorbehaltlich späterer endgültiger Ente scheidung der territorialen Frage, junächst darein zu willigen, daß aus der schon fertiggestellten Unnerionsvorlage für den preußischen Landtag die barmstädtische Frage vorläufig ausgeschieden werde1. Ein Ersat für den Bers gicht auf Oberhessen sollte entsprechend dem früheren Vorschlag Dalwigts darin gefunden werden, daß der Großherzog für diesen Teil seines Gebietes dem norddeutschen Bunde beitrete, während seine südlich vom Main gelegenen Lande außer desfelben bleiben follten2. Auf den letteren Gedanken ging der Ronig ein, ohne jedoch deshalb auf den Plan einer Gebietsabtretung heffens gu verzichten; noch am 14. August hielt er hieran fest; nur sollte es jest nicht Dberheffen, sondern Rheinheffen fein, und hierfür wieder eine Entschädis gung auf Roften Bayerns gewährt werden3. Es ift jedoch zweifelhaft, ob der König hierauf ernstlich bestanden, und ob Bismard diese neue Fordes rung in den Berhandlungen mit Dalwigf überhaupt erwähnt hat. Wir wissen zwar, daß am 14. August eine Unterredung zwischen ihm und dem heffischen Minister stattgefunden hat, aber nicht, was in ihr gesprochen worden ift. Der entscheidende Beschluß über das Schicksal Dberheffens ift in dem Ministerrat vom 15. August gefaßt worden, von dem später bei den banrischen Verhandlungen noch ausführlicher zu sprechen sein wird. Das Annerionsaeset, welches am 16. August dem Landtag vorgelegt wurde, ents hält von den früheren Absichten nichts mehr.

Wenn der Vertrag mit heffen erst am 3. September unterzeichnet werden konnte, so lag das daran, daß Dalwigk sich so lange als möglich gegen die

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Tel. an Manteuffel v. 12. August. Um den Bunschen bes Kaisers Rechnung zu tragen, habe der König befohlen, die auf Montag in den Kammern beabsichtigte Borlage auf Dienstag auszusehen und außerdem die Darmstädter Frage vorläufig in derselben nicht zu erwähnen. Bgl. die Außerung König Bilhelms zur Großfürstin helene am Abend des 12. August, nach Empfang des Zarenbriefes bei Bogt 114.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> In dem Briefe König Wilhelms an den Zaren v. 20. August (vgl. Sybel 5, 393 f.) wird gesagt, der Borschlag, anstatt der Abtretung Oberhessens kleinere Gebietsabtretungen und Eintritt Oberhessens in den Rordbund zu stipulieren, sei von Dalwigt schon in Rikolsburg-gemacht worden.

<sup>3</sup> In dem oben S. 661 A. 4 angeführten Briefe König Wilhelms an Bismard vom 14. August heißt es, der Großherzog von hessen solle mit Oberhessen zum Nordbund treten, an Preußen Mainz, Bingen, Kreuznach, Oppenheim, an Bapern Alzen und Worms an Baden abtreten und dagegen von diesem einen Teil der Nordostede des Großherzogtums Baden erhalten; den anderen Teil solle Bapern bekommen. Ahnliche Ideen des Königs, die offenbar von Roggenbach angeregt waren, sinden sich schon in seinem Briefe an Bismard v. 11. August (Anhang zu Bismards Gedanken und Erinnerungen 1, 155). Auf diese Pläne gehen wohl die etwas abweichenden Angaden in den Gedanken und Erinnerungen 2, 73 zurück.

fleineren Gebietsabtretungen ftraubte, die Preugen jest noch forderte. Erft als er sich überzeugt hatte, daß weder bei Rußland noch bei Frankreich weitere Unterftugung ju haben fei, gab er nach. heffen mußte drei Millionen Gulden gablen und im übrigen die gleichen Bedingungen eingehen, wie Bürttemberg und Baden; außerdem mußte es aber das Poft, und Teles graphenwesen in seinem gangen Gebiete in preußische Berwaltung übergeben laffen, und die Landgrafschaft heffen homburg mit dem Dberamtsbezirte Meisenheim2, Biedentopf und einige fleinere oberhessische Begirte an Preußen abtreten, wofür es einige, früher furheffische, naffauische und frankfurtische Gebietsteile als Entschädigung erhielt. Endlich behielt Preußen das Bes satungsrecht in Mains. Den Abschluß eines besonderen Schutz und Trutz bundnisses mit hessen hielt man für überflussig, da ja ein Teil der großbergoge lichen Truppen dem heere des Morddeutschen Bundes angehören sollte und damit eine genügende Garantie gegeben zu sein schien, daß Seffen im Kalle eines Rrieges nicht auf die Seite der Gegner Preugens treten konne. Auch glaubte Bismard auf Dalwigks Berschwiegenheit nicht gahlen zu fonnen3.

<sup>1</sup> Bgl. Bogt 115f.

<sup>2</sup> In dem mehrfach gitierten Briefe des Konigs vom 14. August war diefer auf den Gedanten jurudgetommen, daß der Ronig von Sannover und der Rurfürft von Seffen einen fleinen Teil ihrer Gebiete behalten follten. hiergegen hat fich Bismard aus ben uns befannten Grunden offenbar aufe ftarifte gewehrt. Um aber bem Konig boch ein Zugeftanbnis ju machen, hat er fich damit einverstanden erklart, daß die hannoversche Dynastie nach dem in absehbarer Zeit ju erwartenden Ausfferben bes Braunschweigifchen Mannesffammes in den Befig biefes herzogtums gelange, und daß der Aurfurft bon heffen die fleine Landgrafichaft beffenhomburg erhalte, die bis jum Unfang des Jahres 1866 ein felbständiges Rurftentum gewesen mar. Die bort regierende Rebenlinie des heffischen Saufes mar am 28. Marg 1866 erlofden und bas Gebiet an heffen Darmfladt gefallen. Bann ber Gedante, biefes Land: den dem Rurfürften von heffen oder feinen Erben ju geben, fallen gelaffen worden ift, läßt fich nach bem bisberigen Material nicht ermitteln. Am 18. August telegraphierte Biss mard an Manteuffel, er folle bem Zaren fagen, bag ber Ronig in Beachtung ber Bunfche Des Raifers beabfichtige, bem Aronpringen von Sannover Die Sutzeffion in Braunichweig ju fichern, und bem furbeffifchen Stamme bei Gelegenheit der Berhandlung mit Darmfiadt homburg ju verfchaffen, wodurch ber Bunich bes Raifers, Diese Dynastien nicht gang ju bes feitigen, erfüllt werden wurde. Bahricheinlich icheiterte ber Plan baran, daß ber Kurfürst fich nicht bereit finden ließ, gegen biefes Zugeftandnis auf fein altes Gebiet ju verzichten. Am 20. August hielt man jedenfalls noch daran fest. Denn am 20. August teilte Bismard an Golg mit, von Darmfladt verlange man außer bem bereits tongedierten Sinterlande (Biedentopf) noch homburg, um bort nach bem Willen bes Ronigs die furheffifche Familie ju etablieren. In abus lider Beife murbe dem Kronpringen von Sannover die Anwartichaft auf Braunichweig gufallen.

Braf Bray Denswürdigseiten 115. — Die Meinung Bogts (S. 119f.), daß ein anderer Unterhändler wesentlich bessere Bedingungen für hoffen hatte erzielen können, scheint mir nicht zutreffend, wenn Bismard es auch Frankreich und Rußland gegens aber nachträglich behauptet hat. Daß Bapern anders behandelt wurde, lag nicht an der Person der Unterhändler, sondern an der größeren Bedeutung Baperns.

Um schwierigsten gestalteten sich naturgemäß die Verhandlungen mit Banern. Sie begannen am 8. August in Berlin, wo als banrische Bevollmäche tigte die Minister von der Pfordten und Graf Bran eintrafen. Wir sind für diese Verhandlungen nicht allein auf die Darstellung Enbels angewiesen, sone dern besigen daneben die Aufzeichnungen, welche Graf Bran mahrend dieser Tage felbst gemacht hat.1 Für die Benubung diefer Quelle muß man jedoch im Auge behalten, daß Graf Bran nicht an allen Besprechungen zwischen Bis: mard und Pfordten teilgenommen hat; man fann daher nicht wissen, ob er alles erfahren hat, mas swischen diesen beiden vorgegangen ift, und kann aus bem Kehlen einzelner von Snbel mitgeteilter Borgange in diefen Aufzeiche nungen nicht ohne weiteres schließen, daß sie nicht stattgefunden haben, zumal da wir nicht wiffen, ob die Aufzeichnungen des Grafen Bran in der Beröffent: lichung aus seinem Nachlaß ohne jede Kurzung und Auslassung abgedruckt worden find. Enbel gibt die Quellen, denen er bei der Darftellung der Ber: bandlungen mit Bapern gefolgt ift, nicht genauer an; man muß aber wohl ans nehmen, daß er im wesentlichen aus mundlichen Mitteilungen Bismarcks schöpfte, da amtliche Prototolle über die mündlich geführten Verhandlungen wohl faum vorhanden sein werden.

Am 9. August abends fand die erste Unterredung zwischen Pfordten und Bismarck statt. Preußen verlangte 20 Millionen Taler Kriegskossenents schädigung, Abtretung eines Teils der Pfalz, womit hessens Darmstadt für Oberhessen entschädigt werden sollte, ferner Kulmbach, hof, Lichtensels, Kissingen, Brückenau und hammelburg. Es wurde also für Preußen fast der ganze nördlich des Main gelegene Teil von Oberfranken und ein erheblicher Teil von Unterfranken gefordert. Dabei erwähnte Bismarck, daß Preußen in Kulmbach eine Festung zu errichten gedenke. Vielleicht wurde auch in dieser ersten Unterredung schon die sosorige Einräumung der Festung Mainz, in der noch baprische Truppen standen, an Preußen gefordert.

Die erfte offizielle Berhandlung fand am 10. August abende fatt. Bis:

<sup>1</sup> Graf Bran, Dentwürdigfeiten S. 101-117.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Dies vermutet Beider, Bom Staatenbund jum Bundesstaat und führt besachtenswerte Gründe dafür an. In der Biographie des damaligen baprischen Ministers E. v. Bomhard, S. 113, die dessen Ausseichnungen benutt hat, wird gesagt, daß nach dem Bericht der Gesandten, der im Ministerrat vom 12. August bessprochen sei, entweder die oben bezeichneten frantischen und pfälzischen Abtretungen oder die Überlassung von Gedietsteilen am Inn an Ofterreich (das dafür ein Teil Österreichischessen an Preußen zu geben habe) von Preußen gesordert worden sei. Daß eine solche Eventualität schon in Nitolsburg zur Sprache gesommen sei, sagt auch Fürst Hohenlohe 1, 312: Österreich habe sich damals zu Abtretungen in Schlessen bereit erklärt, wenn es von Bapern Landstriche am Inn erhalte. Näheres über diese Episode habe ich nirgends gesunden.

mard motivierte die boben Forderungen Preußens mit den großen Opfern bes Rrieges, ben errungenen militärischen Erfolgen und ben baburch erregten hohen Erwartungen der preußischen Nation. Da Baden durch die nabe Verwandtschaft des Großherzogs mit Konig Wilhelm, Sachsen durch Bferreich und Frankreich, heffen Darmftadt und Bürttemberg durch Rufland vor Ges bietsabtretungen geschütt worden seien, so muffe Preußen sich um so mehr an Bapern halten, das feinen fo machtigen Beschützer habe. Auch Banern habe ja in der Zeit Napoleons I. seine friegerischen Erfolge rücksichtslos gur Erweiterung feines Gebietes ausgenüßt. Pfordten wandte dagegen ein, daß Banern muniche, nationale Politif treiben ju fonnen, durch eine fo tief vers legende Mighandlung aber gurudgefloßen werden wurde. Bismard ließ fich bann auf eine Distuffion über die einzelnen geforderten Gebietsteile ein, meinte, auf Kiffingen und Sammelburg tonne man verzichten, die Frage nach der Abtretung eines Teils der Pfalz wolle man zunächst offen laffen (offenbar weil er ichon einen eventuellen Bergicht auf Dberheffen und damit auf die von Banern dafür ju leiftende Entschädigung erwog), ließ dagegen durchbliden, daß der König den Bunfch habe, Bapreuth ju erhalten.1 Um Schluß der Unterredung trat er ploblich mit dem Antrag bervor, daß Banern einen geheimen Bundnisvertrag mit Preugen ichließen moge, der feine Spipe hauptfächlich gegen Frankreich richten follte. Pforden erwiderte darauf. Bapern werde zwar eine nationale Allianz jeder anderen vorziehen; ob es fie aber schließen könne, werde von den Bedingungen des Friedens abhangig fein.

Bis hierher befinden sich die Aufzeichnungen des Grafen Bray in voller Abereinstimmung mit der Darstellung Sybels. Es muß auffallen, daß Bissmard den Bayern feine Mitteilung machte von der am 5. August übergebenen Forderung Benedettis, daß die Rheinpfalz und Rheinhessen an Frankreich überlassen werden sollten, obwohl er durch einen solchen Hinweis vielleicht größere Bereitwilligkeit zum sofortigen Abschluß eines Bündnisses bei ihnen hätte hervorrusen können, da sie ja zum Schuß der Rheinpfalz gegen Frankreich ausschließlich auf preußische Hilse angewiesen waren. Indessen wird man bei näherer Überlegung doch verstehen, warum Bismarch hierüber

<sup>&#</sup>x27; Ich habe schon oben S. 656 f. meine Zweifel daran geäußert, daß die Abtretung von Baprenth wirflich ernstlich ins Auge gefaßt worden ist. Bismard benutte diesen Bunschbes Königs wohl lediglich als Schredmittel, um den Bapern zu zeigen, daß die von ihm aufgestellten Forderungen noch sehr gemäßigte seien im Berhältnis zu dem, was der König eigentlich verlange.

Be konnte fast scheinen, als hatte man sich in Bapern schon mit dem Gedanken vertraut gemacht, die Rheinpfalz überhaupt zu opfern, wenn man dadurch die Integrität des übrigen Gebietes erkaufen konne. Benigstens berichtete der französische Geschäftsträger Lefebvre am 10. August nach Paris, Minister von der Pfordten habe ihm gesagt: "quo la Palatinat btatt la territoire dont la conservation préoccuppait la moins la Bavière. "(harçourt 310.)

schwieg. Verlangte Preußen doch damals noch einen erheblichen Teil der Rheinpfalz von Bapern und konnte ihm also seinen Schutz gerade für dies Gebiet nicht anbieten. Andererseits konnte es die Bapern vielleicht zu einer hinhaltenden und ausweichenden Taktik ermutigen, wenn sie erschuhren, daß möglicherweise der Ausbruch eines Krieges zwischen Franksreich und Preußen unmittelbar bevorstehe.

Eine schwierige Frage ift es ferner, was Bismard mit der Forderung der giemlich ausgedehnten Abtretungen in Oberfranken und Unterfranken eigents lich gewollt habe. Für die Entschädigung Seffen Darmstadte fonnten nur unterfrantische Amter in Frage tommen; ebenso für eine Bergrößerung des in Dreußen einzuverleibenden furhessischen Gebietes; die oberfrantischen Amter aber wurden eine vom übrigen Staatsgebiet Preugens völlig ges trennte Besitzung gebildet haben, deren Erwerbung mit dem früher immer wieder betonten Streben Bismards und des Königs nach einem geschlossenen Staatsgebiet nicht recht vereinbar erscheint. Wir werden in dieser Forderung wohl die Vertretung eines perfönlichen Wunsches des Königs erblicen fonnen, jumal da Bismard ben Banern ja felbst andeutete, daß sein herr auch noch Banreuth zu haben wunsche. Wenigstens berjenige Teil ber alten hobenzollerschen Besitzungen in Franken, der nördlich des Mains lag, und also durch das Rapoleon gegebene Versprechen nicht von der Erwerbung durch Preußen ausgeschlossen war, wurde damit wieder in die Sande der hobensollern gelangt fein. Db Bismard felbit icon bamals nur darauf aus: ging, Banern einzuschüchtern, um es zur Unnahme des Schute und Trutbunde nisses, das er zulett vorschlug, geneigter zu machen, muß zunächst dahins gestellt bleiben. Bon der Tatsache, daß über ein folches Bundnis gleichzeitig mit Bürttemberg und wahrscheinlich doch auch schon mit Baden verhandelt wurde, machte Bismard ben banrischen Bertretern feine Mitteilung.1 Aus ber Untwort Pfordtens tonnte er jedenfalls die hoffnung ichopfen, daß Banern auf ein solches Bundnis eingehen werde, wenn man es bezüglich ber übrigen Friedensbedingungen glimpflich behandle, und man möchte faft glauben, daß er ichon ein festeres Angebot Pfordtens in dieser Richtung auf seine Außerung bin erwartet habe.2

<sup>1</sup> Dem Vertreter Badens wurde vor dem Abschluß des Bündnisses mitgeteilt, daß auch mit Bürttemberg ein gleicher Vertrag vereinbart sei. Bgl. den Bericht Frendorfs vom 16. August bei Lorenz 571.

<sup>\*</sup> Wie weit entfernt Pfordten damals noch von dem Entschluß war, die nationalen Interessen zum Leitstern seiner Politik zu machen, ersieht man daraus, daß er sich unmittels bar nach der ersten Unterredung tief bedrückt durch die hohen Forderungen Preußens an den französischen Geschäftsträger wandte und durch seine Bermittlung die hilse des Kaisers Rapoleon anrief. Bgl. den Bericht Lefdbores bei Harrourt 308f.

In den nächsten Tagen stockten die Verhandlungen. Die bayrischen Sessandten ersuhren erst jeht, wir wissen nicht von wem, von der Gesahr eines Bruches zwischen Frankreich und Preußen, die eine Zeitlang bestanden hatte, aber am 11. August durch die Erslärung Napoleons, daß er seinen Vorschlag als nicht geschehen betrachte, wieder beseitigt wurde. Die Vermutung liegt sehr nahe, daß die Vapern erst jeht dem Bunsche Vismarcks nach einem Schuh; und Trupbündnisse größere Bedeutung beilegten. In der Tat hat erst ein Telegramm Pfordtens vom 12. August dem münchener Ministerium furz die Nachricht von den französischen Forderungen übermittelt und zugleich die Frage gestellt, ob man auf Vismarcks Anregung bezüglich eines engen Vündnisses, die offenbar damit zusammenhänge, näher eingehen solle? Pfordten selbst riet dazu, da Frankreich unzuverlässig sei und ein nationales Vündnis alle Teile befriedigen werde. Der Ministerrat empfahl dem König einstimmig², die Vollmacht hierzu zu erteilen, und darauschin erhielten die Verliner Vertreter erweiterte Instruktionen.

In den Tagen nach dem 10. August hörten die baprischen Vertreter nur durch Savigny, daß Preußen an allen zuerst gestellten Forderungen sesthalte und außerdem die sofortige Einräumung von Mainz verlange. Nach Brays Auszeichnungen wunderten sie sich darüber, daß Savigny von den am 10. August gemachten Einschränkungen Bismarck und von einem eventuellen Verzicht auf Oberhessen und damit auch auf die von Bapern dafür zu leistende Entschädigung gar nichts zu wissen sich muß also in der früheren Unterredung von Bismarck die Möglichteit, daß Preußen auf Oberzhessen doch noch verzichten werde, dirett ausgesprochen worden sein, was aus der früheren Auszeichnung Brays nicht mit Sicherheit zu ersehen war. Die Gesandten waren der Meinung, daß nur eine neue Auszeichnung.

Dem König ließ Bismard über ben Berlauf der Unterredung vom 10. August durch Abeken Bericht erstatten und zwar in dem Sinne, daß Bapern bereit sei, die Abtretung Kulmbachs und ein Schutz und Trutbundnis zuzugestehen. Es kann damit wohl nur der persönliche Eindruck wiedergegeben sein, den Bismard aus der Berhandlung gewonnen hatte; eine ausdrückliche Erstärung in diesem Sinne hatten die baprischen Bertreter jedenfalls nicht gegeben. Abrigens sicht man daraus doch, daß wenigstens der König die Abtretung Kulmbachs anfangs ernstlich ins Auge gefaßt hatte. Bgl. den oben zitierten Brief König Wilhelms an Bismard vom 11. August. Bei König Wilhelm stieß diese Mitteilung auf einiges Mißtrauen, wie die beigefügten Fragezeichen beweisen.

Das Tel. Pfordtens vom 12. August wortlich bei E. v. Bombard 113.

Der Grund lag wohl darin, daß der Ronig feine Zustimmung zu dem Berzicht auf Oberscheffen noch nicht gegeben hatte; Bismard tonnte alfo wohl auf seine eigene Berantwortung bin im sondierenden Gespräch andeuten, daß er den Konig hierzu noch zu bewegen hoffe, aber unmöglich Savigny dabin instruieren, daß er auf Grund einer solchen Voraudsetzung formlich verbandeln burfe.

sprache mit Bismarck selbst Klarheit schaffen könne und suchten um eine solche nach.

Inzwischen war am 13. August der Vertrag mit Württemberg abgeschlossen worden; ob die baprischen Vertreter jest von der gleichzeitigen Vereinbarung eines Schuss und Trusbündnisses von einem der Beteiligten etwas erfahren haben, wissen wir nicht.

Am 15. August erschien Bismard bei Pfordten unmittelbar nach einem unter Vorsit des Königs abgehaltenen Ministerrat. Rach den Ansgaben, die Bismard selbst ihm machte, war es in dieser Beratung gerade wegen der Bayern zu gewährenden Bedingungen zu sehr hefstigen Auseinandersehungen zwischen dem König und dem Minister gestommen; er habe seinem Herrn Dinge gesagt, wie nie im Beisein anderer; außerdem teilte Bismard mit, daß der Verzicht auf Oberhessen jest besschlossen worden sei.

Aber die Vorgange in diesem Ministerrat wissen wir außer dieser Une deutung Bismards gar nichts. Der Verzicht auf Oberhessen, den Bismard, wie wir wissen, schon längere Zeit erwog, ist also hier erst endaultig bes schlossen und wahrscheinlich vom König nur sehr ungern zugestanden worden. der hierin eine weitere Verfümmerung der, wie es schien, durch den Rifols; burger Prieden bereits gesicherten Erfolge erblicken mußte. Es ist leicht bes greiflich, daß in ihm durch den Bergicht auf Oberhessen die Neigung erweckt wurde, womöglich noch größere dirette Abtretungen von Banern ju fordern, um einen Ersat für den entgangenen Gewinn zu erhalten. Reinenfalls aber ließ sich annehmen, daß er jest eher geneigt sein werde als früher, die bis; herigen Forderungen ju ermäßigen oder gang fallen ju laffen. Go blieben denn die Forderungen, die in dem Ministerrat des 15. August aufgestellt wurden, noch beträchtlich genug. Preußen bestand nach wie vor auf der Abtretung eines großen Teiles von Oberfranten mit Rulmbach und einiger Teile von Unterfranten, die an heffen Darmftadt als Entschädigung für Hessenshomburg gegeben werden sollten.

Von dem früher bereits in Anregung gebrachten Schutz und Trutbündz nis scheint am 15. August zwischen Bismard und Pfordten nicht weiter die Rede gewesen zu sein; wenigstens notiert Graf Bran, der allerdings diesem Gespräch nicht beigewohnt hat, aber wohl durch Pfordten von dem Inhalte unterrichtet sein wird, es scheine jeht, nachdem die Spannung mit

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Aus den Berichten Savignys muß Bismard die Überzeugung gewonnen haben, daß Bapern noch nicht so weit eingeschüchtert sei, wie er es wünschte; denn er schrieb am 14. August an Woltke, die Verhandlungen mit Bapern hätten noch keinen entsprechenden Fortgang gewonnen und es wäre daher eine militärische Demonstration Bapern gegenüber ihm gerade jest erwünscht.

Frantreich sich friedlich gelöst habe, von preußischer Seite auf ein solches Bündnis weniger Wert gelegt zu werden als früher.

Am 16. August konferierte Bismard von neuem mit den beiden baprischen Bertretern und brachte nun die im Kronrat festgestellten Forderungen, die er bereits vertraulich mitgeteilt hatte, ofstiell zur Verhandlung. Die Bapern erhoben gegen die Größe der verlangten Abtretungen starken Widerspruch und boten anstatt eines Territoriums mit etwa 300000 Einwohnern, wie es gefordert wurde, nur ein solches mit 198000 Einwohnern an. Man geslangte an diesem Tage zu teiner Einigung, und am 17. gingen die Bessprechungen weiter. In ihrem Verlauf kam nach Brays Angaben herr von der Pfordten, also nicht Bismard, von neuem auf die Idee eines Bündsnisses zurüch, und sprach die Hoffnung aus, daß beim Abschluß eines dersartigen Bündnisses von preußischer Seite auf Gebietsabtretungen verzichtet und die Kriegskontribution von 30 auf 25 Millionen herabgesest werden würde. Was Bismard darauf erwidert hat, sagt Graf Bray leider nicht.

Am 18. August fand nur am Abend eine Besprechung zwischen Herrn von Savigny und den bayrischen Vertretern statt, in deren Verlauf jener die Forderung Preußens durch Fortlassung des Bezirks Wunsiedel um etwa 75 000 Einwohner ermäßigte. Bon der abzuschließenden geheimen Allianz wurde in dieser Unterredung auch gesprochen; aber Savigny betonte, daß der König daneben eine Gebietsabtretung verlange; er bezeichnete dabei das Verlangen seines Herrn nach Rulmbach als ehemaligem Besig seiner Familie als das Haupthindernis für die Einigung. Es scheint darin wieder eine Andeutung zu liegen, daß Herr von Savigny, und also wohl auch Bismarck, dies Festhalten des Königs an größeren Abtretungen bedauerten, und selbst gern bereit gewesen wären, Bayern beim Abschluß des Bündnisses ohne eine Gebietsabtretung davonkommen zu lassen.

An dem gleichen Tage wurde dem Minister von der Pfordten, wie Bray berichtet, ein von unbekannter hand mit Bleistift geschriebener Zettel über; geben, welcher lautete: "Empfehlung, statt aller Gebietsabtretung die volle Kontribution von 25 Millionen Gulden und Bündnis gegen das Aus; land anzubieten. Dieses Billet zu vernichten bittet ein Freund." Leider sagt

¹ In dieser Unterredung muß Bismard auch von neuem das Berlangen geäußert haben, Bapern möge sofort die Bundesfestung Mainz an Preußen übergeben lassen; Pfordten erklärte darauf, Bapern könne über Mainz nicht verfügen, da dort nur 2000 Bapern, aber 9000 hessen und 1500 Nassauer ständen. Bismard hielt diese Angaden über die Zahl der hessischen Truppen für übertrieben und meinte dem König gegenüber, es lasse sich schwerbeurteilen, wieviel baprischer böser Wille bei der Sache sei. Unter diesen Umständen erbat er einen königlichen Besehl, daß eine möglichst starte Truppenmacht von der Main-Armee auf dem rechten Rheinufer in der Richtung auf Mainz dirigiert werde. (Bismard an den König 15. August.)

uns Graf Bran nicht, ob dieser Zettel vor oder nach der Unterredung mit Savignn übergeben wurde. Wahrscheinlich doch nachher.

Es scheint mir unzweiselhaft, daß diese Mitteilung von Bismarck selbst veranlaßt war. Sie konnte nur von jemand herrühren, der über den augenblicklichen Stand der Verhandlungen genau unterrichtet war; und auch die Art, wie Bismarck die nächste Verhandlung durch das Andieten einer "Friedenspfeise" eröffnete, deutet doch darauf hin, daß er bei den Bayern die Kenntnis von der neueröffneten Möglichkeit eines sie befriedigenden Abstommens vorausseite.

Wir müssen uns also fragen, was sich zwischen dem 17. und 18. August ereignet hat, daß es Bismark möglich erschien, jest auf Bedingungen abzuschließen, die Savign noch am 17. unter ausdrücklicher Berufung auf den Willen des Königs zurückgewiesen hatte. Nun besitzen wir einen Brief König Wilhelms an Bismark vom 18. August, in welchem er sich nach dem Stande der Verhandlungen mit Bapern erkundigt.<sup>2</sup> "Savigny wollte mir seine, wie es scheint, abweichende Ansicht wegen Kulmbach vortragen; ich war aber zu matt zu einer Diskussion und bestellte ihn zu morgen, was aber zu spät sein möchte, da am 22. der Wassenstillstand mit Bapern abläuft." Er fragt dann noch, ob nicht der Herzog von Koburg ein Stückhen von Bapern ershalten könne, wie der Kronprinz dies schon in Nikolsburg vorgeschlagen habe. Den gesternersolgten Abschluß mit Baden habe er ersahren, ohne vorher von dem Sang der Unterhandlungen etwas zu wissen. "Ich wünsche daher täglich, nun von den Verhandlungen mit Bapern und Darmstadt unterrichtet zu sein."

Danach hat also Savigny infolge der am 17. gewonnenen Eindrücke den König am 18. bestimmen wollen, auf Kulmbach zu verzichten; der König hat die Diskussion darüber abgelehnt und ist offenbar in dem Augenblicke, wo er den Briefschreibt, noch keineswegs geneigt, diesem Bunsch zu entsprechen. Sein Verlangen nachträglicher Berichterstattung scheint die Befürchtung anzudeuten, daß vielleicht von Bismarck und Savigny Auges

<sup>1</sup> Höchst auffallend ist es, daß in diesem Zettel den Bapern etwas empsohlen wird, was sie selbst schon wenige Tage vorher angeboten hatten, ohne damit Entgegenkommen zu sinden. Die Erklärung kann doch wohl nur darin liegen, daß Bismard diese Anregung zurüdweisen mußte, solange er nicht hossen konite, die Zustimmung des Königs zu einem derartigen Abkommen zu gewinnen. Da er aber nach seiner eigenen Angabe am 18. den König für diese Jdee gewonnen zu haben glaubte, so war es ihm jetzt erwünscht, wenn Bapern diesen früher von ihm selbst gemachten Borschlag jetzt von sich aus vorbringe. Offens bar legte er Wert darauf, daß der Abschluß des Bündnisses nicht als eine von Preußen ges sorderte, von Bapern nur ungern zugestandene Bedingung des Friedens erscheine, sondern als ein freiwilliges Angebot Baperns. Er befolgte dabei die gleiche Taktit wie im Jahre 1870, als es sich um den Eintritt Baperns in das Deutsche Reich handelte.

<sup>2</sup> Anhang ju Bismards Ged. u. Erinn. 1, S. 156.

ständnisse gemacht wurden, die er nicht billigte. Erft nach Empfang dieses Briefes ideint Bismard eine Besprechung mit dem Konig gehabt zu haben. da er am 20. ju Pfordten fagte, er habe vor zwei Tagen gehofft, den Rönig für feine Anschauung gewonnen zu haben. Rach dieser Unterredung wird er wohl die Absendung jenes Zettels an die banrischen Bevollmächtigten ver: anlagt haben. Auch die Argumente, durch die er den König jum Nachgeben bestimmte, lassen sich wenigstens vermuten. Gerade am 18. August nahmen die Berhandlungen mit Offerreich in Drag eine fehr unangenehme Bendung, da dieses sich weigerte, die italienischen Forderungen über die Teilung der auf Benetien lastenden Staatsschuld anzunehmen. Es erschien also noch immer nicht als sicher, ob der definitive Friede wirklich zustande kommen werde; mußte aber der Krieg weiter geben, so war es natürlich von hobem Bert, dabei Bagern unter den Berbundeten und nicht unter den Feinden Preußens zu haben. Rach Bismards Außerungen gegenüber den Banern hatte dann am folgenden Tage eine Intrigue des Ministers von Schleinig den König bewogen, noch einmal auf seine Forderung bezüglich Kulmbachs gurudzukommen. Bismard felbst hatte offenbar feine Gelegenheit gehabt, vor der neuen Ronfereng mit den Banern mit dem König noch einmal darüber zu sprechen.

Bei den banrischen Vertretern hatte der Verlauf der Besprechung vom 18. August den Eindruck hinterlaffen, daß man fie doch ju größeren Opfern zwingen wollte, als fie für billig hielten und Pfordten tat nun den febr auffallenden Schritt, daß er noch einmal durch die frangofische Botschaft in Berlin die Silfe des Raifers Napoleon jur Erlangung befferer Bedingungen anrief. Er hatte aber von Paris noch feine Antwort erhalten, als die ente scheidende Besprechung am 20. August I Uhr mittags flattfand. Nachdem man anfangs noch über die Einzelheiten der Abtretungen debattiert hatte, trat von der Pfordten mit der Frage hervor, ob nicht auf die Gebietsab: tretung verzichtet werden fonne, wenn Banern das Schutz und Trugbundnis schließe; auch eine Erhöhung der Kontribution ftellte er als möglich bin. Bismard erwiderte, daß er perfonlich dafür fei, und führte unter Erwähnung der oben bereits mitgeteilten Details aus, daß der Ronig perfonlichen Ges fühlen ju fart Rechnung trage, und durchaus die Rolle der Remesis spielen wolle; er, der Minister, habe aber Politit zu treiben und bleibe daber bei feinem Projett; er schlage vor, daß Bayern 30 Millionen Rriegstoffen gable und einige unbedeutende Abtretungen in der Form einer Grengregulierung mache, und daß daneben das Schutz und Trutbundnis geschloffen werbe. Die Banern ertfarten fich damit einverftanden', und Biemard übernahm es,

Pforden fragte am 20. August (vernutlich vor der Unterredung mit Bismard) telegraphisch in Munchen an, ob er bas Schutz und Trubbandnie auch dann unters

die Genehmigung des Königs zu den getroffenen Abmachungen herbeizus führen. In der Tat war Bismard um  $4^1/_2$  Uhr zum Vortrag beim König; um 6 Uhr kam er zu Pfordten zurück und erklärte ihm, daß sein Vorschlag mit geringen Veränderungen nach zweistündigem Kampf vom König gesnehmigt worden sei.

Bekanntlich hat an dem gleichen 20. August Benedetti einen neuen Antrag auf Abtretung deutschen Gebietes an Frankreich bei Bismard gestellt. Es handelte fich diesmal allerdings um fleinere Stude als 14 Tage früher, im wesentlichen um Landau und das preußische Saartohlengebiet, und es wurde von seiten Frankreichs die weitere Möglichkeit jur Diskussion gestellt, ob nicht Preußen den Franzosen auch zur Erwerbung von Belgien und Lurem: burg behilflich fein wolle, wenn es dafür freie hand zur Ausdehnung feines Einflusses auf Süddeutschland erhalte. Es ware natürlich sehr wichtig, ju wissen, ob Bismark diese neuen frangosischen Zumutungen ichon erhalten hatte, als er mit den Banern verhandelte und dem Ronig Vortrag bielt: uns ift aber die Stunde von Benedettis Unterredung mit Bismard nicht befannt. Indessen erscheint der Tag von I Uhr an so ausgefüllt, daß die Bermutung eher dafür fpricht, daß diese Unterredung am Bormittag fatte gefunden hat1; es ware dann auch leicht begreiflich, wie Bismard sich den Bapern gegenüber binden fonnte, und sogar erflären, daß er die Rabinetts; frage stellen werde, bevor er noch der Zustimmung des Königs sicher war; er glaubte eben bestimmt darauf rechnen ju durfen, daß angesichts diefer neuen frangösischen Einmischung und der daraus möglicherweise erwachsenden Gefahren der König jur Aufgabe feiner Ansprüche ju bestimmen sein werde. In der Tat wird er wohl durch den hinweis auf die hier drohenden neuen Berwicklungen das Widerstreben des Königs besiegt haben.

An demselben Tage, aber offenbar vor der Anmeldung der französischen Forderungen und auch vor der Konferenz mit den Bapern, schickte Bismarck an Golz die Mitteilung<sup>2</sup>, die Verhandlungen mit Bapern schwebten noch; er selbst wünsche, daß man sich mit Geldzahlungen begnüge, während der König eine Abtretung des Distriktes rechts vom Ober-Main, Kulmbach, hof, Krosnach, Wunsiedel enthaltend, verlange. Bapern werde sich zu jeder der beiden

zeichnen dürfe, wenn gleichzeitig Gebietsabtretungen verlangt würden? Auf Borschlag bes Ministerrats erteilte der König im Laufe des Tages auch hierzu seine Genehmigung, die abends telegraphisch nach Berlin gemeldet wurde. (E. v. Bomhard 113 f.) Inszwischen hatte aber Bismarck schon auf die Gebietsabtretung, die also zu haben gewesen wäre, verzichtet.

<sup>1</sup> Umgekehrt nimmt Sybel, S. 407 an, daß unmittelbar vor Benedettis Mitteilung der Bertrag mit Bayern abgeschlossen sei. Eine Quelle gibt er nicht an, und es liegt wahrscheins lich nur eine Bermutung von ihm vor.

<sup>2</sup> Poststriptum ju dem Erlaß an Golg vom 20. August.

Leistungen alternativ verstehen; er befürchte aber, daß die Abtretung eines 150—200000 Seelen enthaltenden Territoriums eine dauernde Berstimmung in Bapern hinterlassen werde, welche bei den Absichten Frankreichs, auf die man troß der Jusicherungen des Kaisers nach Benedettis Haltung gefaßt sein müsse, seiner Ansicht nach zu vermeiden wäre. Man sieht auch daraus, daß Bismard die Schonung Baperns wesentlich unter dem Gesichtspunkte eines fünstigen gemeinsamen Krieges gegen Frankreich befürwortet hat. Dieses Argument mußte natürlich noch viel stärker wirken, nachdem die von Bismard bereits befürchtete neue Forderung Frankreichs wirklich überreicht worden war.

Mit der Genehmigung des Königs war die lette ernstliche Schwierigkeit für den Abschluß des Vertrages mit Bapern beseitigt; am 21. August fand Die endgültige Redaktion der Berträge fatt, am 22. die Unterzeichnung. In einer der letten Besprechungen muß jedoch noch ein weiterer Dunkt berührt worden fein, obwohl die Aufzeichnungen des Grafen Bran und die Dar: ftellung Enbels nichts bavon enthalten. Als nämlich Anfang September Graf Bran gur Auswechslung der Ratifikationen nochmals nach Berlin kam, hatte er eine Besprechung mit Savigny, in der nach Erledigung vers ichiedener nebenfächlicher Puntte auch die Frage gur Erörterung fam, ob nicht an König Bilhelm die Burg von Nürnberg, die alte Residenz seiner Borfahren, abgetreten werden folle. Bran ichreibt bierüber in feinen Aufzeichnungen1: "Der Angelegenheit ber Burg zu Rurnberg war von meiner Seite absichtlich feine Erwähnung geschehen und ebensowenig von dem hierauf bezüglichen Schreiben S. M. des Königs. Allein taum waren die Erflärungen über die Ratifitationen des Friedensvertrages ausgetauscht, als von Savignn felbst diesen Gegenstand jur Sprache brachte. Ich entgegnete, daß sich bes

<sup>1</sup> An Diefer Stelle mochte ich gang turg noch auf Die an fich ja nicht fehr wichtige Frage eingeben, wann wohl die von Spbel 396 und von Bismard felbft in verschiedenen Ers jahlungen gefchilderte Szene flattgefunden bat. Rach diefen Berichten foll im Laufe der Berhandlungen Bismard bem baprifchen Minister Die frangofischen Rompensationsfordes rungen und ihre Ablehnung mitgeteilt und jugleich gefragt haben, ob Bagern in einem funftigen Rampfe gegen auswärtige Feinde feft mit Preugen ale Deutscher mit bem Deutschen jufammenfteben wolle; er habe jugleich angedeutet, daß in diefem Falle auf Bebie Babtretungen gang oder wenigstens faft gang vergichtet werden tonne. Darauf hatten fich beide Manner umarmt, und es feien nun alle hinderniffe für das Buftandetommen des Bertrages befeitigt gemefen. Graf Bray erwähnt hiervon in feinen Aufzeichnungen gar nichts. Loreng bat biefe Sjene auf Grund einer Ergablung Bismards nach Ritoleburg verlegt, und Ruville ift ihm barin gefolgt. Daß bies gang unmöglich ift, bat bereits R. A. von Muller, Bapern im Jahre 1866 und die Berufung des Fürften Sobeniobe 5. 278f. mit jutreffenden Grunden erwiefen. Dan fann m. E. nur annehmen, daß Die Umarmung in ber Befprechung vom 20. August fattfand, bei ber Bray nicht jugegen war. Bang unbeflimmt bleibt es auch, mann Pfordten feine Rorrefpondeng mit Frankreich Biss mard vorgelegt und biefer fle ale unverfanglich anertannt bat. (Onbel 391.)

züglich desselben eine Schwierigkeit ergeben habe, welche, in der Natur der Sache liegend, der freundschaftlichen Absicht S. M. des Königs unerwartete Schranken sehe. Sichtlich betroffen bemerkte Savigny, daß es tief zu bedauern sein würde, wenn eine Angelegenheit, auf welche der König Wilhelm persönlich den größten Wert lege und die ihm unendlich am Herzen liege, auf ernstliche Hindernisse stoßen sollte. Es sei sehr zu befürchten, daß dadurch die neubes gründeten guten Dispositionen einen gänzlichen Umschlag erleiden würden, und ein Gefühl der Kränkung und Enttäuschung an ihre Stelle treten würde."

Aus diesen Worten geht deutlich hervor, daß diese Angelegenheit, die Bray absichtlich nicht berührt, und nach der Savignn sofort fragt, bereits bei der erften Anwesenheit der banrischen Bertreter in Berlin Gegenstand ber Bere bandlung gewesen sein muß. Es ift deutlich, daß man damals verabe redet hatte, König Ludwig solle - als Ersat dafür, daß Rulmbach nicht preußisch wurde — dem König Wilhelm diese alte Burg seiner Bater als Ges schenk anbieten. Da Savigny im weiteren Verlauf der Unterredung die dirette Frage stellte, ob Graf Bran ein Sandschreiben des Königs Ludwig in diefer Angelegenheit mitgebracht habe, fo muß auch bereits früher ver: abredet sein, daß das Angebot in dieser Form erfolgen solle. Auch von wem die Unregung dazu ausgegangen ift, läßt fich mit Sicherheit feststellen. Es wird mehrfach betont, daß König Wilhelm felbst den größten Wert auf diese Erwerbung lege, und schwer enttäuscht sein werde, wenn das Angebot nicht erfolge. Daraus läßt fich der Schluß gieben, daß die gange Sache von preußischer Seite angeregt worden ift. Offenbar war es Bismarck Idee, daß dem König der Bergicht auf Rulmbach hierdurch erleichtert werden solle. Wenigstens eine kleine Befriedigung sollte seinem Verlangen nach der Wieders gewinnung der alten hohenzollernschen Besitzungen in Franken zu teil werden. Die banrischen Vertreter können auch aus dem Grunde die Sache nicht gut angeregt haben, weil sie, wie sich bei ihrer Rückehr nach München herausstellte, über die dabei in Betracht fommenden rechtlichen Fragen gar nicht informiert waren; ihnen ift offenbar die Zumutung überraschend gekommen; sie haben aber, vielleicht nach vorheriger telegraphischer Erfundigung bei ihrem König, eine entsprechende Zusicherung gegeben, und die preußischen Unterhändler warteten nun gespannt darauf, ob diese Zusage eingelöst werden wurde. Daß Bismard diesen Schritt des Königs von Bagern seinem herrn bestimmt in Aussicht stellen konnte, hat es ihm wahrscheinlich erleichtert, deffen Zu stimmung zu dem banrischen Vertrag zu erlangen.

Die Schwierigkeit, die sich nun nachträglich herausgeskellt hatte, bestand darin, daß die Burg nicht persönliches Privateigentum König Ludwigs, sondern baprisches Staatseigentum war, und daher ohne Zustimmung des Landtags nicht über sie verfügt werden konnte. Aus begreiflichen Gründen

hielt manes aber nicht für angebracht, in der bayrischen Kammer über diese Frage bebattieren und abstimmen zu lassen. Dagegen hielt manes in Bayern für mögelich, daß König Ludwig ohne Zuziehung des Landtags dem König Wilhelm den ges meinschaftlichen Besit der Burg anbiete, und in diesem Sinne war das Schreiben abgefaßt, welches Bray mitgebracht hatte, aber erst überreichte, nachdem er sich aus den Außerungen Savignys und Bismarcks davon überzeugt hatte, daß von seiten des preußischen Königs fein Wert auf die vollständig freie Verfügung über das Schloß gelegt werde, sondern es ihm nur darauf ankomme, bei gelegente licher Anwesenheit in dieser Burg als seinem Eigentum wohnen zu können.

So lautet die baprische Darstellung. Man kann jedoch nicht recht verstehen, warum König Ludwig, wenn er das Recht hatte, ohne Befragung des Landstags das Miteigentum an der Burg einem Dritten zu übertragen, nicht auch das volle Eigentum an König Wilhelm hätte überlassen können. Offens bar war diese ganze rechtliche Deduktion nur ein Vorwand; in Wahrheit befürchtete man in Bapern, daß der König von Preußen sich auf der Nürnsberger Burg als Landesherr betrachten, daß hier also mitten im baprischen Lande eine preußische Enklave entstehen würde. Das wollte man auf jeden Fall verhindern; nur ein Wohnungsrecht, das zu einseitigen Verfügungen nicht berechtigte, wollte man dem König Wilhelm einräumen. Daß man auch dies ungern tat, und nur deshalb, weil Preußen durchaus darauf bestand, und die Zusage früher schon gegeben war, geht aus den Anszeichnungen Brays hervor, der deutlich sein Bedauern ausdrückt, daß es "untunlich war, diese Angelegenheit ganz rückgängig zu machen".

Das wesentliche Ergebnis dieser Untersuchung über den Abschluß der Verträge mit den süddeutschen Staaten erblicke ich darin, daß wir nun die Entstehung der für den späteren Verlauf der Dinge so überaus wichtigen Schutz und Trutbundz nisse besser zu verstehen vermögen. Sie hängen unzweiselhaft aufs engste mit der französischen Kompensationsforderung zusammen. Durch sie fühlte sich Bisz march seiner früheren Zusagen entbunden und zugleich verpflichtet, den einzigen Augenblick zu benutzen, wo es noch möglich war, sich die militärische Verfügung über die Streitträfte der süddeutschen Staaten für den Notfall zu sichern.

<sup>3 6. 112</sup>f.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Die Berhandlungen mit Sachsen, die ja nicht von berselben grundlegenden Bedeutung gewesen sind, wie die mit den süddeutschen Staaten, lasse ich hier außer Betracht, da mir neues Material dafür nicht vorgelegen hat. Die Ungaben von Friesens (Erinnerungen 2, 231 f.) bedürfen dringend der Kontrolle und Ergänzung durch das bisher nicht zugängliche preußische Material. Sicher ist, daß der König und Bismard anfangs eine viel schärfere militärische Unterordnung Sachsens wünschten, als sie später vereinbart wurde; darüber läßt die Instruktion, die am 7. August dem General von Manteussel nach Petersburg mitzgegeben wurde, feinen Zweisel. Es sollte danach die preußische Militärgesetzgebung auf Sachsen Unwendung sinden, die Rekrutierung für die preußische Armee in Sachsen statts

Ergebnis.

Man fonnte ja die Frage aufwerfen, ob Bismard unter biefen Umffanden nicht noch einen Schritt weiter hatte geben und auf das wenige Wochen früher von Bürttemberg, Baden und heffen gemachte Anerbieten ihres vollen Eine tritts in den Rorddeutschen Bund hatte jurudgreifen tonnen. Db er dies erwogen hat, wiffen wir nicht; jedenfalls mußten die im Praliminarfrieben Siterreich gegenüber festgelegten Berpflichtungen bagegen sprechen; ebenso mußte es febr zweifelhaft erscheinen, ob Banern fich zu dem gleichen Schritte bereit finden laffen werde, und ob es ratfam fei, Bayern allein außerhalb bes Bundes ju laffen. Endlich wiffen wir, daß es Bismards eigenen Bunschen und der gangen bisberigen Richtung seiner Volitit entsprach, gunächst nur eine engere Einigung Norddeutschlands herbeiguführen. Schutz und Trugbundniffe und die Erneuerung des Zollvereins murde ja ber wesentlichste Teil der Beziehungen, die vor 1866 zwischen dem Norden und Guden bestanden hatte, aufrechterhalten; ja, es wurde durch den preußis ichen Oberbefehl im Rriegsfall eine ftarfere Garantie für die Berteidigung bes deutschen Gesamtgebietes geschaffen, als sie der alte Bund mit seiner bochft unvolltommenen Kriegsverfassung jemals hatte bieten konnen.

Jedenfalls wird man aber sagen dürfen, daß die französische Kompenssationsforderung eine außerordentlich heilsame Wirkung auf die weitere Entswicklung Deutschlands ausgeübt hat. Sie hat nicht nur dazu beigetragen, das Mißtrauen der süddeutschen Staaten gegen die französische Ländergier hervorzurusen und ihnen zum Bewußtsein zu bringen, daß sie einen wirtssamen Schuß für ihren Besigstand nur bei Preußen sinden könnten, sondern sie hat auch den entscheidenden Anstoß und die Möglichteit zum Abschluß jener Verträge gegeben, ohne welche die Haltung dieser Staaten beim Ausschruche des Krieges von 1870 doch vielleicht eine andere gewesen sein würde.

finden, die ausgehobenen Mannschaften dem König den Fahneneid leisten, und preußische Truppen im Königreich Sachsen nach Belieben des Königs von Preußen garnisonieren. Der russische Kaiser hielt Manteusfel gegenüber mit dem Bedenken nicht zurück, daß hierdurch die Souveränität des Königs von Sachsen fast völlig beseitigt werden würde. Es muß dahins gestellt bleiben, ob seine Einwände für die weitere Entwicklung der Dinge von Bedeutung gewesen sind. Übrigens hatte schon Moltke in einem Schreiben an Bismarck vom 6. August geäußert, es dürfte sehr schwer werden, Sachsen derartigen militärischen Bedingungen zu unterwerfen, wie Besetzung des Landes durch preußische Truppen, da hierdurch die Selbsständigkeit desselben fattisch aufgehoben werde. Dagegen möchte sich wohl erreichen lassen, daß Oresden unter Mitbesatungsrecht als Festung konserviert bliebe, und würde eine preußische Garnison dort das künstige Abhängigkeitsverhältnis Sachsens genugsam konsstateren. Für eine kräftige Offensive nach Böhmen bilde Oresden den wünschenss wertesten Ausgangspunkt, während die aus Böhmen nach Görlist und aus Oberfranken nach Leipzig führenden Bahnen durch Zerstörung der sehr bedeutenden Viadukte mit Leichtigkeit für lange Zeit unschälich gemacht werden könnten.

### Register.

Abeten, heinrich, preuß. Diplomat 619. 624. 635. 643. 6451. 650. 6981. 699. 7121.

Adalbert, Pring von Preußen 273.

Adolf, Herzog v. Rassau 214, 221, 34, 48 f. 62, 5341, 6611.

Albert, Pringgemahl von England 823. 4. 1812.

Albrecht, Ergherzog v. Ofterreich 493.

Mlerander II., Kaifer v. Rufland 4381. 539 661. 687-697. 701. 706. 708. 7201.

Alvensleben, Graf Albrecht, preuß. Staatsmann 59. 218.

Anna, Landgrafin v. heffen, geb. Pringeffin v. Preugen 5341. 547.

Mrndt, Ernft Moris 208.

Arnim, harry v., preuß. Gefandter in Rom 5301.

Arnim, heinrich Alexander v., preuß. Ges fandter in Paris, Minister des Ausw. März bis Juli 1848 31. 512. 57. 59 f. 64. 69 f. 71. 72. 74. 872. 881. 90. 103. 106. 107. 1101. 251. 269.

Arnim, Malwine v., Schwester Bismards 4911.

Arnim: Bongenburg, Abolf heinrich, Graf v., preug. Ministerprafibent Marg 1848 59. 72. 4571.

Arnims heinrichsborff, heinrich Frieds rich Graf v., preuß. Gefandter in Wien, Minister bes Ausw. Februar bis April 1848 197 f. 199. 208 f. 227. 230. 233°, 234. 235°, 236°. 355. 381. 387.

Muerswald, Rudolf v., preuß. Minister Juni bis September 1848 106 °, 107, 1201, 124 f. 265, 284,

Mugufta, Pringeffin von Preugen, fpatere beutiche Raiferin 175°. 219. 284. 414. 458'.

Avet, Graf b', italien. Militärbevolls mächtigter in Berlin 6671. 6681. 6711.

Bamberg, preuß. Generalfonful in Paris 5321.

Barral, Graf, italien. Gefandter in Berlin 5591. 634. 637. 644. 670. 672. 673. 6751. 676. 679. 683. 685.

Baffermann, Friedrich, badifcher Parlas mentarier 17 f. 133-136. 276 f. 300 f.

Bants, Synditus 276.

Bande, Baron, frangof. Geschäftsträger 438. Bederath, hermann v., Neichsminister 1848, 1023, 124 f. 1313, 208, 229, 234 f. 241. 361, 387.

Belcastel, Baron, frangof. Geschäftes, trager 4751.

Below, v., auf Hohendorf 4941. 4981. 4991. Benedetti, franz. Botschafter in Berlin 3942. 3984. 4024. 4054. 4121. 413. 4251.

426 f. 428 f. 446, 452, 455<sup>1</sup>, 458—468, 472<sup>1</sup>, 514, 562, 568, 577, 578<sup>1</sup> 584<sup>1</sup>, 592, 594—605, 606, 610, 611, 612<sup>1</sup>, 614, 615, 618, 631—635, 637, 640, 642, 644, 648, 650, 656, 663, 673<sup>1</sup>, 679, 702, 704, 705, 706, 717, 718,

Bennigsen, Graf v., hannov. Minister 267. 353.

Bennigsen, Audolf v., hannov. Parlas mentarier 6541.

Bernhard, herzog von Sachfens Meiningen 534, 547.

Bernhardi, Theodor v. 4911, 5501, 563, 6661.

Bernstorff, Albrecht Graf v., preuß. Staatsmann 1111, 1221, 125, 1281, 130, 1601, 162 f. 166, 1681, 1781, 182 f. 195, 1962, 1971, 2094, 211, 2351, 314, 323,

Die fett gedrudten Zahlen bezeichnen Schriftfide, beren Berfaffer Die betreffende Perfonlichfeit ift, und die im Bortlaut abgedrudt find.

325, 329, **331**, **334**, 343, 354, 371, 401<sup>1</sup>, 412<sup>1</sup>, 465<sup>1</sup>, 468<sup>1</sup>, 495<sup>1</sup>, 499<sup>1</sup>, 504<sup>1</sup>, 510<sup>1</sup>, 555, 563, 568<sup>1</sup>, 590, 687, 690, 695, 705.

Befeler, Georg, Mitglied des Frankfurter Parlaments 1262. 218.

Beuft, Frhr. v., fächfischer Minister 4381. 439. 4401. 4411. 466. 512. 5841. 6391.

Biegeleben, Frhr. v., offerr. Diplomat 4051, 4381, 439.

Bismard, Bernhard v., Bruder Ottos 482. 484.

Bismard, Johanna v., Gemahlin Ottos 483. 4951. 551.

Bismard, Otto v. 12<sup>2</sup>. 13<sup>4</sup>. 137. 184. 211. 239. 244. Beziehungen zu Napoleon III. 391—478. Stellung zur beutschen Frage bis 1866 481—525. 526. 527. 529. Leile nahme an den Friedensverhandlungen 1866 533—560. 563. 564. 565. 567. 568. 569. 571. 574. 575. 576. 578. 580—588. 592—663. 667. 668. 670—685. 689. 692—697. 699. 700—720.

Blome, Graf, österreich. Gefandter in München 436. 438.

Blumenthal, v., preuß. General 636. 6371. Bodelberg, v., preuß. Gefandter in Darms fabt 232. 34. 512.

Boddien, v., Adjutant Friedrich Bils helms IV. 1443, 285, 300.

Bodelfchwingh, Karl v., preuß. Minister 26 f. 30. 38, 41 f. 44, 54, 58, 2002.

Bonin, v., preug. General 273, 301.

Bray: Steinburg, Otto Graf v., bayer. Minifter 1221, 265, 268, 709-720.

Brandenburg, Graf v., preuß. General und Ministerpräsident 129 f. 137. 140. 1421. 147 f. 1671. 1741. 175 f. 1811. 1981. 200. 2081. 210 f. 213. 2141. 218 f. 2201. 2241. 235. 246 f. 274. 275. 276. 277. 279. 310. 356. 360. 366. 372. 384. 385.

Brenner, Baron v., öfferr. Diplomat 1911. 349. 353.

Brühl, Graf v., preuß. Diplomat 154 f. 1581, 1621, 163 f. 166 f. 169, 174, 176, 178, 196, 2821, 316, 319, 326.

Bucher, Lothar, preuß. Geh. Legationsrat 5321.

Budberg, Baron b., ruffifcher Gefandter in Paris 562, 567.

Balow, v., preuß. Seh. Legationsrat 366. Balow, Graf v., preuß. Unterftaatsse fretär des Ausw. 107. 1181. 130. 132 f. 139. 148 f. 155 f. 1601. 1611. 1661. 1681. 169. 170. 171 f. 174. 177. 1791. 1801. 181 f. 1831. 1901. 1941. 195. 196 f. 198. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 285. 286. 300. 309. 310. 311. 313. 318. 319. 323. 325. 328. 330. 334. 337. 342. 349. 350. 353. 354. 355. 357. 367. 372 f.

Bunfen, Christian Rarl Josias v., prenß. Gefandter in London 14, 103, 1051, 118, 119 f. 127, 141 f. 1671, 172, 174 f. 178 f. 1961, 1971, 198 f. 2161, 2201, 233, 238, 272 f. 281, 286, 300, 311, 318, 328 f. 330, 350, 352, 361,

Cabore, Marquis v., frang. Gefchäftstrager 4421. 4461. 4521.

Camphaufen, Elife, Gemahlin Ludolfs. 1721, 1741, 1751.

Camphaufen, Lubolf, preug. Minifters prafident und Bevollmächtigter in Frants furt 14. 41. 57. 651. 701. 72 f. 761. 801. 841. 87<sup>1</sup>. 89. 90, 92 f. 97. 100. 102<sup>1</sup>. 106 f. 1091, 110 f. 113 f. 123, 125 f. 135, 136 f. 139 f. 143 1. 145 1. 148, 149 1. 150 f. 152 f. 156, 161, 169, 170 f. 1721, 173 f. 180 f. 187 f. 1921, 194 f. 1971, 198 f. 200, 203. 204<sup>1</sup>, 205, 210, 214, 217, 218<sup>1</sup>, 220<sup>1</sup>, 221 f. 224 f. 233, 2351, 236 f. 243 f. 2551, 2561. 257<sup>1</sup>, 262, 265, 268, 269, 270, 271, 273-275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 284, 285, 286, 290, 300, 306, 309, 310, 311, 313, 318, 320, 3221, 323, 328, 330, 334, 337, 339, 342, 344, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 369, 369, 370, 372, 374, 381, 382, 383, 384, 386, 387, 389, 490,

Camphansen, Otto, Bruder Ludolfs, später preuß. Finanzminister 37. 731, 1201, 123, 126, 128, 1721, 1741, 1751, 1961, 1981, 1991, 2031, 2041, 205, 2181, 2201, 221, 223, 230, 2331, 234, 268, 356, 358, 359, 360.

Canit, Frhr. v., preug. Minifter 8. 151.

38 f. 43. 44 f. 49, 501, 511, 54, 1631, 179, 1961, 1971, 310,

Carl, preug. Rommergienrat 300.

Cetto, Baron v., baner. Gefandter in Lons don 1941.

Clarendon, Lord, engl. Minifter 3981. 4241, 4671, 563.

Colloredo, Graf, ofterr. Bundestageges fandter 401. 511.

Coftenoble, preug. Diplomat 1201. 125 f.

Cowley, Lord, engl. Minifter 351.

Dahlmann, Friedrich Christoph 76. 771. 78 f. 81<sup>1</sup>, 83 f. 87 f. 89, 90<sup>1</sup>, 92, 95 f.

Dalwigk, Frhr. v., bestischer Minister 4401. 441, 699, 706, 707, 708,

Donhoff, Graf v., preug. Bundestageges fandter und Minister 181. 19 f. 231. 31 f. 37. 39 f. 461, 491, 501, 511, 521, 701, 71. 721, 851, 86, 87 f. 91, 125 f. 130, 132, 1491, 248, 269, 270, 271, 272, 273, 298,

Drounn be Thung, frang. Minifter des Ausw. 393. 3941, 3981, 399, 4011, 4021, 4031, 4101, 4141, 416 f. 423 f. 4301, 432, 4331, 4371, 446-449, 451, 453, 4541, 455, 456, 466, 467<sup>1</sup>, 471 f. 477, 527<sup>1</sup>, 530, 5321, 561, 562, 565, 566, 567, 570, 574, 577-579, 581, 5861, 5891, 590, 594, 595, 629, 6341, 6401, 642, 669, 702, 704, 705.

Dronfen, Johann Guffav 101.

Dufd, Grhr. v., badifcher Minifter 267. 344 f. 359.

Ebuard, Bring von Bales (fpater König Eduard VII.) 687.

Ebelsheim, b., babifcher Minifter 4401.

Eichmann, b., preug. Oberprafident ber Rheinproving und Minister 541. 124. 273 f. 284.

Eigenbrodt, barmflabtifcher Bertreter bei ber Zentralgewalt 370 f.

Elifabeth, Gemablin Friedrich Wilhelms IV. 414,

Ernft II., herzog v. Cachfen, Roburg, Botha 511, 1181, 329, 5191, 715,

171, 181, 21, 22, 28 f. 29, 30, 32, 34 f. | Efterhagn, Moris Graf v., ofterr. Minifter 632.

> Eugenie, Gemablin Napoleons III. 4303. 432, 4481, 572, 573,

> Eulenburg, Graf, preug. Minifter 4101. 4321, 4461, 5141,

> Ferdinand I., Raifer von Offerreich 154. Fifder, Oberftleutnant 1264 f. 1325, 1411.f. 1471, 1482, 1954, 1964, 2683, 269 f. 272, 311.

> Flemming, Graf v., preug. Gefandter in Karleruhe 5231.

> Forthe Rouen, Baron de, frang. Gefandter in Dresben 4021, 4381, 4401, 4411, 4461, 4561, 4581, 4591, 4641, 4661, 4671, 4761,

> Frang Josef, Raifer v. Ofterreich 154. 210. 364 f. 410, 412, 414, 430, 439, 570, 575, 6051, 617, 6321, 634, 641, 6451, 647, 6481, 655, 662,

> Frendorf, v., badifcher Minifter 700. 701. Friedrich, Erbpring von Augustenburg 401. 410 ff. 415, 418, 420 f. 4221, 4232, 4253, 437, 4421, 445, 4461, 4581.

> Friedrich, Großbergog von Baden 609. 6981.

> Friedrich VII., König von Dänemart 356. - 397, 404,

> Friedrich, beffifcher Pring 5341, 547, 699. Friedrich II. (ber Große), Ronig von Preußen 358, 486, 490, 597.

Friedrich, Pring v. Barttemberg 34.

Friedrich August II., Konig von Sachfen 452, 52, 651, 72, 83, 2071, 2091, 2213, 2321, 267.

Friedrich Frang II., Großherzog von Medlenburg 16, 176 f.

Friedrich Rarl, Pring von Preugen 607. 6311.

Friedrich Bilbelm, Rurfurft v. Deffen 534, 547, 5521, 5591, 7081,

Briedrich Bilbelm, beffifcher Pring 534. 547, 6611.

Friedrich Wilhelm III., Ronig Preugen 490.

Friedrich Wilhelm IV., König Preußen 1-4, 9, 12, 14-18, 20-32, 35-42, 46-75, 79-93, 96-100, 105,

106, 111, 112, 114, 115, 117, 119—121, 124, 126, 129, 130, 131, 132, 135—139, 142—152, 154, 155, 156, 161—166, 170, 173—183, 195—200, 203, 204, 206—220, 221, 224, 231—235, 237, 238, 239—243, 245—247, 262 f. 269 f. 272¹, 276, 281, 284 f. 293, 301, 309, 311, 314, 316, 319 f. 323, 326 f. 331, 335, 339, 343, 351 f. 355 f, 359, 364 f. 368 f. 371, 373 f. 383, 385, 388 f. 412, 483, 485, 490, 494,

Friedrich Wilhelm, Kronprinz von Preußen (als Friedrich III. später deutscher Kaiser) 414. 4581, 537, 541, 560, 5951, 5981, 625, 626, 6321, 635, 636, 637, 638, 650, 654, 661, 715,

Cableng, Anton Baron v., 517—519. 541. 542.

Gabriac, Graf v., frang. Gefchäftsträger 4421.

Gagern, Heinrich, Frhr. v. 18. 20. 85, 100 f. 109. 119 f. 123. 137. 141 f. 167. 170 f. 176. 185 f. 1901. 192. 2201. 2211. 228. 229 f. 233. 238. 266. 269. 281. 297. 300. 306 f. 313. 315. 319. 323. 330. 337. 348. 370. 371 f. 381.

. Cagern, Mar Frhr. v. 301. 32 f. 34 f. 48 f. 62. 631. 66 f. 71. 76. 85. 102. 1231. 281. Geng, Friedrich v., 349.

Georg V., König v. Hannover 534. 547. 6611, 6871, 7081.

Gerlach, Ernst Ludwig v., Appellationss gerichtsprässbent 58, 81°, 211, 213, 234, 504°, 509°,

Serlach, Leopold v., Seneraladjutant Friedrich Wilhelms IV. 161. 26 f. 31. 541. 58. 80. 81. 891. 106. 111. 1181. 129. 131. 137. 151. 1621. 1661. 176. 178. 2001. 2101. 2161. 2821. 489. 4911. 492. 4931. 4941. 4951.

Gistra, Bürgermeister von Brünn 604<sup>1</sup>.
Goly, Robert, Graf von der, preuß. Gesfandter in Paris 394. 398<sup>1</sup>. 401. 402<sup>1</sup>. 403<sup>1</sup>. 407 f. 410<sup>1</sup>. 411. 414 f. 416 f. 423. 425. 426. 427. 430. 431 f. 437<sup>1</sup>. 442<sup>1</sup>. 443. 445—449. 451—454. 456. 457. 458<sup>1</sup>. 460—464<sup>1</sup>. 466—468. 473. 475—477. 505. 507<sup>1</sup>. 509<sup>1</sup>. 511<sup>1</sup>. 513. 514. 518. 519<sup>1</sup>.

523, 527, 529, 530¹, 531¹, 532¹, 533, 538, 539¹, 540—542, 547—551, 553, 554¹, 555, 559, 561, 562, 564—570, 574—606, 611—613, 615—624, 627—631, 634, 635, 639—649, 657, 658, 659, 661¹, 665¹, 667¹, 669—675¹, 680, 682, 683, 684, 689, 691, 696, 702, 704, 705, 717,

Gortschakoff, Fürst, russischer Minister 6871, 688, 690, 692, 693, 694.

Govone, italienischer General 463. 514. 516. 5391. 5591. 6441. 681. 683. 702. 703. 704.

Grabow, preuß. Parlamentarier 1251.

Gramont, Herzog v. franz. Gesanbter in Wien 394<sup>1</sup>, 398<sup>1</sup>, 399<sup>1</sup>, 403<sup>1</sup>, 405<sup>1</sup>, 410<sup>1</sup>, 430<sup>1</sup>, 433<sup>1</sup>, 437, 438<sup>1</sup>, 446<sup>1</sup>, 458<sup>1</sup>, 459<sup>1</sup>, 467<sup>1</sup>, 513, 584<sup>1</sup>, 631<sup>1</sup>, 634, 642<sup>1</sup>,

hansemann, David, preug. Finangmis nifter 57, 106, 107, 109, 1451, 284,

hanfen, Journalift 514.

hatfeld, Graf v., preuß. Gefandter in Paris 3951.

hedider, Reichsminifter 292,

Selene, Groffürftin von Rugland 7071.

hergenhahn, Mitglieb bes Frantfurter Parlamente 136, 1411, 1431, 1461, 280, 287, 300,

herring, Baron v. 6041. 6121.

Hendt, August Frhr. v. der, preuß. Finanss minister 1741, 1901, 1981, 200 f. 211, 236, 269, 285, 3001, 351, 366, 372, 386, 563, hirschfeld, v., preuß. General 280, hobenlobe, Eblodwig Kürst v., 276,

Hontheim, preuß. Major 2051.

Jarde, Publizist 349.

Johann, Erzherzog von Ssterreich, Deutsscher Reichsverweser 101. 106. 108 f. 119. 127<sup>1</sup>, 128, 132, 136, 141, 143 f. 147, 157, 165, 167 f. 221, 228, 261 f. 264, 267, 270, 276, 281, 285 f. 288, 291 f. 301, 303, 312, 316, 320, 351 f. 354 f. 361, 364 f. 368, 389.

Johann, Pring, fpater König von Sachfen 1371. 2091. 535, 560. 582. 6321. 655. 662. 7201.

726 Register.

Jordan, furheffischer Bundestagsgefandter Manteuffel, Otto Frhr. v., 267. Ministerprafibent 130, 1411, 14

Ifenburg, Pring v., preuß. Gesandter in Sannover 5591.

Kamph, v., preuß. Legationsrat 276, 381. 384, 386, 3871, 389.

Rarl, Pring von Bagern 151.

Rarl, Pring von Preußen, Bruder Frieds rich Bilhelms IV. 154 f. 2821.

Karl, König v. Bürttemberg, 689, 701.

Rarolpi, Graf, ofterr. Botschafter in Berlin 4001. 4071. 4251. 4381. 512. 643. 648. 6531. 663.

Reudell, Robert v. 509.

Klindworth, geheimer Agent 149, 151. 1521.

Konnerit, v., fachf. Staatsmann 276, 281. Ruhne, preuß. Staatsmann 1981. 350, 352.

Ladenberg, v., preuß. Minifter 274. 366 f. 372 f.

La Marmora, italien. General und Mis nifter 563. 6661. 668. 669. 671.

Lefebvre be Behaine, Setretar bei der franz. Gefandtschaft in Berlin 4331, 4421, 4441, 4461, 4481, 4511, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 4581, 5141, 594, 595, 5961, 599, 600, 7101,

Lehrbach, Graf v., heffifcher Staatsmann 33. 67.

Leiningen, Rarl, Fürst v., Reichsminifter, prafibent 16. 119. 122, 1312.

Leopold II., Konig von Belgien 4121.

Lerchenfeld, Graf v., bayer. Diplomat 265, 349 f.

Loë, Erhr. v., preuß. Oberft und Militars bevollmächtigter in Paris 533. 567.

Ludwig I., Konig v. Bapern 24. 298. 349. 2udwig II., Konig v. Bapern 4651. 6451. 718 f.

Ludwig XIV., Konig v. Frankreich 576. Endwig III., Großbergog v. heffen 646. 6611, 689, 698, 706, 707, 710.

Malaret, franz. Gefandter in Turin 4261-Mantenffel, Edwin, Frbr. v., preug. Generaladjutant 137, 458, 459, 661, 697, 6981, 699, 700, 708, 707, 708, 7201, Manteuffel, Otto Frhr. v., preuß. Ministerpräfibent 130. 1411. 1441. 200. 209. 2211. 235. 274. 285. 366 f. 372 f. 4571.

Mathy, Karl, badischer Staatsmann 6981. Maximilian II., König v. Bayern 149. 151, 2101.

Mélviges, Dic. de, frang. Geschäftsträger 4401. 4421.

Mensdorff, Pouilly, Graf v., offerr. Wis nifter des Ausw. 4021. 4101. 4361. 437. 4381. 4391. 4671. 549. 6051. 632.

Menshengen, Frhr. v., öfferr. Bevolls mächtigter bei der Zentralgewalt 1691. 2812. 297. 300.

Mengel, Wolfgang 361.

Metternich, Clemens Bengel, Fürst v., öffert. Staatstangler 3. 4. 6. 10 f. 16 f. 23. 25. 44. 81. 821.

Metternich, Richard, Fürst v., östere. Botschafter in Paris 4001, 4021, 4031, 427, 4371, 467, 512, 5301, 573, 5771,

Meviffen, Gustav, Mitglied des Franks furter Parlaments 1261. 269.

Roltke, Helmuth v., preuß. Seneral 537. 5391. 5501. 5601. 617. 624. 625. 645. 701. 7131. 7201.

Moltte, Graf, danischer Gesandter in Paris 4721.

Monrad, danifder Minifter 4721.

Mosbourg, Graf be, frang. Gefchafte, trager 4381. 4461.

Moste, v., oldenburgifcher Bevollmächtigter bei ber Zentralgewalt 357. 370.

Müller, preuß. Unterstaatsfefretar 372.

Rapoleon I., Raifer der Franzofen 345, 710Rapoleon III. Raifer der Franzofen 199.
393, 394 f. 396, 397 f. 399, 401 f. 403—409.
412, 415, 416 f. 424, 425 f. 429, 431, 440.
445—457, 460—469, 471—478, 5061.
507, 513—519, 523, 524, 5271, 528—543.
546—606, 612, 613, 615, 616, 617, 619, 620, 622—625, 628—642, 644, 6471.
6511,654, 658, 659, 662—669, 672—684, 690—692, 695, 697, 701, 702, 704, 705, 706, 711, 712, 718,

697, 6981, 699, 700, 706, 707, 708, 7201, Rapoleon, Pring Jerome 532, 5331, 538,

566, 574, 576, 577, 579, 580, 587, 664, 665<sup>1</sup>, 671<sup>1</sup>, 674, 675, 681, 682<sup>1</sup>,

Meurath, v., württemberg. Minister 4431. Nigra, Chev., italien. Botschafter in Paris 529, 5381, 566, 6661, 667, 669, 6711, 672, 689.

Mifolaus I., Kaiser v. Rußland 21. 241. 45 f. 68, 397.

Detfer, Friedrich, hessischer Parlamentas rier 5001.

Olga, Königin v. Bürttemberg 689.

Oriola, Graf v., preuß. Diplomat 1621. Dubril, Graf v., ruff. Gefandter in Berlin 696.

Palmerffon, Lord, engl. Minifter 273. 310, 329, 357.

Perfigny, frang. Gefandter in Berlin 395. Perthes, Clemens Theodor, meiningifcher Bundestagsgefandter 1071. 1091. 1101.

Peuder, v., prenf. General, Reichstriegs, minifter 329 f. 356 f. 381.

Pfordten, Frhr. v. d., bayer. Minister 440. 442. 4651. 514. 5551. 607. 6491. 658. 698. 709—720.

Pfuel, v., preuß. General u. Ministerpräsis bent 124. 126. 129. 1311. 137. 274.

Pius IX., Papft 5321. 577.

Platen, Graf v., hannop. Minister 4411. 512.

Pleffen, Karl Baron v. 314.

Prévost 310.

Protesch Dften, Baron v., ofterr. Ges fandter in Berlin 1811. 199. 206 f. 211. 216. 2191. 2201. 364. 371.

Putttamer, v., preuß. Staatsmann 350. Putttamer, v., Schwiegervater Bismards 4911.

Rabe, v., preuß. Minister 211. 366 f. 372 f. Rabowig, Joseph Maria v., preuß. Genegral und Minister 3—15. 18. 20. 21 f. 23 f. 28. 29. 32. 35. 36 f. 39 f. 44. 47. 49. 51<sup>1</sup>. 53. 57<sup>1</sup>. 65<sup>1</sup>. 81. 100<sup>1</sup>. 105 f. 112. 117<sup>1</sup>. 118<sup>1</sup>.139. 142<sup>1</sup>.163<sup>1</sup>. 181<sup>1</sup>. 199. 206. 211<sup>1</sup>. 238. 245. 281<sup>1</sup>. 300. 302. 490 499.

Rappart, v., Abegeordneter jur Franks furter Nationalversammlung 279.

Rand, v., preug. General 80. 151.

Rechberg, Graf v., öftert. Minifter bes Ausw. 1911. 317. 320. 349. 353. 4021. 4051. 410. 437. 4391. 505.

Reculot, Graf, frang. Gefandter beim Bundestag 4131. 4401. 4461.

Rebern, Graf. v., preuß. Botschafter in Petersburg 556. 557. 562. 598. 690. 692. 693. 694. 696. 697.

Reifet, Graf v., frang. Gefandter in hannos ver 4411. 4521.

Reuß, Heinrich, Prinz v., preuß. Diplomat 514<sup>1</sup>, 523<sup>1</sup>, 539, 540, 571—574, 578, 584, 585, 588, 593, 603<sup>1</sup>, 610, 619<sup>1</sup>, 628, 691,

Reventlow, Graf v., Mitglied ber prov. Regierung von Schleswig-holftein 356.

Ricafoli, Baron, italien. Minister 664, 665. 666, 667, 668, 669, 670, 681, 6821.

Rießer, Sabriel, Mitglied des Frantfurter Parlaments 218.

Mintelen, preuß. Justigminister 1381, 1981, 200 f. 211, 350,

Rochow, v., preuß. Gefandter in Peterss burg 241. 45.

Roder, v., General, preuß. Gefandter in Caffel 5591.

Robbertus, preug. Abgeordneter 235.

Romer, warttemb. Ministerprafibent 333.

Nonne, v., preuß. Gefandter in Bafbings ton 1271.

Roggenbach, Frhr. v., badischer Minister 4401. 4421. 497. 7071.

Roon, Albrecht v., preuß. Kriegsminister 4981. 598. 624. 625.

Rosentrang, preuß. Geheimrat 1081.

Rothschild, Baron 4681.

Rouher, franz. Minister 5301. 532. 5331. 565. 587. 6651.

Rümelin, Abgeordneter jum Frankfurter Parlament 101.

Ruffel, Lord, engl. Minifter 3981.

Sauden, v., preuß. Abgeordneter 2001. Savigny, Karl v., preuß. Bundestagsges

Savignn, Karl v., preup. Bundestagsges fandter 4131. 4461. 4571. 712. 7131. 714. 715. 718. 719.

Schäffer, Bernftein, Frhr. v., heff. Ges neral 276 f. 300, 356.

- Schaffrath, Abgeordneter jum Frank. furter Parlament 485.
- Chent, v. 383.
- Schleinig, Merander Graf v., preug. Minifter 1061. 107. 352, 495, 497. 716.
- Schlotheim, v., preug. Landrat 354.
- Schmerling, Anton Ritter v., öfferr. Buns bestagsgefandter, Reichsministerpräsident 109, 120, 169, 1821, 185 f. 191 f. 201 f. 266, 273, 279, 300, 314, 320, 330, 332, 335, 338, 357 f. 371.
- Schneider, preug. Abgeordneter 284.
- Schrend, Frhr. v., baner. Minifter 4401. 4421.
- Shulenburg, Baron v. d., preuß. Ges fandter in Dresden 5591.
- Schwarzenberg, Felir Fürst v., österr. Ministerpräsident 146. 153. 155 f. 161 f. 174. 176 f. 180. 182 f. 185 f. 191 f. 193. 197. 199. 201 f. 207. 2191. 228. 2331. 300. 314. 319. 323 f. 326 f. 331 f. 349. 353. 354. 364. 371.
- Schweinig, Oberftleutnant v., preuß. Militarattache in Petersburg 691. 692. 695.
- Schwerin, Marimilian Graf v., preuß. Minifter 57. 106. 123. 1261. 268 f. 303.
- Seherrs Thog, Graf v. 5321.
- Simon, Abgeordneter jum Frankfurter Parlament 485.
- Simfon, Ebuard, Prafident ber Frants furter Nationalversammlung 136, 141 f. 1461, 170, 220, 279 f. 287, 300,
- Smitt, Bremifcher Gefandter beim Bung bestat 330, 358,
- Solmes Lid, Fürft v. 276.
- Sophie, Ergherzogin v. Offerreich, Mutter Raifer Frang Josephs 491. 1421.
- Stabion, Graf v., ofterr. Minifter 300.
- Stanley, Lord, engl. Minifter 563, 6861, 6871, 695, 697.
- Stein, preug. Abgeordneter 124. 2681.
- Stodmar, Christian Friedrich Frhr. v., Diplomat 101, 103, 1051, 123, 1261, 269.
- Stolberg, Graf Unton v. 63.
- Ctofd, v., preuß. General 537, 559, 560, 601, 605, 6321, 635, 636, 656, 661,

- Frants Strotha, v., preuß. Rriegeminifter 2051. 274, 311, 366 f. 372 f.
  - Stuve, hannov. Minifter 350. 353.
  - Tallenen, frang. Gefandter beim Bundes, tag 350.
  - Talle prand, Baron v., franz. Botschafter in Berlin und Petersburg 3941. 3981. 4021. 4031. 4041. 405.1 407. 4081. 4091. 4111. 4121. 4151. 418. 4221. 4231. 4431. 4721. 4761. 562. 563.
  - Thiers, Adolf, frang. Parlamentarier 427. Ehile, v., preuß. Minister 30 f. 54. 63.
  - Thun, Leo Graf v., öfterr. Diplomat 49. Lour d'Auvergne, Fürst v., frang. Bots
  - Cour d'Auvergne, Fürst v., frang. Bots schafter in London 3981. 3991. 4671. 4721.
  - Trantmannsborff, Graf v., öfterr. Ges fandter in Berlin 1651, 1821, 183, 297, 326,
  - Unruh, hans Biftor v., preuß. Abgeords neter 276, 494.
  - Usedom, Georg Ludwig Graf v., preuß. Diplomat 91. 92<sup>1</sup>. 93. 95. 101<sup>1</sup>. 102<sup>1</sup>. 106<sup>1</sup>. 256 f. 430<sup>1</sup>. 464<sup>1</sup>. 538. 540<sup>1</sup>. 542. 598<sup>1</sup>. 624. 637. 644<sup>1</sup>. 664—685.
  - Barnbaler, Frhr. v., warttemb. Minister 4431, 4571, 698, 699, 700,
  - Bittor Emanuel I., König von Italien 463, 5301, 5321, 538, 542, 664, 665, 667, 669, 671, 672, 674, 675, 680.
  - Biftoria, Konigin v. England 351.
  - Binde, Georg, Frhr. v., Mitglied bes Frantfurter Parlaments 41. 107. 1411. 1441. 2001. 2331. 330. 350. 360 f.
  - Biscontis Benofta, italien. Minifter 664. 666, 668, 669, 6741,
  - Bogel von Faldenstein, preuß. Bes neral 628. 698.
  - Boigtsinhen, v., preuß. Kommiffar 278.
  - Bandorf, Frhr. v., weimarifcher Minister 266, 383, 4751.
  - Belder, badifcher Bundestagsbevollmachs tigter 181, 202 f. 207, 357.
  - Bendland, Frhr. v., baper. Gefandter in Paris 555. 5841.

Werther, Karl Frhr. v., preuß. Diplomat 151.

Berther, Karl Frhr. v., preuß. Gefanbter in Bien 4361. 5391. 560. 566. 567. 594. 595. 596. 6051. 614. 628. 670. 690. 694. 695. 696. 6981. 699. 703.

Wenhel, v., preuß. Diplomat 4981. 5591. Weffenberg, Frhr. v., österr. Minister 265. Wiederholt, württemb. Minister 4431. Wilhelm I., König der Riederlande 267.

Bilhelm I., König von Preußen 21. 48. 90, 147, 210, 218. 276, 284 f. 396, 401. 403. 408 f. 413 f. 418, 420, 422. 423, 425, 429, 436, 438, 443—445, 450—65.

467. 468¹, 469¹, 475—477. 482, 495¹, 499, 504, 505, 507, 514¹, 518, 523, 527¹, 530¹, 534—541, 545, 547, 548, 550—553, 558, 561 564, 567¹, 568, 570, 571, 584¹, 586—590, 593, 596—663, 668, 669, 674, 678¹, 679, 688, 690—703, 706, 707, 708, 710, 711, 713—720,

Brangel, Frhr. v., preuß. General 121 f. 129 f.

Bürth, v., öfterr. Diplomat 330. 349.

Enlander, bager. Diplomat 349.

3fcoch, v., preuß. Bertreter in Bürttems berg 698.

### **VERLAG VON QUELLE & MEYER IN LEIPZIG**

# Die Reichsgründung

bon

#### Professor Dr. E. Brandenburg

2 Bande zu 928 Seiten. In Leinenband Mark 14.-

Seit dem Erscheinen von Sybels Bert über die Begrundung des Deutschen Reiches ift fast ein Menschenalter verftrichen. Eine Rulle neuen Materials ift feitbem erfchloffen morden: aber auch bie Gefichtspunfte, unter benen bie bamaligen Ereigniffe ju betrachten find, haben fich feitbem fart verschoben. Eine neue Darftellung biefer fur unfer heutiges politifdes leben grundlegenden Epoche entspricht fomit einem bringenden Bedurfs nis. Das porliegende zweibandige Bert faßt in einer fur jeden Gebildeten verffandlichen Form die Ergebniffe der miffenschaftlichen Forfchung der letten Jahrzehnte gufammen. Es fint fic auf alles bis jest jugangliche Material und gruppiert ben Stoff unter eins beitlichem Gefichtspuntte, Absichtlich ift vermieden, auf die Einzelheiten ber biplomatifchen Berhandlungen und ber friegerifchen Ereigniffe so tief einzugehen, wie es Sybel getan bat. Um fo flarer werden bagegen bie allgemeinen Grundguge und Bufammens bange berausgehoben, soweit fie von erheblicher Bedeutung für das Gelingen und die Ges ftaltung ber Reichsgrundung gewesen find. Besonderer Wert ift barauf gelegt, ben Anteil ber im Bolte vorhandenen Bunfche und Stromungen gegenüber dem Birten ber leitens ben Staatsmanner und Relbherrn abzugrengen und fo die enge Berflechtung der Ges fcichte unferer Ginigung mit ber Entwidlung bes beutiden Berfaffungs, und Parteilebens nachzuweisen. Ebenso wird bas Maß des Einflusses zu bestimmen vers fucht, den die allgemeine Weltlage und die Beglehungen zu den Nachbarstaaten auf die Grundung bes Reiches gehabt haben. Durch einen einleitenden Überblid über die Ents widlung des deutschen Einheitsbewußtseins und die hinderniffe seiner Berwirtlichung wird bie Geschichte ber Einheitsbewegung in ben Zusammenhang ber allgemeinen beutschen Entwidlung bineingestellt. Dit ber Schilderung bes vergeblichen Einheitsstrebens im Revolutionsiabre 1848 fest die ausführlichere Darffellung ein; im erften Bande wird fie bis jur bobe bes preußischen Berfaffungstonflittes und jum Gintritt Bismards in bas Ministerium geführt, mahrend ber zweite Band die Bollendung der Ginheit unter Bis, marde Rubrung behandelt. Überall lagt bie Darftellung bie großen Probleme, Die in jener Zeit ju lofen waren und noch heute jum Teil unfer Boltsleben bewegen, traftig bervortreten. So bietet die Darftellung nicht nur die Schilderung einer der intereffans teffen hiftorifden Epoden, fondern fuhrt und jugleich ein in das politif de Berfiandnis ber Gegenwart.

Aus dem Inhalt: Der deutsche Einheitsgedanke und die Hindernisse seiner Berwirkslichung bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts. Der Einheitsgedanke in der Zeit der Mestauration (1815—1848) und seine Beziehungen zu den Ansängen des Liberalismus. Der Bersuch der Reichsgründung durch die Revolution (1818—1850). Der Einheitssgedanke in der Zeit der Reaktion und der neuen Ara (1850—1862). Bismards Eintritt in das Ministerium und die Besteiung Schleswig-Holseins. Der deutsche Krieg von 1866 und die Gründung des Norddeutschen Bundes. Der deutsche krieg und die Eründung des Deutschen Reiches. Rüdblick.

#### **VERLAG VON QUELLE & MEYER IN LEIPZIG**

# Männer und Zeiten

### Essays zur neueren Geschichte

von Geheimrat Professor Dr. Erich Marcs

7.11.8. Lauf. 2 Bde. 4. 20 Bog. In Driglbd. M. 12. —. In halbfrzbd. M. 16. —

"Alfred Lichtwart zur Feier seines 25 jahrigen Jubilaums zu ehren, hat Erich Marck die Früchte 25 jahriger historischer Arbeit zum Strauße gebunden, und alle, die in ihm den Meister des historischen Esjans, den feinen und geistvollen Beherrscher der der Runst, Männer und Zeiten zu charakteristeren, bewundern, werden es ihm danten. Diese 28 Reben und Auffätze führen uns durch den ganzen weiten Bereich seiner Forscherarbeit: von der Hugenottengeschichte, der seine erste Liebe als historiter galt, die zu Bismard und zu den politischen Konstellationen der Gegenwart... Es sind to fli de Früchte, die und in diesen beiden Sammelbanden geboten werden, voll Neise und Saft. Das stillstische Sewand einer sehr subjektiven, sehr sorgfältig geseilten und dennoch kräftigen Sprache von starter Bildlichkeit erhobt noch den Genuß des Lesens." Lierarisches Zentralblatt für Deutsch.

"Der erfte Eindrud, den man beim Durchblattern biefer vornehm ausgestatteten Bucher empfangt, ift ber einer ungebeuren Bielfeitigteit. Da finden wir unter ben bars gestellten Perfonlichkeiten Philipp II. und Albrecht von Roon, Gaspard von Coligny und Bilhelm I., ben jungeren Pitt und heinrich von Treitschte, Theodor Mommfen und vor allem in gablreichen Auffagen Otto von Bismard; ba erfcheinen vor unferen Augen bas Konigtum der großen hohenzollern und das Jahr 1848, die Universität heidelberg und bas geschichtlich gewordene England, bas Zeitalter ber Religionsfriege und bas beutsche offerreichische Bundnis; ba fieht die ftrengewiffenschaftliche Studie über die Ermordung Frang von Guifes neben bem entgudenden Feuilleton, bas und an die Statten der huges nottenfriege führt; ba erhebt fich das erzene Bild des welthiftorifchen Bismard unmittelbar neben dem von allem Reit verschilicher Erinnerung belebten, gewaltigen und boch freunds lichen Portrat bes Gutsherrn von Friedricheruh, da erflingt neben ber ruhigen hifforischen Burdigung des Reichsgrunders die erschütternde Rlage über den Tod des größten Deutschen. Perfonliches steht neben Sachlichem, aber auch das Perfonliche führt zur Sache, und im Sachlichen fourt man bie reiche, lebenatmende Natur einer farten Verfonlichkeit. Nicht mit Unrecht find die beiden Bande Alfred Lichtwarf jugeeignet; auch in Erich Marcs hat fich jene fruchtbare Berbindung von Gelehrsamkeit und Runft, von Inhalt und form vollzogen, die allein Berte hervorbringen tann, die ben Banbel ber Beiten und Anfchanungen überbauern. Man mochte meinen, Die Ernte eines gangen Lebens fei in biefen beiben Banben eingebracht." Gabb, Monatsbefte.

"Erich Marcs ist bekannt als ein Gelehrter, der mit glanzendem Stil und geistreicher Diktion die Gabe der intuitiven Erfassung großer Personlichkeiten und Zeiten verbindet. Diese charakteristischen Merkmale seiner Darstellungskunst spiegeln sich nicht nur in seinen Büchern, sondern vor allem in seinen Reden und kleinen Schriften, in seinen Essang und Stizzen, die, scheindar dem Augendlick entsprungen, doch dis ins kleinste durchacht, durchz gefeilt sind. Die schon sem Augendlick erum Teil noch unverdsfenklichten Arbeiten werden hier einem weiteren Kreise zugänglich gemacht. Von der Reformation die zur Gegenwart zeichnet der Berfasser lebensvolle Bilder besonders aus Deutschlands Vergangenheit und Gegenwart. . . Wer Sinn für Geschichte und Freude an seiner Darstellungskunst hat, der wird das Wert immer wieder gern zur Land nehmen, um je nach der Stimmung hier und dort darin zu lesen."

#### **VERLAG VON QUELLE & MEYER IN LEIPZIG**

......

## Briefwechsel

zwischen König Johann von Sachsen und den Königen Friedrich Wilhelm IV. und Wilhelm I. von Preußen

Unter Mitwirfung von Subert Ermisch herausgegeben von

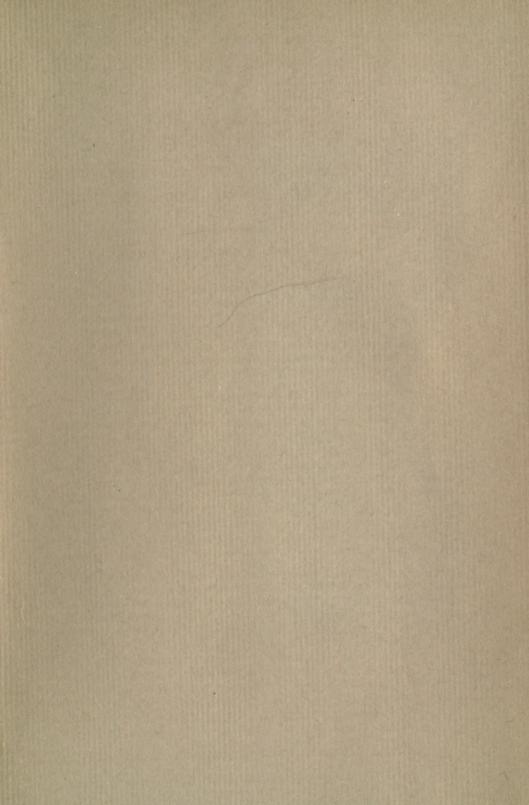
### Johann Georg, Berzog zu Gachsen

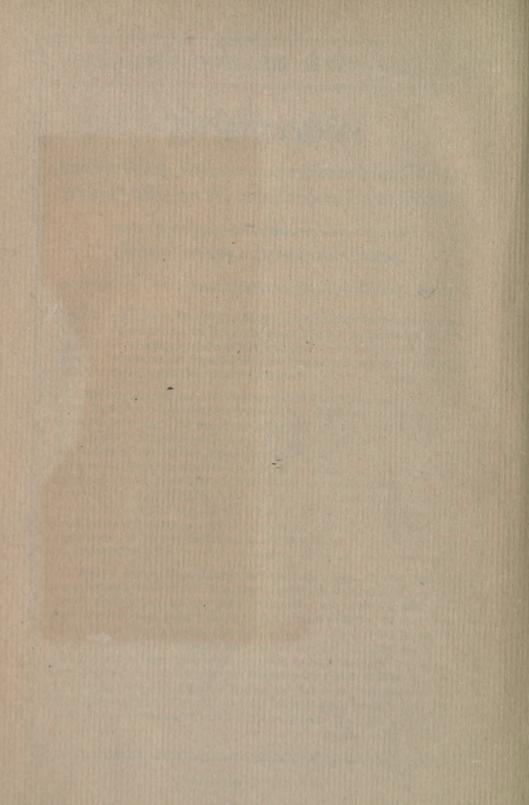
522 Seiten mit I Portrat und I Fafsimile. In Driginalleinenbd. M. 12.—

"So wird uns dieser an sich höchst personliche und vertrauliche Brieswechsel zu einem getreuen Spiegelbilde der wichtigsten Anschauungen über alle großen Fragen der Ents wicklungsjahre des neuen Deutschen Reiches, und gerade in der Verfolgung dieser mans nigfachen Verkettungen von Personlichkeiten und Allgemeinem liegt der eigentümliche Reiz dieses Gedankenaustausches von drei Königen." Deutsche Kundschau.

"Bir gewinnen den tiefsten und unmittelbarsten, ungeschminktesten Einblick in eine Fürstenfreundschaft, wie sie so innig wohl nur selten bestanden haben mag, und wir werden dadurch ganz und gar gefangen genommen, weil diese Freundschaft zwischen zwei geistig so hochstehenden und so gemütvollen Fürsten geschlossen war... Die kinds liche Fröhlichteit, das heitere Lachen Friedrich Wilhelms an diesem so wenig steisen hofe, das allen Angehörigen desselben noch die in die spätesten Lage als eine glüchafte Erinnerung vor der Seele stand, sie quillt überall aus diesem Briesborn ... Der eigentümliche Duft dieser Briese mit ihrem Humor, ihrem Reichtum an Phanztasie und ihrem Seist hat seine Ursachen besonders darin, daß Friedrich Wilhelm seinem Hanst gegenüber sein herz ganz auf der Junge trägt ... Der ästhetische Reiz dieser ungezwungenen Briese wird erhöht durch die politischen Klänge, die in die heiteren Plaus dereien hineindringen."

"In diesem Herbste hat Prinz Johann Georg von Sachsen diesen Reichtum durch eine unendlich dankenswerte Gabe vermehrt: er hat den Briefwechsel in einem vors nehmen Bande in mustergültiger Form herausgegeben und damit eine Fülle neuer, sachlichsallgemeiner und zumal persol. lich intimer Kenntnis erschlossen, die in der Rück haltlosigkeit ihres Inhaltes, der völlig zwanglosen Leichtigkeit und Unmittelbars teit ihres Tones, den uns bekannten Stoff auf has wertvollste ergänzt, ihn in mans dem übertrifft, in allem farbig belebt. Der Reiz dieses Briefverkehrs, der den Leser durch 48 Jahre hindurch leitet, der mit Billetts zwischen Prinz Wilhelm und Prinz Johann 1825 beginnt, dann Friedrich Wilhelm und Johann in dreißigfähriger vertraus lichker Aussprache zeigt, zulest Wilhelm I. und seinen sächsschen Freund in ernster Ausseinandersehung und warmer Freundschaft bis an Johanns Tod (1873) ist vielseitig und groß."





HG B 8176u Untersuchungen und Aktenstücke zur Geschichte 289298 der Reichsgründung. Author Brandenburg, Erich DATE University of Toronto Library

DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET

Acme Library Card Pocket
Under Pat. "Ref. Index File"
Made by LIBRARY BUREAU

